



C/2024/5021

12.9.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾
11. September 2024
(C/2024/5021)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,1043	CAD	Kanadischer Dollar		1,4997
JPY	Japanischer Yen		156,60	HKD	Hongkong-Dollar		8,6106
DKK	Dänische Krone		7,4624	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7966
GBP	Pfund Sterling		0,84375	SGD	Singapur-Dollar		1,4385
SEK	Schwedische Krone		11,4350	KRW	Südkoreanischer Won		1 478,50
CHF	Schweizer Franken		0,9358	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,7394
ISK	Isländische Krone		152,70	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8534
NOK	Norwegische Krone		11,9370	IDR	Indonesische Rupiah		17 020,19
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		4,7816
CZK	Tschechische Krone		25,088	PHP	Philippinischer Peso		61,706
HUF	Ungarischer Forint		396,20	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2873	THB	Thailändischer Baht		37,198
RON	Rumänischer Leu		4,9742	BRL	Brasilianischer Real		6,2245
TRY	Türkische Lira		37,5570	MXN	Mexikanischer Peso		21,9952
AUD	Australischer Dollar		1,6560	INR	Indische Rupie		92,7430

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/5476

12.9.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.108810

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5476)

Datum der Annahme der Entscheidung	24.5.2024
Nummer der Beihilfe	SA.108810
Mitgliedstaat	Frankreich
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Régime d'aides en faveur de la décarbonation des procédés de production industriels grâce à l'électrification, ainsi qu'en faveur des mesures d'efficacité énergétique
Rechtsgrundlage	1) Articles L.131-3 et R.131-2 et R.131-3 of the Code de l'environnement, establishing the competences of the ADEME; 2) Decision n°14-3-4 of 23 October 2014, modified by the board of directors of ADEME; 3) Finance Law for 2022 of 30 December 2022; 4) Finance Law for 2023 of 30 December 2023.
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Umweltschutz
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 4 000 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	30,0 %
Laufzeit	bis zum 31.12.2025
Wirtschaftssektoren	VERARBEITENDES GEWERBE/HERSTELLUNG VON WAREN
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Direction générale des entreprises (DGE) 61, boulevard Vincent Auriol, 75703 Paris Cedex 13
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5478

12.9.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.114237

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5478)

Datum der Annahme der Entscheidung	12.7.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.114237	
Mitgliedstaat	Dänemark	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Winding-up scheme for small banks	
Rechtsgrundlage	Act on Restructuring and Resolution of Certain Financial BusinessesAct on depositor and investor Guarantee Scheme	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben	
Form der Beihilfe	Zuschuss, Schuldentilgung, Eigenkapitalinstrumente	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 0 DKK	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	21.4.2023 - 21.4.2024	
Wirtschaftssektoren		
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Finansiel Stabilitet Sankt Annæ Plads 13, 2. tv., 1250 København K	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5515

12.9.2024

Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 109/24/COL vom 10. Juli 2024 zur Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens zu mutmaßlichen staatlichen Beihilfen zugunsten von Vy Buss AS

Aufforderung zur Stellungnahme nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zu der vorstehend genannten Maßnahme

(C/2024/5515)

Beteiligte können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung zu der in Rede stehenden Maßnahme Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Registratur
Avenue des Arts/Kunstlaan 19H
1000 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

registry@eftasurv.int

Alle Stellungnahmen werden Norwegen übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Verfahren

Am 30. März 2021 ging bei der Überwachungsbehörde eine Beschwerde ein, wonach Norwegen dem Unternehmen Vygruppen AS (im Folgenden „Vy“) und seiner Tochtergesellschaft Vy Buss AS (im Folgenden „Vy Buss“) eine rechtswidrige staatliche Beihilfe in Form einer Kapitalzuführung von Vy an Vy Buss gewähre.

Am 9. April 2022 übermittelte der Beschwerdeführer ergänzende Bemerkungen an die Überwachungsbehörde und erweiterte die Beschwerde damit auf eine weitere mutmaßliche rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfemaßnahme betreffend die von Vy bereitgestellte Finanzierung der Übernahme von Flygbussarna AB im Jahr 2020.

Am 18. April 2023 ging bei der Überwachungsbehörde eine weitere Beschwerde ein, die in Bezug auf Umfang, Begründung und Nachweise den zuvor eingereichten Beschwerden entsprach.

Beschreibung der Maßnahmen

Vy ist eine staatliche Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die über das Verkehrsministerium zu 100 % im Eigentum des norwegischen Staates steht. Das Unternehmen betreibt Schienenpersonenverkehrsdienste in Norwegen. Darüber hinaus betreibt Vy Busverkehrsdienste in Norwegen über seine Tochtergesellschaft Vy Buss AS bzw. in Schweden über Vy AB.

Die Entscheidung betrifft die folgenden beiden Maßnahmen:

- Kapitalzuführung in Höhe von 1 000 Mio. NOK von Vy an Vy Buss im Jahr 2018 (im Folgenden die „Kapitalzuführung“)
- Darlehen von Vy an Vy Buss für die Übernahme von Flybussarna AB

Die Kapitalerhöhung erfolgte durch Zeichnung neuer Anteile an Vy Buss im Einklang mit Kapitel 10-1 des norwegischen Unternehmensgesetzes. Angaben der norwegischen Behörden zufolge diente die Kapitalzuführung der Unterstützung des normalen Geschäftsbetriebs von Vy Buss im Bussektor.

Die Übernahme von Flygbussarna AB war Teil der strategischen Ziele und Wachstumspläne von Vy für seine Tätigkeiten in Schweden. Sie wurde über ein internes Darlehen von Vy an Vy Buss finanziert.

Vorläufige Beurteilung des Vorliegens einer Beihilfe nach Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens

Die norwegischen Behörden machen geltend, dass die Maßnahmen nicht als staatliche Beihilfen einzustufen sind, da sie nicht im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens dem Staat zuzurechnen sind. Darüber hinaus führen die norwegischen Behörden an, dass die Maßnahmen zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt wurden.

In ihrer Entscheidung gelangt die Überwachungsbehörde zu dem vorläufigen Ergebnis, dass die Maßnahmen alle Kriterien des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens zu erfüllen und daher eine staatliche Beihilfe darzustellen scheinen.

Zurechenbarkeit der Maßnahme

Nach Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens muss als erste Bedingung geprüft werden, ob die Maßnahmen vom Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährt werden und dem Staat zuzurechnen sind.

Staatliche Mittel können in Form von direkten Zuschüssen, Darlehen, Garantien, direkten Investitionen und Sachleistungen übertragen werden. Mittel von öffentlichen Unternehmen gelten ebenfalls als staatliche Mittel im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens, da der Staat steuern kann, wie diese verwendet werden. Auch Übertragungen innerhalb eines staatlichen Konzerns wie von einer Muttergesellschaft an ihre Tochtergesellschaft können eine staatliche Beihilfe darstellen.

Eine Maßnahme ist dem Staat nicht allein deshalb zuzurechnen, weil sie von einem öffentlichen Unternehmen ergriffen wurde. Vielmehr muss geprüft werden, ob davon auszugehen ist, dass die Behörden in irgendeiner Weise am Erlass der Maßnahme beteiligt waren. Für die Zurechenbarkeit einer Maßnahme eines öffentlichen Unternehmens an den Staat gibt es eine ganze Reihe von Indizien, die sich aus den Umständen des konkreten Falles und aus dem Kontext ergeben, in dem die Maßnahme ergangen ist.

Die Überwachungsbehörde stellt vorläufig fest, dass die Kapitalzuführung und das Darlehen mit der Übertragung von staatlichen Mitteln verbunden sind. Die Überwachungsbehörde hat Zweifel geäußert, ob das Ministerium an der Entscheidung, Kapital zuzuführen und das Darlehen zu gewähren, beteiligt war. Die Überwachungsbehörde kann nicht ausschließen, dass die Maßnahmen dem norwegischen Staat zuzurechnen sind. Die Überwachungsbehörde fordert die norwegischen Behörden auf, weitere Informationen hierzu vorzulegen.

Gewährung eines Vorteils

Bei einer Maßnahme, die einem Unternehmen aus staatlichen Mitteln gewährt wurde, handelt es sich nicht um eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens, wenn das Unternehmen den gleichen Vorteil auch unter normalen Marktbedingungen erhalten hätte können. Zur Beurteilung der Bedingungen, unter denen ein solcher Vorteil gewährt wurde, wird der Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten angewendet.

Die Überwachungsbehörde hegt Zweifel daran, dass beide Maßnahmen dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten entsprechen. Damit die Überwachungsbehörde die Maßnahmen anhand dieses Grundsatzes beurteilen kann, müssten die norwegischen Behörden der Überwachungsbehörde alle relevanten Informationen vorlegen. Die Überwachungsbehörde fordert die norwegischen Behörden daher auf, weitere Informationen zu übermitteln, um darzulegen, dass die Maßnahmen mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten im Einklang stehen.

Beurteilung der Vereinbarkeit

Die norwegischen Behörden haben keine Informationen über die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit einer der Ausnahmen vom Verbot staatlicher Beihilfen nach Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorgelegt. Daher hat die Überwachungsbehörde Zweifel an der Vereinbarkeit der Maßnahmen mit dem EWR-Abkommen.

Dennoch hat die Überwachungsbehörde mögliche Gründe für eine Vereinbarkeit ausgemacht und die norwegischen Behörden aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen, insbesondere zur Vereinbarkeit mit Artikel 61 Absatz 2 oder 3 oder Artikel 59 Absatz 2 des EWR-Abkommens.

ANNEX

[Non-confidential version]

[The information in square brackets is covered by the obligation of professional secrecy]

Ministry of Trade, Industry and Fisheries
 PO Box 8090 Dep
 0032 Oslo
 Norway

Subject: Measures concerning Vy Buss AS - Decision to open a formal investigation procedure

1 Summary

- (1) The EFTA Surveillance Authority („ESA“) wishes to inform Norway that it has preliminarily assessed the measures concerning: (i) the NOK 1 000 million capital injection into Vy Buss AS in 2018 and (ii) the loan granted by Vygruppen AS to Vy Buss AS for the acquisition of Flybussarna AB („the measures“). ESA has doubts as to whether the measures constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. In case the measures were to be considered State aid, ESA has doubts whether the measures are compatible with the functioning of the EEA Agreement.
- (2) ESA has therefore decided to open a formal investigation procedure pursuant to Article 1(2) of Part I and Article 4(4) of Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement („Protocol 3“). This decision is based on the following considerations.

2 Procedure

2.1 Three complaints

2.1.1 First complaint

- (3) On 1 December 2020, ⁽¹⁾ ESA received a complaint alleging that the Norwegian authorities were granting unlawful State aid to Vygruppen AS ⁽²⁾ („Vy“) in the form of overcompensation for certain directly awarded public service obligation („PSO“) contracts for railway passenger services in Norway. The complainant requested confidentiality.

2.1.2 Second complaint

- (4) On 30 March 2021, ⁽³⁾ ESA received a second complaint alleging that the Norwegian authorities were granting unlawful State aid to Vy and its subsidiary Vy Buss AS („Vy Buss“) ⁽⁴⁾ in the form of overcompensation for certain directly awarded PSO contracts for railway passenger services in Norway, pension subsidy to Vy and a capital injection from Vy to Vy Buss. The complainant requested confidentiality.
- (5) On 3 June 2021, the Norwegian authorities submitted comments to the complaint ⁽⁵⁾. On 9 April 2022, the complainant submitted supplementary observations to ESA extending the complaint to cover an additional alleged unlawful and incompatible aid measure concerning Vy's financing of the acquisition of Flygbussarna in 2020 ⁽⁶⁾.

⁽¹⁾ Documents No 1166581, 1166617-22, 1166623-24, 1166700-02, 1166706-8, 1166748, 1166752, 1166753.

⁽²⁾ NSB AS changed its name to Vygruppen AS with effect from 24 April 2019.

⁽³⁾ Documents No 1192044-48, 1192124, 1192198-1192203, 1192204-1192215, 1192216-18, 1192219-21, 1192223-1192231, 1192232-36, 1192125-1192192.

⁽⁴⁾ Formerly called Nettbuss AS.

⁽⁵⁾ Documents No 1204908, 1204910, 1204912, 1204914, 1204916, 1204918, 1204920, 1204922, 1204924, 1204926, 1204928, 1204930, 1204932, 1204934, 1204936, 1204938, 1204940, 1204942, 1204944.

⁽⁶⁾ Documents No 1281554, 1281556 to 1281558. The financing of the acquisition of Flygbussarna is not subject to this decision.

- (6) On 13 July 2022, the complainant submitted supplementary observations to ESA ⁽⁷⁾. On 14 July 2022, ESA met with the complainant. On 1 December 2022, the complainant submitted further information to ESA ⁽⁸⁾. On 26 April 2023, ESA met with the complainant.

2.1.3 *Third complaint*

- (7) On 18 April 2023, ⁽⁹⁾ ESA received an additional complaint identical in scope, reasoning, and evidence to the two complaints previously submitted. On 24 May 2023, ESA forwarded the complaint to the Norwegian authorities ⁽¹⁰⁾. The complainant requested confidentiality.

2.2 **Opening Decision and previous procedure**

- (8) On 31 May 2023, ESA adopted Decision No 082/23/COL („the Opening Decision“) ⁽¹¹⁾ to open a formal investigation into two of the measures covered by the complaints, namely: (i) directly awarded public service obligation contracts for railway passenger services in Norway („the PSO contracts“), and (ii) a grant to Vy to cover pension costs.
- (9) After a preliminary assessment, ESA found that there were doubts as to whether the two measures constituted existing aid, and in case the measures were new aid, if they were compatible with functioning of the EEA Agreement ⁽¹²⁾.
- (10) In the following, ESA will assess the two measures that were not part of the Opening Decision, namely the NOK 1 000 million capital injection into Vy Buss in 2018 and the loan granted to Vy Buss for the acquisition of Flybussarna AB ⁽¹³⁾.

3 **Description of the measures**

3.1 **Background**

3.1.1 *Introduction*

- (11) As described above, the complainants contend that the following two measures constitute unlawful aid:
- measure 1: Vy's NOK 1 000 million capital injection into Vy Buss in 2018 („the Capital Injection“); and
 - measure 2: the loan granted from Vy to Vy Buss for the acquisition of Flybussarna AB („the Loan Agreement“).

- (12) These measures will be further described in sections 3.2 and 3.3 of this decision.

3.1.2 *Vy*

- (13) Vy is a State limited liability company subject to the Norwegian limited liability companies act („the Companies Act“) ⁽¹⁴⁾. The State, by the Ministry of Transport („The Ministry“), owns 100 % of the shares in Vy.
- (14) Vy operates railway passenger transport services in Norway. Through its subsidiary Vy Tåg AB, Vy also operates railway passenger transport services in Sweden.

⁽⁷⁾ Documents No 1302572, 1302573, 1302728 to 1302760, 1302715 to 1302718 and 1302762 to 1302769.

⁽⁸⁾ Documents No 1333853 to 1333879.

⁽⁹⁾ Documents No 1367333, 1367335, 1367338 and 1367339.

⁽¹⁰⁾ Document No 1373793.

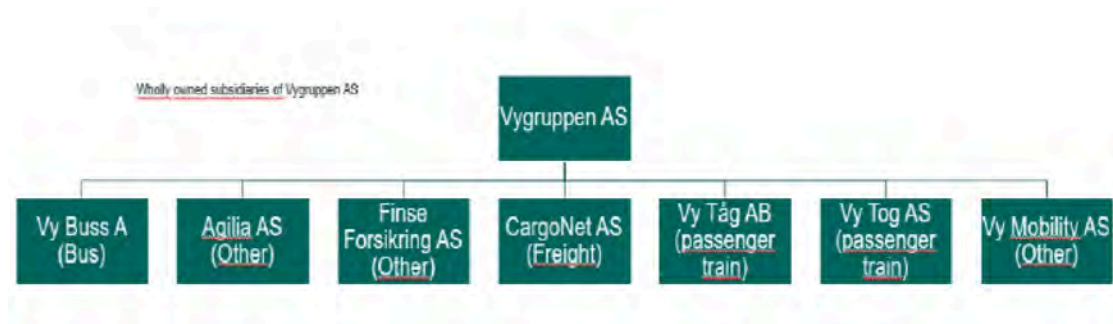
⁽¹¹⁾ OJ C 2023/239, 6.7.2023, p. 4–57, and EEA Supplement No 50, 6.7.2023, p. 26.

⁽¹²⁾ See the Opening Decision for further details on the complaints and the complaint procedure.

⁽¹³⁾ These measures were covered by the second and third complaint.

⁽¹⁴⁾ The Norwegian limited liability companies act (in Norwegian: Lov om aksjeselskaper), LOV-1997-06-13-44.

- (15) Moreover, Vy operates bus passenger services in Norway through its subsidiary Vy Buss and in Sweden through Vy AB. Vy owns 100 % of the shares in Vy Buss. Below is an illustration of the wholly owned subsidiaries of Vy (Figure 1):



- (16) Vy and its subsidiaries are not integrated in the public administration of Norway.
- (17) Vy is an independent legal entity subject to private law. The rules in the Companies Act apply to Vy in the same way as any other private limited liability company. However, there are specific provisions in Sections 20-4 to 20-7 of the Companies Act that apply to State owned companies. These provisions include *inter alia* the right for the Ministry to call an extraordinary general meeting and an extended right to take out dividends.
- (18) The State's direct ownership in Vy is exercised through the general meeting. According to the Norwegian authorities, the Ministry also has regular contact meetings with the board of directors („the Board“) and the administration of Vy.
- (19) According to the Norwegian authorities, the purpose of the contact meetings is to give the Ministry a high-level overview of the activities in Vy, and of Vy's financial and non-financial performance.
- (20) The Norwegian authorities have further explained that these meetings are not a decision-making forum, as the Ministry's power to instruct Vy is limited to decisions taken in the general meeting.
- (21) The Board is elected by the Ministry, in accordance with the Companies Act section 6-3. However, in accordance with the Companies Act section 6-4, three of the board members are elected directly by Vy representing the employees.
- (22) According to the Norwegian authorities, the Board acts independently from the State and does not generally consult the State before taking decisions.
- (23) However, according to Article 10 of Vy's articles of association, the Board shall consult the Minister of Transport on matters of substantial social concern or principal importance. Furthermore, the Board is required to present a plan for the company and its subsidiaries each year. The plan must consist of the following:
- i. A description of the market and the group, including relevant developments since the last „Article 10 plan“ was presented.
 - ii. An overview of the group's main business activities in the next years, including larger reorganisations, development and termination of existing businesses activities and the development of new business activities.
 - iii. The group's investment level, material investments and financial plans.
 - iv. Assessment of the economic development in the business plan period (five years).
 - v. A report setting out the measures and results of the company's social mission and responsibility.
- (24) The Minister of Transport must also be consulted for any amendments to the „Article 10 plan“ that deviates substantially from the plan previously presented.

- (25) The general manager of Vy („the CEO“) is elected by the Board, as for other private limited liability company, and is not subject to any direct instructions from the Ministry.
- (26) According to the general instructions issued by the Board to the CEO, the CEO has the power to represent Vy at general meetings in all Vy's subsidiaries. Furthermore, the CEO is authorised to approve intra-group agreements and transactions provided they are based on commercial terms and principles and are in accordance with the Companies Act ⁽¹⁵⁾.
- (27) Furthermore, the CEO is authorised to oversee the daily operations of the company and the group. This includes managing normal activities that fall within the scope of the board's resolutions, business plans and budgets, as well as ensuring adherence to other board decisions. The CEO is also empowered to handle any tasks necessary for the company's ongoing operations ⁽¹⁶⁾.

3.1.3 Vy Buss

- (28) Vy Buss carries out bus services in Norway. The company's main business is the operation of public bus transport services on behalf of public authorities, e.g. public bus service contracts that have been awarded through a public tender. The company also carries out activities within the express bus market and long-distance bus services which are not covered by public service obligations.
- (29) Vy has carried out bus activities since the 1920s. In 1996, Vy became a limited liability company and established the subsidiary NSB Biltrafikk AS, which carried out *inter alia* bus activities. In 2001, NSB Biltrafikk AS changed its name to Nettbuss AS and in 2019 to Vy Buss AS.

3.2 Measure 1: The Capital Injection

- (30) Vy's Capital Injection into Vy Buss was carried out on 9 April 2018. The capital increase was done through subscription of new shares in accordance with section 10-1 of the Companies Act.
- (31) The decision to carry out the capital increase was also adopted on 9 April 2018 by the general meeting in Vy Buss, upon the proposal of the board of directors of Vy Buss from the same day. The general meeting was represented by the CEO of Vy ⁽¹⁷⁾ ⁽¹⁸⁾.
- (32) According to the Norwegian authorities, the Capital Injection was carried out to support Vy Buss' normal business operations in the bus sector. The rationale for the Capital Injection was the following: ⁽¹⁹⁾
- (i) Vy Buss' equity ratio was significantly lower than of its competitors. The year prior to the Capital Injection, Vy Buss had provided group contributions of approximately 250 MNOK to other group companies, of which about 200 MNOK were to Vy. The Capital Injection therefore sought to remedy the weakening of Vy Buss' equity ratio caused by the group contributions.
 - (ii) It was considered necessary to strengthen the company's equity ratio to a minimum of 25 %. A minimum of 25 % equity is what banks typically require as a covenant for stand-alone companies. Failure to do so could result in higher financing costs.

⁽¹⁵⁾ See Document No 1204928: „Instruction from the Board of directors to Vygruppen AS“ as applicable on 9 April 2018 (Norwegian: Instruks for Vygruppens konsernsjef), p. 3.

⁽¹⁶⁾ Ibid, p. 2.

⁽¹⁷⁾ Board proposal from Vy Buss, dated 9 April 2018 (Document No 1204930), and the minutes from the General Meeting in Vy 9 April 2018 (Document No 1204936).

⁽¹⁸⁾ See paragraph (26) of this Decision and footnote 15.

⁽¹⁹⁾ Document No 1204926.

- (iii) The transition to low-emission technology in upcoming tenders increased the need for investments. Vy had estimated that investment needs would amount to 1 450 MNOK in relation to tenders in 2019, provided that the hit rate would correspond to Vy Buss' pre-existing market share.
- (iv) Public tenders commonly have solidity requirements as qualification criteria, and Vy Buss could have risked exclusion from public tenders if its equity ratio was insufficient.
- (v) The Vy group was going through a transition to the accounting standard IFRS. The transition to IFRS alone required an equity contribution of 240 MNOK to reach the desired equity ratio of 25 %. A capital injection was therefore required to avoid a deterioration in the company's financials.

3.3 Measure 2: the Loan Agreement

- (33) According to the Norwegian authorities, in the autumn of 2019, Vy was considering buying Flygbussarna AB, based on an external value assessment done by PWC ⁽²⁰⁾. According to the Norwegian authorities, the acquisition was part of Vy's strategic objectives and ambitions for growth of its activities in Sweden.
- (34) The Norwegian authorities explain that PWC estimated the value of the Flygbussarna AB [...].
- (35) The final purchase price was SEK 1 200 million. The loan was, however, SEK 1 230 million (EUR 12.83 million), ⁽²¹⁾ as the buyer also had to pay down Flygbussarna AB's debts to its former owner and equalise its working capital. According to the Norwegian authorities, this was due to the ratio between the net debts and the working capital of Flygbussarna AB at the time of the settlement. The agreed price was adjusted to compensate for additional capital in the company.
- (36) The acquisition was financed through an internal loan granted by Vy to Vy Buss, ⁽²²⁾ in order to ensure that no external debt was contracted specifically for the purpose of the transaction. The share purchase agreement was signed on 20 December 2019.
- (37) To avoid exchange rate volatility, the loan was converted to Norwegian kroner on 22 December 2020, at an exchange rate SEK – NOK of 105. The Norwegian authorities have explained that the applicable interest rates were higher in Norway than in Sweden, therefore the conversion was not financially advantageous to Vy Buss. However, the conversion was considered preferable to avoid the exchange rate risk.
- (38) According to the Norwegian authorities, Vy has set up a group account, Vy's „internal bank“, a common account system for the group entailing *inter alia* a joint credit limit and sub accounts for each company subject to the same terms, i.e. same interest rates, etc. With this banking system, subsidiaries can avoid taking up external debt, and all debt is rather contracted at group level.
- (39) The Norwegian authorities further explain that a group account system incentivises groups to spend their internal surplus liquidity before taking out external loans, and that the economic consequences of moving capital from one account to another are minimised. Each company is allowed to draw on the account and to deposit into the account.
- (40) All Norwegian and Swedish subsidiaries in Vy take part in the group's internal bank and centralised group account system. This allows Vy, as a group, to receive more favourable interest rates from external banks and all subsidiaries in the group to benefit from the same terms for their respective sub-accounts.

⁽²⁰⁾ PricewaterhouseCoopers International Limited.

⁽²¹⁾ Ibid.

⁽²²⁾ See Document No 131 3438, p. 45.

- (41) Moreover, revenues from cash deposits in the internal bank are the same regardless of whether surplus cash is deposited on the account of a subsidiary or the parent company. According to the Norwegian authorities, all cash deposits in a group account system in practice remain at the disposal of the parent company.
- (42) The Norwegian authorities explain that for loans granted through Vy's internal bank function, the interest rates are set on the basis of [...] for interest rate + a mark-up. The mark-up is individual for each group company. The interest rate [...], in connection with the preparation of the group budget.
- (43) The Norwegian authorities explain that Vy's internal bank [...] ⁽²³⁾.
- (44) Based on these principles, the loan granted for the acquisition of Flygbussarna AB was given an interest rate of three years' NOK swap rate [...]. The Norwegian authorities hold that the loan was directly benchmarked against the rates obtained in a recent leasing agreement, i.e. the Nordea lease agreement entered in spring 2019 („the Nordea lease agreement“) ⁽²⁴⁾. A swap rate is used to secure the borrower against fluctuations in interest rates by ensuring a fixed interest rate for the agreed period.
- (45) The swap rate is supposed to reflect the expected development of the NIBOR throughout the duration of the swap agreement. The Norwegian authorities have explained that a fixed rate would include a premium, which would mean that a three-year swap rate would generally be higher than for example a six-month NIBOR (only one week, or one, two, three and six months NIBOR rates still existed at the material time) [...].
- (46) From the date the loan was granted on 22 December 2020, until the end of 2023, the total interest rate was set at 2.45 %. [...].
- (47) The swap rate is influenced by the base rate of Norges Bank ⁽²⁵⁾. The base rate was adjusted from 1 % to 1.25 % on 9 May 2019, which was according to the Norwegian authorities reflected in the swap rate applied to the loan.
- (48) Below is an illustration provided by the Norwegian authorities on the developments of the base rate in the Nordea lease agreement [...], compared to the base rate of the internal loan [...], from Q1 2020 until the end of 2021 (Figure 2):
- [...].
- (49) According to the Norwegian authorities, the [...] has in general been higher than the [...]. This is due to [...].
- (50) The following table explains the key elements of the Nordea lease agreement and the Loan Agreement (Table 1):

		Nordea	The Loan Agreement
1	Base rate	[...]	[...]
2	Base rate adjustment	[...]	[...]
3	Margin	[...]	— [...] — [...] — [...]
4	Margin adjustment	[...]	[...]

⁽²³⁾ Group policy, Document No 1357622.

⁽²⁴⁾ Document No 1313444.

⁽²⁵⁾ The Central Bank of Norway.

		Nordea	The Loan Agreement
5	Collateral	No collateral but ownership of buses.	No collateral but ownership of 100 % of the shares in Vy Buss.
6	Arrangement fee	[...]	[...]
7	Duration	[...]	[...]

- (51) The Norwegian authorities have explained that the Nordea lease agreement [...]. In comparison, the interest rate in the loan agreement [...].
- (52) Moreover, the Norwegian authorities have explained that the update of the interest rates of the loan [...]. The Norwegian authorities confirm that Vy's internal bank [...].

3.4 The complaints

3.4.1 Measure 1: Capital Injection

- (53) The complainants submit that the Capital Injection of NOK 1 000 million constitutes State aid according to Article 61(1) of the EEA Agreement. According to the complainants, the measure is imputable to the State and is not in line with the market economy investor principle ⁽²⁶⁾.
- (54) The complainants argue that the legal status of Vy indicates State control and supervision of its activities. They highlight that the special provisions of the Companies Act regarding State ownership provide the State with stronger rights to govern and control the company compared to ordinary limited liability companies. Further, that this control is reinforced through Vy's articles of association, particularly Article 10, which enhances State management and oversight of Vy.
- (55) Moreover, the complainants argue that the nature of Vy's activities is restricted by a public mandate outlined in Article 3 of its articles of association. This provision delineates the company's purpose and scope, aligning it with public transportation needs and objectives ⁽²⁷⁾. According to the complainants, this sets Vy apart from other State shareholdings, where there is no such explicit public mandate justifying the State's ownership.
- (56) Moreover, the complainants submit that the white paper on the State's direct ownership of companies for 2019-2020 ⁽²⁸⁾ further confirms that the Ministry exert substantial influence over the management of Vy. The complainants submit that Vy's primary business is to operate passenger rail and cargo services. Therefore, the State's ownership of Vy is justified by the need to have a supplier capable of meeting the State's transportation need of people and goods by rail. Consequently, Vy is classified as a „Category 2“ company by the State, indicating a specific justification for State ownership and control ⁽²⁹⁾.
- (57) The complainants explain that the Office of the Auditor General („OAG“) conducted an audit of Vy and its subsidiaries, in the period from 2010-2015, which compelled the Ministry to „closely“ follow the development in Nettbuss (now Vy Buss) ⁽³⁰⁾.
- (58) The complainants explain that the Parliament endorsed the audit of the OAG on 25 February 2014 and noted that the „ministry is following the development in NSB and Nettbuss closely“ ⁽³¹⁾.

⁽²⁶⁾ See section 4.2.3.1 of this Decision for the market economy investor principle.

⁽²⁷⁾ See Vy's article of association, Document No 1302728.

⁽²⁸⁾ See Document No 1302739, p. 39.

⁽²⁹⁾ Ibid, p. 8.

⁽³⁰⁾ See Document No 1192211, p. 127.

⁽³¹⁾ See Document No 1192212, p. 21.

- (59) Furthermore, the complainants submit that in the last audit report from the OAG, which was endorsed by the Parliament on 17 February 2015, the OAG stated that: „the profitability of Nettbuss is still too poor“; but noted that the Ministry had committed to continue to „closely“ follow the development in the subsidiary ⁽³²⁾.
- (60) Considering the above, the complainants submit that the Ministry had committed to follow up closely on Vy Buss, and therefore should have been aware of the Capital Injection.
- (61) Moreover, the complainants argue that the equity in Vy Buss had run low in the years prior to the Capital Injection, as indicated in the annual reports from the period 2014 to 2017. The complainants further argue that the Ministry was made aware that the company was considering „additional measures to strengthen the equity in the Nettbuss-group“ in the years leading up to the Capital Injection.
- (62) Therefore, the complainants submit that the Ministry was aware that Vy Buss needed to raise its equity by additional measures.
- (63) The complainants explain that the white paper on NSB's (now Vy) business from April 2013, had outlined the Norwegian Government's policy concerning NSB's bus activities. The white paper highlighted the State's primary objective of ensuring a well-functioning rail transport service for both passengers and goods in Norway. It underscored that all other activities, whether within Norway or internationally, should bolster this primary goal, either by contributing financially, enhancing competence, or providing other forms of support to the rail service ⁽³³⁾. Moreover, in the previous white paper, the Government adopted the policy that continued investments in the bus business should be based on the capital generated by the bus operations ⁽³⁴⁾.
- (64) The complainants submit that Vy Buss' business plan was adopted on 4 September 2017 for the five-year period from 2018-2022. According to the business plan, no major investments in existing activities were foreseen. Trains and buses were mainly to be rented/leased ⁽³⁵⁾.
- (65) The complainants therefore submit that the Capital Injection was done in contravention to the five-year business plan.
- (66) The complainants moreover argue that Article 10 of Vy's articles of association was adopted to ensure that the company had to bring such matters to the Ministry. According to the complainants, pursuant to the last paragraph of Article 10 of the articles of association, the Board is required to present to the Minister of Transport „significant changes“ in that business plan.
- (67) The complainants point out that the objective of Article 10 of Vy's articles of association is to ensure that the Minister of Transport is informed of relevant matters and is given the opportunity to intervene against the Board if necessary.
- (68) Based on the above, the complainants argue that the investment decision went against the policy adopted by the Government and the current business plan of Vy Buss. Therefore, the Capital Injection became a principled issue under Article 10 of the articles of association that could not be taken without the Ministry.
- (69) The complainants argue that the magnitude of the investment also indicates that the Ministry had to be involved in the decision to inject NOK 1 000 million into Vy Buss.

⁽³²⁾ See Document No 1192214, p. 21.

⁽³³⁾ See Document No 1192211, p. 128.

⁽³⁴⁾ See Document No 1192142, p. 21.

⁽³⁵⁾ See Document No 1302729, p. 15.

- (70) According to the complainants, the Capital Injection committed a substantial part of Vy's equity into future risks and challenges in Vy Buss. The complainants hold that Vy, at the time of the Capital Injection, had an equity of NOK 4.1 billion. Therefore, the Capital Injection committed more than 24 % of that equity to the future business risks in the bus business.
- (71) Furthermore, the complainants argue that the Capital Injection took place while Vy was going through fundamental changes in its own main business. Vy was in the middle of public tender rounds for passenger transport by rail in Norway, which carried its own significant business risks for Vy.
- (72) The complainants hold that the decision to commit as much as NOK 1 000 million, or more than 24 % of Vy's equity, to the future business of the subsidiary constituted a significant transaction. According to the complainants, the commitment entailed that the net working capital in Vy would fall by more than 50 %, from NOK 3.5 billion at the start of 2018, to just NOK 1.7 billion, at the end of the year.
- (73) Therefore, according to the complainants, the Capital Injection committed significant equity and transferred substantial working capital away from Vy's primary public service mission and required the Ministry's involvement.
- (74) The complainants further submit that there is evidence of calls, emails, and meetings between the chairman of the Board of Vy and the Secretary-General in the Ministry prior to the Capital Injection. In particular, the email from 6 February 2018 ⁽³⁶⁾ is highlighted, as it documents that the Ministry had several meetings in the weeks before the Capital Injection with the Board. Moreover, there is evidence of meetings with the Ministry after 6 February 2018 until mid-March 2018. Therefore, the complainants argue that it is implausible that the investment decision was never discussed or shared with the Ministry.
- (75) Moreover, the complainants submit that there are strong organic links between the State and the Board. The CEO in Vy is also the chairman of the Board in Vy Buss. Furthermore, the complainants explain that the chairman of the Board used to be the CEO of Posten Norge AS, which was owned and controlled by the same Ministry, until he was elected chairman of Vy (then NSB AS). The complainants have further detailed the background of the other members of the Board, which indicates that many of the members are in or have held similar positions in other State owned or controlled companies.
- (76) The complainants therefore argue that the background of the board members indicate that they have and have had a certain loyalty and dependency to the State throughout most of their careers.
- (77) Based on the above, the complainants argue that the Ministry was involved in the Capital Injection, and that the measure is consequently imputable to the State.
- (78) As for how the transaction was made, the complainants argue that a comparable professional (private) investor, operating under the same market conditions and acting on the same available information, would not have committed NOK 1 000 million as an equity investment in Vy Buss.
- (79) The complainants submit that, as agreed by the Norwegian authorities, no external independent reports were commissioned to verify the soundness of the investment decision.
- (80) The complainants argue further that Vy had ample time and opportunity to involve the Ministry in the planned decision, also that the company had ample time to seek independent expert verification.

⁽³⁶⁾ Document No 1302736.

- (81) The complainants therefore maintain that the Capital Injection was not made in accordance with market economy investor principle.

3.4.2 Measure 2: The loan for the acquisition of Flybussarna AB

- (82) The complainants hold that Vy's financing of the acquisition of Flygbussarna AB in 2020 is unlawful and incompatible State aid.
- (83) The complainants argue that the acquisition is imputable to the State. According to the complainants, the planned acquisition was approved by the Ministry before Vy had handed in a binding offer or purchased any shares.
- (84) Furthermore, the complainants submit that the loan was not market conform, as the loan should have been compared to an unsecured loan from an external creditor.
- (85) In addition, the complainants argue that Vy's credit rating should have been set as if the group had not been State-owned. According to the complainants, Vy's credit rating had been declining and continued to decline after the loan was granted.
- (86) The complainants further submit that according to Vy's 2020 annual report, Vy Buss made the acquisition on 1 March 2020 and not in late 2019 as held by the Norwegian authorities (see paragraph (36) above). Moreover, it follows from the annual report that the consideration for the shares amounted to a cash payment of NOK 1.198 million ⁽³⁷⁾.
- (87) The complainants argue that the loan amounted to NOK 1 291.5 million, which was NOK 93.5 million higher than the agreed price for Flygbussarna AB ⁽³⁸⁾.
- (88) The complainants therefore submit that the loan from Vy to Vy Buss is imputable to the State and was not market conform.

3.5 Comments by the Norwegian authorities

3.5.1 Measure 1: Capital Injection

3.5.1.1 Imputability

- (89) The Norwegian authorities contend that the capital increase did not amount to State aid because: (i) the measure was not imputable to the State and (ii) the Capital Injection was carried out on market terms.
- (90) The Capital Injection in Vy Buss was carried out on 9 April 2018, as a capital increase by subscription of new shares in accordance with section 10-1 of the Companies Act. According to the Norwegian authorities, the Ministry was not informed of the capital increase any time before 9 April 2018.
- (91) According to the Norwegian authorities, the Ministry could have first learned about the Capital Injection in a meeting on 29 May 2018 between Vy and BDO ⁽³⁹⁾. The Norwegian authorities explain that the meeting was held in connection with the finalisation of the BDO report for 2018, where the Ministry was also present. The Norwegian authorities submit that during this meeting the Ministry could potentially have learned about the Capital Injection.
- (92) The Norwegian authorities explain that the Board through its instructions had given the CEO the right to initiate and effectuate such intra-group transactions without prior Board approval. As noted above in paragraph (26), the CEO has the power to approve all intra-group transactions of any amount.

⁽³⁷⁾ Document No 1281617, p. 89.

⁽³⁸⁾ Document No 1281635, p. 33.

⁽³⁹⁾ BDO is an accounting company.

- (93) According to the delegation act from the Board to the CEO, the CEO is authorised to approve internal agreements and transactions provided that these are based on commercial terms and principles. The CEO also has the power to represent Vy at general meetings in all Vy's subsidiaries.
- (94) According to the Norwegian authorities, the Board was also not informed about the Capital Injection until after it had taken place on 9 April 2018. Furthermore, none of the Board members raised any objections to the transaction when informed about the capital increase in Vy's board meeting on 27 April 2018.
- (95) The information about the capital increase became publicly available when Vy Buss' 2018 annual accounts were registered in the Brønnøysund Register Centre ⁽⁴⁰⁾ on 6 July 2019. Vy Buss' annual accounts are not presented or sent to the Ministry for approval.
- (96) According to the Norwegian authorities, the Ministry has no additional powers to supervise the decisions of Vy's management, except for Article 10 in the articles of association (see paragraphs (22) and (24)). The Norwegian authorities submit that this provision is limited to exceptional circumstances and cannot be used to supervise or control the management when carrying out intra-group investments to support normal business operations.
- (97) The Norwegian authorities further submit that the Capital Injection was not described in the „Article 10 plan“. The purpose of the „Article 10 plan“ is to inform the Ministry about investments that could significantly influence the group's finances. It therefore only describes investments and financial forecasts on a group level.
- (98) The Norwegian authorities explain that „external“ investments, where funds are invested outside the group, are described in the plan. Intra-group capital transfers are not described in the „Article 10 plan“.
- (99) According to the Norwegian authorities, intra-group investments are carried out to support the strategy and business plan presented to the Ministry under the „Article 10 plan“. Therefore, such investments are not considered to be matters of substantial social concern or principal importance and form part of Vy's ordinary business activities. Intra-group investments are therefore considered as matters for the management to decide without the Ministry's involvement. According to the Norwegian authorities, there are no examples of internal transactions that have been assessed as an „Article 10 matter“.
- (100) The Norwegian authorities further explain that since capital injections into subsidiaries are internal to the group, the consolidated group accounts are not affected, and the group is not exposed to any material risk. When the capital is not invested outside the group, Vy could still control the capital, and has the possibility to recoup internal capital injections if necessary.
- (101) The Norwegian authorities argue that such transactions therefore cannot be compared to external investments, such as investments by the Ministry itself, either into a company which is wholly or partially State-owned or into a privately owned company. Moreover, the rationale for enacting certain specific rules relating to groups of companies is to enable the companies within the group to move capital to the company that can best utilize it. Therefore, the Norwegian authorities submit that group contributions and other capital transfers, even substantial amounts, are common within corporate groups and generally do not affect the group's overall financial standing.

⁽⁴⁰⁾ A Norwegian government agency that is responsible for the management of numerous public registers for Norway, including company register, and governmental systems for digital exchange of information.

- (102) Further, the Norwegian authorities explain that the railway reform introduced major structural measures in the rail sector, put into effect from late 2016 and early 2017. One of the measures was the transfer of ownership and responsibility for rolling stock, to Norske Tog AS, which was demerged from NSB (Vy) and placed under the ownership of the Ministry of Transport. From then on, Vy, and all other train operators on the Norwegian market, would lease trains from Norske Tog. Further, that investment in rolling stock is generally higher than investment in buses. Therefore, the Norwegian authorities argue, it is against this backdrop that the relative terms „no major investments“ and „trains and buses will mainly be rented/leased“ must be read, see paragraph (64) above.
- (103) According to the Norwegian authorities, the business plan for 2018-2022 made clear that the group would not carry out major investments in materials, such as the ones in the previous years, and that trains and buses would mainly be financed through leasing.
- (104) Moreover, the Norwegian authorities explain that by „investments“ referred to in the internal capitalisation memo, on which the Capital Injection was based, it is meant leasing of buses and rental agreements. According to the Norwegian authorities, there were a number of new contracts being tendered out in the Norwegian and Swedish market in 2018, which potentially required significant investments in buses and other material. Therefore, there was a need to ensure that Vy Buss AS had the capital to undertake the necessary investments should the company win the contracts. This included both ensuring that the equity ratio was at a sufficient level, and that the company had sufficient free equity to carry out necessary investments in conjunction with its business activities.
- (105) Norwegian authorities also explain that leasing and rental agreements are also accounted for as investments in the balance sheet under „IFRS 16“ ⁽⁴¹⁾.
- (106) Based on the above, the Norwegian authorities argue that the Capital Injection is not imputable to the State.

3.5.1.2 Market economy investor principle („MEIP“)

- (107) According to the Norwegian authorities, the decision to do a Capital Injection in Vy Buss was not influenced by public policy considerations, but based on economic considerations at the time the measure was taken. The Norwegian authorities hold that a hypothetical private shareholder of Vy Buss would have acted in the same way as Vy at the time of the investment.
- (108) According to the Norwegian authorities, Vy Buss had over time shown itself to be a well-run company. Vy Buss had shown positive results in the years prior to the capital increase, and at the time of the capital increase, Vy Buss was in a healthy financial position.
- (109) Therefore, the Norwegian authorities argue that the Capital Injection should not be compared to exceptional Capital Injections made in conjunction with a subsidiary's possible sale or liquidation. According to the Norwegian authorities, in such cases it would require a more detailed projection of all possible losses before carrying out the investment.
- (110) The Norwegian authorities further explain that BDO issued two reports around the time of the capital increase. The first BDO report was published on 20 March 2017 and the second BDO report was published in July 2018 ⁽⁴²⁾. The purpose of both reports was to assess the value of the NSB group (now Vy), which includes Vy Buss. Both reports included recommended rates of return for the group as a whole and for the individual subsidiaries.

⁽⁴¹⁾ IFRS 16 introduces a single lessee accounting model and requires a lessee to recognise assets and liabilities for all leases with a term of more than 12 months, unless the underlying asset is of low value.

⁽⁴²⁾ Document No 1204908 and Document No 1204920.

- (111) The Norwegian authorities explain that Vy considered that Vy Buss would generate a return on equity which fulfilled the required rate of return for equity set by the BDO report in 2017. BDO estimated the rate of return for Vy Buss at [...] on capital employed and [...] on equity for long term investments. For investments with a time frame of 3-5 years, BDO estimated the rate of return at [...] on capital employed and [...] on equity ⁽⁴³⁾.
- (112) The Norwegian authorities explain that the internal return requirement applies to Vy Buss when it bids for contracts in public tenders or undertakes other investments.
- (113) The reasons for the capital increase are outlined in paragraph (32). As for the group contribution from Vy Buss, the Norwegian authorities explain that they are very common between different companies in Vy. Further, that this is usually done to optimise the tax position of the different group companies, and not to strengthen or weaken their balance sheet. Vy Buss' group contributions the year prior to the Capital Injection weakened its equity ratio, therefore the capital contribution also sought to remedy this, see paragraph (32).
- (114) As for the investment needs on tenders in 2019, the Norwegian authorities explain that public bus contracts typically have a duration of 10 – 12 years with a value of several billion NOK. Therefore, when such contracts end and new tenders are launched, the bus operators have much at stake and risk losing market shares. Moreover, most of the costs are incurred after a contract is awarded. Therefore, if after a contract is ended and a different bus operator is awarded the new contract, a transfer of an undertaking takes place so that the staff are hired by the new operator.
- (115) If Vy Buss were to be unsuccessful in a tender, it would not incur any investment costs, nor would it keep the staff formerly employed on the route on its payroll. Costs related to investments into new vehicles, charging infrastructure etc., are usually required for new contracts only by the operator to which the contract is awarded.
- (116) Therefore, considering that Vy Buss was in a healthy financial situation and Vy was and is its sole owner, and that the capital injected would not be invested unless Vy Buss was awarded a contract, Vy was in a position to recoup the capital injection in the form of group contributions or dividends. The Norwegian authorities submit that this also reduced the potential economic risk related to the investment.
- (117) The Norwegian authorities further explain that before each tender, a thorough financial analysis is carried out to ensure that the terms offered secure expected returns in line with the group's requirements.
- (118) Further, the Norwegian authorities explain that Vy had implemented sufficient mechanisms to ensure that the funds were only invested in a way that it delivered a market return. Mechanisms such as return requirements based on an external benchmark, business plans setting out Vy Buss' return requirements, and the requirement to carry out profitability analyses before bidding for a contract or investing in new activities or assets.
- (119) As for the transition to the accounting standard IFRS, the Norwegian authorities explain that for Vy Buss, the main effect was related to real estate rental agreements. However, that the financial impact was considerable, as the transition to IFRS alone required an equity contribution of 240 MNOK to reach the desired equity ratio of 25 %. Therefore, the Capital Injection was required to avoid a significant deterioration in the company's financials, which would negatively impact its financing terms and risk exclusion from public tenders.
- (120) The Norwegian authorities argue that prior economic assessments, according to market economy investor test, depend on the circumstances specific to each case. Considering the above, the Norwegian authorities argue that there was no need to carry out a separate profitability analysis, such as an NPV analysis etc. with respect to the Capital Injection.

⁽⁴³⁾ The BDO report from 2017, p. 98. (Document No 1204908).

- (121) The Norwegian authorities further submit that there are relatively liberal rules on loans between group companies in the Companies Act. In particular, Section 8-7(4) no. 2 of the Companies Act allows loans to group companies even if the lender company does not have distributable dividends. Moreover, there is a possibility to claw back capital as group contribution, dividends or (in the case of share equity) through a capital reduction (See Section 8-2, 8-5 and 12-1 of the Companies Act).
- (122) Based on the above, the Norwegian authorities submit that the Capital Injection from Vy to Vy Buss in 2018, was merely a transfer of liquidity from one account in the group account system to another, see paragraphs (39) to (41) above. As the return on the capital remains unchanged when it is moved to a different account, the capital remains *de facto* available to the parent company at any time. The Norwegian authorities submit that no privately owned parent company would undertake an *ex ante* profitability analysis in a similar situation. A subsidiary in a privately owned group would therefore have been able to receive a cash injection from its parent in similar circumstances.
- (123) Further, the Norwegian authorities submit that the MEIP-test must be considered against the fact that Vy is the sole shareholder of Vy Buss and that Vy Buss was not, at the time, a company in financial difficulties.
- (124) Finally, the Norwegian authorities confirm that Vy Buss has delivered a return according to expectations in the years since the investment. Except for the last years, which was mainly due to travel restrictions and other measures imposed by the Norwegian authorities to combat the COVID-19 pandemic.
- (125) In light of the above, the Norwegian authorities argue that the investment was carried out in line with the MEIP-test, and therefore did not confer an advantage on Vy Buss.

3.5.2 Measure 2: The loan for the acquisition of Flybussarna AB

3.5.2.1 Imputability

- (126) The Norwegian authorities argue that the loan for the acquisition of Flybussarna AB is not imputable to the State.
- (127) The Norwegian authorities explain that the Board informed the Ministry about their decision to acquire Flygbussarna AB prior to submitting the bid. However, the Ministry did not receive any information on how the acquisition would be financed, as this was within the company's autonomy.
- (128) According to the Norwegian authorities, the acquisition of Flygbussarna AB was considered as an investment that could significantly influence the group's finances, as the funds were used in an investment outside the group.
- (129) The acquisition was assumed to have a significant impact on the group's business, as it entailed entering a new market, namely the commercial airport bus market in Sweden. Therefore, the Norwegian authorities explain that the decision to acquire Flygbussarna AB was considered as a „significant amendment“ of the „Article 10 plan“. The acquisition was therefore brought before the Ministry in accordance with Article 10 of Vy's articles of association.
- (130) The Ministry was informed of the planned acquisition through an owner meeting, on 25 October 2019, where the amendments to the „Article 10 plan“ were presented. According to the Norwegian authorities, the Minister of Transport gave its approval to Vy's acquisition of Flygbussarna AB in the meeting.
- (131) Furthermore, the Norwegian authorities submit that the Ministry did not have the authority to supervise or control the management of Vy, as regards the way in which they chose to finance the acquisition.

- (132) Based on the above, the Norwegian authorities argue that the Ministry was not aware of the decision by Vy to grant Vy Buss a shareholder loan, until Flygbussarna AB was acquired.
- (133) Moreover, the Norwegian authorities argue that there is no indication that Vy's management, when considering granting the loan, pursued any objectives other than commercial ones. According to the Norwegian authorities, this indicates that Vy's management took the decision in full commercial autonomy without taking account of any requirements of the Ministry.
- (134) The Norwegian authorities therefore submit that there are no indications that the Ministry was involved in the adoption of the decision to grant a loan from Vy to Vy Buss for the acquisition of Flygbussarna AB.

3.5.2.2 MEIP

- (135) The Norwegian authorities submit that the loan granted by Vy to Vy Buss for the acquisition of Flygbussarna AB, was granted on terms that would have been acceptable to a private investor in a similar situation. Therefore, the Norwegian authorities argue that the loan was granted according to the MEIP.
- (136) The loan was granted by Vy to its wholly owned subsidiary Vy Buss. The Norwegian authorities argue that this situation cannot be compared to a situation of an external lender.
- (137) The Norwegian authorities submit that when a shareholder grants a loan to a wholly owned subsidiary, the shareholder contrary to a commercial bank retains full control over its assets. The shareholder can call a general meeting at any moment, and instruct the board, within the limits of company laws, to take any action necessary to preserve the value of the assets.
- (138) Furthermore, a sole owner may also resolve any amendment it deems necessary to the by-laws of the subsidiary. The shareholder can liquidate or absorb the company at any moment within the limits set out in company laws.
- (139) The Norwegian authorities explain that the loan was offered without any security, but that a collateral is uncommon and generally unnecessary in case of a loan to a wholly owned company.
- (140) Moreover, the Norwegian authorities explain that the loan was compared with the lease agreement offered by Nordea to Vy Buss. The Norwegian authorities argue that the Nordea lease agreement should be considered as a financial agreement, since it is priced with a reference rate and mark-up with no additional services (such as maintenance, insurance etc.).
- (141) The Norwegian authorities explain that the reference rate applied [...]. The interest rates in the Nordea lease agreement are updated in accordance with [...]. By comparison, the reference rate for the internal loan [...].
- (142) The Norwegian authorities explain that for the internal loan the mark-up will [...]. Unlike the Nordea lease agreement, where [...], see paragraphs (51)-(51).
- (143) Therefore, the Norwegian authorities argue that the internal loan applied a generally higher reference rate and an equivalent or higher mark-up than the Nordea leasing agreement. The applied rates have been higher than for the rate set by Nordea. The Norwegian authorities argue that the higher reference rate reflects the increased risk to the lender of offering a fixed rate for a longer period with less frequent updates. Consequently, there is no indication that the internal loan was more beneficial to Vy Buss than equivalent financing agreements with external, commercial lenders.

- (144) The Norwegian authorities have stated that the loan was not assessed against ESA's Guidelines of Reference and Discount Rates ⁽⁴⁴⁾. However, if the shareholder loan was assessed as unsecured loan, the margin applied [...], see paragraph (48)), is only marginally below the margin of 100 basis points applied in ESA's Guidelines of Reference and Discount Rates for lenders holding a strong credit rating.
- (145) According to the Norwegian authorities, the security involved when granting a loan to a subsidiary is at least comparable to a „normal“ security according to ESA's Guidelines of reference and discount rates, therefore the mark-up was acceptable when security is „normal“ (75 basis points) to low (100 basis points).
- (146) By comparison, the Nordea lease agreement was based [...], i.e. on a generally lower reference rate and the same mark-up. Compared to the methodology in ESA's Guidelines for reference and discount rates the Norwegian authorities argue that the shareholder loan was based on a higher reference rate than foreseen in the guidelines, and applied an appropriate mark-up given the level of security involved. According to the Norwegian authorities, this means that the terms of the loan must be considered market conform, not only on the basis of the direct benchmarking against a comparable market transaction (i.e. the Nordea lease agreement), but also on the basis of the methodology set out in ESA's Guidelines for reference and discount rates.
- (147) Moreover, the Norwegian authorities contend that there were no changes in the financial situation in Vy during the period between the leasing agreement from 26 April 2019 and 20 December 2019 when the shareholder loan was granted. Vy Buss' financial situation was equally stable at the time. The Norwegian authorities explain that [...] of Vy Buss' activities stem from public bus transport contracts based on gross prices. Moreover, [...] of the activities are engaged in the commercial bus transport market, which did not experience any fluctuations in 2019.
- (148) The Norwegian authorities further submit that the decision to make the investment was taken at group level, based on a careful, third-party value assessment of Flybussarna AB.
- (149) Finally, the Norwegian authorities confirm that the repayment of the loan has taken place according to schedule.

4 Presence of State aid

4.1 Introduction

- (150) Article 61(1) of the EEA Agreement reads as follows: „Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement.“
- (151) The qualification of a measure as aid within the meaning of this provision requires the following cumulative conditions to be met: (i) the measure must be granted by the State or through State resources; (ii) it must confer an advantage on an undertaking; (iii) favour certain undertakings (selectivity); and (iv) threaten to distort competition and affect trade.
- (152) ESA's preliminary assessment is that the cumulative conditions are fulfilled in relation to both measures, see section 4.2 and 4.3 below.

⁽⁴⁴⁾ ESA's Guidelines on Reference and Discount Rates adopted on 17 December 2008, outline the reference and discount rates that can be applied as a proxy for the market rate and to measure the grant equivalent of state aid.

4.2 Measure 1: Capital Injection

4.2.1 Presence of State resources

- (153) The first condition of Article 61(1) of the EEA Agreement to be considered is whether the Capital Injection into Vy Buss was granted by the State or through State resources.
- (154) The transfer of State resources may take many forms, such as direct grants, loans, guarantees, direct investment in the capital of companies and benefits in kind. Resources of public undertakings can also constitute State resources within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, because the State is capable of directing the use of these resources. Furthermore, transfers within a public group may constitute State aid if, for example, resources are transferred from the parent company to its subsidiary (even if they constitute a single undertaking from an economic point of view) ⁽⁴⁵⁾.
- (155) Since Vy is fully owned by the Norwegian State, Vy's resources are at the disposal of the State, and those resources fall within the concept of „State resources“ within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. ESA therefore preliminarily finds that the Capital Injection involves the transfer of State resources.
- (156) The mere fact that a measure is taken by a public undertaking is not *per se* sufficient to consider it imputable to the State. In such cases, it is necessary to determine whether the public authorities can be regarded as having been involved, in one way or another, in adopting the measure. However, it does not need to be demonstrated that, in a particular case, the public authorities specifically incited the public undertaking to take the measure in question ⁽⁴⁶⁾.
- (157) Since relations between the State and public undertakings are necessarily close, there is a real risk that State aid may be granted through the intermediary of those undertakings in a non-transparent manner and in breach of the rules on State aid laid down in the EEA Agreement. Moreover, precisely because of the privileged relations that exist between the State and public undertakings, it will, as a general rule, be very difficult for a third party to demonstrate in a particular case that measures taken by such an undertaking were in fact adopted on the instructions of the public authorities ⁽⁴⁷⁾.
- (158) The public authorities can still require a public undertaking to conduct an entrepreneurial operation that could possibly comply with the private investor criterion but would still be attributable to the State ⁽⁴⁸⁾. Therefore, even if a measure, such as the Capital Injection or the loan agreement, would comply with the MEIP, it can still be considered imputable to the State.
- (159) The imputability to the State of a measure taken by a public undertaking may be inferred from a set of indicators arising from the circumstances of the case and the context in which the measure was taken: ⁽⁴⁹⁾
- a) the fact that the body in question could not take the contested decision without taking account of the requirements of the public authorities;
 - b) the presence of factors of an organic nature which link the public undertaking to the State;
 - c) the fact that the undertaking through which aid was granted had to take account of directives issued by governmental bodies;

⁽⁴⁵⁾ EFTA Surveillance Authority Decision No 3/17/COL of 18 January 2017 amending, for the one hundred and second time, the procedural and substantive rules in the field of State aid by introducing new Guidelines on the notion of State aid as referred to in Article 61(1) of the Agreement on the European Economic Area [2017/2413], („NoA“), OJ L 342, 21.12.2017, p. 35–84 and EEA Supplement No. 82, 21.12.2017, p. 1, paragraph 49.

⁽⁴⁶⁾ NoA, paragraph 41.

⁽⁴⁷⁾ Ibid.

⁽⁴⁸⁾ Judgment of the Court of 23 November 2017, *SACE and Sace BT v Commission*, C-472/15 P, EU:T:2015:435, paragraph 29.

⁽⁴⁹⁾ NoA, paragraph 43. Judgment of the Court of 16 May 2002, *French Republic v Commission of the European Communities („Stardust“)*, C-482/99, EU:C:2002:294, paragraphs 54–55.

- d) the integration of the public undertaking into the structures of the public administration;
- e) the nature of the public undertaking's activities and their exercise on the market in normal conditions of competition with private operators;
- f) the legal status of the undertaking (whether it is subject to public law or ordinary company law), although the mere fact that a public undertaking has been constituted in the form of a capital company under ordinary law cannot be regarded as sufficient reason to exclude imputability, having regard to the autonomy which that legal form confers on it;
- g) the degree of supervision that the public authorities exercise over the management of the undertaking, and the degree of control which the State has over the public undertaking; and
- h) any other indicator showing the involvement of the public authorities in adopting the measure in question or the unlikelihood of their not being involved, taking account of the scope of the measure, its content or the conditions it contains.

(160) Based on the above, ESA will need to assess, whether Vy was acting as an autonomous entity, free of any influence from the Ministry, or whether its actions are imputable to the Norwegian State, i.e. the Ministry ⁽⁵⁰⁾.

(161) Any indication of the involvement by the public authorities in the adoption of a measure or the unlikelihood of them not being involved, is relevant for the assessment. Having regard also to the objective of the measure, its content or the conditions which it contains, or, on the other hand, the absence of those authorities' involvement in the adoption of that measure ⁽⁵¹⁾.

(162) In the following, ESA will analyse the existence of indicators, listed in paragraph (159), to assess whether the measure is imputable to the State.

4.2.1.1 The role of public authorities when the decision was taken

(163) The most direct way of demonstrating imputability would be in cases where direct instructions were given from the State to the public undertaking in relation to the measure in question or where the granting of the measure is governed by law instructing the public undertaking to act. However, according to the Norwegian authorities, Vy is governed by private law, and there are no specific provisions instructing Vy on how to carry out its operations. Therefore, other indirect indications of imputability need to be assessed.

(164) According to the Norwegian authorities, intra-group investments form part of Vy's ordinary business activities. Therefore, they are a matter for the management to decide without the Ministry's involvement.

(165) The Norwegian authorities have explained that the Capital Injection was not covered by Article 10 of Vy's articles of association and was not described in the „Article 10 plan“. The purpose of the „Article 10 plan“ is to inform the Ministry about investments that could significantly influence the group's finances. These investments are external investments whereby the funds used in the specific transaction are invested outside the group, such as the acquisition of companies.

(166) ESA notes that according to Article 10 of Vy's article of association, the Board is required to present a plan for the company and its subsidiaries each year, see paragraph (22). In particular, it follows from point iii) of Article 10 that the plan shall include Vy's investments, significant investments and financing plans. Article 10 of Vy's article of association do not explicitly exclude intra-group transfers.

⁽⁵⁰⁾ Stardust, paragraph 55; and Judgment of the General Court of 26 June 2008, *SIC v Commission*, T-442/03, EU:T:2008:228, paragraph 98, and judgment of the General Court of 10 November 2011, *Elliniki Nafpigoataskevastiki and Others v Commission*, T-384/08, EU:T:2011:650, paragraph 54.

⁽⁵¹⁾ Judgment in *Commission v Italy and Others*, C-425/19 P, EU:C:2021:154, paragraphs 60-61.

Judgment of 23 November 2017, *SACE and Sace BT v Commission*, C-472/15 P, EU:C:2017:885, paragraph 34; and of 10 December 2020, *Comune di Milano v Commission*, C-160/19 P, EU:C:2020:1012, paragraph 46.

- (167) In ESA's view, the Capital Injection amounting to NOK 1 000 million fulfils the criteria outlined in Article 10 of Vy's articles of association. ESA notes that the Capital Injection can qualify as a significant investment and be part of Vy's financial plans. ESA therefore considers this a potential indication of the need for the Ministry's involvement. In this regard, ESA also has doubts whether any measure enacted in connection with the „Article 10 plan“, can be executed without taking account of the Ministry's position.
- (168) Moreover, an indicator of an organic nature can, for example, be when the members of the board of an undertaking also preform senior management duties in government ministries, as civil servants that enjoy the confidence of the State. This is due to the likelihood of maintaining informal contacts with agents of the ministry to which they belong and, to relay the influence of the decision-making process within the public entity ⁽⁵²⁾.
- (169) Furthermore, the circumstances surrounding the appointment of the members of the management bodies of a public undertaking are, in certain cases, capable of establishing that the undertaking has a limited margin of independence from the State which controls it, with the result that such an appointment constitutes a significant indicator of imputability to the State ⁽⁵³⁾.
- (170) In the case at hand, at the time of the capital increase, five of the Board members were elected by the Ministry and three were elected by Vy. According to the Norwegian authorities, none of the Board members were, at the time of the capital increase, civil servants. Nor did they have more voting power or a veto right than the employee representatives. In ESA's preliminary view, there is no indication, based on the information available to it, that the Board members did not act independently.
- (171) However, as indicated by the complainants, many of the Board members are or have held similar positions in other State owned or controlled companies. This could suggest a certain degree of loyalty and dependency towards the State amongst the Board members. Although arguably to a lesser extent compared to the cases where board members are simultaneously performing other duties as civil servants.
- (172) Based on the above, ESA cannot with certainty dismiss that there are no links of organic nature between Vy and the Ministry.

4.2.1.2 The nature of Vy's or Vy Buss' activities

- (173) The nature of the activities of the public undertaking in question is a relevant indicator for assessing the imputability of the measure to the State. In this regard, the pursuit of public policy objectives and the exercise of activities falling within the competence of that State by the undertaking can be regarded as an indication of imputability to the State that controls it ⁽⁵⁴⁾.

It follows from Article 3 of Vy's articles of association that the company's public mandate is to ensure efficient, accessible, safe and environmentally friendly transport of people and goods. The company can operate directly, through subsidiaries, or other companies. The company can operate in other Nordic countries to the extent that it contributes to strengthening the company's competitiveness on the Norwegian market and/or contributes to strengthening the company's ability to solve the public mandate that justifies the State's ownership. As follows from paragraphs (55) and (56), the State's ownership of Vy indicates that it is distinct from other State shareholdings. This distinction arises from the explicit public mandate that justifies the State's ownership of Vy, a mandate that ESA cannot with certainty assume is present in other State-owned enterprises.

⁽⁵²⁾ Judgment of the General Court of 13.09.2023, *ITD and Danske Fragtmænd v Commission*, T-525/20, EU:T:2023:542, paragraphs 60 and 64.

⁽⁵³⁾ Ibid, paragraph 54.

⁽⁵⁴⁾ Ibid, paragraph 92.

- (174) Vy's activities and those of its subsidiaries, i.e. Vy Buss', are commercial, excluding certain activities (namely, the public service obligation entrusted to Vy, see section 3.2. of the Opening Decision). According to the Norwegian authorities, there is no link between the commercial activities of Vy Buss and the public service activities of Vy.
- (175) As explained in paragraphs (92) to (95), the CEO of Vy carried out the capital increase without prior notification to the Board. According to the Norwegian authorities, the Capital Injection was considered part of the daily operations of Vy, and the CEO was therefore authorised to approve it independently (see paragraph (26)). According to the instruction to the CEO, the CEO was authorised to approve intra-group agreements and transactions, as long as they were on commercial terms and in compliance with the Companies Act ⁽⁵⁵⁾. This indicates that the decision was within Vy's competence without necessitating the Ministry's involvement.
- (176) However, given Vy's public mandate, it is expected that the Norwegian authorities would pay special attention to the decisions taken by the company. This scrutiny is particularly pertinent because decisions of significant financial impact, such as the Capital Injection, are typically approved by the General Meeting upon a proposal from the Board. In this case, the CEO approved the transaction singlehandedly. ESA notes that the unilateral decision by the CEO to approve the capital injection could raise concerns about adherence to the usual governance processes and oversight mechanisms.
- (177) In addition to the fact that the Ministry had committed to follow closely the development in Vy and Vy Buss, see paragraphs (53) and (54).
- (178) ESA takes into consideration that there was no link between Vy Buss' activities and those of Vy falling within the scope of the public service obligations. However, ESA notes that Vy's activities can be considered public in nature, as it is used by the State as a vehicle for ensuring the execution of its public service obligations.
- (179) Furthermore, Vy's corporate purpose is primarily to fulfil its public mandate to ensure efficient, accessible, safe, and environmentally friendly transport of people and goods in Norway. However, ESA does not have sufficient information to conclude whether the Capital Injection would have any impact, positive or negative, on the fulfilment of that service.
- (180) In the light of the above, when a decision about the long-term investment and development of the company is taken, which could potentially impact the activities of Vy, ESA cannot exclude that the Ministry as the sole shareholder of the group was involved.
- (181) Subsequently, ESA finds that the nature of the activities of Vy and Vy Buss may indicate that the public authorities could have been involved in adopting the measure.

4.2.1.3 The degree of supervision from the Ministry over the management of Vy Buss and the legal status of the undertaking

- (182) One of the factors in the assessment of whether a measure is imputable to the State is the degree of supervision exercised by the public authorities ⁽⁵⁶⁾. The fact that a public undertaking is subject to private law cannot be considered as sufficient to exclude the possibility of an aid measure taken by such a company being imputable to the State ⁽⁵⁷⁾. ESA must determine whether that evidence demonstrates, in the circumstances, that the public authorities were involved, in one way or another, in the adoption of the decision to inject capital ⁽⁵⁸⁾.

⁽⁵⁵⁾ See footnote 14.

⁽⁵⁶⁾ Judgment of 2 March 2021, *Commission v Italy and Others*, C-425/19 P, EU:C:2021:154, paragraph 62 and the case-law cited.

⁽⁵⁷⁾ Stardust, paragraph 57.

⁽⁵⁸⁾ Judgment of the General Court of 13 December 2018, T-167/13, *Comune di Milano v European Commission*, EU:T:2018:940, paragraph 75.

- (183) The Norwegian authorities have explained that the powers of the Ministry are comparable to a private shareholder in a limited liability company. With the exception of the specific provisions in the Companies Act and Article 10 of the articles of association, which provide the Ministry with more control than an ordinary shareholder of a limited liability company. Moreover, any decisions of substantial social concern, principal importance, and amendments to the „Article 10 plan“, must be approved by the Ministry.
- (184) From the information provided by the Norwegian authorities, it is not evident what is considered to be decisions of substantial social concern or principal importance. However, the Norwegian authorities argue that the Capital Injection falls outside of these categories, as it is an intra-group transfer that the CEO of Vy can decide on, without the approval of the Board ⁽⁵⁹⁾. Moreover, the Norwegian authorities have confirmed that there are no examples of internal transactions being considered as an „Article 10 matter“.
- (185) The Norwegian authorities have explained that in addition to general meetings, there are regular contact meetings between the Ministry and Vy every four months. The Ministry also has ongoing contact with the Board and the administration of Vy. ESA also considers that there is evidence of phone calls, email exchanges, and meetings prior to the Capital Injection between the Ministry and Vy. Which indicates direct interactions with Vy in the days prior to the Capital Injection, illustrating an ongoing and active involvement in the Vy's operations.
- (186) ESA notes that the Norwegian authorities argue that internal capitalisation is not usually discussed in such meetings, however, ESA finds that it cannot be excluded that the Ministry could unofficially have been informed of matters such as the capital increase in a contact meeting. The Ministry could therefore in one way or another, have been involved in the adoption of the decision to inject capital.
- (187) ESA also takes into account that the Ministry was committed to follow the development in Vy and Vy Buss closely, following the OAG's audit finding that the profitability of Vy Buss (then Nettbuss) was too poor, see paragraphs (58) and (59). ESA understands that the Ministry was also aware that the company was considering additional measures to strengthen the equity in Vy in the years leading up to the Capital Injection.
- (188) In light of the above, ESA cannot exclude that the Ministry's degree of supervision of the management of Vy directly or indirectly played a role in the decision to execute the Capital Injection. ESA considers that the ongoing contact between Vy and the Ministry could have provided the Ministry with the opportunity to influence Vy's activities.

4.2.1.4 Other indicators

- (189) ESA notes that Vy and its subsidiaries are not integrated in the public administration of Norway.
- (190) Furthermore, ESA notes that Vy Buss' business plan for the period of 2018-2022 did not forecast any major investments in existing activities during the planned period, as trains and buses are rented/leased. However, as described above in paragraph (32) and paragraph (103), part of the rationale behind the Capital Injection was a need for investments due to the transition to low-emission technology, and to be able to participate in upcoming public tenders. ESA invites the Norwegian authorities to further elaborate on the investments in the transition to low-emission technology, whether the Capital Injection only foresaw leasing/renting of buses or also other type of investments.

4.2.1.5 Conclusion

- (191) Considering the above, it appears that the Norwegian authorities could have been in a position to exercise a degree of supervision over the management of Vy, which enabled them to influence the decision to carry out the Capital Injection. ESA therefore has doubts as to whether the Ministry was involved one way or another in the decision to carry out the Capital Injection.

⁽⁵⁹⁾ See footnote 15.

- (192) Therefore, ESA cannot exclude that the measure is imputable to the Norwegian State. ESA invites the Norwegian authorities to provide further information in this regard.

4.2.2 *Conferring an advantage on an undertaking*

4.2.2.1 Introduction

- (193) State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement does not cover a measure granted to an undertaking through State resources where it could have obtained the same advantage in circumstances which correspond to normal market conditions. The assessment of the conditions under which such an advantage was granted is made by applying the market economy operator principle („MEOP“) ⁽⁶⁰⁾.
- (194) This principle has been developed with regard to different economic transactions. The „market economy investor principle“ („MEIP“) has been developed to identify the presence of State aid in cases of public investment (in particular, capital injections) ⁽⁶¹⁾. The MEIP is applied to determine whether a public body's investment constitutes State aid by assessing whether a private investor of a comparable size, in similar circumstances, operating in normal conditions of a market economy could have been prompted to make the investment in question ⁽⁶²⁾. Consequently, it is necessary to verify not whether a private investor would have acted in exact same way as the public investor, but whether, in similar circumstances, it would have contributed an amount equal to that contributed by the public investor ⁽⁶³⁾.
- (195) In the assessment, ESA must take into consideration whether the same measure would have been adopted in normal market conditions by a private investor in a situation as close as possible to that of the State. ESA must take into account only the benefits and obligations linked to the situation of the State as shareholder, excluding any linked to its situation as a public authority ⁽⁶⁴⁾.
- (196) The only relevant evidence when applying the private investor test is the information which was available and the developments which were foreseeable at the time when the decision was made ⁽⁶⁵⁾ ⁽⁶⁶⁾. A retrospective finding that the investment made by the State concerned was actually profitable, or subsequent justifications for the investment, cannot be considered in the MEIP assessment ⁽⁶⁷⁾.
- (197) Furthermore, for the purposes of applying the test, ESA must rely, to a large extent, on the objective and verifiable evidence produced by the EEA EFTA State for the purposes of establishing that the measure implemented falls to be ascribed to the State acting as shareholder and, therefore, that the test is applicable ⁽⁶⁸⁾.
- (198) Consequently, the absence of a prior evaluation, which a private investor would have taken at the time the investment was made, although not decisive in itself, could constitute a relevant factor in the application and assessment of the MEIP ⁽⁶⁹⁾.

⁽⁶⁰⁾ Judgment of the Court of 6 March 2018, *Commission v FIH Holding and FIH Erhvervsbank*, C-579/16 P, EU:C:2018:159, paragraph 45 and the case-law cited.

⁽⁶¹⁾ The terms „market economy investor“ and „market economy operator“ can be used interchangeably; they are described in the NoA, paragraphs 73 to 82.

⁽⁶²⁾ NoA, paragraph 74. Judgment of the Court of 10 December 2020, *Comune di Milano v Commission*, Case C 160/19 P, EU:C:2020:1012, paragraph 106. Judgment of the Court of 5 June 2012, *Commission v EDF*, C-124/10 P, EU:C:2012:318, paragraph 89.

⁽⁶³⁾ Judgment of the Court of 5 June 2012, *Commission v EDF*, C-124/10 P, EU:C:2012:318, paragraph 95.

⁽⁶⁴⁾ *Ibid*, paragraph 79.

⁽⁶⁵⁾ *Ibid*, paragraph 105.

⁽⁶⁶⁾ *Ibid*, paragraphs 83–85 and 105; and *Stardust*, paragraphs 71–72.

⁽⁶⁷⁾ Judgment of the Court of 5 June 2012, *Commission v EDF*, C-124/10 P, EU:C:2012:318, paragraph 85.

⁽⁶⁸⁾ Judgment of the Court of 10 December 2020, *Comune di Milano v Commission*, C-160/19 P, EU:C:2020:1012, paragraph 112.

⁽⁶⁹⁾ *Ibid*, paragraph 113.

- (199) Therefore, the assessment is whether a hypothetical private investor in the same position as Vy would have carried out the same transactions on similar terms. In order to examine whether or not Vy has adopted the conduct of a prudent investor operating in a market economy, it is necessary to consider the context of the period during which the Capital Injection was taken to assess the economic rationality of the Vy's conduct ⁽⁷⁰⁾.

4.2.2.2 The burden of proof for establishing an advantage

- (200) It is settled case-law that it is for ESA to prove the existence of State aid ⁽⁷¹⁾. In particular, ESA is required to conduct a diligent and impartial examination of the contested measures, so that it has at its disposal, when adopting the final decision establishing the existence of State aid, the most complete and reliable information possible for that purpose ⁽⁷²⁾.
- (201) Even where ESA is faced with an EFTA State which, in breach of its duty to cooperate, fails to provide the information requested, it must base its decisions on reasonably robust and coherent evidence which provides a reasonable basis for presuming that a company has received an advantage which constitutes State aid, and which is therefore capable of supporting the conclusions which it has reached. In doing so, ESA cannot simply proceed on the assumption that an advantage constituting State aid has accrued to an undertaking, because it does not have information to conclude otherwise, in the absence of other evidence to conclude positively that such an advantage is based on a negative presumption ⁽⁷³⁾.

4.2.2.3 MEIP assessment

- (202) The Norwegian authorities explain that no profitability analysis was carried out in relation to the Capital Injection. This was because the transaction was an intra-group capital transfer. Furthermore, since Vy Buss was not in financial difficulties at the time of the transfer, it was not considered as an „investment“ before the capital was invested in assets or new activities. The Capital Injection as such merely meant that the capital in question was moved from one group account to another, with the same risk and return profile. Moreover, the Norwegian authorities have argued that the requirements concerning prior economic analysis vary depending on the case at hand.
- (203) For the purposes of EEA State aid rules, transfers within a public group may also constitute State aid. Therefore, resources transferred from the parent company to its subsidiary, even if they constitute a single undertaking from an economic point of view, fall within the scope of EEA State aid rules ⁽⁷⁴⁾.
- (204) ESA further notes that deep knowledge of the sector and of the company itself, is not sufficient to justify the lack of prior examination. The State is still obliged to examine the expected future profitability of the investment in question, as would have been done by a private investor ⁽⁷⁵⁾.
- (205) As established above in section 4.2.2.1, the absence of a prior evaluation, which a private investor would have taken at the time the investment was made, could constitute a relevant factor in assessing whether the measure in question is market conform ⁽⁷⁶⁾.

⁽⁷⁰⁾ Stardust, paragraph 71.

⁽⁷¹⁾ Judgment of the Court (Fifth Chamber) of 19 September 2018, in Case C-438/16 P, EU:C:2018:737, paragraph 110.

⁽⁷²⁾ See Judgment of 3 April 2014, *France v Commission*, C-559/12 P, EU:C:2014:217, paragraph 63.

⁽⁷³⁾ Judgment of 21 March 2024, E-10/22, *Eviny AS v EFTA Surveillance Authority*, paragraphs 93 and 94. See Judgment of 26 March 2020, *Larko v Commission*, C-244/18 P, EU:C:2020:238, paragraphs 67 to 70 and the case-law cited, and Judgment of 7 May 2020, *BTB Holding Investments and Duferco Participations Holding v Commission*, C-148/19 P, EU:C:2020:354, paragraphs 48 to 51 and the case-law cited.

⁽⁷⁴⁾ See NoA, paragraph 49 and case law cited.

⁽⁷⁵⁾ See Judgment of 18 September 2018, *Duferco Long Products v Commission*, T-93/17, EU:T:2018:558, paragraph 96.

⁽⁷⁶⁾ See Judgment of 10 December 2020, *Comune di Milano v Commission*, C-160/19 EU:C:2020:1012, paragraph 114.

- (206) ESA understands the Norwegian authorities' argument, that the capital investment is not to be considered as an „investment“, to mean that the Capital Injection did not give Vy Buss an advantage before the investment materialised.
- (207) In ESA's preliminary view, the Capital Injection provided Vy Buss with a financial security that was liable to give Vy Buss a stronger position on the market. Vy Buss operates in a very competitive market and the main players on the Norwegian market for passenger bus transport also operated on an international level at the time of the Capital Injection. Therefore, ESA preliminarily finds that the Capital Injection, even if not invested in assets or activities, could constitute an economic advantage to Vy Buss as it improves its competitive position as compared to its competitors on the market ⁽⁷⁷⁾.
- (208) ESA notes that, according to the Norwegian authorities, at the time when the Capital Injection took place on 9 April 2018, the latest available financial report for Vy (NSB Group at that time) was from March 2017. The financial report from March 2017 did not take into account the Capital Injection, and therefore did not indicate the estimated returns. In ESA's view, the lack of estimates of return for the investment, before the decision to carry out the Capital Injection was taken, indicates that Vy did not act in the same way a hypothetical private investor would have in a similar situation. Furthermore, the Norwegian authorities have not provided any information that any separate reports or assessments were carried out in relation to the Capital Injection.
- (209) Moreover, Vy's internal capitalisation memo describes why the Capital Injection was required, the reasons are outlined in paragraph (32) ⁽⁷⁸⁾. However, ESA finds that it is unclear how the assumptions in the memo are substantiated.
- (210) For example, ESA notes that part of the reason for the Capital Injection was to raise the company's equity ratio to a minimum of 25 %, to avoid higher financing costs. Furthermore, the Norwegian authorities maintain that raising the equity was necessary both to ensure that the equity ratio was sufficient to participate in tenders and to ensure that the company had enough free equity to carry out necessary investments in conjunction with its business activities. However, the Norwegian authorities have explained that Vy has an „internal bank“, allowing subsidiaries to avoid taking on external debt, with all debt instead contracted at the group level (see paragraph (38)). The Norwegian authorities have also argued that the Capital Injection from Vy to Vy Buss in 2018, was merely a transfer of liquidity from one account in the group account system to another (see paragraph (122)). Therefore, ESA invites the Norwegian authorities to explain the need for Vy to maintain a certain equity ratio (25 %), given that loans appear to be more appropriate instruments for providing liquidity, and subsidiaries can take up debt from the internal bank without resorting to external lenders.
- (211) Additionally, the Norwegian authorities have indicated that a minimum equity ratio of 25 % is required for self-standing companies. Given that Vy Buss is part of the Vy group, ESA invites the Norwegian authorities to clarify whether the same equity ratio requirements apply to Vy Buss, considering its integrated status within the group structure.
- (212) Furthermore, the Norwegian authorities argue that the transaction is comparable to one a private investor would have done, as the capital was supposed to be used for future investments, which would be subject to profitability analyses. The Norwegian authorities also maintain that the capital injected would not be invested unless Vy Buss was awarded a contract, which gives Vy the possibility to recoup the Capital Injection in case of such investment not taking place (see paragraph (116)). However, ESA has doubts whether a private investor would provide equity to a subsidiary irrespective of that subsidiary's actual investment needs. Absent a specific investment opportunity, the funds provided through the Capital Injection may remain in the „internal bank“, earning a return lower than the opportunity cost of those funds (i.e. the subsidiary's cost of equity). In this regard, ESA invites the Norwegian authorities to provide their views.

⁽⁷⁷⁾ See to this effect, Commission Decision of 27.03.2014, SA.32179, Decision to initiate the formal investigation procedure, OJEU C/156/2014, paragraph 62. Commission Decision of 24.11.2023, SA.32179, (not yet published), paragraph 156.

⁽⁷⁸⁾ Document No 1204926.

- (213) As for the investment of the capital, ESA takes note of the fact that Vy has certain mechanisms to ensure that the funds are only invested in a way that deliver a market return (see paragraph (118) above). Mechanisms such as requirements to carry out profitability analyses before bidding for a contract or investing in new activities or assets.
- (214) ESA finds that the safeguards in place to ensure that the investments of Vy Buss are financially sound mitigates the risk associated with the Capital Injection. It is not unlikely that a private shareholder with similar safeguards could assume the risks associated with the Capital Injection. However, ESA has doubts whether the mechanisms can sufficiently replace a profitability analysis to be made before the Capital Injection. ESA further has doubts whether the prospects of obtaining a profitability analysis after the investment is materialised demonstrates that the State acted as a prudent investor. ESA invites the Norwegian authorities to provide further information on this.
- (215) The Norwegian authorities have acknowledged that no profitability analysis was carried out in relation to the Capital Injection. However, the Norwegian authorities argue that BDO, in its report from 2018, had set the same return rate as the internal minimum rate of return required on a project or investment (internal hurdle rate). As noted in paragraph (110) above, BDO had assessed the value of the companies in Vy in 2017 and 2018, which included an assessment of the value of Vy Buss, reasonable return on capital requirements, equity requirements in comparable companies and the general economic outlook.
- (216) ESA has doubts as to whether the BDO report of 2018 is sufficient evidence to find that Vy based its decision on a profitability forecast, which could show a profitability level above the cost of capital that would be required by a private investor. To this, ESA notes that the BDO report from 2018 was delivered after the Capital Injection took place.
- (217) Therefore, the information was not available at the time the investment decision was taken. As already noted, the only relevant evidence is the information which was available, and the developments which were foreseeable, at the time when the decision was taken ⁽⁷⁹⁾. Moreover, ESA understands that the BDO report sets hurdle rates in terms of return on equity and return on capital employed, i.e. minimum return rates that investments into Vy Buss need to achieve (see paragraph (111)). As such, the BDO report does not provide any profitability forecast demonstrating that the capital investment into Vy Buss would yield a return higher than those hurdle rates.
- (218) In ESA's view, the BDO report mentioned by the Norwegian authorities, merely describes Vy Buss' activities and financial status, rather than providing any information on its future prospects and profitability benefitting from the Capital Injection. ESA therefore considers the calculation of Vy Buss' future operational profits to be insufficiently substantiated by the Norwegian authorities.
- (219) Furthermore, ESA notes that the Norwegian authorities submit that Vy Buss has not delivered a return according to expectations in the last years mainly due to measures related to combat the COVID-19 pandemic. Even, if the losses are mainly due to the pandemic, in ESA's view a prudent market operator would have carried out a forward-looking economic analysis as Vy Buss operates in a competitive market. It cannot be assumed that past profits guarantee profits in the future.
- (220) Considering the above, ESA has doubts at this stage whether the Capital Injection to Vy Buss can be deemed market-conform. In particular, ESA has doubts whether a rational private investor would have made a similar investment on such conditions, without preforming any profitability analysis prior or a robustness check on the underlying assumptions to the Capital Injection.

⁽⁷⁹⁾ Judgment of the Court of 20 September 2017, *Commission v Frucona Košice*, C-300/16 P, EU:C:2017:706, paragraphs 59 to 61 and the case-law cited.

- (221) Based on the above, ESA cannot with sufficient certainty conclude that at the time of the Capital Injection Vy had reasons to believe that it was a profitable decision. There is no evidence to indicate that the prospective return of the Capital Injection or the subsequent use of the capital was established or considered before the investment took place. It is not clear how the upcoming tenders or the potential risk of not being able to participate in the tenders were assessed before the decision to increase Vy Buss' capital was taken.

4.2.3 Conclusion

- (222) ESA has doubts as to whether the Capital Injection into Vy Buss was not influenced by the Norwegian authorities. Moreover, ESA has doubts that the measure meets the MEIP-test. ESA cannot therefore exclude at this stage that the Capital Injection conferred an economic advantage on Vy Buss.
- (223) ESA's preliminary view is therefore that the Capital Injection could involve State resources and be imputable to the State. Moreover, the Capital Injection could entail a selective advantage, as it is granted only to Vy Buss. Finally, since Vy Buss operates in both Norway and Sweden and other bus operators provide similar services in the market, it functions within a competitive environment. Consequently, the measure in question is likely to distort or threaten to distort competition and affect trade within the EEA, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.
- (224) In order to assess the measure against the MEIP, ESA would require the Norwegian authorities to provide all relevant information enabling ESA to apply the test. ESA must have regard to all information liable to have a significant influence on the decision-making process. ESA therefore invites the Norwegian authorities to submit further information to establish that the measure is compliant with the MEIP and that it is not imputable to the State.

4.3 Measure 2: Loan Agreement

4.3.1 Presence of State resources and imputability to the State

- (225) For the reasons set out in paragraphs (154) and (155), ESA finds that Vy's financial support to Vy Buss implies the use of State resources ⁽⁸⁰⁾.
- (226) However, it must be examined whether the loan for the acquisition of Flybussarna AB can be regarded as the result of conduct imputable to the State.
- (227) ESA refers to paragraph (159) for the relevant indicators for the assessment of imputability of a measure undertaken by a public undertaking. In particular, (i) the fact that the body in question could not take the contested decision without taking account of the requirements of the public authorities; (ii) the organic nature which link the public undertaking to the State; (iii) the degree of supervision that the public authorities exercise over the management of the undertaking; and (iv) the degree of control which the State has over the public undertaking.
- (228) The acquisition of Flygbussarna AB was financed by a loan that Vy extended to Vy Buss. According to the Norwegian authorities, the Ministry was informed of the decision to acquire Flygbussarna AB prior to the Board submitting the bid. The decision to acquire Flygbussarna AB was considered as a „significant amendment“ to the „Article 10 plan“ and was therefore brought before the Ministry, in accordance with Article 10.
- (229) ESA notes that the acquisition of Flygbussarna AB was considered as an investment that significantly influenced the group's finances as the funds used in the transaction were invested outside the group. In addition, the acquisition was assumed to have a significant impact on the group's business, *inter alia*, because it involved entering a new market, namely the commercial airport bus market in Sweden. Therefore, the Ministry's approval of the investment was necessary.

⁽⁸⁰⁾ See section 4.2.1.

- (230) The Norwegian authorities argue that the Ministry's formal approval concerned only the acquisition of Flybussarna AB, and not the way it was to be financed.
- (231) However, given ESA's preliminary understanding of the Ministry's role and control of Vy as its sole shareholder, it has doubts that the Ministry's approval was given only in respect of the acquisition of the company without any relation to the subsequent financing by Vy. According to Vy's own internal guidelines, its subsidiaries do not take up any external debt (see paragraphs (38) and (39)). Furthermore, it can be expected that the Ministry, based on Vy Buss' financial statements, could have been aware that Vy Buss needed additional financing to carry out the acquisition. ESA therefore has doubts that the Ministry's approval exclusively concerned the decision to acquire Flybussarna AB.
- (232) Based on the above, ESA has doubts that Vy could have granted the loan for the acquisition of Flybussarna AB without the Ministry's approval. ESA further finds that the structural and organisational links, and the degree of supervision exercised by the Ministry, indicates that the measure is imputable to the State.
- (233) In light of the above, ESA cannot with sufficient certainty conclude that the loan for the acquisition of Flybussarna AB is not a result of conduct imputable to the State.

4.3.2 MEOP

4.3.2.1 Introduction

- (234) The assessment of whether an economic advantage unduly favours a public undertaking depends on whether the State acted as a shareholder or as a public authority. The State must establish unequivocally that it acted as an investor seeking a return and support this assertion with objective and verifiable elements ⁽⁸¹⁾.
- (235) The evidence provided by the State must be contemporary to the decision to grant the measure and show that the decision was grounded on economic evaluations similar to those which a market operator would have carried out with a view to determining the profitability of the investment (see section 4.2.2.1 on the MEOP).
- (236) In the present case, the assessment is therefore whether a shareholder of a privately owned group would have provided a loan to its subsidiary under the same conditions and amount and for the same purpose. The Norwegian authorities hold that the loan was granted to Vy Buss for the purpose of acquiring Flybussarna AB and this acquisition was based on an external value assessment conducted by PwC.
- (237) ESA notes that the PwC value assessment has not been submitted to ESA. ESA therefore invites the Norwegian authorities to submit this information and to elaborate on how the loan corresponds to the value assessment. Moreover, ESA invites the Norwegian authorities to explain whether the decision to grant the loan was based on any business plan taking into account the prospects for economic development.
- (238) The Norwegian authorities submit that the purchase price for Flybussarna AB was SEK 1 200 million, but the loan amount was SEK 1 230 million. Moreover, that the share purchase agreement was signed on 20 December 2019.
- (239) The complainants, on the other hand, argue that Vy Buss acquired Flybussarna AB on 1 March 2020. Further that the loan amount was NOK 93.5 million higher than the agreed price for Flybussarna AB.

⁽⁸¹⁾ NoA, paragraphs 76 and 79.

- (240) The purchase price or the calculation of the loan amount is not further explained by the Norwegian authorities. Furthermore, ESA cannot see that the Norwegian authorities have addressed the complainants' comments concerning granting a loan amount exceeding the purchase price.
- (241) Moreover, it is not clear whether the loan was given for the specific purpose of acquiring Flybussarna AB, or if it was a loan with no specific intended use. ESA supposes that the loan and the acquisition price would be the same if the former is linked to the acquisition unless there is a justification for any amount exceeding the acquisition price.
- (242) ESA therefore invites the Norwegian authorities to provide further explanations and information concerning the above. In particular, the calculation of the loan amount in relation to the purchase price, the purpose of the loan, how Flybussarna AB was acquired and by which subsidiary.
- (243) The loan was granted through Vy's group account. The Norwegian authorities have not provided sufficient information on the conditions applied for each company in the group nor any information on which systems are in place to avoid abuse of the group account. Furthermore, it is not clear whether there is an upper limit on withdrawal and how the applicable interest rates are set.
- (244) The Norwegian authorities argue that there are liberal rules on loans between group companies in the Companies Act. ESA notes that loans granted in accordance with the Companies Act must also respect the relevant State aid rules.
- (245) ESA further notes that the accounting treatment and the subordination of the loan is unclear, and therefore invites the Norwegian authorities to provide more information on the nature and terms of the loan.

4.3.2.2 Loan agreement and Nordea Lease agreement

- (246) The Norwegian authorities argue that the shareholder loan is comparable to the Nordea leasing agreement. Therefore, the loan agreement was benchmarked against the Nordea leasing agreement.
- (247) ESA has doubts as to whether a leasing agreement is comparable with a shareholder loan agreement for the following reasons.
- (248) First, ESA notes that the circumstances concerning the loan agreement and the leasing agreements do not appear to be fully comparable. The Nordea leasing agreement is an agreement for leasing busses where the terms of the agreement are set accordingly. ESA assumes that the leasing agreement also depends on Vy Buss' public transport contracts.
- (249) The loan agreement on the other hand is a shareholder loan agreement, where the conditions of the agreement and the considerations made when granting it reflect the fact that Vy is the sole shareholder of Vy Buss. ESA notes that the Norwegian authorities argue that contrary to a commercial bank a shareholder will retain full control over its assets and is able to take any action necessary to preserve the value of the assets (see paragraphs (137) and (138)). As such, the loan could be regarded as an equity investment, presumably with lower seniority and higher risk than the Nordea lease agreement. Although, the risk could be mitigated by the fact the Vy is the sole shareholder of Vy Buss.
- (250) Secondly, the interest rate in the loan agreement is different to the interest rate in the leasing agreement. The Nordea lease agreement has an interest rate set to [...], whilst the loan agreement is set to [...]. The Norwegian authorities have explained that the risk to the lender associated with offering a specific interest rate [...] for an extended period is higher than the risk associated with shorter maturities. In ESA's view, the difference in interest rates also indicates that a shareholder loan agreement is not comparable to a lease agreement offered by a commercial bank.

- (251) Thirdly, the duration of the agreements is different. The lease agreement is set to [...], and the loan agreement is [...].
- (252) Finally, no collateral is agreed on for the loan agreement, whilst Nordea has collateral in the buses leased to Vy Buss. The Norwegian authorities further argue that a collateral is uncommon and generally unnecessary in case of a loan to a wholly owned company. ESA consider that this further illustrate the different circumstances in which the loan was granted.
- (253) Considering the lack of analysis done before the loan was granted, ESA is doubtful as to whether a prudent market operator would have granted the loan under the same terms and amount. Further, ESA cannot with the available information conclude on what information the acquisition was based and which considerations were made ahead of the loan agreement.
- (254) Based on the above, ESA finds that the Norwegian authorities have not provided sufficient evidence to substantiate that Vy Buss could have obtained financing on similar terms from a private shareholder in a similar situation.

4.3.2.3 ESA's Guidelines of reference and discount rates

- (255) ESA notes that the Norwegian authorities have argued that the loan, even if not assessed in accordance with the rates prescribed in ESA's Guidelines of reference and discount rates, is in accordance with the Guidelines.
- (256) However, ESA notes that the Norwegian authorities have not substantiated Vy Buss' credit rating at the time the loan was granted. The Norwegian authorities have also not explained sufficiently how the lack of security, when granting a loan to a wholly owned subsidiary, is considered to be comparable to a „normal“ security. ESA therefore invites the Norwegian authorities to comment on this and to substantiate the assumptions made in the assessment of the loan being granted in accordance with the ESA's Guidelines of reference and discount rates.
- (257) In view of the above, ESA considers that a prudent market operator would have diligently verified the prospects for the investment and development of Vy Buss, including its ability to generate the necessary cash-flow to service and repay the loan.

4.3.2.4 Conclusion

- (258) ESA has doubts that Vy could have granted the loan to Vy Buss without prior approval of the investment by the Ministry and can therefore not exclude that the measure is imputable to the Norwegian authorities. Moreover, ESA has doubts that the measure is MEOP compliant. Therefore, ESA cannot at this stage exclude that the loan agreement conferred an economic advantage on Vy Buss.
- (259) ESA's preliminary view is therefore that the loan agreement could involve State resources and be imputable to the State. Moreover, it could entail a selective advantage, as it is granted only to Vy Buss. Finally, as Vy Buss operates in a competitive market, the measure distorts or threaten to distort competition and affect trade in the EEA, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.
- (260) ESA invites the Norwegian authorities to provide further information and clarification in relation to the missing information outlined above.

5 Lawfulness of the aid

- (261) Pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3 to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice („Protocol 3“): „The EFTA Surveillance Authority shall be informed, in sufficient time to enable it to submit its comments, of any plans to grant or alter aid. ... The State concerned shall not put its proposed measures into effect until the procedure has resulted in a final decision.“

- (262) If the two measures assessed above were found to constitute State aid, they would be considered as unlawful aid, since Norway has not notified them to ESA before their implementation.

6 Compatibility of the potential aid

6.1 Introduction

- (263) ESA has, at this stage, come to the preliminary conclusion that the measures granted by Vy in favour of Vy Buss could constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.
- (264) The Norwegian authorities have not invoked any grounds on which the measures, if found to constitute State aid, would be considered compatible with the EEA Agreement. The Norwegian authorities are invited to comment on this.
- (265) Based on the information currently available, ESA sees no grounds to declare the measures, if found to constitute State aid, compatible with Article 61(2) or (3) or Article 59(2) of the EEA Agreement.

7 Conclusion

- (266) As set out above, ESA has doubts as to whether the measures constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.
- (267) The Norwegian authorities have not advanced any arguments to the effect that the measures in question are compatible with the functioning of the EEA Agreement. ESA therefore invites the Norwegian authorities to provide their comments in this regard.
- (268) Consequently, and in accordance with Article 4(4) of Part II of Protocol 3, ESA hereby opens the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3. The decision to open a formal investigation procedure is without prejudice to the final decision of ESA, which may conclude that the measures do not constitute State aid or are compatible with the functioning of the EEA Agreement.
- (269) ESA, acting under the procedure laid down in Article 1(2) of Part I of Protocol 3, invites the Norwegian authorities to submit, by 14 August 2024 their comments and to provide all documents, information and data needed for the assessment of the measures, in light of the State aid rules.
- (270) The Norwegian authorities are requested to immediately forward a copy of this decision to the potential aid recipient.
- (271) If this letter contains confidential information which should not be disclosed to third parties, please inform ESA **by 31 July**, identifying the confidential elements and the reasons why the information is considered to be confidential. In doing so, please consult ESA's Guidelines on Professional Secrecy in State Aid Decisions ⁽⁸²⁾. If ESA does not receive a reasoned request by that deadline, you will be deemed to agree to the disclosure to third parties and to the publication of the full text of the letter on ESA's website: <http://www.eftasurv.int/state-aid/state-aid-register/>.

⁽⁸²⁾ OJ L 154, 8.6.2006, p. 27 and EEA Supplement No 29, 8.6.2006, p. 1.

- (272) Finally, ESA will inform interested parties by publishing a meaningful summary in the Official Journal of the European Union and the EEA Supplement thereto. All interested parties will be invited to submit their comments within one month of the date of such publication. The comments will be communicated to the Norwegian authorities.

For the EFTA Surveillance Authority,

For Arne RØKSUND
President
Responsible College Member

Stefan BARRIGA
College Member

Árni Páll ÁRNASON
College Member

Melpo-Menie JOSÉPHIDÈS
Countersigning as Director,
Legal and Executive Affairs



C/2024/5520

12.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11705 – TIKEHAU CAPITAL / BOUYGUES / SERENA INDUSTRIAL PARTNERS / BELLOVA JV)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5520)

1. Am 4. September 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Egis Airport Operation SAS („Egis Airport Operation“, Frankreich), kontrolliert von Tikehau Capital SCA („Tikehau“, Frankreich),
- Egis Investment Partners France II SCA („Egis Investment Partners“, Frankreich), kontrolliert von Tikehau,
- Bouygues Construction Airport Concessions (Frankreich), kontrolliert von Bouygues S.A. („Bouygues“, Frankreich),
- Impact V. S.à.r.l („Impact V.“, Luxemburg), kontrolliert von Serena Industrial Partners GP S.à.r.l („Serena“, Luxemburg),
- Bellova SAS („Bellova“, Frankreich), ein neu gegründetes Unternehmen, das für den Betrieb, die Verwaltung, die Instandhaltung und die Förderung des Flughafens Beauvais-Tillé in Frankreich zuständig sein wird.

Egis Airport Operation, Egis Investment Partners, Bouygues Construction Airport Concessions und Impact V. werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Gesamtheit von Bellova übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen und durch einen Vertrag.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Egis Airport Operation ist in der Verwaltung und im Betrieb von Flughäfen tätig, hauptsächlich in Europa und Afrika. Tikehau ist in der Vermögens- und Investitionsverwaltung tätig, hauptsächlich in Europa, Asien und Nordamerika,
- Egis Investment Partners ist auf Investitionen und Anlageverwaltungstätigkeiten im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten spezialisiert, insbesondere in den Bereichen Planung, Bau, Instandhaltung, Wartung, Betrieb und Finanzierung. Das Konzessionsvorhaben für den Flughafen Beauvais-Tillé in Frankreich ist die bisher einzige Geschäftstätigkeit dieses Unternehmens,
- Bouygues Construction Airport Concessions ist eine Zweckgesellschaft, die gegründet wurde, um für Rechnung von Bouygues in Flughafenkonzessionen zu investieren. Das Konzessionsvorhaben für den Flughafen Beauvais ist die bisher einzige Geschäftstätigkeit dieses Unternehmens. Bouygues ist in den Wirtschaftszweigen Bauwesen, öffentliche Arbeiten, Telekommunikation und Medien tätig,
- Impact V. ist ein Anlageinstrument, das sich an öffentlichen Ausschreibungen für Infrastruktur in Frankreich beteiligt. Serena Industrial Partners ist auf die Entwicklung mittelgroßer Infrastruktur in den Bereichen Mobilität, Umwelt und soziale Infrastruktur spezialisiert und in Europa und Chile tätig.

3. Das neu gegründete Unternehmen Bellova wird für den Betrieb, die Verwaltung, die Instandhaltung und die Förderung des Flughafens Beauvais-Tillé in Frankreich zuständig sein.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11705 – TIKEHAU CAPITAL / BOUYGUES / SERENA INDUSTRIAL PARTNERS / BELLOVA JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.



C/2024/5521

12.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11632 – ALTEN / WORLDGRID)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5521)

1. Am 4. September 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- ALT 08 SARL („ALT 08“, Frankreich), letztlich kontrolliert von Alten SA („Alten“, Frankreich),
- das Geschäft von Worldgrid, darunter Worldgrid France SAS und andere Einheiten und Vermögenswerte von Worldgrid („Worldgrid“, Frankreich), letztlich kontrolliert von Atos SE (Frankreich).

ALT 08 wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Worldgrid erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen und Vermögenswerten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Alten erbringt weltweit für die für Technik, Forschung und Entwicklung sowie Informationssysteme zuständigen Abteilungen von großen Firmen-, Telekommunikations- und Service-Kunden Engineering- und IT-Dienstleistungen im Rahmen von Projekten mit technologischer Dimension.
- Worldgrid ist auf Integrationsprojekte und intelligente Echtzeit-Energielösungen für Energie- und Versorgungsunternehmen in den Energie-, Wasser- sowie Erdöl- und Erdgaswertschöpfungsketten spezialisiert. Das Unternehmen ist vor allem in Europa – insbesondere in Deutschland, Frankreich, Spanien und im Vereinigten Königreich – in den Bereichen IT und operative Technologie tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11632 – ALTEN / WORLDGRID

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/5522

12.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M. 11668 – PSG EQUITY / RIVEAN CAPITAL / CORILUS)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5522)

1. Am 3. September 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- PSG Ultimate GP Managing Member L.L.C. („PSG Equity“, USA), letztlich kontrolliert von Mark Hastings (USA),
- Rivean Capital Management Holding B.V. („Rivean Capital“, Niederlande),
- Corilus NV („Corilus“, Belgien), derzeit ausschließlich und letztlich von Rivean Capital kontrolliert.

PSG Equity und Rivean Capital werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Gesamtheit von Corilus übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Die PSG Equity ist eine Wachstumskapitalgesellschaft, die Software- und technologiegestützte Dienstleistungsunternehmen im Rahmen von Partnerschaften bei der Bewältigung transformativen Wachstums, der Nutzung strategischer Chancen und beim Aufbau starker Teams unterstützt. PSG Equity verfügt über Niederlassungen in Boston, Kansas City, London, Madrid, Paris und Tel-Aviv.
- Rivean Capital ist eine mittelgroße Kapitalanlage-Gesellschaft, die Unternehmen mit Potenzial für eine beschleunigte Entwicklung bei strategischen internationalen Fusionen und Übernahmen, Initiativen für organisches Wachstum und strukturellen Verbesserungen unterstützt. Rivean Capital hat Niederlassungen in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Schweiz.

3. Corilus vertreibt Praxis- und Patientenverwaltungssoftware für Gesundheitsdienstleister wie Allgemeinmediziner, Fachärzte, Apotheken, Zahnärzte, Krankenpflegedienste, Physiotherapeuten und stationäre Pflegezentren.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M. 11668 – PSG EQUITY / RIVEAN CAPITAL / CORILUS

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/5534

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. NOVEMBER 2021

(C/2024/5534)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 22. bis 25. November 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen	3
4. Zusammensetzung der Fraktionen	3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	3
6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	4
7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)	4
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 72 GO)	4
9. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung)	4
10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)	4

Inhalt	Seite
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	5
13. Große Anfragen (Einreichung): siehe Protokoll	5
14. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	5
15. Arbeitsplan	5
16. Einführung eines europäischen Sozialversicherungsausweises zur Verbesserung der digitalen Durchsetzung von Rechten auf soziale Sicherheit und einer fairen Mobilität (Aussprache)	5
17. Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten angesichts der steigenden Zahl von COVID-19-Fällen in der EU (Aussprache)	15
18. Europäische Strategie für kritische Rohstoffe (Aussprache)	22
19. Überarbeitung der Haushaltsordnung in Anbetracht des Inkrafttretens des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (Aussprache)	30
20. Wiederaufnahme der Sitzung	36
21. Sportpolitik der EU: Bewertung und mögliches weiteres Vorgehen (Aussprache)	37
22. Arzneimittelstrategie für Europa (Aussprache)	44
23. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	58
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung	65
25. Schluss der Sitzung	65

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. NOVEMBER 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 11 novembre 2021.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.04)

Presidente. – Buongiorno care colleghe e cari colleghi. Volevo ringraziare, in apertura di questa plenaria, i vicepresidenti, i presidenti dei gruppi, i gruppi politici e l'amministrazione.

Io purtroppo sono stato assente per malattia, ho avuto una polmonite molto cattiva, però le attività del Parlamento hanno proseguito e di questo volevo ringraziare naturalmente tutti.

3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

Presidente. – I processi verbali e i testi approvati delle sedute del 10 e 11 novembre 2021 sono disponibili.

Vi sono osservazioni?

Non vi sono osservazioni e quindi i processi verbali sono approvati.

4. Zusammensetzung der Fraktionen

Presidente. – L'onorevole Carlo Calenda ha lasciato il gruppo S&D e ha aderito al gruppo Renew Europe a decorrere dal 17 novembre 2021.

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Presidente. – I gruppi PPE, S&D e Renew Europe mi hanno comunicato alcune decisioni di modifica relativamente alle nomine nelle commissioni e nelle delegazioni.

Queste decisioni saranno incluse nel verbale della seduta odierna ed entreranno in vigore a decorrere dal presente annuncio.

6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

Presidente. – A seguito della decisione della commissione ITRE di avviare negoziati interistituzionali a norma dell'articolo 71, paragrafo 1, annunciata mercoledì 10 novembre, non ho ricevuto alcuna richiesta di votazione.

La commissione ha già potuto pertanto avviare i negoziati.

7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)

Presidente. – Diverse commissioni hanno deciso di avviare negoziati interistituzionali a norma dell'articolo 71 del regolamento.

Le relazioni, che costituiscono i mandati per tali negoziati, sono disponibili sul sito della plenaria e i loro titoli saranno pubblicati nel processo verbale della seduta.

Un numero di deputati o uno o più gruppi politici pari almeno alla soglia media possono chiedere per iscritto, entro la mezzanotte di domani, martedì 23 novembre, di porre in votazione le decisioni sull'avvio dei negoziati.

Qualora entro il termine suddetto non siano presentate richieste di votazione in Aula, le commissioni potranno iniziare i negoziati.

8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 72 GO)

Presidente. – A norma dell'articolo 72 del regolamento, la commissione JURI ha deciso di avviare dei negoziati interistituzionali precedenti alla prima lettura del Consiglio.

La posizione adottata dal Parlamento in prima lettura, che costituisce il mandato per tali negoziati, è disponibile sulla pagina web della plenaria e il suo titolo sarà pubblicato nel processo verbale della seduta.

9. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung)

Presidente. – La commissione EMPL ha trasmesso una rettifica a un testo approvato dal Parlamento.

Conformemente all'articolo 241, paragrafo 4, del regolamento, tale rettifica si considera approvata a meno che, entro ventiquattro ore dall'annuncio, un gruppo politico o un numero di deputati pari almeno alla soglia bassa non chiedano che sia messa ai voti.

La rettifica è disponibile sul sito web della plenaria e il titolo sarà pubblicato nel processo verbale della presente seduta.

10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)

Presidente. – Vorrei informare l'Aula, e questo è l'ultimo annuncio, che mercoledì firmerò, insieme al Presidente del Consiglio, quattro atti approvati nel quadro della procedura legislativa ordinaria conformemente all'articolo 79 del regolamento del Parlamento.

I titoli di questi atti saranno pubblicati nel processo verbale di questa seduta.

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

13. Große Anfragen (Einreichung): siehe Protokoll

14. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

15. Arbeitsplan

Presidente. – Possiamo ora all'ordine dei lavori.

Il progetto definitivo di ordine del giorno, modificato dalla Conferenza dei presidenti con procedura scritta venerdì 19 novembre, a norma dell'articolo 157, è stato distribuito.

Non sono pervenute richieste di modifica dell'ordine definitivo dei lavori.

Vi informo che le votazioni sono ripartite tra vari turni di votazione, in funzione del numero di emendamenti e del numero di richieste di votazione distinta e per parti separate. Si prega di notare che tale ripartizione potrebbe ancora essere soggetta e modifiche.

Le informazioni riguardanti la ripartizione delle votazioni sono disponibili sul sito web del Parlamento europeo alla sezione «Informazioni e documenti prioritari».

L'ordine del giorno si considera pertanto approvato.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

16. Einführung eines europäischen Sozialversicherungsausweises zur Verbesserung der digitalen Durchsetzung von Rechten auf soziale Sicherheit und einer fairen Mobilität (Aussprache)

Presidente. – Boa tarde a todos, caros colegas. O ponto seguinte da nossa ordem do dia é a pergunta oral à Comissão sobre a introdução de um passaporte europeu de segurança social para melhorar a aplicação digital dos direitos de segurança social e a mobilidade justa (O-000071/2021 - B9-0041/21). Cabe nas competências da Comissão do Emprego e dos Assuntos Sociais.

Eu gostaria de recordar aos Senhores Deputados que em todos os debates deste período de sessões não haverá o procedimento *catch the eye* nem perguntas sob a forma de «cartão azul».

Além disso, tal como nos recentes períodos de sessões, estão previstas agora intervenções à distância a partir dos gabinetes de ligação do Parlamento Europeu nos Estados-Membros.

Gostaria ainda de recordar que as intervenções no hemiciclo continuarão a ser feitas aqui a partir da tribuna central. Por conseguinte, eu convido os Senhores Deputados a acompanharem a lista de oradores e a aproximarem-se da tribuna, de acordo com o procedimento que bem conhecem.

Lucia Ďuriš Nicholsonová, author. – Mr President, Commissioner Schmit, dear colleagues, it is a great honour to open this plenary session with the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL Committee) oral question on the European social security pass, since this is a topic that concerns millions of mobile citizens and workers within the European Union.

The European Parliament has been calling on the European Commission since 2014 to present a proposal for a European social security number so that we can facilitate the mobility of workers, combat social fraud and simplify administrative procedures. The Commission had announced in its work programme for 2018 that it would come up with a legislative proposal on such a European social security number, but in early 2021 we learned that this project was abandoned, which came as a surprise to us. Instead, the Commission announced that it would launch a pilot project to explore launching a digital European social security pass by 2023.

So this question for oral answer and the draft motion for a resolution which will be put to the vote on Wednesday: we would like to get more information about the social security pass and understand why the Commission abandoned the project of launching a European social security number. Allow me, therefore, to ask you the following questions.

First of all, for Parliament it is very important to know and understand the reasons why the Commission abandoned working on the European social security number and replaced it instead with a pilot project on a digital pass. On several occasions this year, a member of the Committee for Employment and Social Affairs therefore asked the Commission to give Parliament access to all relevant documents and evidence on which it had based its decision to discontinue the exploration and introduction of an ESSN.

I'm very pleased to announce that, in anticipation of today's oral question and the debate, the Commission reacted to these repeated requests for transparency and explanations, and at the end of last week, I actually received a letter, together with the relevant internal documents and evidence that will allow us to better understand why the project of introducing a European social security number was abandoned.

My first question, in which I wanted to ask the Commission to give Parliament access to all relevant documents and evidence on which it has based its decision to discontinue the exploration of introducing an ESSN, has thus already been answered. But I would still be grateful if the Commission could explain again the reasons why the European social security number was replaced with the digital pass.

My second question is related to timing. Earlier this year in the European Pillar of Social Rights Action Plan, the Commission announced that it would launch a pilot project to explore launching a European social security pass by 2023.

We believe that a legislative proposal for such a pass is urgently needed. Therefore, we would like to ask the Commission if the timeline for the proposal can be moved from 2023 to 2022, to improve the chances of reaching an agreement within the current legislature.

My third question is related to real-time verification, which is a very important point for the European Parliament. Can the Commission explain how it will ensure that the social security pass will enable real-time verification of workers' place of work, place of employment, employment relationship, identity and standardised social security benefits provisions and relevant certificates, as set out in Regulation 883 on the coordination of social security systems?

My fourth question: it is also very important for us that the European social security pass covers all mobile citizens and workers. Can the Commission confirm that the pass will indeed cover all mobile citizens and workers, including those ones who are self-employed, as well as mobile third-country nationals?

In some Member States, national cards or comparable instruments for labour law purposes exist already, and we ask ourselves how they will be linked to the European social security pass once created. Can the Commission explain how it plans to investigate the feasibility of allowing Member States to use the European social security pass to draw on information made available from national cards or comparable instruments for labour law purposes where they already exist?

Can the Commission also commit to assessing which other areas of EU labour law could be included within the scope of the European social security pass?

Data protection: it's another question – another very important issue for the European Parliament – so I would be grateful if you could explain how the Commission will make sure that the EU data protection rules are strictly applied so that data is only available to the worker and the national authorities concerned.

My last question is about the connection between the European social security pass and other tools and initiatives. There are already several initiatives and digitalisation processes at European level which concern the area of social security coordination, such as prior notification for posted workers, etc. Can the Commission explain how these digital processes and tools will relate to the European social security pass?

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Mr President, let me first thank honourable Members for their very strong interest and support in the further digitalisation of social security coordination, which is also part of the broader goal to accelerate the European digital transition.

The delivery of digital public services is crucial to improve public sector efficiency and respond to evolving citizens' needs and requests for more efficient interactions with administrations. The digitalisation of social security coordination is key to ensure the effective portability of social rights and therefore contributes to fairer mobility. The digitalisation of social security coordination should take place within the overall digital transformation of public administration across Europe, while taking into account the constantly evolving labour markets with a view to ensure a fair and sustainable mobility for workers. This is particularly relevant for workers and citizens who, in view of exercising their right to free movement, still need to deal with paper-based procedures, for instance to prove that they are covered by the social security of their home country.

A new system will also facilitate and simplify business for those enterprises that provide cross-border services in the internal markets.

To address these challenges, we announced in the European Pillar of Social Rights Action Plan the launch of the European social security pass project, first as a pilot project. This intends to substitute the European social security number initiative, which was discontinued following thorough assessments, as you may have also seen in the documents that my services shared with you.

In 2018, the Regulatory Scrutiny Board gave a very negative overall opinion on this project by the previous Commission. The European social security pass pilot project is exploring a digital solution to facilitate interactions of mobile citizens with social security institutions, healthcare providers, labour inspectorates and other relevant actors across Europe, thus allowing the cross-border verification of their social security coverage and entitlements. This will be relevant for the portable document A1 in the framework of the ongoing coordination of social security systems. The aim is not to create new rights, but to facilitate and simplify the portability of social security rights and thereby contribute to the exercise of the right to free movement of people. Notably, the portability of social security entitlements, which is enshrined in the EU's social security coordination rules and prevents people from being left without protection in cross-border situations, is key to ensure that workers' mobility is fair.

Aspects related to labour law and working conditions are outside the scope of this project, but it should be recalled that a number of concrete instruments and policies have been developed over recent years in the field of labour law and working conditions, such as the recent creation of the European Labour Authority, the European platform tackling undeclared work, and the adoption of the Transparent and Predictable Working Conditions Directive that will enter into force next year.

The Commission stands firm in its commitment to upholding EU legislation and continues working with the Member States to ensure that the relevant rules are correctly transposed and applied. We are working on the S-pass project based on the lessons learned from setting up other digital systems in the field. We aim to leverage and build on other relevant initiatives, such as the Single Digital Gateway Regulation and possibly the proposed EU digital identity framework. We have also paid very close attention from the outset to technical feasibility, as well as to the concrete, political and financial commitment of the Member States. It is obvious that data protection plays an essential role in the whole approach.

The assessment of the results of this pilot phase – to be completed, I would like to say by the latest 2023 — will feed into our future initiative. The pilot, which started in March 2021, is led by the Commission and the Italian social security institutions. I am pleased to note that so far 14 countries have expressed their interest in the project, but I also have to say that I regret to see that none of them have committed to participate in the testing of the solutions with the Italian social security institutions. A further commitment of the Member States and their institutions, including the testing of the envisaged solution, is therefore essential for the pilot project to progress and finally to come to a final system.

It is of paramount importance that Member States commit to the full implementation of this pilot project as a preliminary step for the introduction of the fully fledged digital system we all want. Therefore, the Commission is actively calling on the Member States to join the project and to be more deeply involved in its activities. Their early involvement and active participation would be instrumental in assessing their national capacities and constraints, and we all know that all social security in the Member States is very specific. As you may know, this was a key message that I conveyed to the EU labour ministers during the Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council meeting on 15 October this year – a few weeks ago. Moreover, I will also send a new letter to the ministers responsible for employment and social affairs to reiterate and forcefully confirm such a call.

I count on Parliament's continuous support – as expressed today, I hope – in view of taking a decisive step towards the digitalisation of social security systems and towards a more efficient and fairer system of workers' mobility. In this regard, I would also like to thank you for your work on the draft resolution on S-Pass, calling for an ambitious initiative to improve the digital enforcement of social security rights.

Jeroen Lenaers, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, thank you Commissioner. Next month we will be celebrating the fifth anniversary of the Commission's proposal for the revision of social security coordination. It is not exactly a reason to pop the champagne, however, because after five years we still haven't found an agreement on the topic.

So luckily, the work on this oral question and the resolution went a lot faster, which shows, I think, the great unity, at least, there is in this House to work on the issue of social security coordination and to see also the added value of digital tools and solutions in the field of that coordination, because it simply makes a lot of sense.

Digitalised procedures will improve enforcement, combat abuse and fraud and make cross-border operations easier and less burdensome for workers and employers. We want to facilitate free movement in a fair European labour market, and in that light I welcome the Commission's pilot project on an ESSP. It's an innovative idea that needs to be looked at carefully and has great potential, but especially for those colleagues in this House who already want to be more ambitious compared to the Commission, it's something that we really need to look at carefully.

The technical feasibility and the costs are one aspect, but we also need to look at the wider data protection implications, the principle of non-discrimination, proportionality and the legal EU framework for all this. So the pilot project, together with the targeted impact assessment on the ESSN that the Commission finally made public today, is very important, and I really echo what the Commissioner said: we really need more Member States to join the pilot project. The more Member States join, the more representative it becomes, the better it will help us to feed this into a well-designed legislative proposal, which is really necessary.

Marianne Vind, *for S&D-Gruppen*. – Hr. formand! Det europæiske samarbejde er bygget på princippet om fri bevægelighed. Det har skabt vækst og velstand på tværs af landegrænser gennem årtier. Men den frie bevægelighed har også ført til sociale tilbageskridt, hvor mange hårdtarbejdende europæere oplever et nedadgående pres på deres lønninger og deres arbejdsvilkår.

Heldigvis er det ikke en naturlov. Det behøver ikke at være sådan. Sociale tilbageskridt kan blive til fremskridt. Fri bevægelighed kan blive til fair bevægelighed. Men det kræver politisk vilje. I Københavns kommune resulterede den politiske vilje i et forsøg med ID-kort på flere offentlige byggerier. Det har lettet myndighedernes kontrol og fået fusk frem i lyset. Faktisk blev det så stor en succes, at ordningen nu er permanent. For selv virksomhederne var glade for det, for den nemme kontrol udryddede alle fuskfirmaerne.

Men social dumping er ikke et problem, vi kan løse med et »vupti«. Det er det lange, seje træk med organisering, lovgivning og kontrol, som kan bremse udviklingen og sikre lønmodtagerne en anstændig løn og ordentlige vilkår.

Alligevel har et ID-kort vist sig at være lavthængende frugt, som vi endnu ikke har plukket. Derfor bør vi følge i fodsporene på København og deres erfaringer. Vi bør følge trop på europæisk plan og indføre et ID-kort til alle de mange europæere, der arbejder i et andet land, end hvor de kommer fra.

Det vil gøre det lettere for myndighederne at kontrollere, at reglerne overholdes. Det vil føre til, at færre bliver snydt af griske arbejdsgivere. Og dermed kan vi sætte en stopper for det nedadgående pres, hårdtarbejdende mennesker oplever på deres løn- og arbejdsforhold.

Derfor håber jeg, at et flertal i Europa-Parlamentet vil være med til at lægge pres på EU-Kommissionen, så vi med et ID-kort i værktøjskassen kan tage hul på at gøre den frie

bevægelighed fair.

Dragoş Pîslaru, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, mobility is at the heart of the European Union and it is one of its key values. The debate today is not just on a pass of some sort. It's about helping us envision how we can help more than 10 million citizens – mobile workers, especially cross-border, frontier and seasonal ones – from all corners of Europe, of all ages. They are the ones that suffered, and still suffer, the most from the COVID-19 pandemic and the restrictions thereby. For Europe it was clear even before COVID-19 that the current lack of accurate support and information for, and from, mobile workers in Europe is a major liability for everyone – the workers themselves, employers, and the Member States – and the pandemic has made everything worse.

Today, we are adding an integrated piece to the social security part of the discussion: the European social security pass, a piece that will benefit these workers, improve labour mobility and provide all stakeholders, including businesses, SMEs and employers, with clear information predictability, simplify administrative procedures and time efficiency. Imagine having a QR code that will provide the information on your social security rights. Imagine having a digital tool that allows real-time verification of identity, place of work, place of employment and employment relationship, as well as social security benefits. The European social security pass should be that digital solution, in full compliance with data protection rules, which will take us one step closer to social security coordination.

Mounir Satouri, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, la liberté de mouvement des personnes et la liberté de circulation des travailleurs sont le quotidien de millions d'entre nous. Alors que ces libertés définissent le projet européen, leurs droits associés sont un exercice négligé. Faire valoir ses droits au chômage, aux soins, à la retraite relève encore du parcours du combattant. L'exploitation et la mise en danger des travailleurs, comme la fraude massive via les filiales boîtes aux lettres, sont encore des dommages collatéraux du statut de travailleur détaché.

Face à un tel tableau, on comprend mal les réticences de la Commission à agir. Il est urgent de garantir la portabilité des droits des personnes et des travailleurs au sein de l'Union. La numérisation est une opportunité, à condition qu'on ne mélange pas les données et les institutions qui ont le droit d'y accéder; à condition qu'à chaque donnée collectée, un objectif particulier soit assigné et un accès spécifique défini; à condition que son fonctionnement en tiroirs soit rigoureusement contrôlé.

La Commission ne peut plus attendre pour proposer un outil européen qui protège les droits sociaux et la vie privée des travailleuses et des travailleurs européens.

France Jamet, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, après le règne du dumping généralisé et la destruction des frontières en Europe, l'Union européenne se soucie maintenant de la protection des travailleurs mobiles avec l'introduction d'un pass européen de sécurité sociale.

C'est un curieux paradoxe que cette multiplication des outils numériques de traçabilité regroupés sous le nom de «pass» – pass carbone, pass sanitaire, pass sécurité sociale, etc. Alors que nos frontières sont ouvertes aux quatre vents et qu'on serait bien en peine de connaître le nombre de clandestins qui entrent et traversent nos territoires, l'UE s'applique à contrôler, encadrer et, je dirais même, fliquer nos citoyens.

Nous ferions mieux de réfléchir aux solutions viables qui permettraient aux gens de trouver du travail auprès des leurs et tendre, non pas vers la nomadisation des travailleurs, mais vers les relocalisations. Mais l'UE préfère détacher les travailleurs de leur terre natale, de leur famille, de leurs racines. Vivre et travailler au pays: voilà le vrai défi de demain.

Elżbieta Rafalska, *w imieniu grupy ECR.* – Panie Przewodniczący! Szanowni państwo! Priorytety grupy ECR w odniesieniu do Europejskiej Karty Ubezpieczenia Społecznego są następujące: nowe narzędzie musi mieć realistyczne ramy wdrożenia i równie realistyczny harmonogram wdrażania. Po drugie, nowe narzędzie musi respektować tak daleko, jak to możliwe, różnice w funkcjonowaniu systemów zabezpieczenia społecznego w poszczególnych państwach członkowskich. Po trzecie, nowy instrument powinien być uzupełnieniem istniejącego już systemu EESSI, czyli Systemu Elektronicznej Wymiany Informacji dotyczących Zabezpieczenia Społecznego, i nie powinien dublować istniejących możliwości i rozwiązań. Kolejny warunek: nowy instrument ma koordynować, a nie harmonizować funkcjonowanie systemów zabezpieczenia społecznego. Ale wydaje się, że wynegocjowany tekst rezolucji jest dobry, spełnia nasze oczekiwania i zasługuje na poparcie. EKR będzie głosował za tym projektem.

Nikolaj Villumsen, *for The Left-Gruppen.* – Hr. formand! Lige nu oplever vi et ræs mod bunden rundt om på de europæiske arbejdspladser. Udenlandske kollegaer bliver kynisk udnyttet, diskrimineret og underbetalt af grådige arbejdsgivere, der ønsker at presse løn- og arbejdsvilkår for os alle.

Det er fuldstændig uacceptabelt. Social dumping må og skal bekæmpes!

Lad os bruge de nye digitale muligheder til at gøre det lettere for Arbejdstilsynet og fagbevægelsen at håndhæve overholdelsen af gældende lovgivning og arbejdstagerrettigheder. Lad os sætte måltættet ind mod de arbejdsgivere, der fuser, og skabe en fair bevægelighed, hvor ingen udenlandske kollegaer udnyttes. Lad os sikre rettighederne for alle vandrende arbejdstagere i EU gennem et digitalt ID-kort.

Det vil stoppe ræset mod bunden. Det vil sætte en effektiv stopper for social dumping.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, in questo momento storico le forze europeiste del Parlamento europeo stanno portando avanti una visione di quale debba essere la dimensione sociale di questa nuova Europa destinata al rinnovamento e alla rinascita.

Stiamo affrontando le grandi sfide legate all'evoluzione del lavoro, alle nuove professioni, al sostegno alle politiche occupazionali e sociali, persino al salario minimo europeo. E allora io credo che dobbiamo anche dare risposta a questi 13 milioni di lavoratori frontalieri, mobili, stagionali, distaccati, che ogni giorno faticano a vedersi riconosciuti i propri diritti.

Le norme ci sono, ma mancano gli strumenti per attuarle. Il numero di sicurezza sociale europeo è indispensabile allora per collegare i sistemi nazionali e permettere alle autorità di eseguire controlli, impedire abusi e sanzionare chi sfrutta, ma allo stesso tempo credo che sia uno straordinario strumento per favorire la mobilità geografica dei lavoratori e rendere il mercato del lavoro europeo più dinamico.

Come Movimento 5 Stelle sosteniamo con forza questa risoluzione e chiediamo alla Commissione di presentare una proposta legislativa entro il 2022, così possiamo restituire dignità a questi lavoratori e abolire la concorrenza sleale, perché non ci sia più spazio per chi approfitta dei più deboli.

Dennis Radtke (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, das wir heute Abend diskutieren, ist ja nicht ganz neu. Schon Jean-Claude Juncker hat im Jahr 2017 in seiner Rede zum *State of the Union* über dieses Projekt gesprochen.

Es ist höchste Eisenbahn, dass wir einen Schritt nach vorn machen. Denn da, wo Erwerbsbiographien immer europäischer werden, müssen wir auch Beiträge dazu liefern, wie Sozialversicherungen Schritt halten können.

Dieses Projekt bietet eine Menge Chancen – auf der einen Seite mehr Transparenz für Beschäftigte und Unternehmen, auf der anderen Seite auch wirksame Bekämpfung von Missbrauch. Aber was mir noch besonders wichtig ist: Wir sehen an der konkreten Umsetzung von Projekten wie RINA, lieber Nicolas, dass der Teufel an vielen Stellen im Detail steckt und es eben nicht reicht, die Dinge einfach nur anzuschieben. Sondern meine Erwartungshaltung ist dann, dass die Kommission sie auch bis zum Ende begleitet, damit sie auch ein entsprechender Erfolg werden.

Gabriele Bischoff (S&D). – Herr Präsident, lieber Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon gehört: Wir reden viel zu lange über etwas, aber es wird konkret nicht gemacht.

Das ist unser Problem hier: Seit 2014 reden wir darüber, und niemand wird doch abstreiten, dass wir im digitalen Zeitalter leben und jetzt ganz andere Möglichkeiten haben. Nur in der Welt der Koordinierung der sozialen Sicherungen ist das bislang überhaupt nicht der Fall. Da hängen wir seit Jahren hinterher. Wir könnten längst technisch in Echtzeit auf Daten zugreifen. Wir müssten keine umständlichen Verfahren haben. Das würde auch manchen Gordischen Knoten durchschlagen helfen, den wir im Moment bei bestimmten Verhandlungen haben.

Aber es ist nicht genug Mut da, hier wirklich voranzugehen und nicht immer wieder neue technische Sachen, neue Vorschläge vorzulegen, sondern wirklich gemeinsam zu handeln. Deshalb habe ich genau hingehört mit dem Jahr 2023, dass wir da voranschreiten können und Erfolg haben.

Ich höre die Botschaft gern, allein mir fehlt der Glaube, muss ich an dieser Stelle sagen. Deshalb müssen wir hier weiter Druck machen.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident, Herr Kommissar, verehrte Kollegen! Tatsächlich, seit 2014 gibt es schon die Forderung des Parlaments nach Einführung einer EU-Sozialversicherungsnummer, und tatsächlich – das will ich gar nicht bestreiten – hätte so eine Sozialversicherungsnummer diverse Vorteile.

Aber man muss eben auch sehen: Die Europäische Kommission selber hat das Projekt irgendwann als aufdringlich und teuer beerdigt. Und folgen wir doch dem Vorschlag von Frau Nicholsonová: Lasst uns erstmal gucken, was die Gründe dafür waren! Die Europäische Kommission hat sich lange damit befasst, und deshalb wird es wahrscheinlich Gründe geben.

Ein wesentlicher Grund dürfte vor allem die ungeklärte Frage der Datensicherheit sein. Es wurde ja nicht nur der Deutsche Bundestag gehackt, sondern auch wichtige Sozialversicherungsträger in Italien und Griechenland. Und dass man jetzt die Sozialversicherungsdaten aller europäischen Mitbürger auch noch in anderen Ländern sozusagen frei flottierbar macht, das ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss.

Also warten wir doch erst einmal die Berichte oder Erwägungen der Europäischen Kommission ab, und dann sollten wir entscheiden, aber vorher nicht.

Cristian Terheş (ECR). – Mr President, it is shocking to see from plenary to plenary proposals put forward by the European Commission that are leading to the Chinafication of the European Union, where people are stripped of their basic fundamental rights and a Chinese-like social scoring system is applied.

We heard today that the reason why this system is implemented is to facilitate the freedom of movement. We heard the same narrative when the green certificate was implemented, and we see today in the European Union people who cannot go to a store or even enter the European Parliament to exercise the rights that they received from the people who elected them. The introduction of the European social security pass system is another step towards a centralised, bureaucratic, unaccountable mass control of the European citizens.

This means more power to the unelected bureaucrats and less rights for the people. We must not forget that the EU is an area of freedom, and we must fight to protect that.

Ádám Kósa (NI). – Tisztelt Elnök Úr! A közös informatikai rendszer kialakítása nélkül kivitelezhetetlen a digitális tb-kártya ötletének megvalósítása. Magyarország azon hét tagállam között szerepel, akiknek már sikeresen megtörtént ez a technikai elvárásoknak való megfelelés. Azonban az EU 27 tagállama közül ez még csak hét országban valósult meg. Tehát felmerül a kérdés, hogy hogyan legyen közös EU-s tb-szám, ha nincs meg a közös informatikai rendszer. Nem lehet, hogy az ötlet valójában csak egy eszköz a közép-kelet európai tagállamokkal szemben tévesen feltételezett szociális dömping ellen?

Elengedhetetlen, hogy az Európai Bizottság a keleti tagállamok körülményeit nehezítő helyzet kialakítása helyett a személyek szabad mozgásának védelmére összpontosítson és alapos, tényeken alapuló hatásvizsgálatot készítsen, mert korábban ezt a házi feladatát még nem végezte el.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, stimăți colegi, libera circulație a lucrătorilor este un drept fundamental, garantat de tratate. În consecință, peste 17 milioane de cetățeni europeni locuiesc în alt stat decât statul de reședință, iar peste 70 % dintre aceștia sunt angajați. Românii reprezintă cel mai mare grup național dintre cetățenii mobili din Uniunea Europeană, reprezentând aproape o cincime din populația rezidentă în țară.

Având în vedere numărul în creștere continuă al lucrătorilor mobili, trebuie să ne asigurăm că drepturile sociale ale acestora sunt respectate, iar acest lucru nu se mai poate face la această scară, prin sisteme învechite și non-digitale. De aceea, domnule comisar Schmit, cred că este esențial ca Comisia să depună un efort consistent pentru a convinge statele să implementeze o reformă digitală, astfel încât să putem să le asigurăm securitatea socială tuturor celor care trebuie să se bucure de drepturile de securitate la nivel transfrontalier.

Milan Brglez (S&D). – Predsedujoči, spoštovani komisar, kolegice, kolegi! Evropska izkaznica za socialno varnost nas postavlja pred tri izzive: zagotoviti prost pretok ljudi, socialno unijo in takšno digitalno preobrazbo, ki bo ščitila pravice delavcev ter zagotavljala pravično mobilnost.

Skupni trg obstaja za vse, vendar ne za ljudi, ker je osnovna pristojnost za socialo v rokah držav članic in njihovih različnih sistemov socialne varnosti, ki ne komunicirajo med sabo, kar privede do kršenja pravic delavcev ter nepošteno konkurenco.

Sploh ni važno, kako temu rečemo. Ali rečemo temu evropska izkaznica za socialno varnost ali evropska številka socialnega zavarovanja. Ampak pomembno je, koga in kako ščiti, ker namreč pri preteklih primerih zlorab napotenih delavcev iz Zahodnega Balkana preko Slovenije dokazujejo, da bi takšno kartico potrebovali vsi mobilni delavci na trgu EU, tudi tisti iz tretjih držav.

Nam pa dokazuje sprejemanje digitalnih covidnih potrdil iz tretjih držav, da je to možno uvesti. To je možno uvesti, če obstaja politična volja.

Elena Lizzi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Schmit, l'istituzione di un pass europeo di previdenza sociale, prendendo come riferimento il progetto pilota dell'Istituto di previdenza sociale italiano, potrebbe rivelarsi uno strumento efficace per rendere più visibili e accessibili digitalmente i diritti di previdenza sociale, al fine di provvedere all'identificazione e alla registrazione di casi di dumping sociale, di lavoro sommerso o di operazioni similari.

Gentile Commissario, i testi dell'interrogazione orale e della risoluzione sono stati ammorbidenti e ricentrati all'interno delle giuste competenze e prospettive, anche con il nostro contributo. Tuttavia, gli aspetti su cui rimaniamo ancora scettici o tiepidi sono: la richiesta di legiferare a priori e di rendere obbligatorio questo strumento in tutti gli Stati membri, senza aspettare i risultati delle valutazioni di impatto; il tentativo di collegare il pass europeo alla Carta del lavoro, estendendo di fatto il campo di applicazione dal coordinamento di sicurezza sociale al diritto del lavoro vero e proprio, mentre le informazioni di scambio dovrebbero riguardare solo identità, luogo di lavoro e i vari *benefit* legati alla sicurezza sociale.

Vedremo in futuro, sulla base della posizione che assumerà la Commissione, su quali aspetti eventualmente concentrare le nostre osservazioni e il nostro contributo.

Радан Кънев (PPE). – Г-н Председател, г-н Комисар, милиони граждани на Европейския съюз постоянно пътуват, сменят работата и условията си, за да се издържа и да изхранват семействата си. Много често те работят едновременно в различни държави, при различни работодатели, за различно работно време. Много често те комбинират работа като самонаети лица или като собственици на микрофирми с работа като наети лица в търговски дружества – работодатели. Много често, в десетки хиляди случаи годишно, заради хаоса от различни законодателства и уредби в различните държави на нашия Съюз тези хора губят пенсионните си и социалните си права или най-малкото правата, свързани с част от техния трудов стаж.

Проектът за европейски общ осигурителен номер до голяма степен даваше отговор на тези въпроси. Боя се, че проектът, който ни се представя сега, е може би добро начало, но много, много малка крачка във вярната посока, далеч от доброто начало, което беше поставено с проекта за общ социално-осигурителен номер преди години.

Estrella Durá Ferrandis (S&D). – Señor presidente, señor comisario, la introducción de una tarjeta europea de seguridad social contribuirá a garantizar unas condiciones laborales dignas, debido a la estandarización de las prestaciones de seguridad social y a un aumento de la trazabilidad, agregación y portabilidad de los derechos.

El Grupo Socialista lleva años solicitando la puesta en marcha de este instrumento común como medida para luchar contra el fraude y los casos de abusos que afectan tanto a la seguridad social como a los propios trabajadores.

Personas expuestas a situaciones intolerables de explotación laboral debido a prácticas fraudulentas por parte de operadores intermediarios; operadores que captan trabajadores en un país para llevarlos a otro, donde trabajarán en condiciones laborales muy diferentes a las preacordadas.

Este fue el caso de los trabajadores españoles en Holanda, totalmente desprotegidos durante la pandemia, hacinados en alojamientos insalubres y sin acceso a prestaciones mínimas de salud y seguridad.

Está en nuestras manos, aquí y ahora, acabar con estas malas prácticas de subcontratación y abuso y mejorar la coordinación de los sistemas de seguridad social.

Nicolas Schmit, membre de la Commission. – Monsieur le Président, chers députés, d'abord, je tiens à vous remercier pour le soutien très décidé que vous avez donné à la Commission. Mais j'ai bien entendu aussi l'appel que vous lui avez adressé: un appel à l'action.

Je vous le dis: la Commission veut agir. Le commissaire veut agir. Mais nous ne pouvons pas agir seuls. Nous devons agir avec les États membres et la mise en œuvre d'un processus est donc nécessaire, effectivement, avec les États membres. Nous avons cité quelques exemples – comme le projet RINA, qui n'est pas le meilleur exemple – de ce que les États membres ont fait et de cas où ils ont accompli leur devoir pour effectivement mettre en place des systèmes suffisamment efficaces.

Il y a un large accord entre nous pour reconnaître que la mobilité doit être juste et équitable, qu'elle doit éviter toute forme d'abus, de fraudes, de dumping social. Je pense que nous devons effectivement trouver les bons instruments. On a beaucoup parlé du numéro de sécurité sociale européen. Je crois que c'était peut-être aller un peu trop vite, trop loin. Nous devons chercher des solutions pratiques qui marchent et qui marchent rapidement puisque, même avec un numéro de sécurité sociale européen, on n'a pas résolu le problème. Encore faut-il que les systèmes soient coordonnés, interconnectés, pour qu'un numéro européen fasse sens et donne des résultats.

Je crois que la solution que nous avons choisie maintenant, qui est une première étape et qui s'intègre, notamment à l'avenir, dans le système global que nous voulons au service des citoyens européens, dans le respect de leurs droits, dans le respect aussi de leur droit à la protection, y compris à la protection de leurs données, est une bonne démarche. J'ai pris l'engagement que 2023 est le dernier délai et je vais faire mon possible et un peu mon impossible pour accélérer ce processus, parce que je crois que les citoyens, les millions de citoyens en mobilité nous le demandent – et ils y ont absolument droit.

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação das alterações realizar-se-á na quarta feira e a votação final na quinta feira.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Siekdamas pagerinti darbuotojų judumą, kovoti su sukčiavimu ir supaprastinti administracines iniciatyvas, dar 2014 m. ragino Komisiją pateikti pasiūlymus dėl Europos socialinės apsaugos numerio, tačiau iki šiol šis klausimas buvo apleistas. Todėl labai džiaugiamės, jog Komisija pagaliau ėmėsi iniciatyvos pateikti pilotinį projektą, kuris, tikimės, leis sukurti efektyvią skaitmeninės socialinės apsaugos sistemą, užtikrinančią geresnį koordinavimą tarp valstybių narių. Skaitmeninė sistema yra svarbi piliečiams ir darbuotojams, besinaudojantiems laisvo judėjimo teise ir susiduriantiems su daug popieriniais dokumentais paremtų procedūrų. Pavyzdžiui, įrodant, kad jie yra drausti socialinės apsaugos draudimu jų kilmės valstybėje narėje. Tai ypač padės sezoniniams darbuotojams, dirbantiems ir gyvenantiems skirtingose narėse bei leis lengviau vykdyti kontrolę ir sumažinti darbo užmokesčio dempingą, kurio neturi likti.

Miroslav Číž (S&D), *písomne*. – Voľný pohyb pracovníkov patrí medzi základné zásady Európskej únie ustanovené v Zmluve o fungovaní EÚ, je jednou z výhod, ktoré si občania na EÚ cenia najviac, a tiež vytvára rast a prosperitu v rámci EÚ za hranicami jednotlivých členských štátov. No napriek tomu, koľko výhod so sebou prináša, sa stále nenachádzame v situácii, keď by sociálne práva mobilných pracovníkov boli naozaj garantované. A to je zásadný problém. Členské štáty a ich sociálne systémy nesú zodpovednosť za sociálne zabezpečenie ľudí, no tieto systémy ešte ani dnes medzi sebou nedokážu komunikovať, čo vedie k porušovaniu práv pracovníkov a nekalej hospodárskej súťaži. Európsky parlament už roky na tento problém upozorňuje, no zatiaľ bez konkrétnych výsledkov. Komisia sa vraj rozhodla upustiť od predloženia legislatívneho návrhu, ktorý by vytvoril európske číslo sociálneho zabezpečenia, a namiesto toho plánuje predložiť návrh na vytvorenie digitálneho európskeho preukazu sociálneho zabezpečenia. Názov tohto nástroja je podľa môjho názoru druhoradý, podstatné je, aby jeho návrh Komisia predložila čo najskôr. Riadna ochrana sociálnych práv mobilných pracovníkov sa musí stať realitou a musíme mať nástroje na efektívny boj proti cezhraničným sociálnym podvodom zo strany spoločností. Občania sa musia môcť spoľahnúť, že prácou v rôznych členských štátoch neprídu o svoje nároky na sociálne zabezpečenie.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – Como miembro de la delegación socialista española, he votado a favor de esta pregunta oral con resolución con el fin de establecer un mecanismo europeo que contribuya a la lucha contra el fraude y los abusos a la seguridad social y hacia los trabajadores. Todo ello, a través de una mejora en la coordinación de los sistemas de seguridad social europeos.

La libertad de circulación es uno de nuestros pilares fundamentales y necesitamos de instrumentos en Europa que combatan aquellas lagunas legales existentes y eviten la propagación del dumping social, la competencia desleal, y distorsiones producidas en nuestro mercado interior y de trabajo.

La introducción de una tarjeta europea de seguridad social contribuirá a garantizar unas condiciones laborales dignas, debido a la estandarización de prestaciones de la seguridad social, y a un aumento de la trazabilidad, agregación y portabilidad de los derechos de garantía.

Los socialistas llevamos años solicitando la puesta en marcha de este instrumento común y esperamos que la Comisión tome nota acerca de la necesidad de actuación a este respecto. Esperamos, además, que la esperada propuesta cubra de una forma justa y equitativa a todos los ciudadanos y trabajadores móviles, incluidos autónomos y nacionales de terceros países.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai együttműködés és az európai belső piac egyik alappillére a szabad mozgás, mely évtizedek óta hozzájárul a növekedés és jólét biztosításához. Különösen sokat jelent ez az alapérték a nagy számban külföldön dolgozó és tanuló magyar állampolgárok számára. Polgártársainknak ezidáig az Unión belüli költözkör, munkájuk vagy tanulásuk miatti ingázás során, esetlegesen a nyugdíjba vonuláskor és a szociális és családe ellátási juttatások jogosultságának megállapítása során nemritkán bonyolult adminisztrációs eljárásokkal kell szembesülniük társadalombiztosítási jogviszonyuk igazolásakor. Tekintettel erre, nagy örömmel köszöntöm az Európai Bizottságnak a digitális társadalombiztosítási kártyák 2023-ig történő bevezetésére vonatkozó javaslatát, mely megkönnyíti az állampolgárok számára a digitális közszolgáltatások elérését és növeli a közszféra hatékonyságát. Ez a javaslat különösen azoknak könnyíti meg az életét, akik az EU-n belüli szabad mozgás lehetőségével élve, külföldön vállalnak munkát, vagy tanulnak. A digitális társadalombiztosítási kártya bevezetése nézetem szerint egy lépéssel közelebb visz ahhoz a szociális és piaci integrációhoz, mely számos magyar ember életét könnyíti meg: az Egyesült Európai Államok víziójához, melyet a Demokratikus Koalíció politikusaként teljes meggyőződéssel támogatok.

17. Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten angesichts der steigenden Zahl von COVID-19-Fällen in der EU (Aussprache)

Presidente. – O ponto seguinte da ordem do dia é a Declaração da Comissão sobre a coordenação das medidas dos Estados-Membros à luz do número crescente de casos de COVID 19 na UE [2021/2984(RSP)].

Gostaria de recordar aos Senhores Deputados que, em todos os debates deste período de sessões, não haverá procedimentos «catch the eye» nem perguntas «cartão azul».

Além disso, tal como nos recentes períodos de sessões, estão previstas intervenções à distância a partir dos Gabinetes de Ligação do Parlamento Europeu nos Estados-Membros.

Gostaria ainda de recordar que as intervenções no Hemiciclo continuarão a ser feitas a partir da tribuna central, exceto no que se refere aos pedidos espontâneos de uso da palavra, aos cartões azuis e aos pontos de ordem.

Por conseguinte, convido os Senhores Deputados a acompanharem a lista de oradores e a aproximarem-se da tribuna quando o seu tempo de uso da palavra estiver iminente.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Mr President, I would like to start first of all by sharing with you that what we are seeing over the last few weeks is a worryingly rapid increase of the number of COVID-19 cases across Europe. We all know, and we all can see, that Europe is now in the middle of yet another wave, and this is clearly of very serious concern to us all. I want to take this opportunity to thank this House for this timely discussion. But I would like to start by sending a very clear message on the role of vaccines, because the evidence is clear.

Vaccination works and remains the most effective tool we have to keep people safe. There is no doubt that they are effective against severe disease and hospitalisation, and protect against loss of life. Even with the dominant Delta variant, with its increased transmissibility and severity, deaths continue to be prevented due to the effective vaccines authorised for use in the EU, and this is all backed by scientific evidence. Numerous people across the EU, young and old, would have been in a much worse-off situation had it not been for the record roll-out of vaccination programmes against COVID-19. But now we are facing a pandemic mainly driven by the unvaccinated. The rising numbers are, unfortunately, fuelling vaccine hesitancy, and we all need to take a firm stand against this.

All of you, the honourable Members of this Parliament, can play a crucial role in this effort. Vaccination continues to be the key weapon in our armoury, but at the same time, until sufficient vaccination high rates have been reached and the situation is under control, it is important that non-pharmaceutical interventions remain in place where needed. We have already reached out to all those countries most severely affected, which are also the lowest with the vaccine uptake. We're offering direct support, together with ECDC, to help them combat misinformation and boost vaccine uptake. We welcome your help and collaboration in all those countries.

We're also providing urgent support through the Union Civil Protection Mechanism for those most under pressure. Many Member States have started to reintroduce certain restrictive measures, relying often on the EU Digital COVID Certificate, to allow safe access to public areas. The use of the certificate is, I would dare to say, a success story, not only because it has allowed us to travel and interact again, to reopen the European Union and to restart our economies, but more than that, the EU Digital COVID Certificate has been the meeting point at which Member States and the Commission have collaborated and delivered the largest interoperable digital COVID certificate system in the world.

We need to avoid fragmentation, and for this, strong coordination is key. That is why we are currently preparing an update of the Council recommendations related to free movement within the EU. The proposal to be adopted this week will promote and acknowledge the important role of the EU Digital COVID Certificate that travellers nowadays carry, and we will also update the recommendation on travel into the EU from around the world.

Honourable Members, close collaboration and coordination are absolutely essential – and these are not just words. We know this, at every step of this journey. We have been making our utmost efforts since the beginning of this pandemic. We cannot impose coordination in an area where the competence lies with Member States. In the area of health, it takes not only two to be able to coordinate together, but 27.

In the context of the European Health Union, we have proposed a stronger health security committee, a body which has played a crucial role in the pandemic – but we need to strengthen it. We need rapid agreement on the proposals towards the European Health Union, and I am very glad that the negotiations on a new regulation on cross-border health threats started last week. We have expectations which are high for this regulation, so let's ensure our ambition remains intact throughout the negotiations, because together we can ensure that the EU is better prepared for the future, and setting up HERA has this in mind. HERA now manages all joint procurements on therapeutics and is working with companies and countries participating already in the Joint Procurement Agreement to ensure access to promising therapeutics.

Let me finish by stressing an important point. I would have wished that we were standing here today and I was addressing you and not speaking again about the difficult situation that most Member States find themselves in. But we are in this situation and we need to deal with it, and we need to be proactive to coordinating and supporting a Member State's response in every single area, from emergency relief to free movement. We need a strong centre of disease prevention and control, a strong HERA, a strong EMA. But we need this within a strong European Health Union, and this is the only way, by reaching political agreement on our proposals, that we will be able to move forward as soon as possible. This is the only way that we are going to be able to build a Union that is better prepared, more resilient and more responsive in the face of future crises.

Esther de Lange, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, it looks like the more numbers go up in Member States, the more they go in different directions when it comes to the measures that they take. And let's be honest, the COVID Pass that went through this Parliament in rapid speed was a success story. It allowed us at the time to use our freedom of movement whenever it was medically possible.

But we've reached the stage now where we indeed need more guidance – not only when it comes to travel within the EU and travel to the EU from outside, but I would also like to say about the validity and the length of use of vaccinations and the use of booster vaccines. I would like the Commission maybe to react to that because it seems that this is where we mostly need guidance at the moment.

But let's be honest, the reason we're in this situation is because we have too many unvaccinated. You will all get, in your email boxes, emails about Black Friday – and this is an American commercial event enticing us to buy more stuff online. It's this Friday.

But what the healthcare systems in our Member States are dealing with at the moment is a potential Code Black and to show you what Code Black is, let me just mention one of the emails that I got from a nurse somewhere in Europe. She said 'I now have double the amount of COVID patients in my hospital than I should officially have and I cannot outplace them anywhere because all the other hospitals are full'.

When we get to Code Black in our health systems, it means that doctors and nurses have to choose between patient A or patient B when it comes to giving them a place in intensive care. And this is what we need to avoid.

A year ago, in this House, we were having a debate about whether we would have enough vaccines. Now we have them. Let's use them and let's share them, so that yes we can have a Black Friday if you wish, but we avoid a Code Black in our health systems.

Heléne Fritzon, *för S&D-gruppen*. – Herr talman! Samordning kring EU-åtgärder för att hantera covid-19-utbrottet stod på dagordningen redan i mars 2020, när Europeiska rådet träffades. Nu står det "Samordning av åtgärder mot bakgrund av det stigande antalet covid-fall i EU". Ja, det står på dagordningen i dag, 20 månader senare, men diskussionen är lika viktig nu som då. Nu stiger antalet fall runtom i Europa, men det finns en stor skillnad i diskussionen från mars 2020 och till de diskussioner vi har nu, för under 20 månader har institutionerna och medlemsstaterna ökat sin kunskap och i EU har vi ett gemensamt vaccin på plats.

Vi måste nu visa att vi tar ansvar, och det är kritiskt att vi drar nytta av de lärdomar vi har gjort. Vårt fokus ska fortsätta att vara att dämpa smittspridningen. Vi ska skydda liv, hälsa och jobb. Vaccineringen är självklart en viktig del i detta. Varje individ måste ta sitt ansvar och varje medlemsstat måste göra sitt. EU måste ta vara på de lärdomar vi har fått om hur viktigt det är med samordning och samarbete. Det är kritiskt. Vi kan bara lösa detta tillsammans och nu måste vi fortsätta att agera.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chère Stella, notre groupe politique Renew Europe s'inquiète de l'évolution de la crise de la COVID en Europe. Nous travaillons avec vous sur le règlement sur les menaces transfrontalières graves, mais l'urgence, c'est aujourd'hui et maintenant.

Le nombre de contaminations et le nombre de patients dans les hôpitaux sont préoccupants, mais préocupante aussi est l'hétérogénéité des réactions des États membres. Nous voici à la fois armés contre le virus, grâce à la vaccination, et de nouveaux désordres dans les choix politiques sur les mesures d'éloignement social, sur le caractère obligatoire ou non du pass vaccinal ou du vaccin. Voici de nouveau la liberté de circulation au sein de Schengen remise en cause.

Comment comptez-vous mettre en marche rapidement la coordination nécessaire? J'ai bien entendu vos efforts. Quand et comment évoquez-vous ces sujets dans les réunions des ministres? Et que propose votre conseil scientifique? Nous avons fait un bond en avant spectaculaire avec la vaccination. La science a démontré sa capacité à trouver des solutions. Mais, là encore, nous devons apprendre ensemble à restaurer la confiance des populations et à les prémunir contre la désinformation qui conduit à l'hésitation vaccinale.

Enfin, vous avez mis en place l'outil efficace que sont les achats groupés. Nous discutons régulièrement ensemble de l'intérêt de les étendre aux autres produits de santé. Envisagez-vous de les activer rapidement pour les traitements curatifs et préventifs qui sont progressivement autorisés par l'EMA?

Tilly Metz, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, devant cette recrudescence des cas de contamination à la COVID-19, il est primordial que nous mettions tous nos efforts en commun pour une meilleure coordination au sein des États membres de l'Union européenne. Il est important que nous instaurions des mesures communes et bien réfléchies.

Comme l'a souligné le Conseil européen des 21 et 22 octobre dernier, les campagnes de vaccination menées à travers l'Europe ont permis de réaliser des progrès notables. Mais nous devons intensifier les efforts pour vaincre la méfiance à l'égard des vaccins, y compris en luttant contre la désinformation. Si la vaccination est un moyen efficace pour lutter contre la pandémie, elle ne doit pas être rendue obligatoire. Se faire vacciner doit se faire avec conviction.

Aussi, je suis scandalisée par les mesures coercitives de l'Autriche. En rendant obligatoire la vaccination à partir du mois de février prochain, l'État autrichien ne fait qu'accroître les tensions sociales qui sont déjà présentes sur son territoire et risquent de diviser la société. Quelque 35 000 manifestants à Vienne ce week-end l'ont démontré. Des émeutes ont également éclaté aux Pays-Bas et en Belgique, où les manifestants protestaient contre les restrictions sanitaires et le projet du gouvernement de restreindre l'accès des personnes non vaccinées à certains établissements.

La vaccination doit être un choix intelligent et réfléchi. Instaurer la confiance suppose une liberté individuelle et une absence de coercition. Ces mesures radicales ne font qu'augmenter la méfiance d'une partie de la population vis-à-vis des vaccins. Donc, soyons cohérents et clairs dans notre communication afin de persuader et non de forcer.

André Rougé, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, Marine Le Pen, candidate à la présidence de la République française, a été la première à dénoncer la gestion calamiteuse de la pandémie de COVID, tant par l'Union européenne que par le président Macron et le gouvernement français.

Les confinements et l'auto-isollement généré par une communication anxiogène ont bloqué en France l'accès aux soins des personnes les plus vulnérables. Face à cette cinquième vague, selon l'OMS, 500 000 personnes pourraient mourir de COVID en Europe d'ici le mois de février. Cette reprise épidémique est due également à une baisse certaine de l'immunité vaccinale chez les sujets ayant reçu leur deuxième injection depuis plus de six mois.

La réponse à cette nouvelle vague n'est pas basée sur un renforcement des soins, mais sur des mesures coercitives et liberticides qui amènent le département français de Guadeloupe à la crise sans précédent que nous connaissons aujourd'hui. Au pays de Pasteur, nous n'avons toujours pas de médicament antiviral sous forme de comprimés, capable de bloquer la réplication du virus dès le contact infectieux.

Quand les gouvernements et l'Union européenne vont-ils anticiper et prendre toutes les mesures nécessaires pour vacciner rapidement et développer un médicament antiviral pour bloquer la réplication du virus?

Robert Roos, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, met vaccinatie was ons immunitet beloofd. Daardoor is er massaal gevaccineerd. Maar het virus is helaas niet overwonnen. En u, commissaris, zei net dat dat de schuld is van de niet-gevaccineerden, maar dat is ook desinformatie. Vaccins helpen. Dat is waar. Maar we weten inmiddels dat ook gevaccineerden besmettelijk zijn en na verloop van tijd in het ziekenhuis terecht kunnen komen, want de bescherming neemt na een paar maanden af.

De coronapas voor gevaccineerden heeft gefaald. Niks minder besmettingen, maar wel schijnveiligheid. Het enige waar de coronapas toe heeft geleid, is discriminatie, uitsluiting en een volledige tweedeling van onze maatschappij. Meer van hetzelfde is zinloos. Ik wil de Commissie en de lidstaten daarom ook oproepen om de tijdelijke coronapas niet te verlengen. Het virus is hier en zal blijven. We moeten ermee leven. De lidstaten moeten de gezondheidszorg opschalen en voor voorlichting en medicijnen zorgen. Iedereen kan nu gevaccineerd zijn. Zorg ook voor boosters voor de mensen die dat willen. Maar stop met het uitsluiten van burgers en voer zeker geen vaccinatieplicht in. Geef de mensen hun leven weer terug.

Kateřina Konečná, *za skupinu The Left*. – Pane předsedající, vážená paní komisařko, rok se s rokem sešel a my jsme na tom skoro stejně. Na vině je nejenom nízká proočkovanost v některých členských státech, ale především neochota členských států více na boji s pandemií spolupracovat.

V podstatě jedinými dvěma úspěšnými projekty za téměř dva roky jsou společné nákupy vakcín a představení covid pasů. A to ještě, abych je mohla nazvat úspěšnými, musíme zavřít obě oči. A já se ptám: Jakou máme vizi do budoucna? I kdybychom v tuto chvíli – a já jsem pouze pro dobrovolné očkování, protože se prostě domnívám, že radikalizace a nucení lidí způsobí jediné, že se o to více přestanou chtít očkovat, o to více ti lidé budou bojovat za svá práva a svobody – proočkovali celou společnost, tak tuto vlnu pandemie nezastavíme.

Prosím vás, paní komisařko, abyste si s výběrovými řízeními na léčbu pospíšili, abyste nové léky na léčbu COVID-19 dali na evropský trh co nejdříve a uměli je nakoupit v potřebné výši. To je totiž to jediné, co nám v tuto chvíli může pomoci zachraňovat lidské životy.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, poštovana povjerenice, kolegice i kolege, posljednjih par tjedana diljem Europe bilježimo značajan porast broja novozaraženih slučajeva koronavirusom. U Hrvatskoj, zemlji iz koje dolazim, COVID potvrdu možete dobiti ako ste preboljeli, ako ste cijepljeni ili ste testirani.

U brojnim državama članicama ruše se crni rekordi, trendovi rasta nisu obećavajući. Vidimo da pucaju po šavovima bolnički sustavi i činjenica je da ljudi koji sve više umiru, njih preko 80 %, su ljudi koji nisu cijepljeni. Ne smijemo dovesti naše liječnike koji požrtvovno rade, kao i sve medicinske djelatnike, u dilemu da trebaju birati čiji će život spasiti jer svaki život jednako je vrijedan. Jednako tako, po Ustavu zemlje iz koje dolazim, svatko ima pravo na zdravstvenu skrb. Međutim, nitko nema pravo drugome oduzeti zdravstvenu skrb ili ugroziti njegov život.

Stoga vas molim još jednom, sve one koji zaziru od cijepljenja i koji sumnjaju u najveće dosege medicine, razmislite o ljudima koji umiru. U mojoj zemlji dnevno umire preko 60 ljudi.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'avevamo già capito un anno e mezzo fa, quando l'intera Europa si è fermata, che avevamo davanti un virus davvero insidioso. A distanza di due anni non siamo nella stessa situazione emergenziale di quando è iniziata la pandemia, ma l'aumento rapido dei contagi e dei ricoveri nei nostri paesi nelle ultime settimane preoccupa e va affrontato con efficacia e maggior coordinamento anche sul piano europeo.

Oggi, a differenza di due anni fa, abbiamo ampia disponibilità di dispositivi medici e soprattutto abbiamo i vaccini. La decisione della Commissione di centralizzare l'acquisto ha permesso a tutti gli Stati membri di avere il vaccino alle stesse condizioni. Ciononostante abbiamo davanti un'Europa a due velocità, con Stati che hanno raggiunto livelli di immunizzazione di circa il 90 % della popolazione adulta e altri con percentuali molto inferiori, e questo non va bene.

Numeri alla mano, il vaccino è lo strumento principale per evitare nuove morti e per evitare nuove chiusure che minerebbero la ripresa sociale ed economica. Le regioni oggi in situazioni maggiormente critiche sono quelle dove si è vaccinato meno e finché non avremo alti tassi di vaccinazione in tutta Europa non usciremo da questa pandemia.

Oggi abbiamo anche uno strumento europeo come il Covid Pass, per facilitare la libertà di circolazione in sicurezza fra Stati. La Commissione deve farsi garante di un'applicazione coordinata per la validità del Covid Pass negli spostamenti fra uno Stato membro e l'altro, in particolare per quel che riguarda la durata della vaccinazione e della terza dose.

Una cosa dovremmo averla imparata tutti: se ci muoviamo insieme, non perdendo mai di vista i dati e ascoltando la scienza, la nostra azione per mettere in sicurezza sanitaria i cittadini in Europa sarà sicuramente più efficace.

Maximilian Krah (ID). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Wien haben am Wochenende über 50 000 Menschen dafür demonstriert, dass der Ausnahmezustand wieder beendet wird. Das ist europaweit der Fall.

Wir brauchen keine Koordination von Maßnahmen, gegen die die Menschen zu Recht auf die Straßen gehen. Wir brauchen eine Koordination der Maßnahmen, damit dieses Land aus dem Notstand wieder herauskommt.

Wir haben eine Notstandssituation gehabt, als die Krankheit neu war. Wir wissen heute mehr darüber, und wir haben niedrigere Hospitalisierungsraten. Notstand ist *per definitionem* etwas, das zeitlich begrenzt ist. Wir können nicht ewig im Notstand verbleiben.

Und deshalb geht es hier nicht um mehr und noch bessere Koordinierung von freiheitseinschränkenden Maßnahmen, sondern es geht um einen kontrollierten, verantwortungsvollen, aber klaren Weg zurück dazu, dass Weihnachtsmärkte öffnen, Menschen reisen und einander wieder besuchen können.

Liudas Mažylis (PPE). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, gerbiami kolegos, iš šios tribūnos pasakyta daug teisingų žodžių apie būtinybę prieš COVID-19 pandemiją veikti sutelktai. Pirma, sprendimus grindžiant mokslu, antra, ne tik veikiant valstybių lygmeniu, o vis daugiau sprendimų deleguoti europinėms institucijoms. Bet vėl tenka reaguoti *ad hoc*.

Kad galėtume užkirsti kelią viruso mutacijoms ir naujų atmainų plitimui, buvo ir yra būtina gilintis į viruso mutacijas. Tam buvo svarbu vykdyti sekoskaitos tyrimus, o valstybės turėjo ir tebeturi nevienodas galimybes.

Kalbėta apie Europos ligų kontrolės ir prevencijos centro vaidmens išplėtimą. Tas centras turėtų rūpintis situacijų modeliavimu, statistikos suvienodinimu, pasitelkiant moderniąsias technologijas, įskaitant ir dirbtinį intelektą.

Pagaliau, viešojoje erdvėje turi būti skleidžiama įtikinama, mokslu grįsta, aiškia, visiems suprantama forma informacija apie minėtas mutacijas, skiepijimosi privalumus ir jo naudą. Tenka konstatuoti, kad tie iššūkiai, kai dabar patiriame penktąją viruso plitimo bangą, jie vis dar mums tebeišlieka.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Mr President, I thank you again for this discussion.

Now, first of all, I would like to assure you that we are listening. We are listening to all the concerns. We're listening to all the insights. We're listening to your suggestions and we are listening to the perspectives.

I am fully aware of the urgency and I am also fully aware of where we could be – as some of you have already said – if there is a lack of coordination, if we have fragmentation in the present state of this pandemic.

Now, let me address some crucial points. First of all, we need to look at what we have now, because I have heard some of the issues to do with questioning the vaccines, if they're working, if they're making a positive impact. Vaccinations are saving thousands of lives. There's no doubt that they're effective against severe disease – including hospitalisations and deaths, and this protection remains very high. There is some evidence of decreasing protection in older individuals and those with other diseases but vaccines are achieving what they were supposed to do. They're protecting people from getting severely ill and from losing their lives. And according to the ECDC (European Centre for Disease Prevention and Control), the current increase in COVID-19 cases, even in countries that have successfully reached a high vaccination rate, is largely but not exclusively, driven by those who are unvaccinated or partially vaccinated. And this is both in the EU as well as globally. So the message needs to be clear: let's get vaccinated. Wearing masks and maintaining physical distances are important to protect each other. But vaccination is what is saving thousands of lives, and we need to continue to work towards this.

Vaccination is necessary, but indeed, as has been said, not enough. And I have heard a plea for us to do something to do with right therapeutics. So let me just share with you. We know that we need to work, and we have known this for several months, in parallel with therapeutics. People will continue to fall sick and need to be treated in hospitals and at home. And this is why, in parallel, we are ensuring the availability of COVID-19 therapeutics. We have an ambitious strategy. I have presented this to you before from this plenary, with a portfolio now of 10 most promising candidates for therapeutics. And on 12 November, not long ago, we authorised two new therapeutics: Ronapreve by Roche and Regeneron, and Regkirona by Celltrion. The European Medicines Agency is currently evaluating two medicines under rolling review – Evusheld from AstraZeneca and Molnupiravir from Merck, and authorisation applications were submitted for four medicines in addition to those. And last Friday, the European Medicines Agency gave advice to Member States that they can use and make Molnupiravir or Lagevrio – difficult words – available for emergency use.

We are also supporting Member States in having access to therapeutics. We have already concluded two joint procurement contracts, and negotiations are ongoing for other products. And we are organising, by the end of November, the next pan-European matchmaking event so that, once authorised, therapeutics are produced in sufficient quantity as soon as possible so that all European citizens can have access to them wherever they live within the European Union. So, we have never taken our eye off the issue of therapeutics and this through the EU therapeutic strategy is producing results.

Now, I listened very carefully to what Esther de Lange said and what Véronique Trillet-Lenoir said, and I fully agree with the urgency. And this is why the European Commission is working with the utmost urgency to strengthen the coordination of free movement, including the length of validity and the role of boosters in the vaccination campaign. Discussions are ongoing with Member States within the Health Security Committee and the ICPR (Integrated Political Crisis Response), and at every Council meeting – we have the next Council meeting on 7 December.

But I just wanted to tell you that this week we will be coming up with proposals, specific proposals on safer and free movement, including the certificate, and there will be, this week, a new risk assessment from the ECDC. So, we are determined to reverse the current wave. We're working closely with Member States, as we are with you. We are very aware of the urgency needed and we are also aware that we need to give clear, coherent messages to citizens. This is the only way. Everybody has been under tremendous pressure for 22 months and we need to follow the science and come forward with clear and coherent messages so that they're able to all work together. Ultimately, this is about all of us working together in order to be able to come to the end of this pandemic.

And finally – and I will never stop reiterating this – I count on you for a rapid political agreement on the proposals for the European Health Union because we need to be able to be ready for now and for the future. And we could only do this with a strong European Health Union for the benefit of the entire European Union.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Presidente. – Grazie mille alla Commissaria Kyriakides.

La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Estrella Durá Ferrandis (S&D), por escrito. – En las últimas semanas se ha registrado un aumento significativo del número de casos de infecciones por COVID-19 en todos los Estados miembros; lo que ha llevado a la introducción de diferentes medidas por los Estados miembros.

A los socialistas nos preocupa que estemos entrando en una nueva fase de medidas descoordinadas, que generan confusión para todos los ciudadanos, y en particular para los que viajan, a pesar de las disposiciones del Reglamento por el que se crea el Certificado COVID Digital de la UE, que fue concebido para facilitar los viajes y frenar estas dificultades.

Por ello, los socialdemócratas en el Parlamento Europeo apoyamos las medidas de salud pública destinadas a limitar la propagación del virus, pero pedimos que los Estados miembros coordinen sus acciones y respeten las disposiciones del Código de Fronteras Schengen. El próximo paquete Schengen de la Comisión, previsto para diciembre, debe contribuir a aclarar las normas que se aplican en estas circunstancias en el espacio Schengen.

Los socialistas somos coherentes al pedir una coordinación adecuada de las medidas de los Estados miembros, la actualización de las recomendaciones para la libertad de circulación y la reforma a largo plazo del Código de Fronteras Schengen.

César Luena (S&D), por escrito. – En las últimas semanas se ha registrado un aumento significativo del número de casos de infecciones por COVID-19 en todos los Estados miembros; lo que ha llevado a la introducción de diferentes medidas por los Estados miembros.

A los socialistas nos preocupa que estemos entrando en una nueva fase de medidas descoordinadas, que generan confusión para todos los ciudadanos, y en particular para los que viajan, a pesar de las disposiciones del Reglamento por el que se crea el Certificado COVID Digital de la UE, que fue concebido para facilitar los viajes y frenar estas dificultades.

Por ello, los socialdemócratas en el Parlamento Europeo apoyamos las medidas de salud pública destinadas a limitar la propagación del virus, pero pedimos que los Estados miembros coordinen sus acciones y respeten las disposiciones del Código de Fronteras Schengen. El próximo paquete Schengen de la Comisión, previsto para diciembre, debe contribuir a aclarar las normas que se aplican en estas circunstancias en el espacio Schengen.

Los socialistas somos coherentes al pedir una coordinación adecuada de las medidas de los Estados miembros, la actualización de las recomendaciones para la libertad de circulación y la reforma a largo plazo del Código de Fronteras Schengen.

Alfred Sant (S&D), in writing. – 22 months since it started, COVID-19 is today again the leading cause of death in the EU. In the light of the rising number of cases, European countries are reintroducing restrictions. Today, the call for further precautionary measures is fully justified. Vaccines have not replaced the need for other precautions. Even countries where the vaccination rate is very high, like in my country Malta, will probably need a further tightening of the sanitary rules in the coming weeks. It will be possible to avoid new lockdowns but only if a combination of conditions is met, notably: faster vaccination, compulsory use of masks indoors and the widest possible application of telework. Meanwhile, at EU level, coordination of national measures remains essential to ensure that free movement within the EU is maintained. This will be done by adjusting the validity of the EU digital certificate to preserve its efficiency. The European Commission is rightly aiming to harmonise the validity of the COVID-19 vaccination certificate to include

booster shots. These and similar measures have proven effective in past months. Their reinforcement will be essential in the near future. Understandably, there is a widespread 'pandemic fatigue'. Still, it is not time yet to treat COVID like another strain of flu.

18. Europäische Strategie für kritische Rohstoffe (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Hildegard Bentele, a nome della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia, su una strategia europea per le materie prime critiche (2021/2011(INI)) (A9-0280/2021).

Vorrei ricordare a tutti gli onorevoli colleghi che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né tantomeno saranno accettate domande del cosiddetto «cartellino blu».

Inoltre, come è avvenuto durante le recenti tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento negli Stati membri.

Vorrei altresì ricordare che tutti gli interventi dovranno essere effettuati dal podio centrale. Invito quindi tutti i colleghi a controllare l'elenco degli oratori e ad avvicinarsi al podio centrale all'approssimarsi dell'orario del proprio intervento.

Hildegard Bentele, Berichterstatterin. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine europäische Strategie für kritische Rohstoffe – darüber beraten wir diese Woche zu Ende und stimmen ab.

Meine Fraktion, die EVP, hat bewusst die Initiative ergriffen und das Thema ins Parlament geholt – weil wir der festen Überzeugung sind, dass es sich hierbei um eine essentielle, strategische Frage für die Europäische Union handelt, bei der alle Institutionen – die Kommission, das Parlament, der Rat –, aber auch die Mitgliedstaaten und Finanz- und Forschungseinrichtungen stärker an einem Strang ziehen müssen. Denn nur so werden wir unser gemeinsames Ziel, den Green Deal, erreichen, der die Einhaltung des Pariser Klimaziels wie auch den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit und unserer Arbeitsplätze in Europa beinhaltet.

Wir reden hier nicht von Kakao und Kaffee, auf die man, wenn auch schwer, mal verzichten könnte. Wir reden von Seltenen Erden: Lithium, Borat, Bauxit, Tantal und weiteren 25 kritischen Mineralien, die unabdingbar sind für erneuerbare Energietechnologien, für mehr Energieeffizienz, für Elektromobilität, für mehr digitale Anwendungen und für eine bessere medizinische Versorgung.

Bei diesen Rohstoffen sind wir hochgradig abhängig von wenigen, oder von sogar nur einem Lieferland oder Unternehmen. Dieses Jahr haben wir unsere Klimaziele bis 2030 verschärft: Klimaneutralität bis spätestens 2050 ist gesetzt. Vor diesem Hintergrund gehen alle Studien und Prognosen davon aus, dass wir hier in Europa für die grüne und digitale Transformation in sehr kurzer Zeit sehr viel mehr an kritischen Rohstoffen brauchen werden. Es ist also allerhöchste Zeit, dass wir unsere Lieferketten durchleuchten und auf stabilere Füße stellen.

Die Kommission hat zehn Maßnahmen vorgeschlagen, die ich rundum begrüßen kann. Aber sie reichen nicht aus, und deshalb schlage ich vor, sie zu ergänzen: Die Europäische Rohstoffallianz muss weiter gestärkt, und ihre Projekte im Bereich der Permanentmagneten müssen jetzt umgesetzt sowie neue Initiativen im Bereich Speicherung und Recycling unterstützt werden.

Meinem sozialdemokratischen Kollegen Chahim war zusätzlich eine bessere Koordinierung nationaler Rohstoffaktivitäten über eine neue strategische Arbeitsgruppe wichtig; dieses Anliegen habe ich gerne aufgenommen.

Wir brauchen vor allem eindeutig positive Signale bei der Finanzierung von nachhaltigen Rohstoffvorhaben: in den nationalen Wiederaufbauplänen, bei der Taxonomie, für Investitionen in den Aufbau von Recycling- und von Sekundärrohstoffmärkten, für Projekte in ehemaligen Bergbauregionen, bei der Materialforschung sowie für ein IPCEI, ein wichtiges Projekt gemeinsamen europäischen Interesses.

Außerdem brauchen wir schnellere und transparentere Genehmigungsverfahren und statt neuer die Um- und Durchsetzung vorhandener europäischer Gesetzgebung.

Natürlich müssen wir das volle Potential der Kreislaufwirtschaft ausschöpfen: vom Produktdesign über die Abfallsammlung, über die strikte Kontrolle unserer Abfallexporte, über Rezyklatanteile, die Senkung des Materialfußabdrucks insgesamt. Kollegin Matthieu aus dem Umweltausschuss hat hierzu wichtige Elemente beige-steuert.

Genauso wie die Kollegen aus dem Handelsausschuss, die die Aufnahme neuer strategischer Partnerschaften, die Überprüfung unserer Handelsabkommen sowie das Drängen auf nachhaltige Bergbaumaßnahmen in Drittländern über die Einführung von Sorgfaltspflichten unterstützt haben.

Ein Grundkonflikt aber ist leider bis zum Schluss bestehengeblieben, und dieser betrifft die Frage, ob wir in Europa bereit sind, mit europäischen Bergbauprojekten unter hohen Umwelt- und Sozialstandards und hohen technischen Anforderungen unseren Anteil zur Bewältigung des großen Mehrbedarfs an kritischen Rohstoffen beizutragen und damit für zumindest etwas mehr Unabhängigkeit unserer Industrie von unberechenbaren Drittländern zu sorgen.

Wir in der EVP sagen dazu eindeutig Ja. Rohstoffvorkommen liegen dort in der Erde, wo sie sind. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir Interessenskonflikte zwischen Naturschutz und wirtschaftlicher Aktivität mithilfe unserer europäischen Regeln lösen können und auch müssen, denn die permanente Auslagerung von Verantwortung ins Ausland und die aktuelle ständige Erpressbarkeit und Unsicherheit über Preise, Knappheiten und Lieferketten sind einfach keine Option mehr.

Unser Green Deal muss industriepolitisch, umweltpolitisch, strategisch und ethisch auf sicheren Füßen stehen. Mit unseren EVP-Änderungsanträgen machen wir diesen Rohstoffbericht zu einem wichtigen Beitrag dazu. Bitte stimmen Sie ihnen zu!

Sara Matthieu, *rapporteur voor advies van de commissie ENVI*. – Voorzitter, de vraag naar kritische grondstoffen neemt toe. Maar hoe komen we aan die grotere hoeveelheden? Laat mij heel duidelijk zijn: mijnbouw in beschermde natuurgebieden kan niet. Die zeldzame gebieden kunnen we niet vervangen of herstellen. Ze zijn cruciaal om het weinige dat we nog hebben aan Europese biodiversiteit te behouden. Er is ook geen steun voor bij de bevolking en dat dreigt het draagvlak voor onze Green Deal te verzwakken. De collega's die beweren dat we economische belangen en biodiversiteit tegen elkaar moeten afwegen, dwalen. Ze willen de poort openzetten voor grootschalige mijnbouw in kwetsbare natuurgebieden. De oplossing voor meer strategische onafhankelijkheid op lange termijn is echter repareren, recyclage en ecodesign. Dus, collega's, laat mij duidelijk zijn: stem morgen tegen mijnbouw in onze natuurgebieden en voor een circulaire economie.

Thierry Breton, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, honorables membres du Parlement, tout d'abord, je voudrais vraiment vous remercier pour ce rapport sur l'établissement d'une stratégie européenne pour les matières premières critiques. Je voudrais commencer par remercier beaucoup la rapporteure, Hildegard Bentele, pour ce travail extrêmement important – merci beaucoup, Hildegard –, ainsi, évidemment, que les rapporteurs fictifs, mais aussi les membres des différentes commissions qui ont contribué à ce travail.

Vous l'avez dit, mais je voudrais le redire avec mes mots, si vous le permettez: l'accès aux matières premières est vraiment au cœur de notre politique industrielle. La pandémie l'a révélé encore plus qu'auparavant. Maintenant, avec la reprise, évidemment, on se rend compte que la résilience de nos chaînes de valeur au sein même du marché intérieur, mais aussi en ce qui concerne la transition verte et la transition numérique, est clairement dépendante de notre capacité à assurer la sécurité d'approvisionnement des chaînes de valeur essentielles.

Le constat est simple et il est le même partout: l'Europe a laissé se développer des dépendances fortes vis-à-vis des sources d'approvisionnement dans des pays tiers – trop fortes, sans doute. Terres rares, magnésium, lithium, graphite sont évidemment autant de composants nécessaires pour tout ce qui constitue notre transition verte et notre transition numérique – les batteries, mais aussi tous les composants critiques dont on va parler abondamment au cours des années et des décennies qui viennent. Or, nos besoins en matières premières vont évidemment considérablement augmenter. Par exemple, nous allons avoir besoin de 60 fois plus de lithium et 15 fois plus de cobalt en 2050 pour les seules batteries électriques, et de dix fois plus de terres rares. Cela, évidemment, sans mentionner les besoins en matières premières pour toutes les applications industrielles qui vont accompagner la transition numérique, en particulier dans les semi-conducteurs, mais pas uniquement.

Nous avons vu combien la géopolitique, ce que j'appelle la géopolitique des chaînes de valeur, est à l'œuvre pour nos partenaires ou rivaux systémiques. Je dis bien la géopolitique des chaînes de valeur, car c'est bien de cela qu'il s'agit. Nos dépendances sont devenues en effet autant d'instruments géostratégiques qui sont utilisés bien souvent contre nous et contre nos intérêts. Et cela peut avoir des conséquences importantes. On le voit, du reste, en ce moment, par exemple sur les semi-conducteurs, pour ce qui est de notre capacité à produire, voire à rebondir après la crise que nous avons connue et dans laquelle nous sommes encore. Cela est particulièrement vrai, évidemment, pour l'ensemble de l'accès aux matières premières critiques.

C'est pour cela qu'il y a un peu plus d'un an, vous vous en souvenez, en septembre 2020, la Commission a adopté un plan d'action sur les matières premières critiques. Votre rapport témoigne clairement de l'alignement, si je puis dire, de nos deux institutions quant à l'analyse de la situation. On est donc très en phase, si je peux me permettre, et nous convergeons sur la nécessité de renforcer notre résilience en matière de chaînes de valeur stratégiques.

Ce travail repose sur trois piliers. Tout d'abord, la diversification de nos sources d'approvisionnement. On a déjà établi des partenariats stratégiques avec certains pays tels que, par exemple, le Canada et l'Ukraine. Nous avons commencé à nous rapprocher de certains pays africains également, qui sont importants à ce sujet. Nous allons continuer à nous appuyer sur un commerce international, bien entendu ouvert et non faussé. Qu'il s'agisse de nos partenaires ou de nos concurrents, nous devons évidemment le faire, je le redis ici ce soir dans cet hémicycle, sans naïveté: nous devons anticiper et contrer toute tentative d'utiliser l'accès aux matières premières comme un moyen de pression géopolitique sur l'Union et ses entreprises – ce qu'on peut appeler des menaces hybrides et que l'on voit dans d'autres domaines, hélas!

Le deuxième point que je voudrais souligner dans ce rapport concerne l'économie circulaire. C'est un pilier de notre travail commun, non seulement à des fins de «verdissement», si je puis dire, mais aussi pour améliorer la sécurité d'approvisionnement et, dès lors, réduire évidemment nos dépendances stratégiques. Nous l'avons proposé, par exemple, dans notre proposition sur le règlement relatif aux batteries, en visant des taux de recyclage plus élevés, notamment pour le lithium, le cobalt, le graphite ou le nickel. Une approche similaire pourrait être utilisée pour d'autres matières premières critiques, telles que les terres rares, que vous avez mentionnées tout à l'heure, Madame la rapporteure, ainsi que dans des domaines dans lesquels la production est quasi exclusivement concentrée, on peut le dire, en dehors de l'Union.

Nous sommes aussi tombés d'accord pour dire que le recyclage des matières premières critiques, même s'il est indispensable, ne permettra pas à lui seul de répondre totalement à l'augmentation de la demande pour ces matières premières. Rappelons-le: l'augmentation de la demande et celle de notre niveau d'ambition verte et numérique sont, je le dis souvent, intrinsèquement liées.

Le troisième point que je voudrais évoquer rapidement avec vous ce soir, si vous le permettez, est le développement des capacités nationales. C'est un point important. Il faut vraiment en parler car, évidemment, il existe. Nous avons les ressources. Nous les avons identifiées, dans notre rapport comme dans le vôtre. Vous notez, du reste, le besoin de conditions favorables aux activités minières à faibles émissions et durables dans l'Union européenne, et c'est, bien sûr, un point très important.

Contrairement à d'autres juridictions, notre cadre juridique assure un juste équilibre entre trois impératifs, à savoir la protection de l'environnement, la participation effective et constructive des communautés locales, sans lesquelles rien ne peut se faire, et la satisfaction de nos besoins en matières premières. C'est ainsi que le maintien et le développement de sources d'approvisionnement respectueuses de l'environnement, autour de pratiques d'extraction et de production qui respectent les normes et les valeurs européennes, sont évidemment une condition impérative pour que le succès des transitions verte et numérique ne soit pas à la merci des tensions géopolitiques souvent imprévisibles – que nous vivons, du reste, d'ores et déjà.

Nous travaillons main dans la main avec les États membres afin que des projets industriels voient le jour en Europe et que nous puissions effectivement, de manière concrète et tangible, réduire nos dépendances, soutenir l'innovation, mais aussi assurer la résilience de l'Europe – et ce, évidemment, dans le plein respect de nos engagements environnementaux et de biodiversité. À ce titre, nous avons lancé une alliance industrielle qui a récemment publié un plan d'action pour une chaîne de valeur des aimants permanente, durable et compétitive.

Mesdames et Messieurs les députés, en conclusion, je voudrais dire que le rapport dont vous débattiez ce soir et que, j'espère, vous adopterez, nous conforte dans l'analyse de l'approche que nous avons adoptée à la suite de notre stratégie. Vous pouvez évidemment compter sur moi pour continuer à agir vite et fort sur ces questions qui sont clairement au cœur de notre renouveau industriel, mais aussi d'une Europe plus géopolitique.

Maria da Graça Carvalho, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Caro Comissário, felicito a Deputada Bentele pelo excelente trabalho no relatório. O acesso a matérias-primas críticas é fundamental para a transição verde e para a transição digital. As renováveis, as pilhas de combustível e baterias, assim como toda a área da robótica só se desenvolvem com acesso a estes recursos.

A Europa precisa de ter um maior controlo das suas cadeias de produção. Não podemos depender tanto da importação, daí a importância da estratégia para as matérias-primas críticas. É essencial assegurar os menores impactos ambientais possíveis, mas os avanços científicos e tecnológicos na exploração mineira dão-nos garantias de que é possível fazê-lo desde que a questão da sustentabilidade seja uma condição à partida.

Acautelar os impactos nas comunidades locais é também indispensável. Sem esquecer ainda a importância da reutilização dos materiais.

Mohammed Chahim, *namens de S&D-Fractie*. – Voorzitter, de energietransitie is in essentie een materiële transitie van fossiele brandstoffen naar grondstoffen die essentieel zijn voor de productie van zonnepanelen, windmolens en batterijen, maar bijvoorbeeld ook het produceren van waterstof en grondstoffen die nu vaak in heel veel andere producten zitten. We zullen veel meer grondstoffen nodig hebben, want het is simpel: zonder zonnepanelen, zonder windmolens en zonder waterstof komt onze energietransitie in gevaar. Schaarste van kritieke grondstoffen mag niet in de weg staan van onze Europese strategische plannen, zoals de Europese Green Deal of de digitale transitie.

Ik denk dat het goed is dat wij als Europees Parlement vandaag dit initiatiefverslag presenteren, als uitgangspunt om dit probleem beter te managen. Wij moeten denken aan het creëren van een EU-standaard over het winnen van grondstoffen. Daarbij gaat het niet alleen om standaarden voor duurzame winning van grondstoffen, maar ook om sociale normen. En dit alles in goed overleg met de plaatselijke bevolking en autoriteiten. We moeten niet alleen afhankelijk zijn van mijnactiviteiten buiten de EU en wegstijgen van de omstandigheden waaronder dit gebeurt. Onze standaarden moeten ook gelden buiten de EU.

We moeten natuurlijk efficiënter gebruikmaken van de grondstoffen die we hebben en dit gebruik ook stimuleren: herinzetten, hergebruik promoten en hiervoor een markt creëren. Want het ontginnen van grondstoffen veroorzaakt meer CO₂-uitstoot dan hergebruik en met slim gebruik van grondstoffen kunnen we onze CO₂-voetafdruk verlagen. Circulariteit is daarbij belangrijk, maar daarvoor moeten we ook nadenken over het ontwerp van producten. We moeten ook een beter beeld krijgen van waar in de economie deze grondstoffen zitten om ze terug te winnen. We moeten daar beter op toezien want dat is belangrijk. We moeten dit gezamenlijk doen en ik ben blij dat de rapporteur dit punt van mij heeft overgenomen.

Tot slot moeten we inzetten op innovatie en onderzoek om alternatieven te vinden voor bepaalde kritieke grondstoffen, want hiermee verminderen we de druk op deze materialen en krijgen we een betere balans tussen vraag en aanbod. Voorzitter, we hebben nog veel werk te doen. Het is nu de laatste keer dat wij dit onderwerp hier bespreken. Volgens mij is dit initiatiefverslag een prachtig uitgangspunt voor de Commissie om mee verder te gaan.

Mauri Pekkarinen, *Renew-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, puhumme Euroopan unionissa strategisen autonomian vahvistamisesta. Aihetta onkin. Riippuvuutemme muusta maailmasta on hälyttävää niin sanottujen kriittisten raaka-aineiden kohdalla. Komission tiedonanto kirjaa kriittisiksi 30 malmia ja mineraalia. Näiden lisäksi aihetta huoleen on 137 muun aineen kohdalla. EU:ssa olemme erityisen riippuvaisia juuri niistä raaka-aineista, joihin moderni teknologia maailmassa perustuu. Riippuvuutemme, aivan erityisesti Kiinasta, on huolestuttavan suuri. Eräitä kriittisiä raaka-aineita emme tuota juuri lainkaan, toisissa toimitusketjut ovat lisäksi häiriöalttiita kansainvälisen politiikan karikoille.

Tällainen riippuvuus voi muodostua esteeksi myös EU:n toimille kohti vihreää siirtymää. Tuuli- tai aurinkosähkön tuottamiseen tarvittavista raaka-aineista vain muutama prosentti tulee Euroopan unionin alueelta, robotiikan raaka-aineista ehkä pari prosenttia, eikä paljon parempi ole tilanne autoteollisuuden, informaatioteknologian tai akkuteollisuudenkaan tarvitsemien harvinaisten raaka-aineiden kohdalla.

Tämän valiokunnan mietinnön vahvuus on siinä, että se tunnistaa kierrätyksen ja uusiokäytön suuret mahdollisuudet korvata puutteita. Yksin kierrätyksen ja tuonnin avulla emme kuitenkaan voita kriittisiin raaka-aineisiin liittyviä haasteita. Euroopalla on moraalinen ja eettinen vastuu myös oman eurooppalaisen kestävä kaivostoiminnan kehittämiseen ja laajentamiseen siellä, missä siihen on raaka-aineita ja mahdollisuuksia. Näitä mahdollisuuksia on muun muassa Euroopan pohjoisilla alueilla. Niitä on kyettävä hyödyntämään ympäristökestävästi. Siihen uusi teknologia antaa hyvät mahdollisuudet. Suuri kiitos esittelijälle erinomaisesta työstä!

Henrike Hahn, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Europa benötigt Rohstoffe für den Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft. Der Einsatz von kritischen Rohstoffen bei grünen Technologien hat auch positive Effekte für die Umwelt. Lithium und Kobalt in Batterien ermöglichen zum Beispiel Elektromobilität und tragen damit zur Verkehrswende bei.

Wir wissen aber auch: Bergbau zur Gewinnung von Rohstoffen ist ein Risiko für die Menschen vor Ort, für die biologische Vielfalt und für das Klima. Ein blinder Ruf nach mehr Bergbau in Europa ist falsch. Die Europäische Kommission weiß das, und auch meine Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament wissen das.

Die benötigten Mengen von kritischen Rohstoffen für die grüne Transformation in Europa werden oft übertrieben und gehen auch von falschen Grundannahmen aus. Grüne Technologien sind für die gestiegene Nachfrage nach nur sechs von insgesamt 30 kritischen Rohstoffen verantwortlich, und die Digitalisierung der Wirtschaft, Verteidigungs- und Luftfahrtindustrie sind ebenfalls große Abnehmer.

Künstliche hohe Prognosen für die Fördermenge von kritischen Rohstoffen führen oft zu falschen Schlussfolgerungen. Das ist fatal für unsere Industriestrategie, aber auch für die Erreichung unserer Klima-, Umwelt- und sozialen Ziele. Und wenn wir jetzt Rohstoffe in Natura-2000- und anderen Schutzgebieten fördern, führt das EU-Umweltschutz im Rahmen des Green Deals ad absurdum.

Wir brauchen nachhaltige Verfahren, die sozialverträglich angewendet werden. Wir müssen hin zur Kreislaufwirtschaft und zur Substitution und zu einem funktionierenden Markt für recycelte Rohstoffe. Grüne Innovation in der Industrie, neue Produktionstechnologien, Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz – das ist der richtige Weg für einen Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft.

Paolo Borchia, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, fabbriche di elettrodomestici, mobili e automobili stanno vivendo una produzione a singhiozzo e questa non è una buona notizia per aiutare la domanda a ripartire.

Il problema dei prezzi è stato superato ormai da quello dell'approvvigionamento delle materie prime. Per molti paesi dell'Unione, dipendenti in maniera cospicua dalle importazioni, questo è un grosso problema, anche perché parliamo di elementi essenziali per la transizione energetica e per quella digitale.

La transizione energetica, se non viene corretta, rischia di tradursi in un vicolo cieco per l'Unione, visto che il numero delle materie prime essenziali è raddoppiato nell'ultimo decennio e la dipendenza dai paesi terzi sembra essere ormai giunta a un punto di non ritorno. Pensiamo, ad esempio, alla Cina e alla Turchia, quasi monopoliste nella fornitura all'Unione per le terre rare e il borato.

Servirebbe anche riflettere sul fatto che l'Unione ha scelto di esternalizzare l'estrazione e la raffinazione a paesi terzi. Per carità, sono processi che inquinano, ma anche appaltare tutto ha dei costi.

Infine, colleghi, una riflessione finale sul prezzo del grano, che ha raggiunto il prezzo più alto negli ultimi nove anni. Cito questo dato perché forse tanti non l'hanno capito, però il consumo dei beni agricoli per produrre energia in pochi anni supererà quello per l'alimentazione, con la conseguenza che il cibo costerà molto di più e, se per il mondo occidentale si parlerà di inflazione, per i paesi in via di sviluppo invece la sfida non sarà quella di decarbonizzare, ma quella di riuscire a mangiare.

Grzegorz Tobiszowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! Przyjeliśmy nowe cele klimatyczne, osiągnęliśmy porozumienie w Glasgow. W praktyce oznacza to więcej odnawialnych źródeł energii, inwestycje w poprawę efektywności energetycznej, rozwój elektromobilności. Dlatego tak ważne są surowce, zarówno krytyczne, jak i bazowe.

I dobrze, że o tym dzisiaj mówimy i rozmawiamy. Liczby pokazują, że jako Unia Europejska – i to już zostało powiedziane – jesteśmy bardzo uzależnieni od krajów trzecich. Przykładowo w przypadku litu udział Chin wynosi 55 %, 65 % wynosi również udział Chin w kobaltcie i prawie 90 % w przypadku pierwiastków ziem rzadkich. Przykłady można mnożyć, a to ma znaczenie w kontekście inwestycji m.in. w samochody elektryczne, baterie i w wiele innych przedsięwzięć ekologicznych.

Czy naprawdę musimy na taką skalę pozyskiwać surowce spoza Unii Europejskiej? Czy nie powinniśmy zaangażować się, by wspierać nasze źródła, nasze zakłady wydobywcze i nasze hutnictwo, aby wykorzystać zapotrzebowanie na surowce i zarazem rozwinąć ten zakres gospodarki i zarazem gałęzi przemysłu w Europie? Myślę, że powinniśmy bardzo mocno widzieć i odpowiedzialnie łączyć politykę klimatyczną z przemysłem.

Sira Rego, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, señor comisario, seguramente, detrás del poco atractivo título de este debate, tenemos uno de los temas más importantes del momento.

En el fondo, debatir sobre la extracción de materias primas críticas es hablar sobre los límites del planeta, sobre el esfuerzo que estamos dispuestos a hacer para que haya una transición justa, sobre la audacia para cambiar las formas de producción. Estamos debatiendo acerca de qué recursos dejamos a las generaciones futuras.

Y es que, para la construcción de un aerogenerador, una tableta o un robot de una cadena de producción, hace falta una ingente cantidad de materias primas. Muchas de ellas tienen carácter crítico porque son escasas, por su difícil extracción o porque sus yacimientos están concentrados en determinadas regiones del mundo.

Solo en este dispositivo tenemos wolframio, coltán, estaño, litio o tierras raras. Muchos son conocidos como minerales de sangre porque su obtención, además de destrozar ecosistemas y personas, se hace a costa de conflictos armados como el de la República Democrática del Congo, por el control del coltán, golpes de Estado como el de Bolivia, por el control del litio, o la ocupación ilegal de Marruecos sobre el Sáhara Occidental, para explotar las reservas de fosfatos o tantalio.

Por eso, a nuestro juicio, este informe es poco ambicioso. Ante la oportunidad de abandonar el extractivismo y pensar hacia dónde vamos y cómo orientar nuestro modelo productivo de forma justa ante los retos del cambio climático, seguimos apostando por modelos que profundizarán en la crisis ecosocial.

Quizá empezar por una estrategia que reduzca el uso de materiales y que recupere los que están en circulación sea lo más sensato en nuestros días.

Tiziana Beghin (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, alcuni metalli e materiali rari sono necessari per la transizione verde, perché sono componenti chiave di batterie e tecnologie rinnovabili. Tuttavia, la pandemia ha messo a nudo la vulnerabilità europea nel rifornimento di queste materie prime, così come la nostra dipendenza dall'estero in tutta una serie di risorse assolutamente strategiche.

Per evitare questa situazione in futuro, io credo che sarà fondamentale esplorare nuove partnership internazionali, ma la Commissione propone anche di aumentare la ricerca e l'estrazione di materie prime qui in Europa.

Da imprenditrice capisco perfettamente le ragioni di questa scelta, ma vorrei ricordare che ogni attività estrattiva deve essere condotta di comune accordo con le comunità locali, rispettando gli standard di sicurezza e ambientali e preservando i nostri delicati ecosistemi e la biodiversità in Europa. La tutela dell'ambiente, colleghi, non è solo fine a se stessa, ma è funzionale allo sviluppo di molti altri settori produttivi ugualmente importanti come l'agricoltura o il turismo, su cui si basa una larga parte delle nostre economie.

Quindi è assolutamente capitale garantire l'autonomia strategica europea, ma questo non deve trasformarsi in una nuova corsa all'oro sulla pelle dei nostri cittadini, della loro salute e del nostro ambiente.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, verehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich zitiere aus dem Bericht der Kollegin Bentele: Nur 1 % der Rohstoffe für Windenergieanlagen, weniger als 1 % der Lithium-Batterien, weniger als 1 % der Brennstoffzellen, nur 2 % der für die Robotik relevanten Rohstoffe und nur 1 % der Silizium-Photovoltaik-Baugruppen werden in Europa gewonnen bzw. hergestellt.

Auf der anderen Seite setzen wir uns ambitionierteste Klimaschutzziele. Ich glaube, es ist offensichtlich, dass wir eine intelligente Rohstoffpolitik brauchen. Für mich sind zwei Themen von besonderer Bedeutung.

Zum einen müssen wir die heimische Beschaffung kritischer Rohstoffe hochfahren. In Europa haben wir die einmalige Chance, nachhaltigen Bergbau zu betreiben, und zwar in einem Verfahren, das weltweit höchsten Umwelt- und Sozialstandards entspricht. Ich denke, wir sollten uns dem nicht entgegenstellen.

Zum Zweiten: Wir werden natürlich auch weiterhin kritische Rohstoffe aus Drittstaaten beziehen müssen. Deshalb müssen kritische Rohstoffe auch ein Kernelement jeder Handelsbeziehung, jeder Handelspartnerschaft werden.

Jessica Stegrud (ECR). – Herr talman! Redan i dag är vårt geostrategiska beroende av Kina mycket stort. Kina står exempelvis för 98 procent av EU:s behov av sällsynta jordartsmetaller och kontrollerar i stor utsträckning handeln med kobolt till elbilsbatterier. De nya klimatmålen och massiva investeringar i e-mobilitet och väderberoende energi kommer framöver att öka detta beroende mångfalt.

Det blir alltmer uppenbart att Kina är den stora vinnaren i EU:s klimatomställning, för redan nu ser vi effekter av EU:s offensiva ambitioner i form av stigande energipriser, inflation, sämre konkurrenskraft och ökat beroende av omvärlden, alltmedan Kina både ökar sina utsläpp och befäster sin geopolitiska position gällande tillgång på råvaror och tillverkning av vitala komponenter. Jag tvingas dessvärre återigen konstatera att den omställning som enligt kommissionen skulle göra oss framgångsrika och oberoende av diktaturer saknar adekvata konsekvensanalyser. Det är hög tid att tänka om.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! Myślę, że wszyscy na tej sali mamy świadomość, że zielona transformacja i osiągnięcie europejskich celów klimatycznych nie jest możliwe bez surowców krytycznych. Samochody elektryczne nie pojadą bez litu w napędzających je bateriach, wiatraki nie wyprodukują energii bez napędzających je generatorów, w których znajduje się neodym czy dysproz. Uważam zatem, że niezbędne jest zapewnienie bezpieczeństwa i pewności dostaw tych surowców i tym samym zezwolenie na zrównoważone ich wydobycie w Europie, oparte o wysokie standardy w zakresie ochrony środowiska oraz właściwe warunki pracy.

Ważne jest też w tym kontekście większe zaangażowanie władz lokalnych i regionalnych w zwiększanie wydobycia tych surowców oraz lepszy ich recykling w Unii Europejskiej. Potrzebujemy również strategicznego, kompleksowego podejścia do surowców krytycznych, a więc właściwej oceny eksportu i importu, pełnego wykorzystania potencjału istniejących kopalń czy też recyklingu. Musimy również zapewnić odpowiednie finansowanie badań w celu poprawy efektywności wykorzystania surowców krytycznych i późniejszych procesów produkcyjnych.

Thierry Breton, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, d'abord, merci vraiment encore une fois pour cet échange qui confirme l'intérêt que nous portons collectivement, au-delà des matières premières critiques en tant que telles, à notre résilience. Car, en effet, je le répète, ce qui est en jeu, c'est la position de l'Europe dans cette nouvelle géopolitique globale des chaînes de valeur. C'est une condition sine qua none de l'autonomie stratégique européenne.

Je suis également d'accord que nous devons utiliser les nouvelles technologies pour permettre des extractions plus respectueuses de l'environnement et de la biodiversité, et ce, afin d'établir de nouvelles normes d'extraction pour nous, mais aussi ailleurs. Normes qui doivent être évidemment celles auxquelles nous devons réfléchir dans nombre de pays sources.

Nous avons l'opportunité ici d'imposer de nouveaux critères d'extraction plus durables, plus respectueux encore une fois de notre environnement, de la biodiversité, de ce qui fonde l'unicité de notre planète. Nous pourrions concilier la protection de l'environnement et la satisfaction de nos besoins. Et je rappelle que nous avons besoin de ces matières premières pour permettre d'accélérer la transformation de nos économies, de nos industries et de nos sociétés.

Je le répète, notre stratégie s'inscrit autour de trois piliers. Tout d'abord, la diversification des sources d'approvisionnement. Ensuite, l'économie circulaire et, enfin, le développement de capacités nouvelles dans ce domaine. Ces trois piliers sont nécessaires et se renforcent mutuellement. On l'a dit tout au long du débat, c'est le sens de nos travaux. Vous pouvez évidemment compter pleinement sur moi dans ce sens. Merci beaucoup pour ce débat très important qu'a rendu possible ce rapport non moins important.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione sugli emendamenti si svolgerà domani e la votazione finale si svolgerà mercoledì 24 novembre 2021.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE), *in writing*. – We have had plenty of opportunities in recent times to reconsider what is truly 'critical'. It is 'critical' to have a 'Green Deal' to deal with the inevitable consequences of climate change and global warming. It is 'critical' to deal with the transition to the digital age, after the fourth industrial revolution. It is 'critical' to deal with the consequences of COVID-19 and future pandemics. It is clear that we cannot deal with these 'critical' matters, without 'critical raw materials.' We need 'critical raw materials' like lithium for batteries, magnesium for light-weight vehicle concepts, permanent magnets for wind turbines, for electric vehicles, for communication devices. Very few people realise how many critical raw materials are in their mobile phones! It is now 'critical' that we reduce our reliance on a handful of non-EU countries by supporting sustainable investments that involve European and global partners and SMEs as part of a long-term international sourcing strategy. We need to take back control of critical materials' supply chains. We need to control waste streams and exports of waste products. In summary, we need to realise that 'critical raw materials' are today more 'critical' than ever and more importantly, we need to act accordingly.

Marek Belka (S&D), *na piśmie*. – Debata nad strategią wobec surowców krytycznych dla europejskiej gospodarki nie mogła odbyć się we właściwym momencie. Pandemiczne szoki podaźowo-popytowe w wydatny sposób ujawniły uzależnienie europejskiej gospodarki od światowych rynków surowcowych. Wspólnota wkracza w erę zmian związanych z Nowym Zielonym Ładem. Transformacja energetyczna będzie wymagała zwiększonego dostępu do surowców. Ich zagwarantowanie staje się elementem zachowania autonomii strategicznej UE. Wspólnota musi podjąć działania z zakresu polityki przemysłowej, handlowej oraz środowiskowej. W interesie zachowania niezależności Unii konieczne jest inicjowanie i zwiększanie wydobycia w jej granicach, mądrzejsze wykorzystywanie dostępnych materiałów oraz stosowanie gospodarki obiegu zamkniętego i odzyskiwania minerałów z odpadów.

Musimy jednak pamiętać o przestrzeganiu zasad zrównoważonej eksploatacji minerałów, zasad środowiskowych oraz respektowaniu prawa społeczności lokalnych. Unia powinna uruchomić instrumenty polityki handlowej, przeciwdziałające ograniczeniom dostępności surowców na rynkach międzynarodowych. W tym kontekście warto wspomnieć o współpracy z Ukrainą oraz państwami Bałkanów Zachodnich, a także o kooperacji z partnerami zainteresowanymi rozwojem światowych rynków surowców, takimi jak Kanada, Japonia czy USA. Zarówno polityka przemysłowa UE jak i jej polityka handlowa, zachowując zasady poszanowania środowiska i i zrównoważonego rozwoju, muszą prowadzić do zwiększenia niezależności surowcowej UE i co za tym idzie, jej autonomii strategicznej.

Robert Hajšel (S&D), písomne. – Jednou z největších výzev Evropské unie pro nadcházející desetiletí je snížit závislost od dovozu nerostných surovin, které potřebujeme na rozvoj čistějších technologií, jako jsou baterie, vodík, nebo fotovoltaika. Dnes totiž téměř 100 % vzácných zemí dovožíme z Číny, téměř 80 % litia z Chile a 70 % kobaltu z Konga. Dokonce možno povedať, že väčšina strategických surovín prichádza do Európy z krajín Ázie, Afriky a Latinskej Ameriky, ktoré nie sú schopné garantovať, že ich ťažba a spracúvanie sa uskutočňujú udržateľným spôsobom rešpektujúc environmentálne normy a ľudské práva. Preto je jasné, že túto závislosť treba znížiť, ak sa chceme v dosahovaní našej strategickej autonómie posunúť ďalej. Navrhovanými ustanoveniami ale hrozíme zaviesť prakticky plošný zákaz ťažby strategických nerastných surovín v rozsiahlych chránených oblastiach EÚ cez poskytnutie práva veta tam žijúcim komunitám pri schvaľovaní ťažobných projektov. Aj keď je jasné, že ochrana chránených oblastí a zapojenie rôznych komunit do rozhodovacieho procesu musí byť prioritou, na druhej strane zákaz akejkoľvek ťažby v takýchto oblastiach by bol v protiklade s našim úsilím o zníženie našej závislosti od Číny. Preto treba nájsť kompromisné riešenie, ktoré na jednej strane ochráni práva komunit, ale aj biodiverzitu a zároveň umožní Únii rozvíjať domáce kapacity v strategických sektoroch.

19. Überarbeitung der Haushaltsordnung in Anbetracht des Inkrafttretens des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Nils Ušakovs e Monika Hohlmeier, a nome della commissione per i bilanci e della commissione per il controllo dei bilanci, sulla revisione del regolamento finanziario in vista dell'entrata in vigore del quadro finanziario pluriennale 2021-2027 (2021/2162(INI)) (A9-0295/2021).

Nils Ušakovs, rapporteur. – Mr President, I would like first to express gratitude to my colleagues, co-rapporteur Monika Hohlmeier and shadow rapporteurs for their support for the united position on what this House wants to see from the targeted revision of the Financial Regulation.

We have the new MFF package that includes now NGEU and it's a new reality for everyone. We need a regulation that's in line with these changes to the whole EU budget. But revision of the Financial Regulation is not about technicalities only. Well-designed, ambitious revision shall make our Union stronger and better capable of protecting both its values and its money. It's our opportunity to ensure everyone respects the rules of the game and introduce clear costs for anyone who fails to follow this regulation, from beneficiaries to top national government representatives.

Talking about costs, we can assume there is a relationship between respect for the rule of law and the efficient implementation of the European budget. The Commission must consider the Rule of Law Conditionality Regulation adopted at the end of 2020 as part of the MFF 2021-2027 agreement, and provide a proposal with a view to fully aligning the Financial Regulation provisions to the conditionality regulation.

I should outline that we don't want to launch a new debate on the rule of law principles. It is clear the agreement we have right now was not that easy to achieve. But if it's prohibited to cross the road at a red light, no one should be ashamed of repeating this ban in any piece of traffic rules. We want results of previous debates to be implemented in real life. We want alignment of principles that were previously agreed on in every piece of European regulation. That is it. Nothing else.

Rule of law, social issues, protection of environment, gender equality, these are questions of utmost importance not for this House only, but for every European. The EU budget is obviously our main tool. That's why we need to use EU funds to promote climate and biodiversity mainstreaming, social conditionality or gender budgeting, and track the impact of EU policies on them.

In order to be successful we must align EU spending with our objectives and values, and the Financial Regulation is exactly the right place to do that. Up to now we've used the committed appropriations only for Horizon Europe. Extending the possibility to reuse the commitments in areas other than research and innovation is important. We cannot allow this targeted revision of the Financial Regulation to become a missed opportunity, ending up getting a set of awkward and sophisticated requirements.

It takes political will to achieve success, so it cannot be easy. But lacking political will could result in creating bad opportunities to abuse the European budget across the continent and for the devaluation of core European principles. And this would undermine all the efforts done before – I'm referring to NGEU and the introduction of European bonds.

It is said that the Commission will not publish its proposal this year, but only in the first trimester of 2022. Such a delay is worrying. This delay also implies we might not have enough time to complete revision before May 2024, and that would be a major failure for all European institutions.

Apart from timing, even more worrying is the possible content of the proposal, with messages that issues like externally assigned revenues, borrowing and lending, rule of law conditionality, gender, climate and social mainstreaming may not be included in the proposal.

Here I would like to bring an illustrative example from my home country, the country I obviously know the best. One of the ministers recently publicly assumed that municipalities would face problems to get access to NGEU money if they're run by the wrong political party. By the way, that was the minister of welfare. Isn't it a shame? This is a particular example why we have to do more to protect European Union values through a sound Financial Regulation and even assumptions like this should be a no-go for any Member State.

Commissioner Hahn, you are well known as a highly experienced pro-European politician. You can rely on the full support of this House if the ambitions of the proposal of the Commission will meet the needs of all Europeans. Our goal is to create a regulation that guarantee transparency and budgetary overview and which would serve any other instrument being possibly introduced to fight new potential crises our Union can face. Thank you and good luck to all of us in getting the regulation done.

Monika Hohlmeier, Berichtsteratterin. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz zu Beginn darf ich einen ganz herzlichen Dank an meinen Mitberichterstatter – an Dich, lieber Nils – aussprechen für die hervorragende Zusammenarbeit und sehr, sehr gute Kooperation, aber genauso an alle Schattenberichterstatter, die heute auch alle da sind. Ich freue mich, dass wir miteinander einen sehr guten Text ausgearbeitet haben und versucht haben, uns auf wichtige Schwerpunkte zu verständigen.

Die Überarbeitung der Haushaltsordnung bietet die Möglichkeit, unsere Spielregeln für die Aufstellung, Verausgabung und Kontrolle des EU-Haushalts zu modernisieren und an neue Herausforderungen und Erkenntnisse anzupassen. Vor dem Hintergrund von 750 Milliarden an zusätzlichen Mitteln durch die Corona-Wiederaufbaufonds wie auch durch NextGenerationEU sind die Anforderungen an Transparenz und Überprüfbarkeit der Ausgaben stark gestiegen, zumal es sich in dem Bereich um eine Art *Budget Support* innerhalb der Europäischen Union handelt.

Das heißt, das Geld geht in die Haushalte der Mitgliedstaaten, und der unmittelbare Einblick, was mit den Mitteln geschieht – das ist jetzt die Herausforderung, die vor uns liegt.

Wir müssen uns dabei in Erinnerung rufen, dass das Europäische Parlament nicht immer in die Entscheidungsfindung eingebunden ist bzw. war, wie das Zustandekommen der Corona-Wiederaufbaufonds bzw. von NGEU zeigt. Dabei muss klar sein: Sobald der EU-Haushalt getroffen ist, muss das Parlament das volle Recht der Überprüfung von Ausgaben haben, sollte aber auch ein Gestaltungsrecht besitzen, wie das Geld ausgegeben wird, wie wir es neulich mit dem Haushaltsausschuss diskutiert haben.

Die überarbeitete Haushaltsordnung muss das widerspiegeln. Wir fordern deshalb die volle rechtliche Einbindung der externen zweckgebundenen Einnahmen in die Haushaltsordnung, welche jetzt in Form von NGEU massiv den EU-Haushalt erhöhen. Ein entscheidender Punkt aus Sicht der Haushaltskontrolle ist hier das Thema Digitalisierung und die bessere Rückverfolgbarkeit von EU-Mitteln.

Lieber Herr Kommissar, ich weiß Sie – oder Dich – hinter uns in dieser Frage. Aber die Mitgliedstaaten, erstaunlicherweise, die ständig von Digitalisierung reden, haben dann plötzlich Bedenken, wenn wir mal nachschauen wollen: Wo ist eigentlich das ganze Geld hingegangen? Es ist derzeit nämlich nicht möglich, einfach und schnell zu sehen, welcher Endbegünstigte insgesamt wieviel aus dem Fonds erhält – zum einen, weil es die Regeln aktuell nicht erfordern, dass die Endbegünstigten und deren Wirtschaftsberechtigte – und hier meine ich die natürlichen Personen, die hinter Firmen und Konglomeraten stehen und von deren Förderung profitieren – einheitlich erfasst werden. Wir wollen sehen können, ob jemand hinter 20 Firmen steht oder ob einfach ein kleines KMU tatsächlich die ihm real notwendige Hilfe erhält.

Zum anderen ist es nicht möglich, einzelne Beträge unterschiedlicher Art, die dem gleichen oder einem Verwandten eines Wirtschaftsberechtigten zuzuordnen sind, zu einer Gesamtsumme zu aggregieren – zum Beispiel, wenn einzelne Personen oder Firmen Gelder aus unterschiedlichen Fonds erhalten, oder wenn mehrere Einzelzahlungen an Firmen, die zum gleichen Konglomerat oder zum selben Wirtschaftsberechtigten gehören, dann entsprechend nachzuverfolgen sind.

Hier müssen wir dringend nachbessern. Daher fordern wir die Kommission auf, einen Vorschlag für ein interoperables IT-System vorzulegen, welches genau dies ermöglicht: per Knopfdruck zu zeigen, welche Endbegünstigten und deren Wirtschaftsberechtigte wieviel Geld aus dem EU-Haushalt tatsächlich erhalten. Denn dann ist es uns auch als Gesetzgeber möglich, bei neuen Richtlinien, bei neuen Gesetzen, zu überprüfen: Wie erfolgreich waren wir, wo gab es Probleme, wo gab es Schwierigkeiten, was war besonders gut gelungen, und dann die entsprechenden politischen Entscheidungen zu treffen.

Die wichtigsten Daten, zum Beispiel Listen der größten Empfänger in jedem Mitgliedstaat, sollten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Natürlich respektieren wir dabei die volle Rechtsprechung und die Wahrung des Datenschutzes entsprechend dem, was der EuGH bzw. die Gesetzgebung von uns verlangt. Dies würde es dann aber auch Journalisten, NGO und interessierten Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, nachzuverfolgen, wofür ihr Steuergeld ausgegeben wird, und Missstände leichter und klarer sichtbar machen.

Eine starke Konzentration von EU-Fördermitteln in der Hand einiger weniger Oligarchen in manchen Mitgliedstaaten und/oder nepotistische Begünstigungen, Interessenkonflikte hochrangiger Entscheidungsträger und/oder gar Regierungsmitglieder, das sind die Dinge, die wir dringendst vermeiden müssen und wo wir frühzeitig für Transparenz sorgen müssen.

Das ist aber auch nicht nur eine Frage der Transparenz; das sind wir einfach denjenigen schuldig, die die Steuern zahlen. Das sind nämlich nicht unbedingt immer nur reiche Menschen, die Steuern zahlen, sondern ganz normale Bürgerinnen und Bürger, die monatlich ihr Geld vorsichtig verdienen müssen und dann entsprechende Steuern zu bezahlen haben. Die lesen es nicht gerne, wenn dann Millionenbeträge an einzelne Begünstigte gehen.

Ich glaube, wir haben hier mit der Haushaltsordnung einen wichtigen Auftrag vor uns: dafür Sorge zu tragen, dass die Gelder richtig ausgegeben werden und vernünftig ausgegeben werden.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – *Caro Presidente*, honourable Members of the European Parliament, and in particular the rapporteurs, Mr Ušakovs and Monika Hohlmeier, this initiative report is indeed an important and relevant contribution to the Commission's ongoing work towards a legislative proposal for a targeted revision of the Financial Regulation.

It arrives just in time to be duly considered in the finalisation of the Commission proposal, together with the results of the public consultation that closed on the 1 October.

First, I would like to welcome Parliament's agreement that the global overhaul of the rules applicable to the budget is not needed now, after the major revision that took place in 2018. The Commission fully shares the need for a targeted revision acknowledged by the report.

That is also supported by several delegations in the Council. Changing financial rules too often indeed creates uncertainty and administrative burdens for recipients of EU funds. Changes should thus primarily include alignment to the MFF package. Certain improvements and simplification, in particular focusing on crisis management and enhanced protection of EU financial interests, should also be included. The targeted scope of this revision should also be a key element to ensure rapid negotiation and adoption of the text.

The Commission's proposal is still work in progress, and I am not in a position to speculate on the final contents. There is no need to comment in detail on all the proposals, but I would like to acknowledge the particular importance of some topics raised by the European Parliament in this report, such as transparency and accountability of EU budget implementation.

I confirm in particular the Commission's commitment to enhance transparency and public scrutiny on the recipients of EU funding, further improve the protection of the Union budget against irregularities, fraud, corruption and conflicts of interests. The Commission fully shares Parliament's objectives in this area.

I would like to remind that the interinstitutional agreement contains a commitment by the Commission to provide Member States with an integrated and interoperable information and monitoring system, including a single data-mining and risk-scoring tool that they can voluntarily use for control and audit purposes.

However, I think here in this House we almost all regret that the agreed text does not make its use compulsory. The Commission will keep doing its utmost to encourage Member States to use the system, and will continue to provide training with a view to promoting its generalised application by Member States.

The Commission, furthermore, intends to use the upcoming revision of the Financial Regulation as another opportunity to propose further advances on these aspects.

The Commission takes note of the importance for the Parliament to assess opportunities to further clarify the link between the General Conditionality Regulation and the efficient implementation of the Union Budget. The Commission considers that the focus should now be on the implementation of the regulation and that re-opening discussions on its substance at this stage would not be productive.

The Commission shares the importance of ensuring robust protection of the whole EU budget, as well as avoiding conflicts of interest in budget implementation.

The Commission takes note of other important topics covered by the report, such as the protection of the EU's strategic interests, the need to address climate and biodiversity challenges, and the implementation of the European Pillar of Social Rights.

In some instances, the Financial Regulation may not be the most appropriate tool to address certain challenges and policy choices that belong rather to sector-specific legislation.

Other topics would seem to go beyond the targeted nature of this revision, and the Commission is willing to revisit them at the next general revision.

Once again, the Commission, and me personally, are grateful for Parliament's timely input into this targeted revision.

Angelika Winzig, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Kombination aus Mehrjährigem Finanzrahmen und dem Wiederaufbauplan macht doch eine Modernisierung der Haushaltsordnung erforderlich.

Mir ist dabei wichtig, dass nicht nur das Geld der Steuerzahler effizient eingesetzt wird, sondern dass wir auch schauen, welche Wirkungen dieser Mitteleinsatz bei der Bevölkerung und bei der Wirtschaft erzielt. Um Missbrauch zu bekämpfen, muss es auch künftig möglich sein, die Endbegünstigten – Monika Hohlmeier hat sie schon angeführt – der EU-Programme zu identifizieren, natürlich unter den gegebenen Datenschutzrichtlinien.

Ich bedanke mich auch bei Dir, Monika, und bei Tomáš Zdechovský ganz herzlich für euer tolles Engagement im Fall Babiš.

Wir haben mit Arachne und mit EDES Kontrollsysteme, die den Mitgliedstaaten nur teilweise nützen, entweder weil es Doppelgleisigkeit für sie ist, oder weil sie mit Bürokratie generell überfordert sind. Und hier sollten wir vielleicht schauen, ob wir nicht die Systeme besser verbinden können.

Zur Weiterverwendung unverbrauchter Mittel bin ich skeptisch; ich kann mir das aber eventuell für Forschung und Innovation vorstellen. Da haben wir noch enormen Aufholbedarf.

Lara Wolters, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Europe will soon be spending unprecedented amounts on its recovery from COVID. I am pleased that it will do that and that it will make a common historical effort to invest in things such as tackling the climate crisis and fighting social inequality.

But as the only directly-elected European institution, it's vital that Parliament can scrutinise recovery plans and, importantly, see to it that no money is disbursed to countries in which conflicts of interest are rife, human rights are undermined, NGOs are being threatened and the judiciary is being put on a leash.

Respect for the rule of law is a precondition for the disbursement of any EU funds, and we need to make sure to firmly enshrine that. We expect a proposal from the European Commission that does justice to our shared European values, and that allows the European Parliament to play the oversight role that European citizens expect from it.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

Nicolae Ștefănuță, în numele grupului Renew. – Doamna Președintă, domnule comisar Hahn, viitoarele reguli europene trebuie să crească încrederea cetățenilor în Uniune că banii sunt bine chibzuiți, că nu sunt dați oricum și oricui, că relațiile și pilele nu contează. Sper ca traducătorii să știe ce e aia „pilă” pentru că în unele state se practică foarte mult.

În primul rând, este nevoie de simplificarea regulilor pentru ca mai multe firme și cetățeni să obțină fonduri europene. În al doilea rând, guvernele care atacă însă statul de drept trebuie să știe că Uniunea Europeană le va suspenda fondurile europene. În al treilea rând, trebuie să grăbim implementarea. Acum este important ca statele să facă proiecte pentru spitale, autostrăzi, școli și mediu.

În România, de unde vin eu, 80 de miliarde de euro vor fi accesați, sper eu, în următorii șapte ani. Însă cetățenii îmi spun: „dar noi nu vedem acești bani; aplicarea pentru fondurile europene este complicată”.

De aceea, statele unde există probleme de absorbție a banilor europeni, așa cum este cazul României, trebuie ajutate, dar trebuie să vină și ele în sprijinul mediului privat cu asistență tehnică. Contez pe dumneavoastră pentru asta. Dacă vrem să ieșim din criză, statele acestui bloc al Uniunii Europene trebuie să facă echipă puternică cu Uniunea Europeană. Abia atunci vom ieși câștigători.

Domnule comisar, cei care au vorbit astăzi sunt în mare parte și oamenii implicați pe buget. Am vrea foarte mult ca Comisia să nu se mai lase intimidată de Consiliu, să joace mai mult alături de Parlament, pentru că noi și dumneavoastră avem același scop în minte. Haideți să facem un parteneriat!

Rasmus Andresen, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! BlackRock-Eklat in von der Leyens EU-Kommission: verrückt. Billionenschwerer Ölinvestor berät EU zu grünen und sozialen Finanzen. Die Entscheidung der EU-Kommission, ausgerechnet den Finanzkonzern BlackRock mit einer Studie zu nachhaltigen Finanzen zu beauftragen, wurde zu Recht scharf kritisiert.

Wie glaubwürdig ist ein Finanzkonzern, der nach wie vor 85 Milliarden Euro in Kohle investiert? BlackRock hat sich durch einen niedrigen Preis politische Einflussnahme erkaufte. Solche Berater schaden unserer klimapolitischen Glaubwürdigkeit. Konzerne, die von europäischer Gesetzgebung direkt und indirekt finanziell profitieren, sind keine guten Ratgeber.

Dass es überhaupt für die Kommission möglich war, bei dieser Entscheidung über Interessenkonflikte hinwegzusehen, ist absolut inakzeptabel. Deshalb hat Ombudsfrau O'Reilly Ihnen dafür auch zu Recht eine Ohrfeige verpasst, Herr Kommissar Hahn. Deshalb fordern wir Sie auch in unserem Bericht auf, die Haushaltsordnung dahingehend zu überarbeiten, dass potenzielle Interessenskonflikte definiert werden und dem ein Stoppschild verpasst wird. Der BlackRock-Fall darf sich nicht wiederholen.

Bogdan Rzońca, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! Rozmowy o budżecie Unii Europejskiej zawsze są interesujące, a w szczególności rozmowy o tym, jakie skutki ten budżet daje dla poszczególnych krajów i dla całości Unii Europejskiej. Także transparentność w wydatkowaniu i rozliczaniu środków jest bardzo interesująca. Ale przypominam, że to rozporządzenie było trzy lata temu omawiane, na nowo dyskutowane i nadal oczekujemy na ocenę zmiany tamtego rozporządzenia. Wobec tego proponuję, żebyśmy nie byli zbyt pochopni, bo czasem po prostu mamy taką sytuację, że bardzo dobre rozwiązania są wrogiem dobrych – starych, utrwalonych rozwiązań.

Moim zdaniem, to rozporządzenie powinno dotyczyć usunięcia odstępstw od zasad budżetowych i niezgodności z przepisami finansowymi. To jest pierwsza nasza zasada. Powinniśmy też uprościć wdrażanie środków Unii Europejskiej na odbudowę gospodarki. No i trzeba patrzeć na wszystkie sprawy przez pryzmat efektywności.

A jeśli chodzi o praworządność, która też tu została włączona, to powiem tylko tyle, że w ubiegłym tygodniu wysoki urzędnik Komisji Europejskiej powiedział, że Polska nie ma żadnych problemów z wykorzystywaniem środków unijnych w ostatnich latach. A sala w Strasburgu i sala w Brukseli często są miejscem, gdzie takie rezolucje przeciwko Polsce są przyjmowane. Więc nie gmatwajmy tego rozporządzenia, postępujmy rozważnie, wtedy Unia odniesie sukces.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo The Left*. – Senhora Presidente, são relevantes, mas incompletas algumas das considerações feitas no relatório. O exemplo da baixa absorção de fundos pelas micro, pequenas e médias empresas não se pode desligar das opções do Orçamento, a que se somam cortes sistémicos na Coesão e nos Fundos Estruturais.

A correta aplicação de fundos, o combate à corrupção e à evasão e fraude fiscais sofrem um duro revés com o esvaziamento e a debilitação das estruturas nacionais responsáveis pelo combate a estes fenómenos, que nenhuma estrutura supranacional poderá suplantar.

A revisão prevista do regulamento enquadra a transposição e o aprofundamento do espartilho das orientações do Orçamento e dos instrumentos de governação económica, assentes em instrumentos de interferência em decisões soberanas dos países, nomeadamente nas suas opções de desenvolvimento, inclusive pela adoção de novos mecanismos de chantagem e sanção financeira pondo em causa a soberania dos povos e a própria democracia.

Servem-se os interesses do grande capital económico e financeiro e das principais potências da União Europeia, os maiores beneficiários da integração. Perdem os povos.

Mario Furore (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il regolamento finanziario è il motore dell'Unione europea e senza di questo la macchina amministrativa e politica si ferma.

Noi non possiamo permetterci battute d'arresto e dobbiamo fare in modo che i principi fondamentali dell'UE siano parte attiva di questo regolamento. Il carburante che fa muovere l'Europa è e deve essere la tutela dello Stato di diritto e un controllo democratico e trasparente dell'uso di questi fondi.

Nostra alleata in questo processo è la digitalizzazione. Con questa potremo controllare la spesa dei fondi europei e potremmo garantire la comunicazione tra la Commissione europea e gli Stati membri. Potremo combattere le frodi e anche gli abusi che purtroppo dilagano in tutta Europa. Facciamo di più anche sul conflitto di interesse, nuovo male oscuro europeo. L'Unione europea ha grandi sfide davanti a sé e solo con trasparenza e regole chiare e verificabili possiamo metterla al servizio dei cittadini.

Pascal Durand (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, en mai 2020, nous avons vu la Commission européenne demander à la société BlackRock de définir les critères des investissements verts en matière bancaire. Cela avait de quoi surprendre et cela a surpris. Cela a surpris la médiatrice, dans un premier temps, cela a surpris ce Parlement et cela a surpris une grande partie de la société civile.

Nous avons donc essayé de comprendre comment on pouvait éviter ce type de conflits et, lorsque nous nous sommes tournés vers la Commission, la Commission nous a répondu de manière formelle: «nous avons respecté nos règles». Eh bien, lorsque les règles ne sont pas bonnes, il y a une solution simple: c'est essayer de les faire évoluer et d'en changer.

Vous l'avez dit tout à l'heure dans votre intervention. La question des conflits d'intérêts est devenue une question absolument majeure. Il faut arriver à faire en sorte que notre Parlement puisse contrôler les conditions dans lesquelles des marchés publics sont attribués. Et il faut que la Commission comprenne que dissocier une filiale de la société mère apparaît, sur des sujets comme ça, totalement impossible.

Il faut donc veiller à faire en sorte que la Commission discute avec le Parlement en amont, que son vade-mecum soit discuté par la représentation que nous sommes, et que l'on puisse trouver les critères. Le premier des critères, c'est de faire en sorte qu'une filiale ne puisse pas faire une étude lorsque sa société mère ou d'autres sociétés du groupe ont des intérêts contradictoires. Par exemple, BlackRock investit énormément dans le fossile et dans le charbon. Est-ce qu'elle est habilitée pour autant à donner, même par le biais d'une de ses filiales, des conseils sur les investissements verts? Cela devrait a minima être discuté.

Donc, première chose: veiller au respect de l'absence de conflit d'intérêts. Deuxième chose: ne pas se focaliser sur le prix, parce que des prix peuvent être revus à la baisse pour des raisons sur lesquelles je ne reviendrai pas. Troisième chose: n'hésitez pas à mettre en œuvre des sanctions lorsque des sociétés manquent à leur devoir de transparence.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Madam President, Orbán's son-in-law has committed fraud against the EU budget at least 35 times, worth over EUR 40 million. After all this, he can still apply for EU funds. He can continue to commit fraud on even more projects because the blacklisting that currently applies is a joke as long as it doesn't apply to 90% of the EU budget. Orbán's father also gets millions from the EU budget through construction projects. We actually do not really know how much money he is getting because the final real beneficiaries are still unknown.

Those are just two examples that show corruption, fraud and the rule of law crisis in the European Union have gotten out of control. We must be faster than the criminals. We need better rules, better oversight and much quicker closing of the loopholes. The EU must not be the foundation of criminal empires. So Mr Hahn, we expect a proposal that stops oligarchs from stealing our money.

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank für diese kurze, aber sehr intensive Diskussion! Ich glaube, wir teilen vielerorts die Einschätzung, was zu tun ist. Zwei Dinge sind dennoch in Erinnerung zu rufen.

Das eine ist: Was immer wir hier anstreben, sollte sich auf die Notwendigkeiten fokussieren, die sich aus dem MFR ergeben. Und daraus, Herr Ušakovs, resultieren auch meine Einschätzung und meine Hoffnung, dass, wenn wir im ersten Quartal nächsten Jahres einen Vorschlag unterbreiten, es nicht zwei Jahre dauert, bis der endverhandelt und beschlossen ist, sondern wenn man einen politischen Willen und sozusagen ein Bedürfnis hat – und ich hoffe, das ist auch auf der anderen Seite der Straße gegeben –, dann müsste das bis Anfang 2023 möglich sein. Wie gesagt, es wartet viel Arbeit auf uns.

Ich möchte aber schon heute darauf hinweisen, dass wir natürlich Einzelfälle vor Augen haben müssen, wenn es darum geht, neue Tatbestände – wenn Sie so wollen – oder Regelungen zu schaffen. Auf der anderen Seite sollten nicht Einzelfälle ausschließlich dazu da sein, dass dann maßgeschneiderte Lösungen entwickelt werden, sondern das muss eben auch einen systemischen Ansatz darstellen, der schlussendlich dann für alle ein befriedigendes Ergebnis darstellt.

In diesem Sinne danke nochmals für diesen Bericht. Sobald der Vorschlag der Kommission auf dem Tisch liegt, hoffe ich, dass wir zu engagierten Diskussionen, und zwar auch mit dem anderen Mitentscheider, dem Rat, und zu einem Ergebnis kommen.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A módosításokról a szavazás kedden lesz, a zárószavazásra pedig szerdán kerül sor.

(Az ülést 19.49-kor felfüggesztik)

20. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 20.32-kor folytatódik)

21. Sportpolitik der EU: Bewertung und mögliches weiteres Vorgehen (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Tomasz Frankowski által a Kulturális és Oktatási Bizottság nevében készített, az uniós sportpolitika: értékelés és lehetséges további lépésekre irányuló javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (2021/2058(INI) – A9-0318/2021).

Emlékeztetem a képviselőket, hogy az ülés egyik vitája esetében sem kerül sor jelentkezés alapján történő felszólalásra, és nem fogadunk el kékkártyát sem.

Ezen túlmenően – csakúgy, mint a korábbi ülések során – felszólalások várhatóak távoli kapcsolaton keresztül a Parlament tagállamokban működő kapcsolattartó irodáiból.

Tomasz Frankowski, sprawozdawca. – Szanowna Pani Przewodnicząca! Sport nie tylko zmienia świat, ale wielu ludziom pozwala zmienić życie. Sport ma ogromną moc jednoczenia ludzi bez względu na rasę, religię, płeć, kulturę czy status społeczno-ekonomiczny. Pomaga nam zachować zdrowie i szczęście oraz uczy nas cennych umiejętności w każdym wieku. Sport jest coraz ważniejszą dziedziną gospodarki, która generuje prawie 3 proc. PKB Unii i zapewnia miejsce pracy dla prawie sześciu milionów osób.

Jednak sport w Europie znajduje się również na ważnym rozdrożu. Minęło ponad 10 lat od czasu, gdy Traktat Lizboński dał Unii Europejskiej mandat do działania w dziedzinie sportu. Pandemia była niezwykle trudna dla sektora sportu, zwłaszcza na poziomie amatorskim. Dlatego sport i jego wartości potrzebują większej widoczności i działań w Unii.

Uważam, że kluczowa jest współpraca wszystkich organizacji zaangażowanych w sport i instytucji państwowych. Powinny one wypracować wspólne założenia i spójny plan działań na przyszłość. Sport powinien być ponownie w portfolio odpowiedzialnego komisarza Unii Europejskiej, a Komisja Europejska powinna wyznaczyć osobnego koordynatora do spraw sportu.

Chciałbym, by w przyszłości ponownie została utworzona intergrupa sportowa w Parlamencie. Ważne jest, aby sport mógł korzystać z innych polityk unijnych w zakresie zdrowia, zatrudnienia, młodzieży, edukacji, rynku wewnętrznego czy środowiska. W tym celu polityka sportowa wymaga dalszego włączania w główny nurt polityki i koordynacji. Jest to recepta na sukces na kolejną dekadę.

Jednym z naszych podstawowych zadań jest rozwijanie w Europie modelu sportu opartego na wartościach, zasadzie solidarności, sprawiedliwości i integracji w ramach otwartych zawodów. Głównym wyzwaniem stojącym przed nami jest promowanie europejskiego modelu sportu i chronienie go przed zagrożeniami takimi jak ostatnio głośna Superliga.

Dziś wysyłamy bardzo jasny komunikat: sport jest dla wszystkich. Musimy osiągnąć właściwą równowagę między realizacją komercyjnych interesów a funkcjami społecznymi sportu. Musimy zadbać o to, by był bezpieczny, dostępny, integracyjny i równy dla wszystkich. Powinien służyć i przynosić korzyści wszystkim, ale nie tylko zawodowcom. Dlatego w sprawozdaniu proponujemy zwiększenie finansowania sportu na poziomie lokalnym oraz zwiększoną redystrybucję środków między sportem zawodowym i amatorskim. Ma to zasadnicze znaczenie dla wspierania mniej dochodowych zawodów, takich jak turnieje kobiece, młodzieżowe, które są ważne dla długoterminowego rozwoju sportu. Sport powinien korzystać ze zwiększonej części finansowania nie tylko w ramach polityki spójności, ale także nowego instrumentu na rzecz odbudowy i odporności.

Zapewnienie dodatkowych środków finansowych dla sportu jest sprawą najwyższej wagi. W przyszłych programach, takich jak Erasmus Plus, sport powinien otrzymać jeszcze więcej środków, powinien wspierać przejście na zrównoważoną i innowacyjną przyszłość. W związku z tym organizacje sportowe są odpowiedzialne za rozwijanie zielonego programu działań w sporcie poprzez dostosowanie swojej polityki do celów unijnych działań na rzecz klimatu i środowiska.

Istnieje również potrzeba nowego, bardziej kolektywnego podejścia do zarządzania sportem. Wszyscy przedstawiciele powinni być zaangażowani w to zarządzanie, włączając ligi, kluby, sportowców, kibiców czy wolontariuszy. Należy wprowadzić konkretne środki na rzecz różnorodności pod względem organizacyjnym i włączenia społecznego. Potrzeba nam również więcej kobiet na stanowiskach menedżerskich. Te zwiększone wysiłki są konieczne, by zapewnić demokrację, przejrzystość i odpowiedzialność.

Co więcej, sport nie może służyć dyktatorom, dlatego wzywamy do zaprzestania organizowania dużych imprez w krajach, w których stale naruszane są podstawowe prawa i wartości. Organizacje sportowe muszą przestrzegać ustalonej częstotliwości ważnych międzynarodowych imprez sportowych, stawiając zdrowie sportowców na pierwszym miejscu.

Na zakończenie chciałbym podziękować wszystkim posłom z Komisji Kultury i Edukacji, szczególnie kontrsprawozdawcom oraz wszystkim doradcom, którzy pracowali nad tym sprawozdaniem. Chciałbym również podziękować przedstawicielom Komisji Europejskiej, prezydencji słoweńskiej Rady Europy oraz licznym organizacjom sportowym, federacjom, reprezentacjom sportowców i kibiców, którzy wzięli udział w zorganizowanych przeze mnie konsultacjach.

Mogę śmiało powiedzieć, że ostateczny kształt tego sprawozdania jest wynikiem bardzo dobrych i negocjacji oraz świetnej pracy zespołowej. Mam nadzieję, że ten rezultat zostanie odzwierciedlony w jutrzejszym głosowaniu, gdyż to ważny sygnał polityczny dla całego sektora sportu.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Madam President, on behalf of the Commission I welcome this very important report on the role of sport and the evolution of sports policy. First of all, I would like to pay tribute to the rapporteur, Tomasz Frankowski. Tomasz scored many goals as a professional football player but this report may be the most spectacular of all goals he has scored. Today he is coming back to Strasbourg where he played as a football player 25 years ago. He is coming to Strasbourg for a major political play, because his report will certainly seal the future of EU sports policies.

Honourable Members, as we speak, young and old Europeans run after a ball. They play, they train, they exercise all over Europe in villages, small towns, urban centres. The role of sport is inextricably linked to our way of life, to our model of society, and today I would like to highlight three broad issues that should be at the heart of EU policies when it comes to sport.

First, sport equals health. Physical activity equals somatic and mental health. Healthy lifestyles equal healthier ageing and mean a happy life. We are determined to continue building up EU-wide initiatives across the policy spectrum of our competences to make this a reality. A European Week of Sport, the HealthyLifestyle4All campaign, from the farm to fork strategy, the EU Beating Cancer Action Plan, are all sports-related, tools and initiatives that we shall pursue with vigour at European level.

Secondly, sport in Europe is not only about healthier lives. It has the great power to simultaneously build strong, cohesive communities, transcending social barriers, bridging inequalities, leaving nobody behind. Sport matters a lot to the Union of equality that we are bringing about without any kind of discrimination, stereotypes – racial, ethnic, religious, disability or sexual orientation.

Sport means integration and inclusion, and we shall mobilise all available tools and resources to maintain and reinforce this link, both with our new reinforced Erasmus+ programme, the BeInclusive EU Sport Awards and the RRF Funds, we will continue to commit to preserve our values through sport. Similarly, we are determined as Europeans to continue fighting the scourges of doping, corruption and match-fixing that threaten sport and discredit it in the eyes of society.

Thirdly, and probably most importantly of all, it is essential to work together – institutions, Member States, sport movements and associations – to protect and promote the European model of sport, a model which is open, which rewards sporting merit, which prioritises solidarity and sustainability, not profit and power, a model that serves social cohesion and societal objectives, a model for everyone, not for closed élites.

European football is one of the leading success stories of this model, and now we know from the unanimous European defiant reaction to the breakaway attempt for a closed European Super League that we enjoy total support for this model, not only for fans and citizens, but also politicians, governments, institutions across the European Union, and like the millions of citizens and fans that rose up to protect the game this year, we and the Commission are committed to protecting the European sports model as we know it and as we like it.

Let me conclude with a personal memory. When I was 14 years old, I had the chance to watch my humble team Aris Thessaloniki play Saint-Étienne with their mighty stars, and a few years later we also had the chance to play Manchester City, and even win against Atlético de Madrid in Madrid.

This is because we grew up in a model where everyone has a chance on a meritocratic, open and competitive system that links the national championships and provides opportunity for all. This is the model that we can use so that our children and grandchildren aspire to the same values and to the same experiences.

Michaela Šojdrová, za skupinu PPE. – Paní předsedající, vážený pane místopředsedo Komise, děkuji vám jednak za vaši podporu, ale také za vaše osobní přesvědčení a zaujetí pro sport. Na úvod chci také poděkovat našemu zpravodaji Tomaszi Frankowskému, protože tato zpráva o sportu je psána jeho zkušeností, kterou má, a je to na té zprávě znát. Samozřejmě díky všem jeho spolupracovníkům a kolegům.

Evropský parlament se touto zprávou hlásí k podpoře sportu a činíme tak v době, kdy sport utrpěl také dopadem pandemie COVID-19. Počítáme nyní dopady a myslíme na to, jak podpořit sport v rámci Erasmus+, v rámci fondu obnovy a dalších aktivit. Sport má v životě člověka důležité místo, nejen člověka, ale také společnosti. Sportovní odvětví je významnou ekonomickou silou, Tomasz Frankowski o tom hovořil. Ale sport člověka především formuje, učí ho vytrvalosti, odolnosti, učí nás hrát *fair play*. Sport podporuje hodnoty, na kterých stojí Evropská unie – respekt, solidaritu, rovnost, rozmanitost a férovost. Sportovní aktivity spojují, ve sportu skutečně platí rozdíl jen ve výkonu, je jedno, odkud jste, jaký je váš politický názor nebo náboženské přesvědčení nebo barva pleti. I to je velký přínos sportu, nejde jen o rovnosti mluvit, ale dát prostor, dát šanci pro každý talent. Politika Evropské unie v oblasti sportu by měla podporovat naše hodnoty a prosazovat lidská práva, právní stát a demokratické hodnoty, zejména při udělování hostitelských statutuů velkých sportovních událostí a výběru sponzorů – i toto bych chtěla zdůraznit.

Na závěr mi dovoluťe vyslovit přesvědčení, že tato zpráva je pouze začátkem pro další práci, a já věřím, že Tomasz Frankowski i všichni další spolupracovníci budou mít „tah na branku“ a sport budeme podporovat.

Hannes Heide, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Gerade in der COVID-Krise wird die Bedeutung von Sport einmal mehr deutlich. Sport ist körperliche Betätigung, Beitrag zur Gesundheit und ein gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Faktor in Europa.

Fast die Hälfte der Europäerinnen und Europäer betätigt sich mindestens einmal pro Woche sportlich, Kinder und Jugendliche vor allem in Vereinen, die durch ehrenamtliche Arbeit und Nachwuchsförderung einen unbezahlbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Allerdings wurden auch sie von der Pandemie besonders schwer getroffen.

Während der Sport im täglichen Leben eine zentrale Rolle einnimmt, auch in Form immensen Interesses an Übertragungen sportlicher Ereignisse in den Medien und in der Fankultur, ist er in der Europapolitik leider nur ein Nebenschauplatz. Im einzigen Sportbericht dieser Legislaturperiode geben wir der Sportpolitik ein starkes Profil. Das historisch gewachsene europäische Sportmodell beruht auf Solidarität, offenem Wettbewerb und finanziellem Ausgleich zwischen Profi- und Amateurebene.

Gerade weil es von der Super League angegriffen wird, muss das europäische Sportmodell vor Privatisierung und einer weiteren Kommerzialisierung geschützt werden. Aber auch öffentlich-rechtliche Verbände haben Reformbedarf, und mehr Transparenz ist notwendig. Wenn es um die Vergabe von sportlichen Großereignissen geht, müssen Menschenrechte und demokratische Standards Entscheidungsgrundlage sein.

Es braucht mehr Frauen in Führungspositionen der Verbände, Prämien und Gehälter für Sportlerinnen und Sportler müssen angeglichen werden. Ausreichende finanzielle Ressourcen für den Behindertensport und eine aktive Förderung für Angehörige von Minderheiten müssen geschaffen werden. Der Kampf gegen Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Rassismus muss intensiv geführt werden. Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen dürfen nicht von kostenintensiven Sportarten – wie dem Skisport – ausgeschlossen werden.

Mehr Sportunterricht in der Schule und höhere Investitionen in die Sportinfrastruktur sind zudem Grundlagen für einen leichteren Zugang zu einem breiten Sportangebot. Dabei müssen freilich auch die Ziele des europäischen Grünen Deals, insbesondere im Wintersport, berücksichtigt werden. Investitionen in den Sport sind Investitionen in unsere Gesellschaft.

Viola von Cramon-Taubadel, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, lieber Berichterstatter! Sport kommt nicht so oft auf die Tagesordnung hier im Europäischen Parlament. Deswegen freue ich mich besonders, dass wir heute unseren gemeinsamen Bericht hier diskutieren können.

280 Milliarden macht der Sport in der EU aus, sechs Millionen Jobs. Diese wirtschaftliche Bedeutung und die vielen zentralen Rollen in der Gesellschaft verpflichten uns aber auch, genau hinzusehen, was im Sport passiert. Und die Verpflichtung besteht insbesondere zu besonderer Sorgfaltspflicht und zu ernsthaften Kontrollen von *good governance* und ethischen Standards in allen Verbänden und Vereinen.

Das ist in der Vergangenheit nicht immer so gut gelaufen, wenn wir an die Dopingfälle, systematischen Betrug, aber auch an die Missbrauchsfälle denken, die wir jeden Tag wieder in den Medien sehen. Und was passiert eigentlich mit den hohen, extrem hohen Investitionen, vor allem im Profifußball, oft durch externe Dritte, durch osteuropäische Oligarchen, reiche Ölstaaten oder andere Autokratien? Das birgt eine große Gefahr, dass hier auch politischer Einfluss eingekauft wird und sich gerade der Fußball immer stärker von der Idee des Sports entfernt.

Damit sich das ändert, müssen die EU-Institutionen strukturierter zusammenarbeiten, und wir hier im Europäischen Parlament brauchen verbindliche Kontrollinstrumente, damit der Sport durch die kommerziellen Interessen nicht ausgehöhlt wird.

Richtig ist: Breitensport und Bewegungsförderung sind wichtig für die Gesunderhaltung. Leider: 59 % der EU-Bürgerinnen und Bürger bewegen sich selten oder nie. Das heißt, da gibt es noch viel zu tun. Ich finde es gut, dass wir es geschafft haben, aus dem Corona-Wiederaufbaufonds auch Gelder für den Sport zu deklarieren.

Ich möchte aber nicht schließen, ohne auf den aktuellen Fall der Tennisspielerin aus China zurückzukommen, an dem man wieder sieht, dass wir auch die internationalen, die Spitzenathletinnen und —Athleten vor den eigenen Verbänden schützen müssen. Das unsägliche Videostatement von Thomas Bach, dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, hat gezeigt, dass er nicht verstanden hat, worum es geht. Es kann nicht sein, dass sich die internationale Sportvereinigung, die für den Schutz der Athleten da ist, an die Seite der Autokratien stellt, wie sie es auch schon bei Belarus getan hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns dazu klar Stellung beziehen! Das darf so nicht weitergehen.

Maximilian Krah, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Frankowski, Sie trugen den schönen Spitznamen *Kotek*, das Kätzchen, für Ihr filigranes Fußballspiel. Ich bin nicht der Meinung, dass das, was Sie hier heute abgeliefert haben, dem gerecht wird, denn Ihr Bericht läuft auf eine unglaubliche Politisierung des Sports hinaus. Und genau das soll der Sport nicht sein. Ich bin, ähnlich wie Sie, aufgewachsen unter dem Kommunismus. Der Sport war dort der Raum, der eben nicht politisiert war. Er war ein Refugium dafür, dass man ohne die ständigen Belehrungen und die Unterordnung unter irgendwelche politischen Vorgaben seine Freizeit verbringen konnte.

Und wenn ich dann Ihren Bericht lese, dann wollen Sie hineinschreiben, dass man sich für LGBTQ einsetzt, dass man Berichterstattung über den Sport kontrollieren soll. Sie wollen den Sport – es geht ja durch den ganzen Text – politischen Zielen unterordnen. Aber genau das hat der Sport nicht verdient. Der Sport soll unpolitisch sein, weil das Wesen einer freien Gesellschaft und auch das Wesen eines freien Teils der Gesellschaft darin besteht, dass sie eben nicht der Politik unterworfen sind.

Es muss Bereiche des Lebens geben, die nicht politisiert sind. Und der Sport ist es zuallererst. Genau deshalb ist es gut, dass der Sport nicht zu den EU-Kompetenzen gehört, auch wenn Sie ihn durch die Hintertür über den Binnenmarkt und andere Themen dazu machen wollen. Die EU sollte sich nicht nur aus dem Sport, aber auch aus dem Sport heraushalten. Der Sport kann selbst für sich sorgen. Die Verbände, die Trainingsgruppen vor Ort sind schlau genug.

Wir brauchen sicher keinen politisierten Sport, bei dem Politiker entscheiden, wo Turniere stattfinden, sondern wir brauchen Freiheit, wir brauchen Sportler, wir brauchen Leidenschaft. Und wir brauchen einen Bereich, der nicht von der EU und ihren ausgreifenden Politikern kontrolliert wird.

Vielen Dank, und deshalb: Rote Karte für den Bericht. Ich wünsche mir, dass wir mehr Mut haben, Dinge nicht zu regulieren und den Menschen Freiheit zu lassen.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I love sport for sport's sake. But sport is an important economic sector in the EU also – over 2% of the Union's GDP in fact. While this should not be forgotten, sport has a more significant role to play in society beyond GDP. I think this has been made even more apparent since the start of the pandemic.

As a former president of the Gaelic Athletic Association, an Irish international amateur sporting organisation, I've seen first-hand the true value of sport. It has a unique ability to embed itself in a local community, providing a social and physical outlet with economic and physiological benefits. It acts as a glue that galvanises a common bond and helps build stronger, healthier, happier and safer communities. The memories and friendships created by sport are lifelong, but so are the lessons in equality, discipline, inclusion, perseverance and respect that it instils.

I would like to thank the rapporteur, Tomasz Frankowski, for this report, which brings important ideas to the forefront of the EU's sports policy. In fact, as a successful international soccer player for Poland, Parliament is lucky to have Thomas' perspective on this topic.

I agree that there is a need to adopt a more holistic approach to sport, and involving more stakeholders in the process is the most effective way to do this. I also believe that an EU sports coordinator will help enhance a value-based sports model. The EU should have a greater coordinating presence in sport and be willing to fund many projects and, above all, to promote equality in sport so that – as the Commissioner said – everyone has a chance in a meritocratic system, both male and female.

Petra Kammerevert (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Sportbericht untermauert die Notwendigkeit und die Prioritäten einer EU-Sportpolitik.

Die Pandemie verstärkt auch im Sport bestehende Probleme, sowohl im Breiten- als auch im Spitzensport. Der Bericht ruft daher die Mitgliedstaaten auf, den Breitensport und die Sportinfrastruktur, gerade im ländlichen Raum, finanziell und personell zu stärken, denn hier geht es für die Vereine und die Strukturen um die schiere Existenz. Der Breitensport ist nicht nur Talentschmiede des Spitzensports: Wir müssen seine unverzichtbare Bedeutung für die persönliche Entwicklung, Gesundheit und soziale Teilhabe aller, insbesondere bei Kindern, anerkennen und ihn auch dementsprechend ausstatten.

Auch bei der Bildungskomponente des Sports müssen alle Mitgliedstaaten und auch die Sportverbände mehr liefern und vorhandene EU-Leitlinien zur Vereinbarkeit von Sport und dualer Ausbildung endlich umsetzen. Die Vereine haben eine Verantwortung für junge Sportlerinnen und Sportler und müssen diese endlich allumfassend wahrnehmen.

Im Profisport zeigt dagegen das Beispiel der sogenannten Super League, wohin die Reise gehen könnte. Stattdessen braucht es Reformen, keine Super League. Die Super League zerstört den Sport und schützt den Sport nicht. Wir fordern außerdem Bewegung auch bei den Sportverbänden, Mitgliedstaaten und der Kommission, um eine bessere Sichtbarkeit des Frauensports in den Medien und eine Null-Toleranz-Politik bei Gewalt und Rassismus im Sport zu schaffen.

Der Bericht zeigt, dass es an Ideen überhaupt nicht mangelt. Was es aber braucht, ist eine konsequente Umsetzung unserer Forderungen durch die Mitgliedstaaten, die Kommission und die Sportverbände und die Beachtung der europäischen Werte in allen Belangen des Sports. Fair Play ist nicht nur auf dem Platz, sondern auch in der Sportpolitik insgesamt.

Rosa D'Amato (Verts/ALE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, innanzitutto mi complimento con il relatore e il relatore ombra.

Da insegnante di educazione fisica quale sono e quale ritornerò ad essere, io ritengo che l'Unione europea debba e può far pressione sugli Stati membri per la riforma dei sistemi scolastici, che prevedono l'aumento delle ore e della qualità dell'insegnamento dell'educazione fisica fin dalla scuola elementare.

L'educazione fisica deve essere prevista da tutti i curricula nazionali ed avere un peso all'interno dei programmi. Ciò si ottiene solo con insegnanti laureati in scienze motorie, impiegati fin dalle scuole elementari.

I nostri bambini necessitano di insegnanti e programmi di qualità, che mirino a un armonico sviluppo psicomotorio. Solo così avremo con certezza bambini più coscienti del proprio corpo e dello spazio che occupa, più coordinati, più sani.

Inoltre, solo così cresceremo i cittadini del futuro, portatori sani di valori come il rispetto dell'altro, la parità di genere e la solidarietà.

Асим Адемов (PPE). – Госпожо Председател, мястото на спорта в обществото е от изключително значение за всяка държава, тъй като допринася за изграждането на различни качества от физическо, психологическо, социално и морално естество.

Затова и спортът е неизменна част от ежедневието ни. Особено във времето на продължаваща пандемия от Ковид-19, която не само доведе до загуба на професионално ниво, но и отне възможността на хората да бъдат физически активни. Сега е по-важно от всякога да положим усилия достъпът до спортните дейности да е свободен, приобщаващ и равен за всички и да насърчим общественото здраве чрез физическа активност.

Изграждането на спортна инфраструктура е важен елемент за подобряването на качеството на живот и възможностите за икономическа реализация, особено в необлагодетелстваните региони и в по-малките населени места. Предоставянето на работни места в дългосрочен план допринася за задържането на младото население в отдалечените райони и намалява риска от обезлюдяването им. А организирането на спортни мероприятия би ги направило по-атрактивни за зрителите и за потенциалните туристи.

В тази връзка е необходимо държавите членки да се обединят около един по-цялостен подход към спортната политика на Съюза, чрез която да се осигурят равни възможности за всички заети в този сектор, както и да се подпомогне неговото икономическо възстановяване.

Victor Negrescu (S&D). – Doamna Președintă, sportul îndeplinește un dublu rol, unul social, de integrare și sănătate publică și unul de promovare a performanței și reușitei comunității. De aceea, Uniunea Europeană trebuie să aibă o politică în materie, care să se asigure că toate statele membre și toți cetățenii au acces într-o manieră egală, la o infrastructură sportivă de calitate, noi tehnologii în materie și metode educaționale adaptate. Pentru acest lucru trebuie să ne asigurăm că în Europa sportul nu devine o activitate exclusivistă. În acest sens, trebuie să echilibrăm competițiile, să stimulăm investițiile în domeniu, dar și să sprijinim sportul de masă, inclusiv în zonele rurale.

Sportul este ignorat în multe țări europene, cum este, din păcate, cazul și în România, unde performanțele unor sportivi de excepție sunt tratate cu indiferență de autorități. De aceea, am solicitat să i se asigure sportului un plus de vizibilitate în programele europene, inclusiv în planurile de redresare și reziliență, în contextul impactului generat de pandemie. Uniunea Europeană are datoria să îi sprijine pe sportivii care au adus performanță și să protejeze sporturile tradiționale și patrimoniul sportiv din fiecare stat membru, cum este cazul, de exemplu, al gimnasticii, oinei, scrimei sau canotajului pentru România.

Dragi colegi, a fi sportiv nu este un lucru simplu, necesită multă muncă și multe sacrificii. Am avut plăcerea să cunosc sportivi de excepție, care au reușit, dar și tineri care au eșuat pe parcurs, din diferite motive. Pentru asta trebuie să creionăm, împreună cu toți cei implicați în domeniu, politici menite să facă din sport o oportunitate, dar și un factor mobilizator pentru o societate dezvoltată și sănătoasă.

Maria Walsh (PPE). – Madam President, sport has the beautiful ability and unique power to promote positive change, to inspire and unite, regardless of age, sex, ethnic origin, religion, background or socio-economic status.

A majority of us had sports built into our development from a young age, and despite us having different national sports team or home-team favourites, the educational, culture and social dimensions of sport connect us all.

I welcome the strong focus within the text presenting the need to foster better equality and diversity when it comes to sport within our EU. Accessibility is essential. Not only must we actively attempt to increase the visibility given to competitions involving female athletes and those with disabilities, we must create a space where we're encouraging everyone to participate – one that is both inclusive and supportive.

We consistently hear of the foundation of problems that exist in women's teams, especially within our sporting culture: harassment, discrimination, gender stereotypes, a consistent lack of media coverage for their achievements, wage disparity and a disgraceful lack in funding.

I'm proud that one example referenced in this text is an Irish one – the Football Association of Ireland, who committed to equal pay for all their professional athletes.

We need to shape our EU sports policies with our values: democracy, human rights, equality, diversity and solidarity. We need to stand up even more boldly, both on and off the pitch.

Peter Pollák (PPE). – Vážená pani predsedajúca, vážení priatelia, dovoľte mi na úvod poďakovať Tomaszowi Frankowskému za dobrodružnú prácu pre túto správu. Dámy a páni, dnes sme svedkami ako kvôli nedostatočnej podpore chudobných detí v športe sa prehlbuje elitárstvo bohatých rodín, bohatých, bohatých detí. Šport sa stáva stále drahšou a pre chudobné deti, žiaľ, aj nedostupnou záležitosťou. Musím, bohužiaľ, skonštatovať, že mnohé športy nie sú dostupné pre najchudobnejšie deti v Európe.

Absolvoval som desiatky stretnutí s chudobnými rodičmi, ktorí mi vlastne dali za pravdu. Dostupnosť športu je podmienená dobrou finančnou rodinnou kondíciou. Inak povedané, státisíce európskych rodín nemôžu svojim deťom platiť trénera, kúpiť športovú výstroj. Mnohí rodičia sú radi, keď dokážu svojim deťom zabezpečiť aspoň základné potreby. Z času na čas sa však objaví aj výnimka. Ako to bolo pred časom napríklad v mojej krajine na Slovensku. V prípade chudobného dievčatka z rómskej osady, jej meno je Anna Mária, ktorej sa podarilo vyhrať súťaž v behu, prejsť bez akejkoľvek športovej prípravy či výbavy. Bola obutá dokonca v obyčajných balerínkach, v ktorých chodila aj do školy. Jej víťazstvo v balerínkach mnohých doslova šokovalo. Jej víťazstvo je zároveň upozornením pre nás všetkých na nedostatočný záujem inštitúcií o chudobné deti, ktoré majú talent, no ich rodičia ho nedokážu kvôli chudobe podporiť. Nie je to len o jednej výnimočnej Anne Márii. Takýchto Anna Márií v balerínkach, ktoré si zaslúžia našu podporu, je množstvo. Považujem preto za dôležité, aby sme pri nastavovaní a budovaní európskych politík v oblasti športu mysleli aj na dôležitý prvok inklúzie resp. musíme vytvárať podmienky pre šport aj pre najchudobnejšie deti v Európe.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Madam President, let me finish very much as I started by congratulating Tomasz Frankowski again on this report, which will be a landmark in developing EU sports policies in the future. As the debate has clearly shown, there is a remarkable degree of convergence on the need for a new, fresh, holistic approach to sports policy in Europe.

Despite the limits of EU competence on sport, as set out in the Treaty, the explosion of both amateur sport and professional sport in the last decades has increased the demand for suitable forms of coordination and setting political priorities at the EU level. This asymmetry between a weak legal basis and a strong set of expectations by the people is comparable to the one we witnessed in health policy recently, and we managed to correct it. We bridged this gap of legal basis and expectations, and we will do the same for sport.

The EU cannot, and will not, ignore this request coming from society. We shall defend, promote and protect a European sports model that works for the many, not for the few – for normal people, for professional and amateur players alike, for fans across the continent who want to see their teams compete fairly and aspire to the top, instead of closed leagues where elite teams play amongst each other with no regard for national championships and amateur sport, sharing the profits amongst themselves.

Sport is a vector for open, cohesive societies and Europe is aware of that and will live up to the challenge of protecting it.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szövetség holnap kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Λουκάς Φουρλάς (PPE), γραπτώς. – Θα ήθελα να συγχαρώ τον εισηγητή για την εξαιρετική του δουλειά στην έκθεση. Είναι υψίστης σημασίας η παροχή πρόσθετης χρηματοδότησης για τον αθλητισμό. Ο αθλητισμός έχει μια μοναδική δύναμη να προωθεί και να μεταδίδει αξίες πέρα από τα σύνορα και να ενώνει ανθρώπους ανεξαρτήτως ηλικίας, φύλου, καταγωγής, θρησκείας ή κοινωνικοοικονομικής κατάστασης. Παράλληλα, αποτελεί έναν φορέα ένταξης για άτομα με λιγότερες ευκαιρίες και βοηθά στην καταπολέμηση της παχυσαρκίας.

Elżbieta Kruk (ECR), na piśmie. – Obrona tradycyjnego modelu sportu jest kluczowa w obliczu nadmiernej komercjalizacji organizacji sportowych. Sport służyć ma dobru ogółu, a nie interesom nielicznych. Walka z zagrożeniami dla uczciwości w sporcie powinna pozostać priorytetem, a wszelkie działania publiczne w obszarze sportu muszą opierać się na zasadzie równego dostępu i niedyskryminacji.

Zauważyć tu jednak należy nowe zagrożenia wynikające ze zniesienia przez MKOI kategorii płci w zawodach sportowych i zastąpienia jej kategorią gender. Na igrzyskach w Tokio po raz pierwszy dopuszczono do startu zawodników transpłciowych. Kiedyś kobiety nie miały prawa do udziału w profesjonalnych zawodach sportowych, dziś, choć to prawo uzyskały, ich udział w sporcie jest mniejszy niż mężczyzn, a w przyszłości być może atleci transwestyci doprowadzą do upadku żeńskiego sportu w ogóle.

Jedno jest pewne: w konsekwencji wyeliminowania płci biologicznej jako obiektywnego kryterium w zawodach sportowych kobiety w sporcie są zagrożone. Kolejne przypadki dowodzą, iż taka polityka doprowadzi do całkowitego upadku kobiecej rywalizacji sportowej. Tak uważają nawet radykalne feministki. Charakterystyczny jest tu przypadek felietonu jednej z najwybitniejszych tenisistek świata Martiny Navratilovej, mocno skrytykowanego przez środowiska LGBT. Jeśli ma być zachowana równość szans, mężczyźni podający się za kobiety nie powinni być dopuszczani do konkurencji sportowych dla kobiet. Opowiedzmy się za „fair play dla kobiet”.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Ο τομέας του αθλητισμού αποτελεί χωρίς αμφισβήτηση πολύ σημαντικό κομμάτι της ζωής μας προωθώντας αξίες και ιδανικά πέρα από σύνορα. Γι' αυτό και μια ευρωπαϊκή πολιτική για τον αθλητισμό είναι επιβεβλημένη. Πρέπει να διασφαλίσουμε ότι οι αθλητές προστατεύονται επαρκώς σε όλα τα επίπεδα. Η προώθηση ευκαιριών διπλής σταδιοδρομίας και η πρόσβαση σε θέσεις εργασίας και προγράμματα απόκτησης δεξιοτήτων για πρώην αθλητές οφείλουν να γίνουν πραγματικότητα. Δυστυχώς, ο τομέας του αθλητισμού επλήγη δυσανάλογα από την πανδημία. Οφείλουμε να κινητοποιήσουμε όλα τα χρηματοδοτικά μέσα για την ανάκαμψη του κλάδου. Αφορά εκατοντάδες χιλιάδες εργαζομένους. Ως πρώην επαγγελματίας αθλητής ο ίδιος, θέλω να τονίσω τη σημασία διατήρησης ενός ανοικτού ευρωπαϊκού μοντέλου αθλητισμού, το οποίο θα επιτρέπει σε όλες τις ομάδες να διεκδικήσουν την συμμετοχή τους στις ανώτερες διοργανώσεις. Γιατί αυτή είναι και η πεμπτούσια του αθλητισμού. Να αγωνίζεσαι και να κρίνεσαι βάσει των δικών σου ικανοτήτων. Τέλος, οι όποιες θεσμικές αλλαγές προτείνονται θα πρέπει να λαμβάνουν υπόψη τη σωματική και ψυχική υγεία των επαγγελματιών παικτών. Για αυτόν τον λόγο, κάθε προσπάθεια αλλαγής των χρονοδιαγραμμάτων των διεθνών και ευρωπαϊκών αθλητικών διοργανώσεων δεν μπορεί να γίνει εις βάρος των παικτών. Τα όποια εμπορικά οφέλη θα εξανεμιστούν, εάν θέσουμε σε κίνδυνο την υγεία των αληθινών πρωταγωνιστών του κάθε αθλήματος.

22. Arzneimittelstrategie für Europa (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Dolors Montserrat által a Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság nevében készített az Európai gyógyszerstratégiára irányuló javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (2021/2013(INI) – A9-0317/2021)

Dolors Montserrat, ponente. – Señora presidenta, señora comisaria, señorías, quiero empezar dando las gracias a todos los grupos y a los ponentes alternativos por el gran trabajo realizado juntos durante estos meses: Europa lidera la lucha contra el cambio climático, y tras la pandemia debemos liderar la innovación farmacéutica y sanitaria de Europa.

La lucha contra la COVID-19 ha hecho que construyamos en un año lo que antes requería probablemente una generación. En tiempo récord, hemos sido capaces de levantar los pilares de la futura Unión Europea de la Salud: la estrategia de vacunación contra la COVID-19; el refuerzo del Centro Europeo para la Prevención y el Control de las Enfermedades; el refuerzo de la Agencia Europea de Medicamentos; la creación de la Autoridad Europea de Preparación y Respuesta ante Emergencias Sanitarias —la HERA— y su Incubadora, y el nuevo programa UÉproSalud, con diez veces más presupuesto que el que antes tenía, así como el Plan Europeo de Lucha contra el Cáncer, que, junto con la nueva estrategia farmacéutica, inauguran la década europea de la salud, la innovación y la investigación, dándole una mayor dimensión social a Europa.

Nos han golpeado fuertes crisis, pero hemos aprendido que la ciencia y la tecnología son dos enormes escudos sociales, junto con una industria farmacéutica más competitiva y la colaboración público-privada. Por ello, apostamos por la innovación fabricada en Europa tras décadas de deslocalización y también de haber dependido demasiado de terceros países, perdiendo quizás autonomía en un sector que es estratégico. Han pasado veinte años desde la última estrategia y el mundo ha cambiado; por ello, debemos actualizar las leyes y el sistema de incentivos: la nueva estrategia es el marco ideal para la actualización y el refuerzo de toda nueva generación de regulaciones farmacéuticas para esta década.

La nueva estrategia propone un cambio de paradigma a través de seis objetivos. Para empezar, ponemos al paciente en el centro de todas las políticas sanitarias; reducimos los tiempos de llegada al mercado de los medicamentos, alineando los tiempos de aprobación de la EMA con las agencias nacionales, y apoyamos también un nuevo marco para el diseño de ensayos clínicos innovadores, dando protagonismo a las asociaciones de pacientes en la priorización de sus necesidades terapéuticas.

En cuanto al segundo objetivo, garantizamos que todos los pacientes tengan acceso a los más avanzados tratamientos en el menor tiempo posible: no podemos tolerar que en Europa haya una brecha de acceso entre nueve y mil días en algunos tratamientos ni que, en los últimos veinte años, la escasez de medicamentos se haya multiplicado por veinte. Por eso, promovemos una mayor investigación y disponibilidad de genéricos y biosimilares en el mercado, fomentamos el uso de terapias génicas y celulares, la medicina personalizada, los nanomedicamentos y los derivados de ARNm, así como uniformamos en toda la Unión Europea la aplicación del esquema de medicamentos prioritarios para acelerar la disponibilidad de medicamentos esenciales.

El tercer objetivo es que damos respuesta a las enfermedades médicas no cubiertas, como las más de 8 000 enfermedades minoritarias de las cuales, a día de hoy, solo tienen tratamiento un 5 %, con 30 millones de personas que no tienen respuesta en Europa, así como los cánceres pediátricos, las enfermedades neurodegenerativas y la resistencia a los antibióticos, que me atrevo a decir que es una de las pandemias silentes de nuestro continente. Por ello, pedimos un fondo europeo para adquirir, a través de compras conjuntas, medicamentos huérfanos, así como pedimos la armonización de un marco europeo que se aplique en los planes nacionales contra las enfermedades minoritarias.

El cuarto objetivo es que apostamos por una industria farmacéutica competitiva con cadenas de suministro que no dependan de terceros países incentivando la producción de medicamentos de alto valor terapéutico que respeten, por supuesto, los estándares de calidad y el Pacto Verde Europeo. Apostamos, por tanto, por un sistema regulatorio seguro, predecible y con menos burocracia, y defendemos un sólido marco de protección de los derechos de propiedad intelectual.

El quinto objetivo: velamos por la sostenibilidad de nuestros sistemas nacionales de salud de los veintisiete Estados miembros, que son una de nuestras grandes fortalezas y nos distinguen de otros terceros países. Por ello, promovemos licitaciones de asociaciones público-privadas para la financiación de la investigación, la producción de medicamentos innovadores y la reutilización de medicamentos, así como invitamos a los Estados miembros a que promuevan el uso de biosimilares.

En cuanto al sexto objetivo, reforzamos la Unión Europea como líder mundial en salud para que esté más preparada frente a futuras crisis sanitarias con la creación de la HERA y su Incubadora, así como promoviendo acuerdos comerciales con terceros países que premien la competitividad basada en la innovación para lograr un mayor acceso para todos y cada uno de los pacientes, no solo en Europa, sino también en el resto del mundo, además de exigir a las empresas de terceros países que accedan a nuestro mercado que cumplan con los estándares de calidad europeos. Promovemos también un diálogo estructurado con todos los agentes del sector farmacéutico para tener cadenas de suministro diversificadas y un plan de mitigación de riesgo de escasez de medicamentos.

La nueva estrategia farmacéutica refuerza la colaboración con la OMS y organismos internacionales, así como el vínculo con la estrategia industrial de la Unión Europea, la Estrategia para las Pymes y, sobre todo, el futuro espacio europeo de datos sanitarios. Por tanto, para conseguir la Unión Europea de la Salud, debemos trabajar juntos pacientes, comunidad científica, profesionales sanitarios, industria y Estados miembros, juntamente con las instituciones europeas.

Esta estrategia encuentra el equilibrio entre la promoción de la innovación, el acceso de los pacientes a esta y la sostenibilidad de nuestros sistemas nacionales de salud de Europa, poniendo a los pacientes en el centro de todas las políticas. La salud de los europeos depende más que nunca de la salud de la Unión Europea y estoy convencidísima de que la Unión Europea de la Salud es uno de los grandes pilares de esta Unión Europea.

Marc Botenga, *rapporteur pour avis de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie*. – Madame la Présidente, chers collègues, en lisant ce rapport parlementaire, on sent quand même qu'il y a quelque chose de pourri dans le secteur pharmaceutique. On lit notamment que de nombreuses innovations qui nous sont présentées n'offrent pas ou très peu d'améliorations pour le patient. On lit aussi que les multinationales pharmaceutiques prolongent de manière artificielle la durée de leurs brevets, leur monopole, pour nous faire payer plus cher les médicaments. Franchement, il faut oser.

Et le problème, c'est que face à ce qu'on peut appeler un banditisme de Big Pharma, la stratégie que vous proposez est de collaborer davantage avec ces Big Pharma et de leur laisser influencer nos politiques de manière structurelle. Et, cerise sur le gâteau, vous voulez même mettre sous pression des États qui voudraient contraindre Big Pharma à partager des médicaments...

Je pense qu'il faut changer de cap et qu'une stratégie pharmaceutique européenne devrait avoir comme premier objectif de réduire notre dépendance vis-à-vis des grandes multinationales pharmaceutiques. Et, comme vous le demande la commission de l'industrie de ce Parlement, Madame la Commissaire, il est temps de créer une infrastructure biomédicale publique dans l'Union européenne.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I am delighted to join you here today to discuss how we can ensure that all patients have access to affordable, high-quality, safe, sustainable and effective medicines, regardless of where they live in the EU.

One year ago, we presented the new pharmaceutical strategy for Europe in this House, the strategy that will shape our pharmaceutical policy for the coming decades and aims to ensure that all patients can access the medicines they need, when they need them. This is a fundamental right. It is a crucial part of our collective effort to recover from the pandemic, stronger and more resilient than before. That is why I truly welcome Parliament's report on the pharmaceutical strategy. Let me thank the rapporteur, Ms Montserrat, and the shadow rapporteurs, for this very important work.

I am encouraged that you support the objectives of the strategy, but more than that, that you share its ambition. This speaks well for the strategy's implementation, and in particular the legislative proposals.

One of the first deliverables on a flagship initiative is the political agreement on the Regulation on Health Technology Assessment (HTA), which is expected to be endorsed next month. Strengthened EU cooperation on HTA will help Member States to take more timely and evidence-based decisions on new treatments and improve patients' access to new innovation.

Another early deliverable is the Health Emergency Preparedness and Response Authority (HERA), which you have already mentioned and which became operational last month. HERA fills a major gap in the EU's health security framework. It will improve the development, manufacturing, procurement and distribution of key medical countermeasures, including medicines, in the EU. It will push for innovation in areas where we need it most, for example in antibiotics.

In addition, the Clinical Trials Regulation becomes applicable in January and will facilitate innovation and more patient-oriented and coordinated development of medicines. Political agreement was reached at the end of last month on the strengthened mandate of the European Medicines Agency to provide for better monitoring and mitigation of shortages, and of critical medicines.

To further strengthen the resilience of EU health systems, we have launched a structured dialogue with actors in the pharmaceuticals manufacturing value chain, public authorities, the research community, health professionals and patient organisations to look more strategically at the issue of security of supply.

This first phase of the dialogue – the gathering of information – has now been concluded. In the second phase we will reflect on possible policy measures to ensure security of supply of medicines, active pharmaceutical ingredients and raw materials and ultimately reinforce our open strategic autonomy.

Honourable Members, we are still in the early stages of the pharmaceutical strategy, but we are taking concrete steps to deliver real benefits to citizens, and there are more to come. We are working intensively on the evaluation and revision of pharmaceutical legislation. The revision of the legislation on medicines for rare diseases and for children is progressing. Both are expected at the end of next year.

We are making good progress in implementing the EU strategy on pharmaceuticals in the environment. We have seen that we need stronger supply chains to address dependencies on third countries in terms of raw materials and medicines.

Before ending I want to stress two important points. Firstly, this is about patients. We are putting the patient at the centre of our pharmaceutical policy every step of the way. The overarching goal here is to ensure innovation that addresses unmet medical needs, and this innovation provides affordable medicines that can reach patients across the EU.

Secondly, this is a complex process, and our success depends on collaboration. We need to work together with all relevant stakeholders, and we are confident that we can. We can reduce shortages of medicines and improve access and affordability; we can support innovation and sustainability in our pharmaceutical sector; and we can deliver concrete, lasting benefits to patients.

At the end of the day this translates into healthier citizens, more accessible and more resilient health systems, and stronger and more equal societies. Once again, thank you to Ms Montserrat and all those who contributed to this significant report and I look forward to hearing the discussion.

Luisa Regimenti, *relatrice per parere della commissione giuridica*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, ringrazio la collega Montserrat per l'ottimo lavoro svolto e per aver tenuto conto delle indicazioni espresse dal parere della commissione giuridica, del quale sono stata relatrice.

Questa iniziativa esprime la volontà parlamentare di garantire una migliore prevenzione e risposta alle future emergenze sanitarie, nonché incentivare lo sviluppo e la competitività delle imprese europee.

A questo proposito, è cruciale mantenere un sistema europeo di proprietà intellettuale che sia solido, efficiente ed equilibrato, al fine di incoraggiare la ricerca e la produzione nell'Unione e assicurare che l'Europa rimanga innovativa e leader mondiale.

Inoltre, la strategia ha come fulcro il paziente e si concentra su tematiche fondamentali al centro dell'agenda legislativa europea dei prossimi anni, come la lotta alla resistenza antimicrobica, le malattie rare e croniche e i tumori pediatrici.

Accolgo dunque con favore la relazione e invito tutti i colleghi a votarla.

Pernille Weiss, *for PPE-Gruppen*. – Fru formand! Farmastrategien er en betænkning. Det er ikke lovgivning – endnu – om lægemidler til europæernes behov, og om, hvordan vi sikrer, at medicinalindustrien vælger EU som hjemsted for sine aktiviteter. Derfor er dette en vigtig betænkning, som siger en masse om, hvad vi gerne vil have, at medicinalindustrien bliver ved med at gøre – og mere til.

Det er også den nemme del af det politiske håndværk. Den vanskelige del handler om at pege på, hvordan virksomhederne skal kunne levere det, vi beder om. For mig, der har arbejdet med ITRE's bidrag til betænkningen, er der ingen tvivl om, at betænkningens fornemste opgave er at sikre, at medicinalindustrien og de tusindvis af tilhørende SMV'er også i fremtiden vælger EU som hjemsted. For patienternes skyld, for de mange arbejdspladseres skyld og ikke mindst for økonomiens skyld. Farmaindustrien smider nemlig årligt beløb ind i statskasserne, vi simpelthen ikke kan undvære, hvis alt det, vi også lover borgerne, skal kunne lade sig gøre.

Derfor havde jeg gerne set, at betænkningen var blevet lidt mere præcis på de forretningsvilkår, EU tilbyder medicinalindustrien i fremtiden. For det syntes jeg ærlig talt ikke, den gør. Tværtimod er betænkningen uklar dér, hvor det gælder: den fremtidige beskyttelse af patenter og andre forretningsincitament. Det er problematisk. Også i bred forstand, da IP-retteligheder for de fleste brancher er afgørende, når man skal vælge, hvor man placerer sin virksomhed eller sine investeringer.

Det er altså på tide, at Europa-Parlamentet forstår den logik, før vi kaster os over det, der bliver til lovgivning. Chancen er der nu – og jeg synes, vi skal bruge den.

Alessandra Moretti, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, ringrazio la collega Montserrat e tutti i relatori degli altri gruppi per il lavoro svolto insieme in questi mesi. Credo che il testo finale sia veramente un risultato di cui essere orgogliosi.

La pandemia ha rimesso al centro la salute e la necessità di un sistema sanitario e farmaceutico efficienti e al servizio dei cittadini. Con questa strategia farmaceutica abbiamo ridato dignità ai pazienti, richiamando tutti i soggetti interessati alle loro responsabilità.

Da un lato, le autorità pubbliche, europee e nazionali, che devono supportare la ricerca e l'innovazione per consentire all'Europa di essere indipendente anche in ambito sanitario, ma, dall'altro lato, anche i soggetti privati, che hanno enormi responsabilità, in particolare quando godono di supporto e aiuti finanziari pubblici.

Troppi paesi e troppi pazienti in Europa non hanno accesso a cure, anche salvavita, perché i loro mercati non sono commercialmente profittevoli. Troppe discriminazioni ancora esistono in Europa tra paesi più o meno ricchi. Questo non è più accettabile.

Ora è il momento di creare una vera Unione europea della salute, in cui tutti i cittadini finalmente vedano riconosciuto e garantito il loro diritto a un sistema sanitario pubblico e di qualità, con standard minimi di prestazione sanitaria validi in tutta Europa.

Serve la massima trasparenza e tracciabilità dei fondi pubblici, con la determinazione dei prezzi dei farmaci che non può essere determinata da quanto questo farmaco è importante per i malati, ma che deve essere legata ai costi reali di ricerca e di sviluppo. Servono clausole vincolanti di commercializzazione in tutti i paesi europei per non lasciare indietro nessuno. Serve il massimo sforzo per legare la strategia farmaceutica ai temi dello sviluppo sostenibile e del *Green Deal*. Da oggi inizia, non finisce, il lavoro su questi temi così strategici per il futuro della nostra Europa.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chère Stella, chère Dolors, c'est Linea Søgaard-Lidell qui a mené les négociations au nom du groupe Renew, mais elle est indisponible pour cette plénière. Je la salue, ainsi que toute l'équipe de rapporteurs pour le très beau travail accompli.

Aujourd'hui, vous l'avez dit, je le redis, nous posons ensemble les fondations d'une véritable Europe de la santé et du médicament. Une Europe capable de garantir à tous les citoyens un accès équitable à des médicaments contrôlés, abordables et disponibles.

Garantir la santé et la sécurité du patient doit être notre priorité, tout en restant attentif à la soutenabilité des systèmes de santé. La mise en œuvre de la stratégie pharmaceutique devra comporter des mesures législatives fortes. Nous y sommes prêts sur quatre grands piliers.

Le premier: garantir l'accès à des médicaments abordables et sûrs via la révision des législations sur l'accès aux médicaments. Ces législations sont dépassées, inadaptées pour prévenir et gérer les tensions, et pas seulement en cas de crise. Avant la pandémie, de trop nombreux patients ont été confrontés à ces situations insupportables. Nous veillerons, au Parlement européen, à ce que ce problème soit traité dans son ensemble à tous les niveaux de la chaîne de production, avec comme priorité absolue les besoins du patient.

Deuxièmement, restaurer notre indépendance pharmaceutique via un rapatriement partiel de la production des médicaments en Europe. Vous proposez un dialogue structuré entre industriels et autorités. Vous avez raison, nous avons besoin des partenariats public-privé. Ces relocalisations, nous pourrions également les accompagner avec des aides d'État ou d'autres incitations. Nous ne devons pas pour autant sacrifier nos exigences environnementales et sociétales.

Troisièmement, booster la recherche et le développement de médicaments innovants. Très bonne nouvelle: la révision des législations sur les médicaments pédiatriques et orphelins. Ces législations ralentissent depuis trop longtemps le développement de médicaments innovants, par exemple dans le domaine du cancer. La recherche et le développement de médicaments issus de nouvelles technologies doivent également être une des priorités de l'Union européenne dans le cadre d'Horizon 2020. La crise de la COVID-19 nous a montré à quel point il est important d'encourager les politiques de recherche.

Enfin, quatrième point, nous devons aborder la question du prix des médicaments. Une coopération plus étroite en matière de fixation du prix, de processus de paiement et d'achats groupés de médicaments devrait nous permettre de transformer l'essai des achats groupés de vaccins anti-COVID, qui a été une très grande réussite. J'espère que la Commission proposera la révision de la directive sur la transparence des mesures régissant la fixation des prix.

L'ensemble de ces réformes nous permettraient d'amorcer la mise en place d'un cercle vertueux, depuis l'évaluation conjointe par la technologie HTA – que vous avez rappelée – les contrôles efficaces, la transparence des procédures de détermination des prix et peut-être plus tard du remboursement, la sécurisation des productions et des réserves. Les défis à relever sont très nombreux, mais nous sommes plus forts ensemble et ensemble, nous y parviendrons.

ELNÖKÖL: LÍVIA JÁRÓKA

alelnök

Tilly Metz, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je suis ravie de voir des points essentiels pour mon groupe dans ce rapport. Ainsi, nous avons enfin instauré des conditions de transparence, d'accessibilité et d'abordabilité pour les entreprises pharmaceutiques lorsque leurs produits sont développés grâce à des fonds publics – des fonds qui proviennent des contribuables.

Il est temps de mettre fin aux prix exorbitants fixés par les sociétés pharmaceutiques qui, par ailleurs, ont perçu des aides publiques importantes. Il est temps aussi de mettre fin à ce système qui met en danger les patients. Et j'exige que le prix des médicaments reflète enfin les coûts réels de développement de ces derniers.

En même temps, la pénurie de médicaments ravage certains pays de l'Europe et je suis ravie de voir que le rapport fait référence à la prévention des retards d'entrée sur le marché pour les génériques et les biosimilaires.

Un sujet qui me tient aussi beaucoup à cœur: nous avons enfin des obligations plus strictes pour ce qui est de la protection de l'environnement et un appel à l'utilisation de solutions de substitution aux tests sur les animaux. Le médicament répond avant tout à un besoin fondamental: la santé. Il ne devrait pas servir uniquement les intérêts de l'industrie pharmaceutique. Je suis donc quand même un peu déçue de voir des références à des flexibilités réglementaires dans ce rapport. Nous avons au contraire besoin d'un système réglementaire solide afin de garantir la sécurité et l'efficacité de nos produits pharmaceutiques.

Je suis également un peu déçue de constater que ce rapport donne une préférence aux licences volontaires dans un contexte de pandémie mondiale, qui devrait permettre aux gouvernements de recourir à des licences obligatoires afin de subvenir à des besoins de santé publique. C'est pourquoi nous avons introduit un amendement sur ce paragraphe, afin de mettre au moins sur un pied d'égalité les licences volontaires et les licences obligatoires. Mes chers collègues, j'en appelle donc à votre responsabilité en tant que représentants des citoyens et citoyennes européens et vous appelle à voter pour cet amendement.

Simona Baldassarre, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è stato intenso il lavoro che ha portato la nuova strategia farmaceutica per l'Europa fino al voto in plenaria e desidero ringraziare la relatrice, Dolors Montserrat, per il grande e proficuo spirito di collaborazione dimostrato.

Il testo a cui siamo arrivati rappresenta qualcosa di più che un semplice passo in avanti per la nostra salute: è un intervento a 360 gradi, che riporta al centro l'attenzione e la tutela del paziente. Potremo garantire i medicinali accessibili, contrastare la resistenza antimicrobica come grave minaccia per la salute pubblica, rispondere alle esigenze mediche non soddisfatte, come la revisione del regolamento sui medicinali orfani, favorire competitività, innovazione e sostenibilità del comparto farmaceutico europeo, nonché la produzione di medicinali di alta qualità, sicuri ed efficaci, come i farmaci generici e biosimilari.

Da medico sono soddisfatta che questi obiettivi di fondamentale importanza siano stati raggiunti, anche grazie al nostro contributo. Un esempio su tutti è una maggiore attenzione alle donne, troppo spesso sottorappresentate nei dati biomedici e sanitari. Oggi, per la prima volta, saranno incluse completamente nella ricerca, nella diagnosi, nel trattamento e nella valutazione di impatto di farmaci e di terapie.

Forse avremmo potuto fare di più in favore della terapia domiciliare. Continuo infatti a ritenere che l'assistenza domiciliare possa giocare un ruolo fondamentale ad ampio raggio per numerosi pazienti, come quelli affetti da patologie a lunga degenza, oltre che in un'ottica di riduzione dell'onere economico nel settore sanitario.

La pandemia ci ha dimostrato palesamente come l'Unione europea non fosse preparata ad affrontare una tale crisi sanitaria. Tuttavia, questa esperienza ci sta insegnando che dietro ad ogni grande difficoltà c'è sempre una grande opportunità da saper cogliere. Oggi davanti a noi abbiamo un tassello importante per costruire una migliore strategia farmaceutica per la salute di tutti i nostri cittadini. Non perdiamo questa occasione!

Joanna Kopcińska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani komisarz! Szanowni państwo! Popieram przyjęcie sprawozdania w sprawie strategii farmaceutycznej dla Europy, gdyż opowiadam się za wysiłkami dążącymi do zapewnienia dostępności i przystępności cenowej leków dla wszystkich pacjentów. Na długo przed wybuchem pandemii podejmowałam inicjatywy dotyczące przywrócenia niezależności produkcji substancji medycznych oraz uczestniczyłam w pracach Parlamentu mających na celu zapewnienie bezpieczeństwa lekowego na naszym kontynencie. W kontekście strategii uważam, że należy podjąć konkretne działania niwelujące nierówności w taki sposób, aby dostęp do leków i udostępnianie leków mogły odbywać się w możliwie najkrótszym czasie we wszystkich państwach członkowskich.

Rozsądnie musimy popierać wysiłki na rzecz wzmocnienia środków sprzyjających innowacyjnym rozwiązaniom, ale jednocześnie powinniśmy myśleć o utrzymaniu swobodnego dostępu do leków generycznych i biopodobnych z nadzgodną myślą o zdrowiu pacjentów, tworząc przyszłościowy i odporny na kryzysy system farmaceutyczny. Znanе przyśłowię mówi: „mądry człowiek uczy się na swoich błędach, sprytny człowiek uczy się na cudzych błędach”. W obecnej sytuacji, opierając się na doświadczeniach wyniesionych z pandemii COVID-19, Europa wciąż może uczyć się na swoich własnych potknięciach, aby lepiej odpowiadać na potrzeby medyczne obywateli, umieszczając ich w centrum wszystkich strategii politycznych wspieranych przez państwa członkowskie.

Kateřina Konečná, za skupinu The Left. – Paní předsedající, z výsledku vyjednávání o této zprávě nejsem vůbec nadšená. V prvé řadě text má jen velmi nízkou ambici, co se týče reformy práv duševního vlastnictví jak dovnitř, tak i vně Evropské unie.

Po dvou letech pandemie jsme v podstatě zůstali u stejných výzev, které jsme představili před pěti lety v rezoluci o přístupu k léčivům v Evropské unii. Já jsem přesvědčená, že patentová ochrana neslouží ani by neměla sloužit jako klíčová pobídka pro inovace. Taktéž věřím tomu, že povinné licence by se měly používat častěji. Za dob pandemie to musí být standard. Z tohoto důvodu jsme s dalšími kolegy podali k této zprávě pozměňovací návrh, který tyto aspekty do textu vnáší.

V druhé řadě se mi nelíbí, jak se zpráva staví k veřejné podpoře výzkumu léčiv. Jestli nám celá anabáze ohledně vývoje vakcín a jejich dodávek něco ukázala, tak to, že veřejný sektor musí mít větší kontrolu nad podporou, kterou vyplácí farmaceutickým společnostem. My nemůžeme dopustit, aby se znovu zopakovala fraška, kdy vakcíny, jejichž vývoj jsme zaplatili z našich peněz, patří někomu jinému a nám není dovoleno znát ani jejich cenu. Celkově ambice, co se týče nastavení nových pravidel transparentnosti ve farmaceutickém sektoru v případech cenotvorby, výdajů na výzkum a jejich vyčíslení i zveřejňování výsledků klinických studií, je tristní.

Z těchto důvodů bohužel nemohu v současnosti zprávu podpořit. Nepřináší nic nového.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, poštovani građani, farmaceutska industrija i Europska zdravstvena organizacija dužne su štititi zdravlje građana, dužne su da na tržište lijekova dolaze lijekovi i cjepiva. Dužne su štititi zdravlje građana od lažnih lijekova i lažnih cjepiva.

Sada se sve raspalo. Europska zdravstvena organizacija odobrila je lijekove, odnosno cjepiva protiv COVID-a, za koje ne postoji apsolutno nikakav dokaz o nikakvoj učinkovitosti, od učinkovitosti od 10 %. Učinkovitost njihova je apsolutna nula. U državama koje su potpuno cijepljene, epidemija i umrli se povećavaju. U Engleskoj, deset puta je više oboljelih od COVID-a 19 među cijepljenima i četiri puta više umrlih nego među necijepljenima.

Sada je vrijeme da zaustavimo ovo ludilo i zaustavimo cjepiva koja to nisu.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana potpredsjednice, poštovana povjerenice, poštovana kolegice Dolors, zahvaljujem na izvješću. Do početka pandemije koronavirusa problem samodostatnosti Europske unije u strateškom području kao što je farmaceutska proizvodnja možemo ipak reći da je prolazio ispod radara. Pandemija je bila trenutak otrežnjenja koje je otkrilo koliko ovisimo o proizvodima i dobavnim lancima izvan naše Unije.

Kriza je pokazala da smo previše ovisni o Kini i trećim zemljama kada su u pitanju farmaceutski proizvodi. Podaci Komisije govore o tome: 40 % gotovih lijekova koji se stavljaju na tržište Unije, potječe iz trećih zemalja. Smatram da bi bilo mudro iskoristiti logiku velikih brojeva kod nabavke lijekova i medicinske opreme za države članice, kako bi došlo do poboljšanja cjenovne pristupačnosti.

Pozdravljam ovo izvješće i podržavam što naglašava važnost novih zajedničkih ugovora Europske unije o javnoj nabavi između Komisije i država članica, posebno za lijekove za hitne slučajeve. Bilo bi dobro istražiti takve prakse u područjima kao što su rijetke bolesti i rak. Potrebna nam je snažna Europska zdravstvena unija, vitalnost sektora i jačanje strateške ekonomije.

Izazove smo razumjeli i moramo ih iskoristiti kao dodanu vrijednost i promjenu paradigme u očuvanju zdravlja. Hvala vam lijepa.

César Luena (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, señora ponente, me sumo a las felicitaciones.

Celebro el informe, pero es verdad que hay muchas medidas de apoyo a la industria farmacéutica que obvian de alguna manera un componente social, que creo que hubiera sido bueno reflejar.

Por un lado, se propone un nuevo sistema de incentivos a la investigación, pero el informe no menciona el mal uso que se ha hecho de algunos de estos incentivos. Por ejemplo, en el marco del Reglamento sobre medicamentos huérfanos, que pronto se va a revisar.

Habla el informe sobre la transparencia, la fijación de los precios, pero debíamos contar en la Unión Europea con unos criterios armonizados para la fijación de los precios, con una nueva propuesta legislativa sobre transparencia de los precios y también reembolso de los medicamentos.

Sobre las compras centralizadas, hablan de casos excepcionales, pero es al revés. Creo que debiera ser que las compras centralizadas fueran una norma general.

Por último, echo en falta también alguna mención al plasma, porque nosotros somos totalmente dependientes de países terceros y el informe no lo recoge.

Dicho esto, enhorabuena por el informe, porque contribuye a que tengamos políticas sanitarias más justas, más inclusivas y más sociales en la Unión Europea.

Susana Solís Pérez (Renew). – Señora presidenta, señora comisaria, señora ponente, ¿a cuántos ciudadanos les sonaba la técnica del ARN mensajero hace dos años? O ¿quién sabía quién era Biotech unos meses antes de la pandemia?

La importancia del sector farmacéutico y de la innovación biotecnológica está fuera de todo debate. Su éxito en los últimos meses ha ido de la mano del nuestro, y el desarrollo en tiempo récord de una vacuna, que nos ha librado de lo peor de la pandemia, no ha sido fruto del azar: han sido años de investigación alejada de los focos, una estrecha colaboración e inversión público-privada y el trabajo de algunos de los mejores investigadores a nivel mundial los ingredientes de las vacunas.

En esta Cámara hemos debatido en numerosas ocasiones sobre talento, innovación y tecnología. Hoy, con esta estrategia farmacéutica, damos un paso más para proteger a las empresas e investigadores que han dado la cara y recuperar la competitividad de una industria estratégica de la que antes Europa era líder, porque, a día de hoy, estamos muy lejos de ser autónomos en el ámbito farmacéutico: solo un 60 % de los medicamentos que consumimos se producen en la Unión Europea y el 80 % de los principios activos vienen de China e India.

Para retomar este liderazgo necesitamos, en primer lugar, dotar a la industria de seguridad jurídica suficiente que le impulse a invertir el tiempo y los enormes recursos necesarios para desarrollar nuevos medicamentos. Y proteger las pymes innovadoras es fundamental porque, al fin y al cabo, durante muchos años su único activo ha sido la propiedad intelectual.

Debemos apostar también por las tecnologías del futuro, por la nanotecnología, por la terapia génica, por la inteligencia artificial y por crear un espacio europeo de datos sanitarios que refleje la excelencia de nuestros sistemas de salud.

Mi segundo punto me lleva a los medicamentos que no son rentables, como los pediátricos o los que tratan enfermedades como la ELA. Desde Europa, no nos olvidamos de los que sufren estas enfermedades, y aquí es donde hay que solucionar las deficiencias del mercado, apostar por un sistema de incentivos que funcione y, sobre todo, apoyar la investigación con inversión pública. Usemos los planes de recuperación, los fondos de cohesión y los programas de innovación como Horizonte Europa.

Por supuesto, tenemos que poner al ciudadano en el centro de todo este debate. Hay que evitar a toda costa la Europa de dos velocidades. Un ejemplo muy ilustrativo: un paciente hoy, en el norte de Europa, tarda de media entre 100 y 200 días en tener acceso a un medicamento nuevo; ese mismo paciente en el este de Europa tardaría entre 600 y 1 000 días. Tenemos que atajar este problema porque, en el ámbito sanitario, estas disparidades cuestan vidas.

Por último, esta estrategia debe servir para aprender de los errores del pasado, para asegurarnos de que estamos preparados para afrontar futuras crisis, y ahora es el momento para que la Comisión presente un mecanismo de alerta temprana para evitar la escasez de medicamentos y que apostemos por las soluciones administrativas que han demostrado ser útiles, como las aprobaciones rápidas o la compra conjunta de materiales críticos. Sigamos demostrando que la Unión Europea da soluciones.

Estimados compañeros, Europa es el continente con la mayor esperanza de vida, un gran logro que dice mucho de nuestros sistemas sanitarios y farmacéuticos. Es fundamental asegurar la sostenibilidad de este sistema y que la próxima crisis sanitaria nos encuentre con los deberes hechos. Este es el mejor favor que podemos hacer a las generaciones futuras.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die COVID-Pandemie hat gezeigt, dass wir in der EU neu über unser Gesundheitssystem nachdenken müssen. Kein kommerzielles Unternehmen hätte im Sommer 2020 die notwendigen Milliarden für die Impfstoffstudien bereitgestellt. Nur die nahezu bedingungslose Übernahme der Kosten durch die EU hat den Prozess der Entwicklung so beschleunigen können. Das hätte der vielbeschworene Markt nicht allein geschafft. Aber bis heute wissen wir nicht, wie hoch die Forschungsausgaben tatsächlich waren, und hier braucht es dringend mehr Transparenz.

Zweiter Punkt: Lieferschwierigkeiten bei Arzneimitteln – das haben einige Kolleginnen und Kollegen bereits angesprochen. Das war ein großes Thema in der Pandemie, aber das ist nicht erst seit zwei Jahren ein Thema. Es ist ja schon viel länger so, dass Menschen nicht an ihre Arzneimittel kommen, weil sie nicht lieferbar sind. Deswegen sind wir der Ansicht: Um die Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger mit Arzneimitteln zu sichern, müssen wir die Hersteller stärker in die Verantwortung nehmen. Wer in der EU eine Marktzulassung bekommt, muss nachweisen, dass seine Lieferkette stabil ist und dass er bei Ausfällen auch einen Plan B in der Tasche hat.

Letzter Punkt: Die besten Umweltvorschriften hier in der Europäischen Union nützen uns überhaupt nichts, wenn die Produktion nach Indien oder China verlagert wird. Und wenn dann dort das Abwasser ungeklärt in den Fluss läuft und Antibiotikaresistenzen entstehen, die dann über den Tourismus wieder zu uns zurückkommen, dann zeigt sich, dass die Globalisierung eben auch in die negative Richtung funktioniert. Deswegen fordere ich Sie, Frau Kyriakides, auf: Bitte setzen Sie sich international dafür ein, dass in die Regeln zur Herstellung von Arzneimitteln Umweltvorschriften mit aufgenommen werden, damit wir da ein *level playing field worldwide* haben!

Mathilde Androuët (ID). – Madame la Présidente, au début de la crise de la COVID, les Européens ont découvert avec consternation que 80 % des principes actifs de nos médicaments étaient fabriqués en Chine ou en Inde. Nous étions habitués de votre part à la perte de souveraineté industrielle, technologique ou agricole. Voici que nous vivons avec violence la perte de souveraineté pharmaceutique, abandonnant notre santé à des puissances étrangères et lointaines, et donc aux aléas de la diplomatie.

Loin de constituer un électrochoc, l'Union européenne s'est jetée à cette occasion sur une seule et unique solution: des vaccins étrangers dont les conditions d'achat furent pour le moins opaques et dont le coût est suffisamment exorbitant pour venir grossir de mille dollars de bénéfices par seconde les comptes bancaires des laboratoires. L'Union européenne n'a proposé aucune alternative pour un autre vaccin issu d'essais cliniques honnêtes et transparents ou même pour des traitements.

Comment peut-on parler de stratégie s'il n'y a pas le début d'une ambition? Il est urgent que nous mettions fin à cette dépendance qui touche prioritairement les anti-infectieux, les anticancéreux, les médicaments de réanimation d'urgence, les médicaments de cardiologie ou les anesthésiques.

Premièrement, relocalisons ou plutôt aidons les nations européennes à relocaliser les unités de production vitales. Deuxièmement, ne laissons plus le marché seul décisionnaire des productions de médicaments. Pour cela, l'Union européenne doit se faire violence et donner des objectifs à l'industrie pharmaceutique. En effet, si le marché est seul décisionnaire, nous disposerons à foison de crèmes antirides et de traitements contre les troubles érectiles. Mais trop peu d'investissements sur la recherche de traitements contre le cancer, la maladie d'Alzheimer ou les maladies orphelines.

Enfin, l'Agence européenne du médicament doit devenir une instance de contre-expertise indépendante, afin de ne pas laisser aux laboratoires le rôle de juge ou partie ou, pire, le rôle de législateur de l'ombre. L'affaire Cahuzac en France avait en effet dévoilé la puissance néfaste des laboratoires et leur influence sur la vie politique. Au nom de la démocratie, mais également au nom de la santé de tous les Européens, il est indispensable de reprendre la main sur cette industrie vitale, afin de la mettre au service exclusif de la santé et du progrès scientifique.

Eugen Jurzyca (ECR). – Vážená pani predsedajúca, v každej kríze sa objavujú hlasy volajúce po pokusoch riešiť krízové situácie izolacionizmom a protekcionizmom. Také isté návrhy sa objavujú vo verejnej diskusii aj teraz v súvislosti s krízou spôsobenou pandémiu Covid-19. Napríklad v tejto správe ku farmaceutickej stratégii EÚ sa navrhuje relokácia produkcie liekov do Európy a takisto propagácia liekov *Made in Europe*. Myslím si, že tak ako sa pri predchádzajúcich krízach nakoniec ukázalo, že protekcionizmus nie je riešenie, tak sa to ukáže aj teraz. Presun celého dodávateľského reťazca do Európy by výrazne vyzraze predrazil a obmedzil špecializácie aj v oblasti vedeckého pokroku. Skutočným riešením podľa mňa je naopak prehlbenie otvorenosti, spolupráce a súťaže, odbúravanie bariér a diverzifikácia v dodávateľských reťazcoch. Namiesto izolacionizmu, marketingovo niekedy prezývaného aj sebestačnosť.

Marisa Matias (The Left). – Senhora Presidente, a pandemia reafirmou as limitações da atual gestão de cadeias de valor e do acesso a medicamentos e vacinas. Mas a escassez de medicamentos na União Europeia é um problema de longa data e o número de incidentes relacionados com essa escassez tem aumentado nos últimos anos.

Uma estratégia farmacêutica eficiente deve abranger medidas destinadas não apenas a atenuar a escassez de medicamentos, mas também a preveni-la, mediante a análise das suas causas profundas. Deve ainda favorecer a autonomia estratégica, e a segurança do abastecimento deve ser garantida, nomeadamente pela diversificação das cadeias de abastecimento de medicamentos e medicamentos essenciais, incluindo unidades de produção europeias e contratação pública. O acesso equitativo a medicamentos seguros, eficazes e a preços comportáveis é um direito fundamental e a plena concretização deste direito exige uma sociedade que coloque a saúde em primeiro lugar e a investigação e a inovação farmacêuticas guiadas por objetivos de saúde pública.

Não haverá estratégia que funcione enquanto as opções e o poder estiverem nas mãos das multinacionais farmacêuticas.

Στέλιος Κυμπουρόπουλος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, η προηγούμενη στρατηγική για τα φάρμακα και τις επιχειρήσεις μάς έδειξε τον δρόμο, για να μπορέσουμε να δημιουργήσουμε ένα πλαίσιο το οποίο θα δείξει μια Ευρώπη, η οποία γίνεται πρωτοπόρος. Πρέπει από τα συμπεράσματα που έχουμε μάθει το προηγούμενο διάστημα να γίνει οδηγός, έτσι ώστε να μπορέσουμε να ενισχύσουμε την έρευνα, να ενισχύσουμε τους επιστήμονες εκείνους οι οποίοι θέλουν και μπορούν να μείνουν στην Ευρώπη, για να παράγουμε πρωτογενές υλικό για τον υπόλοιπο κόσμο. Και όχι μόνο αυτό. Το επόμενο στάδιο πρέπει να πάει σε αυτά καθαυτά τα φάρμακα. Πρέπει να δείξουμε τον δρόμο, έτσι ώστε να δημιουργήσουμε ένα κοινό πλαίσιο τιμολόγησης, ένα κοινό πλαίσιο το οποίο θα βοηθάει όλες τις χώρες —τα κράτη μέλη— να έχουν μια συνοχή, για να μπορούν να εξυπηρετούν και να υποστηρίζουν τους Ευρωπαίους πολίτες σε όλες τις χώρες.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, liječenje bolesnih je nešto najhumanije što možemo činiti i zato je dobro da podržavamo razvoj farmacije. No farmaceutska industrija je ujedno i jedan od najprofitabilnijih biznisa u svijetu.

Koji je naš glavni cilj – je li to zdravlje ili je to novac? Ako je zdravlje, onda ćemo priznati činjenicu da i cijepljeni prenose virus COVID-a pa ćemo testirati i cijepjene i necijepjene, ako želimo smanjiti prijenos virusa.

Naravno, cjepivo ima svoj učinak, no ne onakav kako su rekli prije godinu dana kad su rekli da će cjepivo zaustaviti pandemiju samo da trebamo imati 70 % cijepljenih ljudi, a danas vidimo velik broj novozaraženih ljudi upravo u državama koje imaju jako puno cijepljenih ljudi. Moramo sagledati te činjenice i redefinirati strategiju, a ne samo raditi pritisak na građane.

Ako je zdravlje cilj, onda trebamo uložiti puno energije i puno novaca u razvoj lijekova, a o tome, nažalost, u ovom izvješću nema riječi. Ako pak je cilj novac, onda se možemo praviti da u proteklih godinu dana ništa nismo saznali. Možemo nametati besmislene COVID potvrde i možemo forsirati obavezno liječenje.

Za što ćemo se odlučiti: za realnost i učinkovitost u borbi protiv COVID-a ili za ignoriranje činjenica, susprezanje ljudskih sloboda i za sukobe?

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, em Portugal, no ano passado, a despesa do Serviço Nacional de Saúde com medicamentos dispensados nas farmácias e nos hospitais públicos superou os 2,7 mil milhões de euros. São números que dizem bem dos interesses que se mobilizam em torno do medicamento.

Recordamos episódios de pressão e chantagem da indústria farmacêutica para a aquisição de medicamentos a preços in comportáveis, o papel que jogou nos atrasos das vacinações à COVID-19, o papel intransigente da UE na defesa dos interesses das multinacionais contra o levantamento das patentes, ou a intenção de uma contratação pública que visa colocar entraves nas opções de aquisição de Estados.

As populações não precisam de uma estratégia que mude muito pouco para garantir que permanecem intocados os lucros astronómicos das multinacionais, privilegiando soluções público-privado ruins.

Uma estratégia farmacêutica ao serviço do direito à saúde impõe soluções de desenvolvimento da produção nacional do medicamento no domínio público, ultrapassando bloqueios administrativos das patentes, dotando cada país de competências na área da investigação e inovação tecnológica, contribuindo para a regulação do setor, nomeadamente a nível de preços.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana potpredsjednice, povjerenice, izjaviteljice, kolegice i kolege, kao posljedica industrijske politike iz prošlosti 40 % lijekova u Europskoj uniji danas dolazi iz trećih država. Istovremeno, 60 do 80 % aktivnih farmaceutskih sastojaka proizvodi se u Kini i Indiji. U takvim okolnostima, dodatno pogoršanim pandemijom, Europska unija izložena je riziku nestašice lijekova. Zato nam treba učinkovita farmaceutska strategija s ciljem da Uniju učinimo otpornom i autonomnom u proizvodnji lijekova i ključne medicinske opreme, koliko god je to moguće i održivo.

Uz to, kao zastupnik koji od početka mandata inzistira na stvaranju europske zdravstvene unije, snažno zagovaram proširenje zajedničke nabave i na lijekove za liječenje raka i rijetkih bolesti. Tako ćemo jačati pregovarački položaj manjih i slabije razvijenih država članica koje nemaju farmaceutske i industrijske kapacitete kao one najrazvijenije i, naravno, postići sniženje cijena. U tom kontekstu, od golemog bi značaja bilo osnivanje Europskog fonda za nabavu lijekova za rijetke bolesti kako bi pacijenti svih država članica imali jednaki pristup ovim, često vrlo skupim, lijekovima.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiama Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, gerbiami kolegos, Europos farmacinė strategija yra ypatingos svarbos dokumentas, turintis potencialą padėti milijonams Europos piliečių. Ilgi metai europinės patirties parodė, kad tik veikdami drauge galime įveikti iššūkius. Vis dar susiduriame su problemomis, kai Europos šalyse prieiga prie sveikatos apsaugos paslaugų, terapijų, gydymų, technologijų ir priežiūros skiriasi dramatiškai. Gyvybės, kurios yra išsaugomos vienose šalyse, deja, dažnai yra prarandamos kitose. Dėl to farmacinė strategija visų pirma turi akcentuoti prieinamumo ir aukšto europinio standarto užtikrinimo sąlygas.

COVID-19 pandemija parodė, kad europiniai bendrieji pirkimai sveikatos apsaugos srityje buvo ypatingai svarbūs. Jie padėjo užtikrinti, kad visose Europos šalyse Europos piliečiai gautų vienodą prieigą prie naujai išrastų COVID-19 vakcinų.

Turime tęsti šią pozityvią praktiką. Europiniai bendrieji medicinos įrangos, priemonių ir vaistų pirkimai gali padėti užtikrinti, kad kiekvienas Europos pilietis galėtų gauti prieinamą ir vienodą pagalbą. Ypatingą dėmesį turime atkreipti į našlaitinius vaistus retoms ligoms, kurie dažnai parduodami ypatingai aukštomis kainomis. Bendrieji pirkimai Europos lygiu padėtų užtikrinti, kad piliečiai, sergantys retomis ligomis, galėtų gauti prieigą prie sveikatos paslaugų bei vaistų.

Europos farmacinė strategija yra svarbus žingsnis link stiprios Europos sveikatos, kuri turi užtikrinti ne tik geresnę tarpvalstybinę sveikatos apsaugą, bet ir europinę aukšto lygio sveikatos apsaugą šalyse narėse nuo kasdieninių sveikatos problemų iki sudėtingų retų ligų, nepamirštant taip pat piliečių, sergančių vėžiu bei širdies kraujagyslių ligomis.

Clare Daly (The Left). – Madam President, the only pharmaceutical strategy worth having is one that places medicines and drugs in public ownership for the benefit of humanity and not the profits of the few. Instead, we have the obscenity of public money being used to fund research, to absorb losses and then, when a successful medicine is developed, a patent is slapped on it, and its production is undertaken to make money for the shareholders who own it rather than to save lives and benefit humanity. Let's be clear: the case of Aspen Pharmacare buying up six critical off-patent cancer drugs with no market alternative, using their monopoly position to drive up prices, blackmailing governments and killing people, wasn't a blip. It is an inevitable consequence of the privatisation of the pharmaceutical industry.

Intellectual property rights should have no place in medicine. We've seen the COVID-19 pandemic yield bumper profits for big pharma, with Pfizer, BioNTech and Moderna receiving EUR 34 billion in pre-tax profits in the last year. We should be concerned that the European Medicines Agency, which approves medicines, relies on those pharmaceutical companies for up to 86% of their funding. It is time to change course. Medicines should be publicly owned for the benefit of all.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst möchte ich unserer Berichterstatterin ganz herzlich zu ihrem exzellenten Bericht gratulieren. Es steht so viel drinnen, liebe Dolors Montserrat, man könnte auf vieles eingehen. Ich finde es klasse, dass der Bericht aus der Patientensicht heraus geschrieben ist, dass Patientenorganisationen zu Wort kommen, dass das Thema *European Health Data Space* ein Thema ist – also vieles, was man ansprechen könnte.

Ich möchte mich auf eine gute und eine schlechte Nachricht konzentrieren. Ich beginne mit der schlechten Nachricht. Viele Kolleginnen und Kollegen haben es angesprochen: Wir sind abhängig von der weltweiten Produktion von Arzneimitteln in anderen Regionen der Welt. Aber die gute Nachricht ist, dass ich glaube, mit einer erfolgreichen und guten Pharmastrategie können wir etwas dagegen tun. Wir können uns strategisch ganz anders aufstellen.

Ich denke, unser Motto muss dabei lauten: diversifizieren, unterstützen, schützen. Wir müssen die Lieferketten diversifizieren. Zum einen sollten wir darauf achten, kritische Medikamente nicht nur von einem oder wenigen Produzenten zu beziehen, sondern wir müssen eben in Europa mehr selbst produzieren bzw. bevorraten.

Zweitens: Wir müssen kleine und mittlere Unternehmen an die Hand nehmen. Sie sind unsere Innovationsmotoren, und sie brauchen Beratung. Sie brauchen wenig Bürokratie, sondern Unterstützung, gerade auch wenn es um klinische Studienfinanzierung geht.

Last, but not least: Patente für Arzneimittel sind wesentlich. Sie setzen die Anreize für Unternehmen, ambitioniert zu forschen und zu entwickeln. Ohne Patentschutz geht es nicht; das hat man gerade in den Biotech-Unternehmen und klassischen mittelständischen Unternehmen wie BioNTech gesehen.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all, I want to thank everyone for the really very important discussion. Many of you have already covered many key aspects of the pharmaceutical strategy for Europe, and I want, at the outset, to say how much I appreciate, in the large part, your support for the strategy's objectives and ambition. I am truly convinced that this strategy will improve patients' access to medicines and facilitate innovation within the EU.

Ms Regimenti, you mentioned innovation. We will be adopting our framework to better promote progress and new possibilities. Ms Weiss, on intellectual property (IP), in the context of this strategy, we are taking a close look at how to further optimise intellectual property incentives to boost innovation, address unmet needs and ensure at the same time market entry and continuous supply.

I want to touch on two points that were raised by Ms Véronique Trillet-Lenoir and Ms Moretti, both of whom mentioned the fact that we need to find the right balance between incentives for innovation and the need for access to affordable medicines, and to say that an impact assessment will be carried out for major changes to the legislative framework, which will inform the policy changes to strike the right balance. With this strategy, we will further support the public-private partnership programmes to boost research.

Ms Moretti, I'm going to quote you because you said that this is a report we can be proud of, and that we need to look at patients' dignity. These really are key elements to the centre of this report. You mentioned a true European Union of health. Ms Metz, we will propose to reform our pharmaceutical legislation to ensure the environmental sustainability of the manufacturing process and to strengthen environmental risk assessment requirements.

I think it was Ms Kopcińska who raised the issue of biosimilars and generics, and I think that this is a very important question since generic and biosimilar medicines can provide patients with accessible and affordable treatments. We envisage to reform the pharmaceutical legislation to better promote competition with such products and remove barriers that delay their timely entry to market, allowing for lower prices and hence improving affordability and access to medicines.

I cannot fail to pick up that I heard some points being raised on points that I had answered in a previous debate here earlier in the afternoon, discussing – or rather disputing – the science and effectiveness of vaccines, and I'm just going to repeat what I said in an earlier debate. The science speaks of the effectiveness of vaccines. They are safe and effective, they protect against loss of life and serious disease, and this is the science that we are basing our strategy on, and on which the European Centre for Disease Prevention (ECDC) will also be publishing its latest risk assessment.

Ms Glavak, yes, we will look at the challenges raised. Mr Luena, you raised a point on the Orphan Medicinal Products Regulation, and I think that this is important because the evaluation of the legislation of medicines for rare diseases in children showed that both legislative instruments have stimulated research and the development of medicines, but that there are also a number of shortcomings. We will be addressing these within the strategy and, with industry, will be looking at the way that we can build across to address the weaknesses that we have seen.

Many of you have raised the importance of innovation and the success of recent months in reaching safe and effective vaccines and that we can do more, and this is our point. I think it was Ms Paulus who raised the importance of the level playing field. I think that this is extremely important in terms of strengthening our cooperation with our international partners to ensure the environmental sustainability of active pharmaceutical ingredients imported from non-EU countries.

Yes, we have taken on board much of what we are learning, and have learnt, from the COVID-19 pandemic, and we have already made some adaptations to our framework, for example by facilitating the way we approve future variant vaccines through post-authorisation changes. As part of the pharmaceutical strategy, we are assessing how these flexibilities can be used in the future, and we will of course make necessary changes in the system where required.

Mr Kypouroupolos, I listened to you very carefully. Yes, we need to create – and that's what we're working towards, dear Stelios – a common framework, and this is exactly what we aim to do.

There were some points raised on where we are now with the pandemic. I will not go back to the discussion, but what I can say is that we are convinced that the EU strategy that we have followed, in terms of safe and effective vaccines available for all citizens of the European Union with equity, has proven to be a success.

Last, but not least, Mr Olekas, on the joint procurement of medicines: yes, it's proved its importance and it's proved its strength. We're already using this in the European therapeutics strategy, and many of you mentioned cancer. Just to let you know that Europe's Beating Cancer Plan is in motion and already has many of the actions that we had aimed for being put in place. Ms Niebler, sound pharmaceutical strategy, diversification and support were your words. Yes, we can do this if we work together.

Finally, there was so much to answer and I'm not sure I covered everything, but I just want to close with a word of thanks to Ms Dolors Montserrat and all the rapporteurs, and to just say that access to medicines is my key priority as Health and Food Safety Commissioner. There should be no first and second-class patients in the European Union. Everyone in the European Union should have access to the same treatments.

The inequalities that we see are simply not acceptable. I am not saying that this is going to be easy and I'm not saying that we're not going to meet challenges, but I am saying that we need to see change. I am also saying that we can all work together, with the Member States and with everyone in this Parliament, and really deliver no more and no less than what European citizens and patients expect from us.

President. – Thank you very much for your very important words and thank you for referring to all the MEPs who have addressed this very important topic, and congratulations to the rapporteur. With this I am closing the debate.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A módosításokról a szavazás holnap lesz, a zárószavazásra pedig szerdán kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – A estratégia farmacêutica é um dos pilares da União Europeia da Saúde e procura garantir o acesso a medicamentos inovadores a preços acessíveis para os doentes; atender a necessidades médicas não atendidas, por exemplo nas áreas de resistência antimicrobiana, cancro e doenças raras; apoiar a competitividade, inovação e sustentabilidade da indústria farmacêutica da UE e o desenvolvimento de medicamentos de alta qualidade, seguros, eficazes e mais verdes; reforçar os mecanismos de preparação e resposta a crises e abordar a segurança do abastecimento; e garantir uma voz forte da UE no mundo, promovendo um elevado nível de qualidade, eficácia e segurança dos medicamentos.

Pretendemos, entre outros aspetos: garantir que os pacientes estão no centro de todas as políticas; salvaguardar o interesse público, nomeadamente quando existe financiamento e incentivos públicos, em termos de acessibilidade, preço dos medicamentos, transparência e rastreabilidade dos investimentos; estabelecer políticas justas de preços e reembolsos, que não comprometam a sustentabilidade dos sistemas de saúde; implementar políticas de propriedade intelectual que coloquem a saúde pública em primeiro lugar; e promover mais concursos públicos conjuntos. Só assim conseguiremos garantir que todos têm acesso aos medicamentos de que necessitam, independentemente da sua doença, idade, localização, ou situação económica.

Edina Tóth (NI), *írásban*. – A koronavírusnak köszönhetően az egészségügy az Európai Unió napirendjének kiemelt helyére került, jelezve ezzel, hogy egy esetleges újabb járvány esetén az eddiginél jobb és gyorsabb megoldásokra van szükség a sikeres válságkezelés érdekében. Üdvözlöm az EP gyógyszeripari stratégiára vonatkozó javaslatát és támogatom a jelentés átfogó célját, egy olyan stratégia kidolgozását, amely hozzájárul a gyógyszerhiány elleni küzdelemhez, a gyógyszerekhez való egyenlő hozzáférés előmozdításához, a biztonságos és megfizethető gyógyszerek európai ellátásának biztosításához, a betegek igényeinek kielégítéséhez és támogatja az európai gyógyszeripar világban betöltött vezető szerepét.

Mindehhez azonban növelni kell az Európai Unió területén a már meglévő gyógyszergyárak kapacitását és új gyártókat kell bevonni a termelési láncba. Ugyanakkor szeretném felhívni a figyelmet arra, hogy a gyógyszergyárak gyártási kapacitásának diverzifikálnak kell lennie, rendkívül fontos a Közép- és Kelet-Európában található korszerű gyártókapacitások bevonása és a know-how ipari partnerségek révén történő megosztása a termelés növelése érdekében.

23. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Elnök asszony. – A következő napirendi pont: Egyperces felszólalások (az eljárási szabályzat 172. cikke).

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, godsdienstonvrijheid neemt wereldwijd toe. Het was dus ook een wijs besluit van de Commissie-Juncker om in 2016 Ján Figel' aan te stellen als speciaal gezant voor de vrijheid van godsdienst wereldwijd. Figel' heeft zijn werk met veel passie en uitstekend verricht. Het lag dus ook voor de hand dat bij het aantreden van de Commissie-Von der Leyen in december 2019 een nieuwe gezant zou worden benoemd, maar – helaas – er gebeurde niets. Onder andere de interfractiewerkgroep van het Europees Parlement inzake de vrijheid van godsdienst of levensovertuiging drong aan op een nieuwe benoeming, maar die kwam pas anderhalf jaar later in de persoon van de heer Stylianides. Tot verbijstering van velen vertrok hij echter alweer na enkele maanden en nu wachten we opnieuw op een speciaal gezant. Het is een blamage dat die er nog niet is, want de nood is groot wereldwijd. Laat mevrouw Von der Leyen daarom deze aanstelling tot chefsache maken, zodat op 1 januari een nieuwe gezant is benoemd.

Lara Wolters (S&D). – Voorzitter, ik denk niet dat het kwade wil is dat het Europees Parlement geen verlofregeling heeft. Ik denk dat het simpelweg niet bij onze Europese voorvaderen is opgekomen dat een volksvertegenwoordiger ook wel eens een jonge vrouw of jongeman zou kunnen zijn die graag bij een pasgeboren kind zou willen zijn. Ikzelf ben deze keer afgereisd naar Straatsburg met mijn zoontje van drie en een halve maand, en ik heb dat gedaan omdat ik het belangrijk vind dat de mensen die op mij hebben gestemd, ook in deze periode vertegenwoordigd worden. Maar alle jonge ouders, of alle ouders waarschijnlijk, zullen weten dat zo'n reis een enorme onderneming is.

Dat brengt mij tot mijn punt. Een lid van het Europees Parlement moet kunnen worden vervangen of zijn of haar stemrecht tijdelijk kunnen overdragen. Ik heb meerdere voorstellen gedaan voor een aanpassing van de Europese kieswet en van de procedureregels hier, en elke keer krijg ik daarvoor brede steun hier in het Europees Parlement, en toch bestaat die verlofregeling nog niet. Dus hier nogmaals mijn oproep in een versimpelde vorm: het is tijd dat we het Europees Parlement de eenentwintigste eeuw in slepen!

Barry Andrews (Renew). – Madam President, I wanted to speak on the huge increase in the number of people being arbitrarily detained in Libya since the beginning of October, described by the UN as potentially a crime against humanity. However, this evening, the Guardian newspaper reports that at least 75 people are feared drowned off the coast of Libya in one of the most shocking incidents so far in the Mediterranean. We must carry our share of blame for this latest tragedy.

Instead of a migration and asylum framework across the EU, we have externalised our migration policy, causing harmful consequences. The consequences are being washed up on the shores of Libya in their hundreds. The consequences are huddled in freezing conditions on the border with Belarus under barbed wire. They are seen in a completely inappropriate aid policy that links funding to controlling migration and that submits to the right-wing mythology that migration can be stopped and should be stopped. These, Madam President, are the natural but avoidable consequences of trying to externalise migration policy and we should hang our heads in shame.

André Rougé (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, en France, plus de 90 % des Guadeloupéens et des Martiniquais sont contaminés par le chlordécone, à l'origine du triste record du monde de cancers de la prostate. Comme pour les algues sargasses et l'accès à l'eau courante, Marine Le Pen a été lanceuse d'alerte sur ce sujet, alors que le président Macron et le gouvernement ont ignoré ce drame sanitaire, engendrant une défiance de la population et contribuant à la colère que nous connaissons aujourd'hui en Guadeloupe.

En plus de la décontamination de l'environnement, des mesures concrètes doivent être prises, dont la mise en place des aides à la reconversion des parcelles contaminées ainsi que la modernisation et le contrôle des sites de production d'eau potable. En application de l'article 168 du TFUE, la Commission européenne doit prendre des mesures pour venir en aide aux Antillais qui ont besoin du soutien de l'Europe et des pouvoirs publics français qui n'ont absolument rien fait à ce jour.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidente, resulta desconcertante que una institución que debería dar ejemplo, como es el Parlamento Europeo, que presume de luchar por los derechos de las mujeres y que, a su vez, se supone, pretende que tengamos una influencia en el mundo de la política, nos obligue, a días de dar a luz, a tener una presencia física para intervenir y votar, algo imposible teniendo en cuenta que hay que viajar.

Expreso mi queja por que una situación tan natural como la maternidad no esté resuelta en esta casa y se nos impida ejercer la responsabilidad política de representar a quienes han depositado la confianza en nosotros. Hay votaciones donde un solo voto es decisivo.

Durante la pandemia se ha encontrado la solución de la participación en línea. Tanto hablar de digitalización y resulta que no se contempla continuar con el uso de esta tecnología en situaciones tan justificadas como el nacimiento de un bebé.

De verdad, clama al cielo que tengamos que pedir que esta incoherencia se subsane.

José Gusmão (The Left). – Senhora Presidente, para o meu país, a União Europeia já foi uma referência do ponto de vista das leis ambientais e já foi um fator de modernização de algumas das atuações das autoridades em Portugal a este nível.

No entanto, esta linha de atuação da União Europeia tem-se degradado cada vez mais. Ao longo deste mandato, fizemos chegar à Comissão inúmeras denúncias sobre vários cursos de água em Portugal, no Rio Ave, na Ribeira de Travassos e outros, que a Comissão sabe constituírem violações da Diretiva-Quadro da Água, e não tivemos nenhuma resposta satisfatória da parte da Comissão. A mesma coisa quando denunciámos atentados no Parque Natural da Ria Formosa ou na bacia hidrográfica do Guadiana, áreas protegidas de interesse comunitário.

A União Europeia continua a ter o discurso, mas tem cada vez menos atuação concreta na proteção destes direitos ambientais e na aplicação deste direito comunitário. Tivesse tanto empenho como tem noutras áreas, como o Direito do Trabalho, em que não tem competência, mas pressiona os Estados-Membros muito além do que a lei lhe permite.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο αντιδραστικός σχεδιασμός της Ευρωπαϊκής Ένωσης μεθοδεύει μισθούς γαλέρας και διαρκή κινητικότητα από κράτος σε κράτος, που προκλητικά η Επιτροπή και οι κυβερνήσεις αποκαλούν «δίκαιη». Η μεταφορά των ανύπαρκτων ασφαλιστικών δικαιωμάτων από χώρα σε χώρα αποσκοπεί στο να διευκολυνθεί το διακρατικό τζογάρισμα των εισφορών των εργαζομένων προκειμένου να πριμοδοτούνται από το δικό τους υστέρημα με εγγυημένα κεφάλαια οι πράσινοι και ψηφιακοί μεγάλοι όμιλοι. Στην Ελλάδα, με την ιδιωτικοποίηση των επικουρικών συντάξεων της Νέας Δημοκρατίας, σε συνέχεια του εκτρώματος Κατρούγκαλου του ΣΥΡΙΖΑ, απαλλάσσονται το κράτος και η εργοδοσία ενώ ο ασφαλισμένος ξέρει μόνο τι εισφορές θα δίνει, αλλά ποτέ πόση σύνταξη θα πάρει. Μόνα δεδομένα η αύξηση των ορίων ηλικίας συνταξιοδότησης, η δραματική μείωση των συντάξεων και οι καθυστερήσεις καταβολής που δεν πληρώνονται με τα χριστουγεννιάτικα φιλοδωρήματα-πενταροδεκάρες, με τα οποία ούτε για αστείο δεν καλύπτονται η ενεργειακή ακρίβεια, οι ανατιμήσεις σε είδη λαϊκής κατανάλωσης και η εκτόξευση των ενοικίων. Οι εργαζόμενοι, με οργάνωση και αγώνα, να διεκδικήσουν να ξηλωθούν όλοι οι αντεργατικοί, αντιασφαλιστικοί νόμοι για αυξήσεις συντάξεων και επιστροφή της δέκατης τρίτης και δέκατης τέταρτης σύνταξης.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážená pani predsedajúca, kolegyne, kolegovia, počas pandémie sme sa všetci viac presunuli do on-line priestoru, čo je priestor, ktorý znižuje náklady, odstraňuje nám mnohé prekážky, vytvára nové príležitosti, ale prináša isté hrozby a tou hrozbou je napríklad ohrozenie bezpečnosti našich detí. Násilie na deťoch v online priestore nemôžeme tolerovať a som rád, že na túto tému sa začínajú viesť mnohé diskusie.

Sám som jednu z nich nedávno zorganizoval a ukázalo sa, že napríklad až zo 6 na 26 % stúpol medziročne počet detí, ktoré majú skúsenosť so šikanou, alebo napríklad až z 36 na 61 % stúpol počet detí, ktoré majú skúsenosť so sexuálnym obsahom. To sú alarmujúce čísla a zneužívanie na internete je naozaj vážna citlivá téma. Myslím si, že každý si musí uvedomiť svoj diel zodpovednosti za to, aby sme od neho deti uchránili. Osobitne poskytovatelia služieb si musia túto svoju zodpovednosť uvedomiť. Ide o to, aby sme vytvorili online priestor, ktorý je bezpečný pre všetkých a najmä pre naše deti. Je to aj o nástrojoch na odhaľovanie páchatel'ov a, čo je rovnako dôležité, aj na prevenciu.

Inma Rodríguez-Piñero (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, intervengo para poner de manifiesto la problemática de los cítricos valencianos, un sector de gran importancia para mi comunidad, para España y para la Unión Europea.

Valencia es la principal región exportadora de la Unión, con una facturación de más de 2 000 millones de euros anuales que da empleo a 250 000 familias. Sin embargo, su competitividad y rentabilidad y, por ende, la subsistencia de cientos de miles de personas peligran por la falta de reciprocidad en las exigencias fitosanitarias y por la inadecuada implementación de determinados acuerdos comerciales como el de Sudáfrica.

La Unión Europea no defiende a sus productores de cítricos cuando no exige el tratamiento en frío a las importaciones de Sudáfrica para impedir la entrada de la falsa polilla —una de las plagas más temidas por los citricultores—, tratamiento que es exigido por Estados Unidos y por China y que la Agencia Europea de Seguridad Alimentaria —como muy bien sabe, señora comisaria— recomienda con contundencia por razones de seguridad vegetal y medioambiental.

Y la Unión Europea tampoco defiende a sus productores cuando consiente los efectos distorsionadores derivados del fuerte incremento de las importaciones de cítricos cuando comienza la temporada europea.

Por todo ello, pido el tratamiento en frío para las importaciones de Sudáfrica y que los cítricos sean declarados productos sensibles, como hace el Gobierno de España, el Gobierno valenciano, el conjunto del sector y, desde luego, esta eurodiputada.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, in the wake of the COVID-19 pandemic, the economic measures that were taken by the European Union, the European Central Bank and the European Investment Bank, and national governments, did stave off a crisis. But there's no doubt we are now in another wave of the COVID-19 pandemic, and this is going to put huge pressure on public finances across the European Union in Member States.

In particular, the activation of the general escape clause was very welcome because it allowed Member States to borrow more than they would have anticipated, to stave off that particular risk of a recession and also to invest in public health care. But we're now in a situation where the European Central Bank is talking about unwinding the pandemic emergency purchase programme, which expires next March, and also the asset purchase programme.

On top of that, the pressures that are now coming to bear in terms of inflation leads me to believe that unless the Commission itself has a very strong plan on how it is going to unwind from the support that's out there at the moment, some economies will be put under huge pressure. We have to be very conscious of that, and make sure we have a plan in place to assess Member States individually rather than with a broad-brush stroke when they're deactivating the general escape clause.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, ik wil eveneens de aandacht vragen voor het feit dat we nog steeds zitten te wachten op de nieuwe EU-gezant voor de godsdienstvrijheid, want de facto zitten we nu al twee jaar met de vacature. De vier maanden dat Christos Stylianides deze functie bekleedde, kunnen we eigenlijk niet meetellen. Die vier maanden hadden meer het karakter van een zomerstage, waarbij hij zelfs aan inwerken niet is toegekomen.

Voorzitter Von der Leyen schreef mij onlangs dat de herbenoeming van de EU-gezant haar volle aandacht heeft. Mooie woorden, maar ik merk er in de praktijk heel weinig van. De Commissie is wel in staat om binnen enkele weken een gezondheidsdienst van honderden medewerkers op te tuigen, maar de benoeming van één enkele EU-gezant, dat duurt maar en dat duurt maar ... Mijn dringende oproep aan de Commissie is dan ook: kijk eens om je heen, en zie hoe wereldwijd de geloofsvervolgung toeneemt, kom snel met een EU-gezant, echt snel, en zorg voor substantiële ambtelijke ondersteuning!

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, nos últimos 30 anos, em Portugal, perderam-se 400 mil explorações agrícolas, sobretudo pequenas e familiares, e 700 mil postos de trabalho.

A superfície agrícola útil reduziu, a concentração da produção e o aumento da área média das explorações acentuou-se. Os pequenos e médios agricultores e a agricultura familiar enfrentam uma situação económica dramática com o aumento dos custos da produção, o esmagamento dos preços à produção e a expressiva redução dos rendimentos.

Este é um retrato que resulta de décadas de política agrícola comum, é o grande agronegócio da produção super-intensiva que fica com a fatia de leão da PAC. A revisão da PAC, que votaremos e que rejeitaremos, não muda o essencial nem responde aos problemas com que a agricultura nacional se confronta, mantendo as inaceitáveis desigualdades na distribuição das verbas e acentuando o favorecimento da concentração da propriedade e da atividade agrícola.

Outra política agrícola é necessária que assegure a soberania alimentar, valorize a pequena e média produção e garanta justos rendimentos ao produtor.

Eugen Tomac (PPE). – Doamna Președintă, doamna comisar, vreau să aduc în actualitate o temă care mă preocupă profund și cred că este de datoria Parlamentului European să tragă un semnal de alarmă. În plină criză de sănătate asistat cum cetățenii Uniunii Europene au fost expuși unui val de dezinformare fără precedent. Cetățenii noștri sunt vulnerabili și tocmai de aceea trebuie să pregătim un mecanism de rezistență la dezinformare. Copiii noștri au nevoie de instrumente moderne pentru a putea face față acestei avalanșe de informații false, în condițiile în care politicieni populiști, actori statali precum Rusia, dezinformează în mod constant cetățenii Uniunii Europene. Trag acest semnal de alarmă pentru că mâine poate fi prea târziu.

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, A Mariña de Lugo, del norte de Galicia, mi región, está sufriendo graves problemas industriales, a veces, por el abandono de las propias políticas del Gobierno regional y, otras veces, por la desidia y por el aprovechamiento de recursos y de la fuerza laboral que hacen algunas empresas de la gente de esa zona de Galicia.

Yo vengo aquí y quiero reivindicar que, desde la Unión Europea y desde la Comisión Europea, seamos más vigilantes en las ayudas que se les dan a determinadas empresas para poner en marcha iniciativas que luego son abandonadas a pesar de haber recibido fondos europeos. Creo que eso es intolerable, porque se está jugando con la vida y las expectativas de trabajo de cientos de mujeres y de hombres de esa comarca de Galicia.

Pido también que seamos serios durante esta transición ecológica industrial y reclamemos que las industrias europeas obtengan también sus materias primas aquí, en Europa.

Pero, sobre todo, seamos estrictos con las ayudas que se dan a las empresas en esta zona de Galicia.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamna Președintă, suntem în al patrulea val pandemic, încercăm să ne adaptăm și să susținem statele membre, iar în cele mai multe cazuri acest ajutor din partea Uniunii Europene este ceea ce au nevoie țările noastre, țările Europei – medicamente, echipamente, vaccinuri –, așa cum este și cazul țării mele, România, și vă mulțumesc, doamna comisar, pentru tot efortul pe care l-ați făcut în ultimele săptămâni de a ajuta țara mea.

Viața noastră merge mai departe, într-un fel sau altul, cu adaptări, schimbări majore, dar trebuie să recunoaștem că este un domeniu care are extrem de mare nevoie de ajutor, învățământul. Sunt mii de copii, mai ales în regiunile mai sărace, în zonele îndepărtate, cărora de mai bine de un an de zile li se cere să facă școală online. Sunt mii de copii în Uniunea Europeană care de la începutul pandemiei nu au acces la educație. Cred că această situație trebuie abordată de la nivel european. Trebuie să găsim soluții împreună pentru a nu sacrifica o generație întreagă.

Gunnar Beck (ID). – Madam President, Stephan Harbarth, the President of the German Constitutional Court recently declared Poland fell short of German rule of law standards. Moreover, the Polish judiciary was not independent.

Two comments – first, Poland's top court has questioned the supremacy of EU law over national constitutions, a position which is exactly that of Germany's top court, except the German judges wilfully ignore any EU treaty violation, and the German government tells them to.

Second, the federal government effectively controls the appointment of all top judges in Germany, who are often signed up members of political parties. Harbarth himself is a former deputy leader of Merkel's party and will now decide complaints involving laws he himself advocated. While the judge rapporteur of the recent pro climate rescue judgment is close to the Greens and married to a green politician. Perhaps, I conclude, Poland should not match German standards.

Charlie Weimers (ECR). – Madam President, 'you Europeans care more about protecting endangered frogs than about us endangered Christians' – these words were uttered to me when I met the Syrian Orthodox bishop of Mosul at the height of the ISIS offensive in Iraq. Of course, his community has sunk from 1.5 million to about 200 000 people in just 15 years. So, for him to see how the EU just stays passive and silent is a sheer provocation.

It took the Commission two years to appoint a special envoy for religious freedom of belief, and now the position is again vacant. While we have experienced the terrorist attacks in Sri Lanka, the Rohingya in Myanmar, the Uyghurs in China, the slaughter of Christians in Nigeria, how much more time will it take, Commissioner, before you appoint a special envoy?

Mick Wallace (The Left). – Madam President, in June 2018, an attempt was made to secretly alter, and then publish, a doctored version of the original interim report of the Douma OPCW fact-finding mission in Syria. We had the leaked reports through WikiLeaks and we can compare them side by side. In March 2019, the OPCW published a final report, which concluded there were reasonable grounds to conclude the alleged chemical weapons attack had occurred.

Two OPCW scientists involved with the OPCW investigation raised serious concerns about its scientific objectivity and accuracy, whilst eminent figures called for a reinvestigation of the alleged Douma attack. The whistle-blowers have been side-lined, their concerns brushed aside, ignored and misrepresented by the Director-General of the OPCW, Fernando Arias, when challenged on the matter, and misrepresented by mainstream media across Europe.

This is not disinformation. Everything I have referenced is accompanied by official documentation that can be found at berlingroup21.org. As long as this scandal remains unaddressed by the OPCW, the integrity of a body that is really significant remains in question.

Peter Pollák (PPE). – Vážená pani predsedajúca, vážení kolegovia, kolegyne, šírenie klamstiev, dezinformácie a hoaxov na internete, najmä na sociálnych sieťach, je hrozbou, ktorá mení svet. Sociálne siete už dávno nie sú len o nadväzovaní kontaktov, o šírení informácií a dokonca nie sú už ani o zábave. Poloprávdy, lži, ktoré sa šíria neuveriteľnou rýchlosťou celým svetom, destabilizujú spoločnosť a vyvolávajú chaos. Sociálne médiá na jednej strane vyrábajú aj prostredníctvom šírenia poloprávd a lží enormné množstvo zisku, na druhej strane sú v porovnaní s tradičnými médiami de facto nepostihnuteľné. Ak by ktorékoľvek tradičné médium dnes šíriло informáciu, že liekom na zničenie akéhokoľvek vírusu v tele je pitie či dokonca vnútrožilové podanie dezinfekčného čistiaceho prostriedku, na druhý deň by toto médium, tradičné médium, čakala žaloba. Sociálnym médiám však toto nehrozí. Bez akýchkoľvek problémov šíria informácie, ktoré výrazným spôsobom ohrozujú životy, zdravie či majetky bežných ľudí bez toho, aby čelili zodpovednosti. Je načase prestať hovoriť o regulácii dnes neregulovaných sociálnych médií a začať konať, kým nie je neskoro.

Tsvetelina Penkova (S&D). – Madam President, thank you to the Commissioner for being here. We are in the middle of the economic and social crisis now, and I don't think we speak enough about the European SMEs, which are the driving force of the European economy because they represent about more than 60% of the EU GDP and more than 100 million jobs. So they're responsible for our economic and social integrity.

The current crisis is still not over, and the European small businesses need immediate measures in order to prevent any further negative effects happening to our economy. Any future legislative proposal should focus on reducing administrative burden and providing liquidity and better financing. And, last but not least, we have to help the EU SMEs from all over the Member States to work together and to cooperate, in order to cope with upcoming changes and still to remain competitive on the global economic market.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovana predsedavajuća, poštovani kolege, kao što je rekao kolega Weimers, gotovo smo svakodnevno šokirani vijestima o ubojstvima i progonima ljudi zbog njihove vjere i to čak iz zemalja koje imaju poprilično jake ekonomske i političke odnose s Europskom unijom.

Vjera značajno pa i ključno oblikuje identitet mnogih ljudi, a pravo na slobodno ispovijedanje vjere jedno je od osnovnih postulata ljudskih prava, među najvećim civilizacijskim dostignućima europskog kontinenta.

Europskoj komisiji je trebalo dvije godine da imenuje osobu na upražnjeno mjesto posebnog izaslanika za slobodu vjeroispovijesti i vjerskih uvjerenja i to je Komisija učinila ljetos. No imenovani dužnosnik je napustio mjesto već koncem ljeta zbog odlaska na drugu dužnost i sad je već nekoliko mjeseci to mjesto opet upražnjeno.

Ne smijemo sami rušiti vlastite standarde demokratičnosti i pluralizma te okretati glavu od ljudi koji su progonjeni i diskriminirani zbog svoje vjerske pripadnosti. Dakle i ja pozivam Komisiju da što prije imenuje posebnog izaslanika za vjerske slobode.

Clare Daly (The Left). – Madam President, during the pandemic, Amazon became a trillion-dollar corporation with record profits and a revenue higher than the GDP of 133 countries. They pay close to 0% tax, so check their warehouse workers to inhumane conditions, tyrannically denying them the right to join a trade union. Meanwhile, their activities dump millions of metric tons of CO₂ into the atmosphere every year, while its data centres cannibalise entire country's energy budgets and consume our water supplies. It's always the same: Amazon profits forever and never pays for the social or environmental costs. Well that will change.

This Friday, the 26th, Black Friday is a global day of action in the campaign to make Amazon pay. All over the world, a growing movement of activists and workers in factories and cargo facilities, oil refineries, warehouses and data centres will strike and demonstrate together, to force Amazon to pay for its environmental and social consequences. This movement is needed, all power and solidarity to them this Friday.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana potpredsjednice, osnivanjem Odbora za borbu protiv raka Europski parlament istaknuo je važnost ove teme za budućnost EU-a. Procjenjuje se da će 2021. biti dijagnosticirano 2,7 milijuna novih slučajeva, da će 1,3 milijuna ljudi umrijeti od raka na razini Unije. Ove brojke pokazuju goleme razmjere problema koji je pred nama.

Rad Odbora doprinos je stvaranju zajedničkog okvira za liječenje raka te je on izraz naše solidarnosti, ali i naše odgovornosti za dobrobit građana diljem Unije. Pri izradi izvješća Odbora, pored jačanja prevencije, kao prioritet bih istaknuo rješavanje problema nejednakog pristupa kvalitetnom liječenju raka. To se može postići jačim ulaganjem europskih kohezijskih sredstava u zdravstvenu infrastrukturu i radnu snagu, olakšavanjem pristupa vrhunskoj zdravstvenoj zaštiti u drugim državama članicama te zajedničkom nabavom koja će smanjiti cijene i omogućiti svim pacijentima u EU-u pristup najnovijim lijekovima pod jednakim uvjetima.

Odavde moramo poslati vrlo jasnu poruku: u Europskoj uniji ne smije biti građana prvog i drugog reda.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, en este Pleno del Parlamento Europeo votamos el resultado del acuerdo entre el Consejo y el Parlamento Europeo sobre el presupuesto para 2022.

Destaco una aportación de clara impronta socialdemócrata: el incremento en 211 millones de euros de la partida, inicialmente consignada en 500 millones de euros, para el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea.

Quiero compartir con este Parlamento Europeo una prioridad absoluta: la reparación de los daños causados por el volcán de La Palma, cuando suma más de sesenta días en erupción, porque —la razón habla por sí sola— el volcán suma todos los supuestos del Fondo de Solidaridad, inicialmente diseñado para terremotos, incendios, estragos, destrucción de infraestructuras.

Todo lo ha hecho el volcán, y el dinero europeo debe servir para la reparación de infraestructuras dañadas, equipamientos, energías y aguas, y centros escolares y médicos destruidos por la lava.

Por ello, la solidaridad europea debe sumarse a la solidaridad del Gobierno de Canarias y del Gobierno de España y debe hacerlo cuanto antes, eliminando cualquier barrera o traba burocrática que pueda impedir que la ayuda llegue cuanto antes, porque a los damnificados del volcán de La Palma que nos miran y nos interpelan, la Unión Europea debe responder de manera eficaz y, sobre todo, inmediata.

Elnök asszony. – Innen is szolidaritásunkat fejezzük ki. Nekem mint alelnöknek még nem volt alkalmam, hogy együtérzésemet fejezzem ki az ezeket a tragédiákat átélt családok sorsai iránt. Köszönöm, hogy ezt felhozta.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, тази седмица за съжаление се случиха още няколко неща, които могат да разколебят вярата на европейските граждани в този Съюз, и които са повод за съжаление заради лицемерието, което носят. Така например през последната седмица, подкрепяни от турския диктатор Ердоган войски нападнаха арменски войници съвсем близо до столицата Ереван. Някои от тях бяха ранени, други пленени, други убити. Това нападение не беше отразено никъде. Тук няма декларации, няма зов за подкрепа, няма симпатия, няма хора, които да си късат ризите и да пазят човешките права, като например каквото се случва всеки път, когато някой настъпи някое мушкато някъде. Такова нещо не се случи и това е лицемерие и двоен стандарт.

Другото нещо, което е изключително тревожно, е продължаващото настояване на тази зала българското общество да бъде унижено и да приеме опит за нарушаване и унищожаване на човешки права на хората в Република Северна Македония, които се определят като българи. Тук просто продължава negliжирането на техните права и това е срам за всички, които се определят като защитници на тези права, особено тези колеги от лявата част на залата.

Cristian Terheş (ECR). – Madam President, dear Commissioner, the protection of the fundamental freedoms and rights of every person is the foundation of the European project and the reason for the EU's existence. The founding fathers of this European project, like Schuman and Adenauer, envisioned a Europe where the governments and bureaucrats would work for the people, not against them, not to control them, as happened in the Soviet Union.

Under the leadership of Ursula von der Leyen, unfortunately, the European Union is transitioning from a democracy to a tyranny, and the Green Certificate is proving this. From a Union in which decisions are taken as openly as possible and as closely as possible to the citizens, as the EU treaty says, we are now seeing the EU becoming less transparent, with important decisions being taken behind closed doors or far away from the people. The contracts signed between EU and the vaccination companies are proving this. Since we have the Commissioner here, I am openly asking her to fully publish all the contracts signed between the European Union and these vaccination companies so the EU citizens, as well as us MEPs, will know exactly what they contain.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Madam President, two years ago, the world was informed that COVID-19 had been newly discovered and was making people very sick in the city of Wuhan in China. In the meantime, the entire world is still suffering under the pandemic, causing the deaths of over five million people.

But how did this virus come into the world? The only thing we really know is that it originated in Wuhan. The next question is, and there are indications for this, is whether it was caused by an accidental lab leak in the Wuhan Institute of Virology, where we know they were conducting this type of research, including gain of function.

Colleagues, if we want to avoid a new pandemic, we need to evaluate. However, the European Commission refuses to investigate the origins of COVID-19, so it is up to the Parliament to stand up. Therefore, I call on all groups to support the ECR proposal to establish a special committee on the origins of COVID-19 and the EU funding of the Wuhan Institute of Virology.

Elnök asszony. – A napirendi pont ezzel lezárul.

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Elnök asszony. – A napirendet közzétették, az Európai Parlament honlapján elérhető.

25. Schluss der Sitzung

(Az ülést 22.59-kor rekesztik be)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5535

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. NOVEMBER 2021

(C/2024/5535)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 22. bis 25. November 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Gemeinsame Agrarpolitik: Unterstützung der von den Mitgliedstaaten zu erstellenden und durch den EGFL und den ELER zu finanzierenden Strategiepläne – Gemeinsame Agrarpolitik: Finanzierung, Verwaltung und Überwachung – Gemeinsame Agrarpolitik: Änderung der GMO-Verordnung und weiterer Verordnungen (Aussprache)	3
3. Abstimmungsrunde	37
4. Wiederaufnahme der Sitzung	38
5. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 21./22. Oktober 2021 (Aussprache)	39
6. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	51
7. Lage in Belarus und an seiner Grenze zur EU und die sicherheitspolitischen und humanitären Folgen (Aussprache)	51
8. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung)	69
9. Verurteilung von Polizeigewalt gegen Roma in der EU (Aussprache)	69
10. Politik und Gesetzgebung für legale Migration (Aussprache)	76

Inhalt	Seite
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	86
12. Haushaltsverfahren 2022 — gemeinsamer Entwurf (Aussprache)	86
13. Wiederaufnahme der Sitzung	96
14. Multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der 12. WTO-Ministerkonferenz vom 30. November bis zum 3. Dezember 2021 in Genf (Aussprache)	96
15. Lage in Bosnien und Herzegowina (Aussprache)	106
16. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	115
17. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	115
18. Tagesordnung der nächsten Sitzung	115
19. Schluss der Sitzung	115

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. NOVEMBER 2021

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Víci President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 9.00)

2. Gemeinsame Agrarpolitik: Unterstützung der von den Mitgliedstaaten zu erstellenden und durch den EGFL und den ELER zu finanzierenden Strategiepläne – Gemeinsame Agrarpolitik: Finanzierung, Verwaltung und Überwachung – Gemeinsame Agrarpolitik: Änderung der GMO-Verordnung und weiterer Verordnungen (Aussprache)

President. – Good morning, colleagues, the sitting is open.

The next item is the joint debate on

— the report by Peter Jahr, on behalf of the Committee on Agriculture and Rural Development, on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing rules on support for strategic plans to be drawn up by Member States under the Common agricultural policy (CAP Strategic Plans) and financed by the European Agricultural Guarantee Fund (EAGF) and by the European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD) and repealing Regulation (EU) No 1305/2013 of the European Parliament and of the Council and Regulation (EU) No 1307/2013 of the European Parliament and of the Council (COM(2018)0392 - C8-0248/2018 - 2018/0216(COD)) (A8-0200/2019),

— the report by Ulrike Müller, on behalf of the Committee on Agriculture and Rural Development, on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on the financing, management and monitoring of the common agricultural policy and repealing Regulation (EU) No 1306/2013 (COM(2018)0393 - C8-0247/2018 - 2018/0217(COD)) A8-0199/2019, and

— the report by Eric Andrieu, on behalf of the Committee on Agriculture and Rural Development, on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulations (EU) No 1308/2013 establishing a common organisation of the markets in agricultural products, (EU) No 1151/2012 on quality schemes for agricultural products and foodstuffs, (EU) No 251/2014 on the definition, description, presentation, labelling and the protection of geographical indications of aromatised wine products, (EU) No 228/2013 laying down specific measures for agriculture in the outermost regions of the Union and (EU) No 229/2013 laying down specific measures for agriculture in favour of the smaller Aegean islands (COM(2018)0394 - C8-0246/2018 - 2018/0218(COD)) A8- 0198/2019.

I would like to announce to all colleagues that, as per previous sessions, there will not be a catch-the-eye procedure and blue cards will not be accepted, and also, as we have had in previous discussions, we will have colleagues who will connect from Parliament offices in the Member States. Also we will remind all colleagues that the speeches will be given from the central rostrum and, therefore, once you are approached please get to the point so that we can proceed smoothly.

Peter Jahr, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein wichtiger und auch ein guter Tag für die europäische Agrarpolitik, besonders auch für unsere Landwirte.

Zweieinhalb Jahre Beratungszeit, unzählige *shadow meetings*, Abstimmungsrunden, manche auf der Autobahn im Auto, manchmal habe ich geschwitzt, manchmal habe ich gefroren – nicht nur wegen dem Inhalt, sondern weil die klimatischen Bedingungen so waren. Ein Trilog wäre fast gescheitert – dazu Covid-19. Es hätte genügend Gründe gegeben, nicht zu liefern oder nicht pünktlich zu liefern. Aber das Gute: Wir, das heißt die Kommission, der Rat und das Parlament, haben uns geeinigt; das heißt, wir können liefern.

Denn es geht hier nicht nur um einen politisch-intellektuellen Streit. Es geht letztendlich um unsere Landwirte. Es geht um Versorgungssicherheit. Ja, es geht auch um 45 Milliarden Euro Fördermittel pro Jahr für unsere europäische Landwirtschaft. Und deshalb war es wichtig, pünktlich zu liefern.

Und zu Beginn noch etwas Tröstliches an meine Kollegen, die nicht ganz zufrieden sind mit der Reform: Jeder kennt das, der mal ein Buch geschrieben hat oder schreiben musste. Bei manchen ist es die Diplomarbeit, bei manchen war es die Doktorarbeit. Jeder hat am Ende das Gefühl, man hätte noch etwas besser machen können. Ja, das stimmt. Mir geht es da auch so. Aber wir wissen, wie das ist. Wir kennen ja auch den Spruch von den ewigen Doktoranden: Wer ständig am Ende der Meinung ist, er will etwas besser machen, kommt da nie zum Ende.

Und deshalb ist es wichtig: Wir wollen eine Agrarreform verabschieden, und wir wollten nicht eine Agrardebatte auf Lebenszeit. Deshalb war es wichtig, auch Kompromisse zu finden. Unsere Aufgabe war es, eine schlüssige Reform pünktlich auf den Tisch zu legen. Das haben wir geschafft. Ich empfehle Ihnen ganz einfach auch die Zustimmung. Die Reform ist innovativ. Sie ist umweltgerechter. Sie enthält eine Umverteilungskomponente von großen zu kleinen Landwirten. Sie betrachtet den Landwirt als *businessman*. Wir haben die soziale Dimension eingearbeitet, und die Mitgliedstaaten erhalten mehr Gestaltungsspielraum.

Und ich sage noch einmal: Das eigentlich Innovative an dieser Reform ist das sogenannte *delivery model*. Das heißt, die Mitgliedstaaten müssen mittels Indikatoren abrechnen, ob oder wie die europäische Agrarpolitik sich entwickelt. Dadurch entstehen Zahlenreihen, es entstehen de facto statistische Beweise. Wir haben Ergebnis-, Wirkungs-, Auswirkungsindikatoren, darunter 33 Ergebnisindikatoren, die sanktionsbelegt sind. Das heißt, wir brauchen keine Rechtfertigung durch den Europäischen Rechnungshof oder von selbsternannten Agrarexperten. Wir können den Erfolg oder auch den Misserfolg der europäischen Agrarpolitik nachweisen. Und wer das kritisiert, der hat vielleicht Angst, dass er irgendwann mal von seinen eigenen Vorurteilen Abschied nehmen muss. Vielleicht tritt etwas ganz Anderes ein, als er bisher behauptet hat – zumindest haben wir die Möglichkeit, das nachzuweisen.

Und das ist für mich der größte Reformschritt seit der MacSharry-Reform 1992: Wir stellen um auf ein *delivery model*. Wir stellen um, wenn man so will, auf eine beweisorientierte Agrarpolitik. Und sie ist auch umweltgerechter: 25 % der Direktzahlungen werden für ökologische Maßnahmen verwendet. Das ist einmalig, das hatten wir noch nie. Natürlich kann es mehr sein, es kann immer mehr sein, aber wir sollten erst einmal mit diesen 25 % umgehen, verbunden natürlich auch mit den Freiheitsgraden zu den Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten erhalten mehr Freiheitsgrade. *One fits all*, haben wir gesagt, funktioniert nicht.

Und die Kollegen, die das kritisieren? Die sind vielleicht zerfressen von Misstrauen in die Mitgliedstaaten. Ich habe das nicht. Ich denke, verbunden mit dem *delivery model* sind unsere Mitgliedstaaten in der Lage, die Dinge ordentlich umzusetzen.

Was vielleicht übrig bleibt, was mich noch beschäftigt, wo ich selber unzufrieden bin: Stichwort Entbürokratisierung. Aus meiner Sicht: Wie es so ist, in der Endphase werden Kompromisse ausgehandelt, da muss man Lösungen finden, aber die Entbürokratisierung blieb dabei unterbelichtet.

Hier habe ich wieder Hoffnung auf die Mitgliedstaaten. Ich sage den Mitgliedstaaten: Ihr müsst umsetzen – ein *delivery model*. Ihr müsst liefern. Ihr entwickelt die nationalen Strategiepläne. Ihr entscheidet, welche Maßnahmen für die Landwirte gelten. Und es ist nicht verboten, es auf einfache Weise zu machen. Und ich wünsche mir von den Mitgliedstaaten einen Wettbewerb zur Entbürokratisierung.

Deshalb noch einmal zusammenfassend: Bitte, im Endeffekt im Interesse der europäischen Landwirte, im Interesse der Versorgungssicherheit, im Interesse der Umwelt, stimmen Sie der Reform zu! Die ist gut, die ist innovativ, und, wie gesagt, wir haben noch viel zu tun. Bei der nächsten Reform entwickeln wir das weiter und machen alles besser. Und noch einmal vielen Dank für die Mitarbeit an unsere Kollegen, an den *staff*.

Und als letztes Argument, weil ich gerade Christophe Hansen vor mir sehe: Noch nie haben wir eine Agrarreform so eng verbunden mit dem Umweltausschuss beraten. Das gab es noch nie, und das kann auch Mut machen für die Zukunft. Auch mit dem Umweltausschuss kann der Agrarausschuss Kompromisse finden. Nochmal vielen Dank, und ich bitte nochmals um Zustimmung am heutigen Tag für die Reform.

Ulrike Müller, *Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute hier zusammengekommen, um den gesetzlichen Rahmen für die Gemeinsame Agrarpolitik von 2023 bis 2027 zu beschließen. Der vorliegende Vorschlag, den ich für das Parlament ausgehandelt habe, ist das Ergebnis vieler Monate intensiver Verhandlungen mit dem Rat. Und dieser Vorschlag ist mehr als nur ein Schritt in die richtige Richtung hin zu einer leistungsorientierten, transparenten und effektiveren Agrarpolitik in Europa. Meine Fraktion und ich stimmen deshalb für diesen Vorschlag.

Kurz zur Erklärung: Die heutige Entscheidung betrifft 10 Millionen landwirtschaftliche Betriebe in der Union, davon 8,5 Millionen bäuerliche Familienbetriebe, 27 nationale Verwaltungen in den Mitgliedstaaten und 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die Planungssicherheit und Rechtssicherheit brauchen, die hochqualitative Lebensmittel, lebenswerte ländliche Räume und eine klima- und umweltverträgliche Erzeugung und Vermarktung wollen.

Bevor ich zu den Details komme, möchte ich die offensichtliche Frage stellen: Warum erst jetzt? Warum dauert es dreieinhalb Jahre vom Vorschlag der Kommission bis zur heutigen Abstimmung? Der Vorschlag der Kommission wurde acht Monate zu spät vorgelegt. Diese Verzögerung hat eine Abstimmung während des letzten Mandats unmöglich gemacht. Das ist unverantwortlich. Ich richte deshalb den dringenden Appell an Sie, Herr Kommissar, den nächsten GAP-Vorschlag zeitgerecht vorzulegen! Greifen Sie für einen dauerhaften Prozess der Weiterentwicklung auf die Expertise dieses Parlamentes zurück, Herr Kommissar! Wir als die direkt gewählten Volksvertreter wissen, was vor Ort funktioniert und was nicht.

Gerade die COVID-19-Pandemie zeigt uns allen jeden Tag die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit unserer Betriebe. Sie gewährleisten unsere tägliche Versorgung mit den besten und den sichersten Lebensmitteln, die wir jemals hatten. Diese Versorgungssicherheit kommt nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis des unermüdlichen Einsatzes unserer Landwirtinnen und Landwirte und aller im Nahrungsmittelsektor Arbeitenden. Gerade die rasant steigenden Energiepreise und die politischen Weichenstellungen im Bereich der *Farm-to-Fork*— und der Biodiversitätsstrategie führen zusammen mit der aktuellen Lage am Markt zu einem erhöhten Kostendruck, der die Produktionssicherheit in Frage stellt und die Betriebe in Existenzangst versetzt.

Gleichzeitig steht auch die Landwirtschaft in der Pflicht, den Übergang zu einem klimaneutralen Europa bis 2050 mitzugehen. Dabei möchte ich darauf verweisen, dass heute schon mehr als die Hälfte der Kohlendioxidemissionen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft auf Faktoren zurückzuführen sind, die nichts mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit zu tun haben. Deshalb ist mein Ansatz, in der neuen GAP Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu vereinbaren. Die nationalen Strategiepläne erlauben mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten und somit das Ende des „*one size fits all*“. In die laufende Erstellung der Pläne müssen die Landwirtschaft und die Bevölkerung in den ländlichen Räumen aktiv einbezogen werden.

Der zentrale Punkt des GAP-Vorschlags ist aber die Einführung des *new delivery model*. Die Einführung eines ergebnisorientierten Berichts- und Kontrollsystems ist die eigentliche Innovation dieser verkürzten Programmperiode. Erst dadurch werden die *Eco-schemes* zu einem erfolgsversprechenden Instrument der nationalen Strategiepläne. Es ist gleichzeitig ein Schritt weg von einer simplen Zahlenspielerlei zu einer echten Bewertung der Ergebnisse des einzelnen Landwirts. Damit wird die Legitimität der öffentlichen Mittel für die Landwirtschaft entscheidend gestärkt.

Dieses neue System bedingt aber auch eine grundlegende Vereinfachung des Berichtswesens. Es müssen keine detaillierten Kontrollberichte mehr nach Brüssel gereicht werden – ein funktionierendes *Governance*-System ist auch ausreichend. Das *single audit* kommt voll zur Anwendung. Doppelprüfungen entfallen.

Da im neuen Leistungsmodell die Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung für die Kontrolle tragen werden, haben wir für einen stärkeren Schutz bei Missbrauch der EU-Gelder gesorgt. Wir haben klare Strukturen mit klaren Zuständigkeiten geschaffen.

Bezüglich der viel diskutierten Frage der Transparenz haben wir dafür gesorgt, dass Informationen über die tatsächlichen Bezieher der GAP-Gelder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ich bin stolz, heute diese grundlegende Neuorientierung mit mehr Verantwortung für die Mitgliedstaaten, mehr Leistungsbezug für die Landwirte und mehr Transparenz vorlegen zu können.

Allen Kritikern dieses Vorschlags innerhalb und außerhalb dieses Hauses, den Vereinen, NGO und Verbänden: Ihnen allen muss klar sein: Wer gegen diesen Vorschlag stimmt, der ist für die Beibehaltung des Status quo. Deshalb sage ich ganz klar: Ich stimme für diesen Vorschlag, und ich werde ab sofort daran arbeiten, diese neue, leistungsorientierte und transparente Agrarpolitik umzusetzen und kritisch zu begleiten.

Ich möchte mich heute auch ganz ausdrücklich bei meinen Kollegen, den Schattenberichterstattern und Ihnen, Herr Kommissar, sowie dem Rat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Es war nicht immer einfach, aber wir haben einen Kompromiss formuliert. Ich lade alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus ein, diesem Vorschlag ihre Zustimmung zu geben.

Eric Andrieu, rapporteur. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le texte que j'ai l'honneur de vous présenter sur la révision de l'organisation commune des marchés, dite «OCM», c'est-à-dire sur le volet économique de la PAC, comporte de réelles avancées, tant pour le secteur et les agriculteurs que pour les consommateurs.

Pour la première fois depuis plus de 30 ans, la réforme de la PAC se conclut par davantage de régulation des marchés que de dérégulation. Il nous est apparu indispensable que les agriculteurs puissent obtenir un revenu plus équitable et plus stable afin de les soutenir dans la transition écologique. Nous sommes parvenus à rénover les outils européens de gestion des crises. Des observatoires sur les marchés agricoles seront mis en place au sein de la Commission européenne, sur toutes les productions qui le nécessitent, afin d'augmenter la transparence sur les prix et les marges des différents acteurs et de suivre au plus près le niveau des stocks alimentaires de manière à activer les mesures de sauvegarde.

Nous avons obtenu d'étendre jusqu'à 2045 les autorisations de plantation de vignes, et nous savons combien cela est essentiel pour un secteur qui a besoin de stabilité pour aller vers davantage de durabilité. La valeur énergétique des vins devra dorénavant être précisée sur l'étiquette et les bouteilles, et la liste des ingrédients sera davantage portée à la connaissance des consommateurs. La désalcoolisation des vins sera, quant à elle, enfin reconnue. Il sera dorénavant possible, pour tous les produits sous indication géographique protégée, de réguler les quantités mises sur le marché de manière à éviter les crises et à avoir une juste répartition de la valeur au sein des filières. Voici quelques-unes des mesures contenues dans ce rapport.

Nous avons voulu, avec l'ensemble des rapporteurs fictifs, que je tiens à remercier ici, une réforme de l'OCM qui tourne le dos à 30 années de dérégulation. Une réforme qui redonne aux agriculteurs leur dignité. Une réforme de l'OCM qui participe à la reconstruction de la souveraineté alimentaire européenne. Oui, le rapport qui vous est présenté est un pas dans la bonne direction, et il mérite d'être largement voté.

Mais le problème de cette réforme ne réside pas dans le rapport de l'OCM. Le problème de cette réforme, chers collègues, réside dans le rapport sur le plan stratégique. La PAC que nous allons voter aujourd'hui est dans la stricte continuité des précédentes. L'essentiel du budget continuera d'être dépensé sous forme d'aides à l'hectare, que l'on verse sans prise en compte des modes de production et sans prise en compte des prix et des revenus agricoles. C'est un non-sens économique, c'est un non-sens budgétaire, c'est un non-sens environnemental et c'est un non-sens social.

Regardez ce qui se passe aujourd'hui avec la hausse de 50 % des prix des céréales intervenue ces six derniers mois et, donc, avec l'augmentation du pain partout en Europe. Avec cette nouvelle PAC, nous allons poursuivre le versement de subventions à des agriculteurs dont les revenus vont exploser. Dans le même temps, on va continuer de faire du *green-washing* avec des *eco-schemes*, qui apparaissent dès lors comme une mesure gadget par excellence.

Alors oui, nous avons obtenu la conditionnalité sociale et, dorénavant, les agriculteurs qui ne respecteront pas le droit du travail vis-à-vis de leurs salariés perdront une partie de leurs subventions. C'est une avancée sociale très importante et je veux saluer ici la compétence et l'abnégation de notre collègue Maria Noichl, qui s'est battue, ô combien!, pour obtenir ce résultat. Mais cette avancée n'est pas suffisante au regard d'un plafonnement des aides qui restera facultatif et d'un paiement redistributif qui sera versé à l'identique à tous les agriculteurs, les petites exploitations familiales comme les fermes géantes.

Par ailleurs, et alors que le multilatéralisme est en crise profonde, nous avons un devoir de le relancer. Mais au lieu de cela, nous continuons à défendre les règles de l'OMC qui interdisent les politiques de stockage public, alors qu'en même temps, la Chine et l'Inde n'en ont que faire, continuent de constituer des stocks stratégiques et spéculent. Nous ne sommes pas sérieux. Nous devrions au contraire œuvrer ensemble pour réformer les règles agricoles totalement inadéquates aux défis du XXI^e siècle.

Enfin, le projet qui nous est proposé entraîne une renationalisation de fait de l'une des principales politiques communautaires. C'est un contre-sens historique. Nous devrions au contraire véritablement faire bloc pour affronter les enjeux majeurs qui sont devant nous dans un environnement international plus instable que jamais. Tout repose sur le contenu des plans stratégiques de chaque État membre et sur la validation de ces plans stratégiques par la Commission. Or, au moment où nous allons voter la réforme de la PAC, aujourd'hui, qui représente plus du tiers du budget de l'Union européenne, nous ne connaissons toujours pas le contenu de ces plans stratégiques. Ils doivent être remis à la Commission au plus tard le 31 décembre 2021. Nous ne savons pas si ces derniers seront alignés sur le pacte vert ou s'ils seront conformes à la stratégie «De la ferme à la fourchette» que nous avons votée le mois dernier. Et à dire vrai, les premières versions que l'on voit circuler montrent que nous sommes loin du compte.

Chers collègues, nous sommes en train de vivre un véritable déni de démocratie vis-à-vis du Parlement européen, car une fois le texte voté, nous n'aurons plus aucun moyen concret de peser sur les négociations entre la Commission et les États membres. En fait, c'est un chèque en blanc qu'il nous est demandé de voter aujourd'hui. Et je ne peux m'y résoudre. C'est à nous qu'il appartient de répondre aux enjeux climatiques, de sécurité et de souveraineté alimentaire. C'est à nous qu'il appartient de retisser le lien entre l'agriculture, l'alimentation, la santé, la biodiversité, le climat et les territoires pour apporter des solutions à ces défis. Nous le devons à nos concitoyens, nous le devons aux 11 millions d'agriculteurs européens qui nous nourrissent.

Christophe Hansen, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gemeinsame Agrarpolitik und unsere Landwirte sind unsere beste Garantie für bezahlbare und gesunde Lebensmittel.

Wenn vor 50 Jahren die Lebensmittelproduktion im Zentrum der GAP stand, stehen heute der Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutz ganz oben bei ihren Zielen. Und das ist auch richtig so. Landwirte sind und wollen Teil der Lösung sein. Damit sie diese Rolle aber spielen können und wir nicht in die Abhängigkeit von Importen geraten, die nicht nach den gleichen Standards produziert sind, müssen wir auch das Überleben unserer Landwirte absichern.

Die Reform, die wir heute hier verabschieden, schafft in meinen Augen diesen schwierigen Spagat. Mein Respekt gilt den Landwirten, die bereit sind, für das gleiche EU-Geld mit anzupacken, mehr zu machen und gleichzeitig Ertragseinbußen in Kauf zu nehmen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Kein Verständnis habe ich für jene, die immer noch versuchen, diese Reform zu torpedieren. Unverantwortlich, denn ein Nein heißt auch Nein zu mehr Klima- und Umweltschutz. Deshalb, stimmen Sie dafür! Übernehmen Sie Verantwortung für unsere Umwelt und unsere Landwirte!

Janusz Wojciechowski, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, I am very pleased to be here today to present the result of eight months of intense interinstitutional negotiations and of an even longer period of regular and constructive exchanges with Parliament and the Council since the Commission published its proposal for the new common agricultural policy (CAP) back in June 2018.

It is a bit more than a year since I joined you for the debate on the Parliament's negotiating mandate. As I did then, I would like to start by thanking the Chair of the Committee on Agriculture and Rural Development, Mr Lins, and, for the three regulations, the rapporteurs, Mr Jahr, Ms Müller, and Mr Andrieu, for their hard work, sparing no effort in bringing about the political compromise at the end of June this year and the final legal text that you will be voting on today.

On behalf of the Commission, I fully support the political compromise reached. It is a good and balanced outcome that will allow the common agricultural policy to play its role in ensuring the transition towards more sustainable agriculture.

The new common agricultural policy is an important step forward. We have the opportunity to grant our citizens a strong common agricultural policy that will contribute to all three dimensions of sustainability – economic, social and environmental. It will foster a sustainable and competitive agricultural sector that can support the livelihoods of farmers and provide healthy and sustainable food for society, while delivering significantly more in terms of environment and climate, in line with the European Green Deal ambitions.

I am very satisfied with the large support that the political compromise on the CAP reform had in your Committee on Agriculture and Rural Development, and I would like to invite you to confirm such support today. It is time to harvest the result of so many months of negotiation and concentrate on the implementation of the new CAP, allowing us to address effectively the many challenges lying ahead for the European agricultural sector.

Let me now say a few words on each of the three strategic plan regulations. We can be satisfied with the so-called green architecture of the Strategic Plan Regulation, the pillar of environmental sustainability. Alignment with the Green Deal is shown in the 'no backsliding' principle, and the final compromise on conditionality and eco-schemes, including the ring-fencing of 25% of direct payments, national envelopes for eco-schemes, are strong outcomes. The final deal sends a clear political signal of the Union's commitment to respond more decisively to the scale and urgency of the environmental and climate challenges the Union is facing. The recent COP confirmed the need for a change.

The basic act will provide the right tools, but turning the legal framework into concrete results on the ground will require Member States to rise up to the higher social expectations in this domain. They will have to show the right level of ambition when designing eco-schemes and in the overall set-up of environmental and climate interventions, addressing effectively the key challenges they will have identified in their strategic plans. I will come back to that.

The new common agricultural policy improves the fairness, effectiveness and efficiency of the distribution of direct payments, ensuring that income support goes to those who need it most and who deliver more for CAP objectives. Nobody can be left behind. A lot remains to be done in practice, but the agreement reached provides useful tools to deliver on this priority. A key element is the requirement for Member States to describe, in their strategic plan intervention, how the need for redistribution will be addressed, depending on the Member States' specific contexts. The complementary redistributive income support will be key, but so will other interventions or tools like, for example, the payment of small farmers, if duly justified.

With regard to the social dimension of the future common agricultural policy, I am happy that the final political compromise includes, for the first time, the concept of social conditionality in the CAP, linking the distribution of direct payments to the respect of certain labour laws. I would like to thank the European Parliament for having put forward this idea in its negotiating mandate, and all parties for their determination and flexibility in finding a workable formula to make sure that the future CAP ensures the respect of workers' rights, without adding an unnecessary administrative burden, and safeguarding the integrity of the national social and labour system.

Finally, I am especially satisfied with the outcome achieved in the governance of the future CAP and the shift towards a more performance-oriented policy and strategic planning. The approval of the CAP strategic plans, with a common set of results, indicators and targets against which the policy can be monitored and evaluated, constitutes an unprecedented opportunity to respond to the demands of our citizens to see the results of our policy.

With regard to the horizontal regulations, I am glad that, after intense discussion in the three institutions, the final political agreement strengthens the key elements of the original Commission proposal, notably with regard to the new delivery model. Building from the existing robust assurance model in the new common agricultural policy, Member States will deliver on performance and will have to ensure a strong governance system in place. They will be responsible for checking eligibility at final beneficiary level, while the Commission will focus on ensuring that the Member States' systems work properly. I think we have managed to strike the right balance between flexibility for Member States and assurance on CAP expenditure.

In terms of enhanced transparency in the CAP, I welcome the new element on a group of undertakings, which was introduced by the European Parliament. I very much welcome as well the compromise on the data mining tool, Arachne. Arachne is a very useful tool, which could supplement Member States' checks. The Commission is therefore happy to accept the obligation to make the tool available to all Member States free of charge, and to make it 100% suitable for CAP expenditure. As to its voluntary or mandatory use, the Commission is ready to present a report by 2025 to the co-legislators, together with appropriate proposals if necessary. In addition, I would like to recall that the Commission has tabled a unilateral statement on Arachne to be added to the statements accompanying the horizontal regulation. A copy will be transmitted to your plenary services.

I'm also very pleased with the agreement on the scope, financing and management of the new agricultural reserve. A flexible reserve of EUR 450 million per year was agreed and the Council and Parliament could decide during the annual EU budget procedure to set up a higher level, if needed, within the limits of European Agricultural Guarantee Fund (EAGF) availabilities.

Last, but not least, I am satisfied with the general political agreement reached on the common market organisation amending regulation. With the new compromise, we will continue to have a policy that is market-oriented and well aligned with the Green Deal farm-to-fork objectives. EU farms will continue to operate according to the market signals and will be equipped to make the most of the opportunities offered by the EU and global markets.

There are a number of significant changes agreed in the process, also thanks to the amendments proposed by the European Parliament. Here I have in mind some of the very important provisions that strengthen even further the position of farmers in the food chain by encouraging producer cooperation and providing competition-related flexibilities. You will recall that this is one of the actions foreseen under the farm-to-fork strategy, and we are delivering on it.

The wine sector will also benefit from a substantial number of new elements that will ensure the long-term sustainable development of the sector. We all recall that we have also extensively discussed the issue of standards applying to imports. Eventually, a political compromise was reached that sets out our commonly-agreed level of ambition and objectives that we want to pursue further. Trade should not weaken the Green Deal ambitions. The Commission is pleased with the approach agreed on respect for this in our international commitments. We are now working on the report that we promised for the next year.

Please allow me to finish my intervention with a few remarks on what lies ahead of us. As you know, the Commission is sparing no effort in its structured dialogue with Member States, supporting them in drawing up and finalising ambitious fit-for-purpose CAP strategy plans, based on their solid needs assessment and including the appropriate combination of interventions addressing the identified needs of farmers and social expectations.

The quality of Member States' CAP strategic plans is a condition *sine qua non* for the new CAP to deliver and lead the way to a more sustainable EU agricultural sector. The Commission will assess the plans, in particular as regards their strategies' correspondence with specific objectives and targets. This assessment will be communicated to the Member States in an observation letter so that the plans can be further improved.

I know the European Parliament's interest in the process of assessing and approving the national strategy plans. The Commission will do its utmost to ensure a high level of transparency so that Parliament and the public in general stay well informed, throughout the process, about the overall level of ambition of the CAP plans. I have indicated the Commission's intention to publish the observation letters addressed to the Member States on their CAP plans. Also, as agreed during the negotiation process, the Commission will report to the co-legislators, by the end of 2023, on the content of the Member State plans.

To conclude, let me mention that the CAP alone cannot address all the challenges we face in terms of economic, environmental and social sustainability. At all levels of governance – EU, national and regional – we need to do our best to create synergies between policies and finance if we want to succeed. I am confident that the legislative package on which you are being asked to vote today can significantly contribute to that goal.

Krzysztof Hetman, autor projektu opinii Komisji Rozwoju Regionalnego. – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! To, że dzisiaj finalizujemy trwające zapewne zbyt długo negocjacje w sprawie wspólnej polityki rolnej, to niewątpliwie bardzo dobra wiadomość dla europejskich rolników. Oczekiwali oni bowiem od nas jasnych wytycznych, jak będzie się kształtować europejskie rolnictwo w ciągu najbliższych lat. Niewątpliwie w wielu aspektach nowa wspólna polityka rolna może dawać europejskim rolnikom pozytywne sygnały co do stabilności ich dochodów i produkcji, jak również stanowić odpowiedź na wyzwania związane z europejską polityką klimatyczną. Niemniej jednak chciałbym też wyrazić, panie komisarzu, swój niepokój o przyszłość produkcji rolnej, która według niezależnych badań może w wyniku zbyt daleko idących restrykcji spaść nawet o 25 procent, co stanowi zagrożenie dla naszego bezpieczeństwa żywnościowego i przyczyni się do znacznego wzrostu kosztów produkcji.

Wyrażam też ubolewanie, że w dalszym ciągu nie udało się doprowadzić do pełnego wyrównania dopłat bezpośrednich. Fakt, że wysokość dopłat nie uwzględnia realnych kosztów produkcji ani aktualnych warunków prowadzenia działalności rolnej, jest w mojej ocenie pogwałceniem zasad konkurencyjności i dlatego liczę, panie komisarzu, na dalsze działania Komisji w tej kwestii.

Bronis Ropė, Regioninės plėtros komiteto nuomonės referentas. – Gerbiama Pirmininke, gerbiamas Komisijos nary, kolegos, iš tikrųjų būtų geriau pagirti ir padėkoti, kiek daug visi dirbome ir kokią gerą dokumentą padarėme. Bet, deja, noriu pasakyti, kad naujasis BŽŪP nespėdžia nei socialinės nelygybės, nei atliepia aplinkosauginius tikslus, nei prisideda prie biurokratijos mažinimo.

Dar mažiausiai penkmetį ūkininkus skirstysime į lygius ir lygesnius, skirdami istoriniais duomenimis, o ne šiandienos realybe apskaičiuotas tiesiogines išmokas, taip iškreipdami konkurenciją ir laukydami dar iki 2013 metų duotus pažadus.

Nesugebėjome susitarti dėl veiksmingų echo schemų sąrašo, palikdami sprendimus priimti kiekvienai šaliai atskirai – sukūrėme chaosą, kuris užkirs kelią pasiekti įsipareigojimus klimatui. Na, manau, kad jeigu ne dvidešimt septynias, tai bent penkiolika BŽŪP Europoje turėsime. Jau nekalbant apie smulkiuosius ūkininkus ir ekologinių ūkių plėtrą, kurią sumanėme padaryti neskirdami praktiškai visiškai tam reikalingų resursų. Tai iš tikrųjų didelis lankstumas, kuris leidžia valstybėms narėms atlikti įvairius sprendimus, kurie užkirs kelią sėkmingam įgyvendinimui.

Kviečiu nepalaikyti šito BŽŪP projekto.

Younous Omarjee, rapporteur pour avis de la commission du développement régional. – Madame la Présidente, je veux ce matin saluer le travail collectif, transpartisan et exemplaire que nous avons conduit au Parlement européen pour sauver le budget du POSEI pour les régions ultrapériphériques, qui était injustement menacé. Et c'est l'honneur de notre Parlement européen de l'avoir rétabli.

Je tiens aussi à saluer l'engagement personnel de la commissaire Elisa Ferreira, avec laquelle nous avons travaillé pour que les bonnes solutions soient trouvées, qu'elle en soit ici remerciée.

Je veux aussi, bien sûr, remercier le rapporteur, notre collègue Éric Andrieu, d'avoir tenu bon pendant les négociations sur ce volet qui nous permettra, à l'île de la Réunion, de forcer toute la grande distribution à jouer le jeu de la production locale et de la juste concurrence.

Christine Schneider, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter*. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand denkt bei der Gemeinsamen Agrarpolitik unmittelbar an Frauen, aber Frauen spielen eine ganz entscheidende Rolle. Diese Rolle wird oft gar nicht wahrgenommen, geschweige denn honoriert.

Frauen leisten einen sehr, sehr wichtigen Beitrag. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen: Frauen sind im ländlichen Raum das Rückgrat unserer familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe. Es sind unsere Landfrauen, die seit vielen Jahren dafür kämpfen, dass unsere landwirtschaftlichen Produkte mehr wertgeschätzt werden. Ihre Arbeit im Bereich der Ernährungsbildung, der Erziehung unserer Kinder, des dörflichen Zusammenlebens, ja in der Weiterbildung müssen wir besser anerkennen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Landwirteförderung weiter stärken und fortschreiben.

Aber wir sollten dabei auch einen Fokus auf die weiblichen Nachwuchskräfte richten. Wir brauchen sie für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, wir brauchen sie zur Ernährungssicherung und zur Zukunftssicherung unserer ländlichen Räume. Dabei werden Frauen entscheidend dazu beitragen, dass unsere Landwirtschaft in eine erfolgreiche Zukunft geführt wird.

Anne Sander, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, au terme de trois années et demie de négociations, le PPE et son équipe de négociation, à laquelle j'ai eu l'honneur d'appartenir, n'a pas à rougir de son bilan.

Cet accord interinstitutionnel permettra de maintenir un équilibre entre le développement économique nécessaire des filières agricoles et des territoires ruraux, le soutien essentiel au revenu de nos agriculteurs et la transition indispensable de l'agriculture européenne vers plus de durabilité.

Les dispositifs de soutien de la future PAC ainsi que les exigences financières et de contrôle resteront communs, garantie nécessaire pour limiter les distorsions de concurrence au sein même du marché intérieur.

En outre, nous avons renforcé les instruments de lutte contre la fraude tout en intégrant pour la première fois un droit à l'erreur pour les agriculteurs – ayant porté cette proposition, avec Michel Dantin avant moi, c'est une fierté personnelle.

Nous avons aussi réformé en profondeur l'organisation commune des marchés et une réserve de crise d'au moins 450 millions d'euros est établie pour lutter contre les crises. Les observatoires des marchés et les outils de gestion sont confortés.

Alors oui, tout n'est pas parfait. Néanmoins, cette nouvelle PAC, que j'appelle chacun et chacune d'entre vous à soutenir aujourd'hui, est l'antithèse du projet de décroissance du secteur agricole porté par certains groupes politiques. Soutenir la PAC, c'est permettre au secteur agricole de se développer. Voter contre, c'est souscrire à un projet pouvant mener à la fin de notre souveraineté alimentaire, confier le soin au reste du monde de nous nourrir sans pour autant engranger des gains environnementaux et climatiques significatifs. Pour ma part, j'ai fait mon choix.

Paolo De Castro, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, dopo oltre tre anni di negoziato, oggi presentiamo ai cittadini europei la riforma della PAC, che accompagnerà i nostri agricoltori fino al 2027.

Una riforma che il nostro gruppo ha criticato, esprimendo la contrarietà alla rinazionalizzazione dell'intervento europeo per il settore agricolo, ma sulla quale abbiamo continuato a lavorare migliorandola, fino a raggiungere l'attuale equilibrio tra i tre livelli di sostenibilità economica, sociale e ambientale.

Ringrazio quindi tutto il team negoziale, i colleghi Pina Picierno, Eric Andrieu e Maria Noichl, e tutta la squadra tecnica che ha reso possibile questo risultato.

Senza la spinta del Parlamento, punti caratterizzanti di questo accordo non avrebbero visto la luce. A partire dal risultato storico sul fronte dei diritti dei lavoratori, per la prima volta abbiamo inserito un sistema di condizionalità che eviterà che i fondi pubblici finiscano nelle tasche di chi non rispetta i diritti dei lavoratori, ponendo fine alla distorsione di concorrenza tra imprenditori, che lucrano a discapito della tutela dei diritti, e la stragrande maggioranza di agricoltori, che invece si prende cura dei lavoratori.

Allo stesso modo abbiamo salvaguardato il ruolo delle regioni, che continueranno ad essere protagoniste nella redazione dei piani strategici, con quella conoscenza delle dinamiche territoriali necessaria per vincere le sfide ambientali e sociali che ci attendono.

Senza il Parlamento poi, sarebbe stata mortificata l'ambizione ambientale di una politica che invece, dal 2023, destinerà un quarto degli aiuti diretti agli ecoschemi e almeno il 35 % dei fondi dello sviluppo rurale a misure ad alto valore ambientale. Risultati questi che determineranno il contributo fondamentale della PAC e dei nostri agricoltori al raggiungimento degli obiettivi che l'Unione si è posta con il *Green Deal*.

Il tutto senza rinunciare alla dimensione economica della PAC. Vogliamo un'agricoltura ancora più forte e competitiva, capace di garantire la sicurezza alimentare dei nostri cittadini. Per questo il sostegno al reddito rimane un elemento essenziale, accompagnato da misure rafforzate di gestione dei rischi e da *plafond* maggiori per il supporto dei giovani e gli aiuti accoppiati.

In più, coltivazioni emblematiche del nostro sistema agroalimentare, quali ortofrutta, vino e olio d'oliva, insieme ad altre, a seconda delle specificità nazionali, continueranno ad essere supportate tramite interventi settoriali ad hoc. E tutto questo senza dimenticare le indicazioni geografiche dei consorzi di tutela, che potranno finalmente gestire l'offerta di prodotto e quindi meglio rispondere alle fluttuazioni di mercato.

Oggi voteremo su tutti questi risultati. E chiedo quindi anch'io a tutti di votare a favore di questa riforma, e lo chiedo anche forte a tutti i colleghi del mio gruppo, che pure non hanno tutti la stessa soddisfazione dei risultati. Io credo che dobbiamo rivendicare con orgoglio questo risultato. Sono stati tanti anni di negoziati, ma ne è valsa la pena, per una politica agricola più forte, comune, più equa e più sostenibile.

Martin Hlaváček, za skupinu Renew. – Paní předsedající, reforma zemědělské politiky přichází s dvouletým zpožděním. To jen dokládá náročnost našich jednání. Společná politika se týká deseti milionů zemědělců a desítek milionů pracovních míst. Určuje charakter a ráz krajiny, garantuje míru ochrany životního prostředí, půdy, vody, ovzduší, opylovačů a budoucnost našich ekosystémů.

Myslím, že bychom se měli našim zemědělcům omluvit. Především za to, že jsme je udržovali v prodlužované nejistotě v době, která rozhodně nebyla a není jednoduchá. V době, která je stále více nepředvídatelná. Zemědělci mají mimořádné postavení ve společnosti, musí podnikat způsobem, který poskytuje mnoho společenských služeb. Musí podnikat za situace neustále rostoucích vstupů, přičemž jsou utlačováni silou obchodních řetězců. A my po nich chceme neustále levné a nejkvalitnější potraviny na světě. Musí podnikat se stále větší byrokracií a předpisy. Je to vůbec udržitelné? Nebo nás v blízké době čeká kromě energetické chudoby také chudoba potravinová? Protože zemědělci zkrátka nebudou moci dále držet tíhu sociální soudržnosti Evropy na svých bedrech. Je pět minut po dvanácté, ale máme ještě šanci. Za jakého předpokladu? Toho, že budou moci investovat.

Dnešní hlasování není o ničem jiném než o tom, že dáváme zemědělcům alespoň minimální předpoklad stability na příští roky a možnost rozhodnout se o investicích do moderních technologií, do ekologických postupů produkce a posílení jejich role vůči obchodním řetězcům. Zemědělci se musí dohodou *Green Deal* proinvestovat a my jim musíme pomoci dosáhnout spravedlivé marže na trhu. Pouze tato kombinace znamená zelenou prosperitu dostupnou pro všechny. Dnešním hlasováním k tomu můžeme přispět. Kdo hlasuje proti, nehlasuje pro životní prostředí, hlasuje pro chaos, potravinovou chudobu a pro předražené kvalitní potraviny dostupné pouze pro malou hrstku společnosti.

Martin Häusling, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kommissar! Ich finde, das ist heute ein schwarzer Tag für die europäische Klimapolitik, aber auch für die Umweltpolitik. Aber es ist auch ein schwarzer Tag für die Bauern in Europa.

Denn nichts wird großartig verändert. Es geht weiter wie bisher: mit neuen Überschriften, aber ohne wirkliche inhaltliche Änderungen. Der Kernpunkt sind ja nicht die *Eco-schemes*; der Kernpunkt ist, dass weiterhin 75 % der Gelder deshalb ausgezahlt werden, weil Menschen Land besitzen, und wer viel Land besitzt, holt den Hauptanteil dieser Agrarzahungen. Industrieunternehmen werden sich freuen, aber auch Herr Orbán und Herr Babiš werden sich freuen. Die Honorierung geht weiter.

Die *Eco-schemes* — der angebliche Kern der neuen Agrarreform. Der Kernfehler ist, die sind freiwillig für die Bauern. Wer macht denn da am Ende mit? Was wird denn angeboten? Wahrscheinlich nur wieder verbesserte Technik, aber keine wirkliche Änderung in der Umwelt, auch nicht bei den Umweltambitionen, die die Bauern entwickeln müssen.

So ein bisschen kommt mir das vor wie das Märchen von Hans Christian Andersen: Des Kaisers neue Kleider. Nein, der Kaiser hat in Wirklichkeit nichts an, sondern es werden hier wirklich nur schöne neue Geschichten von einer alten Agrarpolitik erzählt.

Was mich am meisten ärgert, ist, dass wir hier gemeinsam einen *Green Deal* beschlossen haben, eine *Farm-to-Fork*-Strategie, ambitionierte Biodiversitätsziele – all das findet sich mit keinem Wort in dieser Gemeinsamen Agrarpolitik. Irgendwann vielleicht mal, aber im Moment halt nicht. Und deshalb: Wenn es keine neue Agrarpolitik gibt, wird auch der *Green Deal* scheitern, liebe Kommission, deshalb sollten wir tatsächlich daran arbeiten, doch zumindest in zweieinhalb Jahren die Chance noch einmal zu ergreifen.

Die Bauern, sind die jetzt Gewinner dieser Agrarreform? Nein! Die Bauern leiden seit Jahren unter miserablen Preisen. Man hat sie auf den Weltmarkt gedrängt, mit Dumpingpreisen. Wir ruinieren in Europa die Bauern, und wir ruinieren sie auch in Ländern des globalen Südens. Warum haben wir denn unter dieser Agrarpolitik in den letzten 20 Jahren die Hälfte Bauern verloren? Weil diese Agrarpolitik falsch ist. Wenn sie weiter so geht, dann wird es keine Hoffnung für Bauern, aber auch keine Hoffnung für die Umwelt geben.

Ivan David, za skupinu ID. – Paní předsedající, tato takzvaná společná zemědělská politika je společná jen v tom smyslu, že přináší společná nařízení. Není společná v tom smyslu, že by brala na vědomí společné zájmy obyvatel Evropské unie. Poškodí zemědělce dalším omezením jejich činnosti a nelze ji podpořit ani přesto, že to nejhorší, co bylo navrženo, nakonec v jednání neprošlo.

Měla být navržena změna externí konvergence, ale i nadále bude pokračovat situace, kdy zemědělci v některých zemích dostávají na dotacích až čtyřikrát více než v jiných zemích, a navíc se tato situace ještě zhorší. Celá reforma míří špatným směrem, cílem zemědělské politiky už není finanční podpora výroby kvalitních evropských potravin tak, aby byla zajištěna soběstačnost jednotlivých zemí, ale cílem je zjevně snížení potravinové soběstačnosti, snížení produkce. Dojde ke snížení asi o dvacet procent, počítá se se snížením příjmů zemědělců asi o dvacet pět procent podle oficiálních čísel a zvýšením ceny potravin o nejméně deset procent, a to jenom z tohoto důvodu. K tomu je třeba přičíst další příčiny. K tomu je třeba přičíst i další omezení, ke kterým dojde, například snížení hnojení o padesát procent, navíc zase velmi nerovnoměrně v jednotlivých zemích, což vede ke zhoršení podmínek v těch zemích, kde bylo už dosud množství hnojiv nízké. Objem peněz na dotace v druhém pilíři byl seškrtnán kvůli přesunům na fotovoltaické elektrárny, větrné parky a 5G mobilní síť.

Vzhledem k tomu, že tato reforma zhorší podmínky v zemědělství i sociální situaci na venkově, nemohu pro ni hlasovat.

Bert-Jan Ruissen, namens de ECR-Fractie. – Voorzitter, als we onze voedselzekerheid serieus nemen, dan verdienen onze boeren groot respect, waardering en steun. Zij zijn het immers die dag in dag uit volgens de hoogste standaarden ter wereld zorg dragen voor onze voedselvoorziening en ons platteland. Dit vraagt om een evenwichtig beleid waarin verduurzaming en inzet voor concurrerende bedrijven hand in hand gaan.

Voorzitter, wat voorligt is en blijft een compromis, maar wel een compromis dat steun verdient. Het verdient steun omdat we de al te onrealistische ambities van de Commissie tot realistische proporties hebben kunnen terugbrengen. Het verdient steun omdat we een goede balans hebben gevonden tussen inkomensondersteuning en gerichte beloning, zie de ecoregelingen. En het verdient ook steun omdat lidstaten nu meer kunnen doen voor jonge boeren.

Veel zal echter afhangen van de invulling door de lidstaten. Zij krijgen immers meer keuzevrijheid. En dat is goed, want zo kunnen ze beter rekening houden met de lokale omstandigheden. Maar het is daarbij wel zaak dat we blijven waken over een gelijk speelveld. Dat zou namelijk zomaar in het geding kunnen komen als keuzes rond de overheveling tussen de twee pijlers, bijvoorbeeld, sterk uiteen gaan lopen tussen de lidstaten, of als lidstaten allerlei extra nationale eisen gaan stellen. Ik vraag de Commissie daarom bij de toetsing van de strategische plannen niet alleen te kijken naar de ecologische, maar ook naar de economische effecten.

Wat “van boer tot bord” betreft, we weten allemaal dat er nog geen effectbeoordelingen gedaan zijn, en de doelen liggen ook nog niet vast in wetgeving. Deze kunnen dan ook niet worden gebruikt als een meetlat bij de beoordeling van de strategische plannen. Dat zou zeer prematuur zijn. Ik dring er daarom nogmaals bij de Commissie op aan de afspraken hierover te respecteren.

Rest mij de rapporteur, Peter Jahr, hartelijk dank te zeggen voor zijn enorme inzet, en ook dank aan de schaduwrapporteurs voor de hele prettige samenwerking rondom dit dossier.

Luke Ming Flanagan, *on behalf of the The Left Group*. – Madam President, sadly, whether you're in the Commission or whether you're a Member of this Parliament or if you're a Member of the Council, we've let everyone down, sadly. We have let people down because we could have done so, so much better. Will I vote against this common agricultural policy (CAP)? No, I won't, because I think I'd be letting people down again if I did that, because reverting to the status quo would be even worse, an awful lot worse, and I'll explain why from the perspective of the people that I represent.

When it comes to agricultural activity, if we scrap this CAP, we scrap the mention of public goods. It will be gone. What we are voting for today is agricultural activity shall be determined in such a way that it allows to contribute to the provision of private and public goods. This is a new addition. It means we can farm for biodiversity, for carbon sequestration. Scrapping the CAP brings us back to the rotten status quo.

In Article 4(2b), for the first time, we get paludiculture mentioned. Every road out of my town is either a wetland or a bogland. If we are to preserve these areas, we've got to do it with people. The way to do that, for me, and the way to continue food production is to develop paludiculture systems. We can now do that.

When it comes to agricultural area, scrapping the CAP will mean scrapping the mention of agroforestry. Agroforestry, which leads to better water attenuation, fixing of nitrogen, shelter for animals and fuel. If I vote against this, I get rid of the mention of agroforestry.

Very importantly, and this comes down to money, on convergence if I vote against this, I vote against a move to what will be the equivalent of 90+% convergence. I will vote against raising the incomes of farmers on the average acreage from EUR 5 000 to 8 000. How could I vote against that? And finally, if I vote against it, I vote against redistribution. I vote against EUR 120 million being redistributed. I don't like it. It's far from perfect, but the alternative is worse.

Dino Giarrusso (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la PAC è uno dei punti che dà senso all'esistenza stessa dell'Europa. Non siamo soddisfatti dei troppi compromessi al ribasso, avremmo voluto un cambiamento immediato e più netto. Ma tenerci la vecchia PAC sarebbe stato un suicidio per agricoltori e consumatori europei.

Passi avanti importanti ci sono. Lo stop ai soldi per chi sfrutta i lavoratori, ed è un grande risultato. Viene introdotto il concetto di benessere animale e lotteremo affinché sia davvero rispettato sempre più e contro ogni crudeltà.

Ma dobbiamo fare di più per la canapa, la pianta del futuro, e dobbiamo soprattutto puntare sull'agricoltura come pilastro della transizione ecologica e dunque del nostro futuro. Il 60 % delle risorse per l'architettura verde, il 25 % per gli ecoschemi, che avremmo voluto obbligatori e dovremo mettere obbligatori, e il 4 % degli ettari inattivi per noi sono solo l'inizio di una rivoluzione verde, che va condotta insieme agli agricoltori, specie ai piccoli, e non contro di essi.

Piani nazionali e futuri accordi commerciali con altre economie devono prevedere il rispetto di norme stringenti sulla ecologia. Mai più importare prodotti che non rispettano gli standard che noi imponiamo ai nostri produttori. C'è un futuro verde ricco per la nostra Europa e realizzarlo dipende solo da noi.

Manfred Weber (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, es ist ein wichtiger Tag für Europa, für die Landwirtschaft und für die ländlichen Räume. Ich glaube, ich bin heute der einzige Fraktionschef, der das Wort ergreift und bei der Diskussion da ist. Wir als EVP-Fraktion wollen damit zum Ausdruck bringen, dass für uns die ländlichen Räume und die Landwirtschaft ein Kernbereich sind. Wir sehen uns als die Bauernpartei Europas, als Vertreter des ländlichen Raumes in der Europäischen Union. Es ist ein großer Kompromiss von vielen, die mitgearbeitet haben, und wir dürfen als Parlament stolz darauf sein, dass das als Teamleistung gelungen ist.

Wir als EVP werden diesem Vorschlag heute zustimmen. Es gibt dafür eine Fülle von Argumenten. Das erste ist, dass die Landwirtschaft kein normaler Markt ist; es geht nicht nur um Produkte. Es geht nämlich um das wichtigste Produkt, das es gibt, nämlich gesunde Nahrungsmittel. Corona hat uns gelehrt, dass wir bei gesunden Nahrungsmitteln nicht von Importen aus dem Ausland abhängig werden dürfen. Wir müssen unsere eigene Versorgung sicherstellen.

Das zweite Thema ist die Umweltfrage, die uns bei diesem Thema stark beschäftigt hat. Da haben die Landwirte und die Landwirtschaft eine große Verantwortung, aber sie brauchen nicht belehrt zu werden. Unsere Landwirte wissen, was zu tun ist. Die gute fachliche Praxis ist dort bekannt. Sie wollen überzeugt werden und nicht zu Schuldigen erklärt werden.

Das Dritte, was uns wichtig ist, ist die Aufgabe, die die Landwirtschaft hat: unsere Landschaften in Ordnung zu halten. Das wollen die Landwirte oft so nicht hören, weil sie für ihr Produkt bezahlt werden wollen. Das verstehe ich. Aber wie stellen wir uns denn Europa, die Landschaften Europas, die Schönheit Europas vor, wenn unsere Bauern sich nicht darum kümmern würden? Europa würde sein Gesicht und seine Schönheit verlieren, und auch das muss dem Staat etwas wert sein.

Natürlich ist Agrar auch Zukunftsbereich, gerade im Klimabereich. Es gibt kaum eine Branche, die CO₂ aus der Atmosphäre bindet. Die Land- und Forstwirtschaft bindet CO₂ und leistet deswegen einen Beitrag dazu, dass wir die Klimakrise verhindern und überwinden.

Und zu guter Letzt: Die Landwirte sind verwurzelt in den Dörfern, in den Gemeinschaften, in den Vereinen, in den *communities*. Und, Herr Häusling: Es ist eben nicht so, dass bei mir in Niederbayern nur der Orbán die Gelder kriegt. Nein, es sind normale Bauernfamilien, die die Gelder bekommen. Es sind produzierende Familienbetriebe, die die Gelder bekommen, in der Masse, bei mir, in meiner Heimat, für die ich heute auch sprechen darf. Und deswegen sage ich, dass dieser Beitrag unserer Bauernschaft auch anerkannt werden muss, dass sie unsere Gesellschaften im ländlichen Raum tragen. Die EVP wird mit voller Überzeugung dieses Paket unterstützen.

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi ci lasciamo alle spalle un lavoro lungo, come è stato detto, un lavoro complesso, un lavoro difficile, ma anche un lavoro molto atteso, che ha portato a confrontare in questi tre lunghi anni di lavoro posizioni molto diverse, anche molto distanti, fino a raggiungere quello che io ritengo essere un equilibrio soddisfacente, che oggi consegniamo alle cittadine e ai cittadini europei.

Intendiamoci, colleghi, io voglio essere molto onesta con voi: tutto può sempre essere migliorato, tutto è sempre migliorabile, si può sempre far meglio. Però io credo che onestà intellettuale debba farci riconoscere, stamattina, qui, che il testo che ci accingiamo ad approvare consegnerà delle novità importanti all'agricoltura europea. Onestà intellettuale deve farci riconoscere che il punto di arrivo di questo lavoro è molto distante dal punto di partenza, perché moltissimo è stato migliorato grazie al lavoro, lasciatemelo dire con orgoglio, soprattutto del Parlamento, che ha lavorato sempre per mantenere l'asticella dell'ambizione altissima, che ha lottato, abbiamo lottato, qualche volta ci siamo anche scontrati – il Commissario lo sa – con il Consiglio e con la Commissione perché le aspettative degli agricoltori, dei nostri agricoltori, non fossero tradite.

E allora oggi noi approviamo un testo buono, un testo che secondo me deve farci riconoscere con orgoglio i risultati che noi abbiamo raggiunto. Abbiamo evitato la rinazionalizzazione, era un rischio concreto. Pur riconoscendo flessibilità agli Stati membri, abbiamo mantenuto un controllo di conformità della Commissione. Soprattutto noi consegneremo alle cittadine e ai cittadini una PAC, fatemelo dire, più giusta, più attenta ai giovani, più verde, e soprattutto più giusta grazie alla condizionalità sociale, che è un risultato che davvero – e lo voglio riconoscere e ribadire con orgoglio – è dovuto al lavoro che ha fatto soprattutto la nostra famiglia politica, la mia famiglia politica, il gruppo dei socialisti e democratici.

Quindi io credo che voteremo oggi su tutti questi risultati che dobbiamo rivendicare con orgoglio. Votiamo per dare ai nostri agricoltori delle risposte che attendono da troppo tempo, dopo un tempo difficile che è stato quello della pandemia. E io sono certa che il Parlamento sarà all'altezza di queste aspettative.

Jérémy Decerle (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous sommes sur le point de valider un accord de trilogue sur la nouvelle PAC. Nous sommes plusieurs dans cette salle à mesurer le travail qui a été nécessaire pour parvenir à ce résultat et à nous préparer à l'approuver, de façon responsable, malgré les limites que chacun d'entre nous trouve forcément au compromis final – mais bien à l'approuver quand même. Certains préfèrent se sortir du jeu et se positionner en spectateur, en commentateur des imperfections de cet accord. Tant pis pour eux.

Pour ma part, je salue l'équilibre renforcé entre ambitions économiques et environnementales de la PAC. Je salue les innovations de cette réforme – écorégime, programmes opérationnels, définition obligatoire de l'agriculteur actif. Je salue la demande forte que nous exprimons pour une réciprocité des normes dans le commerce. Je salue enfin le fait que nous n'ayons pas oublié l'agriculture qui est à la base de notre alimentation et faite par des femmes et des hommes à qui on demande beaucoup et que nous devons accompagner.

La politique agricole européenne continuera à évoluer, forcément. Elle n'a pas vocation à assurer la survie des agriculteurs, ce qu'elle fait pourtant encore souvent, mais bien à favoriser l'exercice serein et prospère de leur métier et le dynamisme de nos territoires ruraux et à offrir des perspectives positives aux jeunes qui reprendront le flambeau. Ce sont des conditions pour que ce secteur contribue efficacement à la durabilité de notre économie et de notre planète.

L'agriculture ne peut pas se passer de la PAC, l'Europe non plus, quoiqu'on en dise. Nous avons tous travaillé du mieux que nous pouvions. Alors maintenant, pour les agriculteurs et les citoyens, votons et avançons.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madam President, for three years, we have been saying that the proposal for the next CAP is fundamentally flawed, that it is inadequate to fight climate and biodiversity crisis and the loss of small farmers all over Europe.

The text on the table today is still flawed. The Commission, the Council and the negotiators from this House have failed to fix it. This is not a reform, or even a stepping-stone for reform, it's indeed a mess.

Since the negotiations ended, we have seen the strategic plans that Member States are drafting. Most of them confirm our fear that the environmental ambition will be set as low as possible.

What also happened in between, in October, a big majority of you adopted a report in support to the Farm to Fork Strategy. That report explicitly supported almost all of the targets of the strategy. How can you then support a text which makes it easy for Member States to refuse the alignment of their strategic plan with the Green Deal? It would be completely absurd to support both the Farm to Fork strategy, the biodiversity strategy, and this CAP.

Regarding the 'new delivery model', it will fail to tell us if the CAP is actually delivering on the ground what taxpayers expect: they want more sustainable practices and more support for small farmers.

The 'performance model' will at best be able to tell the Commission if Member States are sticking to their plans. This is purely an accounting exercise and there will be no consequences if the plans are terrible. So, if this CAP is adopted, we are giving Member States a blank check, with no guarantees of good results on the ground.

As I said before, the existing draft plans show that Member States will use the new flexibility to change exactly nothing about the status quo. So, it is our responsibility, as representatives of the people, to vote this CAP down.

Mara Bizzotto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, difendere il made in Italy, difendere i nostri agricoltori, difendere i prodotti della nostra terra, perché un paese senza agricoltura è un paese che non ha futuro: questi sono i valori a cui ci siamo ispirati per realizzare la nuova politica agricola comune, che segnerà il futuro dell'agricoltura italiana ed europea. La PAC è uno dei pochissimi programmi europei che in questi anni ha funzionato e che ha portato soldi veri alle nostre aziende e ai nostri territori.

Bene quello che si è fatto, ma si poteva fare molto di più. Si poteva fare molto di più per evitare il taglio di 6 miliardi agli agricoltori italiani. Si poteva fare molto di più per tagliare la burocrazia, che quotidianamente pesa sui i nostri agricoltori. Si poteva e si può fare molto di più per non caricare sulle spalle degli agricoltori il peso delle nuove misure *green* volute dalla Commissione europea.

L'Europa deve capire che la sostenibilità ambientale non può esistere se prima non viene tutelata la sostenibilità economica delle aziende agricole. Troppo spesso l'Europa si dimentica che i primi difensori dell'ambiente sono proprio i nostri agricoltori, a cui va garantito il sostegno al reddito per evitare la chiusura delle aziende e l'abbandono dei campi.

Si poteva fare molto di più per la difesa dei prodotti DOP e IGP, soprattutto dopo il primo scandaloso via libera dell'Europa al *prošek* croato, che fa concorrenza sleale al prosecco italiano e che mette in pericolo i prodotti di origine protetta di tutta Europa.

La nuova PAC ci lancia anche nuove sfide, come la denominazione della carne che riguarda milioni di allevatori e consumatori. La carne senza carne non esiste, la carne finta è una bestemmia, la carne sintetica fatta in laboratorio, al cui interno non c'è un solo millimetro di carne, non può chiamarsi carne. I nostri allevatori e i consumatori vanno tutelati, non truffati per compiacere gli interessi delle multinazionali.

Cari burocrati europei, è ora di finirla col gioco al massacro contro l'agricoltura italiana. Basta con le follie del Nutri-Score, basta col vino senza alcol, basta con insetti, vermi e cavallette che volete portare sulle tavole degli italiani! Noi italiani non molleremo di un centimetro nella battaglia per difendere i prodotti della nostra terra, che rappresentano un patrimonio unico al mondo fatto di identità, di cultura, di tradizioni che abbiamo ereditato dai nostri nonni e dai nostri padri. Viva l'agricoltura italiana, viva il made in Italy!

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Ta debata ma wymiar historyczny dla europejskiego rolnictwa, ponieważ po trzech latach trudnych negocjacji przyjmujemy w kompromisie pakiet reform wspólnej polityki rolnej. Jest to nasz wspólny sukces, ponieważ rolnicy i inni beneficjenci WPR potrzebują jasności prawnej i jak najszybszego poznania szczegółów nowego modelu tej polityki.

Niewątpliwym pozytywem nowych rozwiązań jest pozostawienie państwom członkowskim istotnej swobody we wdrażaniu systemu przyszłych dopłat bezpośrednich i stosowania takich rozwiązań jak definicja aktywnego rolnika, płatność redystrybucyjna czy płatności dla młodych rolników, z uwzględnieniem lokalnych potrzeb i specyfiki.

Mocnym pozytywem nowej WPR jest także propozycja tzw. ekoschematów i wydzielenie na ten cel przynajmniej 25 % środków z pierwszego filara z jednoczesnym minimalnym poziomem wydatków w poszczególnych latach i elastycznością w zakresie ich wykorzystania.

Trzeba jednak pamiętać i brać pod uwagę różne rodzaje ryzyka i czynniki zagrożenia dla sektora rolnego, takie jak długofalowe skutki brexitu, negatywne skutki pandemii COVID-19, czy ostatnio obserwowany gwałtowny wzrost cen nośników energii przekładający się na duży wzrost kosztów produkcji rolniczej.

Musimy także pamiętać, że ostatecznym celem zreformowanej WPR powinno być zapewnienie bezpieczeństwa żywnościowego Unii Europejskiej, stabilność rynków rolnych oraz zapewnienie rentowności europejskich gospodarstw, zwłaszcza tych małych i średnich o charakterze rodzinnym.

Chris MacManus (The Left). – Madam President, since becoming an MEP, I've been involved in the CAP negotiations, focusing on the performance and monitoring part. When summing up this new CAP reform, the phrase 'don't let perfect be the enemy of good' comes to mind. Yes, there are issues, but supporting this CAP blocks in hard-won progress. Without doubt, this will be a fairer CAP than the last. And again, it can be improved at national level.

Firstly, we are closing the gap between the goals and high and lower per hectare payments by another 20%. Second, the new complementary redistributive income support for sustainability (CRISS) mechanism sets aside 10% of payments to further reduce inequality between big and small farmers. Finally, the new framework has resulted in Ireland committed to capping payments at EUR 66 000.

So let's stop talking and get implementing. Small and medium farmers need this increased support now.

Daniela Rondinelli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, l'accordo raggiunto in trilogia è fondamentale perché garantisce una nuova PAC integrata, per la prima volta, da un'architettura verde e da una condizionalità sociale, ma penso che la vera sfida cominci domani.

Gli Stati membri dovranno saper declinare i nuovi principi nei piani strategici nazionali, accompagnando migliaia di piccoli agricoltori, specialmente giovani e donne, ad innovare e rendere sostenibili le loro produzioni garantendo il loro giusto reddito.

Per questo l'allineamento della PAC con il *Green New Deal* dovrà associare certezza giuridica con obiettivi ambiziosi, realistici e monitoraggi. La condizionalità sociale dovrà sconfiggere il caporalato e premiare chi crea occupazione di qualità, consentendo la detrazione dei costi di manodopera nel calcolo del *capping*.

È giunto allora il momento di estendere l'obbligo di indicazione del paese d'origine a tutti i prodotti, respingere sistemi di etichettatura fuorvianti come il Nutri-Score, assicurare una forte proiezione esterna della PAC, garantendo negli accordi commerciali la reciprocità degli standard ambientali, sanitari e sociali.

Solo tenendo insieme la dimensione locale e globale, così come i tre pilastri della sostenibilità, potremo davvero rafforzare il settore agroalimentare, facendolo diventare avanguardia della rivoluzione verde e sociale che la nuova Europa intende rappresentare.

Herbert Dorfmann (PPE). – Frau Präsidentin, geschätzter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wäre in den vergangenen zwei Jahren passiert, wenn wir in Europa nicht genug Lebensmittel für unsere Bürger produziert hätten? Wenn wir wie bei Halbleiterchips, bei Rohstoffen davon abhängig gewesen wären, ob uns Drittstaaten Lebensmittel liefern oder vielleicht eben auch nicht? Zum Glück sorgen wir mit einer wirklichen europäischen Politik seit Jahrzehnten dafür, dass unsere europäischen Bäuerinnen und Bauern für uns Lebensmittel produzieren. Und sie tun das, obwohl sie – übrigens vollkommen ungerechtfertigt – im Schnitt deutlich weniger verdienen als der Schnitt der Bevölkerung und obwohl sie – auch hier ungerechtfertigt – immer wieder Kritik ausgesetzt sind.

Nun reformieren wir diese GAP; nicht zum ersten Mal, sie wurde immer den Zeichen der Zeit angepasst, und jenen, die auch heute hier sagen, dass wir kaum Schritte in Richtung Nachhaltigkeit machen, muss ich sagen, wir werden in den nächsten Jahren jedes Jahr 10 Milliarden Euro für Nachhaltigkeitsprojekte allein in der ersten Säule ausgeben. Dazu kommen die Agrarumweltprogramme der zweiten Säule. Aber nachhaltig ist ein Betrieb halt nicht nur, wenn er ökologisch nachhaltig ist; er muss auch wirtschaftlich sein, das ist genauso wichtig.

Agrarpolitik ist nicht nur Umweltpolitik, sie ist auch Wirtschaftspolitik. Deshalb werden wir 10 % des Geldes von den größeren Betrieben auf die kleineren umverteilen, damit auch diese eine Chance haben. Wir müssen endlich die Zahlungen an die Mitgliedstaaten anpassen. Wieso soll heute jemand mehr bekommen, nur weil er vor 20 Jahren eine Kuh oder ein Schaf hatte? Das ist einfach Unsinn. Und wir brauchen weiterhin eine starke Politik für den ländlichen Raum, um Landwirtschaft überall in der Union möglich zu machen, auch dort, wo es schwierig ist.

Wir haben ein neues Modell, das sich nun über die gesamte GAP spannt und das den Staaten mehr Verantwortung gibt, und ich hoffe wirklich, dass die Staaten diese Verantwortung auch wahrnehmen. Ich möchte allen danken, die in den vergangenen dreieinhalb Jahren mitgearbeitet haben, dass wir zu diesem Ergebnis gekommen sind – und das waren viele. Deshalb sollten wir dieser Reform heute zustimmen und den Bäuerinnen und Bauern in Europa somit Sicherheit für dieses Jahrzehnt geben.

Maria Noichl (S&D). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Heute ist der Tag der Abrechnung. Abrechnung heißt: Man hat dieses Paket Agrarpolitik auf dem Tisch – das gesamte Paket, die vielen, vielen Seiten, die vielen kleinen Spiegelstriche. Wir, die mitgearbeitet haben, kennen diese tausende Seiten. Es ist immens viel Inhalt drin verpackt. Wenn wir heute über dieses dicke Paket abstimmen, dann müssen wir uns klarmachen, dass wir immer nur den großen Überblick jetzt in den Fokus nehmen dürfen.

Ich möchte aber trotzdem bestimmte Punkte aus diesem Paket herausziehen, um meine Abstimmung und das Abstimmungsverhalten meiner S&D-Fraktion im Europäischen Parlament zu erklären.

Dieses Paket – wie gesagt, man kann ja nur dem ganzen Paket mit Ja oder mit Nein zustimmen – dieses Paket hat natürlich gute Seiten, klar. Ich möchte sagen, die beste Seite, die in dem Paket drin ist, ist in meinem Büro entstanden, nämlich die soziale Konditionalität, der Antrag, dass es in Zukunft nicht mehr sein darf, dass Menschenhändler und Menschenhändler im Endeffekt Geld von der EU bekommen, so als wären es normale Arbeitgeber und normale Arbeitgeberinnen. Das ist ein wunderbares Papier. Könnte ich dieses Papier rausziehen und diesem Papier heute einzeln zustimmen, würde ich es tun. Ich weiß, auch die gesamte S&D-Fraktion würde dies so tun.

Aber wir haben die Verantwortung, auch die anderen Papiere, die neben diesem guten Papier sind, zu betrachten. Das sicher schlimmste Papier oder der schlimmste Punkt in dieser ganzen Paketlösung ist, dass weiterhin 75 % der Gelder rein nach Fläche vergeben werden. Das sind Steuergelder. Das sind die Gelder, die wir in unseren Mitgliedsländern, die die Menschen erarbeiten, durch ihre tägliche Arbeit. Diese Gelder vergeben wir nicht nach Leistung oder punktgenau, sondern diese Gelder werden mit der Gießkanne vergeben. Diese 75 % Flächengelder tun so weh, weil die Gelder woanders fehlen. Hätten wir Geld ohne Ende, ja, okay, dann würde man es ihnen geben. Aber das Geld fehlt woanders. Es fehlt woanders, um dieses Umsteuern wirklich zu erreichen.

Aber was wirklich ganz besonders heftig ist, und das muss man hier betonen: Wir haben von Anfang an nicht – Herr Kommissar, Sie wissen es –, wir haben nicht auf gleicher Augenhöhe verhandelt. Der Rat ist egozentrisch, geprägt von einem Weltbild und Menschenbild, das von vorgestern ist. Der Rat ist selbstverliebt. Der Rat, der glaubt, er kann alle Dinge bestimmen. Der Rat hat doch, bevor wir uns das erste Mal an den Verhandlungstisch gesetzt haben, in einer *high-level*-Entscheidung beschlossen: Es wird keine verpflichtende Kappung geben. Wir hatten unterschiedliche Stuhlhöhen. Unser Stuhl, der Stuhl des Parlaments, war kleiner, und es ist demütigend, solche Verhandlungen führen zu müssen, bei denen der Rat kaltschnäuzig gegenüber sitzt und einfach sagt: Nein, machen wir nicht.

Heute Nein zu sagen, heißt auch, heute Nein zu sagen zu einer undemokratischen Art und Weise, wie hier Politik gemacht wurde: nämlich ein selbstherrlicher Rat und ein Parlament, das Gutes versucht hat, dessen Stuhl aber leider zu klein war.

Dacian Cioloș (Renew). – Doamnă președintă, domnule comisar, dragi colegi, suntem la capătul a trei ani și jumătate de negociere a acestui pachet de reformă. E o reformă care dă o marjă de manevră mai mare statelor membre, dar contez pe dumneavoastră, domnule comisar, pentru ca Comisia Europeană să se asigure că politica agricolă rămâne una comună.

Am dotat noua politică agricolă comună din nou cu un buget bun, dar și cu câteva elemente care o aduc mai aproape de societate. Viitoarea politică agricolă comună va fi, în primul rând, mai echitabilă, va sprijini mai mult fermierii mici și mijlocii prin plata redistributivă care, de data asta, e obligatorie. Prin introducerea definiției, obligatorie de data asta, a fermierului activ, banii vor ajunge în buzunarele fermierilor adevărați și nu în cele ale proprietarilor de terenuri de golf.

În plus, și acesta este un element la care țin mult și pe care l-am susținut în precedenta reformă a politicii agricole comune, continuă procesul de convergență a subvențiilor între statele membre, de echilibrare a sprijinului care e acordat fermierilor care acum primesc subvenții mai mici comparativ cu fermieri din alte state membre. Știu că asta e o veste bună și mult așteptată atât în România, în țara de unde vorbesc, dar și în alte țări și regiuni europene.

Viitoarea politică agricolă comună va fi și mai ecologică. Am reușit să stabilim un buget ambițios pentru eco-scheme, pentru măsurile de agromediu care vor ajuta fermierii în procesul de tranziție către o agricultură mai atentă cu mediul și cu biodiversitatea. Politica agricolă comună va fi și mai bine orientată spre viitor. Am prevăzut mai mult sprijin pentru tinerii fermieri, măsuri pentru digitalizarea agriculturii, dar și pentru zonele defavorizate.

Acum trebuie să ne asigurăm că această reformă intră în vigoare în 2023 și că fermierii știu la ce să se aștepte și planurile naționale strategice să fie elaborate prin implicarea fermierilor și a organizațiilor profesionale. Chiar dacă nu e perfectă, această reformă e totuși un pas înainte față de reforma pe care am negociat-o în calitate de comisar în 2013 și de aceea eu o voi vota, o voi susține și vă rog și pe dumneavoastră să faceți același lucru.

Benoît Biteau (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, atténuation du changement climatique, lutte contre l'effondrement de la biodiversité, préservation de la santé des mangeurs, restauration de la qualité des ressources vitales comme l'eau ou l'air, réalisation de la souveraineté alimentaire, amélioration significative du revenu des paysans, relance de la dynamique de l'installation en agriculture sont les ambitions salutaires du pacte vert, socle de cette mandature, pour la Commission et pour le Parlement européen.

Si nous voulons réellement préparer l'avenir des générations futures, nous ne pouvons plus différer davantage les décisions, les actes, les mesures pour satisfaire cet objectif, et nous avons déjà commencé avec la validation des stratégies pour la biodiversité et «De la ferme à la fourchette».

L'agriculture est un secteur économique absolument stratégique à l'égard de ces enjeux. D'une part, parce qu'elle est au cœur de ces problématiques, mais aussi parce qu'elle bénéficie d'un soutien fort des politiques publiques. En revanche, rien ne sera possible sans réinventer les politiques publiques centrales pour atteindre ces objectifs, comme la politique agricole commune, qui mobilise pour les sept prochaines années presque 40 % du budget total de l'Union européenne.

Repousser cette copie de la PAC aujourd'hui, c'est prendre au sérieux les alertes des scientifiques qui nous appellent à agir d'urgence, avec détermination et sans délai. Repousser cette copie de la PAC aujourd'hui, c'est se donner la chance d'en écrire une nouvelle à la hauteur des défis du moment. En responsabilité, la PAC que nous rédigerons en 2021 ne pourra pas occulter les objectifs ambitieux des stratégies du pacte vert, ne pourra pas faire abstraction des enseignements apportés par les rapports successifs de la Cour des comptes européenne. En responsabilité, la PAC que nous rédigerons en 2021 redonnera à nouveau espoir au projet européen, aux générations futures et aux paysans de toute l'Europe.

Alors, mes chers collègues, soyons cohérents, soyons visionnaires, ne tremblons pas tout à l'heure. Ne gâchons pas ce bel espoir et soyons ensemble, avec courage et audace, au rendez-vous de l'Histoire.

Sylvia Limmer (ID). – Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Glücklicherweise stammt der Gesetzesentwurf für die neue Gemeinsame Agrarpolitik aus dem Jahr 2018 und damit aus der Vor-Grünen-Deal-Zeit und der Zeit vor den kruden Vom-Hof-auf-den-Tisch-Narrativen – Narrative, die unsere die Versorgung sichernden Landwirte völlig zu Unrecht als angebliche Umweltbeschmutzer beschimpfen und sie gerne zu CO₂-Senken mit Lebensmittelproduktion im Nebenerwerb sozusagen erzogen sähen. Trotz allergrößter Anstrengungen des Umweltausschusses und auch großer Teile des Parlaments ist es also nicht gelungen, dieses Konzept in toto umzusetzen. Gut so!

Die vorliegenden Verordnungen abzulehnen, ist demnach keine Option. Dem zuzustimmen, fällt aber gleichermaßen schwer. Mit der nun grüneren Agrarpolitik hat die Gängelung der Landwirte durch Ideologie und Bürokratie mindestens zugenommen, und die Einkommenssituation wird noch schwieriger werden, weil die Kosten für die sogenannten *Eco-schemes* in einer spezialisierten und effektiven Landwirtschaft erheblich ausfallen. In Deutschland erfüllen zum Beispiel gerade einmal sechs Prozent der Ackerflächen die Regelungen zur Kulturartendiversität. Kostspielige Anpassungen sind also nötig.

Im Übrigen führen verpflichtende Maßnahmen nur dazu, dass die vielen freiwilligen Umweltschutzmaßnahmen, die unsere Landwirte ganz selbstverständlich leisten, abnehmen werden. Dazu kommt zumindest das deutsche Thünen-Institut, ähnlich einer von der Kommission lange unter Verschluss gehaltenen Studie, die rückläufige Erträge, sinkende Einnahmen und Abwanderung der Produktion prognostiziert.

Selbst die viel gepriesene neue Subsidiarität der Mitgliedstaaten ist eine Mogelpackung – während übrigens deutsche Steuergelder, auch die der Landwirte, EU-weit weiter munter verteilt werden. Man darf nämlich gespannt sein, was passiert, wenn sich die EU-Kommission anmaßt, einen der nationalen GAP-Strategiepläne nicht zu genehmigen.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, kad slušam kolege iz Zelenih izgleda kao da su države članice i poljoprivredne organizacije zločesti dečki koji rade nered, koji ne znaju što je dobro za poljoprivredu, koji ne znaju što je dobro za održivost u poljoprivredi i koji, kako da kažem, režu granu na kojoj sjede. A vi kolege iz Zelenih iz Europskog parlamenta izgleda da točno sve znate što je najbolje za njih i poljoprivrednu proizvodnju. Pa ja ne mislim tako. Dakle, oni su ljudi koji se rano dižu svako jutro i kasno liježu i znaju što je dobro za poljoprivrednu proizvodnju i poljoprivrednu održivost. I ja podržavam ovaj prijedlog upravo zato što je u dovoljnoj mjeri slušao poljoprivrednika, što je u dovoljnoj mjeri podržavao male proizvođače.

I još ću jednu stvar istaknuti, a to je demografija. Na selu se rađa više djece nego u gradu. Koliko je samo stambeni prostor jeftiniji na selu nego u gradu. A naravno, djeca rođena na selu lakše će se odlučiti za poduzetništvo u poljoprivredi od djece rođene u gradu.

Dakle, osim što u zajedničkoj poljoprivrednoj politici trebamo tražiti ravnotežu između zaštite okoliša i konkurentnosti, svakako trebamo misliti na ljude, koji su ključni za održivost poljoprivrede, a ta je održivost važnija od održivosti bilo koje druge proizvodnje jer je poljoprivreda jedina djelatnost koja je postojala oduvijek i koja će uvijek postojati jer ćemo mi uvijek trebati hranu.

Ljudi su prvi i najvažniji preduvjet poljoprivredne proizvodnje pa očuvanje i pomlađivanje sela mora biti i hrvatski i europski prioritet.

Πέτρος Κόκκαλης (The Left). – (αρχή παρέμβασης εκτός μικροφώνου) ... επάξια της Ευρωπαϊκής Πράσινης Συμφωνίας. Δίνουμε, όμως, στα κράτη μέλη για πρώτη φορά τη δυνατότητα να καταρτίσουν τα εθνικά στρατηγικά τους σχέδια με βάση τις πραγματικές τους ανάγκες και τα πλεονεκτήματά τους. Αναμένουμε, λοιπόν, από τις κυβερνήσεις να υπερβούν τα κατώτατα όρια που καθορίζονται από τη νέα ΚΓΠ και να στοχεύσουν ψηλότερα μέσα από διαφάνεια και πλατιά διαβούλευση. Να αξιοποιήσουν αυτό το ισχυρό και ευέλικτο εργαλείο και να θωρακίσουν το μέλλον του αγροδιατροφικού τομέα της Ευρώπης. Να συμβάλουν γενναία και δίκαια στην υλοποίηση των στόχων της Ευρωπαϊκής Πράσινης Συμφωνίας. Αναμένουμε φιλόδοξα εθνικά σχέδια που θα δίνουν ευκαιρίες προσαρμογής στην κλιματική αλλαγή και αναχώματα στην κατάρρευση της βιοποικιλότητας. Τέλος στις πολύχρονες αδικίες κατανομής των άμεσων ενισχύσεων, ώστε να στηρίξουν τους ενεργούς αγρότες, τους νέους αγρότες και τις μικρομεσαίες αγροτικές εκμεταλλεύσεις και ώθηση στην υιοθέτηση νέων τεχνολογιών στην εκπαίδευση και την καινοτομία. Αναμένουμε επίσης και κυρίως από την Επιτροπή να υπερασπιστεί τις κοινές μας φιλοδοξίες κατά την έγκριση των εθνικών σχεδίων.

Dorien Rookmaker (NI). – Madam President, thank you almost everybody here and especially the European Commission for being brave enough to create a huge paradigm shift. The CAP will evolve from a top-down, prescriptive, administrative process to a bottom-up, horizontally-controlled framework, and this is great news. Good people don't like to be told what to do, and we need good farmers to produce healthy food in huge quantities in a responsible way.

We have to stay as far away as possible as we can from rules and regulations that create an administrative burden so big that we lose the good farmers we have. If we pester farmers with a policy framework that is tight and strict, farmers will go elsewhere looking for a better job.

Professional farmers that produce in a healthy stimulating environment produce good and healthy food. This healthy environment is our responsibility. It is an environment with fewer controls, less rules and regulations and more space for professional farmers to take on responsibility and act accordingly.

Jarosław Kalinowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! Nowe zasady wspólnej polityki rolnej to większe zaangażowanie rolnictwa w działania na rzecz środowiska. Równoległe do tych zmian wdrażane będą moim zdaniem zbyt ambitne cele związane z Zielonym Ładem, na co wskazuje analiza skutków skrywana niestety przez Komisję Europejską. Trzeba też dziś bardzo mocno zaznaczyć, że państwa członkowskie otrzymują o wiele większe kompetencje i odpowiedzialność w zamian za wdrażanie i osiąganie celów wspólnej polityki rolnej.

I tu zwracam się do Komisji Europejskiej o to, by bardzo uważnie przyglądała się krajowym projektom planów strategicznych wdrażania polityki rolnej. Znam kolejną wersję projektu przygotowanego przez polski rząd i tu niestety, powołując się też na ekspertów, muszę stwierdzić, że projekt ten łamie art. 4 rozporządzenia o planach strategicznych. Tak naprawdę ten projekt kpi z prawdziwych, aktywnych polskich rolników, którzy na połowę użytkowanej ziemi nie będą mogli uzyskać ani jednego euro wsparcia dopłat bezpośrednich – zero. Jeszcze gorzej: nie będą mogli realizować na tych gruntach programów rolno-środowiskowych w drugim filarze, nie będą mogli realizować eko-schematu w pierwszym filarze.

Nie zwracam się w tej sprawie do komisarza Wojciechowskiego, bo niestety prawdziwi, aktywni polscy rolnicy na jego pomoc w tej sprawie liczyć nie mogą, ale Komisja Europejska jako całość musi być świadoma, że jeżeli będzie akceptować tego typu projekty planów strategicznych, które jawnie łamią przepisy rozporządzeń, które za chwilę przyjmujemy, to w przypadku Polski Komisja weźmie współodpowiedzialność za patologiczną sytuację związaną z nieformalnymi dzierżawami. Stracą prawdziwi rolnicy, bo nie będą mogli odzyskiwać premii za działania środowiskowe, stracą też właściciele gruntów, bo będą mieli mniejsze dopłaty, a środowisko nie zyska.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Clara Aguilera (S&D). – Señor presidente, señor comisario, señorías, finalizamos el debate de un proceso largo con una de las reformas, en mi opinión, más profundas de la política agrícola, que gestiona un tercio del presupuesto comunitario, y posiblemente —ya veremos qué sucede— una de las más cortas, 2023-2027.

Esta reforma ha sumado a los apoyos a la renta, que son muy importantes en la agricultura, una mayor ambición social, medioambiental y climática, y este Parlamento tiene que sentirse orgulloso por haber incrementado la ambición social con una condicionalidad social. Están el reconocimiento del papel de la mujer rural —por cierto, muy pocos lo han mencionado, quizás nadie— que hace por primera vez la PAC, un mayor apoyo a los jóvenes agricultores y una extensión del pago redistributivo, así como una mayor ambición climática con la condicionalidad reforzada, el porcentaje de apoyo de los nuevos esquemas y el 35 % de las medidas del segundo pilar. Se ha reforzado la subsidiariedad, y este Parlamento ha contribuido a que no pierda la C de comunitaria.

El ámbito europeo es el ámbito de la PAC; la política agrícola no es una política más: garantiza alimento y cohesión al territorio. Por eso, necesita un mayor apoyo social y todo el apoyo de esta Cámara, y, por eso, pido a todos los grupos, a todas sus señorías, el voto positivo a esta reforma. No pensemos que, si estos Reglamentos no se apoyan, seguirá la PAC actual; no es verdad, es mentira: acabará el 31 de diciembre de 2022. Por tanto, no engañemos a los agricultores y apostemos por una agricultura europea, demos seguridad a nuestros agricultores votando «sí» ahora a las dos.

Jan Huitema (Renew). – Voorzitter, er zijn meerdere wegen die naar Rome leiden. Zo is het ook met het vergroenen van de landbouw. Elke weg is anders, elke boerderij is anders, elke boer is anders. Brussel moet het doel bepalen, maar de weg ernaartoe is de verantwoordelijkheid van de boer. Die kent zijn land, die kent zijn dieren en die kent de lokale omstandigheden het beste.

Ik ben blij dat voor het eerst in de geschiedenis van het Europees Parlement een deel van de vergroening niet gestuurd wordt door generieke maatregelen die van bovenaf zijn opgelegd. Het doel is meer leidend geworden. Een deel van het budget wordt nu direct gelinkt aan daadwerkelijk geleverde vergroeningsresultaten, en dit is de beste garantie voor een succesvolle vergroening. Het is een eerste goede stap, want nog steeds worden generieke vergroeningsmaatregelen geëist die bedacht zijn van achter een bureau, waarbij het effect in de praktijk zeer twijfelachtig is.

Ten tweede is het belangrijk dat de vergroeningsprogramma's, de zogenaamde ecoregelingen, niet verplicht zijn. Niet omdat ik tegen vergroening ben, juist het tegenovergestelde. Maar als er geen verplichting is, moeten we er wel voor zorgen dat de compensatie goed is. Die compensatie, die moet komen van het Europees landbouwbeleid, maar ook van de markt. Als we dit op een goede manier doen, draagt dit bij aan een groen en duurzaam verdienmodel. Dit betekent dat de lasten van de vergroening niet terechtkomen bij één keten in de schakel, namelijk de boer, maar over de hele keten worden verspreid.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, I think it's very clear now that we, as Greens, will vote against this CAP deal, and I think one of the big reasons is that there is no alignment with the new priorities of this Commission on the Green Deal, Farm to fork and Biodiversity strategy. But I think, you hear so many different opinions about it. I think the Commission now really needs to make clear, how is the Commission going to align the National plans with the Green Deal? Because some of us are claiming it is a big success, that we have a recital referring to it. Others in the house are saying, 'Well, thank God, Green Deal is not mentioned'.

The Commission in June had a very enthusiastic press release, stating that these CAP plans will from now on deliver on the Green Deal. But we hear that right now, in the negotiations on an implementing act, you are scrapping it. We want to know, how are you going to make sure that the National plans will deliver on the Green Deal and which countries are fighting against it? Because transparency on this matter is crucial, so please no further vague language, but clarity on this matter.

Laura Huhtasaari (ID). – Arvoisa puhemies, kun muualla maailmassa on nälänhätä, meillä on ilmastohätä. Ilmastuskonnon edessä meitä vaaditaan vähentämään tai jopa luopumaan lihansyönnistä. Tämä tarkoittaa sitä, että silloin myös lehmät vähenevät.

Puolustan lehmää. Lehmä on ihmiselle erityisen arvokas, sillä lehmä pystyy tuottamaan ravintoa ihmiselle syömäkelvotomasta heinästä. Sääolojen vaihtelut vaikuttavat viljasatoon, mutta huonoinkaan kesä ei pysty tuhoamaan heinäsatoa, jota lehmä syö. Suomalainen lehmä ei syö sademetsistä raivatuilla pelloilla kasvatettua soijaa, vaan nurmea, jota täydenetään rehuviljalla ja soijattomalla valkuaisaineella. Joten älkää murehtiko, antakaa lehmän märehä.

Nykyaikaisen nautakarjan ympärille voidaan rakentaa lehmälannasta biokaasutuotantoa, jolla voidaan korvata fossiilisia polttoaineita. EU ei pysty pysäyttämään ilmastonmuutosta tai vaikuttamaan sääoloihin, mutta voimme vaikuttaa siihen, onko meillä riittävästi ruokaa tulevaisuudessa.

Suomalainen viljelijä Aapeli Kokkonen ihmettelee päättäjien lyhyttä muistia. Vasta 150 vuotta sitten Suomessa joka kymmenes kuoli nälkiintyneenä. Suomessa omavaraisuutta on heikennetty ja maataloudesta ollaan tekemässä yhä kannattamattomampaa.

Tuontiruoka ei ole ilmastoteko. Riippuvuus tuontiruusta – minkä tahansa kriisin puhjetessa – aiheuttaa meille uuden nälänhädän. Jos meillä ei ole ruokaa, niin millään muulla ei ole väliä.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señor presidente, señor comisario, buenos días a todos. Si todos los augurios se cumplen, se van a propiciar los peores temores que tienen el medio rural europeo en general y el español en particular.

Es decir, se va a ejecutar el cambio de un modelo agrícola profesional que convertirá a agricultores y ganaderos en meros jardineros supeditados a los intereses de los despachos de Bruselas.

Voy a ser crítica con el Reglamento de planes estratégicos: se va a dedicar el 40 % del presupuesto de la PAC a cuestiones ambientales y climáticas, marginando otras necesidades del sector, y no se puede pretender que nuestros agricultores y ganaderos hagan una PAC verde cuando están en números rojos. Los costes de producción se han podido incrementar y hasta triplicar en algunos casos.

La burocracia sigue creciendo como una mala hierba y nos aleja de la simplificación que estábamos buscando y a la aspirábamos al inicio de este proceso.

A tenor de todo esto, ¿qué mensaje les estamos enviando a nuestros agricultores y ganaderos —por cierto, nuestros otros héroes en esta pandemia—? Pues ninguno, ninguno que les dé un mínimo de esperanza o que aporte soluciones, instrumentos para que la agricultura sea rentable o frente al éxodo rural.

A esta PAC le sobra ideología y le falta agricultura.

Mick Wallace (The Left). – Mr President, we are in the middle of the sixth mass extinction. Vast parts of the Earth will be uninhabitable for humans if we don't make radical changes fast.

Scientists tell us, it is essential that the new CAP specifies a minimum 10% of agricultural land to be left uncultivated and managed in a way that encourages biodiversity. Yet, this deal specifies just a miserable minimum 4% space for nature and limited to arable land only.

We also need a CAP that delivers a fair distribution of payments. In Ireland, according to the Department of Agriculture's own modelling, 75% of farmers stand to benefit from CRISS payments, but this redistribution of funds to small and medium farms is not near good enough. This deal specifies that a minimum of just 10% of Pillar 1 money be ring-fenced for CRISS. We wanted a minimum of 30%.

This deal will see billions of euros continue to be used to destroy our ecosystems and our family farm model.

Milan Uhrík (NI). – Vážený pán predsedajúci, nedávno tu bolo odhlasované, že Európania majú byť viac hmyzu namiesto mäsa, pretože mäso/dobytok údajne produkuje skleníkové plyny, ktoré spôsobujú otepľovanie planéty. Bolo to schválené v rámci tej európskej potravinovej stratégie z Farmy na vidličku a v rámci toho už Európska komisia aj schválila nejaké dva typy húseníc alebo kobyliiek, ktoré by ľudia mali byť.

Žiaľ, s touto poľnohospodárskou politikou to nie je oveľa lepšie, pretože aj tu je množstvo ekologických doslova nezmyslov a hlavne táto poľnohospodárska politika je dlhodobo nespravodlivá voči stredo- a východoeurópskym štátom, ktoré dostávajú niekoľkonásobne nižšiu podporu ako západoeurópski farmári. Slovensko bolo kedysi potravinovo sebestačnou krajinou. Dnes musí dovážať 1 000 kamiónov jedla denne, aby sme vôbec mali čo jesť. Aj to je výsledok nespravodlivo nastavených dotácií. Ak chcete túto poľnohospodársku politiku nazývať spoločnou, tak v prvom rade vyrovnajme výšky dotácií.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, felicitări tuturor celor implicați în procesul de adoptare a politicii agricole comune. Suntem la capătul unor dezbateri complicate, dar, în același timp, la începutul unui drum lung de implementare a unei politici care va influența viața fermierilor în următorii ani. PAC-ul le va permite fermierilor europeni dezvoltarea și modernizarea fermelor, le va oferi un trai mai bun și un viitor mai sigur pentru copiii și familiile lor, dar și un sprijin real în eforturile de a păstra vitalitatea spațiului rural.

Indiferent de vreme, de ploaie, arșiță, geruri sau viscole, fermierii au fost și vor continua să fie soldații aflați în prima linie a bătăliei pentru asigurarea securității alimentare, a combaterii schimbărilor climatice și factor decisiv pentru păstrarea biodiversității. Deși, de multe ori afectați de o concurență neloială, din cauza unor politici insuficient de bine ancorate în realitățile din teren, ne-au furnizat tuturor alimente de calitate și la prețuri accesibile, iar noi trebuie să ne asigurăm că le vom păstra această capacitate în viitor. Bani acordați prin PAC nu reprezintă decât un avans plătit fermierilor pentru hrana de care se bucură în fiecare zi cei peste 500 de milioane de cetățeni europeni.

Statelor membre le revine astfel responsabilitatea întocmirii unor planuri naționale strategice care să aibă în centru fermierii, să reducă birocrăția și să garanteze durabilitatea fermelor, iar Comisia Europeană trebuie să urmărească implementarea acestei politici în fiecare colț al Uniunii Europene, deoarece ea reprezintă garanția unei vieți mai bune pentru fiecare dintre dumneavoastră.

Johan Danielsson (S&D). – Herr talman! 560 miljarder kronor, så mycket pengar lägger EU på jordbruket varje år. Därför blir jag extra förbannad när granskning efter granskning visar på hur företagare i sektorn helt utan skrupler, och å det grövsta, utnyttjar människor på vår kontinent. Det handlar om människor som tvingas sova som djur i kalla stall eller i fallfärdiga lador, trasiga skyddskläder och farliga maskiner. Och kanske allra värst av allt: olyckor och dödsfall som mörkas och tystas ner.

Det är en skymf mot alla som arbetar inom jord- och skogsbruket och det är en skymf mot alla seriösa företagare som kämpar i sektorn. Därför är jag glad att vi nu äntligen får på plats ett kraftfullt ekonomiskt påtryckningsmedel i EU:s jordbrukspolitik. Fuskare, kriminella och rena slavdrivare ska inte få ta del av våra skattepengar. Tillsammans kan vi på det sättet skapa ordning och reda i det europeiska jord- och skogsbruket.

Asger Christensen (Renew). – Hr. formand! I dag vedtager vi endelig den ventede landbrugsreform efter tre års lange forhandlinger. Den ny fælles landbrugspolitik fra '23 sikrer os gode og sunde og konkurrencedygtige fødevarer i Europa. Landbrugsreformen styrker også forsyningssikkerheden af fødevarer markant. Jeg er ret stolt over, at vi i dag også vedtager bruttoarealmodellen, som har været en af mine store kæpheste under landbrugsforhandlingerne.

Samtidigt er landbrugsreformen et stort skridt imod et grønnere og mere bæredygtigt landbrug i Europa. Landbruget og den grønne omstilling er ikke hinandens modsætninger. Det beviser vi i dag. Det er den grønneste landbrugsreform, der nogensinde er vedtaget i Europa. Det er den grønneste landbrugsreform, der nogensinde er vedtaget i verden. Vi landmænd skal dyrke andet end korn, græs og majs. Vi skal også til at dyrke biodiversitet. 40 procent af landbrugsbudgettet vil gå til miljøfremmende formål. Det kan og vil landmændene levere på. Aftalen giver et økonomisk incitament og redskaber til at sætte endnu mere skub i den grønne omstilling, som er så vigtig, også uden at vi skal gå på kompromis med vores produktion.

De strategiske planer sikrer en øget fleksibilitet i medlemsstaterne, og det er meget vigtigt, fordi der er kæmpestor forskel på, om det er Sicilien i syd, eller det er Finland i nord. Så derfor er vi nødt til at skulle have indbygget noget national selvbestemmelse i forhold til de kommende miljøtiltag i landbrugsdelen.

Og sidst men ikke mindst, så giver landbrugsreformen klarhed for vores kolleger rundt omkring i hele Europa og sikrer deres fremtid.

François Alfonsi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la politique agricole commune qui nous est proposée aujourd'hui est un document dépassé qui engage très négativement l'Europe. L'Europe a pris de nouveaux engagements contre le réchauffement climatique. Cette PAC, en parfaite continuité de la précédente, les ignore ouvertement.

Parmi les urgences auxquelles il fallait répondre, il y a l'impact territorial des politiques agricoles productivistes que la PAC continuera d'encourager; ses conséquences, ce sont des territoires défigurés et désertifiés. Ils le sont du fait de l'hyper-productivisme qui détruit les sols et les paysages et qui expulse économiquement le plus grand nombre des paysans des zones agricoles intensives. Ils le sont aussi du fait d'immenses territoires abandonnés car jugés trop peu compatibles avec le modèle agricole dominant, avec, là encore, la perte de leurs paysages ainsi que de leurs populations, car l'agriculture est le pilier de leur économie traditionnelle.

Il fallait une PAC réconciliée avec la nature, réconciliée avec ses territoires et efficace contre le réchauffement climatique. Votre proposition de PAC n'apporte aucune rupture avec le passé sur aucun de ces sujets vitaux. Nous voterons contre et nous la combattrons.

Elena Lizzi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, oggi il mondo agricolo avrà la nuova PAC, perché siamo certi che sarà così, e siamo lieti che i negoziati siano giunti alla fine, per poter dare ossigeno ai nostri agricoltori che, dopo medici e infermieri, lo voglio ricordare, sono stati in prima linea durante la pandemia, fornendo sostentamento all'Europa. Il Commissario ricorderà quante volte, in collegamento, lo abbiamo ricordato e fatto presente.

Rinresce però che questi stessi agricoltori dovranno subire un taglio finanziario particolarmente gravoso per il mio paese, per l'Italia, con una perdita del 15 % rispetto alla passata programmazione.

Le politiche verdi hanno guidato i negoziati, dimenticando e spesso denigrando alcuni settori già in avversità economiche, come quello della carne, attraverso l'autorizzazione all'utilizzo di preparati vegetali o sintetici.

Inoltre, rinresce vedere che i vini dealcolati saranno annoverati tra i prodotti vitivinicoli, un ulteriore sgarro che l'Europa vuole fare all'Italia, già sotto attacco per il caso prosecco.

Noi come Lega vogliamo un'Europa che difenda le nostre denominazioni, i nostri prodotti e i nostri agricoltori, e vi faremo presente, in ogni situazione, luogo e fascicolo, la nostra priorità. Poi daremo il nostro contributo fattivo, signor Commissario, a ogni fascicolo, responsabilmente ma sapendo che parliamo dei nostri territori e dei nostri prodotti e parliamo con la nostra gente.

Veronika Vrecionová (ECR). – Pane predsedající, vážený pane komisaři, dnes, téměř na konci roku 2021, tady stojíme, abychom schválili novou podobu společné zemědělské politiky, která měla platit již od ledna tohoto roku. Už před dvěma lety měla být schválena, aby členské státy mohly nastavit pravidla, která z ní vychází. Máme tedy dvoutleté zpoždění. Už není prostor dohadovat se, zda by mohla být více zelená, nebo naopak, jestli by měla více pomáhat farmářům. Bohužel jsme se dostali do situace, ze které je jediné východisko – výsledný kompromis schválit. Nejenom proto, že naši zemědělci potřebují znát pravidla, podle kterých mají hospodařit, ale musí mít také čas se na ně připravit.

Zemědělství nefunguje tak, že si Evropský parlament něco ráno schválí a odpoledne podle těchto pravidel budou ostatní fungovat. V zemědělství stále platí přírodní zákony, se kterými občas někteří z vás zkoušejí bojovat. Prosím, podpořte tento kompromis, pomůžete jak přírodě, tak zároveň umožníte našim zemědělcům hospodařit a zajistit dostatek cenově dostupných potravin pro naše občany.

Anja Hazekamp (The Left). – Voorzitter, vandaag stemmen we over 270 miljard aan Europese landbouwsubsidies, voor meer megastallen, voor meer landbouwgif en voor meer vervuiling. Vele boeren, milieuorganisaties, klimaatactivisten hebben zich tegen dit landbouwbeleid gekeerd, want met dit desastreuze plan wordt de *Green Deal* in één klap een *Black Deal*. De toekomst van boeren, dieren, natuur en milieu wordt in de uitverkoop gezet.

Hoe kan het dat dit Parlement voor de klimaatnoodtoestand, voor de biodiversiteitsstrategie en voor de “van boer tot bord” -strategie heeft gestemd, terwijl het nu op het punt staat om precies het tegenovergestelde te doen? Dit gemeenschappelijk landbouwbeleid zal de klimaatcrisis, de biodiversiteitscrisis en de dierenwelzijns crisis niet oplossen, maar juist aanwakkeren. Er is maar één keuze mogelijk: stem dit GLB weg.

Ook daarom ben ik voorts van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft. *Vote this CAP down!*

Miroslav Radačovský (NI). – Vážený pán predsedajúci, navrhované zmeny spoločnej poľnohospodárskej politiky podporujem. Národné štáty a poľnohospodári dúfajú a veria, že tieto legislatívne zmeny umožnia dosiahnuť stanovené ciele, zaistia stabilnú dodávku cenovo dostupných a kvalitných potravín. Kardinálnou otázkou je však podľa mňa politika rozvoja vidieka. Problém je akýsi zbytočný boj medzi zelenou politikou a poľnohospodárskou politikou a často rukojemníkmi tohto boja sa stávajú farmári. Szanuje wasza prace, panie komisarzu Wojciechoski. Narodil som sa na vidieku, žijem na vidieku, bol som chovateľom koní i ovečiek a spolupracujem s vidieckym parlamentom na Slovensku. Mám v ruke pozvánku na konferenciu, na tému Vízia pre atraktívnejší vidiek, ktorá sa bude konať dňa 6. decembra na univerzite v Nitre. Pozývam vás, pán komisár, na toto stretnutie, kde vás budú ľudia z vidieku informovať o svojich problémoch. Bolo by dobré, keby ste sa tohto stretnutia zúčastnili, naviac Slováci „zawsze lubią Polaków“.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señor presidente, hace poco más de un año, la delegación española del Partido Popular Europeo votó en contra de la propuesta de la PAC que presentó este Parlamento: la propuesta era demasiado rígida en sus exigencias medioambientales y ponía en peligro buena parte de los ingresos que los agricultores españoles perciben en la actualidad. Gracias a nuestro no, pusimos freno a las medidas más radicales y apoyamos una reforma más razonable y más flexible; gracias a nuestro no, también hemos evitado los intentos de discriminar a sectores, como el de la ganadería de reses bravas, que podrán seguir recibiendo su ayuda como siempre.

Sin embargo, reconozco que esta propuesta que votamos hoy sigue sin ser la PAC ideal para el Partido Popular español: principalmente, sigue siendo una PAC con muchos menos fondos que la anterior precisamente cuando más los necesitan agricultores y ganaderos, pero ahora la pelota está en el tejado de los Estados miembros.

Hoy, el Parlamento Europeo dará al Gobierno de España las herramientas necesarias para que apoye de una vez a los agricultores: el Gobierno de Sánchez deberá emplear toda la flexibilidad que le hemos conseguido desde Bruselas para adaptarse a las necesidades del campo español. El campo español atraviesa momentos críticos, con los precios de las materias primas disparados y la factura de la luz batiendo récords. Ya es hora de que el Gobierno de Sánchez haga caso a los agricultores y ganaderos, deje de boicotarlos y aproveche el dinero que esta PAC tiene para poder ayudarles en unos momentos tan complicados.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! De som argumenterar för den nya CAP anger ofta att den i alla fall är bättre än den nuvarande. Och det kan ju stämma, men samtidigt uppfyller inte det här förslaget alls de förväntningar vi ska ha på ett grönt, modernt, djurvänligt europeiskt jordbruk. Kanske vet moderna politiker mer om Greta Gris än om riktiga grisar.

I en rapport från revisionsrätten slås det fast att EU:s klimatutgifter på 100 miljarder euro under perioden 2014-2020 haft väldigt liten effekt på utsläppen. Enligt revisionsrättens rapport måste antalet djur i jordbruket minska om vi ska få ner utsläppen. Vi behöver ta tag i den industriella syn på livsmedelsproduktion som ständigt fokuserar på att öka antalet djur. Den blygsamma öronmärkningen av klimat- och miljöåtgärder räcker inte när åtgärderna har visat sig så pass ineffektiva. Klimatutgifterna inom CAP måste vara direkt riktade till åtgärder som verkligen minskar utsläppen.

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Г-н Председател, г-н Комисар, вярвам, че успяхме да постигнем много. Договорихме нов модел на ОСП, базиран на резултати и на изпълнение. Структурната модернизация на ОСП съчетава успешно и балансирано икономическите, социалните и екологичните амбиции и цели. „Обнови Европа“ допринесе много за очертаването на нови, по-ефективни еко-схеми, бори се да защити възможностите за достойни доходи на фермерите и да гарантира по-добър контрол на разходването на средствата. Доволна съм, че едни от основните приоритети на моята партия ДПС са включени в новата ОСП, а именно по-справедливо разпределение на директните плащания за малките и младите фермери, повече средства за биоземеделие и запазване на преходната национална помощ.

Сега националните правителства трябва да свършат добре своята работа и да се възползват от гъвкавостта, която им предоставихме, за да разработят мерките и да насочат средствата според специфичните нужди на сектора. Притеснена съм, че липсват прозрачност и диалог в процеса на разработване на националния стратегически план на България. От този план зависи бъдещето на земеделието в страната ни. Крайният срок приближава, а фермерите все още не знаят какво точно е включено в него. Важно е да стартираме новата ОСП и да избегнем несигурност за сектора. Фермерите трябва да участват в процеса на планиране, да бъдат информирани и да бъдат подготвени, за да бъде „зеленият“ преход успешен. Колеги, нека направим следващата голяма крачка, нека подкрепим споразумението, за да дадем нужната стабилност на сектора.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar Wojciechowski! Werden wir den dramatischen Verlust an Artenvielfalt mit dieser GAP bewältigen? Es sieht nicht gut aus. Wir werden keine ordentliche Fruchtfolgeregelung haben. Wir werden keine verpflichtenden Umweltmaßnahmen für alle Landwirte und Landwirtinnen haben, die europäisches Steuergeld erhalten. Wir haben kein Ziel, die Herbizide um 50 % zu reduzieren.

Heute ist die Landwirtschaft – ein großer Teil der Landwirtschaft – leider Teil des Klimaproblems. Und, werden wir das ändern mit dieser GAP? Es sieht nicht gut aus. Wir sehen kein Ziel, den Kunstdünger um 50 % zu reduzieren. Wir sehen keinen ambitionierten Bodenschutz. Wir haben eine Chance verpasst, die Landwirtschaft zu einem Teil der Klimалösung zu machen, und das wird auf uns zurückfallen.

Und, werden wir den akuten Rückgang an landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem kleinen und mittleren, stoppen mit dieser GAP? Auch das sieht nicht gut aus. Wir haben es nicht geschafft, eine Förderobergrenze von 100 000 EUR durchzusetzen, auch dank des Lobbyings der konservativen Agrarvertreter, auch des Coreper, die hier 95 % der europäischen Landwirtinnen und Landwirte ganz klar verraten haben. Es wird weiterhin Millionenförderungen für Oligarchen, für internationale Finanzinvestoren und Großgrundbesitzer und -besitzerinnen geben.

So werden wir es leider nicht hinbekommen, und ich ersuche Kommissar Wojciechowski, von seiner Ankündigung Gebrauch zu machen, nationale Pläne, die die Umverteilung nicht berücksichtigen, zurückzuschicken.

Nicola Procaccini (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi ci esprimiamo per l'ultima volta sulla nuova politica agricola comune.

Anche per noi conservatori non è una misura perfetta. Avremmo preferito meno burocrazia e maggiore semplificazione, ma apprezziamo il bilancio maggiorato di 22 miliardi, il sostegno ai giovani agricoltori, gli aiuti in caso di crisi, l'attenzione alle indicazioni geografiche e ai regimi di qualità.

Apprezziamo, in particolare, l'equilibrio tra tutela ambientale e agricoltura, un obiettivo raggiunto malgrado la pressione ideologica a cui siamo stati sottoposti. Ecco, a Greta Thunberg che a coloro che ci hanno bombardato con e-mail piene di insulti, chiedendoci di bocciare la PAC, dico questo: la qualità dell'ambiente per alcuni è un vezzo, una moda, per gli agricoltori invece è una questione di vita o di morte.

Un ambiente sano è la condizione necessaria per prodotti agricoli sani, per poterli vendere al mercato e per poter sfamare le proprie famiglie, non quindi una moda.

Manuel Bompard (The Left). – Monsieur le Président, Victor Hugo disait: «C'est une triste chose de songer que la nature parle et que le genre humain n'écoute pas». Car la nature parle en effet: inondations, sécheresses, méga-incendies, pandémies, espèces menacées de disparition par centaines de milliers... Mais le genre humain persiste, année après année, dans les mêmes erreurs.

Notre modèle agricole est le premier facteur de l'effondrement de la biodiversité. Il contribue fortement au changement climatique. Il est la racine de la misère et de la disparition de millions d'agriculteurs et banalise une souffrance animale insupportable. Mais aujourd'hui, vous nous proposez de consacrer 270 milliards – un tiers du budget européen – pour poursuivre dans cette impasse, en contradiction avec tous vos beaux discours sur le pacte vert européen.

Ce vote nous engagerait jusqu'en 2027, alors que nous n'avons que quelques mois pour agir. Il serait une nouvelle trahison vis-à-vis de tous les citoyens européens inquiets pour leur avenir. Ne faisons pas cette erreur. Rejetons cette réforme pour réaliser enfin la bifurcation nécessaire de notre modèle agricole.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, u hrvatskoj javnosti uporno se plasira priča o ogromnim sredstvima iz europskih fondova koja su isplaćena poljoprivrednicima, a da unatoč tome nema nikakve ozbiljne proizvodnje odnosno njezina povećanja. U Hrvatskoj, nažalost, čak 70 % EU sredstava namijenjenih za poljoprivredu i ruralni razvoj nije otišlo u poljoprivredu i ruralni razvoj nego je otišlo prema projektima povezanim s javnim sektorom, koji ne donosi novostvorenu vrijednost niti neophodno potrebna radna mjesta za egzistenciju i opstanak stanovništva u ruralnim prostorima.

Ogromna sredstva upotrebljena su u neproizvodne svrhe: uređenje zgrada, trgova, ureda ili pak preplaćivanje softvera. Pa tako imamo slučaj prije dva tjedna kad je bivša ministrica Plenkovićeve vlade Gabrijela Zalac platila softver koji je koštao realno niti tri milijuna kuna čak 13 milijuna kuna. 100 % sredstava za to povučeno je iz „Konkurentnosti i kohezije”, programa tehničke podrške. Ista je uhićena na temelju traženja Europskog ureda javnog tužitelja. Očito je osnovni motiv za korištenje europskih fondova u Hrvatskoj politički opstanak sadašnje vlade, kupovanje biračkog tijela i ubiranje provizije od izvođača koja pojedincima donosi ogromne dobiti, kao što vidimo. Očito ima još puno poslova za EPPO.

Álvaro Amaro (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caras e Caros Colegas, este é um Acordo de uma reforma e não um Acordo para uma qualquer rutura. É uma reforma no sentido certo. Continua a olhar a agricultura sob o ponto de vista económico, apoia o investimento e apoia o rendimento, mas também a olha sob o ponto de vista social e sob o ponto de vista ambiental. É um acordo que incentiva os jovens agricultores e aponta-lhes novas práticas.

A PAC, a política agrícola comum, tem que continuar a ser uma política importante de coesão entre os campos e a cidade. Não pode deixar de olhar para os agricultores como os verdadeiros agentes dessa mudança. Mas, Senhor Comissário, que cumprimento, agora em 2022 será um ano fundamental para vermos se a legislação secundária que aí vem, que é muito importante, não deita pela janela aquilo que já entrou pela porta para os agricultores. Nós devemos estar muito atentos a isso. A Comissão não pode ter essas tentações e os Estados-Membros devem ter uma grande ambição nos seus planos estratégicos para que os agricultores possam continuar a ter esperança. E é essa a ambição dos Estados-Membros, é essa a ambição que eu também espero do próximo governo do meu país, em Portugal.

Isabel Carvalhais (S&D). – Senhor Comissário, Caras e Caros Colegas, durante três anos discutimos o futuro da PAC com os agricultores e cidadãos de olhos postos em nós. Durante três anos insistimos na importância da estabilidade e da previsibilidade dos apoios aos agricultores e na importância de cumprir com um dos principais objetivos desta política: garantir a existência de condições justas e dignas para a atividade agrícola, pilar fundamental do nosso mundo rural. Três longos anos de debates, de difíceis negociações, que culminaram com o Acordo alcançado sob a Presidência portuguesa e que hoje se encerram com o voto nesta nova PAC.

Uma PAC que não é perfeita, que não responde a todas as expectativas, mas que também traz conquistas, muito graças à ação e determinação negocial deste Parlamento e que importa valorizar, não menosprezar.

A nova PAC integra, pela primeira vez, o instrumento da condicionalidade social, um instrumento determinante na concretização de uma maior justiça social para todos os que trabalham no setor agrícola, e que expressa o compromisso das nossas sociedades democráticas com a dignidade laboral como parte integrante da própria dignidade humana.

A nova PAC integra também uma nova ambição ambiental, presente em novos instrumentos como os ecorregimes, que, em conjunto com outras medidas, constroem a rede de segurança necessária para apoiar os agricultores na transição para práticas e técnicas de produção que permitam uma melhor preservação dos recursos naturais, a defesa da biodiversidade, o combate às alterações climáticas.

A nova PAC, repito, não é perfeita, mas tem o meu voto positivo por respeito a todas estas conquistas, que, com esforço, se alcançaram nesta casa, e que seria inoportuno e incompreensível adiar por mais tempo. E o meu voto positivo não me retira legitimidade para criticar aquilo em que ela poderia ter ido mais além e não foi. E exercerei esse meu direito à crítica, acompanhando atentamente os passos que serão dados para concretizar os objetivos e ambições no terreno onde a PAC deve ser efetivamente cumprida.

Alin Mîtuța (Renew). – Domnule președinte, domnule comisar, cred că dacă ne gândim la viitorul agriculturii, trebuie să avem în minte trei mari obiective: cum reducem emisiile și poluarea, cum producem mâncare mai sănătoasă, cum regenerăm mediul rural. Acordul privind noua politică agricolă comună, pe care îl avem pe masă, nu este perfect, dar răspunde satisfăcător acestor provocări.

În primul rând, avem cea mai verde politică agricolă comună din istorie cu o alocare de 25 % pentru eco-scheme și cu un sistem îmbunătățit de condiționalități de mediu și sociale. În al doilea rând, alinierea la strategia *Farm to Fork* ne asigură că vom produce alimente mai sănătoase, practicând o agricultură mai puțin intensivă.

Iar aici vreau să subliniez un lucru important. Cheia pentru a avea alimente sănătoase este la micii fermieri pe care avem datoria să îi ajutăm mai mult. Trebuie să valorizăm mai mult produsele locale și să dezvoltăm lanțuri scurte de aprovizionare în jurul micilor fermieri iar noua PAC oferă aceste oportunități.

În al treilea rând, probabil cea mai mare problemă pe termen mediu și lung este îmbătrânirea și depopularea satelor, iar aici mă bucur că avem o creștere la 3 % a sprijinului pentru tinerii fermieri, care cred că este utilă, dar nu suficientă. De aceea trebuie să investim mai mult în infrastructura rurală și agricolă, în serviciile publice pentru a face satele și agricultura ... (*Președintele a întrerupt vorbitorul*)... pentru tineri.

Anna Deparnay-Grunenberg (Verts/ALE). – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In vielen wichtigen Bereichen der EU haben wir uns bereits klare Ziele gesetzt: das Ende des Verbrennungsmotors 2035, das Ende der schädlichen Kohlesubventionen 2025. Wer hätte das vor fünf Jahren überhaupt geglaubt?

Warum schaffen wir das nicht in der Landwirtschaft? Warum arbeiten wir nicht auf ein konkretes Ende der Pestizide und deren Subventionen hin? Warum setzen wir uns kein Datum fest, an dem wir aus synthetischen Düngemitteln, die schädlich sind, aussteigen wollen? Wir werden jetzt noch mal sieben Jahre lang 50 Milliarden Euro jährlich in die Förderung großindustrieller Konzerne stecken, die überhaupt nicht diese Richtung einschlagen, sondern nur Land besitzen.

Dabei wäre das Geld doch so nötig, um unsere Landwirtinnen und Landwirte bei der Transition hin zu einer wahrlich nachhaltigen Lebensmittelproduktion zu unterstützen. Dabei wäre doch das Geld so nötig. Heute werden wir gegen diesen Vorschlag der verpassten Chancen stimmen müssen.

Doch wir Grüne werden nicht aufgeben. Wir werden uns nach wie vor für eine gemeinsame Agrarpolitik einsetzen, die dem Gemeinwohl messbar dient und unsere Lebensgrundlage schützt.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, μιλώντας σήμερα για τον πρωτογενή μας τομέα, θα πρέπει να πάψουμε να αναφερόμαστε στο τι πρέπει να κάνουν οι αγρότες μας για να τους στηρίξει η Επιτροπή και να αρχίσουμε να αναφερόμαστε στο τι πρέπει να κάνει η Επιτροπή για να στηρίξει ουσιαστικά τους αγρότες μας. Τα τελευταία χρόνια, εφαρμόστηκε μια καταστροφική πολιτική που επέβαλε στους παραγωγούς μας μια σειρά από παράλογους κανονισμούς που εκτόξευσαν το κόστος παραγωγής και, την ίδια στιγμή, αυξήθηκαν δραματικά οι εισαγωγές αγροτικών προϊόντων από τρίτες χώρες. Εμείς θέλουμε να τρεφόμαστε με ελιές από την Καλαμάτα και όχι από τη Νότια Αφρική, και με ντομάτες από την Κρήτη και όχι από την Τουρκία. Για τον σκοπό αυτόν, έχουμε τρεις απόλυτα εφαρμόσιμες προτάσεις. Πρώτον, ζητάμε να αυξηθούν οι ενισχύσεις προς τους παραγωγούς μας, καθώς και η προσβασιμότητα σε αυτές, δεύτερον, ζητάμε να αυξηθούν οι έλεγχοι που γίνονται στα εισαγόμενα αγροτικά προϊόντα για κατάλοιπα φυτοφαρμάκων και για άλλες χημικές ουσίες που δηλητηριάζουν τους Ευρωπαίους καταναλωτές και, τρίτον, ζητάμε να αυξηθούν οι δασμοί στα εισαγόμενα αγροτικά προϊόντα, ώστε να αντιμετωπιστεί ο αθέμιτος ανταγωνισμός έναντι των ελληνικών.

Colm Markey (PPE). – Mr President, as we vote on this CAP today, we must not lose sight of its main objective: supporting a fair standard of living for 10 million farmers, safeguarding a safe food supply for 450 million people, and sustaining healthy and vibrant rural communities. These are traditional goals of CAP, but we're also seeking to significantly to address our environmental challenges.

This can only be done in an effective and practical way by involving farmers, who must be at the heart of driving this change. There is significant responsibility on Member States in the development of their strategic plans. It's vital that farmers have a major input into these, so that there's major buy-in from farming. They have to be sensible and achievable and make a meaningful difference to the environment and to farm viability. They must provide a wide range of eco schemes that give farmers options to ensure that they can develop to deliver their environmental responsibility and also protect farm incomes and the multiplier that is in the economy, while also investing in the long-term future of the next generation of young farmers who will lead the way forward into the future.

However, I firmly believe that we cannot deliver it solely through the CAP. We need to look at other issues, such as carbon farming, how our lands can sequester carbon, how we can improve our biodiversity and increase our renewable energy sector for ever-increasing energy demands. While CAP gives farmers certainty, it's only one step and we need to ensure a viable future for farming.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiamas Pirmininke, Komisijos nary, mieli kolegos, sprendimo dėl bendrosios žemės ūkio politikos reformos Europos Sąjungos ūkininkai laukė trejus metus. Dabar pagaliau balsuosime dėl ilgose sudėtingose diskusijose gimusio kompromiso.

Susitarimas dėl žemės ūkio, kaip čia ne kartą buvo pasakyta, politikos nėra tobulas. Galiu tik apgailestauti, kad Europos ūkininkai ir toliau gaus skirtingą atlygį už tą patį darbą (Lietuvos, Baltijos šalių), o Europos Sąjungos priimti išpareigojimai sulgyinti naujųjų šalių ūkininkų tiesiogines išmokas ir užbaigti ilgametę diskriminaciją nebus įvykdyti.

Gerbiamas Komisijos nary, primenu, kad jūs asmeniškai esate viešai išpareigojęs aktyviau veikti, kad būtų sulgyintos tiesioginės išmokos visiems Europos Sąjungos ūkininkams. Ir tą turime kartu padaryti: užtikrinti, kad kaimas būtų patraukli vieta kurtis jauniems ūkininkams, vystyti smulkų vidutinį verslą ir užsiimti ūkininkavimu visoje Europos Sąjungoje.

Visgi, nepaisant esamų trūkumų, galutiniame susitarime yra ir labai teigiamų aspektų: socialinių sąlygų įtraukimas, svaresnė parama smulkiems vidutiniams ūkiams, jauniems ūkininkams, echo schemos, skaitmenizacija, inovacijos. Todėl kviečiu visus balsuoti už šį projektą ir pagaliau duoti mūsų žemdirbiams aiškumų ir leisti jiems planuoti savo ateitį, o visiems Europos Sąjungos piliečiams vartoti daugiau sveiko, šviežio, Europos Sąjungos ūkininkų išauginto maisto.

Adrián Vázquez Lázara (Renew). – Señor presidente, señor comisario, tras tres años y medio desde que la Comisión Europea presentase sus propuestas legislativas, hoy por fin votamos la nueva política agrícola común.

Soy consciente de que esta nueva PAC no es perfecta, pero también soy consciente de que esta nueva PAC garantiza la seguridad jurídica y financiera de nuestro sector primario. Mantiene la capacidad productiva de los alimentos en la Unión Europea, a la vez que asegura que nuestros agricultores y ganaderos lo hagan en unas condiciones económicas justas y respeta los objetivos medioambientales del Pacto Verde, sin perder de vista la sostenibilidad social de nuestro medio rural.

Insisto: aunque no sea una PAC perfecta, apelo a los miles de hombres y mujeres que se dejan la piel todos los días en el campo para que nosotros tengamos alimentos de primera necesidad y de excelentísima calidad en nuestros supermercados a que entiendan que es una PAC necesaria.

Por ello, mi partido, Ciudadanos, va a votar a favor.

Francisco Guerreiro (Verts/ALE). – Caro Presidente, Caro Comissário, hoje de manhã estava a levar as minhas duas filhas à escola e estava a analisar o porquê de alguns grupos políticos e alguns eurodeputados estarem a favor desta política agrícola comum.

É para mim totalmente incompreensível como é que se vota a favor de uma política agrícola comum que direciona a maior parte dos seus fundos para quem não precisa deles – portanto, 80% dos pagamentos diretos serão para os 20% de agregados mais ricos dentro da agricultura -, que não preserva a biodiversidade, portanto vai mesmo contra a Estratégia do Prado ao Prato, vai contra a Lei do Clima e continua a financiar indústrias altamente poluentes como a pecuária intensiva.

É totalmente incompreensível para mim como é que se consegue votar a favor desta política agrícola comum, e eu, em boa consciência, votarei contra porque realmente quero preservar o planeta, quero preservar a garantia de um futuro biodiverso para os meus filhos e para todas as pessoas desta Europa unida, e, por isso, o meu voto será contra esta política agrícola comum.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, naši zemědělci si zaslouží uznání, podporu a také spravedlivé a efektivní rozdělení rozpočtu, který nutně potřebují. Proto je také důležitá reforma společné zemědělské politiky jak pro zemědělce, tak pro spotřebitele. Jejím cílem je konkurenceschopnost, potravinová bezpečnost, ochrana životního prostředí i rozvoj venkova. Domnívám se, že nejsilnější stránkou toho, co bylo přijato v trialogové dohodě, je právě zaměření na ochranu životního prostředí a posílení pravomocí členských států. Bude tedy záležet na tom, jaké budou priority vlád členských států, a na tom, jak tuto flexibilitu využijí. Oproti současnému stavu je v prvním pilíři čtvrtina prostředků nově vázána na takzvaná ekoschémat, která mají motivovat zemědělce ke snižování používání pesticidů a antimikrobiálních látek i ke zlepšování životních podmínek zvířat. Dnes ale máme hlasovat o reformě, které chybí zásadní opatření, a to je zastropování přímým plateb. Podpora malých a středních zemědělců patří k základním cílům evropského zemědělství a podle mého názoru není tento cíl dostatečně naplněn.

Evropská komise stejně jako Evropský parlament navrhly povinné zastropování a redistribuci ve prospěch malých a středních podniků jako základní nástroj k zamezení koncentrace vlastnictví a k ochraně proti zneužívání evropských dotací. Bohužel výsledkem trialogové dohody je, že zastropování a desetiprocentní redistributivní platba zůstávají pouze jako možnost. To je zásadní problém, který bude prohlubovat rozdíly v konkurenceschopnosti zemědělců i mezi členskými státy. Je mi líto, že jsme propásli tuto šanci na skutečnou reformu společné zemědělské politiky. Myslím, že jsme neměli ustoupit tlaku Evropské rady.

Günther Sidl (S&D). – Sehr geehrter Herr Präsident! Die Ziele der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik wären für uns alle ganz, ganz wesentliche gewesen, als größter Budgetposten der Europäischen Union dafür zu sorgen, dass die GAP entscheidend zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt und für mehr Nachhaltigkeit und mehr Biodiversität sorgt, wir in Europa unabhängiger von Lebensmittelimporten werden und die regionale Entwicklung und die Regionalität gestärkt werden. Wir hätten einen Systemwandel unserer Lebensmittelproduktion gebraucht, mit mehr biologischer Produktion und weit weniger Pestizideinsatz sowie für mehr Tierwohl.

Die vorliegende Gemeinsame Agrarpolitik ist aber leider eine Sammlung vergebener Chancen. Der Parlamentsentwurf, der ohnehin ambitionierter hätte sein können, wurde von den Mitgliedstaaten konsequent aufgeweicht und verwässert. Schade, denn man hätte hier wirklich vieles in eine positive Richtung verschieben können.

Асим Адемов (PPE). – Колеги, след почти година интензивни преговори днес гласуваме окончателно одобрения пакет по ОСП, за да може да влезе в сила от 1 януари 2023 година. И за да гарантираме плавния преход, приехме и Регламента за преходните правила. Новата ОСП, освен по-екологосъобразна, трябва да бъде гарант за икономическата и социална устойчивост на земеделските стопани и селските райони. Фермерите са в основата на реформата на ОСП и трябва да бъдат справедливо възнаградени за труда си.

Затова бих искал да благодаря на докладчика и на неговия екип, че успяха да запазят интересите на земеделските стопани в центъра на новата политика. Въвеждането на задължителното преразпределително плащане в полза на малките и семейните земеделски стопанства, както и допълнителната подкрепа за младите фермери са необходима инвестиция за бъдещето на сектора. Изключително се радвам, че успяхме да защитим продължаването на преходната национална помощ с нова референтна година, както и на обвързаната подкрепа: два изключително важни инструмента, които частично компенсират по-ниските нива на подпомагане на държави като България и имат важен социален ефект в селските райони.

Carmen Avram (S&D). – Domnule președinte, e clar că în Parlamentul European puțini sunt entuziaști astăzi legat de această nouă politică agricolă comună. Unii pentru că o consideră prea puțin verde, alții pentru că anticipează provocările pe care le vor întâmpina milioane de fermieri și implicit sute de milioane de consumatori. Dar cred că, după trei ani în care, practic, le-am minimalizat vocea, am ajuns în momentul în care trebuie, în sfârșit, să acționăm ținând cont strict de nevoile fermierilor.

Ambiții politice avem toți, dar, astăzi, ele trebuie să cadă pe locul doi. Responsabilitatea noastră e față de cetățean, deci de consumator, iar consumatorul va mânca ce va avea la dispoziție. Dacă fermierul va supraviețui și va fi lăsat să producă hrana sănătoasă pe care i-o cerem, consumatorul va mânca hrană sănătoasă. Dar dacă fermierului îi punem bețe în roate, condamându-l la faliment sau la dispariție sau la imposibilitatea de a produce, atunci consumatorul nu va mai mânca nimic sau, cel mult, hrană la standarde îndoielnice, din import.

Reforma pe care o votăm astăzi nu e o reformă oarecare, e reforma cea mai ambițioasă, cu cea mai ambițioasă viziune de până acum privind supraviețuirea noastră, oferind perspectiva unei hrană sănătoase și a unui mediu reechilibrat, dar ea trebuie lăsată să producă efecte. De ce am vrea să o anulăm acum și să mergem spre мăсuri extreme, în condițiile în care există deja acest trend mondial de abandon al satelor și al fermelor și de dispariție a пământului agricol? Pierdem 7 milioane de hectare de teren arabil în fiecare an – o suprafață mai mare decât suprafața Austriei.

De ce am vrea să punem фермерии в situația de a nu mai avea predictibilitate, de a nu-și mai primi subvențiile, de a-și risca businessul, iar noi securitatea alimentară? De ce am vrea să irosim ultimii trei ani de negocieri și să le adăugăm алți doi sau trei pentru noi negocieri? Va avea mediul înconjurător de câștigat, va avea Green Deal de câștigat, va avea vreunul dintre noi de câștigat? Vă indemn, deci, să votați noua politică agricolă comună. Nu e cea mai bună, e departe de a fi perfectă, dar oferă previzibilitate și să ne întoарcem в 2018 ar fi de neiertat.

Marlene Mortler (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Kollegen! Die größte Reform der EU-Agrarpolitik seit 30 - Jahren ist am Ziel angekommen. Die Verhandlungen waren turbulent, intensiv und konfliktreich. Die Herausforderungen für unsere Bäuerinnen und Bauern bleiben vielfältig und groß. Zum ersten Mal gibt es eine verpflichtende Umverteilung der Direktzahlungen zugunsten kleinerer Höfe.

An einige Kollegen: Ich finde es despektierlich, wenn Sie die beste Landwirtschaft der Welt hier permanent schlechtreden.

Wir brauchen engagierte und motivierte junge Hofnachfolger. Es ist mir ein besonderes Herzensanliegen, diese permanent zu unterstützen. Ohne sie gibt es keine Zukunft für diesen systemrelevanten und vielseitigen Beruf. Ohne sie fehlen Nahrungsmittel aus der Heimat. Und für mich ist die Landwirtschaft ganz klar ein Teil der Lösung für mehr Klima- und Umweltschutz.

Ein Viertel der Direktzahlungen wird von 2023 bis 2027 ausschließlich für die neuen Öko-Regelungen eingesetzt; sie stehen im Mittelpunkt der GAP. Deshalb halte ich überzogene Regulierungen im Rahmen des *Green Deal* für kontraproduktiv und untauglich, denn wir müssen auch und immer die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit der Betriebe im Auge behalten.

Kooperation statt Konfrontation und fundierte Folgenabschätzungen statt immer neuer Forderungen, ausgewogene Kompromisse, ein konstantes Budget – das haben wir erreicht, deshalb stimme ich heute aus Überzeugung mit Ja.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D). – Señor presidente, después de tres años de intensas negociaciones, por fin votamos el acuerdo político de la PAC, y yo quiero, en primer lugar, felicitar a los artífices, porque ha sido complejo, no ha sido nada fácil, y, después de encuentros y desencuentros, hemos conseguido mejorar lo inicialmente planteado.

Es cierto que no es perfecta, pero hoy votamos una PAC más ambiciosa, una PAC más justa, una PAC más verde y más sostenible, acorde con las nuevas exigencias medioambientales, y, por lo tanto, más comprometida, y votamos una PAC más social en la que se reconoce, por fin, el papel que han de ejercer las mujeres en el campo, y en la que se apoya a los jóvenes, favoreciendo el relevo generacional y estimulando la vida en el medio rural, y también, muy importante, se garantizan los derechos de los trabajadores agrícolas.

No exento de dificultades, hemos logrado el equilibrio suficiente para defender que los compromisos sociales y medioambientales no están reñidos con la rentabilidad económica de las explotaciones y con el futuro del campo. Esta PAC apoya especialmente a la agricultura y la ganadería familiar, la profesional, las pequeñas y las medianas explotaciones europeas, y da respaldo y da certidumbre, necesarios en tiempos de crisis, para seguir ofreciendo a los consumidores los mejores productos agroalimentarios del mundo desde una agricultura más innovadora, más competitiva y más saludable.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, eindelijk bereiken we de eindmeet van een lange onderhandeling. Maar wat hebben we nu eigenlijk geleerd in die jaren dat we over het landbouwbeleid onderhandeld hebben? Voor mij kan het niet duidelijker zijn: de coronapandemie heeft ons onderweg getoond dat we maskers tekortkwamen, maar nooit voedsel tekortgekomen zijn. Dat de Britten sinds de brexit met lege winkelrekken te maken kregen, maar wij nooit hebben moeten vrezzen voor tekorten! Mij is in die jaren heel duidelijk geworden dat we zelf moeten kunnen instaan voor onze voeding en niet afhankelijk mogen worden van derde landen, dat onze eigen voedselproductie inderdaad van strategisch belang is én moet blijven.

Het spanningsveld tussen duurzaamheid en haalbaarheid was gedurende de hele onderhandeling een rode draad. Zowel voor de boeren als voor het klimaat waren er hoge verwachtingen. Het GLB lost die verwachtingen nu in. Het garandeert een inkomen voor de boer en slaat tegelijk resoluut de weg van de duurzaamheid in. De echte gamechanger in dit GLB is de flexibiliteit voor lidstaten om lokale accenten te leggen. Mijn regio Vlaanderen neemt alvast de vlucht vooruit en bereidt nu al “pre-ecoregelingen” voor, met onder andere precisie- en koolstoflandbouw.

Mijn laatste woorden gaan uit naar Europa's jonge landbouwers. Jonge vaders en moeders, met kindjes zoals de mijne. Hij werkt van 's morgens vroeg tot 's avonds laat, zij heeft een fulltime job in de zorgsector en dan komt het huishouden er nog bij ... Een ongelooflijke ondernemersdrive, die we moeten belonen! Nochtans, collega's, voorzagen we voor hen maar drie procent middelen. Dat is te weinig. Meer is nodig, want zonder boeren geen voedsel, zonder nieuwe boeren geen onafhankelijke voedselproductie!

Michal Wieszik (PPE). – Vážený pán predsedajúci, reforma spoločnej agrárnej politiky by mala byť systémová a zelená. Na začiatku tohto procesu som sa na ňu naozaj úprimne tešil. Žiaľ, na konci, dneska, tohto procesu som skôr sklamaný. Eko-schémy, klimatické ciele, podpora biodiverzity, podpora malých farmárov či harmonizácia platieb, všetky tieto silné nástroje zostali v konečnom dôsledku nedostatočné a formálne, darmo by sme pri nich hľadali merateľné a záväzné ciele. Žiaľ, naďalej podporujeme v prevažnej miere intenzívne poľnohospodárstvo, poškodzujeme klímu, pôdu a biodiverzitu. Najviac dotácií naďalej budú poberať veľké koncerny a oligarchovia bez akejkoľvek pridanej hodnoty pre diverzitu, lokálnu produkciu či dokonca transparentnosť. Stropovanie dotácií, ktoré s týmto nevyrovnaným systémom mohlo niečo spraviť, zostáva tak isto dobrovoľné. Základy reformy boli položené pred európskym ekologickým dohovorom a v tomto nastavení, žiaľ, reforma a do veľkej miery zostala. Úplne ignoruje a nereferuje ku kľúčovým stratégiám, ako je stratégia na ochranu biodiverzity a stratégia z Farmy na stôl. Žijeme klimatickú a biodiverzitnú krízu. Reforma mala a mohla spraviť z poľnohospodárstva systém, ktorý nie je príčinou, ale riešením tejto krízy. Žiaľ, principiálne atribúty pre tento cieľ mi v reforme chýbajú.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, îmi exprim astăzi susținerea pentru noua politică agricolă comună, chiar dacă ea nu este perfectă, dar îmi exprim acest lucru pentru că ea urmărește să îmbunătățească viața fiecăruia dintre noi. Politica agricolă comună nu este doar o politică de mediu, ci este mult mai mult decât atât, aceasta ține de întreaga noastră viață. Pe cei care se îndoiesc, îi îndemn să facă doar un simplu exercițiu de imaginație despre ceea ce s-ar fi întâmplat în ultimii 2 ani fără munca zilnică și eforturile fermierilor europeni de a pune pe masa noastră alimentele necesare.

Politica agricolă comună urmărește nu doar să contribuie la conservarea naturii și a resurselor naturale, ci să garanteze venituri și un trai echitabil pentru fermieri și să asigure cetățenilor europeni alimente sigure pentru sănătatea lor și la prețuri accesibile. Totodată, prin redistribuirea fondurilor în favoarea fermelor mici și mijlocii, protejăm modul de viață al familiei tradiționale din satul european fără a afecta activitatea fermelor mari performante, iar prin încurajarea tinerilor de a deveni fermieri, putem asigura continuitatea vieții în acest spațiu.

Nu în ultimul rând, prin noua politică agricolă comună, asigurăm dreptul la o viață demnă prin introducerea pentru prima dată a condiționalității sociale care oferă lucrătorilor agricoli, inclusiv celor sezonieri, garanții privind respectarea condițiilor de cazare, de muncă, a salariului minim și accesul la asistență medicală în conformitate cu standardele legislației europene.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, nisam planirao, ali budući da je spomenuto prvo bih se osvrnuo na pitanje prošeka. Hrvatski prošek i talijanski prosecco nisu ista pića. Onaj tko govori da je hrvatski prošek nelojalna konkurencija talijanskom proseccu ili je potpuna neznalica ili je zlonamjeran. Više puta smo čuli svakakve nebuloze na ovu temu, pa koristim ovu priliku da pojasnim situaciju.

A sad, što se glavne teme tiče, zajednička poljoprivredna politika odgovor je Europe na potrebu da se osigura pristojan životni standard za dvadeset i dva milijuna poljoprivrednika te stabilna, raznovrsna i sigurna opskrba hranom za sve europske građane. Danas su u središtu pažnje neki drugi prioriteti poput otpornosti poljoprivredne proizvodnje na klimatske promjene, održivosti i ruralnog razvoja, a to je vidljivo, između ostalog, i kroz alociranje 25 % izravnih plaćanja za eko sheme. Naravno, to je za pohvalu, ali ne smijemo zaboraviti ono najvažnije, a to je osiguranje nesmetane isporuke kvalitetne zdravstveno ispravne hrane po pristupačnim cijenama. Pandemija covid-19 dodatno je ukazala na važnost samodostatnosti u proizvodnji hrane. Reforme koje provodimo, a i buduće, temeljene na strategiji od polja do stola, ne smiju ugroziti opskrbu hranom niti dovesti do značajnog povećanja cijena.

Kao izvijestitelj EPP-a za mišljenje IMCO-a, o ovoj strategiji mogu reći da postoji realna opasnost da se upravo to dogodi. Poljoprivrednici su bili i ostali najvažnija karika u lancu opskrbe hranom. Njih moramo gledati kao partnere, a ne kao neprijatelje niti prepreke budućem razvoju. Mislim da je ovo dobar kompromis mada nije idealan te se nadam da će takva racionalna politika prevladati i u budućnosti umjesto ideologije, zelene ili bilo koje druge.

Janusz Wojciechowski, członek Komisji. – Panie Przewodniczący! Jestem pod wielkim wrażeniem tej debaty, która dzisiaj się odbyła. Dziękuję za głosy poparcia dla reformy, ale z szacunkiem i uwagą wysłuchałem też głosów krytycznych. Wszystkie one będziemy brali w Komisji pod uwagę, pracując dalej nad reformą, nad planami strategicznymi.

Dzisiaj jest rzeczywiście bardzo ważny dzień. To jest największa reforma od 30 lat. Jestem pewien, że ten dzisiejszy dzień będę kiedyś wspominał jako najważniejszy dzień w czasie mojego mandatu w Komisji. Ale to nie jest koniec reformy. Finalizujemy bardzo ważny jej etap, to jest etap legislacyjny. Przyjmujemy trzy najważniejsze rozporządzenia. Raz jeszcze dziękuję Państwu Posłom, w szczególności sprawozdawcom i wszystkim posłom, którzy bezpośrednio nad tą reformą pracowali. Osiągnęliśmy kompromis najlepszy z możliwych. Każda reforma rodzi się w Unii Europejskiej w kompromisach. Tu ten kompromis był szczególnie trudny, ale myślę, że osiągnęliśmy kompromis najlepszy z możliwych.

Ale przed nami plany strategiczne oczywiście i pełny obraz tej reformy wyłoni się z planów strategicznych. Tam zobaczymy, ile państwa członkowskie wprowadzą do swoich planów strategicznych z tych ambitnych celów. Oczywiście Komisja zrobi wszystko, żeby zapewnić pełną realizację tych celów, ale to będzie trudny dialog. No i oczywiście, ile tej reformy wprowadzą do swoich gospodarstw sami rolnicy. Podkreślam, że to jest reforma realizowana metodą nie przymusu, ale przede wszystkim zachęt. I myślę, że w tym jest wielka szansa powodzenia tej reformy.

Wkrótce skończymy pakiet legislacyjny. Komisja jest gotowa z aktami wtórnej legislacji, z delegowanymi i wykonawczymi, ale właśnie ten najważniejszy etap to będą plany strategiczne i Komisja deklaruje – jeszcze raz to chcę przypomnieć – pełną przejrzystość prac. Po trzech miesiącach opublikujemy listy obserwacyjne do państw członkowskich. Może to będzie też okazja do kolejnej debaty. Głos Parlamentu i Państwa Posłów będzie szczególnie ważny, żeby ten okres wykorzystać na jak najlepsze wdrożenie reformy.

Chcę podkreślić, że w tych planach strategicznych dla mnie osobiście szczególnie ważna będzie sprawiedliwość. I tutaj chcę wyrazić przekonanie, że małe i średnie gospodarstwa powinny zostać uratowane przez tę reformę. To są te gospodarstwa, które traciliśmy w minionych latach w bardzo szybkim tempie – 4 miliony w ciągu dekady. Każdego dnia tysiąc rolników zaprzestawał swojej działalności. To były głównie małe i średnie gospodarstwa rodzinne. I to był zły proces, dlatego że te gospodarstwa wcale, wbrew czasem ogłoszonym opiniom, nie są mniej produktywnie, wręcz przeciwnie. Można znaleźć wiele statystycznych dowodów, że kraje i regiony z małymi gospodarstwami mają wysoce produktywnie rolnictwo. Więc te gospodarstwa dla zrównoważonego rozwoju muszą być ważnym elementem rolnictwa europejskiego, muszą być traktowane sprawiedliwie. Mamy płatność redystrybucyjną. Zrobię wszystko i Komisja zrobi wszystko, żeby ona została rzeczywiście wdrożona. Mamy możliwość wspierania tych gospodarstw poprzez ekoschematy i tu też należy to jak najlepiej wykorzystać. I to jest bardzo ważny element reformy.

Druga rzecz – Zielony Ład i to, na ile go wdrożymy. Niektórzy próbują –zwłaszcza przeciwni tej zielonej architekturze we wspólnej polityce rolnej – określać Zielony Ład jako przedsięwzięcie ideologiczne. Nie, ja się tutaj odwołam do słów autorytetu, osoby, która kiedyś przemawiała w tej Izbie jako gość. Myślę tutaj o Janie Pawle II, papieżu, który powiedział, że (właśnie do rolników się zwracając) „człowiek nie może ulegać pokusie zysku za wszelką cenę kosztem natury, bo natura prędzej czy później zbuntuje się przeciwko człowiekowi”. I te przejawy buntu natury już obserwujemy i one rolników doświadczają: susze, powodzie czy choćby w tej intensywnej hodowli choroby, takie jak afrykański pomór świń czy ptasia grypa, to są już realne zagrożenia i pewien też obraz tego buntu natury. Dlatego ta zielona reforma jest tak ważna dla przyszłości rolnictwa.

Dobrostan zwierząt. Chcę tutaj zwrócić szczególną uwagę, to jest coś, co tak interesuje opinię publiczną i co też jest powodem krytyki pod adresem rolnictwa, tego intensywnego w szczególności. Bardzo zwiększamy tutaj możliwości działania w zakresie dobrostanu zwierząt. W przeszłości tylko półtora procenta z Europejskiego Funduszu na rzecz Rozwoju Obszarów Wiejskich, a z całej wspólnej polityki rolnej mniej niż pół procenta wydatków szło na dobrostan zwierząt. Dzisiaj wielokrotnie więcej. To mogą być dziesiątki miliardów euro w pierwszym filarze poprzez ekoschemat „Dobrostan zwierząt”, w drugim filarze poprzez inwestycje w dobrostan. To jest bardzo ważny element tej reformy.

I jeszcze raz bardzo serdecznie Państwu dziękuję za tę debatę. A korzystając z tej możliwości, chcę serdecznie raz jeszcze podziękować dziesięciu milionom rolników w Unii Europejskiej, tym małym, tym średnim i tym dużym – wszystkim rolnikom za to, że mamy w Unii Europejskiej bezpieczeństwo żywnościowe, że nawet w trudnym czasie kryzysu nigdzie w Europie nie zabrakło żywności. Wspólnie z rolnikami chcemy zmienić rolnictwo, żeby było bardziej przyjazne dla środowiska, dla klimatu, dla dobrostanu zwierząt, ale równocześnie, aby wspólna polityka rolna była bardziej przyjazna dla rolników.

Commission Statement

on further measures to protect the EU budget against fraud and irregularities by requiring an obligatory use of a single data mining tool provided by the Commission

(in writing)

In the Inter-institutional Agreement between the European Parliament, the Council and the Commission on budgetary discipline, on cooperation in budgetary matters and on sound financial management, as well as on new own resources, including a roadmap for the introduction of new own resources, Points 30 to 33 require the Commission to make available an integrated and interoperable information and monitoring system including a single data-mining and risk-scoring tool to access and analyse the required data with a view to a generalised application by Member States. In addition, the three institutions agreed to sincerely cooperate, in the course of the legislative procedure relating to the relevant basic acts, to ensure the follow up to the European Council conclusions of July 2020 regarding this element.

The Commission welcomes the new provisions introducing the requirement for the Commission to make available a single data-mining tool and on the publication of groups in the articles in the Horizontal Regulation, however, the approach agreed by the co-legislators for the CAP does not appropriately reflect the desired ambition and spirit of the Inter-institutional Agreement. However, the Commission notes that similarly to the agreement for the Common provisions Regulation the use of the tool by the Member States is not obligatory. Therefore in line with the Statement made by the Commission on the agreement reached by the co-legislators in the Common Provisions Regulation, the Commission considers that the agreement reached by the co-legislators for the CAP under Article 59(2) (Protection of the financial interests of the Union) on the use of a single data-mining tool, and the collection and publication of data on groups in Article 98 (Transparency) does not sufficiently enhance the protection of the Union budget against fraud and irregularities and to ensure efficient checks on conflicts of interest, irregularities, issues of double funding, and criminal misuse of the funds. The Commission therefore also welcomes the joint Statement on the single data mining tool by the three institutions.

Der Präsident. – Herr Kommissar, herzlichen Dank! Wir schließen uns diesem Dank an die Bäuerinnen und Bauern an.

Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen. Die Abstimmung findet heute statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Marc Botenga (The Left), par écrit. – Quand nous parlons de l'agriculture en Europe, nous faisons face à une double urgence. L'urgence est à la fois sociale et climatique. La question fondamentale est donc, est-ce que la Politique agricole commune que vous nous présentez va permettre de vraiment et rapidement prendre en main ces deux urgences?

D'un point de vue climatique, personne n'y croit. Les écorégimes pourraient tout à fait conditionner un 'business as usual'. Et, d'un point de vue social, est-ce que cette PAC répond aux besoins des petits agriculteurs qui ne s'en sortent plus ? Est-ce qu'elle va arrêter l'hémorragie chez les petites entreprises agricoles ? Est-ce qu'elle va permettre d'arrêter net le terrible taux de suicide dans le secteur ? La réponse, même ceux qui soutiendront cette PAC le savent, est non.

Sans même parler de la logique fondamentale de concurrence, même les quelques corrections sociales, comme le plafonnement des aides ou la réforme du paiement redistributif, restent loin de ce dont on a besoin. Pourtant, des alternatives existent. Un autre modèle est possible. Mais vous avez préféré les intérêts de l'agro-industrie, plutôt que de faire le choix de l'agro-écologie, plutôt que de mettre l'agriculture au service des gens et de la planète.

Balázs Hidvéghi (NI), írásban. – Az Európai Parlamentnek a gazdák oldalára kell állnia. Több hónapnyi, kemény tárgyalás kellett ahhoz, hogy mi ma a következő hét éves közös agrárpolitikáról vitatkozhassunk. Ennek a Háznak nagyon sok képviselője, nagyon sokáig nem értette meg ennek a vitának a lényegét. Ez pedig az, hogy az európai gazdák munkájának köszönhető, hogy jó minőségű és biztonságos élelmiszerek kerülnek az asztalunkra. Ezért, ha ellehetetlenítjük őket irreális környezetvédelmi elvárásokkal, akkor veszélybe sodorjuk az európai polgárok élelmiszer-ellátását. A tagállamok agrárminisztereinek határozott kiállása kellett ahhoz, hogy végül kompromisszumos javaslat szülessen. Egy olyan javaslat, amely megtalálja az egyensúlyt a gazdálkodás támogatása és a teremtett világ védelme között.

Egy olyan válságos időszakot élünk, amelyet korábban el sem tudtunk volna képzelni. Az, hogy így is folyamatosan jó minőségű élelmiszerek sorakoznak a boltok polcain, azért van, mert mindig számíthatunk a gazdálkodó emberekre. A mai napon azonban ők számítanak ránk! Küldjünk hát nekik világos üzenetet! Kérem, hogy mindannyian támogassuk a közös agrárpolitikára vonatkozó javaslatot!

Pierre Karleskind (Renew), par écrit. – La nouvelle politique agricole commune que nous votons aujourd'hui répondra à tous les défis actuels de l'agriculture européenne: elle soutiendra les agriculteurs européens en leur permettant d'obtenir un revenu décent, elle favorisera l'installation de jeunes, elle revalorisera les métiers agricoles, elle permettra d'assurer une production agricole de qualité et, surtout, elle donnera les moyens aux agriculteurs de garantir la souveraineté alimentaire de l'Union européenne.

Cette PAC est aussi un instrument repensé qui permettra d'accompagner les agricultrices et agriculteurs dans les transitions et les défis auxquels ils et elles font face. Grâce à son nouveau fonctionnement et à ces nouveaux objectifs, la PAC permettra de soutenir les exploitations agricoles de manière efficace, au plus près de leurs besoins. Les agriculteurs français et bretons en bénéficieront pleinement, je m'en réjouis!

Par ailleurs, l'accord trouvé dédie une part jamais égalée du budget de la PAC à la protection de l'environnement et de la biodiversité. Cette nouvelle politique agricole commune est donc bien la preuve que l'on peut conjuguer compétitivité, emplois, qualité et objectifs environnementaux élevés.

Leszek Miller (S&D), na piśmie. – Wspólna polityka rolna jest jedną kluczowych polityk unijnych. Dotyczy bezpośrednio wszystkich państw członkowskich. Realizuje zadania o wymiarze społecznym i ekonomicznym, ale też czysto politycznym. Świadczy o tym szeroki zakres celów WPR. Zwiększanie wydajności europejskiego rolnictwa, wsparcie postępu technicznego na wsi czy rozwój produkcji i stabilizacja rynków rolnych to tylko niektóre z nich.

WPR odgrywa też istotną rolę w zapewnieniu odpowiedniego poziomu życia ludności wiejskiej poprzez wsparcie dochodu rolników. Jest też ważnym elementem rynku wewnętrznego Unii, gdyż – poza stabilizacją rynków krajowych – jest obliczona na zapewnienie rozsądnych cen produktów rolnych dla wszystkich konsumentów.

Przez dziesięciolecia funkcjonowania WPR była niejednokrotnie reformowana. Teraz, wraz z wejściem nowego budżetu wieloletniego UE, przyszedł czas na jej kolejny przegląd. Przed Unią i państwami członkowskimi stoją bowiem nowe wyzwania związane z uwarunkowaniami środowiskowo-klimatycznymi.

Uważam, że wśród licznych zmian w WPR planowanych po 2023 r. potrzebne są zmiany dotyczące definicji działalności rolniczej, żeby dopłaty trafiały do osób faktycznie zajmujących się produkcją rolniczą, a nie posiadaczy latyfundiów nastawionych jedynie na pobieranie unijnych dotacji. Większe wsparcie dla małych gospodarstw i młodych rolników, a także większa przejrzystość i zgodność reformy z przepisami prawa pracy. Mając to na uwadze, Parlament Europejski powinien jednoznacznie opowiedzieć się za przyjęciem pakietu rozporządzeń reformujących wspólną politykę rolną.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Bendra žemės ūkio politika atlieka esminį vaidmenį Sąjungos biudžete ir yra labai svarbi tokioms šalims kaip Lietuva, kur žemės ūkis yra reikšmingas ekonomikos sektorius. BŽŪP siūlo ūkininkams tiesiogines išmokas bei fondus pagal antrąjį ramstį; tai svari pagalba kalbant ne tik apie aprūpinimą maistu, bet ir apie investicijas bei užimtumą kaimo vietovėse. BŽŪP numatyti sumažinimai yra nepriimtini. Dėl šios priežasties BŽŪP turėtų sutelkti dėmesį į pagrindines veiklos sritis, o 2021-2027 m. ES-27 valstybėms BŽŪP skirtos lėšos turėtų išlikti bent 2014-2020 m. biudžeto lygyje; tuo pačiu reikia numatyti pradinę sumą, skirtą rezervui žemės ūkio sektoriaus krizių atveju. Taip pat reikia sustabdyti nuolatinę taip vadinamų naujųjų valstybių narių ūkininkų diskriminaciją dėl nevienodų išmokų. Valstybių narių tiesioginių išmokų lygio suderinimas yra labai svarbus siekiant užtikrinti vienodas sąlygas bendrojoje vidaus rinkoje. Būtina skubiai teisingai paskirstyti tiesiogines išmokas tarp valstybių narių. Be to, į naująją BŽŪP turi būti įtrauktos specialiai pritaikytos priemonės, padedančios ūkininkams įveikti krizes, ir daugiau paramos smulkiems ūkiams bei jauniems ūkininkams. Tai turėtų būti pagrindiniai būsimos BŽŪP prioritetai.

3. Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Bevor wir zu den Abstimmungen kommen, möchte ich Frau Maria Grapini das Wort erteilen, die beantragt hat, zu ihrem Bericht über die Digitalisierung der europäischen Berichterstattung, Überwachung und Rechnungsprüfung zu sprechen.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, astăzi cred că votăm un raport foarte important și vreau să mulțumesc Comisiei pentru control bugetar că mi-a încredințat acest raport. Este vorba despre rezoluția pentru modificarea Regulamentului privind normele financiare aplicate bugetului Uniunii Europene.

În viața privată, am învățat că nu este suficient să avem buget, este foarte important cum îl cheltuim și, iată, raportul a plecat de la situația existentă și de la auditul pe care Comisia pentru control bugetar l-a făcut în septembrie 2021. Ce se întâmplă? În momentul de față, avem sisteme de raportare și de control și de audit în statele membre diferite, peste 250 de sisteme. Este foarte important să le sincronizăm, să avem același sistem de raportare. Este foarte important să creștem transparența, pentru că totul a plecat de la ideea de a cunoaște beneficiarul final al fondurilor europene.

În repetate rânduri, noi, Parlamentul European, am solicitat Comisiei Europene să ne spună care sunt primii 50 de beneficiari finali pentru toate fondurile europene, de la PAC până la fondurile de dezvoltare regională, și nu s-a reușit acest lucru. Iată că, prin această propunere a noastră cu 41 de puncte, am reușit și vreau să le mulțumesc tuturor grupurilor parlamentare pentru că au acceptat punctele pe care le-am pus ca raportor.

Nu avem amendamente însă îndemn să votați acest raport. De ce? Cerem Comisiei, în primul rând, să modifice regulamentul și să vină cu propuneri concrete prin care putem afla cum se duc fondurile europene spre beneficiarul final, pentru că există acum în toate statele membre, prin interpuși, bani care ajung și se concentrează la anumite companii foarte mari și văduvim întreprinderile mici și mijlocii.

Noi am făcut acolo o precizare foarte clară, că cel care deține minim 15 % dintr-o companie mare să se supună acestui control. Sigur, este de neînțeles de ce, atunci când OLAF descoperă la o companie că nu cheltuie cum trebuie banii europeni, de ce nu este pusă pe lista neagră. Cerem Comisiei să se gândească la acest lucru, să nu mai poată accesa alte fonduri europene.

Eu cred că este foarte important ca votul de astăzi să ducă, și cerem Comisiei cât mai repede după votul de astăzi, să se gândească cum modifică acest regulament pentru că pentru noi și pentru cetățeni, până la urmă, este foarte importantă eficiența cheltuirii banilor europeni și nu vom putea să știm acest lucru dacă nu există transparență.

Der Präsident. – Wir kommen nun zur heutigen Abstimmungsrunde.

Es wird über die auf der Tagesordnung angegebenen Dossiers abgestimmt.

Die Abstimmungsrunde ist von jetzt bis 13.15 Uhr geöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie auf den letzten Tagungen.

Die Abstimmungsgegenstände sind in der Tagesordnung ersichtlich.

Alle Abstimmungen erfolgen namentlich.

Erklärungen zur Abstimmung können schriftlich eingereicht werden. Ausnahmsweise dürfen die Erklärungen zur Abstimmung bis zu 400 Wörter umfassen.

Ich erkläre die Abstimmungsrunde für eröffnet.

Das Ergebnis werden wir um 16.00 Uhr bekannt geben.

Die Aussprachen werden um 15.00 Uhr mit den Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 21./22. Oktober 2021 wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 12.06 Uhr unterbrochen.)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 15.09)

5. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 21./22. Oktober 2021 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulle conclusioni del Consiglio europeo del 21 e 22 ottobre 2021 (2021/2895(RSP)).

Saluto il Presidente Charles Michel e la Presidente Ursula von der Leyen che sono qui con noi oggi.

Desidero informare gli onorevoli deputati che questa discussione si svolge con un giro di interventi di oratori dei gruppi politici.

Vi ricordo che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye» e del «cartellino blu».

Inoltre, come è avvenuto durante le recenti riunioni, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento negli Stati membri.

Do subito la parola al Presidente Charles Michel.

Charles Michel, Conseil de l'Union européenne. – Monsieur le Président du Parlement européen, Madame la Présidente de la Commission, Mesdames et Messieurs les parlementaires européens, d'abord, je souhaiterais adresser nos plus sincères condoléances aux victimes de ce tragique accident d'autobus qui est intervenu en Bulgarie et exprimer aussi des pensées à l'intention de la Macédoine du Nord, beaucoup de victimes venant de ce pays.

Ladies and gentlemen, our last European Council meeting was a very intensive one, where we tackled many of the current pressing challenges. First, we addressed the current spike in energy prices and its impact on families and businesses. In particular, it affects vulnerable citizens and SMEs that are striving to recover from the pandemic.

The European Council welcomed the toolbox presented by the Commission on short-term relief measures. Member States and the Commission are invited to make the best use possible of this toolbox. We also invited the Commission to study the functioning of the gas and electricity market and the EU ETS market with the help of the European Agency for the Cooperation of Energy Regulators and the European Securities and Markets Authority. Both agencies have in the meantime given preliminary analysis ahead of the European Council in December. In any case, this price hike shows that we need an energy market that contributes to affordable prices, that is resilient and provides for stability and security of supply, and supports the transition to climate neutrality. In this regard, we are also looking forward to the Commission's upcoming proposals on the strengthening of the gas market.

We also invited the European Investment Bank to speed up investment in energy transition. One point was made clear by many leaders. The current price problem is not a reason to relax our climate ambitions. On the contrary, it shows how much this transition is urgent, existential and necessary. The European Council will come back to this important issue in December.

On COVID-19 we see cases rising, so we must remain extremely vigilant. Our internal coordination is once again needed and crucial in order to ensure that measures are as current as possible. Vaccination campaigns are moving in the right direction, but we must make a final push by overcoming vaccine hesitancy and tackling disinformation. We must remain committed to international solidarity, because the only way to ensure our safety is to ensure that everyone else in the world is safe through the global rollout of vaccines.

Ladies and gentlemen, we had also a strategic debate on trade, and the European Council agrees that trade is a powerful instrument that brings increased job creation and growth. We must use trade to support our prosperity and to promote our social and environmental priorities, as well as our fundamental values. I know this is a concern your assembly shares, and together we must clarify our goals and set clear priorities. We want to build a level playing field. We want greater reciprocity. We want to protect our planet and promote our values, and we need to improve the process. That means greater transparency from mandate to ratification, and this would help ensure public and parliamentary support. I think our Brexit negotiations for instance, could serve as an inspiring model.

Nous avons eu aussi l'occasion d'aborder la question de la révolution numérique et nos ambitions sur le sujet, parce que nous sommes convaincus que cela peut être un moteur pour amener de la prospérité, de l'innovation, des emplois et de la capacité concurrentielle. Dans ce contexte, nous avons noté l'importance de progresser, dans le cadre du travail législatif, spécialement sur les lois relatives aux services numériques ou encore la loi relative au marché numérique. Et nous nous réjouissons que le Conseil soit maintenant prêt à démarrer et à s'engager dans une négociation avec le Parlement sur ce sujet.

Nous voulons dire aussi le soutien au travail gigantesque qui est mené par la Commission dans ce cadre et notamment en lien avec l'important sujet des semi-conducteurs. Par ailleurs, nous avons noté à quel point il était important d'être mobilisé pour renforcer nos capacités lorsque l'on fait face à des menaces liées à la cybersécurité. Nous pensons que l'on doit consolider notre capacité de réponse européenne, par exemple en développant des capacités de gestion des crises et des incidents.

Nous avons aussi considéré que la connectivité numérique est un sujet qui doit nous mobiliser en portant les valeurs qui nous rassemblent – les valeurs de confiance, les valeurs de transparence et les valeurs de reddition de comptes –, des valeurs que nous partageons avec d'autres pays en dehors de l'Union européenne et pour lesquelles nous pensons qu'il faut intensifier les dialogues pour porter ensemble, le plus possible, des normes similaires sur cet important sujet.

Ladies and gentlemen, dear colleagues, as you know, we also had a debate on the rule of law. It was the occasion to identify the exact difficulties and better understand different points of view. Our debate took place in a respectful atmosphere. The rule of law, including the independence of the judiciary, is fundamental, and on the existing disputes legal and institutional instruments have already been activated and others could still be triggered.

But leaders also agreed that the political dialogue needs to continue in order to find common solutions. Dialogue and respect are also necessary, and we know that sometimes rhetoric can make things more difficult. I hope our debate within the European Council facilitated our common understanding and was a step, I hope a positive step, that should help, that would help lead to solutions.

We also had a wide-ranging discussion on migration. This is always a difficult issue, but it is imperative to tackle this important challenge. We are determined to fully control our external borders, to prevent illegal migration, to prevent the loss of life, to prevent the exploitation of migrants by smugglers, and we will not accept the distress of human beings, of migrants, to be used for political purposes. We condemn such hybrid attacks at the EU borders, and we had also the opportunity to discuss the implementation and follow up of the conclusions of our June meeting.

The aim is to strengthen the external dimension of migration, and this includes intensifying mutually beneficial partnerships and cooperation with third countries. The Commission has prepared action plans for key countries, and now it's important to implement them as soon as possible.

We also discussed the internal dimension. The migration package has been on the table for many months, and we know there are different positions. This remains very sensitive, but we felt a renewed sense that work on this must be taken forward.

Now, dear colleagues, a few words on the situation at the Belarus border. I visited Poland on 10 November and I expressed the Union's full solidarity with Poland, Lithuania and Latvia. This is not only an attack on their borders, this is a hybrid attack on our common European borders and we condemn this attack. We will not allow the Belarus regime to intimidate us and to undermine our values and our unity. Since our European Council meetings, events have continued to unfold. So what have we done to address this crisis, which is also a humanitarian crisis?

First, the Foreign Affairs Council adopted an expanded legal basis for sanctions to include additional sectors. One example: the majority of the fleet of Belavia are aircraft leased from EU companies. This will be halted when the decision is taken, which is imminent. Second point, we've also taken concrete action to stop airlines from carrying migrants to Minsk. My own diplomatic team had positive talks, for example, with the Dutch authorities, but also with other countries such as the Emirates or Uzbekistan or others. And as a result of our joint efforts together with the Commission, Turkish Airlines has decided to stop allowing Belavia to effectively funnel migrants to Minsk. They've also stopped issuing one way tickets to Minsk from Istanbul to the key nationalities concerned.

Other companies have taken similar decisions and Commission Vice-President Schinas has travelled to a number of countries in the region: Iraq, Emirates, Turkey and Lebanon. He has successfully obtained their cooperation and I commend his work.

I met also, during my visit in Poland, with Prime Minister Morawiecki to assess the situation, to discuss how Poland and the EU can best cooperate, and we also managed to get in touch with the other EU leaders in the region. The German Chancellor has also called Mr Putin and Lukashenko twice to help address the humanitarian crisis. The Belarus authorities have since adopted a few measures that seem to be more positive, but it's too early to assess whether this will mark a real change in their position. That's why we must remain cautious.

Yet some of the most vulnerable migrants have been accommodated in a warehouse, and Belarus has cooperated with Iraq, allowing them to organise a repatriation flight of 700 Iraqis. We welcome the cooperation with the International Organization for Migration and UNHCR. We call on Belarus to provide both organizations with full access to provide humanitarian assistance and to help organise voluntary returns to countries of origin.

My assessment is twofold.

Mon analyse de la situation est double. D'une part, notre unité et les actions conjointes, en équipe, ont abouti à des résultats. Nous avons plus ou moins stoppé les arrivées de migrants en Biélorussie. Les flux ont été considérablement réduits. Nous n'avons pas été déstabilisés par cette attaque, mais nous devons continuer à être vigilants et à agir.

D'autre part, mon second point concerne la situation humanitaire. Nous ne pouvons pas baisser les yeux face à cette situation humanitaire et nous devons être déterminés à travailler afin que l'assistance puisse être attribuée spécifiquement à celles et ceux qui sont sur le terrain et qui souffrent de cette situation.

Voilà, chers collègues, en quelques mots, le résumé de ce Conseil européen. Nous avons aussi eu l'occasion, bien sûr, d'aborder quelques thèmes en lien avec les préparations en matière de relations extérieures, notamment la COP 26, qui s'est achevée il y a quelque temps maintenant, mais également les prochains sommets que nous mènerons, notamment dans le cadre du partenariat oriental, mais également avec l'ASEAN. Je me tiens à votre disposition pour réagir à vos commentaires et à vos questions.

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Kommission. – Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident, sehr geehrter Herr Ratspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich möchte angesichts dieses fürchterlichen Busunglücks den Familien und Angehörigen der Opfer mein Beileid aussprechen. Unsere Gedanken sind bei Ihnen.

Wie bei jedem Europäischen Rat in den vergangenen Monaten war unser erstes Thema COVID. Der Druck der Pandemie ist noch nicht vorbei. Viele Mitgliedstaaten stehen vor einer weiteren Welle, wegen der Deltavariante. Dennoch sind wir heute dank der Impfung in einer besseren Lage, diese Welle zu brechen, als jemals zuvor. Die Impfstoffe schützen tatsächlich. Die Daten zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit bei Geimpften deutlich geringer ist, schwer an COVID zu erkranken, im Krankenhaus aufgenommen werden zu müssen oder daran zu sterben. Klar ist auch: In den meisten Ländern sind die Intensivbetten heute vor allem von Patientinnen und Patienten belegt, die nicht geimpft sind oder die nur teilweise geimpft sind. Der Zusammenhang ist eindeutig. Wenn wir uns anschauen: In Ländern wie Portugal oder Spanien beispielsweise, in denen 80 bis 90 % der Erwachsenen geimpft sind, war das Risiko, an COVID zu sterben, in den ersten beiden Novemberwochen bis zu 30 mal geringer als in den Ländern mit der niedrigsten Impfquote.

Wenn wir uns die Hospitalisierungsraten und die Sterberaten anschauen, dann haben wir es in erster Linie mit einer Pandemie der Ungeimpften zu tun. Deshalb ist und bleibt es unsere oberste Priorität, die Impfungen weiter voranzutreiben.

Wir haben in der Europäischen Union noch riesige Unterschiede. In manchen Mitgliedstaaten sind nur 29 % der Erwachsenen voll geimpft und in anderen wiederum über 92 %. Wir müssen besser verstehen, warum manche Menschen nicht geimpft sind. Wir müssen entschlossener aufklären und informieren. Wir müssen in jede Stadt, in jedes Dorf gehen, um die Menschen davon zu überzeugen, sich impfen zu lassen und sich selber zu schützen und eben auch andere zu schützen. Zusätzlich brauchen wir Booster für diejenigen, die bereits geimpft sind. Wir haben ja das Glück, in Europa über genug Impfstoffe zu verfügen.

Sie werden sich daran erinnern: Wir haben viel diskutiert. Im Sommer dieses Jahres hat die Kommission den dritten Vertrag mit BioNTech-Pfizer abgeschlossen: 1,8 Milliarden Impfdosen. Das ist nun die Basis für wirklich europaweite Booster-Impfungen und für die Impfungen der Kinder und Teenager. Ich möchte nochmal darauf hinweisen: Alle Mitgliedstaaten sind an diesem Vertrag beteiligt. Das ist gut. Also lassen Sie uns weiter der Wissenschaft folgen!

Booster-Impfungen helfen uns, den Immunschutz gegen das Virus hochzuhalten. Die Impfungen sind ohne Zweifel unser wichtigster Schutz gegen die Pandemie. Trotzdem sind weitere zusätzliche Maßnahmen notwendig, um die Ausbreitung des Virus zu bremsen: Das ist Abstand halten, das ist Masken tragen, das sind die Hygieneregeln. All das bleibt unverändert wichtig.

Ich weiß sehr wohl, dass viele von uns es allmählich richtig leid sind. Aber wir dürfen eines nicht vergessen: In der Europäischen Union starben vergangene Woche im Schnitt täglich 1600 Menschen an COVID. 1600 Menschen – Tag für Tag. Deshalb sind die Impfungen und die Hygienemaßnahmen ein Akt der Solidarität. Und sie retten Leben.

Another topic of the European Council meeting was the evolving situation on our border with Belarus. A particularly cruel form of hybrid threat has emerged, with the state-sponsored instrumentalisation of people for political ends. This is not a bilateral issue of Poland, Latvia and Lithuania with Belarus. It is the European Union as a whole that is being challenged. This has been initiated and organised by the Lukashenko regime and its supporters, luring people to the border with the cooperation of migrant smugglers and criminal networks.

When the crisis escalated about two weeks ago, I was visiting the United States and the White House, and of course the outrageous behaviour of the Belarus regime was the focus of my discussions with President Biden. We both agreed that this is not a migration crisis. This is the attempt of an authoritarian regime to try to destabilise its democratic neighbours – a regime that held fraudulent elections, a regime that violently represses its own people, a regime that we do not recognise.

This cynical blackmail has had just the opposite effect. The whole of Europe stands united in solidarity with Lithuania, Poland and Latvia on this issue, and Europe is acting at exceptional speed on four tracks: humanitarian support; diplomatic outreach to the countries of origin; sanctions against people and entities in Belarus and sanctions against transport operators facilitating human trafficking and smuggling; and protection of the border.

First, on humanitarian support, what the Lukashenko regime is doing is exploiting human beings by taking advantage of their suffering and provoking violence and loss of life for political purposes. These people are trapped on Belarusian territory because of the recklessness of the Lukashenko regime, and these people need help. This is why we immediately got in touch with the UN agencies, the International Organization for Migration (IOM) and the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). We have set up a contact group with them, we are in constant contact and we immediately mobilised funding to support their efforts on the ground.

Second, on our diplomatic outreach, here too I discussed with President Biden to align our efforts. We agreed that, to counter this behaviour, it is important to coordinate our sanctions and to work with the countries of origin and with the airlines that are transporting migrants to Minsk. That is what we have done and that is what we are doing. We are in the process of coordinating our sanctions with the United States, Canada and the United Kingdom.

I immediately tasked Vice-President Schinas to engage with the key countries. He has been to Iraq, the United Arab Emirates, Lebanon and Turkey, and he will soon go to Uzbekistan. High Representative and Vice-President Borrell convened the Foreign Affairs Council to expand the sanctions regime, and Commissioner Johansson was in Egypt. I would like to thank all three of them for their successful and tireless work.

We can already see the impact on the ground. We see that several airlines and civil aviation authorities have stopped unwarranted travel to Belarus. Furthermore, Iraq has begun repatriating nationals stranded in Belarus. We very much welcome this very good cooperation with Iraq.

But more migrants are trapped, and we will work with the UN agencies to facilitate their return home. We will mobilise up to EUR 3.5 million to support voluntary returns to Belarus, and our efforts and this outreach will continue.

Mon troisième point porte sur les sanctions. La stratégie de la Biélorussie repose très concrètement sur la complicité des voyagistes et de leurs intermédiaires. Il existe en effet des agences de voyage spécialisées qui proposent des offres „tout compris“: visas, vols, hôtels et, de manière assez cynique, taxis et bus jusqu'à la frontière.

Soyons très clairs: ces migrants sont trompés par de fausses promesses infâmes. Nous devons vraiment lutter contre cela et c'est pourquoi nous proposons d'établir une liste noire pour tous les moyens et modes de transport, sur la base de la législation internationale relative à la traite et au trafic de migrants. La Commission dépose aujourd'hui une proposition législative à cet effet. Cette proposition devra être adoptée en codécision, c'est-à-dire, Mesdames et Messieurs les députés, que je compte sur votre action rapide pour l'adopter au plus vite.

Quatrième et dernier point: la gestion des frontières. Notre position a toujours été de soutenir nos États membres situés en première ligne, à l'Est comme au Sud. Car c'est ensemble que nous protégeons nos frontières européennes. Nous déployons à l'heure actuelle d'importants efforts. Dans le nouveau budget européen, 6,4 milliards d'euros sont disponibles pour la gestion des frontières. Nous finançons par exemple des équipements, comme les technologies de surveillance électronique, des véhicules de patrouille, des équipements destinés aux gardes-frontières ou la construction de points de passage frontaliers, mais aussi des images de satellites ou des infrastructures critiques. C'est la gestion des frontières que nous soutenons.

En outre, nous dépensons chaque année environ 1 milliard d'euros pour Frontex et, aujourd'hui, le Collège a décidé de faire encore davantage. Nous proposons de tripler les fonds actuellement affectés à la Lituanie, la Lettonie et la Pologne. Cet ensemble de mesures de sécurité doit permettre de faire face à l'urgence actuelle et souligne notre solidarité avec les États membres situés en première ligne.

Member States facing such a hybrid attack must be able to respond effectively to the emergency situation they face. At the same time, they need to fully respect fundamental rights and international obligations. Both points are crucial and we need to find a way to reconcile them.

We are, therefore, working on a proposal for provisional emergency measures in the area of asylum and return, based on Article 78(3) of the Treaty. The aim is to support Member States to set up the right processes to manage irregular arrivals in a swift and orderly way, in line with fundamental rights.

Last, but not least, what is happening at the border with Belarus belongs to a broader context. Recent actions by the Lukashenko regime and its supporters are a determined attempt to create a continuing and protracted crisis. Let me repeat: the European Union does not recognise this regime, which violently represses its own people. These actions are part of a concerted effort to destabilise the European Union and our neighbourhood. This includes Ukraine and Moldova in particular. These actions represent a real and present danger to our Union's security.

These actions go beyond Belarus. They are testing our resolve and unity. But the European Union has the will, the unity and the resolve to face this and future crises, and with your support, honourable Members, we will withstand the test.

This is why today, more than ever, I say „long live Europe“.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, today I do not start with a problem, I want to start with a solution. Traditionally we start with problems, but today I want to do it the other way around, because this morning and this lunchtime we voted in favour of the agricultural reform of the European Union, a big part of our budget for rural areas, for the independence of food production in Europe, for a more ecologically responsible behaviour in Europe. We took a good step.

I say this as an example that this model of bringing things together, compromising on issues, is needed more than ever before in a time when we have so many challenges in front of us. We are compromising and we are delivering. That's the main message. I think the Slovenian Presidency did a good job. I think also the French Presidency in front of us will do a good job. We want to deliver now. That is our main aim.

The top issues of the last Council meetings are in a way still there, even having in mind that we are already four weeks after the last Council, and the top issue for sure – when we talk about the concerns of our citizens – is still COVID. The virus is powerfully back and I think Europe as a whole is prepared. We ordered enough vaccine doses for our citizens, so we are prepared. We have to tell our citizens that the only chance to overcome it is to be vaccinated, to go for the vaccination. That's the only chance to do it. My political appeal is hopefully we will not see more and more countries where vaccination is misused by party political interests, because that is growing even among the democratic landscape in the European Union. I hope that we can overcome this and we together try to convince our citizens.

The second top issue is Belarus, and again good politics start with good analysis of the situation. I am happy that now more and more people understand that this is not a migration crisis, it's a hybrid war going on.

My first message is congratulations to the Commission and to the Council. Together, with Margaritis Schinas as the responsible Vice-President, we have managed to stop new arrivals in Minsk, in Belarus, and that is a great achievement, because Europe did it, not the Member States. We together managed this.

I want to also give a clear message of support to the Border Guard, who are currently defending the European border. They are the persons who are defending Europe against this hybrid war and if we can create more legal certainty with an additional, let me say, review of what is currently the legal base, if we can give them more clarity about what they can do and what they should do, then I think that's absolutely welcome.

We cannot, as the EPP, accept any kind of deal with Lukashenko. Let me be clear on this. He created the problem. He has to solve the problem. In concrete terms, we don't support any kind of humanitarian corridor to the European Union. Lukashenko wants to set an example that he won, and we cannot accept this. The message is that we are firm on the external border.

Another aspect – and that is equally important – is to care about the victims, because the people on the ground are not the problem, they are the victims. That's why all activities together with the United Nations are welcomed and necessary, and we should again underline that this development on the eastern border of Europe is a wake-up call for all of us. We have to conclude the migration dossier. We have to come to a common understanding on how to manage this subject in the long run.

Und wenn Sie erlauben, möchte ich am Schluss noch ein Thema ansprechen, das beim Rat zentral im Mittelpunkt stand, nämlich die Rechtsstaatsfrage. Es war auf der Tagesordnung. Wir sind froh, dass es diskutiert worden ist. Vielleicht ist das schon der größte Erfolg, dass es überhaupt mal diskutiert worden ist. Also, wir sind froh.

Aber wenn man sich anschaut, dass wir in der Europäischen Union Mitgliedstaaten haben, die EuGH-Urteile nicht akzeptieren, die Antikorruption nicht umsetzen, womit die Gefahr besteht, dass sie Gelder missbrauchen, die Disziplinarkammern haben, die einen klaren Bruch der Unabhängigkeit der Justiz mit bedeuten, dann ist man schon enttäuscht, wenn man keine Schlussfolgerungen sieht. Dann ist man enttäuscht, wenn beim Artikel-7-Verfahren nichts passiert, wenn die Erwartungen, die wir alle hatten, leider Gottes nicht umgesetzt worden sind. Und deswegen bitte ich den Präsidenten Michel, auch bei den anstehenden Sitzungen bei diesem Thema dahinter zu bleiben.

Wir unterstützen einen politischen Dialog. Wir wollen, dass politisch gesprochen wird. Aber es muss auch etwas daraus entstehen. Es muss auch zu Ergebnissen kommen.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, quiero comenzar a intervenir con esta situación referida a la nueva ola de la COVID-19. Evidentemente, es preocupante el impacto de esta nueva ola en Europa y, además, también evidencia las diferencias en función del nivel de vacunación de la ciudadanía.

Por eso, hoy más que nunca es fundamental lanzar también desde aquí un mensaje que no es exclusivamente un mensaje político; es un mensaje basado en los conocimientos de la ciencia. Y es que solo acabaremos con esta pandemia cuando hayamos vacunado a toda la población: la población de Europa y la población de fuera de la Unión Europea también.

Son datos evidentes: quienes hoy están ocupando la mayor parte de las unidades de cuidados intensivos en los hospitales son ciudadanos y ciudadanas que todavía no se han vacunado. Por lo tanto, hoy podemos decir que la vacuna ha salvado millones de vidas —millones de vidas— y, por lo tanto, tenemos que seguir esforzándonos, insisto, por garantizar los mayores niveles de vacunación dentro de la Unión Europea, también avanzando en la tercera dosis, pero eso no puede ser incompatible con garantizar que fuera de la Unión Europea también los ciudadanos tengan acceso a esta vacuna.

Es fundamental que hablemos de instrumentos como COVAX, pero también garantizar otro tipo de instrumentos que posibiliten que todos los ciudadanos de fuera de la Unión Europea tengan este acceso.

Además, la fuerza de los hechos en nuestras fronteras también nos obliga a actuar con rapidez. Si la Unión Europea es capaz de hacer valer todo su peso internacional, podrá detenerse el traslado de migrantes a Bielorrusia. Las sanciones contra el régimen de Lukashenka y el veto a las compañías aéreas y las agencias de viajes que colaboran con el tráfico de personas son instrumentos importantes, como debe ser redoblar la presión sobre Rusia y lograr el compromiso de los países de origen y tránsito para poner fin a la instrumentalización de la vida de seres humanos; poner fin a las mafias organizadas.

Nuestra respuesta al dictador Lukashenka no puede ser incompatible con la obligación del Gobierno polaco, también, de aliviar el sufrimiento de las personas atrapadas ante las puertas de la Unión Europea y respetar su derecho al asilo. Exijan a las autoridades polacas que permitan la entrada de los medios de comunicación y de las organizaciones humanitarias, así como las agencias de las Naciones Unidas y de la Unión Europea, para garantizar la asistencia humanitaria necesaria.

No nos dejemos atrapar por la agenda de la extrema derecha que identifica inmigración con invasión, guerra o sustitución de población étnica. Decidan qué Europa quieren construir: la Europa que derribó muros o la Europa que quiere levantar nuevas barreras. Hay que elegir. Evidentemente, nuestro Grupo político está con esa Europa que derribó muros.

Hay que elegir entre la Europa que promovió la libre circulación o la Europa de los gobiernos extremistas que están destruyendo sus democracias. En definitiva, tenemos que elegir entre construir la Europa de la indiferencia ante el sufrimiento de los migrantes o la Europa de la solidaridad con quienes necesitan de nosotros. Evidentemente, nuestro Grupo está con esa Europa de la solidaridad.

También, desde el Egeo hasta el estrecho de Gibraltar, la tragedia mediterránea se repite una y otra vez. Entiendan de una vez que solo una política común de inmigración, asilo y fronteras, acorde con la legalidad internacional y el respeto a los derechos humanos, evitará que seamos rehenes de los regímenes autocráticos.

El primer ministro Morawiecki apela a la solidaridad de la Unión Europea al mismo tiempo que desprecia sus principios fundacionales. Señora von der Leyen, mantenga su compromiso con el Estado de Derecho y también con no aprobar el plan de recuperación y activar el mecanismo de condicionalidad si Gobiernos como el de Hungría y Polonia siguen con esta deriva extremista y no regresan a la senda de la división de poderes y la independencia del Poder Judicial.

Aprovechemos la crisis de Bielorrusia para hacer frente con más eficacia a las nuevas amenazas. Tenemos que ser conscientes de que no solo formamos parte de una unión de intereses, sino también de valores. Y no hay mayor amenaza para nuestra seguridad que aquella que nos empuja a adoptar las ideas y los principios del adversario.

La brújula estratégica para tener éxito necesitará una buena brújula moral, porque la dignidad humana no pertenece a ninguna cultura ni es un arma geopolítica. Nos pertenece a todos y es nuestra obligación defenderla.

Stéphane Séjourné, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente, Monsieur le Président, une nouvelle vague de COVID frappe notre continent et laissez-moi d'abord, peut-être, exprimer ma profonde solidarité avec les peuples européens qui vivent ce nouveau drame. Je n'oublie pas la solidarité européenne quand mon pays et ses voisins dans le sud de l'Europe étaient en plein dans cette vague et très touchés. Cette solidarité, l'Union européenne doit encore la réaffirmer dans les prochaines semaines et les prochains mois avec les pays les plus impactés. Je pense que c'est la volonté de l'ensemble de cet hémicycle et de nos institutions, mais encore faut-il le réaffirmer.

La vaccination, le pass sanitaire, le plan de relance: l'Europe a su être à la hauteur. Ceci dit, il suffirait peut-être de deux semaines d'inaction, Madame la Présidente, pour enrayer ces francs succès obtenus depuis quelques mois. Pour mon groupe politique, le sujet de la vaccination représente quatre enjeux. Comme mon collègue Manfred Weber, je commenterai par des solutions.

D'abord, la couverture vaccinale. Vous avez publié, Madame la Présidente, un graphique tout à l'heure sur les réseaux sociaux qui montre bien la corrélation entre la vaccination et les décès. Lançons une campagne de communication au niveau de la Commission européenne pour la vaccination, contre les *fake news*. Cela me semble important.

Sur le certificat COVID, Monsieur le Président, harmonisons nos règles. Quant à la troisième dose et à la durée de vaccination, il faut vraiment éviter les divergences entre les États membres qui seront autant d'entorses à la liberté de circulation.

Sur les traitements, Madame la Présidente, achetons en commun dès maintenant les nouveaux traitements autorisés par l'Agence européenne des médicaments qui ont le potentiel de réduire les transmissions, les hospitalisations et les décès en complément de la vaccination. L'achat groupé de vaccins a été un franc succès européen. Faisons la même chose pour les traitements.

Sur les enjeux, je finirai par la question économique. Il faudrait peut-être évaluer les outils que nous avons mis en place il y a quelques mois de cela. Certains fonds sont mobilisés, d'autres doivent être exécutés plus rapidement. Certains plans de relance tardent à être exécutés. Il faudra peut-être, là aussi, regarder les mécanismes qui nous permettent d'aller plus vite et d'être plus efficaces.

Madame la Présidente, Monsieur le Président, je trouverai toujours, en tout cas, mon groupe politique pour défendre le progrès scientifique, la libre circulation et la création d'emplois. Mais il faut continuer à agir ensemble. Les Européens ont fait confiance à l'Europe et il faut maintenant que nous soyons efficaces aussi face à cette cinquième vague.

Renew demande également, Madame la Présidente – vous le savez, je vous en ai déjà parlé –, que ce sujet, entre autres, soit abordé et mis à l'ordre du jour du Parlement européen lors de la plénière de décembre, sous un nouveau format, une session de questions-réponses avec vous à l'occasion de cette mi-mandat. Je pense que les eurodéputés sont attachés au renouvellement de la démocratie parlementaire, et nous sommes attachés à ce que ce débat, en tout cas dans l'hémicycle, puisse perdurer.

Je finirai très rapidement sur la question de l'état de droit. Sans nier ce qui a été fait par la Commission dans le cadre de l'article 7, les procédures d'infraction devant la Cour, sans oublier les discussions au Conseil, cher Charles, permettez-moi quand même d'évoquer que, pour mon groupe politique, la réponse est encore insuffisante. Madame la Présidente, vos services ont envoyé un courrier indiquant que la corruption était généralisée en Hongrie et que l'indépendance de la justice en Pologne n'était pas assurée; il s'agit de problèmes systémiques qui appellent des décisions et des explications. Je m'arrêterai là, Monsieur le Président. J'ai abusé de mon temps, mais le groupe Renew demande très clairement le rejet des plans de relance et l'activation du mécanisme de conditionnalité. Je pense que nous devons cela aux Polonais et aux Hongrois qui se battent tous les jours pour leur liberté et contre la corruption dans ces pays.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, yet again, the COVID cases are spiralling up in some European regions more than ever before during the pandemic. Europe is even becoming a hotspot in the global statistics.

And yes, there are differences between Member States. But we should never stop to look for European solutions, to learn from one another, and we should make sure that the virus that has caused so much damage never gets in the way of our united Europe.

The Member States need to make a greater effort to get people vaccinated also, with booster shots, to prevent the overburdening of the health system and to protect the people who cannot be vaccinated yet, like most children.

This crisis is not over yet, and it will not help to pretend otherwise. We should not forget that many regions of the world don't even have access to enough vaccines, and this needs to change, or we will never see the end of the pandemic.

In preparation for the summit, we had discussed the issue of the rule of law, and I was indeed very happy that several presidents and prime ministers were very vocal on rule of law in the media. However, it seems that the Council did not reach any progress.

And it's not only – also, but not only – the task of the Commission to act, but also of the Member States. The Article 7 procedure is in the hands of the Council and yet, nothing is moving. We need more action and we need it fast. This only becomes a crisis if we don't act.

Speaking of another crisis, the climate summit in Glasgow has brought about progress, but it's the bitter reality that this progress is absolutely insufficient in the wake of a catastrophic climate crisis. And there is no time for self-congratulatory statements. The urgency is real.

Europe needs to step up its game, and it's not helped by branding fossil investments as sustainable. Investments in gas now will mean prolonging the fossil era for decades, instead of finally getting real with climate protection. And nuclear is neither safe nor clean, and certainly not renewable. We desperately need a sustainable energy transition, and we cannot waste our time on gas and nuclear.

And finally, on Belarus: as long as we see human beings as the biggest threat, we give Belarus and also other regimes all leverage. We have to help those people in need. They are stuck, and they are not weapons; they are people in need.

Marco Zanni (ID). – Signor Presidente, bentornato, signor Presidente Michel, per la Commissione europea non vedo più la Presidente von der Leyen, onorevoli colleghi, due riflessioni generali sulle conclusioni di questo Consiglio e sono riflessioni a mio avviso preoccupanti.

La prima è che mi pare che ci sia una costante in queste conclusioni: c'è un'incapacità cronica del Consiglio di trovare un minimo comune denominatore per prendere decisioni o risolvere le problematiche che oggi ci troviamo ad affrontare.

La seconda riflessione generale riguarda il fatto che, troppo spesso, le debolezze dell'Unione europea si riflettono nel fatto che veniamo facilmente ricattati dal dittatore di turno, che sia la Turchia, che sia la Bielorussia, che sia in Libia, che sia in Russia. Purtroppo questa è diventata una costante. L'Unione dovrebbe dare la forza e invece le nostre debolezze ci permettono di essere ricattati costantemente su vari temi.

Passo ora ai temi concreti che sono stati discussi. Sulla pandemia e i vaccini, già i miei colleghi ne hanno parlato ampiamente, purtroppo nelle conclusioni del Consiglio viene fatto solo un accenno generale alla disinformazione e niente viene riferito rispetto al fatto che una delle misure principe e cardine che la Commissione aveva messo in campo, e che qui abbiamo votato a larga maggioranza, rischia di dissolversi dopo qualche mese, quella del certificato verde. Aspettiamo la nuova proposta della Commissione, ma mi pare che qui si vada in una direzione dove ognuno fa un po' quel che vuole e diventa difficile ancora trovare un piano comune tra i paesi europei.

Siamo molto preoccupati, e lo abbiamo visto purtroppo anche a Bruxelles nei giorni scorsi, delle ondate violente che stanno arrivando di protesta per questa situazione. La violenza e le proteste violente sono da condannare senza se e senza ma, ma mi chiedo se, dal punto di vista informativo, le istituzioni europee non possano fare di più per evitare che il malcontento si traduca in questi atti deprecabili.

Per quanto riguarda energia e materie prime, anche qui l'ho detto più volte: non serve il libro dei sogni, servono soluzioni concrete. Pensare che quello che stiamo facendo qui in termini di transizione energetica non abbia un impatto su queste dinamiche vuol dire non capire la dimensione di questo problema. La transizione energetica è un punto importante, ma la dobbiamo fare con pragmatismo e tenendo conto della situazione attuale. Così non va e rischiamo di creare problemi sia nel breve termine, sia di fallire gli obiettivi della transizione.

L'ultimo punto riguarda l'immigrazione. Piena solidarietà alla Polonia e agli Stati baltici. Quello che sta succedendo è inaccettabile. Su questo punto vediamo uno spiraglio importante. Se il presidente dei Popolari e lei stesso Presidente, rispetto al passato considerate alcune misure necessarie per proteggere i nostri confini esterni, questo è sicuramente un dato positivo. I dati di Frontex sono preoccupanti, li ha pubblicati oggi, non solo per quanto riguarda la Bielorussia ma anche per quanto riguarda il Mediterraneo. Da qui vorremmo più partecipazione e più protezione delle nostre frontiere esterne da parte delle Istituzioni europee.

Beata Szydło, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Wysoka Komisjo! Są dzisiaj trzy najpoważniejsze kryzysy, trzy najpoważniejsze sprawy, które muszą być rozwiązane w Unii Europejskiej. To oczywiście COVID, to oczywiście wojna hybrydowa na wschodniej granicy Unii Europejskiej. I wreszcie to, o czym mówił przewodniczący Michel (za co chcę mu podziękować, a to nie wybrzmiało w innych wypowiedziach): kryzys energetyczny, zagrożenie ubóstwem dla poszczególnych krajów Unii Europejskiej, ale również przede wszystkim Europejczyków.

Dlatego w obliczu tak poważnych kryzysów mówienie o praworządności czy sprowadzanie wojny hybrydowej na wschodniej granicy Unii Europejskiej do kryzysu humanitarnego jest albo wyrazem niezrozumienia, albo też po prostu politycznego zaciętrzewienia, które niektóre grupy tutaj od dawna prezentują. Polska i kraje bałtyckie bronią dzisiaj bezpieczeństwa i suwerenności Unii Europejskiej. Trzeba podziękować tym wszystkim, którzy nas wspierają, ale przede wszystkim trzeba podziękować tym żołnierzom, funkcjonariuszom, którzy codziennie walczą o bezpieczeństwo Europy i Europejczyków. Łukaszenko wspierany przez Putina wypowiedział wojnę hybrydową Unii Europejskiej. Musicie mieć tego świadomość i trzeba, żeby ta Izba wreszcie w całości to zrozumiała.

Martin Schirdewan, *im Namen der Fraktion The Left*. – Herr Präsident, schön, dass Sie wieder da sind. Werte Kolleginnen und Kollegen! Vor ungefähr einem Monat hat die Kommissionspräsidentin ausgeschlossen, dass EU-Gelder in Stacheldraht und Zäune investiert werden. Und dann reisen Sie, Herr Michel, nach Warschau und verkünden gemeinsam mit dem polnischen Ministerpräsidenten, dass Sie sich auf der Grundlage eines Rechtsgutachtens, das in Ihrem Hause – also dem Europäischen Rat – erstellt wurde, vorstellen können, Stacheldraht und Zäune eben gerade im Namen der Europäischen Union zu errichten, die dazu dienen sollen, Menschen davon abzuhalten, in der EU Schutz zu suchen.

Sie übernehmen damit jene Sprache der politischen Rechten, die von illegaler Migration spricht, wenn es um Menschen in Not geht, von einer angeblichen Bedrohung für die Stabilität der Europäischen Union, die durch 5000 Geflüchtete ausgelöst werden soll, und wollen zu allem Überfluss zur Abwehr dieser imaginierten Bedrohung ausgerechnet die sogenannte EU-Grenzschutzagentur Frontex einsetzen, die selbst in schwere Menschenrechtsverletzungen wie etwa illegale *pushbacks* verwickelt ist.

Aber es sind nicht diese 5000 Menschen, die jetzt in den polnischen und belarussischen Wäldern um ihr Überleben und gegen das Erfrieren kämpfen, die die EU bedrohen. Herr Michel, es sind Politiker, die sich freiwillig vor den Karren der autoritären Rechten spannen lassen, die damit der Demokratie, geltendem internationalen Recht und, ja – und das müssen Sie jetzt aushalten –, auch dem antifaschistischen Gründungskonsens der Vorgängerorganisation der Europäischen Union schweren Schaden zufügen.

Natürlich ist Lukaschenka ein übler Autokrat, und natürlich benutzt er Geflüchtete als Druckmittel. Aber dass er das überhaupt kann, liegt am permanenten Versagen der EU, eine humane und solidarische Migrationspolitik umzusetzen, die auf internationalem Recht basiert. Wer angesichts von tausenden Toten an den EU-Außengrenzen, von libyschen Sklavenlagern oder von Kindern, die jetzt in polnischen Wäldern erfrieren, nicht begreift, dass diese EU-Grenzschutzpolitik eine Schande ist, dem ist nicht mehr zu helfen.

Statt von Stacheldraht und Mauern zu träumen, Herr Michel, sollten Sie sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedstaaten die Leute endlich da rausholen!

Tamás Deutsch (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Az Európai Bizottság megbukott a koronavírus-járvány kezdeti kezelésében és elhibázta a vakcinabeszerezéseket is. A Bizottság jogellenesen visszatartja a magyaroknak és a lengyeleknek járó helyreálítási forrásokat, ezzel pedig szándékosan árt a két országnak. Brüsszel gyakorlatilag mindent finanszíroz, ami növeli a migrációs nyomást. Egyedül egy dologra nem ad pénzt, ez pedig a határ fizikai megvédése. Pedig nemcsak magunkat, hanem egész Európát is védjük. A Bizottság a hatalmával visszaélve indít jogi eljárásokat Magyarország és Lengyelország ellen. Ezzel a járvány és egy migráns válság, sőt egy hibrid háború kellős közepén hátba támadja a lengyeleket és a magyarokat.

Mindez a szolidaritás arcülsapása. Ez már cserbenhagyás. Brüsszel ráadásul klímaadók formájában a családok millióival akarja megfizettetni a klímaváltozás elleni küzdelem költségeit, ahelyett hogy a klímaromboló nagyvállalatokkal fizetné meg mindezt. Ez elfogadhatatlan.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Mr President, I will not need five minutes to conclude. On behalf of the Commission let me telegraphically say this.

On the pandemic, Europe is fighting. Our systems of public health and public education are under strain, but are resisting the unprecedented pressure. Our model of society is being tested, but holds. Our ambitious vaccination programme is under full development. We have approved therapeutics and we have assured over five billion doses, for the next two years, of vaccines that are reliable and tested by science and approved by independent regulators. We now need simply to convince our unvaccinated citizens, and like this we can go together through this last stretch ahead. Together, we will make it.

On climate, Europe is leading by example. There is no doubt, and Glasgow was yet another proof of our ambition. We can now hope that our partners and our competitors follow. We have on the table of the legislators an unprecedented legal arsenal to match our ambition with concrete legislative tools.

On energy prices we now have a toolbox. We have a commonality of purpose. We have convergent views. Here too there is no shred of doubt that by working together we can win much more than by working individually.

Finally, on Belarus, we will have a dedicated debate in a few minutes, but let me say in conclusion two very simple things. First, those who have attacked us, instrumentalising human suffering, have failed. They have failed in Evros, they have failed in Ceuta and they are failing on our eastern external border. Message two: when Europe acts as Team Europe we are unstoppable!

Charles Michel, président du Conseil européen. – Monsieur le Président, chers collègues, je voudrais d'emblée rebondir sur les propos exprimés il y a quelques instants par notre collègue Manfred Weber, qui avait raison de dire que l'on doit faire un choix, en réalité. Veut-on subir, veut-on l'Europe des crises ou veut-on l'Europe des solutions?

Je partage cette conviction que lorsque nous sommes unis, rassemblés, nous sommes forts et nous avons un impact. C'est le cas, par exemple, quand on est mobilisé sur le plan international, avec un projet robuste, considérant que le climat est un enjeu qui doit nous engager totalement; alors nous influençons le reste du monde. C'est le cas dans le domaine du numérique, quand on veut, par exemple, veiller à ce que nos valeurs fondamentales, comme le respect de la vie privée, soient des normes partagées au-delà de nos frontières. Et c'est le cas aussi lorsque des attaques hybrides ne sont plus des menaces théoriques, virtuelles, mais sont bien réelles.

Nous avons été testés et nous avons réagi. Nous sommes lucides, tout n'est pas résolu. Bien entendu, il y a aux frontières externes de l'Europe des dictatures qui n'aiment pas notre modèle démocratique, qui n'aiment pas les libertés, qui n'aiment pas l'état de droit. Mais notre capacité à protéger les frontières extérieures relève aussi de notre capacité à défendre le modèle que nous voulons pour nos citoyens. Et oui, je suis plutôt fier, chers collègues, que la Commission européenne, encouragée par le Conseil européen, ait décidé – cela a été annoncé il y a quelques instants – de multiplier les moyens pour soutenir les pays qui sont directement à la frontière extérieure et qui protègent l'ensemble de l'Union européenne. Lorsque, par exemple, un pays de 4 millions d'habitants comme la Lituanie a 700 km de frontière avec la Biélorussie, qui utilise de manière cynique des êtres humains pour faire pression sur notre modèle démocratique, nous devons faire preuve de solidarité européenne, y compris en finançant – cela a été dit – des infrastructures pour renforcer la capacité à protéger les frontières extérieures de l'Union européenne.

Je souscris totalement à ce qui a été dit par le commissaire à ce sujet: lorsque nous sommes unis, lorsque nous agissons rapidement, nous avons un impact et nous pouvons défendre les valeurs auxquelles nous croyons, comme l'état de droit, ce qui me permet de faire le lien.

First of all, I would like to insist this is not the first time, the last months, that we address at the level of the European Council, this important topic. And on the one hand, I am convinced that we must use the institutional tools, the legal tools, and we have decided together with the European Parliament, with the European Council and the Council of the EU, one year ago to strengthen our tools in order to have an impact. The conditionality mechanism is a demonstration that we want to act.

On the other hand, I think that political dialogue is also needed because there is a political challenge and you can count on me, on the Members of the Council, in order to try to make some progress and to be able to deliver, to have solutions – this, I think, is what is very important.

The third point very quickly, COVID-19. We are all, all lucid. We know that it's not over. We know that it's important to coordinate, it's important to cooperate and I would like to remind all of you that in fact there are very limited competences at the level of the EU. But you have decided all together to work together, to coordinate, to cooperate in order to defeat this virus.

Plusieurs remarques d'ordre opérationnel ont été faites, notamment par notre collègue Séjourné, sur l'importance de faire en sorte que l'on puisse, sur la troisième dose, sur la question de la libre circulation, continuer à agir de concert. Et ce n'est pas une surprise, au mois de décembre, au Conseil européen, ce sujet sera de nouveau à l'ordre du jour.

Enfin, dernier point, que quelques collègues ont abordé: je reste convaincu que la question de l'énergie est une question extrêmement importante pour notre capacité à soutenir à la fois les familles et les citoyens européens et nos entreprises, les petites, les moyennes et les grandes. Nous devons avoir une capacité d'action sur le court terme. C'est le sens de la «boîte à outils» qui a été présentée par la Commission et qui comporte principalement des mesures nationales, que beaucoup de pays européens ont déjà engagées.

Nous voyons bien aussi que sur le moyen et le long termes, nous devons avoir l'ambition de coopérer, de nous coordonner davantage pour anticiper les défis en lien avec cette question énergétique et faire en sorte d'avoir davantage d'impact positif sur un sujet qui sera extrêmement important et qui comporte différents aspects, qu'ils soient géopolitiques, qu'ils soient économiques ou qu'ils touchent directement notre capacité de réussir cette transition climatique que nous sommes nombreux à considérer comme hautement prioritaire pour l'avenir.

Presidente. – Ringrazio il Presidente Michel per essere stato con noi oggi. Ringrazio anche la Presidente von der Leyen e il Vicepresidente Schinas e naturalmente tutti gli intervenuti che hanno arricchito il nostro dibattito.

La discussione è chiusa.

Ora lascio la presidenza al vicepresidente Silva Pereira per i risultati delle votazioni.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

6. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

7. Lage in Belarus und an seiner Grenze zur EU und die sicherheitspolitischen und humanitären Folgen (Aussprache)

Presidente. – O ponto seguinte da ordem do dia diz respeito às Declarações do Conselho e da Comissão sobre a situação na Bielorrússia e na sua fronteira com a União Europeia: consequências para a segurança e a nível humanitário.

Recordo que, como tem sido norma nesta sessão, não haverá procedimento *catch the eye* nem perguntas sob a forma de «cartão azul» e estão previstas também intervenções a partir dos nossos Gabinetes de Ligação nos Estados-Membros. As intervenções no Hemiciclo continuarão a ser feitas, naturalmente, a partir da tribuna central.

Queria começar por dar a palavra, em nome do Conselho, ao Senhor Ministro dos Negócios Estrangeiros, Anže Logar. Tem a palavra.

Anže Logar, President-in-Office of the Council. – Mr President, honourable Members, in the wake of the fraudulent presidential election in Belarus last year, and the intimidation and violent repression of peaceful protesters, opposition members and journalists, the EU has progressively imposed restrictive measures against Belarus.

Further aggravating the situation in May, Ryanair flight 4978 between Athens and Vilnius was forced to land in Minsk under a false pretence, and a political opponent of the regime in Belarus was seized from the plane. The incident triggered further international and EU sanctions.

President Lukashenko has since sought to undermine the EU's resolve by manufacturing and then instrumentalising migration flows for cynical political purposes. A high number of people, many of them vulnerable, were lured from the third countries to Minsk, and shuttled to the Union's external borders with a promise of entry into the European Union.

On 8 November, the situation further escalated when several thousand migrants gathered on the Belarussian side at the Polish border. Reportedly, Belarussian officers were leading migrants towards the border with vehicles equipped with barbed wire, caltrops, and other equipment designed to prevent migrants from retreating into Belarus. Polish forces rejected all the entry attempts.

Nonetheless, the situation was tense, and could have easily gotten out of hand due to miscalculation or accident. Ultimately, it was a miscalculation of President Lukashenko's part.

The situation has however brought a lot of suffering. Several migrants have died, and many face dire conditions for weeks or months. We have also seen the security personnel of Member State taken to hospital following violent clashes. This is the responsibility of Mr Lukashenko and his regime.

However, we can welcome that, in this situation, the EU was able to show a united front. As you know, EU leaders were very clear in October at the European Council that EU would counter the hybrid attack by the Belarussian regime, including by adopting further restrictive measures as a matter of urgency.

Consequently, on 15 November, the Foreign Affairs Council adopted the legal acts that broadened the listing criteria for designation under the sanction regime against Belarus. The objective is to target individuals and entities organising or contributing to activities by Lukashenko's regime that facilitate the illegal crossing of the EU's external borders. Furthermore, the fifth package of sanctions will be finalised in the coming days. Work on a further package will also continue.

The EU has shown that it can protect its interests on the international stage, using a combination of tools. It has been notably effective in its outreach to third countries and airlines, which has resulted in greatly slowing down the flow of migrants towards Minsk. While it's too early to tell, the situation appears to have been easing in recent days.

Nevertheless, I think, the most affected Member States, namely Lithuania, Latvia and Poland, deserve our continuous solidarity and concrete support. We should not forget that they are protecting the EU's external borders.

Migrants are reportedly being moved away from the borders into more permanent housing. Already, over 400 Iraqis were returned home from Belarus with the support of Baghdad.

We are carefully following developments. The EU Institutions and the Member States will continue intensive diplomatic outreach to countries of origin and potential countries of origin, and the effects are already visible.

Before concluding, let me reiterate that the responsibility of Belarus for this crisis is unequivocal. It is now crucial that the humanitarian situation at the border is addressed. Belarus has to allow access to the UN Refugee Agency (UNHCR) and the International Organization for Migration (IOM) to provide humanitarian assistance, and return opportunities for the people affected.

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank honourable Members for organising this very topical debate. The circumstances have dictated the urgency of a European collective response.

Over 40 000 repeated attempts to cross the eastern borders into the European Union were prevented this year alone, and there are now over 2 000 people close to the border with an estimated further 15 000 stranded in Belarus. The shocking images of these thousands of desperate people do not do justice to our values. These people are being sold a lie, a fantasy, an illusion of a quick flight through Istanbul or Dubai, through Minsk, to Germany or Central Europe. It is not as simple as it sounds. They do not buy a ticket to Europe. They buy a ticket to an ice-cold forest like so many pawns in a sick game.

Belarus's actions represent a real and present threat to border control and security. We have to call a spade a spade and see these actions for what they are: a determined attempt to create a continuing and protracted crisis as part of a broader, coordinated effort to destabilise the European Union, testing our unity and resolve. This is not a migration crisis. This is not a migration issue. This is a major security threat. Poland's borders are being tested, as are Lithuania's borders and Latvia's, but these are European borders and the threat to one is a threat to all. We shall not accept it. We shall not tolerate it.

Our response was unrelenting, but I don't think that now is the time for more diagnostics. Now it's time for action.

Let me take you quickly through the main strands of our European collective response. First and foremost, we are now working to address the dramatic humanitarian crisis unfolding in the forest. We have already mobilised EUR 700 000 of humanitarian funding from the EU budget to support partners in providing immediate assistance to vulnerable people. We have already allocated EUR 200 000 to the Red Cross as part of our overall contribution to the Disaster Relief Emergency Fund, and we are very pleased to see the International Organization for Migration (IOM) and the UNHCR finally being granted access to a makeshift camp on the Belarussian side of the border, near the international crossing point Bruzgi, to deliver emergency aid and assistance to vulnerable people. But I cannot stress enough how important it is to ensure sustained access for humanitarian actors on both sides of the border. I would also like to remind you that Belarus bears the primary responsibility for addressing this crisis. Belarus is bound by the Geneva Convention, including the principle of non-refoulement, and therefore Belarus must provide for adequate protection of the refugees it invited

into its territories and cooperate fully with UNHCR.

Secondly, we are providing immediate and full support to the most affected Member States. We are providing material support through our Civil Protection Mechanism. We are deploying EU agencies – more than 100 Frontex officers operating in Lithuania, 73 EASO experts, two Europol guest officers and one analyst – all deployed on the Lithuanian side of the border. We are mobilising important additional funds. The President has just announced the tripling of our support – elevating it to EUR 238 million – for Latvia, Lithuania and Poland. In addition, we are now working, beyond money and support, on a proposal for provisional measures to be taken in the area of asylum and return, based on Article 78(3) of the Treaty, in response to the call we received from the October European Council. For the longer term, our forthcoming proposals to reform the Schengen Borders Code will strengthen our legal framework and give better tools to Member States to protect their external borders in situations of extreme instrumentalisation.

Thirdly, we are responding to Belarus's flouting of international norms with a harsh set of sanctions that we continue to escalate. The now fifth set of sanctions were adopted on 15 November and they allow us to target individuals and entities organising or contributing to activities that facilitate illegal crossings, and we are ready to go further, if and when needed, including through the International Civil Aviation Organization.

Beyond the money, beyond the humanitarian effort, beyond the help to our Member States and the ceiling of actions, diplomatic efforts and external action on the ground are now paying dividends. I am very proud of everything we have managed to achieve in these last days as Team Europe. Joint demarches have been made by the EU delegations in all countries of origin and transit. I have personally travelled, in less than seven days, to Iraq, Lebanon, the United Arab Emirates and Turkey, and tomorrow I will fly to Uzbekistan. I think that, as a result of these on-site visits, the transit routes that are being used by smugglers to bring migrants to the Belarusian border are being shut down one by one. Flights from Baghdad and routed through Dubai, Beirut, Istanbul, Damascus and Tashkent have all been halted. Europe has been counting its friends in these difficult moments and I'm very pleased to have found many. We are making clear that there are no loopholes to exploit in the partnerships we maintain worldwide.

Finally, returns are now becoming a major priority. To alleviate the situation at the border, we are working to step up returns. In Baghdad, last Monday and last Thursday, a flight with 432 Iraqis on board left Minsk for Baghdad, and 600 people were returned during the summer. The Iraqi authorities have now officially requested help with such voluntary returns and we are fully committed to providing this. We will mobilise additional funds of around EUR 1 million to support voluntary return and reintegration, in cooperation with the IOM. Altogether, we will provide up to EUR 3.5 million for this purpose. We need to ensure that the funding programming we are in the process of finalising, not just for Iraq but other countries of origin, will leave sufficient financial space for such an operation. It is also important that we continue work to debunk and publicly expose the organised disinformation and the manipulation of information by Belarusian and Russian state-controlled media to inform would-be migrants of the realities that they would face.

Today, having mobilised all of these tools, the College decided to add one further tool to our toolbox. When President von der Leyen, from the White House, announced the possibility of sanctions to third-country operators engaged in human smuggling, this was not an empty threat. It was a credible threat. Today, the Commission has proposed a new legal framework which will enable us to adopt targeted measures against transport operators of any mode of transport – land, air, sea, inland waterways – that, knowingly or unknowingly, engage or facilitate smuggling or trafficking people into the European Union. These measures could include the limitation of operations in the Union market, the suspension of licences or authorisations, the prohibition to transit or even overfly the European Union, and to make technical stops or calls into EU ports. This will be a new, powerful tool, and I think that those who consider engaging in such activities will take this message very clearly.

Let me conclude with the two main lessons learned from this extraordinary crisis we have been facing in the last ten days. The first lesson learned is that, as I said a few minutes ago, when we act together as Team Europe, we are unstoppable. Nobody can stop the combined power of immediate reaction when we act, as institutions and Member States, together with our international friends and partners.

Lesson number two: we are much more effective in these circumstances when we deploy tools and instruments grounded in EU law. Diplomatic demarches, protocols and papers flying around do not serve the purpose of defending the European Union in extraordinary times. If we need, want and aspire to be a geopolitical Commission, we need to work together with the full force of EU law and EU instruments. This is when we matter in this troubled, unsafe and obscure world.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, agradezco al vicepresidente Schinas su trabajo en las últimas semanas, que ha significado el fin de los vuelos mafiosos a Bielorrusia.

Cada día que pasa, Lukashenka muestra mejor su verdadero rostro, el rostro de un tirano, el rostro de un dictador que recibe órdenes de otro dictador: Lukashenka es hoy solo otra marca de la multinacional del crimen en que Putin ha convertido a Rusia. Para entendernos con Bielorrusia, debemos llamar a Rusia, porque nada es accidental: ni los ataques cibernéticos, ni la propagación de noticias falsas, ni el apoyo a movimientos independentistas en Cataluña.

Mientras los europeos nos entretenemos con nuestros debates, la Rusia de Putin continúa con su política de invasiones consumadas, como sucedió con el norte de Georgia y con Crimea. El acto de agresión más reciente de Rusia está ocurriendo ahora mismo en las fronteras orientales de Ucrania; no es una coincidencia que, en el fragor del conflicto con Bielorrusia, Putin haya aprovechado la oportunidad para desplegar cerca de cien mil soldados en la frontera con Ucrania: Bielorrusia es la excusa; Ucrania es el objetivo.

Y algunos todavía se preguntan si estamos en una guerra híbrida... Respondamos con templanza, no con imprudencia. Nuestros principios y valores son una amenaza existencial para el poder autocrático ruso. A Putin no le preocupan nuestros soldados, sino nuestras libertades, y hace bien en temer nuestra libertad porque hemos demostrado históricamente que es invencible.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Im Umgang mit Belarus bleiben starke Sanktionen notwendig. Doch zugleich besteht weiter die humanitäre Katastrophe, insbesondere an der polnisch-belarussischen Grenze, wo Menschen gnadenlos für politische Zwecke missbraucht und mit Gewalt abgedrängt werden.

Es gibt an Außengrenzen keine rechtsfreien Räume. Internationale Verpflichtungen, EU-Recht und humanitäre Verantwortung gelten auch dort. Doch nichts davon wird von der polnischen Regierung beachtet, und deshalb muss die Kommission Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Hilfsorganisationen müssen schnell Zugang zur Grenzregion bekommen, um Menschen vor Verhungern und Erfrieren zu retten.

Es gäbe ja Unterstützung für Polen, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, über unsere Agenturen, über *relocation*. Und es ist höchste Zeit, dass diese Unterstützung eingefordert und angenommen wird, höchste Zeit, diesen zerstörerischen und gewalttätigen Weg zu beenden.

Petras Auštrevičius, *Renew frakcijos vardu*. – Gerbiamas Pirmininke, Komisijos nary, mieli kolegos, 15 mėnesių po falsifikuotų rinkimų. Atrodo, visiems turėjo tapti aišku, kad neteisėtai valdžią užgrobęs diktatorius Lukašenka yra neteisėtai valdžioje ir jį gali stabdyti tik vieningi, stiprūs ir sąvalaikiai Europos Sąjungos veiksmai. To tikėjosi ir tikisi Baltarusijos pilietinė visuomenė.

Šiandien kai ką galime apibendrinti. Europos Sąjunga vėl kalba ne vienu balsu. Merkel skambučio Lukašenkai kaina – pastarojo kaltinimas Vokietijai nevykdant neva duoto pažado priimti du tūkstančius migrantų, kuriuos jo valdžia atgabeną į Baltarusiją. Per dešimt šių metų mėnesių, palyginti su 20–ųjų metų atitinkamu laikotarpiu, Baltarusijos eksportas į Vokietiją išaugo šimtu penkiais procentais (dvigubai), į Italiją – 70, į Lenkiją – 74, į Lietuvą – 41 procentu. Ir tai vyksta jau priėmus keturis sankcijų paketus.

Dabar vis dar netrūksta tų, kurie abejoja dėl sankcijų migrantų gabenime dalyvavusiai Baltarusijos valstybinei oro bendrovei. Kodėl?

Baltarusijos režimo sukurta migracijos krizė yra tiesioginis būdas grasinti ir daryti įtaką Europos Sąjungos vidaus ir užsienio politikai. Tai tikra ir tolydžio auganti daugialypė, tame tarpe dėl Astravo atominės elektrinės, grėsmė mums visiems su Rusijos šešėliu. Neišduokime Baltarusijos žmonių tikėjimo kitokia šalies ateitimi. Nebijokime savo pastangų kovojant už Europos vertybes, nes tik tai įrodo Europos tvirtumą ir patikimumą.

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, 900 political prisoners, 40 000 arrested protesters, 280 liquidated NGOs, hundreds of shut-down media, journalists thrown into jails, lawyers stripped of licences. This is the reality of people of Belarus.

Only because we do not hear these stories any more does not mean that the terror in Belarus has stopped. On the contrary, the terror is finding new ways to oppress and crush everyone with the most inhuman weight.

But bear in mind, the violence unleashed by Lukashenko is not a sign of strength. It is a desperate revenge before the regime's collapse. Revenge on us, on our unwavering support for the people of Belarus, an attempt of Lukashenko and Putin to destabilise and divide the EU.

This is why Belavia carried out 600 extra flights, and abused the hopes of the most vulnerable people from the Middle East. Belarusian officials charged huge amounts before trapping the desperate refugees between police batons and barbed wire. This is the definition of human trafficking, a crime against humanity.

Those few here, and in some capitals, who are still naive enough to legitimise Lukashenko with a phone call, still naive enough to think that Putin is not the mastermind, they need to realise that the only language dictators understand is the language of strict sanctions and punishment. Lukashenko belongs at the tribunal. *Zhyvie Belarus!*

Nicolas Bay, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, chers collègues, nous débattons une nouvelle fois de la crise à la frontière biélorusse. Disons-le clairement: affréter des vols charters pour ramener les migrants chez eux est sans doute la politique à la fois la plus responsable et la plus humanitaire. En effet, expulser, c'est protéger.

Protéger les migrants, d'abord, instrumentalisés par le pouvoir biélorusse et poussés vers la frontière. Bien sûr, personne ne les a forcés à embarquer depuis Bagdad ou l'Afrique pour se rendre à Minsk. Loukachenko les y aide, certes, mais ce sont eux qui veulent franchir illégalement la frontière et venir en Europe en espérant y trouver l'Eldorado. Ils ne sont évidemment pas là contre leur gré. Nous les avons vu attaquer la frontière à coups de pelle, de hache, et lancer des pierres sur les Polonais. En parallèle, ils se livrent à des mises en scène pour émouvoir l'opinion publique et influencer les politiques. Et avec vous, ça marche toujours.

Méditez donc cette phrase d'Auguste Comte, qui disait que l'esprit doit toujours être le ministre du cœur, jamais son esclave. Or, vous incitez les migrants à venir en leur promettant l'accueil sans réserve, sans condition, en donnant toujours plus d'argent – encore 700 000 euros rien que la semaine dernière. S'il y a une crise humanitaire, migratoire et sécuritaire, vous en êtes en grande partie responsables. La politique la plus humanitaire est celle de l'Australie: zéro régularisation, zéro migrant et zéro mort en mer.

La fermeté du gouvernement, des gardes-frontières et des militaires polonais a payé. Plusieurs centaines de migrants sont déjà repartis et bien d'autres suivront. Ils sont de retour chez eux auprès de leurs familles, loin du froid biélorusse. C'est cela aussi la véritable humanité. La sécurité de nos peuples est primordiale. Elle passe avant tout. La Pologne, la Lituanie, la Lettonie le savent. Tous les Européens peuvent les en remercier.

Ryszard Antoni Legutko, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Premier rządu mojego kraju Mateusz Morawiecki miał tu przyjechać. Niestety nie umożliwiono mu tego, ale poprosił mnie, żebym przekazał treści, które chciał wyrazić. Czynię to tym chętniej, że one odzwierciedlają poglądy mojej grupy, wielu milionów moich rodaków, a także mieszkańców Europy.

W tej chwili kilkanaście tysięcy polskich funkcjonariuszy i żołnierzy patroluje wschodnią granicę Unii Europejskiej. Po raz pierwszy od czasów „żelaznej kurtyny” integralność granic Polski, krajów bałtyckich jest zagrożona. To jest długi cień neoimperialnej polityki Rosji.

Od kilkunastu tygodni Łukaszenka posyła każdego dnia na granicę setki cywilów. I to nie jest wcale powtórzenie kryzysu migracyjnego z 2015 roku. Mamy do czynienia z zaplanowaną akcją prowokacyjną, w której migranci są tylko narzędziami Łukaszenki, a celem jest destabilizacja w Europie. Zamiarów Łukaszenki nie trzeba dowodzić, on sam dostarcza takich dowodów. „Zmasakrujemy wszystkie szumowiny, które wy, czyli Zachód, finansowaliście”. Te słowa nie padły na tajnej naradzie, wypowiedział je Łukaszenka w telewizji BBC.

Rosja Władimira Putina od lat konsekwentnie dąży do odbudowania pozycji imperialnej i podporządkowania sobie części Europy. Jej siłą jest nasza bierność. Kiedy napadała na Gruzję, nie byliśmy w stanie jej się przeciwstawić. Kiedy wydzieriała Ukrainie Krym, nie byliśmy w stanie jej powstrzymać. Kiedy Łukaszenka fałszował wybory prezydenckie, zabrakło nam determinacji, by obronić naród białoruski przed dyktaturą. Kiedy sam Władimir Putin zaczynał rozgrywkę, której celem było rozgrywanie interesów poszczególnych krajów europejskich, zabrakło nam solidarności, która postawiłaby tamę budowie gazociągu Nord Stream 2.

Piszę „my”, choć Polska w każdej z tych spraw od początku zgłaszała stanowczy sprzeciw. Piszę „my”, bo ofiarami tej polityki w dłuższej perspektywie jesteśmy wszyscy, cała Europa.

Na wschodnich granicach Unii Europejskiej, na granicy polsko-białoruskiej toczy się regularna bitwa o przyszłość Europy. Czas najwyższy, byśmy sobie to uświadomili. To konflikt, który toczy się na polu informacji, bo niemal każdego dnia farmy rosyjskich trolli bombardują sieć internetową fake newsami. Konflikt toczy się w cyberprzestrzeni, nie ma tygodnia bez doniesienia o cyberatakach pochodzących ze Wschodu.

Ten konflikt toczy się na polu gospodarczym, gdzie co chwila Rosja szantażuje kolejne państwa zakręceniem kurków z gazem. A jednocześnie nie oznacza, że Rosja zrezygnowała z bezpośrednich form przemocy, o czym mogą zaświadczyć polscy, litewscy czy łotewscy żołnierze.

Potrzebujemy jasnych zasad, które pozwolą Europie przejąć inicjatywę i zablokować kolejne działania Putina i Łukaszenki. Po pierwsze, żadnych ustępstw. Sprawy zaszły za daleko. Rosja i Białoruś przekroczyły już wszystkie granice i na więcej pozwolić nie można.

Po drugie, nic o nas bez nas. Każda próba rozwiązania konfliktu musi bazować na porozumieniu. Każda próba negocjacji z pominięciem niektórych państw to sukces Władimira Putina.

Po trzecie, solidarność wobec wspólnego zagrożenia. Nie dotyczy ta sprawa Polski, Litwy, Łotwy, Estonii. To jest sprawa szersza.

Po czwarte, słowa już nie wystarczą, musimy działać zdecydowanie, m.in. przez sankcje.

Po piąte, współpraca transatlantycka. Ten konflikt ma wymiar starcia cywilizacyjnego i wymaga to stosownej odpowiedzi nie tylko w ramach Unii Europejskiej, ale należy poszerzyć także współpracę o NATO.

Po szóste, wspólna polityka energetyczna. Unia jest przedmiotem szantażu energetycznego Rosji, dlatego że nadal w polityce energetycznej gramy przeciw sobie, a nie dla siebie nawzajem. Dopóki to się nie zmieni, możemy być pewni, że Putin będzie rozgrywał te interesy na swoją korzyść.

Po siódme i ostatnie wreszcie, Europa to więcej niż Unia Europejska. Państwa, które pozostają poza Unią, takie jak Ukraina czy Mołdawia, muszą dostać sygnał, że nie zostaną same na pastwę neoimperialnej polityki Moskwy. Musimy wrócić z większą energią do idei poszerzenia Unii o nowych członków.

To jest siedem kroków, na które musimy się zdobyć. Inaczej Europa stanie w miejscu, a grunt pod nami zacznie się zapadać. Bezpieczeństwo Europy to nasza wspólna sprawa. Na tym polega najgłębszy sens sojuszy, aby w chwili próby stanąć w jednym szeregu. I te sojusze powinny być potwierdzone nie tylko słowami, ale konkretnymi decyzjami i czynami politycznymi.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, la verdad es que no voy a centrarme en denunciar la situación humanitaria de la frontera de Bielorrusia con Polonia, en la que se está tratando a mujeres, hombres, niños y niñas como si fueran auténticos desechos.

Me voy a limitar a expresar mi más profundo rechazo al papel de la Comisión y del Consejo, a sus terribles declaraciones sobre la supuesta guerra híbrida y al apoyo que le están dando a la extrema derecha polaca en su represión contra las personas migrantes, lo que incluye apoyar la separación de familias en la frontera, lo mismo que hizo Trump y ya condenó este mismo Parlamento.

Están autorizando y legitimando la versión más reaccionaria, racista y deshumanizadora que se puede tener sobre la migración. A eso justamente nos referimos cuando acusamos a la gran coalición que gobierna la Unión Europea de estar comprando el discurso de la extrema derecha.

Basta de imponer su necropolítica migratoria. No necesitamos un ejército en la frontera, sino ayuda humanitaria. Habiliten vías legales y seguras de entrar a Europa.

Kinga Gál (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Biztos Úr! Minden tisztelem és szolidaritásom a lengyeleké, akik eltökéltek abban, hogy megvédjék saját határait, amelyek egyben az Unió külső határai is. Ha egy tagállam védi a külső határokat, azért szolidaritás és anyagi segítség járna, nem pedig hátbatámadás. Az Európai Parlament öt frakciója a múlt heti levelében gyakorlatilag hátba támadta a migránsválsággal küzdő Lengyelországot, amikor pénzelvonást követelt. Azt látjuk, hogy a tömeges illegális migráció a hibrid hadviselés egyik formája lett. Ezért fontos az Unió külső határai védelmének megerősítése, akár fizikai akadályok finanszírozásával is, hogy az Unió képes legyen megvédeni biztonságát és ne kerüljön kiszolgáltatott helyzetbe.

Örülök, hogy ma erről egyeztetés van a V4-ek, a visegrádi négy kormányfő között. Új szemléletmódra van szükség a megváltozott realitások kezeléséhez. A jelenlegi jogi keretek nem segítik a tagállamokat, hogy megbirkózzanak a migrációs nyomással. A Parlamentnek és a Bizottságnak végre egyértelművé kell tennie, hogy fontos a határvédelem és hogy illegálisan nem lehet belépni az Unióba.

Jeroen Lenaers (PPE). – Mr President, what's happening at our eastern borders is not just a migration crisis, it is hybrid warfare from a wicked dictator in Minsk, and it demands a determined European response.

And we've seen that determination in the past weeks, with Vice-President Schinas building partnerships with third countries to make sure their airports are no longer exploited by smugglers colluding with the Belarusian regime. And these partnerships are crucial to stop the weaponization of human suffering by Lukashenko.

And we'd like to congratulate you, Vice-President, on the impressive results so far, because thanks to these efforts, ultimately less migrants will end up in the cold, the mud and the despair of the Belarusian border. Less people will fall victim to the abuse of Lukashenko, and less people will die.

This is an important result, but we can't stop there. We need to keep showing Lukashenko that his attempts to divide and to destabilise Europe will fail, that we will not be blackmailed into recognising his illegal regime, and that in contrast, the only thing he can expect from Europe is new and tough sanctions until he stops repressing his own people.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Panie Przewodniczący! Dzisiaj w nocy setki imigrantów na polskim odcinku wspólnotowej granicy po raz pierwszy zobaczyły śnieg i temperaturę poniżej zera. Stąd pilny apel właśnie o tak ważne i pilne sprawy pomocy humanitarnej.

Nadzieja na rozwiązanie przyszła wraz z włączeniem się Wspólnoty w rozwiązywanie tego problemu. Otóż władza Białorusi oraz jego mocodawca liczą się z siłą, którą jest Unia Europejska. Każdy z rządów jest dużo słabszy w tej grze, niż mu się wydaje, i myślę, że to już powoli rozumieją. Pomimo wielkiego wkładu, ofiarności, poświęcenia żołnierzy, policjantów na granicy efekty mogą być widoczne tylko wtedy, kiedy użyjemy siły, będzie prowadzona gra dyplomatyczna i będzie realne zagrożenie sankcjami.

Doceniam i tu chcę wyrazić podziękowanie dla przewodniczącej von der Leyen, przewodniczącego Michaela, wysokiego przedstawiciela, a także kanclerz Merkel i prezydenta Macrona za ich włączenie się. Rozwiązanie to: nadal blokować napływ nowych osób, pomóc imigrantom wrócić do państw pochodzenia, zatroszczyć się o uchodźców, okazać im pomoc humanitarną i wzmocnić jedność działania Unii Europejskiej. Potrzebna jest wręcz demonstracyjna jedność Unii Europejskiej. Ta gra nie jest skończona.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, ce n'est pas une crise migratoire qui se déroule à la frontière entre la Biélorussie et l'Europe. C'est une entreprise délibérée de manipulation orchestrée par Alexandre Loukachenko pour tenter de nous déstabiliser et de nous diviser.

Loukachenko n'est pas seulement un dictateur qui opprime son peuple et qui se maintient au pouvoir de manière illégitime après des élections truquées. C'est un bandit de grand chemin. Il y a quelques mois, il détournait un avion européen entre deux capitales européennes pour kidnapper un jeune blogueur qui avait trouvé refuge en Europe; ne l'oublions pas. Depuis, il organise les tours-opérateurs de la honte. En leur faisant miroiter un avenir hypothétique en Europe, il a attiré des milliers d'Irakiens qui ne savaient pas situer Minsk sur une carte. Il leur a fourni des visas, des vols affrétés spécialement et les a précipités vers les frontières de notre Union en les empêchant de rebrousser chemin. Il n'a certainement pas agi seul.

De notre côté, nous avons su rester unis et solidaires des pays qui prenaient de front cette attaque hybride et que nous ne pouvons pas laisser seuls. Rappelons-nous ce que disait Loukachenko il y a quelques mois: je vous enverrai des migrants, puis je vous enverrai de la drogue, puis je vous enverrai la mafia. Mais la mafia, c'est lui et ses complices dans cette entreprise d'un cynisme inouï.

Nous n'avons aucune raison de céder à ce maître-chanteur. Aucune. Nous devons apprendre à nous prémunir des attaques hybrides de cette guerre *low cost* et sans moyens militaires, qui n'en est pas moins une guerre que des régimes autoritaires mènent contre l'Europe. Pour ces régimes, tous les coups sont permis. Manipulation de l'information, cyber-attaque, financement souterrain de politiciens complices et maintenant trafic d'êtres humains. À ces attaques, nous répondrons dans le respect du droit, parce que ce sont nos valeurs, mais nous répondrons, parce que c'est notre droit.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Mr President, the illegal power that Lukashenko uses affects all of us: the Belarusian citizens suffering oppression, the EU, and specifically Lithuania and Poland, under attack, the migrants and refugees whose human dignity and fundamental rights are severely violated.

It is a relief that EU and national diplomatic efforts have led to a reduction of the number of flights to Minsk. The repatriation has ended physical suffering for some of them, though many are still traumatised and have huge problems in paying back their debts. But not everyone is able to depart. Think of the Syrian and Afghan refugees and Iraqi nationals who are still in need of protection. They cannot be contained at the border forever. They need access through an asylum procedure, and adequate protection now.

The refugees did not start the crisis. Lukashenko did. The EU's response should focus on his regime instead of circumventing EU asylum law. The Commissioner's portfolio of the European way of life wouldn't be worth much if he would allow pushbacks and walls to be the answer. The best way to discourage the instrumentalisation of people is a functioning asylum system and taking a fair share of responsibility for refugees.

The biggest mistake would be to normalise and legalise pushbacks. That would mean that our commitment to the refugee convention of over 70 years does not stand the test of this temporary crisis. We as Parliament should never let this happen.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen, während Sie gemeinsam mit den Medien mantraartig immer die gleichen *fake news* von armen Flüchtlingen und hohle Phrasen von Solidarität und Werten wiederholen, zeigen die Videos von der polnischen Grenze die bittere Realität: Äußerst gewalttätige Wirtschaftsmigranten greifen Polens Grenze an, um in den Sozialstaat Deutschland zu gelangen. Niemand muss Polen mehr dankbar sein als wir Deutsche.

Die Polen haben aber ein Problem namens EU. Denn Grenzschutz ist genau das Gegenteil dessen, was die EU mit ihrem neuen Migrationspakt bezweckt. Deshalb bieten Sie Polen auch nur Hilfe bei der Registrierung der illegalen Migranten an – ein Schlag ins Gesicht eines jeden Polen, der gerade an der Grenze unser aller Freiheit verteidigt.

Belarus hat mehrfach polnische Hilfslieferungen abgelehnt. Nun bietet die EU 700 Millionen Euro insgesamt an. Ist Ihnen klar, dass dafür eine halbe Million Durchschnittssteuerzahler in Deutschland einen Monat arbeiten müssen? Das ist politisches Versagen. Das ist politische Impotenz pur.

Ganz klar: Belarus hat die Krise ausgelöst, Belarus hat diese Krise zu lösen. Besinnen Sie sich endlich und handeln Sie im Interesse der europäischen Bürger, die mehrheitlich gegen die Massenmigration sind!

Alexandr Vondra (ECR). – Paní předsedající, dámy a pánové, my máme shodu o příčině. Je za tím Lukašenko, grázl s jeho cynickou hybridní válkou, která hraje Putinovi do noty. Ale to jsou řeči, shodu nad činy už těžko hledáme.

Bohužel řešením není naivní humanismus, byť dobře míněný, který tady někteří doporučujete. To jen strkáme hlavu dál těm grázlům do oprátky. Dámy a pánové, Litevci, Poláci, Lotyšci tady bojují i za nás a my máme povinnost jim v tomto zápase o ochranu hranic pomoci. Evropská unie jim má pomoci penězi, aby se zlepšila ochrana hranice. Když můžeme pomáhat Turecku, tak proč nemáme pomáhat Polsku? My jako členské státy máme nabídnout i pomoc tím, že vyšleme policisty, že vyšleme vojáky tak, aby Poláci, Lotyšci, Litevci nebyli při ochraně hranic sami.

Nikolaj Villumsen (The Left). – Madam President, right now there is an urgent humanitarian crisis at the EU border to Belarus. People are dying in the freezing cold. Even families with small children are being met with brutal force. Refugees are being denied their basic human rights.

Is this the Europe we want? Do we want to compete with Lukashenko in a race to the bottom on human rights? No, we won't. We need to evacuate the people trapped at the border. We need to stand up for the right to seek asylum, and we need to deal with dictators like Lukashenko through targeted sanctions and political pressure, not by forcing children to sleep in the deadly cold. We need a European response based on solidarity and human rights.

Miroslav Radačovský (NI). – Vážená pani predsedajúca, Lisabonská zmluva sa stala účinnou prvého decembra 2009. Presviedčali sme občanov Európskej únie, že ako celok, Európska únia ako celok, bude silnejšia, lepšia pri riešení zahraničných vzťahov.

Ukázal sa opak pravdou. Silný národný štát Nemecko, pani Merkelová začala rokovať s Lukašenkou, s Putinom a naša služba pre vonkajšiu činnosť na čele s pánom Borrellom sa o týchto aktivitách dozvedela z tlače. Politici hovoria alebo Poliaci hovoria: „Nic o nas bez nas“. Nabudúce preto navrhujem a myslím to ako žart, aby pri riešení podobných problémov neriešila to Európska únia, ale by tam odišiel veľvyslanec z Berlína. Je dobré, že na štvrtok tohto týždňa na návrh Poliakov v Budapešti sa bude konať zasadnutie V4. Javí sa, že V4 je efektívnejšia pri riešení týchto problémov, ako by ich mala riešiť Európska únia.

A na záver ešte niečo, čo sa možno z vás nebude každému páčiť. V globále nie v konkrétnom prípade, no v globále za migračnú krízu ako takú nezodpovedajú Poliaci, Rusi ani Bielorusi, ale ani Slováci, ale ani žiaden slovanský národ. Za migračnú krízu v globále zodpovedajú tí, čo kolonizovali stáročia, čiže... (*predsedajúca odobrala rečníkovi slovo*)

Please don't bang with the hammer when the Slovak speaks. I am not done yet. (*inaudible*) and I want to say something important. Thank you.

Andrzej Halicki (PPE). – Pani Przewodnicząca! Dyktatorzy Łukaszenka i jego sojusznik Putin zaatakowali Europę, chcieli nas podzielić, chcieli nas skłócić. Dlatego tak ważna jest ta szybka, zdecydowana i jednolita odpowiedź i nasza solidarność, również w tej Izbie. Musimy mówić jednym silnym głosem i zdecydowanie odeprzeć tę prowokację.

Ale ta sytuacja na granicy nie może przesłonić tego, co dzieje się na Białorusi. Prawie tysiąc osób – więźniów politycznych – jest torturowanych w więzieniach przez Łukaszenkę. Muszą być wolni, tak jak cały naród białoruski. Także Polacy: Andrzej Poczobut, Andżelika Borys czy mój młody przyjaciel Siarhiej Korszun. Oni muszą uzyskać wolność i musimy im w tym pomóc. Nie możemy się od nich odwrócić.

Ten, który porywa samoloty, jest terrorystą. Ten, który doprowadza do śmierci swoich obywateli czy obywateli innych państw, jest zbrodniarzem. Miejsce terrorysty i zbrodniarza jest przed Trybunałem Karnym w Hadze i musimy solidarnie go tam zaprowadzić.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, la Biélorussie a orchestré l'arrivée de candidats réfugiés aux frontières de l'Union européenne. C'est vrai, c'est inacceptable et cela justifie des sanctions plus fortes à l'égard de tous ceux qui coopèrent avec ce régime. Mais ces hommes et ces femmes, ces enfants aujourd'hui piégés à la frontière n'ont pas à payer le prix de ce chantage honteux. Oui, les autorités biélorusses sont responsables, mais les autorités polonaises sont elles aussi responsables des mauvais traitements infligés à ces hommes, ces femmes et ces enfants.

À défaut d'une politique commune de l'asile et de la migration, ce tableau sombre se reproduira en Europe. Hier, la Turquie, le Maroc, la Libye. Aujourd'hui, la Biélorussie. Demain, quel est le régime qui imposera à nouveau cette réalité à l'Europe?

Alors oui, nous demandons aujourd'hui l'arrêt des refoulements, l'accès à des procédures d'asile, la relocalisation immédiate, l'accès des journalistes à des zones de non-droit, mais aussi la suspension de la loi polonaise sur le refoulement. Mais à plus long terme, nous demandons que le Conseil se saisisse de ce dossier sur la migration. Le Parlement est prêt. La Commission a fait une proposition. Alors, qu'attendez-vous pour ne plus être à la merci de ces régimes autoritaires?

Urmas Paet (Renew). – Madam President, Lukashenko thinks nothing of human lives, as he has recently demonstrated by his actions, where thousands of people were manipulated into leaving their homes and travelling to Belarus with hopes of finding a shortcut to Europe. Such manipulation of human lives sounds and seems like an act of international crime, and, as such, the actions of Lukashenko must be judged by international judicial bodies and the United Nations.

After all, using migrants at the cost of their lives in order to achieve Lukashenko's cynical political interests is not only an aggression against the European Union but against the world as a whole, considering that migration is a global issue and problem.

On the issue of new sanctions, these are inevitable and must, among others, be aimed at the Belarusian national airline Belavia, that directly participated and participates in human trafficking. This means taking back airplanes of EU origin from Belavia, and a total ban on the sale of aircraft parts to Belarus. Only by combining different measures will it be possible to prevent the next madness and crimes of the Belarusian dictator.

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Pani Przewodnicząca! Mam jedną minutę i chcę ją w pełni wykorzystać do tego, żeby podziękować, tym którzy pomagają na granicy polsko-białoruskiej: Grupa Granica, Nomada, Stowarzyszenie Interwencji Prawnej, Homo Faber, Polskie Forum Migracyjne, Helsińska Fundacja Praw Człowieka, Salam LAB, Dom Otwarty, Centrum Pomocy Prawnej im. Haliny Nieć, Chlebem i Solą, uchodźcy.info, Kuchnia Konfliktu, Strefa WolnoSłowa, Przystanek Świetlica dla Dzieci Uchodźców, Fundacja Ocalenie, Rodziny bez Granic, Matki na Granicę, Białowieska Akcja Humanitarna, Kolektyw Czuwanie, Zespół Ratunkowy Centrum Pomocy Międzynarodowej, PAH, Medycy na Granicy, Grupa Zupa na granicę, tłumacze i tłumaczki, psychoterapeuci i psychoterapeutki, adwokaci i adwokatk, Maja Ostaszewska, Katarzyna Błażejewska-Stuhr i Maciej Stuhr, Elżbieta Podleśna, Grażyna Chyra, Monika Tomaszewska, Mikołaj Kiembłowski, Mirosław Miniszewski, Katarzyna Poskropko, Joanna i Jarosław Koniarscy, Katarzyna Weremczuk, Joanna i Marek Jacel, Michał Sutyniec, Kamil Syller, Irena, Krzysztof, Anatol z rodziną, Maciej, Michał, Marianna oraz wiele innych osób. Robią to, bo Komisja Europejska jest nieskuteczna. Dziękuję wam!

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, duizenden illegalen bestormen onze buitengrenzen. Dit wapen van de illegale migratie wordt misbruikt door autocratische leiders als Loekasjenko om de stabiliteit van Europa te ondermijnen en de veiligheid van onze burgers te bedreigen. Landen als Polen staan op de frontlijn en vragen onze hulp. Dit is het moment om Europese solidariteit te tonen. Maar wat doet de Europese Commissie? Die laat Polen gewoonweg in de steek en weigert de nodige fondsen vrij te maken om grensbescherming te bouwen. Onbegrijpelijk, laf en zwak.

De cynische chantage met het wapen van de illegale migratie kunnen we maar neutraliseren als we onze buitengrenzen effectief beveiligen met juridische en ook fysieke barrières. Wie illegaal binnendringt, moet elk recht op verblijf verliezen en onmiddellijk teruggestuurd worden. Opvang moet per definitie in de regio van herkomst en niet bij ons. Het is tijd voor een fundamenteel ander beleid, zekere grenzen voor een veilige toekomst.

Andrea Bocskor (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! Nagyon sajnálatos az a feszült helyzet, ami az Európai Unió és a Belarusz közötti határszakaszon kialakult. Az Európai Unió és a schengeni rendszer közös érték, ezért kötelességünk megvédeni. Ehhez viszont a tagállamok egyetértése szükséges, és hogy az EU minden tagország számára biztosítsa azokat a forrásokat, amelyek a hatékony határvédelemhez szükségesek. Az EU nem tehet különbséget a tagországok között, nem alkalmazhat kettős mércét, mint ahogy azt Magyarországgal és Lengyelországgal teszi. Mi magyarok, immár hat éve védjük a déli határokat az illegális határsértőkkel szemben. Az európai polgárok biztonsága érdekében ezért mi teljes mértékben átérezzük a lengyelországi problémát és szolidaritásukról biztosítjuk a lengyel népet.

Az Unió sokszor követel szolidaritást a tagállamokkal, de most az lenne a legsürgetőbb, hogy a lengyelek kapjanak minél előbb hatékony segítséget a külső határ megvédéséhez. Mindemellett az EU-nak változtatnia kell elhibázott migrációs politikáján, és azon kellene inkább dolgoznia, hogy az EU határait ostromlók minél előbb hazatérhessenek és otthon kapjanak segítséget szülőföldjükön, és jövőképet.

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, I am from Lithuania, that is why I am really grateful to the Commission. And I will not speak about Lukashenko today, but I will emphasize that, in this House, it's quite popular to say that defence of the EU's borders is in some way against the human rights of migrants. It's wrong.

Yes, we need to take care about the humanitarian crisis of those migrants who became hostages of the Lukashenko regime in Belarus. But we also need to take care of the safety of those hundreds of thousands of migrants, who potentially will be tempted to take the same route towards the EU if they see that the EU is not able to defend its borders.

Those who now are criticising Poland or Lithuania should understand what kind of crisis can be created if the borders were not defended. Let's find an effective humanitarian solution today, but let's not create false hopes, which would lead to much bigger suffering, with much bigger numbers of potential victims.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, la explotación de la desesperación de seres humanos en las fronteras exteriores de la Unión Europea cuando más se acerca el general Invierno no es una crisis migratoria, es un desafío político planteado por un tirano en nuestra vecindad que se aprovecha de la clamorosa ausencia de unidad en la respuesta y explota la vulnerabilidad tanto de los migrantes como de la propia Unión Europea.

Nunca se repite lo bastante que, si pudiéramos en común nuestras capacidades diplomáticas y defensivas, podríamos hablarles de tú a tú a quienes practican el *bullying*, sea Rusia o cualquiera de sus satélites, como es el caso de Lukashenka en Bielorrusia, y nunca repetimos lo bastante que debemos hacer frente a quienes chantajea aprovechando esa ausencia de unidad y puesta en común de nuestras capacidades defensivas y diplomáticas.

También tenemos que repetir, por supuesto, que importan la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea y el pleno cumplimiento del derecho de asilo y de todo el derecho que rige la migración a escala europea, que hay que exigir a todos los Estados miembros de la Unión Europea incluso en las situaciones más difíciles, pero que la tarea no estará completa hasta que no seamos capaces de poner en vigor una legislación europea que sancione —que no solo prevenga, sino que sancione— la instrumentalización de seres humanos en las fronteras exteriores de la Unión Europea.

Karin Karlsbro (Renew). – Madam President, if you use human beings, children, as weapons in your political game, if you steal young men and women's freedom, and when, like the dictator of Belarus, you act as a terrorist, you should end up in court.

Lukashenko's contempt for human rights has no limits, nor does his disrespect for international law, peace and security. To all victims of trafficking, to all of you 884 political prisoners today, I want to say we are with you. To all of you who have someone you love detained, I want to say we stand with you.

It's time for the people of Belarus to decide about their own future. It's not a matter for Putin or anyone else. It's time for tougher sanctions and it's time for my country, Sweden, as well as the European Union, to hoist a white and red flag in solidarity with a free Belarus.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama Pirmininke, Ministre, Komisijos nare, gerbiami kolegos, šiandien esame išbandomi, ar sugebėsime likti vieningi, išlaikyti savo vertybes ir gebėti įveikti krizes. Turime visomis priemonėmis priešintis atakoms prie mūsų sienų ir imtis veiksmingų sankcijų prieš tuos, kurie migrantus, o, tiksliau, šiuo atveju turistus, naudoja politiniams siekiams įgyvendinti, tame tarpe ir finansinių sankcijų, ir kompensuoti Europos Sąjungos išlaidas.

Diktatorius Lukašenka ir Putinas vertina, žinoma, tik jėgą. Jei norime išlikti ir sustiprėti, tokių krizių metu turime kalbėti visi vienu balsu. Negalima leisti, kad pavienės valstybės imtųsi derėtis su diktatoriumi ar, gindamos savo ekonominius interesus, stabdytų sankcijas. Jos turi smogti ten, kur labiausiai skauda. „Belavios“ ir visos avialinijos, kurios turi ekonominių ryšių su šia įmone, turi atsidurti sankcijų sąrašė.

Kita vertus, negalime pamiršti ir migrantų, kaip minėjau, šiuo atveju turistų, ir šalių, kurios šiuo metu gina Europos Sąjungos sieną. Niekas neturi būti paliktas vienas.

Riho Terras (PPE). – Madam President, we are discussing a situation at the European borders today that continues to be extremely serious. This aggressive pressure where migrants are used as weapons continues to threaten the EU, our way of life, our values, our solidarity.

I want to thank Poland for standing its ground. I also want to emphasise the solidarity this crisis has created among European countries. It is of the utmost importance to keep this solidarity strong. Attacking our solidarity is the centre of gravity of the operation controlled by Putin and implemented by his sidekick, Lukashenko.

It is vital not to accept and talk to dictators as equals. By doing that, the EU loses control over the narrative, and that is unacceptable.

Sylvie Guillaume (S&D). – Madame la Présidente, le débat que nous avons aujourd'hui conjugue plusieurs enjeux qui, s'ils ne sont pas assumés résolument par une majorité, mettront en péril les valeurs de l'Union européenne.

Il y a d'abord la nécessité de venir en aide à ceux et celles qui sont piégés dans une crise humanitaire aux frontières de l'Union. Les premiers fonds européens ont été versés pour porter secours aux personnes présentes, mais il faut que les agences et les ONG puissent immédiatement agir dans la zone interdite. Les premiers vols organisés par Minsk datent de la fin de l'été. Presque trois mois de détresse humaine camouflée sous le vocable de «guerre hybride». C'est inacceptable. Je pense d'ailleurs que nous devrions contribuer à traîner les autorités biélorusses devant une cour internationale pour traite des êtres humains.

Et c'est mon deuxième point. Ne baissions pas la garde devant elles en considérant que le niveau de menace a baissé. Le régime de sanctions doit être maintenu et renforcé pour que Loukachenko n' imagine pas une minute supplémentaire être suffisamment protégé par son parrain russe.

Enfin, ne soyons pas laxistes vis-à-vis des autorités polonaises, qui comptent probablement sur cette crise pour lancer un jet de brouillard sur la question de l'état de droit et en tirer parti pour se désengager encore plus de la solidarité collective. Elles ont privilégié la construction d'un mur. Nous disons qu'il est d'abord nécessaire de permettre aux personnes de recevoir l'aide et d'avoir la possibilité de faire une demande d'asile. Soyons clairs, la situation n'est pas résolue, ne zappons à la faveur de la résurgence du COVID-19 en Europe.

Róża Thun und Hohenstein (Renew). – Pani Przewodnicząca! Wielu z nas skupia się wyłącznie na dramacie humanitarnym na granicy białorusko-polskiej czy białorusko-unijnej. Ten konflikt na granicy jest bardzo na rękę Łukaszence, bo odwraca uwagę od zbrodni, które on popełnia na obywatelach Białorusi. A w Białorusi jest dziś więcej więźniów politycznych niż w Rosji i żaden przywódca europejski przy jakimkolwiek spotkaniu nie może przemilczeć przestępstw zbrodniczego reżimu Łukaszenki.

Nie wolno mówić albo o sytuacji na granicy, albo o terrorze, łamaniu praw podstawowych wewnątrz Białorusi, bo to nie jest albo albo, to jest suma, suma ofiar Łukaszenki wspieranego przez Putina. Ofiary są obywatelami Białorusi albo innych krajów, przywiezionymi na tę właśnie granicę. I pytam: czy jest jeszcze ktoś kto nie rozumie, że tylko wspólnie przestrzegając wspólnego prawa europejskiego, że tylko ta wspólnota europejska może zatrzymać tych okrutnych szaleńców?

Damien Carême (Verts/ALE). – Madame la Présidente, la plus grande tentative de déstabilisation de l'Europe depuis la guerre froide, rien que ça! Voilà comment le premier ministre polonais qualifie la présence de quelques centaines d'exilés qui meurent de faim et de froid à sa frontière. Sommes-nous tombés si bas dans l'infamie que l'aspiration de femmes, d'enfants et d'hommes à une vie meilleure nous menace?

C'est à force d'attiser les peurs envers les exilés, d'en parler comme d'un problème, d'une menace que nous soufflons à de sombres dictateurs l'idée sinistre et cynique de se servir de ces êtres humains comme des armes. C'est à force de construire des murs, de poser des barbelés, d'appliquer l'état d'urgence à nos frontières que nous exposons la fragilité de nos démocraties et de nos valeurs à ceux qui les combattent.

Partout, par des gouvernements de tout bord, la maltraitance d'État infligée aux exilés nous enfonce dans l'abîme. Heureusement, des citoyennes et des citoyens se mobilisent et réhumanisent, apportent soutien et chaleur dans les marécages polonais, dans les neiges alpines, sur les routes de l'exil.

Aux États membres, je dis une chose: votre inhumanité n'est pas la nôtre. Vos sociétés barricadées et inhumaines ne sont pas les nôtres. On ne combat pas les dictatures ni l'extrême droite en appliquant leurs idées. On les combat en réaffirmant haut et fort nos valeurs.

Radosław Sikorski (PPE). – Pani Marszałek! Wysoka Izbo! Pan premier Morawiecki, gdyby poprzednio nie łamał regulaminu tej Izby, to może by dzisiaj tu z nami był. A chciałem mu zadać pytania. Jak widzimy, już kilkanaście dni po interwencji Unii Europejskiej kolejne samoloty wożą migrantów z powrotem do Iraku i innych miejsc. W związku z tym powstaje pytanie: dlaczego nie można było zrobić tego, czego się domagała opozycja w Polsce, i zwrócić się o pomoc do Unii Europejskiej już we wrześniu czy październiku.

Ten kryzys mógł się być skończyć prawie od razu, gdy się zaczął, i mogliśmy oszczędzić mnóstwo cierpienia migrantom, a wysiłku naszym funkcjonariuszom.

Po drugie, dlaczego nie można stworzyć centrum recepcyjnego na granicy, gdzie wnioski o azyl mogłyby być profesjonalnie i szybko rozpatrywane?

I po trzecie, pan premier Morawiecki na tej Sali obiecał, że wykona warunki potrzebne do uruchomienia Krajowego Planu Odbudowy – to likwidacja Izby Dyscyplinarnej i dwa inne warunki. Dlaczego tego jeszcze nie zrobił?

Sven Mikser (S&D). – Madam President, in this tense and tragic situation at the Belarusian border, Lukashenko is the sole culprit, he and not the vulnerable people whom he exploits and manipulates. Lukashenko has three goals. First, to divide the European Union – because we have over the past year shown remarkable unity in condemning his human rights violations. Secondly, Lukashenko wants to paint us Europeans as hypocritical, lecturing him on human rights but not able to fully live up to our own high standards. And thirdly, he wants to regain a seat at the international negotiating tables that he lost after falsifying last year's election results.

We must deny him all of those goals. We must increase pressure on Lukashenko's regime and toughen the sanctions regime. But in doing this, we also must look critically at ourselves and make sure that no individual Member State and no company exploits the loopholes or exceptions and exemptions in those sanctions, so we really must stand united in order to prevail.

Ivars Ijabs (Renew). – Godātā priekšsēdētājas kundze, godātā komisāres kundze! Šodien uz Baltkrievijas robežas norisinās viena mākslīgi izraisīta migrācijas krīze – faktiski jaunu ieroču pielietošana pret Eiropas Savienību. Un ir skaidrs, ka Lukašenko vispirms vēlas sašķelt Eiropu, bet tas viņam, paldies Dievam, neizdodas.

Eiropas vienotība šeit ir izšķiroši svarīga, un es runāju vispirms par šādām trim lietām – mūsu robežu drošība ir Eiropas kopīgā lieta. Tas, kas notiek šobrīd uz Polijas, Latvijas un Lietuvas robežas, atbalsosies arī visur citur Eiropā, un tas prasa arī kopīgus ieguldījumus robežu drošībā, tajā skaitā infrastruktūrā.

Otrām kārtām, humanitārā krīze, kuru Lukašenko ir izraisījis uz savas robežas, ir strauji jānovērš ar starptautisko organizāciju iesaisti, nodrošinot tām piekļuvi robežai un palīdzot Lukašenko apmuļķotajiem cilvēkiem droši atgriezties savās mītnes zemēs.

Treškārt, Eiropas patvēruma likumdošana ir jāpielāgo šādām jaunām hibrīduzbrukuma iespējām, kad cilvēki faktiski tiek dzīti pāri robežām, vienlaikus neapdraudot mūsu kopējās vērtības, piemēram, patvēruma tiesību pieprasīšanai un izskatīšanai nevajadzētu paredzēt iepriekšēju robežas šķērsošanu vienalga kādā veidā, bet to būtu iespējams darīt arī ārpus Eiropas Savienības.

Mums ir savlaicīgi jāreaģē uz šādiem mēģinājumiem izmantot migrāciju kā ieroci un cilvēkus kā instrumentus diktatūru ģeopolitiskajās spēlēs. Paldies!

Lena Düpont (PPE). – Frau Präsidentin! Dass Migration als Druckmittel eingesetzt wird, ist leider nicht neu – weltweit nicht und auch in Europa nicht. Wir haben alle noch die türkische Interpretation vom letzten Jahr vor Augen. Was jedoch eine neue Qualität hat: die Skrupellosigkeit des Diktators, der Zynismus der Instrumentalisierung, die perfide Verbindung von künstlichen Migrationsrouten mit handfesten wirtschaftlichen *benefits* für das autoritäre Regime.

Bisher sind alle Versuche gescheitert, die Europäische Union zu erpressen. Das ist kein Selbstläufer; das hat viel Arbeit auf unserer Seite erfordert. Ich möchte insbesondere Margaritis Schinas danken, der in den letzten Wochen intensiv unterwegs gewesen ist und sich hervorragend und unermüdlich eingesetzt hat – besonders bei Herkunftsstaaten und Airlines.

Was jetzt zählt: Europas Geschlossenheit muss bei den Sanktionen, beim Grenzschutz, bei der Einbindung internationaler Hilfsorganisationen in Belarus, bei der konsequenten Rückführung erhalten bleiben. Die Message ist ganz klar: Europa lässt sich nicht erpressen.

Gleichzeitig müssen wir uns für derartige Herausforderungen besser rüsten: mit dem Asyl- und Migrationspaket, mit der Revision des Schengener Grenzkodex, mit geopolitischen Leitlinien und der vollen Rückendeckung für unsere Agenturen. Wir sind diejenigen, die an Europas Außengrenzen das Sagen haben, und nicht Diktatoren, die die Stabilität der Union gefährden.

Tonino Picula (S&D). – Madam President, it's been 15 months that the Lukashenko and his regime has continued its systematic oppression towards their people. We must not lose sight of this fact while he's extending illegal and anti-human matters to our borders. We should not fall into this trap by instrumentalising the precarious humanitarian situation there while addressing its security challenges.

This crisis is yet another urgent reminder for the European Union to finally agree on the New Pact on Migration and Asylum and to strengthen our Common Foreign and Security Policy. We need determined and detrimental sanctions towards the Lukashenko regime, as our gradual approach does not yield the desired results.

These two arguments would best signal solidarity between and towards Member States at the external borders, who are at the frontline of increasing challenges – solidarity that goes beyond the distribution of common funds, and also serves to respect laws and rights and to protect our democracies.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, malheureusement, c'est par la négative qu'Alexandre Loukachenko montre ce pour quoi nous nous battons dans l'Union européenne. Il montre tout ce que les régimes autoritaires ont d'exécration et comment les dictateurs usent sans scrupule de la force pour se maintenir au pouvoir. Sa propre population est écrasée alors qu'elle lutte pacifiquement contre celui qui a usurpé le pouvoir.

Mais Alexandre Loukachenko bafoue aussi le droit international avec un absolu dédain, tant pour l'état de droit que pour les êtres humains. D'abord, le détournement d'un avion afin d'emprisonner un journaliste et maintenant, avec l'aide de réseaux criminels, le trafic d'êtres humains déversés aux frontières de l'Union européenne afin de déstabiliser celle-ci, dont on sait qu'elle se divise sur les questions migratoires.

L'Union européenne doit donc continuer à montrer que, contrairement aux attentes de Loukachenko et de la Russie qui le soutient, quand on l'attaque, l'Union européenne sait, malgré ses divergences, se montrer unie. Et je voudrais expressément remercier notre commissaire Schinas pour le rôle essentiel qu'il a joué dans ce contexte. Enfin, c'est un signe fort que, demain, nous recevions dans cette enceinte du Parlement européen Svetlana Tikhanovskaïa et marquions aussi par là que nous ne cédon pas aux dictatures.

Tomasz Frankowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Mieszkam na Podlasiu w regionie przygranicznym między Polską a Białorusią i codziennie z bliska obserwuję dramaty migrantów. Jednocześnie dzisiaj poczucie niesprawiedliwości, jaka na polecenie dyktatora Łukaszenki spotyka tych ludzi. Tysiące cynicznie wykorzystywanych przez białoruski reżim uchodźców, ofiar jego ataku na Polskę i Unię Europejską, cierpią w głodzie i chłódzie. Marzyli o lepszym życiu, a spotkał ich straszny los.

To próba szantażu i wymuszenia przez reżim haraczu od Europy. To także bezprecedensowy przykład państwowego terroryzmu. Nie możemy pozostawać obojętni, dlatego kolejne bolesne sankcje są niezbędne. Z tego miejsca chciałem powiedzieć, że doceniam zaangażowanie polskiej armii, straży granicznej, strażaków oraz cywili, którzy pomagają w ochronie naszej granicy. Nie zapominajmy również, że za kratami białoruskich więzień i obozów prześladowane są setki białoruskich patriotów, którzy nie chcieli uznać sfałszowanych wyborów i głośno to zmanifestowali. Solidaryzujemy się zarówno z ofiarami reżimu Łukaszenki, które znalazły się w przygranicznym potrzasku, jak i z więzionymi i represjonowanymi białoruskimi opozycjonistami. Tylko wspólna presja na Łukaszenkę doprowadzi do zaprzestania przemocy i narażenia tych niewinnych ludzi. *Żywie Białoruś!*

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señora presidenta, estimados colegas, la situación actual en la frontera con Bielorrusia es, ante todo, una tragedia humana.

Lukashenka está usando migrantes y provocándoles sufrimiento únicamente para su supervivencia política. Se trata tanto de una tragedia humana como de un ataque híbrido para chantajear a nuestra Unión.

No nos dejemos engañar. Esta crisis no es obra de un solo dictador. Una vez más, Putin intenta desestabilizarnos. Es un nuevo ejemplo del cinismo y la crueldad de los autócratas a los que nos enfrentamos en esta vecindad.

Esta crisis requiere una respuesta europea, rápida y firme para defender nuestras fronteras y nuestros valores; tan firme como la que utilizó el vicepresidente Schinas al tratar el tema de las aerolíneas utilizadas por Lukashenka o las sanciones que debe imponer la Unión Europea frente al silencio, muchas veces, del Consejo y también del alto representante.

Debemos unirnos todos para, de una vez por todas, echar a estos dictadores decimonónicos que no tienen ningún sentido en nuestra frontera ni en esta Europa.

Lukas Mandl (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ich möchte auf zwei Aspekte hinweisen, die mir in der öffentlichen Debatte und, ehrlich gesagt, auch in der Debatte hier im Europäischen Parlament als unterbelichtet erscheinen.

Der eine ist, dass der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenka eine kriminelle Aktivität und einen politischen illegitimen Druck gegen Europa zusammenführt, um gegen unsere Grenzen vorzugehen: nämlich einerseits die kriminelle Aktivität der Schlepperei, der organisierten Schlepperkriminalität, und andererseits den Druck auf Europa, den eigentlich die türkische Führung erfunden hat.

Der andere Aspekt ist der, der speziell in diesem Haus mehr Aufmerksamkeit verdient: Nämlich dass es in Belarus ja eine Freiheitsbewegung gibt, die wir nach Kräften unterstützen sollten, die bunt ist, die vielfältig ist und die den Bürgerinnen und Bürgern von Belarus ihr Bürgerrecht auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in die Hand geben soll.

Miriam Lexmann (PPE). – Madam President, colleagues, Europe is facing a crisis. This is not a migrant crisis as we witnessed before, it is a major challenge to European peace and security orchestrated by autocratic regimes. Moreover, it is not an isolated act. We are facing disinformation, cyber attacks, blackmail through energy supplies and military build-ups at our borders.

We must do our utmost to ensure that the current crisis does not escalate. We need to send a strong message to the autocrats in Minsk and Moscow, who are oppressing their own people at home, profiteering from the misfortune of others, and undermining peace and security in Europe.

We must reject appeasement, which will only serve those who are encouraging those seeking to divide and weaken us. We must adopt the fifth package of sanctions as soon as possible and show that such destabilising acts will have consequences. In this, I welcome ongoing coordination with our transatlantic allies.

And, finally, we must continue to uphold security and defence spending commitments and thus ensure that we are able to deter those seeking to undermine peace and security in Europe.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for this discussion.

The imperative need for a strong and holistic global response to fighting the hybrid threats instigated by the Lukashenko regime has become very clear from our discussion today. I am extremely pleased to see that we have been achieving this, step by step, and that we have implemented measures to mitigate the potential impact of these threats on the security of the EU and of its citizens. We have implemented measures to support the Member States most affected, to target those who organise and participate in activities that facilitate illegal crossing on the EU's borders, and to drive a knife through the smuggling operations and routes. But we must also be very vigilant now about new routes opening up as these transit routes close down.

We have also made important progress on humanitarian aid, but there needs to be a stronger focus on the humanitarian needs of people now stranded, including work to help their return home. I am very grateful to our partners for supporting us in dealing with this new form of aggression towards the European Union, its values and its way of life.

The consequences for Belarus and for the facilitators of smuggling are becoming ever stronger. The EU is making clear that under no circumstances will it tolerate attempts to undermine or destabilise our societies. This is central to our mission of ensuring a secure and democratic Europe through initiatives such as the security union.

There is a humanitarian imperative to act decisively now to alleviate the situation at the borders of Belarus, as well as a moral duty to prevent such unscrupulous actions being replicated. I am confident that, together, Europe and the world will continue to stand up, tall and unwavering, to hybrid threats to our security, and continue to set up efforts addressing these challenges now and in the future.

Anže Logar, predsedujoči Svetu. – Spoštovana predsedujoča, poslanke in poslanci, gospe in gospodje.

Zahvaljujem se za današnjo razpravo, vsem, ki ste sodelovali v tej razpravi. Menim, da je pomembno, da se o tej krizi razpravlja na ravni vseh evropskih institucij.

Uporaba migracij kot orožja morda ni povsem nov pojav, vendar pa EU še ni bila soočena s tako eklatantnim primerom. In naš najboljši odgovor je, da ostanemo enotni pri zavračanju poskusov Belorusije, da bi instrumentalizirala migrante in migracije. Poleg strožjih sankcij moramo še naprej vršiti tudi politični pritisk na Lukašenkov režim. Ključno je, da poskus razdora med članicami ni uspel. EU se je izkazala za odpornejšo, in to ob spoštovanju naših skupnih vrednot. Prepričan sem, da bomo ohranili to enotnost tudi v nadaljevanju.

Nekateri ste izpostavili težke razmere, s katerimi se soočajo migranti na zunanji meji Evropske unije. Države članice imajo pravico in odgovornost, da zavarujejo svoje meje. Ob tem se je treba tudi zavedati, da varujejo zunanjo mejo Evropske unije. Poudarjam pa, da na terenu tudi aktivno sodelujejo z nevladnimi in mednarodnimi organizacijami, da bi zagotovile nujno humanitarno pomoč tistim, ki jo potrebujejo.

Za konec bi poudaril, da je najpomembneje, da naslovimo vzroke za nastalo situacijo. Zato Evropska unija aktivno sodeluje s tretjimi državami in letalskimi družbami ter si prizadeva za boj proti širjenju lažnih informacij, ki spodbujajo ljudi v teh državah, da se podajo na to nevarno pot in s tem tudi ogrožajo svoja življenja.

Predsedstvo poudarja, da je treba okrepiti napore v naslavljanju zunanje dimenzije migracij ter vršiti politični dialog na najvišji ravni z državami izvora in potencialnimi državami izbora. Hkrati pa predsedstvo ponovno poziva na pomen iskanja soglasja v pogajanjih za direktivo o migracijah in azilu, ki bo ustrezno naslovila sodobne izzive migracij. Hvala lepa za pozornost.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Adam Bielan (ECR), na piśmie. – Na polskiej granicy trwa hybrydowy atak ze strony białoruskiej wspierany przez władze rosyjskie. Ta zaplanowana akcja prowokacyjna tak naprawdę polega na szantażu – wykorzystywaniu bezbronnych ludzi do celów politycznych. Celem jest oczywiście destabilizacja Polski i całej Unii Europejskiej oraz podzielenie naszego społeczeństwa.

Potępiam to, że reżim Łukaszenki eksportuje narażonych na niebezpieczeństwa niewinnych ludzi. Wzywam również Rosję do podjęcia działań w kierunku zwiększenia przejrzystości oraz zaprzestania ataków w cyberprzestrzeni.

Jako Unia potrzebujemy podstaw, które pozwolą zablokować kolejne działania Łukaszenki i Putina. W tym kontekście z zadowoleniem przyjmuję niedawny wniosek Komisji dotyczący umieszczenia na czarnej liście wszystkich rodzajów transportu w oparciu o umowy międzynarodowe dotyczące handlu ludźmi i przemytu ludzi.

Musimy być odporni na ataki hybrydowe ze Wschodu, które autorytarne reżimy prowadzą przeciwko Europie. Nie możemy dać się szantażować.

Laura Ferrara (NI), per iscritto. – È evidente la responsabilità del regime bielorusso nell'azione di strumentalizzare i flussi migratori, per cinici scopi politici contro l'UE, la quale non deve cadere nell'errore di criminalizzare le vittime della crisi umanitaria che si consuma ai suoi confini esterni. Che ben venga una ferma risposta nei confronti del regime di Lukashenko, con nuove e più dure sanzioni, al fine di preservare la sicurezza e la stabilità dell'UE, ma senza l'imbarbarimento delle politiche europee sulla migrazione ed asilo. Nessun muro si è rivelato risolutivo della gestione dei flussi e delle cause da cui hanno origine. L'Europa che i Padri fondatori hanno sognato, non è quella delle barriere e delle recinzioni, ma quella in cui solidarietà ed equa ripartizione delle responsabilità, consentono di trovare soluzioni comuni nei confronti degli Stati membri più esposti a pressioni e delle persone più vulnerabili e bisognose.

Łukasz Kohut (S&D), na piśmie. – Kryzys, Białoruś, push backi to ogólniki nieoddające dramatu człowieka, który – czasem ze względu na prześladowania, a czasem po prostu w poszukiwaniu nadziei na lepsze życie – postanowił wyruszyć w nieznane i dziś zamarza w lesie na naszej granicy. Człowieka, który nierzadko oddał dorobek całego życia i został oszukany przez przestępców i reżim Łukaszenki, a dziś jest wyrzucany przez służby do lasu. Człowieka, nie rzeczy!

Podobnie jak w przypadku praworządności, w kwestii praw człowieka nie ma miejsca na kompromisy. Nie ma miejsca na relatywizowanie i szukanie wymówek. Najwyższy czas stworzyć korytarz humanitarny dla tych 2000 ludzi na granicy. To kwestia człowieczeństwa. Bo jeśli będziemy przymykać oko na dramat ludzi na granicy czy zapominać o dysydentach uwięzionych przez reżim, to w końcu zniszczymy fundamenty naszej europejskiej Wspólnoty.

Sytuacja na granicy pokazuje wyraźnie, że decyzje w UE idą we właściwym kierunku. Dzięki zaangażowaniu Komisji Europejskiej ograniczono już loty z Bliskiego Wschodu czy też przeznaczono 700 tysięcy euro na pomoc migrantom. Unia to projekt niezakończony, dlatego powinniśmy dążyć do wzmocnienia jej instytucji. Tak byśmy mogli wspólnie stawiać czoło wyzwaniom humanitarnym.

David McAllister (PPE), *schriftlich*. – Die Rede von Frau Swjatlana Zichanouskaja im Plenum war das richtige Signal zum richtigen Zeitpunkt: Wir stehen an der Seite der mutigen belarussischen Opposition und verurteilen die Aktivitäten des Lukaschenka-Regimes. Die humanitäre Lage an der Grenze zwischen Polen und Belarus bietet Anlass zu sehr großer Sorge. Die derzeitige Krise ist ein von Herrn Lukaschenka und Herrn Putin koordinierter Angriff auf die Europäische Union.

Menschen nach Minsk einfliegen zu lassen, gewaltvoll an die EU-Grenze zu treiben und sie für politische Zwecke zu instrumentalisieren, ist eine skrupellose Methode. Daher begrüße ich den jüngsten Vorschlag der Kommission, der eine schwarze Liste für alle Verkehrsmittel und Transportarten auf der Grundlage der völkerrechtlichen Vereinbarungen über Menschenhandel und Schleuserkriminalität umfasst.

Die Europäische Union darf sich nicht erpressbar machen. Nur mit Geschlossenheit können wir autoritären Herrschern gegenüberreten!

Die Migranten an der EU-Außengrenze müssen dringend humanitär versorgt werden. Dass die Menschen bei bitterer Kälte verharren müssen, ist unerträglich und zeigt einmal mehr die Brutalität des Regimes in Minsk. Es ist gut, dass die Europäische Union konkret Hilfe leistet und gemeinsam mit den UN-Agenturen die Menschen vor Ort unterstützt.

Pedro Marques (S&D), *por escrito*. – Senhoras e Senhores Deputados, disse-o em outubro, e repito-o aqui e agora: é inaceitável, é um crime que deve ser avaliado à luz das normas internacionais. Usar seres humanos como arma é um crime, é mais um crime praticado pelas autoridades não democráticas da Bielorrússia. Anteriormente, com o desvio de um avião comercial apenas para prender o jornalista e ativista Protasevich, a Bielorrússia já tinha dado mostras de ser um Estado sem Lei. Agora, quando se pensava que não era possível dar um novo passo, temos Lukashenko a fomentar a deslocação de migrantes para a fronteira com a UE, pessoas numa terrível situação humanitária. Estou certo de que não deixaremos de encontrar métodos e mecanismos que possam ajudar estas pessoas e, ao mesmo tempo, sancionar, sem margem para dúvidas, esta que é, e certamente será, a última ditadura da Europa.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Na temat sytuacji na granicy polsko-białoruskiej, która jest zarazem zewnętrzną granicą UE, powiedziano już bardzo wiele. Moim zdaniem można było ją rozwiązać w bardzo szybki sposób. W czerwcu tego roku na granicy w Usnarzu pojawiła się grupa 32 uchodźców, w większości z Afganistanu. Rząd polski rozpoczął już wtedy „obronę granicy”, która miała służyć nie realnej obronie, ale stworzeniu iluzji, że rząd jest silny i chroni bezpieczeństwo Polaków. Dowodem na to jest fakt wprowadzenia stanu wyjątkowego i zabronienie wstępu do strefy mediom i NGOsom, co uniemożliwiło niezależne monitorowanie sytuacji na granicy, a rządowi dało możliwość manipulowania informacją.

Zamiast zezwolić na uruchomienie procedur azylowych, prezydent uprawomocnił pushbacki. W efekcie wielokrotnie wywożono do lasu i na bagna dzieci, kobiety i mężczyzn. Na polskiej granicy zmarło oficjalnie 11 osób, w tym półtoraroczne dziecko. Kilka kobiet poroniło. Niewątpliwie spora część osób, które pojawiły się na granicy, została przywieziona przez reżim Łukaszenki. Niemniej, gdyby uruchomiono procedury, to z jednej strony wyjęto by broń z ręki Łukaszenki, a Polska pokazałaby się jako kraj, który może i chce przyjąć uchodźców z Afganistanu, Syrii i Jemenu. Można by było uniknąć śmierci na granicy oraz wielotygodniowego cierpienia kilkunastu setek ludzi.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Situácia na poľsko-bieloruskej hranici je dlhodobo neudržateľná. Tisíce ľudí a malých detí sú vystavené extrémnym podmienkam uprostred lesa a hrozí humanitárna katastrofa. Zo strany Lukašenka ide o bezprecedentný útok na vonkajšie hranice EÚ prostredníctvom tých najmenej humánnych zbraní. Zneužívanie migrantov z tretích krajín na politické ciele je odsúdenia hodné, a preto prichádzame s ešte tvrdšími opatreniami. Ľudia v núdzi potrebujú našu pomoc, diktátori trest.

Tom Vandenkendelaere (PPE), *schriftelijk*. – De Belarussische oppositieleidster Svetlana Tichanovskaja belichaamt de stem van de oppositie die Loekasjenko, net als de bevolking, hardhandig onderdrukt in eigen land. Ook de manier waarop hij migranten misbruikt als wapen voor hybride oorlogvoering tart de verbeelding. Zijn georkestreerde migratiecrisis is in de eerste plaats een veiligheids- en defensieprobleem waar Europa een gepast antwoord op moet vinden. Het strategisch kompas wordt straks een basisinstrument van het Europees beleid en moet ertoe bijdragen dat Europa zijn ambitie als wereldspeler kan waarmaken. Maar deze ambitie begint in de eigen grensregio. Belarus is een stresstest

voor ons veiligheids- en defensiebeleid. Loekasjenko's cynische manoeuvres geven de nodige boost voor de EU-lidstaten om eensgezind op te treden. We mogen niet toegeven aan de provocatieve chantagepraktijken van een dictator. Sancties zijn welkom, maar meer is nodig. We moeten snel en meer investeren in onze veiligheid. Het strategisch kompas hoort daarbij onze leidraad te zijn en een goede samenwerking tussen de EU en NAVO is eveneens aan de orde. Ook het Europees migratiebeleid, dat helaas nog steeds in de stellingen staat, dienen we te actualiseren en aan te passen aan nieuwe ontwikkelingen, willen we voorkomen dat migranten in de toekomst opnieuw als wapen in deze hybride oorlog worden ingezet.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Aljaksandr Lukashenkan hallinnon röyhkeys on syksyn aikana vain kasvanut. Maa on tuonut tuhansia ihmisiä Irakista ja muualta Lähi-idästä EU:n ulkorajoille, ja tämä keinotekoinen pakolaiskriisi on johtanut täysin turhiin ja helposti estettäviin kuolemiin. Kyseessä on kylmäverinen hybridioperaatio, jolla Valko-Venäjä pyrkii horjuttamaan koko Euroopan vakautta.

Valko-Venäjä tulee välittömästi saada lopettamaan operaationsa. EU:n tulee reagoida päättäväisesti Lukashenkan ihmisoikeusrikkomuksiin ja sortotoimiin sekä laajentaa päättäväisesti jo olemassa olevia pakotteita. Lisäksi EU:n tulee tarjota sekä aineellista apua sekä diplomaattista tukea hybridioperaation kohteeksi joutuneille jäsenmaille. EU:n on pysytävä yhtenäisenä ja näytettävä, että se ei alistu kiristykselle.

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Vor 26 Jahren wurde in Bosnien und Herzegowina das Dayton-Friedensabkommen unterzeichnet, mit dem ein blutiger Krieg beendet werden konnte. Nun kehrt Milorad Dodik zu einer ethno-spalterischen Rhetorik zurück. Er droht damit, die Republika Srpska aus dem Zentralstaat herauszulösen, und gefährdet so das Dayton-Friedensabkommen und in einem weiteren Schritt die Stabilität des gesamten Westbalkans.

Die EU als größter Geldgeber von Bosnien und Herzegowina kann sich nicht von einem ethno-nationalistischen Politiker unter Druck setzen lassen – im Gegenteil: Die Union muss alle verfügbaren Hebel nutzen. Es braucht rasche, gezielte Sanktionen gegen Politiker*innen, die die Stabilität in Europa gefährden.

Die Bürger*innen von Bosnien und Herzegowina wünschen sich Reformen, die ihr Land voranbringen und näher an die EU heranführen: Sie wollen einen Staat ohne Korruption, mit einer funktionierenden Justiz, einem funktionierenden Gesundheitssystem und mit attraktiven Jobangeboten für junge Menschen, die derzeit wegen mangelnder Zukunftsperspektiven in großen Zahlen auswandern.

Die EU und alle Mitgliedstaaten müssen sich gemeinsam für demokratische Reformen und ein friedliches Miteinander in unserer Nachbarschaft aussprechen: Die territoriale Integrität Bosniens und Herzegowinas ist nicht verhandelbar. Hass und Spaltung müssen endlich der Vergangenheit angehören. Versöhnung ist oberste Priorität: Brückenbauer*innen, wie es beispielsweise „Children Born of War“ sein könnten, müssen gehört und anerkannt werden.

8. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung)

Przewodnicząca. – Zgodnie z art. 241 ust. 4 Regulaminu pragnę poinformować, że nie wpłynął żaden wniosek o poddanie pod głosowanie sprostowania przedłożonego przez Komisję EMPL, ogłoszonego przy otwarciu wczorajszego posiedzenia. W związku z powyższym sprostowanie uznaje się za przyjęte.

9. Verurteilung von Polizeigewalt gegen Roma in der EU (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego są oświadczenia Komisji i Rady w sprawie potępienia przemocy policji wobec Romów w UE (2021/2907(RSP)).

Chciałabym przypomnieć, że w żadnej debacie podczas tej sesji miesięcznej nie przewidziano procedury pytań z sali i nie będą przyjmowane niebieskie kartki.

Podobnie jak podczas niedawnych sesji miesięcznych przewidziano możliwość zabierania głosu zdalnie z biur kontaktowych Parlamentu w państwach członkowskich.

Pragnę również przypomnieć, że w sali posiedzeń plenarnych mówcy nadal zabierają głos z głównej mównicy. W związku z tym proszę uprzejmie sprawdzać listę mówców i podejść do mównicy, gdy nadejdzie czas Państwa wystąpienia.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, Commissioner, honourable Members, I welcome the discussion on the position of Roma in the European Union. Indeed, while the status of ethnic minorities is the responsibility of Member States, it is important that the EU pay appropriate attention to this issue.

All acts of discrimination, bias, hate speech and violence against any ethnic minority are unacceptable in 21st century Europe. These acts are a sad reminder of violence perpetrated against Roma and other ethnic groups by the authoritarian regimes of the 20th century.

We do have EU legislation prohibiting discrimination on the grounds of ethnic or racial origin, as well as a framework decision on combating certain forms and expression of racism and xenophobia by means of criminal law. Acting together as co-legislators, Parliament and the Council have also put in place legislation designed to safeguard and strengthen the rights of victims of crime and of their families.

It is up to Member States to implement this legislation, and it is their responsibility to maintain law and order. All this must be done in full respect of the rule of law. Engaging local communities as a whole in this process is essential.

At the same time, laws should be upheld in a non-discriminatory way and police should not be pressed into action when the use of force is justified and necessary. All this is essential, since each case of police violence can seriously damage trust in public authorities. The incidence of police violence against an ethnic group can be seen as an extreme example of systemic discrimination deeply rooted in society.

At EU level, the Agency for Law Enforcement Training has been consistently offering a number of training courses focusing on respect for human rights in law enforcement activities. Moreover, we emphasise preventive action rather than coercive measures.

The Council adopted conclusions on certain aspects of European preventive policy in 2019 and is in close contact with the European Crime Prevention Network. This year, the Council has also adopted a recommendation on Roma equality, where it called for measures to effectively fight direct and indirect discrimination against Roma.

Romani people face considerable discrimination and, with it, comes exclusion and poverty. As this Parliament stated last year, many Roma live in extremely precarious conditions and in very poor socio-economic circumstances. That is why the Council recommendation seeks to give fresh momentum to Roma inclusion policies, with a focus on equality, inclusion and participation.

As part of this new drive, Member States have presented their new strategic frameworks for Roma inclusion to the Commission. The Fundamental Rights Agency will carry out regular surveys every four years, tracking progress. We should also do more to promote and communicate positive stories of integration and success of individual Roma or local Roma communities.

Honourable Members, the three institutions presented here today have been close partners in the effort over the past decade to improve the situation of the Roma community in support of the Member States, who of course hold key competences in this area.

We must do more to improve the marginalised situation of many of our Roma citizens. There are already many examples of Roma who reached beyond what at first sight appeared an environment deprived of opportunities and filled with prejudice and discrimination. We should encourage many more of them to seize the opportunities that do exist and, of course, make sure we keep creating those opportunities. Empowerment goes hand in hand with responsible citizenship. What we need are more individuals among Roma that are an integral and exemplary part of local and national communities where they live.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, as underlined repeatedly by the Commission, we condemn any form of discrimination, racism and xenophobia targeting Roma. Such discrimination goes against the values that the European Union is founded upon. The European Commission is determined to protect fundamental rights, as enshrined in the Charter of Fundamental Rights of the EU, including the respect for human dignity, equality and non-discrimination. There is no place for violence in Europe, as there is no place for racism anywhere in the world.

With regard to anti-Roma racism, the EU Roma Strategic Framework for Equality, Inclusion and Participation, adopted last October, puts particular emphasis on the fight against discrimination and anti-gypsyism, along with the effective participation of Roma civil society. This is essential in the process of advancing the agenda on Roma equality, inclusion and participation at all levels and stages of policymaking, from the preparation of national Roma inclusion strategies through their implementation, monitoring and evaluation. Moreover, all Member States shall be reminded of the 2021 Council recommendation that, among others, encourages all Member States to adopt and implement measures to effectively fight direct and indirect discrimination, including by tackling harassment, as well as anti-gypsyism, stereotyping, anti-Roma rhetoric, hate speech, hate crime and violence against Roma.

The Commission will continue its work to ensure that the Union of equality becomes a reality for all. Despite the European Commission's limited competences in this particular case, my services have immediately established contacts with the Czech authorities, who convened a meeting of the Government Council for Roma Minority Affairs on 30 June 2021. The Commission called for an independent and thorough investigation by the competent Czech authorities. I took note that the Deputy Public Defender of Rights, Ms Monika Šimůnková, launched an independent investigation. I appreciate the efforts to properly investigate the case, and I wait with great expectation the results of this investigation.

More generally, as regards equality bodies, these national bodies are essential in ensuring that individuals and groups facing discrimination can enjoy their rights in full. They should be able to effectively perform the tasks assigned to them under EU legislation. The current EU law leaves a wide margin of manoeuvre to Member States on the powers and functioning of equality bodies. This results in major differences between national equality bodies, and many of them struggle with different levels of independence resources and competences.

The Commission commits to strengthening equality bodies by adopting a legislative proposal on standards for equality bodies by the end of 2022. The standards would cover, among others, the equality bodies' mandate, powers independence and resources. I can only assure you that, as Commissioner for Equality, I will continue working together with the Member States and do my utmost to deliver the commitment towards non-discrimination and Roma inclusion.

Thank you for your attention and I look forward to your interventions.

Peter Pollák, *za skupinu PPE*. – Vážená pani predsedajúca, v právnom štáte je dodržiavanie ľudských práv či spravodlivé a dôstojné zaobchádzanie s človekom princípom, ktorým sa majú riadiť všetci. V Európe dlhodobo diskutujeme o adekvátnosti policajných zásahov.

Spomením prípadu, ktorým som sa v poslednej dobe venoval. Kauza týraných chlapcov z policajnej stanice v Košiciach, zo Slovenska, kde policajti nútili rómskych chlapcov vyzliecť sa a následne vzájomne sa fackovať. Policajtov v tejto kauze slovenské súdy oslobodili a očistili. Ďalšia kauza policajnej razie, taktiež zo Slovenska, z Moldavy nad Bodvou. Aj táto kauza bola na Slovensku zamietnutá pod koberec. Spravodlivosti sa dotknutí občania dočkali až na európskom súde. Spomením aj nedávny prípad z belgickej letiskovej policajnej stanice voči Jánovi Chovancovi zo Slovenska, ktorý po zásahu za prítomnosti hajlujúcej policajtky zomrel. Koľko času sme, vážení kolegovia, venovali Američanovi Georgeovi Floydovi a koľko času sme venovali týmto kauzám. Priatelia, počuli ste o prípade mladého Róma Stanislava Tomáša z Českých Teplíc? Aj on podobne ako George Floyd zomiera po tom, ako mu policajti kľáčali na krku. Tak ako je to zvykom, aj v tomto prípade kontrolné orgány zlyhali, respektíve nezačali preverovať sporný zásah polície. Všetky európske prípady, ktoré som tu spomenul, sú známe len vďaka náhodne vyhotovením videám. Ak by tieto videa neboli, tak dnes by sme o týchto prípadoch ani nehovorili.

Nezlyhávajú len kontrolné orgány, nezlyhávajú len čierne ovce v policajných zboroch, ale zlyhá aj monitoring zásahov policajtov, ktorých nemáme pod kontrolou. Každý európsky policajt musí byť vybavený kamerou tak, aby aj jeho zásah bol kedykoľvek možno vyhodnotený.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, comisaria Dalli, el 19 de junio de 2021, Stanislav Tomáš, un ciudadano europeo romaní, ciudadano de la República Checa, murió en un terrible episodio de brutalidad policial asfixiado hasta la muerte; recordaría al caso de George Floyd, con la única diferencia de que en Europa no ha resonado en todas las latitudes de la Unión un movimiento que grite «I can't breathe». Tal y como denuncia la Agencia de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, la población romaní en Europa sigue siendo víctima del discurso del odio, de castigos colectivos, y de controles y brutalidad policial arbitraria y de sesgo racista, así como de segregación sistemática.

Por tanto, ya va siendo hora de que el conjunto de la Unión Europea extraiga las lecciones. En septiembre del año 2020, este Parlamento Europeo adoptó una estrategia contra la segregación y la discriminación de la población romaní y para su inclusión, y creo que es el momento de que la Unión Europea acompañe esta estrategia con la adopción de una iniciativa legislativa que apueste no solamente por la integración y la inclusión de la población romaní, sino por una lucha sin cuartel contra el antigitanismo y contra todas las injusticias que se derivan de la segregación sistemática en el ámbito sanitario, residencial y escolar de la población romaní en Europa. No solamente estrategia, por tanto: legislación europea contra el antigitanismo.

Maite Pagazaurtundúa, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, señora comisaria, el Tribunal Europeo de Derechos Humanos de Estrasburgo dictó sentencia, en abril de este año, en un caso de uso de la fuerza por parte de la policía contra tres menores romaníes en un vehículo policial mientras los trasladaban a una comisaría en 2009 en Košice, Eslovaquia. Trámites interminables durante doce años para dar la razón a las víctimas. El sistema no estaba con estas personas.

En los sistemas democráticos confiamos funciones muy relevantes a las fuerzas y cuerpos policiales y, precisamente por eso, tenemos que deplorar y evitar que algo así pueda volver a pasar, especialmente con menores.

Pero este incidente precedió a otro de uso de la fuerza por parte de la policía contra esos mismos niños y otros tres en la comisaría de Košic-Sur. Suena el agua de la discriminación en Eslovaquia una y otra vez. Y en Chequia, como ha indicado el presidente de la Comisión de Libertades Civiles.

Los gitanos europeos sufren episodios de hostilidad y de estigmatización de motivación social y la mayoría de los casos no son denunciados. La policía debería estar para ayudarles, para ampararles, para que pudieran denunciar. El caso de Tomáš de una reducción policial con resultado de muerte es absolutamente escalofriante.

El antigitanismo está arraigado históricamente. En este Parlamento hemos escuchado mensajes que deshumanizaban a niños y niñas simplemente por el hecho de ser romaníes.

Aunque tenemos una guía práctica para los servicios policiales con el fin de prevenir la discriminación contra la comunidad gitana desde hace ya diez años, son muchos —son muchos— los que todavía no conocen estas prácticas, en virtud de lo que estamos viendo.

La infradenuncia, como digo, es una lacra, porque genera la cultura de la impunidad. Las víctimas del prejuicio, del odio, deben poder confiar en las instituciones y en la policía.

La Unión Europea es una máquina de reconocer derechos, pero no generamos mecanismos de protección a la altura. Tengámoslo en cuenta. Nunca más.

Romeo Franz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen, Frau Kommissarin! Der institutionelle Rassismus gegen Menschen mit Romanes-Hintergrund breitet sich in Europa aus und wird tödlich und ist real. Am 19. Juni wurde in Teplice Stanislav Tomáš, einem jungen Rom, von einem Polizisten sechs Minuten das Knie in den Hals gedrückt. Stanislav starb wie George Floyd.

Dass wir heute hier im Europäischen Parlament darüber debattieren, war nur mit massivem Druck und der fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit mit Abgeordneten möglich, die ihr Gerechtigkeitsgefühl nicht verloren haben. Die Kommission hat leider keine konkrete Position gegen die Polizeigewalt gegen Menschen mit Romanes-Hintergrund oder im Falle von Stanislav Tomáš veröffentlicht.

Ich frage: Dürfen denn politische Interessen über dem Schutz eines Lebens stehen? Antiziganistische Polizeigewalt steht leider ganz unten auf der Liste der zu bekämpfenden Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft. Wieder ein Beweis dafür: Empfehlungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus sind nutzlos und retten keine Leben, besonders nicht das Leben von Menschen mit Romanes-Hintergrund.

Leider leidet das Image der EU auch im Kampf gegen Antiziganismus. Nette Worte auf einem Papier werden nichts ändern. Empfehlungen werden diese tödliche Praxis, die in einigen Fällen durch Antiziganismus motiviert ist, nicht bekämpfen. Wie viele Menschen mit Romanes-Hintergrund müssen denn noch Opfer von Polizeigewalt werden, aber auch Opfer von Armut und sozialer Ausgrenzung, bevor die Kommission der Forderung des Europäischen Parlaments vom 17. September 2020 folgt und endlich ein Gesetz für die Gleichstellung von Inklusion und für die Bekämpfung von Antiziganismus schafft?

Wenn die Kommission dieser Aufforderung nicht nachkommt, bedeutet das, dass 6,4 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger mit Romanes-Hintergrund keine gleichberechtigte Teilhabe und Schutz vor Rassismus zu erwarten haben. Damit wären die europäischen Werte nur eine leere Worthülse.

Silvia Sardone, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, che dire? Questa è proprio una discussione surreale. Siamo qui a parlare della brutalità della polizia contro i rom. Pur di alimentare il vostro buonismo arrivate ad attaccare le forze dell'ordine, quelle che spessissimo si trovano a operare in contesti difficili, ricevendo violenze, minacce e insulti.

Io esprimo solidarietà agli uomini e alle donne in divisa e sono stanca di questo assurdo tentativo di beatificazione dei rom. Parliamoci chiaro: molte comunità rom non hanno alcuna intenzione di integrarsi e molto spesso vivono in campi dove l'illegalità è una costante, tra bambini che non vanno a scuola e adolescenti indirizzati a furti e truffe.

In Italia, nelle ultime settimane, le cronache riportano i casi di numerose occupazioni di case. Pensate che a Roma alcune donne hanno occupato l'abitazione di un uomo di 86 anni che era andato dal medico.

Mi chiedo, piuttosto, perché l'Europa rimanga in silenzio sulle crescenti violenze che gli uomini e le donne in divisa subiscono ogni giorno. In Italia solo i poliziotti registrano un'aggressione ogni tre ore, per un totale di quasi otto aggressioni al giorno.

Invece voi pensate a finanziare massicciamente una finta inclusione e l'inesistente integrazione dei rom. Vi confermate, per l'ennesima volta, lontanissimi dalle reali esigenze dei cittadini.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Г-жо Председател, г-жо Комисар, колеги, разбира се всяка човешка смърт е трагедия и тя трябва да бъде разследвана, без всякакво съмнение. Това, което не мога да приема обаче в този разговор, в този дебат, е, че тук се търси конкретен случай, който да отговори на политически нужди и да послужи на някого да си строи своята политическа теза.

Не мога да приема, че се обсъжда един конкретен случай, а не се обсъжда друг конкретен случай. Говорите за полицейско насилие и го обсъждате формално в тази зала. Кой от вас кога ще направи дебат, който ще осъди полицейското насилие, извършено от властите? Например, тази събота и неделя в Нидерландия и в Белгия, където има простреляни хора, има и полицейско насилие. Не, няма да го направите, защото там жертвите не отговарят на профила, който вие търсите, за да се направите на интересни и да получите политическа подкрепа, което е позор и би трябвало да е позор. И ще ви помоля да не ме прекъсвате – въпрос е на елементарно уважение, уважаеми колеги.

Така че, колеги, когато се говори за насилието, то не може да бъде което ви харесва на вас или което не ви харесва на вас. Да, видяхме два конкретни случая от тази седмица в България. Два случая: възрастна, 90-годишна жена е пребита и ограбена, 17-годишна жена е нападната и запалена от своя братовчед. Кога ще направите тук дебат, в който да обсъдите тази форма на насилие? Нали едното и другото също е насилие и насилието не трябва да се приема? Или ще избираме насилието, което подхожда на вашата политическа визия, за да може да си правите политическа кампания? Никога няма да го направите това нещо, защото няма да ви позволят тези, които редят вашите карти. И това трябва да ви натъжава и да ви накара да се позасрамите.

Cornelia Ernst, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin! „I can't breathe“, waren die Worte des sterbenden George Floyd, und die Welt hörte einen Moment zu. Dieser Moment reichte aber nicht lange und schon gar nicht für den jungen Rom, der in Athen im Kugelhagel der Polizei starb. Dessen Mörder wurde vom griechischen Wirtschaftsminister beglückwünscht – er habe seine Arbeit gut gemacht – und später sogar freigelassen. Das ist gelebte Menschenverachtung, unterstützt von einer Regierung, die strukturelle Gewalt und Rassismus zur eigenen Chefsache gemacht hat.

Diese Regierung, wie auch andere Regierungen in gleicher Mission, muss überhaupt nichts befürchten. Sie erntet die Toleranz einer Union, die mittlerweile Solidarität als Kumpanei versteht und im nationalen Fahngewirr die Orientierung verloren hat. Da ist halt kein Platz für die Verfolgung polizeilichen Fehlverhaltens und die Bekämpfung von Gewalt und Rassismus, weder in den EU-Aktionsplänen zu Roma und Sinti noch in der praktischen Politik.

Und, ehrlich gesagt: Das Gerede, man sie müsse sie integrieren, als hätte man es mit Außerirdischen zu tun, habe ich wirklich satt. Diese Leute leben seit Ewigkeiten genau mit uns und bei uns. Und irgendwo in diesen Papierbergen der EU sind die Menschen verloren gegangen. Sie wieder in das Zentrum europäischer Politik zu stellen, ist eine Herausforderung und vor allem auch unser Job, unsere Aufgabe. Denn wenn in der EU der Grundsatz „kein Mensch ist weniger wert als ein anderer“ relativiert wird, dann ist sie nur noch ein Monster. Und wer von Ihnen – das frage ich – will das wirklich zulassen?

Milan Uhrík (NI). – Vážená pani predsedajúca, vážená pani eurokomisárka, páni kolegovia, policajné násilie v Európe sa netýka len Rómov. Vojská a policajti v celej Európe sú čoraz častejšie zneužívaní na potláčanie ľudských práv a na zavádzanie všetkých tých totalitných opatrení.

Vlády v Európe aj na Slovensku zneužívajú políciu a zneužívajú silové zložky na pretláčanie lockdown-ov, aby ľudia nemohli protestovať, na pretláčanie zákazov, aby nemohli ľudia vlády kritizovať. Vláda v Rakúsku chce zaviesť povinné očkovanie vakcínou, ktorá má len podmienené schválenie Európskej liekovej agentúry. V Lotyšsku sa nezačkovaní poslanci nedostanú do budovy parlamentu. Európa sa doslova utápa, utápa v nástupe policajných režimov.

My tu kričíme, hovoríme, zastávame sa tých ľudí, ale vedenie Európskej únie, bohužiaľ, nepočúva. Najväčší demokrati na svete sú zrazu hluchí a slepí. Je to strašne pokrytécké, strašne pokrytécké.

Loránt Vincze (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony! Miniszter Úr! Biztos Asszony! A román elleni hatósági túlkapás és az ellenük irányuló rendőri erőszak nem újkeletű. Tapasztalnunk kell, hogy sajnos még ma is van ilyen jelenség Európában, és minden eset eggyel több, mint amennyi elfogadható egy demokratikus jóléti társadalomban. Aggasztónak tartom, hogy ennek a jelenségnek kevés időt és figyelmet szentelünk. A hetedhét országon túli jogtiprások mellett az itthoni, európai fajgyűlölettel, etnikai kirekesztéssel és erőszakkal legalább ennyit kellene foglalkoznunk. Nem mondhatjuk azt, hogy sajnos néha történnek ilyen esetek. Nem engedhetjük meg, hogy megtörténjenek sem Csehországban, sem másutt.

Az esetek felderítése, kivizsgálása, a vétkesek felelősségére vonása mellett a tagállamoknak feladata van a megelőzésben, a figyelemfelkeltésben, a gyűlöletbeszéd elleni fellépésben, a közösségek közötti párbeszéd bátorításában, a román társadalmi integrációjában, és gyorsabban kellene lépnie a Bizottságnak is, amikor azt tapasztalja, hogy a román elleni rendőri erőszakos fellépést egyes német nemzeti hatóságok el akarják tussolni.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Protekcyjne traktowanie, szyderstwa, a nawet przemoc – tego może doświadczyć każda grupa etniczna, narodowa i każda mniejszość. Niezależnie od szerokości geograficznej zawsze znajdują się tacy, którym nienawidź, nacjonalizm czy ksenofobia zatruły umysł. My Ślązacy doświadczyliśmy tego, gdy po wojnie nasz śląski język i nasza kultura były rugowane przez polskie władze. Zresztą dalej czekamy na uznanie języka śląskiego, „śląskiej godki”, za język regionalny. Wcześniej Niemcy szydzili ze śląskiego, mówiąc *wasser Polnisch*.

Jednak także na moim Śląsku, który jest w przytłaczającej większości różnorodny i otwarty, Romowie byli dyskryminowani. Romowie z ulicy Buchenwaldczyków w Zabrze doświadczały ksenofobii, bo są inni. Odwiedziłem ich miesiąc temu. Opowiadali mi, jak w latach 90 tych pod ich domy przychodzili bandyci, skinheadzi i bardzo często dochodziło do przemocy. Marian Turski, więzień Auschwitz, powiedział 11 przykazanie: „Nie bądź obojętny”. Zarówno obywatele, jak i władza, nie mogą stać bezczynnie, gdy bliźni jest poniewierany, ale władza jest też odpowiedzialna za kształtowanie polityki w taki sposób, aby każdy mógł godnie żyć.

Dobrze, że dzisiaj Parlament Europejski zajmuje się problemem przemocy doświadczanej przez Romów z rąk policji. Przychodzimy tutaj z różnych stron Europy, z różnymi bagażami doświadczeń i tradycjami. Dlatego szczególnie w tej izbie powinniśmy wiedzieć, jak ważne jest stworzenie prawa, które pozwoli zapobiegać takim haniebnym praktykom, bo Romowie to także Europejczycy.

Асим Адемов (PPE). – Г-жо Комисар, естествено и аз осъждам полицейското насилие срещу ромите и срещу всички граждани, разбира се, и в този аспект искам да Ви разкажа за такъв полицейски произвол в моята страна България.

На 14 и 21 ноември в България имаше едновременно избори за парламент и президент. В предизборната кампания станахме свидетели на невиджан полицейски произвол от страна на министъра на вътрешните работи Бойко Рашков. Под предлог, че има контролиран вот, въоръжена жандармерия нахлу в домовете на роми и други граждани, които бяха привиквани и заплашвани в полицейските управления да дават обяснения за коя партия ще гласуват. Като резултат от този полицейски произвол, координиран от министър Рашков, на изборите в България имаше рекордно нисък процент гласували хора.

Г-жо Комисар, този полицейски произвол над българските граждани е срам и позор за страна – членка на Европейския съюз, и настоявам да обърнете внимание на действията на министър Рашков, за да се вземат мерки това да не се случва повече.

Manuel Pizarro (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, este caso obriga-nos a falar da história da minoria Romani na Europa, traumática, feita de racismo, segregação e genocídio. Os Romani continuam a assombrar a consciência europeia e a sua integração coloca enormes desafios. Apesar dos substanciais recursos mobilizados pela União nos últimos anos, as condições deste povo não estão a melhorar. Os relatos que nos chegam de vários pontos da Europa são uma mancha nos nossos valores humanistas. As políticas de combate à pobreza estrutural dos Romani não estão a surtir efeito. A rejeição e o preconceito de que são alvo não reduziram.

Precisamos de afirmar neste domínio o respeito absoluto e intocável pelos direitos humanos de todos os europeus. Se prescindirmos dos valores humanistas e democráticos que estão na base do projeto europeu a nossa União deixará de fazer sentido. Temos de olhar para os bons exemplos, que também os há, e de os replicar. O que não podemos é fechar os olhos à realidade. A hora é chegada de colocar o tema do povo romani no topo da agenda europeia.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, Minister, honourable Members, I thank all of you who have intervened in this debate. At the European Commission we are determined to fully implement the measures that were included in the anti-racism action plan and the Roma strategic framework. Two of the measures in the anti-racism action plan are precisely, the stepping up of efforts to prevent discriminatory attitudes among law enforcement authorities and to boost the credibility of law enforcement work against hate crimes and to present any legislation required to address shortcomings in the racial equality directive.

We are working on these two measures as we speak and expect Member States to do their part through the development and implementation of national anti-racism action plans.

The Roma strategic framework is built with Member States in mind. It is because of this that the framework came with a proposal for Council conclusions. The Commission notes with satisfaction that, in March of this year, the Council recommendation on Roma equality, inclusion and participation was adopted unanimously.

Member States can and must play a pivotal role in ensuring that all these three concepts of equality, inclusion and participation are fully implemented at the national, regional and local level. A recent visit in one of the Member States by the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL Committee) and one of my cabinet members has shown that we are very far from this reality and that Roma continue to suffer from great social segregation and material deprivation.

As I am planning my country missions to Member States for next year, I can indicate that Roma people and their rights will be high on my agenda.

Anže Logar, predsedujoči Svetu. – Spoštovana predsedujoča, komisarka, poslanke in poslanci. Zahvaljujem se za današnjo razpravo, ki je izpostavila pomembno vprašanje, s katerim se ukvarjajo tako države članice kot obe preostali instituciji Evropske unije.

V uvodu sem že obsodil policijsko nasilje, ki se je zgodilo v konkretnem primeru, na katerega ste opozarjali posamezni razpravljavci, ob tem pa naj dodam, da hkrati ne smemo pozabiti na deset tisoče policistov po vsej Evropski uniji, ki se dan za dnem trudijo ščititi vse državljane in državljanke ne glede na njihovo etnično pripadnost.

Prekomerna uporaba sile s strani policije v Evropski uniji ni strukturni problem sistema kazenskega pregona v državah članicah in treba je zaupati, da bodo ustrezni organi preiskali vsako posamezno prekoračitev pooblastil. Kot sem tudi že uvodoma poudaril, moramo romsko skupnost opolnomočiti in poskrbeti, da bo uživala pravno varnost in enake temeljne pravice kot vsi drugi, in vse tri institucije moramo pri tem skupaj sodelovati.

Opolnomočenje pa gre z roko v roki tudi z odgovornim državljanstvom in tu Romi nosijo tudi pomemben del svoje odgovornosti. Hvala.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Livia Járóka (NI), írásban. – Üdvözlöm az Európai Bizottság azirányú elköteleződését, hogy 2022 végéig felül kívánja vizsgálni és változtatásokat kíván eszközölni a romákat ért gyűlölet-bűncselekményekkel és a rasszista indíttatású rendőri brutalitással foglalkozó szakpolitikai kérdésekben. Európai viszonylatban az integráció és a befogadás újabb szintjéhez értünk, a 2011-es uniós roma keretsztratégia és a Bizottság által tavaly ősszel bemutatott romaintegrációs csomag, továbbá az antidiszkriminációs direktívák hatására komoly eredményeket tudtunk elérni e téren. A tagállami intézménystruktúrák kiépülése és az uniós finanszírozás átláthatóbbá tétele következtében a roma vezetők döntéshozatali pozícióba helyezésének témájában is áttörést értünk el.

Hosszú út áll azonban még előttünk, annak érdekében, hogy az elfogadó és befogadó társadalmi morált uniós szinten is képesek legyünk megteremteni. Mindez azonban csakis úgy képzelhető el, ha nagyobb figyelmet szentelünk az egyenlőség és esélyegyenlőség prioritásának, hiszen az igazságszolgáltatásban és az erőszakszervezetek működésében megmutató problémás magatartásminták és cselekedetek nem okai, sokkal inkább következményei a diszkriminációnak, és így a gyűlölet-bűncselekmények egészének is. Így feladatunk egy megelőző és jogtudatosságra nevelni képes oktatási rendszer megalkotása, a romák rendvédelmi szervekbe való beintegrálásának elősegítése és befogadást elősegítő célirányzott programok meghirdetése. Végül külön köszönöm, hogy a Bizottság jövő évi programjában kiemelt prioritásként kívánja kezelni a romák integrációját, mely munkához az Európai Parlament minden segítséget meg is fog adni.

10. Politik und Gesetzgebung für legale Migration (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Abir Al-Sahlani w imieniu Komisji Wolności Obywatelskich, Sprawiedliwości i Spraw Wewnętrznych w sprawie sprawozdania zawierającego zalecenia dla Komisji w sprawie polityki i ustawodawstwa w dziedzinie legalnej migracji (2020/2255(INL)) (A9-0314/2021).

Chciałabym przypomnieć, że w żadnej debacie podczas tej sesji miesięcznej nie przewidziano procedury pytań z sali i nie będą przyjmowane niebieskie kartki.

Podobnie jak podczas niedawnych sesji miesięcznych przewidziano możliwość zabierania głosu zdalnie z biur kontaktowych Parlamentu w państwach członkowskich.

Pragnę również przypomnieć, że w sali posiedzeń plenarnych mówcy nadal zabierają głos z głównej mównicy. W związku z tym proszę uprzejmie sprawdzać listę mówców i podejść do mównicy, gdy nadejdzie czas Państwa wystąpienia.

Abir Al-Sahlani, rapporteur. – Madam President, we are 27 Member States in the European Union. Our region ranks as one of the most prosperous and wealthiest regions in the world. Our Member States are always ranked as some of the best countries to live in and work in worldwide. Our economies are strong thanks to our businesses and their workers, who continue to improve our daily lives. But the truth is our economies are facing challenges that we have not experienced before.

Today, a challenge that is becoming more and more pressing is the demographic shift in our continent. The shift will exert greater pressure on public budgets when it comes to funding while fewer people will be working to generate tax revenues for social security systems in the budget and more people dependent on social security systems. You do not have to be a mathematician to understand or realise that the sums don't add up. The mismatch of skills on the Member States' labour markets causes our economies to lose over 2% of productivity every year. Businesses are struggling to find adequate skilled workers within our Member States or within the Union. When our companies and businesses struggle to find skilled workers, they struggle then with growing and expanding. That means losing out on creating more jobs, opportunities and on tax revenues to fund our welfare services.

The demographic and economic challenges that our Member States are facing is an urgent issue. We need to address it properly and with adequate solutions. To properly address the issue of mismatch of skills and difficulties in recruitment of workers, the EU needs to become a more attractive region. A more attractive region and the notion of becoming attractive for labour migrants of all skill levels who are considering moving abroad for work. But how do we become as a region more attractive? How do we avoid falling into economic stagnation? How do we tackle our demographic challenge?

In my report, I have included several proposals that provide solutions to these problems. With the talent pool, third-country nationals will be able to register and express their interest in migrating to the EU. Employers will be able to quickly search and find the workers with the right set of skills that they need. This will improve matching of the labour markets of the EU Member States and meet their different needs and even help businesses grow.

In this report, I have also addressed the issue of medium- and low-skilled labour migration, and it is simply because of the fact that over 13% of key workers in our societies are labour migrants, especially in the agricultural and health sectors. The businesses of our Member States have large differences in terms of needs, and that is why we need an admission scheme for all skill levels.

We cannot, to be honest, speak of creating opportunities to fill vacancies in the labour market without also addressing the issue of exploitation and abuse in our labour markets of labour migrants. Seasonal workers are often prone to be exploited by their employers. By allowing them to leave an abusive employer and find a new one without having their work permit revoked for a three-month period, we will give them an option to leave an exploitative employer without having the risk of losing their legal right to stay within the EU.

Council representative, dear Commissioner and dear colleagues, in the debate on labour migration let us not forget one thing. Labour migration means that a person arrives in the EU, in a Member State within the EU, and starts working directly, pays their taxes, and contributes to funding our welfare states and being an active part of our societies. It should not be compared or mixed up with other parts of migration or asylum policies, as a well-functioning legislative framework for labour migration can be described as a triple win: a win for European businesses, a win for the employee, and a win for the Member State.

I would like to take this opportunity as well and thank my dear shadow colleagues with whom we have been negotiating to achieve this file. They have been very constructive, and although we sometimes had some difficult discussions touching upon sensitive issues, we have always shared a common goal and it is to find a final agreement, even if we had to make some difficult compromises. I do hope that you all will vote in favour of this report.

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, migration is about people, people who are coming to the EU in the hope of reaching, building and living a better life. It is our duty, as a Europe that protects and as a Europe of opportunities, to do so under only one premise: solidarity and responsibility. This is the guiding approach to the Pact on Migration and Asylum we presented one year ago, of which legal migration is a key pillar.

Let us not forget that most migrants arrive in the EU legally and contribute to our societies in a crucial way. This has been made more than evident during the pandemic, as many of our health and care professionals helping in the front-line have been migrants. Europe is an ageing continent. In many economic sectors and in many regions, there are structural labour shortages that cannot be filled by the domestic labour force or through intra-EU mobility. Migrants also play a crucial role in the agriculture and food sectors, ensuring their smooth running and largely contributing to our economies. As the OECD confirms, legal migrants are not a financial burden. Quite the contrary. They contribute more in taxes than governments spend on their social protection, health and education. This analysis is well documented, and the OECD, I take it, knows more than Mr Fest.

So let us not lie to ourselves. Migration is a fact of life. It is not a question of whether or not there will be migration. There always has been and always will be. What we need is a better, more organised, way of managing migration. Migrants are not 'them' and we are not against them. Most of us here in the room are all in some way migrants, having left our countries or regions to be here in Brussels, Strasbourg or Luxembourg, advancing European interests and values – and some attempting to destroy them.

Migrants can play an essential role in the recovery, as I said, in sectors such as healthcare and agriculture, but also transport or construction. In addition, we want to attract new talents and new skills, a specialised labour force to make the European Union a true innovation hub in support of our green and digital ambitions. Why should we accept that, at the moment, highly educated migrants are more likely to choose North America or Oceania rather than Europe?

Legal migration is a shared competence. It is also a national competence as Member States decide on the number of workers to be admitted and the conditions. However, at EU level, we have harmonised rules on the admission and the rights of third-country nationals. Let us not forget that migrants are not only workers, but also students, researchers and family members.

I'm particularly grateful to the European Parliament for your role in managing to reach an agreement on our Blue Card Directive earlier this year. With this agreement, we sent a strong signal about our collective ability to agree on key migration files, and we need more signals like this. The Commission shares this House's objective, as reflected in Ms Al-Sahlani's report, to offer third-country nationals improved avenues for legal migration, ensure appropriate working conditions and put an end to exploitation.

That is why we have already announced that next year we will propose a skills and talent package. Allow me to thank you once more for your input on this file. The package will propose the necessary adjustments of our legal framework to make migration a success for all – migrants, citizens, EU Member States, employers – and also send a strong signal to receiving countries.

The package will have different components: a revision of the Long-Term Residents Directive, a revision of the Single Permit Directive, and we are also planning an accompanying political communication with more forward-looking suggestions on our vision in the medium and long term.

Specifically, we will present concrete options to develop an EU talent pool. This will be an EU-wide platform for international recruitment that could help the European Union match the skills available from migrant workers with the real needs of EU employers. On top of this, as we set out in the Pact, the Commission has already launched the Talent Partnerships. This is an initiative to strengthen relations with third countries by increasing and enhancing legal pathways.

Let me conclude with a very clear final message. Legal migration is a two-way street. We in the European Union will allow for legal avenues, we will admit migrant workers, we will work to improve their conditions and we will struggle to give them fair access to our systems, but they should also accept our rules, our values and our model of society. This is the two-way street that we need. Those who come to Europe need to accept and respect the role of women in the family, in society and in the workplace. They should accept the need for peaceful co-existence, for religious freedom and tolerance and for full respect of the ethical rules that govern living in Europe.

Lena Düpont, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Digitalisierung, nachhaltiges Wirtschaften, solides Wachstum: Die kommenden Jahre werden für die Europäische Union – für unsere Wirtschaft – herausfordernd. Dem gegenüber steht, dass bereits jeder Fünfte in der EU über 65 ist und der Anteil der Arbeitnehmer in der Bevölkerung perspektivisch weiter sinken wird. Darauf braucht Europa eine Antwort. Mit dem Bericht heute setzen wir ein weiteres Mosaiksteinchen.

Denn richtig gemacht, kann gut gesteuerte legale Migration eine Schlüsselkomponente für unsere Wirtschaft sein, wenn und da sie auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und den Fachkräftemangel reagiert.

Dabei sind für uns drei Dinge wesentlich: Der Mitgliedstaat entscheidet über Art und Umfang der Zuwanderung. Der Arbeitsmarkt gibt die Kriterien und den Bedarf vor. Das kann neben den hochqualifizierten Fachkräften und Unternehmen auch andere Kriterien und andere Qualifikationen umfassen. Uns fehlen eben in einigen Bereichen nicht nur Ärzte und Ingenieure, sondern auch Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, dem Baugewerbe oder der Gesundheitsversorgung.

Entscheidend dafür: Angebot und Nachfrage müssen besser in Einklang gebracht werden. Der *talent pool*, die *talent partnerships*, die heute auch schon genannt wurden, können hier eine sehr wesentliche Rolle spielen.

Und Drittens: Legale Migration kann und muss ein integraler Bestandteil in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten sein, und zwar sowohl im positiven als auch gegebenenfalls im negativen Sinne. Der *talent pool* und die *talent partnerships* auf der einen Seite, das volle Instrumentarium des Visakodex auf der anderen Seite.

Wenn wir unseren Wohlstand und unsere Innovationskraft erhalten wollen, dürfen wir im globalen Wettbewerb den Anschluss nicht verlieren, und im Moment ist genau das der Fall. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien sind uns im Werben um die Klügsten und um die Talentiertesten einen großen Schritt voraus.

Mit diesem Bericht heute machen wir die Europäische Union gemeinsam fitter für die Zukunft. Ich danke der Berichterstatteerin und den Schattenberichterstattern für die tolle Arbeit.

Cyrus Engerer, *fisem il-grupp S&D*. – Sinjura President, ma nistax ma nibdiex illum billi ma nirringrazzjax lil Abir ghax-xoghol taghha fuq dan ir-rapport ferm importanti għall-Unjoni Ewropea u għall-futur tal-ekonomija taghna l-Ewropej.

Flimkien man-negozjaturi tal-gruppi politiċi kollha, rajna kif flimkien nistgħu nohorgħu bl-aktar proposti b'saħħithom biex nindirizzaw mhux biss il-bżonnijiet tal-Unjoni Ewropea llum, iżda l-bżonnijiet tal-Unjoni Ewropea tal-futur. Għalhekk qegħdin, mhux biss nitolbu lill-Kummissjoni Ewropea, iżda qegħdin hawnhekk inressqu ahna stess sett ta' proposti b'vizjoni fit-tul u li jkunu future-proof. Irridu Unjoni Ewropea aktar b'saħħitha. Unjoni Ewropea ambizzjuża. Unjoni Ewropea kuraggjuża li ma tieqaf qatt tinbidel. Unjoni Ewropea bl-aktar talent possibbli li teċċella fl-oqsma kollha. Unjoni Ewropea li tkompli tikber u mhux biss li tibda tipprepara biex tickien.

Qed ngħid dan għaliex illum għandna sfida kbira quddiemna: hwienet, ristoranti, fabbriki, sptarijiet, skejjel li mhux qegħdin isibu biżżejjed haddiema biex joffru s-servizzi kollha tagħhom. F'Malta, pajjiżi, smajt il-karba ta' diversi intra-prendituri żgħar, jiġi f'moħħi pereżempju żagħżuġ bħal Sean Gravina li investa l-hin kollu tiegħu biex johloq dak li dejjem holom dwaru, biex isib issa hajt mingħajr haddiema li jista' jhaddem. Smajt ukoll l-inkwiet ta' dawk illi jmexxu l-isptarijiet illi, minkejja li waqt il-pandemija diversi infermiera u tobba barranin, flimkien ma' dawk lokali, żammew l-isptarijiet taghna għaddejjin, qed jaraw li l-Ewropa ma għadhiex attraenti għalihom u li dawn qed jiċċaqalqu għal bnadi oħra tad-dinja.

Kif qal il-Kummissarju, semmejt Unjoni Ewropea li trid tkompli tikber u mhux tipprepara biex tibda tickien għaliex għandna realtà kiefra. Ahna l-iktar kontinent li qieghed jixjieh. Soċjetà li qieghda tikber fl-età u li mhux se tibqa' produttiva kif nafuha llum. Għandna bżonn nattiraw it-talent lejn xtutna u dan għandna naghmluh b'mod li ma jipperikolax il-hajja ta' dawk li jkunu ġejjin fl-Ewropa biex jikkontribwixxu għax-xoghol.

Għaliex li ma nindirizzawx is-sitwazzjoni preżenti, ma jfissirx li ma jkollniex haddiema minn pajjiżi minn barra l-Unjoni Ewropea, iżda jfisser li dawn il-haddiema jiġu b'mod irregolari, probabbilment jispicċaw jahdmu b'mod mhux iddikjarat u nkunu qegħdin inhallu l-istandards tal-protezzjoni tal-haddiema jtkaxkru mal-art b'esplojtazzjoni inaċċettabbli.

Għalhekk inhares 'il quddiem għall-proposti li ġejjin mill-Kummissjoni Ewropea f'dan ir-rigward halli, bħala Unjoni Ewropea, nilhqu l-ambizzjonijiet kollha taghna.

Fabienne Keller, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, cher Monsieur le Commissaire Margaritis Schinas, chers collègues, dans son nouveau pacte sur l'asile et la migration, la Commission a omis d'inclure un volet sur les possibilités de travail dans l'Union européenne pour les ressortissants de pays tiers, en dépit des demandes de mon groupe Renew Europe. Je suis donc très heureuse des propositions formulées par ma collègue Abir Al-Sahlan en coopération avec l'ensemble des rapporteurs fictifs et des groupes.

En effet, certains secteurs clés de notre économie ont un besoin important de main-d'œuvre. Des domaines essentiels sont d'ailleurs déjà occupés par des travailleurs de pays tiers. Cela a été dit, ils représentent par exemple 5 % des soignants au sein de l'Union.

Nos propositions visent aussi à réduire les disparités entre les États membres en matière, d'une part, d'accès au marché du travail et, d'autre part, d'attractivité pour les talents venus de pays tiers, et ce, en respectant pleinement la compétence des États membres dans ce domaine.

Avec ce texte, nous appelons la Commission (mais vous nous avez dit qu'elle allait le faire, Monsieur le Commissaire) à soumettre des propositions législatives pour mieux harmoniser les conditions d'entrée des travailleurs étrangers dans l'Union européenne. Et je vous propose aussi, Monsieur le Commissaire, d'envisager des programmes de coopération pour la formation des talents que nous recrutons, dans les pays tiers d'où ils viennent. Cette migration légale est un objectif central pour l'attractivité et la compétitivité de l'Union européenne.

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

Alice Kuhnke, för Verts/ALE-gruppen. – Herr talman! Den komplexa frågan om såväl hur vi säkerställer efterfrågan på arbetskraft som hur vi får bort utnyttjandet och de mer eller mindre slavliknande förhållanden som finns på den arbetsmarknad som vi kallar den svarta arbetsmarknaden har stått på EU:s dagordning i årtionden, men ett fåtal betydande steg för förändring har tagits.

Bristen på lagliga vägar, särskilt för migranter som jobbar i medel- eller låglönesektorer, i kombination med allt fler stängda gränser och restriktiv migrationspolitik tvingar människor till livshotande resor för att nå drömmar om jobb under säkra förhållanden till skälig betalning. Den gröna gruppen välkomnar därför betänkandet som lagts fram av vår kollega Abir Al-Sahlani.

Om betänkandets krav blir verklighet kommer det med tydlighet att förbättra villkoren för migranter som kommer till EU för att arbeta. Vi har dock lagt fram ett ändringsförslag för att få med behovet av ett intersektionellt perspektiv på migrationslagstiftningen. Arbetskraftsinvandrare är inte en homogen grupp, och vi vet att till exempel kvinnor är särskilt utsatta och riskerar att utnyttjas. Den som inte ställer sig bakom Al-Sahlanis betänkande accepterar att människor utnyttjas med livet som insats. Jag hoppas att vi är många som vill se en förändring.

Peter Kofod, for ID-Gruppen. – Hr. formand! Det er altid en oplevelse at være i dette hus og lytte til debatterne. Og jeg må sige, at I er så naive! Mens vi har grænsevagter, helte, i Polen, der gør, hvad de kan for at beskytte vores ydre grænser og begrænse migrationen til Europa, så diskuterer man i dette parlament, hvordan man kan øge migrationen, og hvordan man kan tiltrække flere migranter. Og man taler ikke bare om migranter, man taler om ufaglært arbejdskraft. Vi taler ikke om læger og ingeniører. Vi taler om ufaglært arbejdskraft. Hvis dette hus er så optaget af, at vi får flere ufaglærte migranter i arbejde, så kan I jo starte med at kigge ud i ghettoerne, der er fyldt med migranter, som ikke foretager sig noget som helst, der gavner dette kontinent.

Jeg må sige, jeg er godt nok chokeret. Kommissæren chokerer mig dog mest. Europa er et aldrende kontinent. Men ... hallo! Jeres indvandring giver jo underskud. »Vi er alle migranter«, siger kommissæren. Det er noget sludder. Og så slutter kommissæren med at sige: »Migranter skal respektere vores værdier«. Ja, selvfølgelig skal de det. Men det er da lidt sent at komme og sige det. Se på Sverige. Se på Belgien. Se på forstæderne i Frankrig.

Det her, det er 20 år for sent. Det er for lidt, og det er for dårligt. Vi vil ikke have jeres indvandring. Vi vil have sikre grænser, og vi vil ikke have flere ufaglærte migranter, som ikke kan bidrage til dette kontinent.

Charlie Weimers, on behalf of the ECR Group. – Mr President, Commissioner, this report from our 'Swedish Open Border Brigade' isn't just out of touch with hard working Europeans, it's completely detached from reality. It believes that illegal migration – quote – 'requires the development of legal and safe migration pathways in order to reshape rather than prevent migration trends'.

Considering that this report concerns low— and medium-skilled labour migration, that sounds like EU speak for legalising illegal migration. Is the European Parliament's solution to Turkey and Morocco opening the floodgates? Let them in? To Belarus, weaponising migrants? Let them in?

Now, hundreds of millions of people wish to come to Europe if given the opportunity. Such volumes will only exacerbate unemployment, stagnant wages, not to mention that migrants with incompatible cultures will bring about even less social cohesion. It's not just last night in Sweden, it's last night in Amsterdam, it's last night in Paris.

European leaders seem to have finally smelt the coffee. They realise that we're losing control. President Michel has called for EU funding of external border barriers. President von der Leyen praised Greece for being Europe's shield. Even Commissioner Johansson acknowledged that Lithuania's border barrier is a good idea.

We, conservatives, opposed this report. If you want to take back control, then you should too.

Pernando Barrena Arza, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, I'd like to thank the rapporteur and the whole team that have been working on this file. We have achieved an ambitious report. The current European Union framework places too much emphasis on high-skilled workers and not enough on middle- and lower-skilled workers and pathways of labour mobility for migrants of all skill levels are crucial.

However, we believe it's time to stop seeing labour migration only as a solution to current socioeconomic problems based only on the immediate needs of employers. We must understand this in a broader system which takes into account a number of criteria. Also, in the case of asylum seekers and undocumented workers, they must have access to employment and the same labour rights, ensuring swift action to regularise their status and prevent exploitation at their place of work.

Creating safe and legal pathways is the only way to reduce reliance on unsafe and irregular routes. It's essential to protect and prioritise vulnerable groups such as children, women and LGBTIQ persons, as it is these groups who suffer the most. We need real, actual and ambitious policies to make the Union strong and a place where human rights matter.

Balázs Hidvéghi (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Képviselőtársaim! Az Európai Parlament mai jelentése egy újabb példája annak az erkölcstelenségnek, ami már jó ideje folyik itt ebben a Házban. Önök álszent módon az emberi jogok védelmezőinek tüntetik fel magukat, miközben a szegény országok kiszípolozását erőltetik ezekben a jelentésekben. Azt állítják, hogy a bevándorlás mindenkinek jó, hogy gazdaságilag előnyös, és hogy ezzel kifejezetten segítsük a szegény országokat is. Mindez szemerszedett hazugság. Pont az ellenkezője az igaz. A tömeges bevándorlással, ami a kibocsátó országokból kivándorlást jelent, mindenki veszít. Európa számára jelentős anyagi költségeket jelent és veszélyezteteti az európai kultúrát is, amit szemben sokakkal itt ebben a Házban, az európai emberek nem akarnak feladni.

Az elmaradottabb és szegényebb országok és kontinensek számára pedig nem jelent mást, mint kismizést. Ha Európa valóban segíteni akar ezeken a régiókon, akkor nem a legképzettebb munkaerőt kell elszívni onnan. Nem ezt kell erőltetni. Sokkal inkább a segítséget kellene odavinni, ahol a baj van. Gazdasági beruházásokkal, infrastrukturális fejlesztésekkel vagy humanitárius segítséggel ott kell segíteni egy jobb élet reményének megteremtésében.

Geoffroy Didier (PPE). – Monsieur le Président, ceux qui font croire à l'immigration zéro trompent et mentent au peuple, car dans les faits, ça n'existe pas. Mais ceux qui laissent entrer n'importe qui et n'importe comment desservent le peuple, car nous le savons, l'immigration incontrôlée est le meilleur carburant de la xénophobie. Voici une solution et une méthode.

La solution est de laisser chaque pays décider librement du nombre d'immigrés légaux qu'il fait entrer sur son territoire. Cette décision ne doit pas revenir à l'Europe. Elle doit appartenir à chaque pays souverain.

Une méthode: le parlement de chaque pays doit pouvoir voter démocratiquement des plafonds annuels de visas selon des facteurs qu'il déterminera lui-même. Par exemple, zéro visa aux pays sources qui refusent de reprendre sur leur sol leurs clandestins.

Choisir son immigration, c'est pour chaque pays et donc pour l'ensemble de l'Union européenne la seule manière d'agir avec bon sens, fermeté et humanité.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, ouvrir des voies légales contrôlées et sécurisées est une des conditions pour mettre en œuvre une politique migratoire mature et digne de notre Union. C'est un signal que je veux adresser à tous les apprentis sorciers qui, dans plusieurs États membres, dont le mien, se lancent dans l'inventaire de l'idée et de la surenchère la plus stupide et inflammatoire.

À plusieurs reprises, notamment avec mon rapport sur la migration et le travail voté en mai, avec l'adoption de la carte bleue, et maintenant avec ce rapport, nous avons montré que parler de migration ne doit pas être synonyme de chaos, de désespoir ou d'instrumentalisation.

Une politique migratoire établissant des voies légales et sécurisées vers l'UE est possible pour combler le manque de main-d'œuvre dans des secteurs clés et pour offrir des voies sûres à ceux et celles qui souhaitent rejoindre notre continent. Je me réjouis d'ailleurs de l'intérêt porté dans ce rapport aux conditions des travailleurs peu ou moyennement qualifiés qui sont souvent oubliés par la législation et les victimes les plus vulnérables face aux réseaux des passeurs.

Cependant, l'approche sectorielle de la migration du travail ne constitue pas une panacée. Nous devons voir plus loin et travailler à l'élaboration d'un code de migration unique définissant des règles générales d'entrée et de séjour dans nos États membres. Ceci pourrait être une belle avancée et une belle ambition pour l'avenir.

Jérôme Rivière (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, dans quelques années, quand l'Histoire jugera notre époque, elle ne manquera pas de la classer comme une période sombre pendant laquelle l'Union européenne aura été le creuset de toutes les trahisures, de tous les renoncements face au danger mortel de l'invasion migratoire. Oui, danger mortel, car il s'agit bien d'une guerre de civilisation que vous laissez s'importer dans nos pays en imposant cette immigration folle, en cherchant à la légaliser par tous les moyens, comme en témoigne ce rapport surréaliste.

Dans cette guerre asymétrique, les migrants sont une arme. J'avais pu le constater avant l'épidémie de COVID, à la frontière entre la Grèce et la Turquie, où je m'étais rendu. J'ai vu les foules de migrants instrumentalisés par Erdoğan, profitant de la faiblesse inhérente de l'Union européenne pour la faire chanter. Aujourd'hui, les mêmes images nous viennent depuis la frontière polonaise. En dépit de cette menace, la majorité ici ne cesse d'attaquer cet État membre et quelques autres pour leurs choix souverains. Et cette Commission ne fait rien pour les assister et protéger notre frontière extérieure, bien au contraire.

Comme dans toutes les guerres, il y a aussi bien des trahisures. Trahise, le refus de M^{me} von der Leyen de financer un mur à la frontière polonaise. Trahise, le financement des ONG mondialistes qui organisent l'immigration légale ou illégale, n'hésitant pas à travailler avec des trafiquants d'êtres humains. Trahise, les déclarations de M^{me} Johansson souhaitant créer de nouveaux parcours légaux pour les migrants. Trahise, l'aide inconditionnelle au développement à destination des pays qui nous envoient leurs flux de ressortissants et refusent de reprendre leurs clandestins. Trahise enfin, que ce rapport qui crée de nouvelles filières d'immigration.

Mais les peuples des nations d'Europe ne veulent pas mourir. Ils voient bien à travers vos mensonges – non, l'immense majorité des migrants ne sont pas des chercheurs. Alors, optimiste, je sais que leur volonté prévaudra. La détermination des Polonais à résister en est le magnifique exemple. Vos politiques suicidaires sont définitivement condamnées.

Janina Ochojska (PPE). – Panie Przewodniczący! Gratuluję sprawozdawczyni tego sprawozdania. Na przestrzeni kolejnych lat ruchy migracyjne będą się nasilać. Wynika to chociażby ze zmian klimatu i ich skutków. W sprawozdaniu jest istotny zapis nawołujący do wzmocnienia legalnych i bezpiecznych dróg migracji dla osób potrzebujących ochronym, takich jak programy przesiedleń, wizy humanitarne i korytarze humanitarne.

Brak perspektyw na zapewnienie bezpieczeństwa swojej rodzinie powoduje wymuszone migracje. Osoby poszukujące schronienia powinny mieć możliwość ubiegania się o ochronę międzynarodową. Nowa tendencja w polityce migracyjnej Unii polega na odgradzaniu się, wypychaniu migrantów, co tylko sprzyja rozwojowi siatki przemytników, którzy obietnicami zwabiają migrantów i narażają ich życie. To dzieje się na granicy polsko-białoruskiej.

Uważam, że należy strzec granic zewnętrznych Unii. Jednak każdy migrant ma prawo poprosić o wszczęcie procedury azylowej, chociaż nie każdy kwalifikuje się do niej. To procedury oparte na prawach podstawowych. O dalszym losie wnioskodawcy powinny rozstrzygać procedury, a nie straż graniczna.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, vicepresidente Schinas, en una Europa que envejece y con escasez de mano de obra en un número cada vez mayor de empleos, es una magnífica idea que este Parlamento Europeo vaya a aprobar un informe sobre cómo reafirmar, ensanchar, mejorar y actualizar las vías de inmigración legal a la Unión Europea con nueve recomendaciones.

Buena idea la de la reserva de talentos y las asociaciones en materia de talentos para atraer mano de obra cualificada, pero hay más: también necesitan apoyo los autónomos y los emprendedores y sus vías de admisión, incluso los trabajadores escasamente cualificados en determinados nichos de empleo, y, por eso, es imprescindible actualizar la Directiva de permiso único, la Directiva de trabajadores temporeros y la Directiva de residencia de larga duración y establecer un servicio europeo de asesoramiento a los migrantes en situación regular, pero, sobre todo, hay que sancionar y reforzar, por tanto, la Directiva de sanciones a los empresarios o empleadores que exploten a los inmigrantes en situación vulnerable.

Creo que es claro que la migración regular —es el mensaje que manda este informe del Parlamento Europeo— es parte de la solución, no parte del problema: es parte del futuro de la Unión Europea.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Lieber Herr Schinas, ich bewundere Sie. Niemand versteht das so wie Sie, in so kurzer Zeit so viele Lügen zu erzählen. Ich werde ein paar von denen richtigstellen.

Sie sagten: Migration sei das Normale. 0,8 % der Weltbevölkerung sind Migranten, 99,2 % sind es nicht. Das Normale ist das Sesshafte.

Sie sagten: Migration ist vorteilhaft für das aufnehmende Land, und berufen sich da auf irgendwelche OECD-Studien. Komischerweise hat gerade der zuständige Kommissar der UN klar gesagt: In der heutigen Zeit ist die Migration für das aufnehmende Land fast immer nachteilhaft.

Sie sagten auch noch: Die meisten Migranten sind legal. Hierzu ein paar Zahlen aus Deutschland: 1,3 % der Asylanträge des letzten Jahres waren berechtigt. Das heißt im Umkehrschluss: 98,7 % der Einreisen waren illegal. Soviel zu Ihrer Behauptung, die meisten Migranten sind legal.

Dieses Konzept hier ist aber nicht nur eine große Lüge oder basiert nicht nur auf Lügen, es ist auch unsozial. Die Jugendarbeitslosigkeit: in Spanien im Augenblick 30,6 %, in Italien 29,8 %, in Schweden 25,1 %, dann kommt Irland mit 24,5 %. Und jetzt wollen Sie noch zusätzlich ungebildete Leute hier reinholen?

Aber auch wenn Sie die holen, vor allem, wenn Sie dann noch die Gebildeten reinholen, bluten die abgebenden Länder aus. Auch dies ist tief unsozial, und Sie sollten endlich aufhören, hier eine Politik zu betreiben, die aus Lügen und großer Unsolidarität besteht.

Pietro Bartolo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con questa relazione il Parlamento darà finalmente un segnale importante. Si può adottare un approccio alla migrazione diverso, un approccio lungimirante volto a massimizzare i benefici di questo fenomeno e non, come al solito, volto al contrasto.

Poniamo le basi per una gestione sicura e ordinata della migrazione, creando canali legali per coloro che cercano lavoro nell'Unione europea e togliamo così le persone dalle mani dei trafficanti e sfruttatori.

Non limitiamoci però ai lavoratori altamente qualificati. La pandemia ha mostrato con forza che i lavoratori stranieri danno un contributo essenziale alla nostra economia in settori chiave e che c'è un'altissima domanda di manodopera anche nei settori meno specializzati.

Siamo un continente che invecchia, che ha bisogno di giovani e che può crescere non solo dal punto di vista economico ma anche sociale grazie all'emigrazione lavorativa. Ricordiamoci però di mettere sempre al centro i diritti delle persone, che devono essere tutelate da qualsiasi forma di sfruttamento.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, querido vicepresidente, Europa necesita migración legal ahora y, aún más, en el futuro.

Necesitamos trabajadores y trabajadoras inmigrantes, no solo por razones demográficas, sino también económicas y geopolíticas. Además, suponen una riqueza cultural para nuestras sociedades.

Para atraer a esos trabajadores, señorías, debemos simplificar y seguir armonizando el marco legal europeo que regula las condiciones de entrada y residencia, acabando con las trabas y la burocracia.

Por eso, siguiendo el ejemplo de la tarjeta azul, pido a la Comisión que presente cuanto antes nuevas propuestas legislativas para los trabajadores de cualificación media y baja, así como para los autónomos y los emprendedores. Además, la Comisión y los Estados miembros deben dar visibilidad y publicidad a las normas existentes, porque no sirve de nada aprobar medidas si nadie las conoce.

Por último, los Estados miembros deben lograr la integración efectiva de los inmigrantes en nuestras sociedades con ambición y los medios presupuestarios adecuados.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Mr President, thank you for this very insightful and fruitful debate. I might be repeating myself, but this is the most important takeaway of today's session: legal migration is key for our recovery and for our economic and social systems.

Everybody can see this, with the exception of Mr Kofod, of Mr Weimers, of Mr Fest and of Mr Rivière, who came here to unleash a tsunami of hate and then left. They didn't even have the courage to listen to all the blatant lies they spelled out, and it's even more preposterous that they are trying to mingle the legitimate debate we're having on legal migration and the conditions for legal migration with the external borders and the situation in Belarus.

I will not accept any lessons from these people. I was in Evros. I was in Lithuania in September. I was in Baghdad, in Lebanon, in Dubai, in Ankara. I will be in Uzbekistan tomorrow fighting for the external border. And I will not tolerate this *discours de haine*, this speech of hatred unleashed on a noble objective that the rapporteur and the majority of this House is trying to develop, which is to find a meaningful, simple, rational European system for illegal migration.

I'm extremely grateful for the Parliament's ambition that is demonstrated through this report. We share this goal of facilitating a framework of reducing bureaucracy and promoting equal treatment. I repeat that we will spell out concrete proposals in our upcoming skills and talent package. We are currently holding intensive consultations with key stakeholders and also Member States. And let me assure you that the main orientations of today's debate and your special requests will be part of our thinking and drafting. That's exactly why we waited for you before coming out with our own proposals.

One thing is clear, and we see it very well established today, we need as the European Union to do much better in the global race for attracting talents. People from other countries can help us be more competitive, more successful and more cohesive, and we can help them to build a new life and put their full potential in use.

Under no circumstances will this be the result or the outcome of a 'diktat' from Brussels, as some of the speakers seem to understand, namely Mr Didier. We are not creating a new top-down obligation to Member States for legal migration, but we will set up a framework, a framework that would allow us to match the skills of third-country workers and the needs of the EU labour market, all skill levels, and this would be a game-changer for Europe.

And if these doubters do not trust the Commission in affirming our intentions, let them discuss with market operators, with employers, with the forces of the vivid economy, of the living economy, and I am sure that they will get the same message. Thank you for your attention and your engagement, and congratulations to the rapporteur.

President. – Thank you, Vice-President, and indeed many of the Members of the ID Group left after they had their speech, which makes it a non-debate.

Nevertheless, the debate is closed.

The vote on the amendments will take place on Wednesday, 24 November 2021, and the final vote will take place on Thursday, 25 November 2021.

Written statements (Rule 171)

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – Le serpent de mer de l'immigration comme sésame face à la crise démographique et la stagnation économique est donc à nouveau à l'ordre du jour de cette session plénière. Passons sur le fait que le Parlement bafoue, une fois de plus, les aspirations de millions de citoyens, dont beaucoup estiment l'immigration excessive dans leur pays — c'est notamment le cas en France.

Il est aujourd'hui évident que le mantra immigrationniste se fonde sur des postulats erronés. D'une part, comment l'immigration pourrait-elle stimuler la croissance et l'emploi, quand on sait que les étrangers extra-européens sont davantage inactifs que les nationaux, en France ? Comment pourrait-elle fournir les talents dont nous manquerions, quand les immigrés qui arrivent en France sont essentiellement peu qualifiés ?

Les « gains économiques » escomptés sont purement théoriques. Ils sont contrebalancés, du reste, par l'impact social et culturel désastreux de l'immigration massive — impact que les Français ressentent déjà douloureusement. Impact également sur leurs salaires, puisque l'immigration exerce fatalement une pression à la baisse. L'Union européenne ne saurait éternellement aller à contre-courant de la volonté des peuples et, sur la question migratoire, elle s'inscrit particulièrement en faux avec elle.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – Polska uznaje potrzebę strategicznego podejścia do legalnej migracji ukierunkowanej na przyciągnięcie migrantów zarobkowych, którzy są niezbędni w Unii Europejskiej, aby uzupełnić niedobory siły roboczej. Podzielam opinię, że potrzeby unijnego rynku pracy i konkurencyjność UE w walce o talenty wymagają zintensyfikowania działań na rzecz przyciągania wysoko wykwalifikowanych pracowników z państw trzecich.

Nie może się to jednak odbywać kosztem destabilizacji systemów legalnej migracji oraz ograniczania kompetencji państw członkowskich w tym zakresie. Polska wspierała przyjęcie nowej dyrektywy w sprawie niebieskiej karty, trudno jednak dostrzec potrzeby harmonizacji warunków przyjmowania pracowników nisko i średnio wykwalifikowanych.

Jestem zdania, że obecne warunki uzyskania statusu rezydenta długoterminowego UE, jak również obecne wyłączenia z zakresu dyrektywy są odpowiednie. Podzielam opinię, iż nie ma pilnej potrzeby rewizji dyrektywy w sprawie rezydentów długoterminowych. W opinii Polski partnerstwa w zakresie talentów powinny być przede wszystkim rozwijane z państwami Bałkanów Zachodnich i Partnerstwa Wschodniego. Projektując programy partnerstwa, należy bazować na efektywnych mechanizmach gromadzących informacje o zapotrzebowaniu na zawody, kwalifikacje i umiejętności na poziomie krajowym i regionalnym.

Polska w ostatnich latach stała się krajem atrakcyjnym dla znacznej liczby imigrantów zarobkowych, zaś migracje zarobkowe stanowią istotny czynnik rozwoju społeczno-ekonomicznego Polski, zatem inicjatywy mające na celu usprawnianie przepływu bezpiecznej, legalnej imigracji są dla nas cenne.

Guido Reil (ID), *schriftlich*. – Wir diskutieren hier über legale Migration und Recht. Allein schon dieser Titel ist entlarvend. Wäre die Migration in die EU legal, bräuchten wir nicht darüber diskutieren, ob sie auch rechtmäßig ist. Was Sie nämlich eigentlich meinen, ist: Wie können Sie illegale Migration rechtmäßig machen? Wie können Sie schummeln und tricksen? Eigentlich ist das ein Skandal. Eigentlich müssten die Menschen empört sein und die Presse Rücktritte fordern. Aber die Menschen haben sich daran gewöhnt, dass Sie das Recht brechen. Sie sind müde und erschöpft. Das war Ihre Absicht und Ihr Spiel. Ich erinnere an Ihren Vorgänger und sein herausgerutschtes „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab. Wenn es kein großes Geschrei gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was wir beschlossen haben, machen wir weiter bis es kein Zurück mehr gibt.“ Genau da sind wir jetzt. Sie haben abgewartet. Es gab kein großes Geschrei, weil die meisten nicht begriffen haben, was Sie beschlossen haben und jetzt wollen Sie die Vorschriften und Gesetze dafür beschließen, dass es kein Zurück mehr geben wird. Sie wollen Unrecht in Recht umwandeln. Aber nicht mit der AfD und ganz sicher auch nicht mit mir!

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Haushaltsverfahren 2022 — gemeinsamer Entwurf (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Karlo Ressler and Damian Boeselager, on behalf of the European Parliament Delegation to the Budgetary Conciliation Committee, on the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2022 approved by the Conciliation Committee under the budgetary procedure (11352/2021 — C9-0353/2021 – 2021/0227(BUD)) (A9-0326/2021).

Johan Van Overtveldt, voorzitter BUDG. – Voorzitter, het bereikte budgetakkoord voor 2022 kan niet los gezien worden van de versterking die NextGenerationEU biedt. Naast de 169,5 miljard vastleggingen uit het reguliere budget, zijn er nog eens 143 miljard aan subsidies/giften afkomstig uit het herstelplan. Daarnaast is er natuurlijk ook de mogelijkheid voor de lidstaten om leningen aan te gaan. De begroting voor volgend jaar staat dus voluit in het teken van het streven naar een krachtig economisch herstel.

Daarbij verliezen we de realiteit niet uit het oog. De COVID-19-pandemie is nog altijd niet bedwongen en ook de EU zal middelen moeten blijven inzetten. Het Parlement heeft er tijdens de onderhandelingen voortdurend op aangedrongen de onderzoeksinspanningen van de EU op het vlak van gezondheid op te drijven. Op ons verzoek is voorzien in 75 miljoen EUR extra. Daarnaast is er ook de EU-steun voor de gezondheidszorg binnen en buiten de lidstaten, onder meer wanneer het gaat over vaccinatie.

Het begrip gezondheid moet ook breder gedefinieerd worden. We kijken ook naar de gezondheid van onze ondernemingen en onze samenleving. Via het herstelplan hopen we de nodige hervormingen in de lidstaten een duw in de rug te geven. Structurele, blijvende hervormingen zijn absoluut nodig teneinde het economisch groeipotentieel duurzaam te versterken. Ook het EU-budget kan hiertoe bijdragen via de uitgaven, vooral op het vlak van onderzoek en ontwikkeling. Ze zijn de sleutel voor de modernisering van onze economieën. Ze zijn een investering in onze gemeenschappelijke toekomst. Het zijn uitgaven die grotendeels best op EU-vlak kunnen gebeuren omwille van de evidente schaalvoordelen.

Er werd ook in broodnodige verhogingen voorzien, zodat de EU een antwoord kan bieden op een aantal bijzondere uitdagingen die ons de komende tijd nog wachten. Maar ik zou ook uitdrukkelijk willen pleiten voor meer solidariteit wanneer het gaat over de versterking van onze buitengrenzen. Het zijn de landen aan onze buitengrenzen die de meeste offers brengen om ervoor te zorgen dat we in de Unie als geheel beschermd zijn. Laten we hen dus ook met daden bijstaan om het nodige te doen. Daarom ben ik ook tevreden dat de begroting voor 2022 voorziet in een verhoging van het instrument voor grensbeheer en visa, namelijk met een toewijzing van 25 miljoen EUR voor de bestrijding van de migratiecrisis aan de grenzen met Wit-Rusland, een dictatoriaal regime dat die migratiecrisis op schandelijke wijze misbruikt. Wat mij betreft is dat maar een begin. Het is wettelijk toegestaan om deze EU-middelen aan te wenden voor de opbouw en het onderhoud van een barrière aan onze buitengrenzen. Het lijkt me dan ook aangewezen om hier in ieders belang werk van te maken.

Karlo Ressler, rapporteur. – Mr President, after several months of formal and informal talks and then the very intense conciliation period, I'm really delighted that we have the Budget Act, which is the basis of the financing for all the European programmes and agencies in the next year. Over the course of this year we have echoed a number of political commitments to direct the budget towards a real, tangible instrument tailored to support businesses, regions and generations of citizens. The objective was clear: deliver a strong recovery budget in a year when it is the first time that the annual budget is significantly complemented by the Recovery Investment Plan.

In this context, I would really like to thank the Parliament delegation, including the shadow rapporteurs and the negotiating team, and also the specialised committees, but also the Commission and the Council Presidency.

Parliament defended its priorities and secured significant increases in key programmes. An increase of EUR 100 million for Horizon Europe will strengthen research and innovation, and support for small and medium enterprises, with a special allocation for tourism, will speed up the recovery. Reinforcement in the LIFE programme will help to achieve a sustainable and energy-efficient economy, and additional funds for Erasmus+ will provide thousands of new opportunities for young people. Increase in EU4Health will enable us to better tackle cross-border health threats, and more resources for the Asylum and Migration Fund, but also for a border and visa management instrument, will help us tackle escalating migratory challenges at our external borders.

It was impossible for us to ignore other global developments such as the humanitarian crisis and the need to fight the pandemic outside of Europe as well. Reinforcements in the Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument (NDICI) and humanitarian aid will provide necessary funds to tackle these emerging challenges.

It has been evident throughout the negotiations that there will be strong pressure on the budget in the coming years because of a number of competing challenges, especially in the external dimension of EU policies. It was impossible to solve this throughout the annual budgetary procedure, as, similarly, it was impossible to commit on the financing costs of the recovery instrument in the coming years. This is something that will obviously have to be discussed next year as well.

Dear colleagues, the outcome of conciliation is a clear success. There is an increase of almost EUR 500 million above the draft budget for recovery, for research, for health and for other Parliament priorities. This would really not be possible without your support and valuable input and once again I really want to thank you all for this.

Damian Boeselager, *rapporteur*. – Mr President, for the third year in a row now, I was locked away on a rainy November weekend with my colleagues and with the national diplomats to battle over the annual budget, while surviving on very bad sandwiches and bad coffee. For the third year in a row, I have left these negotiations with a curious realisation. Some EU capitals fundamentally reduce these negotiations to how much they have to pay and seem very often to disregard what they actually get for it, their return on investment.

In light of this, it may be worth going back to why we actually have a European Union budget. We have it because, some time ago, Presidents and Prime Ministers made a confession, collectively, rationally and out of political self-interest. They made the confession that, in the past, conflicting national interests have led us to radicalisation and, ultimately, war. They made the confession that every nation, however grand and historically powerful, is too small to tackle the issues of our time alone. I would say they made the confession that all our individual nations lost part of their sovereignty exactly because, alone, they cannot safeguard or represent their citizens' rights when it comes to climate change, healthcare, rising energy prices, leadership and research, global trade, national security and so many other fields which we see represented in our budget. This is why we have a common European budget, and this is why we have a common European institution that helps us thrive and regain some of the sovereignty that our individual nation states have lost.

But let's get back to the content of next year's budget. From Parliament's side, the final outcome, as Karlo Ressler has said, is a success. We have barely ever seen such a focused budget underlining our priorities, be it in the fight against climate change, in our solidarity via vaccination campaigns and in supporting our research excellence, just to name a couple of examples. So big congratulations to Karlo and all his colleagues and shadow rapporteurs for the great work.

On my side of the table, when it comes to strengthening the institutions of the European Union, I believe we have also achieved quite a lot. First of all, this is true for the European Court of Justice. Justice is always on the side of the weak and the persecuted. Strengthening the Court with additional staff and funds therefore means safeguarding the weakest in our societies against those abusing positions of power, and that is always worth it. Second, we were able to reinforce the Court of Auditors to scrutinise the correct spending of the billions flowing by the European Recovery Instrument. A common responsibility requires hard checks and balances, and the Court is crucial in this regard. Third, I'm also very happy that we were able to reinforce the capacities of Parliament, of this House. After years of increased workload, we have finally managed to strengthen our core legislative capacities, which will improve the quality of legislation for all European citizens.

Let me close by thanking the Council Presidency for their fair negotiations and the Commissioner for very creative solutions, Karlo for the great collaboration, Johan for the calm advice, and my shadows for the continuous support throughout the negotiations, but also to my team – Caroline, Zita and Johannes – for their hard work over the last year.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, Commissioner Hahn, it is my pleasure to attend today's European Parliament debate on the general budget of the European Union for the financial year 2022.

I would like to express the Council's satisfaction that we were able to reach an agreement in the Conciliation Committee in the last minute of 15 November, the last day of the conciliation period, after long and intense discussion. The positive outcome of the negotiation shows that our three institutions can work efficiently and in a spirit of good cooperation. Together, we negotiated a budget for 2022 which responds to today's concerns and tomorrow's needs of our citizens.

The European Parliament and the Council have worked hard to find a solution that will equip the Union for the challenges of the second year of the multiannual financial framework. The deal we reached reflects our common priorities: economic recovery in the aftermath of the COVID-19 pandemic; the fight against climate change; and the green and digital transition. It also leaves enough resources under the expenditure ceilings of the 2021-2027 multiannual financial framework to allow the EU to react to unforeseeable needs and events.

In our official meetings in the course of the year, as well as during our informal contacts, I appreciated very much the positive atmosphere that prevailed in our talks. Both sides of the table were ready to engage constructively to reach an agreement to reframe the discussion around our shared interest and come up with a solution. I am glad to inform you that after the successful outcome of the Conciliation Committee on 15 November, the joint text was formally approved by the Council earlier today by unanimity.

The Council expects the European Parliament to also approve the joint text tomorrow. The general budget for the financial year 2022 will then be adopted within the deadlines foreseen by the Treaty.

Coming to the end of my intervention, I would like to thank the Chairman of the European Parliament's Committee on Budgets, Johan Van Overtveldt, and the rapporteurs, Karlo Ressler and Damian Boeselager, for their good cooperation over the last weeks and months. Your hard work and enthusiasm can be highly commended. I would also like to extend my special thanks to you, Johannes, for your contribution to facilitating our negotiation.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, I should in particular like to thank the rapporteurs and shadow rapporteurs, as well as the Chair of the Committee on Budgets Johan Van Overtveldt. Minister, please also convey my thanks to Irena Drmaž, the Minister-delegate for the EU budget, for her valuable contributions. Of course, I also want to team up with all of those who welcome the agreement on the 2022 budget reached by the Conciliation Committee indeed just seconds before midnight, but this is not unusual, so this is our joint achievement.

I am pleased that we can send the reassuring message to the citizens of Europe that the European Union's budget will allow the Union indeed to mobilise significant funds for a continued EU response to the coronavirus pandemic and its consequences. It was already explained by Johan Van Overtveldt that it is not only the core MFF, but also NextGenerationEU, where the size is even bigger than the core MFF at least for next year. So this enables us to kick-start a sustainable recovery and to protect and create jobs. It will trigger further investments into a greener, more digital, more resilient Europe, while protecting indeed the most vulnerable in its neighbourhood and around the world.

The initial positions were quite far apart when we started the negotiations. Therefore, it's not surprising that it was not easy to reconcile them but I appreciate that all parties acted responsibly and made the necessary concessions in order to have finally indeed a solid agreement on time. Therefore, I would like to thank the European Parliament, especially the Committee on Budgets and all the specialised committees, for the intensive work on the Commission's proposal for the draft budget 2022, and on behalf of the Commission in particular, I would like to thank the Chair, Johan Van Overtveldt, and both rapporteurs, Karlo Ressler and Damian Boeselager, for their cooperation and willingness to keep the general interests of the European Union and its citizens as the ultimate objective. But I would also like to include in this your teams, but also the other colleagues of the committee, because I could witness that some discussions took some time to arrive finally at a good result. And in this vein, I also would like to thank again the Slovenian Presidency, in particular Irena Drmaž for her constructive approach during these negotiations. Please convey again my thanks to her.

These negotiations were not always in a very perfect environment on the Council side, if I may say it in that respect, but finally, we could get an agreement. And again, all this has shown that the institutions are finally able to strike a compromise which is clearly, so to say, the best of European culture to arrive finally at an agreement, and it is always for the benefit of the Union and its citizens.

Finally, yet importantly, let me also use this opportunity to thank my colleagues in the Commission's Directorate-General for Budgets for the continuous work on the file during the last months. The work on the annual budget, for instance for 2023, has actually already started so this is not something which starts somewhere in summer, but on the staff side it starts actually towards the end of the year before the year of the new budget. This is why I really would like to thank them. May I also say that contrary to what some may believe, it was also thanks to the Commission's honest-broker position that we have this really good compromise, and I am grateful to hear that this is now also recognised by you.

A few details on the agreement – not everything which is in my briefing in order not to waste too much time, but I think it's again important to highlight that the overall level of commitment appropriations in 2022 is set at EUR 169.5 billion and this is an increase of 1.6% compared to 2021. The overall level of payment appropriations in the 2022 budget is set at EUR 170.6 billion. This is an increase of 1.5% compared to 2021, and it's for the second time in a row that we have budgetised more payment appropriations than commitment appropriations, which again is a signal that the whole recovery is picking up and we receive and we expect more payment appropriations in the days and months to come.

Maybe a few comments, because also following the previous point on the agenda, under heading 4, additional amounts were agreed for the Asylum Migration and Integration Fund. EUR 20 million will finance particularly resettlement of Afghan refugees, and also the Integrated Border Management Fund was increased by EUR 25 million to finance the measures at the border with Belarus.

Heading 6 was of course the most sensitive and difficult one, given all the new emergencies and continued needs in the partner countries. It's particularly important that a significant increase, EUR 190 million, was agreed for the NDICI Global Europe, mainly to fight the coronavirus pandemic globally, but also to support the eastern and southern neighbourhood in Central Asia. I fully agree with Johan that we have to see the health dimension, and I think Karlo also mentioned it, in a broader context in order really to extinguish this pandemic. And therefore also humanitarian aid has been increased substantially by EUR 211 million. This will also enable the Union to show more solidarity with the Member States suffering from natural disasters in 2021, as this increase of humanitarian aid will free resources under the solidarity and the emergency aid reserve.

Finally, there was a package and there is a package of 56 pilot projects and preparatory actions of the European Parliament for a total amount of almost EUR 90 million in commitment appropriations. I think they are very interesting, valuable projects, and I'm keen to see how they are implemented and what are the effects.

Finally, I am convinced that this overall budget enables us to deliver on our citizens' expectations, indeed to support again the recovery from the pandemic, but again, it's not only to support the recovery, but to make Europe more resilient, more competitive, more ready to weather future potential crises, but also to become more competitive on a global scale. I think with this we have prepared the ground, and I think we can be proud together about the achievements.

Niclas Herbst, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Europäische Union muss mehr sein als eine Geldverteilungsmaschine. Deshalb ist es unsere Aufgabe hier im Parlament, für den europäischen Mehrwert zu streiten, und unser Ausschussvorsitzender hat dazu Einiges gesagt, und es ist uns gelungen.

Ich möchte mich bei all denen bedanken, die dafür gekämpft haben: *EU4Health*, *Horizon* ganz besonders, *rescEU* und *Erasmus+* wurden genannt. Und die Kehrseite dieser Medaille ist die Kontrolle, denn nicht nur der Mehrwert ist wichtig, sondern auch der Einsatz. Es ist uns im Bereich *Heading 7* gelungen, zum Beispiel den *European Court of Auditors* zu stärken, auch den Europäischen Staatsanwalt. Das ist die Kehrseite der Medaille, die sehr, sehr wichtig ist. Aber das gilt für alle Institutionen, auch für uns.

Auch wir haben hier eine besondere Aufgabe, und das dürfen wir auch selbstbewusst sagen: Das muss sich auch im Budget widerspiegeln. Insgesamt hat sich gezeigt, dass auch die anderen Institutionen ein starkes Parlament brauchen und sich das offensichtlich auch wünschen und uns auch herausfordern. Diesen Wunsch werden wir auch im nächsten Jahr bei den nächsten Verhandlungen als selbstbewusstes Parlament erfüllen können.

Victor Negrescu, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, next year's European budget is crucial for the success of the Multiannual Financial Framework. Its implementation will enable us to meet the European targets. Therefore, the S&D Group in the European Parliament called for an ambitious EU budget, supporting a strong social recovery. And we delivered, with EUR 479.4 million added to the 2022 budget at the request of the European Parliament.

That means more funds for health, for education, for the environment, for SMEs, for tourism, for social policies, for internal and external solidarity. The Parliament stood united in the negotiations with the Council despite some difficult moments.

But the debate is not over; we still believe more could be done, and are calling for the full implementation of the MFF and the recovery plans, using any unspent resources, savings or available decommitments. Funds should be used to make sure no-one stays behind, like it is the case for the European Child Guarantee.

Our group is particularly supportive of the EUR 211 million directed to the European Solidarity Fund, the resources target in the European Year of Youth, and those addressing social policies and rights.

For my country, it is important to make sure that the additional EUR 86 million for health, EUR 30 million for SMEs, and EUR 35 million for education also reach Romania, and contribute to reducing regional disparities.

From the European Parliament, we will supervise the implementation of the budget and make sure the funds are spent in the interests of European citizens.

Nicolae Ștefănuță, *în numele grupului Renew*. – Domnule președinte, domnule comisar, o jumătate de miliard de euro în plus la bugetul Uniunii Europene – atât am obținut, ca Parlament, în 2022. Parlamentul European a fost unit, ceea ce ne-a făcut mai puternici, așa că vreau să-i mulțumesc lui Karlo, lui Johan, lui Henrike, lui Damian, tuturor celor care au făcut o echipă puternică anul acesta.

De fapt, acestea sunt investiții, nu sunt bani care cad din cer. Fiecare euro, de exemplu, care merge spre EPPO înseamnă milioane de euro care sunt recuperate la bugetul Uniunii Europene. Dau un mesaj foarte clar celor care au idei ilicite cu banii europeni. Jos mâna de pe fondurile copiilor noștri, pentru că aici sunt și banii lor, pentru că am împrumutat prin programul NextGeneration și nimeni nu ia banii copilului meu.

Fiecare euro care merge spre Erasmus se întoarce însutit înspre Europa, pentru că un om educat este un om extrem de valoros pentru viitorul nostru și noi avem o datorie foarte mare pentru tinerii greu încercați de criza COVID-19. Renew s-a mai bătut pentru ceva: pentru sănătate și ajutor în pandemie pentru țările cele mai sărace. Aproape un miliard și jumătate în plus au adus aceste negocieri pentru vaccinarea internațională. Pentru că avem curajul să vorbim de sfârșitul pandemiei și sfârșitul pandemiei nu poate trece doar prin lumea celor bogați, ci trebuie să treacă și prin a celor săraci.

Domnule comisar, bugetul nu sunt doar banii din el, bugetul este realitatea din spatele vorbelor, expresia în cifre a moralei noastre europene. Și data viitoare aș dori să văd Comisia și mai aproape de Parlament pentru că avem aceleași scopuri.

Henrike Hahn, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, tell me what you spend your money on and I will tell you who you are. We all know that government spending reveals what politics stand for, and this is true at EU level as well.

In times of the challenging COVID crisis, we have to fight against climate change and for biodiversity. Therefore our Green priorities for the EU 2022 budget are climate protection, biodiversity, and research and development. Many of our priority programmes received top-ups against a Council who wanted to cut many programmes in this area. The final level of commitment appropriations negotiated for the 2022 budget is set at close to EUR 170 billion. This means that, for 2022, we as the European Parliament were able to achieve close to EUR 480 million more than proposed by the Commission, and for our Green number-one priority, the climate and biodiversity programme LIFE, we achieved an EUR 47.5 million top-up. For the research programme Horizon Europe, we secured an increase of EUR 100 million to boost innovation and to facilitate green transition.

We have good results as well on COVAX and our targeted programmes like Erasmus+, EU4Health, Creative Europe, Daphne and the foreign policy programme NDICI. As parliamentarians, we can be proud of our compromises. Nevertheless, it's clear that we have to fight even more ambitiously for the climate and the environment in the 2023 EU budget. The money we spend in the EU shows very clearly how seriously we take the Green Deal and the Paris climate goals.

Hélène Laporte, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, le budget 2022 est un révélateur des trop nombreuses contradictions de l'Union européenne. Le discours officiel de l'Union européenne, qui martèle un renforcement des contrôles aux frontières européennes, est en contradiction avec une baisse de 65 millions d'euros du budget de l'agence Frontex par rapport à la dernière proposition.

Les événements en Pologne doivent nous rappeler que le budget de Frontex est notre unique rempart contre l'immigration illégale et que d'autres crises migratoires sont à prévoir avec les nouvelles menaces hybrides. La sécurité de tous doit prévaloir.

Ensuite, l'augmentation de 20 millions d'euros du Fonds asile et migration afin de réinstaller les réfugiés afghans sur le sol européen démontre la volonté de Bruxelles de pérenniser une voie de migration légale entre l'Afghanistan et l'Union européenne.

D'un point de vue plus général, je constate avec inquiétude que le rôle du Parlement se limite d'une façon croissante à un simple droit d'être informé à cause du recours à l'article 122 du TFUE, créant ainsi des mécanismes et des organes nouveaux. Trop d'instruments ont été mis en place sous la forme de recettes affectées externes, et donc en dehors de la procédure budgétaire, comme le programme NextGenerationEU, la facilité en faveur des réfugiés en Turquie ou les contrats liés au vaccin contre la COVID-19.

Enfin, concernant les deux budgets rectificatifs votés cette semaine, je souhaiterais mettre la Commission face à ses responsabilités quant aux transferts mensuels en espèces qui ne permettent aucune traçabilité des fonds alloués à plus de 1,8 million de réfugiés en Turquie, alors même que la Cour des comptes européenne a jugé, je cite, que les projets d'aide humanitaire, notamment ceux relatifs à l'aide en espèces, pourraient être rendus plus efficaces.

De plus, j'aimerais alerter sur la forme de cynisme dont fait preuve la Commission en donnant des doses de vaccins AstraZeneca à des populations extra-européennes qui sont souvent jeunes, alors que ce même vaccin est déconseillé pour les jeunes Européens d'un point de vue médical.

Bogdan Rzońca, *w imieniu grupy ECR.* – Panie Przewodniczący! Zacznę od podziękowań dla kolegów posłów sprawozdawców za ciężką pracę, dla pana przewodniczącego Komisji Budżetowej, dla pana Komisarza. Rzeczywiście pracowaliśmy w dzień i w nocy i efekt jest. Cieszymy się, że Parlament Europejski dostarczył nowych środków na projekt, który przygotowała Komisja Europejska. Te 479 milionów euro naprawdę zostało sensownie rozdysponowane, bo i na Erasmus – skorzystają zatem naukowcy, profesorowie i młodzież – i na horyzont Europa, i również, rzeczywiście, na zdrowie. Program LIFT został wzmocniony i to co też jest ważne, spotykają Unię Europejską i państwa w Unii Europejskiej różnego rodzaju klęski, więc cieszymy się również z tego zwiększenia o 211 mln euro na pomoc humanitarną.

Takie akcje Unii Europejskiej budują solidarność europejską i wszyscy, kiedy jest potrzeba tej pomocy, udzielamy jej sobie nawzajem. Chciałbym też bardzo serdecznie podziękować w imieniu Polski i Polaków za dostrzeżenie problemu związanego z bezpieczeństwem granic Polski i Unii Europejskiej. Chodzi o konflikt, który wywołała Rosja wraz z Białorusią na granicy wschodniej. Ta nowa linia, powiedzmy sobie, finansowa, mówiąca o 25 milionach euro na zabezpieczenie granic zewnętrznych, to naprawdę dobra wiadomość dla Polski, dla Unii Europejskiej i takie informacje budują naszą wspólną solidarność europejską. W imieniu Polski i Polaków bardzo dziękuję za taką propozycję.

Δημήτριος Παπαδημούλης, Εξ ονόματος της ομάδας *The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, με μια σκληρή προσπάθεια και επειδή ήταν και ενωμένο, κατάφερε σημαντικές βελτιώσεις στο σχέδιο προϋπολογισμού που παρουσίασε το Συμβούλιο με πάρα πολλές, αδικαιολόγητα σκληρές περικοπές. Αλλά πρέπει να επιδιώξουμε ακόμη καλύτερα αποτελέσματα στον προϋπολογισμό του 2023 και πρέπει να καταλάβετε, κύριοι του Συμβουλίου και κύριοι της Επιτροπής, ότι δεν μπορούμε να πετύχουμε τους στόχους που εσείς θέτετε, όχι τα περισσότερα που ζητά το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο με έναν προϋπολογισμό της τάξης του 1 % του ευρωπαϊκού ΑΕΠ. Χρειαζόμαστε έναν ισχυρότερο προϋπολογισμό με ισχυρότερους ιδίους πόρους, όπως ζητά ενωμένο το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο από την Αριστερά μέχρι την κοινοβουλευτική Κεντροδεξιά. Πρέπει και εμείς, που είμαστε ικανοποιημένοι για τις βελτιώσεις που πετύχαμε, να δούμε και ότι το Συμβούλιο, με τη βοήθεια της Επιτροπής, που δεν ήταν για μια ακόμη φορά ο «honest broker», όπως αυτοχαρακτηρίζεται, περιόρισε τους στόχους μας. Ζητούσαμε για το EU4Health 80 εκατομμύρια και πήραμε 51. Για την καινοτομία, μέσω του Horizon πήραμε τρεις φορές λιγότερα από αυτά που διεκδικούσαμε. Το ίδιο και για το LIFE: τέσσερις φορές λιγότερα από αυτά που διεκδικούσαμε. Για το δε άσυλο και τη μετανάστευση από τα 85,5 μόλις 20 εκατομμύρια ευρώ. Είμαστε, λοιπόν, ικανοποιημένοι για αυτά που πετύχαμε. Ας μην πανηγυρίζουμε όμως, γιατί μας περιμένουν δύσκολες διαπραγματεύσεις και στο μέλλον.

Andor Deli (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Biztos Úr! Először is szeretnék gratulálni az EP és a Tanács tárgyalóinak, hogy sikerült időben megállapodniuk a 22-es uniós költségvetésről. Számomra különösen fontos, hogy a regionális fejlesztések és a Közös Agrárpolitika kiadásainál a kezdetektől fogva egyetértés volt, és 22-re megfelelő szintű források kerültek elfogadásra. 22 várhatóan rekordév lesz a kifizetések tekintetében, hiszen a tagállamok részére két év alatt még 150 milliárd eurót kell kifizetni a 14-es és a 20-as időszak kereteiből is, és további támogatást fognak jelenteni a Helyreállítási Alapból származó juttatások.

Abban egyetértünk, hogy elengedhetetlen a tagállamok gazdaságainak támogatása, segítése egy ilyen nehéz időszakban, de a magyar és a lengyel helyreállítási tervek jóváhagyásának további halogatása meg fogja bontani az uniós belső piac egyensúlyát azok között, akik már megkapták a támogatást, és akik még nem. Ezzel sérülni fog az egyenlő versenyhelyzet biztosítása. A Bizottság pedig nem tesz eleget azon fő feladatának, hogy védelmezze ezt az alapelvet. A magyar és a lengyel gazdasági szereplők szándékos politikai célú diszkriminációja számunkra elfogadhatatlan.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, Caro Comissário, Caras e Caros Colegas, este é um orçamento que ajuda ao crescimento, à recuperação, ao aumento da competitividade e da produtividade e que nos ajuda a vencer os desafios que temos pela frente.

Em boa hora, o Parlamento conseguiu reforçar os montantes para a saúde dos cidadãos, para combatermos a pandemia, para reforçar os programas para as pequenas e médias empresas, para reforçar essa competitividade e produtividade de que se falava, sem nunca esquecer a coesão territorial económica e social, ou seja, a solidariedade interna na União Europeia, mas também a solidariedade externa da União Europeia e a ajuda ao desenvolvimento. A ajuda humanitária está bem presente neste orçamento de 2022.

Os Estados-Membros têm agora à sua disposição recursos suficientes e é necessário que sejam bem utilizados, que sejam bem geridos. Os Estados-Membros ainda têm o Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020 e têm agora o Quadro Financeiro Plurianual 2021-2027, para além dos montantes que estão presentes nos planos de recuperação e resiliência.

Espero que estejam à altura dos desafios e das exigências dos cidadãos europeus.

Nils Ušakovs (S&D). – Mr President, (*inaudible*) keep on addressing me with one question. How come that EU money is used to buy a new piano for almost EUR 200 000 for the Presidential Palace, at a time when, for example, healthcare or education are still under-financed? Quite a few Latvians also believe EU money is used to pay for increases in salaries for ministers.

This House did a great job achieving an ambitious EU budget 2022 that covers various financial needs across the continent and also serves as an example for at least some Member States. Just some figures from the new budget: an additional EUR 86 million for healthcare, EUR 35 million for education, EUR 47 million for the environment, and it's a clear message for Latvians and all Europeans, your healthcare and education systems can always rely on support from the Union, but there will never be any money from the EU for pianos or salaries for national ministers.

Thank you, and a special thank you to colleagues, Karlo, Damian, Johan, Commissioner Hahn and the Council.

Olivier Chastel (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, très chers collègues, en plus des propositions initiales de la Commission, nous avons donc obtenu pour 2022 des investissements supplémentaires de près de 500 millions d'euros pour réaliser les priorités politiques de notre Parlement. Je pense à la recherche, à notre jeunesse, aux PME et à la transition verte et numérique, à la dimension sanitaire, en ce compris l'effort mondial de vaccination, à la cohésion interne, à la solidarité externe et au respect de l'état de droit.

Ce résultat exceptionnel, nous le devons à un Parlement européen uni, à la cohésion de l'ensemble des groupes politiques qui œuvrent au quotidien aux côtés de nos concitoyens. Et avec un budget de 169,5 milliards d'euros et plus de 140 milliards en prêts et en dons dans le cadre de NextGenerationEU pour soutenir la reprise en 2022, nous aurons besoin d'un contrôle budgétaire renforcé.

C'est pourquoi j'ai tout particulièrement veillé à ce que les institutions, comme la Cour des comptes ou le Parquet européen, soient dotées de moyens suffisants, financièrement et en capacités, pour assumer pleinement leurs missions en renforçant ainsi le contrôle des dépenses. Nous nous assurerons que l'argent du contribuable est effectivement utilisé à la réalisation des politiques d'intérêt général qui sont le reflet de celles mises en œuvre par nos gouvernements.

Siegfried Mureșan (PPE). – Mr President, the budget is one of the most important tools that we have to serve the citizens. At local level, at regional level, at national and at European level, the budget is the expression of our political priorities. With the budget of the European Union, we basically tell the people in which direction we intend to take the European Union next year, in the year 2022.

With this budget, we are going to strengthen the Union to better cope with the pandemic. We are going to invest in health. We are going to make the European Union more innovative by investing in research and innovation. We are going to do more for young people. We have strengthened the Erasmus programme because we know that international exchange improves your chances to find a better job not only abroad, but also upon your return, at home.

We are also strengthening small and medium-sized enterprises. We are making the European Union ready for the future. We also have available the money to pay the bills, and we are strengthening the European Public Prosecutor's Office and the European Court of Auditors, because the Union will spend more money than ever in the next years and we need to tackle fraud, irregularities and corruption wherever it occurs.

Congratulations to the rapporteurs, thank you and well done!

Valérie Hayer (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, l'adoption du budget cette année a un parfum de victoire, celle d'avoir pu dégager 1,4 milliard d'euros supplémentaires pour la vaccination dans les pays les plus défavorisés. Pourtant, ça ne s'est pas fait sans mal. Comme chaque année, les États se sont retrouvés à la table des négociations avec leurs contraintes budgétaires nationales et des demandes de coupes sur la santé, sur la protection de l'environnement, sur l'aide au développement.

C'est pourquoi je me permets de rappeler ici que les États sont aussi tenus de défendre les intérêts de l'ensemble des Européens. Ce n'est pas le seul job des députés européens. Il est donc urgent de changer de logiciel. Et cet appel s'adresse aussi à la Commission, Monsieur le Commissaire.

Chers collègues, cette année marque une nouvelle victoire. Et l'année prochaine, c'est au tour de Renew. Soyez assurés que nous négocierons encore plus fermement pour une Europe qui respecte ses engagements et qui y met les moyens qu'il faut. Je tiens vraiment à remercier l'ensemble des rapporteurs et des équipes engagées sur ces négociations.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Porozumienie budżetowe to dobra wiadomość dla Europy pogrążonej w pandemii. Procedura koncyliacji nie odbiegała od rutyny lat ubiegłych – dramatyczne rozejście się w piątek, porozumienie w ostatnim dniu koncyliacji, czyli w poniedziałek. To jest *business as usual*.

To, co nowe, kryje się w treści tego budżetu. Wprawdzie już w tym roku płyną zaliczki z planu odbudowy do wielu krajów. Znak zapytania jest nad dwoma *troublemakers*, czyli Polską i Węgry, ale budżet na rok 2022 jest rzeczywiście pierwszym, który ma solidne zasilenie z NextGenerationEU. I tym większa jego wartość, tym większe uznanie dla naszych sprawozdawców, czyli Karlo i Damiana, oraz dla wszystkich innych uczestników tej koncyliacji. Nic więcej nie można powiedzieć w ciągu jednej minuty.

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Bardzo często zastanawiamy się nad tym, czy obywatele Unii Europejskiej rzeczywiście rozumieją, na czym polega budżet. I w gruncie rzeczy dla nas jest ważne, jaki przekaz idzie do mieszkańców w sytuacji bardzo trudnej. Przecież tak naprawdę bardzo wielu ludzi nie zastanawia się nad złożonością budżetu, tylko zadaje sobie bardzo proste pytania: czy będą pieniądze czy nie? Czy będzie budżet czy nie? Czy doszli do porozumienia czy nie? I to jest najważniejszy przekaz, że Parlament Europejski razem z Radą doszedł do porozumienia przy silnej pomocy Komisji. To jest najważniejsze.

I drugie pytanie, które zawsze pada: a na co będą pieniądze? Czy będą pieniądze na ochronę zdrowia? Czy będą pieniądze na ochronę granic? To są pytania, które ludzie zadają. Dzisiaj możemy powiedzieć, że zrobiliśmy wszystko żeby odpowiedzieć na te pytania twierdząco i zobaczymy jak to będzie wyglądało w następnych latach.

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, Herr Minister, Mitglieder des Parlaments! Ich möchte mich noch einmal bedanken, auch für die heutige Diskussion, für Ihren Einsatz, und möchte Ihnen auch ganz herzlich zu dem Verhandlungsergebnis gratulieren – da spreche ich jetzt das Parlament an. Denn wenn Sie vergleichen, was Sie in den Vorjahren an zusätzlichen Mitteln erreicht haben, so ist dieses Ergebnis ein ganz besonderes, nämlich fast 500 Millionen mehr.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen und Sie bitten, Überlegungen anzustellen. Nach dem Beschluss über das Budget 2022 ist vor den Verhandlungen für das Budget 2023. Und wenn wir uns die Dinge anschauen, dann sind diese fast 500 Millionen eine beachtliche Summe, sie stellen allerdings nur 0,3 % des Gesamtbudgets dar. Und mit diesen 500 Millionen wurden über 20 Budgetlinien – wie es so schön heißt – verstärkt. Aber wenn Sie sich die einzelnen Zahlen anschauen, dann sind wir bei den Verstärkungen im kleinen einstelligen Prozentbereich. Wir haben in einem Bereich eine signifikante Veränderung, und das ist Entwicklungshilfe mit über 13 %, und gleichzeitig auch die Stärkung des Solidaritätsfonds.

Was ich Sie bitte zu überlegen, ist, ob wir uns bei den Verhandlungen für das nächste Jahr nicht gemeinsam überlegen sollten, was an Adaptionen des Budgets im Rahmen des siebenjährigen Haushaltes auf Grund aktueller Entwicklungen wirklich dringlich erforderlich ist, und dass wir in ein, zwei Bereichen wirklich versuchen, die Mittel zu konzentrieren und dort einen echten Effekt zu erzielen, weil wir den brauchen, dass wir aber nicht – sage ich ganz offen – 20, 25 Budgetlinien verstärken, wo sich natürlich jeder wiederfindet, wo aber auch die Frage gestellt werden muss, wie effektiv diese Verstärkungen letztlich sind.

Ich glaube, wir könnten viel mehr gemeinsam erreichen, wenn wir auf jene Bedürfnisse und Notwendigkeiten reagieren, die sich im Zuge der Budgetverhandlungen 2023, im Herbst nächsten Jahres, als potenzielle Notwendigkeiten für das Jahr 2023 abzeichnen. Ich glaube, das würde einen wirklichen europäischen Mehrwert generieren und ist vielleicht eine Überlegung wert. Wenn ich einen meiner Vorgänger – Janusz Lewandowski – anschau: Ich nehme an, du hast ähnliche Überlegungen zu deiner Zeit gehabt. Es ist eine Reflexion.

Nochmals herzliche Gratulation! Ich glaube, gemeinsam wurde Vieles erreicht. Trotzdem ist es erlaubt, darüber nachzudenken, ob die Mittel, die hier gemeinsam verstärkt werden konnten, ob Ähnliches mit einer anderen Art der Verteilung nicht vielleicht doch noch deutlich effektiver sein kann. Aber nochmals vielen herzlichen Dank für Ihr gemeinsames Engagement, auch an den Rat, für all diese Bemühungen. Aber denken wir darüber nach, wie vielleicht die Budgetplanung und die Budgetbeschlussfassung mit den entsprechenden Konsequenzen in der Tat in der Zukunft erfolgreicher oder effektiver – muss man sagen – sein könnte!

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Spoštovani predsedujoči, spoštovane poslanke in poslanci, komisar Hahn, gospodje in gospe. Naj se zahvalim za današnjo izmenjavo mnenj. Mislim, da smo si edini, da je soglasje treh evropskih institucij vedno dobro sporočilo. In pokazalo se je, da smo združeni v naši zavezanosti, da bi v korist vseh državljank in državljanov Evropske unije ustvarili boljšo skupnost.

Dogovor o proračunu za leto 2022 je uravnotežen kompromis, ki Uniji omogoča, da ustrezno financira svoje različne prednostne naloge in ukrepe, ki hkrati povečuje sredstva za strateške programe in pušča manevrski prostor za odzivanje v času nepredvidljivih okoliščin oziroma za nepredvidljive potrebe.

Praktično vsi ste v današnji razpravi izpostavili pomen tega skupnega soglasja in tudi, da je prišel v pravem trenutku. Naj torej v zaključku zaželim temu proračunu samo še to, da bo jutri uspešno prestal glasovanje v Evropskem parlamentu.

Johan Van Overtveldt, *voorzitter BUDG*. – Voorzitter, ter afsluiting van dit debat, het akkoord over het budget voor 2022 is in zijn geheel genomen een goed akkoord. Het komt tegemoet aan een aantal uitdagingen waar we de komende jaren mee te maken zullen krijgen, en zeker ook specifiek in 2022. Het komt daarmee ook tegemoet aan de verwachtingen die het Parlement het afgelopen jaar heeft geformuleerd. Er is reeds verschillende keren op gewezen: er is 500 miljoen EUR bijkomend binnengehaald. Ik heb aandachtig geluisterd naar de suggestie van commissaris Hahn om naar volgend jaar toe misschien meer doelgericht na te denken. Maar in ieder geval, de programma's waarin het geld nu terechtkomt, zijn in ieder geval programma's met een grote toegevoegde waarde: Horizon Europa, Health en andere (steun aan kmo's in het programma voor de eengemaakte markt bijvoorbeeld).

Let me conclude and first of all thank all the colleagues and their collaborators who made these negotiations a success for the Parliament. I was the first witness to see that they all worked very hard and that they were really up to the task.

Certainly my big and sincere congratulations to the two rapporteurs, Damian and Karlo. Karlo and Damian, two young guys – and this is a 60+ man who says this – who have been working very hard, who have been very eager to learn, who listened to me sometimes, to the other more seasoned colleagues, but who at the end of the day did a fantastic job as negotiators. I was really impressed and I'm not afraid to say that in public. Thank you very much. My sincere congratulations and that's it for me tonight.

President. – The debate is closed.

The vote will take place tomorrow.

(The sitting was suspended at 20.10.)

VORSITZ: KATARINA BARLEY*Vizepräsidentin***13. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 20.30 Uhr wieder aufgenommen.)***14. Multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der 12. WTO-Ministerkonferenz vom 30. November bis zum 3. Dezember 2021 in Genf (Aussprache)**

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu den multilateralen Verhandlungen im Vorfeld der 12. WTO-Ministerkonferenz vom 30. November bis zum 3. Dezember 2021 in Genf (2021/2769(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind wie bei früheren Tagungen Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich möchte Sie außerdem darauf hinweisen, dass Redebeiträge im Saal nach wie vor am zentralen Rednerpult gehalten werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, die Rednerliste im Auge zu behalten und sich zum Rednerpult zu begeben, wenn Ihr Redebeitrag ansteht.

Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the Commission. – Madam President, next week the twelfth Ministerial Conference of the World Trade Organization takes place in Geneva.

MC12 comes at a critical moment: it has the potential to put the WTO on the right reform path, while delivering good results in areas like trade and health, climate action, agriculture, and sustainable fishing. The EU is leading efforts from the front. We published a roadmap for WTO reform earlier this year, and we have worked tirelessly to build coalitions in support of our goals since then. I appreciate the consistent support of honourable Members on this strategic approach.

It is in the strong interest of the EU that we begin to deliver on this agenda. However, a week from MC12, the situation is both complex and challenging. Meaningful results are still attainable, with landing zones on some multilateral files emerging, notably on trade and health, and on the launch of a process for WTO reform. In this context, and with very little time left until MC12, all multilateral issues will be brought to the Ministerial itself for resolution.

First, on trade and health, the WTO needs to come up with a credible contribution for tackling the COVID-19 pandemic. The expected outcome is a ministerial declaration, including an action plan for future pandemics by the next Ministerial Conference – MC13. We are seeking commitments on transparency and monitoring, export restrictions, trade facilitation and cooperation with other international organisations.

With regard to vaccines, it is quite remarkable how far we have come. Just one year after the first vaccine was proven to be effective, we will have 12.2 billion doses being produced by the end of the year. And we can always do more.

In the area of intellectual property, our goal is unchanged: ramping up production and increasing the access of developing countries to vaccines, therapeutics and diagnostics. But we want a real solution. This is why we continue to engage with the proponents of a waiver on certain IP protections in response to the pandemic.

IP is only one piece in a big jigsaw. Collaboration with industry and investment in production capacity plays a much bigger part. But we are determined to ensure that IP also plays its part, by enhancing and simplifying the use of TRIPS in the interests of all. Specifically, we are advocating for a targeted waiver on compulsory licences. This solution could facilitate production of vaccines and other essential health products, which are key for regions such as Africa, while preserving incentives for innovation and investment.

The protection of patents is crucial in this respect, as they are essential for countries that want to attract investment and to have transfer of technology, in order to develop their own production capacity. We still hope to have consensus in this crucial matter in the days ahead, and we will maintain strong engagement to that end. But for these efforts to be successful we need all parties to focus on a meaningful solution that works in the real world.

On fisheries subsidies, the remaining time is very short and the gaps in positions are wide. Discussions on special and differentiated treatment remain very difficult, with Members pushing to have even more concessions beyond the very significant ones they already received in the revision. The EU continues to advocate for a robust agreement that will deliver on the sustainability objectives of these negotiations. We are ready to contribute with new commitments, such as a global ban on subsidies for fishing in parts of the high seas that are not properly regulated.

Moving to agriculture. Agriculture is critical for MC12's success. The main challenge is to manage unrealistic requests and expectations by many Members, which is combined with defensive positions of other major players. We believe that a meaningful outcome, centred on transparency and work programmes, is within reach, paving the way for an agreement in MC13 to reduce trade-distorting support and to have a permanent solution on public stockholding.

Finally, on the EU priority of wider WTO reform, we are aiming at setting up a working group on institutional improvements, which should make recommendations for MC13.

When it comes to plurilateral outcomes, we expect a conclusion on services domestic regulation. This would be the first WTO agreement on services in more than 20 years, representing a significant success for the multilateral system. The OECD estimates this could save EUR 140 billion in costs, giving another welcome boost to global recovery.

The Ministerial will also note good progress on investment facilitation and e-commerce. The EU remains committed to working on trade and gender as well as on the medium, micro and small and medium-sized enterprises tracks.

Finally on environment and climate, the EU is playing a leading role bringing those issues forward. We are proposing a paragraph in the Ministerial Declaration to underline the importance of WTO work in this area, and plurilateral statements on environmental sustainability, plastics pollution and fossil fuel subsidies reform.

Madam President, honourable Members, the upcoming Ministerial Conference can have a strong bearing on the future of the multilateral trading system. We very much appreciate your strong support and involvement. The EU is leading from the front, but we need others to step up to the plate. Now is the time for the WTO membership to display courage, vision and vitality.

Bernd Lange, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, 'No Time to Die' is the title of the latest famous movie with James Bond, but I guess it's also describing the situation of the World Trade Organization (WTO). No time to die, because we have a vital interest in a rules-based multilateral trading system – we as Europeans, and I guess the developing world as well – and therefore we have to deliver.

This 12th Ministerial Conference (MC12) is really a critical ministerial conference. If we are not able to demonstrate that we can have some significant deliverables in this MC12, I guess a lot of people worldwide will be thinking that is the end of the multilateral system. Therefore, we have to concentrate really on the negotiation of unsustainable fish subsidies. After 20 years, it should be possible to find a result, and I am really hopeful that this will be one of the key elements of MC12 because this is the integration of the Sustainable Development Goals (SDGs) into the trade regime, and this is also an important signal.

Secondly, on trade and health. Nobody would understand if MC12 is not delivering something on trade and health. No export restrictions, we do a reduction of tariffs, and yes, let's increase the production and let's also discuss the question of intellectual property rights on a temporary waiver.

Thirdly, we need also modernisation of the organisation. It is not possible that we have another five years of standstill. We need new ways of procedure, we need new ways also for the dispute settlement mechanism. Therefore, we need to push and this is my plea to all of you here. Let's really try to adopt a resolution with a broad majority so that we can support the Commission, support all the forces which are trying to get a meaningful result, so please vote in favour of the resolution.

Marie-Pierre Vedrenne, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, renforcé par le choc du COVID-19, le débat sur l'avenir du commerce mondial est, à raison, de plus en plus prégnant, et dans la perspective de la douzième conférence ministérielle, nos objectifs doivent être clairs: défendre un système multilatéral renouvelé, restaurer la confiance dans l'institution et coopérer avec nos partenaires.

Premièrement, défendre un système multilatéral renouvelé. Soutenir un commerce juste et durable, garantir une concurrence loyale entre les États membres, voilà quel doit être le rôle de l'OMC. Et bloquée dans son fonctionnement depuis bien trop longtemps, chaque membre de l'OMC doit prendre pleinement sa part pour redonner un élan à cette institution. L'Union européenne et vous, Monsieur le Vice-Président, vous avez toujours été au rendez-vous et nous devons continuer de l'être, avec exigence et sans naïveté.

Deuxièmement, restaurer la confiance dans l'institution. Plus que jamais, nous avons besoin de règles et de stabilité. C'est important pour créer la confiance de tous les acteurs. Par ailleurs, nos concitoyens sont en attente d'actions cohérentes, notamment sur la question de la santé. Et sans résultats concrets, sans une OMC forte, le commerce international risque de tomber dans l'anarchie.

Enfin, responsabiliser l'ensemble des États pour atteindre des accords sur la pêche, sur l'agriculture, sur la question de la santé. Les États-Unis reviennent à la table des négociations, mais ne proposent que trop peu. La Chine ou l'Inde font la sourde oreille aux besoins de réformes, alors que le multilatéralisme doit reprendre tout son sens et retrouver son efficacité. Alors, nous, Européens, continuons à redoubler d'efforts pour une mondialisation régulée, juste et durable.

Sara Matthieu, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, het is tijd dat de WTO in actie schiet rond gezondheid en rond klimaat. Om dat te bereiken moeten we multilateralisme weer op de rails krijgen. Met de nieuwe directeur-generaal is er een spoor van vernieuwing ingezet, maar ze heeft de hulp van de Europese Unie nodig om oplossingen op tafel te krijgen. Helaas blijft de Commissie het voornaamste obstakel in de onderhandelingen over een opschorting van de Trips-Overeenkomst, een positie waarin de Europese Unie steeds meer geïsoleerd geraakt, terwijl dit het moment van de laatste kans is.

Collega's, de wereld kijkt toe en daarom moet het Europees Parlement meer ambitie eisen. Ik vraag de Commissie de opschorting van de Trips-Overeenkomst te steunen om mensenlevens te beschermen in plaats van de winsten van de farmaceutische industrie. We hebben ook een groene agenda nodig voor wereldhandel. Het is hoog tijd dat de Commissie de aangekondigde klimaatvoorstellen voor handel op tafel legt. We hebben ook actie nodig rond schadelijke subsidies en biodiversiteitsbescherming. We willen beleidsruimte rond circulaire economie en technologietransfers. We moeten definiëren wat milieuvriendelijke producten eigenlijk zijn om een eind te maken aan greenwashing.

Collega's, mondiale problemen hebben mondiale oplossingen nodig. Daarom vraag ik om multilateralisme voorop te stellen en de regels van het spel te respecteren om tot rechtvaardige uitkomsten te komen. Het is nu aan Europa om leiderschap te tonen. Toon de wereld dat we gezondheid verkiezen boven farmawinsten. Toon dat we de klimaatcrisis en de overbevissing gaan aanpakken. En vooral: leg voorstellen op tafel die die beloftes ook echt kunnen waarmaken.

Roman Haider, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Freier und fairer Welthandel und die Beseitigung ungerechtfertigter Handelshemmnisse sind gerade für kleinere Staaten wie meine Heimat Österreich von ganz besonderer Bedeutung und Wichtigkeit.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der freie und faire Handel immer und für alle Partner wesentlich mehr Vorteile als Nachteile bringt. Um jetzt diesen freien Handel zu ermöglichen, brauchen wir ein festes Regelwerk und ein effizientes Streitbeilegungssystem. Dazu müssen die Lücken im bestehenden Regelwerk, etwa in Bezug auf unfaire Handelspraktiken oder Fälschungen, marktverzerrende Subventionen, staatliche Unternehmen oder erzwungene Technologietransfers, geschlossen werden, und genau das sollte ja die Aufgabe der WTO sein.

Unsere Aufgabe wiederum sollte es sein, auch genau dafür zu sorgen. Was jetzt die viel diskutierte Freigabe von Patenten auf Medizinprodukte, insbesondere natürlich auf die COVID-Impfstoffe, angeht, so kann ich vor einem derartigen Schritt nur warnen. Patentrechte waren und sind immer eine wichtige Triebfeder für neue Entwicklungen gewesen. Die Freigabe von Patenten würde auch weniger den Entwicklungsstaaten helfen, die auch gar nicht die Möglichkeit haben, solche hochkomplexen Impfstoffe überhaupt herzustellen. Es wäre nichts anderes als ein gefährlicher Präzedenzfall, der das Recht auf geistiges Eigentum in Frage stellt.

Abschließend hoffe ich, dass die WTO gestärkt aus dieser Konferenz hervorgeht und dass wir auf dem Weg zu einem gerechten, freien und fairen Welthandel ein Stück vorankommen.

Im Übrigen ist es eine Schande, dass die österreichische Bundesregierung einen Impfwang einführen will.

Geert Bourgeois, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, vicevoorzitter, geachte collega's, ik ben een overtuigd voorstander van faire, op regels gebaseerde vrijhandel. Dit zorgt voor welvaart, hoogwaardige jobs, ontwikkeling en stabiliteit. Daarvoor hebben we een multilaterale regelgever en scheidsrechter nodig, maar helaas zit de Wereldhandelsorganisatie vandaag in een diepe crisis. Ze slaagt er niet in om akkoorden te sluiten. De regels zijn niet aangepast aan de digitale wereld en de geschillenbeslechting is geblokkeerd.

In het licht daarvan en om tot een oplossing te komen, kunnen wij steun geven aan de hoofdlijnen van deze resolutie. In de eerste plaats moet er een einde komen aan schadelijke visserijsubsidies. Ten tweede willen we vooruitgang inzake duurzame en digitale handel. Ten slotte wensen we de oprichting van een werkgroep met een helder mandaat voor een WTO-hervorming door deblokking van de geschillenbeslechting, door mogelijkheden voor multilaterale akkoorden tussen voortrekkers en door een correct onderscheid tussen ontwikkelde en ontwikkelingslanden. Laat ons daarvoor samenwerken met de Verenigde Staten en andere gelijkgestemde democratische landen.

Toch kan mijn fractie de resolutie niet onverdeeld goedkeuren. Wij betreuren de passage over de opheffing van patenten voor vaccins. Dit fnuikt innovatief onderzoek en ontwikkeling terwijl dat nu precies de hefboomen zijn voor onze toekomstige welvaart. Wat we nodig hebben zijn een drastische verhoging van de productiemogelijkheden en gratis levering via Covax en/of tegen productiekosten. Ik hoop dat de positieve voorstellen van de Commissie ons in staat stellen om in Genève tot een akkoord te komen.

Helmut Scholz, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vizepräsident Dombrovskis, machen Sie sich bitte klar, vor welchem historischen Hintergrund Sie nach Genf aufbrechen, und ein Teil unseres Hauses auch, und in welchem Kontext im Konsens der 160 Mitglieder dort Beschlüsse zu fassen sein werden, die durchaus für die Zukunft eines fairen, regelbasierten, multilateralen Welthandelssystems entscheidend sein werden!

Unsere Welt ist von einer Pandemie erschüttert, der bereits mehr als fünf Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. In meinem Heimatland Deutschland wird noch vor Ende dieser Woche die Zahl von 100 000 Opfern überschritten sein. Aber insgesamt in Europa, China und den USA gibt es nur deshalb nicht so sehr viel mehr Tote, weil wir Impfstoffe zur Verfügung haben. Der Rest der Welt lebt in Angst, und die Mehrheit der Staaten fordert von der WTO, durch den *waiver* zu helfen.

Wenn Patente dem Überleben im Wege stehen, dann ist es höchste Zeit, den Weg frei zu machen. Finden Sie den goldenen Weg, Herr Kommissar, für den temporären *waiver*, auch im Interesse der EU! Die WTO droht ihre Legitimität zu verlieren, sollte die Ministerkonferenz in Genf erneut nicht auf die Bedürfnisse der Weltbevölkerung eingehen.

Wir sind konkret gefordert, endlich den Hunger auf der Welt zu beenden, wie es einst bei Gründung der WTO versprochen wurde. Die EU steht im Wort. Unsere Entschließung fordert daher von Ihnen, Herr Vizepräsident, dass Sie sich mit allem Einfluss der EU-Kommission dafür einsetzen, dass in Genf das von Generaldirektorin Okonjo-Iweala vorgeschlagene Beschlusspaket für die Ernährung der Welt, das *Food Package*, angenommen wird.

Ich erkenne Ihre Initiativen, mit denen Sie die Aufgabe der Nachhaltigkeit stark in der WTO verankern wollen. Machen Sie es zu Ihrer Priorität, dass die WTO sich zur Unterstützung nachhaltiger Entwicklung verpflichtet und sich mit all ihrem Potenzial dem Kampf gegen die Klimakatastrophe anschließt!

Zuletzt noch eine Warnung: Eine tragende Säule der WTO ist das Prinzip der besonderen und differenzierten Behandlung von Entwicklungsländern. Ich bin besorgt, dass ausgerechnet hier auch Teile unseres Hauses dies während der MC 12 infrage stellen wollen. Das widerspricht nicht nur dem Grndungskonsens, sondern grenzt auch die Mehrheit der Mitgliedstaaten aus, ohne die die WTO jedoch nicht reformiert und eine faire Handelszusammenarbeit gestaltet werden kann.

Sven Simon, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte darum, meine Verspätung zu entschuldigen. Frau Präsidentin, ich danke Ihnen für das elegante Einpflegen hier. Vor uns liegt eine wirklich sehr gute Entschließung zur 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Genf.

Wir wollen gemeinsam die Funktionsfähigkeit des Rechtsdurchsetzungsmechanismus wiederherstellen, Subventionen fr Überfischung und illegale Fischerei abbauen, gemeinsame Regeln für den Online-Handel schaffen. Insgesamt also eine gute Entschließung, die den multilateralen Rahmen und die Welthandelsorganisation zukunftsfähig machen kann.

Leider entscheidet sich die linke Seite dieses Hauses auch diesmal wieder, die vorübergehende Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte so hoch in der Priorität zu schützen, dass sie diese gute Entschließung gefährden. Und wenn hier davon gesprochen wird, dass die Aufhebung von Patentschutz auch nur einen einzigen Menschen mehr impfen würde, dann stimmt das einfach nicht. Es würde zum Impffortschritt überhaupt nicht beitragen. Es gefährdet aber die künftige europäische Forschung.

Ich weiß nicht, ob Sie sich mal damit beschäftigt haben, was die Entwicklung eines solchen mRNA-Impfstoffes kostet: zwischen 50 und 100 Milliarden Euro. Und wie viele Fehlanlufe? Da werden 200 Modelle produziert, und eines kann man nur nehmen. Deshalb ist es schade – ich hatte eine Zeit lang hier im Haus den Eindruck, dass sogar die Grünen und die linke Seite unter dem Eindruck der Politik von Donald Trump gegen Multilateralismus, die er betrieben hat, ein bisschen auf den Weg der Welthandelsorganisation zurückkehren.

Wir sind gegen die Aussetzung geistiger Eigentumsrechte, aber wir stehen zur Reform der WTO für einen multilateralen regel- und wertebasierten Welthandel. Dafür setzt sich die EVP ein, und deshalb stehen wir an der Seite der Kommission und von Kommissar Dombrovskis.

Enik Gyri (NI). – Tisztelt Elnk Asszony! Az Uni mint a vilg legnagyobb kereskedelmi hatalma smra a szablyalap s minl szabadabb kereskedelem fenntartsa kulcsfontossg. Ehhez pedig egy jl mkd Kereskedelmi Vilgszervezetre van srksg. Remélem, hogy a jövő heti miniszteri konferencia képes lesz megvédeni ezt a rendszert, és hajlandó lesz egy hatékonyabb működést lehetővé tevő reform irányába elmozdulni. De a legfontosabb, hogy az Unió maga gondolja t a saját külkereskedelmi politikáját s végre „Europe first” alapon működjön, azaz saját gazdasági érdekére koncentráljon. A több kereskedelem több munkahelyet jelent. Ehhez pedig több kereskedelmi megállapodás s könnyebb piacra jutási lehetőség srksges az európai cégek smra, nem pedig az, hogy megneveljk a partnerorszgokat, s akár a társadalmi modelljük megváltoztatására is rbrjuk őket.

Európa nem engedheti meg magának, hogy csak azzal zleteljen, aki felvállalja az  eszméit. Sokkal célravezetőbb lenne párbeszéd útján, a kölcsönös tisztelet mentén fordulni partnereinkhez. Ekkor k is nyitottabbak lennének a fenntarthatóságról, emberi és szociális jogokról folytatott párbeszédre. Mondjunk tht igent a szabályalapú kereskedelemre, az egyenlő versenyfelttelekre és a kkv-k helyzetbe hozására. De nemet a partnereinket sújtó, ideológiával terhes pszichológiai hadviselésre, mert különben elmegy mellettünk a világ.

Danuta Maria Hübner (PPE). – (*inaudible*) fit for the 21st century and requires reform to keep the organisation credible, functional, and also relevant. At its 12th ministerial conference the WTO membership must deliver a reform roadmap to proceed with the necessary overhaul of its negotiation, adjudication and monitoring systems. The reforms should integrate plurilateral agreements into the multilateral architecture and provide a straightforward mechanism whereby resulting agreements can be seamlessly incorporated into the WTO rulebook.

In this context, the decision of the EU, US and Japan to renew the trilateral partnership to address global challenges posed by non-market policies and to meet on the margins of MC12, is good news. The plurilateral talks on reforming industrial subsidies rules should start now. Such talks can ensure progress in areas not mature enough for negotiations among the entire membership to ensure benefits through the most favoured nation clause extended to all WTO members, allowing the WTO to continue to deliver for people around the world.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, we weten allemaal dat het multilateralisme in moeilijke papieren zit. We hebben dat trouwens ook bij de COP in Glasgow gezien. Het is moeilijk om multilaterale akkoorden te maken en dus hebben we succes nodig. Succes op het vlak van duurzaamheid door het visserijakkoord, en succes op het vlak van gezondheid.

Ik heb goed naar mijnheer Simon geluisterd. Vorige week is bekendgemaakt dat Pfizer, BioNTech en Moderna samen 34 miljard dollar winst gemaakt hebben. Dat is ongeveer 93 miljoen per dag of duizend dollar per seconde. Dan is mijn vraag aan u, commissaris, maar ook aan de EVP-Fractie heel simpel: wie beschermen we eigenlijk als we niet voor een tijdelijke opheffing van intellectuele eigendomsrechten kunnen zijn? Wie beschermen we dan? De grote winsten van de farmaceutische industrie of de belangen van de wereldbevolking? Dat is de essentie van dit vraagstuk.

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, global trade needs a fair and functioning World Trade Organization; however, the COVID-19 pandemic is showing us that we are far from that goal. When countries knocked on the door to lift barriers to the trade of COVID-19 vaccines, some WTO members did not answer.

We can now conclude that all WTO members need to deliver. Global challenges ask for global solutions, so therefore I urge the WTO and the European Commission to deliver upon a declaration on trade and health next week with concrete language on intellectual property and with an agreement on taking away trade barriers for the export of vaccines.

We are confronted with the fourth COVID-19 wave as we speak, and yet only 6% of people in Africa are fully vaccinated, according to the WHO. This is about human rights and human lives. Are we really doing everything to not be caught off guard again?

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Madam President, a couple of years from today when we look back at this moment, what will we say? Will we say this was the moment when, finally, our hope in trade multilateralism collapsed? Or will we be able to say this was the time when we pulled together and created a new progressive agenda for trade multilateralism? It's obviously not only in our hands, but it also needs our contribution, and the one thing that we need is pragmatism and the one thing that we don't need is dogmatism. When I listen to Mr Simon who wants to sacrifice solidarity on the altar of intellectual property, that's not pragmatism, that's dogmatic.

We need that pragmatism also when it comes to structural issues like reforming the appellate body, and we need that pragmatism also when we take advantage of plurilateral initiatives to enhance the multilateral overall framework. But we have the choice between pragmatism and dogmatism.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind eine Handelsmacht als Europa, und deshalb ist es wichtig, dass wir Regeln und Institutionen haben, die diesen Handel regulieren. Insofern danke ich beiden Berichterstattern, denn das geht aus Ihrem Bericht hervor. Das ist der Weg, den wir brauchen, um Wohlstand und Frieden auf unserem Kontinent zu wahren.

Das große Thema, über das wir streiten müssen, ist die Frage, ob wir für die Impfstoffe unsere *intellectual property*, unser geistiges Eigentum, aufgeben sollen. Und hier gehen wir nicht mit, denn wir leben an einem Übergang von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft. Das entscheidende Gut, das wir haben, ist eben geistiges Eigentum. Wenn wir auf diesen Schutz des geistigen Eigentums verzichten sollen, egal wofür, womit soll dann eine solche Dienstleistungsgesellschaft handeln, und wie soll sie ihren Wohlstand weiter erarbeiten?

Es mag gut klingen, aber das Gegenteil von gut ist auch hier gut gemeint. Wenn wir Wohlstand in der Zukunft erhalten wollen, geht es nur, wenn wir unsere geistigen Kapazitäten ausbauen und wenn wir geistiges Eigentum, Erfindergeist schützen und ihnen auch einen wirtschaftlichen Wert zuwidmen.

Kommunismus, alles kostenlos für jedermann, führt nicht zu Wohlstand und Handel, sondern zu Armut. Und aus diesem Grunde können wir nur dann zustimmen, wenn die TRIPS herausfallen.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Voorzitter, de Europese Unie is een tweederangshandelsmogendheid aan het worden. Ons handelstekort met China neemt toe. Onze economische vrijheden staan onder druk en we prijzen onszelf de markt uit met onhaalbare klimaatdoelen.

In de dagen dat ons continent nog een industriële wereldmacht was, bepaalden wij de regels en het speelveld. Samen met onze Amerikaanse bondgenoten vertelden wij hoe landen in de wereld zaken moesten doen. Maar waar het Westen vrijhandel zag als een win-winsituatie, ziet China dit als een wapen om ons de loef af te steken. De handelsrelatie met China is asymmetrisch geworden en van een gelijk speelveld is geen sprake meer. We leggen het af tegen de Chinese droom die generaties overstijgt.

Dat is terug te zien in de plannen van de Europese Commissie, die namens de EU naar de 12e Ministeriële Conferentie gaat. De Commissie beperkt onze vrijhandel met steeds strengere klimaatregels en klimaatbelastingen en wil de duurzaamheidsdoelstellingen van de VN, een soort kosmopolitisch wensenlijstje, eraan koppelen. Deze belemmeringen hebben nauwelijks invloed op het klimaat, maar zorgen er wel voor dat de kosten voor onze bedrijven oplopen en die worden betaald door de mensen thuis.

Wij roepen de Commissie op om aan de vooravond van MC12 niet over te gaan tot een klimaatkerstboom van overregulering en bureaucratische belemmeringen, maar zich in te zetten voor de kerntaak: eerlijke vrijhandel.

Clare Daly (The Left). – Madam President, is it any wonder that the World Trade Organization (WTO) has a deep crisis of legitimacy? It's undemocratic, it's non-transparent, and it perpetuates imbalanced policies that disempower the Global South. The usual nonsense that increased trade is a win-win has long been exposed for what it is: a lie. Instead, for the majority of people, increased trade has meant precarity, a race to the bottom in wages, public services, consumer standards and the environment.

So the calls for reform of the WTO are obviously widespread and long overdue. But, if it's to mean anything, then there must be transformational change to the existing trade rules and the creation of a fundamentally different type of trade cooperation. Plurilateral negotiations, for which there is no mandate, no consensus, and entrenched power imbalances and corporate globalisation, must end.

The idea that the EU, which trumpets itself as an advocate of fairness and social justice, would position itself within the WTO to block the triggering of the trade-related intellectual property rights (TRIPS) waiver and prevent the production of generic vaccines, which can save lives, is a monument to our hypocrisy. It does, as colleagues have said, expose that the interests really being furthered and protected here are those of big business and big pharma. The WTO, with the support of the EU, shows that its so-called fundamental principles of fair competition, support for lesser developed countries and transparency are just words. Would we ever cop ourselves on?

Jörgen Warborn (PPE). – Fru talman! Jag måste säga att jag inte håller med föregående talare ett enda ord, tror jag. Men det var inte det jag skulle säga, utan jag vill meddela att Världshandelsorganisationen är vår viktigaste arena för att uppnå en friare, regelbaserad och rättvis global handel. Samtidigt är organisationen nu försvagad av mörka moln som tornat upp sig på världsordningen. Inte minst måste vi lösa situationen att det i nuläget saknas ett tvistlösningsorgan för att lösa handelskonflikter. Samtidigt har covid-19-pandemin accelererat och satt fokus på uppmärksamheten om handels betydelse för att hantera hälsoutmaningar och vikten av immateriella rättigheter.

Trots det kan vi höra i denna kammare hur man nu höjer röster för att temporärt häva patentskyddet. Det är en livsfarlig väg att gå, för patentskyddet är ett avgörande incitament för att få företag att investera i innovation och producera nya läkemedel. Att frånta läkemedelsbolagen deras patent skulle alltså försämra tillgången till vaccin. Vägen framåt handlar i stället om att ta bort exportrestriktioner och tullar på läkemedel och medicinska produkter. Det är så vi bekämpar denna pandemi och framtida pandemier.

Inma Rodríguez-Piñero (S&D). – Señora presidenta, intervengo para pedir el voto mayoritario de este Parlamento a la Resolución, para que nuestra voz sea potente, se escuche con claridad y la Comisión, señor Dombrovskis, sienta nuestro apoyo.

Con esta Resolución, el Parlamento Europeo muestra su firme apoyo al multilateralismo y llama a la Comisión y a todos los miembros de la OMC a conseguir resultados concretos que refuercen el comercio internacional justo, sostenible, basado en reglas, capaz de responder a los desafíos del siglo XXI.

En la Resolución quedan perfectamente reflejadas nuestras prioridades: la lucha contra los subsidios insostenibles a la pesca; un paquete limitado sobre la agricultura; una respuesta a la pandemia, en la que los socialdemócratas apoyamos que se incluya la suspensión temporal a determinadas disposiciones del Acuerdo de patentes para mejorar el acceso mundial a las vacunas, abordando las limitaciones globales a la producción y la escasez de suministros. Una hoja de ruta con un compromiso efectivo para reformar la organización, incluido el injusto sistema de sanciones.

La ciudadanía necesita respuestas y sus representantes no podemos fallar. Mi colega Lange dijo: «No hay tiempo para morir». Yo añado: «No hay margen para fallar».

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! FN:s 26:e klimatkonferens i Glasgow har just avslutats och nu samlas världens länder inom WTO för att ta sig an de problem som Världshandelsorganisationen brottas med. Europa har en nyckelroll att spela där och EU måste visa att vi står upp för en fri, regelbaserad handel och att vi är en stabil handelspartner att räkna med i en digital värld.

En öppen handel är viktigare än någonsin. Pandemin har visat behovet av att hålla handelsvägarna öppna och inte stoppa eller försvåra handel med mediciner, vacciner och sjukvårdsmaterial. Handelspolitiken kan i mycket hög grad bidra till att nå de avgörande klimatmålen, och den får heller aldrig bli ett hinder för biologisk mångfald. Genom hållbara regler kan vi stoppa subventioner till fossila bränslen, främja frihandel för klimatsmarta varor och låta förordenaren betala även för importerade utsläpp. Toppmötet för handel måste ta vid där klimatmötet slutade. Vi behöver mer hållbar handel, inte grön protektionism.

Saskia Bricmont (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, la majorité de nos flux commerciaux empêche aujourd'hui la réalisation des objectifs de développement durable. Le commerce international est notamment responsable de 30 % de nos émissions de CO₂, de 30 % des gaz à effet de serre et de la perte de biodiversité au niveau mondial.

J'entends souvent dire que le commerce ne doit pas servir d'autres agendas, mais il ne devrait pas non plus les desservir. Le commerce doit servir l'agenda d'une mondialisation équitable et respectueuse des objectifs de développement durable, unanimement reconnus comme capable d'assurer un avenir meilleur et plus durable pour tous.

Deux sommets importants viennent d'avoir lieu, le sommet sur la biodiversité et le sommet sur le climat. Les ministres du commerce du G7 ont fait de ces questions une priorité dans le cadre de l'OMC. Le Forum économique mondial pointe ces enjeux comme des risques majeurs. Ce n'est pas une lubie d'écolo d'exiger de l'Union européenne qu'elle mette le pacte vert à l'ordre du jour des règles du commerce international. L'Union européenne doit à son tour se montrer à la hauteur des défis du XXI^e siècle.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, de Ministeriële Conferentie biedt een goede gelegenheid om de Wereldhandelsorganisatie nieuw elan te geven, onder andere wat de geschilleninstantie betreft, want een open multi-lateraal handelssysteem met eerlijke spelregels is in ieders belang, zeker ook in het belang van Europa.

Ik beperk me even tot de visserij en de discussie over de visserijsubsidies. Internationale afspraken over subsidies kunnen zeker bijdragen aan een mondiaal gelijk speelveld, zoals in de strijd tegen illegale visserij en overcapaciteit. Maar het kan niet zo zijn dat daarbij onze vissers kopje-onder gaan door de steun voor vlootvernieuwing ter discussie te stellen.

Ook de fiscale vrijstelling op brandstof mogen we niet op de tocht zetten. Dat zou onverantwoord zijn met de hoge brandstofprijzen nu. Op korte en middellange termijn hebben we fossiele brandstoffen, zeker in de visserij, nog heel hard nodig. De WTO is ons heel veel waard, maar de zorg voor een moderne, rendabele visserij is ons dat eveneens.

Chris MacManus (The Left). – Madam President, as EU countries roll out COVID-19 booster vaccines, and new treatments are approved, millions still have no access to affordable vaccines and treatments.

While over 61% of European populations have been vaccinated, less than 7% of people in low-income countries have received their first dose. Central to this stark inequality are intellectual property monopolies, which allow Big Pharma to control vaccine production, distribution and critically, price.

One year after a TRIPS waiver was proposed, the EU remains a key impediment. I say, step up and support the finalisation of the TRIPS waiver at next year's Ministerial Council. Meaningless 'declarations' leave millions without effective vaccines and treatments. The cost of inaction is measured in human lives.

People all over Europe are calling for EU governments to put people's health before corporate profits. This includes the quarter million supporters of the 'No Profit on Pandemic' Citizens' Initiative, which I urged everyone to sign.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, vicepresidente Dombrovskis, me quiero referir a las negociaciones en la OMC sobre las subvenciones a la pesca.

El Acuerdo de Ginebra debe ser justo y proteger los intereses de la Unión y de su flota pesquera, muy regulada y que realiza una pesca sostenible. Desde el Grupo Popular le pedimos a la Comisión que se mantenga firme y defienda las exenciones fiscales al gasóleo pesquero establecidas en la Directiva 2003/96. El fin del gasóleo bonificado sería, además, especialmente perjudicial para la flota artesanal.

Quiero señalar que hay un sector de la flota muy importante de España, mi país, que faena en aguas del Atlántico Sur, cerca de las Islas Malvinas —las Falkland—. Estas aguas no están cubiertas por una organización regional de ordenación pesquera, dada la controversia existente entre Argentina y el Reino Unido.

Me preocupa mucho que esta circunstancia, ajena totalmente a la voluntad de la flota, vaya a perjudicar a esta flota que faena en estas aguas y, además, lo hace de forma regulada y cumple los estándares europeos.

Vicepresidente Dombrovskis, debemos proteger a la flota europea independientemente del lugar donde pesque. Le pido que no ceda en este punto. Es muy importante.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, I am glad to see that the 12th Ministerial Conference of the WTO will finally take place after postponement due to the pandemic. We need to keep the world together and trade is a good motivation. The EU remains committed to the multilateralism and open trade with rules. Important talks will be held in Geneva next week and I have three points to raise.

First, the worlds need to be vaccinated and the trade and health initiative needs to fly. Second, the WTO established before the climate change and before the digitalisation needs to be reformed to address these important questions. It is imperative that WTO trade rules help to combat climate change and promote the Sustainable Development Goals (SDGs). Third, the WTO needs to put emphasis on digitalisation. As the standing rapporteur for the Parliament on e-commerce, I hope that the plurilateral negotiations between 86 WTO member countries will advance, to facilitate the uptake of the technological innovations but to prevent forced technology transfers, to facilitate data transfers but in a way that guarantees sufficient data privacy protection. We have a good resolution from the committee. Good luck for the next week.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, a question that I'm often asked is how and whether we can balance and reconcile our ambitions around the environment and our trade priorities. How can we create jobs and prosperity and avoid environmental degradation and loss of biodiversity? In our resolution, we try to establish a very clear link between the multilateral trading system, on the one hand, and achieving the Sustainable Development Goals. And in MC12 we have an opportunity to demonstrate to the public that link, that very clear link and in that way to restore credibility to the multilateral trading system.

In particular, we draw attention to SDG 14, target 6, which calls for an end to harmful fishing subsidies, not by 2030, like all of the other Sustainable Development Goals, but by 2020, underlining the high stakes and the urgency. So I implore all of those who are charged with this difficult task to finish the job and I applaud the EU in its efforts. We have this one opportunity to end a very tough year with some proof that trade and environment can coexist.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, Comissário, Colegas, esta Conferência Ministerial não pode ser uma oportunidade perdida no reforço da OMC. A CM12 tem de ser o dia zero da modernização da OMC para que esta possa desempenhar um papel na resposta aos desafios globais do século XXI, incluindo as alterações climáticas, a sustentabilidade e a resposta a futuras pandemias, no respeito dos direitos de todos os cidadãos. Para isso, precisamos de resultados tangíveis que evidenciem que o multilateralismo é a solução, que confirmem que o retorno dos Estados Unidos ao palco multilateral e que o enorme empenho da nova Diretora-Geral não são desperdiçados.

A política comercial tem sido essencial nesta pandemia, mas a aplicação de exceções e flexibilidades pode ser melhorada agora e tendo em vista futuras pandemias.

Finalmente, Comissário, esperamos que a União Europeia participe ativamente nas negociações TRIPS sobre uma derrogação temporária do Acordo sobre Direitos de Propriedade Intelectual para abrirmos caminho para a resolução do problema da vacinação mundial.

Liesje Schreinemacher (Renew). – Madam President, having heard my colleagues here this evening, I think I can safely say that although we do not agree on everything, we do agree on the need to reform the WTO. When the rules of the game do not fit the need of the players anymore, you do not start cheating or stop playing. No, you make new rules, and that is what we have to do as soon as possible.

Commissioner, you've heard so many wishes this evening, from an agreement on health, to fishing subsidies, to a better-functioning settlement system, so allow me to just add one more to our wish-list, and that is new rules for fair competition. Last week, the EU, US and Japan renewed their commitment to work on industrial subsidies. However, I believe we need to cooperate with all WTO members on this, and this 12th Ministerial Conference could be a good starting point to address this.

It is time to have the rules fit the need of the players again, and I urge ministers from across the world to work towards a consensus in order to build our trading system again so that it will ensure fair rules and becomes up to date with the pressing challenges we face today.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable members, well first of all thank you for today's debate. The European Union remains firmly attached to the rules-based multilateral system and we have invested huge efforts into strengthening the WTO.

I fully share your observation that our policies and instruments must contribute to improving sustainability standards worldwide, including in more sustainable agricultural practices. As regards MC12, breakthroughs are still possible at MC12 with political will and common sense of urgency. So let me assure you that the EU will not be found wanting in this respect.

A balanced package of negotiated outcomes is achievable but many parties need to increase realism and willingness to compromise. We must strive to set the WTO on the reform path that will allow it to tackle the challenges of the 21st century. And from the EU side, we will continue to engage constructively.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet am Mittwoch, 24. November 2021, und die Schlussabstimmung am Donnerstag, 25. November 2021, statt.

15. Lage in Bosnien und Herzegowina (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Lage in Bosnien und Herzegowina (2021/2974(RSP)).

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me begin by underlining the Council's long-standing and unequivocal commitment to Bosnia and Herzegovina's EU perspective as a single, united and sovereign country.

The Member States share the concern about the political situation in Bosnia and Herzegovina, which was discussed at the Foreign Affairs Council on 15 November. The Council deeply regrets the prolonged political crisis in the country and condemns the blockage of the state institutions. We urge all of Bosnia and Herzegovina's political leaders to renounce provocative and divisive rhetoric and actions, including questioning the territorial integrity of the country.

The recent blockage of state institutions is unacceptable. Citizens of Bosnia and Herzegovina are worried about the political situation. They are concerned about the problems that are vital for their lives. The continued political crisis and the persistent lack of dialogue is also taking attention away from much-needed reforms. Bosnia and Herzegovina's political leaders need to overcome the stalemate as a matter of priority and return the focus to joint efforts to move forward on reforms, which will enable the country to advance on its EU path.

I refer here to the 14 key priorities identified in the Commission's opinion on Bosnia and Herzegovina's application for EU membership, and endorsed by the Council in 2019. In particular, we expect Bosnia and Herzegovina to ensure that the next election will be conducted in line with European standards by implementing Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) and Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) and relevant Venice Commission recommendations, and by ensuring transparency of political-party financing. Taking into account the institutional mechanisms set up by the Dayton Peace Agreement, Bosnia and Herzegovina needs to undertake further constitutional and electoral reforms to ensure quality, and equality and non-discrimination of its citizens.

The Council regrets that Bosnia and Herzegovina's Constitution remains non-compliant with the European Convention on Human Rights, as per the ruling by the European Court of Human Rights in the Sejdić, Finci and related cases. This needs to be addressed and the Council underlines that a number of Constitutional Court decisions have yet to be fully enforced.

The Council calls for an inclusive process of electoral reform that would eliminate all forms of inequality and discrimination in the electoral process. This should be done through genuine dialogue and in line with European standards. In this regard, the Council underlines that no legislative or political steps should be taken by political actors in Bosnia and Herzegovina which would make the implementation of the Sejdić, Finci and related European Court of Human Rights rulings more challenging.

Let me underline that we urge Bosnia and Herzegovina to also work with determination on implementation of the other key priorities, in particular towards strengthening the rule of law and the independence and integrity of the judiciary, as well as fighting corruption and organised crime. As regards the EU Common Foreign and Security Policy, we regret the sharp decline in Bosnia and Herzegovina's alignment, and we urge the country to reverse this negative trend.

Finally, we welcome the recent extension of the mandate of the operation EUFOR Althea, which continues to support the authorities in Bosnia and Herzegovina in maintaining a safe and secure environment for all citizens.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, the Commission is closely following the situation in Bosnia and Herzegovina, which is a concern. Commissioner Várhelyi is actually travelling there tomorrow morning for political dialogue to help de-escalate tensions and to explain how to relaunch the country's European agenda.

Let me reiterate our unequivocal commitment to Bosnia and Herzegovina's EU perspective as a single, united and a sovereign country. The recently adopted United Nations Security Council Regulation renewing the executive mandate of Operation EUFOR ALTHEA confirms the EU's unwavering commitment to support Bosnia and Herzegovina in maintaining a safe and secure environment.

The prolonged political crisis has held back progress on reforms in 2021. We are committed to support the country's leaders, they're taking steps to de-escalate, resume dialogue and address the substance of issues that are fuelling tensions. All political parties should return to state institutions and make sure they function smoothly. This is essential for Bosnia and Herzegovina to fully benefit from EU programmes and funds, including our economic investment plan, at a delicate moment where the socio-economic recovery after the pandemic is at stake.

The people of Bosnia and Herzegovina continue to be concerned about their elected leaders' lack of action in addressing problems that are vital for their daily life. Rampant corruption, major weaknesses in the judicial system, mass unemployment, poor health services or young people leaving the country to find a better life elsewhere. Political leaders should work together to address these issues rapidly.

We reiterate the EU support for resuming constructive dialogue and for respecting and protecting state institutions. Political leaders should work together to pursue the priorities in fulfilling the 14 key priorities from the Commission opinion in line with the interests of all citizens of Bosnia and Herzegovina to progress towards EU membership.

The EU has been, and will continue to be, active in facilitating dialogue via the EU delegation, the EU Special Representative Office, the EU External Action Service mandated by the HR/VP.

We have also worked closely with the US, including in advancing talks for constitutional and electoral reforms, and on discussing the issues behind the current political stalemate. We will continue our efforts to promote dialogue and refocus on reforms that will allow Bosnia and Herzegovina to advance on its path towards EU membership.

The EU will continue to closely follow the situation in Bosnia and Herzegovina and to help parties progress in line with EU principles and values. In the present context, it's vital to ensure that EU unity and consistent messaging of all parties to Bosnia and Herzegovina from all EU institutions – Commission, Council and Parliament.

We reconfirm our commitment to the European perspective of Bosnia and Herzegovina, as President von der Leyen said during her visit in September. We hope that all parties will quickly start working together to achieve this objective. It is only by carrying out substantial reforms that Bosnia and Herzegovina will make progress on its path towards EU accession.

Andrey Kovatchev, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the European Union has always laid stress on the European perspective of all the Western Balkan countries, including Bosnia-Herzegovina. The stability of all of these countries is of vital importance for the citizens in this region, but also for the European Union. In order to secure peace and stability the three communities have to be represented in a fair way.

This is why changes in the electoral law are in high demand to provide the Croats in Bosnia-Herzegovina with the opportunity to be on an equal footing in terms of representations with the other two communities. However, all three communities have to come together and be ready to compromise in order for a sustainable solution to be found, not only for the reform of the electoral law, but also for all other important topics related to the security and social perspective of the citizens of this country.

The PPE Group has always been on the most supportive front for the Western Balkan states in their part of the European integration. Our commitment and engagement with our partners in the region have remained unchanged. We should give again a strong, united signal in support of Bosnia-Herzegovina and its European future, and by European future must be understood full membership in the European Union. Very destructive are the signals coming from the President of Republika Srpska, Mr Dodik, who announced in October plans to withdraw from many common institutions of Bosnia-Herzegovina. This gave a very wrong signal and could lead again to conflict and ethnic violence.

And at the end, please allow me to inform you about a terrible accident which happened last night on the territory in Bulgaria, leading to the death of 45 citizens of the Republic of North Macedonia, which is the worst accident in the history of my country and my condolences go to the families of all the victims in this terrible accident. Prime Minister Zaev and the Foreign Minister in Sofia will investigate together with the Bulgarian authorities this terrible situation.

Pedro Marques, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, Minister, Commissioner, colleagues, 25 years after the civil war in which over 100 000 people lost their lives, Bosnia and Herzegovina is on the brink of collapse yet again.

The Bosnian Serb leader Dodik is threatening to withdraw Republika Srpska from Bosnia and Herzegovina's institutions. This could mark a return to the violence of the '90s, a scenario which we don't even want to consider. It does not help certainly that some European leaders like Viktor Orbán or Janez Janša are meeting or even paying visits to Dodik in a sign of support for his nationalistic postulate.

They are playing with fire, and this is unacceptable. The European Union cannot remain silent. It must play a much stronger role and use all instruments at its disposal, Commissioner, including pressure and even sanctions to preserve Bosnia and Herzegovina's territorial integrity, unity and peace, and nurturing the Western Balkans' hope for a peaceful and stable future in Europe. We have long been waiting for that in the Western Balkans.

Klemen Grošelj, *v imenu skupine Renew*. – Gospa predsednica! Zakaj je današnja razprava o Bosni pomembna in zakaj moramo v Bosno in še posebej gospodu Dodiku s prijatelji poslati zelo jasno sporočilo. Zato ker dogajanje vpliva ne samo na regijo, ampak zato, ker se to dogaja v naši neposredni sosesčini. Blokada institucij in grožnje z odcepitvijo Republike Srpske ne ogrožajo samo miru in stabilnosti v Bosni in v regiji, ampak ogrožajo neposredno Evropsko unijo in naše interese.

Nikakor ne smemo in ne moremo si dovoliti, da se Bosna ponovno znajde v primežu norosti nacionalističnih politik in delitev. Zato nujno potrebujemo odločno in enotno akcijo Evropske unije in naših evroatlantskih prijateljev, da, če je potrebno, tudi s sankcijami zoper vse, ki podpirajo politiko delitev, preprečimo zdrs Bosne in regije v nov krog nacionalistične norosti.

Doseči moramo deblokado institucij Bosne, ki mora začeti delovati in postati forum za nujne reforme, vključno s spremembami volilne zakonodaje in ustavne spremembe, v skladu z odločitvami Evropskega sodišča za človekove pravice, Beneške komisije in ustavnega sodišča Bosne in Hercegovine.

Evropska prihodnost Bosne pa ni v rokah evropskih poslancev niti gospoda Dodika s prijatelji, ampak v državljanih Bosne in Hercegovine, ki morajo s svojim izborom na volitvah in aktivnim državljanstvom Bosno postaviti na evropsko pot ter poslati politike, kot je gospod Dodik, na smetišče zgodovine.

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, 26 years ago the Dayton Peace Agreement was signed ending a bloody and deadly war in Bosnia Herzegovina. It installed strong international oversight until the country develops into a fully functional and accountable democracy. And with many others, I regret that we still need this oversight. The country is in a political deadlock caused by corrupt ethno nationalistic politicians.

Dayton and this special supervision brings a huge international responsibility, responsibility to actively engage and protect the peace agreement and the Constitution. And Dayton is under heavy pressure today. Milorad Dodik is playing a dangerous game, directly challenging the territorial integrity, sovereignty and security of Bosnia-Herzegovina. We cannot accept this.

I urge the EU ministers to impose sanctions against Mr Dodik and his enablers. I urge the EU and the whole international community not to compromise on the much-needed democratic reforms and to finally depart from the ethnic division lines. And we all know we will not get there in a deal with politicians interested in the status quo, but only through an inclusive and truly democratic process. Please do this for the Bosnian citizens.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, la situation en Bosnie-Herzégovine est la démonstration flagrante des échecs diplomatiques de l'Union européenne. Politique de voisinage, processus d'adhésion politique pour les Balkans occidentaux: rien, rien de tout cela n'a permis à l'Europe d'être un acteur efficace en Bosnie.

Depuis 30 ans, nous savons que le pays tient sur un compromis dans lequel s'engouffrent toutes les puissances étrangères. Criminalité organisée, routes migratoires des Balkans qui déferlent sur Trieste, trafic d'êtres humains... la liste des dangers à notre porte est longue.

La Turquie, les États-Unis, l'Albanie... Tout le monde cherche à jouer sa partition sur le dos des deux républiques de Bosnie. Pourquoi feraient-ils l'inverse, d'ailleurs? Ils savent que Bruxelles ne dit pas un mot contre les provocations d'Albin Kurti au Kosovo et d'Edi Rama en Albanie.

Tout participe, hélas, en ce moment à une véritable implosion de la Bosnie. Les actions sectaires du représentant américain et les préjugés anti-serbes des déclarations occidentales ont évidemment aggravé les tensions dans le pays. On murmure même que Bruxelles et Washington travailleraient à des sanctions contre le représentant des Serbes de Bosnie. Si, ce que je redoute, cela se confirmait, peut-on encore croire que nous améliorerons la situation et obtiendrons légitimité et efficacité en imitant partout la politique américaine? Qui peut croire une seconde que les sanctions apportent le début d'une solution dans les pays concernés? Personne.

L'Union européenne est un acteur humilié en Bosnie. Seule une politique émancipée des États-Unis et un retour à une relation juste et équilibrée avec la Serbie pourront éviter, ce que j'espère, l'embrasement.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Г-жо Председател, започвам това изказване с изразяването на своите дълбоки съболезнования към семействата и близките на жертвите от ужасната катастрофа, която се случи тази нощ. Повече от 45 човека загубиха живота си – граждани на Република Северна Македония, част от един наш братски народ, макар и етнически албанци. Изразявам своите дълбоки съболезнования към техните семейства.

Използвам случая, г-жо Председател, да се обърна към Вас формално и да настоя за минута мълчание утре или вдругиден, или когато прецените според Правилника, но мисля, че е редно тази зала, този Парламент да изрази своите съболезнования с минута мълчание пред паметта на тези жертви на ужасна катастрофа.

Казвайки това, искам много ясно да заявя, че трябва да се прави голяма разлика между тези трагични събития и политическия разговор, който предстои между нашето правителство и това на Република Северна Македония. Тези неща не могат да се свързват по никакъв начин, не могат да бъдат използвани по никакъв начин и не трябва да бъдат използвани по никакъв начин.

Връщам се на Босна и Херцеговина, разбира се, казвайки, че Дейтънското споразумение не е перфектно. Това е ясно на всички. Трябва ясно обаче да заявим, че не може да си затваряме очите пред агресията, която цели да разруши крехкия мир в Босна и Херцеговина. Тази агресия, разбира се, идва от Белград и от Кремъл. Ако някой не го е разбрал, да ви го кажа. Тук сте много политически коректни и малко се страхувате от тези неща, иначе в социалните мрежи ги говорите. Но да ви кажа – проблемите там идват от Белград и от Москва, от Кремъл. Додик не играе сам. Тази негова игра е „тако и вако“, казано на неговия език. Тя идва от север. Не е лошо да ги разбирате най-сетне тези неща и да престанете да се правите на политически коректни. Така че, говорейки за Босна, трябва да сме наясно и вие трябва да сте наясно, най-вече вие трябва да сте наясно, че трябва да се изправите и да си кажете ясно – тази Сърбия и тази Москва, която я подкрепя, не е приятел на Европа и на Европейския съюз. Надявам се да го разбирате.

Още веднъж, г-жо Председател, в заключение, моля утре за минута мълчание – или утре, или в другиден – доведете го до знанието на председателя, г-н Сасоли. Трябва да се направи според Правилника минута мълчание за жертвите на катастрофата, граждани на Република Северна Македония. Вечна им памет, бог да ги прости.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, due decenni fa l'ex Segretario generale dell'ONU Kofi Annan pronunciava queste parole: «In Bosnia ed Erzegovina viene condotta una guerra mondiale nascosta, poiché vi sono implicate direttamente o indirettamente tutte le forze mondiali. Qui si spezzano tutte le essenziali contraddizioni del terzo millennio». Eppure, ancora oggi, in molti si illudono di poter imporre in Bosnia una soluzione dall'esterno, tracciando linee di confine immaginarie e arbitrarie. Il banco rischia ora di saltare, riaprendo vecchie e dolorose ferite.

A soffiare sul vento del nazionalismo non è soltanto Dodik, il leader della *Republika Srpska*, con la sua volontà secessionista, ma anche tanti attori esterni tra cui persino alcuni Stati membri della nostra Unione, sempre più lontani dai valori su cui essa si fonda.

Cari colleghi, è tempo che l'Unione agisca in maniera risoluta, chiara e univoca, dispiegando tutti gli strumenti politici e diplomatici di cui dispone, anche le sanzioni verso Dodik e chi lo fiancheggia, per garantire che qualsiasi accordo futuro tenga in considerazione la volontà dei popoli bosniaci e non i tornaconti geopolitici altrui.

Gli accordi di Dayton devono essere rivisti e superati, ma non rialimentando i pericolosi spettri degli etnonazionalismi. Se continueremo ad apparire distanti e disinteressati, condanneremo la Bosnia ad essere non solo una periferia sconfitta ma, peggio ancora, forse di nuovo anche la polveriera d'Europa.

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt vieles im Argen in Bosnien-Herzegowina. Die Präsidentschaft hat da einiges angesprochen, aber die größte Herausforderung, der sich das Land, die EU und die internationale Gemeinschaft aktuell gegenübersehen, ist die Bedrohung der territorialen Integrität des Landes, ja, der Versuch, das Dayton-Friedensabkommen zu beerdigen.

Das bedroht den Frieden nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern in der gesamten Region. Derjenige, der das aktiv betreibt, hat einen Namen: Milorad Dodik. Ich frage mich, warum der Rat nicht in der Lage ist, das deutlich anzusprechen – am 15. November zum Beispiel. Dieser Herr, der zumindest *undercover* von bestimmten Kreisen in Belgrad und ganz sicher aus Moskau unterstützt wird, muss sich doch bestätigt fühlen, wenn er nicht ausdrücklich angesprochen ist.

Ich frage Rat und Kommission: Wie stimmen Sie sich zum Beispiel mit dem Hohen Beauftragten bei dieser Frage ab? Sind Sie bereit, zum Beispiel die Mission ALTHEA sichtbar aufzustocken? Oder in beiden Entitäten die Verlegung der Truppen, die in Bereitschaft außerhalb Bosniens stehen, mal zu üben?

Dann gibt es eine Ratsentscheidung vom 26. März, die restriktive Maßnahmen und Sanktionen gegen Personen vorsieht, die die territoriale Integrität und die Verfassungsordnung in Bosnien-Herzegowina unterminieren. Sind Sie bereit, Sanktionen gegen Herrn Dodik und Konsorten einzuleiten? Ich glaube, das erfordert eine klare Antwort hier in diesem Parlament.

Tonino Picula (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, duboka politička kriza u Bosni i Hercegovini dodatno je zaoštrena sve provokativnijim i otvoreno separatističkim potezima Milorada Dodika. Ovog puta ugrožava, između ostalog, usvajanje proračuna i imenovanja veleposlanika, čak i donacije cjepiva protiv COVID-a. Njegovo direktno kršenje Daytonskog mirovnog ugovora, negiranje genocida, otvaranje zaklade osuđenih ratnih zločinaca i prijetnja odcjepljenjem traže našu jasnu osudu i aktivniju ulogu prema Bosni i Hercegovini općenito.

Aktualna faza destabilizacije Bosne i Hercegovine, uz vanjsku podršku Beograda, Moskve, ali i Budimpešte, može imati ozbiljne posljedice na stabilnost cijele regije. Nažalost, nedostatak vizije i zastoj politike proširenja u Europskoj uniji praćeno je postupnim gubitkom vjerodostojnosti što dodatno jača razne antidemokratske političke projekte na zapadnom Balkanu. Uglavnom, prijeti opasnost od spajanja mnogih kroničnih kriza u izbornoj 2022. godini. Ali, dok tražimo poštovanje i moguću nadogradnju Daytonskog sporazuma, ne smijemo ignorirati neke od njegovih ključnih odredbi. Zato su od iznimne važnosti pregovori o novom izbornom zakonu koji bi trebao konačno ispoštovati odluke Ustavnog suda same Bosne i Hercegovine.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Madam President, there was an emergency agreement necessary to stop war. But today, we see the consequences – a real prospect for a third conflict.

It is time to admit the truth. This is the greatest existential threat of the post-war period in Bosnia and Herzegovina. The EU should guarantee the territorial integrity of the country, as well as the maintaining of the functionality of the state institutions. It would be a catastrophe for the European Union and the Atlantic community if we do not take actions to stop Serbian separatists from pushing towards succession.

Therefore, I call on Mr Dorić and all parties involved to respect and protect state institutions, resume constructive dialogue, and take steps to advance the progress of the EU integration pact, including on relevant reforms. A lack of response to the current situation would endanger the Dayton Agreement, while instability in Bosnia and Herzegovina would have wider regional implications.

Romeo Franz (Verts/ALE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die aktuelle Lage in Bosnien-Herzegowina ist dramatisch. Es handelt sich hier nicht um einen ethnischen Konflikt, sondern um ein geopolitisches Sicherheitsproblem. Herr Dodik versucht mit Unterstützung des Präsidenten Vučić und des Präsidenten Putin, das Land und die gesamte Region zu destabilisieren und damit auch die EU zu schwächen. Ein Blutvergießen in Bosnien, das sich zum Flächenbrand auf dem Westbalkan ausdehnt, scheint wieder möglich. Das können wir nicht zulassen – nicht ein zweites Mal.

Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die EU muss jetzt entschieden handeln. Sie muss alle Sanktionsmöglichkeiten gegen Dodik und seine Gefolgsleute auffahren und ebenso die EUFOR-Truppen aufstocken, um die Sicherheit und den Frieden im Land zu gewährleisten.

Hören wir endlich auf, mit den Ethnonationalisten zu verhandeln und ihnen Zugeständnisse zu machen! Sie haben das Land in 26 Jahren nicht weitergebracht, sondern nur ihre korrupten Strukturen in ihrer ethnischen Teilung zementiert. Niemand darf den Friedensvertrag von Dayton und damit die Sicherheit, die territoriale Integrität von Bosnien-Herzegowina gefährden.

Es geht um den Frieden in diesem Land und in Europa – im Interesse aller bosnischen Bürgerinnen und Bürger, in unserem ureigenen Interesse.

Marco Dreosto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Bosnia significa un paese difficile e complicato, con una storia fatta di molte sofferenze. Bosnia significa anche Bihać, quel cantone nel nord del paese dove si ammassano migliaia di migranti che vivono in condizioni disumane.

Sapete cos'è *The Game*? *The Game* è quel percorso che i trafficanti di esseri umani indicano ai migranti per poter arrivare in Europa, in particolare per arrivare in Friuli Venezia Giulia, la regione che ho l'onore di rappresentare in questo Parlamento.

Possiamo rimanere a guardare, aspettando che, dopo il fronte mediterraneo, dopo i ricatti di Erdoğan e quelli di Lukašenko, la crisi migratoria sulla rotta balcanica ci sorprenda nuovamente?

Io lancio oggi l'allarme davanti a tutti voi. Commissario, rappresentanti del Consiglio, cari colleghi, la situazione rischia di esplodere e un altro fronte migratorio potrebbe destabilizzare l'Europa. Non lasciamo che questo accada!

Difesa dei confini esteri dell'Unione europea, maggiori risorse alle polizie di frontiera, istituzione di centri di raccolta dove si possa controllare chi effettivamente ha il diritto di asilo, ma soprattutto, e l'ha detto anche oggi la Presidente von der Leyen, regole rigide di rimpatrio per tutti quelli che sono sprovvisti dei necessari requisiti.

Non trasformiamo il Friuli Venezia Giulia e il nordest dell'Italia nel campo profughi d'Europa.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani povjereniče, kolegice i kolege, posljednjih tjedana svjedočimo zabrinjavajućoj retorici u Bosni i Hercegovini. BiH je rascijepljena između ideja nasilnog unitarizma i separatizma te europski podržanog federalizma. Retorika koju čujemo vraća nas u devedesete godine i pojačava zabrinutost zbog potencijalnog sukoba koji bi mogao destabilizirati cijelu regiju nakon mukotrpnih višegodišnjih, višedesetljetnih napora za normalizacijom stanja. Koncept konstitutivnosti polazna je točka za ravnopravnost tri naroda u Bosni i Hercegovini.

Snažno zagovaramo izmjene izbornog zakona i snažno osuđujem poruke destabilizacije Bosne i Hercegovine od strane Milorada Dodika. Poruka o teritorijalnom integritetu snažna je i večeras, čujem je i od vas, koji možda ne poznajete tako dobro Bosnu i Hercegovinu kao mi koji živimo u njezinom susjedstvu. I zato želim reći, nitko nema pravo uskratiti zemlji koja pripada Europi, čiji građani tamo žive, da živi svoj europski put. Stabilna Bosna i Hercegovina mora biti prioritet Europske unije i zato se snažnije moramo svi zauzeti na čelu s vama povjereniče.

Dietmar Köster (S&D). – Madam President, Bosnia and Herzegovina is currently in its worst political crisis since the founding of the state. The President of Republika Srpska, Mr Dodik, constantly calls for the independence of the Republika Srpska. He is undermining the central state by his efforts of implementing his own indirect tax system, his own judiciary and even his own army.

Actions of such gravity could trigger a secession, make the dissolution of the country possible, and lead to the destabilisation of the entire Western Balkan region. Therefore, targeted sanctions must be imposed on the responsible political class in Republika Srpska. We strongly reject any genocide denial, war crimes apology and opposition to decisions of international courts. We support the civil society organisations fighting for democracy. We must also support Bosnia and Herzegovina to hold an equal, free and fair election next year and protect the unity, sovereignty and territorial integrity of the state, which are crucial for the European integration of Bosnia and Herzegovina.

Vladimír Bilčík (PPE). – Madam President, it is important that we debate the current situation in Bosnia and Herzegovina, but I regret that once again this debate is taking place late at night, away from the political spotlight it needs. The challenges of the Western Balkans deserve to be a central issue in this House and across all European capitals.

Dear colleagues, our discussion here is not merely about the regional problem or a dispute between federal entities. Because of the failures in the 1990s, Bosnia and Herzegovina has been a European issue, and the stalemate today is a symptom of our own insufficient European engagement in the entire Western Balkan region. The European Union has a political duty to work relentlessly on pulling the countries of Western Balkans towards our values.

The more we succeed in this effort in the region, the better we can convince our partners across Bosnia and Herzegovina to work on their meaningful future, which respects the territorial integrity of their country. We still have a chance to fight for Bosnia and Herzegovina that is politically, economically and socially anchored in the European Union for the sake of all people in the Western Balkans. Let us not waste this opportunity.

Delara Burkhardt (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man sagt ja: Wo Rauch ist, ist auch Feuer, und die aktuelle Situation macht sehr, sehr deutlich, dass die ethnische Spaltung in Bosnien-Herzegowina noch lange nicht überwunden ist.

Nein, die Erfahrungswelten – auch von jungen Menschen – sind immer noch sehr getrennt. Sie konsumieren unterschiedliche Medien, sie gehen auf unterschiedliche Schulen. Statt sich darum zu kümmern, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf gemeinsamen Werten und Zielen basiert, reißen führende Politiker die Gräben immer tiefer.

Aber wo Rauch ist, muss glücklicherweise auch nicht immer Feuer sein. Als EU sollten wir nicht weiter die Blockaden der ethnisch-nationalistischen Vertreter im Land als Orientierung nehmen. Wir sollten mit den gewählten Parlamentariern sprechen, mit der wachen Zivilgesellschaft, die einen und Perspektiven schaffen wollen, denn die gibt es auch, nicht nur die, die politisches Kalkül aus der Spaltung ziehen wollen.

Wir werden hier im Europäischen Parlament nicht zusehen, wie Dodik den Frieden der letzten 26 Jahre aufs Spiel setzt – aus Angst vor Wahlen und vor schlechten Umfragewerten. Es ist Zeit, dass wir über die wirklichen Probleme des Landes sprechen und zu wahrhaftigen Partnern Bosnien-Herzegowinas werden, in seinem Bemühen, auch Teil der Europäischen Union zu werden.

Lukas Mandl (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was möchten die Bürgerinnen und Bürger am Westbalkan und auch in Bosnien-Herzegowina? Das sollte ja im Vordergrund stehen für uns.

Viele aus diesem Haus, die Gespräche führen und Konferenzen abhalten mit Bürgerinnen und Bürgern von Bosnien und Herzegowina, wissen das: Sie wollen die europäische Integration, und das zeigt auch das Balkan-Barometer, Jahr für Jahr. Deshalb möchte ich mit den Menschen in Bosnien-Herzegowina teilen, dass es nach 22 Uhr hier im Europäischen Parlament ist und wir uns um den Balkan, den Westbalkan, kümmern, uns Bosnien-Herzegowina am Herzen liegt. Diese Botschaft ist mir wichtig.

Mir ist auch wichtig, allen Phantasten, allen Ideologen, vor allem dem Herrn Dodik auszurichten: Die Bürgerinnen und Bürger wollen die europäische Integration. Sie vertrauen der europäischen Integration. Sie vertrauen nicht der russischen Führung, sie vertrauen nicht der chinesischen Führung, sie vertrauen auch nicht der türkischen Führung – sei anderen am Westbalkan gesagt; sie vertrauen der europäischen Integration. Dazu stehen wir.

Irrationale Konflikte auf der Basis von nationaler Zugehörigkeit, ethnischer Zugehörigkeit, gar auf der Basis von Religion, müssen der Geschichte angehören, sind nicht europäisch und werden dem Westbalkan nicht dienen, werden Bosnien-Herzegowina nicht dienen, haben Europa auf den guten Weg geführt – und das wird auch mit dem Westbalkan gelingen.

Tanja Fajon (S&D). – Gospa predsednica, spoštovani plenum, komisar, minister! V Bosni in Hercegovini vre. Po koncu vojne leta 1995 je to ena najhujših ali najhujša politična kriza. S kolegi v Evropskem parlamentu že zelo dolgo opozarjamo na naraščanje napetosti v državi.

Država mora reformirati ustavno in volilno zakonodajo, posebej v luči prihajajočih volitev prihodnje leto. Te morajo biti poštene in svobodne, vsi, ne glede na etnično ozadje, morajo imeti enake pravice. Kakršne koli enostranske akcije, ki ogrožajo ozemeljsko suverenost, celovitost države se morajo nemudoma končati. Prav tako retorika odgovornih politikov, Milorada Dodika, ki delijo državo.

Unija je največja donatorica pomoči državi, vendar evropski davkoplačevalci ne bodo večno podpirali politik, ki aktivno uničujejo ozemeljsko celovitost. Unija mora uporabiti vse instrumente, ki jih ima na voljo, vključno s sankcijami, da ohrani ozemeljsko celovitost države, enotnost in mir. In le s hitrim in konkretnim ukrepanjem bomo obnovili verodostojnost, zaupanje in ustavili množično odhajanje mlade generacije iz države.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsedavajuća, poštovani povjereniče, kolegice i kolege, krajnje je vrijeme da cijela Europa osvijesti koliko su zabrinjavajući, dramatični i opasni institucionalna kriza i nestabilnost u Bosni i Hercegovini. Državne institucije su paralizirane, društvo podijeljeno, a izborni inženjering omogućio je da svi narodi ne budu legitimno zastupljeni. Glavni generatori nestabilnosti su jasni i međusobno se hrane. Separatizam s jedne strane i unitarizam s druge strane. Radikalni centrifugalni i centripetalni pristupi razaraju temelje Daytonu, krhkog mira i suživota.

Rješenje mora krenuti od punog uvažavanja ravnopravnosti konstitutivnih naroda. Bez izborne reforme na takvim temeljima neće biti funkcionalne i europske Bosne i Hercegovine. Kolegice i kolege, pola milijuna europskih građana živi u Bosni i Hercegovini. Imamo političku, ali imamo i ljudsku odgovornost osigurati da se njihova prava prestanu bestidno kršiti.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana potpredsjednice, povjereniče, ministre, kolegice i kolege, Bosna i Hercegovina je u političkoj krizi. Međutim, Dodikove aktivnosti, mada problematične, nisu glavni problem ove zemlje. Pravi problem je božanska težnja za političkom hegemonijom pod krinkom građanske BiH-a, posebno nad Hrvatima kao najmalobrojnijim konstitutivnim narodom. Ovo je vidljivo iz nepoštovanja odluke Ustavnog suda u slučaju Ljubić čime se krši vladavina prava koja predstavlja jednu od temeljnih europskih vrijednosti te inzistira i dalje na preglasavanju Hrvata.

Hrvatima u BiH uskraćeno je političko pravo koje nije uskraćeno niti jednom drugom narodu u Europi – pravo da sami biraju svoje političke predstavnike. Ovo je problem koji se može riješiti isključivo hitnom izmjenom izbornog zakona kako bi se majorizacija Hrvata trajno zaustavila. Hrvati u BiH, koji su u ogromnom postotku građani Europske unije, sustavno su diskriminirani i sve što žele je politička ravnopravnost. Ništa manje niti više. Oni su jedini od tri konstitutivna naroda iskreno okrenuti prema zapadu te zagovaraju europski put BiH.

Kolegice i kolege, pitanje zaštite Hrvata u Bosni i Hercegovini pitanje je očuvanja temeljnih europskih vrijednosti na koje se ovdje tako često poziva. Nemojmo da nas sitni interesi sprječue u tome.

Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the Commission. – Madam President, first of all, thank you for today's debate and a clear message. In the present context it is key to ensure unity and consistent messages to all the parties. As President von der Leyen stated during her recent visit, Bosnia and Herzegovina has a clear goal of EU accession. We hope that political leaders will rapidly start to work together to meet all 14 key priorities in the commission opinion in the interests of all citizens of Bosnia and Herzegovina.

It is only through dialogue that progress can be made, so it is of utmost importance to return to institutions. This is a message that Commissioner Várhelyi will give political leaders during his visit. The good functioning of state institutions is key for Bosnia and Herzegovina to draw maximum benefits from EU funds and programmes, including our Economic Investment Plan. We will continue all efforts to help facilitate dialogue and to refocus on the reforms to help the country on its path towards EU accession in line with expectations of its people.

And once again, we reiterate our unequivocal commitment for Bosnia and Herzegovina's EU accession as a single, united and sovereign country on its way towards EU integration.

Anže Logar, predsedujoči Svetu. – Spoštovana predsedujoča, spoštovani komisar, poslanke in poslanci! Znova bi rad poudaril našo veliko in skupno zaskrbljenost zaradi političnih razmer v Bosni in Hercegovini.

Od politikov v Bosni in Hercegovini pričakujemo, da se bodo v prihodnje vzdržali besed in dejanj, ki prispevajo zgolj k podžiganju politične krize. Pozivamo jih, naj se namesto tega z odločnimi in konkretnimi ukrepi zavežejo spodbujanju sprave in reform v državi. Revizionizem, zlasti minimiziranje ali celo zanikanje genocida, in povečevanje vojnih zločinov sta v temeljnem nasprotju z vrednotami Evropske unije in nista združljiva s članstvom v Evropski uniji.

Želim znova poudariti našo trdno in dolgotrajno zavezanost evropski perspektivi Bosne in Hercegovine kot enotne, združene in suverene države. Spoštovane poslanke in poslanci, nekateri ste opominjali na pomen razprave o Zahodnem Balkanu z Evropsko unijo. Prav zaradi pomena stabilnosti te regije za celotno Evropsko unijo se je slovensko predsedstvo odločilo, da bo to ena od prioritet našega predsedovanja. 6. oktobra smo zato organizirali vrh EU-Zahodni Balkan, kjer je bila sprejeta tudi skupna deklaracija EU in držav Zahodnega Balkana, ki so jo podpisale vse članice Evropske unije in vse države Zahodnega Balkana.

Deklaracija potrjuje jasno sporočilo regiji glede evropske perspektive in zavezanosti procesu širitve ter pričakovanja k nadaljnjemu spoštovanju evropskih vrednot in izvajanju reform v državah Zahodnega Balkana. Poudarja potrebo po dobrih sosedskih odnosih in regionalnem sodelovanju. Deklaracija se nadalje osredotoča na socio-ekonomsko okrevanje regije. Izjemnega pomena je implementacija gospodarskega in investicijskega načrta za Zahodni Balkan, ki bo v naslednjih sedmih letih mobiliziral okoli 30 milijard evrov za regijo. Vključen je tudi napredek pri vzpostavljanju skupnega regionalnega trga in implementaciji zelene agende z namenom usklajenosti regije z infrastrukturnimi, energetske in prometnimi koridorji Evropske unije. Deklaracija poudarja tudi pozitivno perspektivo za mlade in zavezo nadaljnjemu sodelovanju glede pandemije. Sodelovanje med Evropsko unijo in Zahodnim Balkanom se mora odražati tudi v vses-

transki uskladitvi med zunanjepolitičnimi stališči Evropske unije, zato pričakujemo nadaljnje poglobljanje sodelovanja pri skupni zunanji in varnostni politiki. In tu Bosno in Hercegovino čaka še veliko dela.

In ker je kontinuiteta ključna, smo zadovoljni, da je bilo uvrščanje regije visoko na dnevni red EU dogovorjeno v obliki rednih vrhov EU–Zahodni Balkan. Naslednji načrtovani je leta 2022 med češkim predsedstvom.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

16. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

17. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Die Präsidentin. – Die Sitzung ist geschlossen und wird morgen, Mittwoch, 24. November 2021, um 9.00 Uhr mit den Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Ergebnissen der COP 26 in Glasgow wieder aufgenommen.

Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

19. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.13 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5536

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. NOVEMBER 2021

(C/2024/5536)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 22. bis 25. November 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	3
3. Ergebnisse der COP26 in Glasgow (Aussprache)	4
4. Wiederaufnahme der Sitzung	36
5. Feierliche Sitzung – Rede von Swjatlana Tsichanouskaja	36
6. Erklärung des Präsidenten	41
7. Abstimmungsrunde	42
8. Wiederaufnahme der Sitzung	43
9. Die Rolle der EU bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Wie kann man die Welt impfen? (Aussprache über ein aktuelles Thema)	43
10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	60

Inhalt	Seite
11. Die Rolle der EU bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Wie kann man die Welt impfen? (Fortsetzung der Aussprache)	60
12. Antrag auf Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten (Fortsetzung des Verfahrens)	67
13. Lage der Energieunion (Aussprache)	67
14. Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in Slowenien, insbesondere die Verzögerung bei der Benennung der Staatsanwälte für die EUSTa (Aussprache)	85
15. Wiederaufnahme der Sitzung	100
16. Ein europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung seltener Krankheiten (Aussprache)	100
17. Vorstellung des Jahresberichts 2020 des Rechnungshofs (Aussprache)	110
18. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	119
19. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	119
20. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	119
21. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	119
22. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	119
23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	119
24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	119
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung	119
26. Schluss der Sitzung	119

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. NOVEMBER 2021

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

Der Präsident. – Zu den Beschlüssen mehrerer Ausschüsse über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen gemäß Artikel 71 Absatz 1 GO, die bei der Eröffnung der Sitzung am Montag, dem 22. November 2021, bekannt gegeben wurden:

Ich habe von der PPE-Fraktion und anderen Mitgliedern, durch die mindestens die mittlere Schwelle erreicht wird, einen Antrag auf Abstimmung gemäß Artikel 71 Absatz 2 über den Beschluss des EMPL-Ausschusses zur Aufnahme von Verhandlungen über den Vorschlag für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union erhalten. Die Abstimmung findet morgen in der ersten Abstimmungsrunde von 9.30 Uhr bis 10.45 Uhr statt.

Zu dem anderen Beschluss über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen habe ich keine Anträge auf Abstimmung im Parlament von Mitgliedern oder einer oder mehreren Fraktionen erhalten, durch die mindestens die mittlere Schwelle erreicht wird. Der Ausschuss kann daher die Verhandlungen auf der Grundlage dieses Berichts aufnehmen.

*
* *

Bevor wir zu den Aussprachen kommen und im Vorfeld der heutigen Abstimmungsrunde, die um 12.30 Uhr eröffnet wird, möchte ich Herrn Pierre Larrourou das Wort erteilen, der beantragt hat, zu seinen Berichten über die Entwürfe der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 5/2021 und Nr. 6/2021 zu sprechen.

Ich erteile Herrn Larrourou für vier Minuten das Wort.

Pierre Larrourou, rapporteur. – Monsieur le Président, bonjour chers collègues, bonjour Monsieur le Vice-Président de la Commission européenne. Le Parlement européen va approuver aujourd'hui ces deux budgets complémentaires. Le budget 5, qui permet une aide humanitaire pour les réfugiés syriens qui vivent en Turquie, et le budget 6, qui va permettre d'acheter 200 millions de doses de vaccin pour aider les pays du Sud à lutter contre le fléau du COVID.

Le Parlement approuve ces deux budgets, évidemment, mais nous sommes très, très inquiets de la suite des événements, car pour financer ces deux budgets, nous avons dû racler tous les fonds de tiroirs disponibles. Il ne reste aucune marge de manœuvre pour les six prochaines années du cadre pluriannuel négocié il y a un an seulement. Pour financer ces deux budgets, nous avons épuisé toutes les ressources prévues pour faire face à des crises inattendues. Or, ces deux crises étaient attendues. On savait, il y a un an, qu'il y avait 2 millions de réfugiés syriens qu'il faudrait aider. On savait, il y a un an, qu'il y avait un virus qui faisait des centaines de milliers de morts et qu'il faudrait financer des doses de vaccin. On le savait et on n'a rien anticipé.

Quand on voit ce qui se passe à Kaboul, à Taïwan ou ailleurs, est-ce que nous sommes sûrs que, dans les six années qui viennent, il n'y aura pas besoin d'aide pour de nouveaux réfugiés? Quand on voit la nouvelle vague épidémique qui frappe tous nos pays, est-ce que nous sommes sûrs que, pendant six ans, il n'y aura plus besoin de financer de nouvelles doses de vaccin? Quand on voit le dérèglement climatique qui s'aggrave, sommes-nous sûrs qu'il n'y aura pas besoin d'aide massive pour aider telle ou telle population frappée par telle ou telle catastrophe? Là aussi, il est vraiment inquiétant d'avoir épuisé toutes les marges de manœuvre prévues pour sept ans dès la première année. Ce n'est pas sérieux.

Voilà pourquoi le Parlement européen demande instamment au Conseil des chefs d'État et à la Commission de reprendre immédiatement les négociations pour relever le plafond de la rubrique 6 et pour avancer sur de nouvelles ressources propres. On sait tous qu'une négociation doit bientôt commencer pour permettre la création du Fonds social climat annoncé en juillet par la Commission. On sait tous que le financement du plan de relance est complètement à trouver. Donc, le Parlement demande solennellement et instamment au Conseil de négocier sur la création de nouvelles ressources propres qui augmentent notre capacité d'action sans taxer M. et M^{me} Tout-le-Monde.

Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, chers collègues, nous avons tous conscience de l'urgence climatique. L'été dernier, il y a eu 700 morts au Canada à cause de la canicule. Il y a eu 200 morts en Belgique, en Allemagne, à cause des inondations. Pour éviter le chaos qui vient, il faut éviter le blabla. Il est temps de déclarer la guerre au dérèglement climatique et à la précarité. Oui, déclarer la guerre! C'est la seule guerre qui ne fera aucune victime et qui évitera des millions de morts. C'est la seule guerre qui peut rassembler les peuples au lieu de les opposer.

Mais le nerf de la guerre, c'est l'argent. Et si on n'a pas d'argent, on reste dans le blabla. Et là, j'ai une mauvaise nouvelle, je viens de le dire: pour le moment, on n'a pas d'argent. Si on tient compte de l'inflation, le budget 2022 sera plus petit que le budget 2019. Et pour financer les budgets complémentaires 5 et 6, on vient d'anéantir toutes les marges de manœuvre disponibles pour les six prochaines années. Donc, si on ne dégage pas très vite de nouveaux moyens, d'ici un an ou deux, quand il y aura une nouvelle crise – crise de réfugiés, crise climatique, crise sanitaire –, à chaque fois qu'on cherchera de l'argent, nous devrons dire «désolé». Désolé, mais l'Europe est à sec. Désolé, nous n'avons pas d'argent. Est-ce cela que nous voulons?

Mes amis, les solutions existent. Il y a un an, le 13 novembre, le Parlement a approuvé un rapport – je vais vous le redonner, Monsieur le Vice-Président – proposant des solutions pour financer un vrai plan climat. Cinq solutions ont été mises en avant et, parmi elles, la solution la plus efficace – l'une des plus efficaces en volume et la plus mûre –, c'est la taxation de la spéculation, qui pourrait rapporter jusqu'à 57 milliards par an – 57 milliards par an! Et trois semaines plus tard, dans le paquet du budget pluriannuel, la Commission européenne rajoutait dix lignes, validait notre analyse et affirmait qu'il était souhaitable d'arriver à un accord sur la taxe sur les transactions financières avant la fin de 2022. Il y a un an, la Commission européenne affirmait: «Il est souhaitable d'arriver à un accord sur la TTF avant la fin de 2022». Un an plus tard, les marchés financiers sont à un niveau jamais vu, mais la négociation est bloquée – par la France, hélas!

Mes amis, que dirons-nous à nos enfants? Nous vous laissons un monde invivable parce que nous n'avons pas eu le courage de taxer la spéculation? Nous avons laissé le climat partir en vrille parce que nous n'avons pas voulu nous opposer à quelques milliardaires? Nos enfants vont nous détester et ils auront raison. Mes amis, réveillons-nous!

Der Präsident. – Wir kommen nun zu den Aussprachen.

3. Ergebnisse der COP26 in Glasgow (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Ergebnissen der COP 26 in Glasgow (2021/2975(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind wie bei früheren Tagungen Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich möchte Sie außerdem darauf hinweisen, dass Redebeiträge im Saal nach wie vor am zentralen Rednerpult gehalten werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, die Rednerliste im Auge zu behalten und sich zum Rednerpult zu begeben, wenn Ihr Redebeitrag ansteht.

Die Aussprache beginnt im Namen des Rates der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Herr Logar.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, climate change is the defining challenge of the century. International cooperation on both climate change mitigation and adaptation is critical to successfully addressing this challenge, which requires an unprecedented collective effort from all countries. It is as well a priority of the Slovenian Presidency to concentrate efforts for the green transition.

The UK Presidency of COP 26 had set four main objectives that needed to be achieved: securing global net zero by mid-century and keeping the 1.5-degrees target within reach; adapting to protect communities and natural habitats; mobilising finances; finalising the Paris Agreement rulebook.

After two weeks of intense discussion, COP 26 resulted in the completion of the Paris Agreement rulebook and kept the Paris target alive, improving our chances of limiting global warming to 1.5 degrees Celsius. The Glasgow climate pact is a result of complex climate negotiations. It is a package on which almost 200 parties reached a consensus.

As regards mitigation, parties noted with serious concern the current gap between the aggregate mitigation pledges and the 1.5-degree goal, despite several net zero announcements. For this reason, parties are asked to submit a Paris-aligned 2030 target in 2022, and an annual high-level ministerial roundtable on pre-2030 ambition will be convened from 2022 onwards.

In a break from previous COPs, parties for the first time are called upon to accelerate efforts toward the phase-down of unabated coal power and phase-out of inefficient fossil fuel subsidies.

During the first days of COP 26, parties also announced a series of initiatives and commitments that bring the world closer to achieving the Paris goals. Most notably, leaders signed the Glasgow Leaders' Declaration on Forests and Land Use, committing more than 140 countries to halt and reverse forest loss and land degradation by 2030, and the Global Methane Pledge, committing 100 countries to collectively reduce global methane emissions by 30% by 2030. The Commission signed this commitment on behalf of the European Union.

As regards adaptation, a comprehensive two-year work programme on the global goal on adaptation will be launched. Moreover, the Santiago Network for catalysing technical assistance to address loss and damage as a result of climate change has been strengthened, which is in particular important for the most vulnerable countries.

As regards finance, the Paris parties regrettably noted that the pledge of USD 100 billion in climate finance per year by 2020 has not been met. However, developed countries committed to reaching the goal as soon as possible and to at least double their collective provision of climate finance dedicated to adaptation in developing countries. Parties made considerable progress in the operationalisation of the loss and damage mechanism and decided that the issue of financial commitment would be addressed at COP 27.

One of the main EU goals was the finalisation of the rule book, and this was achieved. As regards the rulebook of the Paris Agreement, the parties adopted rules on the transparency framework, guaranteeing sound reporting on climate action progress. Moreover, parties are encouraged to set five-year common time frames for 2040 onwards. In addition, parties reached an acceptable compromise on achieving rules governing the functioning of a voluntary carbon market, avoiding double counting.

The EU was very well represented in the negotiation stance and as the UK Presidency appointed some EU ministers as lead negotiator, with Per Bolund on finance, Dan Jørgensen on mitigation, Teresa Ribera on adaptation and Carole Désiachbourg on loss and damage.

Ministers met daily in EU coordination meetings to share the progress in negotiations and discuss tactics and lines to take to achieve an ambitious compromise. On this occasion, they were debriefed by the COP 26 President, Alok Sharma, and by the UN Secretary General, António Guterres. And I know that the European Parliament delegation was present in Glasgow, holding daily briefings with the Slovenian Presidency and following progress closely.

All together, COP 26 represent a significant step forward in global climate action, helping to keep the Paris goals within reach. There is, however, still a lot of work ahead of us in terms of mitigation, adaptation and finance in order to ensure a safe future for humanity on this planet.

Frans Timmermans, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, COP26 did not solve the climate crisis, but that was also not the purpose of COP26. It had to bring the objectives of the Paris Agreement within reach and allow us to start implementing this deal. This it did. This COP sharpened our focus and gave us momentum. I believe it does represent clear progress. I believe we're now travelling in the right direction – a direction set two years ago by the European Union.

The Glasgow COP embraced the highest level of ambition of the Paris Agreement as our common target. We now have a global consensus on the need to limit climate change to 1.5 degrees. Ten days after COP26, this almost seems like a given now, but ten days before we began, the mantra was still below 2 degrees, and some countries even challenged the fact that Paris ever spoke of 1.5. In addition, countries that do not have nationally determined contributions (NDCs) in line with this 1.5-degree target will have to come back next year to deliver the required update.

For the first time, the parties at COP26 agreed to phase down coal and fossil fuel subsidies. Whatever you may think about the precise language that was necessary to get the whole package over the finish line, this is a big win. Of course, if you compare 'phase down' with the initial formulation 'phase out', you're disappointed but, as Greenpeace said in Glasgow, changing a word doesn't change the signal. The era of coal is ending.

Before Glasgow, the Commission set three objectives: first, to push for emission cuts that bring us within Paris territory with NDCs that keep global warming well below 2 degrees, while aiming for 1.5; second, to close the gap on the USD 100 billion climate finance goal, while ramping up support for adaptation; and, third, to complete the Paris Rulebook so that we can keep track of progress and hold countries to account. The Paris Rulebook seems like an esoteric subject sometimes, but it is essential to have carbon markets actually function in a way we want them to function.

On all these three issues, we saw clear progress. Two years ago, at the COP in Madrid, the EU laid down our ambition for climate neutrality by 2050. At that stage, there was little to no movement from other major emitters in the G20, China, the US, but also Japan, South Korea, India, Russia, Saudi Arabia and others. Since then, each of these countries has announced targets of their own, varying from climate neutrality in 2050 to net zero carbon emissions in 2060, and, in a single case, India, 2070. 90% of the global economy is now on a net-zero trajectory. That was only 30% a year ago.

We went into the COP on track for 2.7 degrees warming – way too much, but a lot less than the 3 or 4 degrees we were headed for in Paris, and after COP, for the very first time, we have a shot at staying below 2 degrees. We will see in the coming weeks what the actual number is, but we still have a shot at staying below 2 degrees. I will not take into my narrative the 1.8 mentioned by the International Energy Agency. Let's see, in the coming weeks when we do the calculation, where we are but we have a chance of staying below two degrees. Moreover, COP26 agreed to accelerate our actions still this decade and revisit the NDCs next year with a focus on the 1.5 degrees. This new marker on the calendar is due to a push from the EU to keep the pressure on because the World Leaders Summit made clear that, with the right pressure, ambition levels will in fact go up.

Over one third of all global financing comes from the EU and its Member States. We are doing our share and more, and we continue asking others to do the same. Heading into the COP, there was still a gap of about USD 20 billion on the developed world's commitment towards the developing world. This is why, in this House, the President of the Commission committed an additional EUR 4 billion to climate finance. It pressured others to do the same or to follow suit. Shortly after our commitments, the United States announced their own USD 11.4 billion commitment. During Glasgow, other donors added to this to bring us closer to this goal, and we may reach it next year instead of 2023. We also started to look beyond 2025 at long-term needs. Adaptation finance will at least double and we will start a dialogue to discuss finance for loss and damage.

Glasgow also strengthened the global network of agencies that provide immediate relief and assistance to countries who already suffer from the consequences of the climate crisis. And here, I must say that the EU and our Member States played a leading role. Four Member States committed a total of USD 25 million dollars to the Santiago Network for its functioning, and I think this is an important signal. The issue of loss and damage will grow in importance at future COPs, and we should engage in all sincerity with those who already today suffer from climate-induced catastrophes. If we really want to succeed at the next COP in Sharm el-Sheikh, we now have to work closely, especially with our sister continent of Africa, in preparing this – on adaptation and on finance, on carbon sinks, on how to best have nature-based solutions, and on how to help them in their energy transition. All these things are crucial, starting now, if we want Sharm el-Sheikh to be a success.

I already mentioned the completion of the Paris Rulebook. It seems like a technical matter, but it is of essential importance for the carbon markets to start to work because the essence of the global approach to decarbonisation is putting a price on carbon, and you have to be able to compare the way we do that for carbon markets to work well. That is now possible because we can close the Rulebook because it is agreed.

So what does this mean for the EU? Glasgow confirmed that the EU is a global leader and a necessary bridge builder. Our climate diplomacy, supported by credible policies and commitments, our carefully nurtured climate dialogues with countries like Japan, China and Turkey, and our outreach to others like India, Brazil and Indonesia, have helped to push all major emitters to step up their ambition. Each of these countries will roll out and accelerate its own green transition. European companies, who are already frontrunners in renewables and hydrogen in the circular economy, stand to benefit. Think, for example, of India, which committed to reach 500 GW in renewable energy by 2030. That is a massive, massive opportunity, also an economic opportunity, for European industry.

Climate action knows no quick fixes. It will never be solved in a single conference. But the climate crisis is accelerating and so should we. Fighting this crisis requires constant effort and unrelenting pressure on all governments, especially the major emitters, and it requires everybody's participation. That is why it is also good that this COP strengthened the involvement of indigenous peoples, the youth and local governments. Now we must set our sights on Sharm el-Sheikh, as I said. Getting Fit for 55 adopted ahead of next year's COP will mean that, yet again, the European Union is putting pressure on others to step up their game, and all are following the fact that we are the only ones who have a real plan to get us to our emission reductions – legally binding emission reductions – by 2030 and 2050.

In Europe, we must keep up the legislative work. You are so, so much in charge now, with the Council, to make it happen. We've come a long way, my friends, but we still have a very, very, very long way to go if we want to get where we need to be. Our situation – and I have to say this – is dire, but it is not hopeless. What needs to be done is bloody hard, much harder than most are willing to acknowledge today. But it is a path we must walk, and walk with speed and determination, for all our sakes but, first and foremost, for the sake of our children and grandchildren. It must be done. It can be done. It will be done. And please make it personal. Think of people you love. Think of people you want to act for. I think of my kids. I think of my grandson. And I also think of a 15-year-old girl. Her name was Rosa. She died in Rendeux in the flood. She was the daughter of one of my Commission colleagues, Ditte Juul Jørgensen. I think of her today.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Glas ist mehr als halbvoll, und ich bewerte auch die Ergebnisse der Klimakonferenz in Glasgow so, dass das Glas mehr als halbvoll ist. Es ist viel erreicht worden.

Als wir vor zwei Jahren in Madrid waren, war die EU die einzige große Volkswirtschaft, die sich zur Klimaneutralität bekannt hat. In den zwei Jahren bis Glasgow und in Glasgow ist praktisch die ganze Welt dazugekommen. Nicht nur Industriestaaten, wie die USA, Kanada, Australien, Japan, sondern auch ein Schwellenland wie Südafrika hat sich bereit erklärt, bis 2050 klimaneutral zu sein. Das Gespräch mit der südafrikanischen Delegation war für mich besonders beeindruckend.

Es bleibt aber ein Riesenproblem, und deswegen ist das Glas nicht wirklich voll – es reicht nicht aus. Vor allem reicht nicht aus, was wir an Ambitionen für 2030 haben. Wir haben immer noch die Tatsache, dass der größte Emittent der Welt, nämlich China, seine Emissionen bis 2030 steigern will. Dann werden wir, im Sinne unserer Kinder und Enkelkinder, den Klimawandel nicht kontrollieren können. Deswegen sind wir noch nicht am Ziel.

Für mich sind jetzt vier Punkte wichtig. Erstens, wir müssen noch mehr mit den Drittstaaten arbeiten, vor allen Dingen auch mit den afrikanischen Ländern, und unsere Gesetzgebung auch so schreiben, dass die mitgehen.

Zweitens, wir brauchen Ambitionen, natürlich. Aber wir müssen es auch so machen, dass wir für andere Vorbild sind, dass die Welt sagt: Wir wollen es so machen wie die Europäische Union. Dazu brauchen wir Technologie, und dazu müssen wir den Klimaschutz mit möglichst niedrigen Kosten erreichen. Und das heißt nicht, dass wir Politiker entscheiden, was im Detail gemacht wird, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Das geht am besten mit marktwirtschaftlichen Systemen. Deswegen danke an die Kommission, dass sie bei *Fit for 55* auch so auf den Emissionshandel setzt.

Letztlich: Wenn das so ist, dass wir noch nicht am Ziel sind und dass China dieses unverantwortlich schlechte Ziel hat, dann brauchen wir auch weiterhin Schutz gegen *carbon leakage*, denn wir wollen nicht Europa deindustrialisieren, sondern wir wollen die Industrie dekarbonisieren.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señorías, vicepresidente Timmermans, después de cuatro años de incertidumbre por la salida de los Estados Unidos del Acuerdo de París, parece que en Glasgow la comunidad internacional retoma el sendero de la responsabilidad y de la solidaridad: la solidaridad con generaciones futuras que quieren vivir en un planeta en buena salud.

Hace cuatro años, ya sabíamos que no podíamos sobrepasar el límite del grado y medio de calentamiento de la temperatura por encima de los niveles preindustriales. Nos jugamos mucho. Y, por fin, en Glasgow las Partes han confirmado este objetivo.

Para algunos, por supuesto, no es suficiente, y yo lo entiendo. Lo comprendo porque siempre debemos aspirar a más. Pero, como bien sabemos los europeos, toda gran empresa se construye paso a paso, y este es un paso muy importante.

Las Partes han acordado los detalles técnicos del Código normativo del Acuerdo de París (el «rulebook») y han accedido a revisar sus compromisos a finales de 2022. Además, los países desarrollados van a duplicar su contribución a los Fondos de Adaptación.

A algunos les parecerá poco, pero hace dos años esto nos hubiera parecido imposible.

La Unión Europea ha hecho un gran trabajo diplomático, porque sabemos que para este reto global necesitamos movilizar a todo el mundo. Y, por eso, quiero felicitar a Frans Timmermans por las difíciles negociaciones, por su trabajo discreto y eficaz.

Y vamos a demostrar que no podemos esperar más y que es necesario que la Unión Europea sea un ejemplo. Lo ha sido con el Pacto Verde, con la Ley del Clima y lo va a ser con el paquete de medidas «Objetivo 55».

Pero no queremos quedarnos aquí y ahora volvemos al trabajo para dar otro paso adelante. Desde nuestra familia política vamos a seguir trabajando para que esa transición tenga en cuenta a las personas.

Por primera vez, en Glasgow, se habla de la «Transición Justa», algo que llevamos mucho tiempo planteando. Vamos a pelear por que la condicionalidad social esté en cada uno de los informes, en cada una de las legislaciones, porque no seremos capaces de cambiar nuestros hábitos si no somos capaces también de evitar que sean las clases más vulnerables las que paguen la factura de la transición ecológica.

Toda nuestra economía debe ser consecuente con este gran objetivo: dejar un planeta habitable para las generaciones futuras, porque necesitamos un futuro verde con un corazón rojo.

Pascal Canfin, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, chers collègues, je ne fais pas partie de ceux qui pensent que l'Europe n'a pas été assez active à la COP 26. J'ai vu ces critiques. J'ai présidé avec Peter Liese la délégation du Parlement européen à Glasgow et je vous ai vu, Monsieur le Vice-Président Frans Timmermans, actif sur tous les fronts. J'ai vu l'Europe active pour défendre le mécanisme d'ajustement carbone aux frontières, j'ai vu l'Europe active pour convaincre la Chine et les États-Unis d'en faire plus, j'ai vu l'Europe active dans sa solidarité avec les pays les plus vulnérables. Donc, je ne partage pas les critiques qui vous ont été adressées.

Mais il faut tirer les conséquences de la COP 26, pour nous, ici, à Bruxelles et à Strasbourg. Qu'est-ce que ça veut dire? Ça veut dire d'abord que nous devons regarder en face notre propre engagement pour 2030, qui est aligné sur les 2 degrés, mais qui n'est pas aligné sur l'objectif de 1,5 degré, nous le savons. L'engagement que nous avons pris à Glasgow, que les principaux émetteurs ont pris à Glasgow – la Chine, les États-Unis et nous –, c'est de remettre sur le métier notre objectif à l'horizon 2030 pour l'aligner sur l'objectif de 1,5 degré.

Nous devons donc, nous, Parlement européen – et c'est l'invitation que je lance à l'ensemble des groupes politiques aujourd'hui –, prendre une initiative pour retravailler l'engagement pour 2030 de façon à ce qu'il soit conforme à l'objectif de 1,5 degré. C'est l'engagement que nous avons pris à Glasgow. Si nous ne le faisons pas, comment pouvons-nous mettre la pression sur les États-Unis et la Chine pour qu'ils le fassent?

Le deuxième élément, c'est qu'il faut maintenant que toutes vos propositions post-Glasgow et post-loi climat européenne soient réellement alignées sur les objectifs climatiques. Vous l'avez fait, et je vous en félicite, avec la première loi au monde contre la déforestation importée. C'est un grand projet soutenu par le Parlement européen. Vous avez été à la hauteur et nous allons continuer à améliorer ce texte. Mais ce n'est pas le cas pour la «stratégie méthane». La stratégie méthane commence à sortir. Vous avez vous-même, Frans Timmermans, été le leader d'une stratégie méthane mondiale, avec des objectifs chiffrés ambitieux. Mais lorsque, quelques jours après, vous sortez la stratégie européenne, elle n'est pas alignée sur les objectifs que vous avez portés au niveau mondial. Il faudra donc la retravailler – elle est encore au sein de la Commission européenne, vous avez plusieurs semaines pour le faire.

Autre élément: la liste des projets d'intérêt général que nous allons financer. Nous vous avons demandé, au Parlement européen, le groupe Renew vous l'a dit la dernière fois: nous ne voterons pas une nouvelle liste de projets gaziers s'ils ne sont pas alignés sur les exigences du pacte vert et de la neutralité climat. Ce qui est en train de sortir n'est absolument pas conforme à l'objectif de 1,5 degré et je vous invite donc fortement à réviser cette liste. Dans le cas contraire, je pense que le Parlement européen devra s'y opposer.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, c'était il y a presque 30 ans, au sommet de la Terre à Rio, celui-là même qui lança le processus des Nations unies sur le climat. Un éminent représentant du PPE, Jacques Chirac, y déclarait «Notre maison brûle et nous regardons ailleurs». S'il était venu à Glasgow, il aurait pu dire que notre maison brûle toujours plus fort, nous la regardons brûler et nous ne faisons rien. Ou, tout au plus, nous promettons d'agir demain, *some day, mañana*. La fin de la déforestation? Oh! dans dix ans. Celle du charbon, du moteur thermique? Un jour, peut-être. Celle des subsides aux énergies fossiles? Seulement s'ils sont inefficaces.

Dans ce paysage désolant, de toutes les grandes puissances économiques, l'Union a fait la meilleure figure. Elle seule est venue à Glasgow avec un relèvement significatif de ses ambitions climatiques. Et si les — 55 % ne sont pas suffisants, ils sont au moins inscrits dans la loi. Il va maintenant falloir concrétiser ces engagements.

Le moins que l'on puisse dire est que le vote hier de la politique agricole commune est un mauvais départ. On peut bien sûr, contre toute évidence, prétendre qu'elle est pleinement alignée sur le pacte vert pour l'Europe. C'est un mensonge. Aucune mesure contraignante de réduction des intrants chimiques. Aucun objectif chiffré d'absorption de carbone. Et en prime, on réduit les subventions au bio.

Chers collègues, ne réitérons pas cette imposture avec le paquet «Ajustement à l'objectif 55». Pour cela, il va nous falloir vaincre les résistances. Et croyez-moi, les plus vives ne sont pas du côté des gilets jaunes qui, contrairement à ce qu'on raconte, sont convaincus de l'urgence climatique et environnementale. Elles viennent plutôt et surtout des détenteurs de capitaux qui ne soutiennent l'action climatique qu'à la condition qu'elle n'affecte pas leurs profits.

J'étais à l'université d'été du patronat français. J'ai entendu le représentant de l'industrie pétrolière me demander, à moi, responsable politique, de garantir à son secteur son *cash flow*. C'est un scandale! C'est une indécence! Face à ces rentiers du système, j'ai vu aussi beaucoup d'entrepreneurs qui, déjà aujourd'hui, s'engagent avec nous pour la transition. Alors, à mes amis du PPE et de Renew, qui parfois hésitent à soutenir à fond la transition, je dis une chose: un vrai libéral se rangera toujours du côté des entrepreneurs et contre les rentiers, surtout si, pour défendre leurs rentes, ils sont prêts à saccager la planète.

Jörg Meuthen, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar und Vizepräsident, geschätzte Kollegen! Bereits zum 26. Mal wurden wir alle Zeugen des großen Schauspiels „Weltklimakonferenz“. Um medienwirksam darüber zu diskutieren, wie wir denn nun das Klima unserer Erde retten können, ließ sich so mancher Teilnehmer mit dem Privatjet nach Glasgow einfliegen. Doch wem sage ich das: Frau von der Leyen schätzt die Vorzüge dieses wenig klimafreundlichen Verkehrsmittels bekanntermaßen auch sehr, selbst auf lächerlich kurzen Strecken.

Nun, wie lassen sich die Ergebnisse der COP 26 zusammenfassen? Die zunehmend orientierungslose Politik beugt sich Irrationalität und Panikmache der Fridays-for-Future-Kids. Einige wenige Länder wollen das Weltklima in einer beispiellosen Hybris retten, indem sie geradezu systematisch ihre Volkswirtschaften ruinieren, während der mit weitem Abstand größte Emittent der Welt, China, weiterhin überhaupt nicht daran denkt, sich einzuschränken.

Ich sage es ganz deutlich: Wir brauchen keine Panikmache, keine hundertste Klimakonferenz, keine absurden XY-Grad-Ziele, sondern wir brauchen Innovation, technischen Fortschritt und vor allem Besonnenheit, um den CO₂-Ausstoß in der Tat langfristig zu reduzieren.

Es sollte exemplarisch bekannt sein, welch ein technisches Meisterwerk modernste Dieselmotoren sind, wie weit diese Technik in Sachen Effizienz und Ökologie anderen Antriebstechniken überlegen ist. Es ist ein Irrsinn, diese Technologie aus politischer Willkür kaputt zu machen. Die Zukunft gehört nicht irgendwelchem ideologisch motivierten Verbotsunfug, sondern sie gehört einer klugen und vollständigen Technologieoffenheit. Der jetzige massiv subventionsgesteuerte E-Auto-Hype wird schon in zwei Jahrzehnten nur noch verständnisloses Kopfschütteln über diesen Irrtum unserer Zeit auslösen. Er ist ökonomisch, ökologisch und sogar sozial unsinnig und kontraproduktiv.

Meine Partei und ich bekennen uns schon seit jeher zu modernster Kernkraft als Energiequelle. Und so begrüße ich es ausdrücklich, dass mehr und mehr Länder in Europa zu der Einsicht gelangen, dass wir keinesfalls auf sie verzichten können, wenn wir unseren CO₂-Ausstoß senken und gleichzeitig eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen wollen. Dafür sind neue, sichere und effizientere, nahezu vollständig rückstandsfreie Reaktoren unverzichtbar.

Ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kernkraft und Kohleverstromung, wie ihn Deutschland wahnsinnigerweise anstrebt, wird uns jedenfalls in die Katastrophe führen. Wer allen Ernstes glaubt, man könne die Energieversorgung moderner Industriestaaten allein mit Wind- und Sonnenenergie sicherstellen, hat nichts, aber auch wirklich gar nichts in der Umwelt- und Energiepolitik verloren.

Anna Zalewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Myślę, że mamy dzisiaj namacalny efekt tego, co wydarzyło się w Glasgow, naszych deklaracji politycznych – o kilka euro wzrósł ETS, czyli europejski system kupowania uprawnień do emisji dwutlenku węgla. To oczywiście bardzo cieszy pana komisarza, dlatego że pan komisarz uważa, że powinniśmy rosnąć ETS, nie bacząc na ceny energii i na koszty obywateli. Ale co z tym jest również związane, to że nie przekonał się świat, żeby funkcjonował w takim samym systemie. W związku z tym, jeżeli chodzi o pakiet „Fit for 55”, trzeba go poważnie zweryfikować, poważnie przeanalizować te podatki, nakazy i kary, a przede wszystkim zweryfikować dokument dotyczący CBAMu, dlatego że nie widzieliśmy podczas dyskusji ochoty jakiegokolwiek państwa do tego, żeby w tym uczestniczyć, jednocześnie nie słyszeliśmy odpowiedzi na pytania, ile firm Unii Europejskiej wyprowadziło swoją produkcję do Chin i do Indii.

Jednocześnie wydarzyła się ważna rzecz – policzono, kto odpowiada za emisję dwutlenku węgla i gromadzenie dwutlenku węgla od 1850 roku. I oczywiście są to Chiny, są to Stany Zjednoczone, uwaga – w pierwszej dziesiątce są Niemcy – które to kraje nie chcą dyskutować o tym, że one ponoszą największą odpowiedzialność również teraz, również finansową, i mówią całemu światu „wy odpowiadacie tak samo, wy musicie płacić tak samo”. To źle wróży tym deklaracjom. To źle wróży temu, co mamy ambicje sami robić.

Zdarzyła się jedna dobra rzecz, mianowicie zaczęto dyskutować o wychwytywaczach, pochłaniaczach. Jeżeli chcemy usuwać dwutlenek węgla, nie uda nam się inaczej jak poprzez nowoczesne technologie. Tylko nie może to być równoległy, drogi system, system zbudowany obok ETS.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, blablabla, victoire par K.-O. des lobbies et *green-washing*. Voilà comment la COP 26, à laquelle j'ai assisté, s'est conclue par un grand flop, avec une image finale d'un cynisme inacceptable: les irresponsables de ce monde qui s'auto-congratulent d'enterrer la planète avec une trajectoire suicidaire de plus 2,4 degrés.

Pas étonnant qu'on en soit arrivé là quand on voit l'omniprésence des lobbies dans la COP. Imaginez le décor: des salles jonchées de logos, dont celui de la banque J.P. Morgan, qui a investi 317 milliards dans les énergies fossiles, ou d'Unilever, troisième plus gros pollueur plastique au monde. Et parmi les participants, c'est encore pire: 503 représentants des industries fossiles accrédités, soit plus que l'ensemble des huit pays les plus touchés par le dérèglement climatique. Rien que ça. Cette COP, en définitive, ce n'était plus une conférence des parties, mais bien une conférence des pollueurs.

Mais vous le savez, les lobbies ne seraient rien sans leurs complices. En premier lieu, les États comme la France, qui agissent en sous-main pour faire passer le nucléaire et le gaz pour des énergies vertes. Il fallait le faire, quand même! Et quelques jours à peine après cette COP, vous ne trouvez rien de mieux qu'accepter une PAC de l'agro-business qui renie tous nos engagements en matière de climat.

Alors, heureusement, tout le monde n'est pas dupe, ici, dans cet hémicycle, mais surtout en dehors. Dans les rues de Glasgow pendant la COP, mais aussi aux quatre coins de l'Europe, les jeunes se mobilisent. Et vous le savez, d'ailleurs, ils ne disent pas bravo la PAC, vive le marché carbone et vive la finance, mais bien *vote this CAP down*, refusez la PAC et sortez des énergies fossiles!

J'ai d'ailleurs envie de leur lancer ici un appel. Ne vous résignez pas, ne devenez pas cyniques, gardez la même force et, surtout, n'attendez pas que d'autres prennent les décisions à votre place. Envahissez le débat public, investissez les institutions politiques, prenez le pouvoir. Ne dénoncez plus seulement ceux qui brûlent la planète, remplacez-les.

Edina Tóth (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Tisztelt Biztos Úr! Nagy célokkal indultak neki a világ országai a COP26-klimakonferenciának, amely végül egy törékeny megállapodással zárult. A legfontosabb eredmény talán az, hogy végre egyetértés van abban, hogy már nemcsak beszélni kell a klímaváltozásról, hanem cselekedni is! Láthatjuk, hogy csak közösen fellépve, együtt lehetséges felgyorsítani a klímavédelmi folyamatokat. Nem szabad azonban elfelejteni, hogy annak ellenére, hogy az EU a világ teljes károsanyag-kibocsátásának 9 százalékáért felel, mégis a Bizottság az, amelyik most a legdrasztikusabb lépést javasolja az Unió tagállamainak: a gépkocsi- és lakástulajdonosokat akarja megadóztatni klímavédelemnek álcázva a rezsiárak emelkedését.

Ez az aránytalanság már versenyképességünket is veszélyezteti. Nem hagyhatjuk, hogy a klímavédelem oltárán polgáraink teljes mértékben kiszolgáltatottá váljanak a magas áraknak, míg globális partnereink jóval kevesebbet tesznek környezetünk megóvásáért.

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la COP26 non è stata un grande bla bla bla come ha detto qualcuno e i risultati sono evidenti. Il riferimento alla riduzione dei combustibili fossili, per la prima volta inserito in un documento finale, la scelta di combattere la deforestazione e bloccarla entro il 2030 e la decisione di investire oltre 19 miliardi di dollari per ripiantare miliardi di alberi entro il 2050 sono un segnale importante che è arrivato.

Chi contesta questi risultati sembra più preoccupato di contestare un modello di società di mercato, la società occidentale, piuttosto che impegnarsi nella lotta contro il cambiamento climatico. Non dice nulla contro la Cina, che è il grande inquinatore del mondo. Ecco, un messaggio forte deve arrivare anche da questo Parlamento alla Cina che, purtroppo, è la grande potenza che invade con le sue emissioni la nostra area. L'Europa, ricordiamolo, emette soltanto l'8 % di gas serra.

È ovvio che la lotta contro il cambiamento climatico deve coinvolgere industria e agricoltura. Ci sono investimenti per 520 miliardi per la transizione verde. Serve uno sforzo pubblico e privato, ma noi dobbiamo mettere l'industria e l'agricoltura nelle condizioni di cambiare. Fissare soltanto obiettivi non serve a granché. Serve mettere, attraverso importanti finanziamenti, questi due settori fondamentali dell'economia reale, fondamentali per l'Occidente, nelle condizioni di potersi veramente trasformare.

Se noi pensiamo ai pericoli che corre anche nel mio paese, in Italia, il settore dell'*automotive*, non posso non insistere su questa necessità di investimenti visto che sono a rischio 60 000 posti di lavoro da qui al 2035.

Bene, tutto ciò deve spingerci ad andare avanti, perché noi abbiamo il dovere di difendere il pianeta, ma di farlo con intelligenza, senza politicizzazioni, puntando a quello che dobbiamo lasciare in eredità ai nostri figli.

Mohammed Chahim (S&D). – Mr President, I hear a lot of mixed reactions after the COP26 in Glasgow, but personally, I'm a half-glass full person, maybe even a little bit more than a half-full and I think I'm not the only one.

Just after COP26, I read a very interesting interview with a prominent professor in climate science, also one of the lead authors of the IPCC reports, who said she was much impressed by the results of the COP26. To quote her, 'I've been to many COPs, but what I've seen in Glasgow is unmatched.' I believe she is right, because let's look at the results – there's an international alliance that commits to ending fossil fuels and the landmark words 'we're taking it to the final conclusion' recognising the need for action on fossil fuels. There's a methane pledge to significantly reduce methane emissions, essentially to slow down global warming. And there's an international alliance to stop deforestation, even signed by Brazil.

But the most important accomplishment maybe is that for the first time ever, the world is recognising the importance of 1.5°C or keeping 1.5°C within reach. Staying under 2°C is not enough. The Paris rulebook is finished. Article 6 is established. This sets up the much needed framework for an international carbon market. This creates an opportunity to collaborate on a global level and use the best available technologies, achieving the highest decrease in emissions in the most cost-effective way. All ingredients are on the table to keep 1.5°C within reach.

However, we still need developed countries, banks and industry to take the responsibility and divert investments in the right direction.

Just a small anecdote, I was talking to the Minister of the Maldives and what she said really stuck with me – just imagine 85% of your neighbourhood, of your city or your village becoming uninhabitable. Because that's what countries like the Maldives are facing if we don't act.

So we urgently need to update our nationally determined contributions. We have the momentum now. Let's work hard the coming year and we are on the right track. We need to take a big step in Egypt. I think it will be a busy year and I wish us all the best.

Nils Torvalds (Renew). – Mr President, I would like to thank my dear friends for their efforts. We started to turn this table around after the 2015 Paris Agreement. We tweaked different parts and sectors of the issues. This led very easily to us choosing different issues according to the different priorities of different parties.

What we now are trying to do is to turn the whole system around. This is, of course, a much more complicated issue. When we tweak different parts of the whole, we do not need to bother about how they fit into a systemic whole. When you look into the challenges of COP26 and Fit for 57, we need to take into account how the different parts fit into each other, and that's going to make it much more difficult. As Commissioner Timmermans said in his speech, this is the challenge we have in front of us. We are at the beginning of an enormous challenge because there will be frictions between the different parts of the different issues we are trying to change. But we have just one choice: we will and we must prevail.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Herr talman! EU fick en tydlig bakläxa från COP26: Vår politik är otillräcklig. Utsläppsgapet måste minska, och det snabbt. Alla länder blev uppmanade att höja sina ambitioner när det gäller 2030-målen till COP27 nästa år, även EU. Det här måste vi visa nu med konkreta minskade utsläpp. Inte bara något slags sifferfiffel när det gäller eventuella kolsänkor, utan konkreta utsläppsminskningar här och nu under detta årtionde.

Det pratas ofta om att EU har ledartröjan på sig i klimatfrågan, men då måste vi också konstatera att om resten av världen skulle bedriva ungefär vår klimatpolitik så skulle vi se en global uppvärmning snarare i storleksordningen 3 grader än 2 grader till 2100, enligt oberoende bedömare. Är det ledarskap? Ledarskap måste väl ändå vara att ha en klimatpolitik som tar ansvar för kommande utsläpp i linje med vetenskapen och tål en vetenskaplig granskning, och som också tar fullt ansvar för de utsläpp som vi redan har gjort?

Frans Timmermans, du nämnde i Glasgow vid några tillfällen och alldeles nyss också ditt barnbarn och dina barn. Jag har själv barnbarn i samma ålder och jag är övertygad om att vi verkligen vill kunna se dem i ögonen och säga att vi som vuxna har tagit vårt ansvar för att lösa de problem som vi vuxna har skapat. Men då måste vi alla härinne kliva upp ur sandlådan. Jag hör fortfarande en del av er som vill lägga skulden på andra. Om andra vill sitta kvar i sandlådan och lägga skulden på varandra, låt dem göra det, men vi måste kliva upp nu och ta fullt ansvar för vad vi har gjort och vad vi gör framåt.

Silvia Sardone (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la conferenza di Glasgow ha portato risultati, diciamocelo, francamente deludenti.

Sia chiaro: la tutela dell'ambiente è una priorità assoluta, ma la sfida ecologica va affrontata con pragmatismo e serietà, non certo con l'ideologia. La transizione verde, così come immaginata dalla Commissione europea, ha dei costi che spesso non vengono considerati.

La corsa europea verso la neutralità climatica, non accompagnata da quella di giganti come Russia, Cina, India e in parte anche Stati Uniti, rischia di essere un peso solo per il nostro continente. Ricordiamo che l'Europa ha una quota solo del 7 % delle emissioni globali.

A pagare il conto di scelte sbagliate rischiano di essere solo i contribuenti europei, e in particolare le classi meno abbienti, come abbiamo tra l'altro già visto in Francia per il caro benzina. Allo stesso tempo, il rincaro dell'energia con effetti drammatici sulle bollette è in parte collegato a certe decisioni *green*. Questi incontri in cui centinaia di leader arrivano con l'aereo rischiano oggettivamente di essere la fiera dell'ipocrisia e delle promesse non mantenute.

Non dimentichiamo inoltre che la Cina è già leader di molti dei prodotti delle materie prime del futuro. Penso al litio delle batterie dei veicoli elettrici, ai semimetalli fondamentali per turbine eoliche e anche per i pannelli solari. Insomma, le nostre produzioni rischiano di essere penalizzate da vincoli insostenibili e di diventare poi totalmente dipendenti dal gigante cinese.

L'ambiente va preservato a tutti i costi, ma bisogna avere la lungimiranza di calcolare le conseguenze sociali ed economiche delle scelte che prenderemo. Il rischio è quello di assistere a ulteriori delocalizzazioni e a nuovi licenziamenti.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la COP26 ha confermato che il ritmo della politica e il ritmo della natura sono drammaticamente disaccoppiati.

Sappiamo che, prima della COP26, le previsioni del riscaldamento per il 2100 erano di 2,7 °C, ma queste previsioni sono ora di 1,8 °C, nel caso in cui tutti gli accordi siano attuati. Questo è ancora troppo lontano dall'1,5 °C che la scienza ci richiede per evitare il collasso.

È vero che non sono tutti fallimenti. L'accordo per ridurre le emissioni di metano e l'inclusione esplicita del carbone negli impegni sono buone notizie, ma, come ha detto il Segretario generale delle Nazioni Unite, ciò non basta.

È avventato aver posticipato al 2023 al finanziamento di 100 000 dollari annuali per la transizione verde dei paesi in via di sviluppo. Infatti, come ha spiegato il rapporto del *Global Inequality Laboratory*, la mappa dell'inquinamento da carbonio combacia perfettamente con quella delle disuguaglianze economiche globali. Il 2 % più ricco della popolazione mondiale emette quasi il 48 % delle emissioni globali e l'1 % più ricco produce il 17 % del totale, mentre la metà più povera è responsabile solo del 12 %.

Non possiamo salvare il pianeta se non agiamo più velocemente, ma soprattutto non potremo salvare il pianeta se non lo rendiamo più giusto.

Petros Kokkalis (The Left). – Mr President, politics is the art of the visible. It is still possible to arrest our race towards extinction. In Glasgow, the Paris Agreement rulebook was finalised, and now the framework for international cooperation for climate action is finally operational.

In Glasgow, all nations finally submitted to the veracity and the ferocity of the IPCC science and committed to the 1.5-degree goal and not the inferno of well below two degrees. In Glasgow, the ambition ratchet mechanism brought in is leading to 2.2 degrees, well down from the three parties' 5-degree tragic trajectory, but not nearly good enough to ensure global public health and very catastrophic socio-economic impacts. In Glasgow, the parties therefore committed to returning in 2022 with greater ambition and most importantly, credible policy pathways to 1.5 degrees.

In this regard, the EU stood as a beacon. Finally and fundamentally, developed nations recognise their liability for adaptation and for loss and damage in the Global South. And this road to climate justice dictates that radical restructuring of the international financial is needed in order to unlock the trillions required and including the end of fossil fuel subsidies.

Optimism is the starting point of victory, but it can only be the result of unyielding struggle in every parliament, in every council, in every board, in every union, in every home, in the streets, every day.

President. – *(reacting to off-micro remarks)* Colleague Tertsch, this is not Speakers' Corner. You had an earlier slot to speak, you were on the screens, and it is my normal practice not to take people who were not in place when it was their turn, so I do make an exception, but first Ms Bentele.

Hildegard Bentele (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diese COP mit drei Hüten besucht: als Mitglied des Industrieausschusses, als Mitglied des Entwicklungsausschusses und als Mitglied des Umweltausschusses.

Industriepolitisch hat mich vor allem das Gespräch mit der chinesischen Delegation beeindruckt. Natürlich ist das gesetzte Klimaneutralitätsziel von 2060 zu spät, aber sie haben sich mit durchaus konkreten Maßnahmen befasst. Sie haben den Emissionshandel als wirksames Instrument erkannt, und China hat in vielen Bereichen der Zukunftstechnologien die weltweite Führerschaft. Ich glaube also, dass sich die Zusammenarbeit mit China im Umweltschutz lohnt, dass wir weiterhin eng kooperieren sollten und unsere Arbeit intensivieren sollten.

Entwicklungspolitisch war es natürlich wichtig, dass es nun einen echten Fokus auf die Anpassung an den Klimawandel gibt. Herr Vizepräsident, Sie haben es ausgeführt: Wir müssen enger mit Afrika zusammenarbeiten. Bei einem Gespräch gestern mit Kommissar Lenarčič war klar: Es gibt mittlerweile auch humanitäre Notlagen. Wir müssen also jetzt unsere Entwicklungspolitik entsprechend ausrichten. Wir haben uns dazu bekannt, 30 % unserer Gelder in Umweltschutz- und Klimamaßnahmen zu stecken; das müssen wir jetzt umsetzen.

Die umweltpolitischen Maßnahmen sind genannt: Methan-, Industrie- und Entwaldungsstrategie sind sehr wichtig.

Ich glaube insgesamt, dass die EU eine positive Bilanz ziehen kann. Sie war sehr gut vorbereitet. Sie war glaubwürdig im Hinblick auf ihre Ziele und konkreten Maßnahmen und auf ihre Finanzierung. Ich glaube, somit können wir wirklich zu einem Vorbild für die anderen werden.

Hermann Tertsch (ECR). – Señor presidente, la Cumbre de Glasgow nos ha deparado imágenes muy reveladoras, como el atasco de la terminal del aeropuerto con los aviones privados de los más reputados gurús climáticos, que dicen que los tractores y furgonetas del trabajador contaminan mucho; o de la adolescente Greta, con argumentos tan científicos propios de una sacerdotisa de la ciencia que no va al colegio, gritando a las autoridades que se metan el clima por el culo, literalmente.

Más allá de lo anecdótico, lo sustancial es que no se ha hablado de lo importante, es decir, las preocupaciones de los ciudadanos y pequeñas empresas ante la pobreza energética, la subida de costes o el éxodo rural. Eso no ha estado en la agenda. En España se están volando las centrales térmicas y ahora están importando carbón de Indonesia, y las insolencias en España van a ser las más altas del mundo.

La declaración final de la Cumbre y los diferentes acuerdos alcanzados dejan de manifiesto la enorme distancia entre las fantasías verdes de la UE y la realidad productiva y económica de nuestros principales socios y competidores comerciales.

La Unión Europea es un líder ficticio. Su pretensión de ser ejemplo a seguir por países como China o la India en la hoja de la ruta verde ha fracasado estrepitosamente. Un poco de freno, por favor, a las ambiciones ideológicas que causan mucho daño al europeo común y poco o ningún beneficio a nadie.

Der Präsident. – Ich weiß nicht, ob alles in alle Sprachen wortgetreu übersetzt worden ist, ich weiß aber, dass die Benutzung von Kraft- und Fäkalausdrücken in der Regel den Gehalt einer Rede nicht wesentlich verbessert.

Jytte Guteland (S&D). – Mr President, my experience from being with the European Parliament delegation in Glasgow was that significant achievements were made, yet the world missed the opportunity to respect the Paris Agreement.

The EU is leading the transition in the world with the climate law, with the Green Deal, but Biden and Kerry – the US – also want to share that leadership and it is back in the Paris Agreement with a new 2050 net zero target. That is, of course, very welcome.

We also saw China and India commit to net zero ahead of the conference, but it is really deeply worrying that we are still aiming towards at least 2.4 degrees of heating. We met with the Climate Minister of the Maldives, a country with a highest point of 2.4 metres. They will literally disappear if this continues. It was really touching to hear how climate change is really a matter of life and death.

COP26 was also about trust. We are about to fail on COVID vaccine deliveries and we failed to reach the climate financing goals. We have got another chance at COP27 to raise the short ambition. We cannot spoil it by not reaching the climate financing goals. The EU must also step up and overachieve on the climate law. Only strong action can rebuild trust. Only immediate action can save countries like the Maldives.

Morten Petersen (Renew). – Hr. formand! Dagen efter at klimatopmødet i Glasgow sluttede, bragte BBC en historie om, at luften i Indiens hovedstad Delhi er så foruren, at skolebørnene må blive hjemme på ubestemt tid. Tænk sig, at børn ikke kan gå i skole, fordi luften omkring dem er så sundhedsfarlig. Det viser noget om den udfordring, vi står overfor. Og det gør det ærlig talt nærmest ubegribeligt, at lande som Kina og Indien i slutfasen af topmødet modsætter sig en egentlig udfasning af kul og i stedet taler om at nedfase.

Derfor efterlader Glasgow også på mange måder et blandet indtryk. Det er fint, at man færdiggør den såkaldte »rule book« fra Paris, der giver os en chance for at kunne begrænse opvarmningen til halvdanden grader celsius – en chance! Og det er fint, at der for første gang tales om, at vi skal væk fra kul. Men at vi ikke kan blive enige om at udfase det, og i stedet kalder det nedfase, det er altså trist. Så ja, der var vigtige fremskridt i Glasgow.

Det er godt, at landene allerede næste år skal fremlægge nye og forhåbentlig mere ambitiøse planer for, hvordan de vil levere på klimamålet. Jeg synes, der er al mulig grund til at rose Europas rolle i det, der skete i Glasgow. Jeg synes, det var en flot indsats, der viser, at Europa er klar til at tage ansvar, for det går ikke, at der bliver et større og større gab mellem ambition og realitet, mellem løfter, og hvad der leveres på. Det går ikke. Og det stiller krav til os selv her i huset. Vi skal levere, også på »fit for 55«.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, I think it's quite obvious in this discussion that it matters very much on your angle as to whether you call Glasgow a success or not. I think, from an international negotiations perspective, Glasgow was certainly a step forward, but I think we all acknowledge that not enough has been done yet to reach and avoid the climate crisis. For that, the coming year will be a crucial year again, and there I very much subscribe to what Executive Vice-President Timmermans said on the coalition with the African Union, which is going to be crucial.

But I want to point out one success that was in the Accord as well, and that's on fossil subsidies, and the ending of fossil subsidies. In the Paris Agreement, there are three clear targets in Article 2.1. It's on mitigation, it's on adaptation and it's on making the financial flows consistent with our climate targets. That's the third pillar of Article 2.1 on the targets of the Paris Agreement, and that's why it's so important we are talking about fossil fuel subsidies.

But let's be honest. Here, Europe still has some homework to do. Looking at the European countries, for example in the G7 in Cornwall, Germany, Italy and France, part of the G7, commit to achieving an overwhelmingly decarbonised power system in the 2030s. We've seen quite a few countries stopping fossil fuel subsidies abroad, also including Slovenia, and maybe this afternoon we will also see the German coalition putting an end to gas, because gas is the next fossil frontier that we need to address. And here really one big call to the European Commission: if we are looking at the end of fossil fuel subsidies, you can never call gas a green investment in the taxonomy.

Catherine Griset (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, comme les autres avant elle, cette COP était vouée à l'échec, car elle refuse de s'attaquer aux problèmes de fond que sont le mondialisme marchand, la hausse démographique et le recours à la technologie de pointe. À la place, nous avons eu droit à un grand moment de communication démagogique. Les États ont multiplié les promesses solennelles de réduction des émissions et on nous a offert avant la fin, tel un film hollywoodien, un accord surprise entre les États-Unis et la Chine.

Le bilan de cette COP 26, c'est l'emprise du secteur du management et des firmes mondialisées sur le thème environnemental, puisque l'événement était sponsorisé, entre autres, par Unilever. On ne peut pas mieux illustrer la collusion entre des gouvernants économiques et politiques. Il n'y a pas non plus d'exemple plus emblématique d'écoblanchiment.

On parle de croissance et d'emplois verts, de durabilité, de résilience et même de genre pour nous annoncer en réalité plus d'écologie punitive. Car l'accord de Paris est intenable. Pour qu'il soit tenable, il faudrait planifier entièrement l'économie. On attend la prochaine étape, la mise en place d'un budget carbone, une sorte de pass carbone sur le modèle du pass sanitaire et du crédit social.

Entre-temps, l'Union européenne va financer à fonds perdus la transition climatique des pays en développement, y compris la Chine, tout en plombant sa propre industrie. Elle va augmenter la facture énergétique de ses citoyens à travers une tarification excessive du carbone, soutenu par un système complexe de taxes et de quotas. Une fois n'est pas coutume, nous serons d'accord avec Greta Thunberg pour qualifier ce non-événement de blabla.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, als we het over de resultaten van de COP26 hebben, dan moeten we het zeker over kernenergie hebben. Als we het echt menen met het doel van Europese klimaatneutraliteit tegen 2050, dan hebben we kernenergie nodig. Zowel de interne diensten van de Commissie als het Internationaal Energieagentschap erkennen dit duidelijk.

Kernenergie is goed voor het klimaat, veilig en maakt ons minder afhankelijk van wispelturige derde landen. Frankrijk wil inzetten op kleine modulaire reactoren. In Nederland opent men blijkbaar opnieuw het debat en tijdens de COP raakte bekend dat het Amerikaanse NuScale een kleine modulaire reactor zal bouwen in Roemenië. Er zijn dus heel wat landen die het licht zien. In andere, zoals het mijne helaas, dreigt het licht net uit te gaan en schakelt men weer over op vervuilende fossiele bronnen.

Vorig jaar liet vicevoorzitter Timmermans nog optekenen dat hij niets tegen kernenergie had, maar enkel als tussenoplossing. Vandaag lijken de geesten gerijpt, want Commissievoorzitter Von der Leyen zei onlangs nadrukkelijk dat we kernenergie nodig hebben. Het is inderdaad hoog tijd dat de dubbelzinnigheid over kernenergie plaatsmaakt voor duidelijkheid. De Commissie moet klare wijn schenken, de wetenschap volgen en kernenergie erkennen als groene bron, ook in de taxonomie.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, ymmärrän hyvin kansalaisyhteiskunnan pettymyksen. Tuntuu vaikealta ymmärtää, että valtioiden johtajat eivät pysty tekemään riittäviä päätöksiä, vaikka kaikki tieteellinen tieto on meillä käytössä ja sen viesti on selvä. Nykyisillä päätöksillä olemme menossa kohti kohtalokasta lämpenemistä. Mutta tärkeintä Glasgow'n lopputuloksessa on kuitenkin se, että se edelleen pitää Pariisin sopimuksen tavoitteen puolesta asteesta hengissä.

Pariisin polku on vielä mahdollinen, mutta se tulee vaatimaan paljon. Se tulee vaatimaan sitä, että jokaikinen lupaus ja julistus muuttuu sitovaksi päätökseksi, ja se vaatii edelleen päästövähennysten kiristämistä myös Euroopassa. Ensimmäistä kertaa fossiilisista energialähteistä luopuminen mainitaan lopputuloksessa. Vaikka sanamuodot eivät ole niin vahvoja kuin olisi toivonut, on viesti silti aivan selvä. Fossiilikapitalismin aika on ohi, ja ilmastoratkaisujen tulee nojata tieteelliseen tietoon.

Kaikkein tärkeintä on nyt lyhyellä aikavälillä saada aikaan riittävät todelliset päästövähennykset. Puiden istuttaminen ja kompensatiomallit ovat tärkeitä, mutta ilman riittäviä päästövähennyksiä ne ovat merkityksettömiä, koska aika on meiltä loppumassa.

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, I agree with those expressing their disappointment over the results of the Glasgow summit and also share the concern and even some of the frustration of younger generations about the state of the planet they inherit. True, COP26 fell short of many expectations, but let's be fair and realistic. Streamlining 27 different opinions on any subject is difficult enough at the best of times. Merging 197 perspectives on climate change is a daunting task, but not impossible.

Now, despite all odds, the final document adopted the rulebook for the Paris Accords. It committed itself to the 1.5 degree target, committed itself to reducing coal and fuel subsidies, to reducing methane, deforestation, phasing out production of petrol and diesel cars. And most importantly, it pledged support to South Africa to phase out its coal plants, setting an example for cooperation with Africa and the developing world.

The above sets the agenda for COP27 in Egypt. Let's not fall into despair. Let's keep our ambitions high. Let's keep everyone engaged and move forward together.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Domnule preşedinte, personal consider summitul climatic de la Glasgow COP26 ca fiind un succes dacă acţionăm coordonat şi susţinut. Liderii mondiali şi-au luat un angajament care trebuie consolidat prin acţiuni concrete. Angajamentul nostru ca europeni există de o bună perioadă de timp. Aliatul nostru cel mai important, SUA, a declarat că doreşte să meargă hotărât în această direcţie, să stimuleze cooperarea internaţională în domeniul climei şi a anunţat investiţii masive. China şi India au făcut, de asemenea, declaraţii încurajatoare.

Noi, europenii, trebuie să înţelegem că atingerea obiectivelor climatice înseamnă investiţii uriaşe în digitalizare şi decarbonizare şi, desigur, în industrie. Provocarea pe care o avem în faţa noastră nu este doar de a salva planeta, pentru a da o şansă generaţiilor viitoare, ci şi de a rămâne competitivi pe scena mondială. Dacă Europa doar reglementează şi nu investeşte, vom pierde în cursa globală. Indiferent cât de bune ar fi normele noastre, indiferent cât de bun ar fi pachetul *Fit for 55*, doar reglementările noastre nu pot concura cu investiţiile anunţate pe scena mondială. Orice plan pentru tranziţia ecologică a Europei va funcţiona numai dacă industria europeană va fi parte integrantă a planului.

Este foarte important să tratăm obiectivele ecologice, digitale şi industriale pe picior de egalitate, pentru că toate acestea depind unele de altele şi, evident, trebuie să înţelegem că inovarea, cercetarea, digitalizarea şi decarbonizarea reprezintă promisiuni pentru viitorul nostru. Trebuie să dăm industriei noastre posibilitatea de a dezvolta în Europa o tehnologie de decarbonizare de vârf, la nivel mondial. Salvarea planetei este o chestiune urgentă, dar ne dorim ca industria europeană să rămână şi să prospere în Europa. Aceasta este singura modalitate prin care putem asigura locuri de muncă pentru cetăţenii noştri şi un viitor pentru generaţiile noastre.

Cyrus Engerer (S&D). – Sur President, grazzi hafna Vici President Timmermans tax-xoghol b'sahhtu illi int u t-tim tieghek ghamiltu mhux biss fi Glasgow imma fix-xhur kollha wkoll ta' qabel sabiex inkunu certi li ahna nkunu l-iktar kontinent ambizzjuż fejn jidhol it-tibdil tal-klima, u illi din tkun il-ġliedha taghna lkoll, tad-dinja kollha, li nikkonvincu lil kulhadd u

Permit me to make this plea, on behalf of all the European youth and the youth from all across the world, so that we remain that continent, we will remain that voice which is pushing and is most ambitious in the world when it comes to climate change.

I can understand the anger of young people, I can understand their anger when they see that, because of the past, they know that their future is very unclear at times when it comes to climate. And I know where your heart is on this, because we have had so many meetings in the past months, and I know that your heart is with young people and that we can be and remain that continent that pushes the rest of the world for more ambition.

We are the heart and mind of this battle which we have when it comes to climate. But as my friends and my colleague Mohammed Chahim, for instance, mentioned

hafna tajjeb illi hareġ minn din il-Konferenza COP26. Irridu wkoll nitkellmu fuq dak li ma hariġx, u fuq dak li rridu naghmlu iktar ukoll. U l-kwistjoni tal-loss and damage, illi hafna drabi hija forsi diffiċli hafna biex nitkellmu fuqha għaliex ahna ġejjin minn dawk il-pajjiżi illi ahna iktar b'saħħitna ekonomikament, imma anki fuq dawk il-kwistjonijiet tal-loss and damage rridu, anki ahna stess, inkunu l-mexxejja dinjin fuq dan.

Hemm min qiegħed jiġi milqut illum il-ġurnata bit-tibdil fil-klima. Hemm nies li qegħdin ikollhom jaharbu mill-pajjiżi tagħhom, mill-ibliet u mill-irhula tagħhom, minhabba t-tibdil fil-klima. U ahna rridu nkunu dak il-kontinent li ngħinu-hom. Irridu nikkonvinċu lill-kumpliment tal-pajjiżi żviluppatti illi għandna nkunu fuq quddiem nett ma' dawn il-pajjiżi vulnerabbli li qed ikollhom impatt kbir fuq il-hajja ta' hafna cittadini. U għalhekk inhegġek halli, għall-COP27 fl-Eġittu, inkunu u nibqgħu fuq quddiem nett f'din il-ġlieda, anki fejn jidhol il-loss and damage.

Frédérique Ries (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, derrière les larmes retenues d'Alok - Sharma, le président de la COP 26, ce constat lancinant: le sommet climat de Glasgow a déçu. J'entends bien, on peut discuter indéfiniment de la sémantique: échec, déception, le verre à moitié plein de notre collègue Peter Liese... Moi, je constate qu'à Glasgow, on s'est engagé à s'engager, un jour. Tant de promesses et quoi de concret, finalement? Méthane, charbon, forêts: des annonces, seulement. Une déception, donc, car l'accord a minima éloigne des engagements de Paris et de ce que dit la science pour limiter la hausse des températures à 1,5 degré.

Déception aussi, car la solidarité nécessaire à l'égard des territoires insulaires les plus exposés au changement climatique a été trahie. Où sont les milliards de dollars qui ont été promis aux Îles Marshall, à la Papouasie, aux atolls de Polynésie, à Kiribati, au titre des pertes et préjudices qu'en réalité ils subissent déjà?

Les événements de cet été – les inondations mortelles en Allemagne et en Belgique, les canicules un peu partout dans le sud de l'Europe – devraient pourtant alerter sur la menace climatique qui frappe partout, y compris, et de plus en plus souvent, chez nous. Pour citer l'éditorialiste anglais James Moore, le Royaume-Uni se trouvera-t-il dans une situation comparable quand Londres et le sud britannique seront gorgés d'eau et que leurs habitants devront s'installer plus au nord? Il n'y a qu'à voir, dit-il, les projections et les cartes, autrement dit, la science, pour qui veut bien la lire et l'entendre. Une prévision en forme de sentence pour toute l'Europe.

La COP 26 – je conclus, Monsieur le Président – est derrière nous, Charm el-Cheikh est dans notre viseur. L'Union européenne doit relever ses ambitions pour s'éviter aussi sa prochaine crise des réfugiés climatiques.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, il y a six ans, les États du monde s'étaient mis d'accord sur l'objectif de 1,5 degré. Nous en sommes très loin. Nous allons droit vers + 2,6 degrés.

Cette COP, finalement, c'était celle de l'injustice, celle qui accueillait plus de 500 représentants des industries pétro-gazières et à peine deux du Vanuatu, un pays qui sera bientôt englouti par les eaux. Une COP où les pays riches, dont les pays de l'Union européenne, malgré les décisions de leurs tribunaux, n'ont pas rehaussé leurs objectifs climatiques. La loi climat européenne, selon les scientifiques, c'est aussi + 2,6 degrés. L'injustice enfin, parce que les plus riches, les plus pollueurs des pays, mais aussi des entreprises, refusent encore d'assumer leurs responsabilités et de payer pour les catastrophes humaines et naturelles qu'ils ont causées.

Alors, soyons sérieux: *Exxon knew*, *Shell knew*, et Total savait aussi. Et l'Europe, eh bien! l'Europe a laissé faire. Alors cessons immédiatement de financer le gaz, rehaussons nos objectifs climat et engageons enfin les investigations et les grands procès nécessaires aujourd'hui pour rendre justice au climat et rendre justice aux humains.

Marco Dreosto (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il tema ambientale non è e non deve essere di esclusiva competenza della sinistra, anzi. La tutela ambientale può essere anche all'interno di questo arco parlamentare assolutamente univoca e darci veramente delle grandi opportunità.

A Glasgow si è parlato dei cambiamenti climatici, ma finalmente ragione e realismo hanno prevalso sulle ideologie. La transizione ecologica, come ci suggerisce il termine stesso, deve essere un percorso, non un mero obiettivo da realizzare a discapito di crescita e di sviluppo.

Il mio appello è un appello alla responsabilità. Abbandoniamo le venerazioni di Greta Thunberg e cerchiamo di trovare un accordo per delle posizioni europee e per un ambientalismo responsabile, che coniughi la tutela dell'ambiente con il diritto delle imprese a continuare ad esistere, evitando nuovi vincoli che provocherebbero evidentemente la loro chiusura.

Specie in questo momento di grande difficoltà, non dobbiamo permettere che si perdano migliaia di posti di lavoro, privilegiando le ideologie a danno delle imprese e anche delle famiglie, e favorendo, ad esempio, quell'economia cinese che non si pone, almeno concretamente, il problema ambientale. Ricordiamoci, infine, che si può ancora morire di fame, prima di morire di inquinamento.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Najważniejsze wydarzenia związane ze szczytem klimatycznym COP 26 można streścić krótko: Joe Biden przysypiał, Greta Thunberg histeryzowała, a Xi Jinping nie przyjechał wcale.

Trochę szkoda, że światowe szczyty klimatyczne tracą nie tylko na powadze, ale i znaczeniu. Obrady w Glasgow zlekceważyli przywódcy największych trucicieli z Chinami na czele. Nie wpływa to dobrze na wizerunek Unii Europejskiej, która z Zielonego Ładu uczyniła swój główny, a raczej jedyny produkt eksportowy. Bierzemy na siebie ciężar globalnej walki ze zmianami klimatu, choć odpowiadamy zaledwie za 9 proc. światowej emisji dwutlenku węgla. Unia Europejska może osiągnąć neutralność klimatyczną choćby jutro, a Ziemia nawet tego nie odczuje.

Jesteśmy świadkami globalnego masowego szaleństwa: połączonych wysiłków (chyba jednak pseudo) polityków, aby całkowicie zdziśiatkować i zniszczyć nasze przedsiębiorstwa, nasz przemysł, nasz europejski dobrobyt. Radykalni ekolodzy przestrzegali w Glasgow przed klimatyczną apokalipsą. Ja chciałabym przestrzec przed apokalipsą społeczną, która nas czeka, jeśli nadal będziemy brnęli w klimatyczny radykalizm niosący chaos, biedę i strach.

Panie Timmermans, polecam realizm, realizm, realizm.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhor Presidente, saídos da COP26 ninguém poderá anunciar grandes feitos. Pelo contrário, o caminho traçado permanece praticamente inalterado. A realidade impõe a urgência de medidas concretas. A resposta, essa, insiste em falsas soluções, medidas insuficientes de mitigação ou inadequadas, como as de mercado. Permanecem intocados os interesses dos que lucram na compra e venda do direito a poluir ou outros rentáveis negócios a este pretexto.

O capitalismo não é verde, não será nele que se encontrarão as respostas necessárias e ao serviço dos povos. Estas não se podem esgotar na estrita dimensão ambiental. Exigem uma dimensão social, o reconhecimento do direito dos povos ao desenvolvimento, exigem medidas diversas, a adoção de uma abordagem normativa que incida na redução efetiva de emissões, a promoção de políticas de mobilidade assentes no transporte público, o controlo público de setores estratégicos, como o energético, o incentivo à produção e consumo locais, o direito de cada país à sua soberania alimentar, uma regulação justa do comércio mundial, a rejeição do militarismo e a defesa da paz.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι κυβερνήσεις και οι ΜΚΟ έσπειραν μαζικά αυταπάτες ότι κάτι θετικό για τον λαό και το περιβάλλον θα μπορούσε να προκύψει από την COP26. Η διαμάχη για το ύψος των στόχων της είναι η άλλη όψη των σφοδρών ανταγωνισμών των Ηνωμένων Πολιτειών και της Κίνας για πρωτοκαθεδρία. Ένας πόλεμος συμφερόντων που βαφτίζει «πράσινους» τους βομβαρδισμούς των Ηνωμένων Πολιτειών, της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του NATO, σκοτώνοντας λαούς και καταστρέφοντας το περιβάλλον, που ανακηρύσσει «πράσινες» τις πυρηνικές δοκιμές, την καύση απορριμμάτων, τη μόνοκαλλιέργεια των ανανεώσιμων πηγών. Η πράσινη μετάβαση και η απελευθέρωση της ενέργειας αφήνουν εκτεθειμένους τους λαούς στην ενεργειακή ακρίβεια, τα πράσινα χαράτσια και ανατιμήσεις. Κριτήριο το κόστος-όφελος. Έτσι μένουν αθωράκιστοι οι λαοί. Επιρρίπτεται σε αυτούς η ατομική ευθύνη, ενώ καταστρέφονται λαϊκές περιουσίες, τα δάση και το φυσικό περιβάλλον από πλημμύρες, πυρκαγιές και σεισμούς. Πράσινο για εσάς είναι ό,τι συμφέρει τους

επιχειρηματικούς ομίλους. Η κλιματική αλλαγή αξιοποιείται ως πρόσχημα για να αθωωθεί ο μεγάλος ένοχος: το καπιταλιστικό σύστημα. Μόνο ο λαός, σε σύγκρουση με τα επιχειρηματικά συμφέροντα, με εργατική εξουσία και κοινωνικοποιημένη οικονομία, μπορεί να σώσει τον λαό, το περιβάλλον και τον πλανήτη.

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, temos muitas vezes uma tendência para desvalorizar o que já conseguimos, os objetivos que vamos atingindo. Mas sem, por um momento que seja, reduzir a ambição para o futuro, parece-me de grande importância que saibamos avaliar o caminho que já percorremos.

Como coautora da Resolução deste Parlamento para a COP, sinto particular responsabilidade não só no que foi o estabelecimento dos objetivos que levámos a Glasgow, mas também no seu cumprimento, e não me parece descabido relembrar aqui a todos os Grupos, mas também aos representantes da Comissão e do Conselho, que, tendo ainda muito por fazer, somos também o bloco económico que já mais fez e que mais tem trabalhado para a neutralidade climática.

O facto de os nossos objetivos serem ambiciosos não nos deve toldar em relação ao esforço e ao sucesso atingidos. Levámos a Glasgow sete grandes objetivos: a ambição de incremento nas metas nacionalmente determinadas para conseguirmos ficar mais perto do aumento de 1.5 graus Celsius; a mobilização de recursos para a adaptação; o acordo no mercado global de carbono; os subsídios aos combustíveis fósseis; o acordo para o metano; o travão à desflorestação; a inclusão de todos os setores no esforço para a descarbonização nas metas nacionais, nomeadamente a aviação e o transporte marítimo. Destes sete objetivos, em seis conseguimos avanços importantes, diria até mesmo muito importantes, e apenas o último não foi, pelo menos parcialmente, atingido.

Nada seria tão grave nem tão traiçoeiro como verificar que não teriam passado de palavras vãs. Este é o tempo, o tempo de passar das palavras aos atos, o tempo de implementar os acordos assinados, o tempo de garantir que cumprimos a nossa parte.

Niels Fuglsang (S&D). – Hr. formand! Har I nogensinde prøvet at få stillet en opgave af jeres chef uden nogen deadline eller en deadline langt, langt ude i fremtiden? Sådan en opgave man bare lige skal løse, når det passer ind. Vi ved alle, hvad der risikerer at ske med sådan en opgave. Den bliver nedprioriteret. Hver gang chefen spørger, om den er på trapperne, så har man lige gang noget andet, og opgaven ender måske med ikke at blive løst.

COP26 viser desværre, at en del af verdens lande behandler klimakrisen som sådan en opgave. Rusland og Kina vil være klimaneutrale senest i 2060, Indien i 2070. Men det er vores indsats de næste 10 år, der afgør, om vi er i stand til at holde temperaturstigningerne på maksimalt halvanden grader celsius. Det er ikke målsætninger for 2070. Med den nuværende indsats går vi mod en temperaturstigning på 2,4 grader. Det er en verden med oversvømmelser, tørke, hundredvis af millioner af klimaflygtninge.

Det må ikke blive til virkelighed. EU var en særdeles positiv aktør på COP'en og et forbillede. Men EU bør bruge sine økonomiske muskler som verdens største handelsblok i den kommende tid, de kommende år, på at presse de lande, der ikke gør noget. Både ved, at vi går foran som det gode eksempel, men også ved det, vi siger. Vi indfører en klimatold over for de lande, der ikke handler, og dermed skal vi bruge den næste tid på at presse de lande, der ikke handler. Det er vores vigtigste opgave.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente*

Catherine Chabaud (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, je voudrais vous parler d'un sujet qui a avancé à la COP 26 – certes, très lentement, beaucoup trop lentement. C'est celui de l'intégration de l'océan dans la mise en œuvre de l'accord de Paris, celui de toutes les solutions basées sur l'océan.

Avant 2015, l'océan n'était même pas évoqué dans les négociations. Après six années de mobilisation de la communauté internationale, des amis de l'océan – que je salue ici –, l'océan est désormais ancré dans le régime multilatéral de lutte contre le changement climatique. Mais il faut aller beaucoup plus loin. Je vous rappelle qu'une respiration sur deux, nous la devons à l'océan, qui absorbe un quart de nos émissions anthropiques.

L'Europe, Monsieur le Commissaire, premier espace maritime au monde, doit intégrer ces solutions basées sur l'océan dans la mise en œuvre du pacte vert. Il nous faut un véritable «pacte bleu».

Piernicola Pedicini (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, che cosa possiamo fare ancora noi europei? Io dico che combattere il riscaldamento globale vuol dire combattere il raffreddamento sociale.

Abbiamo l'esempio di grandi industrie, anche europee, che sono virtuose nei paesi ricchi, mentre scaricano veleni nei paesi poveri. E non mi riferisco soltanto ad Africa o ad America Latina, ma anche alle aree più povere del nostro continente, dove l'industria petrolifera, per esempio, ha la licenza per inquinare l'acqua che viene bevuta dai cittadini, e dove l'industria dell'acciaio, per esempio, ha il permesso di inquinare l'aria che respirano i cittadini.

La povertà è la preconditione per accettare l'inaccettabile, con il particolare non trascurabile che le emissioni inquinanti, proprio come un virus per la pandemia, non conoscono confini. Perciò non basta inasprire la legislazione nei paesi ricchi, bisogna impedire anche che l'industria sposti la sua produzione nei paesi poveri.

Sylvia Limmer (ID). – Herr Präsident! Gehen wir also der Frage nach, ob das kürzlich stattgefundene Klimatreffen in Glasgow ein Erfolg war. 40 000 registrierte Teilnehmer wurden mithilfe des CO₂ zusammengekartt, dessen Eliminierung man dort beschlossen hat. CO₂-Netto-Null funktioniert auf sehr absehbare Zeit eben nur auf dem Papier so richtig gut.

Aber Frau von der Leyen konnte medienwirksam 1 Milliarde Euro aus dem EU-Haushalt, also das Geld der Steuerzahler, für irgendwelche globalen Wälder spendieren. Vermutlich in weiser Voraussicht als Ersatzzahlung für genau jene Wälder, die durch ihre unfähige ideologische Agrarstrategie abgeholzt und zu Agrarflächen umgewandelt werden, weil die europäische Agrarproduktion ausgelagert wird.

Außerdem wurde wieder versprochen, in der EU und anderswo gedrucktes Geld großzügig zu verteilen: ab 2023 jährlich 100 Milliarden US-Dollar, und weil das bisher nicht geklappt hat, ab 2025 gleich die doppelte Summe.

BMW und Volkswagen sind der Erklärung zum Ausstieg aus den Verbrennungsmotoren bis 2035 nicht beigetreten, obwohl man weiß und nichts dagegen unternommen hat, dass genau das in der EU passieren wird. Aber es ist wohl klüger, hier die steuersubventionierten E-Autos mitzunehmen und das Geld anderswo zu investieren.

Den Kohleausstieg haben China und Indien schnöde zunichte gemacht. China hat ja schon 2020 begonnen, die Kohle herunterzufahren. Dort sind dreimal mehr Kohlekraftwerke ans Netz gegangen als im Rest der Welt. Satire off. Aber ernsthaft: Warum sollte eine wirtschaftlich erfolgreiche Nation auch den ökonomischen und energiepolitischen Schwachsinn aus Brüssel nachahmen?

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, vicevoorzitter Timmermans, minister, beste collega's, COP26 was publiek-private samenwerking op zijn slechtst. De uitkomst van de klimaatop in Glasgow is een miljardenfeest voor bankiers en investeerders die blij waren dat de mensen de recente corruptiebeschuldigingen in verband met het Groene Klimaatfonds van de VN al waren vergeten.

Onze maakindustrie, goed voor miljoenen banen en welvaart, zal het voorbeeld van Royal Dutch Shell volgen en de Europese Unie gaan verlaten. Koolstoflekkage, het vluchten van bedrijven voor te ambitieus klimaatbeleid.

Eerder noemde ik de klimaatplannen al een onverantwoord experiment met onze economie. EU-burgers die de astronomische prijs van COP26 moeten betalen, hadden geen stemrecht in het klimaatpact. De democratie werd wederom aan de kant gezet.

Groene financiering maakt voor het klimaat niets uit. Het CO₂-probleem zal zich verplaatsen, maar zal niet worden opgelost door bankiers en investeerders. Sterker nog, de financiële stromen die opgezet worden, zijn oncontroleerbaar en fraudegevoelig.

Collega's, het treurige resultaat van COP26 is dat alleen bankiers zullen winnen, terwijl productiebedrijven worden verjaagd, burgers verarmen en het klimaat er niet van profiteert. Europa verdient beter.

Anja Hazekamp (The Left). – Mr President, we desperately need a food revolution. Globally, food and farming systems contribute up to 30% of our greenhouse gas emissions and contribute to an even bigger proportion of biodiversity loss. Why is this ignored in the global climate negotiations? Again, COP26 failed to address this crucial issue. Again, the big cow in the room was ignored.

We cannot save the climate crisis if we don't address one of the biggest drivers of climate change: our overly intensive farm-animal production system and the promotion and consumption of meat, dairy and eggs. Our food system is a ticking time bomb, and if we don't fix it now the food security will be at stake.

So let's talk about food, Commissioner.

Jessica Polfjärd (PPE). – Herr talman! Klimatförändringarna är ett globalt problem som också kräver globala lösningar. Mötet i Glasgow för några veckor sedan är en viktig påminnelse om att det internationella klimatarbetet är det som kan göra skillnad på riktigt. Som union, i EU, står vi för en tiondel av de globala utsläppen. Det är därför helt uppenbart att vi för att klara omställningen helt enkelt måste få med oss andra. Det kräver en framåtutad klimatdiplomati.

Vi kunde se under COP26 att det togs flera steg som var viktiga och i rätt riktning för att vi ska kunna genomföra Parisavtalet i praktiken. Men samtidigt som vi ser en växande konsensus kring behovet av att begränsa den globala uppvärmningen så råder det ingen tvekan om att de åtgärder som hittills vidtagits är otillräckliga. Vi behöver göra mer. Vi behöver ställa höga krav inte bara på oss själva, utan även på andra stora utsläppsländer, speciellt de som fortfarande motsätter sig viktiga reformer. Här måste EU sätta ner foten. Det är varken hållbart eller rimligt att vi i Europa ska göra allt arbete själva, medan andra försöker bromsa.

Det finns mycket kvar att göra. Ett viktigt steg vore att på allvar arbeta för ett globalt pris på koldioxid, något som FN:s expertpanel också framhållit som ett nödvändigt instrument för att få ner de globala utsläppen. Samtidigt har olika länder olika förutsättningar för att ställa om. Vi behöver därför göra mer för att hjälpa andra att satsa på klimatet, inte minst genom vår bistånds- och utvecklingspolitik. Fler länder behöver också flytta foten från bromsen till gasen i klimatarbetet. Jag tycker att COP26 bevisar det – att alla världens länder behöver anstränga sig lite mer.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sicuramente si poteva fare di più, anzi si doveva fare di più, in questa conferenza sul clima a Glasgow. Oggi le conseguenze del cambiamento climatico sono sotto gli occhi di tutti, anche alle nostre latitudini, e nessuno può più negare di avere davanti un'emergenza al pari di quella pandemica che stiamo già vivendo.

Si poteva fare di più però, al tempo stesso, non possiamo dimenticare i risultati raggiunti a Glasgow, che molti prima di me hanno già ben evidenziato, come la graduale fuoriuscita dal carbone anche se, ahimè, con impegni non vincolanti, come pure l'obiettivo della riduzione della deforestazione e della riduzione delle emissioni di metano.

Sono risultati inimmaginabili anche solo fino a due anni fa, quando c'era ancora Trump alla Casa Bianca e aveva stracciato l'accordo di Parigi, e la Cina non aveva ancora comunicato la propria data per il raggiungimento della neutralità climatica.

L'Europa, come già era successo a Parigi, ha avuto un ruolo da protagonista a Glasgow nel portare al tavolo i grandi attori mondiali che, più di altri, impattano sull'inquinamento globale. Lo ha fatto con la credibilità di chi, per prima, ha puntato tutto sul *Green Deal*, non solo come strumento di adattamento e di contrasto al cambiamento climatico, ma come motore per un'economia decarbonizzata e circolare, che rilanci occupazione e competitività.

Proprio ora che abbiamo davanti il più grande piano di investimenti europei dal dopoguerra ad oggi, dobbiamo tenere alta l'ambizione del nuovo pacchetto «Fit for 55» e mettere la transizione ecologica al centro della ripresa economica, per accelerare la costruzione di un nuovo modello di sviluppo più sostenibile ambientalmente e più equo socialmente, in una parola più sicuro per tutti.

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Г-н Председател, г-н Комисар, пактът за климата в Глазгоу е прогрес по отношение на постигане на заложените от Съюза цели за борба с климатичните промени.

Разочарована съм обаче, че не всички държави споделят чувството на неотложност и споделена отговорност. Климатичните промени и негативните последици от тях не са европейски, а са глобален проблем. Несъмнено подкрепям високите амбиции, които заложихме, но това не може да се случи, ако останалите държави не ни последват. Нещо повече, притеснява ме фактът, че разликата в климатичните амбиции между държавите непременно оказва влияние върху условията на конкуренция и съответно – върху бизнеса и гражданите. Политиките, действията и мерките следва да бъдат основани на последните научни изследвания и на доказаните практики. Те следва да са обезпечени с адекватен бюджет, специално предвиден за това, да бъдат приобщаващи и да гарантират, че гражданите и бизнесът няма да са тези, които ще платят цената.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident Timmermans, meine Damen und Herren! Es ist interessant, wie unterschiedlich die Ergebnisse von Glasgow hier beurteilt werden. Aus meiner Sicht ist es ein großer Fortschritt, dass erstmals die planetare Grenze von 1,5 Grad Erwärmung explizit im Abschlussbericht genannt wird. Aber wir haben noch überhaupt keinen Grund, stolz zu sein. Und die Bestrebungen, das „Fit for 55“-Paket abzuschwächen, zeigen, dass die öffentliche Darstellung der EU als Klimavorreiter auf tönernen Füßen steht.

Und nirgends wird das so deutlich wie bei den Methanemissionen. Die EU feiert sich als Initiator des *Global Methane Pact*, nach dem 30 % der Methanemissionen bis 2030 reduziert werden sollen. Aber der durchgesickerte Gesetzesentwurf sieht nicht mal ein Reduktionsziel vor. Die Kommission ignoriert zudem alle Forderungen, über die wir letzten Monat hier im Parlament in unserem Initiativbericht abgestimmt haben – mit großer Mehrheit.

Herr Timmermans, das ist mehr als enttäuschend, das ist ein Skandal. Ich fordere Sie hiermit auf, Ihren Worten Taten folgen zu lassen und sicherzustellen, dass wir nicht nur Daten sammeln, sondern tatsächlich Methanemissionen reduzieren.

Antonio Maria Rinaldi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, ho ascoltato con estremo interesse tutti gli interventi dei miei colleghi e sono sostanzialmente d'accordo. Sì, i paesi occidentali e l'Europa hanno fatto e hanno fatto anche tanto rispetto al passato, ma il problema, a mio modestissimo avviso, è un altro: se noi non riusciremo a coinvolgere tutti i paesi del mondo, dico tutti, nessuno escluso, a iniziare proprio dalla Cina e dall'India, avremo fallito anche noi.

Anzi, ribadisco che questo Parlamento deve fare di più proprio in questo senso, dobbiamo impegnarci in modo tale che tutti gli altri paesi facciano esattamente le stesse cose nello stesso periodo, altrimenti è inutile. Il mondo è come una campana, ci siamo tutti quanti dentro. Altrimenti daremo anche, fra l'altro, dei vantaggi competitivi immensi, che pagheremo in termini di disoccupazione.

Come ultima cosa dico a Greta: brava, bravissima! In futuro sarai ancora più brava se questi discorsi li andrai a fare a Pechino e a Nuova Delhi.

Nicola Procaccini (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo dibattito mi consente di essere più esplicito del solito. Ci sono due modi di essere ecologisti. Il primo è quello dei conservatori come noi, che si pongono l'obiettivo di conservare ciò che di bello e sacro hanno ricevuto in eredità dai propri genitori per poterlo trasmettere ai propri figli. E c'è un'altra categoria di ecologisti, quella degli orfani del comunismo, che confondono la difesa dell'ambiente con l'attacco al capitalismo, alle economie liberali e alle democrazie occidentali.

Ho una domanda per voi, colleghi: dove sono i *Friday for Future* contro il regime cinese, il più grande emettitore di CO₂ al mondo? Dove sono le manifestazioni di solidarietà per i pescatori e i contadini rovinati dalle dighe del Mekong, per i prigionieri Uiguri nello Xinjiang o per i bambini nelle miniere cinesi di cobalto in Congo? Zero, nessuna protesta, né a Glasgow, né tantomeno a Pechino!

Alain Finkielkraut scrive: «Il silenzio muore, il rumore prende dappertutto il potere. È la sola calamità ecologica di cui nessuno parla.»

Nikolaj Villumsen (The Left). – Hr. formand! Mindre end nødvendigt, men bedre end ingenting. Sådan kan man opsummere konklusionerne fra COP26 i Glasgow. Verdens lande bekræftede halvanden grads-målet og lovede klimaplaner i 2027. Men det, vi har brug for, at lukke gabet mellem de planlagte og de nødvendige reduktioner. Verdens lande anerkendte for første gang nogensinde behovet for at nedbringe brugen af fossile brændsler. Men det, vi har brug for, at udfase dem helt. Klimatopmøder er i sandhed de små skridts arena, og der blev taget små skridt. Men det, klimaet, forskerne og ungdommen har brug for, er tigerspring. På klimatopmøde efter klimatopmødet har verdens ledere talt og talt, men kun meget lidt er sket. Det er ikke godt nok! Vi har et ansvar. Vi har et globalt ansvar for at handle på klimakrisen. Det er ikke længere nok at vedtage en aftale, der er bedre end ingenting. Det er tid til klimahandling.

Ivan Štefanec (PPE). – Mr President, protecting the environment for future generations is one of the key challenges ahead of us. The most challenging task will be to find ways to protect the environment in a way that will boost our economy, employment and social care.

The environmental agenda is stronger every day and I believe that the organisation of the Glasgow Summit is really a success of our European policy. This is the most important message. There are also three good messages, in my view. The first one is that the Glasgow Agreement has been signed by 151 countries. The second one is that countries also agreed to a robust process to develop a new and larger climate finance goal to come into effect after 2025. Thirdly, finance. There is a significant milestone to address this issue. The Adaptation Fund reached an unprecedented level of contributions, with new pledges for USD 356 million that represent almost three times its mobilisation targets for 2022.

On the other hand, there are very high expectations and there are still challenges remaining. The first one is coal. Many countries will phase out coal by 2030, but the world's largest users of the fuel, like China, India and the United States of America, will not do so. Secondly, transportation. Better investment for sustainable transport modes was not forced in Glasgow. There is still a lack of focus on public transport and cycling. Thirdly, fossil fuels. The subsidisation of fossil fuels, the largest source of global greenhouse gas emissions, was opposed by several countries with large fossil-fuel based economic sectors.

Glasgow clearly showed that the democratic world is trying to address and solve the issues, while the non-democratic one is still waiting. We can really be leaders and represent the green transformation for the rest of the world.

Delara Burkhardt (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich war diese COP eine Konferenz der guten Vorsätze. Wir haben neue Langzeitpläne der größten CO₂-Emittenten gehört, Versprechen zum Ende der Regenwaldabholzung oder der Verringerung der Methanemissionen.

Das zeigt ja grundsätzlich, dass der Mechanismus von Paris, alle fünf Jahre unter den Augen der Weltöffentlichkeit die Ziele zu erneuern, sehr gut funktioniert. Aber ob es wirklich mehr Klimaschutz gibt, das entscheidet sich durch konkrete Maßnahmen.

Auch die EU hat sich einige Hausaufgaben mitgenommen: Wir brauchen eine ambitionierte Umsetzung des „Fit for 55“-Pakets, um auch die 2030-Ziele zu übertreffen, denn es ist keine Zeit für Rosinenpickerei; alle Sektoren müssen ihren Beitrag leisten. Ich wende mich da an die rechte Seite, die bei dieser Debatte immer ihre soziale Seite entdeckt. Die soziale Frage muss Antrieb unserer Klimaambition sein und keine lahme Ausrede für weniger Klimaambition.

Nur mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, nur wenn wir alternative Mobilität zur Verfügung haben, nur wenn wir Energieeffizienzmaßnahmen vorantreiben, dann können wirklich alle Menschen an diesem Wandel teilhaben.

Die EU muss aber auch ihrer Verantwortung jenseits der Grenzen nachkommen. Das gilt für den Bereich der Klimafinanzierung, es gilt aber auch für die ganzen Fragen rund um die Entwaldung, wo ich sehr dankbar bin für den Vorschlag der Kommission: Das geht in die richtige Richtung.

Wir müssen einige Schlupflöcher schließen. Wir sind als Vorreiterin in diese Klimaverhandlungen gegangen, wir dürfen uns dabei nicht ausruhen. Wir müssen weiter Tempo machen, und das machen wir in den nächsten Wochen und Monaten.

Luis Garicano (Renew). – Señor presidente, señor comisario, la Cumbre climática de Glasgow ha resultado en un conjunto de declaraciones, de buenas intenciones sobre la importancia de mantener el calentamiento global por debajo de grado y medio.

Muy bien, pero ya no valen las palabras bonitas para lograr que el planeta siga siendo sostenible y habitable. Necesitamos avanzar —Europa necesita avanzar— sin esperar a los demás. ¿Cómo?

La Unión Europea debe poner en marcha un «club climático» formado por los países que están de acuerdo en ponerle un precio al carbono: los países que formen parte del «club» podrán comerciar libremente con Europa, porque sus empresas estarán haciendo un esfuerzo para luchar contra el cambio climático; los países que no formen parte del «club» tendrán que pagar un arancel —nuestro Mecanismo de Ajuste en Frontera por Carbono—, para poder comerciar con Europa.

Y de esa manera logramos dos cosas: primero, damos incentivos a los otros países para que se unan en este esfuerzo; y, segundo, evitamos que las empresas europeas se deslocalicen a otros países para no pagar el precio del carbono.

En definitiva, señor comisario, el consenso mundial no llegará a tiempo. Debemos usar el poder comercial de España y de Europa para que el resto de los países del mundo se sumen a nuestra lucha por un planeta más sostenible y más humano.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, Monsieur le Représentant du Conseil, chers collègues, c'est peu dire que l'accord obtenu à Glasgow est très loin de ce qui est nécessaire. Il y a un gouffre entre l'accord et les attentes, les exigences des citoyens européens et les citoyens du monde; un gouffre entre l'accord et la science; un gouffre entre l'accord et ce qu'ont vécu les Européens et les citoyens du monde cet été, notamment en termes de dérèglement climatique.

Évidemment, l'Europe fait mieux que le reste du monde. Mais ça fait 20 ans, 25 ans qu'on répète que l'Europe fait mieux que le reste du monde, et que ça suffit. Eh bien non! cela ne suffit pas. Évidemment, l'Europe n'a pas joué de rôle moteur, y compris dans la fin des subventions aux énergies fossiles. Comment l'Europe le pourrait-elle, avec ce qu'elle a voté sur la PAC, hier, une PAC du dérèglement climatique? Et comment l'Europe le pourrait-elle, quand elle est autant divisée sur la taxonomie? Jamais je n'ai vu dans une COP cinq ministres de l'environnement dénoncer la France, la Pologne et d'autres pays européens. Jamais je n'ai vu l'Europe divisée à ce point et l'Europe prise en otage par le nucléaire et le gaz.

Alors, il est temps que la Commission et le Conseil et le Parlement fassent leur travail. Ce n'est pas le lobby du nucléaire et du gaz qui doit dicter l'ambition climatique européenne.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, nu het stof van COP26 is neergedaald, maken we vandaag de balans op. Ik beperk me hierbij tot drie opmerkingen. Eén, het is een goede zaak dat we als EU voorop willen lopen, maar als we te ver voor de troepen uitlopen, concurreren we onszelf uit de markt. Twee, de EU kan dit niet alleen. Landen met veel vervuilende industrie, zoals China en India, moeten ook een bijdrage leveren. Daarbij is wereldwijde samenwerking cruciaal. Dat we het emissiehandelssysteem nu mondiaal gaan toepassen, is daarbij een belangrijke stap. Drie, uitfasering van fossiele brandstoffen is nodig. Dat is de transitie waarin we zitten, maar voorzichtigheid is hierbij wel geboden, gelet ook op de huidige energiecrisis. We moeten geen energiebronnen sluiten voordat we nieuwe hebben. Er moet daarbij ook serieus werk worden gemaakt van alternatieve energiebronnen zoals kernenergie en blauwe waterstof.

Agnès Evren (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la COP 26 devait être un événement historique. Cette COP, hélas, si elle devait rester dans les annales, serait la COP des petits pas. En effet, soyons lucides, elle n'a pas concrétisé les espoirs que nous avons placés en elle. Mais par dessus tout, Monsieur Timmermans, je regrette profondément que l'Union européenne ait montré ses divisions au grand jour. Quand quelques États signent, en marge de la COP 26, une déclaration pour ne pas inclure le nucléaire dans la taxonomie, cela ne sert ni l'Union européenne ni la lutte contre le changement climatique et cela va à l'encontre du travail des experts. Le moment était pourtant capital. Le paquet climat européen n'est ni plus ni moins qu'une révolution industrielle.

De cette COP décevante, je retiendrai néanmoins les quelques petits pas en avant. L'accélération du calendrier de réduction des émissions, bien sûr, l'appel à réduire l'énergie issue du charbon et les subventions aux énergies fossiles, ou encore la mise en place d'un réel programme de travail.

C'est sur ces avancées que nous devons construire les prochaines COP, mais en étant moins naïfs, et notamment sur l'engagement de certains de nos partenaires, comme la Chine, par exemple, qui est le plus grand pollueur du monde. C'est d'ailleurs pour cela que la mise en place rapide d'un mécanisme d'ajustement carbone aux frontières doit être au cœur de notre action climatique. Nos citoyens ne doivent pas payer le prix du manque d'engagement international.

Nicolás González Casares (S&D). – Señor presidente, querido vicepresidente, hay que reconocer la labor de liderazgo europea en Glasgow. Los compromisos adquiridos han supuesto un importante salto para acercarnos al Acuerdo de París, pero siguen sin ser suficientes si no siempre significan acción.

Lo han dicho significados expertos: si esta Cumbre hubiera sido hace veinte años, estaríamos hablando de un éxito. La revisión de las contribuciones nacionales el próximo año es quizá la última oportunidad para alinearnos con el 1,5°C.

Hasta 2021 hemos esperado para celebrar que por primera vez se hace mención a la reducción del carbón y a los subsidios a combustibles fósiles. Al fin tenemos el libro de reglas y se ha avanzado en el artículo 6. Necesitamos mercados de carbono globales por ambición y por equilibrar el campo de juego.

Doblar la financiación climática, los compromisos para revertir la deforestación o el acuerdo para las emisiones de metano han sido un balance moderadamente positivo. Aunque debo reconocer que algunos Estados miembros han hecho escaramuzas, más preocupados de sus cuestiones internas que de la lucha contra el cambio climático.

Aún estamos lejos de hacerle frente a la emergencia climática. Vamos a ser pioneros en la descarbonización y eso nos va a hacer cometer errores. Aprendamos todos de todos y busquemos enganchar a la ciudadanía ante un reto que nos afecta sin excepciones. Con ambición, sí, y justicia social, porque es un problema social y de equidad el que está detrás del cambio climático.

Valter Flego (Renew). – Poštovani potpredsjedniče, poštovane kolegice i kolege pa nisu samo zemlje u razvoju krive što COP26 u Glasgowu nije polučio željene rezultate. Naime, je li se njima 2009. godine obećalo sto milijardi eura do 2020.? Je li se to obećanje izvršilo? Nije. A svi naravno želimo čisti okoliš i želimo zelenu tranziciju, ali recite mi molim vas, kako može jedan, na primjer Bangladeš, izdvojiti za to isto koliko jedna Norveška ili kako jedna Hrvatska može izdvojiti isto koliko i jedna Belgija.

I svi smo, naravno, za ekologiju. Ali ekologija nije jeftina, ekologija košta i zato ekologija mora ići ruku pod ruku s ekonomijom. A sada su se, eto, razvijene zemlje u Glasgowu pozvale da povećaju financiranje za zemlje koje su u razvoju; a pa zašto bi im vjerovala i zašto bi pripremale takve projekte koji koštaju.

Zato mislim da u Glasgowu se trebalo, ne pozvati nego obvezati. Molim vas da razmislite o tome jer možda još nije prekasno to realizirati.

Michael Bloss (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Klimakonferenz haben wir es schwarz auf weiß: Wir erreichen die Klimaziele des Pariser Klimaschutzabkommens nicht, nicht die 1,5 Grad und auch nicht die 2 Grad. Und auch die Klimaziele der Europäischen Union reichen nicht aus. Jetzt muss die Welt nachsitzen, jetzt müssen wir nachsitzen und bei der Klimakonferenz in einem Jahr neue Klimaziele präsentieren, damit wir nicht vertragsbrüchig werden.

Das können wir erreichen, die Instrumente liegen auf dem Tisch: ein früher Kohleausstieg im Jahr 2030, ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, ein schnelles Ende des Verbrennungsmotors und das Ende der fossilen Subventionen. Das alles können wir hier in diesem Haus umsetzen.

Ich appelliere an Sie. Ich erinnere an den Klimanotstand, den wir vor zwei Jahren ausgerufen haben. Lassen Sie uns die Freiheit unserer Kinder garantieren, indem wir das 1,5 Grad-Ziel umsetzen! Wir haben es alle gemeinsam sprichwörtlich in der Hand.

Beata Mazurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Wszyscy zgadzamy się, że trzeba walczyć ze zmianą klimatu. Cieszy fakt, że na szczycie w Glasgow dostrzeżono konieczność zacieśnienia współpracy międzynarodowej i wsparcia dla państw, które mierzą się z wyzwaniem sprawiedliwej transformacji. Tylko wspólnie, z poszanowaniem każdego, jesteśmy w stanie osiągnąć założone cele. Sprawiedliwa transformacja jest kluczowa. Każdy kraj ma swoją własną specyfikę energetyczną. Inaczej wyglądają gospodarki państw, które nie są uzależnione od węgla, a państw w których węgiel stanowi podstawę funkcjonowania. Nie można porównywać i wrzucać wszystkich do jednego koszyka. To nie służy całej sprawie i rodzi nieporozumienia, a dodatkowe próby zastraszania i szantażu finansowego są niedopuszczalne.

Zdaję sobie sprawę, że ta walka będzie trudna. Musimy jednak pamiętać i chcę zaznaczyć jeszcze raz, że tylko wspólnie i z poszanowaniem każdego jesteśmy w stanie osiągnąć sukces.

Maria Spyrali (PPE). – Mr President, the global agreement achieved at COP26 in Glasgow, having about almost 200 countries, is keeping alive the hope of limiting the rise of global temperature to 1.5 degrees Celsius. The Glasgow climate package is not a game changer in terms of climate commitment. However, it is a step forward which finally completes the Paris rulebook.

COP26 was a great opportunity for us, for the EU, to reinforce our global leadership, starting with the Global Methane Pledge. Until now, 105 countries are on board, representing more than 70% of the global economy, committed to a collective goal of reducing global methane emissions, but at least 30% from 2020 levels by 2030. Delivering on the pledge will reduce warming by at least 0.2 degrees Celsius by 2050, and it is an EU initiative that has been adopted here in this House by a vast majority, and it works.

COP26 also is an opportunity to confirm our leadership on phasing out coal with regard to the comparison to the final wording for phasing down coal power. EU is once again the world's champion. We can all agree that the result of COP26 will be achieved if every country delivers on what they have pledged. In this regard, it is important to work intensively for setting global standards for sustainability and for the implementation of the provision of the Paris Agreement, putting further pressure on reluctant, big global emitters, namely China and Russia.

Also in the EU, we have to translate commitments into rapid action without leaving anyone behind. We have to reward frontrunners to decarbonisation, my home country Greece is one of them. We have also to invest heavily to scale up innovative technologies for expansion and storage for green energy. It is time to lead by example on the biggest challenge of our generation without undermining our competitiveness. Let's do it!

César Luena (S&D). – Señor presidente, señor comisario, señor vicepresidente, el texto de Glasgow todos sabemos que usa un lenguaje podríamos llamarlo «cauto», a veces no siempre claro, lo que a veces justifica la frustración de científicos, activistas y, en general, de todos aquellos que quieren avanzar más rápido.

Pero hay puntos positivos de esta COP26 y yo quiero decirlos aquí, hoy, en este Pleno: por primera vez se recoge el objetivo de reducción de forma rápida y profunda de las emisiones de dióxido de carbono, en un 45 % para 2030. Hablamos ya del objetivo de reducción de un grado y medio, y no de dos. Se menciona la necesidad de eliminar los subsidios de los combustibles fósiles y también de reducir el uso del carbón. Se reconoce la importancia de los bosques para mitigar el cambio climático (es un acuerdo firmado por más de 100 países para detener la deforestación en 2030). Y también se han adoptado numerosos acuerdos —es verdad que son voluntarios— que mandan mensajes muy importantes: la reducción del metano, la eliminación de los vehículos de combustión o el acuerdo de cooperación entre los dos mayores contaminantes del planeta que son los Estados Unidos y China.

Por tanto, de esta Conferencia yo creo que lo importante es que establecemos un marco común, unas reglas de juego armonizadas, unas pautas comunes y que, por tanto, ahora es verdad que es el turno de los países, las regiones y, también, de las entidades locales.

Los resultados podrían haber sido más ambiciosos o mejores, desde luego, pero es paso a paso y juntos como hemos de construir este consenso global, necesario para caminar hacia un mundo sostenible y justo.

Y es importante, señor Timmermans, que, en ese consenso, Europa siga y esté a la cabeza.

Róża Thun und Hohenstein (Renew). – Panie Przewodniczący! Słuchałam wszystkich 61 osób, które występowały przede mną, i jeszcze wiele z nich czeka na tę jedną minutę. A za mną jest przewodniczący z tym strasznym młotkiem, więc ta cała sytuacja jest dosyć stresująca. A mówimy o życiu i śmierci. Więc chciałabym się zwrócić tylko do tych, którzy narzekają, że COP w Glasgow nie miał wystarczająco ambitnego wyniku, że powinien być bardziej ambitny. Musimy mieć mocne wsparcie aktywnego i świadomego społeczeństwa, żeby osiągnąć więcej. To oni ponoszą koszty błędów polityków z przeszłości, ale też oni ponoszą ograniczenia i koszty związane z walką przeciwko ociepleniu. Oni w tym procesie są podmiotem i musimy im zagwarantować solidarną i demokratyczną transformację.

W tym procesie nie może dominować strach, który jest najgorszym z możliwych doradców i jest ohydnie wykorzystywany przez krótkowzrocznych populistów. Strach musimy zastąpić przekonaniem, że warto i że podołamy temu wyzwaniu. Pozwolę sobie zacytować prof. Geremka: „Nie takie bryły przed nami były”. I poradzimy sobie.

Grace O’Sullivan (Verts/ALE). – Mr President, COP26 was meant to be an international red alert call to climate action for all industries and governments to stop funding our very own destruction. But are EU Member States hearing this call? Hugely profitable fossil fuel industries that are sending us hurtling towards climate catastrophe continue to receive billions of euros of public funding through subsidies. 25 countries, including 11 Member States, pledged at Glasgow to stop funding the international fossil fuel energy sector by the end of next year. The European Parliament supports a binding commitment to end all fossil fuel subsidies by 2025 under the key legislation of the eighth Environment Action Programme.

Is the EU Commission listening to this ambition? Today, I call on EU Member States and the EU Commission to heed this call and demonstrate a level of real ambition that reflects the urgency of climate action. To end fossil fuel subsidies, both at home and abroad, support the European Parliament’s mandate in the eighth Environment Action Programme to phase out all fossil fuel subsidies by 2025. Time to listen to science, time to listen to people, time to face up to the evidence.

Alexandr Vondra (ECR). – Pane předsedající, slovník sněmovny, jedno poděkování a jedno varování. Poděkování – konečně jsme dosáhli závazku, že záhy skončí odlesňování. Napravili jsme to, co tato sněmovna zakázala před patnácti lety, kdy jsme ve jménu biopaliv motivovali všechny země, aby začaly kácet pralesy. Teď jsme to konečně napravili.

A jedno varování – přijeli jsme do Glasgow jako Evropská unie s Fit for 55, ale kde je Čína, kde je Indie, kde je Austrálie, kde je Rusko? Kde jsou dokonce Spojené státy americké? Kde jsou miliardy dolarů na rozvoj infrastruktury, dálnic, železnice? A my přijíždíme s utažením opasků. Ale já myslím na ty, kterým je padesát pět let a více a nežijí v bohaté zemi, jako je Holandsko, ale v těch chudších a chystají se na největší zdražování energie v dějinách a neví, jak si s tím poradit. Mysleme, prosím, na ně.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, the deal agreed in Glasgow is not perfect. Compromises never are, but it is a positive step forward, so much better than no deal, and the next COP27 will bring further opportunities. The targeted reduction in fossil fuel usage and increased funding for developing countries are really welcome, and to quote Alok Sharma, the President of COP, we have action on ‘coal, cash, cars and trees’. It kept the Paris Climate Agreement alive, and we now have a pathway to reducing climate impact and keeping global warming to less than 1.5 degrees; that is, to protect the lives and the livelihoods of those that are on the frontline of climate change.

There won't be immediate changes, but we will influence how government action will transfer into real changes and we do need to change. Standing still is not an option. We will see fundamental changes in how we live, how we operate and how we consume.

And we need to bring people with us. Communication is going to be so important on this journey and we need to listen. Otherwise, there will be difficult times ahead for us in implementing the challenges of reducing our climate impact on our economies and our lives and on our livelihoods.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, het klopt. Na de COP in Glasgow kunnen we zeggen dat de anderhalve graad boven water gehouden is en nog steeds de wereldwijde ambitie is. Maar tegelijkertijd moeten we toegeven dat we nog heel veel werk hebben wat betreft de toezeggingen, de maatregelen en het doortastend beleid dat er zou moeten zijn afgesproken.

Dat betekent – en dat is een belangrijke boodschap die ik vandaag wil geven – dat we meer dan ooit onze eigen verantwoordelijkheid moeten opnemen en dat het “Fit for 55”-pakket niet alleen boven water moet blijven, maar vooral ook nog ambitieuzer moet worden. Ik hoor al te vaak, ook in dit Parlement, al vraagtekens rond dit pakket. Ik denk dat we ons dat niet kunnen veroorloven.

Solidariteit moet voor onze fractie centraal staan in het beleid en dat betekent ook solidariteit op het internationale vlak in ons handelsbeleid en niet alleen het goede voorbeeld geven, maar bijvoorbeeld ook onze technologie delen en ervoor zorgen dat er internationaal voldoende financiering is om dat beleid ook waar te maken. Dat is denk ik een heel belangrijke opdracht die nog voor ons ligt.

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! FN:s 26:e klimatkonferens i Glasgow har just avslutats, men i stället för att fokusera på besvikelserna måste vi nu se framåt. Om några dagar samlas världens länder inom WTO för att ta sig an de problem som världshandeln brottas med. Europa har en nyckelroll att spela där, och EU måste visa att vi står upp för en fri och regelbaserad handel, att vi är en stabil handelspartner och att vi menar allvar med att göra handeln mer hållbar.

Handelspolitiken kan i mycket högre grad än i dag bidra till de avgörande klimatmålen. Den får heller aldrig bli ett hinder mot biologisk mångfald. Genom hållbara regler kan vi stoppa subventioner till fossila bränslen, främja frihandel för klimatsmarta varor och låta förorenaren betala, oavsett var utsläppen sker. Toppmötet för handeln måste ta vid där klimatområdet i Glasgow slutade.

Michał Wierzyński (PPE). – Mr President, although the protection of climate and environment should not be subject to political discretion, the approved texts of COP26 are a compromise and reflect the political will of today. I however welcome the COP26 results, and in particular the pledges related to ecosystems.

We so far have treated nature as the least important element of our fight to mitigate and adapt to climate change. As some think, when sacrificed should not have consequences. We replaced digging for coal by the burning of forests, started to call it a fight against climate change, and rewarded companies for burning wood despite the fact that wood seals more CO₂ per unit of energy than coal, and despite the very poor shape of our forests.

We cannot afford to go down this line. We have to strictly go the path of energy efficiency through renewables like solar, wind and geothermal, together with forest and wetland protection, to really improve the climate.

Unfortunately, it is reported that the EU is proposing to expand the scope of the Energy Charter Treaty and replace fossil fuels by new energy sources such as biomass. The COP27 starts now and we have to act now. That's why I hope that this Parliament is aware of the damage that the EU has cast upon forests with the Renewable Energy Directive and is ready to review it thoroughly.

Петър Витанов (S&D). – Г-н Председател, г-н Вицепрезидент, Глазгоу ще остане в историята като първата среща, на която открито се заговори за вредата от изкопаемите горива и за това, че те повече не бива да се субсидират. Над 100 държави, национални правителства, градове, щати и големи автомобилни компании подписаха декларацията за автомобили и микробуси с нулеви емисии. А Индия, Китай и Русия – най-големите замърсители, обещаха да тръгнат по пътя на въглеродната неутралност. Битката с промените в климата обаче няма как да бъде ефективна, докато позволяваме най-богатите да замърсяват най-много, а най-бедните да плащат сметката. Проблемът с неравенството може и трябва да се решава и през екологичните политики. Промените не бива да се случват от двете страни на пропастта – между развиващи се и развити държави. Критичната финансова подкрепа за уязвимите държави беше загубена в последните часове на преговорите в Глазгоу, а без нея „зелените“ политики отново ще разделят света на две: на привилегирани и на обезправени.

Claudia Gamon (Renew). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident! Was ist denn der Wert des Klimaschutzes, der noch weit weg von dem ist, was wir eigentlich brauchen? Und darf man überhaupt mit etwas zufrieden sein, das hinter allen notwendigen Zielen zurückbleibt? Ich habe in den Reaktionen, auch in den Medien, herausgehört, dass viele – zumindest von denen, die das Problem auf jeden Fall erkannt haben – zwischen Pragmatismus, Frustration und Resignation oszillieren.

Man muss die COP aber so nehmen, wie sie ist. Es ist ein Ort für Klimadiplomatie, und in der Diplomatie kommen revolutionäre Ereignisse bekanntlich schwer und eher selten daher. Diese Klimadiplomatie hat einen Wert an sich, und es lohnt sich. Aber es ist zu wenig und zu langsam. Und wir sind als EU die absoluten Vorreiter.

Was uns fehlt, sind Mitstreiter: Mitstreiter, die *best practices* austauschen wollen, Mitstreiter, die gemeinsam klimaneutral Handel betreiben wollen, Mitstreiter mit einem gemeinsamen Emissionshandel zum Beispiel. Was uns aber noch viel mehr fehlt, sind Wettbewerber: Wettbewerber im Rennen um die besten Lösungen für das 1,5-Grad-Ziel.

Vorreiter sind wir nicht, weil wir es sonderlich gut machen, sondern weil es niemand besser macht. Und das sind meine Erwartungen an zukünftige Konferenzen, nämlich dass wir uns Mitstreiter und Wettbewerber suchen. Denn für das Klima ist es am besten, wenn wir nicht mehr die sind, die es am wenigsten schlecht machen, sondern wenn es alle besser machen.

Magdalena Adamowicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Mam, uratuj Ziemię, prosi mnie moja 11-letnia córka Teresa. Do czego doprowadziliśmy, żeby dzieci błagały nas o uratowanie Ziemi? Moja córka nie wie, że ja Ziemi nie uratuję, ale dziś się dowie, że jej głos usłyszy Parlament Europejski. Dziś do was mówię głosem 11-letniego dziecka. Dość zwodzenia, dość pseudoekologicznej ściemy, dość pozorowania i udawania, dość odkładania decyzji na potem, dość sprzedawania życia naszych dzieci za petro- i węglodolary.

Katastrofa klimatyczna to śmiertelna, szybko postępująca choroba, na którą chorujemy na własne życzenie. Umieramy, chociaż mamy lekarstwo, żeby tę chorobę zatrzymać. Kim więc jesteśmy, skoro nie bierzemy leku, a lekarzom którzy mówią, że bez leczenia zostało nam niewiele życia, wciąż nie dowierzamy? Kim jesteśmy? Idiotami? Cynikami? Samobójcami? Nie, my nie zabijamy siebie, my zabijamy nasze dzieci i to one dziś błagają nas o darowanie im życia. Posłuchajmy ich, proszę.

Robert Biedroń (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! Dylemat szklanki, o którym dzisiaj rozmawiamy, nie polega na tym, czy ona jest do połowy pełna, czy do połowy pusta po ostatniej konferencji. Dylemat szklanki polega na tym, że ona po prostu będzie za chwilę pusta, bo w wielu miejscach na świecie zabraknie wody. I to jest prawdziwy dylemat.

Jeżeli rozmawiamy o globalnych wyzwaniach, to musimy myśleć lokalnie. Ja w tej debacie reprezentuję m.in. Polskę – kraj, który jest największym truciścielem Europy. Kraj, w którym rząd wycina najstarszy las w Europie – Puszcze Białowieską. Kraj, w którym każdego roku umiera z powodu smogu 100 tysięcy ludzi.

Musimy w tej sprawie być solidarni i wiem, że pan komisarz w tej sprawie jest solidarny, myśląc o sprawiedliwości energetycznej. O tym, żeby ludzie ubodzy wiedzieli, że jeżeli mówimy o rewolucji energetycznej, to ich rachunki za energię będą niższe, ich życie będzie dzięki temu lepsze, bez lęku o swoją przyszłość, także finansową – nie tylko energetyczną, nie tylko ekologiczną. Trzymam kciuki, panie komisarzu.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, těžko v jedné a půl minutě zhodnotit tak důležitý summit, jako byl právě ten v Glasgow. Já souhlasím s místopředsedou Timmermansem. Dosáhli jsme řady úspěchů v oblasti odlesňování, dohody o metanu. Musím vlastně zdůraznit, že celý svět se připojil k tomu, že vnímá klimatickou hrozbu jako jednu z těch největších hrozeb pro lidstvo, to je nepochybně úspěch.

Ale jsou i negativa, která vzešla z tohoto summitu. Mě zklamal postoj Číny, ale bohužel i některých dalších států, jako je například Austrálie. Tyto státy mají špičkové technologie a myslím si, že mohly udělat s námi víc. Nepochybně vidíme, že ty závazky pod 2 °C jsou asi menší, než jsme předpokládali, je to velká výzva do budoucna. Vidíme i daleko vyšší zvyšování hladiny oceánů, než jsme předpokládali. Co dál?

Chci připomenout, že v České republice bývalý prezident Václav Klaus zdůrazňoval, že vliv člověka na globální oteplování je minimální, ne-li ho přímo popíral. A my jsme ztratili dvacet let. Již nemůžeme ztrácet další léta. Měli bychom přistoupit na zásadu, že nemusíme být ve všech oblastech nulový, ale celkový dopad musí být nepochybně nulový v emisích. Můžeme přistoupit na možnosti substitucí, správná lesnická politika, vychytávání uhlíku, tedy metoda CCS, prostě je dost možností, kde nemusíme být úplně dogmatictí. Ale je jasné, že Evropa musí jít příkladem a je to naše povinnost.

Robert Hajšel (S&D). – Vážený pán předsedající, závěry z Glasgowu nezabíli nádej, že naša planéta už nebude oteplovat sa tak rýchlo a intenzívne ako dosiaľ. Európa spôsobuje iba 8 % emisií skleníkových plynov, pokým naši najväčší konkurenti Čína a USA oveľa viac. Nestačí, že oznámia ambiciózne ciele, ale musíme na nich cez klimatickú diplomaciu tlačiť, aby ich premietli aj do praxe. Svet sa v Glasgowe neodhodlal na revolučné kroky, ako sme to nedávno urobili my prijatím zelenej dohody, ktorú sa cez balík *Fit for 55* snažíme pretransformovať do konkrétnych krokov. Niektoré návrhy vyvolávajú kontroverzie a nebude ľahké sa na nich dohodnúť. A ešte ťažšie bude ich realizovať so súhlasom občanov.

Na druhej strane má Frans Timmermans pravdu, že ak sa dnes neodhodláme na radikálne kroky, potom riskujeme, že neskôr sa už meniť veľa dať nebude. Musíme urobiť všetko preto, aby sme udržali konkurencieschopnosť našej planéty, predišli prehlbovaniu energetickej chudoby a rozdeleniu ľudí na privilegovaných a marginalizovaných. Iba cez sociálnu spravodlivosť získame viac ľudí na stranu ozeleňovania našej ekonomiky, dopravy a bývania. Ľudia od nás čakajú konkrétne sociálne záruky. Môže to byť aj klimatický sociálny fond, ale musí byť ambicióznejší, musíme posilniť jeho financovanie nielen cez emisné povolenky a treba rozšíriť aj rozsah jeho použitia.

Salvatore De Meo (PPE). – Signor Presidente, signor Vicepresidente, onorevoli colleghi, per me COP26 significa che sono trascorsi 25 anni durante i quali ci siamo sempre interrogati, trovandoci d'accordo o meno, su quanti e su quali risultati siamo riusciti ad ottenere. Nel frattempo però la natura ci ha dato, purtroppo, molti più segnali e avvertimenti di quanti ne siano arrivati dalle piazze degli attivisti e dai dibattiti teorici.

Io sono tra quelli che credono che di passi in avanti ne abbiamo fatti e ne dobbiamo ancora fare, ma sono convinto che il forte slancio fatto dall'Europa, con una strategia ambiziosa e coraggiosa, debba essere caratterizzato da un senso pratico, che in molti casi è stato travolto da demagogia e scontri ideologici, favorendo l'errata convinzione che il tema ambiente appartenga ad alcuni e non a tutti. L'ambiente non è una fede religiosa. Ciò che la natura ci ha dato appartiene a tutti e tutti dobbiamo impegnarci per salvaguardarlo e consentirne il godimento a chi verrà dopo di noi.

Bene ha fatto l'Europa ad occupare la scena mondiale per la lotta ai cambiamenti climatici, stimolando anche i paesi più reticenti come la Cina. Tuttavia, secondo me è necessario farlo coinvolgendo il nostro sistema produttivo, che non va demonizzato, anche perché noi europei siamo già i più virtuosi nel rispetto dell'ambiente, al contrario di chi continua a produrre a condizioni diverse, generando fenomeni di concorrenza sleale e indebolendo l'autonomia produttiva europea.

Una cosa è certa: se l'Europa vuole veramente essere leader nella lotta ai cambiamenti climatici, deve avere un'economia forte e competitiva per aiutare anche i paesi in via di sviluppo e per finanziare una transizione verde dove la sostenibilità è declinata in versione ambientale, sociale ed economica.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, στο Παρίσι, το 2015, υπήρξε υπόσχεση για προσπάθεια αποτροπής της θέρμανσης του πλανήτη πέραν του ενάμιση βαθμού. Η συνέχεια, όμως, άλλα λέει. Είχαμε μια αποτυχημένη σύνοδο στη Γλασκώβη, γιατί αρκεστήκαμε περισσότερο σε ευχολόγια παρά στη λήψη συγκεκριμένων δεσμεύσεων. Οι χώρες μας, ειδικότερα στη Μεσόγειο, αντιμετωπίζουν συνεχιζόμενους καύσωνες με αποτέλεσμα καταστροφικές πυρκαγιές, ενώ άλλες χώρες πλημμυρίζουν και κάποιες περιοχές απειλούνται με εξαφάνιση λόγω του λιωσίματος των πάγων. Ας είμαστε ειλικρινείς. Το ρολόι μετράει αντίστροφα. Δεν μπορεί να γίνεται αποδεκτό, τη στιγμή που εμείς προσπαθούμε να μειώνουμε τους ρύπους, οι άλλοι συγκατοικοί του πλανήτη να αρκούνται σε ευχολόγια, χωρίς ουσιαστικές δεσμεύσεις. Δεν μπορεί η βία να αυξάνει τη χρήση άνθρακα για σκοπούς ενέργειας στον βωμό των περισσότερων κερδών. Η Ευρώπη ευθύνεται για λιγότερο από το 10 % της παγκόσμιας επιβάρυνσης. Οι ΗΠΑ, η Ρωσία, η Κίνα και η Ινδία που έχουν τη μεγαλύτερη ευθύνη πρέπει να τρέξουν με γρηγορότερους ρυθμούς, γιατί δεν υπάρχει χρόνος. Και δεν πρέπει να είμαστε και πολύ ανεκτικοί. Γιατί ό,τι και να κάνουμε ως Ευρώπη, αν δεν συνεργήσουν και οι υπόλοιποι παίκτες, το παιχνίδι θα έχει χαθεί οριστικά.

Frans Timmermans, Executive Vice-President of the Commission. – Mr President, let me react to some of the things honourable Members said.

First, the mythical cost of the transition and that climate policy is ideological. I think by now we can agree that denying the climate crisis is ideological. Science is clear. The evidence is clear. One would have to be blind not to see what is happening in our natural environment globally, everywhere. One would have to be blind not to want to read the report of the Global Climate Panel which is so clear, and the only reason we made such progress in Glasgow is because all countries on Earth have now seen the devastating effect of a 1.1 degree increase of temperature in relation to pre-industrial levels.

That is why we now have the 1.5 enshrined in our decisions and that we have to insist on updating the nationally determined contributions (NDCs) for next year. I would implore, I would ask all of you, wherever you're from, if you talk about the cost of the transition, in the same breath look at the cost of non-transition, which is so much higher. Not just in financial terms, but in human terms.

What are you going to say, dear friends from the ECR, to the miners in Silesia, if you just say, stay put, don't change. What are you going to say to those even from your party in Wielkopolska and other parts of Poland, who are engaging in this transition, who have the audacity to say to their voters, guys, there is no future in coal and we need to change. Please, be as audacious as they are and explain that this transition is necessary for our survival, and that the longer we wait with this transition, the higher the cost will be.

And, as Robert Biedroń has just said, 400 000 Europeans die prematurely every year because of bad air quality. They deserve better from us. So please, when you talk about the costs, talk about all the costs, and not seeing the cost of non-transition – that is ideological. Facing the climate crisis is science and, with all due respect to the right side of Parliament, it is great that there are no longer hardly any climate deniers in your camp, but you came a bit late to the party so others are a bit wary of whether this is genuine. But I say, on my behalf, it is genuine, also because the industry understands this and is moving in this direction.

The second point I wanted to make is about the other countries. Two years ago, it was a lonely position to be in as the European Union. The US had as leader a climate denier, China didn't want to do anything. Look at where we are now. They're all declaring carbon neutral or climate neutral goals. Even Russia has done that. Russia is even introducing the first pricing of carbon, which would have been unthinkable a year ago. So the world is moving and you are absolutely right. On our own we will not get there, but our example is being followed.

China is introducing an emissions-trading system based on our emissions-trading system. Other major economies know they will all have to put a price on carbon, so they will all be faced with the risk of carbon leakage so they're all looking at systems such as the carbon border adjustment mechanism (CBAM) and comparable systems to avoid carbon leakage. Our solidarity with the developing world was clear in Glasgow. We pushed others, such as the Americans who didn't want to do that, to do more on adaptation finance. We put the money on the table when it was necessary to do that.

Somebody mentioned Vanuatu, 300 000 people at huge risk. They were well represented with 32 delegates. That is the advantage of the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). They do represent more widely those who are most vulnerable. Vanuatu had more representatives at COP than some of our Member States and I think that's a good thing so that their voices are well heard.

We will have to look at many other measures to keep the developing world on our side. We need to look in the IMF at what we can do with Special Drawing Rights (SDRs) to mobilise them to help climate finance. A wonderful leader such as the Prime Minister of Barbados, Mia Mottley, has given us the direction in which we need to go. We need to listen to them. We need to make sure we amplify their voice and we give them the solutions they need.

Enfin, et je poursuis en français, parce que c'est surtout dans la presse française et ici, dans les débats des francophones, qu'on insiste sur l'Europe divisée. L'Europe n'était pas divisée à la COP. Au début, on disait 'l'Europe est divisée, on ne la voit pas, elle ne négocie pas', etc. Cela, on ne le dit plus parce qu'il est évident que l'Europe a été très présente. Et je dois ici rendre hommage à la présidence slovène, car c'est grâce à la présidence slovène que j'ai pu négocier tout le temps au nom de toute l'Union européenne. C'est grâce aux réunions qu'on a eues avec tous les ministres. Aucun ministre n'est intervenu dans les débats en plénière. On m'a laissé la parole au nom de tous les États membres de l'Union européenne. C'est ce qui a fait la force de l'Union européenne. Nous n'étions pas divisés.

Maintenant, on arrive avec un autre argument: le nucléaire. Le nucléaire prouverait que les Européens sont divisés. Le choix énergétique des États membres est un choix souverain. Il y aura des États membres qui voudront avoir le nucléaire et il y aura des États membres qui ne voudront pas. Mais cela ne nous empêche pas d'avoir des buts en commun pour décarboner notre économie, pour arriver à la neutralité climatique en 2050. Donc, ne laissez pas dire que nous sommes divisés.

On a montré que nous pouvions être des leaders à la COP. On a montré qu'on a des projets que d'autres n'ont pas encore. On est copiés partout dans le monde. On a vu aussi les principaux émetteurs adhérer à nos objectifs. Donc oui, c'est vrai: nous sommes encore loin du but. C'est vrai, nous avons un travail immense à faire et ce sera terriblement difficile. Mais il faut convaincre tout le monde. C'est bien d'avoir un but en 2050 ou 2060, mais comme l'a dit Camus, la vraie générosité envers l'avenir consiste à tout donner au présent.

Anže Logar, predsedujoči Svetu. – Gospod predsednik, spoštovane poslanke in poslanci, spoštovani komisar!

Za zaključek se vam zahvaljujem za razpravo, za vaša mnenja in tudi za besede, ki ste jih, spoštovani komisar, namenili slovenskemu predsedstvu.

Mednarodna angažiranost z močnim, na pravilih temelječim multilateralizmom je ključna za doseganje uspešnih rezultatov pri obravnavanju podnebnih sprememb. Na to je danes opozorila tudi večina razpravljavcev.

Iz Glasgowa smo se vrnil s trdnim pariškim pravilnikom in okrepljenimi globalnimi podnebnimi ambicijami, kar še dodatno zapolnjuje vrzeli pri uresničevanju dolgoročnih ciljev pariškega sporazuma.

Nekateri ste danes izrazili razočaranje nad doseženim, a jaz to sporočilo razumem, kot da je namenjeno predvsem tistim, ki niso bili dovolj drzni z zavezami, ne Evropski uniji.

Seveda je potrebna večja ambicioznost na globalni ravni, če želimo doseči cilj 1,5 stopinje Celzija. In prepričan sem, da si bo Evropska unija skupaj z drugimi pogodbenicami močno prizadevala, da bo to vrzel čim prej zapolnila. Dejstvo je tudi, da Evropska unija prispeva samo osem odstotkov svetovnih emisij in da s tem sama ne more rešiti problema.

Zavezani smo k izpolnjevanju naših podnebnih ciljev in k temu seveda vedno pozivamo tudi ostale. Vodimo z zgledom. Vsak mora prevzeti svoj del odgovornosti in tako zagotoviti, da bodo naša skupna prizadevanja učinkovita in uspešna. In tu je bil dosežen pomemben napredek.

Odgovarjanje na izzive in na prilagajanje podnebnim spremembam je nujno za ustvarjanje odpornejšega in bolj zelenega gospodarstva in družbe kot celote. Preko sklada za okrevanje Evropske unije imamo države članice sedaj nalogo, da naredimo vse, kar je v naši moči za zeleno preobrazbo.

Hvala za današnjo razpravo še enkrat in lepo pozdravljeni. Uspešno delo.

Presidente. – O debate está encerrado. A sessão é suspensa por alguns minutos, até às 12.00, altura em que terá lugar a sessão solene prevista na nossa ordem do dia.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Romana Jerković (S&D), in writing. – Reading the media coverage on the COP26 one would say that it was all doom and gloom. And, although we have to be honest and say that the conference did not yield the results which we all hoped for, it still brought certain progress. Now, the special Eurobarometer on Climate Change from April reports that climate change is the problem number one for many Europeans. However, the differences between the Member States are staggering. For example, 43% of Swedes consider climate change to be the single most serious problem facing the world, while in my home country Croatia only 9% of citizens agree with that. In Bulgaria it is 5%, and in Romania and Italy 7%. I think it is important to lower the gap in awareness on climate change in the EU. The fight against climate change must become a part of daily life of all the citizens. Once we have achieved that, the bottom-up approach will put pressure on the governments to further increase their nationally determined contributions.

Javi López (S&D), por escrito. – La COP26 concluyó el pasado 13 de noviembre en Glasgow con un acuerdo que podría haber sido más ambicioso, pero que, sin embargo, recoge algunos avances que la delegación socialista española celebra.

Por primera vez, un acuerdo de la COP reconoce la necesidad de que la transición ecológica sea justa; en este sentido, el grupo socialista peleará para que la condicionalidad social esté en cada una de las legislaciones climáticas. Otros puntos a destacar en el acuerdo son el objetivo de no sobrepasar el límite de los 1,5 grados de calentamiento de temperatura, la necesidad de eliminar los subsidios a los combustibles fósiles y reducir el uso del carbón, y la importancia de los bosques para mitigar el cambio climático.

El grupo socialista felicita el trabajo de Frans Timmermans en las negociaciones y la labor del liderazgo europeo en la cumbre. Los pequeños avances conseguidos suponen un importante salto para acercarnos a los objetivos del Acuerdo de París; sin embargo, creemos que es insuficiente.

Los socialistas españoles insistimos en la necesidad de que la UE siga liderando con el ejemplo, adaptando políticas climáticas ambiciosas y cooperando con el resto de actores internacionales para limitar el calentamiento global a 1,5 grados.

Adriana Maldonado López (S&D), por escrito. – La COP26 concluyó el pasado 13 de noviembre en Glasgow con un acuerdo que podría haber sido más ambicioso, pero que, sin embargo, recoge algunos avances que la delegación socialista española celebra.

Por primera vez, un acuerdo de la COP reconoce la necesidad de que la transición ecológica sea justa; en este sentido, el grupo socialista peleará para que la condicionalidad social esté en cada una de las legislaciones climáticas. Otros puntos a destacar en el acuerdo son el objetivo de no sobrepasar el límite de los 1,5 grados de calentamiento de temperatura, la necesidad de eliminar los subsidios a los combustibles fósiles y reducir el uso del carbón, y la importancia de los bosques para mitigar el cambio climático.

El grupo socialista felicita el trabajo de Frans Timmermans en las negociaciones y la labor del liderazgo europeo en la cumbre. Los pequeños avances conseguidos suponen un importante salto para acercarnos a los objetivos del Acuerdo de París; sin embargo, creemos que es insuficiente.

Los socialistas españoles insistimos en la necesidad de que la UE siga liderando con el ejemplo, adaptando políticas climáticas ambiciosas y cooperando con el resto de actores internacionales para limitar el calentamiento global a 1,5 grados.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – On elintärkeää pitää YK:n ilmastopöytäsoittamisen prosessina hengissä ja voimissaan, koska vain silloin on mahdollista saada aikaan globaalisti kaikkia maita koskevia päätöksiä ja ottaa askeleita eteenpäin. Tarvitsemme kuitenkin tuplasti sovitun enemmän päästövähennyksiä vuoteen 2030 mennessä. Siksi on tärkeää, että EU, Yhdysvallat, Kiina ja Intia – yhdessä ja erikseen – nostavat merkittävästi kunnianhimon tasoa nyt sovitusta. Hyviä keinoja tähän ovat mm. kiertotalous, kestävä rahoitus ja uusiutuvaan energiaan siirtyminen. Fossiilisesta energiasta on luovuttava pikaisella aikataululla.

Marcos Ros Sempere (S&D), *por escrito*. – La COP26 concluyó el pasado 13 de noviembre en Glasgow con un acuerdo que podría haber sido más ambicioso, pero que, sin embargo, recoge algunos avances que la delegación socialista española celebra.

Por primera vez, un acuerdo de la COP reconoce la necesidad de que la transición ecológica sea justa; en este sentido, el grupo socialista peleará para que la condicionalidad social esté en cada una de las legislaciones climáticas. Otros puntos a destacar en el acuerdo son el objetivo de no sobrepasar el límite de los 1,5 grados de calentamiento de temperatura, la necesidad de eliminar los subsidios a los combustibles fósiles y reducir el uso del carbón, y la importancia de los bosques para mitigar el cambio climático.

El grupo socialista felicita el trabajo de Frans Timmermans en las negociaciones y la labor del liderazgo europeo en la cumbre. Los pequeños avances conseguidos suponen un importante salto para acercarnos a los objetivos del Acuerdo de París; sin embargo, creemos que es insuficiente.

Los socialistas españoles insistimos en la necesidad de que la UE siga liderando con el ejemplo, adaptando políticas climáticas ambiciosas y cooperando con el resto de actores internacionales para limitar el calentamiento global a 1,5 grados.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – La COP26 concluyó el pasado 13 de noviembre en Glasgow con un acuerdo que podría haber sido más ambicioso, pero que, sin embargo, recoge algunos avances que la delegación socialista española celebra.

Por primera vez, un acuerdo de la COP reconoce la necesidad de que la transición ecológica sea justa; en este sentido, el grupo socialista peleará para que la condicionalidad social esté en cada una de las legislaciones climáticas. Otros puntos a destacar en el acuerdo son el objetivo de no sobrepasar el límite de los 1,5 grados de calentamiento de temperatura, la necesidad de eliminar los subsidios a los combustibles fósiles y reducir el uso del carbón, y la importancia de los bosques para mitigar el cambio climático.

El grupo socialista felicita el trabajo de Frans Timmermans en las negociaciones y la labor del liderazgo europeo en la cumbre. Los pequeños avances conseguidos suponen un importante salto para acercarnos a los objetivos del Acuerdo de París; sin embargo, creemos que es insuficiente.

Los socialistas españoles insistimos en la necesidad de que la UE siga liderando con el ejemplo, adaptando políticas climáticas ambiciosas y cooperando con el resto de actores internacionales para limitar el calentamiento global a 1,5 grados.

Sylvia Spurek (Verts/ALE), *na piśmie*. – Zgodnie z danymi FAO wsparcie dla producentów i producentek rolnych wynosi prawie 540 mld USD rocznie. Niestety środki te przeznaczone są najczęściej na wspieranie przemysłowych hodowli – szkodliwych dla zdrowia i środowiska, powodujących katastrofę klimatyczną. Kolejny szczyt klimatyczny nie przyniósł żadnych konkretnych decyzji w tej sprawie. Takim obszarom, jak energia i transport, poświęcono całe dni, zaś rolnictwo i nowy system żywienia zostały potraktowane marginalnie lub całkowicie pominięte. Światowi przywódcy i przywódczynie nadal nie potrafią łączyć kropek lub nie chcą przyznać opinii publicznej, że obecny system żywienia bankrutuje, potęguje katastrofę klimatyczną, niszczy bioróżnorodność, przyczynia się do likwidacji cennych przyrodniczo terenów, jest przyczyną rosnących nierówności społecznych, a także – co dla mnie szczególnie ważne – powoduje cierpienie i śmierć miliardów tzw. zwierząt hodowlanych.

Jak można brać udział w debacie o klimacie, jak można podejmować decyzje dotyczące przyszłości, kiedy nie ma się odwagi przeciwstawić mięsnym lobbystom? O tym, że globalni liderzy i liderki nie są jeszcze gotowi do dyskusji nad szkodliwością hodowli zwierząt, symbolicznie świadczy fakt, że około 60% jedzenia dostępnego dla uczestników i uczestniczek szczytu zawierało mięso lub nabiał. Rządzący nie tylko nie byli w stanie debatować o weganizmie jako koniecznym wyborze, ale także nie byli nawet w stanie zrezygnować z produktów odzwierzęcych na dwa tygodnie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Durante e depois da COP26 fomos bombardeados com números impressionantes. Números sobre a ambição de redução de emissões necessária para salvar o planeta e números sobre os investimentos e os apoios que terão que ser disponibilizados para que a transição seja justa e para que não sejam os mais pobres a pagar o bem-estar e a sustentabilidade do modelo de vida dos mais ricos. Números que por si só não foram convincentes e deixaram no ar um sentimento de fragilidade em relação ao acordo conseguido, com muitas palavras e poucas certezas.

Realço o reconhecimento da liderança europeia na procura das melhores soluções e dos mais fortes compromissos. Essa liderança europeia na transição verde resulta sobretudo da capacidade de fazer diferente, de apostar num pacto ecológico transversal a todas as políticas, com um forte impulso na transição energética e em todas as tecnologias que lhe estão associadas. Traduzir isso para o plano global implica que a liderança seja multilateral e focada nas pessoas. É esse o grande desafio que se coloca à União no pós-COP26: liderar pela aplicação interna das suas políticas e pela forma como coopera na capacitação para que os países menos desenvolvidos o possam fazer também.

(A sessão é suspensa às 11.50.)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 12.00)

5. Feierliche Sitzung – Rede von Swjatlana Tsichanouskaja

Presidente. – Care colleghe e cari colleghi, sono onorato di avere con noi oggi la signora Sviatlana Tsikhanouskaya, che ringrazio per la sua presenza.

(Applausi vivi e prolungati)

Una delle leader importanti e prestigiose dell'opposizione democratica in Bielorussia che, come ricorderete, insieme ad altri leader dell'opposizione democratica, è stata insignita del premio Sakharov 2020, e che ha accettato il mio invito a rivolgersi al Parlamento europeo.

Sviatlana è un simbolo, insieme ad altre e ad altri, della lotta per la democrazia e la libertà, ed è una voce per molti prigionieri politici, che sono attualmente in carcere in Bielorussia e che noi non vogliamo dimenticare.

A più di un anno dalle elezioni, di cui l'Unione europea non ha riconosciuto il risultato, la Bielorussia continua a violare i diritti dei suoi cittadini, a silenziare la società civile, a usare la repressione come arma quotidiana. Il regime non ha esitato a utilizzare uomini, donne e bambini bisognosi di protezione, mettendo le loro vite in pericolo, senza alcun rispetto per i diritti umani fondamentali, al solo fine di destabilizzare l'Unione europea.

Lo ribadiamo anche oggi, in quest'Aula: i valori dell'Unione non sono in vendita. E questo Parlamento chiede anche alle altre istituzioni di essere all'altezza della difesa dei diritti fondamentali.

Attualmente ci sono novecento prigionieri politici in Bielorussia, inclusi i vincitori del Premio Sakharov 2020, e ricordiamoli: Maryia Kaslesnikava, Mikalai Statkevich, Siarhei Tsikhanousky e Alies Bialiatiski. Siamo con loro e continueremo a chiedere la loro libertà.

(Applausi)

In questo momento così importante abbiamo la signora Sviatlana, a cui do la parola per il suo messaggio.

Grazie.

Sviatlana Tsikhanouskaya, Winner of the Sakharov Prize 2020. – Mr President, distinguished Members of the European Parliament, right now in Belarus, there are more political prisoners than Members of this Chamber assembled here today; 882 of my fellow citizens have been recognised to be in prison for exercising basic political rights people in the rest of Europe take for granted. If we invited all of the Belarusians unjustly imprisoned for the wrong colour of their dress or socks, even four halls like this one would not be enough room.

On behalf of them and fellow Belarusians who believe in freedoms this Union represents, I speak to you today. Among them are my husband, Siarhei, and my friend Maria Kalesnikava. Among them is also Ales Bialiatiski. Just one year ago, he was with us at the European Parliament receiving the Sakharov Prize for Freedom of Thought. Ales returned home and half a year later was arrested for his work at the Human Rights Centre 'Viasna'. The case of Ales shows that the Belarusian crisis is much closer to all of us than it might seem.

Just recently, Ales was here for all to greet and congratulate, and now he is behind bars. Belarusians are no longer safe in their country and abroad, and neither, in this case, are other Europeans.

As we have seen, the regime in Belarus has shown itself willing to seize individuals from international flights, misuse international agencies and agreements to punish dissent. To weaponise migrants in a way deliberately designed to undermine the stability and security of Europe. Confronted with this challenge, we can feel paralysed by fear, or, we can take our destiny into our hands and turn the tide of European history in our favour.

When I addressed the European Parliament last December, I spoke about the year 2020. I said then: 'This year the world has seen Belarus awakening'. In 2021, the world saw Belarus actively resisting a regime that has only grown more abusive. But has the world seen Europe standing with us in support of our shared values, our freedom, and our dignity?

We saw that Europe can not only talk the talk, but also walk the walk. Belarusians saw brave European diplomats like Dirk Schuebel who were willing to take a risk regarding values and principles. Belarusians were pleasantly surprised by unprecedented action by the European Commission to announce a Comprehensive plan for the future of Belarus. Belarusians were grateful to the European Parliament for the Sakharov Prize and vocal support for political prisoners. But Belarusians also saw the year 2021 in detail, and I would like to briefly explain the way that the year 2021 has been passing for my fellow countrymen.

In January, police in Belarus started arresting dissenting citizens, breaking right into their homes. In February, two young journalists, Daria Tshultsova and Katsiaryna Andreeva, were sentenced to two years' imprisonment. All they had done was to report on the protest meeting after the terrible death of Raman Bandarenka – after beatings by the security forces. Meanwhile, in Europe, we heard mostly polite urgings to respect freedom of speech in Belarus as analysts speculated that perhaps the political crisis had ended.

In March, hundreds of people were detained simply for being outdoors on Belarusian Independence Day, so much did the regime fear new street protests. Meanwhile in Europe, many said that the situation must have 'stabilised' since there were no new pictures of mass protests. Even though 800 000 Belarusians have voted for negotiations via the online platform, Holas.

In April, the regime's Foreign Affairs Minister promised to 'destroy civil society'. People in prisons were poisoned with chlorine. Meanwhile, in Europe, the media interest in Belarus was rapidly vanishing.

May was the crucial turning point. The biggest online independent news site TUT.BY was shut down and its team imprisoned. Democratic activist Vitold Ashurak died in prison for unknown reasons. Seventeen-year-old Dzmitry Stakhouski couldn't bear the endless interrogations by the police. He killed himself.

Finally, there was the outrage of the state-sponsored hijacking of a Ryanair plane to kidnap blogger Raman Pratasevich. Only after that did Europe take the first stronger measures against the regime. Nine whole months after the human rights catastrophe in Belarus began.

I am grateful for the EU's firm response to the regime's outrageous grounding of a European flight. This was a moment the European Union can truly be proud of. But still, would this have happened if only non-EU citizens were on board this Ryanair flight? Are democracy and human rights reserved only for EU citizens?

In June, political prisoner Stsiapan Latypau attempted suicide in court because the regime threatened to torture his father if he didn't plead guilty. Meanwhile, in Europe, politicians were fretting that sanctions might hurt ordinary Belarusians. As if Belarusians were not already suffering. As if they blamed the EU. According to surveys most Belarusians blame the regime for existing sanctions, not the EU.

In July, another aspiring presidential candidate Viktor Babaryka was sentenced to 14 years in prison. The same month the regime made good on its promise to 'destroy civil society'. It closed dozens of independent media and 270 NGOs and arrested many of their employees and volunteers. Meanwhile, in Europe, we heard expressions of deep concern.

In August, Olympic athlete Krystina Tsimanouskaya was almost kidnapped during the Games in Tokyo simply for criticising Belarusian sports management. Same time, the IMF signed over one billion dollars in COVID support to Belarus. A country where prisoners are being deliberately infected with COVID. Meanwhile, in Europe, the media focus was exclusively on other global issues.

In September, my friend Maria Kalesnikava was sentenced to 11 years in prison. IT worker Andrey Zeltser was shot dead during a KGB raid of his apartment. His wife, as the only witness, was sent to a psychiatric hospital. And nearly 200 - Belarusians have been arrested for 'negative comments' online about this event. Meanwhile, all over Europe, well-funded lobbyists were working furiously to block new sanctions against this abusive regime.

In October, the migrant crisis exploded to a full scale. At the same time, the 64-year old politician Ryhor Kastusiu remains in prison with suspected cancer. He receives no medical aid. And in Europe, the regime continued using Interpol to pressure the dissidents abroad.

Finally, in November, the tensions at the Belarusian-Polish border reached boiling point. Thousands of foreign citizens taken hostage by the regime have come to the focus of the EU. Phone calls have been exchanged to alleviate their conditions. But at the same time, nine million Belarusians remain hostages of the regime.

Have we forgotten the tragic lessons of our European past? That tyrants are emboldened by appeasement, not placated. That when you avoid confrontation with a bully, you only make the inevitable showdown that much more costly and dangerous.

But do you really suppose it will stop there? We are already seeing how dangerous a regime like this can be to its neighbours. Lithuania and Poland are facing the biggest test of their border security. By the way, *Polska*, *Lietuva*, stay strong! We know that you pay a big price for being true and principled friends to the people of Belarus.

Supposing this abuse of migrants is somehow stopped, do you really believe the regime's threats beyond its borders will end there? Increases in the flow of smuggled drugs and other contraband? A military provocation? A disaster at a nuclear power plant right on the EU's external borders? None of this is just my imagination. These are threats that the regime itself has made. Whatever it takes to get what it wants.

Meanwhile, Europe hesitates, time goes by for those unjustly imprisoned, killed, or exiled. Time is measured differently for Belarusians. It's measured in lost moments of happiness, moments that are the right of every one of us to experience. Moments that are the reason why all of us want to live in freedom and dignity. Moments that Belarusians are deprived of.

For me, those would be moments when my daughter Agnia might see the loving face of her father Siarhei seeing her off on her first day of school. Moments when my son Karnei could feel the support of a father who helps him to fix his bicycle. For other mothers like Dasha Losik, Volha Zalatar, Alena Bondarenka, time is measured in tears. When you don't know if your husband is still alive. When you're behind bars and you have no news about your five children. When all that is left of your child is a framed photograph with a black ribbon. Because they beat him to death when he asked them not to remove the white-red-white ribbons hung in his backyard.

For the workers in MTZ, Belkaii, Hrodna Azot, time is measured in sweat spilled while forced by the regime to work in unbearable and dangerous conditions. Conditions that are close to being slavery. Work with no rights.

For thousands of activists across the country, time is measured in units of stress and anxiety. Because even though they choose 'safer' methods of resistance like distributing self-published newspapers, pasting stickers, joining independent labour movements, every day they risk arrest. And for our medics from Voranava to Hotimsk, from Verhnedvinsk to Bragin, time is measured in hours of overtime and in the minutes of sleep they are allowed. Because, due to the regime's disregard of the pandemic, their workload has tripled.

Ladies and Gentlemen, do you think these people understand what we mean when we talk about the EU's long bureaucratic processes and complex diplomacy? Do you think our statements of deep concern give them hope and confidence? What can the European Union really say to the people of Belarus – to the forgotten Europeans – who want the same things the rest of Europe enjoys? Perhaps we don't have the right to demand your help or support. Perhaps you may refuse us because it may contradict your national interest. Or perhaps it's bad for your businesses. But I am here to ask for your support, nevertheless.

Our fight for freedom is your fight for freedom too. Only by standing together and acting decisively does democracy have the chance to survive in this world.

Distinguished representatives of Europe, pardon my straightforwardness, but I must say it: It is getting late! Since August 2020, there have been ample gestures and expressions of solidarity. Belarusians were praised for reigniting their faith in democracy and human dignity. Is it not the turn of Europeans to demonstrate their commitment to those values with actions? Will Europe as a whole have the courage to take decisive action now? Or will we wait another year?

Dear ladies and gentlemen, we don't have another year. Neither does Belarus. Neither does Europe. There is more we can do than just wait and react. The regime in Minsk is motivated by fear of the Belarusian people. Hence, the escalation of violence.

Meanwhile, the Belarusians are not giving up. Three independent surveys show more than half of Belarusians want a new presidential election. Despite intense political pressure, Belarusians are still finding ways to protest. Maybe not in the ways that get the attention of your media. But thousands have joined mobilisation initiatives like 'Victory plan' and 'The Workers' Movement'. They are coordinating and preparing for new rallies and strikes when they are possible. Independent media and civil society groups have reorganised abroad and continue to work for Belarus.

And I am proud of each of the brave Belarusians in our country and in our diaspora. It is they who will change our country for the better. New Belarus is not only about the future. It is already being born and growing. But today it needs your help.

We need Europe to be more proactive when facing autocracy. The cliché about Belarus being 'the last dictatorship of Europe' is, in a way, misleading. Dictatorship does not have natural geographical limits. It spreads if it is not stopped. Dictatorships, after all, can be compared to a virus infecting the body. We all know that the more disease is ignored, the more difficult it is to treat it in the future. It's now clear to the whole world that waiting and seeing is not the right strategy to address the virus. Action is crucial.

To successfully overcome a virus a three-part strategy can help. First, isolation to prevent its spread. Second, treatment to remove its negative effects. And last, but not least, the immunity which allows keeping the body in good shape. The same strategies can be applied by Europe when dealing with the virus of dictatorship in Belarus.

The first part of our strategy should be the isolation and non-recognition of the regime. Many Belarusians are hurt to see that even today such influential European media – from Deutsche Welle to the BBC – call Aleksander Lukashenko 'President'. He is not. Calling him President shapes the wrong perception among millions of viewers. He is a citizen of Belarus who has illegally usurped presidential power by violence.

Europe, let's stand up to your decisions! You did not recognise the elections, so do not call this impostor for what he isn't. Do not recognise any deals made without Belarusians' agreement. Speak clear and loud: the contracts signed by the regime after 9 August 2020 are and will be legally void. Lukashenko is gambling with Belarus' sovereignty. We must stay firm in non-recognition policy and be clear that independence and sovereignty cannot be traded or undermined.

This non-recognition should be coherent. New ambassadors to Belarus shouldn't be appointed, nor should anyone who respects freedom, human rights and the rule of law receive the regime's ambassadors. We also shouldn't invite its representatives to international gatherings, sport or cultural events. Suspend the regime's participation in Interpol. This would send a signal that abuses will no longer be tolerated.

Instead, I encourage you to give a voice to the Belarusian people. Invite Belarusian democratic forces to all international fora to represent them at the highest level, particularly during the Eastern Partnership Summit.

The second part of our strategy is treatment. We should push back on the regime and limit its access to the resources it uses to maintain power. When your child is ill, you know you have to give him medicine even if it hurts to see him resisting. But you realise that this is the only way. The same principle should apply when we talk about European sanctions against the regime.

Let me assure you: sanctions do work. Continue holding a consistent sanctions policy. Sanctions split the elites, destroy corruption schemes and divide people around Lukashenko, as no one wants to share the responsibilities for the regime's crimes.

Let us be firm. We must not let lobbyists block the necessary sanctions. Let's close all remaining loopholes. Let's coordinate our actions with the US and the UK to make the sanctions effective and not merely symbolic.

By all means, let us be consistent. It makes little sense to further invest in the mafia regime. Send a message that we will not enrich it so that it can use these resources to abuse its citizens. And of course, let us be true to international law. Give the green light to prosecute the human rights offenders under the universal criminal jurisdiction. Invoke the regime's responsibility for capturing the civilian aircraft and its hybrid attack on the EU borders. Let's make sure all the evidence of the regime's crimes will lay on the table of the international tribunal, at ICC and ICJ. I call on Europe to take the initiative in that.

The third part of our strategy is immunity. We need to boost the natural resistance and backbone of Belarusian society. I call on Europe to expand assistance to our people. It requires flexibility and a non-conventional approach to reach those on the ground. To human rights defenders, media, citizen journalists and journalists-investigators, local neighbourhoods, activists, volunteers, initiatives promoting Belarusian language and culture. Programmes of rehabilitation for families of the repressed, and programmes of psychological aid. People must feel they are not abandoned.

Let us stand together in solidarity. Let's not forget the Belarusian prisoners of conscience and their families. Do not let the regime manipulate the migrant-smuggling in order to obscure the human rights catastrophe inside the country. Both Belarusians and migrants are now hostages of the regime. And these two problems can't be solved separately. Remember, to cure the virus we need to treat the problem at its root, not just the symptoms.

And let us all be true to our principles. Let's help those who were forced to leave the country. Many Belarusians fled in a hurry, with short-term Schengen visas. Many Belarusians don't like to be considered as immigrants but as temporary relocants. They want to get back home soon, but they need small things like legal stay and work permits. Though we usually speak of democracy in high terms, democracy is made of small details too.

Help Belarusians, so they can help Belarus and Europe, too. So we could continue the fight for our freedom and yours. I know that I'm surrounded here by allies and partners like President Sassoli, Vice-President Metsola.

To all group members 'Friends of democratic Belarus' who took godparenthood for dozens of political prisoners in Belarus, who sent them letters and postcards, today I brought a response for you. These are 'Freedom Postcards' – drawings made by political prisoners in their letters. They feel your support, my dear friends. So as millions of Belarusians who are sincerely grateful to you and all the Members of the European Parliament for your firm position, for your statements, for your resolutions. But they also want the words to be materialised in actions. People on the ground in Belarus have huge expectations from you for one simple reason. They want to see in Europe an example to be followed.

Let us be true to Europe. The dream of a united Europe is not a dream about a bureaucratic system or an economic union alone. It is the dream of sisterhood and brotherhood. Of a community of nations and people that cooperate peacefully and respectfully, in freedom and dignity. It is a dream about shared values of respect for human rights, of representative, constitutional government, and the rule of law.

Being a community means walking a common path together. Last year, when we met I said about Belarus: 'Every country has its own path to democracy, and this is ours'. Now, one year later, Belarusians are much closer to their goal. But the road has become more difficult. Obstacles are constantly being thrown in our path. Today not only democracy in Belarus but also democracy in Europe depends on whether we will walk this path together and overcome these obstacles together. It is time to show that European values are, and will continue to be, our greatest source of strength and the only solid foundation for peace and prosperity.

I am here today to invite you to walk this path with us. Thank you very much.

(Exclamation in Belarusian)

Long live Belarus and long live Europe!

(The House accorded the speaker a standing ovation)

Presidente. – Ringrazio la signora Sviatlana per le sue parole. La vostra libertà è la nostra libertà. Il Parlamento europeo ne è molto convinto.

Grazie per la sua presenza.

6. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – È con grande tristezza che abbiamo appreso la notizia del terribile incidente dell'autobus, vicino Sofia, in Bulgaria, che è costato la vita a quarantasei persone, tra cui molti bambini.

A nome del Parlamento europeo e personalmente, vorrei inviare tutta la nostra solidarietà alle famiglie e agli amici delle vittime, alla popolazione della Macedonia del Nord e della Bulgaria.

Per questo vi invito a osservare un minuto di silenzio, grazie.

(Il Parlamento, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

*
* *

Vorrei informare l'aula che ho ricevuto una mozione di procedura e che darò la parola all'onorevole Zimniok. Il tema sono le carenze nelle procedure delle commissioni parlamentari. Onorevole Zimniok, ha facoltà di parlare.

Bernhard Zimniok (ID). – Herr Präsident, verehrte Kollegen! Heute stimmen wir zum Thema „Politik und Gesetzgebung für legale Migration“ ab. Dazu wurden wir in unseren Vorinformationen und von den Analysten des EPRS auf Ausschussebene mit Informationen versorgt.

In diesen Informationen des EPRS, die in dieser Studie mit dem Namen „Europäischer Mehrwert der EU-Politik und des Rechts auf legale Migration“ enthalten sind, wird Folgendes behauptet: In der EU befürwortet die öffentliche Meinung nachdrücklich EU-Maßnahmen zur Förderung der Zulassung und der Rechte von TCN-Unternehmen und der Gründung von Start-up-Unternehmen durch diese Personen.

Das Problem besteht darin, dass die Konsultation der Kommission, auf die der EPRS diese Aussage gestützt hat, nicht repräsentativ ist, um eine solche Behauptung aufzustellen. Dies ist ein schwerwiegender Fehler und eine sehr schwerwiegende Falschdarstellung der Tatsachen. Dadurch, dass sich das gesamte Dossier, über das wir heute abstimmen, außerdem nur um dieses Thema dreht, das heißt, die Migration von Drittstaatsangehörigen in die EU zu fördern, wird der Fehler noch gravierender.

Ich habe den EPRS vor über einem Monat darüber informiert und gebeten, dass diesbezüglich eine Nachricht an alle Mitglieder gesendet wird, aber bisher ist das nicht geschehen. Vor diesem Hintergrund schlage ich vor, die Abstimmung über dieses Dossier heute abzusagen und diesen Bericht zur erneuten Abstimmung in den beteiligten Ausschuss zurückzusenden.

Hermann Tertsch (ECR). – Señor presidente, este punto de orden se debe a que acabamos de escuchar las palabras de la señora Tsijanóuskaya de Bielorrusia.

Estamos ante la mayor agresión en este momento, no solo contra la propia población de Bielorrusia, sino ante una agresión sin precedentes contra las fronteras de la Unión Europea, contra Polonia.

Estamos viendo cómo se agrede en nuestras fronteras y resulta que el alto representante de la política exterior de la Unión Europea no está aquí. El señor Borrell no está donde debe estar casi nunca.

El señor Borrell ha mandado una misión a Venezuela, en la que solo ha hecho el ridículo y ha dañado la credibilidad de la Unión Europea de una forma gravísima, pero, sobre todo, en este momento de agresión a la Unión Europea y a Polonia, a las fronteras de Polonia, el señor Borrell está ausente y no lo tenemos. Eso no debe ser así. Y lo denuncio aquí.

7. Abstimmungsrunde

Presidente. – Procedo ora all'apertura del turno di votazioni di oggi.

Procederemo alle votazioni sui fascicoli iscritti all'ordine del giorno.

Il turno di votazioni sarà aperto dalle 12.30 alle 13.45

Le votazioni si svolgeranno secondo la stessa procedura utilizzata durante il precedente turno di votazioni.

Le votazioni si svolgeranno per appello nominale.

Dichiaro aperto il turno di votazioni. Si può votare fino alle 13.45.

I risultati delle votazioni saranno comunicati alle 16.30.

Le discussioni in Aula riprenderanno alle 15.00 con la discussione sulle tematiche di attualità, come la lotta contro la pandemia di COVID-19 e come vaccinare il resto del pianeta.

Grazie per la vostra partecipazione.

(La seduta è sospesa alle 12.42)

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(Istuntoa jatkettiin klo 15.03)

Puhemies. – Meillä on työjärjestyspuheenvuoro. Kollega Weber, olkaa hyvä.

Manfred Weber (PPE). – Madam President, only 30 years ago, Europeans witnessed how a war can tear up a country in its struggle for independence and liberty.

Last week, on 18 November, Croatia marked the 30th Remembrance Day for the Vukovar and Škabrnja and the horrific massacre that followed. These places were symbols of liberty and resistance. And we recall all the heroes to whom the Croatian people owe their freedom and democracy.

Their sacrifice should be embedded in European collective memory. The same as the sacrifice of millions of other Europeans throughout the 20th century. I would therefore ask you, Madam President, and dear colleagues, to honour their memory with a minute of silence.

President. – Thank you very much, colleague Weber. We will do it now.

(The House rose and observed a minute's silence)

9. Die Rolle der EU bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Wie kann man die Welt impfen? (Aussprache über ein aktuelles Thema)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana työjärjestyksen 162 artiklan mukainen ajankohtainen keskustelu EU:n roolista covid-19-pandemian torjunnassa: miten rokottaa maailma (2021/2926(RSP)).

Sallikaa minun muistuttaa, että tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sinisen kortin kysymyksiä hyväksytä.

Huomautan vielä, että viimeaikaisten istuntojaksojen tapaan puheenvuoroja on mahdollista käyttää etäyhteyksillä jäsenvaltioiden yhteystoimistoista.

Vielä muistutan, että istuntosalissa puheenvuorot käytetään edelleen istuntosalin keskellä olevalta puhujakorokkeelta. Kehotan teitä seuraamaan puhujalistaa ja siirtymään puhujakorokkeen lähelle, kun puheaikanne on alkamassa.

Chrysoula Zacharopoulou, au nom du groupe Renew. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, ce débat aujourd'hui est l'occasion de le rappeler à tous: la santé de nos citoyens se joue en Europe, mais aussi au-delà de nos frontières. Pour affronter cette pandémie, il fallait une réponse globale, concertée et solidaire.

Dès le début et jusqu'aujourd'hui, l'Europe n'a jamais manqué ce rendez-vous pour protéger ses citoyens et protéger les citoyens du monde. Concrètement, voici ce que nous avons fait. Dès le mois d'avril 2020, en pleine première vague, sous l'impulsion du président Macron, les Européens ont fédéré la communauté internationale autour d'une initiative inédite: ACT-A. Cette initiative a pour objectif de donner les moyens à tous de lutter contre le virus, en particulier grâce au mécanisme COVAX, qui a pour mission de garantir un accès équitable au vaccin partout dans le monde et notamment dans les pays les plus pauvres.

À ce jour, COVAX a permis de livrer un demi-milliard de doses de vaccins à 144 pays. Nous, Européens, en sommes devenus le premier contributeur, avec plus de 3 milliards d'euros. Mais très vite, nous nous sommes rendu compte que les contributions financières à COVAX, ce n'était pas suffisant. La production de vaccins à l'échelle mondiale était trop faible et les pays pauvres en étaient les premières victimes. Encore une fois, l'Europe a agi: pendant qu'elle vaccinait sa population, elle a décidé de donner ses propres vaccins aux pays qui en ont le plus besoin.

Mais malgré nos efforts, nous sommes face à une réalité qui se résume à trois chiffres: le taux de vaccination est de 76 % en Europe et de 46 % au niveau mondial, mais à peine 6 % des Africains sont vaccinés. Ces chiffres sont blessants. Ces chiffres sont indignes. Alors oui, on doit faire beaucoup plus et plus vite. Plus nous tardons, plus nous sommes tous vulnérables face à de nouveaux variants.

Je voudrais lancer trois appels. Un appel aux États membres, d'abord. Vous vous êtes engagés à donner 300 millions de doses d'ici la fin de l'année. Le mot d'ordre est d'accélérer le don des doses. Nous en sommes aujourd'hui à 95 millions. Il nous reste un mois. Un mois pour tenir notre promesse, un mois pour rester crédibles face aux pays qui en ont besoin. En février 2022, nous aurons le sommet Afrique-Union européenne. La question de la vaccination est en train de créer une blessure profonde dans les relations entre nos continents. Nous devons honorer nos promesses et donc donner – donner plus, donner plus vite et donner via COVAX.

Ensuite, je voudrais lancer un appel à la Commission. Vous vous êtes engagés à donner 200 millions de doses. Il faut s'en féliciter, mais ce n'est qu'une partie de la réponse. Sur le terrain, il manque des seringues et des frigos et une planification logistique est nécessaire pour organiser les campagnes de vaccination. Nos doses risquent d'être perdues. J'appelle donc à donner davantage de moyens, le plus rapidement possible, pour continuer à soutenir COVAX.

Enfin, je lance un appel à l'industrie pharmaceutique à prendre ses propres responsabilités. La réussite de la vaccination mondiale dépend aussi de vous. Facilitez les livraisons et donnez plus de prévisibilité et de transparence. Quand et combien de doses vont sortir de vos usines? Il est urgent de le savoir.

Mes chers collègues, dans un contexte de crise inédit pour l'humanité, la «team Europe» a joué un rôle moteur historique. Alors, plus que jamais, renforçons ce leadership et vaccinons le monde maintenant.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, this year, the long-awaited COVID-19 vaccines gave us hope that we might be at the beginning of the end of this pandemic. On 31 August, the EU reached a crucial milestone, with 70% of the adult population fully vaccinated. We must remain cautious and vigilant and strive to further increase the rate of vaccinated, especially given current trends.

However, nobody is safe until everyone is safe. We have seen the value of standing united in tackling common global challenges and the value of international solidarity in ensuring vaccine coverage around the world. The European Union is committed to ensuring that everyone who needs a vaccine gets it. It is essential to ensure vaccination for the most vulnerable of the population in low and middle-income countries, and to do so at an affordable cost – not only because it is the right thing to do, but also for our own sake.

I'm proud to say that the EU has played a leading role in the international efforts to provide COVID-19 vaccines across the world. Through the Team Europe COVID-19 global response approach, the EU has contributed over three billion euros to COVAX (COVID-19 Vaccines Global Access), bringing us closer to the COVAX objective of delivering at least 1.8 billion doses to 92 lower and middle-lower income countries by the end of 2021.

Through the EU Civil Protection Mechanism, the EU has made support available for the delivery of both vaccines and ancillary material. Additionally, the EU continues to be the largest global exporter of COVID-19 vaccines, having exported close to one billion vaccine doses to 59 countries around the globe. It should not go unnoticed that Europe was willing to share half of our vaccine production with the rest of the world.

The EU is determined to support an increase in COVID-19 vaccine production, as well as a broader geographical distribution of manufacturing capacity in order to meet global needs. For example, Team Europe is investing EUR 1 billion to ramp up mRNA (Messenger RNA) production capacity in Africa. Activities in several sub-Saharan African countries are already underway in South Africa, Senegal and Rwanda.

Vaccine sharing is crucial in assisting low and medium-income level countries in carrying out their vaccination programmes. The EU must show leadership, heading multilateral and global efforts in vaccine distribution. We have delivered to Europe, and now we must deliver to the world.

In May this year, the European Council already stated a target of donating at least 100 million doses by the end of the year, but this has been topped up by commitments made by the Commission and Member States individually.

Currently, total EU commitments reach over 500 million doses until mid-2022. Unfortunately, a series of unexpected bottlenecks and obstacles seriously hampered deliveries, meaning that we have not yet reached our initial ambitions. This is now steadily improving – from four million doses donated by mid-July to 20 million doses by mid-September. Donations delivered by the EU stand now at close to 100 million doses. With a substantial and guaranteed supply of vaccines at Member States' disposal, EU deliveries should pick up speed.

I'm well aware of your calls for the temporary waiving of international intellectual property protection obligations for COVID-19-related vaccines and medical products. The EU is engaging in dialogue in the context of the WTO and other international fora to explore how patent pooling, licensing initiatives and vaccine knowledge-sharing platforms can best support affordable and equitable access to COVID-19 production. Relying on a voluntary solution for the sharing of intellectual property knowhow and data is seen as a promising way to ensure worldwide access to critical products for diagnosing, treating and preventing COVID-19, including vaccines.

We must seize this opportunity together, as a global community, to address the crisis. In our international solidarity, we must be guided by fairness, transparency and inclusiveness. I can assure you of one thing, the EU will continue leading the multilateral response to the pandemic, ensuring that no one is left behind.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, viruses know no borders. We have so often said this phrase, and it's now almost two years after this pandemic was declared and COVID-19 is continuing to devastate country after country, exposing how fragile we are, not just as individual countries, but also as a global community.

Today's debate on the EU's role in combating the COVID-19 pandemic gives all of us an opportunity to highlight our global engagement and show solidarity, but also to underline the areas where we need to do more. We need to do more, not only morally and politically, but also for the sake of our own public health. We, the EU and Member States, acting as Team Europe, are at the very centre of the global effort against COVID-19, and we have been at the very centre from the very beginning. We can be proud of our EUR 46 billion contribution to international efforts to fight this pandemic.

The pandemic has now shifted to a new phase. We have vaccinated almost 76.3% of adults and almost 65.1% of our total population. This, one could say, is a European success story, but it is not enough if we do not vaccinate the world. Accelerating global vaccination rates and helping to reach the 70% we are targeting by the middle of next year needs to be our top priority. Today, Team Europe leads vaccine solidarity efforts with our collective donation of more than EUR 3 billion to COVAX, the global vaccine sharing mechanism.

Honourable Members of this House, you have been at the forefront of our efforts to support COVAX. Through COVAX, more than 525 million doses have reached 144 countries in every single corner of the world, but there is still such a long way to go before COVAX meets its target of delivering 1.4 billion doses to low and middle-income countries by the end of 2021.

As has been said, COVAX has experienced unforeseen setbacks, such as the devastating outbreak of the Delta variant in India, which temporarily halted vaccine production. We exported more than 1.2 billion doses to third countries and stepped up our own vaccine-sharing programme. More than half of our vaccine production has been exported, and since the beginning, the EU has been the world's leading exporter of COVID vaccines. It has never been about Europe first. It has always been Europe for the world.

In addition to the over 250 million doses to be shared by Member States by the end of 2021, President von der Leyen announced a new commitment of another 200 million doses to low and middle-income countries by mid-2022. While the majority of these donations will be facilitated by COVAX, we have begun leveraging the EU's own vaccine-sharing mechanism to accelerate delivery through bilateral donations and reselling to beneficiaries. Many of these are already facilitated by the Civil Protection Mechanism.

I want to take this opportunity to commend our Member States for accelerating vaccine sharing over recent weeks and months. So far, dose sharing has accounted for over 40% of the vaccines delivered through COVAX, and Team Europe's contribution has been, and continues to be, vital to ensuring equitable access to vaccines.

However, we must not stop now. Cooperation with our African partners in particular, where vaccination rates in many countries still rate below 10%, needs to intensify, and the EU will work with COVAX to further improve EU vaccine sharing and increase visibility. We are already seeing promising results, with the announcement this week of 100 million Johnson & Johnson doses donated by Team Europe to be delivered in the next few weeks.

We must continue to promote voluntary licensing agreements for manufacturers to supply vaccines at affordable prices to the most vulnerable members. With the African Union-EU Summit approaching in February, I trust that Team Europe will come together once more to coordinate a large donation package for Africa.

Many of you have pointed out that, in the mid to long term, we need more vaccine donation programmes. COVID-19, among others, has highlighted an underlying structural problem – the wide discrepancy in medical manufacturing capabilities around the world. Africa, for example, still imports 99% of its vaccines. In order to fight the current pandemic and prevent future ones, countries must be able to produce their own vaccines. They need stronger health systems. Some geographical regions, such as Latin America, have been hit hard by the pandemic and are working in this direction.

In May this year, the EU launched an initiative to boost local manufacturing capacities in Africa, for Africa, financed by at least EUR 1 billion from the EU budget. Member States are joining this initiative. It will support the efforts of the African Union, and we have begun to make real progress. We have mobilised our first packages for Senegal, Rwanda and South Africa. More will follow, and we will be here to update you in the coming months.

As part of our broader engagement, we are working to establish regional technology transfer hubs, improve regulatory capacity and strengthen the enabling environment to manufacture vaccines. We're working with our trading partners to deliver on a trade policy to the COVID-19 pandemic in advance of the 12th Ministerial Conference in the WTO. We're advocating for a holistic approach, which would include an understanding on intellectual property in addition to commitments in improving transparency, restraints from export restrictions, as well as trade facilitating measures, amongst others.

What we urgently need now is a commitment from all WTO members to engage in a solution-oriented manner to find an outcome that really makes a difference on the ground, while also presenting incentives for innovation and investment. The EU will continue its efforts in the run-up to the Twelfth WTO Ministerial Conference to achieve such an outcome.

Our goals are ambitious, but the pandemic requires nothing less and demands nothing less. To achieve our shared goals, it will be important for us to continue to combine our resources and our expertise. We do know we have a long way to go, but we are not going to waver in our efforts. I look forward to the debate.

Tomas Tobé, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, like the Commissioner and Minister I would of course also highlight the low vaccination rate we see in Africa. It is extremely worrying. This is threatening lives and livelihoods across the continent, but I would also say that it is preventing us from achieving the vital goal, and that is to vaccinate the world.

Now, more than ever, Europe must embrace global solidarity, multilateralism and partnership. We must continue to employ the Team Europe approach, double-down on our efforts to support the COVAX Facility, share more doses, resolve supply chain bottlenecks, ensure that global supply chains remain open and continue to support the expansion of Africa's vaccine manufacturing.

These concrete actions set out a truly effective global strategy that directly translates into more shots in the arm, as well as building resilience for future pandemics. This approach strongly contrasts with the empty symbolism of the TRIPS waiver, which would not only be ineffective but even harmful, with a negative impact on our readiness for future health crises.

As Chair of Parliament's Committee on Development, I strongly support the ambitious vaccine pledges made by the Commission and the Member States. However, my support comes with one crucial condition, and that is that these pledges will be honoured. I think we should be proud that Europe is doing more than others, but let's make sure that we keep leading the work and end this pandemic together.

Heléne Fritzon, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Föreställ er att en pandemi slår till med full kraft. Föreställ er att ett vaccin utvecklas och att vaccinationerna tar fart. Föreställ er att majoriteten av befolkningen i delar av världen är fullt vaccinerad. Men föreställ dig nu att du lever i ett fattigt land där endast fem procent – och jag upprepar: fem procent – har fått sin första dos. Det här är inget påhittat exempel. Det här är en krass verklighet. Det är så här det ser ut, om vi bara tittar på Afrika till exempel, i vår närhet.

För ingen är säker förrän alla är säkra. Dessa ord börjar låta som en klyscha, men det är absolut nödvändigt att vi fortsätter att upprepa denna mening och framför allt att vi agerar. Pandemin är på uppgång igen och trots att vi har säkrat viktiga vaccin är vaccinationsgraden ojäm och ojämlik, också i vårt EU. Därför måste vi och våra medlemsstater se till att fler vaccineras, såväl inom unionen som utanför. Vi måste anstränga oss mer för att alla länder ska ha tillgång till vaccin. En jämlik tillgång till vaccin är vårt bästa hopp för att bromsa pandemin och för att rädda liv.

Det handlar om att vi ska agera i solidaritet, att vi ska förhindra hälsokonsekvenser och att vi ska mildra de negativa följderna för vår ekonomi. I dag ska vi ställa oss frågan "Hur kan hela världen vaccineras?". Som socialdemokrat är mitt svar tydligt: Det krävs politisk vilja. Det krävs att vi visar solidaritet och att vi vågar fatta modiga och smarta beslut som sätter jämlikhet och jämställdhet i fokus. Jag upprepar: Ingen är säker förrän alla är säkra.

Luis Garicano, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, it is great that with the Commissioner and Minister we are able to have this occasion to think about how to vaccinate the world, which must be a big priority for all of us.

Today, the European Parliament can celebrate that we managed to get Europe to spend EUR 1.4 billion extra to vaccinate the world. That's a good conquest, but almost two years after the pandemic, we still cannot promise families that they will spend Christmas together. We still cannot promise workers that they will be able to have work all winter – and we will not be able to promise that while the virus is going all around the planet infecting people. It's important for moral reasons, important for health reasons, important for ethical reasons and political reasons: Europe must take the lead in vaccinating the world.

But so far the Member States have only delivered 23% of the doses that they have promised the world. We cannot accept that our countries continue to promise this, to write these nice pieces of paper with nice promises, and not deliver. So that's why, together with Chrysoula Zacharopoulou, our rapporteur, we ask you, the Member States and the Commission, to accelerate the delivery of the doses, to get the logistics in place, the syringes, etc. – it's crucial – and to make the information transparent and to fight disinformation.

But it's not only in the world that we need to act, we also need to act at home. While the citizens of the world are clamouring for the vaccines, in Europe we have a lot of people who have access to vaccines but choose not to vaccinate themselves. We must also be stronger on that. If we don't have the vaccines, we cannot win this fight. That's why we need a stronger approach. We must fight with all our means against those who spread hoaxes, also in Europe, and in the world.

We must encourage everyone to get vaccinated. Those who did get vaccinated should not have to stay at home to protect those who chose not to get vaccinated. So we must modify the European passport to make it a vaccination passport, and we must require the passport throughout Europe to travel and to go to public places.

Finally, we have to get the booster shots, the third vaccinations, into everybody and, as the European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) said this morning, the Commission must make all the necessary doses available. Ultimately, the Union must aspire to universal vaccination of the entire planet, starting with our citizens. We must return to normal pre-COVID as soon as possible, and we have it at our fingertips.

Sara Matthieu, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, we zien dat Covax hopeloos faalt. De beloofde surplusvaccins worden niet of te laat geleverd. Het gaat vaak om dosissen waar we zelf vanaf willen, omdat ze dicht bij de houdbaarheidsdatum zitten of te weinig bescherming bieden. Liefdadigheid, collega's, commissaris, biedt geen structurele oplossing.

Ook de beloofde samenwerking met Afrika en de farmaceutische industrie is eigenlijk een rookgordijn. In de praktijk zal dit Afrika niet in staat stellen om zelf de productie op te schalen, want er is geen sprake van echte technologieoverdracht. Het is gewoon een delokalisatie, gestuurd door de farmaceutische industrie en betaald door Europa.

We hebben dringend betaalbare vaccins voor iedereen nodig. De kortzichtigheid van de Commissie heeft enkel de weg vrijgemaakt voor de deltavariant, die nu zelfs gevaccineerden stevig treft. En dan hebben we het alleen nog maar over Europa, waar de meesten al dubbel gevaccineerd zijn en waar we boosterinjecties hebben, terwijl nog geen tien procent van de Afrikaanse bevolking toegang heeft gekregen tot het vaccin. Die ongelijkheid is een symptoom van een diep falend beleid.

Ik roep de Commissie dan ook op: steun de opheffing van patenten nu. Toon ons leiderschap en stel mensenlevens boven de winst van de farmaceutische industrie.

Sylvia Limmer, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Bevor man hier darüber diskutiert, wie Brüssel am besten die Welt impft, mit ihren in Rekordzeit notzugelassenen, völlig neuartigen Impfstoffen, sollte man besser über Fakten und Zahlen sprechen: zum Beispiel über eine völlig intransparent agierende EU-Kommission, über seitenweise geschwätzte Pharmaverträge und gelöschte Kommunikation; zum Beispiel über die Wirksamkeit der COVID-19-Impfstoffe, über deren Nebenwirkungen, über Risikogruppen, erratische Maßnahmen und darüber, dass jedwede kritische Diskussion im öffentlichen Raum sakrosankt ist.

Das RKI in Deutschland hat seine Formulierung vom August, die Impfung sei „ein wirksamer Schutz vor Erkrankung“ in „schützt die allermeisten der geimpften Personen vor einer schweren Erkrankung“ geändert. Die mit Abstand höchste Inzidenz bei den hospitalisierten Fällen wie auch bei den tödlichen Verläufen verzeichnen die über 80-Jährigen in Deutschland, gefolgt von den über 60-Jährigen, obwohl diese Gruppen eine Impfquote um die 90 % aufweisen.

Aus dem Zahlenmaterial der Johns-Hopkins-Universität aus über 200 Ländern geht hervor, dass es keinerlei Korrelation zwischen Impfquote und Inzidenz gibt. Laut EuroMOMO, das die offiziellen Mortalitätsdaten erfasst, ist derzeit keinerlei Übersterblichkeit zu erkennen. Dem Paul-Ehrlich-Institut wurden inzwischen 1802 Todesfälle im Zusammenhang mit Corona-Impfungen gemeldet. Das ist eine 5500-fach höhere Zahl an Todesfällen, als im Jahr 2016 für alle durchgeführten Impfungen registriert wurden. Die Datenbank VigiAccess der WHO listet 2,5 Millionen Fälle von Nebenwirkungen in Bezug auf die COVID-19-Impfung. Das ist mehr als alle Nebenwirkungen der letzten Jahrzehnte zusammen.

Daher ist es völlig unverständlich für mich, warum eine rationale Abwägung der persönlichen Risiken bei einer Corona-Infektion gegen die bei einer Impfung moralisch verwerflich sein soll. Die persönliche Gesundheit ist kein solidarisches Allgemeingut, und Corona ist nicht Ihr politisches Ticket in die digitale Überwachung. Und Sie, Herr Kollege, halten besser meine Diskussionen aus!

Puhemies. – Totean nyt vain, että valitettavasti meillä ei ole tätä sinisen kortin menettelyä. Havaitsin kyllä, että täällä oli tarvetta käydä keskusteluja ja kommentoida kollegan puheenvuoroa, mutta valitettavasti se ei käy. Mutta te, joilla on puheenvuoro, niin totta kai voitte sen tehdä.

Joanna Kopcińska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani komisarz! Termin „globalna wioska” dawno stał się synonimem opisującym aktualną rzeczywistość. Niemniej jednak przykład pandemii pokazuje, że funkcjonowanie tej wioski oznacza również stawianie czoła znacznym nierównościom. Biorąc pod uwagę wskaźniki szczepień na COVID-19, możemy zauważyć niezwykle duże dysproporcje, zwłaszcza na przykładzie krajów rozwijających się, w odniesieniu do naszego kontynentu.

Globalna pandemia wymaga globalnych rozwiązań. Dlatego oprócz kontynuowania działań informacyjnych podkreślających bezpieczeństwo szczepień powinniśmy dążyć do strategii, która zapewni powszechny dostęp do szczepionek. Należy dbać, aby państwa przekazywały obiecane dawki szczepionek na rzecz inicjatywy COVAX, oraz wdrażać mechanizmy równej dystrybucji szczepionek na poziomie globalnym, przy wsparciu wytycznych Komisji odnośnie licencji dobrowolnych.

Powinniśmy zachęcać i popierać gotowość dzielenia się szczepionkami, czego przykładem może być również i mój kraj, Polska, która od sierpnia realizuje konkretne działania solidarnościowe i która w ramach darowizn przekazała już około 4 milionów szczepionek. Tylko solidarne podejście pozwoli zrealizować założenia szczytu COVID-19 ambitnie wyznaczającego cel zaszczepienia 70 proc. populacji każdego kraju do września przyszłego roku.

Marc Botenga, au nom du groupe The Left. – Madame la Présidente, chers collègues, je suis un peu perdu, là. Après deux ans de COVID, on parle encore de comment offrir un vaccin au monde? Ces rumeurs, on ne peut qu'en rire, non? Parce que ça fait un an que l'Inde, l'Afrique du Sud, l'Organisation mondiale de la santé, une centaine de pays vous disent comment faire, à savoir en levant les brevets et en partageant la technologie, pour permettre à des pays partout dans le monde de produire un vaccin, pour que des chercheurs dans le monde entier puissent améliorer le vaccin, travailler dessus, combattre les variants... Et ça fait un an que vous vous obstinez, que vous refusez. Vous pensez être plus intelligents que le reste du monde? Eh bien non! Je suis désolé. Il y a une solution. Il faut dire à la présidente de la Commission européenne d'arrêter d'envoyer des petits SMS en secret au PDG de Pfizer et de commencer à lever les brevets, parce que les gens y ont droit.

Alors maintenant, vous prenez vos cliques et vos claques, vous allez à Genève, l'Afrique du Sud, l'Inde vous y attendent, et vous allez leur dire que vous acceptez leur proposition. Ça, c'est de la solidarité. Le monde vous regarde, on attend.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα λέει όλα η ξέφρενη πορεία της πανδημίας με τα αλληπάλληλα ρεκόρ θανάτων, κρουσμάτων και διασωληνωμένων. Με διαλογή ασθενών, αναστολές χειρουργείων, με το εμβολιαστικό πρόγραμμα να καρκινοβατεί στην Ελλάδα και αλλού, και με νέο lockdown στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Τα αλλοθι της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της ελληνικής κυβέρνησης στέρεψαν. Ούτε πρωτόγνωρη πλέον είναι η πανδημία ούτε αποτελεί εξήγηση ότι αυτά γίνονται παντού. Γίνονται επειδή, ακριβώς, κριτήριο δεν αποτελεί η προστασία της ανθρώπινης ζωής και υγείας, αλλά οι προτεραιότητες των μεγάλων ομίλων. Εκεί οφείλονται οι καθυστερήσεις και οι παλινωδίες στον αναγκαίο εμβολιασμό. Το ότι σε κάποιες χώρες υπάρχει υπερπληθώρα εμβολίων και σε άλλες παντελής έλλειψή τους. Με τον βολικό διαχωρισμό εμβολιασμένων-ανεμβολιαστών, επιχειρείτε να κρύψετε ότι το επείγον και καθοριστικό είναι η εξαντλητική ενημέρωση του λαού, η επίταξη και όχι η εκμίσθωση του ιδιωτικού τομέα, οι αποφασιστικές, μαζικές προσλήψεις με νέες υποδομές θωράκισης του δημόσιου συστήματος υγείας, αναγκαία μέτρα προστασίας σε κρίσιμους χώρους υπερμετάδοσης, όπως οι εργασιακοί, τα μέσα μεταφοράς και τα σχολεία, όπου συνωστίζονται και εμβολιασμένοι και ανεμβολίαστοι και, επίσης, μαζικά δωρεάν τεστ για όλους.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, vaccines work, vaccines reduce hospitalisations, morbidity and mortality. We must follow the scientific evidence. Data released from the ECDC and the Commission, on vaccination rates in the EU – just yesterday, shows a strong and undisputed correlation and causation as a result of the vaccines. The higher the vaccination rate in the Member State, the lower the death rate; fact.

The EU is clearly leading the way in global vaccine equity, despite ill-informed commentary from some. We have much more to do, as many colleagues have said here today, and we must accelerate what we are doing. But we have pledged to share at least 500 million doses with the most vulnerable countries by mid-2022.

But to succeed in a global vaccination strategy, we need the public and private sectors working together. Fair public-private partnerships offer one of the best guarantees to increase production, supply and distribution of vaccines all over the world.

I support the EU target of reaching a global vaccination rate of 70% by next year, but let's try and beat that target and go even further. Let's encourage other countries and global players, including pharmaceutical companies, to export and donate every available vial of the vaccine.

To reach this target, we cannot take a soft stance on fake news and conspiracy theories. Make no mistake, this vaccine misinformation battle is a battle for the health of our citizens, and I call on all Member States to implement clear, public-led, targeted outreach campaigns to all unvaccinated groups.

We cannot allow populism to triumph over science. COVID-19 has served as an important reminder that we need to transform our global health architecture. The only chance of beating this global pandemic is by continuing to work together and sharing vaccines. That is the right and just thing to do.

Mohammed Chahim (S&D). – Voorzitter, de covid-varianten die vandaag domineren, zijn zo besmettelijk dat we enkel groepsimmunititeit zullen behalen met een zeer hoog percentage gevaccineerden. Sommige experts hopen negentig procent of meer. Momenteel zien we dat de deltavariant verder muteert. Om te voorkomen dat het virus nog verder muteert, moet iedereen bescherming kunnen krijgen van een eerste of tweede prik. Uit preventief oogpunt is het goed om onze kwetsbaren en ouderen daar waar het kan een boosterprik te geven.

Maar toch blijven we wegstaren van een wereldwijde aanpak. Een meerfrontenoorlog win je niet door alleen soldaten naar één front te sturen. We kijken momenteel nog steeds niet naar een wereldwijde aanpak. Zo lang we dat niet doen, blijven de varianten zich ontwikkelen en blijven we vastzitten in de situatie waarin wij ons al 22 maanden bevinden.

Even gewoon de cijfers. Terwijl we in Europa al meer dan 65 % van alle volwassenen compleet hebben gevaccineerd, zitten we in Afrika rond de 6,5 %. Stel je maar eens voor: je werkt in de zorg in Afrika en je hebt nog niet eens de kans gehad om je te laten vaccineren. Van de miljoenen vaccins die de EU beloofde, is nog geen 10 % geleverd.

Toch blijven we in Europa het delen van licenties blokkeren. Laat ze dan zelf produceren. Als we daar 22 maanden geleden mee waren begonnen, stonden we verder dan nu. Want ik zie niet in waarom producenten als Pfizer en MSD Organon wel bereid zijn hun patenten voor een coronapil te delen, maar moeilijk blijven doen over hun vaccinlicenties.

Zoals mijn collega Kathleen Van Brempt hier een paar dagen geleden zei, maakten Pfizer, Moderna en BioNTech dit jaar meer dan duizend dollar winst per seconde. En dat met grotendeels door publiek geld gefinancierd onderzoek. We moeten niet willen kiezen tussen het vaccineren of het geven van een booster in Europa en het vaccineren van de rest van de wereld. Opschalen blijft belangrijk, maar we moeten ons wel houden aan de belofte om meer vaccins te leveren aan continenten als Afrika en hen te helpen met hun eigen productie. Dat zal pas het begin zijn van het einde van covid. Anders vrees ik dat ook het Griekse alfabet niet genoeg letters heeft om de varianten te beschrijven.

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, five months ago the European Parliament made its position clear on how to vaccinate the world. The Commission and Member States had every opportunity to take ideas from this resolution and move forward. For example, supporting lifting patents for vaccines to expand production, but so far the Commission has not pushed for the lifting of patents, and global goals are not yet reached.

This Parliament outlined concrete options in the resolution on how we can move forward to address the challenges we are debating here today. Increasing global distribution is the most important step, and this is still a major challenge. Especially in developing countries, the distribution of vaccines still proves to be a major challenge. Only 6% of people in Africa are fully vaccinated according to the WHO, and the EU cannot accept that our twin continent is left behind in vaccination, and many developing countries want to vaccinate their people but have either no access to vaccines or problems with distribution.

We must do more as the EU to assist countries in getting vaccines to the people, and we need to find concrete solutions to expand production and distribution globally. Since June, the Commission is discussing how compulsory licensing could contribute to expanding production. But I see a lack of concrete action: a TRIPS waiver on patents for vaccines, expanding possibilities of compulsory licensing making global distribution easier, assisting developing countries in getting vaccines to their people.

We are collectively under-performing on all fronts and we need to understand this debate, this situation, is about human rights. It's about human life. We won't get out of the pandemic if the rest of the world is left behind. So I'm urging everyone here today, we must end the pandemic, we all agree, we must vaccinate the world. It's a human right.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madame la Présidente, alors que la perspective d'une troisième dose pour les adultes en Europe se précise, je constate avec désespoir que nous manquons cruellement de vaccins dans les pays à faible revenu. Ainsi, seulement 1,1 % de la population a reçu au moins une dose de vaccin dans ces pays. Même si je me félicite de la livraison récente de près de 100 millions de doses de vaccin à COVAX, nous devons impérativement accélérer la coopération et tenir nos engagements.

Jusqu'à avant-hier, COVAX n'avait distribué que 250 millions de vaccins sur l'objectif initial de 2 milliards de doses. Là encore, je suis scandalisée par le pouvoir conféré à l'industrie pharmaceutique. On apprend par une lettre envoyée à la Commission par le secrétaire d'État allemand que l'excédent de vaccins dans de nombreux États membres augmente sans que ces derniers puissent les redistribuer.

Pourquoi des contrats déséquilibrés sont-ils signés avec les producteurs de vaccins? Ces contrats contiennent des prix de vente minimaux, des paiements compensatoires onéreux ou encore des restrictions sur le don de vaccins. Il est temps de mettre fin à ces pratiques abusives et de contrebalancer le pouvoir des géants pharmaceutiques.

Alessandra Basso (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa si è fatta trovare impreparata all'arrivo della pandemia. La sua risposta iniziale non è stata rapida, né efficace. Con il tempo si è cercato di aggiustare il tiro, ma è bene che Bruxelles abbia imparato la lezione per prepararsi in vista dei difficili mesi che ci attendono e nell'ipotesi di future epidemie. Su questo fronte non possiamo permetterci errori, incertezze o passi falsi.

Quando parliamo di vaccinazioni il pensiero corre alla COVID-19, una malattia nuova per la quale sono continuamente offerte nuove soluzioni terapeutiche che, ci auguriamo, possano presto garantire una soluzione duratura all'epidemia.

Quando questa sarà individuata, ci auguriamo che l'industria sarà in grado di metterla a disposizione su scala globale, in un tempo breve, considerato che viviamo in un mondo interconnesso per cui la nostra salute non dipende solo da quella del vicino di casa.

Se consideriamo i problemi epidemici da un punto di vista globale, ci sono altre campagne vaccinali urgenti. Penso alla vaccinazione contro la malaria, recentemente approvata dall'Organizzazione mondiale per la sanità, che permetterebbe di contrastare una malattia che nel 2019 ha causato globalmente più di 360 000 morti. La vaccinazione contro la malaria sarebbe lo strumento per debellare definitivamente la malattia senza causare i danni ambientali generati dai tentativi precedenti, basati sull'uso di pesticidi. La vaccinazione ha il vantaggio di combinare la semplicità terapeutica, l'economicità e la possibilità di trattare un numero elevato di persone in tempi ristretti. Questo però non deve far dimenticare che si tratta di una gara contro le patologie, dalla quale non possiamo né dobbiamo ritirarci.

In questo modo mostreremo al mondo il nostro lato migliore dal punto di vista della cooperazione internazionale. Rendiamo il nostro sforzo attuale utile alla salvezza delle generazioni future.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Globalna solidarność i partnerstwo to jedyny skuteczny sposób zakończenia pandemii. Polska popiera globalne inicjatywy i współpracę na rzecz przyspieszenia sprawiedliwego i równego dostępu do szczepionek dla wszystkich państw na świecie, aby ich gospodarki mogły wrócić do stanu sprzed pandemii, ale przede wszystkim, żeby ograniczyć śmiertelność, zmniejszyć skalę powikłań, żeby osoby chorujące łagodnie przechodziły tę chorobę. Z tego powodu zdecydowaliśmy się wesprzeć COVAX dobrowolną wpłatą w wysokości 750 tysięcy euro.

Ponadto Polska w geście solidarności chętnie dzieli się z potrzebującymi krajami, do tej pory przekazaliśmy bądź sprzedaliśmy ponad 13 milionów szczepionek, między innymi na Ukrainę, Tajwan, do Uzbekistanu, Kirgistanu, Serbii, Bośni i Hercegowiny czy do Gruzji i innych państw. W tej chwili przygotowujemy się do pełnienia przez Polskę roli koordynacyjnej w ułatwieniu dostaw szczepionek przeciw COVID-19 z państw członkowskich Unii Europejskiej do państw Partnerstwa Wschodniego.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, täällä salissa komission toimesta kuullut puheet EU rokotesolidaarisuudesta kaikuvat kiusallisen onttoina, kun katsoo, mitä komissio todellisuudessa tekee. Rikkaat länsimaat, EU mukaan lukien, ovat roihuneet valtaosan olemassaolevista rokotteista. Jako rikkaiden ja köyhempien maiden välillä on räikeä ja epäoikeudenmukainen. Aids-epidemian aikana patenttisuoja poistettiin väliaikaisesti ja sillä säästettiin miljoonia ihmishenkiä. Lääketeollisuus ei kaatunut eikä yksikään yritys menettänyt toimintaedellytyksiään sen seurauksena.

Koronarokotteita ei olisi olemassa ilman miljardeja euroja julkisia varoja, ja siksi on täysin kohtuullista ja myös moraalinen velvollisuutemme poistaa patenttisuoja väliaikaisesti, jotta kaikki mahdollinen tuotantokapasiteetti ja osaaminen saadaan käyttöön ja rokotteet kaikkien ihmisten saataville. Oikeuden terveyteen on mentävä voittojen tavoittelun edelle.

Eikä tämä rikkaiden maiden itsekkyyks ole edes oman etumme mukaista. Niin kauan kuin virus leviää vapaasti, kasvaa todennäköisyys uusiin variantteihin. Kukaan ei ole turvassa, ennen kuin kaikki ovat turvassa.

Francesca Donato (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la domanda oggi non deve essere come vaccinare il mondo, ma perché dovremmo farlo.

Tutti chiamiamo «vaccini» delle terapie geniche sperimentali a mRNA o DNA che non immunizzano, perché chi le riceve può infettarsi di COVID-19 e contagiare, e riducono solo parzialmente e per pochi mesi la probabilità di decorso grave della malattia.

Per converso, a seguito della somministrazione, si registrano ogni giorno migliaia di effetti avversi anche molto gravi e invalidanti e continui decessi post inoculazione, la cui correlazione causale con i prodotti iniettati è già stata in molti casi accertata. Il principio di precauzione viene dunque rinnegato.

Inoltre, consentiamo gravissime discriminazioni, privazioni e violenze su chi non accetta l'inoculo per ragioni mediche, immunologiche o personali, in violazione dei diritti umani fondamentali.

Ora vogliamo impegnare altro denaro dei cittadini europei per estendere questo trattamento a tutto il mondo? *Cui prodest?* In nome di Dio, colleghi, fermiamo questa pazzia!

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Doamnă preşedintă, doamnă comisar, stimaţi colegi, de mai bine de 18 luni ne luptăm cu o criză sanitară gravă. Suntem în plin val pandemic, care a luat cu asalt statele membre. Vedem cum, rând pe rând, unele state europene trebuie să impună măsuri de *lockdown* sau alte măsuri de limitare a răspândirii virusului. Pandemia de COVID-19 a arătat că Uniunea Europeană este capabilă de o mobilizare şi de o reacţie eficientă. Comisia Europeană a acţionat foarte bine. Vaccinurile au fost la dispoziţia cetăţenilor europeni şi nu doar pentru cetăţenii europeni. A fost posibil să fie exportate către toţi cei care au dorit să achiziţioneze vaccinuri produse în Uniunea Europeană şi prin mecanismul COVAX am fost solidari cu foarte multe ţări ale acestei planete.

Dar mai putem face ceva, în afară de mecanismul COVAX, în afară de donații, în afară de a-i ajuta pe cei care poate nu au același acces și aceeași posibilitate ca și cetățenii europeni. Putem lupta împotriva dezinformării. Putem să arătăm că dezinformarea este cea mai importantă cauză pentru care încă luptăm cu această pandemie, la această scară și este extrem de periculoasă, ducând la pierderea de vieți omenești. Pandemia a ilustrat cât de ușor se poate răspândi dezinformarea online și cât de simplu pot apărea narațiuni false și cât de rapid acestea pot evolua.

Avem nevoie de campanii credibile de promovare a vaccinării care, evident, vor avea un efect pozitiv și în afara Uniunii Europene. Avem nevoie de figuri credibile din lumea medicală, avem nevoie să obținem suportul activ al populației, pentru a combate dezinformarea și pentru a promova beneficiile vaccinării. De asemenea, ceea ce a însemnat certificatul digital COVID poate fi un exemplu foarte bun, care să inspire multe dintre țările acestei planete, pentru a reuși să oprească răspândirea virusului și pentru a face mai sigură viața cetățenilor lor.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, commissaris, de rijke landen hebben momenteel al meer inwoners een derde prik gegeven dan de arme landen een eerste. Dat is niet alleen onrechtvaardig, maar ook bijzonder dom want dat betekent inderdaad dat we, zoals Mohammed zei, gewoon moeten wachten op de volgende variant.

Daaronder ligt eigenlijk nog een extra onrechtvaardigheid. Het vaccin dat vandaag in de wereld het beste werkt, berust op Amerikaanse en Europese mRNA-technologie. Daar mogen we best wel trots op zijn. Maar wat zien we? Dat de bedrijven die deze technologie bezitten, niet erg geïnteresseerd zijn om aan arme landen te verkopen, te doneren of met hen samen te werken, maar hun producten liever aan de rijke landen verkopen. En dus moeten die arme landen het stellen met veel minder efficiënte Chinese en andere vaccins. Dat is onaanvaardbaar.

Het is dus evident wat we moeten doen. Zoals een aantal collega's al hebben gezegd, hebben we hierover een resolutie opgesteld en al lang geleden gevraagd om daar wat aan te doen. Naast het doneren van onze overschotten aan vaccins, is het noodzakelijk dat de mRNA-technologie, de gegevens en de patenten gedeeld worden met de Wereldhandelsorganisatie – die wij toch vertrouwen, mag ik hopen – om de productie eindelijk op te drijven zoals nodig om deze pandemie ten gronde aan te pakken.

Véronique Trillet-Lenoir (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chère Stella, Monsieur le Ministre, vacciner le monde est une nécessité humaine et médicale. Il est irresponsable de faire de la propagande mensongère devant des caméras. Vos mensonges sont meurtriers.

Nous avons un bel objectif. Bien sûr, il nous faut poursuivre les dons par les dispositifs ACT-A et COVAX et lever les obstacles à la livraison des doses, éviter les pertes de vaccins, multiplier les achats de matériel et privilégier des vaccins facilement utilisables.

Mais les actions de l'Union européenne doivent aller au-delà de l'assistance, vers une solidarité responsable et durable – vous l'avez rappelé, Monsieur le Ministre –, par la contribution logistique aux campagnes de vaccination, par la formation des professionnels de santé, par le partage des savoir-faire et des technologies de production des vaccins, par la lutte contre l'hésitation vaccinale et la désinformation et par l'élaboration d'un traité international sur les pandémies, soutenu par le directeur de l'OMS, Dr Tedros, par le président du Conseil de l'Union européenne, Charles Michel, et que je propose avec Stella Kyriakides dans mon rapport sur les menaces transfrontières graves pour la santé.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire de la santé, je suis très contente que vous soyez là, parce que j'aimerais que vous répondiez aux questions. Tout le monde dit qu'il y a une inégalité au niveau de la répartition des vaccins. Nous, les pays riches, avons eu énormément de vaccins. Mais la situation est problématique pour les pays pauvres, notamment en Afrique.

Il y a une solution. Je ne dis pas que c'est la solution miracle, mais il y a une solution, c'est la dérogation au niveau des brevets. L'OMC se réunit le 30 novembre et 130 pays seront là, à la demande de l'Afrique du Sud et de l'Inde – qui ont des infrastructures sanitaires – pour lever ces brevets. La Commission vote contre. Pourquoi? Est-ce que c'est l'Allemagne, parce qu'il y a Pfizer et BioNTech? Pourquoi l'Allemagne vote-t-elle contre alors que même les États-Unis sont pour? C'est comme cela qu'on pourrait avoir énormément de vaccins dans ces pays-là. Vous dites que ça va prendre du temps; mais plus vous attendez, plus ça prendra du temps.

Deuxième chose: COVAX, qui partait d'une très bonne intention. Sauf que quand on regarde, on a donné très peu de doses, nous, l'Union européenne. Sur les 200 millions de doses promises, 56 millions ont été données. Pourquoi? Parce que dans les contrats, qui sont opaques et non transparents, il y a une clause qui dit que si jamais un pays comme la France veut donner des doses de Pfizer, par exemple, il faut qu'il demande la permission à Pfizer. Et Pfizer va vérifier dans le pays si, en cas de décès ou d'effets secondaires, ledit pays est capable de payer des indemnités. Mais il faut faire sauter ces clauses!

Madame la Commissaire, vous avez une responsabilité. Moi, je suis très pro-européenne. Je suis pour la solidarité, mais c'est la Commission qui bloque à l'heure actuelle.

Virginie Joron (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, des émeutes à Rotterdam et à Bruxelles, des tirs à balles réelles contre des citoyens et une obligation vaccinale qui va s'imposer en Autriche et ailleurs. Cette semaine, le ministre de la santé allemand a déclaré qu'à la fin de l'hiver, les Allemands seront vaccinés, guéris ou morts. Et pas un seul des députés, pourtant toujours prompts à réagir pour des émeutes à l'autre bout du monde, ne s'est manifesté ici durant cette plénière. Pire, pas un mot sur nos stocks de vaccins AstraZeneca refourgués au continent africain. Un vaccin retiré, déconseillé suite à des effets secondaires graves en Autriche, Danemark, Estonie, Lituanie, Lettonie, Luxembourg, France et Norvège.

Votre plan pour la vaccination mondiale, parlons-en. Il y a quelques jours, la présidente de la Commission européenne, M^{me} von der Leyen, était à Washington pour remettre, en tenue de gala et sans masque, le prix du meilleur dirigeant commercial au PDG de Pfizer, M. Bourla, avec la petite musique d'ascenseur qui va bien – un film! Le PDG de Pfizer, sans doute grisé par ce prix von der Leyen, nous a annoncé 4 milliards de doses pour 2022. Ouf! Pas de pénurie pour la sixième dose. Négociations par SMS, parties des contrats cachées, clauses de responsabilité inexistantes... voici ce que signe Bruxelles. C'est donc cela le rôle de l'Union européenne dans la lutte contre la pandémie de COVID-19?

Le chef du gouvernement français avait déclaré le 21 juillet que la vaccination double dose empêchait la contamination au COVID-19. On apprend cette semaine qu'il vient lui-même, bien que doublement vacciné, d'être déclaré positif au COVID-19. J'adresse mes sincères vœux de rétablissement à M. Castex. Cet événement devrait nous servir à tous de leçon d'humilité. Ce que nous savons, c'est que nous ne savons rien. Alors, gardons-nous des menaces verbales et des mesures brutales afin de privilégier la prévention, la précaution et le libre choix, socle de nos démocraties européennes.

Cristian Terheş (ECR). – Madam President, the question in this debate today should have been how to combat COVID-19, not how to vaccinate the world. It's not the job of the European Parliament nor its duty to vaccinate the whole world.

The job of this Parliament is to legislate for the people and to exercise its control over how the Commission is spending European citizens' money. The problem is that as we've seen in the last year, none of these things happen. The Green Certificate was passed and Commissioner Didier Reynders said in this plenary that this regulation should pass to facilitate freedom of movement, and we see now in Europe that people cannot exercise their basic fundamental rights unless they have this Green Certificate.

As far as budgetary control goes, since the contracts signed by the Commission with the vaccination companies are not published yet, how can this House exercise its mandate?

So, I'm asking the Commissioner directly: who is liable in the event people have side effects from these vaccines? And lastly, when are you going to publish these contracts so that all Europeans will know what they contain?

Mick Wallace (The Left). – Madam President, the Commission continues to refuse to support India and South Africa's TRIPS waiver proposal at the WTO. President von der Leyen repeatedly pushes the COVAX programme as a solution instead. But the recent Oxfam 'A Dose of Reality' report shows that COVAX has been a complete failure. Big Pharma promised a lot but delivered very little. The same Oxfam report says that only 1.3% of people from the low-income countries have been vaccinated.

Sadly, the EU is more concerned about the intellectual property rights of its pharmaceutical companies who they continue to do secret deals with, than it is about the people in the Global South. Lift the patents, share vaccine technology, let developing countries make their own vaccine. The people of the Global South want justice, not charity.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, la Commission, afin de garantir l'accès aux vaccins dans le monde entier, propose que les États membres de l'OMC utilisent les licences obligatoires prévues à l'article 31 de l'accord sur les ADPIC au lieu de prôner la suspension temporaire des brevets. C'est une grave erreur, Madame la Commissaire, c'est irresponsable, car cette proposition de la Commission ne permettra pas d'augmenter dans la même mesure la production et la disponibilité mondiale de vaccins, et ce pour trois raisons.

La première est que les gouvernements qui utilisent les licences obligatoires peuvent être poursuivis en justice par les titulaires des brevets. Au contraire, la suspension des brevets leur offre la sécurité juridique nécessaire pour augmenter la production locale. La deuxième raison, c'est que les licences obligatoires n'entraîneront pas une baisse sensible du prix à payer pour les vaccins à l'échelle mondiale, contrairement à ce qui se passerait avec la fin du monopole qu'implique le brevet. La troisième raison est que les licences obligatoires n'incluent pas tous les droits de propriété intellectuelle – droits d'auteur, secrets commerciaux, dessins et modèles industriels, etc. – et, de ce fait, ne permettent pas aux pays en développement d'obtenir la technologie nécessaire pour produire des vaccins à ARN messager. J'en veux pour preuve qu'à ce jour, l'OMS n'a encore bénéficié d'aucun transfert de cette technologie, car les laboratoires pharmaceutiques ne la partagent pas volontairement.

En conclusion, l'Union doit soutenir la suspension temporaire des droits de propriété intellectuelle sur les vaccins lors de la prochaine conférence ministérielle de l'OMC.

Nathalie Colin-Oesterlé (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, l'Union européenne est le premier exportateur mondial de vaccins. 425 millions de doses ont été données aux pays les plus pauvres, plus d'un milliard de doses ont été exportées par l'Union européenne vers plus de 150 pays dans le monde. Les acteurs de l'excellence industrielle européenne ont permis la production de vaccins anti-COVID en Europe à une vitesse incroyable.

Alors oui, soyons fiers de cet exploit scientifique et industriel. Soyons fiers d'être la tête de proue mondiale de la solidarité avec les pays à revenu faible et intermédiaire, et fiers de contribuer réellement à la lutte contre cette pandémie, qui n'a pas de frontières.

Nous devons évidemment encore amplifier nos efforts pour aider les pays les plus pauvres à vacciner leur population, c'est une évidence, c'est une nécessité. Certains estiment que la levée des brevets serait la solution pour permettre au monde entier d'avoir accès aux vaccins. Ce n'est pas et ce ne sera jamais cette seule mesure qui permettra de vacciner le monde entier. Pourquoi? Parce que les pays qui pourraient bénéficier de cette levée de brevets ne sont pas en mesure de produire immédiatement des vaccins. Il faut près de deux ans pour construire une usine et monter une chaîne de production; il faut disposer d'une main-d'œuvre qualifiée tout en assurant un très haut niveau de sécurité.

La levée des brevets est aussi une fausse bonne idée. Pourquoi? Parce que les entreprises s'installeraient ailleurs, les capacités de recherche européennes seraient affaiblies et, pour autant, les pays tiers ne produiraient pas davantage de vaccins.

Alors oui, nous devons agir. Nous devons agir pour sortir au plus vite de cette pandémie. Et le chemin pour atteindre cet objectif tient en un seul mot: solidarité; solidarité en matière logistique, solidarité en matière de formation, solidarité en matière de recherche et de partage d'informations.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Med en ny fjärde våg i Europa ger sig covid nu åter till känna. Det är deltavarianten, framför allt, som ligger bakom denna pandemi hos de ovaccinerade. Vaccinet är vägen ur krisen och vi måste ha hela världen med oss för att stoppa nya varianter. Även om hälften av världens befolkning nu har fått sin första dos så är det djupt oroande att bara fem procent i de fattigare länderna har fått samma möjlighet.

Vi måste därför i ett nytt globalt krafttag se till att överföra vaccin, kunskap och medicinsk utrustning också till den fattigare delen i världen. Risken för nya varianter gör det inte bara oklokt att inte vaccinera alla – det är också djupt orättvist. Många länder har inte samma möjlighet att låta människor distansarbета och ge stöd till företag och löntagare om man måste vara hemma.

Men det är också en fråga om förtroende, själva grundbulten i det multilaterala samarbetet. Jag kom nyligen tillbaka från COP26 i Glasgow och mötte flera delegationer från utvecklingsländer som var djupt irriterade, arga och frustrerade över att både vaccinmål och mål för klimatfinansiering på djupet har skadat förtroendet – att vi faktiskt inte levererar när det gäller dessa saker. För det globala samarbetet, klimatet, hälsan, ekonomin och för det sociala är det avgörande att vi vaccinerar alla i världen.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Doamna președintă, doamna comisar, boala lungă e moarte sigură, așa spun românii. Boala lungă acum nu e numai virusul, este și dezinformarea. Vaccinarea ridicată răstoarnă mortalitatea, acesta este raportul.

Țările cu cea mai mare mortalitate sunt din păcate și țările cu cea mai mare dezinformare. O vedem și aici, în casa noastră europeană, că este intolerabil cum politicieni din țări UE fac circ și încearcă să împiedice vaccinarea în Europa. Aici purtăm și pierdem lupte importante și ei trimit oameni la moarte cu propria lor voință. Sunt apostoli ai urii, zbiară cu ură, nu arată deloc iubire, pentru că dacă ar arăta iubire față de oameni, s-ar interesa ce se întâmplă și în țările slab dezvoltate, că ele au abia 10 % sau 15 % procent de vaccinare și au mare nevoie de noi, pentru că este o criză globală din care nu ieșim singuri, doar cei înstăriți.

Noi, aici, în bugetul Uniunii Europene, am obținut pentru dumneavoastră 1,5 miliarde, doamna comisar, în plus pentru vaccinarea lumii, pentru că sunt nevoi foarte, foarte mari. Dar avem și mai mult nevoie pentru distribuție, o știți foarte bine. De aceea noi trebuie să luptăm pentru acest proiect, pentru că singuri nu ieșim din criză. Această barcă va lua apă și principiul este simplu și necruțător: nu e nimeni în siguranță până nu suntem toți în siguranță, a spus-o Jens Spahn în Germania: până în primăvară, în Germania, ori toți sunt vaccinați și vindecați, ori, dacă nu, vor avea tot mai mulți morți.

Da, domnilor, este foarte grav. Haideți să batem odată pandemia împreună! Ne trebuie curaj, pentru că o cale de întoarcere nu avem. Așa să ne ajute Dumnezeu!

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Madam President, only 5 % of people in low-income countries have received a first dose of the vaccine, not because they do not want to have the vaccine, but because there are not enough vaccines available to them. This is a shame. It has been more than a year since South Africa and India put forward the proposals for TRIPS waiver. A lot of colleagues have mentioned it already. They called for this in order to protect their citizens from the virus, and this is quite a legitimate reason.

And yet, the Commission continues to oppose this lifesaving proposals, despite a clear demand from this Parliament. We need to keep in mind the waiver would be only temporary. There has already been so much money put into the vaccine. Charity approaches like COVAX alone are not enough. The pandemic really requires exceptional and brave decisions if we really want to fight it. I urge you to support the TRIPS waiver next week.

Nicolaus Fest (ID). – Frau Präsidentin! Jetzt wollen wir also die ganze Welt impfen. Man fragt sich aber natürlich, warum? Denn bisher waren die Begründungen ja entweder falsch oder irreführend. Ich fasse mal zusammen: Erst hieß es, man wolle nur die vulnerablen Gruppen impfen, also die Leute über 60 Jahren. Jetzt heißt es: Nein, man müsse mit 18 Jahren beginnen.

Dann war die zweite Begründung: Ab 70 % habe man Herdenimmunität. Jetzt heißt es: Wir brauchen 100 %. Und das ist der Gipfel der Absurdität: Die Ungeimpften seien eine Gefahr für die Geimpften. Das hat man vorher auch noch nicht gehört.

Dann war die dritte Begründung, man müsse sich aus Solidarität impfen lassen, aus Solidarität mit den vulnerablen Gruppen. Jetzt heißt es: Die Geimpften haben eine besonders hohe Virenlast. Und das heißt, für vulnerable Gruppen ist es offensichtlich am sichersten, wenn sie von Ungeimpften besucht werden. Und dann haben wir jetzt auch immer mehr Impfdurchbrüche, also Personen, die trotz zweifacher Impfung schwer an COVID erkranken.

Und die Rationale, die man jetzt hier hört, ist: Wenn schon zwei Impfungen total versagt haben, dann brauchen wir jetzt noch dringend eine dritte mit einem Impfstoff, der wahrscheinlich ebenso versagt wie der Impfstoff bei den vorigen zwei Impfungen. Das ist wirklich klug.

In Deutschland haben wir 48 bestätigte Todesfälle, die im Zusammenhang mit der Impfung erfolgten – 48 Fälle. Das sind nur die Fälle, die obduziert wurden. Man weiß natürlich, dass viele Leute, die nach einer Impfung gestorben sind, gar nicht obduziert wurden. Das heißt, die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich um ein Vielfaches höher. Wenn irgendeine Firma, sagen wir, Nestlé oder Pepsi oder irgendeine andere Firma, ein Produkt auf den Markt bringen würde, an dem innerhalb von einem Jahr 48 Leute sterben würden, würden wir hier nicht darüber reden, ob wir dieses Produkt vielleicht doch in die Welt verbreiten sollten, sondern wir würden darüber reden, ob man das Management nicht in Haft nimmt. Und das würde ich auch diesem Parlament dringend mal anregen.

Wir sollten über die Wirksamkeit der Impfstoffe reden und über Haftungsfragen für das Management der Impfstoffhersteller. Ich glaube, darauf sollte sich dieses Parlament konzentrieren, nicht auf die Impfung der Welt.

Kateřina Konečná (The Left). – Paní předsedající, sama sebe se ptám: Jaký je vlastně rok? My opravdu rok a půl mluvíme o dočasném rozvolnění pravidel ochrany duševního vlastnictví ve vztahu k vakcínám a lékům proti COVID-19 na půdě WTO? Rozebíráme to zleva zprava, zatímco umírají tisíce lidí po celém světě a vesele nám vznikají nové mutace.

Je prostě potřeba si položit otázku: Jaký smysl má mezinárodní smlouva, v jejímž rámci nejsme schopni rok a půl uspokojivě reagovat ani na největší zdravotní krizi za posledních sto let? A proč? Aby našim farmaceutickým společnostem neklesl zisk? Aby pár boháčů mohlo dále bohatnout? Kdo rozhoduje o fungování toho světa? Představitelé států nebo nadnárodní korporace? Tak si pojdme odpovědět na tuto otázku. Já osobně si totiž už vůbec nejsem jistá. I malému dítěti dnes musí být jasné, že bez toho, aniž bychom poskytli možnost očkování zbytku světa, se této krize prostě nezbavíme. Udělejme pro to už konečně něco a nemluvme o tom jen.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, poštovani građani, danas ovdje raspravljamo kako cijepiti cijeli svijet. COVID cijepiva su nam donijela do sada u medicini i sociologiji nezabilježenu nuspojavu. Nuspojavu koja nije postojala ni kod jednog ranijeg cijepiva u povijesti. Radi se o nuspojavi paničnog straha. Znatan broj cijepljenih se boji da će ih necijepljeni zaraziti bolešću COVID-19 protiv koje su se cijepili, te se želi da se cijepi cijeli svijet. Moram ih razočarati. To nije moguće. Jer da bi se tako nešto postiglo svi moraju biti cijepljeni u istoj sekundi ili barem istoj minuti jer bi u suprotnom opet imali potpuno cijepljene s trinaestom *booster* dozom i potpuno necijepljene s dvanaestom *booster* dozom, te bi se oni s trinaestom opravdano bojali onih s dvanaestom, koji bi opet mogli zaraziti cijepljene.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Cara Presidente, Cara Comissária, Caro Ministro, Colegas, a pandemia de COVID-19 é um desafio global. Só o deixaremos para trás quando todos os países a tiverem vencido.

A União Europeia tem liderado os esforços para fazer chegar as vacinas aos países em desenvolvimento. Devemos manter e reforçar estes esforços e devemos insistir junto dos nossos parceiros e aliados para que também o façam.

As vacinas demonstraram claramente a sua eficácia na redução de internamentos e mortes. É igualmente crucial o apoio da União Europeia na logística envolvida nos processos de vacinação, nomeadamente do continente africano, e a União Europeia está bem posicionada para dar esse apoio. Tem já infraestruturas no âmbito da ajuda ao desenvolvimento, em particular na parceria de investigação científica dedicada à SIDA, malária e tuberculose. Esta parceria tem permitido criar capacidades que poderão ser muito úteis nesta batalha contra o coronavírus. Sem assegurar condições adequadas no terreno, a simples entrega de vacinas perde eficácia.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die jüngsten Corona-Zahlen haben deutlich gemacht, dass wir wirklich nur sicher sein können, wenn alle sicher sind. Und eine Impfquote von 4 % in Afrika ist nicht akzeptabel, deswegen müssen wir hier mehr tun.

Es gibt einen ganzen Strauß von Maßnahmen, die wir ergreifen müssen. Ich appelliere an den Rat und die Mitgliedstaaten, die zugesagten geschenkten Dosen für andere Staaten auch wirklich freizugeben. Wir haben bei weitem noch nicht das Maß erreicht, das zugesagt worden ist.

Wir brauchen zum Zweiten natürlich mehr Geld für Covax, dass mehr gekauft werden kann. Aber wir müssen vor allen Dingen die Produktionsmöglichkeiten verstärken. Und das heißt – und das finde ich gut, Frau Kommissarin –, dass wir mit dem *Team Europe* auch den *hub* in einigen Ländern in Afrika unterstützen, damit da Produktionskapazitäten geschaffen werden können.

Aber was ich überhaupt nicht verstehen kann, ist, dass von den Unternehmen, die jetzt ganz gut an den Dosen verdienen, kein Technologietransfer und keine Produktionsunterstützung geleistet werden. Ich habe mir die Verträge alle angeguckt. Es gibt keine Verpflichtung zum Technologietransfer, es gibt keine Verpflichtung, Produktionsstätten in Entwicklungsländern aufzubauen. Das muss geändert werden.

Wer viel Geld mit Medizin verdient, der muss auch Verantwortung wahrnehmen und in andere Länder investieren, damit dort auch Impfstoff produziert werden kann.

Charles Goerens (Renew). – Madame la Présidente, nous sommes tous égaux, mais les citoyens de l'hémisphère Nord sont un peu plus égaux que ceux de l'hémisphère Sud. En effet, s'il fallait encore apporter une preuve de la discrimination des pays en voie de développement, l'actuelle pandémie de COVID-19 l'aurait révélée.

En matière d'accès aux vaccins, il y a un fossé, voire un gouffre entre pays riches et pays pauvres. Le mécanisme COVAX fait encore trop peu, mais ce qu'il fait, il le fait bien, très bien même, notamment sous l'impulsion de l'Union européenne. Et l'on sait pourquoi. Dans le court terme, il a été impossible de répondre aux attentes des pays en développement. Le problème est structurel, nous le savons. C'est la raison pour laquelle l'action internationale se réduit encore à la dimension humanitaire. Pour l'instant, il faut persévérer dans cette voie tout en développant en parallèle des démarches plus structurelles. Cela doit passer par un transfert de capacités techniques susceptibles de permettre la production de vaccins à l'échelle industrielle. Cela doit passer également par une transmission du savoir vers les pays en développement.

Cet engagement a déjà été pris par les pays riches à Doha, il y a vingt ans. Il nous faut tenir cette promesse. Si cela devait échouer, nous serions, lors de la prochaine pandémie, dans la même situation qu'aujourd'hui, avec les citoyens de nos pays se voyant administrer déjà la troisième dose du vaccin, alors que plus de 90 % des populations du Sud sont encore en train d'attendre la première piqûre.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, l'heure est grave. Au moment où nous débattons, plusieurs États membres ont décidé d'appliquer des mesures répressives, discriminatoires et anticonstitutionnelles à l'encontre de leur peuple afin d'accélérer la vaccination de masse, sans aucun respect de la liberté vaccinale.

Des mesures répressives, comme aux Pays-Bas où, la semaine dernière, les forces de police ont reçu l'ordre de tirer à balles réelles sur la population. Des mesures discriminatoires, comme lorsque des États comme la République tchèque, l'Allemagne, l'Autriche ou la Slovaquie décident de confiner leurs non-vaccinés sous peine de sanctions lourdes, voire de prison. Des mesures inconstitutionnelles, comme lorsque le gouvernement letton interdit aux parlementaires de voter ou de participer aux débats s'ils n'ont pas reçu le vaccin.

Ces mesures inqualifiables, totalement disproportionnées, ne reposant sur aucun fondement scientifique, sont une honte pour l'Europe, tout particulièrement lorsqu'il est avéré que le vaccin n'empêche ni l'infection par le virus, ni sa transmission. J'en prends pour exemple notre premier ministre français, Jean Castex, doublement vacciné, qui accuse les non-vaccinés de tous les maux, alors que lui-même ne respecte aucun des gestes barrières, pas même le port du masque, et finit par être contaminé par le COVID. Quel mépris! Quel guignol!

L'Union européenne ne cesse de parler du danger de la prétendue extrême droite et de sa tentation totalitaire, d'un régime policier, fasciste et tyrannique. Mais nous y sommes, car c'est bien ce régime qui prévaut aujourd'hui au sein de l'Union européenne, qui se prétend pourtant démocratique. Quand le ministre allemand de la santé a déclaré, pas plus tard que lundi, que les Allemands seraient vaccinés, guéris ou morts d'ici la fin de l'hiver, j'ai compris que cette pandémie vous avait rendu complètement dingues. Je demande aujourd'hui à ce Parlement de condamner de la manière la plus ferme ces mesures qui violent tous les principes de démocratie, de justice et de liberté.

On attribue à Churchill la phrase: «les fascistes de demain s'appelleront eux-mêmes antifascistes». Si vous ne réagissez pas, chers collègues, contre ces mesures liberticides, il faudra que les peuples prennent leur destin en main et brisent le carcan qu'impose cette Europe carcérale, comme Marine Le Pen, protectrice de la liberté chérie le leur permettra demain en France.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, os 66% de população com vacinação completa na UE contrastam com os 42% a nível mundial, ou pior, os 7% em África. Foi o povo quem pagou os massivos recursos públicos mobilizados para a investigação, a produção, a compra antecipada de vacinas.

As multinacionais tomaram os direitos de propriedade e engrossam lucros à custa da saúde ao nível global, em prejuízo da investigação e produção públicas. Obstaculizando a suspensão das patentes e das possibilidades de avanço mais rápido da produção, difusão e aplicação das vacinas, a UE prossegue a sua obstinada defesa dos interesses das multinacionais.

Contribuir para o necessário avanço da vacinação em todo o mundo exige, não uma abordagem assistencialista, mas a defesa de uma efetiva cooperação para o desenvolvimento que inclua o apoio ao desenvolvimento de capacidades próprias de produção nos países em desenvolvimento, liberta da lógica das multinacionais ou de estratégias de apoio condicional.

Já o afirmámos e não nos cansaremos de repetir: as vacinas são um bem público que deve estar ao serviço da humanidade!

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Madam President, when we approach medical products we always look at cost and benefit. I was personally present on 25 February this year in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) in Brussels when the CEOs of seven big pharmaceutical companies claimed that they have 95% effectiveness, and some even more. Nine months later, we can see that this is much less and shorter than in their self-made clinical trials, as highly vaccinated countries have a high number of positive cases, unfortunately.

That is benefit, and when it comes to costs, there have been more side effects reported for COVID vaccines in one year than for all other vaccines combined in several decades. We have zero data on long-term effects. Instead of demanding accountability from those companies for manipulating data regarding their products of questionable quality, the Commission and the governments have decided to blame those who haven't even taken the product for the product failure, attacking them with segregation, fear and guilt campaigns. And now, today, in November 2021, we have come from extremely effective to fourth and fifth doses in some countries. Even if you had an elixir of eternal youth, you cannot force it on anyone, let alone experimental products like this.

György Hölvényi (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony! Tisztelt Ház! Először életemben 2020 februárjában Lesothóban láttam a koronavírus miatt maszkot viselő embert. Mára az európai átoltottság meghaladja a 66 százalékot. Afrikában azonban a lakosság alig 16 százaléka jutott eddig oltáshoz. Tragikus különbség! Fel kell ismernünk, hogy Afrika általános problémája magában a biztonság hiánya. Biztonság nélkül éppúgy nem szavatolható a vakcinák célba juttatása, tárolása, mint a pusztá élelmiszer-ellátás sem. A biztonság megteremtése mellett fenntartható megoldást csak az afrikai gyártási kapacitások bővítése jelenthet. Erre jó példa Ruanda, ahol a jelenlegi kilátások szerint lesz, kezdődhet majd meg a vakcina gyártása.

Magyarország eddig több mint 1,5 millió dózis vakcinával támogatta az afrikai partnereit. A helyi kapacitás építése mellett minden eszközzel bátorítanunk kell az ezekhez hasonló tagállami felajánlásokat. Számba kell vennünk azokat a tényezőket, amelyek hátráltatják az átoltottság növelését és fejlődését a fejlődő országokban. Az oltások beadásához szükség van képzett egészségügyi dolgozókra és megfelelő tárolási infrastruktúrára is. Az afrikai átoltottság növelése nemcsak humanitárius kötelesség, hanem Európa jól felfogott érdeke is. Afrika országaiban Európa minden döntésével növeli a partnerségbe vetett bizalmat. De vigyázzunk, mert be nem váltható ígéretekkel ezt teljességgel alááshatjuk.

(Keskustelu keskeytettiin.)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI*Presidente***10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse**

Presidente. – Colleghe e colleghi, prima di proseguire con le discussioni, procedo alla comunicazione dei risultati del turno di votazioni di oggi.

(Il Presidente dà lettura dei risultati delle tre prime votazioni)

Il progetto comune su cui il comitato di conciliazione ha raggiunto un accordo il 15 novembre 2021 è stato approvato sia dal Parlamento che dal Consiglio.

La procedura di bilancio è stata attuata a norma dell'articolo 314 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea. La procedura di bilancio per l'esercizio 2022 può dunque considerarsi conclusa.

Dichiaro pertanto definitivamente adottato il bilancio dell'Unione europea per l'esercizio 2022 e adesso procederò alla firma del bilancio.

(Il Presidente, alla presenza di Johan Van Oortveldt (presidente della commissione BUDG), Karlo Ressler e Damian Boeselager (relatori per il bilancio generale 2022) firma il bilancio 2022).

Anže Logar, *President-in-Office of the Council, in writing.* – Mr President, dear colleagues, on behalf of the Council, I congratulate you for concluding your vote on the budget of the European Union for the financial year 2022.

The Council notes with satisfaction that the European Parliament confirmed the agreement reached at the Conciliation Committee meeting on 15 November.

I take this opportunity to thank once again the Chair of the Committee on Budgets, Johan Van Oortveldt, and the rapporteurs, Karlo Ressler and Damian Boeselager, as well as all other members of the European Parliament who participated in the budgetary procedure, for their constructive approach.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA*varapuhemies*

(The President proceeded announcing the rest of the voting results)

11. Die Rolle der EU bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Wie kann man die Welt impfen? (Fortsetzung der Aussprache)

Puhemies. – Jatkamme nyt työjärjestyksen 162 artiklan mukaista ajankohtaista keskustelua EU:n roolista covid-19-pandemian torjunnassa: miten rokottaa maailma (2021/2926(RSP)).

Inma Rodríguez-Piñero (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, este Parlamento, como ya se ha dicho, aprobó en junio pasado una importante Resolución sobre la respuesta al desafío mundial de la COVID-19, cuyo debate, desgraciadamente, sigue siendo de actualidad porque muy poco se ha avanzado desde entonces.

Algunos de los Estados miembros de la Unión Europea están declarando ya la quinta ola de la pandemia y empiezan a suministrar una tercera dosis de recuerdo, mientras que casi el 50 % de la población mundial no ha podido aún ponerse la primera dosis. La producción mundial sigue controlada por las grandes farmacéuticas, que han podido desarrollar rápidamente sus vacunas gracias en gran parte al esfuerzo público, pero no se ha conseguido la cobertura de la población mundial que, sin duda, es imprescindible para combatir la pandemia.

Por ello, necesitamos aumentar la capacidad de producción mundial y apoyar la liberación temporal de las vacunas. Se trata de poner el remedio antes de la enfermedad, porque o nos vacunamos todos y todas cuanto antes o nadie estará a salvo de la enfermedad.

El Gobierno de España ha anunciado la liberalización de las patentes de los test de anticuerpos. Que cunda el ejemplo.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, earlier I heard an PPE speaker say that it would take two years before developing countries could reach the production capacity necessary to justify the TRIPS waiver – the speaker obviously forgetting that the application was made 14 months ago and that had we had the foresight to grant the TRIPS waiver 14 months ago, we would be on the brink of achieving the production capacity through the transfer of knowledge in order to address the issues that we are all so agonised by in this Chamber.

As my colleague, Chrysoula Zacharopoulou, mentioned earlier on, only 6% of people in Africa have been double vaccinated. That's why I support the TRIPS waiver. It's an important moment in history, a moment that we have never experienced before. I would echo the words of Dr Tedros Adhanom Ghebreyesus, that it isn't about all people in some countries being vaccinated, but about some people in all countries. That is the immuno-compromised, the elderly and of course, healthcare workers in some countries in the developing world that have not been reached at this time.

I would also like to add my voice to that of Ms Trillet-Lenoir, who earlier spoke up in favour of a pandemic treaty. I believe it should be accepted and promoted by the European Union. I know the European Council has already done so, and there will be a meeting next Monday of the World Health Assembly, and the ambition will be to ensure that a pandemic treaty would be an additional element to address the global needs more equitably.

Gheorghe Falcă (PPE). – Doamna președintă, doamna comisar, dragi colegi, „cea mai mare bogăție a omului este sănătatea”, spune un vechi proverb românesc adevărat. Pandemia a lovit tot globul și toate sistemele de sănătate, iar combaterea pandemiei rămâne o preocupare uriașă pentru toate statele, până când vaccinarea populației va avea un procent semnificativ. Dragi colegi, Uniunea Europeană a avut un rol important în combaterea pandemiei, a susținut autorizarea și furnizarea vaccinurilor sigure împotriva COVID-19, a aprobat pachetele de redresare *New Generation*, a contribuit cel mai mult la instrumentul COVAX.

Și totuși, cu toate acestea, dezinformarea cu privire la COVID este larg răspândită. De aceea, consider necesar ca companiile farmaceutice care produc vaccinuri să realizeze campanii de informare în fiecare stat membru, și nu numai, unde să prezinte cercetările care au dus la acest vaccin, beneficiile vaccinului, să răspundă la întrebările scepticilor, astfel încât să crească încrederea cetățenilor în vaccin. Trăim momente dificile, de aceea Dumnezeu să-i binecuvânteze pe cetățenii cu înțelepciune, pentru a beneficia de binefacerile vaccinului.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, vacinar o mundo é o melhor caminho para reduzir o impacto sanitário, económico e social da pandemia. Mas um caminho com constrangimentos. Muitos países não acedem às vacinas, porque não têm recursos para as comprar. África tem menos de 10% da sua população vacinada.

Por todo o mundo, populistas usam as vacinas para fraturarem as sociedades e consolidarem o seu poder à custa do sofrimento dos povos. Milhões de pessoas estão contaminadas por teorias obscuras e recusam vacinar-se.

Na União Europeia, temos de ser fiéis aos nossos valores e ambiciosos neste processo, promovendo e disseminando pelo mundo o conhecimento científico e a capacidade tecnológica para produzir e aplicar a vacinação, combatendo a especulação e regulando a produção e a distribuição de vacinas, de forma a assegurar que elas sejam bens públicos acessíveis a todos, sem estrangular o sistema de investigação e de inovação que permitiu respostas de qualidade em tempo recorde. Não é um desafio fácil. É talvez o maior desafio com que nos confrontamos e temos que ser capazes de o vencer!

Ljudmila Novak (PPE). – Gospa predsednica, spoštovana gospa komisarka, spoštovani gospod minister!

Evropska unija je odigrala izredno pomembno in pozitivno vlogo v boju proti pandemiji covid-19.

Evropski državljani smo relativno hitro imeli na razpolago dovolj cepiv, da bi bila lahko večina prebivalstva že precepljena in zaščiteni. Kakšen privilegij je to v primerjavi z državljani v revnejših delih sveta. Žal so negativna propaganda, nezaupanje in strah mnoge naše državljane tudi odvrnili od cepljenja.

Podpiram pomoč Evropske unije revnejšim državam in njihovim prebivalcem z dobavo večjih količin cepiv. 300 milijonov odmerkov cepiva do konca leta je pravzaprav skromna številka glede na število prebivalstva v revnejših državah. Glede na njihovo slabo organiziranost pa je vprašanje, ali ga bodo pravočasno in pravilno uporabili. Mnogi ljudje trpijo zaradi revščine, podhranjenosti, slabih zdravstvenih sistemov, zato so še toliko bolj ogroženi kot mi.

S tem, ko bomo pomagali drugim, pomagamo tudi nam samim. Kajti nalezljive bolezni ne poznajo meja. V globalno povezanem svetu pa ljudje potujemo in sodelujemo, zato si ne želimo dodatnih ovir in zdravstvenih meja.

Sara Cerdas (S&D). – Senhora Presidente, Colegas, Ministro, a União Europeia tem assumido um papel determinante na luta contra a pandemia, em particular através do processo de vacinação. Mas a pandemia ainda não acabou e tem-nos demonstrado que as armas que temos serão sempre insuficientes se não chegarem a todos.

Enquanto em diversos países já vacinamos com uma terceira dose, há muitos que continuam ainda à espera de uma primeira. Não podemos aceitar esta desigualdade. Se o argumento moral não for suficiente, recordemos que, enquanto não estivermos todos protegidos, ninguém estará. Precisamos, assim, de soluções concretas. Precisamos de uma estratégia de vacinação global mais ambiciosa que aumente as nossas contribuições para a COVAX, que os Estados-Membros deem as vacinas em excesso e que evitem acumulações desnecessárias, e também que se levante temporariamente os direitos de propriedade intelectual das vacinas para que a saúde pública esteja sempre em primeiro lugar e, finalmente, que se concretize o Tratado sobre Pandemias.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani komisarz! Globalna sprawna akcja szczepień jest jednym z naszych priorytetów w walce z pandemią. Tylko tak możemy skutecznie pokonać COVID-19, który niestety bardzo szybko mutuje, i tylko tak możemy zabezpieczyć globalne łańcuchy dostaw, zapobiegając niekontrolowanym zamknięciom portów i fabryk.

Zwiększanie poziomu szczepień na świecie jest więc ważne zarówno z punktu widzenia zdrowia, jak i gospodarki. Trzeba uczciwie powiedzieć, że Unia Europejska zrobiła już bardzo dużo na rzecz dostarczenia szczepionek do państw o niskich bądź średnich dochodach. Na początku tego roku nasz wkład w COVAX został podwojony i wyniósł 1 mld EUR. Jednocześnie jednak dalej poziom wyszczepiania w państwach o niskich dochodach jest szokująco niski i wynosi zaledwie około 2 %.

Kluczowe jest polepszenie przepływu surowców niezbędnych do produkcji szczepionek, a także wspieranie zwiększania lokalnych zdolności produkcyjnych. Nie można też zapominać o kampaniach informacyjnych na rzecz szczepień i środków ochronnych.

Wreszcie jest jeszcze kwestia efektywnego wykorzystania już wyprodukowanych szczepionek. To zrozumiałe, że każde państwo chce zabezpieczyć dostawy szczepionek dla swoich obywateli. Jednak podczas gdy tak wiele osób ciągle czeka na swoją kolej, nie możemy pozwolić, aby dochodziło do sytuacji, gdy szczepionki po prostu zalegają w magazynach lub dochodzi do ich marnotrawienia.

COVID-19 to oczywiście nasz globalny priorytet, ale nie możemy też zapominać o innych chorobach. AIDS, gruźlica, malaria nie zniknęły, a walka z nimi w trakcie COVID-19 stała się jeszcze trudniejsza. Nadal należy wspierać wszelkie programy walki z tymi chorobami.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una certa dose di retorica, stavo per dire di ipocrisia, è sopportabile nelle relazioni internazionali e negli *statement* sulla cooperazione globale, ma questa retorica diventa insopportabile e inaccettabile quando si parla di salute, quando si parla della vita e della morte delle persone. Io penso che se diciamo «dobbiamo essere al sicuro quando tutti saremo al sicuro», «vaccineremo il 70 % della popolazione», come è stato detto al G20, noi dobbiamo essere coerenti nei fatti, nelle azioni e non nelle intenzioni soltanto. Quindi è importante cambiare passo.

L'Europa è stata lodevole nell'acquisto dei vaccini e nella distribuzione ed è lodevole anche ora, perché è in primo piano nel COVAX e nelle altre iniziative internazionali che la Commissaria ci ha richiamato, ma oggi occorre fare qualcosa di più. Lo dico a lei, signora Commissaria, a tutta la Commissione, e lo dico al Consiglio: è necessario fare un passo ulteriore, e il passo è questo, è proprio vicino.

Nella conferenza ministeriale dell'OMC bisogna applicare le possibilità che ci sono di sospensione temporanea dei brevetti e di licenze obbligatorie, e bisogna dire al mondo che si tratta di questa volta, solo di questa volta, di questa pandemia, di questa difficoltà e tragedia mondiale. Non è un'azione positiva, è una chiamata alla responsabilità di tutti, anche delle imprese, e io mi auguro che Commissione e Consiglio faranno questo all'OMC.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana potpredsjednice, povjerenice, ministre, kolegice i kolege, koristim ovu priliku da još jednom pozovem sve naše sugrađane da svoje povjerenje daju znanosti, a ne onima koji lažnim informacijama žele manipulirati ranjivim društvenim skupinama. Oni koji šire lažne informacije, a čuli smo ih i danas ovdje, nažalost, odgovorni su za smrt ljudi koji zbog njihovih laži odbiju cijepljenje.

Cijepljenje je najdjelotvornija javnozdravstvena mjera, a njime ne samo da štitimo sebe i svoje bližnje već rasterećujemo i zdravstveni sustav. Tako omogućujemo onima kojima je to potrebno da dobiju pravovremenu zdravstvenu skrb. S druge strane, necijepljenjem riskiramo uvođenje novog strogog zatvaranja koje nikome nije u interesu. Treba jasno reći: alternativa cijepljenju i COVID potvrdama je *lockdown*. To svima mora biti jasno.

Europska unija temelji se na solidarnosti, ona ne prestaje na njezinim granicama. Najveći smo svjetski izvoznik cjepiva pri čemu u treće države izvozimo svako drugo cjepivo proizvedeno u EU-u. Cijepljenjem ostatka svijeta smanjujemo kolanje virusa koje bi moglo dovesti do stvaranja novih, još zaraznijih sojeva.

Važno je istaknuti da smo upravo zahvaljujući pravima intelektualnog vlasništva u rekordnom roku razvili sigurna i djelotvorna cjepiva koja smo danas u mogućnosti dijeliti s ostatkom svijeta. Njihova zaštita ni u kojem slučaju ne smije biti dovedena u pitanje jer bez njih nema medicinskih inovacija koje su nam nasušno potrebne.

COVID-19 nepredvidljiva je bolest koja zahtijeva zajednički koordinirani odgovor temeljen na solidarnosti. Europska unija to je odavno shvatila, a sada je vrijeme da nam se u solidarnosti dodatno pridruže i ostale svjetske sile.

Mónica Silvana González (S&D). – Señora presidenta, la vacunación es el mejor ejemplo de desigualdad en el mundo. No estamos cumpliendo con la Agenda 2030, dejando a personas atrás.

Los pinchazos de refuerzo de los países ricos van mucho más rápido que la vacunación en los países más pobres. Hay más personas vacunadas en Europa con la dosis de refuerzo que las que lo hacen en los países en desarrollo ni siquiera con la primera dosis.

Por lo tanto, este es un escándalo que debemos parar. Conocemos los datos perfectamente: Latinoamérica y el Caribe, una de las regiones más castigadas por la pandemia, con datos sangrantes como el de Haití, con un 0,35 %; África, como se ha dicho, con un 6 % de las personas vacunadas con pauta completa; ninguna vacuna aprobada ni distribuida, por ejemplo, en Eritrea.

Mientras en este Parlamento nos enroscamos en debates grandilocuentes sobre la exención temporal de patentes en la Organización Mundial del Comercio —que por supuesto, apoyamos—, desde nuestras competencias de cooperación al desarrollo y ayuda humanitaria, podemos y debemos centrarnos también en prioridades como la donación de vacunas excedentes.

El Gobierno de España, junto con Francia y Alemania, son los más solidarios de Europa, pero nos quedan también el resto de los veinticuatro Estados miembros, que debemos convocar. Podemos impulsar desde la Unión Europea una cumbre de donantes, como se ha hecho con otros temas, por ejemplo, los refugiados de Venezuela. El mecanismo COVAX, en el que tantos confiaron desde el sur, está bien, pero efectivamente solo están llegando 250 millones de las más de 1 400 dosis comprometidas.

Otro tema importante son las cadenas de distribución. Desde el Equipo Europa, este tremendo mecanismo que tenemos, ejerzamos nuestro poder y nuestra *expertise* para mejorar las cadenas de suministro. Varios países en desarrollo están postergando las vacunas, pidiendo que no se les entreguen porque no tienen mecanismos para mantenerlas, para mejorar las cadenas de distribución.

Alexander Bernhuber (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit eineinhalb Jahren befinden wir uns, unser Kontinent und unsere Welt, in einer Gesundheitskrise, und leider stehen wir in vielen Bereichen noch immer vor sehr vielen Fragezeichen.

Von europäischer Seite waren wir ja am Beginn wirklich gut unterwegs. Wir haben richtig große und die richtigen Einschnitte gesetzt. Wir haben in die Forschung zu Impfstoffen investiert. Impfstoffe wurden europäisch produziert. Wir waren hier wirklich weltweiter Führer.

Wir können uns noch etwas zurückerinnern: Am Anfang wurde um jede einzelne Impfstoffdosis gestritten. Welches Land hatte mehr? Wer durfte als erstes impfen gehen? Hier hat es schon die ersten Auseinandersetzungen gegeben.

Wo sind wir jetzt angelangt? Inzwischen ist es so, dass einige Mitgliedstaaten nicht mehr wissen, wohin mit den Impfdosen, die kurz vor dem Ablauf stehen. Dann gibt es noch immer Länder auf dieser Welt, die noch immer händierend nach Impfdosen suchen.

Hier müssen wir schauen, dass es wirklich einen fairen Ausgleich gibt, dass es eine Lösung gibt, dass wir hier anpacken und nicht darauf warten und nicht die doch noch immer mangelnden Impfdosen verfallen lassen. Das ist unsere Aufgabe. Das können wir anpacken, das können wir gemeinsam schaffen.

Hier braucht es wirklich gute nächste Schritte. Für mich sind das drei Schritte. Ich habe schon gesagt: Wir müssen den Impfstoff gut verteilen. Wir müssen weitermachen, Booster-Impfungen, dritte Impfungen setzen. Wir müssen aufhören – wenn man manchen Kollegen hier zuhört –, diese Lügen weiterzuverbreiten und hier wirklich fachlich, wissenschaftlich zählen und wirklich aufhören mit diesen falschen Aussagen, dann kann es uns gelingen, dass wir in Europa mehr Leute impfen und dass auf der restlichen Welt alle Personen Zugang zu Impfstoff haben.

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

Liudas Mažylis (PPE). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, gerbiami kolegos, galima pasidžiaugti, kad Covid-19 pandemijos akivaizdoje Europa jau parodė beprecedentes pastangas, siekiant paspartinti vakcinų kūrimą, patvirtinimą ir dalijimąsi jomis su kitomis valstybėmis. Bet, įsitvirtinant viruso atmainoms, agresyvesnei „Delta“ atmainai, atsiranda sustiprinančios dozės būtinybė. Pritariu išsakytoms nuomonėms dėl pilnavertiško COVAX platformos išnaudojimo. Tik taip bus pasiektas bendras aukštas pasaulinis vakcinavimo lygis. Kartais mes su pasididžiavimu minime, kiek milijonų dozių pasidalijome, o pamirštame, kad reikia ne milijonų, o galbūt šimtų milijonų, o kartais gal ir milijardų.

Tad, norint padidinti vakcinų prieinamumą, ypač neturtingose šalyse, reikia aktyviai skatinti atsisakyti eksporto draudimų vakcinoms, jų žaliavoms ir reikalingai medicininei įrangai. Taip pat, stengiantis greitai vakcinuoti kuo daugiau žmonių, svarbu orientuotis ne į intelektinių teisių atsisakymo vienokius ar kitokius teisinius aspektus, bet į realių gamybos pajėgumų didinimą, naujų partnerystės metodų paieškas ir bendradarbiavimo palaikymą.

Dolors Montserrat (PPE). – Señor presidente, señora comisaria, como ponente de la estrategia farmacéutica, que se acaba de aprobar con amplia mayoría, quería dar las gracias por este gran apoyo, porque así ponemos a los pacientes en el centro de nuestras políticas sanitarias en Europa, y así Europa estará mejor preparada para futuras emergencias sanitarias.

Las vacunas son la mejor arma para combatir la COVID-19: el esfuerzo conjunto en la Unión Europea junto con nuestros sistemas sanitarios, los profesionales, la cooperación público-privada y nuestra industria lo han demostrado. Los datos lo avalan: lideramos la vacunación en el mundo. Pero queda mucho trabajo por hacer.

Aún quedan más de 120 millones de personas por vacunar en la Unión Europea y la COVID-19, lamentablemente, va a quedarse mucho tiempo entre nosotros. Por ello, debemos continuar este esfuerzo conjunto de campañas informativas veraces, que conciencien y convencan a nuestros ciudadanos de la importancia de proteger nuestra salud, y combatir las *fake news* y la desinformación que tanto daño han hecho a la Unión Europea en este ámbito.

Vacunarse es un acto de solidaridad y la solidaridad es una de las piedras angulares de la Unión Europea. Un buen ejemplo es que la Unión Europea ya ha exportado 1 500 millones de vacunas a 144 países, hemos financiado la iniciativa COVAX con más de 3 000 millones de euros y el Equipo Europa apoya a África con más de 1 000 millones de euros para el desarrollo de centros regionales de fabricación de vacunas.

Este es el claro ejemplo de que la solución no pasa por levantar las patentes, sino por ayudar a transferir tecnología, conocimiento, talento, logística a los países en vías de desarrollo.

Pero no nos podemos conformar; continuemos liderando, no retrocedamos. Ahora es cuando más esfuerzos la Unión Europea debe hacer para ayudar a vacunar a todo el mundo.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Mr President, I have listened with great interest to this debate, with many different views being expressed, and many sharing the same values, principles, beliefs and vision. This is rightly a very important debate for this Parliament.

First of all, I want to touch on one or two points. I think I need to go back to the facts. The facts are, as many of you have said, that vaccination remains the most effective tool we have to keep people safe and, even with the dominant Delta variant with its increased transmissibility and severity, deaths continue to be prevented thanks to effective vaccines. This is backed by scientific evidence.

We are facing truly rising numbers in the pandemic, mainly driven by those who are unvaccinated, but as many of you have said – and I wanted to take this opportunity to thank you for saying this – we need, altogether, to take a firm stand against the misinformation and disinformation which is fuelling vaccine hesitancy. We need to support the science and boost confidence in the vaccines.

I think honourable Members have been right to stress how much still needs to be done. We know we have to continue delivering more vaccines, especially to those that are under-served countries and communities, and we need to push ourselves, Member States and key members of the international community. We need to work with partner countries to ensure that vaccines, once delivered, reach those who need them quickly and safely.

While responding to the current pandemic, we also need to build resilience against future pandemics. The pandemic has shown that the global health architecture needs to be reformed and the WHO strengthened. The EU is strongly advocating with partners globally in favour of a pandemic treaty. Negotiations in the run-up to the World Health Assembly special session are ongoing. The momentum is there. Seventy WHO members are in support of a pandemic or an international agreement. We will continue to strengthen health systems in our partner countries for the longer term, and I believe our initiative to build manufacturing capacity in Africa has the potential to be a true game-changer.

Honourable Members also mentioned the TRIPS waiver. We have been working now for weeks to find a solution that increases the production of COVID-19 vaccines and medicines, while maintaining the necessary incentives for innovation, which are crucial for supporting local production. This needs to be seen together with our commitment and donations to COVAX, the sharing of vaccines and initiatives to invest in Africa. As the Ministerial Conference approaches, it is true that it is crucial that all WTO members engage in finding an outcome that really makes a difference on the ground. We are intensifying our efforts to find such an outcome on intellectual property as part of the broader response to the pandemic. I am confident that our regular reports to the European Parliament's contact group will show increasingly positive progress, and I look forward to the ongoing discussions in the coming months. I am certain of one thing: we will only achieve more if we act together.

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Gospod predsednik, poslanke in poslanci, komisarka!

V svetovnem merilu je manj kot dva odstotka odmerkov cepiv uporabljenih v državah z nizkimi dohodki in jasno je, da je ta situacija zelo nepravilna in da je nujno treba ukrepati. Velika večina odmerkov je bila uporabljena v državah z visokimi in višjimi srednjimi dohodki.

Strategija EU za cepiva nikoli ni sledila načelu „najprej EU“, temveč je bil njen cilj vedno zagotoviti pravične možnosti za vse, vključno z našimi sosedami in partnericami z nizkimi dohodki. Strinjam pa se, da je treba pospešiti tovrstno iniciativo. Naj samo omenim, da je Slovenija z 1,7 doniranimi dozami na vrhu seznama donacij *per capita*.

Donacije cepiva so geopolitično vprašanje in Evropa ne bo prezrla svoje moralne in politične odgovornosti. Ravno nasprotno: še naprej bo zavezana stalnemu sodelovanju in usklajevanju na globalni ravni ter zagotavljanju splošnega in pravičnega dostopa do varnih in cenovno ugodnih cepiv, zdravil in diagnostičnih sredstev v tej in vseh prihodnjih pandemijah.

Hvala za današnjo razpravo.

President. – Thank you, Minister, for your closing remarks on behalf of the Council.

The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Andrus Ansip (Renew), *kirjalikult*. – Ka Euroopa liikmesriikide võrdlusest nähtub, et suremus on suurem nendes riikides, kus vaktsineerimise tase on madal. Ja vastupidi – suremus on väike nendes riikides, kus vaktsineerimise tase on kõrge. Suremuse ja vaktsineerimise taseme vahel valitseb väga tugev korrelatsioon. Seega pandeemia vastases võitluses annab kõige paremaid tulemusi inimeste vaktsineerimine. Vaktsineerituse ühtlane kõrge tase kogu Euroopa Liidus ja ka kogu maailmas on parim kaitse laastava viiruse eest. Euroopa Liit peaks tegema kõik endast oleneva, et viia vaktsineeritus ka praegu mahajäävates liikmesriikides ühtlasele kõrgele tasemele ning samuti peaks Euroopa Liit aitama vaesemaid riike neile vaktsiine tarnides ja aidates neil vaktsineerimist korraldada.

Ernő Schaller-Baross (NI), *írásban*. – A vakcinák jelentik az egyedüli megoldást. Az Európai Unió tagállamai számára kiemelten fontos, hogy a biztonságos és megfizethető Covid19-oltóanyagok világszerte hozzáférhetőek legyenek. Fontos a hatékonyabb uniós részvétel, nemcsak az oltási együttműködések, de az Unió külpolitikai eszközein keresztül is. A COVAX kezdeményezés keretében és azon kívül is támogatást kell nyújtani az érintett országok egészségügyi rendszerének annak érdekében, hogy azok kellő kapacitással rendelkezzenek a megnövekedett oltóanyagkészletek bevezetéséhez az elkövetkező hónapokban. Ellenkező esetben az a veszély fenyeget, hogy az elkövetkező hónapokban eljuttatandó nagy mennyiségű, összesen 1,1 milliárd adag vakcina túlerheli a rendeltetési országok egészségügyi rendszereit és az oltóanyagok kárba vesznek.

A COVAX kezdeményezés hatékonyságát az átláthatóság hiánya veszélyezteti. Emellett a gyártóktól érkező oltóanyagok késedelmei miatt nem mindig lehetett hosszú időre előre értesíteni az országokat az ellátásról. Ez a megközelítés helyrehozhatatlan károkat okozott a Covid19 elleni védőoltásokkal kapcsolatos közbizalomban az Európai Unión belül is. A beszerzésekkel kapcsolatos bizonytalanság és a transzparencia hiánya nagyban nehezítette az egészségügyi rendszerek felkészülését, fokozta a félretájékoztatás terjedését és a védőoltásokkal szembeni bizalmatlanság kockázatát eredményezte a pandémiás helyzet kellős közepén. Nem szabad ideológiai vagy politikai kérdésként kezelni a különböző vakcinákat, hiszen azok az életmentés eszközei. Csak az oltás képes megvédeni az emberiséget a világjárvánnyal szemben.

12. Antrag auf Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten (Fortsetzung des Verfahrens)

President. – Before we move on to the next debate, I have an announcement. The President has received a letter from the authorities in Poland clarifying the question of the competent authorities for the request for the parliamentary immunity of Włodzimierz Cimoszewicz to be waived, which had been announced in plenary on 14 September 2020. In accordance with the Rules of Procedure, this referral is referred again to the Committee on Legal Affairs for the resumption of this procedure.

13. Lage der Energieunion (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the State of the Energy Union (2021/2976(RSP)).

Kadri Simson, Member of the Commission. – Mr President, I'm honoured to present the State of the Energy Union Report to you today. Every year this report provides an opportunity to take stock of our energy policy and to see whether we are on track with implementing the energy union.

Since our last report, we have made huge strides in implementing our clean energy agenda in policy and legislative terms. The EU adopted the European Climate Law in March, making the reduction of at least 55% of emissions and the goal of climate neutrality by 2050 legally binding.

In April, we presented the first delegated act on taxonomy. A few months later, in July, the Commission put forward an interconnected package of proposals to put Europe on the path to climate neutrality. This Fit for 55 package included a revision of the Renewable Energy and Energy Efficiency Directives to align them with our new and higher ambition.

It has been a year of progress. At the same time, this year's report is being published against the background of a sharp spike in gas and electricity prices in the EU and also globally. This is a concern for citizens, industry and governments across the EU and raises questions about the future of our clean energy agenda.

To respond to them, in October the Commission presented a toolbox of short and longer-term measures to tackle the challenge. It is against this backdrop that we come to this year's State of the Energy Union Report because this report and its annexes provide us with some important indications to assess the progress of the energy union across all its dimensions, but also to chart a response to today's rising energy prices. Today, I would like to highlight four main messages coming from this report.

First, the report demonstrates that renewables markets have shown resilience through the pandemic. In 2020, renewables overtook fossil fuels for the first time as the EU's main power source. The share of renewable energy sources in the overall EU energy mix is expected to have reached at least 22%. Overall investment in renewables grew substantially in the EU to EUR 48.8 billion euros in 2020, up from EUR 32.9 billion euros in 2019.

Increasing ambition and delivering on decarbonisation is also about achieving the existing 2020 target for renewables. The latest available data shows that the EU as a whole, and the majority of Member States individually, were on track to achieve these targets, thanks, partly, to the lowering of prices of key technologies such as wind and solar over the years.

This is good news, but it is not enough. We need to accelerate the deployment of renewables in the years to come. This means moving forward with a revised RED III proposal, but also tackling head-on the permitting and authorisation bottleneck. Next year, we will present ideas on how to facilitate the permitting process. A better administrative and business environment will be a key in getting more projects off the ground.

Second, soaring energy prices remind us that we remain too reliant on fossil fuels in the EU. This is confirmed by this year's State of the Energy Union. Paradoxically in 2020, the EU level of dependency from fossil fuel imports is the highest since a decade. More work also needs to be done to phase out fossil fuel subsidies. Although these subsidies fell in 2020, this is more a reflection of decreased energy consumption overall rather than a new trend. Subsidies are a major impediment to a cost-efficient energy and climate transition and to a functioning energy market. They should be targeted to boost the uptake of new energy technologies to promote sustainable patterns of energy consumption and to lower energy bills.

Third, the report makes the benefits of market coupling clear. This is the most tangible example of the progress made in harmonising national rules on energy trading and system operation. Market coupling connects all Member States and creates a common EU trading platform for electricity. This is very important in the context of the current energy price spike.

A recent ACER report shows that those countries that are better interconnected and less dependent on fossil fuels have remained less vulnerable to energy price volatility. Therefore, market coupling is an antidote to this phenomenon we are currently experiencing. That's why I will maintain the focus on market integration. Accomplishing market coupling in all timeframes across internal borders, including close to real-time balancing, would generate additional welfare benefits of more than EUR 1.5 billion per year. It would also reduce the need for backup fossil fuel power plants, thus saving significantly on greenhouse gas emissions.

Fourth, and finally, the State of the Energy Union is accompanied by a report on the competitiveness of the clean energy industry in Europe. The report shows that the EU remains at the forefront of clean energy research. At global level it has a greater share of green inventions in climate change mitigation technologies than other major economies. The EU is also well placed in terms of global market share in a number of established clean energy technologies such as wind, but global competition remains fierce.

In solar PV, the EU is at the cutting edge in certain parts of the value chain, especially research and development, but we have a comparably small market share in manufacturing. Next year, we will present a solar strategy to help the domestic solar industry to grow and compete on the international scale. We also maintain our strong global position in hydrogen technology, storage and batteries. Each of these have major scaling-up potential in the years to come and represent a great opportunity for the EU. Yet the report clearly shows that we cannot be complacent or we will rapidly lose our position in this global scale. Increased private and public investments are needed for the EU to maintain its competitiveness and the Recovery Fund is an opportunity not to be wasted.

This report shows that we have come a long way in our progress towards a sustainable and competitive energy union, but it's also a warning that more needs to be done. I will end my remarks here and look forward to hearing your views on how to make our energy union stronger.

Christian Ehler, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the European energy union is based on different pillars, as the Commissioner has been highlighting. But currently, policy agendas are primarily based on climate action and decarbonisation. Rightly so – but what about the other pillars? The report points out that Europe is making good progress towards decarbonisation. However, we all know that more is needed. The other four pillars of the energy union need to be in place for Europe to be successful in 2030. So let's discuss what needs to happen.

One crucial pillar of the energy union is a fully-integrated internal energy market through, among other things, the development of sufficient infrastructure. The market needs to foster the transition as well as being prepared for the decarbonisation future. We need EU instruments and regulation, as well as effective state-aid rules – and the ones we are developing are not effective – to allow for necessary funding to develop our infrastructure.

To assure the gradual transformation of our energy system, Member States have to develop a gas project for the fifth list of projects of common interest (PCI) – the next PCI list – which should be compatible also with hydrogen-proof infrastructure for the future.

And the second pillar I would like to mention is just on the very fact of investment. I'm deeply worried you have been highlighting the comparative advantage we have now – but we are living in a different world since the new American administration. The Americans are not going to go down the regulatory alley – rightly so or not rightly so. But they challenge us, because they're going to invest: they will put their money on innovation, and it's a race. And it's not a race of state aid, a state-driven capitalist system, like China and India, not caring about their citizens. It's the western democracies now challenging each other.

And innovation, from my point of view, is the driving force for decarbonisation and will be at the core of the decarbonisation of industry. So the bottom line is: innovation cannot be stimulated by regulation only; we have to invest. We have to invest, and the Commission has to come up with an idea of how to do so.

Mohammed Chahim, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, when it comes to the state of the energy union there is both good and bad news to consider. The good news is that the energy and climate objectives for 2020 have largely been met and renewables overtook fossil fuels as the number one power source in the EU.

Overall, the EU energy and climate trends in 2020 were quite positive, but they still fell short of what is really needed to achieve the objectives of the energy union. We need to reduce our energy dependency and increase energy security by cutting down energy imports, eliminating subsidies for climate— and environmentally-harmful energy sources, and taking a leading role in renewable energy and energy efficiency.

Let us talk about energy poverty. Energy poverty affects up to 31 million people in the EU, according to the latest data, and this issue has to remain in sharp focus in light of the economic challenges of COVID-19 and the current price situation. In this regard, we welcome the Commission statement on exploring the benefits of joint procurement of energy reserves as an addition to the toolbox in combating high energy prices. Let us continue on this path of transition and, if opportunities arise, show courage and accelerate our decarbonisation.

Christophe Grudler, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, si je devais retenir une conclusion du dernier rapport sur l'état de l'Union de l'énergie, ce serait celle-là: en 2020, les énergies renouvelables ont dépassé les combustibles fossiles en tant que principale source d'énergie de l'Union européenne. C'est un signal très encourageant qui montre que, oui, l'Union européenne fait des progrès sensibles dans la transition énergétique.

Mais, hélas, ce n'est pas suffisant. Nos émissions de gaz à effet de serre ne diminuent pas assez vite et nous sommes loin des objectifs climatiques que nous nous sommes fixés dans cet hémicycle. Comme vous l'avez souligné, Madame la Commissaire, notre dépendance énergétique est au plus haut depuis 30 ans, avec plus de 60 % de l'énergie consommée dans l'Union européenne qui est importée depuis des pays tiers, notamment pétrole et gaz fossile. C'est un indéniable problème pour notre souveraineté énergétique européenne.

Nous devons donc accélérer nos efforts en matière d'énergie décarbonée et d'efficacité énergétique pour à la fois réduire nos émissions et réduire la dépendance énergétique européenne. J'aimerais ici insister sur le fait que toutes les énergies décarbonées sont utiles et nécessaires. En effet, opposer, comme souvent, les énergies renouvelables et l'énergie nucléaire ne fait pas progresser notre lutte contre le réchauffement climatique, alors que toutes deux sont des énergies décarbonées et que, surtout, toutes deux sont compétitives en termes de coûts, même si certains prétendent le contraire.

Enfin, il est important de privilégier avant tout la production locale d'énergie, ici, en Europe. Produire, par exemple, de l'hydrogène à des milliers de kilomètres de l'Union européenne, puis le transporter pour le consommer en Europe, ce n'est pas une solution durable. Alors produisons et consommons local autant que nous le pouvons, dans le domaine de l'énergie également.

Ville Niinistö, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, last year, renewable electricity surpassed fossil electricity for the first time in Europe, and it looks like the EU and most Member States have met their 2020 renewable energy targets. So there are positives in this report – but there is also a negative. We are lagging behind on energy efficiency, and quite badly in a number of Member States. Meeting the renewable targets and not the energy-efficiency targets shows that nationally-binding targets actually work, because we've had those renewables in 2020.

We need to ensure that also our 2030 framework is fit for purpose and fit to deliver beyond the 55 percent greenhouse gas reductions, so we should look at strengthening the current proposals in the Parliament and in the Council.

I have also actually met with a number of industries, talking about the energy transition, and the energy companies are telling me that the pace of renewable development is not fast enough and that, due to this, they may need to transit via fossil gas, even in companies that wouldn't want to do it. So if we look at the IEA scenarios, we are actually going down in the fossil investment prognosis for net zero targets, but renewable deployment in Europe is three times too low to what we should do with our 2050 net zero goals. This is something where we have to look for increased action: new deployment of renewables.

And it means that in the Council they are actually discussing the ambition on renewables and efficiency to be lowered, and that seems really the wrong direction for Europe to take. Also, if we go into the energy report, we should also look at the governance regulation that is needed to ensure that we have timely information and a better understanding of how to achieve higher targets. So we should improve early spatial planning for renewables and grids, and we should also be able to help them to build up, especially if we get local actors on board. So that is something I urge you to do in the Commission.

To close, I would also like to note that recovery and resilience plans are expected to boost climate-related investments by EUR 177 billion, but we are still annually subsidising fossil fuels by EUR 52 billion. We should change that immediately.

Paolo Borchia, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, andiamo subito al punto: chi inquina e perché dobbiamo versare lacrime e sangue per pagare le bollette di luce e gas.

Pensiamo per una volta alle realtà più piccole, al piccolo artigianato, alla piccola e media impresa. Oggi il prezzo spot dell'elettricità in Italia ha sfiorato i 300 EUR per kWh, ma pensiamo che la gente debba andare a rubare per pagare le bollette di luce e gas o per fare il pieno alla macchina?

Questa relazione sullo stato dell'Unione dell'energia, su 30 pagine ne dedica mezza, e ho detto mezza, al problema dei prezzi! Qua serve concretezza, servono risposte, non chiacchiere! È stata scatenata la tempesta perfetta mentre qualcuno, purtroppo anche in quest'Aula, continua a fare la guerra al gas.

Viva le rinnovabili, ben venga l'eolico e il solare, ma sono fonti che non sono programmabili, non lo sono e non lo saranno. Per fare impresa serve la programmazione, è necessaria, e senza un minimo di *backup* delle fonti fossili ad oggi l'economia va a rotoli.

Adesso invece andiamo a vedere chi inquina. Oltre il 91 % delle emissioni a livello globale arrivano da fuori Europa, ma qui continuiamo a pagare anche per chi inquina. Perché gli europei devono essere più tartassati? E cosa racconterete soprattutto ai nuovi disoccupati? Creare disoccupazione e cercare di compensarla con la spesa pubblica è da folli.

Poi, in questa relazione c'è poco sulla diplomazia climatica. Senza la collaborazione della Cina il problema non lo risolviamo e saremo chiamati a un bagno di sangue. Qui non si tratta di compiacersi di quanto siamo i primi della classe sul clima, si tratta di rendersi conto che le decisioni politiche sui prezzi delle emissioni poi si scaricano sul cliente finale e, mentre qui si fa filosofia, poi la gente e le imprese non riescono più a pagare.

Zdzisław Krasnodębski, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! To tegoroczne sprawozdanie w sprawie stanu unii energetycznej pokazuje dwa najistotniejsze zjawiska czy dwa procesy. Po pierwsze postępującą transformację energetyczną, pani komisarz o tym mówiła w roku 2020, po raz pierwszy odnawialne źródła energii wyprzedzą paliwa kopalne jako główne źródło energii elektrycznej w Unii. To cieszy, bo pokazuje, że osiągamy swoje cele. Udział odnawialnych źródeł energii w ogólnym koszyku energetycznym osiągnie co najmniej 22%, chociaż wiemy, że niektóre państwa członkowskie nie osiągną wyznaczonego celu.

Ale jest drugie zjawisko, o tym nie powinniśmy zapominać, to jest gwałtowny wzrost cen gazu i energii elektrycznej w Unii Europejskiej, też oczywiście w innych regionach świata. Problem obecnych cen wymaga bardziej zdecydowanych działań Komisji, tym bardziej, że jak czytamy w sprawozdaniu w 2019 roku ubóstwo energetyczne dotknęło 31 mln osób w Unii Europejskiej.

Wydaje mi się, że proponowany toolbox nie jest wystarczający, podobnie jak zapowiadane zmiany w legislacji zapewniające większy dostęp do magazynów gazu oraz zwiększenie przepustowości dzięki rewizji rozporządzenia SOS i uważam, że chyba powinniśmy zmienić stosunek do gazu jako paliwa przejściowego. Należy także zwiększyć wspólnie presję na głównego dostawcę gazu ziemnego do Europy, rosyjski koncern Gazprom. Unia powinna mówić jednym głosem dialogu z dostawcami zewnętrznymi.

Potrzebujemy też zwiększyć dostawy gazu do Unii z alternatywnych kierunków, w tym gazu konwencjonalnego z Norwegii i LNG z USA, krajów Maghrebu czy Kataru, i utrzymywać znacznie wyższe rezerwy paliwa w przyszłości. Komisja nie powinna też lekceważyć problemu niekontrolowanego wzrostu cen CO₂. Dlatego w ramach nadchodzącej rewizji ETSu należy wprowadzić rozwiązania regulacyjne ograniczające niekontrolowany wzrost cen i ograniczyć udział w handlu emisjami do podmiotów bezpośrednio objętych systemem.

Sira Rego, en nombre del Grupo The Left. – Señor presidente, señora comisaria, gracias a este informe confirmamos que el modelo energético de la Unión Europea es un fracaso: fracaso para las personas, fracaso para el planeta.

Los datos demuestran que no se ha reducido el consumo de energía, algo imprescindible para afrontar el cambio climático. Seguimos dopando los combustibles fósiles con dinero público. Parecer verdes, pero no ser verdes.

Por supuesto, se mantiene su gran fetiche, el mercado marginalista, lluvia de millones para el lobby energético a costa de los bolsillos de la gente trabajadora. Entre usted y yo, comisaria, a veces parecen comerciales de las grandes compañías eléctricas más que servidores públicos velando por el interés general. Con lo sencillito que sería cambiar esto para reducir la factura de la luz.

El dato demoledor: hay 31 millones de personas —equivalente a la mitad de la población de Francia— que no tienen acceso al mínimo energético vital y que hoy, con esta temperatura, están pasando frío.

Y es que, señora Simson, mientras sigan haciendo política a la medida de las energéticas, ni el cambio climático, ni la pobreza energética, ni la justicia llegarán a los hogares europeos. Está en sus manos.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Mr President, the State of the Energy Union shows that we are going in the right direction with the transformation and decarbonisation of our energy systems, and that we have a resilient and competitive system, despite price increases.

But we have ahead of us important challenges that could also be great opportunities. The EU's current policy framework alone would not be sufficient to allow us to reach our 2030 and 2050 goals. This is why the Fit for 55 package – we are debating the first part now and the second part will come soon – is essential. We should now give the right direction for our industries because this should deliver the transformational change needed across our economy, society, industry and, of course, our energy systems.

The State of the Energy Union shows us that energy efficiency must be prioritised, together with the widespread application of the 'energy efficiency first' principle. An energy sector in the future must be developed largely on renewable sources, complemented by the rapid phasing-out of coal, and also by decarbonising gas. At the same time, the EU's energy supply needs to be secure and affordable for consumers and businesses.

But if Europe only regulates and does not invest, we are going to lose in the global race, so that's why we need to focus on investments. We need to bring benefits to all, we need to strengthen our competitiveness and we need to create more jobs of tomorrow and to address effectively the costs and impacts of the transition.

Nicolás González Casares (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, año atípico, informe atípico. Hablamos del año del gran confinamiento con reducción de emisiones de hasta el 10 % en 2020.... Ya no es la realidad actual.

Las fuentes renovables se están posicionando como principal fuente de generación eléctrica: apoyémoslas, a pesar de que algunos digan que no son importantes porque por la noche no sale el sol.

Sin embargo, la dependencia energética exterior es del 61 % —la más alta en treinta años— y estamos sufriendo precios récords por la escalada del precio del gas fósil.

Estamos en un momento muy complicado para muchos ciudadanos, pymes e industrias que se pueden quedar atrás. Creo que se están subestimando la crisis de los precios y el impacto que tendría una prolongación de esta durante meses.

Debemos acelerar las renovables: no hay otra salida. Pero mandemos las señales adecuadas para la descarbonización y para que no se siga invirtiendo en aumentar nuestra dependencia fósil.

Toca avanzar descarbonizando y enganchando, al mismo tiempo, a la ciudadanía ante los grandes cambios que nos esperan. Sin apoyo social no habrá solución a la emergencia climática.

Claudia Gamon (Renew). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Zeit ist Geld! Und die Zeit, die die Politik beim Ausbau der Erneuerbaren in den letzten paar Jahren jetzt schon verschwendet hat, kostet die Europäerinnen und Europäer jetzt extrem viel Geld. Und wir sind immer noch extrem weit weg von einer wirklich modernen, innovativen, dezentralen Energieversorgung. Stattdessen bleiben wir erpressbar von russischen Gaslieferungen, oder wir machen gute Miene zum bösen Spiel mit Saudi-Arabien, um weiterhin an deren Erdöl zu kommen.

Wir haben letzte Nacht mit dem Rat wieder über die europäische Energieinfrastruktur verhandelt, und da ist wieder klargeworden, dass die bei allen wirklich innovativen Ansätzen wieder mal vollkommen auf der Bremse stehen. Es ist ein Armutszeugnis, dass gerade bei entscheidenden Fragen, wo es um Transparenz geht, um Nachvollziehbarkeit, auch bei der Auswahl der geförderten Projekte, keine Fortschritte gemacht werden.

Und um noch einmal ein ganz spezielles Beispiel für die enorme Visionslosigkeit zu nennen: Wie oft wurde hier in diesem Haus beim Thema Energie über Sektorintegration gesprochen? Das Wort ist hier im Haus ja fast so beliebt wie Wasserstoff. Wenn es aber dann darum geht, Sektorintegration zum Beispiel durch Fernwärme in der Infrastrukturplanung zu berücksichtigen, stößt man plötzlich auf der anderen Seite auf ganz großes Unverständnis, und man hat das Gefühl, dass alle Seiten auf einmal eine andere Sprache sprechen.

Wir müssen einfach Nägel mit Köpfen machen. Denn wenn man ständig davon redet, dass sich alles ändern muss, muss man auch bereit sein, alles dafür zu ändern.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, Madame la Commissaire, merci beaucoup pour cette présentation, pour les progrès accomplis et pour votre travail. Mais il y a urgence – on l'a vu, on en parle – à cesser d'alimenter notre dépendance aux énergies fossiles. Quelle tragédie de voir, à cet égard, les lobbies du gaz et du nucléaire mener ensemble une telle bataille pour figurer dans la taxonomie qui devrait consacrer les énergies vertes plutôt que les activités destructrices. Quelle honte aussi de voir certains, ici au Conseil, s'accrocher au financement de projets gaziers dans les plans régionaux, dans les fonds de relance, ou encore – on l'a vu avec le Conseil en négociation, hier soir – dans le nouveau règlement sur les infrastructures énergétiques.

Madame la Commissaire, vous aussi nous avez présenté une liste de projets d'infrastructures à financer dans les deux années qui viennent, qui contient encore une vingtaine de projets gaziers. Or, toutes les infrastructures énergétiques que nous finançons aujourd'hui ne nous enchaînent pas pour des années, mais pour des décennies aux énergies fossiles, au détriment du climat. Nous devons réagir maintenant et cesser de repousser l'action.

Chers collègues, je vous appelle à rejeter la cinquième liste de projets d'intérêt commun au profit d'une liste 100 % renouvelable. Et Madame la Commissaire, nous serons à vos côtés face au Conseil pour faire en sorte que demain, nous ne financions plus d'infrastructures climaticides.

Sylvia Limmer (ID). – Herr Präsident, verehrte Kollegen! Grundsätzlich war und ist die Energieunion der Vorstoß aus Brüssel, den Mitgliedstaaten endlich das Zepter des selbständigen nationalstaatlichen Handelns aus den Händen zu reißen. Die ursprünglichen Begründungen, nämlich die Verringerung der Energieabhängigkeit der EU zu stärken und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, werden durch die derzeitige politische Klimahörigkeit in ihr krasses Gegenteil verzerrt.

Heute geht es um die Verwirklichung des *Green Deals*, und die fünf Ziele lauten: Dekarbonisierung, Dekarbonisierung, Dekarbonisierung, Dekarbonisierung und fünftens, die Verwaltung der dadurch entstandenen Strommangelwirtschaft. Per Abrakadabra-Beschluss soll der Anteil der Erneuerbaren von derzeit 19 % des Bruttostromverbrauchs auf klimaknallige 40 % in den nächsten acht Jahren erhöht werden.

Die *Bank of America* hat den Irrsinn in Zahlen berechnet: unvorstellbare 150 Billionen US-Dollar, das Doppelte des gesamten Weltbruttoinlandsprodukts oder jährlich 5 Billionen US-Dollar für die nächsten 30 Jahre. Da ist die Versorgungssicherheit aber nach wie vor nicht inkludiert.

Übrigens, wenn man ein energiepolitisch so übergeschnapptes Land wie mein eigenes in seinen Reihen hat, das jetzt zusätzlich zum Kohle- und dem fast vollzogenen, völlig unverständlichen Kernenergieausstieg den Gasausstieg plant, dann hilft weder Geld noch Energieunion.

Beata Szydło (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Unia Europejska ma ambitną politykę klimatyczną, ma „fit for 55”, ma coraz więcej odnawialnych źródeł energii. Ale ma też rosnące ceny energii, coraz większe wykluczenie i ubóstwo energetyczne i coraz większe uzależnienie od importu źródeł energii. Ma też puste magazyny gazu i coraz więcej Europejczyków, których nie stać na to, żeby płacić tak wysokie rachunki za energię.

Dlaczego tak się dzieje? Ano dlatego, że czas wreszcie na refleksję, czy koszty transformacji i kierunki transformacji są słuszne. Czy nie należy zweryfikować, czy koszt tej transformacji nie jest zbyt wysoki. Bo można powiedzieć tak: w tym raporcie nie ma ani słowa o Nord Stream 2 i jego wpływie na to, co dzieje się np. w państwach Europy Środkowo-Wschodniej, o problemach, które z tego wynikają. Gazprom – można powiedzieć – rządzi w Europie. Puste magazyny gazu są tego najlepszym dowodem.

W raporcie napisano, że Komisja będzie monitorować tę sytuację w związku ze zbliżającą się zimą. Ja myślę, że tym 31 milionom Europejczyków, którzy już w tej chwili cierpią ubóstwo energetyczne, samo monitorowanie nie wystarczy. Musi być wreszcie podjęte zdecydowane działanie.

Marc Botenga (The Left). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, *Winter is coming*, l'hiver est à nos portes et c'est le moment du bilan, de votre bilan. La Commission européenne nous avait promis que libéraliser l'énergie allait garantir des prix bas, que le marché allait résoudre tous nos problèmes. Il y a quinze ans, vous avez gagné cette bataille. Les partis traditionnels, de droite comme de gauche, ont accepté; nos entreprises publiques ont été détruites et notre énergie a été transférée dans les mains des grandes multinationales – Total, Engie, Electrabel, etc.

— Vijftien jaar later kunnen we de balans opmaken, niet enkel van uw beleid, maar van uw hele liberale ideologie. De markt zou voor concurrentie zorgen. Neen, enkele spelers dicteren de wet en domineren de markt. De markt zou voor lagere prijzen zorgen. We hebben nog nooit zoveel betaald voor ons gas en onze elektriciteit.

Votre politique, Madame la Commissaire, est un échec total. Les gens le ressentent, le voient sur leur facture. Alors abandonnez vos dogmes, s'il vous plaît. Reprenons le contrôle public sur les prix et sur la production énergétique.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, doamna comisar, mulțumesc pentru prezentare. Este foarte bine că în anul 2020, pentru prima oară, energia regenerabilă a depășit energia produsă din combustibili fosili. Dar cred că anul 2020 nu este un an de referință, este un an de pandemie și oricum consumurile au fost cumva perturbate. În același timp, în 2021 nu știm încă cum stăm cu această comparație, dar știm că au crescut prețurile și dumneavoastră spuneți că au crescut din cauza dependenței de combustibilul fosil, care în 2020 a fost folosit mai puțin. Cred că aici este o contradicție.

S-a publicat, a fost prezentat pachetul *Fit for 55*, un pachet extrem de important pentru toată lumea, toată Europa. Acolo este evident că este nevoie de foarte multă energie, deci acest pachet va determina o cerere de energie foarte mare. Vă mulțumesc pentru răspunsul pe care mi l-ați dat, referitor la cantitatea de energie din 2030, dacă acest pachet va fi implementat. Nu e foarte clar de ce această creștere doar de 10 % față de consumul din 2020; este, după părerea mea, mică această creștere. În același timp, spuneți că energia regenerabilă va fi de 65 %, în 2020 a fost 22 %, de trei ori creșterea, și aș vrea să văd energia nucleară și gazul în viitorul act delegat pentru taxonomie.

Niels Fuglsang (S&D). – Mr President, I would like to congratulate the Commissioner on a great speech. Madam Commissioner. You were right on the money with your priorities. Becoming energy-independent, increasing renewable energy and increasing energy efficiency are the main priorities, and you were spot on.

Then we can discuss if the glass is half-empty or half-full, reading your report. We have increased the renewable energy and, right now, the electricity production from renewables is larger than that from fossils – that's great – but only by 1%. That could be better. Also, when it comes to energy efficiency, we do not reach the goals that we have set. In the current directive we must do that better. Friends, that's up to us. We are negotiating the Renewable Energy Directive (RED) and the Energy Efficiency Directive (EED) right now and in the coming months. Let's make it better. We have the opportunity now.

Morten Petersen (Renew). – Hr. formand! Jeg synes allerførst, det er vigtigt at sige, at det er utroligt vigtigt, at vi diskuterer status for energiunionen her i parlamentet en gang om året for ligesom at gøre status for dette utrolig vigtige projekt. Og det er selvfølgelig glædeligt at se, hvordan vedvarende energi for første gang overhalede de fossile brændsler som den vigtigste energikilde i Europa i 2020. Til gengæld er det altså lidt trist at se, at EU's afhængighed af import af energi udefra er stigende. For det var faktisk det stik modsatte, som var hensigten med at skabe energiunionen, nemlig at vi skal gøre os uafhængige og fri af Putins gas og sheikernes olie fra Mellemøsten. Og hvordan gør vi så det? Jo, det gør vi selvfølgelig ved at udbygge vedvarende energi endnu hurtigere, end vi har formået at gøre hidtil. Og vi gør det selvfølgelig ved at blive endnu bedre til at spare på energien, end vi har formået hidtil.

Hvad kræver det? Det kræver tilladelser til at udbygge med sol og med vind. Vi ser, hvor vanskeligt det er over hele Europa at få de nødvendige tilladelser til at bygge ud med vind, om det er på land eller til havs. Vi ser, hvordan medlemslandene hænger i bremsen, når det kommer til at implementere, hvad vi allerede har vedtaget. Ikke mindst på energieffektivisering. Det skal vi blive bedre til. Og så skal vi endelig sikre os, at vi får et reelt indre marked, hvor elektriciteten også kan flyde frit og på kryds og tværs af landegrænser. Det gør den ikke i dag. På den måde kan vi skabe en rigtig energiunion.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kadri Simson, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der *State of the Energy Union Report* adressiert, wo unsere Probleme liegen. Wir brauchen mehr Erneuerbare und mehr Energieeffizienz, um unsere Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen und – wie wir gerade auch merken – auch die Gefahr von Preissprüngen zu beenden.

Ich begrüße es deshalb sehr, dass die Kommission plant, mit einer Solarstrategie dem erneuerbaren Energieträger mit dem größten Potenzial europaweit zum Durchbruch zu verhelfen. Denn längst sind es nicht mehr die Kosten. Solarstrom wird in Portugal für unter 1,5 Cent pro Kilowattstunde produziert, und selbst im weniger sonnenverwöhnten Deutschland sind es unter 5 Cent. Aber unnötig komplizierte Planungsverfahren und Bürokratie wirken wie eine Subvention für fossile Brennstoffe.

Unsere Energiegenossenschaft – als ich noch nicht in der Politik war – hat damals letzten Endes erfolgreich ein Mietshaus mit Panels belegt und den Strom den Bewohnern kostengünstig zur Verfügung gestellt, aber wir hatten ordnerweise Korrespondenz mit Netzbetreiber und Hauptzollamt. Und in anderen Mitgliedstaaten sieht es nicht besser aus.

Es wäre doch Irrsinn, wenn wir jetzt, wo die Kostenfalle endlich gebrochen ist, den Ausbau mit bürokratischen Hürden weiter behindern würden.

Philippe Olivier (ID). – Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs, en matière d'énergie, nous pouvons reconnaître à l'Union européenne au moins le mérite de la continuité; de la continuité dans l'erreur.

Au niveau de la méthode, vous procédez par objectifs, sous forme d'ultimatums, sans considération des filières, des équilibres économiques, des histoires de chacun des pays. Vous assortissez vos injonctions de délais trop contraignants et faites ainsi peser sur les particuliers ou les États la menace de rétorsions injustes. Comme d'habitude, vous dégainez l'arme fiscale, peu importe qu'elle affecte d'abord les classes populaires de nos pays, pourtant si durement éprouvées par le lessivage de la mondialisation. Tout le monde n'a pas les moyens de se payer une voiture électrique, des voitures par ailleurs peu adaptées aux campagnes.

Sur le fond, vous poursuivez le saccage de nos paysages avec vos éoliennes, sur terre ou en mer, pour une énergie intermittente, évanescence, exorbitante et enfin, du fait de la durée de vie d'installations difficilement recyclables, polluante. Et puis, il y a la question du nucléaire, énergie décarbonée s'il en est, dont les promoteurs du charbon en Allemagne voudraient, par pure idéologie, priver la France et l'Allemagne. Cette excommunication religieuse interdit à nos pays les moyens de leur puissance et de leur indépendance énergétique. Nous disposons, avec le nucléaire français, d'une filière d'excellence qui assure une électricité bon marché, constante, propre, qui peut se prolonger vers l'hydrogène décarboné, quand vous êtes coincés avec l'hydrogène renouvelable.

Dans un dossier aussi important pour l'avenir de l'Europe, décidément, vous restez prisonniers de vos lubies idéologiques.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Komisja Europejska w swoim sprawozdaniu przedstawia postępy w przechodzeniu na czystą energię. Niestety trochę mało jak na obecną sytuację w energetyce istotnych faktów. W dobie brutalnego paraliżowania sektora energetycznego nasuwają się dwa pytania: czy biorąc pod uwagę stale rosnący popyt na energię na europejskim rynku będziemy w stanie zapewnić dostawę prądu w następnej dekadzie? Czy nasi obywatele, czy nasze małe i wielkie przedsiębiorstwa będą mogły sobie pozwolić na zapłacenie rachunków za prąd? Trzeba jasno powiedzieć, na oba pytania trzeba odpowiedzieć „nie”.

Jak nigdy wcześniej Unia Europejska doświadcza przerw w dostawach prądu, bezprecedensowych podwyżek cen energii. Jeśli chcemy się wyrwać z tego zakłętą kręgu, musimy zresetować naszą transformację energetyczną. Unia Europejska niestety poniesie nie tylko polityczną, ale i cywilizacyjną porażkę, jeśli ludzie będą zmuszeni ograniczać zużycie energii tylko dlatego, że nastał pochmurny dzień lub przestał wiać wiatr.

Pani komisarz, dekarbonizacja jest absolutnie przedwczesna.

Emmanuel Maurel (The Left). – Monsieur le Président, les citoyens européens vivent aujourd'hui les conséquences concrètes d'une politique énergétique inspirée par des dogmes absurdes: tout déréguler, tout privatiser, démanteler les monopoles publics... On voit le résultat. L'envolée des prix de l'énergie frappe de plein fouet les consommateurs. Hier soir, le mégawatt-heure d'électricité s'échangeait à 300 euros en France, 309 en Belgique, 280 en Allemagne. Il y a deux ans, c'était en moyenne 34 euros en Europe.

Ces prix insensés trouvent leur cause aussi dans un marché fondé sur une règle absurde. Lorsque la demande est forte et que les sources d'électricité les moins chères que sont l'hydraulique, l'éolien et le nucléaire ne suffisent plus, il faut recourir au gaz. Or, le gaz, comme vous le savez, c'est 70 % d'augmentation, ce dont on voit les conséquences concrètes. Pour un Français, la note est passée de 319 euros en 2007 à 501 euros aujourd'hui.

Le groupe des États membres qui, le mois dernier, a opposé une fin de non-recevoir brutale aux demandes de réforme du marché de l'énergie devront assumer leur responsabilité devant les dizaines de millions d'Européens qui vivent aujourd'hui dans la pauvreté. Donc, oui, il faut réagir. Oui, il faut faire table rase. Oui, il faut réformer le marché de l'électricité en Europe.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Der *State-of-the-Energy-Union*-Bericht enthält doch viele gute Punkte. Bitte zeigen wir auch das Positive unserer europäischen Energiebilanz!

In Glasgow wurde klar, wer beim Länderranking im Klimaschutz die Nase vorn hat. Fast alle Länder sind hier europäische Länder. In Glasgow wurde klar, wer eigentlich Treiber des Pariser Klimaabkommens ist und wer den globalen Klimafonds finanziell erweitern will, wer den Emissionshandel erfunden hat und globale Klimaclubs gründen will. Wir haben also als Europäer überhaupt keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen.

Nein, wir müssen unseren Weg der Energiewende konsequent weitergehen. Dazu brauchen wir höhere CO₂-Ziele – ja. Aber auch die Ehrlichkeit, dass wir für die Elektrifizierung viel, viel mehr Primärenergie brauchen, als von der Kommission avisiert. Wir brauchen aber auch eine Taxonomie, die nicht nur in knappen Champagner investiert, sondern auch in eine realistische Energiewende, das heißt in Technologien, die die Energiewende bezahlbar und sicher machen.

Hier darf es keine Diskriminierung geben, weder für wasserstoffaffine neue Gaskraftwerke noch für neue Kernkraftgenerationen. Das heißt auch, die Netze so zu regulieren, dass sie auf der Gasinfrastruktur aufbauen können. Die Kosten im Blick haben heißt auch, grenzüberschreitende Synergien im Binnenmarkt nutzen, heißt, für die Übergänge bunten Wasserstoff zuzulassen, und heißt, massiv auf grüne Energieimporte zu setzen.

So geht Energiewende im Einklang mit den Pariser Vorgaben, aber bitte ohne Ideologie, dafür sicher und bezahlbar.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, penso che questa relazione ci dica che siamo nella buona direzione. Ci fa vedere luci e ombre e noi dobbiamo lavorare su alcuni elementi critici. Ne cito due di elementi critici.

Il primo è il tema delle rinnovabili. La produzione di rinnovabili cresce, e per fortuna, ma, signora Commissaria, non crescerà al ritmo necessario per arrivare agli obiettivi del 2030, questo dobbiamo saperlo. Il mio paese deve avere 40 gigawatt nuovi di rinnovabili. Come è possibile in sette anni, da qui al 2030? C'è un problema di lentezza di realizzazione degli impianti e di ampliamento di quelli esistenti. È un problema che deve affrontare anche l'Europa, per velocizzare, per aprire dialoghi con gli enti locali, insomma per poter andare più velocemente nella produzione di rinnovabili.

E poi il tema dell'efficienza. C'è un grande, grande potenziale che non viene utilizzato. Le imprese dicono – penso alla refrigerazione delle grandi infrastrutture, ecc. – che ci sono potenzialità di tecnologie già esistenti, ma introdurle costa. Quindi dobbiamo lavorare per essere nell'*upstream* dell'innovazione tecnologica se vogliamo far crescere l'efficienza energetica.

Infine, il problema anche dell'emergenza nella transizione dell'Unione. Penso al gas, che è già stato richiamato. Dobbiamo essere più interventisti come Europa nella gestione della crisi del gas e del costo delle bollette.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, una spesa per ricerca e innovazione in energia pulita al di sotto dei livelli del 2010, l'impennata dei prezzi, l'aumento delle importazioni nette, i 31 milioni di persone in povertà energetica: la relazione sullo stato dell'Unione dell'energia del 2021 ci mostra ancora quanto resta da fare e quali sono le priorità da mettere in campo.

Il Parlamento ha un lavoro intenso da compiere nei prossimi mesi, approvando le proposte legislative del pacchetto «Fit for 55», coniugando ambizione e pragmatismo. Importante sarà lavorare per ridurre la dipendenza da paesi terzi, diversificando l'approvvigionamento e incrementando lo stoccaggio, ma soprattutto aumentando la produzione di energia da fonti rinnovabili. Solo in questo modo raggiungeremo l'autonomia energetica, dalla quale dipende la nostra sovranità.

Se vogliamo raggiungere questi obiettivi, e dobbiamo farlo, sarà decisivo risolvere una volta per tutte il problema delle procedure di autorizzazione per il dispiegamento delle rinnovabili. È la burocrazia, e non le risorse, a rappresentare il vero ostacolo in molte parti d'Europa.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, gerbiami kolegos, anot Komisijos, Europos Sąjungos priklausomybė nuo energijos importo siekia net 61 procentą. Tai aukščiausias lygis per pastaruosius 30 metų!

Tai ypač šokiruoja, žinant, kad Vokietija pasirengusi įteisinti „Nord Stream“ dujotiekį ir dar labiau Europą priirti prie rusiškų dujų.

Gerbiamą Komisijos narę, kiek milijardų kasmet Europa išleidžia importuojamai energijai pirkti? Jeigu tokios sumos būtų kasmet investuojamos į atsinaujinančius šaltinius, mes seniai būtume nepriklausomi, ekologiškesni ir turtingesni.

Ar galite nurodyti konkrečią datą, kada mes matysime darbų rezultatus? Mes jau eilę metų kalbame apie būtiną energiją gaminti Europos Sąjungoje, o realybėje tampame vis labiau priklausomi nuo trečiųjų šalių.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Obecny kryzys energetyczny nakłada na nas obowiązek zdefiniowania na nowo polityki energetycznej.

A stan jest taki: solidarność unijna została razem z Nord Stream zakopana na dnie Bałtyku, rosnące ceny uprawnień i ich spekulacyjny charakter – chodzi o uprawnienia do emisji CO₂ – powodują spadek konkurencyjności europejskiego przemysłu. Jeśli chodzi o perspektywę energetyczną zaproponowaną w pakiecie „fit for 55”, to pogłębione z pewnością ubóstwo energetyczne, które już i tak jest bardzo duże, wkrótce – jak się szacuje – dotknie 80 mln ludzi. Zbliża się zima, mamy puste magazyny gazowe, które są skutkiem szantażu gazowego, o którym w tej Izbie się nie mówi.

I na koniec, sprawiedliwa transformacja. Największe koszty transformacji poniosą takie kraje jak Polska. Czy to w ramach właśnie tej sprawiedliwej transformacji Komisja Europejska bezprawnie blokuje środki w ramach KPO?

Sandra Pereira (The Left). – Senhor Presidente, a subida brutal dos preços da energia é indissociável das opções tomadas pela União Europeia. As consequências da liberalização e privatização do setor, da manutenção de mercados oligopolistas, nos quais os preços cartelizados e as metodologias adotadas garantem lucros astronómicos, ou da criação e funcionamento do mercado do carbono, estão a ser sentidas pelos consumidores especialmente os mais vulneráveis.

A energia é um bem público. O controlo público e democrático sobre o setor da energia é um requisito fundamental para garantir a sustentabilidade do setor. No meu país, encerrou recentemente a Central Termoeletrica do Pego. A solução apresentada é importar eletricidade de países onde também ela é gerada a carvão. O processo de descarbonização não pode ser feito à custa da soberania energética, do aumento dos custos da energia, dos postos de trabalho, nem quando ambientalmente também não há qualquer ganho, já que as emissões são transferidas para outro país.

A nossa solidariedade aos cerca de 200 trabalhadores da Central do Pego, pela sua luta em defesa dos seus direitos e dos seus postos de trabalho.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážený pán predsedajúci, kolegyne a kolegovia, súčasné ekonomické oživenie je sprevádzané nárastom cien energií, ale aj tak ako sme vždy krízové javy dokázali prekonať spoločnými európskymi riešeniami, tak som presvedčený, že východiskom zo súčasnej situácie opäť sú spoločné riešenia aj v energetickej oblasti.

Práve európska spolupráca vo výskume a vývoji v prepojení infraštruktúry, ako aj v spoločných nákupoch vybraných energetických surovín môže viesť ku lepšiemu využitiu zdrojov, lepšej efektívnosti, čo sa prejaví nielen v lepšej konkurencieschopnosti našich výrobkov, ale aj v lepších cenách pre našich občanov. Európska únia bola vždy svetovým lídrom v nastavovaní vysokých štandardov pri šetrení cien energií a pri ochrane klímy. V kontexte skončeného klimatického samitu a cieľov, ktoré sme si stanovili, je nutné povedať, že akékoľvek snahy o znižovanie emisií budú zbytočné, ak sa do nich nezapoja aj krajiny, ktoré znečisťujú najviac.

Musíme realizovať aktívnu a účinnú klimatickú a energetickú diplomáciu aj preto, aby iní preberali naše environmentálne štandardy. Nesmieme pritom poškodzovať našu ekonomiku a najmä malé a stredné podniky, ktoré nesú najväčšiu záťaž rôznych regulácií a aj významne sa podieľajú na platbách za energie. Aktuálny stav, keď čelíme bezprecedentnému zdražovaniu a energetickej kríze, by mal byť pre nás výzvou na dokončenie reálnej energetickej únie. Len tak dokážeme krízu prekonať a pripraviť sa na nové výzvy, ktoré nás čakajú.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, this autumn we talked a lot about energy because of the prices. Rapid measures are needed, but we may not lose the sight in the horizon. The yearly report of the energy union provides a good overview of what we have reached and what remains to be done. I thank you, Commissioner, for prioritising breaking the dependency, R&D and climate.

The Member States also have a big responsibility in the green transition, and the European Union level needs to act too. The EU has to support development and research and the uptake of the clean innovations. New technologies are crucial for the transition to be economically possible. The EU's climate neutrality goal 2050 means that we have new technologies in place before the regions who only set targets for 2060 or even beyond. Member States know their energy mix; they should act as well, and they should have acted.

In Finland, for example, nowadays we have 85% emission-free electricity, and we are among the cheapest countries for the electricity. National law also bans the use of coal by 2029, and in 15 years we have cut the coal usage by 75%. Change is possible, and I want to ask for action.

Bart Groothuis (Renew). – Mr President, in the cold month of December, we are expecting two heated decisions from the Commission. Firstly, on nuclear. Now here I am not just asking the Commission to take good notice of the rapidly-increasing political support for nuclear energy throughout Europe, I am also asking them to respect science, as reflected in the recent JRC report. Nuclear needs to be added to the taxonomy, both current and future generation reactors.

Now secondly, this Parliament adopted a very ambitious hydrogen strategy on ramping up the hydrogen market here in Europe. But apparently, the sympathetic additionality requirement is actually hampering the large-scale production of green hydrogen. Matching the timing of electrolysis and additional renewable energy coming into operation is, in practice, a major hurdle for investors. The Commission should bring forward, I believe, rules that enable, instead of frustrating, green investment, and I am counting on the Commissioner to present two warmly-welcomed proposals for delegated acts in the cold month of December.

Eleonora Evi (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Italia ha appena deciso di finanziare le trivellazioni in Artico, appena dopo aver firmato a Glasgow il BOGA, per impegnarsi a non finanziare fossili all'estero.

La Commissione vuole ancora usare i soldi dei cittadini per finanziare progetti legati al gas nella quinta lista dei progetti di interesse comune e ancora 56 miliardi di euro all'anno vengono regalati alle fonti fossili in Europa. Invece, la misura numero uno per sganciarsi dalle fossili, per ridurre le emissioni di gas serra, per ridurre la nostra dipendenza energetica dall'estero, per creare lavoro verde, per combattere la povertà energetica e per ridurre le bollette è quella di cui ancora pochissimo si parla, e io la definirei la Cenerentola nella storia, ovvero l'efficienza energetica. Aumentando il tasso di ristrutturazione degli edifici del 3 % all'anno potremmo creare fino a 2 milioni di posti di lavoro. Cosa stiamo quindi aspettando a rendere l'efficienza energetica la vera protagonista della storia?

Beata Kempa (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Nie ma unii energetycznej bez solidarności, a tej solidarności brakuje dzisiaj w Unii Europejskiej, gdy Polska jednostronnie przeciwstawia się rosyjskiej polityce energetycznej polegającej na dzieleniu krajów Europy. Nigdy nie powinno być europejskiej zgody na NordStream oraz NordStream 2. To dwa projekty otwarcie zagrażające spójności politycznej i energetycznej Unii Europejskiej. Mówiąc dzisiaj o energii nie można pominąć tematu szalejących i rosnących cen prądu. To pokłosie źle planowanej i szkodliwej dla europejskich gospodarek zielonej polityki energetycznej. Dobrym tego przykładem jest manipulacja na rynku świadectw pochodzenia energii odnawialnej, prawie stuprocentowy wzrost, i to w dziewięć miesięcy, jeśli idzie o cenę świadectw. Bez głębokich zmian na tym rynku nie da się obniżyć cen energii i przeprowadzić żadnej zielonej transformacji, wymarzonej przez głównie eurolewicę.

Dlatego myśląc o naszych obywatelach, którzy każdego dnia ponoszą koszty unijnej polityki klimatycznej, należy jak najszybciej rozważyć zawieszenie unijnego pakietu energetyczno-klimatycznego i przede wszystkim zlikwidować system świadectw pochodzenia zielonych certyfikatów. W przeciwnym razie zwykłe rodziny, zwykli obywatele będą płacić za marzenia wielkich tego świata.

Erik Bergkvist (S&D). – Herr talman! På lördag kommer jag att vara hemma i norra Sverige. Det kommer att vara -20 ° kallt. Mitt hus kommer att vara varmt. Det är välisolerat och det värms med grön energi. Så borde alla i Europa ha det.

Det är bråttom och vi måste skynda på. Vi måste skynda på de gröna investeringarna. Vi måste skynda på att knyta ihop Europas energinätverk, det som vi just nu förhandlar om. I rapporten ser vi att förnyelsebar energi nu är det största energislaget. Det är mycket bra. Vi kan också se att nio av Europas länder har fasat ut kol. Det är också mycket bra. Men det räcker inte, ska vi klara klimatmålen till 2030 och 2050 så måste vi öka takten. Så min önskan är att kommissionär Kadri kan ge oss en hint om hur de jobbar för att snabba på de här processerna. Pandemin, såg vi, minskade energikonsumtionen, och vi vet att vi under kriser och när vi vill kan förändra vårt beteende. Det är viktigt att vi gör det nu med klimatet, men att det sker rättvist.

Norra Sverige är en del av Arktis. Det är kallt där. Mitt hus är varmt. Så borde det vara i alla hus i Europa.

Valter Flego (Renew). – Poštovani predsjedavajući, poštovana povjerenice, poštovane kolegice i kolege, četvrti val pandemije, suočavanje s posljedicama klimatskih promjena i divljanje cijene energenata. To je trenutak u kojem živimo, to je nažalost naša svakodnevnica. A i prije nje, prije ovog divljanja cijena energenata, oko 30 milijuna Europljana živjelo je u energetskom siromaštvu. To je čak oko sedam puta više od broja stanovnika zemlje iz koje dolazim, od Hrvatske. I kao da sve to skupa nije dovoljno, evo je inflacija. Nikad veća, koja naravno ruši konkurentnost našem gospodarstvu i otežava kupovnu moć svim našim stanovnicima. Zato, i apsolutno, pozdravljam paket mjera koji je Komisija nedavno donijela, ali pozivam vas da učinite još napora da predložite, zajedno s državama članicama, još mjera, još instrumenata i još programa. Da ne stanete na ovome što ste do sada napravili i da date sve od sebe kako bi i građani, ali i gospodarstvo, na jedan lakši način preživjeli ovu tešku zimu koja nam se evo tu iza ugla sprema.

Ciarán Cuffe (Verts/ALE). – Mr President, as you said yourself, Commissioner, the good news is that renewables overtook fossil fuels as the EU's main electricity source last year. We could only dream of this a decade ago. But the bad news is that we're subsidising fossil fuels by over EUR 100 per year for every man, woman and child in the European Union. So when we see forest fires and floods and storms on our screens, in a sense we are paying for it with our taxes. And should we really be subsidising this and subsidising air pollution in Kraków, in Cremona, in Slavonski Brod? I don't think so.

I think if you let the citizens of Europe decide – if you gave each of them a cheque for EUR 100 – they would spend the money on clean air, on fresh water, on solar power. They'd invest in energy storage, demand management with an ambition, a tenacity and a resolve that would put politicians to shame. This is the future that the citizens of Europe deserve.

Anna Fotyga (ECR). – Mr President, due to the efforts of the late President of Poland, Lech Kaczyński, the principle of solidarity and energy security has been enshrined in the Treaties, confirmed by the ruling of the European Court of Justice on the OPAL pipeline.

It is a mutual obligation provided in the Association Agreement with Ukraine as well. Yet Nord Stream 2 violates all of those obligations, further emboldening Russia to blackmail us with energy prices and to mount armaments on Ukraine's borders. We have to remain firm and stand together in fulfilling the six calls of the European Parliament to halt this project.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i dati che la Commissaria ha fornito sono dati che raccontano, da un lato, una vittoria importante, ovvero l'aumento importante dell'energia elettrica prodotta da fonti rinnovabili, un 38 % che, per la prima volta, produce un risultato maggiore rispetto ai combustibili fossili, al 37 %.

Ma c'è un altro dato che non possiamo dimenticare, il dato della dipendenza da energia prodotta fuori dall'Europa. Il dato più alto negli ultimi trent'anni, ben il 61 % di energia utilizzata in Europa ma importata dall'esterno. Questo significa che non possiamo illuderci che l'aumento dell'energia prodotta da fonti rinnovabili coincida con una maggiore autonomia. I numeri dicono l'esatto contrario e quindi noi dobbiamo, nel nostro mix energetico, considerare sempre, oltre all'energia prodotta localmente, anche l'energia che importiamo dall'esterno.

Per questo è fondamentale che nella nostra strategia energetica sia inclusa una forte strategia sugli stoccaggi. Lo stoccaggio significa innanzitutto smetterla con la guerra di religione contro il gas, in modo tale che, compatibilmente con gli obiettivi di carattere ambientale, sia consentita una transizione con ambizioni pragmatiche. Ambizioni pragmatiche non significa ridurre queste ambizioni, ma significa spostare il baricentro delle stesse dagli uffici della Commissione ai siti produttivi delle nostre imprese, cioè a coloro che utilizzano quell'energia.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pán predsedajúci, najlacnejšia energia je stále tá, ktorú ušetríme a nemusíme vôbec vyrábať, a preto našou prioritou musí byť zvyšovanie energetickej efektívnosti. Budme ale férový a priznajme si, že ak Unia dováža suroviny z tretích krajín, pri ktorých produkcii sa nerešpektujú naše zelené, ale ani sociálne normy, emisie iba vyvážame a podieľa sa na ich zvyšovaní inde. Ale planéta, na ktorej žijeme, je len jedna. U nás doma musíme rešpektovať rôzne štartovacie pozície jednotlivých štátov. V niektorých ešte pár rokov bude treba na rýchlejšiu dekarbonizáciu využívať aj plyn aj jadro. Samozrejme, prioritu musia dostať obnoviteľné zdroje, pričom do budúcnosti treba posilniť cezhraničné kapacity prenosu elektriky. Potreba posilniť odolnosť a energetickú bezpečnosť je o to naliehavejšia, že rastúce ceny energií ohrozujú zraniteľné domácnosti. Aj keď ľudia chápu potrebu znižovania emisií a zelených reforiem, podporia ich iba, ak sa dočkajú sociálnych záruk, a preto musíme byť v zaistení sociálnej spravodlivosti ambicióznejší a vyčleniť na klimatický sociálny fond viac peňazí a hradiť s ňou aj iné aktivity, ako iba nejaké školenia alebo rekvalifikácie.

Emma Wiesner (Renew). – Herr talman! Energipolitik är klimatpolitik, och jag är därför väldigt glad att vi får prata i dag om just energiunionen, som många gånger glöms bort i klimatpolitiken. Men vi måste bli bättre på att samarbeta inom energiområdet, internationellt och i energibranschen, för här ligger vi efter: 2019 var 73 procent av Europas energi fortfarande fossil och vi ser hur energipriserna rusar.

Det är ett allvarligt läge, och det mest anmärkningsvärda med den här rapporten som vi diskuterar här i dag, om läget i energiunionen, är att EU fortfarande subventionerar fossil energi. Det är inga små summor, pengar som skulle kunna gå från det fossila till det förnybara. Där subventionerar vi med 520 miljarder svenska kronor, motsvarande 17 000 vindkraftverk som i stället hade kunnat byggas för de pengarna. Det är helt oacceptabelt. Fossila subventioner hör inte hemma i vårt energisystem och därför får vi inte glömma bort energiunionen. Vi måste göra energiunionen sexig igen.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Herr talman! Förra året blev förnybart den enskilt största energikällan i Europa. För första gången. Det var historiskt, men vi måste göra så mycket mer för att komma i mål och nå nollutsläpp. Nu går vi in i sanningens ögonblick för Europas klimatomställning, och vårt viktigaste verktyg är EU:s utsläppshandel. Utsläppshandeln har i sin nuvarande form lett till att kolkraftverk efter kolkraftverk nu läggs ner. Men ska vi nå hundra procent förnybart så måste priset för utsläppsätter fortsätta att stiga.

Nio medlemsstater har redan avvecklat kolet, men vi måste upp till 27. Då måste vi skärpa utsläppshandeln rejält, avveckla hundratal miljoner utsläppsätter på ett bräde och öka takten i utsläppsminskningen. Vi måste också täppa till alla de kryphål som fortfarande gör att fossila subventioner håller kolkraftverken krampaktigt vid liv. Vi kan bara lösa detta genom klimatomställningen.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, energy union, in my view, is one of the most important and functional policies of the European Union. We are step by step introducing efficient rules for market functioning and reducing the threat linked to energy imports. But we must look into the future. So what would be on my agenda? First of all, we must keep developing and enforcing the rules promoting market efficiency, for everyone, everywhere.

Secondly, natural gas will play a very important role in the future. To reduce the risk of the market volatility that we have seen just weeks ago, we must develop better storage and especially better management of this storage. So we need better rules for that.

A better network for transition of electricity is important and necessary for better use of renewable sources of energy. As we know, some renewable energy sources are the cheapest sources of electricity for the time being. That is how the investment and energy union can contribute to more extensive use of these resources and, at the same time, decarbonisation and also lower prices for energy for households and firms within the EU. I hope the energy union will deliver all these goals.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, o estado da União da Energia é hoje mais claro do que nunca. Estamos em estado de necessidade.

Necessidade de mais autonomia estratégica, só alcançável com o continuado investimento das energias renováveis e nas tecnologias para o seu armazenamento. Necessidade de um mercado mais alargado e transparente, cujos preços não sejam determinados pelos combustíveis fósseis e cujos fluxos não sejam estrangulados pela falta de interconexões. Necessidade de apostar, com determinação, nos modelos distribuídos de produção e consumo, com fontes limpas diversificadas e envolvendo os territórios e as comunidades na sua sustentabilidade. Necessidade, finalmente, de combater a pobreza energética e promover a transição justa, a dignidade e a qualidade de vida dos europeus.

Este objetivo está ao nosso alcance. Na transição verde a União Europeia tem expandido a sua capacidade de liderança à escala global. Em estado de necessidade, precisamos de visão, decisão e ação. Visão, decisão e ação no tempo certo, e o tempo certo é agora.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Michael Bloss (Verts/ALE). – Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Kommissarin Simson! Wir schreiben das Jahr 2021, und die Klimakrise ist in Europa angekommen. Wir haben im Sommer 246 Todesopfer der Fluten beklagen müssen. Doch immer noch werden 52 Milliarden Euro jedes Jahr für fossile Subventionen ausgegeben. Das ist eigentlich ein Skandal.

Gelder von Bürgerinnen und Bürgern heizen die Klimakrise weiter an. Wir brauchen dieses Geld für die Transformation, dafür, dass die Menschen mit geringen Einkommen ihre Wohnung dämmen können, damit sie weniger für Energie ausgeben müssen, dafür, dass Solarenergie auf jedes Dach kommt. Es bringt Arbeitsplätze, es verhindert Energiearmut.

Hier muss die Zukunft Europas liegen. In diesen Technologien müssen wir Weltmarktführer werden. Lassen Sie uns das Geld der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll und verantwortungsvoll einsetzen! Es soll die Freiheit der kommenden Generationen ermöglichen und nicht ihre Zukunft zerstören.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, der vorliegende Lagebericht zur Energieunion ist ausgesprochen hilfreich und enthält ja auch gute Nachrichten. Erstens: Wir haben unsere CO₂-Emissionen seit 1990 um 31 % verringert, und das mit einem sehr effizienten Instrument, nämlich insbesondere dem Emissionszertifikatehandel. Das wird auch in dem Bericht noch einmal deutlich unterstrichen, dass wir hier auf das richtige Instrument, ein marktwirtschaftlich basiertes Instrument, gesetzt haben; das sollten wir auch weiterentwickeln.

Zweitens ist positiv, dass es im gesamten europäischen Energiemix so viel erneuerbare Energien gibt wie nie zuvor – auch das ist eine gute Nachricht. Und damit bin ich bei meinem dritten Punkt: Wir dürfen uns allerdings auch nichts vormachen. Unsere Importabhängigkeit von Energie ist nach wie vor ausgesprochen hoch, so hoch wie seit über 30 Jahren nicht mehr, nämlich 60,6 %. Das heißt, wenn wir die Ziele des *Green Deals* erreichen wollen, dann ist es auch wichtig, diese hohe Abhängigkeit in den Griff zu bekommen.

Wir müssen natürlich massiv die erneuerbaren Energien ausbauen, aber ich denke, es ist genauso wichtig, hier Übergangsweise auf Brückentechnologien wie Gas zu setzen. Auch Gasinfrastruktur spielt eine gewichtige Rolle. Und wir müssen natürlich auch den Wasserstoff nutzbar machen. Und auch da möchte ich dafür plädieren, nicht nur auf den grünen Wasserstoff zu schauen, sondern Wasserstoff jeglicher Farbe im Auge zu halten. Um den Markt aufzubauen, brauchen wir eben nicht nur grünen, sondern auch türkisen und anderen Wasserstoff. Das haben wir ja in unserer Wasserstoffstrategie als Europäisches Parlament so beschlossen.

Цветелина Пенкова (S&D). – Г-жо Симпсън, няма да се уморя да повтарям, че енергийният преход е нужен. Също така няма да престана да защитавам тезата, че различната стартова позиция на държавите членки трябва да се вземе под внимание в този преход. Не може най-уязвимите да понесат най-голямата тежест. Всяка социална система е толкова силна, колкото е най-слабото ѝ звено. След постепенното извеждане от експлоатация на въглищните централи ще имаме нужда от стабилни базови мощности. Ядрената енергетика трябва да бъде развивана в Съюза, за да може да гарантираме ниските цени за крайните потребители. Длъжни сме да гарантираме и препитанието и преквалификацията на работещите във въгледобивния сектор и за в бъдеще.

За тази цел трябва да използваме ефективно новите европейски фондове и финансови механизми.

В този ред на мисли бих искала да ви попитам на какъв етап е оценката на енергийните проекти в българския план за възстановяване и устойчивост. Неговото предаване закъсня заради нуждата от промени именно в тази сфера.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der Bericht, den die Kommission uns vorlegt, zeigt mehrere Dinge gleichzeitig.

Er zeigt auf der einen Seite, dass wir als Europäische Union bei der Energieversorgung, bei der Substitution von fossilen Energieträgern durch neue auf einem guten Weg sind und dass wir bis heute einen erfolgreichen Weg hinter uns gebracht haben, wenn es um die Dekarbonisierung geht. Er zeigt aber auch, dass wir noch 1,8 % über dem linearen Zielpfad zur Erreichung des Energieeffizienzziels für 2030 liegen. Also: Bei aller Freude und allem Stolz auf das Erreichte kommt noch eine große Aufgabe auf uns zu, dieses Ziel zu erreichen.

Ich gucke mal in Richtung des Genossen Bloss – Entschuldigung, des Kollegen Bloss, aber seine Partei und meine haben heute einen Koalitionsvertrag zusammen unterschrieben, wo wir wenigstens sagen können: Deutschland wird seinen Beitrag leisten, dieses Ziel zu erreichen. Wir können das Ziel auch erreichen, indem wir bei der RED-III-Initiative noch ambitionierter vorgehen.

Wir müssen endlich dahin kommen, dass wir verpflichtende Ausbauziele auch für die Mitgliedstaaten erreichen. Das ist umso wichtiger, als 31 Millionen Menschen in Energiearmut uns nicht ruhen lassen dürfen.

Josianne Cutajar (S&D). – Sur President, ix-xenarju li l-Ewropa qed tesperjenza dis-sena, b'zieda fil-prezzijiet tal-enerġija u d-dipendenza li għadha kemxejn għolja fuq pajjiżi terzi, jurina li għad fadal x'naqdfu biex nilhqu l-għanijiet tal-Unjoni tal-Enerġija.

Kif nistgħu naslu għal dan? Permezz tal-hidma, l-integrazzjoni verament effettiva tas-suq, it-titjib tas-sigurtà tal-provvista permezz ta' infrastruttura xierqa sabiex l-ebda pajjiż ma jithalla jaq' lura, irrispettivament mid-dimensjoni jew il-pożizzjoni ġeografika tiegħu. L-użu kontinwu ta' sorsi rinnovabbli jikkonferma wkoll li l-futur miexi lil hemm u li r-riċerka u l-innovazzjoni f'teknoloġiji nodfa huma kruċjali jekk irridu naraw is-sorsi rinnovabbli aktar użati u affordabbli.

Is-suċċess tad-dimensjonijiet kollha tal-Unjoni tal-Enerġija se jkompli jikkontribwixxi għall-bini ta' Ewropa aktar nadifa li għandha tkun ukoll amikevoli kemm għall-konsumaturi u anki għan-negozji.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Premier Morawiecki bardzo zabiegał, by pojawić się ponownie w Parlamencie Europejskim – chciał bronić tutaj polskiej granicy i podpisać się pod sukcesy Komisji Europejskiej.

Bardzo żałuję, że nie chciał przyjechać dzisiaj, by porozmawiać o polskim węglu i o transformacji energetycznej. Mógłby nam wyjaśnić, dlaczego odpuścił 3,5 mld EUR dla górników, z czego większość miała trafić na mój Górny Śląsk. Ale, panie premierze, chyba rozumiem, panu je richtig gańba!

Sprawozdanie Komisji na temat stanu unii energetycznej daje nam jasny sygnał, że transformacja energetyczna jest zagrożona. I choć zwiększa się udział odnawialnych źródeł energii, to jednak wciąż trwa to zbyt długo.

Ale to nie górnicy ze Śląska są winni tego, że z ust premiera nie padła jak dotąd ostateczna deklaracja, kiedy odchodzimy od węgla. Ba! Oni byli zwodzeni przez sześć ostatnich lat propagandą i sloganami o 200 latach wydobywania węgla. Ale tylko kiedy byli potrzebni – przed wyborami. I zamiast wykorzystać do końca śląski węgiel, polski rząd importuje węgiel rosyjski. Przypadek? Nie sądzę!

W województwie śląskim potrzebne są nowe, zielone miejsca pracy. Wiem o tym ja, wie komisarz Frans Timmermans, ale już nie premier Morawiecki czy prezydent Duda. Gańba fest!

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I thank you for your interventions, and let me respond now to a few of the main themes that came up.

First, empowering and protecting all European consumers, especially those who are vulnerable, is paramount. The potential increase of energy poverty among Europeans is a risk we have acknowledged in the recent toolbox of proposals to combat rising energy prices, and we want to use the Energy Efficiency Directive to reduce the burden on vulnerable households in tandem with the climate social fund. Energy poverty will reduce further as improvements in energy efficiency grow and as we increase our use of renewable energy across the EU. And at the same time, the hydrogen and gas decarbonisation package coming next month will also include a set of reinforced provisions on consumer protection in the gas and hydrogen markets, drawing inspiration from those applied in the energy market.

Second, some of you mentioned soaring energy prices. However, increasing energy prices only remind us that we remain too reliant on fossil fuels in the EU, and we know that in the medium and longer term, we will need to replace unabated fossil fuels, methane and natural gas. We expect that biogas, biomethane, hydrogen and e-gases will provide sustainable options for decarbonisation across a wide range of sectors and also increase EU autonomy thanks to domestic production. This is the context in which we are carrying out the work on the hydrogen and gas decarbonisation package.

Third, it's clear that more needs to be done on research and innovation spending. On the public side, the EU's rate of public investment in clean energy technologies is the lowest of the major economies, even lower than it was in 2010. But the State of Energy Union Report also clearly shows that EU recovery funding that targets clean energy R&I can help reverse this trend.

Last but not least, many of you mentioned that we have to do more to achieve our 2030 targets. You mentioned that we need to do our utmost to remove barriers for deploying renewables. Right now, the total duration of an offshore renewable energy project can be up to 10 years. If this doesn't change, it could jeopardise the energy transition and our goal of climate-neutral Europe for 2030.

We need to ensure faster permitting and authorisation processes, and as part of the RED Simplify Project, we have carried out mapping, permit-granting and grid connection procedures. This helps us identify the key barriers from process to land use and pre-connection issues. Tackling this issue is also of particular importance in light of rising energy prices.

Mr President, honourable Members, thank you very much for today's discussion.

Presidente. – Grazie mille cara Commissaria.

La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Milan Brglez (S&D), *pisno*. – Energetska unija je garant regionalne stabilnosti. Ta je odvisna od zunanjih (geopolitični kontekst in odnos EU z energetskimi velesilami) in notranjih dejavnikov (energetska pravičnost).

Za ohranitev tega ravnotežja mora Unija, prvič, oblikovati preudarno zunanjo politiko do sosednje Rusije, še zlasti upoštevajoč kritične razmere, ki so grožnja miru in varnosti v Ukrajini.

Drugič, Unija mora v kontekstu zelenega prehoda zagotoviti odpornost evropske družbe, tako da bo sposobna prenesti preoblikovanje gospodarstva, utemeljenega na trajnostnem razvoju ter skladnosti z okoljskimi in podnebnimi cilji. Aktualne razmere na energetskem trgu so odličen „poligon“ za spopadanje s tovrstnimi pojavi v nadaljnjem procesu zelene transformacije.

Tudi zato pozdravljam takojšnjo reakcijo Komisije, ki je objavila nabor različnih kratkoročnih in srednjeročnih orodij za naslavljanje teh izzivov, pri čemer pa je pretežno del odgovornosti in pristojnosti na ravni držav članic. Za zeleni preboj in preprečitev energetske revščine potrebujemo ne samo ambiciozne strategije, ampak tudi kompetentne akterje znotraj energetskega sektorja, ki bodo to tranzicijo dejansko sposobni izpeljati.

Prav zato bi želel izraziti skrb glede aktualnega dogajanja v slovenski politiki, kjer se zdi, da lahko ostane prehod v brezogljično gospodarstvo le črka na papirju zaradi nespametnega kadrovanja v državnih podjetjih, ki so dejansko sposobna uresničiti zaveze in cilje Unije na področju podnebja in okolja.

András Gyürk (NI), írásban. – Az energiaunió helyzetéről évente kiadott jelentés megfelelő alkalmat jelent az európai energiapolitika teljesítményének megvitatására. Az Európa-szerte tomboló energiaválság még inkább időszzerűvé teszi az elemzést. A tények és folyamatok ismeretében kijelenthető, hogy Brüsszel energiapolitikája megbukott, a baloldal és a bürokraták elvakultsága pedig az energiaunió eddig elért eredményeit is veszélybe sodorja. Az Európai Bizottság rossz döntéseinek következtében az energiaárak már-már elviselhetetlen szintre nőttek. A tőzsdei földgázár négyeszeres, a villamosenergia árának háromszoros emelkedése komoly jelzés a jelenlegi európai energia- és klímapolitika súlyos hibáival kapcsolatban.

A zöld átmenet megvalósítása érdekében a polgárok védelmére és azonnali változtatásokra lenne szükség. Sajnálatos módon, a baloldal és a brüsszeli bürokraták erre nem hajlandók és tovább erőltetik a valóságtól elrugaskodott, megbukott rögeszméiket. A rezsit csökkentő országokat megvetik, klímaadó bevezetésén dolgoznak és rászabadítanak a piaci energiaárakat a lakosságra. Ebben magyar baloldali elvtársaik is követnék őket. Ez a jövőkép teljességgel elfogadhatatlan és az energiaunió meggyengüléséhez vezethet. Az eddigi eredményeket a hálózatfejlesztés és a károsanyag-kibocsátás csökkentése terén megalapozott célkitűzésekkel, tisztelettel és konszenzusra törekvő Bizottsággal lehetett elérni. Az európai emberek megfizethető árú energiát és a jelenleginél jobb, észszerűbb klíma- és energiapolitikát érdemelnek.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Strategia na rzecz utworzenia unii energetycznej z 2015 roku określa jako cel tej unii „zapewnienie konsumentom w UE – gospodarstwom domowym i przedsiębiorstwom – bezpiecznej, zrównoważonej, konkurencyjnej energii po przystępnych cenach”.

Mam wrażenie, że od czasu powstania unii energetycznej cel ten nigdy jeszcze nie był bardziej aktualny niż dziś. Europa boryka się bowiem obecnie z niezwykle poważnym kryzysem cen gazu, które od stycznia tego roku wzrosły aż o 200 %. Sytuacja ta stanowi poważne zagrożenie zarówno dla gospodarstw domowych, które coraz częściej mają problem z opłaceniem niespotykane wysokich rachunków, jak i dla przemysłu, dla którego wysokie ceny energii powodują zagrożenie pod względem ich konkurencyjności.

Dlatego też potrzebujemy z jednej strony rozwiązań krótkoterminowych, tak by w tej wyjątkowej sytuacji chronić najsłabszych, a z drugiej strony rozwiązań długoterminowych, by europejski rynek energetyczny był odporny na takie sytuacje.

Dlatego też wzywam Komisję Europejską do przedstawienia propozycji wsparcia państw członkowskich w reagowaniu na rosnące ceny energii i w ochronie konsumentów przed zbyt drastycznym wzrostem cen, jak również do rozważenia budowy rezerw strategicznych oraz utworzenia europejskiej platformy zakupowej.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), por escrito. – El informe anual sobre el estado de la Unión de la Energía revisa los progresos en materia de energía y ofrece un balance de las cinco dimensiones de la unión energética.

Este año se trata de un informe atípico debido a la pandemia de la COVID-19 y el gran confinamiento. Por ejemplo, se destaca la reducción de emisiones de gases de efecto invernadero sin precedentes, del 10 % en 2020. El informe también analiza el fuerte aumento en los precios del gas y la electricidad en la Unión Europea y describe las medidas propuestas por la Comisión para confrontar la situación.

El Grupo S&D ha sido muy activo reclamando y proponiendo medidas a nivel europeo para para atajar el *shock* de precios de la energía y proteger a los ciudadanos más vulnerables.

El Grupo S&D celebra las noticias positivas del informe. Por ejemplo, el que por primera vez las energías renovables superaran a los combustibles fósiles como principal fuente en el sistema eléctrico de la UE. Sin embargo, reclama acelerar políticas energéticas basadas en energías renovables sostenibles para que reducir también la elevada dependencia energética del exterior de la UE, la más alta en 30 años.

Mihai Tudose (S&D), *în scris*. – Consider dezamăgitoare atât discursul comisarului european pentru energie, Kadri Simson, cât și raportul la care s-a referit. Din păcate, obsesia reducerii emisiilor este mai puternică pentru Comisia Europeană decât realitatea creșterii prețurilor la energie pentru cetățeni și companii, perspectiva penuriei de combustibili de bază ori lipsa de progrese semnificative în materie de eficiență energetică.

Este vorba, de altfel, despre un raport care conține observații contradictorii. De exemplu, se spune că, în premieră, sursele regenerabile de energie au depășit combustibilii fosili ca sursă principală de energie în UE. Dar asta s-a întâmplat din cauza închiderii de capacități de producție de energie, așa cum s-a întâmplat în România. E o modificare mai degrabă artificială a ponderii de piață a energiei verzi.

În același timp, raportul atrage atenția asupra celui mai ridicat nivel de dependență a UE de importurile de combustibili fosili – cu o explicație în plen pe cât de scurtă, pe atât de bizară din partea comisarului Simson: „în mod paradoxal”. Nu e nimic paradoxal aici, ține de logică și de înțelegerea contextului geostrategic – aspecte străine, din păcate, unei zone decizionale atât de importante din Comisia Europeană.

14. Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in Slowenien, insbesondere die Verzögerung bei der Benennung der Staatsanwälte für die EUStA (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sui diritti fondamentali e Stato di diritto in Slovenia, in particolare i ritardi nella nomina dei procuratori europei (2021/2978(RSP)).

Ricordo a tutti i colleghi che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, sono previsti anche interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento negli Stati membri.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, prior to my intervention, let me make a short notice from the Presidency on the EU budget vote. At the beginning, I would like to inform you that, after the announcement of the plenary vote on the EU budget 2022, the Presidency delivered, on behalf of the Council, a statement on the budget vote in a written form congratulating you for concluding your vote on the budget of the European Union for the financial year 2022. The Council notes with satisfaction that the European Parliament confirmed the agreement reached at the Conciliation Committee meeting on 15 November.

Now, coming to the today's agenda topic, as we know, the rule of law is essential in guaranteeing that our common values are well protected and complied with, ultimately ensuring the very functioning of our Union. Let me therefore start by highlighting the importance that the Council attaches to this issue and how the Presidency is committed to bringing forward exchanges in a positive and constructive atmosphere on the rule of law and related issues, while observing the principle of objectivity, non-discrimination and equal treatment of all Member States.

The General Affairs Council, in the framework of the annual rule of law dialogue, twice discussed the development in the area of the rule of law. The intention is to retain an atmosphere of trust where best practices can be exchanged and a preventive approach can be set into motion. The Commission's 2021 Rule of Law report fed into this key exercise. Let me stress that the dialogue is of paramount importance since it allows Member States to reach a common understanding of rule of law principles and to address possible shortcomings before they become actual problems. Best practices, experiences and also critical remarks are exchanged.

On 19 October, in a horizontal discussion on the rule of law in the EU as a whole, the Council covered the general trends in the Union, both positive and negative, with the aim of enabling the lessons learned and strengthening EU resilience, also in upholding the rule of law. The debate, *inter alia*, focused on the institutional checks and balances amidst the restrictive measures in the COVID-19 pandemic, with attention to the role and responsibilities of the respective branches of power.

Yesterday, the General Affairs Council held a country-specific discussion, which allowed to cover developments and particular aspects of natural rule of law frameworks in five Member States, namely Croatia, Cyprus, Italy, Latvia and Lithuania. Once again, the Council proved a committed forum where Member States can discuss various rule of law issues and learn from, and about, each other in an open, inclusive and constructive debate.

Coming to the situation in Slovenia, we have read with great attention the relevant country chapter in the Commission's 2021 Rule of Law Report. I quote some findings. 'The Slovenian justice system has seen some positive developments, including on issues raised in the 2020 Rule of Law Report.' 'The legal and instrumental framework for preventing and fighting corruption continues to improve.' 'Parliament continued to function after quickly amending the Rules of Procedure to allow for online sessions.' 'The financial independence of certain independent bodies has been protected by a Constitutional Court judgment.' 'To discuss the rule of law, the President of the Republic convened the first ever meeting of all three branches of government.'

However, the report also acknowledged that there are concerns in regard to downward trends in certain areas. Appointments of state prosecutors are unjustifiably delayed and the pandemic exposed the need to accelerate improvements to electronic communication tools. The low number of convictions for corruption cases, especially for high-level instances, remain a serious concern. The area of media freedom and pluralism faced several challenges.

The report also raises concern by national and international stakeholders, following the refusal by the authorities to finalise the Slovenian press agency for 2021 and the failure to timely nominate European delegated prosecutors. In this regard, I would like to highlight that the Slovenian Government and the Slovenian press agency concluded an agreement concerning the provision of public service, thus guaranteeing financial resources to the agency.

Referring to the European Public Prosecutor's Office (EPPO), I wish to draw your attention to the fact that the Council attaches the greatest importance to the smooth operation of this body. The Council has always supported the EPPO and actively worked towards the implementation of the EPPO Regulation. Concerning the appointment of European delegated prosecutors, I would like to remind you that the Council is not involved in the procedure. The appointment is a matter for the individual Member State. Nevertheless, I can inform you that Slovenian Government nominated two candidates for appointment last week, on 19 November 2021, and, as we were informed, the EPPO College has confirmed their appointment today.

To conclude, let me repeat that one of the priorities of the Slovenian Presidency is strengthening the rule of law, which is the joint responsibility of the EU institutions and the Member States. Respecting the rule of law is also vital to maintain citizens' trust in public institutions and a prerequisite for mutual trust among Member States.

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, l'objectif du rapport annuel sur l'état de droit, dont la seconde édition a été adoptée en juillet dernier, est de suivre la situation dans tous les États membres de l'Union, tant les évolutions positives que les évolutions négatives. Ce rapport a prouvé qu'il pouvait servir de base à un véritable dialogue politique sur l'état de droit dans l'ensemble de l'Union.

Permettez-moi, dès lors, de présenter les principales conclusions de la Commission sur la situation de l'état de droit en Slovénie, telles qu'elles sont détaillées dans le chapitre consacré à cet État membre dans notre rapport annuel. Comme indiqué à plusieurs reprises, je vous confirme que je suis à la disposition de votre Parlement pour aborder également les conclusions du rapport relatives à chacun des États membres.

As regards the justice system, Slovenia has seen some positive developments this year, in particular, the ruling of the Constitutional Court that declared the rules governing parliamentary inquiries to be unconstitutional for lack of safeguards on judicial independence provides an important protection for judges. Also, the judiciary initiated a discussion on improving the framework for disciplinary proceedings regarding judges.

I also take note of the recent decision of the Constitutional Court, which clarified the guarantees on impartiality in certain disciplinary proceedings regarding judges. However, appointments of state prosecutors remain unjustifiably delayed. It is not a good sign that, since the publication of this year's report, the number of candidates for state prosecutors that are waiting for their appointment or promotion by the government has only increased, from 15 to 19.

Challenges remain in proceedings relating to cases of economic and financial crime. The COVID-19 pandemic exposed the need to accelerate improvements regarding electronic communication tools. Access to courts and prosecution documents has become a sensitive matter, leading to a Supreme Court judgment and to a legislative amendment.

Unfortunately, I also took note of another recent development, namely the seven degrees of budget for the justice system after the level of funds was already agreed, and without prior consultation on this change with the courts, the Judicial Council and the state prosecution.

As regards the anti-corruption framework. The report finds that the legal and institutional framework for preventing and fighting corruption continues to improve. Legislative amendments have improved the independence, organisation and functioning of the Commission for the Prevention of Corruption, although its human resources remain limited.

The same amendments have also strengthened the legal framework on lobbying, the protection of whistleblowers and declaration of assets. However, concerns remain over the effective enforcement of the anti-corruption rules, for instance, on conflicts of interest and on whistleblowers. Although the number of prosecutions has increased, the challenge remains, notably as regards the capacity for effective investigations and the low number of convictions for corruption cases, especially for high-level cases.

Let me now turn to the third pillar of the rule of law report, dedicated to media freedom and media pluralism. Over the last months, the Commission had expressed concerns as regards media freedom in Slovenia. Those related notably to attempts to undermine the funding and independence of the national press agency staff. The Commission always made it clear that it is the duty of the Slovenian Government to ensure the appropriate funding for the national press agency, in accordance with national law. The national authorities must also ensure that the independence of this agency is fully preserved.

We are aware that the long overdue funding for 2021 is now unblocked. The Commission will nonetheless continue to follow the situation closely with regards to both the financial viability and the independence of the agency, notably in light of the conditions attached to the funding. It is also clear that any political attacks on independent media and individual journalists are not acceptable.

As regards checks and balances, the report notes that the Slovenian Parliament continued to function during the COVID-19 crisis after quickly amending its rules of procedure to allow for online sessions. The financial independence of certain independent bodies has been protected by a judgment of the Constitutional Court. This court improved its efficiency and played an active role in reviewing COVID-19 measures.

Le rapport sur l'état de droit souligne également que l'absence de nomination dans les temps de procureurs européens délégués auprès du Parquet européen a suscité de grandes inquiétudes.

Comme vous le savez, les activités opérationnelles du Parquet européen ont débuté le 1^{er} juin. À ce jour, le Parquet européen a reçu plus de 1 700 signalements criminels et ouvert plus de 350 enquêtes représentant un préjudice au budget de l'Union estimé à environ 4,5 milliards d'euros. Ces chiffres sont clairs, le parquet européen fonctionne, au-delà même des attentes, et nous pouvons nous en féliciter. En un peu plus de cinq mois, le Parquet européen est devenu l'acteur principal dans la lutte contre la fraude et la corruption portant atteinte au budget de l'Union. Permettez-moi donc de remercier encore une fois votre Parlement pour son soutien constant au Parquet européen.

La Commission a commencé une évaluation approfondie des mesures que les États membres ont prises pour adapter leurs systèmes juridiques nationaux à cette nouvelle réalité juridique. Notre objectif est clair: vérifier que les adaptations nécessaires ont bien été mises en place, que le cadre juridique national est conforme au règlement sur le Parquet européen et que le Parquet peut exercer tous les pouvoirs que le règlement lui confère.

Concernant l'absence de désignation de procureurs européens délégués par la Slovénie, j'ai été en contact étroit avec le ministre de la justice ainsi qu'avec le premier ministre pour les encourager à désigner des candidats. Nous prenons note du fait que le gouvernement slovène a finalement soumis, le 19 novembre, les noms de deux candidats au Parquet européen. Vous le savez, il appartient au collège du Parquet européen de se prononcer sur cette proposition, et il est important de noter que la nomination des procureurs européens délégués doit être conforme au droit de l'Union et respecter la pleine indépendance du Parquet européen. À cet égard, l'article 17 du règlement établissant le Parquet européen prévoit que, je cite, «les procureurs européens délégués sont nommés pour un mandat de cinq ans renouvelable». Je suis ravi que le collège du Parquet européen ait nommé aujourd'hui les deux candidats dans leurs fonctions pour le mandat de cinq ans prévu à l'article 17 du règlement établissant le Parquet européen, avec toutes les garanties requises pour assurer son indépendance.

Cela signifie qu'il y a désormais des procureurs européens délégués en place dans chaque État membre participant au parquet. Cela constitue une excellente nouvelle. Le parquet européen peut maintenant fonctionner pleinement et nous allons continuer à travailler à la conclusion d'accords entre ce Parquet européen et les États membres qui ne participent pas encore au Parquet, comme à la conclusion d'accords avec des pays tiers. Bien entendu, je ne peux qu'engager les États membres qui ne participent pas encore au Parquet européen – en respectant leur choix – à réfléchir à leur participation prochaine aux activités de cette nouvelle institution européenne.

Romana Tomc, v imenu skupine PPE. –Gospod predsednik!

Pred štirimi leti smo v Evropskem parlamentu obravnavali primer pranja milijarde evrov denarja iranskega izvora v največji slovenski državni banki z napotilom Parlamenta, naj ukrepajo institucije pravne države. Do danes za ta kriminal svetovne razsežnosti ni odgovarjal še nihče.

Slovenski sodniki, ki se niso uklonili pričakovanjem sistema, so deležni šikaniranja in sodnega preganjanja. Imamo prvorazredne državljane, ki se zaradi načrtnim napak v postopkih, izognejo roki pravice in drugorazredne, ki so za svoje pravice borijo desetletja.

Slovenija ima nedvomno precej težav z vladavino prava, ki izvirajo iz prejšnjega sistema. Ugotoviti razsežnost teh težav, naj bi bil tudi cilj nedavnega obiska neformalne skupine odbora LIBE. Žal pa so se namesto z resnimi težavami vladavine prava ukvarjali predvsem z vprašanjem delegiranih tožilcev in financiranja STA.

Vlada je pri imenovanju tožilcev bila omejena s slovensko zakonodajo. Iskanje rešitve je povzročilo zamude, ki pa ne bodo v ničemer vplivale na učinkovitost dela evropskega tožilskega organa, če bo zato volja. Vesela sem, da je zadeva rešena, tudi STA, in s tem odprta pot za pregon vseh, ki so z evropskim denarjem goljufali in sredstva porabljali za razne sumljive in preplačane projekte.

Najbrž se zato sprašujete, zakaj se je ta točka danes sploh znašla na dnevnem redu. Odgovor je jassen. Gre za nov poskus slovenske opozicije škodovati lastni vladi. Take poskuse pričakujem, seveda, tudi v prihodnje. Postajali bodo čedalje bolj brutalni, a tudi čedalje bolj prozorni, kot je bil tudi zadnji poskus kolegice Fajon s tako imenovanim lektoriranjem poročila o obisku v Sloveniji.

Ob vseh težavah, ki v tem trenutku pestijo Evropsko unijo, je nesprejemljivo in skrajno škodljivo, da se Evropski parlament izrablja za namen notranjepolitičnega obračunavanja.

Cyrus Engerer, on behalf of the S&D Group. – Mr President, unity in diversity. Colleagues, this is our slogan, and these are the words that bring us together. As a Union, we are all different and it is that which makes us European. We come in different shapes and sizes because of the places we come from, but we have diverse frames of mind and opinions, but regardless of these key and sometimes fundamental differences we are all European. What binds us together are our values, those values that all of us hold as supreme and that we all agreed upon when we came together in this European project.

To uphold values one thing is vital: dialogue. The ability to sit together and speak to each other and understand where we are coming from and what we want to achieve. This is what I wanted out of our mission to Ljubljana to achieve, but unfortunately we were met with empty chairs. We must be able to listen to each other and not turn everything into smear campaigns and to slander and polarisation. This is why it is so important to have forward-thinking discussions on fundamental rights and the rule of law, as the Commissioner said earlier on, be it in Slovenia, Germany, Poland or in any other Member State. It keeps us all on our toes striving to be better. It allows Member States like my own, Malta, to recognise where we can improve and make changes in order to reach a higher standard for all citizens. But in order to reach a higher standard, we must ensure a number of safeguards are in place to protect our democracies.

The European Public Prosecutor is one of them. Although it took a much longer time than expected, the nomination of Slovenia's European Public Prosecutor is a step in the right direction, but one which could have been made much earlier. I thank the College for their appointment today.

European governments must ensure the separation of powers. European governments must ensure and must follow and abide by rulings by the courts. European governments must protect journalists and European governments must ensure diversity of opinion and freedom of speech.

Ramona Strugariu, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I am a bit confused by Mr Logar's message. We're talking, Mr Logar, about six months of delay in nominating the Slovenian delegated prosecutors to the EPPO. We are talking about the Prime Minister's direct intervention in the process. We are talking about the Minister of Justice resigning in protest.

This was an act of obstruction of justice in Slovenia and in the Union, casting a dark shadow over the current presidency of the Council. The consequence: investigations into serious crimes were completely blocked for all this time. Back in May, Mr Janša sabotaged a perfectly legally conducted procedure and prevented the nominations of two highly qualified prosecutors because of their involvement in past investigations into his own assets. His pressure, through the controlled media, is in pure violation of the independence of the State Prosecutor's Office. I hope the Commission and the Council have eyes to see and ears to listen.

The scandal of nominating prosecutors is just the tip of the iceberg. Mr Janša is copying Mr Orban's moves in making a mockery of key European values, media freedom as well. But we have now the tools to stop this kind of abuse. We prefer letters sent around confidentially, but the truth is that it is time to make that conditionality real – make it real and it will work.

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Council, Commissioner, the rule of law crisis in Poland and Hungary have taught us to better monitor and intervene at a much earlier stage of regression, and our assessment of Slovenia is therefore timely. The rule of law functions, but it is under threat. It is unacceptable that the threats directly come from President Janša and his ruling party.

The personal attacks and lawsuits against actors safeguarding checks and balances are deeply concerning. They affect the authority of independent institutions, the freedom of speech of NGOs and citizens, and freedom of media for journalists. The government almost broke the Slovenian press agency by a complete budget cut. It must guarantee structural funding – not mid-next year, but now.

The governmental contempt for court rulings is devastating. Thanks to national and European pressure, the candidates for EPPO have finally been appointed for five years, but the Supreme Court judgment to end collective expulsions of migrants, for instance, is still ignored. So Janša's disdain and embarrassing behaviour towards the European Parliament perfectly mirrors the problems he's causing at home. Let's hope that new elections will give the protection of the rule of law back to the Slovenian citizens. But I urge the Commission to stand with the people of Slovenia, stay alert and intervene if necessary.

Annalisa Tardino, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come da modus operandi di quest'Aula, oggi partiamo da una bella scusa: il presunto ritardo della nomina dei delegati sloveni nella procura europea, istituzione peraltro inutile, per attaccare la sovranità di uno Stato membro, la Slovenia. Oserei dire un «non tema», considerato che il governo sloveno, a guida del Presidente Jansa, ha non solo nominato i procuratori delegati, ma ha anche sbloccato i finanziamenti necessari all'attività della principale agenzia di stampa del paese, come da voi chiesto.

Dovreste invece chiedere al Primo ministro quali e quante difficoltà incontra un governo che deve risolvere problemi storici, lasciati in dote da un vecchio regime. Ma questo non vi interessa. Preferite servirvi l'ennesima polemica strumentale, che tale è sia per la tempistica che per le modalità utilizzate dai suoi ideatori, che hanno come unico interesse quello di destabilizzare il governo di uno Stato membro.

Vedete, siamo stati di recente in missione a Lubiana e possiamo confermare che la Slovenia non è una dittatura, né una democrazia illiberale, ma è uno Stato sovrano dove le istituzioni pubbliche funzionano correttamente – lo dice la commissione LIBE - con riforme in itinere, e che tiene una linea politica, questo sì, a voi sgradita.

Ma la Slovenia ha tutto il diritto di esprimersi su come vede il proprio futuro e il futuro dell'Europa, dove tutte le voci devono trovare pari ascolto, se è vero che il dialogo è alla base della democrazia.

Ci dispiace, ma non riuscirete a imporci un pensiero unico su quello che la nostra Europa deve essere. Non ci stiamo ad assistere alla continua trasformazione dell'Europa in una cooperazione tecnocratica. Noi aspiriamo ad una cooperazione democratica, fondata sul rispetto di tradizioni, diversità e culture, fondata soprattutto sul rispetto delle singole nazioni, cuori pulsanti delle tradizioni democratiche.

Noi oggi qui difendiamo la Slovenia, quale Stato membro sovrano, per difendere anche la nostra idea di Europa.

Assita Kanko, on behalf of the ECR Group. – Mr President, I was in Slovenia with the European Parliament delegation. I saw a very beautiful country, with a very ugly political debate. Leaders of national institutions told us that they were able to do their work independently and without fear. I believe them. Journalists and NGOs also told us they were under attack from many sides. I believe them as well. What Slovenia needs, and what most of our Member States need, is a good dose of decency in the public debate. Less moralistic, more diplomatic; less sexist, more polite.

In many European countries we see a crisis of trust. I am convinced that where politicians, policymakers and opinion makers engage in the public debate in a dignified manner, trust will return. Trust does not equal agreement, but trust is essential to find workable compromises. It's good that Slovenia's national press agency is now funded again. It's good that Slovenia has finally nominated two interim prosecutors for the European Public Prosecutor's Office. Not soon enough, unfortunately, but good it's finally happening. With all the challenges facing us these days, we need more of those solutions. More of those compromises. More dialogue for Flemish citizens, for Slovenian citizens, and for all of us inside the EU.

Κωνσταντίνος Αρβανίτης, εξ ονόματος της ομάδας The Left. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Υπουργέ αυτή τη φορά δεν μας φέρατε βίντεο. Σας είδαμε ζωντανά. Και έχουμε δεχθεί όλοι εδώ ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση ζει με τις αντιφάσεις της. Όμως αυτό δίνει και ένα ιδιαίτερο πολιτικό ενδιαφέρον στην Ένωση μας. Όμως η περίπτωση του κυρίου Janša είναι, νομίζω, η υπέρβαση σε υπερθετικό σε υπερθετικό βαθμό, καθώς από τη μία προεδρεύει σε έναν θεσμό που από την άλλη απαξιώνει. Τι εννοώ. Θυμίζω ότι ο κύριος Janša και ο Υπουργός Δικαιοσύνης έκαναν πράξη το δικαίωμα στην αποσύνδεση —χαριτολογώ— με λάθος τρόπο και για λάθος λόγο, όταν, κληθείς από την επιτροπή μας να απαντήσει στα ζητήματα που αφορούν και τη σημερινή μας συνεδρίαση, απαίτησε αντί απαντήσεων να παίξουμε ένα βίντεο στην επιτροπή και μετά, όταν εμείς το αρνηθήκαμε, αποσυνδέθηκε. Στην πρόσφατη μας επίσκεψη της αρμόδιας επιτροπής, στην οποία συμμετείχα, στη Σλοβενία, πρέπει να σας πω ότι είχα άλλη εικόνα από την κυρία Kanko. Πρέπει να σας πω ότι ο πρωθυπουργός ακύρωσε την τελευταία στιγμή την επικοινωνία με την επιτροπή μας. Πλήρης απαξίωση των θεσμών που προεδρεύει ακριβώς ο κύριος Janša. Δεν θα σχολιάσω την ανιστόρητη και απαράδεκτη επίθεση του πρωθυπουργού της Σλοβενίας κατά της πολιτικής μου ομάδας που απάντησε επαρκώς και με αυστηρότητα ο Πρόεδρος Sassoli. Στις τρεις μέρες που βρεθήκαμε στη Σλοβενία διαπιστώσαμε ότι υπάρχει μείζον πρόβλημα που αφορά στη δικαιοσύνη. Νομίζω ότι η Σλοβενία ή θα συμμορφωθεί ή θα πρέπει να μπει μπροστά το άρθρο 7.

Balázs Hidvéghi (NI). – Mr President, the Left in this house is cooking from the same recipe all over again, isn't it? The recipe is the following: take a successful, conservative right-wing government, come up with unfounded political attacks, disguise them as legal issues, and then put it up on the agenda here as a rule-of-law debate. We've seen this before: mostly it's been about Hungary and Poland, now it is Slovenia. But let's be clear: your real problem is that in these countries the liberal mainstream does not have hegemony. People are able to speak their minds without taboos, and they can have real debates without political correctness.

It is ridiculous how you criticise media freedom in these countries, but you forget to mention how media looks like in most of your countries now – like in Germany, for instance, where all the liberal views are tolerated and everything else is censored.

Luckily it does not matter how many fake fact-finding missions you organise to these countries, how many debates, resolutions or sanctions you push for here. It will always be and remain the free people of these countries to decide about their governments, and not you.

Jeroen Lenaers (PPE). – Mr President, to be honest I wasn't sure about the necessity of this debate on the late nomination of the EPPO prosecutors today, but I have to admit, the colleagues who insisted on it do have impeccable timing, because this morning the two Slovenian prosecutors were indeed appointed by the College of the EPPO and the EPPO is now finally fully operational. So this debate comes at the right moment to send our congratulations to these prosecutors, to the EPPO, and to the Slovenian Government for doing the necessary, for doing exactly what this House has always called for. Just like this Parliament has always called on the Slovenian Government to ensure the proper functioning of the Slovenian press agency, which in the meantime has also signed a new contract securing normal funding, and we count on all parties to solve any outstanding issues for the future.

These two issues have featured prominently in our debates on Slovenia and I'm happy today that we can at least establish that both issues are addressed. That leaves us with the wider debate on the rule of law. This is a crucial debate because without rule of law, ultimately, democracy ceases to exist and it is up to all of us, whether at the European or the national level, to wherever and whenever it is under attack, defend the rule of law in a fair, objective and indiscriminate way. Because when we stop being objective about the rule of law and we start using it for political purposes, we ourselves contribute to the erosion of it.

Looking at the recent developments also in this House, there is also reason for concern. Reports were leaked to the Slovenian press before shared with Members. The Office of the Slovenian Opposition Leader edits reports of missions that she didn't participate in. Is that really the way we want to work on the rule of law? Sometimes a good look in the mirror is necessary so what we ask of the Slovenian Government in order to further improve the rule of law situation in the country based on the recommendations also by the Commission, is what we should ask of ourselves as well.

Tanja Fajon (S&D). – Gospod predsednik, spoštovani plenum, komisar, minister!

Danes drugič v tej stavbi govorim o skrhani demokraciji v Sloveniji. Marca smo govorili o političnem vmešavanju v svobodne medije. Dejstvo, da že drugič govorimo o Sloveniji, potrjuje, da je v državi nekaj resno narobe in to obžalujem. Ne želim, da te razprave izzvenijo kot kritika Slovenije, njenih ljudi. To, kar je povod teh razprav, je kritika slovenske vlade pod vodstvom Janeza Janše.

Evropsko politiko so večkrat razburile provokacije premierja. Nazadnje, ko je zavrnil evropsko parlamentarno delegacijo in se pozneje z nekaterimi spustil v besedni boj na Twitterju. Odzivi so bili ogorčeni, ogorčeni so bili evropski odzivi na nedopustno finančno izčrpavanje Slovenske tiskovne agencije in zavlačevanje imenovanja dveh evropskih delegiranih tožilcev.

Pozdravljam, da so evropske institucije vztrajno zahtevale od slovenske vlade, naj izpolnjuje zakonske obveznosti. Danes smo dobili delegirana tožilca iz Slovenije, želim, da bosta sposobna brez očitkov o pristranskosti obravnavati zadeve in brez poskusov slovenske vlade, ki se zdi, da so danes že na mizi, da ju diskreditira ali celo odpokliče, kar je nemogoče. Slovenska vlada se namreč eno leto z njunim imenovanjem ni strinjala.

Tovrstne kršitve evropske zakonodaje v Sloveniji, tudi v primeru Slovenske tiskovne agencije, bodo žal pustile slab pečat na sicer solidnem delu slovenske administracije v času predsedovanja Slovenije na čelu Sveta Unije.

Spremljanje držav, v katerih je stanje demokracije zaskrbljujoče, je ključno, da zavarujemo naše skupne vrednote, človekovo dostojanstvo, svobodo, demokracijo, enakost, pravno državo, človekove pravice. In na nas, kolegi, je, da skupnim vrednotam ostajamo zvesti in vedno ukrepamo, če so te kršene, saj s tem obvarujemo ljudi.

Irena Joveva (Renew). – Gospod predsednik!

Če kritiziraš, sledijo napadi. Če ni podreditve, sledi uničenje. Če nisi s to vlado, moraš oditi. Če nisi njihov, se – skratka – pazi. Da, o trenutnih razmerah v Sloveniji govorim. Na primeru Poljske in Madžarske pa smo lahko videli, da tak odklon od demokratičnih norm preseže nacionalne okvire in preraste v problem Unije.

Drži, aktualna slovenska vlada je nedavno popustila pritiskom. Sprostili so financiranje STA po skoraj letu manipulacij. Seznanili so se z imenom za evropska delegirana tožilca po več kot letu pravne farse. Ampak, naj vas to ne zavede.

Ves ta problem ni rešen, ne ve se, kaj bo naslednje leto, pri tožilih pa se vlada s svojimi sklepi glede začasnosti in celo nekimi novimi zakonskimi predlogi še vedno samo norčuje iz neodvisnih institucij.

To popuščanje torej pomeni samo stopnjevanje pritiska drugje. Tožilstvo, sodstvo, policijo, medije, nevladnike, neodvisne regulatorne agencije poskušajo podrediti, utišati, blatiti. Z vsemi sredstvi.

Za domnevnim pluralizmom se skriva uničenje institucij, za teorijami zarote o komunistih se skrivata klientelizem in korupcija. To ni obramba tradicionalnih vrednot. To je njihova negacija.

Zavoljo bogate demokratične tradicije in integritete posameznic in posameznikov so naše institucije vzdržale do zdaj. Vendar, kako dolgo še? Kje so odločni konkretni odzivi? Kdaj vas bo izučilo, da stanje v eni državi članici vpliva na vso Unijo?

Mikuláš Peksa (Verts/ALE). – Mr President, the rule of law in Slovenia is unfortunately deteriorating quite rapidly. But as the only Member representing the Budgetary Control Committee during our mission to Slovenia, I have to admit that I observed something I would call grassroots-level corruption.

There is a big lack of competition in the country due to its size, and more than 90% of public procurements are won by local companies. For example, one single company can win most of the construction contracts as it is very much connected to the establishment. I am afraid we should strive for a more open, transparent and integrated EU single market on public procurement.

I also witnessed a very high level of pressure on the independence of different state institutions and civil society organisations. The government is cutting funds, initiating intimidation lawsuits and verbally attacking anyone who dares to investigate or criticise its actions. One example of good journalism is the Slovenian press agency, which unfortunately relies almost exclusively on governmental funding.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident, Herr Kommissar, *councillor*! Ich war selbst Mitglied der Mission in Slowenien, und am Ende stellt die Missionsleiterin Sophie in 't Veld fest: Die Institutionen funktionieren. Justiz, Parlament, Zivilgesellschaft und vor allem die Presse können arbeiten, und drei Viertel der slowenischen Presse sind regierungskritisch eingestellt.

Allein vier Dinge seien, so die Missionsleiterin, problematisch. Erstens, der Datenschutz, aber das sei in 90 % der europäischen Mitgliedstaaten ebenfalls der Fall. Zweitens – wir haben darüber gesprochen –, die Ernennung der europäischen Staatsanwälte. Das ist inzwischen geschehen – also Problem abgeräumt. Drittens, die Finanzierung der nationalen Pressagentur, auch das ist inzwischen geschehen – also Problem gelöst. Und viertens, so Sophie in 't Veld, sei der Umgangston zwischen Regierung und Opposition sehr scharf. Das ist richtig. Slowenien ist in dieser Hinsicht ein gespaltenes Land. Aber die EU ist nicht der Wachhund der Wortwahl und auch nicht die Nanny für freundlichen Umgang.

Es gibt also keinen einzigen Grund, die Überwachung von Slowenien fortzusetzen. Und drei der sieben Missionsmitglieder haben das auch deutlich gemacht, dass man hier endlich enden müsse. Und der eigentliche Skandal ist, dass diese Einwände im Endbericht keine Erwähnung fanden. Stattdessen will man das Monitoring fortsetzen, und das ist nichts anderes als eine steuerfinanzierte Verleumdung einer konservativen Regierung. Und so sehr ich Sophie in 't Veld schätze, sollten wir doch nicht dazu übergehen, hier die nächsten 30 Jahre alle möglichen Länder zum ewigen Ruhme der DRFMG-Leiterin zu beobachten.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Kolejny raz w tej izbie jesteśmy świadkami ataku na suwerenny rząd państwa członkowskiego Unii Europejskiej. Po Polsce i Węgrzech dzisiaj przyszedł czas na Słowenię. Tym razem to rząd premiera Janszy jest obiektem ataku. Atak ten jest wbrew obowiązującym traktatom, które jasno stanowią, że kwestie wymiaru sprawiedliwości pozostają wyłączną domeną państw członkowskich. Po Warszawie i Budapeszcie dzisiaj Lublana i obywatele Słowenii, którzy demokratycznie zdecydowali, kto i jaka partia ma rządzić, są obiektem ataku lewicowej większości w tym parlamencie.

Może najwyższy czas, Szanowni Państwo, abyście uznali, że wasze neomarksistowskie wizje rezonerskie próby pouczania państw Europy Środkowo-Wschodniej niekoniecznie dzielają obywateli naszych państw. Mówicie Państwo o wartościach, mówicie o praworządności, no tak, tylko wiecie, my uznajemy te prawdziwe wartości w Starym i Nowym Testamencie, w prawie rzymskim, w filozofii greckiej, w logice arystotelesowskiej, a nie w neomarksistowskich utopiach.

Wstępowaliśmy do Unii Europejskiej Roberta Schumana, Konrada Adenauera, de Gaspariego, Monneta, a nie Karola Marksa. Wstępowaliśmy do Unii Europejskiej, w której państwa członkowskie są suwerennym podmiotem wspólnoty, na którą się umawialiśmy, a nie jakimś konglomeratem, superpaństwem, które wam jawi się w głowie i chcecie pisać kolejne scenariusze nowego wspianego świata.

Miguel Urbán Crespo (The Left). – Señor presidente, nuestro grupo político estuvo hace un mes en Eslovenia y el recibimiento del Gobierno de extrema derecha fue acusarnos en un tuit de ser terroristas antifascistas.

Este solo es un ejemplo del clima de intimidación y de acoso que tiene que sufrir la oposición diariamente; un ejemplo del uso esquizofrénico de las redes sociales, alentando el odio y la crispación.

Muy preocupante es cómo el derecho a la protesta —un derecho básico en cualquier democracia— está siendo seriamente amenazado por la represión contra los manifestantes, o cómo el Gobierno ha intentado cambiar el sistema de votación para dificultar el derecho fundamental a ciertos colectivos, o cómo se han utilizado también las supuestas medidas anti COVID-19 como una forma encubierta de recorte de libertades.

Todo esto está ocurriendo ahora mismo en Eslovenia, pero también está habiendo resistencias de medios independientes, del movimiento feminista, de las organizaciones que ayudan a los migrantes, de una izquierda que no se resigna. Desde aquí, desde el Parlamento Europeo, quería mandarles todo nuestro apoyo y decirles que no están solos.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, dovolte mi několik poznámek k tomuto tématu. Já zde často vystupuji jako obhájce principů právního státu, považuji za mimořádně důležité, aby Evropský parlament tomuto tématu věnoval pozornost, a jsem také rád za dnešní debatu.

Na úvod je třeba konstatovat, že ten klíčový problém, kvůli kterému zde dnes debatujeme, a to je přístup slovinské vlády k evropskému prokurátorovi, evropskému veřejnému žalobci, byl vyřešen. Je třeba však konstatovat, že to slovinské vládě trvalo nepřiměřeně dlouho, že kolem toho byla celá řada, podle mého názoru, zbytečných politických debat a že k tomu mohlo dojít již dříve. Možná i pod vlivem té dnešní debaty slovinská vláda nakonec dva veřejné žalobce takto jmenovala.

V každém případě si myslím, že je třeba situaci sledovat. Na druhou stranu mně nepřipadá adekvátní debata kolegů z levice, kteří podle mého názoru příliš emocionálně hodnotí situaci právního státu ve Slovinsku a možná do toho trochu promítají i své politické vidění světa.

Já jsem velmi rád, že pan komisař zde hovořil obecně o evropském žalobci. Je to nová instituce, vkládáme do ní velké naděje. Mě potěšilo to, co bylo řečeno, že si veřejný žalobce vede velmi dobře, že řeší konkrétní kauzy, ale chci konstatovat, že pět měsíců je velmi krátká doba na to, abychom mohli hodnotit práci této instituce. Tedy doufám, že do budoucna budou naše debaty spíše obecné o tom, jak tato instituce pracuje jako celek, a že přesvědčíme zbylé země, aby k tomuto institutu přistoupily.

Katarina Barley (S&D). – Mr President, once again we gather here today to talk about the rule of law in one of our Member States, and this time in the Member State that is still holding the EU Presidency.

I heard your speech, Minister, and I would like to have agreed to your conclusion on the importance of the rule of law. But unfortunately, your government is led by someone who in recent months has left no doubt as to his lack of respect for the European Union and its institutions, as well as for the rule of law.

We have seen Janez Janša trying to play propaganda videos during parliamentary hearings. We have witnessed him publicly insulting judges, journalists as well as members of this House. And last but not least, we have seen him obstructing the work of the European Prosecutor's Office for six months, which has, fortunately, come to an end today.

The establishment of the EPPO was one of the biggest milestones in the field of judicial cooperation in recent years, and we are rightly proud of it. But why is the head of state acting like this in the first place? The answer is the same as with all of these leaders: because he wants to get rid of any form of control – at European level by blocking EPPO, domestically when it comes to critical media and independent judiciary. This is always a very bad sign for the state of democracy in a country.

Minister, we have to have a common understanding of the rule of law, you said. Quite – but not by negotiating between Member States what governments like as control and what they don't like, but according to our Treaties and the rulings of the European Court of Justice. Freedom of media pluralism and the independence of the judiciary are cornerstones of the principle of the rule of law, and all Member States must respect them.

Last sentence. Mr President, four months ago in this Parliament, Janez Janša said that there were many issues more relevant than the rule of law. Today I will say there is no issue that ever will be more relevant than safeguarding the rule of law, which is our backbone and our values, without which we cannot stand.

Michal Šimečka (Renew). – Mr President, I will focus on the situation with the media, because free and critical media are the clearest sign of a healthy democracy, whereas smear campaigns, criminal investigations and lawsuits against journalists are the marks of authoritarian politics.

In some Member States, including – I have to say – in Slovenia with Mr Janša, we are increasingly seeing the latter picture. The defamation lawsuits targeting investigative journalists are a threat to democracy itself. They do not seek justice, nor truth, but aim to silence critics. Attempts to silence reporters have not always ended only with verbal attacks and lawsuits. We know that after what happened to Daphne Caruana Galizia – and Ján Kuciak in my country – we can never become complacent about journalists' safety and freedom to write.

Therefore, we need a strong European response, a response from the Commission, including with new legislation, to safeguard media freedom and protect journalists in Slovenia and elsewhere in the European Union.

Saskia Bricmont (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, à quelques semaines de la fin de la présidence slovène, nous apprenons, non sans un certain soulagement, la nomination pour cinq ans de procureurs délégués du Parquet européen, qui devient ainsi entièrement opérationnel et je m'en réjouis.

La Slovénie rejoint enfin le travail de lutte contre la fraude et la corruption liées au budget européen. Mais pourquoi donc le premier ministre Janez Janša, qui a retardé puis bloqué la nomination des procureurs délégués, qualifie-t-il ces nominations de temporaires? Je voudrais comprendre et, surtout, que tout doute soit levé quant à la volonté de réformer les procédures de nomination des procureurs et de mettre au pas la justice indépendante dans le pays, ce qui constituerait une énième entorse à l'état de droit.

Nous voulons aujourd'hui un engagement ferme et sans ambiguïté de la Slovénie afin que nous puissions clôturer une fois pour toutes nos échanges sur ces nominations et afin de marquer le retour de la Slovénie à bord du train de la démocratie, de l'indépendance de la justice, du respect de l'état de droit, de la liberté de la presse, de l'opposition et de la société civile. Des valeurs universelles que nous voulons continuer à partager avec le peuple slovène.

Beata Kempa (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! Ta debata to rzeczywiście coś, co my uważamy, zarówno w Polsce, jak i – myślę – na Węgrzech. Solidaryzujemy się dzisiaj ze Słoweniami, którzy w sposób demokratyczny wybrali rząd i nikt nie zastrzegł demokratycznych wyborów i legalności tych wyborów. W naszej świadomości według was nie istnieją pojęcia suwerennego państwa, wolnych obywateli, demokratycznych decyzji czy wolnych wyborów. Dlatego że wszystko, co nie jest grane według niemiecko-holenderskiego planu federalnej Europy, jest dla was zagrożeniem i złamaniem zasady praworządności.

W tym samym czasie – przypomnę – zamykane jest pod dywan utkany z milczenia i obojętności krwawe tłumienie protestów w Holandii, w Belgii, omijamy szerokim łukiem milczenia listy sędziów z Hiszpanii, ponieważ wszędzie tam rządzą wasi lewicowo-liberalni stronnicy.

Wczoraj Polska, dzisiaj Węgry i dzisiaj również Słowenia na linii ataku unijnych instytucji. Szanowni państwo, my domagamy się szacunku dla demokratycznie wybranych rządów w naszych krajach. My domagamy się szacunku dla naszych obywateli. Jeżeli oni chcą zmian, to trzeba te zmiany przeprowadzać, a wy te zmiany uważacie za łamanie praworządności. Myślę, że na to nie należy się zgodzić.

Monika Hohlmeier (PPE). – Lieber Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich probier's mal nicht mit Schimpfen und Beklagen, sondern einfach damit, dass wir in Bezug auf die Europäische Staatsanwaltschaft überzeugen.

Erst seit fünf Monaten ist sie operativ tätig, Herr Kommissar, und sie hat bereits 400 Ermittlungsverfahren eingeleitet, und die Fälle entsprechen einem Schaden in einer Größenordnung von 5 Milliarden Euro. Slowenien ist der Staatsanwaltschaft beigetreten, andere Länder sind dies nicht. Das Benennungsverfahren war vielleicht nicht glücklich und war auch nicht richtig. Ich hoffe, dass die Staatsanwälte, die jetzt benannt sind, tatsächlich die dauerhaften Partner sind und damit die Frage erledigt ist.

Das, was mich aber nach wie vor ärgert, ist, dass es einige gibt, die nicht daran teilnehmen und darunter auch Länder wie z. B. Schweden, die nicht dabei sind. Wir müssen aufpassen, dass wir die Diskussion nicht zu sehr verschieben: genauso Länder wie Ungarn, genauso Länder wie Polen, die schlicht und einfach ihre Option wahrnehmen – aber ich halte es nicht für klug.

Denn wenn ich mir anschau, dass wir alleine in fünf Monaten grenzüberschreitende Ermittlungen zu 5 Milliarden Euro Schaden tätigen können, fordere ich alle Länder auf, dem EPPO beizutreten. Ich fordere alle auf, schnell ihre Staatsanwälte zu benennen. Ich fordere die nationalen Staatsanwaltschaften auf, eng zu kooperieren. Denn das, was der EPPO in kurzer Zeit bereits angegangen hat, bedeutet, dass der EPPO viel mehr, als er jemals kostet oder als wir mit nationalen Staatsanwaltschaften reinbekommen können, am Ende tatsächlich bereits heute angeht. Das ist das, worum es eigentlich geht.

Wir müssen gemeinsam die Europäische Staatsanwaltschaft vorantreiben. Slowenien tut es mittlerweile auch. Wie gesagt, das Verfahren empfand ich als äußerst unglücklich. Aber ich hoffe, dass wir jetzt auf einem guten Weg sind. Und jetzt muss es darum gehen, dass alle anderen auch noch teilnehmen, die dies derzeit nicht tun.

Elena Yoncheva (S&D). – Monsieur le Président, ce n'est pas la première fois que nous discutons de la Slovénie. Depuis que le premier ministre Janša y a pris le pouvoir, nous enregistrons une détérioration progressive et systématique dans de nombreux domaines, de la liberté des médias à l'indépendance judiciaire. Le gouvernement de Ljubljana n'avait même pas le temps ni la volonté de désigner des procureurs européens. Mais ces petites astuces conçues pour perturber le travail des institutions européennes visant à protéger l'argent de l'Union européenne n'aboutiront pas.

Ma question à la Commission est très simple. Jusqu'à quand allez-vous tolérer un tel comportement de la part des États membres? N'est-il pas temps que vous mettiez les questions d'état de droit en tête de vos priorités? Si quelqu'un ne se soucie pas assez de la protection de l'Union européenne, il n'a probablement pas besoin de son argent.

J'ai beaucoup de questions pour le Conseil. Mais je ne pense pas que la présidence slovène ait la crédibilité pour y répondre. Je ne peux qu'espérer que la prochaine présidence osera faire la différence dans le domaine de l'état de droit.

Moritz Körner (Renew). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer parlamentarischen Anfrage an die Kommission habe ich gefragt, ob das Nichtnominieren von Staatsanwälten für die Europäische Staatsanwaltschaft nicht einen Grund darstellt, nach der Verordnung den Rechtsstaatsmechanismus auszulösen.

Die Kommission hat mir geantwortet, dass die Nicht-Kooperation mit OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft tatsächlich ein solcher Grund wäre. Aber natürlich haben wir nicht gesehen, dass in den letzten Monaten tatsächlich gehandelt wurde und der Rechtsstaatsmechanismus eingesetzt wird, und das ist ein längerer Trend. Wir sehen, dass zugeschaut wird, und wir sehen, dass man sich erst Ungarn, dann Polen, jetzt auch ein Stück weit immer mehr Slowenien zum Vorbild nimmt. Deswegen brauchen wir endlich entschlossenes Handeln bei der Frage der Rechtsstaatlichkeit in Europa.

Ich bin aber heute auch zuversichtlich, weil ich heute auf den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung stolz bin, die eine klarere Linie in der Rechtsstaatlichkeit festgelegt hat. Wir müssen in Europa gemeinsam entschlossener für europäische Werte kämpfen, sonst werden sich weiter welche vornehmen, die europäischen Werte zu unterminieren.

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Minister! Die Zeiten sind längst vorbei, wo es selbstverständlich war, dass alle in der EU für Demokratie stehen. Die Geschwindigkeit, mit der wir in Polen und in Ungarn die antidemokratischen Entwicklungen sehen, ist atemberaubend. Und es ist ja kein Wunder, dass wir ganz genau hinschauen, was in Ljubljana seit Monaten und Jahren passiert.

Das Beispiel von Ungarn und Polen darf keine Schule machen. Und es ist gut, dass wir jetzt mit der Staatsanwaltschaft vorankommen. Es ist auch gut, dass die Nachrichtenagentur STA erst einmal eine Lösung gefunden hat. Aber das dürfen keine Lippenbekenntnisse aufgrund der Ratspräsidentschaft bleiben.

Wir schauen ganz genau hin, und eine Sache möchte ich hier noch einmal betonen, und zur Wahrheit gehört auch Folgendes: Viel zu lange haben die Schwesterparteien von Ihnen dieses Verhalten gedeckt, nicht nur in Ljubljana, sondern auch in Ungarn und auch in anderen Ländern.

Und deswegen rufe ich die Kolleginnen und Kollegen, die vorher gesprochen haben, auf: Schaut nicht einfach zu, sondern handelt und bekennt euch dazu, eine demokratische Familie zu sein! Handelt auch und schaut ganz genau, was in Slowenien mit der Schwesterpartei passiert!

Milan Zver (PPE). – Gospod predsednik!

Evropska komisija je ugotovila, da Slovenija nima težav s pravno državo, saj institucije delujejo. Vendarle, potem s tem stališčem se levi politični pol tega parlamenta ni mogel strinjati, zlasti slovenski kolegi, in nastala je ta delovna skupina v okviru LIBE, ki je obiskala Slovenijo in seveda pripravila poročilo, o katerem bomo morali še govoriti, saj je kontaminirano že od vsega začetka.

Ampak res je, Slovenija ima določene probleme z vladavino prava. Le 25 odstotkov državljanov zaupa, recimo, sodstvu, ima probleme z mediji, pa ne s svobodo medijev, ampak z netransparentnim lastništvom, koncentracijo lastništva medijev, asimetrijo, 90 odstotkov medijev je levih, levo usmerjenih, in ljudje, seveda, na ta način niso kakovostno in objektivno informirani.

Vsak, ki bi se lotil vladavine prava v Sloveniji, bi se moral lotiti ne twittanja predsednika vlade, ampak predvsem nekaterih korupcijskih omrežij, ki deloma izvirajo še iz prejšnjega režima, deloma pa so nova in dejansko obvladujejo določene družbene podсистeme.

Prej smo slišali od kolegice Tomc, da lahko eno tako omrežje, ki ima vpliv v bančni industriji, brez težav opere skoraj dve milijardi ameriških dolarjev umazanega denarja iranskega režima, pa se nič ne zgodi.

Torej menim, da ta razprava ima nek politični namen spraviti slovensko vlado na pranger in z njo tudi Slovenijo. Upam, da ne bo kakih večjih posledic zaradi tega. Morda je tudi sporočilo, glavno sporočilo te razprave, da bodo morda jo spravili s prangerja takrat (*takoj bom*), ko bo v Sloveniji kakšna druga vlada.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente Castaldo, señor comisario de Justicia, señor ministro, es la segunda vez que este Parlamento Europeo debate la situación de los derechos fundamentales y del Estado de Derecho y la situación de la Fiscalía Europea en Eslovenia. Créanme que, como presidente de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior de este Parlamento Europeo, no me alegra. Al contrario: me preocupa especialmente porque Eslovenia ostenta en este semestre la presidencia de la Unión Europea —la presidencia rotatoria— y usted, señor ministro, no representa a Eslovenia en este debate, sino al Consejo.

Pero, sin duda, Eslovenia está en disposición y, a mi juicio, puede y debe marcar la diferencia con aquellos Estados miembros lamentablemente habituales en los debates sobre el Estado de Derecho, la democracia y los derechos fundamentales —Hungria y Polonia—, para empezar, afirmando y aceptando la primacía del Derecho europeo, que consagra como valores comunes de la Unión Europea, en el artículo 2 del Tratado de la Unión Europea, los de respeto al pluralismo y protección de las minorías, y que, además, señala como un mandato muy claro la obediencia y el acatamiento de las sentencias de los tribunales de justicia cuando aplican el Derecho europeo, y, por supuesto, impone el deber de leal cooperación con la Fiscalía Europea.

De modo que lamentamos ese retraso de cinco meses y celebramos que finalmente los dos fiscales nacionales de Eslovenia se incorporen a la estructura de la Fiscalía Europea para que rindan sus mejores servicios.

Pero usted también, señor ministro, está en disposición de enviarle un mensaje a su primer ministro, Janez Janša, y el mensaje es claro: cuando el Parlamento Europeo envía una delegación oficial a un Estado miembro de la Unión Europea, esa delegación no es un alien, no es una injerencia extranjera, no: está representando a la ciudadanía europea de dos millones de ciudadanos eslovenos.

Klemen Grošelj (Renew). – Gospod predsednik!

Aktualna vlada je zaradi strahu pred mehanizmom pogojevanja dostopa do evropskih sredstev, potem ko je praktično uničila STA kot javni informacijski servis, le plačala del predvidenih sredstev in začasno imenovala delegirana tožilca, katera bo, izgleda, glede na predlog sprememb zakona, ponovno odpoklicala.

S tem daje vtis, da je Sloveniji vse v najlepšem redu. A žal gre samo za vtis. Politika sistematičnega in premišljenega slabljenja ključnih javnih institucij s ciljem njihove podreditve ali vsaj njihovega utišanja se nadaljuje. Kako si sicer lahko razlagamo, da se nekaj mesecev pred volitvami nujno spreminja programska shema informativnega programa javne televizije, da vladajoča koalicija spremeni zakon o policiji, ki ministru omogoči, da po lastnem okusu imenuje preko sto vodilnih policijskih kadrov? Ali pa da se ob rekorndih proračunskih izdatkih zmanjšajo sredstva pravosodju, še posebej Sodnemu svetu, neposredno odgovornemu za zaščito neodvisnosti sodnikov in pripravo predloga imenovanj novih sodnikov.

In to počne mimogrede vlada, katere minister za pravosodje je v sodni preiskavi. Torej na kratko: psi lajajo, karavana pa gre dalje.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Mr President, Minister Logar, you stood here earlier and said that EPPO membership and respect for the rule of law is of utmost importance for your government. Yet the Slovenian Government used a personal vendetta of the Prime Minister against the EPPO candidates to block their nomination for six months, preventing the fight against corruption, money laundering and VAT fraud in Slovenia. I find it irritating that Prime Minister Janša has to face basically zero consequences for this action. No punishment whatsoever. The Commissioner hasn't used the rule of law conditionality. The other governments in the Council have not even dared to criticise their colleague. The EPP remains silent, says maybe it's a bit unfortunate, but everything is great; nothing to see here.

We have to be honest about these things. We have to speak up, regardless of whether people sit in our own party family, and those that attack the rule of law and the independence of the judiciary have to be sanctioned for that. We have to remember that Ireland, Denmark and Sweden are still not members of EPPO. They serve as a fig leaf for the corrupt and rule of law-attacking governments in Poland and Hungary. I can only say to all those that are serious about the rule of law in the European Union: join EPPO and speak out when you see something that's going wrong.

Thijs Reuten (S&D). – Mr President, last month we experienced a low point in this Parliament; we had to discuss the Polish Government questioning the primacy of EU law. Let me stress that I do not want, and also do not expect, to have a similar plenary debate about Slovenia in two years. But, we should have learned by now to read early warning signals.

The crumbling of rule of law and democracy often starts with bigger or smaller attacks on the media, judiciary and vulnerable groups. That is why we should take the Slovenian problems with the European Public Prosecutor's Office and the STA and Prime Minister Janša's ridiculous and personal attacks on individuals seriously.

Although solved partly and extremely late, we should not accept the downplaying of these issues. When dialogue is not sufficient, measures should follow. Not after months, after hesitation by the Commission, but swiftly. It will save time. I'm saying this because I'm on the side of the Slovenian citizens.

When political leaders anywhere in Europe are not preserving the positions and the rights of their journalists, judges or minorities, the EU has to step in and support them as effectively as possible.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie tout d'abord de vos interventions dans ce débat sur la situation de l'état de droit en Slovénie. Le dialogue interinstitutionnel sur la situation de l'état de droit dans l'ensemble de l'Union est très important et je me tiens, je l'ai dit, à la pleine disposition de votre Parlement à cet égard, que ce soit en plénière ou en commission.

In our work in the Commission about the rule of law, we apply the principle of non-regression, and, of course, we ask to develop different elements to promote the independence of the judiciary, but also to guarantee some principles, like the primacy of EU law and the binding character of all the decisions of the Court of Justice in Europe. It's the reason why we organise a dialogue in the European institutions, but also in the Member States, on the basis of the Rule of Law Report. The goal is to improve the situation in all the Member States.

Next year, as you know, we will include recommendations in our report. We also have direct contact with the Member States to solve concrete issues like, in Slovenia, the funding of the press agency and the nomination of the European delegate prosecutors. I have said that I had many contacts with the Prime Minister and the Minister of Justice in Slovenia about these two problems to have the opportunity to improve the situation and again to solve those two issues. We continue to monitor the situation of the Presidency, but now we have a nomination for five years of the two delegate prosecutors. So it's possible to work with a complete composition of the EPPO, at least with delegate prosecutors in all the participating Member States. I have said that it is, of course, a voluntary choice of all the Member States to take part or not, but I have said to the non-participating Member States that it will be important to think about their participation to be able to fight better, maybe, against all the fraud and abuse concerning the use of the EU budget.

To develop a real culture of the rule of law in the entire European Union, I have also tried to organise visits to the Member States to have discussions with the parliaments, governments, judicial authorities, civil society, students or the press. It's very important to try to develop such a culture in all the Member States. Of course, I rather thought to insist on the fact that we will continue to use all the instruments at the disposal of the Commission to protect and promote the rule of law. We are going to the European Court of Justice with infringement proceedings or requests for daily financial sanctions. We are also going to the Council on the basis of Article 7, and we will do the same, if needed, on the basis of the new conditionality mechanism. But again, we give further priority to the dialogue, but we are using all the instruments at our disposal.

To conclude, I want to thank you in this Parliament for your support in this permanent work to promote the rule of law, because, again, what we want to achieve is a non-regression principle and to see in all the Member States how it's possible to improve the situation concerning the rule of law.

Anže Logar, predsedujoči Svetu. – Gospod predsednik, spoštovane poslanke in poslanci, spoštovani komisar!

Naj vam še enkrat zagotovim kot v uvodu, da predsedstvo in tudi Svet v celoti pripisujeta velik pomen spoštovanju načela pravne države in varstvu temeljnih pravic.

Institucije Evropske unije in države članice so skupaj odgovorne za spoštovanje, varstvo in spodbujanje naših skupnih vrednot, ki so zapisane v temeljnih pogodbah.

V razpravi so bile izpostavljene nekatere pomanjkljivosti s področja vladavine prava v Sloveniji. Naj naslovim nekatere od njih.

Izpostavljeno je bilo zmanjšanje sredstev za pravosodni sistem. Naj najprej poudarim, da je proračun za pravosodni sistem v zadnjih letih konstantno naraščal, pri čemer je pomembno, da proračun za leto 2022 za posamezne institucije znotraj pravosodnega sistema ostaja nespremenjen oziroma se ni znižal glede na predhodno dogovorjene proračunske okvire. Enako velja za proračunsko leto 2023. Vlada Republike Slovenija je pri pripravi proračuna 2022-2023 prednostno opredelila financiranje ukrepov, potrebnih za boj proti posledicam pandemije ter za investicije. To se odraža tudi v proračunu ministrstva za pravosodje, ki je med drugim odgovorno tudi za investicije, potrebne za delovanje pravosodja, tako da bo povečanje investicijskih sredstev sodstvu zagotovila tudi boljše pogoje za delo, kar predsedstvo pozdravlja.

Ponavljam, da sta vlada Republike Slovenije in Slovenska tiskovna agencija 8. novembra 2021 sklenili pogodbo o financiranju javne službe, s čimer so bila agenciji zagotovljena ustrezna finančna sredstva.

Slovenija se zaveda tudi določenih pomanjkljivosti glede učinkovitosti pravosodnega sistema ter izzivov s področja obravnave gospodarskega in finančnega kriminala. Tu, kot je bilo tudi že zapisano v poročilu Evropske komisije, pravosodni sistem čaka še veliko dela. Trenutno je v pripravi podrobna analiza o vzrokih za nastalo stanje, ki jo bo Vrhovno sodišče v kratkem predstavilo javnosti.

Izpostavljene so bile tudi zamude pri imenovanju državnih tožilcev. Naj povem, da ministrstvo za pravosodje trenutno pripravlja spremembe nacionalne zakonodaje, ki bodo pripomogle k optimizaciji teh postopkov. Imenovanja tožilcev naj bi v kratkem obravnavala vlada.

Kar pa zadeva Evropsko javno tožilstvo, bo Svet še naprej pozorno spremljal njegove dejavnosti in mu bo zagotavljal vso potrebno pomoč. Pri tem bo tudi v prihodnje prednostno obravnaval vse zadeve, povezane z evropskim javnim tožilstvom, ki spadajo v pristojnost Sveta.

Naj ponovim, kar je v uvodu izpostavil tudi komisar Reynders, da je slovenska vlada s predlaganjem dveh kandidatov za delegirana tožilca izpolnila svojo obveznost. Evropsko javno tožilstvo tako deluje v polni sestavi.

Za konec naj izpostavim *The World Justice Project Rule of Law Index*, kjer je Slovenija v letu 2021 obdržala 29. mesto izmed 139 držav sveta. Kljub temu da je v svetu kar 75 odstotkov držav poslabšalo svoje izhodišče.

Predsedstvo se zaveda, da ima področje vladavine prava v Sloveniji določene pomanjkljivosti in na tem mestu lahko zagotovim, da je ena ključnih prioritete vlade Republike Slovenije odpravljanje pomanjkljivosti v pravosodnem sistemu, ki niso bile odpravljene v tridesetih letih demokratičnih procesov v Republiki Sloveniji.

Presidente. – Grazie mille caro Ministro.

La discussione è chiusa. La votazione si svolgerà durante la tornata di dicembre.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Minden járvány ellen védekezni kell: megelőzéssel, oltással, ha kell, akkor korlátozással. Az európai közösségünket is most egy súlyos betegség próbálja meg legyőzni, de legalábbis a végletekig legyengíteni: a maffiaállamot építő korrupt politikusok vírusa. A vírusgazdát ismerjük: Orbán Viktor, aki hosszú évek alatt szisztematikusan építette ki az uniós forrásokat megcsapoló, azokból saját oligarcha-hálózatát és családját gazdagító, az európai értékeket rendre meggyalázó rendszerét. Ez a vírus fertőzte meg Szlovéniát is, ahol – amolyan franchise rendszerben – az orbáni taktikát és praktikát átvéve építi ki korrupt hatalmát a jelenlegi vezetés. Szlovéniában tudatosan akadályozzák az Európai Ügyészség működését, zaklatják és fenyegetik az újságírókat, hallgattatják el a kritikus hangokat.

Ahogy a koronavírussal szemben is közös és határozott fellépés, úgy az európai közösségünket rákos daganatként megfertőző korrupt politikai kalandorokkal szemben is egységes kezelés kell. Az Európai Bizottság a napokban küldte meg – a jogállamisági mechanizmus elindítása előtti utolsó felszólításként – levelét a magyar kormánynak, amelyben konkrét kifogásokat emel többek között az Orbán Viktor családjáig érő állami korrupcióval kapcsolatban. Szégyen, hogy idáig jutottunk. Szégyen, hogy a magyar kormány idáig jutott. Nem tolerálhatóak tovább az Európai Unió alapértékeivel szembemenő, az európai közpénzeket személyes gyarapodásukra fordító politikai rendszerek. Az Európai Unió vagy erős és tiszta közösség lesz, vagy nem lesz.

Presidente. – La seduta è sospesa e riprenderà alle 20.30 con la dichiarazione della Commissione sul Piano d'azione europeo contro le malattie rare.

(La seduta é sospesa alle 20.06)

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

15. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 20.30)

16. Ein europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung seltener Krankheiten (Aussprache)

President. – Good evening, colleagues. The sitting is resumed.

The next item is the debate on the Commission statement on a European Action Plan Against Rare Diseases (2021/2940(RSP)).

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members of Parliament, I want to thank you for putting European action and cooperation on the agenda today on the issue to do with rare diseases, and I want to particularly convey my thanks to honourable Members Ries and Bilbao Barandica for this very important debate.

For ourselves and for those of us who know the area of rare diseases, we can understand that, given the limited number of patients and the scarcity of relevant knowledge and expertise, EU action is even more important in rare diseases, and this is where there is real added value. That is why we have been active in this area for over 20 years.

If I may just share with you, I have worked in the area of rare diseases with children, and I know the need to raise awareness on this, but I also know the loneliness faced by families when they have to deal with a child with a rare disease and not knowing where to turn. So it's time we developed a wide range of activities to support the Member States and EU level cooperation.

The EU has really done a great deal over the last 20 years, and its response has focused on some key elements. First of all, promoting the development of national rare diseases plans and strategies, which need to be in place; establishing and supporting European Reference Networks (RFNs), which are possibly one of the best examples of EU cooperation, action and support; supporting the definition and inventory of rare diseases, which broadens the knowledge base; providing incentives for the development of medicines for rare diseases; and empowering patient organisations.

The EU Orphan Regulation has clearly stimulated research and development of medicines for rare diseases, but when we look at the numbers, we can see that more needs to be done, since 95% of rare diseases still do not have treatment, and orphan medicines are not accessible to patients equally in all Member States. That is why, as part of the EU Pharmaceutical Strategy, an important report will be voted upon in this House today. We will review the current rules to foster innovation, especially where it is needed most, and to make medicines more available across the EU.

The determination to ensure that all rare disease patients, children and adults, have access to the best knowledge, diagnosis and treatment is at the very core of our efforts. The European Reference Networks are key to achieving this goal. It's a truly innovative system, a model of virtual healthcare and collaboration, bringing together the most specialised centres across the EU to speed up diagnosis, to improve standards of care and to generate knowledge for patients living with rare and complex diseases. Their guiding principle is quite a simple one: that it is the knowledge that travels, not the patient. The patient doesn't have to travel, bringing those who are rare together, and this is really important.

Funding is key, and the EU4Health Programme includes the European Reference Networks as one of its specific objectives and will contribute to further evolution of the system. I also want to take this opportunity to emphasise the substantial EU investment into research on rare diseases, with more than EUR 1.8 million allocated to 320 multinational consortia. Horizon Europe, including the proposed European Partnership on rare diseases, will continue to support this effort.

Early next year, I will be here in this plenary to present to you a proposal to launch a European Health Data Space. A lack of data is a crucial challenge for rare diseases, and the European Health Data Space will make it easier to gather data from all corners of the EU and to make it available to researchers working on innovative treatments. Many rare disease patients also actively want to share their own data for research and development for this reason. The European Health Data Space will make it much easier for them to do so.

In 2022, we will conclude the evaluation of the Cross-border Healthcare Directive, including its provisions on the cooperation on rare diseases and European Reference Networks. It will provide us with important evidence and inform our assessment of the current approach to rare diseases.

There will be two additional processes that will inform that assessment. The evaluation of the Third Health Programme, which funded key actions in the field of rare diseases, and the outcomes of the 'RARE 2030' Pilot Project, which has been proposed by this House. We're going to be building on all these collective lessons, and the conclusions will then be discussed in the Steering Group on Promotion and Prevention, and with all relevant stakeholders at the end of next year.

If appropriate, we will revise our policy framework for rare diseases in 2023, in addition to the upcoming reform of legislation for medicines for those with rare diseases and for children at the end of next year. I'm a believer that we need to evaluate and where we need to change, to bring about change.

Honourable Members, there are concrete plans that will improve our approach to rare diseases. I am really looking forward to hearing you today, to having the opportunity to discuss this with you, and to really bringing together all the expertise and knowledge. Because working together with all the stakeholders – including patients, families, doctors and others – we can really bring tangible benefits to citizens. Thank you very much, and I look forward to hearing your views.

Ewa Kopacz, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Choć mowa dzisiaj o chorobach rzadkich, to cierpi na nie blisko 36 mln Europejczyków. 75 % z nich zaczyna chorować w dzieciństwie. 80 % tych chorób ma podłoże genetyczne. 50 % pacjentów z chorobą rzadką stanowią dzieci. Mówię to jako lekarz pediatra i jako były minister zdrowia w swoim kraju, który rozpoczął refundację leków na choroby rzadkie.

Choroby te są poważne, przewlekłe, postępujące, bardzo często mające swój tragiczny finał. W Europie wciąż wiele osób rodzi się, żyje i umiera z powodu chorób rzadkich, bez postawionej diagnozy. Jedna czwarta chorych nie ma dostępu do diagnozy przed ukończeniem piątego roku życia. 95 % pacjentów nie ma dostępu do leczenia. Nie mają wystarczającego dostępu do opieki medycznej i społecznej, która zapewniłaby im lepszą jakość życia. Obserwujemy brak specjalistów i ośrodków eksperckich dla poszczególnych chorób rzadkich. A jednak te ośrodki mogłyby powstać. Ośrodki, które by działały zgodnie z ujednoliconymi standardami opracowanymi dla państw członkowskich przez Komitet Ekspertów Unii Europejskiej do spraw Chorób Rzadkich.

Najbardziej istotna po rozpoznaniu choroby rzadkiej jest możliwość dostępu do nowoczesnych opcji terapeutycznych, które niestety nadal są zbyt drogie. W moim kraju, w Polsce, farmakoterapia jest dostępna jedynie dla 3-5 % pacjentów. Pozostałe 95 % chorych korzysta z leczenia zachowawczego i rehabilitacji.

Pani Komisarz, świetnie spisaliśmy się podczas pandemii. Potrafilismy negocjować z firmami farmaceutycznymi dobre ceny na szczepionki. Dzisiaj bardzo proszę o wzięcie pod uwagę stworzenia platformy zakupowej, w której to my z pozycji siły moglibyśmy negocjować z firmami dobre ceny na już wynalezione leki na choroby rzadkie. Chcę, aby taki sam dostęp do tych leków miały dzieci i dorośli chorzy na choroby rzadkie ze wschodu, jak i zachodu Europy, z tych biedniejszych i bogatszych krajów. Oni na to zasługują.

Jytte Guteland, för S&D-gruppen. – I EU är vi nästan 450 miljoner invånare, men det skiljer väldigt mellan medlemsländerna. I vissa medlemsländer bor drygt 80 miljoner människor, i andra kan det handla om en halv miljon. Och en vård i världsklass kräver både resurser, erfarenhet och specialistkompetens. Att varje medlemsstat ska kunna bygga upp den kompetensen för de allra mest sällsynta sjukdomarna är inte lätt.

Det är därför oerhört viktigt att vi koordinerar oss på EU-nivån, för att kunna hjälpa de minsta länderna och dem med de allra mest sällsynta sjukdomarna. Med gemensam upphandling kan vi pressa ner priserna och bättre säkra tillgängligheten på sällsynta mediciner, och med gemensamma resurser kan vi bygga en erfarenhetsbank som kortar ner tiden till rätt diagnos och till rätt åtgärder.

Det ska inte behöva ta fem år att ställa rätt diagnos, och vi måste hitta behandlingar för fler än de i dag sex procent som får en ordentlig, bra behandling för sällsynta sjukdomar. Jag hoppas att EU-kommissionen tar till sig revisionsrättens slutsatser och följer parlamentets uppmaning att ta fram en konkret handlingsplan med tydliga mål. Det är vi skyldiga de 30 miljoner människor som redan i dag lever med en sällsynt sjukdom.

Frédérique Ries, au nom du groupe Renew. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je vous parle ce soir avec à l'esprit cette maman, l'une de ces très nombreuses mamans que j'ai rencontrées hier matin au Parlement européen. Elle travaille au service de recherche du Parlement et son fils est atteint d'une maladie métabolique très rare. Alors dans son cas, le diagnostic a été posé et c'est une victoire. Le traitement existe et c'est très rare. Vous l'avez rappelé, Madame la Commissaire, 95 % des maladies rares sont encore sans traitement. C'est après que, pour cette maman, ça se complique. Cette famille belge a dû déménager en Allemagne pour trouver le seul spécialiste apte à leur prescrire et leur donner ce traitement.

La priorité, aujourd'hui, est donc de sortir de ce fonctionnement en silos pour réfléchir à l'échelle d'une vie, celle des patients et de leur famille. Poser le diagnostic, assurer le traitement et faciliter l'accès aux soins, c'est un tout indivisible et ces patients, vulnérables entre tous, y ont droit. Ce manque de cohérence entre les politiques de santé européennes a été dénoncé par Rare 2030, un projet pilote que j'ai lancé en 2017 avec plusieurs collègues pour imaginer, avec les chercheurs et les patients, les politiques du futur pour les maladies rares.

Cette expérience inédite de deux ans, ce sont vos services qui en ont assuré la gestion, Madame la Commissaire, et le diagnostic est sans appel: il faut un plan d'action européen pour unifier nos politiques et leur apporter une cohérence à moyen et à long terme. Les planètes sont alignées; le Parlement est avec vous et les États membres sont avec vous. Repousser la question en 2023, c'est en réalité la renvoyer à la prochaine Commission.

Et c'est une autre maman belge, Isabelle, qui va conclure pour moi mon intervention: «Il n'y a pas de plan B, me disait-elle, il n'y a pas de vie B pour un enfant qui se bat contre une maladie rare». En d'autres termes, c'est maintenant que nous devons agir.

Tilly Metz, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I think that the European Health Union is ready for an action plan on rare diseases. And as you know, I'm a strong advocate for rare diseases patients, especially the youngest concerned by them. About 75% of rare diseases affect children, and today paediatric cancers are unfortunately still the leading cause of death in children aged above one year, in Europe.

Rare cancer patients often face numerous challenges, like the difficulty in accessing timely diagnosis and specialised health care services, adequate treatments or social services. In order to tackle this issue, we should have a more holistic approach to rare diseases and should take into account the social aspects of a patient's life. Rare disease patients often feel alone, and their quality of life is greatly reduced. People living with rare diseases should have the right to live a normal life, and we need to create equal opportunities, as well as social protection and inclusion for patients and their families.

As a former teacher, I am particularly attached to the educational aspect of children. Schoolkids with rare diseases still face inaccessibility to facilities, non-adapted teaching methods and are often behind in their education programme due to the frequency of medical appointments and their special needs. So a new action plan would therefore address areas such as research, diagnosis, treatment, social care, education, inclusion, as well as data collection compliant with the GDPR. Data is crucial and we should leverage European reference networks in the area of rare diseases to optimise data for patients and social benefit.

As a shadow for the upcoming European health status-based file, I am calling for a data space that is seamlessly connected to the European reference networks so that we can create better health care passwords and clinical research, because unfortunately, data on rare disease patients are still scattered amongst different healthcare systems. Collecting this data could help us better understand the specific diseases and develop appropriate treatment. Ultimately, data can help us increase the quality of life of millions of people suffering from rare diseases.

Rosanna Conte, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le malattie rare colpiscono 30 milioni di cittadini europei. Ad oggi le competenze e conoscenze mediche non sono all'altezza. Le offerte di assistenza sanitaria sono inadeguate e gli investimenti nella ricerca sono limitati. Pensiamo addirittura che l'ultima politica generale dell'Unione europea su tali malattie risale al 2009.

Basterebbero queste indicazioni per incoraggiare, nei tempi più rapidi possibili, un piano europeo contro le malattie rare, a tutela di tutti quei pazienti orfani dei sistemi sanitari nazionali, che troppo spesso non garantiscono loro diagnosi accurate e trattamenti adeguati.

È fondamentale che il nuovo piano sia strutturato sulla base di un coordinamento con la nuova strategia europea per l'assistenza sanitaria a lungo termine, prevista per la seconda metà del 2022. Le parole chiave sono inclusione e accessibilità, ma perdono il loro senso se manca una forte strategia condivisa basata su un reale coinvolgimento dei pazienti, che possono e devono contribuire al meglio in questo processo. Sono loro i primi a conoscere i veri bisogni e le carenze attuali.

E non dobbiamo dimenticare il ruolo indispensabile degli assistenti ai pazienti, i *care givers*, figure fondamentali che troppo spesso non sono tutelati o riconosciuti giuridicamente.

Insomma, il confronto deve essere con i pazienti e non sui pazienti, e tutti quei finanziamenti a sostegno della lotta alle malattie rare non dovrebbero essere indirizzati solo a istituti e strutture, ma devono sostenere processi di aiuto all'autonomia delle persone affette da malattie rare e disabilità.

L'attenzione è alta, ma è necessaria maggiore concretezza. Oggi l'obiettivo è ancora lontano.

Joanna Kopcińska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani komisarz! Popieram działania dotyczące rewizji planu działania Unii Europejskiej w zakresie chorób rzadkich, którego nadrzędnym celem jest to, aby do 2030 roku żaden pacjent dotknięty chorobą rzadką nie został pozostawiony bez opieki. Wydaje się rozsądne, aby europejskie sieci referencyjne oraz istniejące narodowe plany i strategie krajowe zyskały nową synergię zważywszy na fakt, że na płaszczyźnie europejskiej nie dysponujemy kompleksowo zaktualizowanym podejściem do tego problemu. Dlatego zgodnie uważam, że należy doprowadzić do wtórnej klasyfikacji rejestru chorób rzadkich oraz przemyśleć metody nowego wdrażania diagnostyki chorób rzadkich poprzez ciągłe upowszechnianie badań przesiewowych i testów genetycznych,

a zwłaszcza należy przemyśleć funkcjonowanie sieci systemów ośrodków referencyjnych.

Opieka zdrowotna dla pacjentów z chorobami rzadkimi musi dotyczyć zarówno zwiększenia dostępności wysoko specjalistycznej opieki medycznej, jak i dostępności terapii lekowych wraz z aktualizacją dostępnych technologii.

Kateřina Konečná, za skupinu The Left. – Paní předsedající, vážená paní komisařko, přiznejme si to, potřebujeme plán pro třicet milionů našich spoluobčanů žijících se vzácným onemocněním v Evropské unii na další desetiletí. Ten poslední je totiž dvanáct let starý, a to je ostuda. Potřeby pacientů se vzácným onemocněním vyžadují větší úroveň přeshraniční spolupráce v oblasti zdravotní péče. Navzdory tomu, že existuje směrnice o přeshraniční zdravotní péči, která má takovou spolupráci usnadnit, přetrvávají překážky, které nejen znesnadňují přístup ke zdravotní péči v jiné zemi Evropské unie, ale nechávají na straně pacienta administrativní, finanční a emoční zátěž. Je třeba také podpořit zlepšení v oblasti diagnostiky, dat, výzkumu, jejich integrované péče a léčby. Potřebujeme zavést masivní screeniny novorozenců, abychom jim dali šanci žít normální život. Je zcela jasné, že bez celounijního vedení se tento boj prostě neobejde. Jsem tak velmi ráda, že se nadcházející předsednické trio v Radě, v čele s Francií, Českou republikou a Švédskem, k otázce nového plánu staví kladně.

Ráda bych se však ještě krátce zastavila u financování evropských referenčních sítí, o kterých jsme tady dnes tolik slyšeli. Přibližně před měsícem jsem na problém jejich financování upozorňovala na Výboru pro životní prostředí, veřejné zdraví a bezpečnost potravin. Evropské referenční sítě jsou nejúspěšnějším projektem evropské zdravotní politiky. I přesto, že jsme pro jejich financování dali jasná pravidla v rámci programu EU4Health, čelí dnes finančním potížím a hrozbě zániku. Je nutné, paní komisařko, co nejdříve reagovat a poskytnout jim chybějící peníze na rok 2022. Ono totiž nejde o to, co bude po roce 2023, kde ty peníze asi máme, ale je velký problém s tím, že my se potřebujeme udržet financování právě v roce 2022. Já vás prosím, udělejte všechno proto, aby tento zárný projekt úspěšné spolupráce nemusel zmizet jen proto, že bude chybět řádově pár milionů eur.

Děkuju všem, kteří pomáhají v péči o pacienty, především rodinám a lékařům, kteří se snaží najít nejlepší cestu pro jejich léčbu.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, οι σπάνιες ασθένειες δεν είναι τόσο σπάνιες. Τριάντα εκατομμύρια άνθρωποι πάσχουν από σπάνια νοσήματα στην Ευρώπη. Θα επικεντρωθώ στον ρόλο των εταιρειών. Είναι ανεπίτρεπτο να μην υπάρχουν φάρμακα για παιδιά με σπάνιες μορφές καρκίνου, γιατί δεν συμφέρει οικονομικά στις μεγάλες φαρμακευτικές εταιρείες να τα παράγουν. Πολλές από αυτές τις ασθένειες απαιτούν χρόνιες, πολυδάπανες θεραπείες. Αν θέλουμε να μιλάμε για ανθρώπινη Ευρώπη, πρέπει να εστιάσουμε σε μια ενιαία πολιτική υγείας. Οφείλουμε να στηρίξουμε τους ανθρώπους αυτούς. Η υγεία τριάντα εκατομμυρίων ανθρώπων που ζουν με μια σπάνια ασθένεια δεν μπορεί να αφεθεί στην τύχη ή στα συμφέροντα μεγάλων εταιρειών που βλέπουν τους ασθενείς απλώς σαν νούμερα. Πρέπει να διασφαλίσουμε την πρόσβαση σε θεραπείες για όλους τους Ευρωπαίους πολίτες. Κυρία Επίτροπε, ευχαριστούμε που ήσασταν δίπλα μας. Η ανθρώπινη ζωή δεν θυσιάζεται στο βωμό του κέρδους των φαρμακευτικών εταιρειών και οφείλουμε να θέσουμε τέρμα σε αυτές τις συμπεριφορές.

Sara Cerdas (S&D). – Senhora Presidente, Comissária, Colegas, de acordo com os novos desenvolvimentos a nível de investigação, ciência e tecnologia, as atuais políticas europeias em matéria de doenças raras encontram-se desatualizadas. Apesar da sua baixa prevalência, as doenças raras afetam cerca de 30 milhões de europeus. São 30 milhões de pessoas sem respostas e com necessidades em saúde não correspondidas.

Precisamos, assim, de um novo Plano Europeu de Ação para as Doenças Raras. Este novo plano de ação deve assentar em objetivos e metas bem delineadas e seguir as últimas recomendações. Deve unir as políticas e iniciativas a nível nacional, regional e local sobre doenças raras num só quadro. Deve também tirar maior proveito da era digital, dos dados em saúde para mais informação, melhor investigação, mais ferramentas de diagnóstico e melhores tratamentos. Um novo plano europeu de Ação para as Doenças Raras transversal que nos torne mais competitivos ao nível da inovação e da investigação, de novas terapias e tecnologias e que permita responder adequadamente às necessidades atuais, tais como os diagnósticos mais precoces e terapêuticas mais adequadas.

Em linha com a recente resolução das Nações Unidas, precisamos de uma estratégia europeia que vá para além da prestação de cuidados de saúde, que olhe para a saúde em todo o seu pleno, incluindo as componentes sociais e económicas, e que responda, assim, aos inúmeros desafios vividos por aqueles com doença rara na União Europeia. Tem de ser um novo plano de ação que não deixe nenhum cidadão para trás. São 30 milhões de razões multiplicadas pelos seus familiares e cuidadores.

Véronique Trillet-Lenoir (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chère Stella, chère Frédérique, merci d'avoir organisé ce débat essentiel. Être atteint d'une maladie rare, c'est être confronté au risque de diagnostic tardif, à des difficultés d'accès aux traitements, aux essais cliniques, dans un sentiment de perte de confiance, d'incertitude et d'isolement. Un plan d'action efficace contre les maladies rares se doit d'être européen parce que nous avons besoin de cette masse critique de compétences.

L'Union européenne a créé le précieux modèle des centres européens de référence permettant l'échange de pratiques entre spécialistes, la réponse aux questions posées par des médecins souvent démunis, l'accès à des consultations de qualité, à des bases de données, à des patients experts. Conservons cet acquis et renforçons-le, ainsi nous ne laisserons personne de côté. Ces centres ont besoin d'un budget à la hauteur des attentes des 30 millions de patients atteints d'une maladie rare dans l'Union européenne. Madame la Commissaire, financez-les.

Alessandra Basso (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una malattia rara ha solo, dal punto di vista della visibilità, uno svantaggio, vale a dire quello di colpire solo 5 persone su 10 000 nell'Unione europea. Questo non la rende meno dolorosa, ma semplicemente meno statisticamente rilevante.

Sin dai tempi di Ippocrate curare i malati è stata una priorità e la storia del nostro continente ha visto centinaia di uomini e donne che hanno dedicato la loro vita allo studio per sviluppare la medicina. In Europa siamo sempre stati in prima linea dal punto di vista medico e farmaceutico, ma non abbiamo fatto abbastanza.

Abbiamo delle eccellenze riconosciute in tutto il mondo e da sempre supportiamo la ricerca, come ha dimostrato lo sviluppo dei vaccini per fronteggiare la COVID-19, ma non è ancora abbastanza. Ciò che manca sono i fondi, e non possiamo aspettare una pandemia per ricordarcene.

Ci sono famiglie le cui vite dipendono dalle nostre decisioni ed è per questo che dobbiamo fare tutto ciò che è in nostro potere per aiutarle. Questo significa creare network informativi che migliorino la diagnostica e affrontare il problema dei medicinali orfani.

Dobbiamo investire ancora più risorse e dare un aiuto concreto alla sperimentazione di nuove cure e nuovi farmaci, per tutelare al massimo il diritto alla vita dei nostri cittadini e garantire la loro integrazione nella società, perché una vita non è solo un numero e il dolore non è qualcosa che si pesa.

Anna Fotyga (ECR). – Madam President, to successfully combat rare diseases, we have to overcome many and enormous difficulties. Yet, I acknowledge progress achieved until now.

The existing European Joint Programme on Rare Diseases is an example of a very good European cooperation, bringing together all stakeholders engaged in this area. I think that a revised action plan is necessary.

In particular, Commissioner, I appeal to you and to your other colleagues to ensure broadening the scope of EU finances, in particular to those who are in action – parents, caretakers, as well as doctors directly engaged in providing treatment to patients of rare diseases.

Sandra Pereira (The Left). – Senhora Presidente, muitos milhares de pessoas na União Europeia são afetadas por doenças raras, exigindo uma resposta abrangente. Tenho acompanhado as dificuldades que passam as cerca de 500 famílias que em Portugal são afetadas pela paramiloidose amiloidótica familiar, também conhecida como a doença dos pezinhos, uma doença rara hereditária e degenerativa para a qual escasseiam respostas.

Este é, aliás, um exemplo paradigmático. Existindo um medicamento com elevado grau de sucesso para o tratamento da doença, a lógica mercantil por trás da sua distribuição faz com que este seja completamente inacessível a muitas destas famílias. Só o reforço das capacidades de intervenção e investimento público que garanta um serviço nacional de saúde universal e acessível, capacidades de investigação científica que desenvolvam tratamentos, capacidades de produção e distribuição de medicamentos que não sujeitem os doentes à voragem das multinacionais farmacêuticas, pode responder às necessidades e aos anseios destes doentes.

Para além do necessário apoio aos pais cujos filhos são portadores de doenças raras, é preciso promover iniciativas e programas que visem eliminar o estigma que algumas dessas doenças, geralmente por desconhecimento, causam nos outros. Deste plano de ação da União Europeia, sempre tão apologistas da liberalização e do desinvestimento, dificilmente encontraremos a resposta necessária.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, as doenças raras afetam mais de 30 milhões de pessoas na União Europeia e mais de 600 mil em Portugal. Existem cerca de 6 mil doenças raras, cada uma atinge poucas pessoas, mas no seu conjunto representam muitos doentes e não estamos a dar-lhes a resposta digna. O diagnóstico pode demorar até cinco anos. Os tratamentos são escassos, abrangendo apenas 6% das doenças.

Em 2009, a União Europeia adotou a estratégia para as Doenças Raras que se manteve até hoje. Eu própria, na altura como relatora do programa específico Horizonte 2020, incluí as doenças raras nas prioridades, o que possibilitou o Joint Programme que hoje existe. Registámos progressos, mas estamos aquém das expectativas. Precisamos de rever a estratégia o mais tardar até 2023.

Na minha opinião, há dois pontos que temos que salvaguardar: o reforço da investigação científica, o reforço da cooperação nessa investigação, não apenas na Europa mas a nível global. Precisamos de criar um ecossistema de inovação forte na área das doenças raras e uma nova estratégia para a partilha de dados na área da saúde. A troca de informações e de conhecimento é particularmente importante no combate destas doenças.

Alessandra Moretti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, per affrontare la questione delle malattie rare e della strategia europea da realizzare in questo senso si devono tener presenti due aspetti: il problema della disponibilità dei farmaci e delle terapie adeguate e, allo stesso tempo, il problema dell'accessibilità e il diritto di cura di tutti i pazienti, e in tutti i paesi europei, quando queste terapie siano già disponibili.

In questo contesto l'Italia, pochi giorni fa, ha approvato una legge organica e approfondita sulle malattie rare, alle quali dedica fondi e programmi sia per la ricerca che a supporto dei pazienti. Tuttavia, non può essere un tema lasciato ai singoli Stati, perché uno dei problemi fondamentali delle malattie rare è la scarsità di dati che ostacolano l'individuazione di terapie e percorsi clinici.

Ma soprattutto è necessario che l'Unione si faccia carico di un ruolo fondamentale di coordinamento, promozione di buone pratiche e, in modo ancora più deciso, di garanzia di pari diritti per tutti i pazienti affetti da malattie rare. Penso soprattutto ai bambini colpiti da diagnosi così terribili e alle loro famiglie.

Queste malattie possono essere affrontate efficacemente solo a livello europeo. Serve quindi fare del piano europeo per le malattie rare una priorità da inserire nel contesto dell'Unione europea della salute, la cui realizzazione diviene sempre più urgente, giorno dopo giorno.

Il gruppo dei socialisti è al fianco di tutti i malati e delle loro famiglie e chiediamo alla Commissione di agire tempestivamente per affrontare con misure concrete questo tema così urgente.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, we need to have a uniform new-born screening programme. We need to ensure there's early diagnosis. We have too many mis-diagnoses, non-diagnosis, delayed diagnosis of children when they are born in the area of rare diseases. And we also have to accept that we have to have collaboration between Member States in terms of research, innovation, specialist services, medical personnel in the areas of the very rare diseases, because we simply cannot assume that every country will have the capacity, or the population base, or the expertise, or the wherewithal, or the resources, to make available the therapeutic medicines, the orphan medicines and the care that is required in every area of rare diseases.

So, this European Action Plan Against Rare Diseases is very welcome, and we have to ensure now that it is bought into by the Member States in areas of, as I said, support for people with rare diseases.

My specific area of interest is in the context of PKU (Phenylketonuria) – I am the co-chair of a cross party alliance here in the European Parliament, and we do want to bring the issue of rare diseases right to the very top and to ensure that when medicines are approved by the European Medicines Agency that every citizen in the European Union can get access to them, not based on individual Member States and their ability to pay or not. So I commend the review and I hope that we will engage positively with all Member States.

Tanja Fajon (S&D). – Gospa predsednica!

Danes nas je okoli 30 milijonov Evropejcev, ki imamo diagnosticirano eno od redkih vrst bolezni. Imamo 30 milijonov razlogov, zakaj potrebujemo usklajen in celosten pristop za reševanje težav, s katerimi se dnevno soočamo.

Nocojšnja razprava me kot ambasadorico za redke bolezni navdaja z optimizmom. Zakaj? Prejšnji teden je odbor Generalne skupščine Združenih narodov sprejel resolucijo o obravnavi izzivov oseb, ki živijo z redko boleznijo, in njihovih družin. To je velik korak za skupnost bolnikov, ki so prevečkrat stigmatizirani in potisnjeni na rob družbe.

Tudi študija Rare 2030, ki jo financira Unija, ugotavlja, da sedanja strategija potrebuje posodobitev. Spodbuditi moramo tudi inovacije.

Slovenci beležimo izjemen dosežek na področju presejalnega programa za novorojenčke, ki odkriva kar 40 redkih bolezni pri otroku in zagotavlja pravočasno ukrepanje.

Zagotoviti moramo, da bo Evropski akcijski načrt za boj proti redkim boleznim ena izmed prioritiet tudi naslednjega predsedujočega tria Svetu Unije.

Ondřej Knotek (Renew). – Madam President, I am very proud that within the TRANSFORM MEP Interest Group, we help to promote the enormous potential of transformative therapies for rare disease patients. One of the key challenges today is lack of data. Methods based on the collection and use of real world data represents a possible solution.

Therefore, the European Health Data Space shall enable usage of real world data in the lifetime management of transformative therapies. Furthermore, cross-border patient data exchange and adequate funding for a European reference network are crucially important.

Madam Commissioner, let me invite you to propose an EU Rare Disease Action Plan based also on the recommendations of the Rare 2030 foresight study. This is very important, because this concerns some 30 million EU patients who are waiting for us to take action.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, I thank you very much for all the input to this debate. In fact, you are in a sense preaching to the converted, if I may say, because I agree with the importance of this issue and with the need for us to all work together and for the action needed to be taken. Rare diseases will remain an important focus for the Commission and patients' voices and families' voices will continue to be central to our approach, also, in the context of the revision of the legislation on medicines for rare diseases in children, planned for the end of next year.

Mrs Kopacz, you said that all patients, no matter where they live, should have equal access to treatment, and I would agree totally that this is not negotiable. And Mrs Guteland said it's not easy to build up expertise and competence in all Member States and that shows exactly the importance of European reference networks.

Several of you, I think it was Mrs Kopcińska and others, mentioned the importance that we support a European reference networks, and I totally agree. I'm working on this too. They deserve the support. I am working to find the solution. We will be supporting their further activities and looking how to do this within our EU4Health programme.

Mrs Ries, you mentioned Red 2030 and I think I need to just mention here that we are already looking at the outcomes of this study, and I am pleased to note that many of these recommendations of the study are already being taken on board.

Mrs Metz also mentioned the European reference networks, and several of you, and I made some notes here, spoke about rare diseases in the forms of paediatric cancers. I know that Madame Véronique Trillet-Lenoir is an expert in the area, and this is why we dedicated a specific area of Europe's Beating Cancer Plan to paediatric cancers. And this is why we are, in conjunction with the plan, looking at the revision of the orphan and paediatric regulations, which aim to address the problems that we now face in terms of treatments and innovation. I want to assure you that all medicinal products, which could be efficacious in treating paediatric cancers, are effectively studied in children. And we would look at the experience acquired in the US with their recent change of legislation for medicines for children to address this issue.

And Mr Fourlas, we will be giving incentives to industry to boost innovation in areas where we have medical needs. But we will also impose obligations to ensure better access to medicines, to ensure that inequalities disappear within the EU.

Several of you also mentioned the issue to do with stigma and awareness and the need to really change it, and I can't agree more with this. And Mrs Moretti also mentioned the issue to do with the (Red) 2030 project and the need to have the evaluation of this, but we need to widely consult and I just wanted to say that before deciding the way forward.

So I just wanted to say a few words in terms of where we are with the European Reference Networks. We will also grow the ERNs and these are already providing answers and diagnosis and treatment plans for more than 1.7 million patients who before only had, as many of you said, uncertainty and doubt. And in January 2022, the new ERNs will be invited to join the existing 24 networks, almost doubling their size to comprise around 1500 specialised healthcare units across the EU.

And so we are consistently moving forward with this. We're supporting Member States in the development of their national rare disease plans. We're working within the Pharmaceutical Strategy for Innovation and increase support for our medical needs. And as many of you mentioned, we're preparing the proposal for the European Health Data Space and through the European Platform on Rare Diseases Registration. We're working towards a framework to counter data fragmentation.

So, all I can say in ending is that we as a Commission and myself, as Commissioner of Health and Food Safety, we are committed. We're committed to continuing to make concrete and tangible improvements and changes to the lives of rare disease patients, of their families, of those who work in the areas of rare disease, with commitment and dedication, as we have already been moving for the last 20 years and I look forward to working very closely with this Parliament and having the opportunity to stand before you again in the not so distant future and share with you how we have moved on with this.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Ioan-Rareș Bogdan (PPE), în scris. – În prezent, sunt identificate 7 000 de boli rare, care afectează 30 de milioane de persoane numai în Europa și peste 300 de milioane de oameni din lumea întreagă. În Europa, există încă multe persoane care se nasc, trăiesc și mor cu boli rare, fără a fi diagnosticate. 95 % dintre pacienți nu au acces la tratament, nu au acces suficient la asistență medicală și socială pentru a le asigura o calitate mai bună a vieții. Pacienții cu boli rare sunt, de asemenea, afectați în mod disproporționat de probleme psihologice, financiare și sociale.

De aceea, consider că este esențial un plan de acțiune concret și cu obiective clare, care să vină în ajutorul tuturor celor care trăiesc deja cu o boală rară în prezent. Sănătatea a zeci de milioane de persoane care trăiesc în Europa cu o boală rară trebuie să fie în centrul preocupărilor noastre și este obligatoriu să facem tot ce ne stă în putere pentru a asigura accesul la tratamente pentru cetățenii europeni.

Josianne Cutajar (S&D), *in writing*. – 30 million people across Europe suffer from a rare condition: a number which accounts for 60 times the size of my own country, Malta. The findings of the Rare 2030 Foresight Study are clear: we need a new EU policy framework for rare diseases for them to remain a public health priority. We can achieve it through European actions that enhance cooperation of long-term national plans and policies while monitoring their achievement with measurable goals. Our fight is to eliminate the inequalities persons living with a rare disease and their families experience every day! From combating isolation to the possibility of obtaining special leave to take care of a member of the family, a European Action Plan should fully support the potential and wellbeing of all people living with a rare disease. We can make the difference in many ways, such as enhancing the awareness of people living with a rare disease in society as well as supporting their better access to medicine, employment and education. I urge the European Commission to act swiftly: leaving no patient and no family behind is not just a matter of fairness; it is a moral imperative.

Jarosław Duda (PPE), *na piśmie*. – Działania na rzecz osób dotkniętych chorobami rzadkimi to obszar, w którym oczywista jest wartość integracji europejskiej. Istnieje ok. 6000 chorób rzadkich, a wiedza o nich jest znikoma. Koszty badań naukowych są wysokie, a terapie nierentowne. Dlatego bez wspólnych, strategicznych działań na poziomie europejskim wielu pacjentów nie będzie miało nigdy szansy na właściwą diagnozę, leczenie i rehabilitację.

Choroby rzadkie dotyczą 30 mln ludzi w Europie. Często uwarunkowane genetycznie, rozpoczynają się w dzieciństwie i z powodu trudności w diagnostyce i braku leków prowadzą do postępującej utraty zdrowia, niepełnosprawności, izolacji, stygmatyzacji i wykluczenia.

Ostatnie 10 lat pokazało, że na poziomie europejskim można zdziałać wiele: powstały m.in. sieci referencyjne skupiające wiedzę i talenty najwybitniejszych specjalistów. Mamy pierwsze doświadczenia, podsumowania oraz świetny materiał – studium perspektywiczne RARE2030 będące wynikiem intensywnej współpracy ekspertów z całej Europy. Studium zawiera konkretne rekomendacje i scenariusze.

Przyjęte podejście, warte upowszechnienia, oparte na przewidywaniu przyszłych trendów, pozwala przygotować się do wyzwań i szans, jakie przyniosą kolejne lata. Potrzebujemy strategii, która umożliwi wcześniejszą, szybszą diagnostykę, dostępność leków, holistyczne podejście do opieki i leczenia. Dlatego też z niecierpliwością oczekuję dalszych działań Komisji, w tym przeglądu strategii na rzecz chorób rzadkich i osiągnięć sieci, a także podjęcia dynamicznych prac nad wdrożeniem rekomendacji RARE2030.

Ádám Kósa (NI), *írásban*. – A ritka betegségek gyakran krónikus, progresszív lefolyásúak, és rendkívül romboló hatással vannak az érintettek jólétére, életminőségére és a mindennapi tevékenységek végzéséhez szükséges képességekre. A Petíciós Bizottságban is több olyan petícióval találkoztam, melyeket ilyen betegséggel élők adtak be. Sokszor innovatív és drága kezelésre van szükségük, ami anyagilag nem megterülő, de mégis feltétlenül támogatni kell EU- és tagállami szinten is gyógyulásukat. Ebben a témában az Európai Bizottsághoz is kérdéssel fordultam már 2020 tavaszán. Csökkenti kell a beteg diagnosztikához, információhoz és gondozáshoz való hozzáférése terén fennálló egyenlőtlenségeket. A tagállamoknak segítségre van szükségük a betegségek ismertségének és láthatóságának fokozásához.

Támogatni kell a kutatásokat és az innovációt az ilyen betegségek alaposabb megismerése céljából. Javítani kell a diagnosztikát és a terápiás megközelítéseket. A ritka betegségben szenvedők többsége mobilitási problémákkal küzd, és súlyos egyenlőtlenségekkel kénytelen megküzdeni a foglalkoztathatóság és a társadalmi befogadás terén, ezért fontos, hogy az ENSZ CRPD egyezmény alapján ugyanolyan szintű védelemben részesüljenek, mint azok, akiknek a fogyatékossága nem függ össze valamely ritka betegséggel. A foglalkoztatás terén történő megkülönböztetéssel szemben a fogyatékossgal élő személyek számára védelmet biztosító uniós jogszabályok, valamint a szociális jogok európai pillérének 17. alapelvében foglaltak szintén alkalmazandók a ritka betegségben szenvedőkre is.

Manuel Pizarro (S&D), *por escrito*. – O debate sobre o plano de ação europeu contra as doenças raras é um claro indicador de que a Europa tem vindo a evoluir positivamente na tentativa de mitigar as assimetrias entre Estados-Membros. A atual situação no que diz respeito ao diagnóstico neonatal de doenças raras, quando vista Estado-Membro a Estado-Membro, prova que o único caminho a prosseguir na construção de uma europa mais justa e solidária passa por identificar boas práticas e uniformizar os bons procedimentos. Nesta matéria, é com imenso orgulho que posso referir Portugal como um exemplo muito positivo, fazendo diagnóstico neonatal de 27 doenças raras. Importa, por isso, continuar a construir uma União Europeia também na área da saúde. Provado está que esta é uma das grandes preocupações dos cidadãos europeus e que vai muito para além das situações de crise, como a atual pandemia, ou da prevenção e tratamento do cancro (claramente entendido como uma prioridade pela Comissão Europeia), estendendo-se a todas as áreas da saúde.

17. Vorstellung des Jahresberichts 2020 des Rechnungshofs (Aussprache)

President. – The next item is the presentation of the Court of Auditors' annual report 2020 (2021/2929(RSP)).

Klaus-Heiner Lehne, Präsident des Rechnungshofs. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, an der heutigen Plenarsitzung des Europäischen Parlaments teilnehmen zu können. Ich werde von meinem Kollegen Tony Murphy begleitet. Er ist, wie Sie wissen, das für den Jahresbericht zuständige Hofmitglied und der Doyen unserer Kammer V.

Gemäß dem Vertrag ist es unter anderem Auftrag des Rechnungshofes, die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben der Union zu prüfen und eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge vorzulegen. Die diesbezüglichen Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2020 möchte ich Ihnen heute Abend kurz vorstellen.

Wie bereits seit vielen Jahren haben wir uneingeschränkte Prüfungsurteile zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung und zu den Einnahmen abgegeben. Bei den Ausgaben hingegen stellten wir für 2020 auf der Grundlage der von uns ausgewählten 728 Ausgabenvorgänge erneut eine wesentliche Fehlerquote fest. Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Ausgabenarten und der mit ihnen verbundenen Risiken zeigte sich jedoch, dass die mit einem geringen Risiko verbundenen Ausgaben auch tatsächlich keine wesentliche Fehlerquote aufwiesen.

Hingegen wiesen die mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben – so etwa Ausgaben, bei denen die Begünstigten Anträge auf Erstattung der ihnen entstandenen förderfähigen Kosten einreichen und häufig komplexe Vorschriften beachten müssen – erneut eine wesentliche Fehlerquote auf.

Der Anteil dieser mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben macht mittlerweile deutlich mehr als die Hälfte, nämlich 59 % unserer Prüfungspopulation im Jahre 2020 aus. Dies ist weitgehend auf den Anstieg der Kohäsionsausgaben zurückzuführen. Aus diesem Grunde gaben wir wie bereits im vergangenen Jahr ein versagtes Prüfungsurteil zu den EU-Ausgaben insgesamt ab, eine sogenannte *adverse opinion*.

Zu den Fehlern, die von unseren Prüfern am häufigsten ermittelt wurden, gehörten Kostenaufstellungen, Projekte, Tätigkeiten oder Begünstigte, die nicht förderfähig waren, Fehler bei der öffentlichen Auftragsvergabe und bei staatlichen Beihilfen sowie fehlende Belege.

Für die Teilrubrik Wettbewerbsfähigkeit gelangten wir zur Schätzung einer Gesamtfehlerquote von 3,9 %. Die von uns aufgedeckten Fehler betrafen vor allem die Ausgaben für Forschung und Innovation, und hier insbesondere die von kleinen und mittelständischen Unternehmen gemeldeten Personalkosten.

Unsere geschätzte Fehlerquote für den Bereich Kohäsion beläuft sich auf 3,5 %. Sie wurde bereits verringert, um Korrekturen Rechnung zu tragen, die vor Beginn unserer Prüfung erfolgt sind. Wir stellten fest, dass die meisten Fehler auf nicht förderfähige Kosten und Projekte zurückgingen, und wir analysierten außerdem die Feststellungen, zu denen nationale Prüfbehörden bereits vor unserer Prüfung gelangt waren.

Da wir zusätzliche Fehler ermittelten, die auf nationaler Ebene oder von der Kommission nicht aufgedeckt worden waren, kommen wir – und dies ist nicht das erste Mal – zu dem Schluss, dass die auf nationaler Ebene gemeldeten Restfehlerquoten nicht immer zuverlässig sind.

Unsere Prüfung der Rubrik „Natürliche Ressourcen“ ergab eine geschätzte Fehlerquote von 2 % und somit einen Wert, der gerade noch im Rahmen unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle liegt. Hier liegt aber eine klare Zweiteilung vor. Zum einen die Direktzahlungen, das sind 69 % dieser Rubrik, die keine wesentliche Fehlerquote aufweisen. Zum anderen der Rest der Rubrik, das sind Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums, Marktmaßnahmen, Fischerei, Umwelt- und Klimapolitik, für die deutlich größere Unregelmäßigkeiten aufgezeigt wurden.

Im Bereich „Sicherheit und Unionsbürgerschaft“ war ein Drittel unserer 27 Vorgänge umfassenden Stichproben mit Fehlern behaftet, von denen vier auch Auswirkungen auf den Haushalt hatten. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Rubrik „Europa in der Welt“. Hier wurden bei den 75 untersuchten Vorgängen 17 quantifizierbare Fehler ermittelt. Im Verwaltungsbereich, und das ist wie immer positiv, lag die Fehlerquote unter der Wesentlichkeitsschwelle. Dies war während der gesamten Dauer des zurückliegenden MFR der Fall.

Soviel zu den einzelnen MFR-Rubriken. Lassen Sie mich nun sechs horizontale Punkte ansprechen, die alle betreffen.

An erster Stelle stehen dabei geografische Informationen. Wir werden von Ihnen häufig um eine präzisere Aufschlüsselung der Prüfungsergebnisse nach Mitgliedstaaten gebeten. Auch wenn unser Ansatz nicht darauf angelegt ist, solche Informationen zu liefern, möchte ich darauf verweisen, dass die von uns festgestellten quantifizierten Fehler für die Bereiche Kohäsion und natürliche Ressourcen in unserem Jahresbericht nach Mitgliedstaaten aufgeführt sind, und wenn wir konkrete Beispiele nennen, nennen wir dabei auch den jeweils betroffenen Mitgliedstaat.

Der zweite Punkt sind die Einziehungen. Für 2020 betrachteten wir die Berichterstattung der Kommission über Finanzkorrekturen und Einziehungen in der jährlichen Managementleistungsbilanz eingehender und stellten fest, dass sie komplex und nicht immer klar waren. Wir stellten ebenfalls fest, dass sie sehr weit zurückgehen. So betrafen die Finanzkorrekturen auch noch die Programmperiode von 1994 bis 1999. Wir werden unsere Arbeit mit einem für das Jahr 2022 geplanten Sonderbericht fortsetzen.

Der dritte Punkt betrifft Betrug. Der Hof hat dem OLAF sechs Fälle mutmaßlichen Betrugs übermittelt, die er im Zuge seiner Prüfung festgestellt hatte. In all diesen Fällen wurden Untersuchungen eingeleitet. In diesem Jahr schloss der Hof eine Vereinbarung mit der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft und wendet sich daher jetzt entweder an das OLAF oder das EPPO, je nach deren jeweiligem Zuständigkeitsbereich.

Der vierte Punkt sind Prüfbesuche – ein Thema, das wir bereits vor einem Monat im Haushaltskontrollausschuss ausführlich diskutiert haben. Wie Sie wissen, nehmen unsere Prüfer unter normalen Umständen lange Wege auf sich, um Prüfungen an Ort und Stelle durchzuführen, Originalbelege einzuholen, Mitarbeiter der geprüften Stellen vor Ort persönlich zu befragen und die von uns ausgewählten Vorgänge daraufhin zu überprüfen, ob die von der EU finanzierten *outputs* auch tatsächlich existieren.

Wir erörtern die pandemiebedingten Reisebeschränkungen, mit denen unsere Mitarbeiter viele Monate lang konfrontiert waren. Es ist uns bewusst, dass dadurch das sogenannte Aufdeckungsrisiko natürlich steigen kann. Für 2020 waren wir aufgrund der von uns erlangten Prüfungsnachweise trotzdem in der Lage, unsere Prüfungsarbeit abzuschließen und auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Für künftige Prüfungstätigkeiten hoffen wir, dass wir, wenn diese Krise vielleicht auch irgendwann mal ein Ende finden sollte, wieder in einem ausreichenden Umfang selbstständig physische Kontrollen in den Mitgliedstaaten vornehmen können, aber gleichzeitig auch die Vorteile von Videokonferenzen für routinemäßige Sitzungen nutzen werden.

Fünfter Punkt, für mich mit der wichtigste: Digitalisierung der Berichterstattung, Überwachung und Rechnungsprüfung. Wenn ich mir die tägliche Arbeit unserer Prüfer anschau, besteht kein Zweifel daran, dass die gesamte Prüfungskette stärker digitalisiert werden muss. Anders ausgedrückt bedeuten fehlende Digitalisierung und mangelnde Interoperabilität zusätzlichen Aufwand für die Prüfer, mehr Arbeitsschritte für die Kommission, um Vorgänge nachzuvollziehen, weniger Transparenz, was die Endbegünstigten anbelangt, und natürlich auch eine geringere Akzeptanz.

Im 21. Jahrhundert ist die Tatsache, dass es mehrere hundert unterschiedliche Berichterstattungssysteme für EU-Mittel gibt, nicht Ausdruck von Subsidiarität, sondern von Ineffizienz. Ich freue mich daher sehr, dass das Parlament dieses Thema in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt hat.

In Ihrer Entschließung auf der Grundlage eines Berichtes mit einer Rechtsetzungsinitiative, die von Frau Grapini ausgearbeitet wurde und über die in dieser Woche abgestimmt wurde, fordern Sie eine Aktualisierung der Haushaltsordnung und legen gleich den konkreten Text dazu vor. Wir alle wissen, dass Zeit und Finanzmittel erforderlich sein werden, um solch ein harmonisiertes Berichterstattungssystem einzurichten.

Aber wir müssen jetzt wirklich alles tun, um weitere Verzögerungen zu vermeiden. Ich möchte deshalb alle Beteiligten auffordern, ihren Fokus über die Digitalisierung der Berichterstattung hinaus auch auf die Digitalisierung der Verwaltung der EU-Programme zu richten, also auf jene programmbezogenen Tätigkeiten der Kommission und der Mitgliedstaaten, die vor der Berichterstattung erfolgen, wie etwa die Bewilligung von Geldern oder die Kommunikation mit den Empfängern. Wir als Rechnungshof werden unsere Hausaufgaben bezüglich der Digitalisierung selbstverständlich auch machen.

Der sechste Punkt ist NextGenerationEU. Wie Sie wissen, werden die Zahlungen aus dem Aufbaufonds auf der Erfüllung von Etappenzielen und Zielvorgaben beruhen, anders als im derzeitigen System, in dem Kosten erstattet werden. Es liegt auf der Hand, dass sich dies darauf auswirken wird, was einen Fehler darstellt. Möglicherweise werden sich dementsprechend auch unsere Feststellungen und unsere Berichterstattung darüber ändern.

Der Hof ist sehr dankbar, dass das Parlament seinen Antrag auf zusätzliche Prüferstellen, den er speziell für die Auseinandersetzung mit NextGenerationEU für den Haushalt 2022 gestellt hat, nachdrücklich unterstützt hat. Ich bin ganz besonders dankbar dafür, dass das Parlament diesen Punkt im endgültigen Haushaltsplan, der in der vergangenen Woche im Vermittlungsverfahren vereinbart wurde, durchsetzen konnte. Ich zolle Ihnen, Frau Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, Frau Hohlmeier, wie auch Ihrem Kollegen, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Van Overtveldt, und dem zuständigen Berichterstatter, Herrn Boeselager, meine ausdrückliche Anerkennung vonseiten des Hofes für die engagierte Haltung in dieser Sache.

Letzten Endes geht es darum, über die erforderlichen Personalressourcen zu verfügen, um Ihnen Erkenntnisse und Feststellungen zu NextGenerationEU an die Hand zu geben, die Sie sonst nicht haben.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all, thank you for the invitation to this meeting today and for giving the Commission the opportunity to comment on the European Court of Auditors' annual report. Let me start by thanking President Lehne and his colleagues for their work in preparing the 2020 annual report.

We are very proud of the achievements of the EU budget in 2020. We have put together, in a mere few weeks, a comprehensive response to the unprecedented challenges brought about by the COVID pandemic, providing flexibility to the Union's budget to redirect every single euro available to this effort. And in spite of the challenges caused by the pandemic, we have also continued to deliver on the goals of our programmes and on the overarching horizontal priorities, such as the green and digital transitions. Lastly, we have continued to protect the EU budget against fraud and misuse, despite the new challenges.

Now, on the Court's report, let me first say that I am pleased that the EU accounts have received a clean opinion. For the 14th year in a row, the Court has concluded that our figures are reliable. Likewise, I am happy that the Court concludes, like last year, that the revenue side of the EU budget and administrative spending are free from material error. For expenditure, the European Court of Auditors' overall level of error remains at 2.7%, the same level as last year – despite, as we all know, the extremely difficult pandemic circumstances. Some years ago, we were discussing a much higher level of error. Since then, the Commission has made significant improvements, so that now, more than 97% of EU expenditure is estimated to be error free.

While the report provides a snapshot at a specific point in time, many of the controls and corrections are still to be made. At the closure of our multiannual programmes, our aim is to be below the materiality threshold. As you have heard from President Lehne, the Court has maintained its adverse opinion on expenditure. While we respect the opinion and methodology of the European Court of Auditors, I would like to underline that the implementation of the European Union budget is not homogeneous across countries, across regions and programmes, or even types of measures. This is why the Commission carries out a very detailed assessment of the functioning of its systems and those of the Member States and implementing partners. We identify where the risks and weaknesses are, and we take tailor-made actions to address these. On this basis, as well as on the basis of the Court's conclusions – which rightly identify a certain number of remaining challenges – we will continue our efforts: on simplifying rules (this remains the best way to prevent errors); on strengthening our control systems to make them more effective (I do not mean here more controls, I mean better controls); on accompanying, supporting and guiding beneficiaries, national authorities and other partners in the day-to-day management of EU funds.

I want to thank you once again for your attention and I look forward to our discussion today.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE*. – Paní předsedající, vážená paní komisařko, vážený pane prezidente, rád bych se zaměřil na jedno téma, které tady zaznívá, a to je téma spolupráce. Ve Výboru pro rozpočtovou kontrolu neustále narážíme na jednu věc – nedostatečnou a vlažnou spolupráci mezi orgány Evropské unie a členskými státy.

Evropská unie svou solidaritou nabídne fondy, programy, platformy na podporu a posílení našich politik. Členské státy s těmi podmínkami souhlasí a pak je najednou neplní. Je naprosto neakceptovatelné, že tato zpráva popisuje v řadě případů v souvislosti s Evropským rozvojovým fondem a programem Globální Evropa, že některé mezinárodní organizace zpochybňují samotný mandát Evropského účetního dvora a tak se snaží znemožnit spolupráci. Je neakceptovatelné, že některé neziskové organizace poskytují dokumenty pouze s omezeným přístupem a tak, že není možné ani pořizovat kopie dokumentů, nebo prodlužují a natahují lhůty, po kterých tyto dokumenty poskytnou. To je sabotáž této spolupráce. A přitom Smlouva o fungování Evropské unie dává Evropskému účetnímu dvoru právo na přístup k těmto dokumentům a informacím, které potřebuje k realizaci kontrol.

Apeluji tedy na Evropskou komisi, aby tuto podmínku řádně artikulovala, konkrétně generálnímu ředitelství, které je zodpovědné za plnění rozpočtu v oblastech Globální Evropy a Evropského rozvojového fondu. V opačném případě by Evropská komise měla zvážit, jaké kroky dále vůči sobě udělá.

Tsvetelina Penkova, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, 2020 was a difficult year, which affected Europe's society and economy in an unprecedented way. It did, of course, affect the implementation of the EU funds in EU programmes.

In this context, it is positive to note that the report concludes that the revenues for 2020 are regular, legal and free of material error. Of course, it is good that the estimated error in expenditure remained the same as last year, at 2.7%. I would like to mention that there are certain positive developments in significant areas of EU spending, including cohesion, where we see a decrease in the error rate this year compared to the previous year.

The current crisis is not over. EU support must reach people and small businesses swiftly and without unnecessary bureaucratic burden. Digital and large-scale investments must offer a balanced and effective recovery, and this Parliament needs assurances on the achievements and the milestones of the targets we set so we can achieve the goals we have ahead of us.

Olivier Chastel, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Président de la Cour des comptes, chers collègues, la présentation de M. Lehne, que je remercie, m'inspire de nombreuses inquiétudes. Un taux d'erreur significatif, important dans les domaines de la compétitivité, de la cohésion et pour les dépenses à haut risque; le reste à liquider, qui dépasse les 300 milliards; la capacité d'absorption des États qui reste très problématique et, enfin, un manque de clarté sur les recouvrements et les délais. Je suis donc inquiet pour les années à venir au regard des montants qui seront dépensés – 1 800 milliards prévus dans le prochain cadre financier pluriannuel.

Par ailleurs, je ne peux qu'encourager, tant la Commission que les États membres, à généraliser les outils d'extraction de données et à systématiser le recours aux nouvelles technologies pour améliorer l'ensemble des contrôles. Vu les sommes engagées, notamment pour NextGenerationEU, nous devons être à la hauteur des attentes de nos concitoyens.

L'Union européenne doit permettre aux États membres de redéployer leur économie, mais aussi de mettre en œuvre nos politiques – le pacte vert, Horizon Europe, la transition numérique. Nous ne pourrions le faire pleinement qu'avec une gestion optimale des fonds. À ce titre, je me félicite qu'à l'occasion de la récente négociation du budget 2022, les négociateurs du Parlement soient parvenus à arracher au Conseil des moyens supplémentaires pour la Cour des comptes. Nous devons en effet veiller à ce que chaque euro dépensé le soit au bénéfice direct des Européens et il appartient à la Commission de tout mettre en œuvre pour répondre à cette exigence.

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, President Lehne, Commissioner, colleagues, the biggest share of EU taxpayers' money goes for the CAP, and therefore we must be most discerning and careful when using it. However, the Commission had not carried out an impact assessment for the Common Provision Regulation.

Regarding the CAP proposal, a comprehensive set of reasoned evaluations covering all aspects was not available at the time the impact assessment was prepared. Moreover, the area that is of great concern for us, the CAP's contribution to climate action, lacks a realistic way of estimating the direct payments made to farmers. In a special report, ECA has stressed the mismatch of EU money spent on biodiversity on farmland and the very poor performance of these measures. Here we see almost no positive effect of the allocated funds. False or incorrect reporting on the true climate-related spending is generally known as greenwashing. It goes against the true goals of the EU Green Deal, NextGenerationEU and all that the EU is doing to improve the way we live and treat the environment.

Unfortunately, there is no update on the audit of the former Czech Prime Minister Andrej Babiš and his holding, Agrofert, for the agriculture funds he has received. His conglomerate was identified as the biggest single recipient of EU agriculture funds in 2018 and 2019, reaching over EUR 30 million each year. We have seen the very concerning conclusion of the regional and structural funds audit that confirms the Babiš conflict of interest, but we are still waiting for the agriculture funds audit, which represents an even larger proportion of Babiš' fortune.

Yesterday's vote on the new CAP unfortunately just confirms the wrong way in which Europe goes about agriculture and thus calls for even more rigorous, strict and law-proof control of CAP spending.

Ryszard Czarnecki, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Panie Prezesie Trybunału! Jest jak w amerykańskim filmie „Za rok o tej samej porze”. Spotykamy się tutaj co roku, zawsze otrzymujemy solidne sprawozdanie. Panie Prezesie, za to dziękuję. Zwracam uwagę na ustabilizowanie się w ostatnich paru latach szacowanego błędu w płatnościach z budżetu Unii na dość niskim poziomie 2,7 %. Tak samo było w roku ubiegłym i dwa lata temu. Chociaż w tym roku rosną przecież w budżecie Unii wydatki najbardziej narażone na ryzyko. W obszarze spójności niemal o 1 % obniżył się poziom błędu. Ten sam poziom jest, jeśli chodzi o zasoby naturalne – ten obszar.

Myślę, że warto podkreślić, iż gdy chodzi o wydatki dokonywane w formie zwrotu poniesionych kosztów, w poziomie błędu w dalszym ciągu był istotny spadek, prawie o procent, niespełna 5 % do 4 % w tym roku. Wreszcie trzeba zaznaczyć, że należy to sprawozdanie widzieć w kontekście kilku lat, wieloletniego charakteru interwencji Unii Europejskiej, korekt finansowych netto. I tutaj zgodnie z metodologią Komisji Europejskiej poziom ryzyka przy realizowaniu programów wynosi niespełna 1 %, czyli znacznie poniżej progu istotności. To są generalnie dobre wieści, chociaż trzeba chuchać na zimne. Żyjemy w trudnych czasach. Dziękuję za to sprawozdanie.

Sabrina Pignedoli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la Corte dei conti europea per il lavoro svolto.

In questi anni difficili, segnati dalla pandemia della COVID-19, le istituzioni europee sono state chiamate a un lavoro eccezionale, con un programma di rilancio coraggioso e mai visto prima. Resta però un interrogativo senza risposta: quanto è stato speso dalla Commissione europea per i vaccini e ora per le pillole anti-COVID? Come revisore esterno indipendente dell'Unione europea, riuscirà la Corte dei conti a farci sapere il prezzo pagato dall'UE alle grandi case farmaceutiche per i vaccini?

È una cosa a quanto pare segretissima, collegata a clausole contrattuali. Le istituzioni europee dovrebbero avere come priorità la trasparenza nei confronti dei cittadini. Come possiamo sapere se il potere delle case farmaceutiche non abbia influito sui contratti stipulati, soprattutto in un momento difficile come quello della pandemia? Se vogliamo la fiducia dei cittadini è necessario che si lavori con massima trasparenza.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητή κυρία Επίτροπε, κύριε Πρόεδρε του Ευρωπαϊκού Ελεγκτικού Συνεδρίου, σήμερα, από αυτό το βήμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, οφείλω να εξάρω την πολυσήμαντη προσφορά και το έργο που επιτελεί καθημερινά το Ευρωπαϊκό Ελεγκτικό Συνέδριο, και συμβάλλει στη θετική και εύρυθμη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά πολύ περισσότερο στη διαφύλαξη των συμφερόντων της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Ευρωπαίων φορολογούμενων πολιτών. Πιστεύω ότι δικαίως οφείλουμε να αποδώσουμε έπαινο προς το Ευρωπαϊκό Ελεγκτικό Συνέδριο. Αγαπητέ φίλε, Πρόεδρε του Ευρωπαϊκού Ελεγκτικού Συνεδρίου, διαβιβάστε τα συγχαρητήριά μας για το έργο το οποίο επιτελείτε στα μέλη σας, αλλά και σε ολόκληρο το προσωπικό που με υψηλή επαγγελματική ευσυνειδησία, αλλά και με άοκνες προσπάθειες προσπαθείτε να καταστήτε η ασπίδα προστασίας του ευρωπαϊκού χρήματος. Για εμάς, η αποστολή μας είναι να διαφυλάξουμε και να προστατεύσουμε και το τελευταίο ευρώ των φορολογούμενων πολιτών και αυτή η ευθύνη γίνεται ακόμα τεράστια με τα 672,5 δισεκατομμύρια ευρώ από τον NextGenerationEU. Όμως, συγχρόνως, θέλω να πω προς την Ευρωπαϊκή Επιτροπή και το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο ότι οι εποπτικές και ελεγκτικές αρχές δεν είναι κόστος για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Και το Ευρωπαϊκό Ελεγκτικό Συνέδριο και η OLAF, οι οποίες επιτελούν σημαντικότατο και αξιολογώτατο έργο, όταν ζητούν να ενισχυθούν σε προσωπικό, σε υλικοτεχνική υποδομή, σε ψηφιοποίηση, που ορδά το αναφέρατε κύριε Πρόεδρε, και σε άλλα

μέσα για να αντιμετωπίσουν τη διαφθορά, οφείλουμε αυθωρεί και παραχρήμα να τους τα παράσχουμε. Γιατί κάθε ευρώ που επενδύουμε στους ελεγκτικούς μηχανισμούς —στο Ευρωπαϊκό Ελεγκτικό Συνέδριο, στην OLAF και στους άλλους ελεγκτικούς μηχανισμούς— δεν είναι κόστος· είναι επένδυση, γιατί αποφέρει πολλαπλάσια οφέλη για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Και το σημαντικότερο, και τελειώνω, ο πιο σημαντικός ρόλος και αποστολή του Ευρωπαϊκού Ελεγκτικού Συνεδρίου είναι ότι, με την αποτελεσματική του δουλειά, αποτρέπει τους επίδοξους διαφθορείς της Ευρωπαϊκής Ένωσης και για την κατασπατάληση δημόσιων ευρωπαϊκών πόρων.

Isabel García Muñoz (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, presidente Lehne, el informe anual del Tribunal de Cuentas es la base para el procedimiento de aprobación de la gestión del presupuesto europeo. Para la Comisión de Control Presupuestario este informe es de máxima importancia, y así debería ser para todo el Parlamento. Así que solo espero que el próximo año podamos tener este debate en *prime time*.

Pero bueno, el año 2020 fue un año complicado para todos, pero me gustaría destacar la resiliencia demostrada por las instituciones europeas durante la pandemia, que han sabido adaptarse rápidamente para seguir cumpliendo su mandato mientras protegían la salud de sus trabajadores e introducían nuevas e innovadoras formas de trabajar, algunas de las cuales han venido para quedarse.

El Tribunal de Cuentas es un ejemplo. Ha podido continuar con su labor de auditoría, en la que ha estimado la misma tasa de error global que en 2019, lo que evidencia que las cosas se han hecho bien a pesar de las dificultades.

Por eso no deberíamos valorar las políticas europeas únicamente con parámetros como la tasa de absorción, porque estas políticas tienen una proyección plurianual y lo verdaderamente importante es su resultado final y su impacto a largo plazo, no la foto fija al final del año y, mucho menos, la comparación con el marco financiero plurianual anterior. El año 2020 es un claro ejemplo.

Simplificar la burocracia, dar reglas claras, digitalizar los sistemas: todo esto mejorará ese dato global de error.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Madam President, I like it very much when the numbers add up, and I'm grateful that the European Court of Auditors checks that EU money is going where it's supposed to go and if this money is well spent.

The number that stands out from the annual report is obviously the error rate. 2.7% of the money is not going where it's supposed to go. It is mismanaged, stolen or somehow lost along the way. That is an awful lot of money for the taxpayer. 2.7% might sound low, but we're speaking about more than EUR 4 billion every year that is lost. And that doesn't even cover the real effect for the taxpayer, because what often happens is that the EU recoups the money so the damage to the EU taxpayer may be limited, but then it is, in a way, offloaded on the national taxpayer because too often Member States don't claim that money back from the companies and from the fraudsters. We have to stop this. We need better oversight, better management and more digital tools. This has all been managed here.

Ideally, all this should be overseen by EPPO. As I said in the earlier debate, Denmark, Ireland and Sweden urgently need to join the EPPO. Worryingly, though – and I think what EPPO is showing us at the moment – is that the 2.7% error rate is probably in reality even higher because, if I look at the investigations that EPPO has already opened, the amount of money that is concerned, well, that's larger than the error rate that ECA is giving us so we also need to look into that method and really find all the errors.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Obiecuję, że dołożę wszelkich starań, żeby nie musiała pani używać tego drewnianego młoteczka.

Panie przewodniczący Trybunału Obrachunkowego! Pani komisarz! Dziękując Trybunałowi Obrachunkowemu za przedstawienie sprawozdania rocznego za rok 2020, nie sposób nie zauważyć, nie docenić i nie skierować na pana ręce szczególnych słów podziękowań dla wszystkich pracowników Trybunału Obrachunkowego, którym przyszło pracować w wyjątkowym roku, bo pandemia o takiej skali, jaka dotyka dzisiaj Europę, zdarza się raz na 100 lat, a mimo wszystko pańscy pracownicy wywiązali się z tego zadania wręcz wzorowo.

Trybunał nie ma zastrzeżeń co do wiarygodności rozliczeń ani zastrzeżeń co do dochodów budżetu Unii Europejskiej, jakkolwiek wydaje negatywną opinię na temat legalności i prawidłowości wydatków. Istotny poziom błędu wynoszący 2,7% wskazuje, że poziom błędu w porównaniu z 2019 rokiem utrzymał się na takim samym poziomie, również dotyczy to lat 2018, 2017 czy 2016. W kontekście wniosków ETO co do możliwego wzrostu w kolejnych latach poziomu zobowiązań pozostających do spłaty należy zauważyć, że wzrost ten należy znacząco ograniczyć poprzez zapewnienie odpowiedniego poziomu środków na płatności w kolejnych budżetach rocznych Unii Europejskiej. Poziom płatności powinien odzwierciedlać rosnące tempo implementacji, zwłaszcza programów w ramach zarządzania dzielonego, czyli głównie polityki spójności i rozwoju obszarów wiejskich.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, de Rekenkamer van de EU heeft voor de tweede keer op rij de uitgaven van de EU afgekeurd. In 2,7 % van de gevallen bleek het budget aantoonbaar niet goed besteed en dat is meer dan de boekhoudregels toelaten. De gebrekkige beheersing van de uitgaven heeft de EU aan zichzelf te wijten.

De regels omtrent de EU-subsidies zijn te ingewikkeld en een bron van fouten. Aanbevelingen op dit punt worden onvoldoende opgevolgd. Nu staan we op het punt om als EU bijna tweemaal zoveel geld uit te geven, en dat betekent nog meer risico op fouten en fraude, ook omdat een reeks nieuwe voorwaarden aan subsidies wordt gesteld. Dat maakt de zaak alleen nog maar complexer.

We bewegen met het oog op beheersing de verkeerde kant op. Ik verzoek u met klem om vol in te zetten op structurele vereenvoudiging van wet- en regelgeving. Daarbij verzoek ik de Europese Commissie om de groei van het EU-budget vergezeld te laten gaan van een passend budget voor de Rekenkamer. Hou het zo simpel mogelijk!

Monika Hohlmeier (PPE). – Frau Präsidentin! Lieber Präsident des Europäischen Rechnungshofes, lieber Klaus-Heiner Lehne, aber auch ECA-Mitglied Tony Murphy, die gleich beide heute Abend zu uns gekommen sind, liebe Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier öfter über die ganzen Fehlerraten und Fehlerquoten. Ich möchte zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an den Rechnungshof aussprechen, dass er wieder sehr klar formuliert hat, wo die Kernprobleme liegen, die wir in unserem Haushalt haben.

Wenn ich mir den ersten Bereich des sogenannten *shared management* ansehe, dann treffen wir wiederholt auf das Problem, dass nationale Behörden in Teilbereichen und in Teilen unserer Mitgliedstaaten schlicht und einfach nicht zuverlässig sind und dass wir uns nicht darauf verlassen können. Das wiederholen wir fast jedes Jahr. Deshalb geht meine dringende Bitte an die Kommission, hier endlich ein nachhaltiges Modell zu schaffen. Kurzfristige Task Forces oder kurzfristige Beratungsfirmen helfen schlicht und einfach nicht, weil die Probleme immer wieder auftreten.

Und wenn es dann, wie zum Beispiel im Donaudelta oder auch in Bulgarien, bei den Gasthäusern oder in ein paar anderen Bereichen zu Fehlerquoten von nicht gerade 4 %, sondern bis zu 80 %, 90 % kommt, dann wird mir schlicht und einfach schlecht. Und wenn das Ganze dann noch perpetuiert stattfindet, dann wird mir noch schlechter.

Andere Bereiche hingegen funktionieren wunderbar und funktionieren gut, und darauf muss man auch ausdrücklich hinweisen.

Was mir noch Sorgen macht, ist der Bereich von kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit, die zum Teil überfordert sind mit den komplexen Regeln und die nachdrückliche Unterstützung brauchen. Gerade Start-ups können sich meistens komplizierte Rechtsfirmen nicht leisten, um die ganzen Konstruktionen zu durchdringen, die sie auszufüllen haben, und damit sie entsprechend das Geld bekommen.

Und letzter Punkt: An die gut funktionierenden Mitgliedstaaten würde ich doch einmal die Empfehlung richten, ob *gold-plating* heutzutage wirklich noch angesagt ist oder ob man vielleicht die Zugänglichkeit für die entsprechenden Unternehmen oder auch für Universitäten und Ähnliches so gestaltet, dass nicht jeder erschrickt vor europäischen Regeln.

Ádám Kósa (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! Magyarország teljesítménye kiemelkedő a 2014-es, 2020-as pénzügyi időszakban. 2020 végéig az európai strukturális és beruházási alapokból közel 15 és fél milliárd eurót használtunk fel. Ezzel lakosságárányosan a legjobb eredményt értük el a V4-országok közül, méghozzá úgy, hogy a forrásvesztés esélye nem áll fenn. Az EU-s források a magyar GDP növekedését évente átlagosan 2,6 százalékponttal emelték meg. Ez régiókban a legjobb eredmény. A magyar kormány korrupciós zero toleranciájának és a megerősített közbeszerzési szabályoknak köszönhetően a közbeszerzési jogsértések aránya az összes kohéziós forráshoz kapcsolódó szabálytalanságon belül Magyarországon 20 százalék volt, míg az uniós átlag 29 százalék. Hazám így az uniós középmezőnyben szerepel Németország, Írország vagy a Benelux államok társaságában.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, this has really been a very interesting discussion, and let me react to a few of the observations raised.

On Member States' ability to absorb and correctly implement funds from the NextGenerationEU and the EU budget, the design of the Recovery and Resilience Facility takes into account Member States' administrative capacity. The Commission has worked hand-in-hand so far with Member States to prepare and ensure a rapid uptake on all funds, and this is true for the recovery and resilience national plans, as well as the shared management funds. As regards the needs to respect sound financial management of the Recovery and Resilience Facility, it is Member States' primary responsibility to ensure this and recover amounts unduly spent.

On its side, the Commission performs a number of checks, controls and audits throughout the spending cycle. The RRF Regulation contains legal provisions on OLAF's mandate as well as control and anti-fraud measures. We are particularly grateful for the importance that the European Parliament attached to this issue during the negotiations on the RRF Regulation.

As regards greater use of data and IT tools to fight fraud and organised crime in the implementation of the EU budget, the Commission will strive in the context of the upcoming revision of the Financial Regulation to further develop the digitalisation of controls and audits and enhance the quality and interoperability of the data of recipients of EU funding, including with the use of IT tools, such as the early detection and exclusion system and Arachne.

As regards the impact of the pandemic on the performance and compliance of the EU budget, the implementation of spending programmes has been significantly impacted by the COVID-19 crisis, but the pandemic was really no excuse to relax our controls, on the contrary. The COVID-19 crisis has slowed down the implementation of ongoing activities for many programmes. For other spending areas, however, implementation has continued at cruising speed even in the context of the COVID-19 pandemic, notably due to the measures taken by the Commission to support Member States in facing the crisis, such as the CR2 and CR2+ packages in the case of the cohesion policy.

These measures and the other flexibilities introduced at the outbreak of the pandemic were immediately accompanied by a reminder to all the services that the Commission's internal control framework remained fully applicable.

Allow me to conclude by thanking again President Lehne and the European Court of Auditors for their annual report. It continues to be a key input to the discharge procedure. And thank you also to all the honourable Members of this Parliament for your comments and questions. Our discussions, as many as you have said, contribute to the continuous improvement in the financial management of European Union finances. I look forward to continuing constructive cooperation in the 2020 discharge process with the Court, the European Parliament and the Council.

Klaus-Heiner Lehne, *Präsident des Rechnungshofs*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte hier – weil die Gelegenheit besteht, das auch in der Öffentlichkeit einmal zu sagen – noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass die Methode, mit der wir diese Fehlerrate ermitteln, eine statistische Methode ist. Das heißt, wir machen zwischen 700 und 1000 Transaktionen, die wir uns genau anschauen und testen. Und das funktioniert im Prinzip ganz einfach wie bei einer politischen Meinungsumfrage. Da stellt man dann hinterher fest, wie hoch die Fehlerquote ist.

Aber es ist eine statistische Berechnung. Und diese statistische Berechnung hat natürlich gewisse Unsicherheiten. Aber diese Unsicherheiten lassen sich mathematisch auch erfassen. Das heißt, wir sind in der Lage, mit einer 95%igen Wahrscheinlichkeit zu sagen, dass die tatsächliche Fehlerquote in einer Größenordnung von 2,7 % plus minus 1 % in etwa besteht. Das ist diese berühmte Verteilungsglocke, die jeder vielleicht schon mal irgendwo im Mathematikunterricht in der Schule gesehen hat, wenn man da Statistik gemacht hat. Und so funktioniert das.

Deswegen glaube ich nicht, Herr Freund, dass die Ergebnisse, die das EPPO erzielen wird, wesentlich von dem abweichen würden, was wir im Rahmen unserer statistischen Methode ermitteln werden. Ich meine, man muss auch darauf hinweisen – und das ist auch ganz wichtig, dass man das in der Öffentlichkeit sagt: Diese 2,7 % sind nicht alle Betrug. Da ist sicherlich ein bestimmter Anteil von Betrugsfällen dabei. Wir haben, wie gesagt, im Rahmen der Untersuchung, die wir gemacht haben, zusammen im Jahresbericht sechs Betrugsverdachtsfälle gehabt, die wir an das OLAF weitergegeben haben. Und ob die alle dann tatsächlich am Ende wirklich zu Betrugsfällen werden, das weiß man ja erst, wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind und wenn die Verfahren vor den Gerichten gelaufen sind.

Viele Fehler, die passieren, sind auch ganz einfach blöde Fehler, ja. Wo keine Intention dahintersteckt, keine Absicht dahintersteckt, wo einfach mit den Vorschriften nicht sachgerecht umgegangen worden ist. Aber das hat natürlich seine Ursachen auch darin – das ist von vielen Kollegen ja auch hier angesprochen worden, da weisen wir auch jedes Jahr im Bericht erneut darauf hin –, dass wir eine Vielzahl sehr, sehr, sehr komplexer und komplizierter Vorschriften haben, gerade in den Bereichen, wo wir diese hohen Fehlerquoten haben.

Ich habe lange genug ja selbst in diesem Hause und in einem anderen Parlament gesessen. Ich weiß, wie Kompromisse manchmal zustande kommen. Und diese Kompromisse sind natürlich, sage ich immer, nicht gerade der Idealfall von klarer Gesetzgebung – manchmal jedenfalls – und natürlich die Ausführungsvorschriften auch nicht immer. Und dann ist es einfach so, dass je komplexer, desto größer das Risiko und damit auch desto wahrscheinlicher das Eintreten von Fehlern.

Das zweite Problem, auf das ich in dem Zusammenhang auch hinweisen möchte – Frau Cramon-Taubadel hat das angesprochen – ist mit der Agrarpolitik. Wir stellen jetzt hier seit einigen Jahren jedes Jahr fest, dass wir im Bereich der Compliance selbst bei der Einhaltung der Vorschriften in der Agrarpolitik Fortschritte erzielen. Ich sagte vorhin 69 % sind diese Direktbeihilfen, wo kaum Fehler gemacht werden. Und das Gleiche erleben wir in der Entwicklungspolitik auf einem kleineren Niveau, beim sogenannten *budget support*. Das ist auch naheliegend. Wenn ich einfach nur einen festgelegten pauschalen Betrag an irgendjemanden bezahlen muss, die grundsätzlichen Voraussetzungen dafür da sind und ich keine projektbezogenen Abrechnungen mache, passieren einfach weniger Fehler.

Das sagt aber – und das will ich an dieser Stelle auch deutlich sagen – überhaupt nichts über die Performance aus. Sie können eine erstklassige Compliance haben, wo überhaupt gar keine Fehler passieren, aber wo am Ende die Wirksamkeit dieser Maßnahmen mehr als zweifelhaft ist. Man muss also immer beide Seiten dieser Medaille sehen. Genauso können Sie eine tolle Performance haben, aber es ist irgendetwas mit der Compliance schiefgelaufen. Zum Beispiel war für das Infrastrukturprojekt, um das es da geht, bei der Ausschreibung etwas schiefgegangen und der falsche Unternehmer hat die Brücke oder den Flughafen oder was auch immer gebaut.

Also, nur dieser Jahresbericht befasst sich nun einmal grundsätzlich mit der Frage der Compliance und eigentlich nicht wirklich mit dem anderen Themenfeld. Und das muss man in dem Zusammenhang vielleicht auch immer wieder beachten und im Auge behalten.

Für Herrn Chastel möchte ich noch einmal ausdrücklich bestätigen: Die Digitalisierung ist ein ganz entscheidender Punkt. Und noch einmal: Ich begrüße das nachdrücklich, dass jetzt hoffentlich – und die Kommission muss das übernehmen – Schritte unternommen werden, durch eine Änderung der *Financial Regulation* am Ende wenigstens dafür zu sorgen, dass kompatible Daten zur Verfügung stehen. Das ist ungeheuer wichtig, und das ist auch eine entscheidende Frage von Effizienz, von Transparenz und der Möglichkeit, prüfen zu kommen.

Das Thema *vaccination strategy* ist angesprochen worden. Da wird es in den nächsten Jahren einen Performance-Bericht geben, mit dem wir genau diese Fragen behandeln werden.

Und ich möchte mich natürlich auch noch mal ganz ausdrücklich für das Lob – Herr Christoforou und Herr Brudziński haben das angesprochen – für den Hof als Ganzes bedanken. Ich werde das an die Kolleginnen und Kollegen und an die Mitarbeiter natürlich in dieser Form auch so weitergeben.

Ich denke, das waren die Punkte, die angesprochen worden sind. Herzlichen Dank noch einmal für die Aufmerksamkeit, und ich wünsche weiter gute Beratungen.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione annuale 2020 della Corte dei conti, rappresenta un punto di riferimento essenziale per la procedura di scarico e per il ruolo di controllo che, come Parlamento, siamo chiamati ad esercitare a garanzia della sana gestione finanziaria. Va accolto con favore il giudizio positivo sulla affidabilità dei conti dell'Unione, che ne presentano fedelmente la situazione finanziaria, così come il giudizio positivo sulla legittimità e regolarità delle entrate, anche se vanno potenziati i controlli nazionali per ridurre il divario doganale. Il giudizio negativo sulla legittimità e regolarità delle spese, espresso per il secondo anno consecutivo, richiede invece di agire per limitare gli errori i cui effetti sulle spese risultano rilevanti e pervasivi. A tal fine occorre in particolare incrementare l'efficacia dei controlli ex post e semplificare le regole, per ridurre l'impatto della complessità della normativa sul rischio di errore e va potenziata la capacità degli Stati membri, di utilizzare i fondi strutturali e d'investimento europei.

Tali misure sono necessarie soprattutto in considerazione delle risorse stanziare per contrastare la crisi pandemica, di cui dobbiamo garantire un utilizzo tempestivo ed efficace, al riparo da irregolarità e frodi, nell'interesse esclusivo dei cittadini europei.

18. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

19. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

20. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

21. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

22. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung

President. – The sitting is closed and will resume tomorrow, Thursday 25 November 2021 at 9.00 with the Commission statement on the International Day of Elimination of Violence Against Women and the state of play on the ratification of the Istanbul Convention.

The agenda has been published and is available on the European Parliament website.

26. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.07)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5537

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. NOVEMBER 2021

(C/2024/5537)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 22. bis 25. November 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Standpunkte des Rates in erster Lesung (Artikel 63 GO)	3
3. Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Stand der Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul (Aussprache)	4
4. Erste Abstimmungsrunde	8
5. Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Stand der Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul (Fortsetzung der Aussprache)	8
6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	20
6.1. Lage in Somalia	20
6.2. Menschenrechtsverletzungen durch private Militär- und Sicherheitsunternehmen, insbesondere die Gruppe Wagner	24
6.3. Die Menschenrechtssituation in Kamerun	30
7. Wiederaufnahme der Sitzung	34

Inhalt	Seite
8. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	34
9. Wiederaufnahme der Sitzung	34
10. Zweite Abstimmungsrunde	35
11. Wiederaufnahme der Sitzung	35
12. Große Anfragen (Aussprache)	35
13. Überlastung internationaler Häfen und gestiegene Transportkosten zum Nachteil der EU (Aussprache)	37
14. Wiederaufnahme der Sitzung	44
15. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	44
16. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	44
17. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	44
18. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	44
19. Petitionen: siehe Protokoll	44
20. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	44
21. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	45
22. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	45
23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	45
24. Schluss der Sitzung	45
25. Unterbrechung der Sitzungsperiode	45

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. NOVEMBER 2021

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 9.00)

2. Standpunkte des Rates in erster Lesung (Artikel 63 GO)

Πρόεδρος. – Ο Πρόεδρος έλαβε από το Συμβούλιο τις θέσεις του σε πρώτη ανάγνωση, καθώς και τους λόγους που ώθησαν το Συμβούλιο να τις υιοθετήσει, και τις θέσεις και γνωμοδοτήσεις της Επιτροπής. Οι πλήρεις τίτλοι θα καταχωριστούν στα Συνοπτικά Πρακτικά της παρούσας συνεδρίασης. Επομένως, η τρίμηνη προθεσμία που έχει το Κοινοβούλιο για να αποφανθεί αρχίζει να τρέχει από αύριο 26 Νοεμβρίου 2021.

* * *

Προτού προχωρήσουμε στις συζητήσεις και πριν από τη σημερινή ψηφοφορία η οποία θα αρχίσει στις 9.30 και κατά τη διάρκεια της οποίας θα ψηφίσουμε επί της απόφασης της επιτροπής EMPL για την έναρξη διοργανικών διαπραγματεύσεων σχετικά με:

— την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για επαρκείς κατώτατους μισθούς στην Ευρωπαϊκή Ένωση

τον λόγο μπορούν να λάβουν μόνο ένας ομιλητής υπέρ της απόφασης της επιτροπής για έναρξη διαπραγματεύσεων και ένας ομιλητής κατά της απόφασης.

Johan Danielsson (S&D). – Mr President, thank you for the floor. I want to talk on behalf of all those who have supported our call to ensure a meaningful vote for the whole Parliament on the Directive for adequate minimum wages. I want to start by thanking Marianne Vind, Nikolaj Villumsen, Malin Björk and other colleagues from different groups and Member States who have contributed to collecting signatures. Because, colleagues, the proposal for a Directive on adequate minimum wages in the EU is perhaps one of the most important files during this mandate. It is therefore only reasonable that the whole Parliament get a meaningful say on our position, not just the 35 Members who voted in favour of the mandate in the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL).

By voting against the trilogue mandate today we would secure a meaningful vote on the directive in the plenary in December. Otherwise, we will not see this file until it's a done deal after the trilogues. Council has not yet adopted its position so we can afford the three weeks requested to ensure a democratic and meaningful vote on Parliament's position. I therefore urge you to vote against a negotiating mandate for the minimum wage file today.

I would also like to tell you about the specific concerns from a Swedish and Danish perspective. In our countries, businesses, trade unions and all political parties across the spectrum, all agree that this proposal risks undermining our well-functioning collective bargaining models. In all political groups here in Parliament, Danish and Swedish colleagues have tried to get support for meaningful safeguards for our labour market models. Unfortunately, our concerns are not reflected in the committee report, so voting against the mandate today will also give us more time to find a solution.

In conclusion, give us time to find solutions by voting against the negotiating mandate.

Agnes Jongerius, rapporteur. – Mr President, today we have this meaningful vote because we are voting on the mandate to start negotiations with the Council and the Commission on decent minimum wages and strengthening collective bargaining. I speak here today also on behalf of my co-rapporteur Dennis Radtke.

The proposals of the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) will improve the lives of millions of workers in Europe. For the people who work in shops, in logistics, in cleaning and in agriculture, we can make a difference today. On the one hand, we are ensuring that statutory minimum wages must be adequate and must provide for a decent standard of living, and, on the other hand, we are strengthening the position of social partners and collective bargaining throughout Europe.

The directive is catering for the national traditions and labour market models all over Europe. We are not imposing a statutory minimum wage on any Member States. On the contrary, we have added extra safeguards for the Nordic models. Yesterday, in COREPER, they managed to find a compromise, and today I think it's our turn. So put a plus on the report and let's start trilogue negotiations. It's a plus for those people who work hard and still cannot make ends meet. So, on behalf of Dennis Radtke and myself, I urge you to vote in favour.

3. Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Stand der Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι η συζήτηση σχετικά με τη δήλωση της Επιτροπής για τη Διεθνή Ημέρα για την Εξάλειψη της Βίας κατά των Γυναικών και την πορεία της κύρωσης της Σύμβασης της Κωνσταντινούπολης (2021/2979(RSP)).

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, the 25th of November was officially designated by the United Nations General Assembly as the International Day for the Elimination of Violence Against Women, in the year 2000. Today, the promises made over 20 years ago are still valid.

I reaffirm the Commission's strong stance on combating all forms of violence against women and domestic violence. While marking this day remains important to continue raising awareness and mobilising all actors to take firm action, I would like to remind this House that our efforts go beyond the 25th of November, of course.

Together with President von der Leyen and Vice-President Jourová, we have spoken out clearly on this matter and we have put forward a series of actions that will make a difference to women and girls across Europe.

In March 2020, the Gender Equality Strategy set out ambitious actions, policy objectives and goals to strive towards a Union of equality, free from all forms of violence against women and girls. As stressed in this strategy, the EU's accession to the Council of Europe Istanbul Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence is a key priority for this Commission.

The Istanbul Convention is a comprehensive and powerful legal instrument to prevent and combat gender-based and domestic violence and protect victims. It remains the gold standard for the work we do within the EU. The recent opinion of the European Court of Justice on the Istanbul Convention allows the Council to explore the way forward.

The Commission remains fully supportive of the EU's swift accession to the Convention. However, as previously announced in this House, we cannot keep on running on the spot, especially since, in the light of the Court's Opinion, the date of the EU's accession to the Convention is not certain.

We need an EU instrument addressing violence against women and domestic violence via binding obligations on Member States that are enforceable by the Commission. Taking the Court's opinion into consideration, we are now examining how to best take forward the announced legislative proposal.

Early 2022, the Commission will table a directive to prevent and combat violence against women and domestic violence. The proposal will be comprehensive and will build on the objective of the Istanbul Convention ensuring that EU Member States have effective measures in place to prevent and combat violence against women and domestic violence and support victims. But it will also address recent phenomena of violence against women, which have become so visible under COVID times, such as digitally based violence or domestic violence.

In December, the Commission will also table a proposal to trigger a Council decision to extend the list of Europe crimes to include hate crime and hate speech. If this is achieved, the Commission would be able to propose an EU level criminalisation of hate speech and hate crime on grounds of sex and sexual orientation, amongst other grounds. These measures will be accompanied by a set of other measures aimed at eliminating violence against women, such as a recommendation on the prevention of harmful practices and the launch of an EU network on the prevention of gender-based violence.

The work on these two initiatives will start next year. Both actions will focus on the importance of the pre-emptive measures and on the education of boys and girls from an early age about gender equality and non-violent relationships. Moreover, the Commission continues to fund organisations and projects working on the ground to eliminate violence against women and girls.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη, εξ ονόματος της ομάδας PPE. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, ακόμη μια μέρα αφιερωμένη στην καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών και διαπιστώνουμε με θλίψη και απογοήτευση ότι το φαινόμενο της έμφυλης βίας είναι πάντα ευρύτατα διαδεδομένο στην Ένωση. Τα αδιάφευστα στοιχεία αποτελούν κόλαφο. Δεκαεφτά εκατομμύρια γυναίκες στην Ευρωπαϊκή Ένωση υφίστανται σωματική ή σεξουαλική κακοποίηση κάθε χρόνο, ενώ 3.000 χάνουν τη ζωή τους ως συνέπεια πράξεων ενδοοικογενειακής βίας. Είναι σοκαριστικό. Κατά τη διάρκεια των lockdown, μάλιστα, τα κρούσματα βίας και έμφυλης κακοποίησης αυξήθηκαν δραματικά, ενώ ανησυχία προκαλεί και η έντονη εμφάνιση της ειδικής μορφής έμφυλης βίας στο Διαδίκτυο. Τονίζουμε με έμφαση ότι η βία δεν αποτελεί μόνο ακραία μορφή διάκρισης κατά των γυναικών. Είναι κατάφωρη παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων και βάνανση προσβολή του ανθρώπου από άνθρωπο. Με πρωτοβουλία μου, ως εισηγήτρια της νομοθετικής έκθεσης για την έμφυλη βία στο Διαδίκτυο, ζήτησα από την Επιτροπή να εντάξει με νομοθετική πρόταση τη διαδικτυακή βία στα επαχθή εγκλήματα του άρθρου 83 παράγραφος 1 της Συνθήκης και να προωθήσει δράσεις στα κράτη μέλη τόσο για την πρόληψη του εγκλήματος όσο και για την προστασία των θυμάτων. Όταν φτάσουμε στην καταστολή, το έγκλημα έχει ήδη διαπραχθεί. Παρά την ένταση του φαινομένου, έξι κράτη μέλη ακόμη δεν έχουν κυρώσει τη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης. Μέχρι το τέλος αυτής της κοινοβουλευτικής περιόδου, το θέμα αυτό πρέπει να έχει λυθεί οριστικά. Αγαπητοί συνάδελφοι, πρέπει να καταλάβουμε ότι έχουμε υποχρέωση να υπερασπιστούμε τις αξίες μας, γιατί και μόνο η ύπαρξη ντροπιαστικών φαινομένων βίας κατά των γυναικών μάς αφαιρεί το δικαίωμα να μιλάμε για ευρωπαϊκό πολιτισμό.

Pina Picierno, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, una vittima ogni sei ore in Europa, ogni sei ore.

Questi sono numeri, storie, che parlano di ciascuno di noi, parlano di ognuna di noi, perché ognuna di noi, direttamente o indirettamente, ha avuto esperienza di quella violenza. Indipendentemente dalla nostra condizione sociale e dalla nostra appartenenza religiosa, dalla nostra condizione di vita perché, che sia fisica o psicologica, che sia implicita oppure sfacciata, come spesso è, la violenza attraversa tutte le nostre vite e rimane un limite insopportabile, insopportabile, alla nostra dignità, alla nostra libertà e, in definitiva, alla nostra vita.

E allora, Commissaria, Presidente, noi dobbiamo chiederoci oggi: questa emergenza è in cima alle priorità delle istituzioni europee e di questa Assemblea? La risposta è no, perché così non è. Basta considerare che non siamo ancora stati capaci, per esempio, di ratificare la convenzione di Istanbul, che è uno strumento minimo. Dovremmo andare ben oltre, ben oltre, e nemmeno questo siamo riusciti a fare.

Siamo ostaggio di governi illiberali e antidemocratici, che continuano a bloccare anche le misure minime che servirebbero per tutelare le donne e per non trasformare questa giornata soltanto nell'ennesima giornata di ricordo delle vittime. Non può essere soltanto questo. Abbiamo bisogno di andare oltre, abbiamo bisogno di dare risposte a quelle donne.

Non c'è più tempo, non abbiamo più tempo. Le donne muoiono ammazzate per mano degli uomini, che sono compagni, ex compagni e mariti. Non è una tragedia naturale, colleghe e colleghi, non è un'alluvione, non è un terremoto! Sono dei crimini, che vengono compiuti dagli uomini, in nome di una cultura precisa che si chiama patriarcato, e che noi, da qui, a cominciare da qui, dobbiamo capovolgere e sconfiggere.

Samira Rafaela, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, almost one in three women around the world becomes subject to physical or sexual violence in their lifetime. This implies that we all know a woman – and probably more – who has been abused. Abuse is a direct result of persisting gender inequalities in our society. With that in mind, it is incomprehensible that some colleagues in this European Parliament continue to oppose making gender equality a reality. Some of you in the Parliament deny the institutional character of the gender pay gap, you deny the danger of abortion bans to women's health and you deny the fact that your actions have consequences.

The fight for elimination of violence against women starts here in this Parliament. The EU has still not ratified the Istanbul Convention, and the EU still does not yet consider gender-based violence to be a 'Euro-crime' under Article 83, just to give you some examples. This urgently needs to change. I know that the European Commission is working hard, and I encourage you. Know that we support you in the Parliament to make this a reality. Violence against women and girls should not be a political issue. It should be a matter of respect and decency, but as long as some people in this House want to have a political fight over women's rights and gender equality, we need to be ready to win that fight.

Let me conclude by reaching out to the men and boys in Europe. This is about your family, about your loved ones and people who are dear to us. Violence does not happen in a vacuum. It happens in a society that condones the subordinate position of women. I therefore call upon all men to speak out against systemic inequalities. Join our fight against violence and be the promoters of change because this is not only a women's issue. This is an issue that is the responsibility of all. We need to fight that together. We can only win this battle together. Take the responsibility. It starts here in Parliament.

Sylwia Spurek, *w imieniu grupy Verts/ALE*. – Panie Przewodniczący! Pani komisarko! Dwa lata temu przewodnicząca Komisji Europejskiej Ursula von der Leyen jako kandydatka na to stanowisko zobowiązała się do przyspieszenia ratyfikacji konwencji stambulskiej i chyba najwyższy czas wywiązać się z danego słowa. Parlament tylko w tej kadencji już 50 razy wzywał Komisję i Radę do działań przeciwko przemocy ze względu na płeć, w tym do pilnej ratyfikacji konwencji. Sama dodatkowo apelowałam o to 21 razy. TSUE potwierdził, że ten proces może być zakończony przez Radę kwalifikowaną większością głosów. Nie ma już prawnych przeszkód, czekanie na jednomyślność to tylko polityczna wymówka.

Pani komisarko, wiele razy mówiliśmy tu o polskim rządzie, o jego naruszeniach praworządności, łamaniu praw człowieka, praw kobiet. Sama wielokrotnie z tego miejsca zdecydowanie krytykowałam rząd i potępiałam jego antydemokratyczne działania, ale w 2020 r. ten rząd zmienił prawo, wprowadził policyjny nakaz opuszczenia domu przez sprawcę przemocy w rodzinie, umożliwił natychmiastową izolację sprawcy od ofiary. To konkret. A co konkretnego zrobiła Komisja? Czy przygotowała przynajmniej jakiś projekt aktu prawnego? Powiem coś, co może zabrzmieć szokująco, ale może to państwa zmotywuje. Ktoś mógłby pomyśleć, że rząd PiS przynajmniej na poziomie legislacyjnym przez ostatnie dwa lata zrobił więcej niż Komisja dla kobiet, ofiar przemocy w rodzinie.

Pani komisarko, państwa bierność w tej sprawie to także łamanie praworządności, państwa bierność w tej sprawie to przyzwolenie na dalsze łamanie praw człowieka w odniesieniu do kobiet. Państwa bierność w tej sprawie to przyzwolenie na lekceważenie i atakowanie konwencji stambulskiej przez państwa członkowskie.

Simona Baldassarre, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, noi donne rappresentiamo il motore del cambiamento, siamo coloro che reggono la società, che portano avanti la famiglia e, molto spesso, ci troviamo a doverci dividere tra lavoro e cura dei più fragili.

Purtroppo, se guardiamo agli ultimi dati ufficiali di Eurostat sui femminicidi in Europa, nel 2019 sono state uccise quattro donne al giorno, una donna ogni sei ore, e una donna su tre ha subito almeno una volta violenza fisica o sessuale dall'età di 15 anni. Possiamo solo immaginare come siano peggiorati questi numeri con la pandemia, con le denunce che sono salite in picchiata durante le fasi di *lockdown*. Solo nel mio paese, l'Italia, dall'inizio del 2021 abbiamo avuto ben 57 vittime di femminicidio.

Quindi abbiamo il dovere di denunciare ogni attacco verso una donna che sia fisico, psicologico, economico od online. Soprattutto non possiamo dimenticare quelle violenze di cui si parla meno. Penso, ad esempio, al dramma dell'utero in affitto, sul quale in questa legislatura non siamo riusciti a prendere una posizione netta. Una violenza che si fonda sullo sfruttamento di miriadi di donne, costrette a vendere il loro corpo per fame, diventando meri strumenti per esaudire l'egoismo di chi vuole comprarsi un figlio. Questa è la nuova schiavitù del terzo millennio!

Colleghi, durante questa giornata internazionale per l'eliminazione della violenza contro le donne non limitiamoci alle parole spesso effimere, ma prendiamo un impegno serio tutti assieme, per agire tempestivamente per le reali necessità delle donne europee. Le donne possono realmente essere il motore della ripartenza.

Voglio concludere oggi ricordando le parole di Oriana Fallaci: «Essere donna è affascinante. È un'avventura che richiede un tale coraggio, una sfida che non annoia mai.»

Jadwiga Wiśniewska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Musimy mówić o przemocy i pomóc przerwać milczenie jej ofiarom. Co trzecia kobieta na świecie doświadczyła przemocy fizycznej, psychicznej, ekonomicznej czy wykorzystywania seksualnego. Niestety kobiety i dziewczynki w Europie nadal doświadczają również bardzo szczególnej i okrutnej przemocy, jaką jest okaleczenie narządów płciowych, a proceder małżeństw nieletnich dziewczynek z dorosłymi mężczyznami ma miejsce również w Unii Europejskiej.

Pragnę wyrazić ubolewanie, że ta kwestia nie została podniesiona ani w wystąpieniu pani komisarz, ani w stanowisku Komisji Europejskiej. Czyżbyście państwo udawali, że tych okrutnych przestępstw nie ma?

Coraz powszechniejszą formą przemocy jest również cyberprzemoc, m.in. stalking, mowa nienawiści, rozpowszechnianie materiałów pornograficznych. Uważam, że wszystko, co jest nielegalne offline, powinno być również nielegalne online.

Jak wskazują dane, przemoc domowa w czasie pandemii się nasiliła, bowiem ofiary zostały zmuszone do pozostania w zamknięciu ze swoimi sprawcami. W ubiegłym roku, w moim kraju, Polsce, którą tak państwo się interesujecie, uchwalono ustawę antyprzemocową. Nowa procedura szybkiego reagowania wobec sprawców przemocy domowej polega na szybkim izolowaniu ofiary od sprawcy i nakazuje natychmiastowe opuszczenie przez niego mieszkania.

Proszę brać z nas przykład, wymieniamy się dobrymi praktykami. Niech łączy nas sprawa, a niestety dzieli nas ideologia.

Manon Aubry, au nom du groupe *The Left*. – Monsieur le Président, on a libéré la parole avec MeToo, puis on a balancé notre porc. On a balancé notre porc dans le cinéma, on a balancé notre porc dans la littérature, on a balancé notre porc dans le sport. On s'est levées et on s'est cassées. Mais vous avez décoré les porcs. Même ceux qui ont reconnu les faits.

Puis on a balancé notre propre famille, les adultes qui violent des enfants, les hommes qui violent d'autres hommes. On a balancé les comédiens, les musiciens, les youtubeurs, les éditeurs. On a aussi balancé l'Église et, dernièrement, les bars. Et maintenant, on balance même les politiques. Mais vous les avez faits ministres.

Ne pensez pas que cela n'a pas de coût pour nous. Dès qu'on balance, viennent les représailles, les intimidations, la mise à l'écart, les insultes, les menaces, le harcèlement. Nous sommes épuisées, mais nous n'avons pas peur de vous. On continuera de balancer autant qu'il le faudra pour faire cesser l'impunité des agresseurs, autant qu'il le faudra pour nous mettre à l'abri et conquérir le respect qui nous est dû.

Livia Járóka (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Tisztelt Biztos Asszony! Tisztelt Képviselőtársaim! Mindannyian egyetértünk abban, hogy a nők elleni erőszak megszüntetése igazán közös célunk és feladatunk, politika nélkül. Az isztambuli egyezmény azonban, azt kell mondanom 30 éves antropológusi tapasztalat után, hogy ennek a kötelező érvényűvé tévése egyszerűen megosztó, mivel beemel olyan ideológiák által vezérelt elemeket, melyek egyszerűen elfogadhatatlanok azoknak a keresztény elveket valló konzervatív közösségeknek, amelyek itt is reprezentálva vannak a teremben. Szimbolikusan nem tudja megteremteni az európai egységet, mivel nem a konszenzusorientált megoldást nyújtja, hanem ideológiailag. Önök is érzik és érzik, hogy nagyon nagy harcot terem. 2011-ben mi, Magyarországon ratifikáltuk az Európai Tanács nőkkel szembeni erőszak és a kapcsolati erőszak elleni küzdelemről szóló irányelvét és azok megelôzéséről szóló egyezmények minden olyan rendelkezését, amely valóban a nőkről szól és a nőkért szól.

Az FRA 14-es tanulmánya kimutatta, hogy Magyarországon az uniós 33 százalékos átlaggal szemben 28 százaléka esett csak párkapcsolati erőszak áldozatául a nőknek. Magyarország harcol a nők elleni erőszak visszaszorításáért. Mi nem a dokumentumok ratifikációjában, hanem a tettekben hiszünk.

(Η συζήτηση διακόπτεται)

4. Erste Abstimmungsrunde

Πρόεδρος. – Ανακοινώνω την έναρξη της πρώτης ψηφοφορίας.

5. Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Stand der Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul (Fortsetzung der Aussprache)

Πρόεδρος. – Συνεχίζουμε τώρα τη συζήτηση πάνω στη δήλωση της Επιτροπής σχετικά με τη Διεθνή Ημέρα για την Εξάλειψη της Βίας κατά των Γυναικών και την πορεία της κύρωσης της Σύμβασης της Κωνσταντινούπολης (2021/2979(RSP)).

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, today we mark the International Day for the Elimination of Violence Against Women – for the 30th time. However, it is simply not good enough to mark this day each year and talk about the significant achievements we have made, or the challenges that are still there. Violence against women remains a scourge. Women are dying. Women are suffering every single day across Europe, and you have to ask the question: how do we tolerate this as a society?

We saw a 30% increase during the COVID pandemic in the number of cases – physical, sexual, psychological, online, offline, sexual, coercive control, financial control. Transnationally we have taken significant steps, of course, with the Istanbul Convention – but what has happened to it? It's extraordinary. Despite having the Istanbul Convention, which was a seminal moment, a game changer, we now see it used as a target, a Trojan horse. To those who have not yet ratified the Istanbul Convention, let's be clear: you are sitting back and letting violence against women happen. Shame on you. Shame on those countries that will not take the steps that are needed to eliminate violence against women.

The European Commission, of course, needs to ramp up pressure with its proposal to combat violence against women, because women in Europe should be safe everywhere – in their homes, in the street, in their workplaces. So let's make a pledge now that we shall not come back here year after year. Let's ensure that drastic action is taken in the coming months so that in a few short years we can proudly proclaim that Europe is the first continent in the world to eradicate violence against women. That is not too tall an order. That's where we should be. That's where we need to be. And if women are to be safe, those are the steps that we need to take to ensure a quality life for all our citizens, including women.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Mamy 2021 rok. Przemoc ze względu na płeć dawno powinna już należeć do przeszłości, ale tak niestety nie jest. To codzienność w wielu domach Europejsek. Akcesja całej Unii do konwencji stambulskiej jest zablokowana. Tymczasem polski premier skierował konwencję do pseudo-Trybunału. Nie miejmy złudzeń, gdy tylko zwietrzą okazję i znajdą coś, co odwróci uwagę ludzi, tak jak to się stało w przypadku aborcji, wysadzają konwencję w powietrze.

Należy sięgać po alternatywne rozwiązania. Unijna dyrektywa o przeciwdziałaniu i walce z przemocą ze względu na płeć jest konieczna. Ciężar takich przestępstw jest wystarczający, by uznać je za europrzestępstwa. Oczekuję, że Komisja przedstawi propozycje prawa w tym zakresie. Unijne instytucje muszą działać, gdy prawa podstawowe obywateli nie są respektowane, gdy ich bezpieczeństwo jest zagrożone. Tego także oczekują obywatelki Polski. Do znudzenia będę powtarzał: Polska to nie PiS, Polska to Sosnowiec, w którym dzięki inicjatywie aktywistek i poparciu prezydenta od paru dni mamy Rondo Praw Kobiet. Takie oddolne działania pokazują, co obywatele myślą o postępowaniu rządu wobec ich babć, matek, sióstr i córek.

I na koniec trochę bolesnej prawdy do was, prawico. To wy jesteście zagrożeniem dla rodziny, a nie mityczny *gender*. Wy, którzy przymykacie oko na przemoc domową, uderzając w zapisy konwencji stambulskiej, które zobowiązują do wprowadzenia konkretnych rozwiązań na rzecz ochrony ofiar i profilaktyki przemocy. Kaczyńskiemu marzy się już nawet rejestr ciąż. Doprowadzacie do katastrofy demograficznej. Młode Polki nie chcą rodzić w Polsce. Fizycznie jesteście tutaj w Europie, ale mentalnie bliżej wam do Afganistanu i do rządzących tam talibów.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Monsieur le Président, coups, menaces, humiliations, exploitation sexuelle, cyberharcèlement, féminicide... Et la liste est malheureusement encore très, très longue. Soyons réalistes, nous ne pouvons pas atteindre l'égalité entre les femmes et les hommes tant que les violences continuent, que les victimes sont stigmatisées et que les agresseurs restent impunis.

Pourtant, nous avons un instrument fort et contraignant, la convention d'Istanbul, qui définit des normes de protection minimales pour tous les types de violences basées sur le genre. Alors que l'adhésion des 27 États membres de l'Union européenne pourrait changer la vie de millions de femmes européennes, six pays continuent à refuser de la ratifier. Nous demandons aux chefs d'État de la Bulgarie, de la Slovaquie, de la Hongrie, de la Lettonie, de la Lituanie et de la République tchèque: ne considérez-vous pas que vos citoyennes méritent d'être écoutées, d'être crues, d'être protégées? La décision récente de la Cour de justice européenne confirme que vos excuses ne sont pas recevables.

Et vous, Madame la Commissaire, nous attendons depuis deux ans et demi un paquet législatif ambitieux contre les violences et l'ajout de la violence de genre comme crime dans le droit européen. Vous connaissez la chanson «Paroles et paroles»; et les actes, c'est pour quand?

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Mr President, when an increasing number of countries decide to attack the Istanbul Convention and to use disinformation in order to undermine the protection of women and LGBTI people, the EU and its institutions must more than ever be exemplary and ambitious, not only by reaffirming our shared values on equality and fundamental rights but also by using the tools that we have to react when they are under attack, and that we under-use systematically on these sorts of topics.

In May 2020, the Hungarian Parliament rejected the ratification of the Istanbul Convention under the pretext that it promotes destructive gender ideologies and illegal migration. At the same moment, civil society organisations reported an alarming increase of reports of domestic violence during the first COVID-19 lockdown. Today it is not even possible to understand the extent of gender-based violence in Hungary, as the government simply does not collect data on this issue. Instead of properly funding services for victims of gender-based violence and enacting adequate legislation to eradicate gender-based violence, the Hungarian Government spends its energy in rejecting any international or EU text excluding the word gender.

Every time people talk about not ratifying the Istanbul Convention but fighting anyway, every time they want to protect some women but not others, every time they avoid the word 'gender', the word 'intersectionality', the word 'minorities', they do not really want to act. They are just using this. And every time they use also the word 'ideology', they are just using the combat of women to use their own purpose, and they're not doing anything.

Assita Kanko (ECR). – Mr President, I would like to share a short story that many of you have probably heard already from a neighbour, from a family member, from a friend, or maybe it was your own experience. The girl came to my office. She told me that it was 11 years ago. She was 11 years old and the man was someone that the family knew. She was raped. She told me that this year her mother finished paying the debt that she contracted to pay lawyers. And what for? For no justice. This girl was strong. She's going to become a police officer, because she wants to help fight sexual crimes.

But if, for every mayor, every policy-maker, the European Commission, the European Parliament, for all of us, law enforcement is not becoming a reality, this girl will have become a police officer for nothing. Is her daughter, in turn, going to tell a story like this to a policy-maker? This is just one of the many examples of problems that women are facing, and together we need to make change happen. This is only what I wanted to share with you.

Sandra Pereira (The Left). – Senhor Presidente, violência no trabalho, violência doméstica, violência no namoro, ausência de acesso a direitos sexuais e reprodutivos, mutilação genital feminina, assédio moral e sexual, prostituição ou a mercantilização do corpo da mulher como objeto sexual: diferentes formas de violência sobre as mulheres que têm de ser reconhecidas como expressões extremas de desigualdade e discriminação que se manifestam na humilhação, no desrespeito pela integridade física e psicológica das mulheres que as sofrem. Formas de violência que atentam contra a dignidade, o estatuto social e os direitos de todas as mulheres.

O tratamento autónomo de cada uma destas diversas formas de violência deve ser assegurado, reconhecendo o que isto representa na vida das mulheres. A adoção de medidas no combate e prevenção às discriminações, desigualdades e violências sobre as mulheres é essencial para a emancipação e para a igualdade na lei e na vida.

Hoje, 25 de novembro, Dia Internacional para a Eliminação da Violência Contra as Mulheres, saudamos a valiosa intervenção das organizações de mulheres na prevenção e combate às diversas formas de violência e exploração sobre as mulheres. Esse é também o nosso compromisso.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, last week, Mr Pedro Sánchez Pérez-Castejón, the Prime Minister of Spain, went to Istanbul to visit his friend, President Erdoğan. They appeared before the press and Erdoğan took the occasion to speak strongly against the Istanbul Convention, with very offensive remarks about women. Mr Sánchez listened impassively, he smiled and uttered no words beyond friendship, investment or economic times. Erdoğan's remarks were as offensive as his behaviour over the 'sofagate' scandal. But no one in Brussels has bothered to react, not even to express concern.

This Spanish talk of friendship is a dangerous liaison indeed, and the Commission should be watching it, because beyond undermining the Istanbul Convention, the close friendship between Spain and Turkey is a threat to European security and stability much more widely. Spain sells Turkey the boats that threaten the security of Greece and Cyprus, and weapons that fuel the conflict in the Middle East. And meanwhile, Spanish banks are investing in a very volatile Turkish economy that can bring big risks to the eurozone.

Commissioners, please watch out for Spain and Turkey.

Isabella Adinolfi (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, pace, diritto, rispetto per ciascun essere umano. Quando siamo giovani pensiamo che siano parole scontate, che tutti abbiamo questi principi positivi dentro di noi. Quando sei adulto, invece, ti rendi conto che esiste il bene ed esiste il male.

Oggi voglio usare parole molto semplici e comprensibili per tutti quelli che ci stanno ascoltando. La Convenzione di Istanbul è «il primo strumento internazionale giuridicamente vincolante che crea un quadro giuridico completo per proteggere le donne da qualsiasi forma di violenza.» Quindi la Convenzione di Istanbul è un trattato, e i trattati vanno prima firmati e poi ratificati dagli Stati, in modo che gli Stati siano vincolati a rispettare questi trattati.

In questa Convenzione parliamo di concetti molto semplici. Si dice che gli Stati dovrebbero inserire nei propri codici penali una serie di reati perpetrati contro le donne: violenza psicologica, violenza sessuale, stalking, violenza fisica, stupro, matrimonio forzato, mutilazioni genitali, aborto forzato, sterilizzazione forzata, molestie sessuali. Reati aberranti, eppure ci sono paesi dell'Unione europea che ritengono che non sia un atto di civiltà ratificare l'accordo.

Cittadini e cittadine europei, donne, padri, oggi dovete chiedere ai vostri governi e ai vostri politici che vi rappresentano: perché? Perché è difficile metterci la faccia contro una violenza sessuale o una mutilazione genitale? Perché è difficile metterci la faccia contro un matrimonio forzato o uno stupro?

Il compito dei politici è quello di prendere delle decisioni e rappresentare la democrazia. E allora io voglio sapere perché ci sono paesi dell'Unione europea che sono omertosi verso questo trattato e se questi paesi rappresentano veramente i valori dell'Unione europea.

Evelyn Regner (S&D). – Mr President, 28-28 women were killed this year in Austria. 28, nearly all of them by men close to them, murdered simply because they are women.

But violence against women and children doesn't start with these femicides, it starts in the heads, the words, the first black eye hidden from others. Why hidden? Because still today, instead of holding the men responsible who use violence against women, we blame often the women. We often hear 'not all men'. But most men haven't yet understood: this issue of violence is theirs to solve. They can't be bystanders looking away, laughing, uncomfortable at a misogynistic joke.

And therefore, today I call on all those men who already know violence is not OK: you need to call out your friends and brothers, and you need to believe women when they tell you about the violence that they experience. Every third woman you meet is a survivor of violence. Every third.

Michal Šimečka (Renew). – Vážený pán predsedajúci, *I will be speaking my mother tongue*, po slovensky, vážení kolegovia, 600, 600 žien, vyše 600 žien bolo podľa tých posledných dostupných dát Eurostatu zavraždených v roku ešte 2018 intímny partnerom alebo rodinným príslušníkom alebo svojim príbuzným v 14 štátoch Európskej únie, a to sú dáta ešte pred pandémie.

Koľko ďalších žien prišlo o život odvtedy v iných krajinách Európskej únie, o ktorých nemáme bližšie dáta? Koľko žien denne čelí fyzickému a psychickému násiliu? A koľko nahlásených prípadov sa nikdy neobjaví v týchto dátach? Naozaj násilie páchané na ženách je jedným z najväčších problémov, ktorým ako demokratická a moderná spoločnosť čelíme. V Únii dokážeme veľmi efektívne chrániť spotrebiteľov a ich práva, no nedokážeme dostatočne chrániť ženy pred fyzickým a psychickým násilím. Sme na seba hrdí, že sme veľmocou regulácie, ale v mnohých členských štátoch sme nedokázali ratifikovať Istanbulský dohovor. Preto vyzývam Komisiu na urýchlené prijatie opatrení na úrovni EÚ, ktoré budú ekvivalentom toho ratifikovaného dohovoru.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Herr talman! Varje dag misshandlas, våldtas och dödas eller mördas kvinnor av män i sin närhet. Varje dag utsätts också barn för det övergrepp som det faktiskt också är att se och höra sin mamma bli utsatt. Vi kan fortsätta att prata om att det är så här. Eller så bestämmer vi oss för att göra mer för att få stopp på det. Det går, men det krävs att vi använder de verktyg som finns, som fungerar.

Med andra ord är den politiker, den partigrupp, det parlament, den regering eller den kommission som inte gör vad som krävs, som inte använder de verktyg som faktiskt finns, alla politiker som accepterar att män misshandlar, våldtar och dödar kvinnor. Ni vet vilka ni är och vi vet vilka ni är.

Julie Lechanteux (ID). – Monsieur le Président, Madame le Commissaire, l'ordre du jour est point d'étape et état d'avancement sur l'élimination de la violence à l'égard des femmes. La conclusion est que rien n'est fait, rien n'avance. En France, 220 000 femmes par an subissent des violences conjugales; plus de 100 000 femmes sont violées ou agressées chaque année; 120 000 sont excisées chaque année; le nombre de viols a augmenté de 32 % ces deux dernières années. La preuve encore que rien n'est fait, ni en France, ni en Europe.

Vous préférez investir dans de la publicité pour le port du hidjab et faire preuve d'hypocrisie, voire d'ironie, en signant un accord international dénommé «convention d'Istanbul», ville turque dont le président Erdoğan est un islamiste. Cet islamiste a relégué M^{me} von der Leyen sur un canapé comme une petite écolière, laissant aux hommes les discussions sérieuses. Rien ne pourra jamais améliorer la condition des femmes dans cette Union européenne victime du syndrome de Stockholm.

Si un jour vous souhaitez remettre les pieds sur terre, revenir à la réalité, c'est 35 % des femmes qui indiquent avoir été exposées à des violences physiques ou sexuelles au cours de leur vie. Ce sont 101 femmes qui ont péri sous les coups, en France, depuis le 1^{er} janvier de cette année. Voilà ce qui arrive quand on veut confier le destin, le sort des femmes à leurs pires ennemis. Michel Sardou chantait «Femmes, je vous aime». Il serait vraiment temps de les aimer, et de les aimer vraiment.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н председател, насилието над жени трябва да бъде преследвано и наказвано. Това трябва да става, разбира се, през наказателните кодекси на всяка една държава. Така работи правната система на държавите. Истанбулската конвенция обаче няма нищо общо с това. Това е една пропаганда, в която под легитимния знак за борба срещу насилието над жени беше вкарана идеология. И вие отлично знаете това. Идеология, която е част от триадата, заедно с климатичната истерия и утопичния „зеленизъм“ на някаква идея за нов световен ред, който се опитвате да налагате. Идеология, която ще бъде пометена, разбира се, от вашите нови приятели, клетите бежанци. Това ще се случи и то е неизбежно. Ако за да проверите и да видите каква пропаганда е така наречената „Истанбулска конвенция“, просто ми кажете каква е статистиката за насилието в ислямските общности във Франция. И тогава ще разберете за какво говорим. Вие всички знаете за тази статистика, но тя не е удобна и затова не говорите за нея. Ако искате да предложите ефективна борба срещу насилието, която трябва да се води, разбира се, това трябва да се прави през наказателните кодекси на съответните държави, а не да се провежда безумна пропаганда, нито да се прави някакъв опит за промяна

на нашето общество през така наречената „джендър идеология“.

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señor presidente: María Isabel, Erika, Mónica, Zuita, Pamela, Amal, María de los Ángeles, María Pilar, Hazna, África, Consuelo, Alicia, Rocío, Nicoleta, María Teresa, Betty, Lucía, Jordina, Mari Cruz, Mari Carmen, Conchi, Flora... algunas de las 37 mujeres asesinadas por sus parejas y exparejas, por quienes decían quererlas.

Y mientras, en la Unión Europea, a pesar de los esfuerzos de este Parlamento, sigue paralizada la ratificación del Convenio de Estambul, la Comisión plantea dudas sobre la violencia de género como eurodelito y hay controversia sobre el alcance de la propuesta legislativa que pretende plantear.

Solo espero que la Comisión no dé alas a los negacionistas y a los Gobiernos de extrema derecha que nos boicotean en el Consejo. Esos Gobiernos y sus aliados son los que amparan la cultura de la violación, los que avanzan sobre los cuerpos de las mujeres en su particular «cuento de la criada», convencidos de que somos propiedad de varones, Estados o iglesias.

Miles de mujeres esperan nuestra respuesta y no podemos dejarlas solas.

Miroslav Radačovský (NI). – Vážený pán predsedajúci, ochrana žien pred násilím a takúto ochranu je potrebné považovať za prioritu číslo jedna nielen v legislatíve, ale predovšetkým v hlave človeka.

Veľmi dobre poznám kontroverzný a právne nedokonalý Istanbulský dohovor. Ako sudca so 40-ročnou praxou tiež veľmi dobre poznám legislatívu Slovenskej republiky. Musím skutočne objektívne a bez emócií konštatovať, že legislatíva Slovenskej republiky, pokiaľ sa týka ochrany práv žien pred násilím, je dokonalejšie a lepšia, objektívnejšia a nekomplikovaná. Navrhujem preto, aby sa legislatívci Európskej únie oboznámili s jurisdikciou Slovenskej republiky, prevzali a implementovali ju do práva Európskej únie a potom ten Istanbulský dohovorík môžeme kľudne hodiť do kanálu La Manche.

A ešte niečo na záver. Ohradzujem sa proti výrokom niektorých europoslancov, ktorí tvrdia, že krajiny, ktoré neprijali Istanbulský dohovor, sú akési zaostalejšie. Na Slovensku to tak nie je. My, Slováci, máme svoje ženy radi, pretože to sú najkrajšie ženy na svete.

Nathalie Colin-Oesterlé (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la lutte contre les violences à l'égard des femmes est un sujet qui nous concerne tous, sur lequel nous devons agir et sur lequel nous ne pouvons pas échouer. L'Europe a un rôle à jouer. Aujourd'hui, évidemment, les États membres peuvent légiférer, mais c'est à leur bon vouloir.

Alors l'Europe, oui, a le devoir d'agir. Agir en ratifiant la convention d'Istanbul, premier instrument international contraignant pour lutter contre la violence à l'égard des femmes et des enfants. Et l'Europe doit faire pression sur les six pays qui ne l'ont pas encore ratifiée, car cela n'est pas acceptable. L'Europe doit aussi agir en légiférant. La Commission européenne a annoncé qu'elle présenterait un texte en décembre prochain visant à créer une base commune et contraignante pour tous les États membres afin de lutter contre ces violences. Alors, j'attends que cette nouvelle législation intègre trois volets: un volet prévention, pour mieux former, dès le plus jeune âge, les citoyens européens à l'égalité des sexes; un volet protection, pour mieux accueillir, écouter et protéger les femmes victimes de violences; et un volet poursuites, pour définir un cadre commun au niveau européen et faire de la violence fondée sur le genre un nouveau domaine de criminalité.

Il est urgent de former tous les professionnels qui sont amenés à traiter des affaires de violence à l'égard des femmes. Il est urgent de créer un numéro d'appel gratuit européen, ouvert 24 heures sur 24 et disponible dans tous les États membres et dans toutes les langues. Il est urgent de créer un réseau européen de guichets uniques sécurisés d'assistance aux femmes victimes de violence et il est urgent d'augmenter le budget de Daphné, ce programme de l'Union européenne qui finance des projets visant à prévenir et à combattre la violence et à protéger les victimes.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Ja, mäns våld mot kvinnor är ett av våra största samhällsproblem. Det är både en orsak till och en konsekvens av ojämställda samhällen, och våld i alla dess former går att förebygga, men det krävs politisk vilja. Vi har inte råd att vänta en enda dag till på att kvinnor ska få åtnjuta sina mänskliga rättigheter.

Det handlar också om barnen. Alla barn har rätt till en trygg och kärleksfull barndom, och inget barn ska behöva uppleva våld. Inget barn ska se sin mamma bli misshandlad av en man, och alla flickor och kvinnor ska ha rätt att leva sina liv utan våld och övergrepp. Därför är det viktigt att både EU och samtliga medlemsstater ratificerar Istanbulkonventionen. Vi kan inte vänta en enda dag till. Kvinnor och flickor har rätt att leva ett liv fritt från våld och övergrepp.

Katalin Cseh (Renew). – Mr President, Bernadett Orosz, a mother of six from Hungary, was brutally and repeatedly beaten by her partner. Her nose got fractured, her eardrum exploded and her face was disfigured. When she asked for a restraining order, she couldn't get one. Out of desperation, she took pictures of her injuries and posted them on social media, and then she was sued for invasion of privacy.

Colleagues, Bernadett is an EU citizen. Her story clearly shows that our system is broken. Our system is failing victims, and the Istanbul Convention is our most powerful tool to repair it. There is clear evidence of that from countries that have ratified it. There is a clear positive change from prevention to prosecution. Let me just say that the populist right's shameful attacks and the smear campaign against the Convention is absolutely horrendous. We have also already heard in this Chamber that this is against their values – as if violence could ever be a value. Hungarian Minister Judit Varga talks about political hysteria as if the victim's cry for help could ever be mistaken for hysteria.

It's time for the EU to step up. It's time for an EU-level ratification of the Istanbul Convention. We call on the incoming French Presidency to put it on the Council agenda, because women in the EU deserve much better.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, un tercio de las mujeres europeas ha vivido algún episodio de violencia a lo largo de su vida. En el caso de España llevamos ya treinta y siete muertes este año. Desde hace algunos años, desde 2003, desde que se cuentan, más de mil víctimas.

Es una auténtica plaga y hoy nos hemos levantado con la cifra —atiendan— de 53 000 mujeres que tienen vigilancia policial porque son perseguidas por sus parejas o exparejas, amenazadas por la violencia. Es una auténtica plaga. La mitad de la población, señora comisaria, vive bajo la amenaza de la violencia machista.

¿Hay algo más urgente en materia de política pública que afrontar este fenómeno? Y el marco europeo es totalmente insuficiente. Sí, es una vergüenza que seis países no quieran ratificar el Convenio de Estambul, pero pónganlo ya en la agenda del Consejo y ratifiquenlo por mayoría cualificada si es necesario.

Por último, no puede ser que aún no tengamos un marco propio europeo. Esperamos mucho de la Directiva que nos ha prometido. Esperamos que sea comprensiva, amplia —que abarque el fenómeno de una manera muy muy muy amplia— y ambiciosa para poner fin a esta lacra. Muchas europeas que hoy en sus países no tienen un marco propio de lucha contra la violencia machista necesitan de esta Directiva para que sus países impongan normas de una vez.

Gunnar Beck (ID). – Mr President, the Istanbul Convention on Preventing and Combating Violence Against Women and Domestic Violence is the first European convention to impose legal duties specifically to protect women. It's been ratified by most EU Member States. The EU is now calling on the remaining six members to follow soon.

Two comments. Of course, women should be protected against violence. However, why only women? Men are as likely to suffer domestic violence as women. Why don't they merit protection? Second, some States object to ratification because they fear the courts may interpret the convention too broadly and apply it to gender matters unrelated to domestic violence and violence against women. The convention is specifically aimed at both, and the text freely refers to both, but little else.

The Vienna Convention on the Laws of Treaties requires that treaties be interpreted in good faith and according to their ordinary meaning, unless that meaning is woefully unclear or absurd. Yet the EU, and some national courts, commonly construe legal provisions dynamically, that means against their wording and to further purposes the courts invent and impose.

The only safeguard against this undemocratic practice of judicial lawmaking by unelected and politically appointed officials, is the literal, or text-based, interpretation. What there is need for is a convention against judicial lawmaking, not the judicial extension of the Istanbul Convention.

Beata Mazurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Przemoc wobec kobiet nie ma narodowości – występuje na całym świecie i jest obecna we wszystkich grupach społecznych, niezależnie od wieku, wykształcenia, wyznania czy statusu społecznego. Przemoc wobec kobiet może mieć różne oblicza i nie ma tu znaczenia, jaką formę przybiera, ponieważ każda, ale to każda przemoc wobec kobiet powinna być skutecznie karana przez przedstawicieli wymiaru sprawiedliwości i stanowczo potępiana.

Tworzenie spójnego i skutecznego systemu przeciwdziałania przemocy, nie tylko wobec kobiet, ale wobec każdego człowieka, to zadanie, które spoczywa na państwach członkowskich. Tylko dobrze egzekwowane prawo może w znaczny sposób ograniczyć zjawisko przemocy wobec każdej osoby, która się z nią zetknęła.

Na koniec, szanowni państwo, chciałabym zwrócić uwagę i przypomnieć o sytuacji kobiet w Afganistanie, które każdego dnia doświadczają różnych form przemocy. Czy świat zapomniał już o ich cierpieniu? Te kobiety, jak każda z nas, zasługują na życie w poczuciu bezpieczeństwa i godności. Niestety tak nie jest i nic nie wskazuje na to, by cokolwiek się zmieniło, ponieważ my nic albo niewiele robimy.

Niyazi Kizilyürek (The Left). – Mr President, unfortunately, domestic violence remains a widespread phenomenon in Europe. One in five women in a relationship have experienced physical and or sexual violence by a partner or ex-partner. In many countries, half of family murder victims are killed by a partner or a relative.

Despite all of these undeniable facts, some EU Member States are refusing to ratify the Istanbul Convention. Some go so far as to consider it as promoting destructive gender ideology or same sex marriage. This is virtual patriarchy, which is one of the main reasons for the victimisation of women. It is a fact that low-level gender equality is one of the causes of gender violence. So also is toxic masculinity.

Let's ratify the Istanbul Convention, but be aware that patriarchal structures cannot be deconstructed only with legal measures. We need also deep-rooted changes in all levels of life. We need absolute gender equality. Above all, we need to raise our voice against patriarchy.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la violenza contro le donne rimane una delle più diffuse e gravi violazioni dei diritti umani. Le sofferenze e le conseguenze negative sulla salute fisica e psicologica, così come nella sfera pubblica e privata, si amplificano in condizioni di vulnerabilità, di crisi umanitarie e con l'attuale pandemia. Femminicidio, tratta, mutilazioni genitali, abusi e molestie sessuali, online e offline, sono solo alcuni dei fenomeni attraverso cui si manifestano i comportamenti violenti, ai quali non è estraneo il contesto familiare.

Occorre allora condannare con forza l'atteggiamento di quegli Stati membri che mettono in discussione la Convenzione di Istanbul, ritardandone la ratifica e l'attuazione o anche manifestando la volontà di recedere. Questo tipo di comportamento vanifica gli sforzi nell'Unione europea per ampliare le azioni rivolte a prevenire la violenza di genere, per rendere agevole la protezione e l'assistenza delle vittime, la denuncia e il perseguimento dei colpevoli.

Gli obiettivi della Convenzione rappresentano una sfida prioritaria da vincere in campo legislativo, sociale e culturale per contrastare la violenza contro le donne e affermare i loro diritti fondamentali.

Aušra Maldeikienė (PPE). – Gerbiamas Pirmininke, mieli kolegos, prieš keletą metų mano aštuoniolikos metų mokinę ir jos mamą nušovė pavydo apakintas tėtis. Žiaurų šeimos problemų sprendimo būdą pasirinkęs vyras buvo garsus gydytojas, profesorius, su kuriuo kartu dirbau mokyklos tėvų komitete.

Kas lemia, kad net 31 procentas Europos moterų patiria fizinę ir seksualinę prievartą, kuri kartais baigiasi net mirtimi? Pagrindinė priežastis – dar neįveikta patriarchalinė šeimos samprata bei lyčių stereotipai, kuriuos vis dažniau kartoja vadinamosios tradicinės šeimos apologetai.

Prieš penkerius metus popiežius Pranciškus paskelbė raginimą tikintiesiems ir ten aiškiai pasakė, kad smurto prieš moteris ištakos yra vyriškas mačizmas, su kuriuo būtina kovoti.

Vis dėlto bent jau mano šalyje Lietuvoje Stambulo konvencija neratifikuojama visų pirma dėl politikų pataikavimo vietiniams hierarchams, kurie aiškina, kad konvencija įstatymo lygmeniu įtvirtina stereotipinį požiūrį, supriešinantį vyrus ir moteris. Sunku suvokti turinį.

Panašios mintys randa puikią dirvą visuomenėje, kurioje smurtas dažnai net neatpažįstamas. Seksualinė prievarta šeimoje laikoma santuokinių pareigų vykdymu, o smurto aukos kaltinamos, kad smurtą iššaukia jų pačių, esą, netinkami veiksmai.

Norint perkirsti smurto ratą, būtina imtis aktyvesnio švietimo. Smurtą patiriančioms moterims privalu suteikti pagalbą, saugią gyvenamąją vietą, skaitmenines platformas, kurių pagalba jos galėtų informuoti apie savo problemas. Kad šios priemonės būtų ne vien formalios, jas būtina deramai finansuoti.

Cyrus Engerer (S&D). – Mr President.

Caroline, Elenor, Maria, Antonia, Shannon, Lourdes, Marija Carmela, Angele and Chantelle. Our sisters, our mothers, our friends. The nine women who have been killed in my country, Malta, only in the past five years because of a very specific disease: hatred and violence towards women. And despite the 137 women who are murdered every day in the world, femicide continues to be a de facto definition, and no single Member State seems to have a concrete taxonomy defining the murder of a person which is the direct result of hatred because of their gender.

The root cause when it comes to gender-based violence is gender stereotyping, which not only harms women, but harms all those who identify with their gender, and those who don't. The ratification of the Istanbul Convention is key in the fight against gender-based violence. It is unacceptable that Bulgaria, Czechia, Latvia, Lithuania, Hungary and Slovakia have still not ratified it. Enough time-wasting. Ratify the Convention now.

Abir Al-Sahlani (Renew). – Herr talman! Redan innan pandemin var våldet mot kvinnor på tok för utbrett här i EU. En tredjedel av alla europeiska kvinnor har blivit utsatta för någon form av våld, alltså var tredje kvinna härinne i rummet och i hela EU. Varje dag dör en kvinna på grund av våld i nära relationer. Den här pandemin har inneburit att våldet i hemmet har fått florera fritt, och vissa konservativa krafter har utnyttjat pandemin för att ytterligare inskränka kvinnors mänskliga rättigheter.

Istanbulkonventionens mål är ju att skydda kvinnor från våld, men den utmålas som genuspropaganda och ett hot mot kärnfamiljen. Den polska regeringen, ledd av partiet Lag och rättvisa, är, som första europeiska land, på väg att lämna konventionen. I stället för att arbeta mot alla former av våld mot kvinnor har samma regering föreslagit att införa ett nationellt register över gravida kvinnor och på så sätt institutionalisera kränkningar av kvinnors mänskliga rättigheter – samma regering vars strikta abortlagar har lett till att en kvinna har dött.

Kära kommissionsledamot, detta är inte ett jämställdhetsproblem för EU i vårt samhälle –det här är en skam för oss. Jag förväntar mig konkreta åtgärder så att vi kan sätta stopp för våldet mot kvinnor i hela EU.

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Voorzitter, elke week sterven er vijftig vrouwen in Europa aan geweld, puur omdat ze vrouw zijn. Transgenders worden in elkaar geslagen op straat en vermoord. Vrouwen worden gedrogeerd in de kroeg en vervolgens bruut verkracht. Jonge meisjes plegen zelfmoord omdat ze intieme beelden met een jongen hebben gedeeld, die hij vervolgens zonder toestemming online gooit.

Mevrouw Dalli, we zitten in een pandemie, en dan heb ik het niet alleen over covid. Elke minuut dat we geen actie ondernemen, is er een te veel. Twee jaar geleden heeft u aangekondigd met Europese wetgeving te komen om dit geweld te criminaliseren en te voorkomen. Volgende maand zou u het dan eindelijk presenteren, maar nu is het weer uitgesteld. We kunnen niet langer wachten. Ook wordt het hoog tijd dat de EU het Verdrag van Istanbul ratificeert. Vrouwen in heel Europa rekenen op u. We verwachten actie, en geen lege woorden meer!

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, ayer estuve buscando información para saber cuánto ha aumentado o disminuido la violencia sobre las mujeres desde que se aprobó el Convenio de Estambul: no encontré nada. Pregunté a los servicios del Parlamento Europeo, que tampoco tienen nada.

La Unión Europea destina miles de millones de euros al año para fomentar la igualdad —o eso dice—. Tenemos observatorios de la mujer, comisiones de igualdad, organizaciones no gubernamentales, organizaciones gubernamentales, ministras, consejeras, comisarias e incluso cátedras en las universidades, pero es imposible encontrar una cifra oficial de qué está sucediendo.

No sabemos si la violencia sobre las mujeres aumenta o disminuye, pero, oyéndoles a ustedes, parece que aumenta, lo cual quiere decir que sus políticas de género no sirven para nada. De hecho, la realidad nos dice lo contrario: en 2015, cuando se permitió la entrada masiva de inmigración islámica en Alemania, se produjo un aumento drástico de la violencia contra las mujeres.

Nosotros lo tenemos claro: la violencia contra las mujeres se combate con control de las fronteras, apoyo a las familias y penas severas contra los criminales y los maltratadores. Ustedes hacen lo contrario: enfrentan a hombres y mujeres, hablan de la «masculinidad tóxica» y consideran a todos los hombres, en general, violadores en potencia. Así no haremos nada.

Pernando Barrena Arza (The Left). – Señor presidente, desde que en 2003 se empezaron a recoger datos sobre violencia hacia las mujeres, han sido asesinadas en Euskal Herria 112 mujeres, 11 menores.

Detrás de este número inaceptable hay nombres y existencias, proyectos de vida robados. Especialmente queremos tener en la memoria a Erika Tavares, Conchi González, Aintzane Pujana, María Pilar Berrio y la vecina de Biarritz de 75 años que han sido asesinadas a lo largo de 2021 en Euskal Herria.

Para hacer frente a esto necesitamos herramientas y compromisos claros, y uno de ellos es el Convenio de Estambul, una herramienta que abrió la perspectiva de lo que son las violencias machistas y exigió a los Estados compromisos y respuestas claras, con medidas de verdad, justicia, reparación y garantías de no repetición.

Como ya han dicho otros compañeros precedentes, a día de hoy solo veintiún Estados miembros han ratificado el Convenio y la Unión todavía no lo ha hecho como tal. Pedimos de manera urgente que la Unión Europea ratifique el Convenio de Estambul y que entre ya en la agenda del Consejo. Sabemos que los domicilios no son seguros para muchas mujeres, del mismo modo que los Estados e instituciones tampoco lo son si no se hacen cargo de convenios como estos.

Quiero acabar agradeciendo al movimiento feminista la labor incansable de concienciación y actuación. Si hoy estamos aquí, evidentemente es porque ellas siguen abriendo camino.

Luisa Regimenti (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, l'odierna ricorrenza ci induce a riflettere su un fenomeno che costituisce non solo un'emergenza pubblica e sociale, ma una delle più vergognose violazioni dei diritti umani.

Arriviamo a questa giornata simbolica con un bilancio tragico: solo in Italia nel 2021 si conta un femminicidio ogni tre giorni. Ma chi pensa che le donne siano il sesso debole, si sbaglia. Vivere una vita da donna richiede molta più forza e determinazione rispetto a quella di un uomo e spesso il dover resistere davanti alle ingiustizie, le oppressioni, le sopraffazioni e gli abusi.

In una società democratica non può e non deve esserci spazio per nessuna forma di violenza contro le donne, ma ciò si realizza mediante una rivoluzione in termini di sensibilizzazione della comunità e non può certo prescindere da un sostegno europeo e nazionale.

La Convenzione di Istanbul è il più completo trattato internazionale sui diritti umani per prevenire e combattere la violenza contro le donne, e se è vero che tutti gli Stati membri hanno firmato la Convenzione, permangono ancora delle sfide relative alla sua ratifica.

È quindi necessaria un'azione urgente per porre fine alle errate interpretazioni della Convenzione di Istanbul e per porre al centro dell'agenda politica europea la tutela dei diritti fondamentali, l'uguaglianza fra i sessi, la sicurezza e la giustizia, per poter dire oggi: «non vi lasciamo sole, noi ci siamo!»

Maria Noichl (S&D). – Herr Präsident! Ich spreche als Europäerin, als Frau, als Mutter, als Oma, und ich möchte es ganz deutlich sagen: Wer die Werte, wer die Inhalte, wer die Handlungsaufträge der Istanbul-Konvention nicht teilt, kann nicht Teil dieser EU sein. Denn diese EU ist ein Versprechen, vor allen Dingen auch ein Versprechen an die Frauen. Die Istanbul-Konvention ist so etwas wie ein Sammelband. Die Istanbul-Konvention ist ein Sammelband für Schutzaufträge, ein Sammelband für Aktionen, für ein Friedensversprechen den Frauen gegenüber und vor allen Dingen für ein einheitliches Schutzniveau für alle Frauen in der EU.

Die Istanbul-Konvention ist somit das weitreichendste Instrument, das wir derzeit zum Schutz gegen Gewalt an Frauen haben. Und es ist ganz klar, dass es endlich an der Zeit ist, dieses Papier zu ratifizieren, es als EU zu ratifizieren, mit qualifizierter Mehrheit zu ratifizieren, keine Zeit mehr zu verlieren und sich damit ganz, ganz klar auf die Seiten der Frauen und auf die Seiten der Männer zu stellen, die klar gegen Gewalt an Frauen kämpfen.

Es ist eine Gruppe von Frauen und von Männern, die einen Schritt in die Zukunft machen wollen. Und die ewiggestrigen Männer, die müssen wir überwinden.

Irène Tolleret (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, Jennifer en France, Angelica en Allemagne, Sylvia en Italie, Anna en Pologne. Quelques noms de femmes qui sont des sœurs, des cousines, des amies, des mères, des filles. Quatre groupes humains détruits parce que ces femmes ont été tuées par leur conjoint ou leur ex-conjoint, cette année, en 2021, dans l'Union européenne, ici et maintenant.

Malheureusement, la liste est plus longue. Chaque année, des centaines de femmes meurent en Europe, tuées par leur conjoint ou leur ex-conjoint. Chaque jour, des femmes sont violentées, harcelées, dans la rue, sur internet. Nous vivons aujourd'hui dans une société qui est gangrénée par les stéréotypes de genre. Le patriarcat, le machisme, le sexisme sont toujours une réalité.

Nous, législateurs européens, avons une responsabilité. Nous ne pouvons pas seulement nous protéger derrière l'idée que la convention d'Istanbul doit aller plus loin. Nous avons aussi besoin d'une directive pour lutter contre les violences, mais nous devons également mener une réelle révolution culturelle pour qu'au niveau de l'éducation que nous offrons à nos filles et à nos garçons, à la maison comme à l'école, dès le plus jeune âge, nous transmettions aux garçons et aux filles la culture de l'égalité. Pour que cette liste de femmes tuées n'existe plus.

Malin Björk (The Left). – Herr talman! När Istanbulkonventionen antogs var vi många som jublade. Äntligen ett internationellt instrument för att bekämpa det könsbaserade våldet – det som förminskar våra liv, som tar liv. Men i dag attackeras Istanbulkonventionen av högerkonservativa, auktoritära krafter. Vi ser hur våldet mot kvinnor och hbtqi-personer förminskas och till och med ursäktas. Vi kan inte låta det ske.

Inget EU-land ska kunna avsäga sig åtagandet att bekämpa våld mot kvinnor, varken Polen eller något annat land. Kvinnorna har sagt sitt. Vi har modigt brutit tystnaden. Vi stöttar varandra. Men jag undrar: Var är männen? Var är åtgärderna? Var är resurserna? Var är pengarna? Var är den krismedvetenhet som vi ser när det gäller annat? Det här är terror mot kvinnors kroppar.

Ni agerar som om politiken inte hade någon möjlighet att göra någonting. Det har den. Vi ska ha nolltolerans mot alla former av könsbaserat våld. Vi ska ha mer resurser till kvinnojourerna. Vi ska tro på den som vågar berätta. Det är modigt att bryta tystnaden. Vi ska säga att det är förövaren som bär all skuld. Vi ska säga att lagen står på din sida. Vi kommer inte att vila förrän vi har satt stopp för våldet mot kvinnor och flickor.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, violence against women can take many forms, from coercive control to physical abuse. Earlier this month, my colleagues and I were delighted to welcome Sarah Benson of Women's Aid Ireland to the European Parliament. The charity was a very deserving recipient of the 2021 European Citizen's Prize, in recognition of the frontline support that they have provided since the outbreak of COVID-19.

Figures show an increase of over 40% in calls to the charity's helpline after March 2020. The figure is stark, and even more so when you remember that many instances of domestic abuse go unreported, due to the stigma and shame imposed on victims. My own country of Ireland signed the Istanbul Convention in 2015, and I am pleased to say that we ratified it in March 2019.

Many policy and legal improvements were made leading up to the ratification, but that does not mean we should stop here. Recent progress includes the commencement of Coco's Law, which criminalises the taking and distribution of intimate images without consent. While I believe that we are seeing real and positive change, violence against women inside and outside the home in Ireland and across the EU remains far too common. We must continue to fight to end it.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovani predsjedavajući, povjerenice, na Međunarodni dan borbe protiv nasilja nad ženama prvo bih izrazio žaljenje zbog činjenice da o ovom problemu ne postoji relevantna i ažurirana statistika. To znači da brojke koje imamo ne ocrtavaju realnost koja je danas još gora. A trenutno statistika govori: svaka treća žena je tijekom života bila žrtva fizičkog ili seksualnog nasilja, svaka četvrta mlada žena bila je izložena obiteljskom nasilju i nasilju od strane intimnog partnera. U prosjeku dvije od tri žene nisu prijavile nasilje policiji. Iz ovoga možemo zaključiti: problem nasilja nad ženama s godinama ne jenjava već, nažalost, raste. Postojeći programi prevencije i zaštite ne donose rezultate. Mali postotak prijave nasilja govori o nepovjerenju prema institucijama. I ono najbolnije, ove nam brojke vrlo jasno pokazuju da naš ključni dokument, Istanbulska konvencija, nije zaživjela na način na koji smo zamislili i da je vrijeme da se povuku hrabriji potezi.

Naša je odgovornost da pratimo implementaciju Istanbulske konvencije, a od Europske komisije iščekujemo novu direktivu za borbu protiv nasilja nad ženama, obećanu do kraja ove godine. Želim vjerovati da Komisija neće ostaviti žene na cjedilu.

Hilde Vautmans (Renew). – Mr President, for already almost an hour and a half today, we have listened to the stories and we have listened to the numbers. But, Madam Commissioner, did we really hear them? I will repeat them: nearly one in three women have been abused in their lifetime and, since the COVID pandemic, the figures are even worse. Since the COVID-19 pandemic, we see a real shadow pandemic. Since the start, two in three women report that they have experienced some form of violence.

Colleagues, we must act and we must act together. Luckily, there were a few men talking today, but most of us talking here were women. We need the men also to fight. May I say that? We also need you, because what is happening is no longer acceptable. For me, what should be done is that we need to believe the survivors. We must tackle the root causes and we should introduce one European helpline. We should take care of the victims.

Madam Commissioner, we should make gender-based violence a European priority. There are many priorities, but for me, it's a very important one that we can no longer accept. So please, push those six Member States to ratify the Istanbul Convention. Colleagues, altogether here, say no to violence to women.

Katarina Barley (S&D). – Mr President, gender-based violence has many forms and faces, and we see it everywhere. We have a tool to prevent and combat violence against women and domestic violence: the Istanbul Convention. It does not solve the problem all by itself, but it is a commitment to take action.

Now we see that this Convention is being framed by autocratic regimes. They say it is against their history and culture to fight against gender-based violence. Are you serious? Some of them have even signed it themselves.

We have to see it as part of the bigger picture. We currently witness the increase of transnational, highly-organised and well-funded anti-gender movements in the European Union and worldwide that go hand-in-hand with anti-democratic movements. These movements put into question the achievements of women's rights and endanger, at the same time, our democratic foundation. Because it all goes together when you look at these regimes: fight against the independence of judiciary, fight against free media, fight against critical culture and the rights of women. That's always the same pattern.

Now, we have to fight for the rights of women, and I'm happy to say that the new coalition contract in Germany includes the full implementation of the Istanbul Convention. There are still small parts missing in the digital space, and this contract also makes clear that Germany will fight for the ratification and implementation in our Council of Europe partner countries. This is the way to go.

Marc Angel (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, c'est un scandale! Aujourd'hui, six États membres – la Bulgarie, la Hongrie, la Lettonie, la Lituanie, la Slovaquie et la Tchéquie – n'ont toujours pas ratifié la convention d'Istanbul, qui protège les femmes, les filles et la communauté LGBTI. En plus, le gouvernement polonais menace de se retirer. Voilà pourquoi la ratification par l'Union européenne reste bloquée au Conseil.

Refuser cette convention qui sauve des vies est un geste insensible et d'une terrible cruauté face aux violences faites aux femmes en Europe. Considérant le nombre croissant de féminicides, je ne peux que me tourner vers ces six gouvernements et leur rappeler qu'au travers de leur attitude, c'est du sang qu'ils ont sur les mains.

Nous, Parlement européen, ne pouvons pas rester insensibles à cette réalité. Voilà pourquoi une très grande majorité, Madame la Commissaire, va faire avancer les propositions législatives qui incluent les normes d'excellence de la convention d'Istanbul et l'initiative d'ajouter les violences faites aux femmes et aux filles à la liste des crimes inscrits dans le droit européen.

Madame la Commissaire, comptez sur nous pour renverser le patriarcat. Comptez sur nous pour combattre ensemble les mouvements antigesres et leur idéologie. Ce sont eux les idéologues dans cette histoire.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, Europe is the frontrunner when it comes to elimination of violence against women and girls. Women and girls deserve to live free from violence in Europe and beyond. This is why the Commission is not only working on EU-wide action and legislation, but is combating gender-based violence across the world.

Our main tools in this respect are the Gender Action Plan III and the ongoing EU-UN Spotlight Initiative. Earlier this year, the Commission, as Action Coalition leader of the UN Generation Equality Forum on gender-based violence, committed itself to act through policy proposals, actions and funding, in combating gender-based violence across the world. Ensuring that sufficient protection and support is available for all women and girls will help us achieve a world free from violence.

I thank this Parliament for its continuous support in our common goal by recalling this year's theme for 25 November, 'Orange the World: END VIOLENCE AGAINST WOMEN NOW!'.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsdkyně

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Атидже Алиева-Вели (Renew), в писмена форма. – Безспорен е фактът, че насилието, основано на пола, остава ужасяваща реалност за твърде много граждани в ЕС. Въпреки високите цели, които постави Комисията, все още няма задоволителни конкретни резултати. Много от жените, подложени на насилие, мълчат, защото вярват, че насилниците ще се променят. А всъщност статистиката сочи, че 33% от жените в ЕС са били подложени на физическо и/или сексуално насилие, а 55% са били сексуално тормозени. Затова сега, ние, ясно и на висок глас трябва да говорим за този проблем. Стоици животи можеха да бъдат спасени, само ако имаме адекватни мерки и бяхме приложили категорични политики в областта на домашното насилие и насилието, основано на пола.

Трябва да гарантираме безопасността на жените по света чрез премахване на насилието, основано на пола, в многобройните му форми, за да постигнем равенство между половете. Насилието не е непредотвратимо. Изход има. Един ефективен инструмент в борбата срещу насилието над жените е Истанбулската конвенция. За съжаление, България все още е една от страните, които не са я ратифицирали. ДПС е единствената партия, която от самото начало изразява подкрепата си за конвенцията. Искрено вярвам, че ратифицирането ѝ ще има ключова роля, за да можем да изкореним насилието срещу жените и да осигурим пълно равенство между половете.

Rovana Plumb (S&D), in writing. – Violence against women and girls is one of the most widespread, persistent and devastating human rights violations in our world today. While gender-based violence can happen to anyone, anywhere, women and girls are particularly vulnerable, for instance young girls and older women, migrants and refugees, indigenous women and ethnic minorities. Violence against women continues to be an obstacle to achieving equality, development, as well as to the fulfilment of women and girls' human rights. All in all, the promise of the Sustainable Development Goals to leave no one behind cannot be fulfilled without putting an end to violence against women and girls. As long as women are traumatised, beaten, raped, trafficked, murdered or in other ways denied their bodily autonomy, and while girls are still harassed in school and online, exposed to female genital mutilation and forced marriage, Europe is not equal and not free from gender-based violence. I welcome the European Commission's intention to put forward an EU Directive to combat gender-based violence and domestic violence before the end of 2021. Ambitious and progressive legislation coupled with sufficient funding for anti-violence initiatives are urgently needed. Europe must become a zero-tolerance zone for gender-based violence.

Christine Schneider (PPE), schriftlich. – Geschlechtsspezifische Gewalt ist nach wie vor ein globales und europaweites Problem. Ich bedauere ausdrücklich die mangelnden Fortschritte bei der Ratifizierung der Istanbul-Konvention. Ich stimme mit der Kommission überein und befürworte die geplanten Maßnahmen, denn die Zahlen sind erschreckend: Eine von drei Frauen in der EU hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche Misshandlung und sexuelle Gewalt erfahren. Jede Woche verlieren etwa 50 Frauen ihr Leben durch häusliche Gewalt durch ihre Partner. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden im Jahr 2019 weltweit 243 Millionen Frauen und Mädchen misshandelt, aber nur 40 Prozent zeigten dies an. Die Situation hat sich während der COVID-19-Pandemie noch verschärft, da die Frauen gezwungen waren, zu Hause bei ihren Missbrauchern zu bleiben.

Stefania Zambelli (ID), per iscritto. – I numeri inerenti alla violenza contro le donne in Europa, sono ancora oggi allarmanti. Si stima infatti che in Europa il 33% delle donne sia vittima di violenza fisica o sessuale. Purtroppo, a perpetrare violenza contro le donne sono proprio le persone ad esse più vicine, come il padre o il partner. La pandemia da COVID-19, non ha fatto altro che esacerbare questa situazione, con picchi di femminicidi durante i mesi di lockdown. Dobbiamo garantire sostegno alle donne vittime di violenza e alle famiglie che hanno perso una donna a causa di femminicidio: aiuto psicologico, compensazioni economiche celeri e giuste, pene severe per chi ha perpetrato il reato. I sistemi giudiziari devono dare risposte rapide e certe, a chi ha perso una madre o una figlia. È inammissibile che in Europa ci siano ancora enormi differenze tra i vari schemi nazionali di compensazione per le vittime di reato.

È nostro dovere far sì, che chi ha subito un reato e le loro famiglie, ottengano giustizia velocemente.

6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

6.1. Lage in Somalia

President. – The next item is the debate on seven motions for resolutions on the situation in Somalia (2021/2981(RSP)) (*).

Janina Ochojska, autorka. – Pani Przewodnicząca! W rezolucji dotyczącej sytuacji w Somalii znalazły się najważniejsze tematy opisujące trudną sytuację w tym regionie, takie jak pogłębiający się kryzys humanitarny, brak zabezpieczenia żywnościowego, przemoc wobec kobiet i dzieci oraz wciąż nieukończony proces wyborczy. Wzywamy w niej do ochrony osób wewnątrznie przemieszczonych i uchodźców, a także do uwolnienia dziennikarzy, zlikwidowania kary śmierci oraz ustanowienia niezależnego systemu sądów. Wobec prognozy przewidującej wzrost liczby osób potrzebujących natychmiastowej pomocy i ochrony do 7,7 mln w 2022 roku położyliśmy nacisk na zwiększenie pomocy humanitarnej. Informacje z ONZ oraz od rządu somalijskiego mówią o szybko pogłębiającej się suszy, która może doprowadzić do ekstremalnych sytuacji na wiosnę przyszłego roku. Już około 2,7 mln osób cierpi z powodu braku dostępu

do bezpiecznej wody, braku higieny, żywności oraz pastwisk dla zwierząt. Kryzys humanitarny pogłębia fakt, że tylko 3 % populacji jest zaszczepione na COVID-19. Rezolucja zwraca uwagę na negatywny wpływ pandemii na edukację oraz na służbę zdrowia. Podkreśla wagę zmian klimatycznych i ich negatywnego wpływu na ekonomię.

Zdecydowanie potępiamy przemoc seksualną wobec kobiet i dziewcząt. Oczekujemy podjęcia środków zapobiegawczych. Wzywamy liderów somalijskich do ukończenia procesu wyborczego do izby niższej do końca tego roku. Z zadowoleniem został przyjęty wzrost udziału kobiet w wyborach oraz wybór 26 % kobiet do izby wyższej.

Dziękuję kolegom z innych grup politycznych za współpracę nad przygotowaniem wspólnego tekstu rezolucji.

Hilde Vautmans, Auteur. – Voorzitter, de situatie in Somalië, ik moet het u niet vertellen, is bijzonder zorgwekkend. Een amalgaam aan conflicten vormt een rem op de stabiliteit, de ontwikkeling en de welvaart van het land. Het land wordt geteisterd door terreur, geweld, politieke instabiliteit. Ook de klimaatverandering eist er zijn tol, met als gevolg een humanitaire ramp van jewelste.

Als ik u de cijfers even schets: 2,9 miljoen intern ontheemden, zes miljoen mensen die nood hebben aan humanitaire hulp, bijna één miljoen kinderen die het risico lopen op acute ondervoeding! Kunt u zich dat voorstellen? Ik vind het hallucinant dat ik dat hier op dit spreekgestoelte moet zeggen.

Onze steun aan dat land is dan ook belangrijk. Let op, we doen al heel veel: 35 % van alle humanitaire hulp aan Somalië komt van Europa en de lidstaten. Maar als we het land verder willen begeleiden, dan moeten we die inspanningen aanhouden, dan moeten we onze hulp voortzetten, die hulp gebruiken als hefboom om veranderingen door te voeren.

Mevrouw de commissaris, ik heb een aantal prioriteiten die ik graag aan u wil meegeven, om Somalië uit deze enorme crisis te begeleiden. Dring aan op verkiezingen, daar begint het mee. Veroordeel de willekeurige opsluitingen en aanvallen op journalisten en het misbruik en geweld tegen vrouwen. Zeker vandaag mag ik u dat vragen! Ondersteun het land in de strijd tegen gewapende groeperingen. Veiligheid is de beste garantie op ontwikkeling, zoals bekend. En tot slot, richt uw aandacht op de meest kwetsbaren: de vele misbruikte kinderen, de zovele ondervoede kinderen en de zovele kindsoldaten.

Alviina Alametsä, author. – Madam President, people in Somalia suffer from political instability, terrorist activities, drought and food insecurity. 45 million people are on the edge of famine. 2.9 million people are displaced. The humanitarian situation is rapidly worsening. The extended electoral process and COVID-19 have deteriorated the human rights crisis even further. For the society and democracy to start functioning, it is essential to bring the elections to a conclusion without delay. It is also disappointing that the number of women in the Upper House falls short of the agreed 30% quota. Without women and young people, who form a majority in Somalia, rebuilding a nation is not possible.

Somalia also faces gender-based violence and abductions, sustained attacks on journalists and media workers. This must come to an end. We need stronger support from the EU and Member States for Somalia. We need to protect those that advocate for human rights and keep the authorities in check. We must strengthen our support for human rights and environmental defenders in Somalia and support dialogue of civil society with the authorities.

When all our instruments and support is not enough on the ground, I also call for the EU and the Member States to facilitate the issuing of emergency visas and provide temporary shelter to the human rights defenders in EU Member States.

Adam Bielan, author. – Madam President, the economic impact of the COVID-19 pandemic, seasonal floods, plant disputes and the gradual withdrawal of the African Union mission, increased insecurity and instability across Somalia. Among the direct consequences, the humanitarian situation, and especially food security, has been deteriorating even further throughout Somalia. There are now close to six million people in need of humanitarian assistance.

In addition to this, the terrorist group, al-Shabab has stepped up attacks, ambushes, suicide bombings, and targeted assassinations of government officials. I deeply regret al-Shabab's attacks, which deliberately disrupt the electoral process in Somalia. We cannot remain neither idle nor indifferent to this deteriorating situation.

The EU and the other relevant external action bodies must urgently address humanitarian access constraints in the country, as well as support the strengthening of Somalia's democracy. We should intensify our help by all possible means.

Emmanuel Maurel, *auteur*. – Madame la Présidente, nous assistons en Somalie à une situation très grave, quasi inextricable, où se croisent activités terroristes, violations des droits de l'homme, instabilité politique et insécurité alimentaire.

Nous avons d'un côté un groupe terroriste affilié à Al-Qaïda, qui s'appelle Al-Chabab, responsable d'atrocités affreuses, qui cause la mort de milliers de civils et enrôle de force des milliers d'enfants. Et très récemment, samedi dernier, un journaliste, Abdiiaziz Mohamud Guled, a été tué dans un attentat-suicide commandité par les djihadistes. De l'autre côté, nous avons des autorités régionales et nationales très faibles, corrompues, qui ont mis en place une législation abominable à l'égard des femmes et des petites filles et qui commettent des exactions contre les journalistes, contre les syndicalistes et contre les militants des droits de l'homme. Et tout cela, ça fait 6 millions de personnes en attente d'assistance alimentaire, 2 millions et demi de personnes qui sont au bord de la famine et un État failli.

L'Union européenne doit évidemment continuer à donner de l'aide humanitaire et même, peut-être, amplifier cette aide. Mais je crois qu'elle doit aussi éviter l'écroulement complet de la Somalie. Cela passe par une action en faveur d'institutions plus stables, à même de rassembler toutes les composantes infranationales. Quel est le risque? Le vrai risque, c'est que nous ayons un nouvel Afghanistan dans la Corne de l'Afrique. L'Europe ne peut pas laisser faire cela. Elle doit se mobiliser davantage.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, c'est vrai, la Somalie fait face à une crise politique majeure, aggravée par la pandémie du coronavirus et des chocs climatiques répétés, qui empirent la situation humanitaire et contribuent à la stagnation économique du pays.

À cela vient s'ajouter, comme l'a dit mon collègue, M. Maurel, la situation sécuritaire dans le pays, du fait particulièrement de groupes intégristes, tels que ceux qui ont été listés, comme Al-Chabab, mais de bien d'autres aussi qui y sont aujourd'hui actifs et engendrent une certaine criminalité dans cette région.

Je parlerai plus particulièrement des 800 000 enfants en Somalie qui sont aujourd'hui menacés par la malnutrition. Ce que nous demandons effectivement, c'est de travailler sur les questions de sécurité, qui sont essentielles dans cette région, mais aussi sur les questions humanitaires qui, à mon sens, relèvent également de notre responsabilité et de notre devoir d'aider ces enfants souffrant de malnutrition.

Par ailleurs, il y a aussi la question des journalistes, particulièrement ciblés par rapport à la question des droits de l'homme. Il n'y a pas de démocratie sans journalisme et sans moyens de défense des journalistes dans la région et donc, là aussi, un mécanisme de protection, en particulier des défenseurs des droits de l'homme et des journalistes, doit être préconisé.

Beata Kempa, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Somalia stoi w obliczu największego kryzysu żywnościowego w ciągu ostatnich dwudziestu lat. Stanowi epicentrum kryzysu w tej części Afryki. Gospodarcze skutki COVID-19, sezonowe powodzie, plagi szarańczy pustynnej przyczyniają się do tego, że poziom braku bezpieczeństwa żywnościowego właśnie tam będzie wzrastał.

Prowadzone działania humanitarne w Somalii napotykają wielkie trudności. Mimo to społeczeństwo międzynarodowe, donatorzy, organizacje humanitarne podejmują ogromne wysiłki, by przyjąć z pomocą i wesprzeć Somalijczyków. Za to trzeba im z tego miejsca podziękować.

Należy jednak pamiętać, że w Somalii pomoc dociera jedynie do 20 % potrzebujących natychmiastowego wsparcia. Trudności w udzielaniu pomocy humanitarnej powoduje destabilizacja polityczna kraju trwająca od początku lat 90. Zatem Unia Europejska musi być liderem na arenie międzynarodowej, aby przyczynić się po pierwsze do ustabilizowania sytuacji w kraju i umożliwić pracownikom humanitarnym dotarcie z niezbędną pomocą do najbardziej potrzebujących.

Somalia sama nie poradzi sobie z ubóstwem i niedożywieniem. Potrzebne są skoordynowane działania i wielostronna współpraca, by uratować Somalijczyków przed głodem, a w dłuższej perspektywie odbudować infrastrukturę i pobudzić rozwój gospodarczy tego kraju.

Jutro we Wrocławiu odbędzie się konferencja, którą organizuję, na temat głodu jako największego wstydu XXI wieku. I tam będziemy rozmawiać o najlepszych praktykach w niesieniu pomocy.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, nonostante tutti i nostri sforzi in questi anni, gli sforzi dell'Unione e dell'ONU per la ricostruzione e la stabilizzazione politica della Somalia, purtroppo questo sventurato paese è ancora oggi dilaniato da violenza, terrorismo jihadista, carestie, malnutrizione, corruzione e, ancora, anche criminalità.

Sì, dobbiamo garantire che le elezioni non siano ritardate oltre la data di dicembre, altrimenti questo fornirebbe ancora più spazio ad Al Shabaab per riguadagnare terreno di influenza, ma dobbiamo anche riflettere sull'imminente scadenza del mandato dell'AMISOM, per pensare a come possiamo garantire, aiutare, contribuire a costruire sicurezza in Somalia. Dobbiamo avere un approccio realistico e accessibile, che spinga per un maggiore coinvolgimento dell'ONU, ma che debba anche cercare di garantire che venga fornita una sicurezza a guida somala, rispettosa dei diritti umani, capace di fornire soluzioni concrete agli africani per problemi africani.

Proteggere i giornalisti e i difensori dei diritti umani, impedire che i bambini somali siano condannati o a essere bambini soldato o a morire di fame, questo è quello che noi dobbiamo realizzare stando al fianco delle comunità locali, stando al fianco della società civile e di tutti coloro che non vogliono che la Somalia diventi uno Stato fallito.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, só este ano, 964 civis foram mortos ou ficaram feridos em consequência de confrontos armados na Somália. Além dos mortos e feridos, aumenta diariamente o contingente de malnutridos, subnutridos, deslocados, desempregados, refugiados climáticos e dos diversos conflitos internos e externos.

Tudo isto soma-se a uma resposta muito frágil à pandemia e a uma situação política insustentável. O impasse eleitoral que se vive exige forte empenho para que se possa concluir o processo em curso até ao final deste ano, não deixando brechas abertas para que o terrorismo tome conta do quotidiano, como já aconteceu e está a acontecer em tantos outros países do continente.

As limitações dos direitos, liberdades e garantias dos cidadãos em geral, dos opositores em particular, aliados às limitações à liberdade de expressão e assassinatos de jornalistas, são condenáveis. As mulheres e crianças são, neste conflito, como em muitos outros casos idênticos, o elo mais fraco, e têm que ser protegidas. As autoridades da Somália não podem votar ao esquecimento os seus cidadãos e têm de agir de forma rápida, responsável e firme para que a crise possa ser debelada em proveito de todos e sobretudo do país.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, today, I have four points of concern to make.

First, since we continue to witness political security tensions in Somalia that have created delays in the electoral process and overall reform dynamics, notably security transition. While we welcome news that Somalia's leaders appear to have resolved their differences, we urge them to refocus on national priorities and work to overcome political hurdles. We urge the finalisation of a credible electoral process by the end of 2021, in line with the electoral model consensually agreed, respecting the 30% minimum quota for women.

And secondly, we have security concerns about al-Shabab's ability to continue to conduct attacks. We strongly condemn all acts of terrorism and express our condolences to Somali victims and to those African Union soldiers killed or wounded fighting against al-Shabab. Countering terrorism requires close coordination and collaboration among all stakeholders. We urge Somali and African Union leadership to enhance cooperation on this and to implement these Somali Security Transition Plan, which is critical for progress on security. We remain committed to a comprehensive political approach for Somalia's future and acknowledged that African Union security engagement in Somalia is required beyond 2021, in line with UN Security Council Resolution 2568. The EU is prepared to support a continued presence

and post a mission. But we do need to understand what that presence would look like before financial commitment.

Thirdly, Somalia faces humanitarian challenges such as drought conditions and floods that lead to food insecurity and displacements. The country is also on the frontline of climate change, and the frequency and severity of climate related hazards is increasing. Today, the situation is grim, with severe drought and low humanitarian aid funding levels. Children, women, the elderly and persons with disabilities continue to bear the brunt of Somalia's humanitarian crisis.

Fourthly, the rise in human rights abuses, such as conflict related sexual violence and grave violations against women and children remains deeply worrying. The Somali authorities should hold perpetrators of these violations accountable, expediting the implementation of its commitments to end and prevent these grave violations.

President. – The debate is closed.

The vote will take place today.

Written statements (Rule 171)

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Są niestety regiony lub kraje, które powracają jako temat na forum Parlamentu niezmiennie od wielu lat i w których – pomimo wysiłków społeczności międzynarodowej – sytuacja zamiast się poprawiać, ulega nieustającemu pogorszeniu. Jednym z takich miejsc jest Somalia. Nieudolne rządy, niestabilność polityczna, działalność grup separatystycznych oraz terrorystycznych, braki żywności, susze oraz pandemia koronawirusa doprowadziły to państwo do skrajnej katastrofy humanitarnej. W kraju, w którym mieszka łącznie 12 milionów ludzi, połowa – około 6 milionów – wymaga natychmiastowej pomocy, a prawie 3 miliony dotyka głód i brakuje im podstawowych środków do życia, w tym dostępu do wody. Szczególnie dramatyczna jest sytuacja najmłodszych: według najnowszych prognoz w 2022 roku około 1,2 miliona dzieci w wieku poniżej pięciu lat będzie niedożywionych.

Co więcej, nieletni wcielani są siłą do organizacji zbrojnych – przede wszystkim przez terrorystów z Al-Shabaab, ale również przez wojska należące do lokalnych władz, klanów, a nawet rządu. Tego typu praktyki powinny być bezwzględnie zaprzestane, a społeczność międzynarodowa powinna zwracać na tę kwestię szczególną uwagę. Trzeba również pamiętać, że bez względu na środki finansowe przekazane przez ONZ, Unię Afrykańską czy UE, sytuacja nie ulegnie poprawie, dopóki nie ustabilizuje się sytuacja polityczna w kraju, nie zakończy się proces wyborczy i nie zostanie wyłoniony nowy, skuteczny rząd.

(¹) See minutes.

6.2. Menschenrechtsverletzungen durch private Militär- und Sicherheitsunternehmen, insbesondere die Gruppe Wagner

President. – The next item is the debate on six motions for resolutions on human rights violations by private military and security companies, particularly the Wagner Group (2021/2982(RSP)) (¹).

Andrius Kubilius, author. – Madam President, first of all, we are discussing a very important issue, and second, we give our full support to this important resolution, and thank the initiators very much.

Everybody knows what the Kremlin's Wagner Group is and what kinds of war crimes they have committed in Crimea, Donbas, Syria, Libya, the Central African Republic and other places: torture, killings, sexual violence, mass summary executions, disappearances and so on and so on. Until now, nobody has been brought to international justice. We also need to understand what the Wagner Group is, according to international law. It is not a private military and security company, and it is not a voluntary group of mercenaries. It is a Kremlin regime proxy organisation, a proxy military force with clear elements of criminal gangs in their activities. Such a state proxy organisation is covered neither by conventions which prohibit the activities of mercenaries nor by any kind of international regulations which are applied to private, military and security companies.

That is why it will be very important, after this resolution is passed, to continue our job in the Parliament and other EU institutions in order to deal with such entities as the Wagner Group. My proposals are, first, to make a full-scale investigation into Wagner Group activities and crimes with a special parliamentary report, not just with an urgency resolution, which is good and needed for the time being; second, to qualify the activities of the Wagner Group as activities of state-organised and state-sponsored criminal gangs; third, to create an international law which would set out that states or entities which hire such proxy organisations as the Wagner Group also become internationally responsible and liable for the crimes committed by the Wagner Group; and fourth, to create an international law which would define that, for the crimes of such criminal gangs like the Wagner Group, Russia, the Russian State and the Kremlin regime, which created such proxy criminal organisations, are also internationally responsible and liable.

Sven Mikser, *author*. – Madam President, I believe this resolution is extremely timely since just last week, the Council reached an agreement to apply new sanctions on the so-called ‘Wagner Group’ – a private military security company with very close ties to Russian leadership.

The Wagner Group has been deploying its mercenaries in various conflict zones across the world. The group is often used in order to obscure Russia’s role in those conflicts and to try to maintain a degree of deniability regarding Russia’s direct involvement. We must not be deceived by those clumsy efforts, and we are not.

The Wagner Group and other similar companies have, over the years, committed innumerable human rights violations. But sadly, they have so far largely escaped investigation, prosecution and punishment. This is absolutely unacceptable. We must make sure that all those crimes are investigated and prosecuted, and we must demand that the authorities of the countries in which our CSDP missions operate, terminate any contracts with PMSCs accused of having committed human rights violations.

We have to fully utilise the EU Global Human Rights Sanctions Regime, and we must demand that all governments contracting PMSCs ensure strict compliance with international humanitarian law, democratic oversight and accountability. And we must remain at the forefront of international regulatory efforts in this regard.

Nathalie Loiseau, *auteur*. – Madame la Présidente, officiellement, le groupe Wagner n’existe pas. C’est du moins la position du Kremlin. C’est ennuyeux, parce qu’on trouve le groupe Wagner partout où la Russie essaye d’étendre son influence: – en Ukraine, en Syrie, en Libye, en Centrafrique et peut-être un jour – espérons que non, faisons en sorte que non –, au Mali. C’est ennuyeux, parce que les victimes du groupe Wagner, elles, existent bien.

Viols, tortures, assassinats, arrestations arbitraires. Notre résolution décrit les atrocités commises par les hommes de Wagner et c’est une litanie de l’horreur. Il faut saluer tous ceux qui enquêtent sur ces crimes, parfois au péril de leur vie. Trois journalistes russes sont morts assassinés en Centrafrique parce qu’ils enquêtaient sur les exactions du groupe Wagner. C’est sans doute pour cela qu’officiellement, à Moscou, le groupe Wagner n’existe pas: pour permettre à la Russie d’échapper à ses responsabilités face à ses crimes.

Mais le groupe Wagner ne se contente pas de violer massivement les droits de l’homme. Il prospère sur la détresse des pays où il sévit. Exploitation minière, captation des ressources douanières, il ne recule devant rien pour capter les ressources des pays qui ont eu le malheur de recourir à ce qu’on n’ose pas appeler ses services. Ajoutons à cela des campagnes de désinformation massives, car ce groupe russe ne veut pas seulement intervenir partout où cela lui chante, il veut aussi chasser ceux, et notamment les Européens, qui essayent de stabiliser les pays en crise et de les sortir du chaos, fonds de commerce de ces mercenaires.

Alors, je voudrais dire aux autorités maliennes de penser à leur pays, de s’élever au niveau des responsabilités dont elles se sont emparées et de tourner le dos clairement, définitivement, à l’idée de recourir à des mercenaires qui ne feraient qu’ajouter de la violence à la violence sans jamais y mettre un terme. Et je veux saluer notre Union européenne qui a décidé de sanctionner le groupe Wagner et l’enjoindre à agir vite et fort contre ces semeurs de haine et de mort.

Viola Von Cramon-Taubadel, *author*. – Madam President, Commissioner, dear colleagues, it is high time to speak aloud about the paid mercenaries who kill across the globe. ‘Death is our business and business is going well’. These words were patched on the arms of the 33 Wagner Group fighters arrested in Belarus last year. Russian mercenaries were on their way to another mission in Africa. They were walking into a planned operation by the Ukrainian intelligence for the crimes committed in Donbas. At the very last moment, the head of Zelensky’s administration failed the operation. Unfortunately, justice was not served at that time.

How well is the business going? If you were one of the fighters in Donbas, you were awarded EUR 10 000 per month. Others kill for EUR 300, but those are compensated for their low salaries by taking over the mineral resources of the host country, as Russian mercenaries do in Libya.

Besides being the mastermind of this industry and a close friend of President Putin, Mr Prigozhin often honours his hired killers with multi-million dollar contracts. Ukraine, Syria, Sudan, Mozambique, Libya, Central African Republic, Venezuela: people of these and other countries have suffered greatly under the crimes committed by mercenaries. The EU should respond with the strictest measures.

To do so, we need closer coordination among the EU and the NATO allies. Personal sanctions should be imposed on everyone upholding this inhuman industry. This way, we can show the Wagner Group and others that death is not a business: it is a crime against humanity and comes with grave consequences.

Miguel Urbán Crespo, *autor*. – Señora presidenta, la verdad es que el número de empresas militares y de seguridad privada va en aumento, alentadas justamente por muchos Estados que las utilizan con un claro interés geopolítico y para evitar el escrutinio público y la rendición de cuentas. Paralelamente, aumentan también las denuncias sobre la implicación de estas empresas en casos de tortura, de violencia sexual, de asesinatos y de otras muchas violaciones de derechos humanos.

Esta Resolución se enfoca en una empresa en concreto, pero, desgraciadamente, hay muchas más que no se han querido mencionar, al igual que tampoco se ha querido mencionar cómo algunas de estas empresas se benefician del aumento del presupuesto de la «Europa fortaleza» a la vez que venden armas y alimentan los conflictos que obligan a la gente a huir.

La privatización de la seguridad genera inseguridad e inestabilidad a nivel mundial. Por eso, nuestra postura es muy clara: no a la externalización de la seguridad a entidades privadas. La seguridad no puede convertirse en una mercancía en manos de paramilitares.

Michaela Šojdrová, *za skupinu PPE*. – Paní předsedající, tato zpráva Evropského parlamentu je důkazem toho, že naši prioritou je bezpečnost a lidská práva. Chci poděkovat všem kolegům, kteří tuto zprávu iniciovali a vyjednali. Právě Wagnerova společnost se objevuje všude tam, kde jsou konflikty, jako je válka na Ukrajině, v Sýrii, v Libyi. Tyto tajné soukromé armády a bezpečnostní společnosti představují nebezpečí jak pro oběti, tak pro vlády i mezinárodní instituce, které se snaží tuto skupinu přivést k zodpovědnosti za její činy. Wagnerova skupina představuje další hybridní nástroj války, kterou vede Rusko proti Evropské unii a našim spojencům. Formálně sice neexistuje, bylo to tady již řečeno, v Rusku je mimo zákon, protože tam jsou všechny záležitosti bezpečnosti a obrany svěřeny státu. Přesto existují důkazy o tom, že tato Wagnerova skupina existuje.

Jsem velmi ráda, že se minulý týden ministři zahraniční Evropské unie dohodli na navržených sankcích, namířených přímo proti operacím Wagnerovy skupiny. Evropská unie musí tyto sankce zavést co nejdříve. Evropská unie musí sdílet zpravodajské informace a ztížit Moskvě popírání odpovědnosti a šíření lží o zapojení do válečných operací. Dámy a pánové, není čas čekat na další oběti Wagnerovy skupiny.

Juozas Olekas, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, private military and security companies are not a new phenomenon, but in recent years their activities reached new heights. They function on the brink and in the shadow of international law. They become a useful tool for their totalitarian regimes and the rulers of illiberal democracies to project their powers and influence by hiding their direct involvement. We should not be naive: calling on Russia to stop activities of the Wagner Group will not give any results. Operations of this group are planned and controlled from the highest rank of the Kremlin corridors. Wagner Group involvement is well documented in many recent armed conflicts.

The EU could, and should, do two things. First, sanction business related to the private military groups that are reported to commit human rights atrocities; freeze their bank accounts; and, if necessary, prosecute them in accordance with international law. Second, emphasise to all possible local beneficiaries that using such military is not compatible if a country seeks further cooperation and investment from the European Union. The approaching EU-Africa Summit will be a good place to address this issue.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, Commissioner, dear colleagues, the Russian private, military and security companies constitute a major means of strategic deception which they call Maskirovka. Using legal loopholes, information denial and multilevel state apparatus support, those companies – in particular Wagner – became an important factor in hybrid warfare of the present Russian Federation. Russian PMSEs, well-tested during the occupation of Crimea and Donbas, further spread their activities and mercenary activities in Middle East and Africa. A major rise and further expansion of Wagner-type PMCs is guaranteed by well-controlled vertical political power and a ring of trusted friends in the Kremlin. At this crucial point, colleagues, we have to break down the anonymity of Wagner activities and disclose undercover their operations.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Seit 2013 sind in Mali über 50 französische Soldaten gestorben. Das Land ist nicht befriedet, Islamisten terrorisieren die Bevölkerung. Die Regierung Malis wünscht nun den Abzug der französischen Truppen und will die Bevölkerung mithilfe der russischen Wagner-Gruppe schützen. Frankreich fordert weitere EU-Sanktionen gegen Russland.

Mali ist die erste Testprobe für die neue grüne Außenministerin Baerbock. Wird sie ihrer Emanzipierungs- und Selbstbestimmungsrhetorik für Afrika treu bleiben oder willfährig, Macrons Wunsch entsprechend, französische Truppen durch EU- und auch deutsche Truppen ersetzen?

Seien wir ehrlich! In den *Banlieues* von Paris und Marseille werden französische Truppen eher gebraucht, um dort Leben zu schützen. Ebenso wie deutsche Soldaten in Duisburg oder auf der Kölner Domplatte.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, la prima cosa da capire riguardo al gruppo Wagner è che molto probabilmente non esiste un gruppo Wagner, non c'è una singola azienda registrata con questo nome, ma piuttosto una rete di entità interconnesse col sistema statale e militare russo e collegate tra loro tramite sovrapposizione di proprietà e reti logistiche. La loro natura offre una sfida molto difficile per le entità statuali che non sempre possiedono tutti i giusti strumenti per affrontare i rischi posti dall'attività di questi *contractors*.

Sono fondamentali dunque tutte le diverse iniziative che sono volte a sviluppare norme giuridiche internazionali chiare e vincolanti, che vadano a restringere e disciplinare queste attività.

L'UE deve supportare fermamente il gruppo di lavoro intergovernativo delle Nazioni Unite nel suo progetto di un quadro normativo per le compagnie private, assicurandosi che questo documento sia ambizioso e che la sua attuazione tempestiva porti a sostenere gli sforzi di tutte le giurisdizioni nazionali e internazionali, per avviare procedimenti penali per ritenere tutte queste PMSC responsabili delle gravissime violazioni dei diritti umani che spesso commettono.

In presenza di regole chiare e trasparenti avremo finalmente quegli strumenti necessari per rendere finalmente concreto il contrasto a quelli che in apparenza sembrano fantasmi, ma che in realtà sono semplicemente nascosti tra le pieghe dei nostri sistemi.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, we kunnen het strategische belang van de Sahel in het Europese Afrikabeleid niet genoeg onderstrepen. Maar ons engagement – of het nu op het gebied van veiligheid, humanitaire bijstand of ontwikkeling en staatsopbouw is – in deze regio en in het bijzonder in Mali heeft het zwaar te verduren door destabiliserende factoren, zoals de operaties van de Wagner Group, die zeker meer van onze aandacht vragen. De Unie en de lidstaten moeten hier gericht en effectief tegen optreden. Ik vind het ook belangrijk dat mijn land België hier zijn volle verantwoordelijkheid in opneemt.

De sancties tegen actoren achter de inzet van deze huurlingenbende komen niets te vroeg, maar er zal meer nodig zijn. Ik pik twee aandachtspunten uit onze resolutie.

Ten eerste, de vermoedelijke invloed van en sturing vanuit Rusland moet grondig worden onderzocht, en zo mogelijk onthuld. Er zijn sterke aanwijzingen dat het ook hier gaat om een methodiek van hybride oorlogsvoering, net zoals in het oosten van Oekraïne. Waar hybride dreigingen ontstaan, zijn wij het aan onszelf verplicht om te investeren in weerbaarheid.

Ten tweede, waarom ontwikkelt de Unie niet actiever een effectief beleid, mevrouw de commissaris, tegen het ondermijnende optreden van huurlingen in conflictgebieden in het algemeen en tegen de destabiliserende effecten ervan voor ons buitenlands en veiligheidsbeleid? Een reflectie over huurlingen en de manier waarop de Unie daar beleidsmatig mee moet omgaan, is echt aan de orde.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, disons-le clairement, les Américains, en privatisant la guerre, ont ouvert la boîte de Pandore. Le gouvernement russe s'est engouffré dans cette faille à sa manière – opaque, secrète, en dehors de tout cadre légal.

Le groupe Wagner, qui n'a aucune existence formelle en Russie, fait les guerres que Moscou ne déclare pas. Ukraine, Syrie, Libye, Centrafrique, etc., on retrouve ces mercenaires absolument partout, avec leur long cortège d'exactions, de tortures, de viols, d'exécutions, de pillages. L'ombre qui permet ces crimes est systématiquement organisée.

Rendons hommage ici aux trois journalistes russes de Dossier Center qui ont été assassinés en Centrafrique alors qu'ils enquêtaient sur le groupe Wagner. Rendons hommage à l'ONG Memorial qui a eu le courage de porter plainte à Moscou contre un tortionnaire du groupe pour ses crimes en Syrie et qui est aujourd'hui menacée d'interdiction par le pouvoir russe. Mettons donc les actions de Wagner en lumière, sanctionnons tous les cadres, les agents, les financiers du groupe. Supprimons les aides publiques aux gouvernements qui ont recours à leurs services.

Wagner est un groupement mafieux en guerre contre les intérêts et les principes de l'Union européenne, et il est temps de le traiter comme tel.

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, dear colleagues, let me be very clear, organisations such as the Wagner Group simply should not exist and not because the Kremlin does not acknowledge their existence, I mean they should not be able to operate at all, full stop. Because a paramilitary group profiting off chaos and violence is not only immoral, it is profoundly dangerous. Acting as an extended arm of Putin, the Wagner Group is a direct risk for Europe and a direct threat to our strategic interests.

Their strategic goals are our foreign policy nightmares. Our failure is their success. A danger to our societies, to our democracy and indeed to our sovereignty. The Wagner Group has ignored international agreements and committed grave human rights violations across the globe. It is deeply concerning that they could do this undisturbed for so long.

But the era of impunity has to be over. With the Council's belated decision to target a group of sanctions there is finally some hope for accountability. So I urge the Council to extend measures to the Kremlin's decision-makers responsible for Wagner's operations. We finally have a working sanctions regime colleagues, so let's use it efficiently.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani komisarz! Grupa Wagnera to firma wojskowa, która według doniesień ekspertów ONZ dopuszcza się poważnych naruszeń praw człowieka. W Republice Środkowoafrykańskiej ich działalność skierowana jest najczęściej przeciwko obrońcom praw człowieka, aktywistom, dziennikarzom czy mniejszościom. Od momentu utworzenia Grupa Wagnera była militarnie zaangażowana w działania w wielu miejscach na świecie, m.in. na Ukrainie, w Libii czy w Syrii. Federacja Rosyjska utrzymuje, że Grupa Wagnera jest podmiotem prywatnym, jednak jej związki z Kremlm są oczywiste, a jej założyciel Jewgienij Prigożyn został co więcej objęty unijnymi sankcjami. Mimo to i mimo, że grupa dopuszcza się tak poważnych naruszeń praw człowieka, w dalszym ciągu jest ona obecna w Republice Środkowoafrykańskiej. Uważam, że Unia musi dać wszystkim swoim partnerom jasno do zrozumienia, że jest to całkowicie nie do zaakceptowania.

Wzywamy rząd Republiki Środkowoafrykańskiej do zerwania wszelkich powiązań z Grupą Wagnera. Nasi partnerzy muszą pamiętać, że współpracując z podmiotami gwałcącymi prawa człowieka i nie pociągając ich do odpowiedzialności, stają się współwinni ich działań. Musimy stanowczo domagać się sprawiedliwości dla poszkodowanych, a także uważnie monitorować działalność podmiotów o charakterze militarnym takich jak Grupa Wagnera.

Uważam, że bardzo ważne jest też, aby Komisja wykorzystała wszelkie dostępne jej narzędzia monitorowania, by mieć pewność, że fundusze Unii Europejskiej w żadnym wypadku bezpośrednio bądź pośrednio nie są wykorzystywane do finansowania prywatnych przedsiębiorstw wojskowych bądź jakiegokolwiek innej organizacji czy przedsięwzięć naruszających prawa człowieka

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señora presidenta, no es siempre la guerra híbrida, a veces son actores híbridos en conflictos tradicionales o convencionales los que aceleran esa huida del Derecho en un marco internacional de legislación sobre la guerra ya de por sí débil y frecuentemente incumplido.

Pero sean cuales sean los actores y sean cuales sean las etiquetas superpuestas con las que se van ocultando, al final de la cadena de comando y de pago hay siempre un poder político; hay un Gobierno; hay un Estado. Estos actores híbridos son ejecutores de políticas que se deciden en despachos oficiales.

Muchos de los colegas han hablado de esa cadena de impunidades. Me gustaría preguntarle, señora comisaria, ¿sabe usted que este Parlamento aprobó la creación de un observatorio contra la impunidad en materia de derechos humanos y que la Dirección General de Presupuestos ha boicoteado la creación de ese observatorio contra la impunidad? ¿Es consciente la Comisión de que puede estar siendo, seguramente sin querer, cómplice de tantas impunidades en materia de derechos humanos en el mundo?

Señora comisaria, por favor, transmita la indignación de esta autoridad presupuestaria que ordenó a la Comisión crear un observatorio contra la impunidad para este y otros muchos casos.

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Madam President, if private military and security companies behave like warlords, it's time we treated them like warlords. The original job of these companies is actually to protect people and buildings, but what some do is smuggle arms, rape, torture, kill and do the dirty jobs for other governments. In return, they are allowed to use and to loot countries' natural resources. The Wagner Group is present in this kind of business in half of Africa, rapidly expanding; new companies are mushrooming, and even private military and security companies (PMSCs) employed by Western governments have been involved in these kinds of crimes.

So it's time that we got this under control. We have to sanction – and very thoroughly sanction – these PMSCs, but also those who contract them, for being involved in these kinds of human rights abuses. We should no longer support governments that rely on the services of PMSCs that commit human rights violations. Finally, we need to work on a very solid international framework that focuses on the accountability of these organisations and clearly restricts the legal tasks in which they are allowed to be involved.

Witold Jan Waszczykowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Przepraszam za spóźnienie, które wynika z mojego inwalidztwa. Od lat przestrzegamy przed rosyjskim imperializmem. Rosja chce zmienić zimną wojnę architekturą bezpieczeństwa. Czyni to, używając m.in. wojska, jak w Czeczenii, w Gruzji i na Ukrainie, przez cyberingerencję różnych trolli, przez kampanię dezinformacyjną, na przykład w *Russia Today*, ale również przez siły proxy, jak na Białorusi, czy obecnie omawianą grupę Wagnera.

To kampanie hybrydowe. Grupa Wagnera to prywatna instytucja wojskowa, która interweniowała już na Ukrainie, w Libii, w Afryce. Czy dopiero groźba interwencji tej grupy w Mali, na Sahelu, powoduje pewne otrzeźwienie, że zastanawiamy się, jak to powstrzymać? Musimy apelować, wyrzucić presję na Rosję, o wstrzymanie wsparcia logistycznego, finansowego, politycznego. Musimy też wspierać Ukrainę w wysiłkach na rzecz postawienia grupy Wagnera przed sądem.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, honourable members, the use of private, military and security companies has become common in conflict-affected situations. On the one hand, this practice can be legitimate in certain circumstances, as long as all applicable bodies of law are fully respected and incorporated in their activities. In particular, these companies must operate under precise contractual obligations, control and oversight, and with safeguards in place to prevent excessive use of force. The contracting state, the state where the company is operating and the state where the company is registered, all have obligations to ensure that laws are respected, including international, humanitarian and human rights law.

On the other hand, the EU has become increasingly alarmed by the activities of the Wagner Group, which reportedly has close links to Russia and is allegedly present in 23 African countries. Their legal status is vague, as well as their modus operandi, objectives and targets. Obviously, it is very difficult to prevent and ensure accountability for potential human rights and international, human and humanitarian law violations in the context of such ambiguity.

The current situation in the Central African Republic is an illustration of this complex reality of blurred lines and diffused responsibilities. According to the latest UN human rights report on the Central African Republic, issued on 4 August 2021, Russian instructors and the employees of private security companies are specifically mentioned as involved in combat activities and at the origin of many human rights and humanitarian law violations.

The Special National Commission of Inquiry also acknowledged in October 2021 that some violations are attributed to Russian instructors. In light of the possible engagement of the Wagner Group in Mali, which is unacceptable from the EU's perspective, the EU has decided in its latest Foreign Affairs Council meeting to start working on restrictive measures to sanction this group. It is important to ensure legal clarity, well-defined rules of engagement and full transparency in the use of private military and security companies. International law sets clear obligations for states to protect, respect and fulfil human rights. However, the Wagner Group's current modus operandi clearly demonstrates that there is no intention to operate within the existing legal framework.

President. – The debate is closed.

The vote will take place today.

Written statements (Rule 171)

Anna Fotyga (ECR), na piśmie. – Cieszę się, iż Parlament Europejski dostrzegł zbrodniczą działalność Grupy Wagnera i opracował zdecydowaną rezolucję zawierającą moje liczne uwagi. Wykorzystywanie przez Kreml prywatnych firm wojskowych opiera się na długiej historii ZSRS, który operował różnymi siłami zastępczymi za granicą, wykorzystując tysiące specjalistów wojskowych pod przykrywką „doradców” jako ważne narzędzie wpływu politycznego i wojskowego na całym świecie, za ich pomocą rozniecając konflikty i wpływając na ich przebieg, jednocześnie oficjalnie zaprzeczając rosyjskiemu zaangażowaniu.

Dziś rolę tę pełni Grupa Wagner, która wspierając niedemokratyczne reżimy, systematycznie narusza prawa człowieka, dopuszcza się masowych egzekucji, tortur, gwałtów i grabieży, bierze udział w zachłannym przejmowaniu kluczowych zasobów naturalnych. Najbardziej drastyczne zbrodnie popełnione w Syrii, Libii i RŚA wskazujemy w rezolucji. Pamiętajmy jednak, iż Grupa Wagnera swoje doświadczenie zdobywała przede wszystkim podczas rosyjskiej agresji na Ukrainę. Mówiliśmy o tym cztery lata temu podczas zorganizowanej przeze mnie konferencji. Potępienie zbrodni popełnionych przez Grupę Wagnera jest ważne. Istotne jest także wskazanie na odpowiedzialność państwa rosyjskiego oraz ukaranie zbrodniarzy. Sankcje nałożone na Jewgienija Prigożyna to za mało. Ukraińskie władze dostarczyły Interpolowi setki nazwisk członków Grupy Wagnera działających na okupowanym Krymie i w Donbasie. Popieramy wysiłki zmierzające do postawienia ich przed ukraińskim sądem, a także apelujemy o międzynarodowe śledztwa i postawienie sprawców przed międzynarodowymi trybunałami.

(¹) See Minutes.

6.3. Die Menschenrechtssituation in Kamerun

President. – The next item is the debate on seven motions for resolutions on the human rights situation in Cameroon (2021/2983(RSP)) (¹).

Christian Sagartz, Verfasser. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

So klar und so eindeutig der zweite Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 bereits formuliert wurde, so klar ist auch unser Auftrag heute hier in diesem Parlament. Leider müssen wir feststellen, dass auch 2021 viele dieser Rechte mit Füßen getreten werden. Es liegt an uns, dorthin unsere Augen zu werfen und dorthin unsere Kritik zu lenken.

Das gilt auch für die Menschenrechtslage in Kamerun, und einer, der sich dort besonders für die Menschenrechte einsetzt, insbesondere für die englischsprachige Minderheit, das ist Felix Agbor Nkongho. Ob als Menschenrechtsanwalt, ob als Vizepräsident der Afrikanischen Anwaltskammer für Zentralafrika oder als Gründer des Zentrums für Menschenrechte und Demokratie für Afrika: Er erhebt seine Stimme. Er wurde dafür verhaftet und erst auf Druck internationaler Verbände und Organisationen wieder freigelassen. Und er wird nach wie vor für sein Engagement mit dem Tode bedroht.

Es gäbe jetzt viel über die Lage in Kamerun zu sagen, aber ein Thema möchte ich besonders erwähnen: Das ist der Missbrauch von Militärgerichtsbarkeit auf Zivilisten. Das widerspricht eklatant dem Recht auf ein faires Verfahren vor unabhängigen Gerichten, zu dem sich auch Kamerun verpflichtet hat. Als Abgeordnete appellieren wir heute in unserer Entschließung einmal mehr an alle staatlichen Autoritäten, aber auch an die Separatisten in Kamerun, den Waffenstillstand einzuhalten, die internationalen Angebote zum Dialog, föderale Systeme aufzubauen, anzunehmen, politische Gefangene freizulassen und die Drohungen gegen friedliche Aktivisten, Journalisten, Arbeitnehmervertreter, Minderheiten, Frauen und Kinder sofort einzustellen. Und wir appellieren auch an alle europäischen Institutionen, die Menschen in Kamerun nicht im Stich zu lassen.

Maria Arena, auteur. – Madame la Présidente, au Cameroun, après le référendum constitutionnel de 1972, le système du gouvernement fédéraliste garantissant la représentation des 20 % d'anglophones a été abandonné au profit d'un système centralisé qui donne l'avantage aux francophones. Depuis, les anglophones au Cameroun souffrent d'une marginalisation accrue, qui n'a fait qu'empirer.

En 2016, les enseignants et avocats de la région du sud-ouest et nord-ouest anglophones se mettent en grève, car ils estiment que le gouvernement, majoritairement francophone, tente de réduire le système de *Common law* et l'enseignement pratiqué en anglais dans ces régions. La réaction du gouvernement Biya est sans appel: une réponse militaire dure, qui fait émerger des mouvements séparatistes et provoque de violentes manifestations. S'enclenche alors une spirale de violence entre le gouvernement, sourd à des revendications légitimes et s'engageant à détruire tous ceux qui veulent diviser la nation, et des mouvements séparatistes anglophones qui se radicalisent et s'arment contre le pouvoir francophone de Yaoundé et qui répriment tous ceux qui n'adhéreraient pas à leur cause. La victime, comme toujours, est la population civile, qui est massacrée – 3 000 morts –, privée d'école et obligée de fuir – plus d'un million de déplacés aujourd'hui au Cameroun.

Actuellement, le gouvernement Biya refuse toujours de prendre en compte les demandes d'éléments modérés pour un retour au fédéralisme qui accorderait aux régions une plus grande autonomie. Et les séparatistes, par ailleurs divisés, campent sur leurs demandes d'indépendance. Nous avons aujourd'hui un certain nombre de revendications. Nous demandons une aide humanitaire. Nous demandons également qu'un dialogue soit établi et nous demandons que le Service d'action extérieure œuvre en ce sens.

Barry Andrews, author. – Madam President, two weeks ago, seven year old Brandy Tartaw was shot and killed by a police officer while walking home from school in Bamenda, a city in northwest Cameroon.

Brandy is just one of thousands of young girls who are the utterly innocent victims of the armed conflict in Cameroon over the past five years. The forced school boycott in the Anglophone regions has exposed children to child recruitment by terrorist organisations, forced labour, forced childhood marriage and sexual abuse. Children make up 28% of all cases of gender-based violence in Cameroon, and 13 percent of girls are married before the age of 15.

Today, we mark the International Day of Violence Against Women. The case of Cameroon reminds us that women and young girls continue to be systematically used as pawns in power struggles across the world. Of course, in order to protect women and girls in Cameroon, we need an immediate ceasefire and for both sides to initiate peace talks without further delay.

First and foremost, we must protect life. But the only surefire way to ensure that the human rights of women, girls and others are upheld in Cameroon is to have effective legal safeguards. And that is why Renew insisted on strong emphasis on the rule of law in this urgency resolution.

To protect human rights, you need functioning courts, robust, proportionate laws and international recourse. This is the responsibility of the Cameroon government, and it is also the European Union's responsibility as strategic partners of Cameroon to exert the necessary pressure to make this happen.

Ignazio Corrao, *author*. – Madam President, Commissioner, colleagues, as you know, Cameroon is beset with two violent conflicts and went from peaceful protest to war. The escalation of violence has led to a number of simultaneous political and security challenges and to the high level of instability which the people of Cameroon are now facing. This is very deplorable and frustrating.

Armed groups and government forces committed widespread human rights abuses, including extrajudicial or summary execution and mass killings. This has resulted in 80% of schools in the two Anglophone region being closed or destroyed, and 700 000 students are denied education. We also see that ethnic tensions are rising, with political speech turned into hate speech, based on ethnicity and gender discrimination, which is taking place in an atmosphere of terror in the region, including targeted attacks on students, teachers, but also journalists and humanitarian workers.

All this is very concerning, and the European Union needs to respond strongly. It is no longer possible to ignore this conflict, and the situation is increasingly deteriorating. We need to mediate for an immediate cease fire, calling on both sides of the conflict to cease purposefully targeting civilians, schools and children, which deprives them of the right to education.

It is also time that we make use of all the financial instruments provided by development aid or other programmes as political leverage, using them to enhance the defence of human rights in a country that is suffering since too long.

Dominique Bilde, *auteur*. – Madame la Présidente, je l'avais souligné en 2019, la crise anglophone au Cameroun se prête mal à des simplifications outrancières. Si l'on s'entend sur ses aspects les plus tragiques, nombre de réformes entreprises depuis son déclenchement sont, elles, souvent occultées. Qu'il s'agisse de la création en 2017 d'une commission nationale pour la promotion du bilinguisme et du multiculturalisme, du recrutement de professeurs et de magistrats anglophones, ou encore du grand dialogue national et du statut accordé en 2019. Occultée, l'attitude des leaders de l'agitation anglophone des régions du Nord et du Sud-Ouest, dont beaucoup résident aux États-Unis et en Europe, l'est également, puisque certains auraient rejeté toute discussion avec le gouvernement.

Du reste, cette insurrection se fonde-t-elle uniquement sur des considérations d'ordre linguistique et culturel? Nombre d'anglophones vivent, après tout, dans des régions qui ne le sont pas, dans ce pays à 80 % francophone. La revendication de certains anglophones, s'agissant de leur représentation au sein de sociétés pétrolières, pourrait être symptomatique de motivations économiques sous-jacentes.

Gardons-nous de crier haro sur le Cameroun, à plus forte raison à l'heure où le terrorisme islamiste semble en passe d'embraser toute l'Afrique centrale. On n'insistera jamais assez, en effet, sur le lourd tribut payé par le pays dans sa lutte résolue contre l'État islamique et Boko Haram, sur son sol et au-delà, dans le cadre de la Force multinationale mixte et du partenariat transsaharien. S'y ajoute l'accueil dans des circonstances difficiles de plusieurs centaines de milliers de réfugiés nigériens et centrafricains.

À l'heure où, en 2020, l'Extrême-Nord camerounais aura été la cible de plus d'attaques de Boko Haram contre des civils que le Nigeria, le Niger et le Tchad pris ensemble, le Cameroun, gage de stabilité dans une région sous tension, a besoin de notre soutien, pas de nos anathèmes.

Seán Kelly, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, in recent months, the Anglophone crisis has entered a new phase with a drastic escalation of violence in the English speaking regions. Having acquired more sophisticated weapons, clashes between Anglophone separatist groups and Francophone government security forces have increased in frequency and severity.

Furthermore, a total lack of investigation and prosecution for crimes committed by both sides has created a climate of impunity. The impact of this crisis on civilians has been devastating, with over 3000 lives lost to date and my colleague, Barry Andrews, indicated one a few moments ago.

A huge casualty in this conflict has been education, as separatists have chosen schools as their bases and camps and enforced a vicious boycott, depriving 700 000 children of their right to education.

The response to the urgency has been a military one, with troops deployed in the Anglophone regions since 2016. Instead, there should be a strong focus on dialogue and accountability for the crimes committed on both sides in the Anglophone regions.

I urge the European Union, along with the African Union and the United Nations, to continue to work to end this catastrophe through mediation. Without dialogue there can be no peace.

Hannes Heide, on behalf of the S&D Group. – Madam President, Commissioner, it is time that the European Union has a close eye on the ongoing conflict in Cameroon that has expanded permanently within the last five years. It has left more than one million people internally displaced. More than 3 000 have lost their lives. 2.2 million people are requiring humanitarian assistance. 66 000 have fled into neighbouring Nigeria. 700 000 students do not attend school because of a boycott across the Anglophone regions. 50% of the children in Cameroon are reportedly being abused. Homosexuality is threatened with prison sentences up to five years.

Initially, peaceful protests by Anglophone civil society were suppressed with extreme violence. I hope and wish that there is still a possibility for mediation in the armed conflict in the Anglophone region, and aid organisations must get unrestricted access. Rule of law and fair trials have to be re-established and military courts for civilians abolished.

It is the bilingualism of its people that has made Cameroon so special. It is our task to contribute that the people of Cameroon can live in freedom and without repression.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, já não é a primeira vez que debatemos a situação dos Camarões neste plenário, mas, infelizmente, continuamos a ter razões para o fazer. O conflito armado continua a assolar o país, o Boko Haram continua ativo a ceifar vidas, e ainda ontem nos chegou a notícia de vários alunos assassinados no Sudoeste, num ignóbil ataque terrorista.

A repressão da sociedade civil e o conflito armado têm de cessar. A prisão de opositores e a limitação dos seus direitos, a utilização dos tribunais militares para julgamentos de caráter civil, a limitação dos direitos dos cidadãos e, muito provavelmente, dos estudantes, sob o pretexto de um confinamento ao abrigo da pandemia, a violência usada contra crianças e professores, a falta de segurança que resulta em denúncias de violações, raptos, tortura, assaltos, assassinatos, não são admissíveis.

Apelo, mais uma vez, ao Governo dos Camarões para que respeite os direitos dos seus cidadãos e se empenhe num cessar fogo efetivo entre as partes em conflito, para que seja restabelecida a paz e o Estado de Direito naquele país.

President. – Colleagues, before I give the floor to the Commission, I have one announcement to make on behalf of the President.

At least 27 people drowned yesterday in the Channel trying to reach the UK, seeking a better life. We cannot allow such tragedies to continue, and this House is strongly engaged in the common migration and asylum policy. I invite you to observe a minute of silence in memory of the victims.

(The House rose and observed a minute's silence)

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, the European Union is following closely the human rights situation in Cameroon, a country situated in a fragile region, taking its due share of the burden hosting refugees fleeing from the Central African Republic and Nigeria.

There are two persistent violent crises within Cameroon in the so-called Anglophone regions and in the far north. Firstly, separatist claims in the predominantly Anglophone regions of the northwest and southwest have led to a situation where the civilian population is taken hostage in the fight between numerous splintered non-state armed groups and the Cameroonian security forces.

This has led to extreme violence and security, human rights violations and humanitarian crises. Illegal armed groups have been trying to impose an irresponsible school boycott for years now and punish any collaboration with central authorities.

On the other side, state security forces sometimes use disproportionate force to respond. The EU has welcomed efforts by Cameroonian authorities to fight impunity among its security forces and to restore trust with the population, although still more can be done. Together with its Member States and international partners, the EU has consistently called for an inclusive dialogue to solve the crisis.

Secondly, in the far north region, incursion of terrorists and armed groups also cause violence and violation of human rights. Cameroon fights against Boko Haram and ISWAP and gets the support of the EU through the multinational joint task force. The EU also provides support by investing in the socio-economic development of the region and addresses the root causes of extremism through various actions aiming at strengthening the humanitarian development peace nexus.

Thirdly, the EU also encourages Cameroonian authorities to avoid the excessive use of preventive detention, as the non-respect of the habeas corpus principles enshrined in the constitution of the country lead to abuses and undermines the population's trust in the judiciary.

Finally, the EU plays a recognised role in Cameroon in promoting human rights and fundamental freedoms through its cooperation with civil society and human rights defenders.

President. – The debate is closed.

The vote will take place today.

Written statements (Rule 171)

György Hölvényi (PPE), írásban. – Sajnálatos módon Afrikában egyre több konfliktus bizonyítja, hogy bármiféle fejlődés elengedhetetlen előfeltétele a biztonság. A mostani kameruni krízis megértéséhez elengedhetetlen, hogy szem előtt tartsuk a biztonsági tényezőket. A Boko Haram kameruni célpontok elleni folyamatos támadásai következtében, a kormány erők képtelenek megvédeni az ország határait és a lakosait. A biztonsági állapotokat jellemzi, hogy tegnap a terroristák négy tizenéves fiataalt gyilkoltak meg egy iskolában.

Ilyen körülmények között, amikor emberek ezrei naponta szembesülnek a dzsihadista terrorral és több millióan éheznek, balliberális gender ideológiáról beszélni szélsőségesen félrevezető. Ez a magatartás az unió hitelességét ássa alá és azt jelzi, hogy semmit nem tudunk az afrikai valóságról. A Boko Haram tevékenysége a regionális biztonságot fenyegeti, és újabb, Európába induló migrációs hullámmal fenyeget. Az EU-nak lépnie kell, és támogatnia kell azon tagállamok erőfeszítéseit, köztük Magyarországot is, amelyek készek katonai szerepvállalással támogatni az afrikai polgárok biztonságát. Emellett természetesen nem feledkezhetünk meg az alapvető emberi jogok védelméről.

Ezek mindig is az EU alapértékeinek részét képezték. Azonban nem kioktatnunk kell afrikai partnerországainkat, hanem párbeszédet kell kezdeményeznünk. A párbeszédnek természetesen az egyenlő partnerség elvére kell épülnie és figyelemmel kell lennünk az esetleges helyi érzékenységekre. Javaslom, hogy a Parlament mihamarabb kezdeményezzen tényfeltáró missziót Kamerunba, hogy első kézből ismerhessük meg a helyi kihívásokat.

(The sitting was suspended at 11.50)

(⁽¹⁾) See Minutes.

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.59)

8. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 13.03)

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 13.30)

10. Zweite Abstimmungsrunde

President. – I will now move to the second voting session of today.

We will vote on the files as indicated on the agenda. The voting session will be open from 13.30 until 14.45. The same voting method will be used as during the previous voting sessions. All votes will be held by roll call.

I declare the second voting session open. You have until 14.45 to vote. The results of the second voting session will be announced at 16.00.

The debates will resume at 15.00 with the major interpellation on the Commission's assessment of the quality of its answers to questions for written answer.

(The sitting was suspended at 13.31)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.01 Uhr wieder aufgenommen)

Der Präsident. – Ich möchte zu Beginn der Tagesordnung zunächst sagen, dass wir gestern, auch noch während ich gestern Morgen Sitzungsdienst hatte, mit der Zuschaltung der Außenbüros ein kleines technisches Problem hatten.

Wir haben dann entschieden, dass wir andere Kollegen vorziehen. Dieses Hin und Her bringt dann halt auch Veränderungen in der Rednerliste mit sich. Die zugehörigen Redezeiten wurden dann nicht mitübertragen, und das hat für einige Kollegen Unannehmlichkeiten zur Folge gehabt.

Da bitte ich um Nachsicht – insbesondere die Kollegin Bentele, die sich wie üblich auf ihre Redezeit vorbereitet hatte. Ich habe sie sehr unerwartet in ihrer Redezeit unterbrochen und sie damit aus dem Konzept gebracht.

Dafür bitte ich alle Beteiligten um Nachsicht.

Wir arbeiten weiter an der Verbesserung unserer Abläufe, vor allem wenn technische Probleme auftreten, die immer möglich sind.

12. Große Anfragen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die große Anfrage zur schriftlichen Beantwortung von Christine Anderson und Markus Buchheit im Namen der ID-Fraktion an die Kommission zur Bewertung der Qualität der Antworten der Kommission auf Anfragen zur schriftlichen Beantwortung durch die Kommission selbst (G-001002/2020).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind wie bei früheren Tagungen Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten möglich.

Ich möchte Sie außerdem darauf hinweisen, dass Redebeiträge im Saal nach wie vor am zentralen Rednerpult gehalten werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, die Rednerliste im Auge zu behalten und sich zum Rednerpult zu begeben, wenn Ihr Redebeitrag ansteht.

Guido Reil, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es heute? Um die Bewertung der Qualität der Antworten der Kommission auf die Anfragen zur schriftlichen Beantwortung durch die Kommission selbst.

Sie merken, wir drücken uns hier gerne ein bisschen kompliziert aus. Aber worum geht es? In jeder Demokratie der Welt ist es das Grundrecht von Abgeordneten, den Regierenden Fragen zu stellen. Nun haben wir hier keine Regierung, Gott sei Dank, aber wir haben die allmächtige und erleuchtete Kommission.

Nun ist es eigentlich normal in jeder Demokratie der Welt, dass Abgeordnete so viele Fragen stellen dürfen, wie sie wollen. Hier ist das anders: Die Zahl unserer Fragen ist limitiert. Es ist eigentlich auch normal, dass diese Fragen zeitnah beantwortet werden. Im Deutschen Bundestag zum Beispiel dauert die Beantwortung so einer Frage im Schnitt eine Woche. Hier hat die Kommission sich vorgenommen, die Fragen innerhalb von sechs Wochen zu beantworten. Sechs Wochen – nur, sie hat es sich nur vorgenommen; sie schafft es nicht wirklich. Zwei Drittel der gestellten Anfragen dauern deutlich länger.

Ich habe zum Beispiel letztes Jahr auf dem Höhepunkt der ersten Corona-Welle, am 15. Mai, eine Anfrage gestellt. Da ging es um die detaillierten Zahlen der Kurzarbeit in Europa – die hätte ich gerne gewusst. Die Antwort kam auf dem Höhepunkt der zweiten Corona-Welle, am 14. September, und die Antwort war, dass die Kommission das nicht so genau weiß. Aber mir wurden dann auch gute Ratschläge gegeben, wo ich mich denn schlau machen könnte.

Aber das ist eigentlich nicht der Sinn von diesen Anfragen, und so geht man mit Parlamentariern nicht um. Jetzt sagt die Kommission: Ja, durch Corona haben wir gerade so viel zu tun, wir hatten ein Problem. Das glaube ich ja alles, nur, dieses Problem ist ein uraltes: Vor 25 Jahren hat die britische Abgeordnete Anita Pollack es zum ersten Mal angesprochen, und seitdem reden wir fast jährlich darüber.

Es wurden hier schon Abgeordnete von der Kommission als Idioten bezeichnet, weil sie es gewagt haben, Fragen zu stellen, um Stress zu machen und Arbeit zu machen und Umstände. Das will man ja alles nicht.

Man muss hier endlich zu einem normalen parlamentarischen Verfahren kommen, wie es in jeder Demokratie dieser Welt auch funktioniert. Dies müsste auch in diesem Europäischen Parlament irgendwann mal möglich sein. Es ist absolut – und ich sage es in aller Deutlichkeit – respektlos, wie die Kommission hier mit uns Abgeordneten umgeht.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, timely and pertinent replies to parliamentary questions are an integral part of the Commission's special partnership with the European Parliament.

President von der Leyen made this a priority in her political guidelines from the beginning of her mandate. These questions and answers are an important instrument of political scrutiny. The Commission's objective is always to provide answers that focus on the main points that the Members of Parliament raise.

Let me recall that while the timeline for replies set by the European Parliament in its internal Rules of Procedure is not legally binding on the Commission, the Commission continues to deploy all possible efforts to respect them, and this is a challenge.

The Commission receives between 6 000 and 7 000 parliamentary questions per year and addresses them all. In 2020, the Commission received 6 767 questions – 57% more than in 2019, at 4 308.

The complexity, cross-cutting nature and sensitivity of the subjects may of course have an impact on the time needed for handling and validating the replies. According to Article 230 of the Treaty on the Functioning of the European Union, parliamentary questions are to be answered by the Commission, and not by individual Commissioners. Every reply is therefore subject to an internal consultation at both service and cabinet level so that all relevant policy aspects are taken into account. Each answer is then assessed by the Members of the Commission responsible for the subject matter before the college approves it.

The Commission is constantly working to streamline its internal processes and underlying IT tools to reduce delays, while ensuring the collegiality of its answers. These efforts clearly showed results in 2020.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kommissarin Dalli!

Ich äußere mich ja selten zu Tagesordnungspunkten. Aber da dieser Tagesordnungspunkt nun doch den Parlamentarismus betrifft, will ich erstens sagen: Da will ich dem Abgeordneten ein Stück weit widersprechen.

Also: In diesem Parlament werden so viele Fragen wie in kaum einem anderen Parlament gestellt. Das stimmt, da haben Sie Recht. Aber Sie haben, in der deutschen Übersetzung jedenfalls, ausgeführt – und da ist die Sprache schon ein bisschen verräterisch –, dass die wichtigsten Fragen der Abgeordneten beantwortet werden. Jede Frage des Abgeordneten ist wichtig, soweit sie nicht erkennbar missbräuchlich gestellt wird, was es durchaus auch gibt.

Wenn Sie sagen, dass es Mechanismen gibt und dass die Zeitvorgabe, die wir haben, eine Sollbestimmung ist: Es ist bei uns vieles anders als bei den Regierungen. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Kommission ein Kollegialorgan ist. Aber dann erwarten wir schon, erstens, dass diese Mechanismen gut geölt und gut durchdacht sind.

Und zweitens, wenn danach immer noch ein Problem übrigbleibt, dann könnte ich mir durchaus vorstellen, dass die Kommission sagt: Lasst uns doch einen verbesserten und respektvolleren – wie der Abgeordnete gemeint hat – Umgang in eine interinstitutionelle Vereinbarung hineinschreiben.

Wenn es dann gut funktioniert und substanzielle Antworten kommen, dann ist man, bei berechtigter Würdigung aller Umstände, sicher auch mit acht Wochen einverstanden, wenn dann eben eingehalten wird, was vereinbart ist.

Ich würde sehr gerne sehen, wenn die Kommission sich da noch weiter bemühen würde, weitere Verbesserungen zu erzielen. Ich glaube, ich spreche da im Namen des gesamten Hauses.

Die Aussprache ist geschlossen.

13. Überlastung internationaler Häfen und gestiegene Transportkosten zum Nachteil der EU (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Überlastung internationaler Häfen und gestiegenen Transportkosten zum Nachteil der EU (2021/2980(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind wie bei früheren Tagungen Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich möchte Sie außerdem darauf hinweisen, dass Redebeiträge im Saal nach wie vor am zentralen Rednerpult gehalten werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, die Rednerliste im Auge zu behalten und sich zum Rednerpult zu begeben, wenn Ihr Redebeitrag ansteht.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, on behalf of Commissioner Vălean I would like to thank you for raising the issue of international ports, congestion and increased transport costs affecting the EU.

We are indeed dealing with extraordinary and unexpected challenges in freight logistics as a result of the disruption caused by the COVID-19 pandemic. These are topics of utmost importance to our industries and economy, and ultimately to each of us as citizens and consumers. With the COVID-19 pandemic, we have undoubtedly been through the most severe crisis in decades and it is not over yet as we all know.

Transport and logistics have been one of the most affected sectors. The sector has experienced exceptional pressures since spring 2020. Yet transport and logistics operators continued to operate and deliver essential goods during the pandemic. This was possible due to the considerable personal efforts and sacrifices of transport workers, including in the maritime transport sector.

There are multiple causes for the current disruption in the market. Container shipping demand picked up strongly from July 2020 as factories reopened and consumers shifted some of their household budgets from services to goods. Companies restocking depleted inventories further contributed to the sudden swing in demand. Some companies sought to increase their inventory in anticipation of future disruption.

Moreover, as economies did not reopen at the same time across the world, this created more container shipping demand in other places, causing substantial imbalances. This was further exacerbated by port congestion due to lower port productivity as a result of strict Covid protocols – covered port closures or due to weather impact.

In addition, the dramatic rise in consumer demand for goods has translated into a surge in global container shipping demand. Since July 2020 this has caused record high container shipping spot rates, on average around four to five times the normal levels on the main east-west trade. Spot freight rates have continued rising in the third quarter of 2021, reaching new historical highs. And whilst recent average arrival delays have stabilised, schedule reliability remains poor.

Importantly, a substantial amount of container ship capacity is currently tied up at anchor waiting to berth. Because port congestion increases journey times, this requires more container ship capacity. Shipping companies are increasingly deploying more capacity into key trades, in particular on the Asia to North America West Coast route.

However, the deployment of more capacity outside schedule creates a surge of cargo at the destination, with the potential of making the congestion even worse. The problem has resulted in bottlenecks and terminals and on land which affect vessels utilisation rate and effectively removes capacity from the market, reducing the ability to cater for demand.

We have recently seen a new escalation of port congestion in some critical ports outside the EU, such as Los Angeles, Long Beach, where more than 80 container vessels are waiting outside the harbours. The Commission is in regular contact with relevant stakeholders to identify any scope for action that can help towards a return to normal operations.

We are monitoring carefully market developments, facilitating dialogue between all actors of the supply chain and liaising with competition and transport authorities, both within and outside the EU. Currently it does not seem that regulation and market intervention could profitably substitute market mechanisms in sorting out congestion problems in logistic chains and imbalances between demand and supply.

The Commission is also in contact with regulators and competition authorities in China and the USA. Following our exchanges, we agreed that no anti-competitive behaviour from shipping alliances aimed at increasing freight rates has been identified so far. Nevertheless, we should focus on understanding the causes of the current difficulties and on learning the lessons of this pandemic.

We need to enhance the resilience of our supply chains and be better prepared to respond to potential future crises. In markets that are heavily intertwined, common shared actions would appear to be the most appropriate response, fighting congestion on the seaside and land side. For instance, building buffer and spare capacity, improving port call efficiency and digitalisation would in particular appear relevant.

Digitalisation and new business models in support of collaborative logistics could be important enablers in this process. One of the key elements for a resilient transport system is the availability and smart use of information. This could lead to real time decisions in the shipping and container market.

Data sharing will enhance process planning, enable failure detection and mitigation and facilitate interaction among all actors in the supply chain. Being able to track the availability and positioning of empty containers could lead to quicker reactions by all market operators in case of congestion or delay, such as container rerouting or changes in ships loading plans.

I strongly believe that we need a systemic approach accounting for the user's perspective to achieve an integrated, multimodal smart and green transport system. Transport modes, infrastructure and assets need to be managed in a more efficient and integrated way to better exploit idle capacities. I thank you and look forward to your comments.

Pablo Arias Echeverría, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señora comisaria, muchas gracias por estar aquí.

Celebro que, por fin, tratemos este importante debate que hemos propuesto desde mi grupo parlamentario —desde el PPE—, porque es, sin duda, uno de los temas prioritarios en Europa y no solo afecta al sector del transporte, sino a todos los eslabones de la cadena logística y, en última instancia, por supuesto, a todos los europeos.

La pandemia ha provocado que los costes del transporte aumenten en más de un 1 000 %, causando retrasos y bloqueos en el reparto de mercancías a nivel mundial. Esto está generando gran inseguridad jurídica a todos los actores implicados. A ello se suman el aumento de los costes de la energía y la escasez de materias primas, que en la Unión Europea tenemos que importar y que mayoritariamente entran por nuestros puertos.

Los efectos indirectos, como la subida de los precios y la inflación, amenazan la recuperación económica, el bolsillo de nuestros ciudadanos y la competitividad de nuestras empresas. Como he dicho, la crisis afecta a todos los sectores, por supuesto al alimentario, pero también al automovilístico, al de la construcción o al textil, por solo citar algunos de ellos. La amenaza de desabastecimiento es real y se prevé que continúe al menos hasta el verano de 2022.

A todo esto y a la vez, en la Unión Europea trabajamos en un nuevo marco del sistema de emisiones de CO₂ —los llamados RCDE—, incluyendo el transporte marítimo, cuya consecuencia va a ser el encarecimiento, sin duda, aún más si cabe, del ya elevadísimo coste del flete marítimo actual. Se prevé una deslocalización de los tráficos actuales a terceros países no afectados por el sistema RCDE, aunque esto ya nos dará para debates más adelante.

Sabemos que las causas y soluciones de la crisis son globales. Pero, dicho esto, no podemos quedarnos de brazos cruzados esperando a ver cómo evolucionan las cosas. Hay que pasar a la acción para contener el impacto y garantizar que nuestros puertos sigan siendo competitivos a nivel mundial.

¿Qué pretende hacer la Comisión a nivel europeo para minimizar los efectos de esta crisis en el mercado único, en nuestros ciudadanos y en nuestra industria y, especialmente, en nuestras pymes?

Carmen Avram, *în numele grupului S&D*. – Domnule președinte, domnule comisar, criza din porturile lumii, care ar fi putut fi anticipată într-o oarecare măsură, a declanșat un tsunami economic istoric, iar acest val devastator a lovit teritoriul Uniunii Europene deja zguduit de efectele pandemiei.

Consecința o vedem cu toții: rafturile se umplu mai greu, fabricile au întârzieri masive la livrări din cauza microcipurilor care ajung foarte greu din China, prețurile au explodat peste tot, sărbătorile de iarnă ar putea aduce haos în magazine. Și lucrurile nu se vor liniști curând, avertizează specialiștii. Dar cel mai grav este că în plină criză sanitară, printre produsele care fie nu se găsesc, fie sunt cu mult mai scumpe, se numără medicamentele unele vitale în tratamentul anti-COVID.

În țara mea, acest lucru se simte dramatic în acest val 4 care ne-a lovit cumplit. În spitale, stocurile de anticorpi monoclonali au lipsit cu desăvârșire, iar alte tratamente ajung cu mare întârziere. În fața acestui scenariu, pe care nu trebuie să îl lăsăm să devină apocaliptic, Uniunea Europeană trebuie să acționeze cu fermitate și promptitudine.

Strategia farmaceutică pentru Europa, votată ieri în plenul Parlamentului European, este un prim pas pentru a evita o viitoare criză a medicamentelor, însă nu e suficient. Trebuie luate urgent măsuri noi, pentru că dacă această criză din porturi nu a fost anticipată, măcar acum știm exact la ce ne putem aștepta în lunile sau chiar anii care vin.

Am înțeles cu toții care ne sunt vulnerabilitățile. E momentul, deci, să acționăm. Europa are nevoie imediat de o regândire a producției, astfel încât să putem fabrica acasă produse vitale: medicamente, echipamente sanitare, componente electronice, hrană suficientă. Trebuie să ne dotăm porturile cu infrastructură de ultimă generație și cu servicii adaptate vremurilor pentru eficientizarea timpilor de așteptare, să investim în resursa umană care se diminuează pe întreg teritoriul Uniunii Europene. Aceste măsuri nu numai că ne vor asigura supraviețuirea în momente de criză, dar vor asigura și noi locuri de muncă și venituri suplimentare.

Dar înainte de toate, trebuie să ne dotăm rapid cu un cadru legislativ care să ușureze noile investiții, pentru că industriile ar fi gata să pornească motoarele, dar în epoca Green Deal, care le cere să respecte reguli stricte, au nevoie de sprijin și de predictibilitate. Trebuie să investim neîntârziat în cercetare pentru a oferi alternativa verde la tot ceea ce vrem să lăsăm în urmă și pentru a pregăti un viitor sigur pentru generațiile care vin.

José Ramón Bauzá Díaz, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señora comisaria, muchas gracias por su comparecencia, aunque lamento que quien no esté aquí para dar explicaciones sea la comisaria responsable de la materia, ante una crisis del transporte de mercancías sin precedentes y de la que ella es competente directamente.

Señorías, en el mundo entero y en Europa se encuentran —nos encontramos— inmersos en una crisis de suministros sin precedentes que afecta a toda la cadena logística y, con ello, a millones de personas, a millones de empresas, a millones de consumidores europeos.

Esta crisis es el conjunto de una serie de factores, desde la caída de la producción en sectores clave hasta las dificultades que atraviesa el transporte marítimo o también el de carretera. Estos cuellos de botella unidos a la fuerte subida de los precios de la energía, sobre todo del gas, aunque también del petróleo, están afectando directamente a las perspectivas de crecimiento de nuestra economía.

Por eso mismo, desde mi Grupo, desde Renew Europe, y como portavoz de esta Comisión de Transportes y Turismo en materia del grupo liberal, es por lo que he solicitado la comparecencia de la Comisión Europea en esta Cámara para que dé explicaciones sobre un problema que requiere de una cosa: de actuar.

Es cierto que estamos ante una cuestión en la que influyen numerosas fuerzas de mercado, como es el caso de la sobredemanda o de una oferta limitada. Pero, aun así, los problemas no se resuelven por arte de magia. Nosotros, los que estamos hoy aquí presentes, somos los que tenemos la capacidad de apoyar a nuestras empresas, sobre todo cuando se enfrentan a problemas con respecto a los que no pueden actuar y que no pueden resolver por sí mismas.

No podemos quedarnos aquí cruzados de brazos mientras observamos cómo no hay contenedores, cómo los precios de los fletes aumentan exponencialmente o cómo las empresas tienen problemas para conseguir sus productos y las materias primas más esenciales.

Para eso no estamos aquí, señorías. Estamos para dar soluciones, soluciones a una crisis global, soluciones a una situación que amenaza con el desabastecimiento de miles de empresas. Y sobre todo cuando estamos a punto de empezar el *Black Friday*, el *Cyber Monday* o bien la campaña de Navidad. Por eso necesitamos impulsar un marco de respuesta internacional a la crisis de suministros que evite estos cuellos de botella en el futuro y que también nos haga menos dependientes de Asia y, en concreto, de China.

En segundo lugar, debemos impulsar la inversión europea en infraestructura de transporte que facilite el movimiento y que los productos lleguen de forma más rápida y más económica.

Finalmente debemos reforzar nuestro transporte rodado, el ferrocarril, pero también el transporte de carretera, injustamente criminalizado por algunos y que padece una acuciante falta de mano de obra. Las dificultades económicas que están atravesando los camioneros españoles, los búlgaros, los rumanos o de cualquier país de la Unión Europea, agravadas por el incremento del precio de los combustibles, merecen no solo nuestro reconocimiento, sino que merecen una atención especial por parte de las instituciones europeas.

Ya acabo. Señor presidente, querida comisaria, aprendamos de los errores del pasado y no esperemos a que las crisis se solucionen por sí mismas. De lo contrario, estamos seguros de que la crisis desaparecerá, pero con ella también desaparecerán nuestras empresas. Y les puedo asegurar que eso no podemos permitirnoslo.

Maximilian Krah, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Der Stau, den wir in den Häfen haben, ist eine Folge des Corona-Lockdowns. Und es ist natürlich, dass genau deshalb nun Nachholbedarf besteht und eine erhöhte Nachfrage den Preis treibt. Es ist aber auch abzusehen, dass dieser Preis sinken wird, weil es sich um eine einmalige Nachholaktion für den Lockdown handelt.

So sehr ich es begrüße, dass die Kommission diese Preissteigerungen im Blick hat, so sehr fürchte ich, dass sie dies zum Maßstab und zum Anlass nimmt, jetzt grundlegende politische Wandlungen vorzunehmen. Manchmal muss man auch den Mut haben, solche einmaligen Effekte auszuhalten, anstatt durch unüberlegte Handlungen oder langfristige Strategien aus einem einmaligen Affekt eine dauerhafte Krise zu machen.

Dieses Haus und auch die Kommission neigen dazu, dass sie das Heilmittel gegen jedes Problem, das auftritt, darin sehen, dass sie eine neue Politik machen. Wenn ich die Reden meiner Vorredner angehört habe, sind das ja immer sehr grundlegende Fragen. Man möchte quasi die ganze Gesellschaft umbauen, nur um den Stau in den Häfen zu beseitigen. Lassen Sie uns doch überlegen, ob dieser Stau nicht eine sehr konkrete Folge des Lockdown ist, und ob in dem Maße, wie es uns gelingt, von der Corona-Pandemie wegzukommen und wieder reale Mechanismen zu haben, den Notstand zu beenden, dann auch dieser Stau automatisch zurückgehen wird!

Und wenn es eine strategische Idee gibt für die Zukunft, dann ist es die, dass wir nicht dauerhaft unseren Handel von maritimen Handelswegen abhängig machen sollten, sondern dass wir auch nach kontinentalen Handelswegen schauen sollten. Wir sollten also auch überlegen, ob wir nicht gerade Richtung Osten Landwege brauchen, damit wir eben nicht einseitig von maritimen Handelsstraßen abhängig sind.

Aber auch das ist keine Frage, die etwas mit der Reaktion auf die Corona-Pandemie zu tun hat. Es ist eine generelle Frage unserer Handelspolitik. Wir können sie jetzt diskutieren, aber sie wird an den derzeitigen hohen Preisen nichts ändern.

Was wir mitnehmen können, ist, dass eine unüberlegte Corona-Politik die Inflation treibt, und zwar in jedem Bereich. Das kann uns kurzfristig helfen. Was uns auch helfen kann, ist, dass eine überbordende Bürokratie und überbordende politische Handlungen oft das Gegenteil dessen bewirken, was sie sollen. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.

Ich respektiere, dass man versucht, auf eine konkrete Krise gut gemeint zu reagieren. Ich wünschte, wir würden gut reagieren. Und das heißt: Lassen Sie uns diesen Stau, der entstanden ist, abarbeiten und lassen Sie uns dann sehen, wie es weitergeht, nach all dem, was uns die Ökonomen sagen, wenn sich die Preise normalisieren und stabilisieren, wenn wir aufhören, mit neuen politischen Handlungen den Wirtschaftskreislauf zu beeinträchtigen.

Joachim Stanisław Brudziński, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Obecne wyzwania związane z przeciążeniem międzynarodowych portów morskich oraz wzrostem kosztów transportu mające wpływ na Unię Europejską wymagają działań o charakterze globalnym w związku z globalnym charakterem transportu morskiego. Przyjmowanie wiążących działań o charakterze regionalnym może mieć odwrotny skutek od zamierzonego i pogłębiać obecną niekorzystną sytuację.

Wśród proponowanych rozwiązań wymagających zaangażowania Unii Europejskiej na szczeblu międzynarodowym można wskazać: ustanowienie międzynarodowego systemu wymiany informacji na temat sytuacji na szlakach żeglugowych oraz zatłoczenia kluczowych portów morskich, jak i wytypowanie portów alternatywnych do obsługi ładunków, wypracowanie globalnych rozwiązań w zakresie operacji portowych, wyznaczenie pracowników transportowych, marynarzy, pracowników portowych, operatorów logistycznych jako kluczowych pracowników i tym samym umożliwienie im funkcjonowania w przypadku wprowadzanych restrykcji mających na celu przeciwdziałanie pandemii, w końcu uczynienie zawodów związanych z branżą morską bardziej atrakcyjnymi.

Obecnie doświadczenia powinny stanowić cenny wkład dla wypracowanego przez Komisję Europejską planu awaryjnego dla transportu towarowego w Unii Europejskiej.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, vivemos, de facto, um estrangulamento logístico, uma crise de abastecimento global que afeta a competitividade da economia europeia, que afeta os cidadãos. O aumento generalizado dos preços, a falta de *stock* ou atrasos nas entregas e reposições, é uma realidade que precisa da nossa resposta.

A União, junto dos parceiros internacionais, tem de encontrar resposta às causas deste estrangulamento, uma resposta conjunta, desenvolvida com o setor marítimo, com os transitários, armadores, portos e a parte multimodal para a distribuição.

Uma inação da União é desapontar os consumidores europeus e é enfraquecer a competitividade europeia. A escassez dos contentores e dos navios de grande porte, o congestionamento dos portos, a falta de armazenamento, os atrasos na distribuição para o interior dos países, o aumento dos preços da energia, o aumento das taxas, a concentração e as alianças nas mãos de poucos são elementos a que a União tem de responder.

Acresce que muitos armadores, para baixarem os custos, preferem rotas mais rentáveis, congestionando portos de grande dimensão e preterindo portos mais periféricos, o que resulta na escassez de produtos também nestes mercados. Países como Portugal, as regiões ultraperiféricas europeias, sofrem este efeito de desvio de rotas, sem qualquer alternativa de abastecimento. Por isso, muitos consideram que o setor marítimo enfrenta uma tempestade perfeita perante uma crise global e o aumento generalizado dos preços em 2022.

Senhora Comissária, o que fez a Comissão para colmatar estes elementos? Os Estados Unidos apresentam um grande plano para as infraestruturas adjacentes? E o que podem esperar os portos e os operadores para o alívio dos estrangulamentos das cadeias de abastecimento? E termino: que plano tem para a União que assuma este esforço global para regular o funcionamento da rede mundial de logística e transporte? Porque é disto que falamos. Cooperação para a retoma económica.

Juozas Olekas (S&D). – Mr President, the COVID-19 pandemic drastically changed our daily routine. As work from home became a new normal and people could not spend their incomes on travel and services, a big part of their freed cash went to buy overseas goods. This brought an unprecedented challenge to the global supply chain. An increased demand for goods, together with the recovered economy, highlighted many bottlenecks in the global supply chain and increased shipping costs.

The UN Conference on Trade and Development report, published on 18 November, stresses that small open economies would suffer disproportionate consumer price increases because of their high trade charges. According to this report, in my country, Lithuania, prices there will rise by 3.9% and in Estonia by 3.7%. The impact will be even greater in the Small Island Developing States, which could see import prices increase by 24% and consumer prices by 7.5%.

The question is what the EU and the Member States can do to reverse this worrying trend? The additional resources brought to ease port congestion have given the first positive results. We no longer hear news about container ships waiting for weeks to unload their cargo. Modernising the quality of port infrastructure and improving shipping connectivity would also help to ease shipping congestion.

But, in the long run, this crisis shows that the EU should do more to shorten the supply chain. This is true for different economic areas, such as agriculture, pharmacy and manufacturing. We should encourage bringing the production capacity back to Europe and, in this way, help to shield our industries and consumers from future shipment, and market, volatilities.

Vlad Gheorghe (Renew). – Domnule președinte, alimentele și medicamentele ajung la noi după un foarte lung lanț de aprovizionare. Principalele căi de transport sunt rutier și maritim – ambele date peste cap și cu costuri record în pandemie. De noi depinde ca transportatorii să livreze bunurile rapid și în siguranță, la costuri decente pentru cetățenii europeni. Porturile noastre suferă acum din cauza porturilor extra-europene: sunt timpi de tranzit mai mari, tarife crescute, iar containerele lipsesc. În România, livrările din China costă de până la 8 ori mai mult decât în 2019.

Cetățenii și companiile europene nu trebuie să suporte aceste facturi. S-a ajuns aici pentru că nu am reglementat corect, nu am dat fondurile europene acelor investiții care să asigure management portuar eficient și infrastructură competitivă. Pandemia ne-a arătat clar ce trebuie să îmbunătățim. Trebuie să ieșim din birouri, să ieșim pe teren, unde sunt adevăratele probleme. E cazul să încetăm discuțiile nesfârșite și să acționăm. Cetățenii europeni chiar merită asta.

Ciarán Cuffe, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, there have been winners and losers in this awful pandemic. And I read this morning that container shipping companies made profits of almost USD 50 billion in the third quarter alone of this year, and that kind of money surpasses the profits of tech giants like Facebook, Amazon, Netflix and Google, despite the fact that most of the underlying costs for these companies haven't changed. And these spiralling costs of shipping, up almost a thousand per cent for some routes from China to Europe, these are disrupting supply chains and they are increasing costs for consumers. And the impact of these increases, it tends to impact most on the less well-off and smaller countries. And, of course Covid and the Suez Canal blockage played a role, but we also know that there are competition concerns in the shipping centre. And when can we expect some action from the Commission on concentration in the market?

I do find it interesting that we constantly hear from the shipping industry and from some MEPs that tackling the climate crisis will negatively impact EU shipping's competitiveness or be too expensive. And this argument is at the core of the opposition to even mild attempts to decarbonise the sector. Of course, such a short-sighted view conveniently ignores the fact that competitiveness is irrelevant if parts of the Earth are uninhabitable.

So my question to the shipping companies is, will you be investing the tens of billions of euro of profit into truly clean technologies to save us from the climate emergency? And another crucial and related issue is that some of our trade flows are inherently unsustainable, sending apples from New Zealand to Ireland is surely unsustainable and we need to tackle all of this.

So the true cost of some things in our economy is rarely reflected, and this is particularly true in the field of transport. If we're serious about the price of carbon, we must take action. We must tackle the shipping sector and ensure that the decarbonise.

Clare Daly (The Left). – Mr President, I think it is interesting that we're having this discussion on the eve of Black Friday, the day where undoubtedly we'll see a splurge in online sales driven by the likes of Amazon that will have our congested ports creaking at the seams. And when we talk about the challenges of the carrying capacity of container ships and the container shortages and so on, let's spare a thought for the port workers at the receiving end of this crisis, because soaring freight rates and costs are placing additional pressure also on the workforce.

In many ways, part of the crisis is actually a case of chickens coming home to roost. A consequence of the driving down of wages and conditions, attempts to break dockworkers' unions across the EU, outsourcing work practices, refusing to hire trained dockworkers for lashing and so on. And this race to the bottom must end. We don't want a return to the days of on the waterfront, so graphically illustrated by Marlon Brando's film. Transport workers have paid a huge price during the Covid crisis, and they are now at the receiving end of this surge.

But I think we need to step back as well and look at whether container transport can keep apace in the changing world. We know the EU is launching its connectivity strategy, Global Gateway, in response to the Chinese Belt and Road. But before we do, we might want to make sure that No European countries are taking part in corrupt practices with local governments to get concessions on container terminals, like the French billionaire Vincent Bolloré and his links with the Togolese and Ghanaian presidents to get concessions in the ports of Lomé and Conakry.

So no shortcuts. Ports should be run fairly everywhere around the world with respect for workers' rights everywhere.

Chris MacManus, *on behalf of the The Left Group*. – Mr President, I welcome the debate on congestion at international ports and increased transport costs affecting the EU. This debate has particular relevance in my own country of Ireland. As an island nation where, pre-Brexit, much of our exports had gone via Britain to the continent. It is important we continue to develop transport links between the island of Ireland and Europe.

Increasing port traffic to and from Ireland, whilst important, needs to be complemented with increased access to these ports from across our island. This means investment in key infrastructures such as rail. Such investments should aim to increase freight and passenger services all across our island.

Indeed, it is time for the Irish Government to act and re-open Ireland's Western Rail Corridor. The reopening of the Western Rail Corridor would not only be an investment which tackles regional imbalance, but it would also be an investment in sustainable transport and assist our efforts to reduce carbon emissions. The rail line would provide a link from the west and northwest of Ireland to the deep-water ports of Foynes and Waterford, providing a significant opportunity for economic development and helping to reverse the decline of our region. It would not only benefit our all-Ireland economy and communities, but our environment as well.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for this debate, and I will pass on your comments to Commissioner Vălean. The Commission, within the realm of its powers and competences, is willing to address your concerns about the functioning of the market, ensuring Europe's competitiveness, and the proper functioning of the maritime supply chain.

Currently, it would seem that regulation and market intervention would not usefully substitute market mechanisms and sorting out congestion problems and logistic chains, and imbalances between demand and supply. However, in markets that are heavily intertwined, common shared actions, would appear as the most appropriate responses. Fighting congestion on both the sea side and land side would in particular appear relevant.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Sitzung wird für einige Minuten unterbrochen. Sie wird um 16.00 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten heutigen Abstimmungsrunde wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 15.48 Uhr unterbrochen)

14. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.00 Uhr wieder aufgenommen)

15. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

16. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

17. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

18. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

19. Petitionen: siehe Protokoll

20. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

21. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll**22. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte**

Der Präsident. – Die Protokolle der Sitzungen vom 22. bis zum 25. November werden dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

Wenn es keine Einwände gibt, werde ich die in diesen Sitzungen angenommenen Entschlüsse den in diesen Entschlüssen genannten Personen und Gremien übermitteln.

23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**24. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 16.02 Uhr geschlossen)

25. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5539

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. DEZEMBER 2021

(C/2024/5539)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 13. bis 16. Dezember 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung des Präsidenten	3
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen	3
5. Zusammensetzung des Parlaments	4
6. Zusammensetzung der Fraktionen	4
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	4
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)	4
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)	4
10. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	5

Inhalt	Seite
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	5
12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
13. Arbeitsplan	5
14. 30. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion und dessen Bedeutung für die Zukunft Russlands und Europas (Aussprache)	6
15. Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: Gewalt im Internet (Aussprache)	10
16. Abstimmungsrunde	20
17. Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: Gewalt im Internet (Fortsetzung der Aussprache)	20
18. Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union 2018-2020 (Aussprache)	24
19. Bewertung von Gesundheitstechnologien (Aussprache)	36
20. Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf die Eigenmittel der EU und auf die Zweckentfremdung von EU-Mitteln (kurze Darstellung)	43
21. Vorbeugung von Korruption, vorschriftswidrigen Ausgaben und der Zweckentfremdung von europäischen und nationalen Mitteln im Falle von Nothilfefonds und krisenbezogenen Ausgabenbereichen (kurze Darstellung)	46
22. Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (kurze Darstellung)	48
23. Herausforderungen und Chancen für multilaterale Systeme der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Bezug auf Massenvernichtungswaffen (kurze Darstellung)	51
24. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	52
25. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	56
26. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	56
27. Tagesordnung der nächsten Sitzung	56
28. Schluss der Sitzung	56

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. DEZEMBER 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 25 novembre 2021.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.03)

3. Erklärung des Präsidenten

Le Président. – Chers collègues, alors que nous démarrons notre séance plénière ici à Strasbourg, nos pensées vont aux victimes de l'attentat terroriste du 11 décembre 2018 qui a frappé la ville en plein cœur.

Nous nous souvenons des cinq personnes qui ont perdu la vie, avec respect et tristesse, et notre solidarité va à toutes les autres victimes, aux familles, à la Ville de Strasbourg et au peuple français.

Plus que jamais, nous devons défendre les valeurs et les libertés qui constituent le fondement de notre société plurielle, diverse et inclusive. C'est sans doute notre plus sincère hommage.

Je vous propose d'observer une minute de silence.

(L'Assemblée, debout, observe une minute de silence)

4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

Presidente. – I processi verbali e i testi approvati delle sedute del 22, 23, 24 e 25 novembre 2021 sono stati distribuiti.

Vi sono osservazioni?

(I processi verbali delle sedute precedenti sono approvati)

5. Zusammensetzung des Parlaments

Presidente. – A seguito della nomina dell'onorevole Johan Danielsson a ministro dell'Edilizia abitativa e vice ministro del Lavoro nel governo svedese, il Parlamento prende atto della vacanza del suo seggio, in conformità del regolamento, a decorrere dal 30 novembre 2021.

A seguito delle dimissioni dell'onorevole Evelyne Gebhardt, il Parlamento prende atto della vacanza del suo seggio a decorrere dal 2 febbraio 2022, in conformità del regolamento, e lo comunica all'autorità nazionale interessata.

Le autorità competenti della Germania mi hanno comunicato l'elezione a deputato al Parlamento europeo dell'onorevole Karsten Lucke in sostituzione dell'onorevole Norbert Neuser a decorrere dall'11 gennaio 2022.

Do il benvenuto al nuovo collega e ricordo che siede con pieni diritti nel Parlamento e nei suoi organi alle condizioni previste dal regolamento.

6. Zusammensetzung der Fraktionen

Presidente. – L'onorevole Michal Wiezik ha lasciato il gruppo PPE ed ha aderito al gruppo Renew Europe a decorrere dall'8 dicembre 2021.

L'onorevole Dorien Rookmaker, deputata non iscritta, ha aderito al gruppo ECR a decorrere dall'8 dicembre 2021.

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Presidente. – I gruppi S&D, Renew Europe e ID mi hanno comunicato alcune decisioni di modifiche relativamente alle nomine nelle commissioni e delegazioni.

Queste decisioni saranno incluse nel verbale della seduta odierna ed entreranno in vigore a decorrere dal presente annuncio.

8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)

Presidente. – Diverse commissioni hanno deciso di avviare negoziati interistituzionali a norma dell'articolo 71 del regolamento.

Le relazioni, che costituiscono i mandati per tali negoziati, sono disponibili sul sito della plenaria e i loro titoli saranno pubblicati nel processo verbale della seduta.

Un numero di deputati o uno o più gruppi politici pari almeno alla soglia media possono chiedere per iscritto, entro la mezzanotte di domani, martedì 14 dicembre, di porre in votazione le decisioni sull'avvio dei negoziati.

Qualora entro il termine suddetto non siano presentate richieste di votazione in Aula, le commissioni potranno iniziare i negoziati.

9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)

Presidente. – Vorrei informare l'Aula che, dall'interruzione della sessione avvenuta il 25 novembre scorso, ho firmato a norma dell'articolo 79 del regolamento del Parlamento, insieme al Presidente del Consiglio, tre atti approvati nel quadro della procedura legislativa ordinaria.

Vorrei inoltre informare l'Aula che mercoledì firmerò, insieme al Presidente del Consiglio, sei atti approvati nel quadro della procedura legislativa ordinaria.

I titoli di tali atti saranno pubblicati nel processo verbale della presente seduta.

10. Weiterbehandlung der Entschliefungen des Parlaments: siehe Protokoll

11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

13. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 157 del regolamento, nella riunione di mercoledì 8 dicembre 2021 è stato distribuito.

Vorrei informarvi che ho ricevuto una richiesta di applicazione della procedura d'urgenza, a norma dell'articolo 163, in merito al seguente fascicolo legislativo, che riguarda le disposizioni transitorie per determinati dispositivi medico-diagnostici in vitro e applicazione differita delle prescrizioni per i dispositivi fabbricati internamente. Questa richiesta sarà votata oggi. Ai sensi del regolamento potrà essere ascoltato soltanto l'autore della richiesta e un oratore contrario nonché il presidente o il relatore della commissione competente.

C'è qualcuno in Aula che desidera intervenire sulla richiesta di procedura d'urgenza? Non c'è nessuno.

Vorrei inoltre informare l'Aula che non sono state presentate proposte di reiezione della posizione del Consiglio per quanto riguarda la raccomandazione per la seconda lettura dell'on. Wölken sulla valutazione delle tecnologie sanitarie né sono stati presentati emendamenti a norma degli articoli 67 e 68. Di conseguenza non è più necessaria la votazione sugli emendamenti alla raccomandazione, prevista per il turno di voto di domani, martedì.

Desidero informarvi che le votazioni sono state distribuite in diversi turni tenendo conto del numero di emendamenti presentati e del numero di richieste di votazioni per parti separate e distinte. Questa distribuzione potrà tuttavia essere soggetta a modifiche. Le informazioni relative alla distribuzione delle votazioni in vari turni sono disponibili sul sito web del Parlamento nella sezione «Informazioni e documenti prioritari».

L'ordine del giorno si considera pertanto approvato.

Vorrei informare l'Aula che ho ricevuto una richiesta di mozione di procedura e darò la parola all'on. Joachim Kuhs.

Joachim Kuhs (ID). – Herr Präsident! Ich habe die Information erhalten, dass sich im Europäischen Parlament im vergangenen Monat November mindestens 400 Mitglieder und Beschäftigte mit SARS-CoV-2 infiziert haben.

Diese hohe Zahl an Infektionen verwundert doch sehr angesichts der strengen Hygienemaßnahmen in unserem Haus. Ich kann mir das nur als Folge der Präsenzveranstaltung des Mini-Plenums Anfang November erklären. Und jetzt soll wegen der Wahlen zur Halbzeit der Wahlperiode das nächste Plenum in Straßburg wieder als präsenzpflichtige Veranstaltung durchgeführt werden.

Herr Präsident, wollen Sie erneut das Risiko einer massiven Infektion in Kauf nehmen? Sie wissen doch, dass die Vakzine schnell ihre Wirkung verlieren und auch Geimpfte ansteckend sind. Können Sie angesichts der bevorstehenden Risikolage eine verpflichtende Präsenzsitzung verantworten? Wahlen können doch auch *remote* als geheime Wahl durchgeführt werden, oder nicht? Ich bitte Sie inständig, das zu prüfen.

Presidente. – Prenderemo le decisioni adeguate, naturalmente come abbiamo sempre fatto, seguendo i consigli delle autorità sanitarie.

14. 30. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion und dessen Bedeutung für die Zukunft Russlands und Europas (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Presidente sul 30° anniversario della dissoluzione dell'Unione Sovietica e la sua importanza per il futuro della Russia e dell'Europa (2021/2995(RSP)).

Cari colleghi, per avviare questo dibattito, dobbiamo tornare indietro di trent'anni. Il crollo dell'Unione Sovietica è stato un processo piuttosto che un evento, eppure era inimmaginabile per molti.

Si è concluso il lungo periodo della Guerra fredda e molti degli Stati membri dell'Unione Sovietica sono oggi membri dell'Unione europea. Il passaggio alla democrazia richiede anni, così come la creazione di nuove istituzioni, di nuove procedure e il cambiamento di abitudini e mentalità.

Le nostre relazioni con la Russia sono tuttavia al loro punto più basso e l'attuale crisi al nostro confine orientale non fa ben sperare. Credo che sia nostro dovere non rinunciare ai valori europei e sostenere il popolo russo nel suo desiderio di trasformare il proprio paese.

È molto difficile costruire la democrazia, ma è anche facile perderla se non ce ne prendiamo cura. La natura della democrazia si fonda essenzialmente sulla fiducia, la fiducia dei cittadini nelle proprie istituzioni. Questa fiducia deve essere rinnovata ogni giorno, fatta crescere come un capitale e curata come il miglior investimento.

Rasa Juknevičienė, on behalf of the PPE Group. – Mr President, for my generation, the dissolution of the USSR was a great victory to which we contributed. I firmly believed then that the signatories of Belovezh – Russia, Ukraine and Belarus – would become democratic European states. It is harder for them because the Communist regime that destroyed nations and people ruled them for more than 60 years. Imagine 60 years of Nazi rule! What would Europe have been like?

Nazism was condemned internationally. The Communist crimes, not. Impunity for their crimes leads to the same aggression today. I am disappointed that only three political groups supported our initiative to take a comprehensive look at the history of the deportations and the Gulags through an EP resolution.

I call on colleagues who are not indifferent to sign its text. We are at a turbulent time again. The Kremlin's ultimatums on NATO remind me of the Ribbentrop-Molotov division of Europe. We cannot allow this. The Ukrainians and the Belarusians need help to defend themselves, but the Russians need help too. The Sakharov Prize for Navalny, the Nobel Peace Prize for Dmitry Muratov are the right steps. However, this is not enough. First of all, we must not be afraid. Putin frightens and intimidates both us and his own people. But we must follow the example of Navalny and not be afraid. Nothing provokes the Kremlin more than inaction out of fear of provoking Russia.

The democratic world is stronger than autocracies. Let us invite Ukraine and Georgia to an even closer cooperation with the EU. Moldova has high expectations from us. Its success would be the success of Europe as a whole – including Russia. Free, democratic and economically prosperous, formerly-enslaved nations of the USSR would be the best remedy for its imperial ills.

Juozas Olekas, S&D frakcijos vardu. – Gerbiamas Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, gerbiami kolegos, prieš 30 metų Sovietų Sąjunga skaičiavo paskutines savo dienas. Pagaliau tiek dešimtmečių pasaulį baimėje laikiusi imperija sužlugo, iš po savo priespaudos išlaisvindama daugelį tautų. Tai ištis epochinis įvykis, leidęs suvienyti Europą, suvienyti ne po baimės ir priespaudos, o po laisvės ir demokratijos vėliava.

Sunku būtų išskirti vieną priežastį, kodėl ši sistema žlugo būtent tuomet, bet viena aišku, kad sovietų režimas, ilgus metus terorizavęs pirmiausia savo paties žmones, buvo viena iš priežasčių, kodėl jis tų pačių žmonių ir buvo nuverstas.

Galėčiau priminti, kad ir mano šalis Lietuva buvo viena iš pirmųjų, prisidėjusių prie šio milžino žlugimo – mes pirmieji, dar 1990 metų kovą, paskelbėme nepriklausomybę.

Tačiau kitų tautų, ypač rusų tautos, indėlis yra irgi ypatingai svarbus. Be jų palaikymo ir supratimo kelias į nepriklausomybę būtų pareikalavęs daug daugiau aukų. Ne veltui šimtai tūkstančių rusų 1991 m. rugpjūčio pučo metu išėjo į Maskvos gatves apginti savo laisvių.

Ir nors dabartinis režimas vėl bando teigti, jog Sovietų Sąjungos žlugimas buvo didelė klaida, aš manau, kad sovietų imperijos žlugimas parodė, jog represijos ir priespauda gali tik laikinai užgniaužti žmonių laisvės troškimą. Manau, kad tai vilties ženklas ir ateinančioms Rusijos kartoms, kurios dabar susiduria su ne ką mažiau pavojingu, vardan išlikimo karams ir savo žmonių priespaudai pasiryžusiu, valdančiu režimu.

Gerbiami kolegos, turime parodyti tvirtą pasiryžimą remti demokratinę Rusijos žmonių ryžtą realizuoti savo demokratinės teisės. Mūsų visų tikslas – saugi ir demokratinė Europos erdvė nuo Pirėnų iki Uralo kalnų. Tai galime padaryti tik suvieniję jėgas ir pirmiausia čia – Europos Parlamente.

Bernard Guetta, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, c'était une chose inévitable, c'était une chose souhaitable, c'était une chose normale: il était normal qu'à la fin du XXe siècle, le siècle de la décolonisation, le siècle de la fin des empires – qu'ils fussent ottoman, austro-hongrois, français, britannique, portugais ou autres –, il était normal, inévitable et souhaitable que l'Empire russe arrive à sa fin.

Ce 30e anniversaire est un moment de joie, de joie pour tous ces peuples libérés, de joie pour la Russie elle-même qui s'est libérée d'un empire qui l'oppressait presque autant, si ce n'est plus, que les autres peuples de ce même empire. Alors, que dire aujourd'hui? Eh bien, deux choses à M. Poutine et une chose au peuple russe.

À M. Poutine, il faut dire qu'il est effarant, inadmissible et incompréhensible qu'en ce 30e anniversaire de la fin des empires, de l'Empire russe, il bâillonne Memorial, le mouvement qui s'acharne depuis 30 ans à restaurer la mémoire des victimes du système soviétique.

Et puis, Monsieur Poutine, la deuxième chose que nous voulons vous dire aujourd'hui, c'est que vous craignez, nous dites-vous, l'avancée de l'Alliance atlantique jusqu'à vos frontières. Oui, très bien, peut-être; c'est un argument qui peut s'entendre. Mais comprenez alors que nous puissions craindre, nous, la présence à nos frontières, celles de l'Union européenne, d'une armée aussi agressive que la vôtre, d'un pouvoir qui a annexé la Crimée et occupé de facto l'Ukraine orientale.

Et puis, au peuple russe, nous voulons dire que nous sommes certains et confiants qu'un jour, il reprendra sa marche vers la démocratie et qu'avec lui, avec une Russie démocratique, nous pourrions construire la stabilité et la prospérité de notre continent commun.

Sergey Lagodinsky, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Gestern durfte ich einen aktuellen Dokumentarfilm vom russischen Regisseur Witali Manski sehen. Der Film zeigt den Alltag eines gealterten, kranken Michail Gorbatschow. Gealtert, krank, aber immer noch überzeugt, dass es für die Sowjetunion, dass es für Russland das Richtige war, sich für Demokratie zu entscheiden und gegen Gewalt, um die Einheit der Sowjetunion zu retten.

Damals, ich erinnere mich persönlich ganz genau, hat es wenig Frust und nicht so viel Trauer gegeben, aber viel Hoffnung. Das Nachdenken setzte später ein. Geschichte ist nicht schwarz-weiß. Was für viele legitimerweise eine Befreiung war, war für viele andere ein Heimatverlust. Sie waren jahrzehntelang stolze Sowjetbürger, und dann waren sie die letzten Sowjetbürger. Diesen Schmerz und diese Trauer des Verfalls müssen wir genauso akzeptieren, wie wir die Freude von vielen über die Befreiung und die Demokratie feiern.

Ja, Geschichte ist nicht schwarz-weiß. Aber die Geschichte ist auch kein grauer Einheitsbrei. Was schwarz ist, muss auch schwarz genannt werden. Und das tut Memorial jeden Tag, jede Woche – schwarz wie die Verbrechen am eigenen Volk unter dem Namen der Sowjetunion. Was weiß ist, muss auch weiß genannt werden. Weiß waren die Chancen und die Hoffnungen, die damit verbunden waren – Hoffnungen, dass mit dem Ende der Sowjetunion der Anfang der Demokratie steht.

Jetzt, aus der Distanz von dreißig Jahren, sehen wir, dass das Ende nicht der Anfang war. Aber diese symbolträchtige Woche hier im Europäischen Parlament zeigt auch, dass wir weiterhin an der Seite der russischen und der vielen anderen Bürger der Nachfolgestaaten der Sowjetunion stehen. Die Sowjetunion ist nicht vorbei, sie steckt immer noch im System. Aber unser gemeinsamer Traum bleibt der Traum vom endgültigen Ende der Sowjetunion.

Nicolaus Fest, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident! Heute feiern wir den dreißigsten Jahrestag des Untergangs eines totalitär-verbrecherischen Regimes, der sozialistischen UdSSR.

Als die UdSSR unterging – ich erinnere mich daran –, war das ein Tag großer Freude. Man dachte, die liberale Demokratie mit ihrem Schutz individueller Menschenrechte habe sich durchgesetzt. Das war leider ein Irrtum. Im Gegenteil: Die liberale Demokratie ist heute überall auf der Welt bedroht – und leider, leider ganz besonders auch in Europa. Griechenland, Österreich, Italien und andere Länder sanktionieren Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, mit Geldbußen und Berufsverboten. Deutschland hat letzte Woche die Impfpflicht für Pflegekräfte beschlossen.

Wohlgemerkt, wir reden nicht über Ebola oder die Schwarze Pest. Wir reden über eine Erkrankung, die viele Infizierte nicht einmal bemerken und die eine Sterblichkeit von maximal 0,15 % ausweist. Und wir sprechen über Impfstoffe, deren Verwendung zahlreiche Staaten gerade jetzt im Augenblick wegen massiver Nebenwirkungen ausgesetzt haben. Aber dennoch drängen viele europäische Staaten auf Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit. Doch wenn nicht einmal die körperliche Unversehrtheit eine Grenze für den Staat ist, was ist es dann?

Vor knapp 20 Jahren wurde in Frankfurt der elfjährige Bankierssohn Jakob von Metzler entführt und ermordet. Den Entführer konnte man schnell verhaften, doch wollte der den Aufenthaltsort seines Opfers, das man noch am Leben glaubte, nicht verraten. In seiner Verzweiflung drohte ihm der Polizeichef mit Folter. Rechtlich gesehen ist das genau die gleiche Fragestellung wie bei der Impfung, nämlich: Soll der Staat für den Schutz der Allgemeinheit oder hier für das Leben eines elfjährigen Kindes in die körperliche Unversehrtheit Dritter eingreifen dürfen? Wenn man das mit Ja beantwortet, ist auch die sogenannte Rettungsfolter zum Schutz von Opfern zulässig.

Das ist hier die entscheidende Frage, auch bei der Impfpflicht: Ist die körperliche Unversehrtheit noch eine Grenze für den Staat, oder ist sie es nicht? Natürlich kann man Eingriffe befürworten, das ist Ihre Entscheidung. Aber dann reden wir bitte nie, nie wieder über europäische Werte. Die treten wir damit nämlich in die Tonne.

Und dann sind wir wieder bei der UdSSR, diesmal in der europäischen Variante. Dass die kein bisschen besser ist, sieht man schon an der Diffamierung und Ausgrenzung Ungeimpfter als Gesellschaftsfeinde und Volksschädlinge. Treffend hat hierzu der deutsch-jüdische Journalist Henryk Broder bemerkt: Wenn ihr euch fragt, wie der Kommunismus, wie der Nationalsozialismus möglich waren, dann ist die Antwort: weil eure Eltern und Großeltern damals so waren, wie ihr heute seid.

Anna Fotyga, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Dziś wypada 40. rocznica stanu wojennego. Cierpieniu i walce Polaków zawdzięczamy również zmiany w Europie. Tu, z tej izby, składam im wszystkim hołd.

30 lat temu przywódcy Rosji, Białorusi i Ukrainy podpisali akt rozwiązania Związku Sowieckiego – państwa, które w całej swojej historii prześladowały narody żyjące w jego granicach, ale również te zewnętrzne, podporządkowane sobie. Wydarzenia takie jak „operacja polska”, Katyń, Hołodomor nosiły znamiona ludobójstwa. Współczesna Rosja zaatakowała Ukrainę, Gruzję, wspiera dyktatora, który obrócił się przeciwko własnemu społeczeństwu na Białorusi.

W duchu pierwszego zjazdu „Solidarności”, jego przesłania do narodów Europy Wschodniej, życzę Ukraińcom życia w pokoju, w suwerennym, integralnym państwie, Białorusinom – pozbycia się dyktatora i kształtowania państwa, tak jak chcą, a Rosjanom – demokratycznej państwowości, która odetnie się jednoznacznie od dziedzictwa stalinizmu i zaprzestanie agresji zewnętrznej.

Martin Schirdewan, *im Namen der Fraktion The Left*. – Herr Präsident! Im Dezember dieses Jahres jährt sich das Ende der Sowjetunion zum dreißigsten Mal. Und eigentlich ist es Zeit, um einen differenzierten Blick auf europäische Geschichte zu werfen und auf die daraus zu ziehenden Lehren für die Gegenwart.

Leider muss ich jedoch angesichts der bisherigen Debatte feststellen, dass es einigen Kollegen nicht um Differenzierung geht, sondern um einseitige Parteinahme. Wieder einmal wird Geschichte instrumentalisiert, um einerseits das Streben nach einer von Kapitalismus und Faschismus befreiten Gesellschaft zu diskreditieren und um andererseits die Konfrontation mit dem heutigen Russland weiter voranzutreiben oder um auch einfach nur Unsinn zu erzählen, so wie der Kollege von der ID-Fraktion gerade eben.

Ja, es gab in der Sowjetunion – erwachsen aus dem Stalinismus – die unbedingte Dominanz einer Staats- und Parteibürokratie, die sich von den Idealen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung weit entfernt hatte, jede Opposition unterdrückte und Millionen Menschen verfolgte. Deshalb jedoch eine Bewegung, die die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung in das Zentrum ihrer Politik stellte und stellt, mit dem Faschismus, der auf Vernichtung, Ungleichheit und Unfreiheit ausgerichtet war und ist, gleichzusetzen – so wie es heute hier wieder passiert ist –, ist schlichtweg absurd.

Wer von der Geschichte der Sowjetunion redet, darf von der Niederwerfung des europäischen Faschismus durch ebendiese Sowjetunion nicht schweigen. Und er darf erst recht nicht schweigen von dem enormen Blutzoll, den 27 Millionen Menschenleben, die die Völker der Sowjetunion bezahlt haben im Zweiten Weltkrieg. Und wer von europäischer Geschichte redet, der darf auch nicht vom Kalten Krieg schweigen. Und umso unverständlicher ist es heute, dass dessen Fehler selbst nach der Auflösung des Warschauer Paktes wiederholt werden.

Die Ostausdehnung der NATO bis an die Westgrenze Russlands, obwohl vom damaligen deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher ausgeschlossen, hat die Sicherheitsinteressen Russlands verletzt. Eine weitere Ausdehnung kann in eine erneute Katastrophe münden. Das ständige Säbelrasseln der Krieger im NATO-Hauptquartier in Brüssel, die wiederholten Sanktionsandrohungen der Kommission und des Rates verschärfen diese Konfrontation.

Frieden in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es nicht gegen Russland geben, sondern nur mit Russland. So berechtigt die Kritik an der Politik der Regierung Putin, so falsch das Vorgehen der russischen Behörden gegen die Menschenrechtsorganisation Memorial auch sind: Ein neuer Kalter Krieg, ausgetragen auf europäischem Boden, hilft niemandem. Es braucht stattdessen eine neue europäische Entspannungspolitik. Und die gilt für beide Seiten. Die NATO muss ihre Provokationen gegenüber Russland ebenso einstellen, wie Russland die friedliche Entwicklung seiner Nachbarn garantieren muss. Die Mittel dafür liegen in der Diplomatie und im Dialog. Nutzen wir sie.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, 30 χρόνια μετά την ανατροπή του σοσιαλισμού στη Σοβιετική Ένωση εντείνεται ο αντικομμουνισμός, οι διώξεις των κομμουνιστών. Αυτό εκφράζει αδυναμία και όχι δύναμη. Προσπαθείτε να θωρακίσετε το εκμεταλλευτικό σύστημα που υπηρετείτε. Οι υποσχέσεις σας για ειρήνη κι ευημερία στον καπιταλισμό διαψεύστηκαν. Ανταγωνισμοί, πόλεμοι, επεμβάσεις δολοφονούν και ξεριζώνουν λαούς. Το χρεοκοπημένο σύστημά σας ξεζουμίζει όσους εργάτες δουλεύουν, προκαλεί ανεργία και φτώχεια, αστέγους που ψάχνουν στα σκουπίδια. Στη Σοβιετική Ένωση η ανεργία ήταν άγνωστη λέξη. Εκεί δεν πέθαιναν περιμένοντας να αδειάσει ένα κρεβάτι νοσοκομείου ή να βρεθεί οξυγόνο γιατί δεν υπήρχαν όμιλοι της υγείας να θησαυρίζουν από τον ανθρώπινο πόνο, από την ανάγκη για εμβόλιο. Δεν έμεναν εκατομμύρια χωρίς ασφάλιση, δεν δούλευαν οι συνταξιούχοι, δεν έμενε παιδί χωρίς παιδικό σταθμό, η μόρφωση ήταν κατακτημένη.

Ο σοσιαλισμός είναι αυτός που τσάκισε τον φασισμό και ο μόνος που έλυσε για δεκαετίες τα πιο μεγάλα, τα πιο πιεστικά προβλήματα που βασανίζουν στον καπιταλισμό δισεκατομμύρια λαούς. Να γιατί, ό,τι και να κάνουν οι μηχανισμοί του συστήματος, παραμένει το μέλλον και η μοναδική πραγματική διέξοδος για τους λαούς.

Presidente. – Naturalmente il Parlamento sarà sempre attento alle ragioni dei dissidenti, dell'opposizione nella Federazione Russa, a quanti lottano in quel paese per la libertà.

La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Andrea Bocskor (NI), írásban. – A Szovjetunió 1991-es felbomlása történelmi jelentőségű volt Európa szempontjából és nekünk, magyaroknak is. Soha nem feledhetjük a Szovjetunió sötét korszakát, mely több millió ember, köztük több tízezer magyar életét tette tönkre. A kárpátjai magyar közösség legnagyobb tragédiája, az úgynevezett malenkij robot, amikor a megszálló kommunista hatalom közel 30 ezer embert deportált kényszermunkára, nemzetiségi hovatartozásuk miatt lettek elszenvetődő Sztálin diktatúrájának. 1944 őszén a megszálló szovjet hadsereg a 18 és 55 év közötti magyar és német férfitakozást összegyűjtötte és gyalogos menetben Szolyvára hajtott. A hideg, az éhség, a szovjet katonák kegyetlen bánásmódja miatt már a gyűjtőtáborokba vezető úton sokan életüket veszítették.

Akik túléltek, azokat marhavagonokba terelve hurcolták el távoli munkatáborokba. Bár azt mondták az embereknek, hogy csak három napos helyreállítási munkákra viszik őket, ma már tudjuk a „kis munka” – többéves kényszermunka volt, sokan pedig sohasem térhettek haza családjukhoz. Akik hazatértek, hallgatásba burkolóztak, megpecsételte életüket a fogság, a megalázó körülmények, a kényszermunka, az ott átélt rettegés. Sajnos sem az áldozatokat, sem hozzátartozóikat nem kárpótolták, még egy bocsánatkéréssel sem illeték őket az átélt szenvedésekért. Fontos, hogy emlékezzünk azokra, akik életüket veszítették a szovjet totalitárius diktatúra kegyetlensége miatt. Mindent meg kell tennünk, hogy rehabilitálják a kommunizmus áldozatait és megakadályozzunk, hogy ilyesmi megismétlődjön!

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

15. Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: Gewalt im Internet (Aussprache)

EN

President. – The next item is the report by Elissavet Vozemberg-Vrionidi and Sylwia Spurek, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs and the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on combating gender-based violence: cyberviolence (2020/2035(INL)) (A9-0338/2021).

I should like to remind Members that for all debates of this part-session, there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted.

Furthermore, as during recent part-sessions, remote interventions from Parliament's Liaison Offices in the Member States are foreseen.

I would also like to remind you that interventions in the Chamber will continue to be made from the central rostrum. I therefore kindly invite you to keep an eye on the speakers list and to approach the rostrum when your speaking time is imminent.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη, Εισηγήτρια. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, αισθάνομαι ιδιαίτερη τιμή που η πρωτοβουλία μου και της πολιτικής μου ομάδας για την καταπολέμηση της έμφυλης βίας και της βίας στο διαδίκτυο ψηφίζεται σήμερα στην τελευταία Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου τρέχοντος έτους.

Η έμφυλη βία, τόσο εντός όσο και εκτός διαδικτύου, είναι βαθιά ριζωμένη στις διαρθρωτικές ανισότητες στην κοινωνία μας. Εξακολουθεί να είναι αθόρυβη και να αποτελεί μια από τις σοβαρότερες παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Η κατάσταση επιδεινώνεται περαιτέρω από προκαταλήψεις λόγω του φύλου, έμφυλα στερεότυπα και τη συνεχή εκδήλωση των ιστορικά άνισων σχέσεων εξουσίας. Στη σημερινή ψηφιακή εποχή το διαδίκτυο και οι νέες τεχνολογίες δημιουργούν γρήγορα νέους κοινωνικούς ψηφιακούς χώρους και έχουν αλλάξει δομικά τον τρόπο με τον οποίο τα άτομα συναντώνται, επικοινωνούν, αλληλοεπιδρούν, συναναστρέφονται και ουσιαστικά συνυπάρχουν.

Οι μορφές έμφυλης βίας, που διευκολύνονται από το διαδίκτυο και τις νέες τεχνολογίες, καθίστανται όλο και συχνότερες. Ωστόσο, η διαδικτυακή βία δεν είναι μια νέα μορφή βίας, αλλά αποτελεί συνέχεια του φαινομένου εκτός διαδικτύου. Έχει βαθύ αντίκτυπο στα θεμελιώδη δικαιώματα και τις ελευθερίες των ατόμων, στην αξιοπρέπεια και τη ζωή τους σε όλα τα επίπεδα. Στην εποχή μας, η διαδικτυακή βία αναδεικνύεται σε μια από τις βασικές μορφές βίας σε βάρος των γυναικών, με αυξανόμενα ποσοστά σε ολόκληρη την Ευρωπαϊκή Ένωση, που πρέπει να μας προβληματίσουν. Ειδικότερα, περίπου το 7% των γυναικών στην Ένωση έχουν υποστεί παρενόχληση στον κυβερνοχώρο τους τελευταίους 12 μήνες και μια στις 10 γυναίκες μέχρι την ηλικία των 15 ετών, ενώ φαίνεται αυτή η μορφή της βίας να είναι πιο διαδεδομένη στους νεότερους χρήστες του διαδικτύου, με μια στις πέντε νεαρές γυναίκες στην Ευρωπαϊκή Ένωση, ηλικίας 18 έως 29 ετών, να αναφέρουν διαδικτυακή σεξουαλική παρενόχληση.

Παράλληλα, κατά τα δύο χρόνια της πανδημίας, ο εκτεταμένος περιορισμός στα σπίτια με το λοκντάουν είχε ως συνέπεια να αυξηθεί η χρήση του διαδικτύου, ιδιαίτερα από κορίτσια και νέες γυναίκες, με αποτέλεσμα να παρουσιάζεται δραματική αύξηση του αποκρουστικού αυτού εγκλήματος, οριζόντια σε όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά και σε όλο τον κόσμο. Το διαδίκτυο οριοθετεί ένα ευρύ πεδίο αναδυόμενων μορφών βίας, που ξεκινούν από τη δημοσίευση προσβλητικών σχολίων και εικόνων, την κατάφωρη παραβίαση προσωπικών δεδομένων, τη ρητορική μίσους, ενώ φτάνουν μέχρι και τον εκφοβισμό με απειλές και τη σεξουαλική κακοποίηση, αξιόποινες πράξεις που προβλέπονται από τους ποινικούς κώδικες όλων των χωρών.

Επειδή η νομοθεσία κινείται πάντα πιο αργά σε σχέση με την τεχνολογία, αλλά κυρίως παρακολουθεί την εξέλιξη της ζωής, είναι σημαντικό να κάνουμε τώρα τα βήματα εκείνα που θα μας επιτρέψουν να θωρακίσουμε τα δικαιώματα των θυμάτων της διαδικτυακής βίας από μελλοντικές αξιόποινες πράξεις. Στο πλαίσιο αυτό, η νομοθετική πρωτοβουλία που καλούμαστε να ψηφίσουμε σήμερα στοχεύει στην αντιμετώπιση του όλο και περισσότερο εξελισσόμενου φαινομένου της έμφυλης βίας στο διαδίκτυο. Επιχειρεί μια ολιστική προσέγγιση για την ποινικοποίηση ορισμένων συμπεριφορών, αλλά και για την υποστήριξη και την προστασία των θυμάτων αυτών των συμπεριφορών.

Ζητούμε από την Επιτροπή να θεσπίσει άμεσα με οδηγία ελάχιστους κανόνες σχετικά με τον ορισμό του εγκλήματος της βίας στο διαδίκτυο και να εντάξει τη διαδικτυακή βία στα επαχθή εγκλήματα, χρησιμοποιώντας ως νομική βάση το άρθρο 23 παράγραφος 1 της Συνθήκης για τη Λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Επίσης, να προωθήσει δράσεις για την πρόληψη αυτού του εγκλήματος και μέτρα για την προστασία και αποκατάσταση των θυμάτων.

Αναφορικά με την πρόληψη, εστιάζουμε ιδιαίτερα στην εκπαίδευση, κυρίως κατά τα χρόνια της εφηβείας, στην ευαισθητοποίηση μέσω εκστρατειών ενημέρωσης και, βεβαίως, στην προβολή υγιών προτύπων, διότι με την εν λόγω νομοθετική πρόταση στοχεύουμε στην εξάλειψη των έμφυλων στερεοτύπων και στην προώθηση της έρευνας, αν γίνει αντιληπτό σε βάθος ότι γενεσιουργός αιτία κάθε μορφής έμφυλης βίας είναι η ανισότητα και οι νοσηρές νοοτροπίες που τη συντηρούν εδώ και χρόνια. Επιπλέον, προκειμένου να προστατευτούν και να υποστηριχθούν τα θύματα της έμφυλης βίας στο διαδίκτυο, η έκθεση περιλαμβάνει δράσεις για την προστασία και στήριξη των θυμάτων, με ιδιαίτερη έμφαση στην ανάγκη βελτίωσης και διευκόλυνσης της υποβολής καταγγελιών και της αποφυγής δευτερογενούς θυματοποίησης. Στο σημείο αυτό, αξίζει να σημειωθεί ότι η οδηγία θα αποτελέσει έναν πυλώνα νομοθετική καθοδήγηση για τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τα οποία το ένα μετά το άλλο θα υιοθετήσουν τις πρόνοιές της στις εθνικές νομοθεσίες.

Τέλος, η πρωτοβουλία υπογραμμίζει την ανάγκη ύπαρξης σαφούς στρατηγικής για τη συλλογή αναλυτικών και συγκρίσιμων δεδομένων μετά από διμερείς και πολυμερείς συνεργασίες των κρατών μελών και την υποβολή εκθέσεων από τις σχετικές αρχές. Η βία ως συμπεριφορά απαντάται σε σύγχρονες δημοκρατικές χώρες λόγω απαράδεκτων αντιλήψεων που δεν συνάδουν με το κράτος δικαίου. Ειδικότερα η βία κατά των κοριτσιών και γυναικών με οποιαδήποτε μορφή, ως άσκηση εξουσίας, προσβάλλει βάνανυα τα θεμελιώδη δικαιώματα, το ευρωπαϊκό ιδεώδες και κάθε ανθρώπινη αξία, γι' αυτό η μηδενική ανοχή είναι αυτονόητη και μονόδρομος.

Αγαπητοί συνάδελφοι, ευελπιστώ σήμερα σε μεγάλη στήριξη αυτής της έκθεσης για την αντιμετώπιση του πλέον ντροπιαστικού για τις ευρωπαϊκές αξίες μας εγκλήματος. Πιστεύω ότι όλοι συμφωνούμε ότι η επίτευξη εξάλειψης της έμφυλης βίας θα αποτελέσει για τις αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης και για τους Ευρωπαίους πολίτες το χαρακτηριστικό αποτύπωμα του ευρωπαϊκού πολιτισμού.

Sylwia Spurek, rapporteur. – Mr President, I quote: 'It's a pity your mother did not have an abortion. Seriously. Poland would be more beautiful without such a parasite.'; 'You should be shaved bald, you disgusting creature.'; 'A slut betrays her country, don't you agree with me? Because I think it's a pity that the Polish underground state does not exist today. You would be treated accordingly.'; 'You won't cheat your genes, you red pest, but at least you won't have offspring and, if I ever meet you, I will spit on your face with pleasure.'; 'I regret that they do not hang for betraying one's country these days'.

These are just examples, quotes, of cyberviolence that I receive on social media platforms every day – and I've chosen the more delicate ones so as not to offend you, my colleagues, the President and the Commissioner – and I am obviously not the only one. Fifty-two percent of women and girls have experienced cyberviolence solely since the COVID-19 pandemic started. The numbers are even higher among female politicians, activists, journalists and all other women who participate, or try to participate, in online public debate.

Gender-based cyberviolence is a challenge posed by modernity, but it is at the same time just a new face of an old, well-known enemy: violence against women. In the 21st century in the European Union, gender-based violence is manifesting every day and everywhere. Women cannot feel safe at home, women cannot feel safe in public places and women cannot feel safe on the Internet.

The root causes of gender-based violence in all its forms are the same. These root causes make the cyberviolence that women face very specific and different from the one faced by men: sexist hate speech focused on appearance or private and intimate life, image-based sexual abuse, cyberstalking by a former partner, threats of sexual violence, including rape. These are just examples of gender-based cyberviolence, which make women withdraw from digital, political and social life. It is not only about personal impact, it's about the quality of our democracy. We simply allow women to be silenced, we allow them to be excluded from public debate.

I have seen the cyber dimension of gender-based violence evolving. As a lawyer, activist and women's rights defender, I've been engaged in combating gender-based violence for over 20 years now. Firstly in NGOs, then in public administration, later as the Deputy Commissioner for Human Rights in Poland and, currently, as a Member of the European Parliament, I've always been standing on the side of women and other victims of gender-based violence.

This is why I've been honoured to work on the legislative initiative report on gender-based cyberviolence as its co-rapporteur, and I am proud to present it to all of you today. It includes recommendations for measures to be adopted in the areas of prevention, protection, support, reparation of victims, prosecution and criminalisation, as well as data collection and reporting. It stresses that all actions should be victim-centred and have an intersectional approach. Moreover, with regard to personal scope, it covers not only women and girls, but also LGBTQI people, who experience cyberviolence on the basis of their gender identity, gender expression and sex characteristics.

This report should be a very strong message from the European Parliament to the Commission, emphasising yet again that we do not agree with the Commission's failure to act against gender-based violence and that we demand specific action. The legislative measures recommended in this report should be included in a comprehensive directive against gender-based violence in all its forms, including cyberviolence. The more precise we make it, the better. It's about the law, it's about human rights, it's about democracy. We need to guarantee that every woman is safe from violence.

I would like to thank my co-rapporteur, Ms Vozemberg-Vrionidi, for the collaboration, the Greens advisers and, last but not least, my team, for their work on the report.

To conclude, I would like to address all haters with the words of Maria Peszek from the song 'Like a Gun': 'Words can hurt, words can kill'. Remember, you are responsible for what you are doing.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, as repeatedly expressed here, the Commission fully shares Parliament's commitment to do all the EU can to fight all forms of violence against women. This includes gender-based cyberviolence, which has increased exponentially, even due to the intensified online lives we have all experienced and are still experiencing during the pandemic.

Most of us have switched to online schooling, working, entertainment and provision of services. But while the switch has happened, the digital environment has not yet been fully adapted to guarantee online safety for everyone. Online violence targeting women has become pervasive, with specific vicious consequences. It's a barrier to women's participation in public life. Bullying, harassment and abuse on social media have far-reaching effects on victims' daily lives.

The Gender Equality Strategy announced the adoption of a set of measures within the limits of EU competences to achieve the same objective as the Istanbul Convention, as well as targeted measures to address cyberviolence against women. These measures will, to a large extent, meet the objectives sought by the report discussed today.

Early next year, the Commission intends to put forward a broad directive on violence against women and domestic violence with a focus on prevention, protection, support and access to justice, which would include criminalisation of specific forms of violence against women and domestic violence on the basis of the existing legal basis in Article 83 of the Treaty.

The Commission envisages to address online and offline forms of violence against women and domestic violence in the same legislative proposal, since cyberviolence is often part of a continuum of violence taking place offline. This would meet our shared objective of filling the most important gaps and ensuring that the most serious forms of cyberviolence against women are sanctioned in Europe.

In the upcoming directive we intend to cover, as also requested by Parliament, measures to prevent cyberviolence against women, protect and support victims, improve access to justice with a victim-centred and intersectional approach, and ensure better coordination between competent authorities. These measures can be adopted on the basis of existing Treaty provisions and do not require the prior establishment of a new EU crime of gender-based Violence.

Moreover, last week, the Commission adopted an initiative to trigger a Council decision to extend the list of EU crimes in Article 83 of the Treaty to include hate crime and hate speech. This new area of EU crime would subsequently allow the Commission to propose criminalising also specific forms of gender-based hate crime and hate speech not covered by the existing legal basis.

These initiatives will, to a large extent, achieve the objectives pursued by Parliament. These proposals are a complement to, and will support the effectiveness of, the measures proposed in the Digital Services Act, which requires that intermediary services address illegal content online. In particular, the EU-level criminalisation of cyberviolence against women will clarify the notion of illegal content online.

The Commission is also delivering on a number of non-legislative measures you are calling for. The new Citizenship, Equality, Rights and Values programme has significantly increased funding for organisations and projects fighting gender-based violence. We are working to improve data collection and have tasked Eurostat with conducting an EU-wide survey on gender-based violence. We are preparing an EU-wide communication campaign to tackle gender stereotypes.

Furthermore, we will facilitate cooperation between Internet platforms and other relevant stakeholders in order to protect women's safety online. We are also preparing legislation to prevent and combat child sexual abuse online and create an EU centre to prevent and combat child sexual abuse, as Parliament requested.

Overall, this package of legislative and non-legislative measures is aimed at tackling gender-based violence against women and domestic violence, through a holistic approach. It will, to a large extent, cover the measures which this Parliament is calling for.

Maria Walsh, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, online harassment, cyberstalking, image-based sexual assault: these are just some of the terms which have become all too common and real for people across the EU, especially for women and girls. It has now become normal for women to casually discuss personal experiences of cyberviolence and abuse. As female representatives, we've all experienced it in some form, haven't we? We've experienced the anxiety that it draws within us. We've experienced how, again and again, it was not taken seriously or removed from a platform.

Last November in Ireland, we had a monumental wake-up call when links to almost 500 000 WhatsApp chats, including sensitive images of women and girls, were leaked without their consent. They had their bodily autonomy taken away within seconds. They were not afforded an opportunity to consent or have their voices heard. They were judged, victim-blamed, told by online abusers and users to brush it off. While our Minister for Justice, Helen McEntee, took swift action with the introduction of Coco's Law, gaps in the protection of all forms of cyberviolence still remain today.

The clear gendered aspect of cyberviolence must be recognised at an EU level. We must make gender-based violence a eurocrime. This is much-needed action to protect women's rights in our EU. Online abuse will not stop if those doing it believe they face no consequences, so we must ensure, Commissioner, colleagues, each Member State implements quickly.

Maria Noichl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Für die S&D-Fraktion als Koordinatorin für den FEMM-Ausschuss kann ich nur sagen: Wir stehen absolut hinter Ihnen und werden jeden Schritt, den Sie in diese Richtung unternehmen, Frauen im Netz vor Gewalt zu schützen, unterstützen.

Normalerweise spricht man oft von Themen, als wären sie so nebeneinanderstehend. Es gibt das Thema „Gewalt gegen Frauen“, es gibt das Thema „Pay Gap“, das Problem beim Bezahlen. Es gibt aber auch das Thema bei der Partizipation. Ich glaube, bei selten einem Thema wie bei dem Thema „Gewalt gegen Frauen im Netz“ merkt man, dass diese Themen alle miteinander verknüpft sind. Denn das Ziel ist, Frauen im Netz anzugreifen, das Ziel ist, sie mundtot zu machen, das heißt, sie von der Partizipation, auch von der politischen Partizipation, auszuschließen. Das ist das Ziel.

Wir haben es zwar unter dem Obertitel „Gewalt gegen Frauen“ zusammengefasst, aber wir müssen es auch deutlich benennen. Es geht darum, Frauen den Mund zu verbieten, sie zurückzuweisen, sie zurückzuschicken, wieder in die Küche. Deswegen: Sie haben unsere volle Unterstützung. Wir werden alles tun, um diesem sich wirklich wie ein Krebs durch Europa ziehenden Thema „Gewalt gegen Frauen im Netz“ im Netz endlich Herr zu werden.

Denn die freie Rede im Netz, die freie Rede im Parlament, die freie Rede daheim in der Familie, die freie Rede am Arbeitsplatz, die freie Rede steht nicht nur den Männern zu, sondern den Frauen genauso, ohne dafür geduldet zu werden, ohne dafür im Netz gejagt zu werden.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, una de cada diez mujeres europeas ha experimentado algún tipo de ciberviolencia desde los quince años. El 20 % ha sufrido acoso sexual cibernético y, de ellas, el 77 % también ha experimentado alguna forma de violencia sexual o física por parte de su pareja íntima.

En definitiva, de esto hablamos: de violencia contra las mujeres. Una violencia que se traslada a la red.

Señora comisaria: necesitamos herramientas europeas para luchar contra esta violencia. Necesitamos un marco común europeo para una definición común. Necesitamos acciones europeas y necesitamos también un marco común de prevención y asistencia a las víctimas.

En una sociedad como la europea, donde más del 90 % de los hogares tiene acceso a internet, estamos viendo como esta violencia en línea afecta de manera muy directa a la población joven, que hace del mundo virtual su espacio de comunicación social normal. En España, más del 40 % de las adolescentes ha admitido haber sufrido acoso en línea.

La trata de mujeres con fines de explotación sexual se ha trasladado claramente a la red.

Señora comisaria: estamos hablando de violencia de género contra las mujeres y necesitamos tener datos, necesitamos coordinación entre los Estados, necesitamos colaboración con las empresas tecnológicas para poder combatirla de manera eficaz.

Para ello necesitamos una directiva contra la violencia de género que tenga su base jurídica en la modificación del artículo 83 del Tratado. Porque la violencia de género tiene que ser un eurocrimen. Con esta directiva no queremos que nuestras demandas se satisfagan parcialmente: queremos que se satisfagan. Nuestra demanda es la introducción de la violencia de género en el Tratado como un eurocrimen.

Es, además, un compromiso de la presidenta Von der Leyen, contraído en su discurso de investidura.

Como europeos, tenemos que responder a ese compromiso.

Gwendoline Delbos-Corfield, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, a woman threatened online is in danger. If she's a journalist, a politician, an activist, the consequences could be terrible. Young girls can be assaulted for days and weeks without an end in sight, and this is true for all victims of gender-based online violence. This is why some women, LGBTI+ people and minority people have ultimately left the online space to flee this discrimination.

But this is not a solution. We cannot expect people to leave so that the problem no longer exists. It would be dangerous to put control in the hands of just a few big tech companies. This would let them define what we mean by 'hate'. It would let them decide on the meaning of freedom of speech, who are the most vulnerable users and who are the ones to be silenced.

What we need to happen has already taken place in the past. I am referring to the establishment of ground rules to make up a comprehensive system, a set of legal, governmental and societal tools, for a completely new space. In only the last 10 years, the online space has completely transformed many aspects of our societies. To meet these challenges, we need clearly defined laws, including pragmatic concrete measures, as well as education and training for law enforcement and better implementation. We need police and justice to know what they are dealing with. We need culture and society to be involved. This will require a lot of resources. But this money, it exists – it's already there in these big companies. It just needs to be redirected to better support and protect users online.

Big companies cannot be allowed to continue using this business model, which reserves limited resources for these important measures. If we cannot address this, we run the risk of leaving machines and non-transparent algorithms with the implicit bias to continue censoring some people, while targeting others.

Nicolaus Fest, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Der berühmte Schriftsteller aus Österreich Karl Kraus hat einmal gesagt: Ein Übel gedeiht nie besser, als wenn ein Ideal davorsteht. So ist es auch hier. Natürlich ist der Schutz von Frauen wichtig, aber dieser Bericht ist genau das Gegenteil: Er ist eine Gefahr.

Der Bericht arbeitet zunächst mit einem Begriff wie *cyber violence*, bei dem schon nicht klar ist, was er überhaupt bedeutet. Zur Erläuterung verweist er auf einen weiteren Gummibegriff wie Hatespeech. Und letztlich geht es genau darum: Man will ungünstige oder unliebsame Meinungen ausschließen, vor allem jede Kritik an Gender oder Abtreibung verbieten. Das ist mit dem Ausdruck *cyber violence* in erster Linie gemeint. Und Frau Spurek, Ihre Ausführungen haben das ja mehr oder minder auch bestätigt.

Zweitens ist ja immer noch nicht klar, warum diese Regelung nun eigentlich länderübergreifend und grenzüberschreitend sein soll, also in den Katalog der Fälle des Artikels 83 eingeführt werden soll, wo es üblicherweise um schwere Kriminalität oder Drogenhandel geht. Und als ich Frau Dalli im Ausschuss fragte, wie viele Fälle es denn gäbe, in denen beispielsweise Sizilianer Frauen in Dänemark belästigen oder Leute aus Portugal vielleicht die Frauen in Litauen oder Polen, konnte mir Frau Dalli das nicht beantworten. Ich nehme an, Sie können das auch bis heute nicht beantworten, weil es dafür nur sehr wenige Fälle gibt.

Ich denke, die nationalen Regeln reichen aus, das nationale Strafrecht und der nationale Schutz von Frauen. Und deshalb ist diese Regelung, die hier vorgeschlagen wird, überflüssig und für die Meinungsfreiheit hochgefährlich.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Teraz, gdy świat przenosi się do sieci, szczególnie w czasie pandemii, w ślad za nim podążają różne formy przemocy: mowa nienawiści, trolowanie, stalking czy szantażowanie przy użyciu treści pornograficznych. Cyberprzemoc może zaczynać się w internecie, ale często kończy się w trybie offline z druzgocącymi konsekwencjami dla ofiar i ich rodzin. Uważam, że wszystko, co zabronione offline, powinno być również zabronione online.

Po raz kolejny podkreślam, że stanowczo jestem przeciwna przemocy, lecz w zgodzie z przyznanymi w traktatach kompetencjami i w sposób neutralny ideologicznie. Przede wszystkim sprawozdanie nie mówi o przemocy wobec kobiet i dziewczynek, ale posługuje się pozatraktatowym pojęciem gender. I z tego względu możliwe będzie wystąpienie wielu nieścisłości w stosowaniu prawa karnego, które wymaga daleko idących gwarancji ze wszystkich stron. Podstawową z nich jest zasada pewności prawnej. Nie da się jej osiągnąć, wprowadzając nowe, nieostre pojęcia.

W art. 83 traktatu wymienia się już w katalogu europejskich przestępstw przestępczość komputerową, więc wskazywanie w sprawozdaniu cyberprzemocy ze względu na płeć należy uznać za przykład wykładni rozszerzającej, która stanowi oczywiście nadużycie i musi być traktowana wyłącznie w kategoriach instrumentalnego traktowania prawa karnego Unii do celów stricte politycznych. Dla mnie osobiście przykre jest, że po raz kolejny tak ważny temat jak przemoc względem kobiet i dziewczynek zepsuto niepotrzebnymi wtrętami ideologicznymi.

Anne-Sophie Pelletier, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, elle s'appelait Juliette, 15 ans pour toujours, car le poids du cyberharcèlement l'a poussée à mettre fin à ses jours le 1^{er} mai 2021. Maëlle, 14 ans à jamais, s'est suicidée en janvier 2020 suite à la diffusion d'une vidéo intime sur les réseaux sociaux.

Pour Maëlle, pour Juliette et pour toutes les victimes, une stratégie européenne globale de criminalisation est primordiale, car les différentes formes de violence sont souvent intrinsèquement liées à la cyberviolence. Elles peuvent la précéder, l'accompagner ou la suivre. Et la cyberviolence a cette particularité: elle suit la victime partout. Elle ne s'arrête pas quand vous rentrez chez vous, il n'y a pas d'endroit où nous sommes en sécurité. C'est une gangrène qui nécrose, un monstre pervers qui, derrière son écran, ne souhaite que vous violenter. Et que faire alors? Fuir un réseau social, c'est s'isoler. Et cette fuite n'est pas synonyme de havre de paix, car votre harceleur est peut-être votre voisin, votre camarade de classe, votre collègue.

Avec la commission des droits des femmes et de l'égalité des genres, nous avons conçu un texte transpartisan. Ce texte se veut être un pont, un parapluie, un toit solide sous lequel l'Union européenne doit fournir une protection juridique et une aide aux victimes. La position du Parlement est claire. Maintenant, c'est à vous – la Commission – d'agir car si nous ne sommes pas ambitieux sur ce point, si nous détournons les yeux, nous serons complices de ces vies brisées. Et alors que le silence et ses conséquences consomment petit à petit les femmes victimes, les jeunes filles victimes et les LGBTQI+ victimes, soyons leurs voix, leurs épaules et rendons-leur justice.

Livia Járóka (NI). – Elnök Úr! A XXI. század egyik legnagyobb kihívása az online tér és annak szabályozási kérdésköre. Az elmúlt évtizedek tapasztalatai azt mutatják, hogy – rengeteg előnye és haszna mellett – sajnos az erőszak újabb fajtáinak is színteret képes biztosítani az internet. Valamivel több, mint egy évtized alatt a közösségi média a fiatalok erőszakának vektorává vált, drámaian megváltoztatta az online teret, felerősítve az agresszív viselkedést. A kibererőszak szándékosan károsítja az egyént, és folyamatosan fennmaradhat az abúzus. Roma közösségeinkben különösen nagy figyelmet kell fordítanunk a lányokat érő online agresszióra, mivel az elektronikus agresszió egyre növekvő mentális probléma, károsítja az egyént, a roma családokat és az egész társadalmat.

Hatékony szabályozásra és figyelemre van szükség. Sajnálattal tapasztaljuk azonban, hogy ez a jelentés a szokásos forgatókönyv szerint készült. Tagállamokat jogtalanul támadva, ideológiai frázisokkal teletűzdelve, a tényleges megegyezést ellehetetlenítve vádaskodik, s kezd megosztást az Unió tagállamai között, ami nagyon szomorú, hisz országaink, így Magyarország is elkötelezett a nemi alapú online erőszak elleni küzdelemben. Gyermkeink és családunk védelme a legfontosabb az online térben is.

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, isn't it unbelievable that every ten years, a city the size of Marseille, Amsterdam or Zagreb disappears from the world. Just imagine that. How? Because every year it is estimated that 87 000 women worldwide are killed, 50 300 of them by an intimate partner or family member. We call this femicide – when women are killed just because they are women. Just think about those cities disappearing and the numbers in them and that number of women are killed over a ten-year period.

And now we are also dealing with cyber-violence – an increasingly pervasive and common form of violence against women and it is part of the continuum of this type of violence. While new technology, as we all know, can be a wonderful thing, it can also have unintended and devastating consequences when instrumentalised and weaponised.

Research shows us that 52% of young women and girls have experienced online abuse – your sisters, your daughters, your mothers – sharing private images, videos or messages without their consent, mean and humiliating messages, abusive and threatening language, sexual harassment and false content – absolutely appalling and a whole new realm of violence. We have to take action. Imagine the psychological consequences of that happening to you.

Hopefully, the European Parliament will take action – and the European Commission – because we know, what is illegal offline must also be illegal online. So let's hope we take the right action and really make sure that this is stopped.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señora comisaria de Igualdad, que la violencia de género y la violencia contra las mujeres no es un fenómeno estrictamente local ni se confina al perímetro de los Estados miembros de la Unión Europea es algo asumido por este Parlamento Europeo, y por eso hemos apoyado que la Unión Europea ratifique el Convenio de Estambul y este Parlamento Europeo ha instado precisamente a la Comisión a que asuma esa incorporación de la Unión Europea como una prioridad.

Del mismo modo, la violencia ejercida en la red, la ciberviolencia y el ciberacoso, tiene una dimensión europea que requiere definiciones comunes, normas comunes y sanciones comunes, lo que no anula la competencia penal de los Estados miembros, pero la encuadra en parámetros europeos. En eso consiste la base jurídica que presta el artículo 83 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea, porque, efectivamente, es un delito de alcance europeo, como lo es también la necesidad de protección de sus víctimas, tanto en el curso del proceso como en los servicios sociales y asistenciales necesarios para plantar cara desde la Unión Europea y con un instrumento de Derecho europeo a la ciberviolencia y el ciberacoso.

Por eso, me sumo a las voces que instan a la Comisión a presentar una iniciativa europea que incorpore la violencia de género y la ciberviolencia a la lista de «delitos de la Unión».

Yana Toom (Renew). – Mr President, this is the second time this year that here in the Parliament we directly address the issue of gender-based violence. This time we turn our attention on the digital forms that gender-based violence can take. During the past two decades, and especially during the last two years, we all have moved more and more of our lives online. The same can be said about violence against women and girls.

Technology is evolving fast and the speed of innovation in the online and digital world is incredible. While this speed of innovation brings us amazing new tools that make our life better, it is also providing new tools that facilitate abuse. For example, right now there are stalkerware applications legally available for purchase and use in digital stores. These applications are marketed as parental control software and are intended to monitor the activity on a phone or other device. The problem is that some of them don't require the monitored person's consent and they don't have any kind of warning or signal that they're operating. So, if an aggressor has access to a victim's device for two minutes to install the application, they will have unlimited and undisturbed access to every move of the victim. I think we need to regulate the use of these types of applications and I worked to include it in the report. But this is only one example of harmful applications and there are many more applications out there.

In the end, it will always be a difficult task to keep up with new technologies, but that should not stop us from taking steps in addressing the ways that technology can facilitate violence. This will require legislative action, like the prosecution and criminalisation of gender-based cyber violence, and non-legislative actions like protection and support of the victims; improving the process of reporting the crimes; raising awareness of the scale and consequences of the violence; focus on gender equality in education for the younger generation, removing gender stereotypes in the media, and improving research of the topic.

Once again, we call for an EU directive that will include all of these points and we are expecting a proposal to arrive in early 2022. I am looking forward for that proposal and I will work to make sure that the directive is in line with the high ambitions we set today.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gewalt gegen Frauen im Internet verursacht nicht nur viel Leid, sondern sie ist Teil einer politischen Strategie, mit der man versucht, Frauen zum Schweigen zu bringen. Sie ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Und genau deshalb unterstütze ich die Berichterstatterin in ihrer Forderung, dass die Kommission dringend Vorschläge zu ihrer Bekämpfung vorlegen muss.

Aber einer besonders perfiden Form von sexueller Gewalt im Internet können wir schon heute Abend ein Ende setzen, nämlich dem Hochladen von Nacktbildern auf Porno-Plattformen gegen den Willen des Opfers, nicht selten gemeinsam mit dessen Namen und Adresse. Wir stimmen nämlich heute Abend im IMCO-Ausschuss über einen Kompromiss ab, mit dem wir dieser unsäglichen Form von Gewalt im Internet mit dem *Digital Services Act* entgegentreten können.

Und wenn Sie nicht im IMCO-Ausschuss sitzen, dann sagen Sie bitte Ihren Kolleginnen und Kollegen Bescheid. Uns fehlt noch die Unterstützung der EVP. Wenn es heute Abend nicht reicht, dann helfen Sie uns, eine Mehrheit im Plenum im Januar zu organisieren, zu mobilisieren. Denn wir haben es mit dem *Digital Services Act* schon in der Hand. Und die Frauen Europas erwarten von uns, dass wir jetzt handeln.

Isabella Tovaglieri (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il contrasto alla cyberviolenza è una battaglia di civiltà in cui tutti ci riconosciamo. Io stessa, in Italia, ho denunciato chat dedite al *revenge porn* e ho promosso un'iniziativa nazionale per sensibilizzare le donne sul tema della sicurezza sul web.

Ciò che invece non possiamo condividere è la volontà della maggioranza progressista che siede in quest'Aula di utilizzare il dossier sulla violenza di genere per portare avanti la propria agenda politica, riproponendo a livello europeo i contenuti del Ddl Zan, che è stato bocciato dal parlamento italiano, e richiamando all'ordine ben quindici paesi sgraditi a Bruxelles, cioè la maggior parte degli Stati membri, perché non contemplano la definizione di identità di genere nelle proprie legislazioni.

Ebbene, che cosa c'entrano questi argomenti con la disperazione di quel 51 per cento di vittime di *revenge porn* che arriva a ipotizzare il suicidio come soluzione? Il Parlamento europeo deve pensare a queste ragazze e a queste donne.

Noi non abbiamo paura di dirci d'accordo su diversi aspetti di questo dossier, in particolare sulla necessità di una regia transnazionale contro la violenza informatica. Ma solo se abbandoniamo un approccio ideologico per adottare una visione pragmatica e condivisa saremo in grado di raggiungere gli obiettivi a cui tutti puntiamo.

IN THE CHAIR: LÍVIA JÁRÓKA

Vice-President

Ladislav Ilčič (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, poštovane dame i gospodo, Sud Europske unije u Luxembourgju je 6. listopada, dakle prije dva mjeseca, izdao mišljenje o Istanbulskoj konvenciji prema kojem Europska unija treba poštovati načelo supsidijarnosti i pravo država članica da same odluče o tom pitanju.

Ovo izvješće protivno odluci Suda požuruje Vijeće da donese tu odluku, dakle, ne poštuje odluku Suda i ugrožava vladavinu prava.

Nasilje počinje kad se žene promatra isključivo kao objekte seksualne požude, a dobar dio političkog spektra promovira seksualnu požudu, dok pravu, trajnu i vjernu ljubav, poput bračne – blati i obezvjeđuje.

Takva kultura rađa seksualno nasilje, a sad nam kao odgovor na to nasilje, isti ideolozi nude produbljivanje te ultraliberalne kulture kroz Istanbulsku konvenciju i rodnu ideologiju koji direktno udaraju na ljudsko dostojanstvo i identitet.

To nije dobar put. Okrenimo se promociji ljudskog dostojanstva svake žene – samo tako možemo smanjiti nasilje.

Έλενα Κουντουρά (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, η έμφυλη βία στο διαδίκτυο δεν αποτελεί μια νέα μορφή βίας, αλλά τη συνέχεια της έμφυλης βίας εκτός διαδικτύου. Μια πραγματικότητα εξαιρετικά σημαντική. Καμία πολιτική πρόταση δεν θα είναι αποτελεσματική, εάν δεν λάβει υπόψη της ότι πρόκειται για την άλλη όψη του ίδιου νομίσματος.

Σήμερα, δημιουργούνται όλο και περισσότερες μορφές έμφυλης βίας στο διαδίκτυο που εξαπλώνονται συνεχώς λόγω της ραγδαίας ανάπτυξης του διαδικτύου και των μέσων κοινωνικής δικτύωσης. Δυστυχώς όμως, στην Ευρωπαϊκή Ένωση δεν υπάρχει κοινή αντίληψη για το τι είναι βία στο διαδίκτυο και δεν υπάρχει κατάλληλη ευρωπαϊκή νομοθεσία που να την αντιμετωπίζει. Υπάρχουν αρκετά νομοθετικά κενά και τα κράτη μέλη εφαρμόζουν διαφορετικές πολιτικές που δεν καλύπτουν όλες τις πτυχές του προβλήματος. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει επανειλημμένα ζητήσει από την Επιτροπή να προτείνει άμεσα μια ολιστική οδηγία για την καταπολέμηση όλων των μορφών της έμφυλης βίας.

Με την έκθεση αυτή ζητάμε να υιοθετηθεί ένας κοινός ορισμός για το έγκλημα της έμφυλης βίας στο διαδίκτυο, να ποινικοποιηθεί από όλα τα κράτη μέλη και να θεσπιστούν αντίστοιχες κυρώσεις. Ζητάμε τη δημιουργία ενός μόνιμου ευρωπαϊκού μηχανισμού συλλογής και δημοσίευσης τακτικών και συγκρίσιμων δεδομένων σχετικά με την εμφύλια βία στο διαδίκτυο. Ζητάμε να διασφαλιστεί η υποχρεωτική εκπαίδευση όλων των επαγγελματιών για την καταπολέμησή της και να θεσπιστούν μέτρα για την προώθηση και υποστήριξη της πρόληψης, καθώς και μέτρα για την επαρκή προστασία και την αποκατάσταση των θυμάτων.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, la violencia de género es una de las violaciones más graves de los derechos humanos.

Qué duda cabe de que con la era digital de internet y de las nuevas tecnologías se están creando espacios que han cambiado la comunicación y la manera de relacionarse de los individuos.

La ciberviolencia no es una violencia distinta: es una continuidad de la violencia contra las mujeres fuera de línea. Impacta en los derechos fundamentales y en la dignidad a todos los niveles.

Necesitamos un marco europeo para tener una definición que determine exactamente la ciberviolencia contra las mujeres.

La Unión Europea tiene que ser capaz de establecer unas normas mínimas para garantizar la persecución de esa violencia, que incluye el ciberacoso, las amenazas, el control a distancia, la inducción al suicidio, a la anorexia, el acceso al móvil, los daños informáticos, etcétera.

Hay que establecer medidas preventivas: educar para hacer un uso responsable de internet, un uso sobre todo seguro, e impulsar la ciberhigiene.

Sobre todo, es una violencia durísima porque al final se alcanza a la víctima sin necesidad de tener contacto físico con ella y se destroza el futuro de esa persona.

Hay que tomar medidas de protección y de apoyo a las víctimas, facilitar el acceso, que sea flexible a la información, tener un teléfono europeo.

Pero, además, hay que perseguirla y criminalizar porque faltan denuncias. Hay una escasa concienciación de este tipo de delito. Hay un insuficiente apoyo a las víctimas. Hay escasa investigación y, por lo tanto, es el momento de actuar.

Solicitamos también a la Comisión que regule como eurodelito la violencia de género, la violencia contra las mujeres.

Evin Incir (S&D). – Fru talman! Kolleger, kommissionär Dalli! Mäns våld mot kvinnor klassas av EU:s egen byrå för grundläggande rättigheter (FRA) som en av de allvarligaste kränkningarna av mänskliga rättigheter de senaste åren. När kriser slår till förstärks redan existerande problem, och strukturer befästs ännu mer. Covid-19-pandemin är ett sådant praktexempel, då mäns våld mot kvinnor i alla dess slag har ökat i hela vår union.

Det är tyvärr inte förvånande att när nya medier introduceras, såsom internet, så följer även våldet med dit. Kopplingen mellan ord och handling är tydlig. Visst används digitala plattformar till mycket gott, men det finns en annan, mörkare sida också som vi måste bekämpa med full kraft. Kvinnor och flickor kontrolleras, trakasseras, förnedras och tystas genom meddelanden på sociala medier, hämndporr, hat, hot, *grooming* och så kallad nätstalking. Det uppskattas att sju av tio kvinnor har utsatts för nätstalking.

Internet ska inte vara ett laglöst macholand, utan en inkluderande och feministisk plats för oss alla. Det nya lagförslaget att göra hatbrott till ett EU-brott och direktivet om mäns våld mot kvinnor, som vi har blivit lovade av kommissionen, måste inkludera även våld på nätet.

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, online gender-based violence is a continuation of the discrimination that women experience in the offline world and it is a continuation of the persisting inequalities and stereotypes of today's society. The harmful impact on women and girls and on democracy as a whole may not be underestimated. Women and girls are silenced because of who they are. Their right to express themselves freely, equally and without fear is taken away from them and a young generation of female politicians will think twice before they enter the political arena. Stress, anxiety and a loss of self-confidence will replace bright futures full of outspoken ambition if we do not act. No policy alternative will be effective unless we face this new reality, and the Digital Services Act is a solid step towards a safer digital world.

But we must demand that tech companies, as businesses, take responsibility and ensure that their digital and public spaces become safe and empowering places for everyone.

The voices of women and girls are at stake. The value of our democracy is at stake. Let's continue to speak out, but for a new generation.

(The debate was suspended)

16. Abstimmungsrunde

President. – Before continuing with the debate, let me open today's voting session. We will vote on the files as indicated on the agenda. The voting session will be open from 18.30 until 19.45. The same voting methods will be used as during the last part-sessions. All votes will be held by roll call. Explanations of vote may be submitted in writing. Explanations of vote containing a maximum of 400 words will be accepted.

I declare the voting session open. You have until 19.45 to vote. The results of the vote will be announced on Tuesday, 14 December at 9.00.

17. Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: Gewalt im Internet (Fortsetzung der Aussprache)

President. – We now continue with the debate on the report by Elissavet Vozemberg-Vrionidi and Sylwia Spurek on combating gender-based violence: cyberviolence (A9-0338/2021).

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Madam President, gender-based violence is a systemic problem, deeply rooted in our society. But the online world has opened new doors for hate and violence to spread rapidly, amplified by platforms' algorithms. And this has devastating effects. Young girls commit suicide after intimate photos have been shared, female politicians receive death threats after speaking out and women withdraw from our online public debate.

Online hate is poisoning our society. It undermines our free debate and ultimately our democracies. And that's why we need urgent action. Make all forms of gender-based violence illegal across Europe and prosecute perpetrators. And make sure victims don't stand empty handed and have somewhere to go for support. The goal of gender-based cyberviolence is to silence us, but we will not be silenced. And to the online trolls who are afraid they won't get away with publishing people's home address and sending rape or death threats anymore, that's kind of the whole point.

Mathilde Androuët (ID). – *(début de l'intervention hors micro)* ... violences raciales, vols économiques, sexuels est évidemment systémique. La violence des hommes contre les femmes naîtrait donc dans les manuels scolaires. Hormis pour les cancrès, il faudra nous expliquer la violence de l'apprentissage de l'orthographe ou des mathématiques. Traiter par l'idéologie dingue un sujet si sensible et de plus en plus présent est une véritable trahison.

La violence en ligne n'est que le miroir sans filtre de la violence de nos sociétés: exposition à un trop jeune âge à la pornographie, règne de la jouissance immédiate et de l'individu roi et enfin, – gros non-dit de ce rapport qui est pourtant un incontournable de la violence sexiste en ligne et hors ligne – l'implantation, par millions, de jeunes hommes aux mœurs et aux cultures ouvertement hostiles à la femme. Mais comme il s'agit là du résultat de vos politiques, vous la taisez et préférez accuser la préférence des petits garçons pour les jeux de ballon. En plus d'être fous, vous êtes donc lâches.

La violence en ligne ne se réglera que par l'apaisement de nos sociétés. L'école comme la cellule familiale doivent être des sanctuaires où l'intellect dialogue avec la bienveillance. C'est aux parents et aux encadrants de ne pas abandonner leur rôle à Internet. Mais c'est aussi aux politiques d'agir. Il faut mettre un terme à la gangrène islamiste qui frappe en premier les femmes et les petites filles réduites à être consommées, puis soumises ou détruites.

Cessez donc vos bavardages incompréhensibles pour les victimes: agissez sur le réel, si vous voulez protéger le virtuel.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Jak bardzo trzeba być słabym, aby kryjąc się za anonimowością internetu, poniżać, straszyć, obrażać i dyskredytować kobiety. Przypuszczam, że wiele z nas polityczek doświadczyło takiej sytuacji, a ja jej doświadczam bardzo często, tak jak miliony kobiet w Europie i na świecie, a pandemia COVID-19 tylko spotęgowała to zjawisko.

Musimy mieć świadomość, że niezależnie od formy cyberprzemocy zawsze powoduje ona pojawienie się poczucia bezradności i osamotnienia oraz obniżenie własnej samooceny, tak samo jak w przypadku przemocy doświadczanej w świecie realnym. Dlatego nie może być naszej zgody na taką sytuację.

Jestem przekonana, że potrzebne są nam w tym kierunku skoordynowane działania, które wyeliminują przemoc w internecie i sprawią, że miliony kobiet w Europie będą się czuły w sieci bezpieczne. Potrzebne są działania edukacyjne, również te podnoszące świadomość społeczną, a także rozwiązania prawne, które będą narzędziem do skutecznej walki z tymi, którzy tej przemocy się dopuszczają.

I cieszę się, że ta dyskusja odbywa się tu w Parlamencie Europejskim, bo odnoszę wrażenie – i słyszę to często od kobiet – że w wielu krajach Unii Europejskiej coraz częściej kobiety pozbawiane są właściwego wsparcia i właściwej ochrony.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, 90% das vítimas de partilha sem consentimento de imagens pornográficas são mulheres. O mundo online não é seguro para elas, e sobretudo não é seguro para as raparigas, tantas vezes vítimas de assédio em idades em que não têm maturidade suficiente para se defender sem ficarem amassadas.

Senhora Comissária, não basta incorporar uma perspetiva de género nas propostas que pretendem legislar sobre o mundo digital. Junto a minha voz à das minhas colegas que aqui defenderam a necessidade de uma diretiva que aborde especificamente este flagelo.

Não podemos deixar que o mundo online seja um espelho ainda mais sofisticado, e agora tantas vezes a coberto do anonimato, da violência que vemos no mundo offline.

Ramona Strugariu (Renew). – Madam President, a study by this House shows that the overall costs of cyber-harassment and cyberstalking are estimated at between EUR 49 and 89.3 billion, with the largest cost category being the loss in terms of quality of life. This is what we're talking about: quality of life. There's probably not a single woman in this room who doesn't have in her email or on WhatsApp or Messenger a very 'kind' letter starting with 'Dear bitch, I hope you die', or something similar.

I come from a country where a woman is beaten every 30 seconds, but you come from different countries and it happens to all of us. Some of us are strong, but some of the younger ones I talk to consider suicide because of online violence. This is what online violence means, Mr Fest – because you were wondering, so I give an example. This is what it means.

Commissioner, we need to address this with European legislation. The time which passes will increase numbers, and silence will increase the numbers.

I would like to end my message with a beautiful, beautiful message from my country and from my colleagues, to all of the men and partners out there: be an ally, not an aggressor.

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la violenza ha radici antiche, ma ha forme inedite in cui si manifesta e queste forme inedite impongono a tutti noi e alle nostre strategie di rinnovarsi, di trovare strade nuove.

Le forme attraverso cui la violenza si manifesta cambiano nel tempo e oggi possono avvalersi dell'aiuto delle nuove tecnologie e dello spazio virtuale, ma tutto questo ha delle conseguenze molto concrete, molto serie sulla vita delle donne e, in generale, sulla vita delle persone.

I tantissimi casi di *revenge porn* e in generale di intimidazioni e di molestie che vengono esercitati attraverso Facebook, attraverso Twitter, attraverso le app di messaggistica, attraverso lo spazio virtuale hanno dimostrato che l'effetto amplificatore è devastante. Sappiamo di donne che si sono tolte la vita per tutto questo, altre sono state costrette a cambiare nome.

Non occuparci di tutto questo significa lasciare drammaticamente le donne ancora più sole. Ed è per questo che questo Parlamento è chiamato a rispondere, ora.

Ivars Ijabs (Renew). – Dārgā priekšsēdētājas kundze! Dārgā komisāres kundze! Kolēgi! Covid pandēmijas laikā no uzbrukumiem sociālajos medijos ir cietušas vispirms sievietes. Manā valstī tieši sievietes – ārstes un medicīnas māsas, ģimenes ārsta speciālistes – ir tās, kas nenogurstoši skaidro vakcinācijas nozīmi, un tieši viņas arī kļūst par dažādu antivakseru troļļu negantu uzbrukumu mērķi ne tikai savas zinātniskās pārlicības, bet arī jo īpaši sava dzimuma dēļ.

Diemžēl ne Latvijas, ne arī Eiropas Savienības likumi nav pietiekoši, lai pienācīgi risinātu šo kibervardarbību pret sievietēm. Tāpēc ir steidzami jāpaplašina naida runas jēdziena tvērums, attiecinot to arī uz seksistiska naida runu, kā to prasa rezolūcija.

Un ir jāapzina arī tas kaitējums, kas ir pastiprinājies Covid pandēmijas laikā, kad pārvietošanās ierobežojumi palielināja vardarbības ģimenē riskus un arī paplašināja kibertelpas instrumentu izmantošanu draudiem un emocionālai vardarbībai un īpaši pret tām sievietēm, kuras ir iesaistītas pandēmijas pārvarēšanā – ārstēm, medmāsām, medicīnas personālam. Eiropai šeit ir jārikojas!

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Dzisiaj, dokładnie 30 lat od rozpadu Związku Radzieckiego, rozmawiamy w Parlamencie Europejskim o przemocy ze względu na płeć. Te tematy brutalnie spłotyły się po wojnie, na moim rodzinnym Górnym Śląsku. W 1945 roku, gdy dla wielu wyzwolanych z obozów wojna się kończyła, dla tysięcy Ślązaczek gehenna się zaczynała: Ślązaczek gwałconych, okaleczanych, zabijanych przez sowieckich żołnierzy. Pamięć o tamtych ofiarach zobowiązuje nas dzisiaj do pracy na rzecz zwalczania przemocy ze względu na płeć. Do zapewnienia bezpieczeństwa każdemu i każdej niezależnie od tego, czy przemoc ma miejsce w realu czy w internecie.

Mamy narzędzia, by zapewnić bezpieczeństwo w szczególności młodym kobietom, bo to one są najbardziej narażone na cybernękanie. Internet nie może być cyfrowym Dzikim Zachodem, przestrzenią wyjętą spod prawa. Dziękuję sprawozdawczyniom za ten projekt, szczególnie mocno popierając wezwanie Komisji Europejskiej i państw członkowskich do uznania mizoginii za formę mowy nienawiści. Czas na bezpieczeństwo, równość i wzajemny szacunek. I na rzetelną edukację seksualną, ale to już temat na inną dyskusję.

Evelyn Regner (S&D). – Madam President, we are debating yet another form of violence today – one that is relatively new, but nevertheless unacceptable. Cyberviolence has affected up to 7% of women in the European Union in the past 12 months – at least as far as the estimates go, because, here too, we have a lack of data.

But what we know is – and I underline this once more – that seven out of 10 women have experienced cyberstalking, and estimates suggest that one in 10 women have already experienced a form of cyberviolence since the age of 15.

What we know for sure is that offline and online violence are two sides of the same coin: gender-based violence. And they are intrinsically linked since online violence often turns into offline violence, making it crucial to always combat both.

Therefore, we are looking very much forward to the Commission's proposal and we are really hoping impatiently for a strong proposal from the Commission.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, thanks to the honourable Members for these interventions. It is clear that further measures are needed to tackle violence against women and domestic violence at EU level. The prevalence of these criminal acts has remained high across the EU over the last years and the individual and societal costs are enormous. This must change.

The upcoming measures ensure the best added value at EU level to the actions already taken by the Member States. The new EU actions will provide a solid basis for further work foreseen in the gender equality strategy, such as cooperation with online platforms. The upcoming set of measures enables us to address illegal and harmful forms of cyberviolence against women in a manner that strengthens other ongoing EU-level initiatives, such as the Digital Services Act, and ensure the availability of targeted measures for cyberviolence against women. Women and girls deserve to live free from violence, and they deserve a strong legal framework to protect them. This is equally true in the online space.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A módosításokról a szavazás ma lesz, a zárószavazásra pedig kedden kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Атидже Алиева-Вели (Renew), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада за борба с насилието, основано на пола, с акцент върху кибернасилието, защото той е много навременен. С напредването на технологиите и дигитализацията се създадоха много цифрови пространства за общуване между хората, които промениха начина, по който си взаимодействаме. Кибернасилието, основано на пола, се извършва чрез използване на широк набор от инструменти за онлайн комуникация, включително социални медии, сайтове за обсъждания, сайтове за запознанства и чатове в игри. Обезпокоителен е фактът, че жените и момичетата са засегнати от този вид насилие в най-висока степен. Според данни на УНИЦЕФ момичетата са двойно по-често обект на тормоз, в сравнение с момчетата.

Средствата за защита от посегателства включват въвеждане на обща дефиниция за кибернасилието, основано на пола, ефективен достъп до правосъдие и специализирани услуги за подкрепа във всички държави членки, както и криминализирането му като престъпност с трансгранично измерение, съгласно ДФЕС. ДПС винаги е отстоявало равенството между половете и защитата на правата на жените. Ние дълбоко осъждаме всички форми на насилие в цялото им многообразие и настояваме за ратифициране на Истанбулската конвенция. Ще продължим да работим за повишаване на осведомеността и образованието по отношение на насилието, за предоставяне на възможности за защита на жертвите чрез докладването му, по-добрия му мониторинг и наказателното му преследване.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il rapido sviluppo delle tecnologie della comunicazione apre purtroppo, nuove strade per la violenza contro donne e ragazze, esponendole a maggiori rischi di abuso in forma virtuale: molestie informatiche, Cyber-stalking e altri tipi di minacce online, come il cyber-bullismo. Attualmente, si stima che una donna su dieci, abbia già subito una forma di violenza informatica dall'età di 15 anni. La «online gender-based violence» deve essere considerata come una continuazione della violenza di genere «offline» ed è spesso indirizzata ai danni di adolescenti, donne appartenenti a categorie vulnerabili (ad esempio migranti), persone della comunità LGBTIQ. Per garantire a donne e bambine, una protezione più efficace ed uniforme, occorre agire su più fronti: da un lato, invitando il Consiglio ad includere nell'articolo 83 TFUE la violenza di genere, dall'altro chiedendo una direttiva volta non solo a stabilire una definizione comune di cyber-violenza di genere, ma anche ad armonizzare le sanzioni verso i trasgressori e ad includere misure preventive e misure di protezione delle vittime, sì, da creare un apparato di norme minime comuni tra gli Stati membri.

Contrastare un fenomeno criminale così drammatico e al contempo trasversale, non rappresenta più soltanto una scelta politica ma è ormai un imperativo morale per tutta l'Unione.

Λουκάς Φουρλάς (PPE), *γραπτώς*. – Η βία κατά των γυναικών, τόσο εντός όσο και εκτός διαδικτύου, είναι ένα έγκλημα για το οποίο όλοι μας θα πρέπει να δείξουμε μηδενική ανοχή. Αυτές οι μορφές κυβερνοβίας και ρητορικής μίσους κατά των γυναικών αποτελούν μέρος της διαδικασίας βίας, που συχνά ξεκινά εκτός σύνδεσης και συνεχίζεται στο διαδίκτυο ή αντίστροφα.

Είναι ιδιαίτερα ανησυχητική η αύξηση της έμφυλης βίας που σημειώθηκε κατά τη διάρκεια της πανδημίας. Για να αντιμετωπιστεί αυτό το φαινόμενο, θα πρέπει η Επιτροπή να αναπτύξει ένα πρωτόκολλο σχετικά με την έμφυλη βία σε περιόδους κρίσης, το οποίο θα περιλαμβάνει υπηρεσίες προστασίας για τα θύματα. Είναι επίσης απαραίτητη η συνεργασία με τις τεχνολογικές πλατφόρμες.

Καλούμε την Κομισιόν και τα κράτη μέλη να εκμεταλλευτούν περισσότερο τα υφιστάμενα μέτρα για την καταπολέμηση αυτού του φαινομένου, όπως ο γενικός κανονισμός για την προστασία δεδομένων, η οδηγία για το ηλεκτρονικό εμπόριο, καθώς και η οδηγία για τα δικαιώματα των θυμάτων. Παράλληλα θα πρέπει να δημιουργήσουμε περαιτέρω εκστρατείες ευαισθητοποίησης για γυναίκες και κορίτσια σχετικά με τη βία στον κυβερνοχώρο, τα νόμιμα δικαιώματά τους και τις διαθέσιμες υπηρεσίες υποστήριξης.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Euroopan tasa-arvoinstituutin EIGE:n mukaan joka kymmenes alle 15-vuotias nainen on kokenut häirintää verkossa. Valitettavasti häirintä on vielä yhä yleisempää yhä nuorempien keskuudessa, sillä Euroopan perusoikeusviraston FRA:n mukaan joka viides 18-29-vuotias nuori nainen EU:ssa on ilmoittanut kokeneensa häirintää verkossa. Komissio esitteli 9.12.2021 vihdoinkin kauan odotetun aloitteensa vihapuheen lisäämisestä EU-rikosten luetteloon. Tämä tärkeä aloite tulee viedä nopeasti eteenpäin. Olen jo vuosi sitten vedonnut yhdessä meppikollegoideni kanssa komission puheenjohtajaan sukupuolittuneen vihapuheen kriminalisoinnin puolesta. Olen myös kirjoittanut aiheesta jo useasti aiemmin ja ehdottanut myös muutosesityksiä EU:n tulevaan digilainsäädäntöön, jotta sosiaalisen median alustoilla olisi vastuu estää ja poistaa naisiin kohdistuva vihapuhe kanaviltaan. Elämämme on yhä enenevässä määrin siirtynyt verkkoon. Koronaviruspandemia on vain kiihdyttänyt entisestään tätä kehitystä. Vihapuhe on valitettavasti seurannut mukana. Meillä pitää olla nollatoleranssi kaikkeen vihapuheeseen, ja sosiaalisen median alustojen täytyy toimia tehokkaammin kaiken vihapuheen poistamisessa.

18. Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union 2018-2020 (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Sandra Pereira által a Nőjogi és Esélyegyenlőségi Bizottság nevében készített, az Európai Unióban a nők és a férfiak közötti egyenlőség 2018-2020 közötti helyzetéről szóló jelentésről folytatott vita (2021/2020(INI)) (A9-0351/2021).

Sandra Pereira, relatora. – Senhora Presidente, discutimos hoje em plenário o trabalho que durante meses levámos a cabo em torno do relatório sobre as desigualdades entre homens e mulheres na União Europeia no período de 2018-2020.

As mulheres continuam a ser as principais vítimas das desigualdades existentes, das disparidades salariais entre homens e mulheres, da pobreza e do trabalho precário. Acreditamos que a independência económica é determinante para a emancipação das mulheres e para que a participação em igualdade na sociedade seja alcançada.

Nesse sentido, quisemos colocar o foco nas questões laborais e sociais e na erradicação das diferentes formas de violência que, diariamente e em variados contextos, oprimem as mulheres.

Os Estados-Membros devem empenhar-se na concretização de políticas de igualdade que avancem com soluções que defendam os direitos das mulheres. São necessárias medidas concretas que, através de políticas de emprego, eliminem as discriminações no acesso ao trabalho e reforcem o emprego com direitos, a contratação coletiva e promovam um aumento geral dos salários e das pensões, eliminando disparidades existentes e inaceitáveis e exigindo a melhoria das condições de vida.

É necessária uma maior ação, sensibilização e fiscalização nos locais de trabalho, visando a garantia de melhores condições de trabalho das mulheres, dando atenção às cargas horárias, ao cumprimento dos direitos de maternidade e paternidade e à conciliação entre trabalho, vida familiar e vida pessoal.

Não desligamos as desigualdades existentes das políticas públicas neoliberais impostas pela União Europeia, que provocaram o aumento do desemprego, a desregulamentação do mercado de trabalho, a desregulação dos horários laborais, o aumento da precariedade e os baixos salários que afetam as mulheres, em particular.

Da mesma forma, os cortes em serviços públicos, principalmente na saúde, na educação e nos benefícios sociais, agravam ainda mais as múltiplas formas de discriminação e de desigualdade que as mulheres enfrentam. Não basta defender a conciliação entre a vida pessoal, familiar e profissional se os direitos laborais não são cumpridos, se os horários são completamente desregulados e se o salário mal chega para o final do mês.

Não basta defender o direito à saúde e aos direitos sexuais e reprodutivos, área onde tem havido retrocessos em vários Estados-Membros, se não houver serviços públicos a prestar esses cuidados de elevada qualidade e gratuitos.

Não basta defender uma educação abrangente, passível de combater estereótipos, se na escola pública não existirem condições para essa responsabilidade e ela estiver desprovida de meios técnicos e humanos.

Não basta defender o combate à violência sobre as mulheres se não houver respostas sociais imediatas, de proximidade, que permitam que a mulher se liberte das opressões sofridas.

Não basta defender a igualdade de oportunidades e de acesso a uma carreira se não existirem redes públicas de infra-estruturas de apoio a cuidados na infância, como as creches, na velhice ou em caso de deficiência ou outras necessidades.

Também as diferentes formas de violência sobre as mulheres têm de ser reconhecidas como expressões extremas de desigualdade e discriminação que se manifestam na humilhação, no desrespeito pela integridade física e psicológica das mulheres que as sofrem. Violência no trabalho, violência doméstica, violência no namoro, ausência de cuidados de saúde, designadamente direitos sexuais e reprodutivos, mutilação genital feminina, assédio moral e sexual, prostituição ou mercantilização do corpo da mulher como objeto sexual são formas de violência que atentam contra a dignidade, o estatuto social e os direitos de todas as mulheres.

Por último, uma palavra de solidariedade às organizações de mulheres que diariamente lutam para que a igualdade seja uma realidade na lei e na vida, e daqui saudamos a sua valiosa intervenção na defesa dos direitos das mulheres.

Antes de terminar não posso deixar de agradecer a cooperação que houve sempre com os relatores-sombra dos diferentes grupos políticos, os seus assistentes e membros do secretariado e, claro, à Charlotte, à Leire e à Filipa que trabalharam comigo. Conseguimos ter um texto que, parece-nos, faz um bom diagnóstico da realidade sobre as desigualdades entre homens e mulheres na União Europeia no período de 2018-2020.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, the Commission has been delivering on its promises in achieving a Union of equality, taking into account particularly the challenges on gender equality exacerbated by the pandemic and the political backlash against women's rights in some Member States. We are determined to continue on the path of progress to empower women and girls and to defend gender equality as a fundamental value of the Union.

I thank the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) for this important report and for your efforts towards a gender-equal economy, eradication of gender-based violence, equal access to health education and for equality in everyday life. I welcome the efforts of the Portuguese and Slovenian presidencies in reaching an agreement for a general approach in Council last week on our first deliverable, the proposal for a directive on pay transparency. I look forward to the negotiations with the European Parliament and the upcoming French presidency.

Valuing women's work and contribution to the labour market is crucial for propelling inclusive economic growth, social cohesion and social justice and enhancing business productivity. None of this is possible if half of the talent, skills and workforce is left behind. In this context, I stress the relevance of fairness to the pressing existential threat to Europe and the world posed by climate change and environmental degradation.

I hear your concerns regarding the Green Deal, and I assure you that the gender dimension is not forgotten. Fairness and solidarity are defining principles of the European Green Deal. The Union's transition to climate neutrality by 2050 must be socially fair and inclusive in pursuit of the United Nations Sustainable Development Goals and in line with the European Pillar of Social Rights.

Gender mainstreaming in employment and social policies plays a key role in the fair transition. The pandemic highlighted women's enormous contribution to schooling, care and household tasks when formal care and social service infrastructures were down. Moreover, their role in low paid but essential sectors such as the care sector has been proved indispensable. This is why it is crucial to ensure that our post-pandemic recovery policy properly recognises and values women's contribution to our economy and societies. The recovery is an opportunity to improve gender equality. I thank the European Parliament in particular for your support on mainstreaming gender equality in the Recovery and Resilience Fund.

The Commission has adopted a delegated act, which was published at the end of the time period for objection of the European Parliament and the Council, which will enable us to identify specific gender equality actions financed under the Recovery and Resilience Fund. This Commission is fully committed to advance gender equality at the workplace. Improving childcare services across Member States is essential for halving the gender employment gap by 2030, as set by the action plan for the European Pillar of Social Rights.

In 2022, the Commission will present a European care strategy, which will include a proposal for the revision of the Barcelona targets on childcare and measures to enhance long-term care. Moreover, investing in long-term care benefits the quality of life of those who need care, but also for care providers, both formal and informal care. The majority of care providers are women who might struggle to combine work with unpaid care duties. Next to this, many care jobs have poor working conditions.

The Commission will also closely follow the transposition of the Work-Life Balance Directive, set for August 2022. But there can be no gender equality without a safe environment for women to work, go out or simply to live their lives. In the past four months, we reiterated the Commission's key priority of tackling gender-based violence. Last week, the College adopted its initiative on the extension of the list of eurocrimes to hate speech and hate crime. This will complement the envisaged legislative initiative on violence against women and domestic violence, which we intend to present early next year. In parallel, and sharing the Parliament's objective, we remain committed to the EU's accession to the Istanbul Convention, still blocked in Council.

Aušra Maldeikienė, PPE frakcijos vardu. – Gerbiama Pirmininke, prieš kelerius metus mano šalies dabartinė premjerė, atsakydama į žurnalisto klausimą, ar ji kaip moteris jaučia diskriminaciją, labai taikliai atrėžė: „Jau pats Jūsų klausimas aiškiai demonstruoja kaip giliai ši diskriminacija įsišaknijusi“.

Pastarieji pora pandemijos metų laiką, kurio reikia lyčių lygybei panaikinti, pailgino daugiau nei 36 metais. Kitaip sakant, pandemija nubraukė visos kartos moterų viltį nebūti vertinamoms vien per lyties prizmę.

Ieškant sprendimo, ko imtis, kad įveiktume kai kuriose valstybėse fiksuojamą vis dar lėtą lyčių lygybės pažangą ar net jos regresą, būtina griežtai kovoti su socialinės lyties priešinimu vadinamai tradicinei šeimai.

Toji šeima, kurią kraštutinės dešinės politikai išveda iš drausminamosios religijos sampratos, piešia fikcinį modernaus pasaulio vaizdą. Čia tėvelis su gilia meile globoja savo vaikučius ir juos namie auginančią mamytę. Toje šeimoje nėra nelaimių, mirčių ar socialinių įtampų, ten niekas nepraras to maitintojo (tai visada vyras), pajamų užtenka visiems šeimos poreikiams. Aišku, kad tai yra pigi ideologinė klišė. Ją galima sugriauti vienu elementariu klausimu – kuri yra ta tinkama tradicinė šeima: ar ta, kur vyro palikta moteris viena bando išgyventi su vaikais, ar naujoji vyro šeima, kur buvęs moters sutuoktinis džiaugiasi naujomis atžalomis? Aš šitą klausimą uždaviau daugybę kartų savo valstybėje. Nė karto negirdėjau atsakymo.

Kalbant apie tai, koku būdu galime įtvirtinti vyrų ir moterų lygybę, akcentuojamas didesnis moterų įgalinimas darbo rinkoje ir galios struktūrose, laisvalaikio ir darbo balansavimas, viešųjų priežiūros paslaugų plėtra. Tai, be abejo, labai svarbu. Vis dėlto, manau, kad atėjo laikas keisti lyčių lygybės siekio akcentus. Vietoj to, kad nuolat būtų pabrėžiamas moterų įgalinimas, pradėkime akcentuoti vyrų įgalinimą šeimos gyvenime. Vyrai, lygiai taip pat kaip moterys, tikrai intelektualiai ir emocionaliai yra pajėgūs ir vaikus auginti, ir dalyvauti namų ruošoje, ir globoti priežiūros reikalaujančius šeimos narius. Tikrovę keičia ne įstatymai. Yra daugybė mokslinių tyrimų: įstatymais negalima pakeisti daugybės papročių. Tikrovę keičia pats gyvenimas ir keičiami naratyvai. Reikia keisti naratyvus ir aiškinimus.

Heléne Fritzon, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Kommissionär Dalli! Att kunna leva ett liv fritt från våld, att bestämma över sin egen kropp, att ha makt att forma samhället och sitt eget liv, att ha ett eget jobb, helt enkelt, att kunna ha sina mänskliga rättigheter – det borde vara en självklarhet för alla EU:s medborgare, men det är inte verkligheten för alla kvinnor och flickor i dag.

Utvecklingen mot ett jämställt EU går skamligt långsamt, och vi har lärt oss hur viktiga framsteg aldrig kan tas för givna. EU kommer inte att bli jämställt om vi inte ökar takten. Det krävs både politisk vilja och kraftfulla åtgärder. Som svensk socialdemokrat är jag stolt över att Sverige ännu ett år toppar EU:s jämställdhetsindex.

Men också i Sverige har vi ett arbete kvar att göra. Vi är dock världens första feministiska regering, och jämställdhet är en prioritering – det är ledarskap som faktiskt också ger resultat. EU måste sätta jämställdhetsfrågorna i centrum och leva upp till målen om en union, där alla kan delta och leda i vårt samhälle på lika villkor, där mäns våld mot kvinnor upphör, där varje kvinna och flicka har rätt till sin egen kropp och där kvinnor har ett eget jobb att gå till.

Jämställdhet är inte bara en kvinnofråga. Det är en fråga för alla – för kvinnor och flickor, för män och pojkar. Det handlar om människors lika värde och rättigheter, men det handlar också om hur vi bygger våra samhällen – hållbara samhällen, hälsosamma samhällen. Och vet ni vad, jämställdhet är affärsmässigt. Jämställdhet leder till tillväxt. Vi socialdemokrater kommer att fortsätta den kampen varje dag här i EU.

Karen Melchior, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, women's rights are human rights, so can we not rest assured that women in our societies and in our families have equal opportunities and rights in the European Union today? With deep regret – but probably not to the great surprise of those of you listening – the answer is 'no'.

We have not yet achieved gender equality in our Union, because our societies are still based on patriarchal structures and allow for toxic gender stereotypes, hindering gender equality, both for women and for men. Because not all Member States take the necessary measures to ensure that women have equal opportunity to employment, proper working conditions and equal pay. Because of the carelessness of Member States, when they reluctantly implement the Work-Life Balance Directive or try to turn back time on the Istanbul Convention.

The results of the Gender Equality Index for the European Union in the past three years have been disappointing. However, what is truly horrifying is that we do not even know the real state of the Union – because Member States are not required to provide the necessary data, we do not have comparable EU-wide data. What we do know is that a toxic patriarchy causes gender stereotypes, which causes femicides, cyberviolence, harassment and psychological, physical and sexual violence – all of which are a widespread disease in our society.

We need to follow and see the patterns; femicide and infanticide follow a pattern, and if we recognise these patterns, we can save lives. Therefore, we demand that the Member States train law enforcement to recognise the patterns of gender-based violence.

We also know that even in Europe today, we see inequality between men and women every single day. Sadly, Member States have explicitly undermined women's rights, especially the right of decision over their own bodies.

This report should not be simply cast aside but used as a crucial tool to help us to act. Increasingly, women are sharing their stories, empowering others and ensuring change. We must listen to them and we must act.

Gwendoline Delbos-Corfield, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, oui, un état des lieux des inégalités de genre dans l'Union européenne est essentiel, car ces inégalités sont encore très nombreuses et insupportables.

Une femme gagne en moyenne 14 % de moins par heure qu'un homme dans l'Union européenne, le temps partiel est essentiellement féminin, les retraites des femmes sont dérisoires, beaucoup vivent dans une immense précarité, et celles qui sont issues de minorités, celles qui sont handicapées, celles qui sont migrantes vivent des situations encore pires.

Quand y aura-t-il un chemin clair et défini pour aller en justice partout dans l'Union européenne, lorsque pour le même emploi une femme gagne moins qu'un homme? Quand y aura-t-il des politiques publiques et des budgets publics pensés pour les femmes aussi, et pas simplement pour aider massivement, principalement les métiers masculins?

Du côté des droits sexuels et reproductifs, six États membres refusent encore de ratifier la Convention d'Istanbul, quand y aura-t-il un droit effectif à la contraception partout dans l'Union européenne, facile d'accès et gratuit? Quand y aura-t-il une éducation sexuelle digne de ce nom? Quand est-ce que Malte suivra le chemin de l'Irlande et fera sa révolution culturelle? Quand y aura-t-il une personnalité politique maltaise qui osera dire que l'avortement doit être possible sur cette île comme dans le reste de l'Union européenne?

Du côté de la représentation, la part des femmes dans les parlements nationaux est passée de 24 % en 2010 à 32 % en 2020, 32 % seulement. Et dans la culture et dans l'économie, pourquoi partout les grands résistants, les grands explorateurs, les grands scientifiques sont-ils toujours des hommes? Pourquoi les femmes ont-elles été systématiquement effacées des livres d'histoire? Quand est-ce qu'une petite fille va-t-elle apprendre à l'école ou voir dans les rues qu'il existe des modèles féminins, que des femmes ont tout osé et tout réussi partout dans l'histoire et partout dans le monde?

Nicolaus Fest, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Wir reden über die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die wichtigste Gleichstellung ist erst einmal die rechtliche Gleichstellung. Und die haben wir übrigens seit 70 Jahren – auf jeden Fall in Deutschland, aber auch in den meisten anderen europäischen Ländern.

Dann werden immer die gleichen zwei Argumente für die angebliche Ungleichbehandlung von Männern und Frauen gebracht. Das erste ist, dass Frauen nicht in ausreichender Zahl in Führungspositionen seien. Ja, vor allem Deutschland ist eben eine Industrienation, die im Wesentlichen auf Industriebetrieben basiert, die technisch orientiert sind. Nun gucken wir mal auf die MINT-Fächer, also auf die naturwissenschaftlichen Fächer. Da sind im Augenblick in Deutschland nur 30 % Frauen vertreten, und die Abschlüsse liegen um die 10 %. Das führt auch dazu, dass eben nur rund 11 % der Frauen in Deutschland in solchen sogenannten MINT-Fächern dann später auch arbeiten. Später kommt dann oft noch dazu, dass sie aus dem Beruf ausscheiden, wegen Schwangerschaft, warum auch immer. Aber das heißt, man kann sich eigentlich nicht wirklich darüber wundern, dass dort wenig Frauen in Großunternehmen in Führungspositionen sind.

Die interessantere Statistik ist aber folgende: Seit 40 Jahren verdienen selbständige Frauen, also Architektinnen, Anwältinnen, Ärztinnen usw. im Durchschnitt in Deutschland 30 % weniger als die Männer. Das ist doch eine erstaunliche Statistik, weil bei Selbständigen gibt es keinen Einfluss. Woran das liegt, ist nicht ganz klar. Vielleicht arbeiten sie weniger, vielleicht haben sie mehr Interesse an einer ausgeglichenen Work-Life-Balance. Aber das ist die Statistik. Das sollte man auch mal zur Kenntnis nehmen. Das heißt sozusagen, die ungleichen Einkommensverhältnisse sind nicht notwendigerweise ein Ausdruck für Ungleichbehandlung.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, según el EIGE, a la Unión le quedan 60 años para lograr la igualdad.

Los avances siguen siendo lentos; se han estancado o, incluso, han retrocedido en determinadas regiones y países.

En materia de violencia machista, continúan los obstáculos y, con ellos, las dificultades para perseguir los delitos y reparar a las víctimas. La ratificación del Convenio de Estambul sigue paralizada y algunos amenazan con retirarse.

Espero que la propuesta de directiva de la Comisión sea verdaderamente ambiciosa.

Al mismo tiempo, los derechos sexuales y reproductivos se han visto amenazados en países como Polonia o Hungría, mientras damos respuestas tibias al avance antifeminista de la extrema derecha. Las brechas salariales y de pensiones siguen incrementándose y, por tanto, contribuyen a la feminización de la pobreza, incluida la pobreza energética.

Las mujeres tienen más trabajos no remunerados, mal pagados e infravalorados. Así que necesitamos que se aprueben cuanto antes las Directivas de salario mínimo y de transparencia salarial.

Casi ocho millones de mujeres de entre 20 y 64 años están directamente fuera del mercado laboral porque se dedican a cuidar, frente a medio millón de hombres. Y las que cuidan dentro del mercado lo hacen en condiciones de precariedad. Es urgente paliar la brecha de cuidados y espero que la Estrategia de cuidados esté a la altura.

Ahora, que la crisis nos ha dejado en peor lugar, espero también que las medidas de recuperación, la transición digital y ecológica tengan en cuenta a las mujeres.

Lo que no quiero es estar aquí sentada el próximo año esperando exactamente las mismas cosas.

Michiel Hoogveen, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de loonkloof bestaat, laat dat duidelijk zijn. De ongecorrigeerde loonkloof ontstaat onder andere omdat vrouwen meer parttime werken, sectorspecifieke interesses hebben en omdat mannen meer overuren werken. Na deze correctie blijft er een klein percentage over waarvoor wij geen verklaring hebben. Mogelijk discriminatie dus.

Wij veroordelen discriminatie in alle vormen, dus ook op grond van geslacht. En wij zijn niet zo naïef om het bestaan van deze problemen te ontkennen. Daarnaast willen wij benadrukken dat een *top-down approach* vanuit de EU niet realistisch, noch wenselijk is.

Elk land in de EU heeft zijn eigen culturele tradities. In mijn land, Nederland, is het bijvoorbeeld gewoon te zien hoe vaders hun kinderen op de fiets naar school brengen. Iets wat in een andere lidstaat heel vreemd kan lijken. Wij geloven in individuele vrijheid. Het staat iedereen vrij om zijn of haar leven in te richten zoals zij dat kiezen. Een feministische superregering uit Brussel moet dat niet opleggen. Dus ondanks de goede bedoelingen van mijn collega's kunnen wij niet voor dit verslag stemmen. Het is niet het mandaat van de EU om normen vast te stellen voor nationaal arbeidsrecht of familierecht, of om druk uit te oefenen op lidstaten om internationale verdragen te ondertekenen. We moeten streven naar gelijkheid van kansen, niet naar absolute gelijkheid. Een opgeheven vinger vanuit Brussel kunnen we daarbij missen als kiespijn.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, I would like to thank the Commissioner for that comprehensive statement on what still needs to be done, because there is no doubt that we live in unfinished democracies as far as gender equality is concerned. In other ways too, but specifically, as far as gender equality is concerned, there's a long list. We all know that gains have been made, but we also know that we are at risk right now of losing those important gains.

According to the Institute for Gender Equality, the social and economic impacts of the COVID-19 crisis threaten to roll back recent progress in gender equality. That's a really serious issue. And the Commissioner mentioned the RRF. I want to say that it's really important that we monitor how that is spent, huge sums of money that are being given to Member States. Let's make sure there is a gender-equality lens on the spending of that money because, as we know, when it comes to rights, often the rollbacks don't happen with a loud bang, but as a slow creep.

So we have a lot of work to do. We must double our commitments. We're dealing with a gender pay gap, we're dealing with a 29% pension gap. Think about the implications of that for women as they age.

We urgently need the proposals on gender violence, we've already covered that in Parliament here this evening, it's got to be at the top of the political agenda.

And let me make the point that I would like to see more men leading on these issues. I think it's really important that we have male champions of equality, and that the leaders of political parties speak out unequivocally about gender equality and the challenges that lie ahead. It is really important that we now have a European care strategy as well, because this is going to be fundamental to getting that societal shift that we need.

President. – You are right that we need male champions, especially because we have such wonderful female champions as Ms Regner and Ms Fitzgerald.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kommissarin, die Lage ist ernst. Die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen hat sich in den letzten Monaten und Jahren in vielen EU-Staaten und Bereichen schlichtweg verschlechtert. Es ist anstrengend, oftmals mühsam, Frau zu sein. So ist zum Beispiel die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union von 6,9 % im April auf 7,9 % im August 2020 gestiegen – also mehr als bei Männern.

Das Leben von Frauen wurde durch die COVID-19-Pandemie stark beeinträchtigt – und das, obwohl Frauen die Gesellschaft am Laufen halten und in den systemrelevanten Berufen tätig sind. Und gleichzeitig sind wir Frauen teilweise unsichtbar geworden – kaum zu sehen auf Bildschirmen, also viel weniger präsent im öffentlichen Raum.

Es ist daher höchste Zeit für finanzielle Unabhängigkeit und mehr Frauen auf allen Ebenen. Diese Krise ist eine Krise der Frauen, eine Krise mit dem Angesicht der Frauen. Und so müssen wir sie auch wahrnehmen, auf europäischer Ebene zum Beispiel, indem wir das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) als vorrangige Agentur definieren und einen Fokus auf Gleichstellungsfragen richten. Es ist schlicht und einfach inakzeptabel, dass wir wieder mal vom Ziel der Gleichstellung sehr weit entfernt sind.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Irène Tolleret (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, nous sommes au XXI^e siècle et nous sommes encore ici à débattre une nouvelle fois de l'inégalité entre les femmes et les hommes. C'est désolant.

Au rythme actuel, nous atteindrons peut-être l'égalité dans trois générations, et ça, c'est sans prendre en compte l'impact de la COVID-19 sur l'égalité dont nous ne pouvons pas encore mesurer toute l'ampleur. Nous avons besoin d'une révolution culturelle et d'un changement radical de paradigme. Il y a urgence!

Ces inégalités et ces discriminations nuisent à nous tous. Les femmes, mais aussi les hommes, doivent relever ce défi afin que leurs filles, leurs sœurs ou leurs mères n'aient pas à subir un quelconque préjudice. Sans compter qu'il est démontré que l'égalité de genre ferait le plus grand bien à la croissance économique dans nos pays.

En 2021, nous ne pouvons plus accepter qu'une partie de cet hémicycle, pourtant élu au suffrage universel, supposé représenter les femmes comme les hommes dans notre Union, vote systématiquement contre tous les textes susceptibles de faire avancer les droits des femmes et reculer les violences.

Le vote de ce rapport nous offrira un énième aperçu de notre assemblée: d'un côté, une minorité avec une façade féministe au service d'une vision conservatrice, voire médiévale, et de l'autre côté, une majorité progressiste qui veut réaliser cette grande promesse de la démocratie classique qui est l'égalité.

Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE). – Madame la Présidente, l'égalité entre les hommes et les femmes dans le domaine du travail est loin d'être une réalité. Les femmes issues des minorités, les femmes âgées ou celles vivant avec un handicap travaillent parfois dans des emplois peu rémunérés et se retrouvent donc dans des situations précaires, ce qui les oblige aussi très souvent à renoncer à être mères pour des raisons purement financières.

En outre, elles doivent faire face à une discrimination intersectionnelle en raison de leur origine ethnique, de leur âge et aussi de leur handicap. Les disparités salariales sont une discrimination contraire à l'égalité entre hommes et femmes. En adoptant une approche intersectionnelle, nous pourrions pallier ces discriminations.

Pour ce faire, les politiques en matière d'égalité doivent proposer des solutions qui valorisent le travail des femmes et qui garantissent aussi de meilleures conditions de travail, par exemple pour celles qui souhaitent devenir mères et qui ne le peuvent pas en introduisant dans tous les États membres un paiement intégral.

Il incombe aux États membres de proposer des solutions qui défendent réellement les droits des femmes et qui mettent en place des politiques salariales qui contribuent à l'indépendance financière.

Annika Bruna (ID). – Madame la Présidente, je regrette vraiment de ne pas pouvoir voter en faveur de ce texte, de ne pas pouvoir soutenir les propositions en matière d'égalité hommes-femmes qui, si elles n'étaient pas instrumentalisées, devraient pouvoir recueillir l'unanimité.

Évidemment, je soutiens les objectifs de «à travail égal, salaire égal», d'une meilleure prise en charge des congés de maternité, des mesures supplémentaires face aux violences domestiques ou la lutte contre le trafic d'êtres humains.

Je regrette cependant certains excès de ce texte lorsqu'il condamne explicitement les valeurs familiales traditionnelles, défend la théorie du genre et condamne toute opposition à ces dérives.

Si je soutiens pleinement l'accès égal des femmes au marché du travail et aux postes de décision, je regrette également que l'on dévalorise le rôle et le choix des femmes qui ont décidé d'être mères au foyer ou de travailler à temps partiel.

Pour ma part, je défends le libre choix des femmes, celui de travailler, d'entreprendre, de mener les activités qu'elles souhaitent, c'est-à-dire aussi de se consacrer davantage à leur famille si c'est leur choix de vie.

Je note aussi que, listant les menaces qui pèsent sur les femmes en Europe, le texte ne dit pas un mot de la menace causée par l'extension de l'islam radical ni de ses conséquences.

Enfin, le texte demande que les institutions européennes s'immiscent dans l'organisation des systèmes de soins, dans les politiques sociales, dans les politiques éducatives et même dans la fiscalité des ménages. Autant de champs d'action qui sont par nature de la compétence des États membres et qui, pour nous, doivent impérativement le rester.

C'est avant tout cette nouvelle avancée fédéraliste à laquelle, par notre vote, nous refusons de souscrire aveuglément.

Assita Kanko (ECR). – Madam President, as a black woman and a secular Muslim, as the mother of a girl, as a daughter of a victim of polygamy and marital captivity, as a survivor of female genital mutilation, as an elected Member of this Chamber, and as a broken, but standing, woman, I am here with you today, furious and ashamed of how little this Parliament cares about the universal rights of women and pretends that we are all equal.

But women like me – women like the many secular Muslim women across the EU – are not allowed to hope and prosper because you and I, who have the power to change things, have repeatedly chosen to let them down and be a team of traitors to their freedom.

Why do you say you are against the enslavement of women when the only Muslim women you care about are those who are far away? You don't care about the ones who live on the corner of your street. And you claim that the European way of life is for all of us.

I can stand here without my brother's and my husband's permission. But that is not thanks to this House. Will the women who still can't, and their daughters, be able to count on you? Will the women who are threatened be able to count on your support? I call on you today, as a lawmaker, to look into the lives of Muslim women and not only give them hope, but also a real chance.

Livia Járóka (NI). – Elnök Asszony! A nemi esélyegyenlőség kérdése kiemelten fontos a Covid-járvány árnyékában. Sajnálattal tapasztaltuk, hogy az uniós szintű lezárások, a gazdasági megtorpanás csak tovább növelte a bizonytalanságérzetet, és így a nők és a férfiak közötti különbségeket is. Fontos végre megértenünk, hogy a legszegényebbek, a szegénységnek kitettek – és kiemelten ezek között a romák Európában – hasonlóan halmozottan hátrányos helyzettel indulnak. Ott, a nők esetében ezek a különbségek, higgyék el, még inkább szembetűnőek, arányuk jelentősebb, és problémájuk sokkal súlyosabb. Nem hunyhatunk szemet a legszegényebb nők jogai felett sem.

Itt viszont, ebben a jelentésben, nem célként, hanem inkább eszközként élve a kérdéssel, úgy érzem, ideológiai elemeket próbálnak hangsúlyozni – nagyon messze vagyunk a megoldástól. A tagállamok számára ezeket kötelezővé tenni szerintem megengedhetetlen, és meghaladja a hatáskört, ahogyan az egyik kolléga már említette. 2010 óta Magyarországon a sokgyermekes édesanyák adókedvezményével vagy az egyedülálló családtámogatási rendszerrel rengeteg eredményt elértünk. Kérem, kövessék ezeket!

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, la igualdad de género es un valor central de la Unión Europea, un derecho fundamental y el principio clave del desarrollo del pilar europeo de derechos sociales. Queremos incorporarlo a todas nuestras acciones, a toda la política futura y a todos los grandes retos de la Unión.

Nos ha dicho el Instituto Europeo de la Igualdad de Género que, en una escala de cero a cien, Europa obtiene sesenta y ocho puntos en igualdad; por lo tanto, queda muchísimo trabajo por hacer. En primer lugar, miremos este debate y miremos el hemisferio: han intervenido casi todas las mujeres; la propia comisaria es una mujer; las diputadas que estamos aquí: mayoritariamente, hemos tomado la palabra mujeres... Y este no es un debate de mujeres, es un debate de derechos humanos, de igualdad, de valores, del propio corazón de la Unión. Si fuera un debate económico, aquí estarían todos nuestros compañeros, y tiene tanta importancia o más que los temas económicos.

Hay retos en lo que es la economía. Necesitamos una economía igualitaria, porque las mujeres han estado en primera línea de la pandemia y se han visto muy afectadas: son las que lideran y tienen una sobrerrepresentación en los trabajos con salarios más bajos, en los trabajos más precarios, en los trabajos a tiempo parcial; han tenido y siguen teniendo muchísima dificultad para incorporarse luego al mundo del trabajo; lideran la tasa de desempleo, una diferencia de muchísimos puntos con el sexo masculino; lideran el trabajo a tiempo parcial, al que se dedican un 31 % de las mujeres frente a un 8 % de los hombres; tienen las pensiones más bajas, con una diferencia muy grande en relación con sus homólogos masculinos... Ya no digo, en cuanto a cuidados, las excedencias que se piden por cuidados a personas.

Entonces, tenemos que hacer algo. Necesitamos coeducar, necesitamos igualdad y necesitamos que la igualdad impregne todas nuestras acciones: sin igualdad no hay Europa, no hay valores, no hay futuro.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhora Presidente, há desigualdades persistentes na União Europeia, desigualdades que resistem à lei, que resistem à intervenção. Nos salários, por exemplo: 14% menos por hora do que os homens. Na distribuição do trabalho parcial: 31% das mulheres comparado com 8% dos homens. E muitos outros números que hoje aqui ouvimos. E há desigualdades novas, como mostrámos no debate anterior.

Por outras palavras, a igualdade de género está longe de ser alcançada na União Europeia, por muito que aqui se diga o contrário. É uma cultura de séculos que estamos a mudar e as culturas, infelizmente, não se mudam por lei: exigem ambição, persistência, determinação.

Seremos ambiciosas, persistentes e determinadas nesta luta. A par de aprovar as leis temos de garantir os meios para que estas produzam resultados e mudem a realidade. Não estamos aqui sempre a discutir sobre o mesmo. E temos que aplicar uma perspetiva de género a todas as políticas públicas relevantes para o efeito.

Beata Mazurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Wszyscy na tej sali zgodzimy się, że trzeba skutecznie walczyć z nierównościami, jakie występują między kobietami i mężczyznami zarówno w życiu społecznym, jak i zawodowym. Spójrzmy chociaż na lukę w nierównościach płacowych, w ostatnim czasie nieco mniejszą, nadal jednak widoczną.

Dyskryminacja płacowa kobiet to jedna z najpoważniejszych przeszkód dla rzeczywistej równości płci. Niwelowanie tych różnic to zadanie, które dla państw członkowskich powinno być priorytetem. Podobnie wygląda sprawa zatrudnienia, gdzie w dobie pandemii COVID-19 obserwuje się znaczne różnice w braku pracy pomiędzy mężczyznami a kobietami.

Szanowni Państwo! Zmniejszenie dysproporcji, o których wspomniałam, może w rzeczywisty sposób wpłynąć na równość kobiet i mężczyzn w Unii Europejskiej. Należy jednak zadać sobie pytanie, czy kwestie, które poruszono w sprawozdaniu, takie jak prawa osób LGBT, legalna aborcja, prawa i zdrowie reprodukcyjne i seksualne, doprowadzą do tego, że kobiety będą zarabiać tyle co mężczyźni albo będzie pełen parytet na zajmowanych stanowiskach. Osobiście uważam, że nie.

I proszę do Pani, Pani Komisarz, proszę nie walczyć z Bożym Narodzeniem, bo to jest absurd i nonsens. Proszę zawalczyć o to, aby była taka sama płaca za taką samą pracę dla mężczyzn i kobiet.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Traktaty rzymskie wprowadziły zasadę równej płacy za taką samą pracę. 65 lat później cały czas mamy problem. Dlaczego? Dlatego że większość decyzji podejmują mężczyźni. I jeżeli oni nie rozumieją tego, że kobiety powinny zajmować odpowiednią pozycję w społeczeństwie, jeżeli nie będą wspierali naszych dążeń i naszych aspiracji, to możemy odbyć dziesiątki rozmów w tej izbie, w izbach krajowych i dalej minie 65 lat, a problem pozostanie nierozwiązany.

Dodatkowo pandemia spowolniła te trendy wzrostowe, jeżeli chodzi o pozycję kobiet na rynku pracy. Coraz więcej mężczyzn – i mówię to z przykrością, bo jest wielu wspaniałych mężczyzn, także polityków – wielu mężczyzn widziałoby kobietę w tej roli społecznej w kuchni, w domu, przy dzieciach, bez ambicji, bo często wielu mężczyzn nie może znieść tego, że kobieta jest równie dobra jak mężczyzna, może zajmować taką samą pozycję i może zarządzać wielkimi firmami czy rządami. Proszę popatrzeć na rządy krajów Unii Europejskiej: ile tam jest kobiet? To pokazuje, jak daleka jest przed nami droga. Mimo to mam nadzieję, że dyrektywa, nad którą prace się toczą, nie będzie, Pani Komisarz, zatrzymana w Radzie tak jak dyrektywa dotycząca kobiet w zarządach, bo naprawdę wtedy możemy tylko dalej dyskutować. Ta dyrektywa jest absolutnie, niezbędnie potrzebna. O to apeluję do wszystkich krajów członkowskich.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, prije svega hvala kolegici Sandri Pereira na ovom izvještaju koji je jasan, koncizan i poziva nas na hitno djelovanje, ali je i pun podataka i informacija koje bi nas trebalo itekako zabrinuti.

Bez ponavljanja nekih od brojki koje se navode u izvještaju dovoljno je reći da je u razdoblju od 2018. do 2020. nije ostvaren veliki napredak po pitanju ključnih problema rodne ravnopravnosti. Naprotiv, stanje je još i gore.

Žene i dalje primaju manje plaće i mirovine, konstantno su izložene nasilju i uznemiravanju, uskraćuju im se seksualna i reproduktivna prava, sustavno se isključuju iz procesa donošenja odluka. To je sve još pogoršano pandemijom u kojoj su žene bile višestruko pogođene.

Kako bi se negativne posljedice pandemije što uspješnije prevladale, potrebno je odlučno i hrabrije djelovanje u nadolazećem razdoblju, kako od Komisije tako i od drugih europskih institucija. Očekujemo rješavanje pitanja minimalnih plaća s izrazitim fokusom na rodni jaz u plaćama, Direktivu za suzbijanje rodno uvjetovanog nasilja i jasan odgovor i sankcije svim državama članicama koje uporno gaze ženska prava i narušavaju borbu za rodnu ravnopravnost.

To su neophodni koraci kako bismo osigurali da iduće dvogodišnje izvješće sadržava manje zastrašujućih podataka o kojima sam govorio na početku.

Dominik Tarczyński (ECR). – Madam President, *Madam President*, I wish the most influential people in the world could listen to this debate. What a fascinating debate, *Madam President*. Madam President, I would love to hear this debate in the presence of the most influential people. Do you know who are the most influential people in the world according to Forbes? Michelle Obama, Ursula von der Leyen, Christine Lagarde, Kamala Harris and hundreds of women around the world. Hundreds of women around the world.

We had our influential women decades ago, Marie Salomea Skłodowska Curie. We had the first country in Europe, which allowed women to vote, what country was it? Poland.

Now, if you want to learn what equality is, come to Poland, because Poland by the data, – its Eurostat's, it's not our data – is number two. We are the second country with the highest number of women in management. The first is Latvia and the second is Poland. Where is the EU? Let me see, oh, 34%, more or less. There you are, very, very low.

So if you want to learn, come to Poland because that's what it is. It's not about creating ridiculous ideas, fighting against Christmas. It's about logic. And the logic is in Poland.

President. – I think Finnish women had the right to vote and present themselves as candidates before women in Poland.

Nathalie Colin-Oesterlé (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, au sein de l'Union européenne, nous avons encore beaucoup de progrès à faire en matière d'égalité hommes-femmes, c'est évident. Mais ce n'est ni avec des guides souhaitant remplacer «Mesdames et Messieurs» par «chers collègues», ni avec des déclarations caricaturales, ni avec le pronom «ielle» que nous parviendrons à cette égalité hommes-femmes.

En revanche, nous pouvons agir sur différents points. Tout d'abord en ce qui concerne l'orientation professionnelle des jeunes femmes. Les clichés sont encore trop nombreux. Pourquoi seulement 17 % de femmes entreprennent des études dans le secteur informatique? Pourquoi si peu de femmes dans le secteur du bâtiment? En France, seulement 4,5 % des peintres et 0,31 % des plombiers sont des femmes.

Les mentalités doivent changer. Dans des secteurs qui manquent cruellement de main d'œuvre, le Fonds social européen ou Erasmus+ peuvent permettre d'orienter davantage de femmes vers ces métiers dits «masculins» et qui recrutent.

Nous pouvons également agir pour mieux accompagner les femmes dans leurs carrières professionnelles. Beaucoup s'indignent du faible pourcentage de femmes accédant à des postes à responsabilités ou d'un grand nombre travaillant à temps partiel. Une des causes principales, on le sait, c'est la difficile conciliation entre vie professionnelle et vie familiale. Et à cet égard, le manque de structures d'accueil pour les jeunes enfants est un vrai problème. Combien de femmes ont-elles dû mettre leur carrière sur pause par manque de solutions de garde pour leurs enfants? L'Union européenne, au travers de ses politiques publiques, doit continuer à soutenir le développement de structures de petite enfance.

Enfin, l'Union européenne peut également agir pour l'égalité salariale, pour qu'à compétences et responsabilités égales le salaire soit égal. Je salue à ce titre la directive sur laquelle le Parlement travaille actuellement afin que les États puissent imposer des amendes dissuasives à tout employeur qui rémunérerait moins les femmes pour un travail identique.

Alors oui, ici, au Parlement, nous pouvons faire avancer les choses à condition de proposer des mesures concrètes, réalisables et éloignées de toutes postures idéologiques.

Vera Tax (S&D). – Voorzitter, geachte commissaris, 1989: “Een slimme meid is op haar toekomst voorbereid.” Ik was 17 jaar oud en dit was de overheids campagne in Nederland die jonge vrouwen opriep om goed te leren, want je moest in de toekomst zelfstandig zijn, werken en financieel zelfstandig zijn. Ik vond dat een goed en eerlijk voorstel.

2021: Hier sta ik dan in de toekomst en het Europees Instituut voor gendergelijkheid, maakt de cijfers bekend. Gelijkheid tussen mannen en vrouwen? Dat gaat nog zestig jaar duren, ook in Nederland. Dit is bizar en oneerlijk voor alle jonge meiden die nu opgroeien en denken dat de toekomst voor hen dezelfde kansen en mogelijkheden biedt als voor jongens. Er is dus nog veel werk aan de winkel.

Tegelijkertijd zien we enorme conservatieve krachten. Ik zag ze net nog bij mijn mannelijke collega uit Polen. Enorme conservatieve krachten die opkomen in de EU en met man en macht proberen om lang bevochten vrouwenrechten zoals abortus weer onderuit te halen. We blijven ons als sociaaldemocraten hiertegen verzetten en ik ben blij met de wetten die de EU op korte termijn gaat maken voor onlinegeweld en voor gelijk loon voor gelijk werk. Dank u wel. We hebben daar veel steun bij nodig.

Ljudmila Novak (PPE). – Spoštovani. Ko govorimo o revščini in delamo statistike, zlahka opazimo, da med najrevnejše državljanke spada večje število žensk kot moških. Po tem, ko so rodile otroke, poskrbele za njihovo vzgojo, vzele bolniški dopust ob njihovih boleznih, potem ko so oskrbele ostarele in onemogle starše, morda poskrbele še za bolnega moža, ki jih pa je morda celo že zapustil, so ostarele tudi same.

Kljub delu v službi, doma in morda še kje, pa v starosti njihove pokojnine komajda zadoščajo za osnovne življenjske potrebščine. Žal le redko njihova pokojnina zadošča za oskrbo v domu za ostarele. To velja še posebej za manj izobražene ženske in za tiste v slabo plačanih poklicih.

Ker so bile dobre mame, žene, hčere in snahe, ki niso razmišljale o pokojnini, ko je bilo potrebno pomagati članom družine, so lahko na stara leta kaznovane z nižjo pokojnino in slabšim življenjskim standardom. Žal imamo tudi vrsto del in poklicev, ki so slabše plačani, ker jih pretežno opravljajo ženske.

Žalostno je, kadar je skrb za avtomobile ali stroje bolje plačana in cenjena od skrbi za človeka, za družino in dom. Vsem želim vesele blagoslovljene božične praznike in tudi vam gospa komisarka.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Κυρία Επίτροπε, ως άνδρας θέλω να εκφράσω τον θαυμασμό μου και σεβασμό μου στις γυναίκες που αγωνίζονται για το αυτονόητο, τα δικαιώματά τους, αυτά που πρέπει να είναι δεδομένα. Θα ήταν υποκρισία να ισχυριστεί κανείς ότι υπάρχει ισότητα στην Ευρωπαϊκή Ένωση μεταξύ ανδρών και γυναικών.

Ας πάρουμε τα πράγματα από την αρχή. Στην εργασία, μισθολογικό χάσμα 14,1 %. Παρενόχληση στους χώρους εργασίας: τα στοιχεία είναι καταθλιπτικά, πραγματικά. Διαδίκτυο: ελλιπές νομικό πλαίσιο για καταπολέμηση νέων μορφών παρενόχλησης, όπως η εκδικητική πορνογραφία, που εντοπίζονται και έχουν μεγεθυνθεί κατά την περίοδο της πανδημίας. Εκπαίδευση για τις γυναίκες σε 13 κράτη μέλη: η κατάσταση χειροτερεύει σύμφωνα με τα στοιχεία, ενώ στα υπόλοιπα κράτη η κατάσταση μένει αμετάβλητη για τις γυναίκες.

Όλα αυτά που περιέγραψα πιο πάνω καθιστούν το έργο και την αποστολή μας ως θεματοφύλακες αρχών και αξιών ακόμα πιο σημαντική. Ευρωπαϊκή Ένωση χωρίς ισότητα σε όλους τους τομείς και εκφάνσεις της ζωής δεν μπορεί ούτε να υπάρξει ούτε και να λειτουργήσει. Επιβάλλεται να δράσουμε άμεσα.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, to achieve a Union of equality, we all have a responsibility to take and a role to play as EU institutions, Member States, civil society, social partners, academia and businesses.

I count on your support for a swift approval of an ambitious proposal for a directive on pay transparency. This proposal is essential to strengthen the application of the principle of equal pay for equal work or work of equal value between men and women through pay transparency and enforcement mechanisms. I consider it an important step forward towards gender equality at the workplace.

We share the common goal of ending violence against women and domestic violence. I look forward to working together on the Commission's upcoming legislative proposal for a directive on preventing and combating violence against women and domestic violence. We need to bring change and make a difference to women in Europe now.

Dear honourable colleagues, I thank you for your continuous support and work on gender equality. Our common work and priorities to protect women's rights and progress on gender equality in all fields and sectors make the Union a stronger and more equal place.

Sandra Pereira, relatora. – Senhora Presidente, os direitos das mulheres, nomeadamente o direito a viver uma vida com dignidade, são direitos fundamentais que devem ser promovidos por políticas públicas. Exercer direitos e participar em igualdade é uma legítima aspiração das mulheres, mas o exercício desses direitos, bem como a participação em condições de igualdade, estão por cumprir.

A grande maioria das mulheres continua a ser privada da valorização do seu estatuto profissional e salarial, de ser mãe sem penalizações ou discriminações, e esta é uma realidade injusta e inaceitável. Enquanto isto acontecer a igualdade não passará de um *slogan*. A este ritmo ainda faltam 60 anos – repito, 60 anos – para atingir a igualdade entre homens e mulheres na União Europeia. É fundamental que os Estados-Membros legislem na defesa dos direitos das mulheres para que esse horizonte se possa reduzir.

Nesse sentido, a legislação que consagra a igualdade é de grande importância para suprir lacunas e combater as discriminações, e deve sair do papel para, de facto, proporcionar novos avanços na concretização dos direitos das mulheres na vida.

Sobre o relatório que vamos votar amanhã, e independentemente do texto final e da aprovação ou não das alterações apresentadas, ou da manutenção das partes do texto que serão votadas separadamente, o texto dá voz à justa reivindicação da luta das mulheres e pode ser um importante elemento de apoio à luta pelos direitos das mulheres. O nosso trabalho nessa luta não se esgota nem acaba aqui.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys tarkistuksista toimitetaan huomenna tiistaina 14.12.2021.

Lopullinen äänestys toimitetaan keskiviikkona 15.12.2021.

19. Bewertung von Gesundheitstechnologien (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana keskustelu ympäristön, kansanterveyden ja elintarvikkeiden turvallisuuden valiokunnan suosituksesta toiseen käsittelyyn neuvoston ensimmäisen käsittelyn kannasta Euroopan parlamentin ja neuvoston asetuksen antamiseksi terveysteknologian arvioinnista ja direktiivin 2011/24/EU muuttamisesta (10531/3/2021 – C9-0422/2021 - 2018/0018(COD)) (Esittelijä: Tiemo Wölken) (A9-0334/2021).

Haluan ensin kuitenkin muistuttaa, että tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sinisen kortin kysymyksiä hyväksytä.

Huomautan vielä, että viimeaikaisten istuntojaksojen tapaan puheenvuoroja on mahdollista käyttää etäyhteydellä jäsenvaltioiden yhteystoimistoista.

Muistutan myös, että istuntosalissa puheenvuorot käytetään edelleen istuntosalin keskellä olevalta puhujakorokkeelta. Kehotankin teitä seuraamaan puhujalistaa ja siirtymään puhujakorokkeen lähelle, kun puheaikanne on alkamassa.

Tiemo Wölken, Berichterstatter. – Frau Präsidentin Hautala, sehr geehrte Frau Kommissarin Kyriakides, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar noch nicht ganz Weihnachten, aber wir können heute schon, denke ich, ein kleines Geschenk auspacken.

Nach fast vier Jahren Verhandlungen, nach acht EU-Ratspräsidentschaften, sechzehn technischen und drei politischen Trilogien ist es heute so weit: Der finale Abschluss der Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien – kurz: HTA – steht an. Ich möchte als Berichterstatter zunächst hervorheben, dass das ein Teamerfolg war. Deswegen möchte ich mich zunächst bei den Schattenberichterstatterinnen und Schattenberichterstattern bedanken, aber eben auch bei der Kommission, sehr geehrte Frau Kommissarin, für die konstruktive Zusammenarbeit.

Die Pandemie führt uns noch immer vor Augen, dass wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam stärker sind. Es ist wichtig, unser Fachwissen, unsere Ressourcen miteinander zu teilen und zu bündeln. Diese Pandemie zeigt, wie notwendig eine starke, integrative Europäische Gesundheitsunion ist.

Es freut mich daher, dass wir mit der heutigen Verabschiedung der HTA-Verordnung nicht nur die EU-Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten stärken, sondern eben auch einen weiteren Schritt in Richtung Gesundheitsunion gehen. Mit den neuen Regeln zur Bewertung von Gesundheitstechnologien unterstützen wir die Entscheidungsfindung im Gesundheitswesen, ob ein neues Arzneimittel, ein Medizinprodukt oder ein neues Diagnoseinstrument verwendet werden kann. Wir schaffen damit einen Mehrwert für die Patientinnen und Patienten.

In einem ersten Schritt werden nicht nur Medikamente zur Behandlung von Krebs getestet, sondern auch Arzneimittel für neuartige ...

Wir können von Anfang an dafür sorgen, dass innovative Arzneimittel europäisch bewertet werden und eine Fragmentierung des Marktes vermieden wird.

Sorry, I am not feeling so well, so I will stop here. I am going to sit down and I will continue at the end but, dear Commissioner, thanks once again for being here and thank you very much for the good cooperation. I look forward to the debate.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, I am delighted to join you today to celebrate the long-awaited adoption of the Regulation on Health Technology Assessment (HTA). In 2018, we presented our proposal for a regulation on health technology assessment in this House. Three years and many meetings later – Mr Wölken listed the number of meetings – I am very pleased to be here to see the conclusion of this challenge, a very important process.

I would also like to thank once again the rapporteur, Tiemo Wölken, and the European Parliament for their very constructive approach and commitment to this file throughout the negotiations for the benefit of EU patients. This regulation represents the very first output of the pharmaceutical strategy for Europe and is integral in ensuring a stronger European health union. It builds on many years of hard work by experts across the EU and the experience gathered during the three EU net HTA joint actions, facilitating cooperation between Member States. It provides a comprehensive and sustainable legal framework to make a much-needed step forward and it will deliver concrete benefits to our citizens, our Member States and our healthcare systems.

The HTA Regulation will enable high-quality joint clinical assessments of innovative medicines and some medical devices at EU level. It will secure inclusiveness and transparency in the health technology assessment process, and it will increase predictability for Member States' authorities and for industry. It will help Member States to take more timely and evidence-based decisions on patient access to innovative technologies within healthcare systems.

Let me give you an example. The joint work will start by assessing cancer medicines and advanced therapies like gene therapies. These are the type of products which are scientifically complex to assess and, at the same time, so very challenging to ensure access to across the EU. Pooling resources and expertise will be key to support all Member States in their national decisions and negotiations.

While the text of the regulation changed throughout the negotiations, the final compromise maintains the key elements of the Commission proposal, which the European Parliament shared and supported. The joint work will target the scientific clinical aspects of health technology assessment. The national health technology assessment bodies will drive the joint work, and the joint work will be of the highest quality, provided in a timely manner and produced following inclusive and transparent procedures.

I want to stress the point on inclusiveness and transparency, which I know was especially important to this Parliament. You were determined to ensure that the involvement of external experts and stakeholder organisations was well reflected in the final compromise. So I am truly very pleased with the outcome, as the general involvement of stakeholders in the HTA process is essential to ensure the quality of work.

I want to close by highlighting two important points. First, this is about patients and improving access to innovative technology. And second, with this regulation we're building a new type of cooperation in health among Member States. More than ever, the current pandemic has underlined the need for enhanced cooperation between Member States, and this regulation reflects and responds to that need. It is another important step towards a stronger European health union. With this regulation, we are giving health experts, producers, and most importantly of all, patients, a new framework that will help us to address unmet medical needs and facilitate access to innovative medicines and medical devices.

I want once again to thank the rapporteur, the shadow rapporteurs and every Member of the Parliament for supporting this, and I look forward to continuing working together to ensure the new rules are successfully implemented in a timely manner.

Nathalie Colin-Oesterlé, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, tout d'abord, je voulais réitérer toutes mes félicitations à notre collègue rapporteur et lui souhaiter un bon rétablissement.

Aujourd'hui, en Europe, ce ne sont pas moins de 50 agences nationales qui évaluent la plus-value d'un nouveau médicament qui est mis sur le marché. Cette approche fragmentée a un impact négatif sur la recherche et le développement, sur la rapidité des processus d'approbation et sur l'égalité d'accès aux soins pour les Européens. Le règlement que nous adopterons cette semaine est un premier pas vers une harmonisation de ces systèmes d'évaluation.

Alors, certes, nous aurions aimé aller plus loin, l'objectif initial étant de n'avoir plus qu'une seule évaluation européenne. Si les États membres ont souhaité conserver leurs agences nationales, ce règlement permettra qu'à terme, les médicaments innovants soient accessibles partout en Europe, au même moment et pour tous les citoyens. Il sera par exemple utile aux deux millions et demi d'Européens qui sont frappés chaque année par le cancer. Ces malades n'ont parfois pas accès à de nouveaux traitements qui sont disponibles dans l'État membre voisin, mais indisponibles ou non autorisés dans le leur. Il le sera également aux 7 à 8 millions de Français qui souffrent de migraines sévères et qui voient certains médicaments de nouvelle génération autorisés et remboursés en Allemagne ou en Italie, mais pas en France.

Grâce au Parlement européen, les anticancéreux sont les premières technologies qui pourront bénéficier de ce règlement. Puis viendra le tour des médicaments orphelins et tous les traitements à l'horizon 2030. Permettre l'accès à l'innovation médicale partout en Europe est une priorité et cette priorité s'intègre dans un enjeu beaucoup plus global, celui de l'égalité d'accès aux soins pour tous les Européens. Pendant la crise sanitaire, les achats groupés de vaccins ont répondu à cet enjeu et rappelé à chacun d'entre nous son importance. Un accès égal aux soins pour tous les Européens, c'est pouvoir obtenir son traitement partout en Europe, c'est pouvoir savoir où il est disponible et comment l'obtenir, c'est pouvoir se faire soigner n'importe où en Europe par des professionnels qualifiés.

C'est cet objectif que vise ce règlement et c'est parce qu'il répond aux besoins les plus élémentaires des patients qu'il est une avancée majeure pour l'Europe de la santé.

Jytte Guteland, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Utvecklingen av nya mediciner och medicinska teknologier går allt snabbare. Det märks tydligt i hur snabbt vi fick fram effektiva och säkra vaccin med ny teknik. Den nya tekniken är ibland mycket kostsam. Med fler möjligheter kommer oundvikligen också fler prioriteringar. När vi prioriterar, då kan vi antingen göra det godtyckligt eller så kan vi använda beprövade och forskningsbaserade verktyg.

I dag tar vi tydligt ställning för att använda just de verktygen för att få ut och få fram så många bra mediciner som möjligt i hela EU. Vi stoppar det dubbelarbete som finns i olika EU-länder, där man utvärderar medicinska tekniker. Vi tar chansen att lära av varandra och stötta de mindre länder som också har mindre resurser. Det kan handla om verktyg för att tidigare ställa en diagnos för en sällsynt sjukdom eller nya verktyg för att kartlägga smittspridning, eller för att få fram den där nya effektiva behandlingen för cancer.

Efter tre års förhandlade från medlemsstaternas sida har vi nu äntligen en överenskommelse. I tider av hälsokris har EU:s gemensamma svar nu nått ännu en framgång.

Jag vill tacka vår kollega Tiemo Wölken som har varit huvudförhandlare, och som har säkrat den socialdemokratiska gruppens prioriteringar – att få ett transparent system på plats som också är präglad av allmänintresset framför vinstintresset.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, il n'y a aucune raison pour que la valeur ajoutée d'un quelconque médicament soit différente entre deux États membres pour une situation médicale identique. Pourtant, après leur enregistrement par l'Agence européenne du médicament, les produits de santé font l'objet d'une évaluation menée concomitamment, mais sans convergence, dans les 27 pays de l'Union.

Ce manque de concertation génère des coûts inutiles pour les 27, un risque d'iniquité lié à des préoccupations économiques différentes, mais surtout, compte tenu de la lourdeur bureaucratique répétée 27 fois pour un même industriel de santé, un retard à la mise à disposition des innovations pour les patients.

Le nouveau règlement «Évaluation des technologies de santé» est enfin sorti de l'oubli grâce aux efforts de la Commission, de la présidence portugaise du Conseil et surtout de ce Parlement, et merci à Tiemo Wölken pour sa détermination. Ce règlement va permettre de démarrer enfin des évaluations communes centrées sur la science. Malheureusement pas avant 2024, et malheureusement pas pour toutes les innovations, mais c'est un premier pas très important pour l'Europe des médicaments. Car il n'y a pas non plus de raison pour que le prix d'un médicament soit différent d'un pays à l'autre. Et ce premier pas est celui du cercle vertueux par lequel l'Union européenne pourra non seulement évaluer, mais aussi négocier d'une seule voix et conjointement les produits de santé à leur juste prix, sur le modèle de ce que nous avons réussi pour les vaccins.

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, enfin, nous voici arrivés au terme d'un bras de fer qui a duré près de cinq ans pour trouver des compromis satisfaisants pour l'évaluation des technologies de santé.

Jusqu'à présent, c'est vrai que cette évaluation était menée au niveau national, ce qui défavorisait les petits pays qui n'ont pas toujours les ressources nécessaires pour évaluer l'efficacité comparative des traitements et donc de fixer le remboursement des technologies de la santé.

Cette évaluation, effectivement, doit se faire au niveau européen, mais moi, je suis aussi favorable à ce que les autorités nationales y participent. Pourquoi? Je vais prendre l'exemple du remdésivir, l'antiviral du laboratoire Gilead, qui a été le premier traitement contre la COVID-19 à recevoir une autorisation européenne de mise sur le marché conditionnelle le 3 juillet 2020. Qu'en est-il de sa valeur ajoutée? Pour les autorités nationales françaises, le 17 septembre 2020, la Haute Autorité de santé disait: aucune valeur ajoutée, absence de démonstration de l'impact sur la charge virale de cet antiviral. Que décide la DG Santé de la Commission? Elle signe un contrat avec le laboratoire Gilead pour commander 500 000 doses, ce qui représente plus d'un milliard. Il n'y a pas de remise en cause, justement, de cette valeur ajoutée. L'OMS a déclaré que c'était un médicament toxique qui pouvait entraîner des effets nocifs.

Alors, j'espère que ce nouveau règlement permettra de ne pas prendre l'exemple de ce remdésivir et qu'on ait une véritable évaluation objective par rapport à ce que nous disent les laboratoires pharmaceutiques.

Markus Buchheit, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Nach Meinung der deutschen Ärztekammer freut sich über den vorliegenden Vorschlag vor allem einer, nämlich die Industrie. Sie sagt, das Risiko externer Einflussnahme würde durch den Vorschlag gesteigert werden in Zukunft. Es geht natürlich um Lobbyarbeit, und diese Lobby, die hier gerade auch in Brüssel natürlich sehr, sehr stark aktiv ist, die freut sich darüber, was hier gerade passiert. Die freut sich über Zentralisierung. Sie muss erheblich weniger Geld in die Hand nehmen, um in Brüssel tätig zu werden.

Und ich glaube, dass Gesundheitspolitik, egal ob auf nationaler Ebene oder hier eben bei uns in Brüssel, vornehmlich von einer Sache abhängt, nämlich Vertrauen. Können wir einer Sache Vertrauen schenken? Können wir der Kommission in dieser Angelegenheit Vertrauen schenken, deren Präsidentin massenhaft Chats mit dem Pfizer-CEO ausgetauscht hat, die jetzt nunmehr alle verschwunden sind?

Können wir wirklich Ursula von der Leyen hier Vertrauen schenken, deren Ehemann medizinischer Direktor der Firma Organogenesis in den USA ist? Ich glaube, es geht um Vertrauen. Und ob hier wirklich Vertrauen geschenkt werden kann, das ist für mich fraglich.

Joanna Kopcińska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Panie pośle sprawozdawco! Podzielam pogląd, że należy wspierać ujednolicanie narzędzi, źródeł danych i metodykę HTA, jak również ograniczać zbędne powielanie prac. Opowiadam się za HTA, w którym wyniki raportu ze wspólnej oceny klinicznej są należycie uwzględnione, ale nie stanowią obowiązku.

Pozostałe inicjatywy odnośnie do HTA nazwałabym dzisiaj działaniami lepszymi. Niemniej jednak znane przysłowie mówi, że czasami lepsze jest wrogiem dobrego. Dodatkowe rozwiązania stanowić mogą potencjalne przeszkody oraz utrudnienia w kontekście organizacji systemów opieki zdrowotnej państw członkowskich, zwłaszcza odnośnie do decyzji o poziomie refundacji leków, ale również mogą doprowadzić do rozbieżności między krajowymi i unijnymi danymi.

Uważam, że kompromisem pomiędzy lepszymi a obecnymi dobrymi rozwiązaniami byłoby wypracowanie wspólnego stanowiska w kontekście oczekiwanego poziomu prac oraz ustalenie wspólnych standardów metod oceny. Przeprowadzenie oceny zaś należy pozostawić na poziomie narodowym. Niemniej doceniam pracę pana posła sprawozdawcy, bardzo za nią dziękuję i mimo że czasami się różnimy, naprawdę szanuję pańskie zaangażowanie.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte besonders die Bedeutung der vorliegenden Gesetzgebung für die Krebspatienten in Europa hervorheben.

Sie werden als erstes davon profitieren, dass wir bei der Nutzenbewertung effizienter werden. Als die EVP 2018 zum ersten Mal systematisch gefragt hat, wie wir Patienten, die an Krebs leiden, besser helfen können, war eine unserer Forderungen: HTA muss angenommen werden. Ich freue mich, dass wir das jetzt endlich geschafft haben.

Die Institutionen, die für die Nutzenbewertung zuständig sind, müssen in Zukunft mit der Europäischen Arzneimittelagentur zusammenarbeiten. Das kann gerade bei Krebspatienten dazu führen, dass wir wirkliche Innovationen bekommen und wenig Scheininnovation. In der Frauenpolitik ist *MeToo* notwendig und dringend. In der Arzneimittelpolitik ist *MeToo* Verschwendung von Ressourcen. Das bedeutet nämlich: Eine Firma bringt nur ein Medikament auf den Markt, um ein Stück vom Kuchen abzubekommen, ohne dass es eine wirkliche Innovation für die Patientinnen und Patienten darstellt. Und wenn man rechtzeitig signalisiert bekommt in der Kooperation EMA und HTA-Institutionen: Das ist keine wirkliche Innovation, da kriegt man vielleicht eine Zulassung, aber niemals eine Erstattung – dann konzentriert man sich hoffentlich auf wirkliche Durchbrüche wie zum Beispiel die mRNA-Technologie gegen Krebs.

Ich danke allen, die mitgeholfen haben, zu diesem Ergebnis zu kommen: Tiemo Wölken, Nathalie Colin-Oesterlé für die EVP, Stella als Kommissarin.

Ich glaube, wir werden mit diesem Vorschlag Ressourcen schonen und Doppelarbeit vermeiden. Die Finanzierung wird nach wie vor national entschieden. Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen, so heißt es im Deutschen. Aber dass ein Medikament in Frankreich das Leben um zwei Jahre verlängert und in Deutschland nur um sechs Monate oder umgekehrt, das kann nicht sein. Deswegen muss die Nutzenbewertung auf der wissenschaftlichen Basis in Europa gemeinsam gemacht werden. Die hochbezahlten Leute, die das 27 Mal machen, die sollen sich wirklich um die Innovationen kümmern und nicht um Doppelarbeit.

Sara Cerdas (S&D). – Senhora Presidente, a pandemia revela, todos os dias, a importância de termos tecnologias em saúde inovadoras e acessíveis a todos capazes de apoiar a proteção e a promoção da saúde, bem como a prevenção da doença.

O reforço da cooperação na avaliação de tecnologias em saúde deve contribuir para que estas respondam às necessidades dos doentes, garantindo a proteção dos dados de saúde a todos os níveis, dos profissionais de saúde, reduzindo a carga burocrática e o trabalho administrativo através da automatização dos sistemas de saúde, através da padronização da recolha de dados e da interoperabilidade dos sistemas de informação e das instituições, permitindo uma maior transparência nos processos de avaliação técnica e de decisão política e promovendo um maior diálogo com as organizações envolvidas.

Precisamos, assim, de melhorar os instrumentos de prevenção, de diagnóstico e de tratamento que temos ao nosso dispor e é para este objetivo que esta regulamentação irá contribuir.

Parabéns ao relator e a todos os envolvidos pelo excelente trabalho alcançado.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Doamna președintă, doamna comisar, boala lungă e moarte sigură, spun românii. Dar uneori boala unor europeni este mult prea lungă. Asta pentru că avem reguli diferite pentru noi tehnologii medicale și noi medicamente.

Cum se face că în România accesul pacienților la cele mai noi medicamente poate fi mai lung și cu 240 de zile (adică cu 8 luni)? Mii de oameni mor în 8 luni și este nepermis ca ei să moară cu leacul pe masă, ascuns în sertarele vreunui birocrat. Mulți iau drumul străinătății, nevoiți să plătească din buzunarele proprii, sau chiar făcând împrumuturi extrem de scumpe.

Evaluarea tehnologiilor medicale coordonată la nivel european ne va permite să reducem considerabil timpul de așteptare pentru pacienții noștri și astfel să salvăm vieți europene. „Pentru orice rău există două leacuri, timpul și tăcerea”, a spus Alexandre Dumas. Să reducem timpul suferinței, să rupem tăcerea!

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madam President, after years of difficult negotiations, I am glad to finally see a deal on this file, as it will guarantee more equal access to quality medicines and medical devices throughout the Union. So congratulations to the rapporteur and to all the shadow rapporteurs.

Too often, expensive medicines, which do not really make a difference to what already exists on the market, still get approved. With HTA we will avoid duplication of clinical assessment – and hence of human and financial resources.

I am happy to see that we have managed to integrate enhanced transparency and public access to HTA documents into the text, safeguards in case Member States still carry out national clinical assessments, as well as the establishment of a stakeholder network to guarantee civil society involvement.

All in all, I am delighted to see that governments are now given every means to reimburse only medicines that truly work so that patients only access and pay for effective treatments.

Liudas Mažylis (PPE). – Gerbiama Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, kolegos, kalbame apie Europos sveikatos sąjungą, o pažangios sveikatos technologijos diegiamos paskirai, nesant netgi stabilaus finansavimo. Per tą laiką COVID-19 iššūkiai įrodė, kaip svarbu veikti kartu. Bendro valstybių veikimo būtinybė tapo akivaizdi, svarstant kovos su vėžiu strategiją, farmacijos strategiją.

Džiaugiuosi, kad pagaliau susitarta ir dėl šio instrumento. Tai tam tikras žingsnis į priekį, didinant sveikatos sistemų konvergenciją, ir, tikėtina, mažinant biurokratizmą. Tai – žingsnis link vienodesnių galimybių taikyti pažangias medicinos technologijas bet kurios valstybės pacientams.

Valstybėms, turinčioms mažesnius resursus, bendri klinikiniai tyrimai, bendri vertinimai būtų naudingi. Ilgainiui per tai susilygintų ir pacientų galimybes. Inovatyvūs gydymo būdai, ypač orientuoti į sunkiai pagydomas ligas, jų atnešama pridėtinė vertė turi būti įvertinami kaip įmanoma greičiau ir skaidriau. Apgailestaudamas, kad valstybėms narėms bendrų klinikinių vertinimų pranešimai nebus įpareigojantys, tikiu, kad efektyvus ir sklandus bendradarbiavimas, vertinant sveikatos technologijas, galėtų prisidėti prie visų Europos pacientų sveikatos gerinimo.

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, señor Wölken, enhorabuena a todos los ponentes por este trabajo, que ha sido de largo recorrido. Se ha tardado años en llevar a buen puerto algo que ya había comenzado mi compañera Soledad Cabezón: acercar —y hacer más transparente— la evaluación de las tecnologías sanitarias en un momento en que es mucho más necesario.

Con todas las disrupciones y los avances que estamos viviendo derivados de la pandemia, sabemos que vamos a invertir más en tecnologías sanitarias. Necesitamos no solo evaluarlas correctamente y saber que funcionan, sino también compartir y coordinar esos esfuerzos en toda la Unión Europea, y además hacerlo transparentemente para todos.

Vamos camino de la medicina personalizada, de nuevos fármacos adaptados, casi individualizados, a los pacientes que los necesitan; a nuevas fuentes de datos; a la inteligencia artificial. Tenemos que ser conscientes de que, compartiendo todos y haciendo más vinculantes las decisiones, avanzaremos hacia una mejor salud, más igualdad para todos, europeos y europeas, así que también felicito a la Comisión por este paso.

Alessandra Moretti (S&D). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, ringrazio la Commissaria e il collega Wölken per il lavoro svolto insieme agli altri relatori su un tema così delicato e importante. Credo che il risultato finale sia un buon compromesso nell'interesse di tutti i cittadini europei.

La valutazione delle tecnologie sanitarie è un passaggio estremamente delicato, perché talvolta si svolge con pazienti in attesa di nuove opportunità di cure. Allo stesso tempo serve un processo rigoroso, perché nessun apparecchio medico o terapia può essere approvato senza un vero valore aggiunto per i cittadini.

Bene la strada tracciata di una maggiore integrazione e coordinamento tra le diverse autorità nazionali, sapendo che questa è una delle tipiche situazioni in cui l'Europa può giocare un ruolo fondamentale nell'interesse dei cittadini e dei pazienti.

Credo che questa misura debba essere considerata come un punto di partenza, pronti a un'ulteriore integrazione a livello europeo, se la situazione su questo terreno dedicato lo richiedesse.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, as many of us have said, today is an important day for patients across the EU and I want to thank you once again for the very important part you have all played in getting us to this point. I very much appreciate the support for the regulation's objectives and ambitions.

MEP Guteland, MEP Trillet-Lenoir, yes, we can only agree that the Regulation on Health Technology Assessment (HTA) will ensure the effective use of resources, as you have said, and strengthen the quality of HTA across the EU; and of course, as you have said, it is a fundamental right to have access for all patients.

MEP Colin-Oesterlé, the joint work will start by assessing cancer medicines and advanced therapies like gene therapy and of course, as many of us said, unmet medical needs are our focus and a priority.

MEP Liese, I just wanted to stand on one or two points because the significance for cancer patients has already been stressed, but also avoiding the duplication of work, and I just wanted to share with you the role of working together and what we have today, where we are today, and now with the therapeutic strategy we will be reaching this week the target of five authorised therapeutics for COVID-19 at the EU level, and we will work with all for joint procurement to ensure timely access.

MEP Ștefănuță spoke of the unequal access to medicines in the EU, as did MEP Metz and others, and I just wanted to say that really it is not acceptable. We will be addressing this through the pharmaceutical legislation. We need to save resources, we need to have transparency. I'll end with what MEP Moretti just said: that HTA is challenging. But the fact that it is challenging I think makes it even more important that we have managed to reach this point together.

As of next month, we will begin operational steps with setting up key governance bodies such as the coordination group and the stakeholder network. We will also start preparing the necessary implementing and delegated acts. We will assist the coordination group with the drafting of a guidance document and really, we need to bring all these rules now to life.

I very much look forward to continuing to work with you. I will keep you informed on all the progress, and thank you once again for your continued support.

Tiemo Wölken, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Noch einmal vielen Dank heute. Und Gott sei Dank – ich hatte mich gerade ein bisschen unwohl gefühlt – waren so viele Ärztinnen und Ärzte hier im Raum. Alles gut – vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte mich noch einmal für die Zusammenarbeit bedanken. Ich glaube, dass wir hier etwas Großes geschafft haben. Und ich möchte noch mal unseren Teams Danke sagen, unseren Sekretariaten Danke sagen für diese Zusammenarbeit. Ich habe es gesagt: über vier Jahre Verhandlungen – das ist nicht einfach.

Ich will es kurz machen. Ich hoffe, sehr geehrte Frau Kommissarin, dass wir die gefundenen Regeln jetzt auch schnell umsetzen und vor allen Dingen auch konzentriert umsetzen. Und dafür braucht es meiner Meinung nach ein HTA-Sekretariat, das wir beschlossen haben, das zentral geordnet ist, das entweder in einer neuen Agentur oder aber in einer bestehenden Agentur angesiedelt wird.

Und, Frau Kommissarin, ich hätte eine Bitte: das Sekretariat mit ausreichend Ressourcen auszustatten und dafür zu sorgen, dass keine Unklarheiten über Prozesse entstehen können. Das zukünftige Sekretariat wird das Rückgrat für diese Verordnung sein und wird sicherstellen, dass diese Gesundheitsbewertung überall in der Europäischen Union tatsächlich auch funktionieren kann. Deswegen ist es wirklich wichtig, dass das Sekretariat gut arbeiten kann, und ich hoffe, dass das möglich gemacht wird. Denn der Punkt ist, dass wir Doppelarbeit vermeiden wollen, dass wir neue Gesundheitstechnologien schnell und günstig an die und für die Europäerinnen und Europäer zur Verfügung stellen wollen. Und dafür brauchen wir Sie in der Europäischen Kommission.

Ich möchte mich ganz am Ende auch noch einmal bei der portugiesischen Ratspräsidentschaft bedanken, die wirklich auch dazu mit beigetragen hat, dass wir hier zu einem Erfolg kommen konnten. Am Ende sind sowohl Parlament als auch Rat und auch die Kommission aufeinander zugegangen. Und deswegen glaube ich, dass wir jetzt am Ende des Tages ein Gesetz haben, das den Bürgerinnen und Bürgern wirklich hilft. Und deswegen vielen Dank und danke noch mal für die etwas längere Zeit.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Tämän suosituksen toiseen käsittelyyn osalta käsiteltäväksi ei ole jätetty ehdotuksia neuvoston kannan hylkäämiseksi eikä yhtään tarkistusta työjärjestyksen 67 ja 68 artiklan nojalla.

Neuvoston kanta katsotaan näin ollen hyväksytyksi ja täten myös ehdotettu säädös on hyväksytty.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Joëlle Mélin (ID), par écrit. – Comme toujours, ce qui devrait être une bonne idée devient, une fois passée à la «moulinette» des Trilogues, un mauvais compromis mal équilibré, pétri d'intérêts contraires qui oublie un élément central, mais néanmoins important: l'intérêt du citoyen!

Si nous comprenons l'utilité d'une collaboration intra-européenne sur l'évaluation de certaines technologies de santé, nous n'acceptons pas, en revanche, que les États membres se voient dicter leurs systèmes de santé par l'UE. Que les évaluations soient obligatoires ou non, qu'elles soient conjointes ou non, il n'en reste pas moins qu'elles sont intrinsèquement liées aux décisions de prise en charge des produits et à la négociation des prix dans chaque États membres.

Avec ce processus, seules les technologies de santé qui trouveront grâce aux yeux de l'UE pourront encore être utilisées et prescrites dans l'UE, là où les autres finiront inmanquablement par disparaître, faute de remboursement. Cela mènera, au final, à la disparition pure et simple de nombreuses spécialités médicamenteuses, pourtant très utiles. Nous rejetons ces contraintes administratives et cette judiciarisation des processus qui ne servent qu'à bloquer la liberté de soins.

20. Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf die Eigenmittel der EU und auf die Zweckentfremdung von EU-Mitteln (kurze Darstellung)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana lyhyt esittely Tomáš Zdechovskýn mietinnöstä Järjestäytyneen rikollisuuden vaikutus EU:n omiin varoihin ja EU:n varojen väärinkäyttöön [2020/2221(INI)] (A9-0330/2021).

Monika Hohlmeier, in Vertretung des Berichtstatters. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen von Tomáš Zdechovský darf ich heute sozusagen die Einleitung zu einem wichtigen Initiativbericht geben, der sich damit befasst, wie EU-Fonds, im Besonderen im Bereich der geteilten Mittelverwaltung, von der organisierten Kriminalität genutzt und für ihre Zwecke eingesetzt werden. Denn überall dort, wo es Geld gibt, gibt es natürlich auch Interessen der organisierten Kriminalität.

Man möchte gar nicht denken, in welchen Bereichen die organisierte Kriminalität alles tätig ist. Der Haushaltskontrollausschuss hat diesbezüglich vielfältige Aktivitäten identifizieren und mit den zuständigen Behörden diskutieren können. Es beginnt bei den Landwirtschaftsfonds, geht weiter über die Kohäsionsfonds und betrifft Förderungen unterschiedlichster Art. Es betrifft vor allem Ausschreibungen, in denen zum Teil nur ein Bieter oder gar kein Bieter zu finden ist und trotzdem dann entsprechende Vergaben getätigt werden. Es betrifft zum Teil Verbindungen in politische Bereiche hinein.

Dann hat es – liebe Frau Kommissarin, Sie wissen das sehr gut – sowohl beim Verkauf von Fake-Impfstoffen als auch beim Verkauf von Fake-Schutzmaterial vielfältige Versuche in Milliardenhöhe gegeben, um hier die Notlage sowohl medizinischer als auch menschlicher Art in den verschiedenen Mitgliedstaaten entsprechend auszunutzen.

Insofern ist organisierte Kriminalität bedauerlicherweise zu einem ständigen Bestandteil der Arbeit des Haushaltskontrollausschusses geworden, weil überall dort, wo potenziell Geld vergeben wird, natürlich ein entsprechendes Interesse vorhanden ist. Aus diesem Grund liegen dem Haushaltskontrollausschuss mehrere Maßnahmen außerordentlich am Herzen.

Erstens: Die Europäische Staatsanwaltschaft muss durch die Mitgliedstaaten so unterstützt werden, dass sie effektiv grenzüberschreitend arbeiten kann, um die grenzüberschreitenden Aktivitäten organisierter Kriminalität aufzudecken, zu ahnden bzw. entsprechende Ermittlungen starten und effektiv durchführen zu können. Es braucht eine effektive Umsetzung der PIF-Richtlinie durch die Mitgliedstaaten, um entsprechend auch Betrug bzw. Ausnutzung durch organisierte Kriminalität frühzeitig zu vermeiden.

Wir brauchen endlich ein digitales System zur Rückverfolgung von europäischen Geldern bis hin zum Wirtschaftsberechtigten, damit wir wissen, wo fließt das Geld hin, wer erhält das Geld und welche Personen stecken konkret hinter Organisationen bzw. auch Firmen. Das sind zum größten Teil ganz normale Firmen, aber es gibt auch Tarnfirmen. Erst kürzlich haben wir wieder eine Tarnfirma identifiziert, die für terroristische Zwecke, also auch für organisierte Kriminalität gearbeitet hat und entsprechend europäische Mittel erlangt hat bzw. sich europäische Mittel zunutze gemacht hat.

Wir haben inzwischen auch ein sogenanntes *risk scoring tool*, das Arachne-System, eine IT-Plattform, die alle Mitgliedstaaten nutzen könnten. Und es sollte verpflichtend werden, dass alle Daten entsprechend eingetragen bzw. von dieser Plattform automatisch in den Mitgliedstaaten abgegriffen werden können, damit Auditoren und Kontrolleure sofort und unmittelbar wissen, wo Gelder der Europäischen Union hingegangen sind, und Prüfungen deutlich schneller und effizienter durchgeführt werden können, als das bisher der Fall ist.

Die Antibetrugsbehörde OLAF ist eine hervorragende Einrichtung. Sie leistet exzellente Arbeit. Sie muss von den Mitgliedstaaten besser und schneller unterstützt werden, und die Beweismittel müssen vor Gericht nutzbar sein. Des Weiteren ist es erforderlich, dass es zu einem Abgleich mit z. B. sogenannten Antimafialisten kommt und dass die Koordination und Kooperation zwischen den Ämtern deutlich besser werden, um rascher und präziser zu identifizieren, wenn Verbrecher versuchen, sich Staatsgelder oder europäische Gelder zunutze zu machen.

Mit diesem Bericht versucht Tomáš Zdechovský gemeinsam mit dem Haushaltskontrollausschuss, einen Bericht vorzulegen, der uns in dieser Arbeit, im Kampf gegen organisierte Kriminalität, die Betrug gegen europäische Mittel begeht, voranbringt.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, I thank Parliament for bringing attention to criminals' misuse of EU traditional own resources and funds. This report comes at a crucial moment when European and national authorities need to redouble their efforts to protect the new EU budget, including the Recovery and Resilience Facility and Next Generation EU.

In its 2021 Serious and Organised Crime Threat Assessment (SOCTA) report, Europol warned that serious and organised crime has never posed as high a threat to the EU and its citizens as it does today. As President von der Leyen said in the State of the Union speech in September, EU funds should not seep away into dark channels. A revamped EU anti-fraud architecture has been put into place over the last years, relying on the investigative powers of the European Public Prosecutor's Office (EPPO) and the European Anti-Fraud Office (OLAF), the coordinating role of Eurojust, the analytical capacity of Europol and close cooperation with and between national authorities.

The upcoming targeted revision of the Financial Regulation will be an opportunity to further enhance transparency and public scrutiny with regard to the use of the EU budget and to enhance its protection against irregularities, fraud, corruption and conflicts of interest by developing the digitalisation of controls and audits and improving the quality and interoperability of the data on recipients of EU funding.

However, criminals will keep trying to exploit EU funds so we need to investigate any possible irregularity. As pointed out in the report, the COVID-19 outbreak has offered new opportunities for fraudsters. OLAF has warned governments against fake offers for 1.2 million vaccine doses, with a price of over EUR 16.4 billion, and its inquiries have allowed the confiscation of 100 million items of personal protection equipment.

EPPO and the new European Financial and Economic Crime Centre (EFECC) of Europol will enhance support for Member States in VAT fraud as well. In 2019, the loss of revenues in VAT, according to the VAT Gap study, which estimates the difference between expected revenues in EU Member States and the revenues actually collected, was estimated at EUR 134 billion.

As regards traditional own resources and undervaluation fraud, in May this year, the Commission sent to Member States a preliminary calculation of losses and invited them to make the amounts available to the EU budget under reservation in order to avoid further accumulation of interest. Thirteen Member States have already made available the relevant amounts and more are expected to follow.

To tackle fraud against COVID-19 EU recovery funds, Europol has set up Operation Sentinel, coordinating the work of law enforcement authorities, OLAF and EPPO. Those who alert about breaches in Union law enjoy effective reporting channels and robust protection, thanks to the Whistle-blower Protection Directive. It contributes to the effective application of EU rules on public procurement, anti-money laundering and counter-terrorism financing, to the prevention and deterrence of fraud and to other illegal activities affecting the EU's financial interests.

Next year, under the European Democracy Action Plan, the Commission will propose an initiative to protect journalists and rights defenders against strategic lawsuits against public participation. Our aim is to strengthen media pluralism and freedom.

But EU funds are only the tip of the iceberg. More than 80% of criminal networks active in the EU use legal business structures for these criminal activities. One of the axes of the EU organised crime strategy of April 2021 is how to dismantle the criminal structures and disrupt their infiltration in the economy. The first step is to map out the criminal networks, identify their infiltration methods and the sectors targeted by criminals from real estate and construction to transportation or hospitality. Then we must ensure that national and local authorities have the tools to prevent criminal infiltration.

Finally, we need to tackle corruption and cut the financial means that allow criminal groups to pollute our economy. Criminal revenues amount to EUR 139 billion annually, and only one percent is confiscated. We need to protect the EU budget and society as a whole from organised crime infiltration. The Commission stands ready to do its share and will continue monitoring the effectiveness of all the measures taken.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys tarkistuksista toimitetaan tiistaina 14.12.2021 ja lopullinen äänestys toimitetaan keskiviikkona 15.12.2021.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Obecnie najbardziej dochodowym przestępstwem w UE są wewnątrzunijne oszustwa związane z podatkiem VAT, które kosztują podatników około 60 mld euro rocznie. Unijna luka w podatku VAT w 2018 r. wyniosła 137,5 mld. Należy zaznaczyć, że przestępczość gospodarcza ciągle ewoluuje. W czasie pandemii grupy przestępcze znalazły nowe możliwości zarobku, polegające głównie na podrabianiu leków, sprzętu ochronnego, sprzedaży nieistniejących produktów medycznych i wyłudzeniu VAT.

Jednym z najważniejszych celów obecnej europejskiej polityki karnej powinno być zwalczanie nadużyć finansowych naruszających interesy finansowe UE i państw członkowskich. Uważamy, że Unia powinna zmienić podejście w walce z przestępczością gospodarczą.

Przykładem udanej walki z wyłudzeniami VAT może być Polska. W 2015 roku mieliśmy jedną z najwyższych luk VAT wśród państw członkowskich wynoszącą około 25% – dzisiaj jesteśmy jednym z liderów uszczelniania systemu VAT, z luką poniżej 10%. Uszczelnianie systemu oparto na trzech filarach: nowoczesnej legislacji, efektywnej administracji i intensywnej współpracy z biznesem. Ponadto niektóre obszary gospodarcze, w których Polska miała najwięcej wyłudzeń, objęto specjalnymi pakietami legislacyjnymi, np. polskim pakietem paliwowym.

W mojej opinii Komisja powinna brać przykład z naszych sprawdzonych rozwiązań.

21. Vorbeugung von Korruption, vorschriftswidrigen Ausgaben und der Zweckentfremdung von europäischen und nationalen Mitteln im Falle von Nothilfefonds und krisenbezogenen Ausgabenbereichen (kurze Darstellung)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana lyhyt esittely Michèle Rivasin mietinnöstä Korruption, sääntöjenvastaisten menojen ja EU:n ja jäsenvaltioiden varojen väärinkäytön välttäminen hätäapurahastojen ja kriiseihin liittyvien menoalojen tapauksessa [2020/2222(INI)] (A9-0320/2021).

Annan puheenvuoron esittelijälle neljäksi minuutiksi.

Jäseniä muistutetaan, että nyt keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sinisen kortin kysymyksiä hyväksyt.

Kun jäsen ei puhu jäsenvaltion parlamentin yhteystoimistosta, hän puhuu puhujakorokkeelta.

Michèle Rivasi, rapporteure. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, j'ai le plaisir de vous présenter ce rapport d'initiative. Je vais utiliser l'exemple de la crise liée à la COVID-19, toujours en cours. J'examine dans ce rapport les principaux risques de corruption et de l'utilisation abusive des fonds publics dans le cadre de règles assouplies et d'une transparence limitée, tant au niveau national qu'eupéen, et je suggère différentes recommandations concernant des mécanismes de contrôle et de transparence, qui devraient rester opérationnels quelles que soient les crises auxquelles l'Union pourrait être confrontée à l'avenir.

Permettez-moi de commencer par quelques faits. D'abord, cette crise causée par la pandémie de la COVID-19 associée à l'urgence économique et aux troubles sociaux qui ont suivi, a poussé l'Union européenne et les gouvernements des États membres à fournir des fonds supplémentaires et à augmenter considérablement et rapidement les dépenses. Pour aider les États membres à lutter contre les conséquences de la pandémie, la Commission a créé la facilité pour la reprise et la résilience, dotée d'une enveloppe de plus de 670 milliards d'euros, et REACT-EU avec une enveloppe de plus de 50 millions d'euros. Les deux instruments sont des outils puissants pour aider les pays de l'Union européenne à se redresser. En raison du caractère urgent de la crise, les procédures de passation des marchés et les moyens de contrôle ont été assouplis dans de nombreux États membres, tandis que les plans de réponse existants ne tenaient pas suffisamment compte des problèmes des activités illégales telles que la corruption et la fraude. Par conséquent, comme le montrent les premiers rapports des cours des comptes nationales ou les enquêtes indépendantes, une série de scandales de corruption et de fraude ont éclaté dans les pays européens, dès le printemps 2020. Rappelez-vous: en Italie, des policiers ont découvert plusieurs cas de corruption concernant un contrat gouvernemental pour l'achat de 800 millions de masques. En Allemagne, des députés ont démissionné du Parlement national à la suite d'un scandale concernant leur implication personnelle dans l'achat de masques. En Slovénie, le ministre de l'économie a été mis en cause.

C'est également sous prétexte d'urgence de la crise que la Commission européenne a choisi de négocier et de signer, de manière confidentielle, les contrats de préachat pour le développement de vaccins contre la COVID-19 avec les industries pharmaceutiques et d'empêcher le Parlement européen d'exercer son droit de contrôle budgétaire. Ces contrats, d'une valeur de 2,5 milliards d'euros d'argent public, ont été signés et mis en œuvre sans aucun contrôle par le Parlement européen et restent toujours confidentiels à ce jour. On a activé l'instrument de soutien d'urgence d'un montant de 2,1 milliards d'euros dans le budget de l'Europe, et le Parlement, en tant qu'autorité budgétaire, n'a toujours pas accès aux documents pour connaître la traçabilité de cet instrument financier.

De plus, la Commission a souvent caché, dans la rédaction des contrats, toute une information concernant le montant perçu par les différents laboratoires. Alors, ce qu'on trouve inacceptable, dans ce rapport, c'est qu'on puisse écarter les contrôles de base effectués par le public ou les institutions indépendantes, au nom de la crise et de l'urgence – quelle que soit la nature de la crise, d'ailleurs – et qu'on puisse adopter des actes législatifs européens au détriment des règles démocratiques. Aucune crise ne doit servir d'excuse pour exclure le Parlement européen ou, dans certaines limites, la société civile de l'accès aux documents et du contrôle approfondi de l'utilisation des données publiques.

Enfin, on appelle à ce que les institutions de contrôle, l'OLAF, la Cour des comptes, le Parquet européen et le Parlement européen puissent effectuer leur travail sans perturbation pendant toutes sortes de crises auxquelles l'UE pourrait être confrontée à l'avenir.

Enfin, si on veut la confiance des citoyens, cela passe par la transparence, le contrôle institutionnel et celui exercé par la société civile: ce sont les pierres angulaires de la confiance des citoyens européens.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, the Commission is fully committed to the fight against corruption and fraud and upholding the principles of the rule of law in crisis as much as in normal times. In this regard, we aim at enhancing transparency and the protection of the EU budget.

The Commission intends to use the upcoming revision of the Financial Regulation as another opportunity to enhance the protection of the EU budget against irregularities, fraud, corruption and conflicts of interest, by developing the digitalisation of controls and audits and improving the quality and interoperability of the data on recipients of EU funding. It will also provide an opportunity to enhance transparency and public scrutiny with regard to the use of the EU budget.

Fighting corruption, including its prevention and repression, is a key element in the European Semester, as reflected in country-specific recommendations. The Commission encouraged Member States to address corruption-related issues in their recovery and resilience plans.

As part of the annual Rule of Law Report, we also report on anti-corruption measures in all Member States. The annual Rule of Law Report will continue in 2022 and for the first time it will include concrete recommendations to Member States. The Commission stands ready to support Member States to design and implement mechanisms to fight corruption and money laundering and to have proper safeguards for public prosecutions.

The Commission action plan accompanying the Commission Anti-Fraud Strategy includes a specific action related to fraud risks and vulnerabilities with regard to spending in emergency situations. The Commission has made a great effort to promote the adoption of national anti-fraud strategies and supported Member States with guidance and know-how. May I remind you that the Commission Provisions Regulation Article 72 for cohesion and that the Recovery and Resilience Facility Regulation Article 22 make clear that the relevant Member States are the first line of protection of the financial interests of the Union, ensuring that funds are used in full compliance with applicable Union and national law. Our rules highlight in particular Member States' responsibility for prevention, detection and correction of fraud, corruption and conflicts of interests.

Member States are obliged to provide an effective and efficient internal control system to this effect. The role of the European Anti-Fraud Office, as well as those of the Commission, the European Court of Auditors and the European Public Prosecutor's Office, are explicitly established in the Recovery Resilience Facility Regulation, Article 22. For these institutions and bodies to do their work, it is necessary that data are recorded and made available. We need to have clear and complete information always about the final beneficiaries of the funds.

The risk of criminal infiltration in the recovery funds is, however, only one small niche. The infiltration of organised crime in the economy as a whole is unprecedented in scale, with 80% of criminal networks using legal business structures to advance their criminal activities.

We have a comprehensive and integrated approach on corruption and security. The fight against corruption is a key priority under the EU's union strategy, the most recent EU strategy to tackle organised crime, adopted in April 2021. The Organised Crime Strategy has a dedicated section, as well as actions on corruption, to tackle organised crime and infiltration.

VORSITZ: NICOLA BEER*Vizepräsidentin*

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet am Dienstag, 14. Dezember 2021, statt, die Schlussabstimmung am Mittwoch, 15. Dezember 2021.

22. Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (kurze Darstellung)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Seán Kelly über die Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2011/2077(INI)) (A9-0321/2021).

Seán Kelly, rapporteur. – Madam President, while I am very pleased to speak this evening on this very important file, I must say that I am a bit disappointed that there isn't a full debate, and especially that the shadow rapporteurs haven't had an opportunity to contribute as the cooperation I got from them in this report was as good as I've witnessed since I came here in 2009. And especially, of course, as the renovation of the EU's building stock is a key Green Deal priority, not just as a way to reduce CO₂ emissions, but also as a driver for sustainable growth and job creation.

For example, the construction sector is the largest generator of jobs per million euros invested. With goals to renovate 35 million buildings by 2030, supported with funding of EUR 672 billion from the Recovery and Resilience Facility, this should provide massive economic opportunities.

Addressing the energy performance of buildings should be a precondition for every Member State's decarbonisation plans. Unfortunately though, the simple fact is that, taken together, current submitted long-term renovation strategies by the Member States will not allow us to achieve 2050 climate neutrality. Reaching our climate targets without decarbonising our living and working spaces is just impossible.

The Energy Performance of Buildings Directive (EPBD) is the main EU-level legal instrument for decarbonising Member States' building stock. This implementation report focuses on the latest changes to the EPBD that were introduced in 2018 and transposed in 2020.

We can see a marked difference in ambition level between Member States' long-term renovation strategies. This results in a problem of compatibility among the plans. The later submissions include links with national recovery plans adopted because of the COVID-19 crisis with the latest EU policy initiatives, such as the Renovation Wave. To address this, the report proposes a standardised template that Member States could use to ensure they address all requirements of Article 2(a) on harmonised objectives and requirements.

With Energy Performance Certificates (EPCs), there is a gap between real energy performances and calculated performances, which is a source of confusion for users. Our report recognises that there is a need to integrate the building renovation passport, the digital building logbook and the smart readiness indicator with the EPC. Member States should provide a clear link between their national long-term renovation strategies and adequate initiatives to promote skills and education in the construction and energy efficiency sectors. Fit for 55, more broadly, will need a new influx of skilled workers, but renovations will need particular attention.

We also highlighted the success of one-stop shops for the critical role they can play in giving advice, coordinating works and connecting potential projects with market players, including smaller-scale projects. The one-stop shops should advise and support both single family homes and multi-unit buildings and also provide support for accredited installers.

The revised EPBD needs to encourage smart buildings technologies and foster a data-centric approach, including initial design, as well as staged and deep renovations. This includes the materials used in construction. In this regard, it will be pivotal to create a framework to leverage the use of data to improve actual energy consumption.

Finally, I would like to thank colleagues in the Secretariat, research services and the Commission, as well as the shadows, whom I have mentioned already, and advisers for their very good work on this report.

Die Präsidentin. – Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Kelly, für die Darstellung dieses wichtigen Berichts, und danke auch für die Arbeit. Auch Dank an die Schattenberichterstatter, selbst wenn wir heute hier leider nicht alle von ihnen hören können.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, I first of all would like to thank all the honourable Members, and in particular the rapporteur MEP Seán Kelly, for their own-initiative report and the involvement on the Energy Performance of Buildings Directive (EPBD) implementation.

The European Parliament and the Commission have worked hand in hand towards the common goal of decarbonising the building sector. This includes ensuring the proper implementation of the EPBD and analysing the elements that can be improved in the context of the legislative review to be launched on 14 December.

Buildings are responsible for greenhouse gas emissions before, during and after their operational lifetime. The 2050 vision for a decarbonised building stock goes beyond the current focus on operational greenhouse gas emissions. The whole lifecycle emission of buildings should therefore progressively be taken into account, starting with new buildings.

While the focus of the proposal is the reduction of operational greenhouse gas emissions, the first steps are taken to address carbon emissions over the whole lifecycle of a building.

The recommendation of Parliament's own-initiative report expressed to a large extent the view of the European Commission on the achievements and challenges in making sure that energy and efficiency renovations of buildings contribute to our updated climate targets. The Commission will present its analysis of the Member States' 2020 long-term renovation strategies in its staff working document accompanying the 14 December package. At this point, I can say that we have detected the positive developments since the previous edition of the strategies in 2017.

As regards the completeness aspect, and from a formal point of view, the strategies have in general respected the requirements of the directive, providing information in the different categories requested by Article 21 of the EPBD. On content, the submitted strategy showed broad engagement to provide easier access to financing, technical support, promotion of advisory tools such as one-stop shops, tackling energy poverty and better information, among other best practices. On the ambition level, the situation varies. Some Member States have high targets, while others need to intensify their efforts and invest more. The Commission also shares Parliament's view on the need to help Member States improve their strategies further. The Commission also finds that a better comparability of data among different strategies is needed, in particular by harmonising the template for strategies development.

The analysis of the EPBD review provided by the European Parliament contributed to the development of the proposal for the review of the EPBD that the Commission will adopt on 14 December. This proposal is essential for delivering on a major component of the Fit for 55 package and will contain a number of key measures in line with the European Parliament recommendations. We will propose revised measures on the long-term renovation strategies, which build on the existing and well-established framework. We aim to improve towards more transparency, better implementation and monitoring procedures, with new elements that reflect a broader view of issues and higher ambition towards decarbonisation.

This new framework will require Member States to develop and submit a stronger plan with clear and specific chapters, including data more comparable and easy to aggregate at the EU level.

On the issue of electromobility specifically addressed by the European Parliament, the review of the EPBD is also envisaging a number of key provisions. To name a few, the proposal will strengthen the existing provisions on parking spaces in new and renovated buildings for the recharging of electric vehicles, in line with increased climate ambition, by lowering the threshold for the number of parking places. The proposal will introduce a right to plug specifically addressing barriers to recharging in multi-family buildings. We will propose to strengthen the requirements for the roll-out of recharging points in existing large non-residential buildings, since recharging at the workplace is an important complement to recharging at home.

With smart charging, the car can be charged when energy prices are low or when renewable energy is abundant, and it will also be possible to feed electricity back to the grid and use the car battery as a storage facility, vehicle to grid. Smart charging facilities, the integration of renewable energy such as wind and solar to the grid, and help decarbonise the energy system.

The proposal will support other forms of sustainable mobility, in particular e-bikes and bikes which require safe parking in residential and non-residential buildings. This is why the proposal will also be addressing recharging points to support smart charging, which is also in line with the Renewable Energy Directive and Alternative Fuels Infrastructure proposals. The EPBD proposal is therefore in line with the European Parliament's report to a very large extent, and this complementing the Alternative Fuels Infrastructure Regulation proposal which covers publicly available recharging points.

In concluding, the Commission would like to thank the European Parliament and the rapporteur for this excellent and very timely own-initiative report. On the issue of the long-term innovation strategies of e-mobility and other aspects contained in Parliament's comprehensive report, the Commission will make full use of the European Parliament recommendations.

The Commission will work very closely with the European Parliament during the forthcoming negotiations to ensure consistency across all building-related provisions in the Green Deal initiatives. It requires a coherent and robust framework for buildings to meet the EU's 2030 and 2050 targets, and I of course count on your continued support to achieve it.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet am Dienstag, 14. Dezember 2021, statt, die Schlussabstimmung am Mittwoch, 15. Dezember 2021.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Az Európai Parlament kimondta, hogy a tagállamok épületenergetikai hatékonyságát növelő terveknek előnyben kell részesítenie az energiaszegénységben élőket. Viszont Orbán kormányának gazdagokat segítő lakásfelújítási programja pont azoknak segít, akiknek semmi szüksége a segítségre. A magyar valóság azt mutatja, hogy a magyar háztartások átlagosan a lakásfenntartási költségeik csaknem 60 százalékát energiára fordítják. Minél alacsonyabb a jövedelme egy háztartásnak, annál többet költ energiára. Vérlázító az Orbán-kormány tétlensége, hiszen ma Magyarországon minden hatodik háztartás energiaszegénységben szenved. Miközben Orbán a gazdagokat segítő rezsicsökkentésről hadovál, addig az Európai Parlament, a Demokratikus Koalíció támogatásával államilag támogatott lakásfelújításokkal kívánja csökkenteni az energiafogyasztást. Így nem csak aktívan teszünk a klímaválság ellen, hanem valóban azoknak segítünk, akiknek tényleg szüksége van a segítségre. Ez az igazi rezsicsökkentés!

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito. – A energia mais barata, mais limpa, menos agressiva para o ambiente e que mais contribui para reduzir o aquecimento climático é aquela que se poupa através de práticas de eficiência, designadamente nos edifícios. Com este relatório de iniciativa, o Parlamento Europeu coloca-se na primeira linha na proposta de ações para extrair o máximo partido do aumento da eficiência energética dos edifícios, em interligação com os planos de renovação do património construído. Uma estratégia de renovação, alinhada com o Green Deal, com a Estratégia FIT for 55 e com os programas financeiros afetos a estas prioridades, é uma forte geradora de empregos qualificados, contribuindo para uma transição verde que cria mais riqueza e oportunidades.

É também um pilar no combate à pobreza energética e contribui para a redução da especulação imobiliária e a falta de alojamentos sustentáveis e acessíveis, em particular para os mais jovens. Contribui ainda para a integração de novas tecnologias de carregamento de veículos elétricos, de instalação de redes inteligentes e de captura e armazenamento de energias renováveis, que ajudarão a que a União se reconfigure industrialmente e lidere a transição verde nos edifícios, um sector profundamente ligado ao bem-estar das pessoas.

23. Herausforderungen und Chancen für multilaterale Systeme der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Bezug auf Massenvernichtungswaffen (kurze Darstellung)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Sven Mikser über die Herausforderungen und Chancen für multilaterale Systeme der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Bezug auf Massenvernichtungswaffen (2020/2001(INI)) (A9-0324/2021).

Sven Mikser, rapporteur. – Madam President, it is inevitable that solid and comprehensive arms control, non-proliferation and disarmament architecture based on binding treaties and reinforced by a reliable and transparent verification mechanism is a key to maintaining peace, stability and security in the world, as well as guaranteeing sustainable development.

The report on WMD, arms control and disarmament regimes that we are going to vote on this week focuses on key opportunities as well as challenges in this regard. It emphasises the proactive role that the European Union, as a key donor of relevant international organisations, has been playing and continues to play in the global non-proliferation and disarmament efforts.

Yet, despite all those great efforts, the Europeans have recently had to watch, with growing alarm, the crumbling of some key elements of the post-Cold War arms control architecture. This process, unless swiftly reversed, is bound to have a profoundly negative impact on European, as well as global, security.

Over the past few years, we have witnessed the termination of the INF Treaty following Russia's violations of the terms of that treaty, and we have seen the departure of the US and Russia from the Open Skies Treaty. We have struggled as Europeans to keep the JCPOA, the Iran nuclear deal, from completely falling apart. Today the jury's still out when it comes to the future of that important agreement.

The decision by the US and Russia to extend by another five years the New START Treaty was indeed a rare piece of positive news in an otherwise rather gloomy cycle. The report insists on the need to revive our efforts to reverse that negative cycle and to ensure universal adherence to existing, as well as future, disarmament and non-proliferation treaties. It is imperative that any talks about the possible successor treaty to the INF include all countries that are in possession of, or are developing, systems that would be limited or banned by the treaty. A notable case here is China's rising military power.

The report reaffirms its support to the JCPOA and it commends the central role played by the IAEA, the International Atomic Energy Agency. It calls for the entry into force of the Comprehensive Test Ban Treaty and for the start of negotiations on the so-called Fissile Material Cut-off Treaty. The report also covers the loosening of global ethical norms against chemical weapons, a negative trend exemplified by the use of banned chemical agents in the Syrian war and against the Russian opposition leader Alexei Navalny. And it points to the lack of a binding verification mechanism for compliance with a Biological and Toxin Weapons Convention.

But as already mentioned, the bulk of the report is naturally devoted to nuclear weapons. So let me conclude by reiterating my deep conviction that the Nuclear Non-Proliferation Treaty, or the NPT, must remain the cornerstone of the international efforts at nuclear non-proliferation and disarmament. The NPT, which recently celebrated its 50th anniversary, is the only nuclear weapons control treaty that brings together almost the entire international community and also includes among its members all the five recognised nuclear weapon states.

The upcoming NPT review conference, long delayed by the pandemic, provides us with an opportunity to give a new impetus to nuclear disarmament efforts, and we must not let that opportunity go to waste. We must also refrain from initiatives that might deviate from or weaken the goals of the NPT.

I do sincerely believe that while we all share the long term goal of living in a world free of nuclear weapons, this objective can only be reached if we approach it in a realistic and reciprocal manner.

Finally, I would like to thank all the shadow rapporteurs and our advisors for their constructive cooperation.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all, I would like to thank the rapporteur, Mr Mikser, and all the MEPs who have contributed to the European Parliament resolution on the challenges and prospects for multilateral weapons of mass destruction, arms control and disarmament regimes.

We are all concerned at the deteriorating security environment, as well as the continued pressure on these regimes. Your active and continued engagement is both much needed and appreciated. The EU takes its responsibilities seriously and invests political and human capital, as well as actual funding, in the preservation and upgrading of the multilateral framework for arms control, non-proliferation and disarmament. In all relevant meetings of treaty bodies, meetings of the UN Disarmament Forum and of other regional security organisations, the EU speaks out firmly, upholding its values and interests. These comprise a multilateralist approach to security, including arms control, disarmament and non-proliferation, a strong support for verification and upholding the compliance of treaties, and the commitment to international coordination and export controls. The EU collaborates closely with like-minded partners who share these principles.

The existing arms control, non-proliferation and disarmament multilateral framework has been carefully built over the past decades. It is a delicate framework requiring constant maintenance and nourishment. It needs political support and societal trust. It needs perseverance, constant effort and innovation in order to keep up with new challenges. Without sufficient attention, the risks are tremendous, and they are real. Today's multipolar world calls for holistic global solutions.

We will continue to support effective multilateralism and rules-based international cooperation in order to ensure a more safe, sustainable and stable world in the wake of the COVID-19 pandemic. We can only address global challenges collectively, by working in partnership with others, in order to deliver results on issues important to our citizens.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet am Dienstag, 14. Dezember 2021, statt, die Schlussabstimmung am Mittwoch, 15. Dezember 2021.

24. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 172 GO).

Fulvio Martusciello (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi affrontiamo un argomento importante: la violenza che le donne nello Yemen subiscono a seguito delle violenze che vengono perpetrate dalle milizie huthi.

Sono numerosi i casi di tantissime attiviste ed educatrici che vengono arrestate senza motivo, che vengono rapite nelle loro case: 1 181 donne sono state incarcerate soltanto nell'ultimo anno, molto spesso con accuse risibili, e i loro figli vengono poi trasportati nelle carceri.

È una situazione di incredibile violenza, che viene continuamente commessa a danno delle donne in questo paese. Violenze che vengono perpetrate dalla milizia huthi e che il Parlamento deve assolutamente monitorare. Noi chiediamo una risoluzione, chiediamo un intervento forte da parte del Parlamento europeo per porre fine alla violenza nei confronti delle donne dello Yemen.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamna președintă, doamna vicepreședintă, stimați colegi, doamna comisar, politicile de coeziune reprezintă una dintre pietrele de temelie ale Uniunii Europene, iar sintagma „Să nu lăsăm pe nimeni în urmă” trebuie trecută din domeniul teoretic în cel practic. Planul financiar multianual trebuie să fie demarat cât mai repede de statele membre, așa încât fondurile europene să ajungă acolo unde este mai mare nevoie de ele.

Este important să urmărim ca burocrația prea mare și condițiile de eligibilitate să nu împiedice utilizarea fondurilor europene în comunitățile mai puțin dezvoltate. Eligibilitatea proiectelor trebuie să fie determinată doar de utilitatea lor, de contribuția acestora la dezvoltarea economică și socială a regiunii și la îndeplinirea, bineînțeles, a condițiilor de mediu. Trebuie să urmărim ca banii europeni să aibă impact direct asupra dezvoltării comunităților noastre. Această monitorizare trebuie realizată de la nivel european și trebuie să intervenim cu soluții tehnice acolo unde va fi nevoie.

Maxette Pirbakas (ID). – Madame la Présidente, ces dernières semaines, des territoires appartenant à l'Union européenne, dans les Antilles, la Guadeloupe et la Martinique ont connu des épisodes de contestation violente de la politique sanitaire sur fond de crise sociale. Ce sont les premiers territoires de l'Union qui s'embrasent à cause de l'obligation vaccinale et du passe sanitaire.

Je vous le dis en ma qualité de députée européenne des Outre-mer: c'est un tournant et un signal important de l'état d'épuisement des populations, après bientôt deux années de restrictions et de privations. Face à ce qui s'apparente à une fuite en avant avec les doses qui se multiplient et des menaces de re-confinement, nous sentons bien que dans certains territoires ou auprès de certaines catégories de citoyens, la situation peut basculer à tout moment.

Je vous lance cet appel: prenons garde à ce que mes compatriotes guadeloupéens et martiniquais ne soient pas des précurseurs d'une contestation plus large. Discutons, respectons les inquiétudes, adaptons le système aux réalités locales et sectorielles. C'est comme cela que nous apaiserons la situation et les citoyens de l'Union.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Voorzitter, we zitten tussen hamer en aambeeld. Door inflatie rijzen de prijzen van energie, voedsel en huizen de pan uit. Spaarders krijgen geen cent rente meer. De Europese Commissie en de Europese Centrale Bank houden ons voor dat deze inflatie tijdelijk is. Maar wat is de ongemakkelijke waarheid? De EU zit totaal klem.

Regeringen en met name de Europese Commissie geven geld uit als water. Met het NextGenerationEU-fonds maakt de Commissie voor 800 miljard euro extra schuld. We weten dat door dit beleid de inflatie op hol slaat. We weten ook dat als we het monetaire beleid verstrakken en de rente verhogen, de met schulden overladen landen failliet gaan.

Het is tijd dat landen en hun spijluchtige politici die weigeren hun economie te hervormen, hun verantwoordelijkheid nemen en zich aan de regels gaan houden. Want wij zullen nooit akkoord gaan met een gemeenschappelijke Europese schuld.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, muito se falou este ano em torno do Ano Europeu da Ferrovia, da necessidade de se promover este transporte, de o utilizarmos mais, de substituir ligações. Pois bem, foi isso que procurei fazer partindo da retórica à prática e é isso que me traz e que me acaba de fazer chegar há cerca de 1 hora a Estrasburgo, vindo de uma viagem de três dias desde Lisboa: Lisboa, Entroncamento, Badajoz, Madrid, Barcelona, Paris, Estrasburgo. Três dias de viagem feitos em quase 60 horas que há dois anos atrás poderiam ter sido feitos em cerca de vinte e duas horas.

Aí estão as consequências dos processos de liberalização do sector da ferrovia promovidos a partir da União Europeia e do sucessivo desinvestimento por parte de sucessivos governos na ferrovia levando à sua degradação. Esta viagem é a demonstração prática daquilo com que muitos portugueses, com que os portugueses se confrontam no dia de hoje tendo em conta a atual situação da ferrovia e a necessidade de uma outra política de investimento neste sector determinante, estratégico para o desenvolvimento nacional, para a coesão territorial.

Michaela Šojdřová (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, Den lidských práv si připomínáme konkrétními činy. Tento týden tady oceníme Alexeje Navalného Sacharovovou cenou a budeme debatovat s šéfem evropské diplomacie o situaci na rusko-ukrajinské hranici. Na minulém plenárním zasedání nás představitelka běloruské opozice Svjatlana Cichanouská poprosila o podporu.

Porušování lidských práv v Evropě má jednoho společného jmenovatele, a tím je režim ruského prezidenta Putina. Prezident Putin páchá násilí na svých vlastních lidech. Ve spolupráci s běloruským diktátorem Lukašenkem láká tisíce uprchlíků k polským a lotyšským hranicím s cílem destabilizovat situaci v Evropě. Se stejným cílem eskaluje situaci na hranici s Ukrajinou a terorizuje ukrajinské občany. Jeho nelegální, provokativní, teroristické aktivity se nevyhýbají ani členským státům Evropské unie, včetně České republiky (viz Vrbětice). Tím odpovídám občanům, kteří si kladou otázku, proč podporujeme boj opozice v Bělorusku. Protože svoboda, lidská práva a bezpečí, to jsou podmínky pro svobodu a bezpečí i v Evropské unii.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, I speak on two types of inflation. Firstly, the construction materials inflation, which obviously is going to put huge pressure on governments and on the European Union, too, in terms of value for money for the Next Generation recovery fund. And the difficulties that governments will have in providing public housing for citizens and for those that want to afford or can afford to buy a house; it is now slipping away from them. Ordinary citizens unable to get on the ladder in terms of the cost of housing because of the inflation in construction materials. On top of that, the whole issue of consumer price index inflation as well, which is really hitting lower-income families. It is the enemy of the lower-income people, inflation in this context.

We have to do something to address these two particular issues: construction material inflation and consumer price inflation as well. The common reason for the rise, of course, in inflation is COVID-19 and the impact it has had on supply chains and logistical supply chains. But equally, the issue of fuel, energy, gas and oil. These particular issues are areas that the Commission and national governments will have to get on top of. Otherwise, we will condemn many people being unable to purchase a home and many people unable to heat their homes because of the inflationary pressures.

Charlie Weimers (ECR). – Fru talman! Kommissionär! Elpriserna slår rekord och energifattigdomen breder ut sig. Många familjer hemma i Sverige har fått fördubblade elräkningar. Nyligen kostade en dusch 56 kronor, dvs. nästan 6 euro. Vad gör EU-kommissionen då? Jo, då vill man utvidga utsläppshandeln till drivmedel och uppvärmning av bostäder.

Här nere i Strasbourg, långt ifrån vanligt folks verklighet, applåderar man naturligtvis mer pengar till EU-kassan. Ingen här bryr sig väl om människor hemma i Sverige, som måste sänka värmen när det är 20 grader kallt ute. Ingen här har väl upplevt vad -20 grader innebär? 8000 kronor per år kan den här EU-skatten – för det var det är, det som ni kallar utsläppshandel – innebära för vanligt folk. Det vill ni ersätta dem med är 430 kronor. Om ni inte tror att det här kommer få reaktioner, så vänta bara! Och en uppmaning till socialdemokraterna där hemma: säg nej!

Sandra Pereira (The Left). – Senhora Presidente, a resposta para problemas estruturais que alguns países, como Portugal, enfrentam, não passa pela adoção das chamadas «reformas estruturais impostas pela União Europeia», mas sim por uma política que aposte na produção nacional. Só assim poderemos deixar de ser um país dependente dos excedentes das grandes potências, deficitário e eterno devedor que subestima o mercado interno e com as exportações subordinadas aos interesses das grandes multinacionais.

Esse é o caminho para nos libertarmos dos baixos salários e reformas, do desemprego e da precariedade, da emigração dos mais novos, do agravamento da carestia de vida. É o caminho para a valorização do interior e o pleno aproveitamento do seu enorme potencial, para o combate ao despovoamento e à desertificação económica que, associados ao escasso investimento público, impõem obstáculos às pequenas e médias empresas e dificultam a vida dos que lá moram.

A necessária substituição de importações por produção nacional terá também esta capacidade de fixar populações, em especial jovens, que poderão sonhar com um futuro no seu país, na sua terra.

Eugen Tomac (PPE). – Doamna președintă, doamna comisar, stimați colegi, niciodată nimeni nu va interzice Crăciunul în Uniunea Europeană. Este de nepermis ca pe viitor un document intern al Comisiei să conțină elemente atât de sensibile, care pot crea prilejul perfect pentru a duce cetățenii europeni în eroare.

O spun asumat, deși s-a explicat că este un document nefericit intern, din păcate, știrea falsă precum că în Uniunea Europeană a fost interzis Crăciunul încă mai bântuie. Tocmai de aceea, cred că este esențial să fim prudenți și să facem tot ceea ce este posibil și necesar pentru a opri pe viitor distribuirea acestor informații false. Ele aduc prejudicii grave democrației. Crăciunul este o sărbătoare a bucuriei și nu exclude pe nimeni dintre cei care nu o sărbătoresc alături de noi.

José Gusmão (The Left). – Senhora Presidente, este Parlamento tem debatido muito as plataformas digitais na perspectiva dos direitos do trabalho e tem chegado a posições conjuntas que são importantes, mas tem havido bastante menos debate sobre o que as plataformas digitais têm significado do ponto de vista da concorrência, uma questão que costuma preocupar tanto a Comissão Europeia e tão pouco quando as plataformas digitais estão envolvidas.

Com as plataformas digitais nós temos condições diferentes ao nível da fiscalidade, ao nível da regulação, ao nível dos direitos do trabalho. As plataformas digitais fazem *dumping* como talvez nenhuma outra empresa privada no Espaço Económico Europeu.

Quanto tempo vai demorar até que a Comissão Europeia comece – que vê problemas de concorrência em tudo dentro do Espaço Económico Europeu – a ver problemas de concorrência na forma como as plataformas digitais atuam em setores que já existem.

Peter Pollák (PPE). – Vážená pani predsedajúca, jednou z hlavných zásad právneho štátu je vytvoriť podmienky na dôstojný život pre každého občana Európskej únie, a to bez rozdielu. Často problém nie je v peniazoch, ale v politikoch, ktorí tieto peniaze spravujú. V mojej krajine už druhé programové obdobie sme mali a aj máme dostatok peňazí, aby sme zlepšili životné podmienky najchudobnejším občanom, aby viac nemuseli piť vodu z potoka a aby si aj chudobné deti mohli plniť svoje sny. Keďže však riešenie problémov najchudobnejších Rómov politikom hlasy neprináša, preto aj dnes mnohí Rómovia žijú v podmienkach afrického kontinentu bez prístupu k pitnej vode. Obce a mestá nemajú problém postaviť cyklotrasy, kúpiť autobusy či električky, no postaviť vodovod pre chudobných nechcú. Je načas zdvihnúť varovný prst, aby chudobní ľudia vo vyspelej Európe nežili už bez pitnej vody či kanalizácie. To je napĺňanie princípov právneho štátu. Únia sa už na to nemôže viac len prizerať. Nemožno na jednej strane financovať cyklotrasy a na druhej strane akceptovať, že mestá a obce odmietajú postaviť vodovod pre najchudobnejších.

Clare Daly (The Left). – Madam President, I think we have to talk about Islamophobia. Twenty years of a so-called war on terror, victimising Muslims, placing them under mass surveillance and profiling, chilling legitimate debates and political activity, sending police infiltrators and agent provocateurs into their communities and places of worship has brought us to a place where poisonous racism against Muslims is going unchallenged in parliamentary chambers of countries that never cease to proclaim themselves as bastions of democracy and human rights.

In the United States, with Muslim Congresswoman Ilhan Omar subjected to racist and dehumanising language by fellow Congresswoman Lauren Boebert without sanction from either party. In the UK, Apsana Begum and Zarah Sultana, Muslim representatives in Parliament, routinely subjected to vile racist abuse by their colleagues. And in the European Parliament, verbal attacks on young people attending our conference in October. It just shows how deep the rot has got. Bigotry in representative institutions legitimises it across society. I want to use this platform to reject those ideas and to stand in full solidarity with our fellow parliamentarians targeted for their religion and ethnicity.

Mick Wallace (The Left). – Madam President, last week, the UK's High Court ruled that the US request to extradite Assange to the US to stand trial on espionage charges is legally valid. They overturned a lower court ruling from back in January, when the judge deemed that he would be a suicide risk because conditions in US prisons were so bad. But the US Department of Justice convinced the High Court that he'd be grand in the US and he'd be treated well. This is a country that was considering kidnapping him or assassinating him while he was in the Ecuadorian Embassy.

He's been locked up for the best part of ten years in one form or another, and for what? For being a journalist, because he exposed the truth about US war crimes and those of their allies in Afghanistan and Iraq. His biggest crime is telling the truth.

There's shame on all mainstream media right across Europe that we have literally thrown him to the wolves, abandoned him to the US empire. The EU loves to talk about protecting journalism and protecting press freedom and human rights. It's a lie. If we are serious about it, we protect Julian Assange. It's an absolute disgrace!

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

25. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

26. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

27. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Die Präsidentin. – Die Sitzung ist geschlossen und wird morgen, Dienstag, den 14. Dezember 2021, um 9.00 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der heutigen Abstimmungsrunde wieder aufgenommen.

Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

28. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 21.30 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5540

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. DEZEMBER 2021

(C/2024/5540)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 13. bis 16. Dezember 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
3. Gesetz über digitale Märkte (Aussprache)	3
4. Europäisches Jahr der Jugend 2022 (Aussprache)	23
5. Wiederaufnahme der Sitzung	38
6. Feierliche Sitzung – Ghana	38
7. Abstimmungsrunde	43
8. Wiederaufnahme der Sitzung	43
9. Zusammensetzung des Parlaments	44
10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	44

Inhalt	Seite
11. Die Lage in Nicaragua (Aussprache)	44
12. Die Lage an der ukrainischen Grenze und in den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine (Aussprache)	53
13. Neue Leitlinien für die humanitären Maßnahmen der EU (Aussprache)	73
14. Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Westlichen Balkan (Aussprache) . .	83
15. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	87
16. Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Westlichen Balkan (Fortsetzung der Aussprache)	87
17. Umsetzung des Zertifikationsystems des Kimberley-Prozesses (Aussprache)	94
18. Ergebnisse des globalen Gipfeltreffens „Ernährung für Wachstum“ (Japan, 7./8. Dezember) und Verbesserung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern (Aussprache)	100
19. Europäischer Rahmen für die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern und Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats (Aussprache)	106
20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	118
21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	118
22. Tagesordnung der nächsten Sitzung	118
23. Schluss der Sitzung	118

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. DEZEMBER 2021

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Viçi President

1. Eröffnung der Sitzung

(Hin tal-ftuh tas-seduta: 9.00)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

3. Gesetz über digitale Märkte (Aussprache)

Il-President. – Il-punt li jmiss fuq l-aġenda huwa d-dibattitu dwar ir-rapport ta' Andreas Schwab, fisem il-Kumitat ghas-Suq Intern u l-Harsien tal-Konsumatur, dwar il-proposta għal regolament tal-Parlament Ewropew u tal-Kunsill dwar swieq kontestabbli u ġusti fis-settur diġitali (l-Att dwar is-Swieq Diġitali) (COM(2020)0842 - C9-0419/2020 - 2020/0374(COD)) (A9-0332/2021).

Nixtieq infakkar lill-onorevoli Membri li, għad-dibattiti kollha ta' din is-sessjoni parzjali, mhux se jkun hemm proċedura "catch-the-eye" u mhux se jiġu aċċettati karti blu.

Barra minn hekk, bħal fis-sessjonijiet parzjali reċenti, huma previsti interventi mill-bogħod mill-Uffiċċji ta' Kollegament tal-Parlament fl-Istati Membri.

Nixtieq infakkar ukoll lill-onorevoli Membri li l-interventi fil-Kamra se jkomplu jsiru mill-podju ċentrali. Għalhekk nistidinkom ġentilment iżżommu għajnejkom fuq il-lista tal-kelliema u tersqu lejn il-podju meta joqrob il-hin għad-diskors tagħkom.

Nibda b'hekk biex nistieden lir-rapporteur Andreas Schwab biex jindirizza u jintroduċi dan is-suġġett.

Andreas Schwab, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute ein starkes Zeichen. Mit dem Gesetz für digitale Märkte stellen wir sicher, dass auch im digitalen Zeitalter die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft überall in Europa gelten. Wettbewerb, die Förderung von Innovation, der Marktzutritt von Kleinunternehmen, das Ziel, das im Wettbewerb der Beste und nicht der Dickste gewinnen soll, werden auch künftig mit diesem Gesetz sichergestellt werden, und zwar effektiv, indem bereits vorab.

Künftig wird die Europäische Kommission den Big-Tech-Unternehmen nicht mehr hinterherrennen wie in der Vergangenheit, sondern die Kommission muss vorab grünes Licht geben, wenn die größten Unternehmen der Welt neue Geschäftsmodelle auf den Markt bringen wollen. Das schaffen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir uns auf die Großen konzentrieren und die Kleinen weiter tüfteln und erfinden können, ohne bürokratische Auswüchse fürchten zu müssen.

Wir wollen, dass alle Bürger von den Entwicklungen in der Digitalbranche profitieren können. Deswegen haben wir auch die Webbrowser in den Anwendungsbereich aufgenommen, genauso wie die virtuellen Assistenten. Wir sorgen auch dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sogenannte *Killer Acquisitions* künftig geprüft werden, und zwar auch dann, wenn die bisherigen Schwellenwerte nicht erreicht werden. Wir wollen nicht, dass die Unternehmen sich den Markt kaufen, so wie es auch der Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen hat. Wir wollen, dass sich die Unternehmen den Markt mit guten Ideen erobern.

Kurz gesagt, wir sagen an die Adresse der ganz Großen: „*Game over*“. Dazu wollen wir, und das sieht der *Digital Markets Act* ausdrücklich vor, dass die nationalen Behörden gemeinsam mit der Europäischen Kommission die Regeln und ihre Einhaltung beobachten. Wir wollen die Regeln aber einheitlich in Europa durchsetzen, und zwar durch die Europäische Kommission.

Und ich sage das hier mal ganz deutlich: Liebe Frau Vizepräsidentin, lieber Herr Kommissar, die Erwartungen, dass mehr Gerechtigkeit im Digitalbereich einkehrt, diese Erwartungen sind immens. Sie haben dafür und für ein beherztes Eingreifen aber die volle Unterstützung dieses Hauses. Dafür sind der *Digital Markets Act* und die Mehrheit, die ihn verabschiedet, ein augenscheinlicher Beweis.

Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle auch bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die zum Kompromiss beigetragen haben: bei den Schattenberichterstattern, bei den Berichterstattern der Ausschüsse für Wirtschaft und Industrie, bei den Mitarbeitern und bei den Fraktionen und ihren Abgeordneten. Sie und alle Ihre Mitarbeiter haben dazu beigetragen, dass wir heute da stehen, wo wir sind, mit einem Gesetz, das schneller durch das Europäische Parlament kam als durch den Ministerrat.

Und ja, es stimmt, wir haben etwas mehr Mut als der Rat. Wir wollen versuchen, im Bereich der Interoperabilität voranzukommen, bei den Messengerdiensten und auch bei Social Media, und das, ohne Datenschutz und *Cyber Security* zu gefährden. Wir wollen die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung im Bereich personalisierte Werbung stärken und auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchsetzen lassen – und das einheitlich in ganz Europa, also anders als bisher. Dafür haben wir aus über 1 000 Anträgen der Kolleginnen und Kollegen hier im Haus die besten Ideen zusammengetragen und zu einem einheitlichen Ganzen gebracht. Und wir sind zuversichtlich, dass wir mit dem Rat das umsetzen können, was wir uns vorgenommen haben.

Dazu brauchen wir jetzt nochmals Kraft und Energie, denn im Januar werden wir darüber mit der französischen Ratsspräsidentschaft sprechen. Wenn wir aber so weitermachen wie bisher, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann können wir es schaffen im Interesse aller Bürger Europas. Und ich glaube, dass der *Digital Markets Act* dann auch Akzeptanz weit über Europa hinaus finden wird. Und das würde nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern in Europa helfen. Es würde dazu beitragen, dass der faire Wettbewerb ein Konzept ist, das wir aus Europa in die Welt hinaus exportieren, mit dem Ziel, Gerechtigkeit und Fairness auf digitalen Märkten zu schaffen.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich Ihnen allen Frohe Weihnachten, und ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam das erreichen, was wir uns vorgenommen haben.

Stéphanie Yon-Courtin, *rapporteure pour avis, commission des affaires économiques et monétaires*. – Madame la Présidente, Madame la Vice-présidente exécutive, Monsieur le Commissaire, chers collègues, onze ans, c'est le temps qui s'est écoulé entre la plainte des concurrents de Google et la décision du Tribunal de l'Union européenne qui a confirmé l'amende infligée pour abus de position dominante. Douze mois, c'est à peine le temps qu'il nous a fallu pour finaliser l'une des plus grandes régulations des décennies à venir: celle des géants du numérique. Avec l'acte sur les marchés numériques, le DMA, nous allons enfin répondre aux limites de notre droit de la concurrence, trop lent, inadapté aux défis du numérique. Nous sommes devenus dépendants, trop dépendants de ces plateformes et de leurs réseaux tentaculaires, dépendants de leurs conditions d'utilisation, dépendants de leur volonté de permettre ou non l'accès aux marchés, dépendants de leurs règles du jeu.

C'est désormais fini. Nous allons donner à la Commission européenne les moyens de prévenir plutôt que guérir avec une liste claire d'obligations et d'interdictions. Nous fixons les règles, dès le départ, sans avoir à nous battre des années contre des armées d'avocats.

Alors non, la capacité d'innovation de notre continent ne se résume pas à cinq entreprises. Non, les données ne sont pas le monopole d'une poignée d'entreprises privées. Elles sont nôtres. Oui, nos startups peuvent avoir d'autres objectifs que celui d'être rachetées par cinq entreprises américaines.

Face à ces ogres de la donnée, organisons d'ores et déjà nos ressources, repensons notre manière d'utiliser les données et continuons à montrer l'exemple aux autres juridictions à travers le monde. Restons pionniers sur le numérique.

Carlos Zorrinho, *relator de parecer da Comissão da Indústria, do Comércio Externo, da Investigação e da Energia*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, na introdução ao parecer de que fui relator na comissão ITRA, escrevi que uma abordagem europeia dos mercados digitais focada em melhores serviços para os cidadãos e melhores condições para os negócios permitirá criar um mercado digital global mais equilibrado e transparente, inspirado pelos princípios e valores comuns europeus, potenciando assim a relevância geopolítica da União Europeia e contribuindo para uma globalização mais justa e sustentável.

O relatório hoje em apreciação corresponde largamente a esta visão e a esta ambição. Agradeço aos relatores-sombra da ITRA que, com o seu enorme empenho e capacidade de diálogo, ajudaram a construir e a aprovar, com 73 votos favoráveis e apenas uma abstenção, um parecer robusto que deu resposta às prioridades que definimos, a competitividade transparente dos mercados, a salvaguarda do papel das pequenas e médias empresas, a criação de um ambiente regulatório adequado para as *startups* e para os utilizadores profissionais no ecossistema digital.

O benefício dos consumidores, com soluções de que são exemplo a interoperabilidade ou o acesso por consentimento expreso aos dados para efeitos de comunicação, que foram depois inspiradores para um profícuo trabalho conjunto no quadro da regra 57+. O trabalho articulado das sete comissões envolvidas neste relatório não foi fácil, mas o seu resultado é relevante. O resultado a que chegámos orgulha o Parlamento e é uma excelente base para a negociação com o Conselho, num espírito de diálogo construtivo visando a simplificação, o reforço de eficácia do regulamento e das condições objetivas para a sua aplicação.

Ao aprovarmos este relatório daremos um passo em frente numa transição digital em que os valores e os princípios da parceria europeia permanecem embebidos. Com eles, teremos de ser capazes de fazer a diferença no combate por um mundo mais justo, mais inclusivo e mais sustentável.

Margrethe Vestager, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I have very much been looking forward to stand here today in this plenary debate. It is a landmark today – that we have gotten here within this very short timeframe. I would very much like to thank Andreas Schwab, Stéphanie Yon-Courtin and Carlos Zorrinho who just had the floor, as well as the shadow rapporteurs and all the Members who have worked intensively on this proposal.

It is your determination, it is your commitment, it is the debates on a number of really important questions, that has led us to where we are today. I think every voter who has followed this debate and who will follow the trilogues will see that Parliament is putting action into words. Now you have a compromise in front of you reflecting the intensity and the breadth of your debate, and today's debate follows the unanimous general approach by Council. I hope that acknowledges the solidity and robustness of the Commission proposal, and a successful vote tomorrow after hopefully an intense debate today, means that trilogues can begin.

It is a landmark proposal and we can begin trilogues hopefully within a year from the time that it was tabled. I think that lives up to the expectation of taking action and taking speedy action. Of course, it is a complex proposal, but it has a very simple aim: to make sure that markets are open, are fair, are contestable so that every business has a fair chance of making it to their customers. Unfortunately, as you will know from our competition cases, this is not necessarily the case today.

I would like to add just one more thing, and that is that I hope that speed is also reflected when it comes to our second landmark proposal, the Digital Service Act. I know the work that has gone into it, I know the debates that you are having, I know how tricky it has been, so I hope that soon we can also start the trilogues on that proposal. On that, I will eagerly listen to the debate here today.

Thierry Breton, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les rapporteurs et rapporteurs fictifs, Mesdames et Messieurs les députés, Mesdames et Messieurs, je suis à mon tour très heureux de pouvoir participer aujourd'hui à ce débat sur le DMA, et ce quasiment un an jour pour jour après la proposition de la Commission. Votre travail, qui a été rappelé à l'instant, pour avancer avec détermination sur ce dossier, témoigne d'une volonté commune aux trois institutions européennes d'aboutir à un accord politique et à une adoption du DMA dans les plus brefs délais. Et je tiens à remercier tout particulièrement le rapporteur Andreas Schwab, Stéphanie Yon-Courtin et tous les rapporteurs fictifs.

Je ne peux que répéter l'importance d'aller vite de l'avant. Nous ne pouvons plus attendre en effet, pour organiser l'espace numérique et l'Europe a pris les devants sur ce sujet. Car il faut être clair: aujourd'hui, une poignée de plateformes a pris le contrôle de l'accès à notre marché intérieur, et notamment vis à vis d'entreprises innovantes et de startups, réduisant de fait le choix, tout simplement, pour nos concitoyens. Et à ce titre, la pratique du contrôle de comportements abusifs au cas par cas n'est plus adaptée. Le moment est donc venu pour l'Europe de se doter d'une réglementation du marché intérieur innovante s'appliquant ex ante.

Avec le DMA, et pour la première fois, nous introduisons un ensemble d'éléments novateurs: une plateforme «contrôleur d'accès» (*gatekeeper*) et son potentiel d'impact sur le marché intérieur sera regardée, certes en fonction de son chiffre d'affaires et de ses utilisateurs, mais aussi de sa valeur de marché. Car oui, c'est désormais un paramètre important dans le déséquilibre que nous constatons en ce qui concerne les acteurs. Les obligations introduites permettront ainsi d'établir ex ante l'interdiction de l'utilisation abusive des données d'utilisateurs pour les plateformes *gatekeeper*.

Mesdames et Messieurs les députés, ne nous y trompons pas, avec le DMA et le DSA, qui sont du reste les deux faces d'une même pièce – la régulation de l'espace informationnel –, l'Europe prend le leadership dans la définition des normes mondiales pour notre espace numérique. Bien sûr, nous entendons tous certaines critiques venant d'outre-Atlantique sur notre approche, et ce malgré les tentatives d'alignement, notamment dans le cadre du TTC, qui se sont donc révélées infructueuses sur ce point, à ce stade.

Mais je vais vous le répéter ici, notre législation n'est pas contre telle ou telle entreprise ou tel ou tel pays, elle est faite pour préserver l'innovation et le bon fonctionnement de notre marché intérieur. Je souhaite donc rendre hommage au Parlement et au Conseil qui ont su, malgré ces lobbies, que nous avons tous vus, conserver 100 % de l'ambition du DMA. J'espère que vous confirmerez cette approche de par votre vote et je tiens encore une fois à vous remercier toutes et tous.

Markus Ferber, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verkehr und Tourismus*. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Onlineplattformen bestimmen heute, wer gesehen wird und wer nicht. Sie bestimmen die Preise. Sie entscheiden, wer Zugang zu welcher Information erhält, und diktieren die Regeln der digitalen Ökosysteme.

Der *Digital Markets Act* hat das Potenzial, online für fairen Wettbewerb zu sorgen, wenn er sich nicht nur auf die Giganten beschränkt. Wer sich nur um GAFAM – um Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft –, wer sich nur um die kümmert, der übersieht, dass es in vielen Sektoren weitere problematische *Gatekeeper* gibt, für die wir Regeln schaffen müssen.

In der Tourismusbranche ist gerade die mittelständische Wirtschaft vielfach auf Plattformen angewiesen und muss sich deren Vorgaben beugen. Hier brauchen wir mehr Innovation und Wettbewerb, auch wenn es jetzt darum geht, im Sinne der Nachhaltigkeit vieles umzugestalten. Wichtig für die Verteilung der Verantwortung ist auch: Wir haben uns im Verkehrsausschuss dafür ausgesprochen, dass die Regeln von Parlament und Mitgliedstaaten beschlossen werden und von der Kommission umgesetzt werden. Wer hier die Mitgliedstaaten stärkt, schwächt unseren Kampf gegen diese Plattformen.

Petra Kammerevert, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! So sehr ich die Grundidee des DMA uneingeschränkt begrüße, *Gatekeepern* von vornherin Geschäftspraktiken zu verbieten, die sich vielfaltsgefährdend auswirken, muss ich gleichermaßen feststellen, dass die vorliegende Positionierung des Parlaments die Auswirkungen auf den Medienbereich nicht ausreichend berücksichtigt.

Trotz aller Versprechen an den Kulturausschuss wirkt sich das Abweisen mit einer einfachen Stellungnahme am Ende schädlich für den Medien- und Kulturbereich aus. Es mangelt an einer deutlichen Abgrenzung zur Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste in den Artikeln und der Klarstellung, dass die DMA-Regelung die AVMD nicht beeinträchtigt.

Zudem fehlt im Artikeltext die ausdrückliche Erlaubnis für die Mitgliedstaaten, vielfaltsichernde Maßnahmen im Medienbereich ergreifen zu können. Qualitätsjournalismus und vielfältige Medien sind unabdingbar für unsere Demokratie und außerdem eines der wirksamsten Mittel gegen Desinformation und Fake News. Auch *Connected TV* hat aus meiner Sicht im Text nichts zu suchen, zumal es sich hierbei schon begrifflich um die Beschreibung eines Geräts und nicht eines Dienstes handelt.

Es bedarf insgesamt aus meiner Sicht im Trilog noch viel Detailarbeit, wenn man Interoperabilität, Abgrenzung zu Medien, Regeln zum Datenteilen und Datenschutz in eine optimale Balance setzen will. Ich hoffe sehr, dass auch für diesen Trilog gilt: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Ich wünsche allen Verhandlern viel Erfolg.

Tiemo Wölken, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Frau Präsidentin, lieber Herr Andreas Schwab, sehr geehrte Kommissare! Der *Digital Markets Act* ist natürlich ein Meilenstein in der Regulierung der großen Tech-Konzerne. Deswegen könnte ich meine Redezeit damit verbringen, aufzuzählen, wie historisch dieser Beschluss ist und was wir im Parlament an Verbesserungen durchgebracht haben.

Ich möchte mich allerdings auf einen Aspekt konzentrieren, der mir besonders am Herzen liegt, und das ist die Interoperabilität. Das klingt technisch und ist schwer zu durchdringen. Und gute Schlagzeilen kann man mit dem Wort Interoperabilität auch nicht erzeugen. Aber die Interoperabilität ist der Schlüssel zum Aufbrechen der *Walled Gardens*, in denen sich die Tech-Konzerne eingerichtet haben. Und deswegen ist es auch wichtig, den Nutzerinnen und Nutzern diesen Schlüssel in die Hand zu drücken und ihnen damit die Macht zu geben, die Quasi-Monopolisten aufzubrechen. Und ich bin deshalb froh, dass der vorliegende Kompromiss dort so stark ist. Und ich hoffe, dass wir diesen Kompromiss dann auch durchbringen.

Frau Präsidentin, wenn Sie mir zehn Sekunden länger geben: Ich möchte mich bei der S&D-Schattenberichterstatterin Evelyne Gebhardt bedanken, die nach gut 27 Jahren im Januar das Parlament verlassen wird, und ihr viel Erfolg für die letzten Triloge wünschen. Vielen Dank für alles, was du bei uns für uns rausgeholt hast.

Ondřej Kovařík, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Madam President, high concentration of market power by a handful of companies is never good for competition. Such business structure deforms the market and creates barriers to the entry of new companies. Ultimately, that leads to slower innovation, increased costs and harm to consumers. That's the theory but, in practice, this is what is happening right now in the global market in digital services. The big platforms quickly strengthen their position, while other companies struggle to compete as there is no real level playing field.

The Digital Markets Act (DMA) will bring solutions to this problem. It will provide a clearer and more predictable framework for businesses, but also for enforcement authorities. We want to prevent big platforms' gatekeepers from abusing their powers and enable their competitors to innovate and grow. The DMA does not aim to target a couple of business groups with heavy restrictions, but it sets out the rules needed for the respect of basic principles, such as fair competition and consumer protection.

In the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE), we mainly dealt with the preservation of a high level of protection of user rights, especially with regard to data privacy. Data is critical. This is what gives power to companies. We need to ensure that anything that happens to Europeans' personal data fully complies with the General Data Protection Regulation, and we must also make sure not to create loopholes circumventing it.

I would like to thank all the shadows and LIBE colleagues that helped us put together the opinion and wish all success to the negotiating team headed by Andreas Schwab for the upcoming trilogue on this important piece of legislation.

Adam Jarubas, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Pani Wiceprzewodnicząca! Szanowni Państwo! Digital Market Act ma przywrócić uczciwe zasady i konkurencję na europejskim rynku cyfrowym. Zobowiązuje nas do tego Traktat o Funkcjonowaniu Unii Europejskiej, zobowiązują nas do tego naruszenia popełniane przez gigantów internetu ze szkodą dla obywateli i europejskich firm. Nowe obowiązki dla największych tzw. strażników dostępu, niepomijalnych w relacjach przedsiębiorstwo-klient online, bazują na sprawach sądowych. Zastępujemy indywidualne procesy sądowe po wykazaniu naruszeń prawem egzekwowanym na bieżąco i dotyczącym wszystkich. By DMA było skuteczne, a nie wyłącznie ambitne na papierze, musi koncentrować się na największych. Dobrze też, że większość w Komisjach poparła postulowane przeze mnie wyłączenie małych i średnich przedsiębiorstw.

Na poparcie zasługuje rozszerzenie interoperacyjności, czyli współdziałania tych samych usług różnych firm dla komunikatorów sieci społecznościowych, tak jak dziś mamy to w rozmowach telefonicznych, SMS-ach czy e-mailach. Ale potrzebujemy bezpiecznej interoperacyjności, stąd granicą musi być cyberbezpieczeństwo czy ochrona danych osobowych. Możliwość interakcji z użytkownikami z różnych platform ograniczy koszty i czas, a jednocześnie skłoni strażników do wyjścia poza konkurencję efektem sieciowym czy ilością użytkowników, do konkurencji na przykład niższymi cenami, funkcjonalnością, poufnością czy niezawodnością. Jako kontrsprawozdawca PPE – niezależnie od wyników głosowania – gratuluję panu posłowi Schwabowi dobrego kompromisu. Głosując w sprawie poprawek, zadajmy o równe traktowanie europejskich przedsiębiorstw i platform otwartych na europejskie przedsiębiorstwa.

President. – On behalf of the S&D Group, I now invite Evelyne Gebhardt to take the floor, and I think I also speak on behalf of all this Parliament when we thank you for your service to this House for all these years.

Evelyne Gebhardt, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Lieber Tiemo, vielen Dank für die lieben Worte, die du für mich gefunden hast. In der Tat ist es mein letztes großes Projekt in diesem Europäischen Parlament, und ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, da wirklich etwas sehr Positives, etwas sehr Gutes durchzusetzen.

Auch wenn ich nicht alles durchsetzen konnte, was ich mir als Sozialdemokratin vorgestellt hatte, kann es sich doch zeigen lassen, was wir erreicht haben, was wir durchgesetzt haben – auch gegen den Willen eines Teils dieses Hauses, des rechten Teils dieses Hauses. Und ich hoffe auch sehr, dass wir in den Verhandlungen mit dem Rat und mit der Hilfe der Europäischen Kommission, die sich hoffentlich – anders als bei anderen Bereichen – auch auf die Seite des Europäischen Parlaments stellen wird, da durchsetzen, was wir durchgesetzt haben.

Denn dank der neuen Regeln werden die Big-Tech-Unternehmen ihre Marktmacht künftig nicht mehr so ausnutzen können wie bisher. In den letzten Jahren ist der Einfluss von Tech-Giganten rasant gestiegen, doch nicht zum Vorteil von Verbrauchern und Verbraucherinnen oder kleineren Unternehmen. Große digitale Plattformen, sogenannte Torwächter – *Gatekeeper* –, begünstigen die eigenen Angebote gegenüber Konkurrenten, bestimmen den Zugang zur Online-Welt und schaffen Abhängigkeiten.

Ganz besonders stolz bin ich auf einen Punkt – neben dem, was Tiemo bereits angegeben hat mit der Interoperabilität: dass es gelungen ist, zu den sogenannten *Targeted Ads* – zur personalisierten Werbung – eine gute Formulierung zu finden, auch wenn ich eigentlich gerne ein ganzes Verbot in diesem Bereich durchgesetzt hätte. Denn Profilbildung über die Art und Weise, wie Menschen leben, was sie sind, ist das Letzte, was wir durchgehen lassen können. Und dafür zu sorgen, dass die Schwächsten in der Gesellschaft, nämlich die Minderjährigen, geschützt werden, und ein Verbot der personalisierten Werbung für Minderjährige ist eine Sache, die mir sehr, sehr am Herzen liegt.

Und ich bitte Sie sehr, Herr Schwab, als Berichterstatter in Zukunft dafür zu sorgen, dass dieses auch wirklich durchgesetzt wird. Denn wir wissen, dass sowohl die Europäische Kommission wie auch die Ratsmehrheit da nicht ganz so dieser Meinung sind. Und ich würde das allerdings als eine der ganz wichtigen Grundbedingungen sehen, dafür zu sorgen, dass wir tatsächlich einen Schutz für die Schwächsten in unserer Gesellschaft, die Minderjährigen, durchsetzen. Das ist ganz wichtig.

Wir haben noch viele andere Punkte erreicht, die ich jetzt nicht alle hier benennen kann. Aber auch, dass es die Möglichkeit für die Europäische Kommission gibt, *Killer Acquisitions* zu verbieten – zeitweise oder auch ganz –, ist eine dieser Fragen, die heftig diskutiert wurden, aber auch durchgesetzt wurden.

Ja, wir haben als Parlament eine gute, sehr gute Vorlage gestellt. Wir haben gut gearbeitet. Wir sind froh, dass wir jetzt darangehen können. Und wir müssen jetzt dafür sorgen, dass das Beste daraus wird für die Zukunft unserer Gesellschaft, für die Freiheit, für das, was wir uns immer vorgenommen haben: eine gute Politik für die Menschen, für die Bürger und Bürgerinnen zu schaffen.

Andrus Ansip, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, honourable Vice-President, honourable Commissioner, dear colleagues, I am not just happy to speak in favour of the Digital Markets Act (DMA) today, but I also want to give praise to Commissioner Vestager and Commissioner Breton for their excellent proposal.

As Renew Europe, we have long fought for a unified single market where all businesses, whether big or small, should be able to compete freely and fairly. In short, the DMA is about freedom. The DMA will create more freedom for consumers to choose between platforms and applications. Consumers will have more choice, over how their data is used and for what purposes. The DMA will create more freedom to innovate, by setting clear and fair rules for the most powerful players in the field.

For us as Renew Europe, it was always clear that the DMA must not aim to punish foreign companies, but to protect European consumers. The DMA should have a common European approach. Renew Europe argued for the involvement of Member States through the competition and other relevant authorities, while preserving the leading role of the Commission to make final decisions. The DMA must increase consumer choices not limit them.

Some groups wanted to completely ban whole business sectors, like targeted advertisements, but Renew Europe believes that consumers should have a right to choose if they want to see targeted ads or not. The sooner we are able to implement the DMA, the sooner our consumers and businesses will profit from a stronger, more unified and more innovative single market.

Marcel Kolaja, *on behalf of the Vets/ALE Group*. – Madam President, Madam Executive Vice-President Vestager, Commissioner Breton. After months of negotiations, Parliament will finally vote on its position on the Digital Markets Act. This is a big moment in history for Europe.

The vast majority of us recognise the need to increase digital markets' contestability and ensure fairness. The Commission has done a great job in proposing legislation with the aim to achieve this. And now the European Parliament has the chance to reinforce the Commission's proposal to the benefit of consumers. Internal market rules must have consumers' interests at the centre. This is particularly important when it comes to provisions on interoperability.

Some of my colleagues highlighted the importance of interoperability and like to speak about that too. By strengthening provisions on interoperability of messaging services and social networks, we can establish a market with more privacy-friendly services to choose from.

We don't need to get stuck in dominant social networks that monetise our data and target us with a target us with commercial offers based on our biggest fears or keep us locked in information bubbles. We don't need to open a dozen chat service accounts and install a dozen applications to stay in touch with our friends.

It's just a matter of decision, a decision that Europe has to make. A decision to provide more opportunities for competition and SMEs. A decision for more innovation, and the opportunity is now.

To wrap up, I'd like to thank the rapporteur and the shadow rapporteurs and the opinion rapporteurs for their constructive work on this extremely important proposal, and I am looking forward to the trilogue.

Virginie Joron, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Madame la Vice-présidente, chers collègues, aujourd'hui, sur les vingt plus grandes entreprises mondiales du secteur numérique, une seule est européenne. C'est l'entreprise allemande SAP.

Comme vous le savez, les géants numériques de la Silicon Valley, Google, Amazon, Facebook, Apple et Microsoft, les GAFAM, régissent la quasi-totalité du secteur numérique en Europe.

Depuis des années, les GAFAM abusent de leur pouvoir de monopole, profitant du dogme néolibéral et du laxisme de la Commission: dumping numérique irlandais, transfert des données européennes aux États-Unis, autorisation du rachat d'Instagram par Facebook, les grandes entreprises technologiques américaines ont racheté ou étouffé tout rival européen potentiel.

Pendant longtemps, nous avons été les seuls à parler d'autonomie stratégique et il y a un an, la Commission a finalement proposé le règlement sur les marchés numériques, le DMA. Cette proposition était comme toujours trop tard, trop faible et trop insuffisante.

Au nom du groupe ID, j'ai défendu des mesures beaucoup plus strictes contre les géants du numérique. Ainsi, les GAFAM pourront se voir infliger une amende allant jusqu'à 20 % de leur chiffre d'affaires global. En cas d'infractions graves, le démantèlement des plus grandes entreprises sera désormais possible. Nous avons aussi insisté pour la liberté des moyens de paiement et pour l'interopérabilité des réseaux sociaux. Et à mon initiative, et je félicite le rapporteur, le DMA comprend une disposition relative aux lanceurs d'alerte. Les lanceurs d'alerte, comme Frances Haugen, seront ainsi protégés lorsqu'ils signaleront des abus des géants du numérique.

Bruxelles pourra ainsi empêcher les acquisitions tueuses. On verra si elle le fera. Comme les GAFAM ont ignoré l'administration de Bruxelles jusqu'à présent, j'avais même réclamé des sanctions personnelles contre les dirigeants en cas de manquement grave et intentionnel.

Pour que l'Europe retrouve son autonomie stratégique, la Commission et les États comme la France devront montrer une vraie volonté d'agir. C'est une première étape. Nous voulons aller plus loin. Pour développer une base industrielle et technologique européenne dans le secteur numérique, une priorité pour la production locale ou européenne est nécessaire dans les marchés publics en Europe. Mais la préférence nationale et européenne, mes chers collègues, pourquoi vous n'en voulez pas? Oui, osons réserver un quota du nuage (cloud) et de l'emploi pour des Européens en Europe. Osons imposer que les données des citoyens européens soient traitées de préférence en Europe. Ici, nous sommes à Strasbourg, capitale du marché de Noël, et j'en profite aussi pour souhaiter à tous un joyeux Noël.

Adam Bielan, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, Commissioners, first of all, I would like to thank the Rapporteur, Mr Schwab, for all his work. I would also like to express my support for Mr Schwab's approach towards developing a position that takes account of the views across Parliament.

My group supports the general objective behind the Digital Markets Act (DMA) and the Commission's original intent to tackle a limited number of behaviours and practices as a priority. We support moving the DMA forward into trilogues, but caution that some additional ideas will require a deeper consideration and revision, in order to avoid there being penalties on the very companies we want the DMA to help.

This is the case of targeted advertising, where my group is cautious about revising advertising rules, particularly as small businesses find it crucial to be able to easily and cost-effectively reach their audience.

Additionally, I believe the outcome of the trilogues should avoid any unintended consequences for smaller companies, given that this proposal is intended to reinforce their continuing and improved competitiveness in the European digital market. Indeed, the DMA must lead to improvements for businesses across Europe and not just a few companies who have a bone to pick with the digital giants.

I am also focused on making sure that the DMA can be implemented. In this regard, I am happy to see the ECR's approach to a true regulatory dialogue process maintained, and national experts involved in managing the DMA roll-out. I believe this will be crucial to creating a DMA that delivers for all.

Martin Schirdewan, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin! Der digitale Binnenmarkt braucht eine Struktur, mit der einerseits innovative, kleinere Unternehmen und andererseits die Nutzerinnen und Nutzer vor der erdrückenden Dominanz der Monopole geschützt werden.

Es gibt diesbezüglich gute Nachrichten im vorliegenden Bericht: schnellere rechtliche Verfahren bei Nichteinhaltung der Regeln durch die Konzerne, angemessen hohe Strafzahlungen und die Möglichkeit, strukturelle Eingriffe vorzunehmen, um die Marktmacht der *Big Tech* zu beschränken.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können sich zudem freuen über die Interoperabilität von Messengern und Social Media, und sie können sich beim Surfen sicher sein, nicht durch sogenannte *Dark Patterns*, also unfaire Verwirrungstaktiken, in ein ungewolltes Datenabsaugen getrickst zu werden.

Zwei zentrale Kritikpunkte möchte ich dennoch an dieser Stelle benennen: Der DMA muss meiner Ansicht nach alle, nicht nur eine Handvoll von Monopolen auf dem digitalen Markt erfassen. Es spielt weder für die Wettbewerber noch für die Nutzerinnen und Nutzer eine Rolle, ob das Ausnutzen der eigenen Marktposition durch ein US-amerikanisches, chinesisches oder europäisches Unternehmen erfolgt. Es bleibt dabei, dass den Monopolen auf dem digitalen Markt der Stecker gezogen werden muss – da bleibt der Bericht leider hinter unseren Erwartungen zurück.

Zweitens: Es braucht ein Verbot von personalisierter Werbung und ein Ende des *Attention-Seeking-Businessmodells*. Es muss endlich Schluss damit sein, immer mehr Müll, Hass und Gewalt in die Timeline zu spülen, damit die Nutzer länger auf der Plattform verweilen, damit deren sensible Daten kommerziell weiterverwendet werden können.

Vielen Dank für die Zusammenarbeit und für Ihre Aufmerksamkeit.

Miroslav Radačovský (NI). – Vážená pani predsedajúca, stotožňujem sa s reguláciou sociálnych sietí v oblasti ochrany života, zdravia, mieru, ochrany práv žien pred násilím, v ochrane pred pornografiou a podobne. Nemôžem sa však stotožniť s reguláciou sociálnych sietí v oblasti trhu. Podľa môjho názoru to nabúrava trh, nabúrava to súťaž, nabúrava to to, čo je základom ekonomiky každého štátu, to znamená tržná ekonomika. Som tiež toho názoru, že regulácia sietí v oblasti trhu nebude na prospech spotrebiteľa. Môj názor je taký, že ochranu spotrebiteľa je potrebné zabezpečiť silnou právnou úpravou, súdnou právnou úpravou, a predovšetkým podporou občianskych združení v jednotlivých národných štátoch, ktorých povinnosťou je zaoberať sa ochranou spotrebiteľa. Preto nemôžem sa stotožniť v celej časti s aktom o digitálnom trhu.

Pablo Arias Echeverría (PPE). – Señora presidenta, señora vicepresidenta, señor comisario, esta semana votamos la Ley de Mercados Digitales, una de las propuestas más importantes para nuestro mercado único en esta legislatura. He de felicitar a la Comisión, que, tras veinte años, por fin trae una propuesta acorde a las necesidades del mercado en el ámbito digital con respecto a los gigantes de internet.

Esta propuesta es de vital importancia para nuestras pymes. Lejos de ir contra nadie, busca crear un campo de juego equilibrado para nuestras pymes, para que estas puedan competir en igualdad de condiciones y con las mismas reglas de juego que los gigantes digitales. Hasta hoy no hemos tenido una legislación clara que regule cómo actúan estos gigantes dentro de nuestro mercado. Con esta propuesta creamos seguridad jurídica. Toda empresa es, sin duda, bienvenida, siempre que cumpla con nuestra manera de hacer las cosas, lo que hemos llamado el «*European way*».

La privacidad de nuestros datos es fundamental y, por tanto, hemos apostado por la transparencia. Queremos tener nuestra propia forma de gestionar en el ámbito digital y no la que nos impongan desde fuera. Hasta hoy solo podíamos actuar en términos de competencia *a posteriori*. Con el mecanismo *ex ante* que hoy se propone queremos facilitar que nuestras pymes puedan crecer en el ámbito digital generando empleo y riqueza, siendo competitivas a nivel global.

La Ley de Mercados Digitales nos pone a la vanguardia mundial. Europa vuelve a ser ejemplo en regulación digital, como ya lo somos en la protección de los datos con el Reglamento General de Protección de Datos.

Quiero felicitar al ponente, Andreas Schwab, y a los ponentes alternativos por haberlo hecho en el tiempo establecido en plena pandemia, y espero que se apruebe cuanto antes y siguiendo la línea marcada por los ponentes, que han trabajado con una gran voluntad de compromiso.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Kommissærer, kollegaer! Så er vi i gang med at tage kampen og kontrollen tilbage fra de store techgiganter. Når vi senere i dag stemmer om retsakterne om digitale markeder, DMA'en, så sætter vi foden ned over for de allerstørste tech-gatekeepers, som alt for længe har kunnet diktere reglerne på vores digitale indre marked. Vi ønsker her i Europa-Parlamentet, at det stopper nu. Reglerne skal sættes demokratisk. Sammen med retsakterne om de digitale tjenester, DSA'en, så sætter vi her med DMA'en rammerne for en mere retfærdig digital sfære til gavn for både brugere, forbrugere og virksomheder. Nu sikrer vi, at de største techgiganters forretningsmodel i højere grad skal gavne brugerne, og vi får skabt rammerne for en mere fri og fair konkurrence, så også nye kan komme

til. Vi introducerer krav om interoperabilitet. Det synes jeg er et vigtigt redskab i kampen mod platformenes monopol. Og så sender vi et tydeligt signal om, at de største platforme skal gentænke deres forretningsmodel, der bygger på høst og salg af vores personlige data. Med DMA'en, så bliver målrettede reklamer mod mindreårige nu ulovlige for de største gatekeepers. Det er et vigtigt skridt i kampen for, at vi får sikret, at vi får stoppet de store platformes ekstreme høst af vores data.

Endelig er jeg også rigtig glad for, at det lykkedes at inkludere et forbud mod de såkaldte *dark patterns*, i DMA'en. Nu bliver det forbudt for de største virksomheder at påvirke vores beslutninger ved at designe deres *interfaces* til en ubevidst måde at få os til at agere på. Det skal vi have stoppet. Så alt i alt synes jeg, at DMA'en er et vigtigt skridt for, at vi forbrugere får kontrollen over vores personlige data tilbage, og at vi får sikret et langt bedre og mere velfungerende indre marked. Lad mig slutte med at sige en stor tak til min kollega Evelyne Gebhardt for hendes store arbejde i denne sag, men også for hendes 28 år i Europas tjeneste. Det synes jeg fortjener en stor tak. Tak for det og tak for en stor indsats med DMA'en, også til hr. Schwab.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, the companies covered by this law are companies so big that they have annual profits bigger than the GDP of some of our Member States.

Being so big is not in itself a negative. They are big because people like them and many of our citizens look forward to their next release. With this size, however, must come responsibility. These companies should act in such a way that they serve the needs of the greater society, instead of what is good for their shareholders alone. I regret, that despite their best efforts, these efforts have not been enough.

So here we are today, doing by law what these companies should have done on their own. Commissioner, I still think that any start-up can someday take down one of the gatekeepers. I still think that consumers will vote with their wallets and their eyes, and new alternatives will come, and one of the giants will fall. But we must give consumers and start-ups a chance and a choice. And today we do so.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Madam President, a popular German comedy TV show is calling for the expropriation of Facebook, and let's face it, the Digital Markets Act (DMA) is not fulfilling that expectation.

It does, however, contain important first steps in the right direction: data silos, enforceable do's and don'ts for gatekeepers and interoperability.

But it falls short of breaking up the cartel in the advertising business, largely controlled by two gatekeepers – Google and Facebook – who in the US are facing very serious allegations of teaming up together to shut out competitors, hamper innovation and increase prices for advertisers. Advertising is so crucial because it is at the financial basis for our free press, for our democracy. If we don't want our publishers to turn into mere content creators in 10 years' time, then we need to provide a level playing field.

That means two things: a ban on tracking advertising, because the gatekeepers will always have more data than our publishers, and breaking up the monopolistic structures in the industry. The DMA is a very good start, but there's more work to be done.

Alessandra Basso (ID). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, sappiamo tutti quanto il processo di negoziazione sia stato lungo e complesso, purtroppo però posso dirvi soddisfatta solo a metà.

In primis, non sono convinta che il rialzo delle soglie per stabilire quali aziende rientrino o meno nella definizione di *gatekeeper* sia stato una mossa azzeccata. La proposta della Commissione era più stringente e avrebbe permesso un controllo mirato su una platea più grande di piattaforme, tutelando maggiormente i consumatori, soprattutto in un'ottica futura con un mercato digitale in piena espansione.

Basti pensare alle cifre d'affari che queste aziende fanno e alla loro crescita vertiginosa. Intervenire tempestivamente e massicciamente per bloccare in anticipo comportamenti anticoncorrenziali doveva essere, a mio avviso, la priorità. Gli obblighi, è vero, sono stati inaspriti e trovo il testo sotto questo aspetto decisamente migliorato rispetto alla proposta. Il problema, ripeto, è che verranno applicati a meno aziende del previsto.

Altro aspetto che trovo poco convincente è la costituzione del gruppo ad alto livello dei regolatori digitali. Sulla carta sembra una proposta vincente e affascinante. La verità è che le sue raccomandazioni non sono vincolanti, alla Commissione rimane pieno potere discrezionale sull'applicazione del regolamento e agli Stati membri e all'esperienza accumulata negli anni rimane ben poco, a parte la cooperazione. Avrei dunque preferito un vero e maggiore coinvolgimento degli Stati membri e delle loro autorità competenti con un ruolo più incisivo.

È essenziale, a mio parere, rafforzare lo scambio di informazioni tra Commissione e Stati membri. Abbiamo però ancora spazio di manovra per rendere questo testo a prova di futuro e sono speranzosa lo diventi. Buon Santo Natale a tutti.

Eugen Jurzyca (ECR). – Vážená pani predsedajúca, hlavným nedostatkom predkladaného zákona o digitálnom trhu je samotná definícia strážcu. Veľkosť platformy a počet používateľov samé osebe nepreukazujú, že dochádza k zlyhaniu trhu. Mali by sme sa držať overených postupov definovaných v súťažnej legislatíve, teda vybrať také kritériá, ktoré ukazujú, či k zlyhaniu trhu naozaj dochádza. Súčasne s otázkami v DMA by sme mali otvoriť debatu, prečo je to tak, že ani jeden zo súčasných gigantov digitálneho priemyslu nevznikol v Európskej únii. Umožniť vstup na trh je lepšia stratégia, než nechať vyrásť monopoly bez súťaže a následne ich regulovať. Navyše regulácia, tá navrhovaná, obsahuje aj zákazy a povinnosti pre platformy, ktoré môžu byť neefektívne.

Marisa Matias (The Left). – Senhora Presidente, sabemos bem, na época em que vivemos de integração digital, a importância de regular os mercados digitais. Sabemos também que andamos sempre a correr atrás do prejuízo e, por isso, esta proposta é uma proposta importante, embora não suficiente.

É importante para combater o monopólio das cinco plataformas que controlam os mercados digitais. É importante também para combater o controlo que estas plataformas digitais têm sobre os nossos dados. Na verdade, estes dados são dos cidadãos e das cidadãs e não é assim que tem estado a acontecer. Mas, mais importante do que isso seria ter eliminado a publicidade direcionada para todas as pessoas. Esse é um elemento fundamental de controlo dos mercados e, infelizmente, nesta proposta a publicidade direcionada é apenas eliminada para os menores.

Seja como for é um primeiro passo, como referi. Um primeiro passo que nos ajuda em medidas tão importantes como a interoperabilidade. Mas temos que fazer mais e espero que não se reduza ainda a ambição desta proposta.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, this Digital Markets Act is very good news for Europe and for the world. At long last, we're making progress to bring the massive tech players that shape our lives under some democratic oversight.

The Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) is proposing many good amendments, but let me stress one that other colleagues have already mentioned today, the one demanding interoperability. This relates to something that I have very much at my heart because those of us that are subject to political persecution and espionage must choose our providers carefully to protect our privacy, but this often means that we will be cut off from our friends and family. Interoperability, if it becomes a reality, should put an end to that, and I hope it will make life easier for dissidents, democracy fighters and activists across the EU. It will certainly help me.

Speaking of activists, I cannot miss this chance to remember Julian Assange after the recent bad news. He has my full support and I call again for his immediate release. I urge all European democrats to do the same.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážená pani predsedajúca, v súčasnosti všetci viac a viac pociťujeme, aký je dôležitý digitálny svet. Preto som rád, že dnes jednáme o Digital Markets Act. Ten nastavuje pravidlá *ex ante*, a preto sprehľadňuje potrebné pravidlá. Veľké spoločnosti ovládli online priestor a častokrát sme svedkami zneužívania tohto postoja a deformácie trhu. Musíme chrániť spravodlivú súťaž a to, čo je nelegálne v offline priestore, musí byť nelegálne aj online. Ak majú spoločnosti prístup k informáciám o užívateľoch, musia niesť aj zodpovednosť za ich obsah. Reklamy na internete musia byť transparentné, musí byť jasné, kto je ich zadávateľ a kto ich realizuje. Údaje, ktoré sú zbierané, je potrebné viac strážiť, a každý musí mať právo požiadať o ich úplné odstránenie alebo odoprieť ich poskytovanie. Digital Markets Act tiež modernizuje a jasne definuje hospodársku súťaž. Je kľúčové, aby fungovala férová konkurencia, a najmä

malé firmy mali prístup k informáciám, ale aj možnosť cieľeného oslošovania svojich zákazníkov. Dnes prichádzame s návrhom, ktorý má vytvoriť pravidlá nielen pre veľkých hráčov, ale najmä chrániť používateľov digitálnych platforiem, a nezaťaží malých podnikateľov. Veľká vďaka, Andreas, za takýto návrh a obrovské nasadenie. Dámy a páni, schválením predloženého návrhu zavedieme štandardy, ktoré majú potenciál stať sa celosvetovými štandardami v prospech občanov.

Biljana Borzan (S&D). – Poštovana predsedavajúca, za početak želim čestitati izvestiteljima na odličnom radu na ovom velikom i važnom dokumentu. Predugo je internet rastao i mijenjao se bez ikakve kontrole. U više od dvadeset godina koliko je prošlo od posljednje regulacije, internet se značajno promijenio, okupirao našu svakodnevnicu, postao i nužda i zabava. Postao je i za neke i veliki izvor profita, a za neke velika prijetnja.

Čak 98,5% prihoda Facebooka i 83,3 % prihoda Googlea se ostvaruje oglašavanjem. Građani često nisu svjesni koliko velike platforme profitiraju na našim podacima, raspoložnjima, zdravstvenim stanjima, interesima i slično. Da nas netko prati na ulici to bi bilo ilegalno, no na internetu je sve dopušteno. Pozdravljam zabranu praćenja maloljetnika na internetu u svrhu oglašavanja, te lakše kontrole oglašavanja za odrasle.

Velik doseg ovog prijedloga je interoperabilnost različitih usluga, gdje se građane više neće morati primoravati da skidaju određene aplikacije samo zato jer ih njihov kontakt ima. U svjetlu nedavne presude protiv Googlea, koja ostavlja dojam kapi u moru, vrlo je važno osigurati transparentnost tržišta. Svi moraju imati jednak početni poticaj za uspjeh, i mali i veliki.

Ovo izvješće je preduvjet za pravednije digitalno tržište i pozivam države članice da zadrže ambiciozan pristup.

Svenja Hahn (Renew). – Frau Präsidentin, Herr Berichterstatter Schwab! Der *Digital Markets Act* ist ein Meilenstein der Big-Tech-Regulierung: lange gefordert und jetzt kommt er endlich. Liebe Margrethe Vestager, lieber Thierry Breton: Der Vorschlag der Kommission trägt eine klare liberale Handschrift, und unsere Position im Parlament geht in dieselbe Richtung.

Mit dem DMA schaffen wir Fairness für Nutzer und klare Regeln für Unternehmen, denn Verantwortung bemisst sich eben auch an Größe und Einfluss eines Unternehmens. Die neuen Regeln schieben dem Ausnutzen von Marktmacht endlich einen Riegel vor. Fairer Wettbewerb ist ein Gewinn für uns alle – für die, die heute schon groß sind, und für die, die morgen groß sein könnten, für Verbraucherinnen und Verbraucher, die mehr Klarheit und stärkere Rechte bekommen werden.

Mit der heutigen Abstimmung legen wir den Grundstein für fairen Wettbewerb online. Mit unserer Zustimmung machen wir klar: Das freie Internet geht Hand in Hand mit unseren demokratischen Grundwerten und marktwirtschaftlichen Prinzipien. Vielen Dank für die Zusammenarbeit.

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Madam President, Google Search and YouTube more or less decide which information reaches us. Google Maps and Waze on our Android phones follow exactly where we go. Our every heartbeat and step is monitored by Fitbit and we send our kids to Google schools where Google software can track and decide how we learn. And all this information goes to one and the same company.

A small number of Big Tech companies are slowly entering every aspect of our lives and we are slowly becoming completely dependent on them for our digital infrastructure and even our public services. The problem is these companies make decisions in the interest of the profit for their shareholders, and this means we cannot rely on them to run our entire societies in the public interest.

This is why I'm happy that Parliament calls for strong rules today. We need to scrutinise gatekeeper mergers and acquisitions in all markets, not only the digital ones, because tech companies simply don't always stick to digital markets, and we need interoperability of messenger services, meaning you should be able to send a message from your Signal account to your friends' WhatsApp.

Today we will vote on scrutinising gatekeepers' access to our personal details when they buy a new company. Taking our privacy into account here would both help break the ever-expanding market power of Big Tech and help protect users' fundamental rights. This is not only about abuse of power and markets. This is about our free choice, our autonomy and how we want to design our future society.

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, Facebook, Google, Amazon en Apple en andere techbedrijven zijn gewoonweg te groot en te machtig geworden om nog gezond te zijn. Dat komt omdat het monopolisten zijn waarvoor geen concurrentie bestaat. Daardoor kunnen ze ongelimiteerd kapitaal accumuleren, waardoor ze ongecontroleerde macht concentreren, waarmee ze zowel de markt als onze democratie manipuleren.

Het zijn bedrijven die wel overal zaakjes willen doen, maar nergens faire belastingen willen betalen. Het zijn bedrijven die de privacy van onze burgers schenden. Het zijn bedrijven die willen bepalen hoe onze cultuur en identiteit eruit moeten zien. Het zijn bedrijven die voordeel hebben bij de hyperflexibele globale economie, waarbij er altijd wel iemand te vinden zal zijn die genoodzaakt is om zijn arbeid te verkopen voor steeds minder salaris en steeds minder sociale bescherming.

Wie het met dit parasitaire, globalistische model oneens is, die censureren en blokkeren ze van hun platformen, want ze willen niet tegengesproken worden, omdat ze niet willen dat hun belangen geschaad worden. Deze ziellose multinationale bedrijven zijn in handen van een oligarchie van anonieme aandeelhouders die geen cultuur, identiteit of nationaliteit kennen en aan niemand verantwoording verschuldigd zijn. Ze willen de autoriteit van staten overnemen en culturen uitwisselen. Ze willen vrije en soevereine burgers transformeren tot onderdanige, rechteloze, vormeloze en inwisselbare consumenten. Aan de arrogantie van deze multinationale techbedrijven die denken met alles weg te kunnen geraken, moet een einde komen.

De rechten van burgers, consumenten en kleine bedrijven worden gegarandeerd door de democratische rechtsstaat en de soevereine volkswil, niet door de aandeelhouders en de gebruikersovereenkomst. Daarom is de Digital Markets Act volgens mij een goede stap in de juiste richting.

Beata Mazurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Z roku na rok obserwujemy duży wzrost zainteresowania handlem i usługami na wspólnym rynku cyfrowym. Ten fakt pomimo oczywistych korzyści dla wszystkich zainteresowanych niesie ze sobą też szereg zagrożeń.

Konkurencyjny i sprawiedliwy dostęp przedsiębiorstw do klientów jest podstawą współczesnej gospodarki cyfrowej. Użytkownicy zaś oczekują niezawodnych i wydajnych narzędzi online, oczekując równocześnie usługi najlepiej dostosowanej do własnych potrzeb, a nie do modelu najbardziej odpowiadającego dominującym platformom internetowym.

Wdrożenie aktu o rynkach cyfrowych zapewni użytkownikom sprawiedliwe i przewidywalne warunki korzystania z gospodarki cyfrowej oraz dzięki wprowadzeniu wspólnych zasad na jednolitym rynku będzie sprzyjać wzrostowi gospodarczemu i konkurencyjności. Trzeba pamiętać, że kluczowe znaczenie będzie mieć prawidłowe określenie obowiązków platform pełniących rolę strażników dostępu. W tym aspekcie porozumienie, które udało się osiągnąć, gwarantuje ochronę przed nieuczciwymi praktykami w obszarze usług cyfrowych regulowanych przez akt o rynkach cyfrowych.

Emmanuel Maurel (The Left). – Madame la Présidente, le DMA marque, en effet, une véritable avancée qui va permettre de mieux protéger les utilisateurs, mais aussi – et c'est notre souhait – de voir les petites et moyennes structures se développer face aux géants du Web. Je pense qu'il y a quand même un certain nombre de points qui peuvent être améliorés.

D'abord, la portée du DMA: il est question de réglementer Google, Apple, Facebook, Amazon et Microsoft, mais il ne faut pas oublier, par exemple, Alibaba et Tik Tok, et c'est pour cela que je soutiens la proposition de la Commission de descendre le chiffre d'affaires à 6,5 milliards d'euros, car cela permet d'avoir un spectre plus large.

Ensuite, je pense que l'utilité du DMA sera plus complète si toutes les activités des contrôleurs d'accès (*gatekeepers*) sont soumises à la réglementation, et je pense bien évidemment aux boutiques qu'ils hébergent.

En outre, pour ce qui est de l'utilisation des données personnelles à des fins commerciales, j'estime que, en cohérence avec tout ce que nous avons fait sur le RGPD, il faut interdire tout croisement des données entre les différentes entités, mais surtout la publicité ciblée et pas seulement pour les mineurs. Je pense qu'il faut l'étendre à tous les utilisateurs de ces plateformes.

Enfin, dernière revendication – et là, je suis d'accord avec bien des collègues: l'interopérabilité. C'est très important pour avoir un peu plus de liberté pour les utilisateurs du numérique.

Encore une fois, j'espère qu'on va voter tous ensemble pour cette considérable avancée.

Edina Tóth (NI). – Elnök Asszony! Európa digitális gazdasága csupán néhány nagy online platform kezében összpontosul. E kapuőrnek nevezett platformok sajnos kihasználják domináns helyzetüket, az európai kis- és középvállalkozások így kénytelenek a fejlődésüket gátló feltételekhez igazodni. Úgy gondolom, e mérföldkőnek számító, a digitális piacokról szóló szabályozás erősíteni fogja az innovációt, és növelni fogja a kkv-k versenyképességét. Üdvözlöm továbbá, hogy az Európai Parlament kiáll a gyermekek védelméért, mivel esetükben megtiltja a platformoknak a személyre szabott hirdetések megjelenítését. Azt láthatjuk, hogy a közösségi média az első számú veszélyforrás a kiskorúakra nézve. Gyermekeink könnyebben válhatnak zaklatás, erőszak vagy megfélemlítés áldozataivá az online térben. Nem engedhetjük meg, hogy az online tartalmakat a technológiai óriáscégek nyeresége alakítsa.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, collega's, weet u nog waar u was toen u voor het eerst op internet ging? De modem die kraakte en stokte. Maar de wereld is ondertussen veranderd. Gelukkig maar.

Wereldwijd wordt er 5,6 miljard keer per dag iets opgezocht op Google. Er worden 1,6 miljoen Amazon-pakketjes per dag verstuurd. Het toont aan dat onze digitale economie op volle toeren draait en dat de mensen inderdaad de weg naar het internet gevonden hebben. Maar het toont ook aan hoe reusachtig die bedrijven zijn en welke impact ze hebben op onze samenleving. Want bij zo'n grote omvang en zo'n invloed komt natuurlijk ook een grote verantwoordelijkheid. En die is vandaag helaas nog al te vaak zoek. Meer zelfs, de "Facebook Papers" die klokkenluidster Francis Hogan heeft getoond, hebben het wantrouwen alleen maar aangewakkerd en ook de vele rechtszaken van de Commissie tegen die techreuzen zijn daarvan een bewijs.

Het is daarom positief dat Europa het voortouw neemt en duidelijke regels schept. In plaats van achter de feiten aan te hollen, komen wij nu in de cockpit en kunnen we daadkrachtig optreden als het moet. De allergrootste techreuzen bepalen vandaag het reilen en zeilen in de digitale wereld en dat moet anders. Ik ben daarom blij dat we resoluut kiezen voor krachtige regels die een gezond en competitief digitaal klimaat scheppen, waarbij natuurlijk ook kleinere bedrijven bij mij in België en elders in Europa kunnen doorgroeien en ook de kans krijgen om de vruchten te plukken van de digitale transitie. Ook van mijn kant daarom felicitaties aan collega Schwab. Na de GDPR zetten we nu opnieuw de gouden standaard met Europa.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, er staat vandaag heel veel op het spel, getuige misschien wel de grootste lobbyoperatie die Brussel ooit heeft gezien. Google, Facebook en andere hebben miljoenen besteed, ook in de vorm van advertenties in kranten, om ons te bestoken. En toch ligt er een voorstel dat de macht, de marktmacht van de tech-conglomeraten drastisch inperkt. Het is een drieslag.

Ten eerste zet het voorstel het mes in "tracking and targeting" – de onzalige praktijk om zo veel mogelijk data te verzamelen en te gebruiken. Het is een massale schending van onze privacy en het gaat gepaard met verruwing door de verkoop van ophef en zelfs woede. Denk aan nepnieuws en samenzweringstheorieën. En het gaat ten koste van de traditionele media en, commissaris Margrethe Vestager, ten koste van het midden- en kleinbedrijf. Want van elke euro die besteed wordt aan advertenties verdwijnt meer dan 50 cent in de zakken van Google en Facebook. *Cut out the middleman!* Daarna moet er een verbod op *tracking-ads* komen. Het voorstel van vandaag is een sterk begin.

Ten tweede, dit voorstel kan bedrijven niet opbreken, maar kan ze wel openbreken. Interoperabiliteit is het sleutelwoord om de macht van de tech-conglomeraten te breken. We hebben concurrentie nodig en hierdoor kan eenieder voortaan van Signal naar WhatsApp communiceren.

Ten derde moet er een einde komen aan agressieve overnames door meer informatie te eisen over elke overname, zodat we concurrentie kunnen borgen. Deze week maken we een omslag om het internet uit de handen van de techconglomeraten te rukken en weer van ons te maken.

Sandro Gozi (Renew). – Madame la Présidente, notre marché est unique et il multiplie les opportunités pour les entreprises et pour 450 millions de consommateurs. Pourtant, il n'est pas encore adapté à l'ère numérique. Paradoxal, car l'Europe représente 15 % à 20 % du chiffre d'affaires des GAFAs et offre d'énormes opportunités commerciales que ces acteurs ne peuvent et ne veulent pas ignorer. Je remercie donc Margrethe Vestager, Thierry Breton, le rapporteur Andreas Schwab et tous les collègues pour leur excellent travail.

Avec le DMA, le Digital Market Act, nous reprenons le contrôle des géants mondiaux du numérique et nous pouvons finalement exiger un comportement responsable. Il n'y a pas de place dans notre marché unique pour les pratiques abusives et les conditions inéquitables imposées aux entreprises et aux consommateurs. Le DMA assure plus de pluralisme, de concurrence, de garanties pour les PME et de choix pour les consommateurs, une gouvernance plus efficace et plus d'innovation.

Oui, chers collègues, le DMA est une pièce maîtresse de notre nouvelle souveraineté numérique.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! „*They put their astronomical profits before people.*“ Mit diesen Worten beschreibt die Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen Facebooks Geschäftspraxis. Wir Grüne finden: *It's time to act.* Mit dem *Digital Markets Act* haben wir die Chance, das Internet zu demokratisieren. Die Kontrolle unserer Online-Kommunikation und -Information darf nicht in den Händen von wenigen Silicon-Valley—Bossen liegen.

Kleine und mittlere Unternehmen müssen im Online-Handel die gleichen Wettbewerbschancen bekommen wie Google oder Amazon. Große Plattformen nutzen ihre Marktmacht und Datenmonopole aus. Die EU muss faire Wettbewerbsbedingungen auch auf Onlinemärkten durchsetzen. Der *Digital Markets Act* kann dafür eine Grundlage sein.

Wir können Facebook, Google und Co. nur durch klare europäische Gesetze in die Schranken weisen. Wir brauchen Interoperabilität auch für Messenger. Wer einen Messenger nutzt, soll zukünftig auch an andere Messenger Nachrichten schicken können, so wie es bei SMS oder bei E-Mails bereits der Fall ist. Wir brauchen stärkere Bestimmungen, damit Tech-Konzerne nicht Start-ups aufkaufen, um sie als Konkurrenten loszuwerden.

Und wir müssen dafür sorgen, dass der *Digital Markets Act* nicht nur auf dem Papier gut aussieht, sondern durch die EU-Kommission auch durchgesetzt werden kann. Das bedeutet, dass die EU-Kommission ausreichend Personal braucht, um den *Digital Markets Act* durchzusetzen. Und das bedeutet auch, dass wir Abgeordnete Kontrollrechte brauchen, damit wir Fehlentwicklungen auch diskutieren und beurteilen können.

Unterstützen Sie deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Änderungsanträge aus dem Wirtschafts- und aus dem Industrieausschuss. Sie machen unsere Position klarer und sollten deshalb beschlossen werden.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, ik steun het onderhandelingsmandaat voor de digitale marktenwet. De almacht van de Big Tech verhindert momenteel de eerlijke concurrentie op onze interne markt, ontnemt onze kmo's groeikansen of doet ze zelfs helemaal verdwijnen, en dat gaat ten koste van onze innovatieve kracht.

Het is duidelijk dat de huidige mededingingsregels niet voldoen om een eerlijk speelveld te creëren op onze interne digitale markt. Daarom moet onze regelgeving inderdaad proactiever worden, rekening houdend met de digitale snelheid. Maar onze regelgeving mag niet protectionistisch worden. De VS is en blijft een belangrijke partner om samen wereldwijd de digitale standaarden te zetten, gelet op het oprukkende China. Ook mogen we de werking van de Trade and Technology Council niet beschadigen.

Anne-Sophie Pelletier (The Left). – Madame la Présidente, nos données personnelles sont la nouvelle mine d'or. Nos données de navigation, de géolocalisation, notre âge, notre genre, nos préférences, nos orientations politiques, religieuses, sexuelles, nos données personnelles de santé: des pans entiers de notre intimité sont collectés, jetés en pâture à des entreprises dont le modèle économique repose sur la violation de notre vie privée. Je pense bien sûr à Facebook, Amazon et consorts. Non contents de capter d'énormes quantités de données personnelles, ils orientent l'ensemble de nos comportements et de nos pensées, parfois même nos bulletins de vote.

Matraquage de publicité commerciale d'abord, de publicité politique désormais, avec des risques considérables pour le bon fonctionnement de nos démocraties. Ce que les GAFAM mettent en vente, au-delà de nos données, ce sont nos comportements futurs.

Nos données ne sont pas des marchandises et les internautes ne veulent pas de ce matraquage invasif dans leur espace privé. Alors, cessons ces atteintes à notre libre arbitre, à notre démocratie et mettons un terme à ce capitalisme de surveillance et d'influence.

Andrzej Halicki (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Jako były minister do spraw cyfryzacji w Polsce chciałem bardzo mocno podkreślić, że to bardzo ważny moment i bardzo ważny krok w kierunku budowania europejskiego wspólnego rynku cyfrowego. I cieszę się, że nad tymi dwoma uzupełniającymi się aktami, DMA i DCA, procedujemy w takiej zgodzie.

Ten konkretny akt, to rozporządzenie skierowane jest do największych podmiotów i największych graczy cyfrowych. Wydaje mi się, że progi ekonomiczne określono adekwatnie. Ważny jest zamknięty katalog usług, ważne jest bardzo silne narzędzie grzywny, które możemy stosować w przypadku nieuczciwych praktyk i omijania obowiązków. Akt DMA jest również takim aktem, który pozwala na rozwój europejskim podmiotom, tym mniejszym i średnim firmom. Myślę, że ten proces musimy wspomagać. I jako kontrsprawozdawca, jako osoba, która pracowała nad tym dokumentem, chciałem podziękować wszystkim innym sprawozdawcom za wspólną pracę, a także sprawozdawcy za finał rozmów.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhora Presidente, depois do RGPD, que serviu de referência em todo o mundo para a proteção de dados pessoais, damos agora com o DNA um passo equivalente para as regras da concorrência. Um passo para proteger os vendedores que veem os seus produtos copiados e clientes roubados pelas grandes plataformas e para proteger os consumidores obrigados a comprarem vários serviços mesmo quando só pretendem usufruir de um só.

É um resultado que temos que celebrar!

Vencido este *sprint* de atualização das regras da concorrência falta agora a maratona que será a sua aplicação. Teremos os meios necessários para fazer face às grandes tecnológicas, especialmente em matéria de interoperabilidade? Seremos suficientemente céleres para trazer de novo a concorrência aos mercados digitais beneficiando os consumidores e a inovação? Tal como o pudim se prova comendo, a lei mostrará a sua utilidade se for bem aplicada.

Podem contar com este Parlamento para verificar os resultados e afinar a regulação, caso se prove, como hoje aqui vi defendido, que é realmente preciso ir mais longe.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Frau Präsidentin Metsola, Frau Kommissarin Vestager, Herr Kommissar Breton! Es ist gut, dass sich die großen Akteure auf dem digitalen Markt Regeln auferlegt und versucht haben, ihre Dienste zu verbessern. Aber der Online-Markt muss offiziell reguliert werden, damit er sowohl die Sicherheit und die Rechte der Verbraucher als auch die Rechte anderer Wirtschaftsteilnehmer respektiert.

Die digitale Domäne steht erst am Anfang, und wir müssen sicherstellen, dass die Gesetzgebung zwar Entwicklung und Innovation nicht behindert, aber dass sie nicht unter Verwendung oder Missbrauch personenbezogener Daten erfolgt. Wir müssen die Rechtsvorschriften für den digitalen Markt ständig überwachen und bewerten, um sicherzustellen, dass die Grundgesetze des Binnenmarkts eingehalten werden: gleiche Wettbewerbsbedingungen, Verbrauchersicherheit und -schutz sowie identische Regeln für Online- und Offline-Anwendungen.

Ich gratuliere dem Berichterstatter Andreas Schwab und den Schattenberichterstattern für diesen Bericht und wünsche Ihnen viel Erfolg in dem Dialog.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Madam President, we do not want our online experiences to be dictated by the unfair practices of a handful of big tech companies. Their current dominance means that what we see online, who we interact with, and how our data is or isn't protected is mostly controlled by a group of profit-driven companies, many being bigger in size than European countries.

The Digital Markets Act (DMA) could have gone further but still, as it stands, this report will allow us to take back control and strive for more democracy online. We will be able to choose which apps we install on our devices, but mostly it will stop gatekeepers from secretly reusing people's data across their different services. We Greens/EFA /Pirates have called for the protection of users throughout the process. Fundamental rights must continue to be the priority.

Jessica Stegrud (ECR). – Fru talman! Konkurs och frihet är motorn i alla framgångsrika ekonomier – en insikt som inte alltid har så stort stöd i EU:s korridorer. Alltför ofta vill man i stället se centralisering och planekonomiska lösningar. I det här fallet är det emellertid annorlunda. *Digital Markets Act* utgör ett genuint försök att begränsa de stora teknikjättarnas enorma hegemoni.

Plattformen wie Google, Apple, Facebook und Amazon haben mit ihrem Übernahmeheld ein Monopol auf dem Markt. Es gibt keine Alternativen für Konsumenten. Es gibt keine realen Möglichkeiten für Wettbewerber. Diese Art von Dominanz sollte einfach geregelt werden.

Für die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs und Innovationskraft müssen kleine und mittelgroße Unternehmen deutlich bessere Möglichkeiten erhalten, sich zu entwickeln und zu verkaufen. Dies ist nämlich durch ein freies und offenes Internet morgendagens Erfindungen geschaffen.

Ich bin froh, dass wir eine Kompromisslösung gefunden haben, die ein Schritt in die richtige Richtung ist, und ich möchte allen Beteiligten für die sehr gute Zusammenarbeit danken.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Fair Play muss auch in der digitalen Welt gelten. Daher brauchen wir ein starkes Schwert, um gegen Wettbewerbsverzerrungen, gegen wettbewerbswidriges Verhalten vorzugehen. Das geltende Wettbewerbsrecht reicht nicht aus, um für faire Regeln zu sorgen. Daher ist es sehr gut, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass die Verordnung über digitale Märkte auf dem Tisch liegt.

Ich denke, wir brauchen auch einen starken digitalen Mittelstand. Das setzt voraus, dass Start-ups, dass kleine mittelständische Unternehmen zu fairen Konditionen Marktzugang haben zu den großen Plattformen und auch faire Bedingungen auf den Plattformen. Wichtig ist es, dass der Act, der jetzt auf dem Tisch liegt, treffsicher ist. Das heißt, dass er sich auf die größten Internetkonzerne konzentriert und auf sogenannte *Core Platform Services*, also Märkte mit echten Wettbewerbsproblemen.

Und das ist für mich das Wichtigste: nicht alles regulieren, nicht alles reglementieren, sondern nur da hineingehen und das anpacken, was wirklich Probleme macht. Und ich glaube, die Version des *Digital Markets Act*, die jetzt auch im Parlament erarbeitet wurde, die kann genau das leisten. Deshalb danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, allen voran Andreas Schwab, für seine großartige Arbeit.

Alex Agius Saliba (S&D). – Madam President, the digital market is the first of its kind, an ex-ante instrument to regulate big tech and to safeguard that markets impacted by them remain fair, contestable and also competitive. Big tech giants such as Apple, Google and Amazon have not only become unavoidable trading partners, but they have dictated the rules for too long, creating an environment that can tip off the market, distort competition and also harm our consumers.

The text negotiated by the rapporteur and also my colleague and shadow for the S&D Group, Evelyne Gebhardt, is an ambitious position that will introduce an obligation for interoperability for messenger and social media services, a ban on targeted ads for minors and better enforcement for the protection of personal data. Digital gatekeepers will have to be transparent and ban unfair practices, such as self-referencing, dark patterns and any obligations bundling traders to use only their own platform services.

I fully support a meaningful ex-ante instrument that will finally set the record straight and create a level playing field for fair and open markets, consumer welfare, and also the protection of European businesses, particularly our SMEs.

Luis Garicano (Renew). – Señora presidenta, señora Vestager, usted sabe mejor que nadie que la Unión Europea lleva dos décadas intentando poner coto a los abusos de las empresas tecnológicas y, realmente, no tenemos las herramientas para hacerlo. Piensen, por ejemplo, señorías, en la situación de la fusión de WhatsApp y Facebook: en su momento Europa no tenía esas herramientas, lo tuvo que dejar pasar, y ahora Facebook decide fusionar los datos de las dos plataformas para vender mejor sus anuncios, poniendo en peligro la privacidad de mil millones de usuarios.

La Ley de Mercados Digitales viene para poner coto a estos problemas: protegiendo la privacidad de los consumidores, mejorando la competencia, acabando con las fusiones asesinas... Además de, lo más importante, introduciendo la interoperabilidad. Yo creo que ese es realmente el gran avance de la legislación: permitir la interoperabilidad entre plataformas sociales, permitir la interoperabilidad entre redes de mensajería; creo que eso es lo que realmente puede cambiar este mercado para los consumidores.

En definitiva, señorías, señora Vestager, hemos escuchado la llamada de muchas pequeñas y medianas empresas que necesitan que la Unión Europea frene los abusos de los gigantes tecnológicos y ahora debemos usar estas herramientas.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Mr President, some very few powerful tech platforms currently dictate the rules on the Digital Single Market, and we all know the consequences. It is impossible to uninstall an app on your phone, although you want to use a different one, let's say 'maps'.

You search online for a certain Christmas present you want to give to a friend, and the first Google search result leads you to Google, or you want to use a messenger that satisfies your need for the protection of your personal data, but all your friends mostly use another service.

The Digital Markets Act will put an end to the dominance of a few Big Tech giants and give back true choice to the consumers. And not only consumers, but also alternative business models where small and medium sized companies will profit.

I think today is a good day because we finally set democratic rules for the online world. I could have personally even gone a little bit further, but I think the DMA is a very good step in the right direction, and I really want to also thank you, Mr Schwab, our rapporteur in the committee, all the shadow rapporteurs and all the rapporteurs of the opinion-giving committees.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor presidente, señora vicepresidenta, señor comisario, el Reglamento que debatimos hoy se aplicará a las plataformas con un impacto muy significativo en el mercado y que constituyen la puerta de comunicación entre empresas y consumidores.

Es una legislación pionera al abordar la competencia en los mercados digitales y, además, lo hace de una manera novedosa. Un aspecto fundamental es que los reguladores nacionales ya no tendrán que demostrar las posibles prácticas anticompetitivas caso por caso. Se establecen una serie de obligaciones para los *gatekeepers* y de esta manera se trata de acabar con ciertos comportamientos anticompetitivos antes de que causen daño alguno. Es decir, es una regulación *ex ante*.

Por otra parte, la Comisión Europea será la única autoridad competente en implementar la normativa, evitando así la fragmentación legislativa, lo que no es una cosa menor. Se trata, en definitiva, de un Reglamento que sienta las bases de una economía digital de mercado competitiva, transparente e innovadora. Muchas gracias y enhorabuena al ponente y también a los ponentes alternativos.

Adriana Maldonado López (S&D). – Señor presidente, señora vicepresidenta ejecutiva Vestager, señor comisario Breton, somos el primer continente en el mundo en legislar y regular a las grandes plataformas: no hay otro país ni otro continente que lo haya hecho antes y, por lo tanto, tenemos que estar a la vanguardia y ser un continente totalmente referente en estos grandes ámbitos.

Las grandes plataformas dominan gran parte de nuestro día a día y han cambiado nuestra forma de relacionarnos, nuestra forma de comunicarnos y también la forma y los hábitos de consumo que tenemos, sobre todo después de la COVID-19. Que utilicemos todas estas plataformas no significa que sean intocables; las grandes plataformas tienen que ser reguladas y la Unión Europea está a la vanguardia en eso, pero quiero mencionar dos grandes hitos que se consiguen con esta nueva regulación: la protección de los consumidores, y la protección y la igualdad de las pymes y de las empresas emergentes.

Los consumidores van a ver como se prohíbe la publicidad personalizada en los menores de edad, un gran logro de los socialistas europeos; también se exige mayor transparencia a las grandes plataformas sobre cómo se utilizan nuestros datos. Las empresas emergentes y las pymes van a conseguir estar en igualdad de condiciones en el mercado y poder ser ejes principales de la economía del futuro. Estamos a la vanguardia y también las multas serán un gran referente en esta nueva Ley.

Nicola Beer (Renew). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich bin der festen Überzeugung, dass alle Unternehmen im europäischen Binnenmarkt online genauso frei und fair miteinander konkurrieren können sollen, wie sie es offline tun.

Doch wir wissen, online ist das derzeit nicht der Fall, und das schadet Kunden wie Unternehmen. Daher schaffen wir mit dem *Digital Markets Act* einen Katalog für verbotene Verhaltensweisen im Markt, um den Wettbewerbsbehörden die Möglichkeit zu geben, Wettbewerbsprobleme in digitalen Märkten schneller zu identifizieren und zu beseitigen.

Unter anderem dürfen dann *Gatekeeper* eben eigene Produkte und Dienste nicht bevorzugt behandeln, sie dürfen Daten aus verschiedenen Diensten nicht mehr ohne Weiteres zusammenführen, es wird die Datenportabilität erleichtert und es wird mehr Wettbewerb in *App Stores* geschaffen. Ich glaube, das ist dringend notwendig.

Wir erreichen noch etwas: Mit dieser Gesetzgebung setzen wir uns weltweit an die Spitze derjenigen, die den Wettbewerb im Internet für alle, für Groß und Klein, für Kunden und Unternehmen, für den Mittelstand zum neuen Leben erwecken werden. Und ich glaube, das ist gut so.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, Commissioners, I would like to thank Andreas Schwab and his fellow shadows for bringing us to this point. We want to make our markets more open, more fair and more contestable, for businesses and for consumers. And that means, that those defined as gatekeepers due to their strong presence in the single market cannot abuse that dominant position they now hold. They cannot favour their own products or services over those of their dependent users. Then they cannot keep data relevant for those users and use it to compete against them. For businesses dependent on these large platforms, they can now operate in a fair environment, allowing them to compete and in turn provide more choice for our consumers.

And of course, innovation can now flourish not just with the gatekeepers, but with so many of the EU European companies that we need to encourage. I welcome the fact that regulatory dialogue has been included in the proposal. I think that's important, we must recognize that some very valuable products and services are available from these gatekeepers. And we must ensure that there aren't negative consequences of our actions. But scrutiny is very important, and I look forward to following the dialogues and the next steps.

Liesje Schreinemacher (Renew). – Voorzitter, digitale platforms hebben veel voordelen, voor zowel ondernemers als consumenten. Zeker tijdens de coronacrisis is het goed dat ondernemers hun producten die ze normaal in hun winkels verkopen, makkelijk via platforms kunnen aanbieden.

Dat is goed nieuws, maar we hebben deze platforms wel veel te lang hun eigen regels laten bepalen. En toen zijn platforms gaan doen waar ze goed in zijn, namelijk heel snel groeien, waardoor we nu met een handjevol grote spelers op de Europese markt zitten die nagenoeg alle gebruikers bedienen. Met hun exponentiële groei zijn deze platforms ook grote hoeveelheden data gaan hamsteren, hun eigen producten voorrang gaan geven en het gebruikers bijna onmogelijk gaan maken om over te stappen naar een concurrent. Het is goed dat we daar met de regels waar we vandaag over stemmen, verandering in gaan brengen, want dat werd hoog tijd.

Claudia Gamon (Renew). – Herr Präsident! Mit dem Digitalpaket DMA und DSA gelingt der Europäischen Union wirklich ein Meilenstein. Die Milliardenstrafen gegen die Digitalunternehmen in den letzten Jahren haben ja gezeigt, dass es Handlungsbedarf gibt. Jetzt schaffen wir die Werkzeuge, um fairen Wettbewerb zu garantieren und Europa dadurch wieder zum Startpunkt für digitale Innovation zu machen.

Wie machen wir das? Zum Beispiel durch Interoperabilität. Das bedeutet, dass User, unabhängig davon, welchen Messengerdienst oder welche Plattform sie verwenden, untereinander Nachrichten austauschen können, ohne dafür mehrere Apps zu brauchen, die sie vielleicht auch gar nicht haben wollen.

Für den DSA werden wir dann auch eine Grundlage schaffen, damit größere und kleinere Online-Plattformen auch den Regeln folgen müssen, die wir für sinnvoll erachten. Damit wir einerseits auch einen klaren Umgang mit illegalen Inhalten haben, aber auch ganz klar regeln können: Wie können wir unsere Demokratie online schützen, gegen Fake News vorgehen und zum Beispiel auch *Deepfakes* endlich kennzeichnen? Es hat lange gedauert, aber endlich ist das Politik-Update für die digitale Welt da.

Thierry Breton, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, tout d'abord merci pour ce débat.

Je crois que nous sommes très proches de créer un espace numérique équitable, ouvert et compétitif, un espace où les consommateurs sont protégés de la même manière partout dans toute l'Union, tout en permettant, évidemment, aux entreprises innovantes de prospérer au sein du marché unique. J'espère que le Parlement sera en mesure de voter sa position et je tiens à vous remercier tous d'avoir fait ce choix important pour l'avenir de notre société et de notre économie.

Le DMA a précisément pour but de permettre à des startups innovantes de venir concurrencer les plateformes établies. C'est toute la philosophie du DMA et c'est pour cela que nous l'avons proposé, c'est pour éviter que les grandes plateformes – ce qu'on appelle les *gatekeepers* – réduisent l'innovation. Si le DMA harmonise les obligations nécessaires pour réorganiser les aspects économiques, le DSA, lui, harmonise les obligations nécessaires pour protéger nos sociétés et nos concitoyens, notamment contre les contenus illicites et préjudiciables.

La Commission sera prête, évidemment, à entamer avec vous et la future présidence française les travaux en vue de mener à bien ces deux dossiers: le DMA et le DSA. Il s'agira aussi de les mettre en œuvre ensemble, dès que possible.

Vous pouvez évidemment compter sur la Commission pour travailler avec l'ensemble d'entre vous lors des prochaines étapes, notamment à l'occasion des trilogues.

Et par ailleurs, si vous le permettez, je voudrais à mon tour remercier aussi M^{me} Gebhardt. D'abord, pour son engagement sur ce dossier: je peux porter témoignage ici qu'il a été constant. Mais aussi, si vous le permettez, chère Madame Gebhardt, pour l'ensemble de votre travail au sein de ce Parlement et pour l'Union.

Margrethe Vestager, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, I wish to thank all the Members for a very good debate. I think everyone who has listened in has felt that this is what democracy is about – grappling with a thing that makes us feel small.

This is really about empowering people and harnessing the powerful. Because with size comes responsibility, and I think that is the worst threat exposed in every intervention here today. For that, I want to thank you.

Because this also, I think, shows the commitment for the work that we have ahead of us, to make sure that it is as now tabled, proportional, gives legal certainty and, first and foremost, enforceability – that we can make this work on the ground. As my colleague Thierry Breton just said, this is a pro-innovation proposal. This is a proposal that gives a chance to smaller businesses, enabling them – based on their ideas, their work ethic, their business model – to get to their customers.

I just came back from the U.S. a few days ago and it was interesting to see the interest, the open questions, and to be able to explain what it is that we're doing. I see a lot of the things that we're doing here mirrored in the debates that they are having both in the Congress and in the Senate. I find that very encouraging. I also find it encouraging that here we are, in a legislative chamber, setting the agenda for the future at the first. I also want to add myself to the row of people thanking Member Gebhardt for the work done. It must be really fulfilling to have this big project as one of the final ones. Congratulations and thank you.

I think now the architecture of the proposal has been validated, with a robust designation mechanism for gatekeepers, with an exhaustive list of 'dos and don'ts' rather than open-ended case-by-case remedies, and with centralised EU level enforcement.

All of this has been based on the broad evidence pointing to a number of fundamental concerns when it comes to the behaviour of gatekeepers, as said in so many interventions today. At the same time, this is a focused proposal, this is an enforceable proposal. I look forward, fully committed, to the work we have ahead of us to make this happen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet heute, Dienstag, 14. Dezember 2021, statt, die Schlussabstimmung am Mittwoch, 15. Dezember 2021.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Josianne Cutajar (S&D), *in writing*. – Europe today is taking an important step in establishing order in the online world. It has been over twenty years since we have updated our digital market's rules. Most of the major players existing today, as well as their business models, had not even been invented. In Europe, we cherish fairness and competition. As legislators, we need to ensure markets that are contestable and fair. The Digital Markets Act will do exactly this, holding dominant players accountable for their actions, levelling the playing field by obliging them to respect specific rules. If not, they will face consequences. For this reason, it will be paramount that the DMA is enforced appropriately once it comes into force. Many sectors in the EU need this. The European travel and tourism sector needs this. This is for the best interests of consumers. Let us keep setting the example for the rest of the world. Let us keep preserving the diversity in our markets and ensuring European businesses can become strong players in the market.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – The digital world is evolving very rapidly and it is difficult to be regulated with the old rules and by analogy. The Digital Markets Act will be our opportunity to shape the digital economy, not only at EU level, but also to make it a golden standard for the rest of the world.

The digital technologies often creates situation where certain actors can easily gain monopolistic positions on the markets, especially new ones. In the digital world a monopolistic position is even more dangerous. Because the big tech entities comprise several groups of services, they are ecosystems of their own, while all other traditional businesses become more and more dependent on digital platforms to operate and sell.

These platforms intermediate the majority of transactions between end users and business users. This gives them opportunity to twist the rules of certain markets to their advantage, but also promote self-preference and gain unfair advantage from the combination of users' data from all their services.

That is why we in the PPE Group want strong and clear rules and mechanisms which ensure that the gatekeepers cannot undermine competition. We need faster procedures and sanctions for those who repeatedly fail to comply.

4. Europäisches Jahr der Jugend 2022 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Sabine Verheyen im Namen des Ausschusses für Kultur und Bildung über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Jahr der Jugend 2022 (COM(2021)0634 – C9-0379/2021 – 2021/0328(COD)) (A9-0322/2021).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Sabine Verheyen, *Berichterstatlerin*. – Herr Präsident, liebe Kommissarin, liebe Mariya Gabriel, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die anhaltende COVID-19-Pandemie trifft junge Menschen nach wie vor unverhältnismäßig stark. In einer so wichtigen Entwicklungsphase ihres Lebens, ihrer Jugend, ist das gesellschaftliche Leben zunächst völlig zum Erliegen gekommen und erfährt bis heute anhaltende Einschränkungen. Gleichzeitig stehen sie vor der Herausforderung, ihre Ausbildung fortzusetzen, in den Arbeitsmarkt einzutreten und ihr soziales und wirtschaftliches Leben aufrechtzuerhalten. Dabei ist es gerade das gesellschaftliche Miteinander, welches die Jugend maßgeblich prägt.

Durch Corona ist es jungen Menschen nicht möglich, ihre Freunde zu treffen, neue Bekanntschaften zu knüpfen und andere Länder zu entdecken. Diese Einschränkungen haben die jungen Menschen aus Solidarität akzeptiert und entschieden mitgetragen. Nun ist es Zeit, dass wir sie in den Fokus rücken.

Aus diesem Grund freue ich mich ausgesprochen, dass ihnen nun das Jahr 2022 als Europäisches Jahr der Jugend gewidmet wird. Damit zeigen wir: Die Jugend ist eine Priorität in Europa. Dieses Jahr wird den Grundstein legen, ihnen verstärkt eine Plattform zu geben, um sich Gehör zu verschaffen. Denn es ist die junge Generation, die die heutigen Entscheidungen langfristig miterleben wird, und deshalb sollten sie sie auch mit prägen.

Wir brauchen das Engagement und das Mitwirken der gesamten jungen Generation, um eine bessere, ökologischere, digitalere und inklusivere Zukunft in Europa zu kreieren und aufzubauen. Mit der Initiative des Europäischen Jahres der Jugend soll den jungen Menschen die Chance geboten werden, die Zukunft Europas mitzugestalten, und ihnen so zu besseren Zukunftschancen verholfen werden.

Durch verschiedenste Aktivitäten und Veranstaltungen werden wir allen jungen Menschen Politik und politische Themen näherbringen, insbesondere denjenigen mit geringeren Chancen, sich staatsbürgerlich und politisch zu engagieren. Acht Millionen Euro frisches Geld wurden über die Aufstockung der Programme Erasmus+ und *European Solidarity Corps* speziell für dieses Jahr zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus können die Aktivitäten aus anderen, den jeweiligen Themen entsprechenden Fonds unterstützt und finanziert werden.

Schwerpunktmäßig wird es in diesem Jahr um Themen gehen, die insbesondere die jungen Menschen umtreiben, wie z. B. Gleichstellung, Inklusion, die Ökologie, der Klimawandel, Nachhaltigkeit, mentale Gesundheit, Arbeitsplätze, Praktika und die Rahmenbedingungen für faire Entlohnung.

Umso mehr freue ich mich, dass wir sicherstellen konnten, dass die jungen Menschen die Protagonisten dieses Jahres werden. Es wurde auch sichergestellt, dass sie in die Planungen und in die Durchführung strukturell mit einbezogen werden. Das Europäische Jahr der Jugend ist ein Projekt nicht nur der klassischen Jugendpolitik, sondern aller politischen Themenbereiche. Und so haben bereits viele Ebenen ihre Bereitschaft signalisiert, Teil dieses Jahres zu werden.

Und so fordere ich auch alle Ausschüsse dieses Hauses auf, der jungen Generation eine Plattform zu geben, die anstehenden und aktuellen Themen in einem geeigneten Format zu diskutieren, sie ernst zu nehmen und in die Diskussion aktiv mit einzubeziehen. Wenn wir dieses Jahr richtig angehen, leisten wir einen großen Beitrag, um gestärkt aus der Pandemie hervorzugehen. Dazu brauchen wir die Kooperation und die Unterstützung aller Ebenen: der lokalen, der regionalen, der nationalen und der europäischen.

Hier ist noch viel zu tun und zu leisten, damit das Europäische Jahr der Jugend wirklich bei den jungen Menschen vor Ort in ganz Europa ankommt, Wirkung zeigt und erfahrbar wird. Viele wissen noch gar nichts davon, dass es dieses Europäische Jahr der Jugend gibt. Es ist auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Jahr wirklich in jede Stadt, jedes Dorf, jeden Ort überall hineingetragen wird, um so die Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse und die Notwendigkeiten für die junge Generation zu lenken.

Lassen Sie uns gemeinsam das Jahr 2022 zu einem echten Europäischen Jahr der Jugend machen!

Der Präsident. – Frau Berichtsteratterin, das Europäische Jahr der Jugend fällt ja auch zusammen mit der Konferenz zur Zukunft Europas. Keine Zukunft ohne Jugend! Daher ist es so wichtig, dass wir das Europäische Jahr der Jugend auch in eine Verbindung mit der Zukunft Europas bringen. Auch die Konferenz zur Zukunft Europas wird ohne die Beteiligung der Jugend kein Erfolg werden.

Mariya Gabriel, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, il y a une semaine, le Parlement européen et le Conseil ont trouvé un accord politique pour faire de l'année 2022 une année européenne de la jeunesse. Je me félicite que nos efforts communs aient rendu possible ce compromis ambitieux, moins de trois mois après l'annonce par la présidente von der Leyen. Il est aussi et surtout une réponse concrète aux interrogations actuelles des jeunes. Je tiens également à remercier la rapporteure, M^{me} Verheyen, les rapporteurs fictifs et tous les membres de la commission de la culture et de l'éducation pour leur travail assidu.

Comment s'ouvrir au monde quand le monde autour de soi est confiné? Comment vivre ses meilleures années malgré les mesures sanitaires restrictives? Pendant près de deux ans, nos jeunes ont dû sacrifier des moments clés de leur jeunesse. Cette période où l'on se construit, se forme, que ce soit dans des cours d'école, des ateliers d'apprentis, des amphithéâtres d'université ou des terrains de sport. Malgré ce contexte difficile, ils se sont montrés de formidables agents de changement, porteurs de valeurs et demandeurs d'actions politiques concrètes. Une partie de la jeunesse a déjà été claire sur la question du climat: les jeunes veulent des actions concrètes. L'Année européenne de la jeunesse a pour objet de mieux écouter, impliquer et soutenir les jeunes dans nos actions politiques.

D'abord, écouter, car pendant les deux dernières années, les opportunités d'éducation et de mobilité ont manqué pour nos jeunes, leur entrée sur le marché du travail a été retardée, ils ont souffert de taux croissants d'anxiété et de dépression, et pourtant, ils ont continué à s'exprimer et à manifester leur intérêt de peser sur l'avenir.

Ensuite, impliquer, quand nous voulons inciter les jeunes à être une force de changement et des acteurs actifs de la vie politique. Les jeunes sont porteurs d'idées pour construire l'avenir, un avenir qu'ils veulent plus vert, plus numérique et encore plus inclusif.

Et enfin soutenir, car fortement touchés par la crise de la COVID-19, dans un moment où ils auraient dû faire l'expérience de la vie en société, les jeunes ont besoin plus que jamais de sentir que nous sommes à leurs côtés.

Écouter, impliquer, soutenir: voilà ce qui définit le contexte et l'esprit de l'Année européenne de la jeunesse. L'enquête que nous avons lancée, fin octobre, dans toutes les langues de l'Union européenne sur le portail européen de la jeunesse, le confirme. Près de 60 % des répondants veulent que le changement climatique soit un thème phare de l'année. Avec l'Année européenne de la jeunesse, nous proposons un changement de paradigme. Elle est une incitation à prendre systématiquement la perspective de la jeunesse dans notre action politique et à donner une réponse concrète à leur vision. Les jeunes demandent qu'on inclue leurs perspectives et leurs idées dans les politiques publiques. Toujours dans notre enquête, plus d'un répondant sur deux affirme qu'il aimerait activement contribuer à l'Année européenne de la jeunesse, une initiative cruciale pour générer une nouvelle dynamique européenne.

Un principe phare de l'année est la cocréation qui vise à associer toutes les parties à la conception et à la mise en œuvre de l'Année. Partout, nous entendons les jeunes, les parties prenantes du secteur de la jeunesse au niveau européen, national, régional et local, les États membres, l'ensemble des services de la Commission, les autres institutions et ici particulièrement, le Parlement européen dans cette conception et dans la mise en œuvre des activités de l'Année, et je suis convaincue que son succès dépendra largement de votre mobilisation et contribution actives.

Mesdames et Messieurs les députés, soyez assurés que nous partageons l'ambition du Parlement de faire de cette Année européenne de la jeunesse une année réussie, à la fois concrète et ambitieuse, inclusive et avec un impact à long terme.

Tout d'abord, l'Année européenne de la jeunesse embrassera un large champ de domaines: l'emploi, l'éducation, la santé, le climat, le numérique. Nous voulons qu'elle englobe l'ensemble des politiques de l'Union et, bien sûr, qu'elle aille de pair avec la mise en œuvre du plan de relance NextGenerationEU.

L'année doit être résolument inclusive. C'est pourquoi, j'insiste, notre ambition est de toucher et d'associer tous les jeunes. L'Année s'adresse aux jeunes de tout âge, de tout milieu social, de toutes les régions d'Europe, à ceux qui ont moins d'opportunités, y compris dans des zones rurales ou des territoires d'outre-mer.

Cocréation, inclusion et action sont donc quelques principes clés qui définissent l'esprit de l'Année européenne de la jeunesse. Nos jeunes méritent des actions concrètes et nous nous félicitons du résultat du trilogue politique et des compromis trouvés, notamment en ce qui concerne l'objectif du *mainstreaming*, la gouvernance ainsi que le budget de l'Année. Nous restons convaincus qu'il s'agit d'un budget important qui permettra de servir les objectifs de l'Année européenne. La Commission est déjà occupée à mettre à jour le *mapping*, c'est-à-dire la cartographie des programmes qui contribuent au budget de l'année européenne de la jeunesse. Pour cela, nous sommes en contact régulier avec tous nos services et nous ne manquerons pas de vous tenir informés régulièrement de la prochaine mise à jour.

Pour finir, je reste convaincue que, grâce à son large champ d'application et à son caractère inclusif, l'Année européenne de la jeunesse fera la différence dans la vie de tous les jeunes et c'est l'objectif que nous nous donnons. Je suis sûre qu'il est aussi partagé par le Parlement européen. Merci de vos idées, de vos remarques et de votre écoute.

Michaela Šojdrová, za skupinu PPE. – Pane předsedající, dámy a pánové, před třemi měsíci zde předsedkyně Evropské komise Ursula von der Leyenová oznámila, že od 1. ledna 2022 bude Evropský rok mládeže, a po třech měsících zde máme legislativu, která to má umožnit. A já chci poděkovat paní komisařce, paní zpravodajce i všem, kteří k tomu dopomohli. Naším společným cílem je podpora, povzbuzení mladých lidí, na které nejvíce dopadl právě COVID-19, pandemie, *lockdown*, nemožnost cestovat, studovat, zkrátka žít normální život. Evropský rok mládeže by měl právě obnovit perspektivu pro mladé lidi a zároveň zajistit stejné příležitosti pro všechny včetně, kteří třeba neměli tolik štěstí v životě.

Chtěla bych ocenit také navýšení rozpočtu na příští rok jak v programu Erasmus+, tak v Evropském sboru solidarity o 5 a 3 miliony EUR. To znamená, že díky tomuto navýšení nebude mít tento rozpočet dopad na stávající aktivity programu Erasmus+ a Evropského sboru solidarity. Pomocí spolufinancování také z dalších programů Evropské unie bude možné využít tyto peníze pro potřeby mladých lidí také v sociálních oblastech a dalších. Doufám, že právě výzvy v programech Erasmus+, Evropském sboru solidarity budou hned na začátku příštího roku k dispozici. Evropský rok mládeže nabízí tedy řadu aktivit pro mladé lidi napříč Evropou a při realizaci by se nemělo zapomenout i na znevýhodněné mladé lidi pro jejich úspěšný start do života. Chci všem poděkovat a očekávám, že příští rok zde budeme bilancovat dobré výsledky.

Petra Kammerevert, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mariya Gabriel! Das Europäische Jahr der Jugend 2022 kommt zur rechten Zeit, wenn denn die Erwartungen, die in das Jahr gesetzt werden, auch am Ende tatsächlich erfüllt werden. Denn es kann nicht darum gehen, in den kommenden zwölf Monaten ein paar nette Veranstaltungen und Events mit jungen Menschen abzufeiern, und das war's dann.

Das Jahr ist die Chance, unbezahlten Praktika endlich die notwendige Absage zu erteilen. Das Parlament hat das bereits in zwei Entschließungen gefordert und die Kommission zur Vorlage entsprechender Vorschläge aufgefordert. Es ist die Chance, dem Wert der Jugendarbeit und informeller und non-formaler Bildung einen größeren Stellenwert einzuräumen. Es ist die Chance, nicht nur ständig über Partizipation zu reden, sondern sie auch tatsächlich zu leben, und im vorhandenen EU-Jugenddialog an uns artikulierte Wünsche und Forderungen auch endlich systematisch umzusetzen.

Wir haben jetzt die Chance, die gegenseitige automatische Anerkennung von Lernzeiten spürbar voranzutreiben und so die gewünschte Mobilität in der Bildung zu stimulieren. Nutzen wir die Chance, um europäisch unsere gesamte Politik jugendgerechter auszugestalten. Der rechtliche Rahmen ist jetzt da. Jetzt ist es vor allem an uns, das Europäische Jahr zum Erfolg zu führen. Wir alle sind in der Pflicht, die hohen Erwartungen der jungen Menschen zu erfüllen.

Die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung haben gerade jungen Menschen viel abverlangt und ihnen einen Teil ihrer Kindheit und Jugend geraubt. Es ist jetzt an uns, das nun zumindest zum Teil durch eine gute Politik, die Kinder und Jugendliche in das Zentrum unseres Handelns stellt, wiedergutzumachen. Ich hoffe auf einen großen Erfolg in diesem Jahr, und es liegt wirklich an uns.

Laurence Farreng, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, 2022 sera l'Année européenne de la jeunesse. Quelle belle nouvelle, quel signe d'espoir! Il faut saluer le travail du Parlement européen qui a bouclé les négociations dans un temps record en obtenant des véritables victoires.

Nous avons obtenu un budget consolidé. Nous avons obtenu la contribution de tous les grands programmes européens pour mettre la jeunesse au cœur des politiques européennes. Nous avons obtenu que les jeunes soient dans l'action et nous avons obtenu que cette année 2022 ait une suite.

Ce n'est qu'un début. Maintenant, il faut faire de l'Année européenne une année marquante et une année efficace. 2022 doit rendre aux jeunes les opportunités perdues à cause de la pandémie. Tous les domaines de leur vie doivent être considérés: accès à l'emploi, à la formation, à leur santé psychologique, aux programmes de l'Union existants – et je souligne l'effort qui a été fait pour Erasmus+, pour l'ouvrir davantage et le rendre plus accessible – et changement climatique, bien sûr. Enfin et surtout, comment leur garantir que l'Union européenne demeurera un grand espace démocratique alors que la justice, les médias, l'accès à l'avortement, les droits des LGBT sont menacés dans certains pays européens?

Pour réussir, il faut que tout le monde s'implique et je pense notamment aux villes et aux régions qui ont un grand rôle pour amener cette année européenne en proximité. Cette Année européenne de la jeunesse ne doit pas être une année de communication, mais une année d'action qui doit avoir une suite. Je compte sur la Commission. Ce Parlement et moi-même y veillerons.

Salima Yenbou, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je salue M^{me} la rapporteure et mes collègues rapporteurs fictifs pour le travail que nous avons accompli ensemble pour enfin déclarer 2022 Année européenne de la jeunesse.

J'ai entamé ces négociations avec un objectif en tête: que cette Année ne soit pas un exercice de communication, un festival par-ci, une conférence par-là où les politiques répètent que notre jeunesse est une source d'inspiration, l'avenir de l'Europe et qu'elle mérite mieux. Je veux des actes illustrant les belles paroles et les promesses, et cette volonté a été largement partagée, ce qui nous a permis de parvenir à un bon accord.

Je me suis battue pour une Année inclusive qui promeut l'égalité des genres et met les personnes les plus marginalisées au centre. Une Année qui renforce la coopération et le dialogue avec nos jeunes voisins de l'Europe. Une Année qui ne se contente pas de célébrer les jeunes, mais qui appelle leur contribution active.

J'ai entendu par ailleurs la forte demande des jeunes de mettre fin aux stages non rémunérés. J'aurais aimé voir cette demande mise à l'œuvre à l'occasion de l'Année européenne de la jeunesse. Je ne baisse cependant pas les bras et je continuerai à faire avancer cette question et me battre pour y mettre fin. Nous veillerons aussi à ce que la Commission et les États membres tiennent leurs engagements. Je lance un appel particulier, forcément, à la présidence française du Conseil de l'UE, sous laquelle se déroulera la moitié de cette Année, ainsi que la conclusion de la conférence sur l'avenir de l'Europe.

Nos jeunes nous parlent, crient depuis des années. Quelques-uns d'entre nous écoutons, mais nous ne sommes pas assez nombreux. Rejoignez-nous. Nous devons saisir cette occasion pour faire de cette Année de la jeunesse le lancement d'un changement positif des politiques pour avoir un impact durable sur la vie, la santé et l'avenir des jeunes mis à mal par la COVID-19.

Célébrons nos jeunes et donnons-leur les moyens de nous dire l'Europe qu'ils souhaitent et de vivre pleinement leur jeunesse.

Gianantonio Da Re, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo scorso 15 settembre la Presidente von der Leyen ha annunciato in quest'Aula la proposta di proclamare il 2022 «Anno europeo dei giovani».

L'obiettivo sarebbe quello di intensificare gli sforzi dell'Unione, degli Stati membri, delle autorità locali per aiutare i giovani a migliorare la loro situazione sociale riducendo gli ostacoli all'accesso al lavoro e promuovendo il riconoscimento reciproco dei diplomi.

Una buona iniziativa che però è destinata a rimanere tale se non vi è davvero la volontà politica di dare una continuità progettuale andando ben oltre il 2022. Ma non solo, l'attenzione particolare deve essere riservata ai giovani con disabilità, che più di tutti hanno subito gli effetti negativi della pandemia e che più di tutti hanno visto aumentare le discriminazioni e l'inclusione socioeconomica in questi ultimi complicati anni.

L'obiettivo dell'inclusione sociale richiede la dedizione e la costanza nel tempo, con azioni reali e concrete. Lo stesso governo italiano, grazie a Matteo Salvini, ha istituito per la prima volta il ministero specifico delle Disabilità, guidato dall'onorevole Erika Stefani.

In Italia sei milioni di donne e uomini, di bambini, anziani e le loro famiglie sono stati per troppo tempo dimenticati, ma grazie a questo ministero non accadrà più. Serve quindi un'attenzione analoga anche da parte dell'Unione.

È quello che chiedo a tutti voi oggi, l'attenzione alla disabilità non può e non deve essere limitata nel tempo e quindi non può e non deve essere celebrata in un solo anno. La disabilità non conosce scadenze temporali. È compito di questa Europa non porre limiti a queste cose. Buon Natale a tutti.

Elżbieta Kruk, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Proponowany akt o ustanowieniu roku 2022 Europejskim Rokiem Młodzieży wydaje się cenną inicjatywą, jednak dzisiejsze zideologizowanie Komisji i Parlamentu Europejskiego rodzi pytania. Czy w proponowanych programach będą obecne tradycyjne wartości naszej cywilizacji: wartości chrześcijańskie, narodowe czy rodzinne, które pozytywnie kształcą osobowość młodego człowieka, czy też będzie to lewacka indoktrynacja tak dominująca w unijnej polityce? Czy przedsięwzięcie to nie zostanie wykorzystane do narzucenia młodzieży lewackiej wizji świata? Czy nie będzie to ofensywa przeciwko tradycyjnym wartościom, wbrew rodzicom, którzy mają prawo do wychowania dzieci zgodnie z własnym światopoglądem, zgodnie ze swoimi przekonaniami?

W czasach komunizmu w Polsce i w innych krajach Europy Środkowej starano się ideologizować dzieci, faszerować je komunistyczną propagandą. I dziś w szkołach naszym dzieciom próbuje się wciskać ideologię wcale nie lepszą niż bolszewicka. Mam nadzieję, że nie jest to droga do tworzenia nowego człowieka. Kiedyś był to *homo sovieticus* – człowiek sowiecki, będzie *homo europeus* – człowiek europejski. Brońmy prawa młodzieży do nauki bez lewackiej indoktrynacji.

Niyazi Kizilyürek, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, 2022 will be dedicated to European youth, which, during the last decade, has been affected both by the financial crisis and COVID-19, and has really suffered a lot.

Now young people will be in our focus. The European Year of Youth is a genuine opportunity for young people so that they are at the centre of our policies. Most importantly, I wish that they themselves will be involved in the decision-making process at every level – at local, regional, national and EU level. The youth should be part of the whole design. It must genuinely become a year from the youth to the youth. That would be the real benefit of the year.

Young people's needs and desires are well known. Engagement and political participation, connections and exchange of experiences, education and empowerment, and, of course, employment, are the basic demands of young people. What is at stake now is to find solutions to these problems, solutions which show the outcome of a direct involvement and participation of youth. That is the aim and the challenge of a European Year of Youth.

Let me finish with a concluding remark. For everything to be in place by the start of the year, everyone who was involved in this procedure had to work hard and under time pressure. I hope this was a one-time procedure and shall not be repeated in the future.

Chiara Gemma (NI). – Signor Presidente, signora Commissaria, signora relatrice, onorevoli colleghi, la pandemia ha avuto un impatto devastante soprattutto su bambini e adolescenti.

Il lockdown, la chiusura forzata delle scuole e la sospensione dei servizi educativi rivolti a giovani vulnerabili hanno moltiplicato a dismisura il loro disagio. Gli effetti saranno purtroppo riscontrabili a tutti i livelli, dal benessere psicofisico al rischio di avere seri problemi nell'apprendimento e nelle capacità relazionali.

Per queste ragioni dobbiamo adoperarci per garantire il successo del 2022, Anno europeo dei giovani, come un atto dovuto al futuro dei nostri figli. Dovremo assicurarci che, fin dal primo momento, siano loro i veri protagonisti, soprattutto nella definizione delle priorità da raggiungere. Affinché l'iniziativa risulti davvero inclusiva, non sarà sufficiente parlare per i giovani, ma dovremo parlare con i giovani.

E allora, cari giovani, non siate spettatori, ma protagonisti della storia che vivete oggi. Sporcatevi le mani, mordete la vita, non adattatevi, non rinunciate alle vostre mete, caricatevi sulle spalle chi non ce la fa. Voi non siete il futuro, siete il nostro presente.

Lídia Pereira (PPE). – Mr President, we are here today to discuss the European Year of Youth, but 2022 will also be the year of important decisions, as we expect to reach crucial conclusions on the future of Europe. Making 2022 the European Year of Youth and completing the Conference on the Future of Europe cannot be a coincidence. As a young politician and President of the Youth of the European People's Party, it is a privilege to live in a Union that leads the fight against climate change and shapes an economy not for today, but for future generations.

A key cause of younger generations. The environmental and digital transitions are shifting the way our society works, but we cannot deny that we are still trying to recover from a crisis that is not yet over. In fact, we don't know when it will be over. Yet, every uncertainty can be a tremendous possibility. Every adversity must be a new opportunity.

The implementation of Next Generation EU needs to be a tool at the service of young Europeans, providing educational training, ensuring economic growth and delivering well-paid and quality jobs. Young Europeans want a Europe where each generation lives better than the generation before. We – politicians – must take this as a central rule and place the hopes and fears of next generations at the heart of what we do.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, dragi colegi, doamna comisar, anul viitor va fi un moment-cheie pentru tinerii din toată Europa. Avem ocazia să trecem de la discursuri frumoase la soluții concrete. Niciun tânăr nu trebuie lăsat în urmă, fie că vorbim de tinerii de aici, din Strasbourg, sau cei din orașul meu, Alba Iulia.

Parlamentul European și, în mod special, grupul nostru politic a solicitat alocarea unor fonduri pentru Anul european al tineretului. În calitate de membru al echipei de negociere privind bugetul pe anul viitor, am obținut o alocare specială de 8 milioane de euro, dar pentru a crește impactul, suma trebuie suplimentată. Resursele financiare trebuieacompaniate de o agendă clară de măsuri și politici pentru tineri, construite împreună cu tinerii și organizațiile care au expertiză. Echivalarea studiilor și calificărilor, implementarea și extinderea garanției pentru tineret și a celei pentru copii, includerea în planurile de redresare a unor fonduri pentru tineri, sprijinirea educației inclusive și de calitate în toate statele membre, dezvoltarea antreprenoriatului de tineret, a educației civice, despre mediu, sau a celei digitale și gestionarea efectelor pandemiei asupra tinerilor reprezintă doar câteva din punctele ce trebuie rezolvate anul viitor.

Tinerii nu mai trebuie tratați de politicieni ca o masă de manevră electorală. Trebuie ca tinerii să aibă șansa să își construiască singuri viitorul și să influențeze lumea încă de acum. Cel mai grav lucru ar fi să ne vedem anul viitor fără să putem prezenta vreun rezultat concret. Europa de astăzi nu mai trebuie dată moștenire generațiilor următoare. Ea trebuie construită împreună cu tinerii, pentru ca Europa să întruchipeze din nou speranța într-un viitor mai bun.

Dragoș Pîslaru (Renew). – Mr President, I would like to start by congratulating Sabine Verheyen and all my colleagues for reaching a good agreement on 2022 as the European Year of Youth.

This being said, we often hear that the youth are Europe's future. A shiny, albeit increasingly vague, future. This idea is simple and easy to love, as the future sounds like someone else's problem – not ours, now in the present. But whereas Europe's youth may embody its near and distant future, they are present right here and right now, and their situation is full of challenges that they're facing each and every day, especially in the context of the pandemic.

So this is why we are right now standing at a crossroads. We can either leave youth to fend for themselves, and they will do well, or we can invest in the enormous human capital they represent and help us now and here to improve Europe and our Union. We can do that together with our youth.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señor presidente, señora comisaria, las cifras son diáfanas. El pasado agosto la tasa de desempleo juvenil casi triplicaba la tasa de desempleo global de la Unión Europea. La crisis social y económica provocada por la pandemia ha afectado a los jóvenes de manera desproporcionada. Y si hablamos de mujeres jóvenes o de jóvenes del colectivo LGTBIQ, jóvenes migrantes o racializadas, los indicadores son aún más demoledores.

El Año Europeo de la Juventud también tiene que permitirnos poner el foco en temas como, por ejemplo, el abuso flagrante de las prácticas no remuneradas.

Tenemos un gran desafío: superar el adultocentrismo para poner en valor la pluralidad y complejidad de los intereses y preocupaciones de los jóvenes, que van más allá del mercado laboral y pasan también por la crisis climática o la política económica. En el Año Europeo de la Juventud reivindicamos dar centralidad a sus voces para construir el futuro de Europa.

Alessandro Panza (ID). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, il Covid è stato un anno disastroso per le giovani generazioni, pensiamo alla didattica a distanza, al mancato coinvolgimento sociale che hanno avuto soprattutto gli studenti in questo anno, quindi è opportuno e necessario questo Anno europeo dei giovani, se va nella giusta direzione. Se va nella direzione di creare delle politiche di lungo periodo, finalizzate a sviluppare il concetto di gioventù negli anni a venire.

Anche per il programma Erasmus, non semplicemente per insegnare ai giovani ad andare via, ma anche per insegnare ai giovani a rientrare, a riportare a casa quelle esperienze che vengono fatte all'estero, magari per andare a popolare quei paesi che troppo spesso vengono spopolati, soprattutto nelle aree marginali e montane dei nostri territori.

Ma se l'Anno europeo dei giovani diventa un altro atto di propaganda come la fallimentare Conferenza sul futuro dell'Europa, che da mesi ci impegna senza produrre alcun risultato, ebbene no, questo non ci sta bene, non ci sta bene perché vogliamo per i giovani un futuro e non propaganda.

Андрей Слабаков (ECR). – Г-н Председател, харесвам тази инициатива на Комисията. Твърде често решаваме ние, вместо младите, за това какви проблеми имат и как трябва да бъдат решени. И наистина е време да се допитаме до тях. И не само да се допитаме, но и да ги чуем. Не съм съгласен с ограничения бюджет. Не знам как ще се осигурят дейности във всички държави членки за една година за 10 милиона. Не бива да се стоварва всичко върху държавите членки. Европейският съюз трябва да покаже на младите, че е готов да задели пари и за тях от европейския бюджет.

Много съм притеснен обаче относно някои тенденции, които все повече се промъкват в европейските политики. Говоря за нарочното разделение на база етнос, раса, сексуалност. Абсолютно неприемливо е да се обръща специално внимание и да се придава важност само на проблемите на малцинствата, за сметка на всички останали. Така само всявате разделение и насаждате омраза. Всички млади трябва да имат равен шанс, без значение кои са и откъде идват. Иначе просто създаваме младежи, които се мразят помежду си. Вие сте против радикализацията, но всъщност поощрявате точно този процес.

Αλέξης Γεωργιάδης (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα ψηφίζουμε για το Ευρωπαϊκό Έτος Νεολαίας 2022. Σκοπός είναι η ενδυνάμωση όλων των νέων χωρίς διακρίσεις και η βελτίωση της ποιότητας ζωής τους, διασφαλίζοντας ίση πρόσβαση και ίσες ευκαιρίες ως προς την απασχόληση, την εκπαίδευση και την κοινωνική προστασία, με βάση τις αρχές του ευρωπαϊκού πυλώνα κοινωνικών δικαιωμάτων και του Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Όμως, για να πετύχει αυτό το εγχείρημα, θα πρέπει να μεριμνήσουμε για την ουσιαστική συνεργασία μεταξύ όλων των κρατών μελών της Ευρώπης, αφού η συμμετοχή στο Ευρωπαϊκό Έτος Νεολαίας αφορά αρμοδιότητα των κρατών μελών. Πάνω απ' όλα όμως, πέρα από τους σχεδιασμούς για το 2022, η Ευρώπη θα πρέπει πραγματικά να δεσμευτεί για τη νεολαία μακροπρόθεσμα. Θα πρέπει στο βλέμμα μας και στους ορίζοντές μας να βρίσκονται ανελλιπώς τα παιδιά μας, γιατί αυτά είναι το μέλλον μας. Καλή μας αρχή λοιπόν!

Andrea Bocskor (NI). – Elnök Úr! Üdvözlöm a döntést, hogy 2022 az ifjúság európai éve lesz. „A jövő a fiatalok kezében van”, szoktuk mondani, most lehetőséget kell teremteni számukra, hogy kifejezzék milyen jövőt szeretnének, mit gondolnak ők fontosnak és értékesnek. Ez a program a fiatalokra irányítja a figyelmet, és lehetőséget nyújt, hogy jobban bevonjuk őket a közéletbe, a mindennapjaikat és jövőjüket meghatározó kérdésekbe. A Covid19-világjárvány miatt nehéz helyzetbe került fiataloknak hatékony segítséget kell nyújtani, konkrét intézkedésekkel kell javítani életkörülményeiket, jövőképeiket.

Fontos a jó példák és gyakorlatok átvétele is egymástól, például a 25 év alattiak személyijövedelemadó-mentessége, amit a magyar kormány vezet be 2022-től, egy ilyen jó példa, mely segíti a fiatalok mindennapi boldogulását. Európa ereje a fiatalokban rejlik, ezért a program megvalósításában az ifjúsági szervezeteknek, és maguknak a fiataloknak is részt kell venni. Azt szeretném, hogy ez a program valódi eredményeket érjen el, javuljon a nemzeti kisebbségekhez tartozók és a fogyatékosággal élők minőségi oktatáshoz való hozzáférése az EU-n belül és a partnerországokban is.

Tomasz Frankowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Pandemia pozbawiła młodych ludzi wielu możliwości, spotkania się z przyjaciółmi, poznawania nowych osób czy doświadczenia i odkrywania nowych kultur. Wprawdzie nie możemy im oddać straconego czasu, lecz proponujemy dziś ogłoszenie roku 2022 Europejskim Rokiem Młodzieży. Celem jest wysłuchanie i zaangażowanie ludzi młodych oraz proponowanie konkretnych możliwości dla młodzieży. Musimy również zniwelować przepaść między pokoleniami. Dzisiejsi młodzi ludzie są mniej zainteresowani tradycyjnymi formami uczestnictwa, ale aktywnie opowiadają się za tym, w co wierzą. Zobowiązujemy się do wysłuchania ich głosów, tak jak robimy to obecnie w ramach konferencji w sprawie przyszłości Europy. Chcemy wspólnie pracować nad kształtowaniem przyszłości Unii Europejskiej, uwzględniając aspiracje naszej młodzieży.

Europejski Rok Młodzieży powinien doprowadzić do zmiany sposobu, w jaki włączamy młodych ludzi w proces kształtowania polityki, podejmowania decyzji w kwestiach klimatu, spraw społecznych czy rozwoju cyfrowego ludzi. Młodzi ludzie muszą być w centrum naszej polityki i priorytetów politycznych. Mam nadzieję, że dzięki wspólnym działaniom na poziomie europejskim i narodowym oraz budżetowi w wysokości 8 milionów euro na ten cel, organizacja roku zakończy się sukcesem. Jako ojciec trójki dzieci jestem przekonany, że musimy wzmacniać pozycję młodych ludzi, ponieważ ich różnorodność, odwaga i śmiałość mają zasadnicze znaczenie dla naszej przyszłości jako Europejczyków.

Marcos Ros Sempere (S&D). – Señor presidente, gracias, señora comisaria, por estar aquí hoy con nosotros. Cada generación solo tiene una oportunidad en la vida para ser joven. Los jóvenes de hoy son la generación del futuro de Europa, y la pandemia los ha golpeado especialmente. No podemos permitirnos quedarnos sin futuro. Es el momento de dedicar un año europeo a la juventud europea. Pero tenemos que asegurarnos de que esta iniciativa pone en marcha políticas y mecanismos que tengan un impacto en los jóvenes más allá de 2022.

Desde nuestro Grupo estamos satisfechos con el texto que acordamos hoy, pero vamos a estar muy vigilantes para que este proyecto sirva para mejorar la participación de los jóvenes, especialmente en la Conferencia sobre el Futuro de Europa, para promover e incentivar el trabajo juvenil y las prácticas remuneradas, para prestar atención a los jóvenes más vulnerables y para servir de base a una estrategia de juventud integrada, eficaz y duradera en el tiempo.

No podemos olvidar lo más importante: la educación. Este Año Europeo debe llegar también a los centros escolares. Tenemos que aprovechar el Espacio Europeo de Educación para mejorar la calidad en la educación y en la infraestructura educativa y llegar verdaderamente a los jóvenes europeos. Nos pasamos la vida diciendo que los jóvenes son el futuro, pero ahora es el verdadero momento de demostrarlo y apostar por ellos.

Hilde Vautmans (Renew). – Mr President, I'm really happy that 2022 will be officially the European Year of Youth. But let us be clear, we should not make it a symbolic year, but a historic year.

Last year, 24% of children were at risk of poverty, and the last two years 18 000 minor refugees disappeared, and at least, colleagues listen carefully, one in five children is a victim of sexual violence. And moreover, during the COVID-19 pandemic, a real shadow pandemic erupted with online sexual violence and violence within the family.

For me, it's clear: we have to realise three important things – roll out a child guarantee, protect the children from abuse and exploitation online and offline, and ensure that our migration pact safeguards children, because it's our duty, colleagues. As Gandhi said, you all know the wise man, 'the true measure of any society can be found in how it treats its most vulnerable members'.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Panie Przewodniczący! Europejski Rok Młodzieży w 2022 roku jest szansą na walkę z negatywnymi skutkami kryzysu związanego z pandemią, który bardzo dotkliwie uderzył w europejską młodzież.

Spowolnienie gospodarki odbiło się na szansach zawodowych młodych ludzi. Długotrwała izolacja, nauczanie zdalne odcisnęły swoje piętno na wszystkich poziomach edukacji. Pandemia dotknęła zwłaszcza młodzież niekształcąca się, niepracującą ani nieszkolącą się. Młodzi ludzie ze słabszych grup społecznych cierpią szczególnie, stale rośnie bezrobocie i ubóstwo młodzieży. Należy inwestować w młodzież i walczyć o włączenie jej w rynek pracy.

Działania na rzecz młodzieży znajdującej się w wyjątkowo trudnych sytuacjach, jak młodzież niepełnosprawna, młodzież z rodzin wiejskich, młodzież z rodzin wielodzietnych, również powinny być priorytetem. Dlatego inicjatywy w ramach tego Roku powinny prowadzić do widocznej poprawy sytuacji młodzieży europejskiej.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, is am don chairdeas, don oideachas, do chaithimh aimsire, don taiscéalaíocht agus don fhorbairt í an óige. Le nach mór dhá bhliain anuas, in ionad seo, d'iarramar ar ár ndaoine óga fanacht ag an mbaile chun iad féin agus an chuid eile den tsochaí a chosaint, agus d'fhanadar. D'fhulaingíomar go léir, ach is é an dream óg a bhí agus atá ag fulaingt is mó i slite áirithe. Anois, agus sinn ag tabhairt aghaidh ar an todhchaí, tá orainn gach iarracht a dhéanamh chun cinntiú go bhfuil saol maith i ndán don chéad ghlúin eile.

Mar sin, cuirim fáilte Uí Cheallaigh roimh an bplean chun Bliain Eorpach na hÓige a bheith againn in 2022. Cabhróidh sé seo go mór le cur chun cinn na Spriocanna Eorpacha don Óige, ina measc, dul i ngleic le dífhostaíocht i measc na hóige, agus feabhas a chur ar sheirbhísí meabhairshláinte. Cuirfidh Bliain Eorpach na Óige go mór le na tionscnaimh atá faoi bhun cheana féin ar son an dreama óig, ina measc, Erasmus agus, gan dabht, an t-aistriú glas agus digiteach.

Is bliain thábhachtach í 2022 don Chomhdháil ar Thodhchaí na hEorpa chomh maith. Teastaíonn uainn cloisint ó chuile dhuine, idir óg agus aosta. Bígí páirteach. Bíodh bhur nguth le cloisint.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Kommissionär! Europaåret för ungdomar är ett år av möjligheter. Ett syfte är nämligen att ge ungdomarna fler och bättre möjligheter för framtiden. Jag vill dock lyfta fram de möjligheter som det också ger för oss i EU. Genom att främja dialogen med unga och uppmuntra dem att vara aktiva medborgare skapar vi faktiskt möjligheter i alla riktningar.

Vi behöver unga människors visioner, insikter, idéer och kunskap i vårt arbete, i vår union. Det ska vara en självklarhet att unga har inflytande när vi fattar beslut för framtiden, men lika mycket för här och nu. Nu handlar det nämligen om unga och om deras både nutid och framtid. Vi måste lyssna på unga och låta dem ha ett verkligt inflytande. Vi måste arbeta tillsammans med unga så att vi inkluderar dem när det gäller alla dagar som vi fattar beslut. Dessutom måste vi säkerställa att jämställdhet och jämlikhet integreras i alla frågor som rör unga, inte minst i den gröna omställningen. Där visar ju unga människor att man tar ledningen.

Jag har därför förväntningar på Europaåret och att det ska bli ett år då vi på riktigt stärker ungas inflytande på lång sikt. Det är en möjlighet för EU.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, jóvenes de Europa, ¿entendéis por qué desde este Parlamento os dicen que no tenéis derecho a lo que ellos tuvieron? No tenéis derecho al trabajo y debéis aceptar una inmigración masiva y desordenada que satura los estados de bienestar; no tenéis derecho a vuestra identidad nacional y debéis aceptar un multiculturalismo que está cambiando violentamente el paisaje de las ciudades por donde pasearon vuestros padres; no tenéis derecho a casaros, quereros y amar a vuestros hijos porque hombre y mujer están en una guerra sin cuartel que ellos han inventado.

No les hagáis caso, el resentimiento globalista es la lacra del siglo. Os dicen que vuestra libertad es convertirlos en esclavos de la Agenda 2030, o del juego, o del sexo por internet, o en activistas climáticos, más preocupados por intangibles que por el bosque que ayer rodeaba vuestras ciudades; o se enfrentan a hombres y mujeres en estériles debates sobre el género.

Jóvenes de Europa, no tengáis miedo a sus miedos; esforzaos, estudiad y trabajad. La libertad y la justicia no se regalan en los programas Erasmus ni en las pornocharlas sobre identidad sexual. Tenéis todo el derecho a disfrutar lo que vuestros mayores tuvieron: seguridad en las calles, familias unidas, trabajos estables y una patria que os defienda.

Agnès Evren (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je ne peux naturellement que m'associer aux prises de parole précédentes et remercier les négociateurs d'être parvenus si rapidement à un accord sur l'Année européenne de la jeunesse 2022.

Les jeunes Européens sont le moteur de l'Europe de demain, mais la crise de la COVID-19 a enrayé leurs élans. Entre confinement et mesures sanitaires, certains vivent parfois l'isolement, le décrochage, voire la précarité. Cette Année européenne de la jeunesse doit donc être l'occasion de faire entendre leur voix, de les associer à nos initiatives et de guider nos actions.

L'un des grands objectifs de cette année — qui m'occupe tout, particulièrement, au sein de la commission des pétitions — est la participation des jeunes au processus décisionnel de l'Union européenne. Le droit de pétition, l'initiative citoyenne européenne ou encore le droit de saisir le médiateur européen doivent être autant d'outils entre leurs mains pour leur permettre de s'engager davantage dans la vie de l'Union européenne.

En tant que députés, nous avons un rôle primordial: celui d'aider les jeunes à acquérir une meilleure compréhension des diverses possibilités qui leur sont offertes, que ce soit au niveau européen, national, régional ou local.

Je pense également au programme Erasmus+, qui fêtera ses 35 ans en 2022, et qui jouera un rôle central dans la mise en œuvre et le financement des activités de cette Année européenne de la jeunesse.

Alors que la présidence française de l'Union européenne débutera en janvier 2022, je serai pleinement engagée en faveur de notre jeunesse pour que cette année soit un réel succès. Les actions que nous mettrons en place ne devront d'ailleurs pas se cantonner à l'année 2022, car les jeunes sont notre priorité et notre avenir.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señor presidente, gracias a la comisaria Mariya Gabriel por estar hoy con nosotros y por haber negociado con el Parlamento la propuesta del Año Europeo de la Juventud, y gracias a la ponente, Sabine Verheyen.

La verdad es que nos hubiera gustado haber recibido la propuesta un poco antes. De esta manera, no tendríamos que haber tenido que poner en marcha este procedimiento acelerado. Estamos de acuerdo con la idea. Queremos que el Año Europeo de la Juventud sea en 2022, pero podría haber sido más conveniente haberlo pensado un poco antes. Solamente quería decir esto.

Y, en segundo lugar, es verdad que nuestro grupo también ha propuesto que en el marco de este Año Europeo de la Juventud pusiéramos en marcha un gran festival europeo de las culturas, porque creemos que los festivales son una herramienta útil para acercar a la gente. Obviamente, estamos en un contexto pandémico todavía, con lo que habría que tomar las medidas que sean necesarias, y podría articularse alrededor del 9 de mayo, que es el Día de Europa, pero que ha estado quizás demasiado asociado con una celebración institucional. Por eso, proponemos una celebración más cultural y más popular. Y, aunque esta propuesta no ha entrado como tal en el informe, nos gustaría que pudiera ser considerada.

Асим Адемов (PPE). – Г-н Председател, Г-жо Комисар Габриел, приветствам заключението на председателя на Европейската комисия, че Европа се нуждае от всички свои младежи. Много е важно да успеем да предизвикаме интереса на младите хора към демократичния процес, към изборните процеси, към възможностите за партньорство и диалог между младите хора от Европейския съюз и държавите партньори.

За днешния и утрешния ден на Европа от изключително важно значение е участието на младите хора в демократичните процеси. Участието на младите хора при вземането на решения на местно, регионално, национално и европейско равнище със сигурност ще доведе до по-успешна европейска интеграция. Изграждането на една по-сплотена и солидарна Европа се нуждае от ангажираността на младите хора, защото имаме нужда от тяхната визия, от идеите им.

Колкото повече младежи, но не просто младежи, а високообразовани младежи, се включат в процеса на изграждане на силна и солидарна Европа, толкова повече в нашите общества демокрацията ще е по-силна, по-устойчива и по-стабилна. Но в този процес трябва да се приобщят и млади хора в неравностойно положение – тези, които са от уязвими и маргинализирани групи, от селските райони, от отдалечените и по-слабо развитите региони. По този начин ще засилим чувството им за европейска принадлежност.

Европейският съюз е един добър свят, но младите хора трябва да създадат един още по-добър свят, много по-екологичен, много по-приобщаващ, много по-солидарен.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovani predsjedavajući, izuzetno mi je drago da danas imamo priliku donijeti odluku koja je dobar korak prema tome da mladi diljem Europske unije uistinu postanu politički prioritet.

Prije svega nemojmo dopustiti da ova godina bude floskula tipa „Vi ste naša budućnost“, „Vjerujemo u vas“ bla bla bla. Mladi očekuju konkretne projekte, korake i djelovanje koje će se iz ove godine prelići na budućnost. To su primjerice problemi poput neplaćenog staža mladih, neprepoznavanja rada s mladima, nepriznavanje kvalifikacija, stambena problematika. Zatim moramo osigurati da ova godina bude jednako uspješna za sve a to znači da predstavnici mladih iz svih država članica moraju u jednakoj mjeri sudjelovati u kreiranju i provedbi aktivnosti Godine mladih, na primjer, mladi iz Hrvatske jako dobro znaju što im i kako treba a vjerujem da iste ili slične probleme imaju mladi iz drugih država članica.

Na kraju, iskoristimo ovu europsku godinu mladih kao konkretan uvod u sve nadolazeće postpandemijske godine. Prioriteti oporavka kao i financijska sredstva moraju odraziti činjenicu da smo svjesni utjecaja pandemije na mlade i da smo spremni s tim se uhvatiti u koštac.

Milan Zver (PPE). – Gospod predsednik, spoštovana gospa komisarka, drage kolegice in kolegi. Včasih rečemo: „Svet stoji na mladih.“ Potem pa so mladi enkrat odgovorili: „Na čem pa naj stojimo mi?“

No, to podlago jim lahko damo prav mi, nekoliko manj mladi oziroma starejši in tisti, ki imamo možnost odločati o mladinskih politikah. In danes odločamo in zagotavljamo mladim tudi finančno podlago za ta program. Danes sem zelo vesel, da bomo sprejeli to resolucijo, ki določa, da bo drugo leto leto mladih.

Pri tem bi se rad še posebej zahvalil naši predsednici Sabine Verheyen, ki ne samo, da je dosegla sveža finančna sredstva, ampak se ji je tudi v relativno kratkem času uspelo izpogajati za to. Kot stalnega poročevalca Evropskega parlamenta za Erasmus+ me je seveda na začetku skrbelo, od kje bo prišel ta novi denar. Hvala bogu, da smo imeli dobre pogajalce in da smo dobili svež denar za ta program.

Tisto, kar bi si jaz želel, je, da bi v ta program tudi finančno bolj prispevale tudi države članice. Tako, kot so recimo za kakšen drug program, ko je bilo leto evropske kulture in podobno. Naj zaključim s tem: mislim, da smo danes odločevalci dali mladim, ki jih je ta pandemija najbolj prizadela, kar eno lepo, prav lepo božično darilo.

Peter Pollák (PPE). – Vážená pani predsedajúca, tak ako mnohí, aj mladí dnes žijú v neistote a v strachu, či už o svoje zdravie, alebo zdravie svojich blízkych. Majú strach z budúcnosti, kladú si otázky, akým smerom sa majú uberať, či budú schopní sa uplatniť, nájsť si zamestnanie, zabezpečiť si bývanie. Mladí ľudia dnes žijú v online priestore, ktorý má svoje úskalia. Dnes netušíme, aký to bude mať na nich vplyv. Mnohí mladí ľudia, s ktorými sa pravidelne stretávam, dnes majú omnoho väčší pocit, že ich nikto nepočúva. Mnohokrát nevedia ako, ale chcú vyjadriť svoj názor, chcú sa viac angažovať, chcú robiť veci inak a lepšie. Mladých ľudí dnes treba povzbudiť, obzvlášť tých s obmedzenými príležitosťami z chudobných regiónov. Dnes musíme kľásť v oveľa väčšej miere dôraz na podporu tých najchudobnejších mladých ľudí, ktorí žijú v zložitých podmienkach. Niektorí sú aj z finančných dôvodov odrezaní od informácií z online priestoru. Európsky rok mládeže musí zohrať aj v tomto dôležitú úlohu tak, aby sa do tejto aktivity mohlo zapojiť čo najviac mladých ľudí z každej vrstvy a prostredia.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, 2022, Année européenne de la jeunesse. Il y aurait mille justifications. Je voudrais simplement évoquer que les jeunes portent plus que leur part dans cette pandémie.

Non seulement ont-ils été comme nous confinés et leur vie sociale grandement restreinte, alors même que les risques pour leur santé étaient bien moindres. Ce sera aussi à eux de rembourser les dettes qui sont faites pour que nos sociétés ne s'effondrent pas sous les conséquences économiques de la pandémie.

Cette responsabilité que nous faisons peser sur eux exige de nous une confiance accrue quant à la façon dont cet argent est dépensé. Aussi est-ce une bonne chose d'avoir intitulé l'instrument «NextGenerationEU». Un rappel constant et une boussole. Il est en effet impératif que ces 800 milliards construisent l'avenir et misent donc sur les transitions verte et numérique.

Lors de mes diverses rencontres avec les jeunes dans le cadre de la conférence sur l'avenir de l'Europe, ils m'ont dit à chaque fois qu'il faudrait qu'à l'école, ils apprennent plus sur l'Union européenne. Cette demande était liée à l'expression de deux besoins: comprendre tout ce que notre Union leur apporte et comprendre nos différences historiques, mais surtout aussi ce qui nous unit. Répondons donc à cette demande.

Maria Walsh (PPE). – Mr President, this EU Year ensures that we focus on giving a strong voice to our young people when it comes to our policy. During the European youth event held last October in this very building, one of the consistent issues identified by young people was their mental health. While the lived experiences of mental health may differ, the issue remains for many.

UNICEF reported earlier this year that nine million adolescents in Europe, aged between 10 and 19 years, are living with mental health disorders. Anxiety and depression account for half of these cases. Nine million. And, in truth, it will be years before we will know the true impact of what effect this pandemic will have on their mental health. So this coming year, it is essential that we listen, engage and collaborate with our young Europeans. It is simply not good enough if we transition from this pandemic and do not have young voices at the decision-making table.

Gheorghe Falcă (PPE). – Domnule președinte, doamna comisar, dragi colegi, de la acest pupitru vreau să transmit un gând frumos, ca o scrisoare către tânăra generație și către fiica mea, Ana.

Dragă Ana, dragi tineri, în anul 2022 vă doresc să fiți curajoși, la fel cum am fost noi, generația din '89, cu curajul cu care am învins Cortina de Fier și să apărați democrația cu mințile și vocile voastre frumoase. Ana, știu că vrei să devii arhitect, dar înainte de toate tu și generația ta trebuie să fiți arhitecții pentru propria viață, să fiți activi și implicați, să investiți în dezvoltarea voastră personală, să creșteți frumos în era digitală, să iubiți natura ca pe voi înșivă, să aveți idealuri și vise.

Eu și generația mea ne vom călăuzi activitatea după cuvintele Regelui Mihai I al României, citez: „Stă în puterea noastră să facem țara statornică, prosperă și admirată în lume. Nu văd România de astăzi ca pe o moștenire de la părinții noștri, ci ca pe o țară pe care am luat-o cu împrumut de la copiii noștri” închei citatul.

Mariya Gabriel, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, tout d'abord, je voudrais vous remercier. Merci de votre soutien, de vos idées concrètes, de votre appel à ce qu'on passe des paroles aux actes. Je voudrais encore une fois remercier M^{me} la rapporteure, Sabine Verheyen, tous les rapporteurs fictifs, les coordinateurs et les membres de la commission de la culture et de l'éducation ainsi que les députés au Parlement européen, parce qu'il est vrai qu'en un temps record entre l'annonce et la finalisation du trilogue nous avons réussi à donner un signal fort à notre jeunesse.

Si je dois résumer en une phrase l'essence de vos messages, ce serait «2022, Année européenne de la jeunesse: une opportunité pour inclure et agir». La phrase clé est «opportunité pour la jeunesse, par la jeunesse». Il nous faut des avancées concrètes dans ce qui préoccupe réellement notre jeunesse. Et je rappelle les sujets qui les préoccupent le plus et qui ressortent de notre consultation publique: toutes les possibilités d'éducation et de formation, le changement climatique, la santé, le bien-être et la santé mentale.

D'abord, inclure. Il s'agit d'inclure tous les jeunes, et j'insiste: ceux qui vivent dans les capitales et les villes, les zones urbaines ou les zones rurales, les zones éloignées, les plus vulnérables, ceux qui sont marginalisés ou en difficulté, mais aussi ceux qui ont réussi, qui inspirent d'autres ou qui se sont mobilisés. Ce sont nos talents à nous et je suis d'accord que les régions ont un rôle important à jouer parce que les défis auxquels les jeunes font face sont souvent des défis globaux. Mais les solutions qui peuvent les mobiliser, qui peuvent les soutenir, qui peuvent les encourager impliquent aussi l'engagement de ceux qui se trouvent au niveau local.

Ensuite, agir. Votre message était très clair: initiatives concrètes, des actions et des actes. Je voudrais vous remercier parce que ce débat me conforte dans l'idée que l'Année européenne de la jeunesse est une initiative qui nous rassemble et qui nous unit. En outre, elle marquera les 35 années du programme Erasmus+. Maintenant, pour moi, le Parlement européen sera un acteur, un moteur incontournable de cette année. Un événement sur la Journée de l'Europe, en partenariat avec le Parlement européen, est évidemment déjà en phase exploratoire. Mais j'ai aussi bien entendu votre message de ne pas organiser que des conférences et des festivals par-ci, par-là. Faisons quelque chose de concret, de consistant et qui apporte des bénéfices à notre jeunesse.

Je voudrais finir en disant que nombreux sont ceux qui se sentent déjà engagés sur cette Année. Il y a les quelque 5 000 jeunes qui ont participé à notre enquête, les acteurs européens du secteur de la jeunesse, les États membres qui ont chacun désigné un coordinateur national, la présidence française, la présidence tchèque, les agences nationales des programmes Erasmus+ ou le corps européen de solidarité.

Maintenant, ma conviction est qu'on partage la même ambition d'avoir une Année européenne de la jeunesse 2022 réussie. Et pour cela, on compte aussi sur vous parce que la jeunesse que nous avons en face de nous voudrait nous voir engagés dans une démarche novatrice dont le projet européen a réellement besoin.

Merci de votre contribution active et merci encore de votre soutien.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Dienstag, 14. Dezember 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Milan Brglez (S&D), *pisno*. – Pozdravljam sklep Parlamenta in Sveta o evropskem letu mladih 2022, s katerim želi EU okrepiti svoja prizadevanja in prizadevanja držav članic skupaj z regionalno in lokalno administracijo ter predstavniki civilne družbe za dolgoročno opolnomočenost mladih.

Ta politični cilj Unije je pomemben, saj so mladi, še zlasti v okoliščinah aktualne pandemije, posebej ranljiva skupina. Vsak dodatni napor v smeri zagotavljanja njihove dobrobiti je zato več kot dobrodošel. Želel bi samo spomniti, da so (vsaj v prvem delu pandemije) številne države v odgovor na pandemijo najprej zapirale šole in jih tudi nazadnje odpirale. Onemogočena so bila pripravišтва in vajenišтва. Mladi so bili prvi, ki so izgubljali (prve) priložnosti za zaposlitev. Ne nazadnje pa so bili prikrajšani za prostočasne dejavnosti in družabno življenje. Vse to pa se odraža v težkih ekonomskih, predvsem pa socialnih ter psiholoških posledicah zanje. Zato bi si želel, da evropsko leto mladih ne ostane samo črka na papirju, temveč spodbudi države članice k oblikovanju konkretnih politik in iniciativ, ki bodo omogočile vlaganje v mlade, s poudarkom na ranljivih skupinah in odpravljanju neenakosti. Kot sem že poudaril ob drugih priložnostih, je tudi usklajenosti nacionalnih načrtov za okrevanje in odpornost s cilji Okrepljenega jamstva za mlade ustrezen pristop v tej smeri.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană are nevoie de viziunea tinerilor pentru a contura un viitor mai democratic și mai stabil. Ideile, entuziasmul, implicarea și devotamentul lor pot contribui în mod definitoriu la arhitectura politică și socială a Europei de mâine. Mai mult decât atât, este imperios necesar ca tinerii să participe la procesele electorale și la viața politică. Doar în acest fel putem să avem o democrație funcțională, în care drepturile omului și statul de drept să fie respectate și nimeni să nu fie lăsat în urmă.

Pandemia generată de COVID a lăsat urme adânci în viețile tinerilor, anul 2022 trebuie să încununeze eforturile lor de a depăși dezavantajele cu care s-au confruntat în această perioadă dificilă. Șomajul în rândul tinerilor a devenit o problemă și mai îngrijorătoare din cauza pandemiei. Acest proiect ar trebui să sprijine eforturile Uniunii de a spori oportunitățile de angajare pentru tineri în procesul de redresare post-pandemie. Anul european al tineretului a dovedit încă o dată că tânără generație reprezintă o prioritate pentru UE, astfel încât să devină cetățeni activi și implicați, inspirați de un sentiment de apartenență european, oferind posibilitatea de a ieși în mod colectiv mai puternici din pandemie și deschizând oportunități și perspective.

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – A 15 de setembro de 2021, a Presidente da Comissão Europeia, Ursula von der Leyen, anunciou que 2022 seria o Ano Europeu da Juventude. Uma decisão de larga importância no seguimento da pandemia Covid-19 e dos seus impactos na sociedade e na economia europeia, sobretudo no emprego e no desenvolvimento pessoal jovem.

Na criação de um verdadeiro Espaço Europeu da Educação, hoje vemos que os estudos no estrangeiro são cada vez mais comuns, facilitados pelo programa Erasmus e, consequentemente, existe a necessidade de garantirmos o reconhecimento mútuo e automático de diplomas, qualificações e períodos de aprendizagem. Devemos também banir a prática de estágios não remunerados, que coloca os nossos jovens em situações precárias e afeta de forma desigual aqueles provenientes de grupos sociais mais vulneráveis.

Especial atenção deve ser dada aos jovens provenientes das regiões ultraperiféricas que muitas vezes são afetados de forma desigual, seja nos custos das viagens, na procura de casa ou no acesso a variadas ações educativas, mais presentes nas áreas urbanas. A juventude representa o futuro do projeto europeu e, por tal, devemos garantir a livre circulação potenciadora do aumento de conhecimentos e da partilha de culturas. Devemos fazê-lo sem deixar nenhum jovem para trás.

Alin Mituța (Renew), *în scris*. – Criza provocată de pandemia de COVID-19 a afectat în mod disproporționat tinerii. Fie că vorbim de accesul la educație, integrarea pe piața muncii sau starea sănătății mintale, tinerii au fost cei care au suferit foarte mult în această perioadă.

Astfel, Anul european al tineretului este o oportunitate foarte bună pentru a ne concentra pe rezolvarea unor probleme pe care tinerii le întâmpină în mod constant. Sănătatea mintală a tinerilor este în mod special un motiv de îngrijorare. Pandemia a înrăutățit o situație care era deja gravă. Uniunea Europeană are deci nevoie de un plan pentru gestionarea problemelor de sănătate mintală, mai ales în rândul tinerilor. Participarea civică a tinerilor ar trebui în mod special încurajată. Civismul oferă beneficii semnificative, atât pentru societate, cât și la nivel individual, reducând în mod special riscul de a suferi de deficiențe de sănătate mintală.

Anul european al tineretului ar trebui să ne îndemne și la o reflecție despre situația tinerilor din mediul rural. Sprijinul crescut pentru tinerii fermieri din noua politică agricolă comună este binevenit, dar tinerii au nevoie de sprijin și dincolo de sectorul agricol, prin acțiuni care să le ofere acces la servicii sociale și comunitare.

(Die Sitzung wird um 11.57 Uhr unterbrochen)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

*Presidente***5. Wiederaufnahme der Sitzung***(La seduta è ripresa alle 12.06)***6. Feierliche Sitzung – Ghana**

Presidente. – Colleghe e colleghi, è un onore oggi avere qui con noi nella nostra plenaria il Presidente del Ghana, un paese con cui abbiamo molte relazioni, con cui vogliamo sviluppare cooperazione. È un segnale molto importante di attenzione dell'Unione europea con un importante paese africano. Darei subito la parola al Presidente per il suo discorso.

Nana Akufo-Addo, President of Ghana. – Mr President, Members of the European Parliament, Excellencies, Ladies and Gentlemen, I thank David Maria Sassoli, President of the European Parliament, for the honour of the invitation to deliver this address on developments in Ghana and Africa, and our country's priorities in the post-COVID era. The Ghanaian people and their government express to this House, and to the European Union, their appreciation of the warm hospitality extended to their President and his delegation in Luxembourg, Brussels and here, in Strasbourg, and their best wishes for the continued success of the European Union. We, in Ghana and in Africa, have followed the EU story keenly, and we are hopeful that sooner, rather than later, we will be able to replicate the successes you have chalked over the years.

The peoples of Europe and Africa have been dealing with each other from the beginnings of time. Our histories are intrinsically linked, there are tales told that stretch the imagination, there are incontestable physical proofs of the relationship dotted around both continents, there are painful and indelible memories, and there are the ones that bring smiles.

At its narrowest point, only 15 kilometres separate Europe and Africa in the Strait of Gibraltar. Partially due to their close proximity, relations between the two continents have always been intertwined. Throughout history, the prosperity, stability, and security of one region has directly affected the other.

The two continents have had the most tumultuous relationship. There has been conquest, there has been occupation, there have been attempts at assimilation, there has been exploitation and there has been resentment. We have influenced each other's culture, in terms of language, music, food and clothes, but one would hesitate to say that the Africans and Europeans can really claim to know each other.

It was Europe, our closest neighbour, after all, that gave us the notorious sobriquet of the Dark Continent. This may be an appropriate occasion to say that we, in Africa, have not always regarded Europeans and Europe as the most straightforward people we have known. We have many synonyms for Europeans, some of which are not the most complimentary. There is little doubt, however, that Europe has had the most dominant external influence on Africa through language, religion and governance systems.

Anyone who follows the conversations and debates in the EU would list three main subjects that dominate discussions: the COVID-19 pandemic, Border and Immigration Control, and Environment and Climate Change.

The COVID-19 pandemic has posed the greatest test to humanity in these initial decades of the 21st century. If you were sitting in West Africa, as we in Ghana were at the beginning of 2020, and looking forward to a year that promised record levels of economic growth, you would understand the severity of the blow that we have been dealt by the pandemic. It gives us no respite that other countries, with much stronger and bigger economies, have been struggling with the effect of the lockdowns and economic slowdown caused by the pandemic.

Take your minds back, if you will, to the predictions in March and April last year; the experts were united that Africa was going to be hit dramatically, and, because of her relatively weak public health systems, her streets would be littered with dead bodies, when the virus reached the continent. Mercifully, and by the Grace of God, the predictions have not come to pass, and, so far, Africa has not witnessed the dire scenes that we feared.

Watching the world from Accra, it appeared to us as though the experts, and for experts, you might read 'Europeans', which is one of our synonyms for experts, were disappointed that Africans were not dying as had been predicted. We were not given credit for quickly following the science as recommended, when many leaders in Europe were still fighting ideological battles, and seeking to lay blame on the source of the virus, rather than uniting to fight it.

At every stage, we in Africa have been dismayed to discover that every attempt was being made to make COVID-19 also an African disease. Thus, the narrative emerged that it was not really that Africans were not dying from the pandemic, we had to be covering up the true level of infections.

It has been a sad experience for us, in Africa, to be caught up in the vicious vaccine politics that engulfed the world, once the vaccines were ready for the market.

We remain grateful for the donations of vaccines through platforms such as COVAX, which was good enough to send its very first consignment, anywhere in the world, to Ghana. The unsavoury politics of vaccine nationalism we are witnessing could, however, potentially derail global efforts made at containing the pandemic. Till date, less than 10% of Africa has been vaccinated, in comparison to the EU, for example, which, as at August, had vaccinated seventy percent 70% of its population. With countries on the continent still not being able to have sufficient access to vaccines in the requisite numbers, we, like the World Health Organization, are worried that the phenomenon of hoarding vaccines will worsen even further, as countries begin to administer booster shots in response to the threat posed by the Omicron variant of the virus.

Let me use this occasion to reiterate the strong opposition of the Economic Community of West African States (ECOWAS), of whose Authority I have the privilege to be current Chair, to the decision taken by countries, including those in the EU, to single out African countries for the imposition of travel bans. Omicron has been discovered in over 40 countries, with reports indicating that this variant was present in the Netherlands way before it was discovered in South Africa. The world should be grateful to the South African scientists, whose knowledge and expertise in genomic sequencing enabled them to identify the new variant. Plaudits, not the condemnation of their peoples, should have been their portion. Why is there not a travel ban imposed on the Netherlands, but against South Africa, one might ask? I am a firm believer in the statement that 'no one is safe until everyone is safe.' Let us help make vaccines available to all parts of the world, encourage our citizens to take the jab, and we would win the fight against COVID faster and together.

We have all learnt some very painful lessons from this pandemic. We, in Africa, need to build up our health delivery systems to enable us to withstand future crises, and we are doing so. In Ghana, we have launched what we call Agenda 111, which seeks to build district hospitals in each district of Ghana where there is none, so that ordinary people can have ready access to medical care. We have decided to set up a National Vaccine Institute, which will supervise the domestic production of vaccines across several sectors, including anti-COVID-19 ones, led by the private sector and the business community. We need to be self-reliant, and shed the image of beggars living on charity, aid and handouts, and make better and more intelligent use of our abundant natural resources, in order to pull ourselves out of poverty into prosperity. These are not new aspirations; they have simply been reinforced by the lessons of the pandemic.

Mr President, from afar, and even after the trauma of Brexit, we find most admirable the European project of political and economic integration that brings together 27 nations in the EU. The advantages of a common market of 450 million people and the power behind a parliament that represents such a group, are evident. It shows when a disunited Africa tries to negotiate a trade deal with the EU. It is a battle of unequals that we can never win.

It shows when the EU is able to impose sanctions on individual African countries, and the rest can only look on in impotent rage. It shows when a bomb in Kampala leads to a warning for all travel to East and Central Africa, and we are expected to accept that a terrorist attack in Belgium has no effect on France or the Netherlands or Luxembourg.

It is quite likely that, for many Europeans today, the image that is raised in their minds at the mention of Africa and Africans is the problem of border and immigration control in the EU. Never mind that for hundreds of years, the traffic might have been from Europe into Africa, today the reality is of desperate Africans being washed onto the coast of Lampedusa.

We, in Ghana, and, indeed, in Africa, consider this phenomenon more of a problem for us than for Europe. It is a reflection of our failure that conditions in our countries should be such that a young person would think of subjecting himself or herself to the dangers and indignities of the perilous journeys to get to Europe.

We, in Africa, the governments and the peoples, owe it to ourselves, to our young people, in particular, to make sure that nobody has to undertake such journeys.

There is a lot we have to do to develop our countries, and improve the conditions to make them attractive as places to stay and not flee, but maybe there is something you in the EU might also do to contribute to finding a solution to the problem.

I would like to suggest that a fairer trading system between Europe and Africa, that would lead to a faster development rate in Africa, might offer a less painful route than any aid. That will stimulate growth in Africa, and lead to the creation of more jobs. Whatever money that Europe might lose from a change in the present arrangement will not come anywhere near what Europe currently spends to keep out unwanted, would-be immigrants. Migration, however, is only one issue of importance between Europe and Africa. Trade, energy, climate change, the illicit outflows of money from Africa to Europe, human and drug trafficking, transnational cybercrimes, democratic governance, and human rights, are among the joint concerns for the two continents bound together by history, culture, and geography.

A very important plank for our mutual prosperity would be the EU's strong support to the African Continental Free Trade Area (AfCFTA). The AfCFTA links 54 markets, covering 1.2 billion people, with a combined GDP of USD 3 trillion into a single market. It is the world's largest free trade area outside of the World Trade Organization (WTO) itself. By 2050, it will cover an estimated 2.5 billion people, and have over a quarter of the world's working age population. Imagine the business and investment opportunities offered by the infrastructure required to link these markets more effectively. And imagine the business opportunities that this huge market would offer for manufacturing and services firms from European countries that could establish production facilities in Africa to serve the African markets. And with the accelerated growth that would result from all of these, the market opportunities for exporters from European countries could be truly amazing!

A well developed and prosperous Africa would be good, not just for us in Africa, but would benefit Europe as well. History has taught us that a rich trading partner, operating within a fair trading system, brings prosperity to both sides, far more than the exploitation of a poor partner.

As it becomes clearer to all of us, the problems that face the world are more likely to be quickly resolved when we are all prosperous, than when half the world is immersed in poverty.

The problems of the environment, and climate change, in particular, can only be properly addressed when we are able to deal with poverty. A hungry, homeless, jobless person has not got much at stake in the battle we want to fight for the survival of the planet.

It is also not likely that the underdeveloped part of the world will want to serve as the forest reserve or museum to save the planet for the developed, prosperous world. I happen to believe that no one needs to be poor for others to be rich.

We are fully committed to the necessity to act to save the planet from climate degradation. Indeed, our continent, for instance the example of Lake Chad, has been the hardest hit from the adverse effects of climate change. We believe, however, that asking Africa to abandon, forthwith, the exploitation of her abundant natural resources, is to condemn Africa to perpetual poverty. The developed world is responsible for 76% of global carbon emissions, whilst Africa is responsible for 4%. There is, therefore, the obvious need for a balance between the social, economic and environmental imperatives of climate action, if equitable global development is to be achieved. There is enough on our planet to enable all of us to be prosperous in a sustainable world.

We, in Ghana, continue to benefit from our partnership with the EU on the sustainable development of our cocoa industry, and the implementation of the Green Ghana Project, which seeks to plant, in Ghana, 10 million trees every year.

Mr President, our two continents do not seem to be able to do without one another. So, what can we do to bring about a closer relationship that deals with the centuries of distrust?

Taking a look through the paperwork, it is obvious that it is not for want of effort that there is not a formal document that spells out relations between AU and EU. The Joint AU-EU strategy document, for example, has gone through a lot of work on both sides, and seems to have simply gone into hibernation.

It is worth recalling that it was set up as a move from a donor-recipient relationship, to one of equals. However, the intended paradigm shift, to alter fundamentally European and African relations, has not really taken place, and it is obvious that both sides need to come back to the table, and give the document a new breath of fresh air to bring it back to life. We would, in the process, identify the sticky points that have been holding an agreement back.

Just as attachment to democratic values is a basic prerequisite for membership of the European Union, so is commitment to democratic principles a necessary condition for membership of the African Union. The convergence of views on democratic governance enables a more focused discussion whenever there appears to be divergence or disagreements on governance on either side. It provides a historic opportunity to reinforce the positive relations between our two continents, which the joint AU-EU strategy should stress. Ghana, for her part, is proudly a nation governed by the principles of democratic accountability, respect for individual liberties and human rights, and the rule of law, an aspiring modern nation. She is acknowledged as a beacon of democracy and stability in Africa, which has witnessed eight general elections, five presidential transitions, and three peaceful transfers of power from one party to another through the ballot box, in the 28-year period of the 4th Republic. Long may the 4th Republic endure.

At the core of the strategy is the understanding that relations between the two continents must be premised on equal participation and representation. For the first time, this strategy put both partners on an equal footing, and raised expectations that members of the African Union would not just be the 'recipients' of pre-packaged assistance from the European Union, but would sit side-by-side with the EU at the decision-making table.

If this should materialise, it will spell a true transformation of relations between our two peoples, and it will be a pity if we do not seize the opportunity to chart such a new path. In trying to chart this new path, we cannot, however, underestimate the enormity of the history we have to overcome. Our elders, in Ghana, say that if you do not know where you are coming from, you are not likely to know where you want to go to either.

Trade relations between Africa and Europe have evolved through history, under the influence of strategies and policies that were initially imposed on Africa by Europe, then developed for Africa by Europe, and are now being made in collaboration with Africa.

These relations take their form and content from mechanisms originally established during colonisation that were maintained until independence. It is clear that a new paradigm has to be defined, which will be dependent on the structural transformation of African economies from raw material producing and exporting economies, to value-adding, industrialising economies. This will enable Africans to trade at the high end of the global value chain, dealing in products we make and grow. Out of this, a robust trading system between Europe and Africa will be created, which will generate mutual prosperity for the peoples of the two continents.

It is my personal expectation and hope that the February AU-EU Summit will address concrete matters, such as focusing the support of the EU for the AU on growth-enhancing interventions, especially on infrastructure and skills development; simplifying EU processes, particularly for infrastructure projects; establishing a joint AU-EU Technical Committee to design procedures for processing infrastructural projects in Africa, including for public-private projects; defining effective means to stop the illicit flows of substantial monies from Africa to Europe; and building strategic partnerships hinged on Africa's growth and transformation. This will be a win-win for African countries and European countries.

The maintenance of peace and security, Mr President, remains a critical challenge in Africa. Although the magnitude of the challenge varies from state to state, countries on the continent are generally grappling with extraordinary sources of threats that undermine both state and human security. In the Sahel Region of West Africa, for example, the terrorist and jihadist menace and presence, which has provoked so much violence and instability in the area, are directly linked to the disintegration of Libya. We believe that the sooner Libya can be returned to normalcy, the better it will be for the stability of West Africa, and Europe has a big role to play in that, having regard to Europe's own role in Libya's process of disintegration. Sustained, concerted efforts to support the present peace efforts in Libya, and the prospective elections there, should be major items on the EU's foreign policy agenda.

On behalf of the Government and people of Ghana, I want to thank members of the European Union for the support offered to Ghana's recent successful candidature for a non-permanent seat in the United Nations Security Council for the years 2022-2023. Ghana received the highest number of votes on the day, which could not have been possible without the active support of the EU. One of Ghana's major considerations will be to make sure that Africa's voice is heard loud and clear in the deliberations of the Security Council, both on matters affecting the continent and on global issues. An important position that Ghana will advance on the Council is that, having regard to the conflicts on the continent, now is not the time for the Security Council to reduce its peacekeeping mandates on the African continent. On the contrary, it should look to increasing them. The international community must not be caught in a 'penny wise, pound foolish' scenario.

Mr President, I dare not come to this Parliament and omit to talk about one reality that could serve us both in trying to bring the peoples of Africa and Europe together for our common good. There does exist in Europe a sizeable community of the African Diaspora. These are people who have left Africa physically, and are living in the various countries of Europe, but who retain strong emotional links with the continent. They often have local content knowledge that is useful to ease difficulties if their expertise is brought in quickly. Until recently, diaspora groups and organisations have operated in an informal and exclusive manner. Now, thanks to inexpensive transportation and rapid communication, they are able to exert far greater influence on their homelands than ever before. This advantage enables diaspora communities to build up vast transnational networks linking globalisation to the local conditions of their respective countries of origin. They are a ready source of expertise that we can all use to speed up this conversation between Africa and Europe.

There is a matter of national importance that I would put before this Parliament. In June 2021 the Financial Action Task Force (FATF) Plenary approved, after requisite investigation, the removal of Ghana from the list of jurisdictions subject to enhanced supervision, i.e. the so-called grey list. EU procedures indicate that, within 30 days of such a finding by FATF, the formal processes for the delisting of the affected countries, should be completed. This requires a delegated act proposed by the Commission to the Parliament for its approval. Six months later, this has not happened in the case of Ghana. I would appeal to the honourable Members of this Parliament to see to it that the formal process for the delisting of Ghana from the 'grey list' be completed as soon as possible.

Mr President, I have tried to have a frank and unadorned conversation with this famous House. I believe you have invited me precisely for that purpose, and I hope that several of the observations I have made will provide fodder for us at the forthcoming AU-EU Summit in Brussels, in February next year, which must succeed, and put Europe-Africa relations on a higher pedestal.

Ours is a long, sometimes tortuous journey, there is a lot of heartache and joy behind the relationship, there has to be, there are not many relationships in this world that have a longer tenure. It is up to us, in this generation, to move on from the pain of our ancestors and the privileges of your ancestors, and create a happier and mutually respectful relationship between Africa and Europe. The leaps of faith on both sides will be difficult, but eminently doable. The positive aspects of the relationship can be a tremendous force for good in the world.

Together, we can and we should make it. I thank you for your attention.

Presidente. – Grazie al Presidente, lo ringraziamo per le sue parole, per il suo messaggio e per gli impegni che naturalmente attendono l'Unione europea e il Ghana e molti paesi africani.

Grazie per la Sua presenza, è stato davvero un onore ascoltarla.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

7. Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Bevor ich die heutige Abstimmungsrunde eröffne, möchte ich gemäß Artikel 59 Absatz 4 GO Herrn Caspary das Wort erteilen, der zur Rücküberweisung seines Berichts über das Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen zwecks interinstitutioneller Verhandlungen sprechen möchte.

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident! Als Berichterstatter für das internationale Beschaffungsinstrument möchte ich beantragen, dass wir nach der Abstimmung über die Änderungsanträge aus dem Ausschuss das Dossier wieder zurück an den Ausschuss verweisen und mit den Trilog-Gesprächen beginnen können.

Mir war es ein Herzensanliegen, dass wir nicht nur im Ausschuss das Trilogmandat erteilen, sondern allen Abgeordneten hier im Plenum die Gelegenheit geben, über das Dossier abzustimmen. Das wird jetzt geschehen, und ich wäre dankbar, wenn wir dann in die Trilog-Verhandlungen starten könnten.

Der Präsident. – Dieser Antrag wird nach der Abstimmung über den Vorschlag der Kommission zur Abstimmung gestellt.

Wir kommen nun zur Abstimmungsrunde des heutigen Tages. Die Dossiers, über die wir abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 12.30 bis 13.45 Uhrgeöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in der vorangegangenen Abstimmungsrunde. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre die Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 13.45 Uhr abstimmen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden um 19.00 Uhr bekannt gegeben.

(Die Sitzung wird um 12.42 Uhr unterbrochen.)

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.05 Uhr wieder aufgenommen.)

9. Zusammensetzung des Parlaments

Der Präsident. – Die zuständigen Behörden in Schweden haben den Präsidenten von der Wahl von Herrn Ilan De Basso zum Mitglied des Europäischen Parlaments mit Wirkung vom 13. Dezember 2021 unterrichtet. Ilan De Basso tritt an die Stelle von Herrn Johan Danielsson.

Ich heiße diesen neuen Kollegen herzlich willkommen und erinnere daran, dass er nunmehr unter den in der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen mit vollen Rechten an den Sitzungen des Parlaments und seiner Organe teilnimmt.

10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Der Präsident. – Die ECR-Fraktion hat dem Präsidenten einen Beschluss über die Änderung von Ernennungen in einem Ausschuss übermittelt.

Dieser Beschluss wird im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und tritt am Tag dieser Ankündigung in Kraft.

11. Die Lage in Nicaragua (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Nicaragua (2021/3000(RSP)).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, honourable Members, I am very happy to have this opportunity to address the plenary of the European Parliament and to use this as a *chambre de résonance* all over the world to talk about an issue like the situation in Nicaragua. Thank you for putting that on the agenda, for giving me the opportunity to comment with you not only the facts, but also the feeling about the situation there.

Talking about Nicaragua, being a Spaniard, and Nicaragua being Spanish-speaking, allow me to speak in Spanish.

Señor presidente, hace muchos años el hoy presidente de Nicaragua, Daniel Ortega, representó para muchos la fuerza de la libertad de un pueblo que derribó una dictadura, y se ganó para muchos la admiración y pasó a ser la imagen de cómo un pueblo puede conseguir librarse de un tirano, Anastasio Somoza, con su afán por convertir a Nicaragua en un país libre, próspero y justo; y, también, obtuvo nuestra simpatía, de mi generación, cuando tuvo que luchar contra la llamada 'la contra', que constituía, por cierto, una clara injerencia de los Estados Unidos de entonces para derribar al régimen democrático que había surgido de la lucha contra Somoza: no solo tuvo que luchar contra Somoza; tuvo, después, que luchar contra los llamados 'contra' armados y organizados —digamos las cosas como son— en buena medida por los Estados Unidos.

Pero de eso hace ya mucho tiempo: ahora Daniel Ortega se ha convertido en la caricatura del dictador caribeño, se ha convertido en el espejo del dictador contra el que él luchó entonces. Y lo digo dejando de lado la contención que se supone que tiene que formar parte de la actividad diplomática porque Daniel Ortega se ha expresado contra la Unión Europea y personalmente contra su alto representante en los términos más violentos que uno pueda imaginar. Cada vez que lo hemos criticado, señalando objetivamente de qué forma se comportaban él y su Gobierno, hemos recibido una respuesta tan absolutamente contraria a las normas internacionales de buena conducta que creo que puedo decir, sin ninguna clase de límite, que ha desatado la violencia y la represión contra su pueblo. Tanto él como la vicepresidenta Murillo —que ocurre que es su esposa— han acaparado ilegítimamente el poder en Nicaragua para promover sus intereses personales y los de una estrecha nomenclatura. ¡Qué tristeza! Qué tristeza ver cómo ha acabado el que una

vez luchó por la libertad de su pueblo y se ha convertido hoy en un dictador como el que era Anastasio Somoza.

En la Nicaragua actual, todos los ámbitos del poder se han armado contra el pueblo. El poder ejecutivo emplea las fuerzas armadas, la Policía y la parapolicia, para propagar una muy violenta represión —siendo yo todavía ministro de Asuntos Exteriores de España, en 2019, esa violenta represión provocó más de doscientos muertos; más de doscientos civiles asesinados en las calles, doscientos—; el poder legislativo aprueba leyes draconianas para eliminar a la disidencia; el poder judicial ha encerrado como presos a aquellos que el régimen considera como opositores, con un total desprecio de las garantías procesales.

El pasado 7 de noviembre se celebraron elecciones en las que, claro, Ortega obtuvo la victoria después de haber previamente detenido y encerrado en la cárcel a cualquier opositor creíble. La respuesta de los nicaragüenses fue simplemente no acudir a votar a pesar de una intensa presión ejercida por el régimen para que lo hicieran. Tras las elecciones, Ortega arremetió contra la Unión Europea y contra algunos países, en particular, muy implicados en el problema de Nicaragua, como es el país que conozco mejor, el mío, España, con referencias a Hitler y al nazismo, cruzó una línea de decencia que nunca debería atravesarse y utilizó términos profundamente insultantes para describir a los presos políticos, deshumanizándolos completamente.

Esta es la situación. ¿Qué hemos hecho? Pues hemos impuesto sanciones dirigidas contra catorce personas implicadas en esos abusos; continuamos trabajando con nuestros socios internacionales para mantener la presión necesaria sobre el régimen nicaragüense —lo continuaremos haciendo— llamando a la liberación de los presos políticos, el retorno al país de los organismos internacionales de derechos humanos, la convocatoria de un diálogo genuino y reformas que permitan salir de la oscura noche en la que está encerrado el pueblo de Nicaragua. Seguiremos apoyándolo; para ello, sin embargo, tenemos que mantener abiertos canales de comunicación; seguimos teniendo una Delegación de la Unión Europea en Nicaragua, como sigue habiendo embajadas de los Estados miembros, porque eso nos ayuda a trabajar en beneficio de los nicaragüenses, especialmente los grupos más vulnerables, que han soportado tremendas dificultades. De esto es de lo que yo tengo el honor de informar a este Parlamento para que también ustedes, con su apoyo político, contribuyan a hacer frente a la situación de Nicaragua.

Leopoldo López Gil, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor alto representante, hablo en nombre de la casi totalidad de esta Cámara cuando digo, con voz alta y firme, que el Parlamento Europeo condena rotundamente la instalación del autoritarismo en Nicaragua a manos del dictador Daniel Ortega y su mujer Rosario Murillo.

Esta Institución nunca será cómplice de la pantomima con apariencia de proceso electoral que se llevó a cabo el pasado 7 de noviembre. Por lo tanto, no reconoce los resultados del proceso y no reconoce, en consecuencia, a las autoridades emanadas de ella.

Debemos recordarle al dictador que dicha farsa no solo no cumplió con los principios de libertad, transparencia y democracia por los que se deben caracterizar los procesos electorales con garantías, sino que tampoco fue reconocida por la población, traducándose en casi un 85 % de abstención en las urnas.

Ortega se molesta con la comunidad internacional cuando se le recuerdan sus obligaciones —vistas las continuas violaciones de los derechos humanos que se producen en su país— y cuando se exige el respeto a los Tratados de los cuales Nicaragua es signatario.

Señor alto representante, le tomo la palabra. Considere todos los instrumentos que tiene la Unión Europea a su disposición para adoptar medidas adicionales contra el régimen nicaragüense. Tal vez, incluyendo la activación de la cláusula democrática del Acuerdo de la Unión Europea con Centroamérica en lo correspondiente a Nicaragua, por supuesto.

Pero, por último, proponga, de una vez por todas, sancionar específicamente a Daniel Ortega, por ser él el responsable máximo de la situación en su país.

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, el 7 de noviembre tuvo lugar en Nicaragua una farsa con apariencia electoral que tenía como único objetivo apuntalar el control del régimen de Daniel Ortega y Rosario Murillo sobre la ciudadanía nicaragüense.

Este proceso se puede considerar de todo menos democrático. Ha violado todos los estándares internacionales y se ha desarrollado en un contexto de gran violencia e intimidación, con la supresión de toda la oposición democrática en el país. De hecho, todavía hoy hay siete precandidatos presidenciales que siguen encarcelados únicamente por motivos políticos y bajo procesos judiciales absolutamente irregulares.

El régimen de Ortega y Murillo ha completado así el último paso para la conversión del país en una verdadera dictadura, al mismo tiempo que traicionaba los valores fundacionales de la Revolución Sandinista de 1979, como algunos de sus protagonistas han acabado denunciando.

Por todo eso, nuestro Grupo, el Grupo de los Socialistas y Demócratas, quiere demandar a las autoridades nicaragüenses que respeten los derechos humanos en el país y permitan a la ciudadanía ejercer sus derechos civiles y políticos, la devolución de Nicaragua a la senda democrática, con elecciones lo antes posible, en condiciones de libertad y cumpliendo los estándares internacionales. Y, al mismo tiempo, exigimos la liberación inmediata e incondicional de los detenidos arbitrariamente: líderes políticos, candidatos presidenciales, defensores de derechos humanos y del medio ambiente y periodistas.

Al mismo tiempo, queremos mostrar nuestro apoyo al alto representante y al Servicio Europeo de Acción Exterior, que bajo condiciones muy difíciles están trabajando para denunciar y presionar sobre lo ocurrido y encontrar una salida política a la grave situación que vive el país. Nuestra máxima solidaridad con el pueblo nicaragüense, que está viviendo de primera mano cómo asesinan a su democracia.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, ayer Dora María Téllez, Ana Margarita Vijil, Suyén Barahona y Tamara Dávila, todas ellas mujeres al frente de la lucha por las libertades y la democracia en Nicaragua, cumplieron seis meses de prisión, seis meses de tortura, seis meses de acoso a sus familias.

Pero hay, como se ha dicho, más de ciento setenta presos políticos en Nicaragua. No puedo citarlos todos, pero en esta Resolución lo primero que pedimos es la libertad inmediata de todos ellos.

También quiero mandar un mensaje de solidaridad para las familias de tantos presos políticos, para todas las personas que, desde Nicaragua y fuera de Nicaragua, están escuchando con atención este debate, con la esperanza de que la Unión Europea pueda contribuir a una salida pronta y pacífica de esta profunda crisis.

Porque, señor alto representante, como escribió Ernesto Cardenal a propósito de Somoza, también hoy «todas las noches en Managua, la Casa Presidencial se llena de sombras».

Por eso, en esta Resolución decimos de forma muy clara que no reconocemos la farsa del proceso electoral del pasado 7 de noviembre y, en consecuencia, no reconocemos la legitimidad democrática de ninguna autoridad que haya surgido de las mismas. Nicaragua es una dictadura, es un Estado policial de impunidad estructural.

Queremos pedir, aparte de la condena, que de forma conjunta pongamos en marcha todos los instrumentos que tenemos ahora mismo en nuestra mano. Queremos más sanciones. Sanciones a Ortega, que atajen la corrupción y el montaje de Estado patrimonialista en que ha convertido Nicaragua. Queremos que se aplique la cláusula democrática del Acuerdo de Asociación con Centroamérica. Queremos que se incrementen los mecanismos de protección a los defensores de los derechos humanos y a los periodistas que aún resisten en Nicaragua. Queremos que se mantenga la ayuda humanitaria, pero que ninguna financiación internacional de la Unión Europea ni de sus Estados miembros llegue a manos de este régimen corrupto.

Tilly Metz, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the last year we have seen arbitrary arrests of opposition leaders, presidential candidates and human rights defenders. By eliminating all possible options for the main opposition groups, the elections on 7 November were rigged for only one possible outcome. It is clear that the elections were neither fair, transparent nor free.

With the resolution we will adopt this week, the European Parliament will unite in the condemnation of these illegitimate elections. We call on the Government of Nicaragua to guarantee civil and political rights for all Nicaraguans, to cease the persecution of the opposition, the press, civil society and to immediately and unconditionally release all those arbitrarily detained.

We also condemn the increasing criminalisation and persecution of environmental defenders and the continued attacks and acts of aggression against the indigenous people of Nicaragua.

In 2020, 12 environmental leaders were killed in Nicaragua, making it the most deadly country per capita for environmental defenders. On 23 August, at least nine people from the Miskitu and Mayangna indigenous community were murdered by settlers, and two women were raped. These crimes remain unpunished, as the Nicaraguan Government fails to enforce legal protections of indigenous land.

Therefore, it's crucial that the EU increases its support to civil society and human rights defenders. We also need – and it was already said several times – more targeted sanctions, and we should ask the Commission to trigger the democratic clause of the association agreement, while ensuring that no sanction or any other measure could harm the Nicaraguan people.

They need our support, so that they can ensure their right to freely choose their government and live freely without repression and human rights abuses.

Paolo Borchia, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le elezioni farsa del 7 novembre ci dicono che si va avanti con il sandinismo, si va avanti con Ortega, si va avanti con un regime che compromette il processo democratico ostracizzando le opposizioni, e forse questo è un primo punto in comune con questo Parlamento.

Voteremo una risoluzione equilibrata, sì, in alcuni punti, ma squilibrata e sbilanciata in altri. Per esempio, in queste risoluzioni non mancano mai i riferimenti alle persone LGBT, ma a volte sarebbe meglio ricordarsi anche dei veri vulnerabili, a iniziare dai disabili o dai più poveri.

Collegli, il mio gruppo presenterà un emendamento per riaccendere i riflettori sull'odiosa vicenda del terrorista Alessio Casimirri che, nel 1978, come parte di un commando delle Brigate Rosse, assassinò l'allora presidente della Democrazia Cristiana e già presidente del Consiglio italiano Aldo Moro assieme a cinque uomini della sua scorta. Era il 1978 e da 43 anni in Italia attendiamo che sia fatta giustizia. In un mondo più equo Casimirri starebbe scontando la pena dell'ergastolo, invece nel mondo reale purtroppo se ne sta tranquillamente in un ristorante a Managua a cucinare gamberoni e calamari. Collegli, contiamo su di voi. Buon Santo Natale a tutti.

Adam Bielan, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Mr High Representative, Daniel Ortega now rules Nicaragua as an autocrat without a democratic mandate. Indeed, Mr Ortega eliminated all credible electoral competition by blocking political parties from participating in the elections, and used systematic arbitrary incarceration, harassment and intimidation.

I deplore the fact that the Nicaraguan Government deprived its people of their civil and political rights and freedom of expression, and did not respect its commitments to human rights. I strongly condemn the undemocratic election process in Nicaragua that violated all international democratic standards.

That is why we call today for the immediate release of all detained political prisoners. In parallel, the EU institutions and all Member States should work with like-minded countries and organisations to assess possible further steps, including sanctions. We should also maintain our support for the democratic aspirations of the citizens of Nicaragua.

Manu Pineda, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, señor Borrell, ya sabemos los motivos formales de esta Resolución, pero yo quiero llegar a los reales: a los impulsores de esta Resolución les molesta que Ortega haya ganado las elecciones y que Nicaragua siga teniendo un Gobierno al servicio del pueblo y no al servicio de las multinacionales; les molesta su apoyo a un proceso de integración regional antagónico con los objetivos de Estados Unidos; les molesta que haya ganado por cuarta vez consecutiva enfrentándose a cinco candidatos opositores y que en cada elección haya conseguido más apoyos —un 75 %, con una participación de más del 65 % en estos últimos comicios—, y les molesta que ese apoyo no sea fruto del miedo.

En Nicaragua, la gente no ha votado amenazada por el Foro de São Paulo o por las dictaduras castrochavistas, sino por datos como estos: Nicaragua ocupa este año el quinto puesto a nivel mundial en equidad de género; desde la llegada de Ortega al Gobierno, la pobreza general se ha reducido casi a la mitad, y la pobreza extrema, más de la mitad; la inversión en educación gratuita en todos los niveles ha crecido un 381 %; la inversión en salud gratuita y de calidad ha aumentado un 476 %... Y estos no son datos del Foro de São Paulo o del Frente Sandinista, son de gente tan poco sospechosa como el FMI, el Banco Mundial o las Naciones Unidas.

Señorías impulsoras de esta Resolución, acaban de llevarse disgustos en el Perú, en Honduras, en Nicaragua, y es posible que, en breve, los tengan en Chile, en Colombia o en Brasil. Solo les sugiero una cosa: que vayan aprendiendo a aceptar las decisiones de los pueblos incluso cuando estas no les gusten.

David McAllister (PPE). – Mr President, the elections on 7 November in Nicaragua violated all international democratic standards for credible, inclusive, fair and transparent elections. They were a sad climax of Nicaragua's continuous authoritarian development as they complete the conversion of this country into an autocratic regime. As the European Parliament, we reject the legitimacy of the results of these fake elections and, therefore, we reject the democratic legitimacy of any institutional authorities emerged from this rigged vote.

The systematic crackdown of opposition leaders, journalists and civil society actors, as well as the psychological and physical abuse of the Nicaraguan people, are appalling and represent a clear breach of human rights, democracy and the rule of law. High Representative / Vice-President, indeed we need to consider all instruments at our disposal to take additional measures against the Ortega regime.

I call on the Nicaraguan authorities to end repression, to uphold and respect human rights, and to allow the Nicaraguan people to exercise their civil and political rights. I call on the Nicaraguan authorities to hold elections in accordance with international parameters which comply with international standards and the Inter-American Democratic Charter to realise the democratic aspirations of the people of this country. And I call on the Nicaraguan authorities to allow international as well as civil society organisations to access the country without restrictions. For the European Union has consistently called for free and fair transparent elections, for the respect for human rights, democracy and the rule of law, and for the immediate and unconditional release of arbitrarily detained political prisoners.

Mr Ortega, return the sovereignty of Nicaragua to the Nicaraguan people, who are its rightful owners.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Alto Representante, Cristiana Chamorro, Arturo Cruz, Félix Maradiaga, Juan Sebastián Chamorro, Miguel Mora, Medardo Mairena e Noel Vidaurre são os sete candidatos presidenciais detidos antes das últimas eleições na Nicarágua, em condições inaceitáveis, juntamente com centenas de ativistas, jornalistas e empresários.

Alguns poderiam pensar que, após as teatrais eleições nicaraguenses, esta deriva repressora de Daniel Ortega acalmaria, mas não foi o caso. Há poucas semanas foi detido o ex-embaixador da Nicarágua na Organização de Estados Americanos, Edgar Parrales, o que demonstra a falta de vontade de Ortega para mudar o seu comportamento autocrático.

Sabemos que a única solução para esta profunda crise política é um diálogo político nacional inclusivo. Contudo, antes de mais, o que lhe pedimos, Senhor Alto Representante, é que seja intransigente na defesa dos direitos humanos e na exigência de libertação dos presos políticos.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señor presidente, Nicaragua se ha convertido en una dictadura. Presentarse como candidato a las elecciones lleva aparejada pena de cárcel. Defender los derechos humanos, oponerse a las malas prácticas ambientales, a la destrucción de las comunidades indígenas, denunciar abusos, señalar responsables acarrear la más dura represión, agresiones y acoso. No hay libertad de prensa ni de expresión.

En esas circunstancias, las últimas elecciones han sido una farsa. Por eso, los actuales mandatarios no son ya los gobernantes legítimos del país. Son usurpadores que merecen ser tratados como tales, sancionados y desposeídos del rendimiento económico de sus prácticas corruptas, e investigados por sus políticas represivas en el marco del Consejo de los Derechos Humanos de las Naciones Unidas.

Activemos la cláusula democrática del Acuerdo de cooperación y todo nuestro apoyo a quienes sobre el terreno se la juegan para tratar de impulsar la única solución posible: un diálogo nacional integrador que solo podrá iniciarse cuando cese la represión y se libere a quienes siguen presos por defender una democracia digna de tal nombre.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, unas elecciones democráticas son algo muy serio porque, en democracia, las elecciones son la base de la legitimidad de los gobernantes y, para que esta legitimidad sea indiscutible, las elecciones deben ser libres y justas. Cuando se mete en la cárcel candidatos opositores, se invalidan partidos y candidaturas, se vota en un clima de persecución y no respeto a los derechos humanos, estas elecciones se pueden llamar de todo menos democráticas; por ejemplo, elecciones farsa, y ganar unas elecciones farsa, para quien llega a ellas controlando todos los mecanismos del poder, no tiene ningún mérito, no tiene mérito alguno.

Esto es lo que ha pasado en Nicaragua y esto es lo que permitirá seguir abusando del poder al tándem Ortega-Murillo hasta que realmente no se produzca un diálogo nacional para poner fin a la deriva represiva y autoritaria; mientras esto no ocurra, exigimos la liberación de los presos políticos y pedimos un replanteo de las relaciones de la Unión con Nicaragua, y también pedimos sanciones más eficientes.

Mick Wallace (The Left). – Mr President, the debate amounts to foreign interference in the affairs of a sovereign nation. I think I was the only MEP to travel to Nicaragua and witness the general election process. The atmosphere was festive, turnout was 65%, above the European average, and it was clear that the majority of the people were pretty happy with the result.

The popularity of the FSLN is the result of the gains made by the Ortega government. The IMF and the World Bank released a report in 2018 stating that, up until that year, Nicaragua had a sustained outstanding growth in GDP, improved their social indicators, expanded tourism and provided regional leadership in public safety and sustainable energy and food sovereignty.

The violent US-backed coup in 2018 resulted in approximately 200 deaths on both sides, sanctions and the loss of 130 000 jobs. The National Endowment for Democracy and the CIA funded far-right criminals who plotted the death and destruction, and are the ones being hailed in here as political prisoners. A negative comment that we did hear from the Government was that they were too slow to prosecute these criminals.

If you are so worried about democracy in here, before you go to Latin America maybe you should look at the Julian Assange case.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Alto Representante, desde a tomada de posse, em 2007, que o presidente Ortega basicamente desmantelou todos os controlos que existiam na Nicarágua do poder presidencial. Foi, a pouco e pouco, transformando a Nicarágua numa ditadura sangrenta, como ficou claro essencialmente depois dos protestos sociais de 2018 em que houve encarceramentos, maus tratos, exílio, desaparecimentos forçados e, claro, mortes.

Neste momento nós sabemos que, na sequência da preparação do ato eleitoral, foram presos, sem culpa formada jornalistas, ativistas rurais e ambientais, ativistas indígenas e estudantes, mas também os líderes da oposição e, em particular, os candidatos ou pré-candidatos presidenciais. Houve sistemática detenção, há assédio e perseguição, há intimidação regular na vida política e cívica da Nicarágua.

O regime de sanções que começou por ser aplicado a partir de outubro de 2019 e que agora, mais recentemente, se viu estendido de 6 a 14 pessoas incluindo a vice-presidente Rosario Murillo, a verdade é que continua a não ser suficiente para fazer com que Ortega possa deixar o poder e abrir um processo democrático de reconciliação da Nicarágua com o seu destino.

Vão longe os tempos de Somoza, mas a verdade é que Ortega não deixa de ser um imitador desse grande ditador que dizia combater.

Toda a solidariedade com o povo da Nicarágua.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Haut-représentant, je ne peux que partager vos mots sur la situation désespérante que nous constatons aujourd'hui au Nicaragua.

Ce régime Ortega, comme toutes les dictatures, s'en prend évidemment à l'opposition, en incarcérant les sept figures potentielles de l'opposition, à la liberté de la presse, et également aux défenseurs des droits de l'homme de manière générale.

Bien entendu, nous soutenons votre démarche en matière de sanctions, voire de durcissement des sanctions qui ont été prises. Mais nous voyons que le régime Ortega ne répond pas à ces sanctions. Et la question que je pose avec peut-être aussi avec une pointe de déception, c'est pourquoi n'arrivons-nous pas à utiliser les outils qui sont en notre possession pour aussi faire pression sur un régime, tel que l'accord d'association que nous avons aujourd'hui avec l'Amérique centrale? Cet accord d'association, mon pays, la Belgique, ne l'a pas ratifié. Tout simplement parce qu'à l'époque, déjà en 2013, nous estimions qu'il ne donnait pas suffisamment de capacité à soutenir la question des droits de l'homme. Il a été mis en œuvre pour la partie commerciale uniquement, malgré le fait qu'il ne soit pas ratifié. Et aujourd'hui, la question qu'on se pose, c'est en quoi cet accord commercial a pu soutenir la démocratie en Amérique centrale, mais de manière plus particulière au Nicaragua. Et comment cet accord commercial peut-il être suspendu dans le cas d'un régime tel que celui-là, qui ne respecte en rien les valeurs que nous avons signées?

Je rappelle que l'accord d'association est là pour développer un partenariat politique privilégié fondé sur des valeurs et des principes, et particulièrement la démocratie. Je pense que nous en sommes loin.

Dita Charanzová (Renew). – Señor presidente, señor alto representante, estamos aquí de nuevo para hablar sobre la situación en Nicaragua.

Está claro es que Daniel Ortega es un dictador y Nicaragua está bajo una dictadura. Las elecciones fraudulentas del mes pasado no hicieron más que confirmar este hecho. No hacía falta una bola de cristal para saber el resultado de estas elecciones de antemano. Casi todos los opositores están en la cárcel o se han visto forzados al exilio. Miles de nicaragüenses han huido. El régimen controla el país con violencia, censura y crueldad.

La Unión Europea ha sido muy clara en su posición sobre los derechos humanos en Nicaragua, pero ya es hora de enviar un mensaje político claro. No vamos a tener acuerdos con dictaduras. Tenemos que suspender el Acuerdo con Nicaragua.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, la situación en Nicaragua es insostenible: la continua deriva autoritaria atenta directamente contra los derechos humanos, la democracia y todos los valores que defendemos en esta Cámara. Lo vivido en las últimas elecciones fraudulentas en el país es una nueva constatación de algo que llevamos denunciando mucho tiempo: los Ortega-Murillo están dinamitando la democracia nicaragüense desde dentro, desde el poder, impulsando una dura represión que socava las libertades; pretenden extinguirlas completamente y convertir Nicaragua, tristemente, en un régimen autocrático, comunista, de carácter personalista y familiar.

No podemos quedarnos impasibles ante el desafío comunista que amenaza a muchos países latinoamericanos, debemos reaccionar y posicionarnos con determinación al lado de los verdaderos líderes democráticos de la región y la sociedad civil que se mantiene firme ante la dictadura de extrema izquierda; si no lo hacemos, más de un Estado seguirá el camino de Nicaragua, Venezuela o Cuba. Por cierto, contrastan las palabras contra Ortega con su posición en relación con Maduro, señor Borrell.

Europa debe apoyar inequívocamente y sin fisuras que esta Resolución sobre la situación en Nicaragua incluya medidas de condena al régimen y a la permanente violación de los derechos humanos y asegurarse de que ni un céntimo de la Unión Europea termine en manos de esta dictadura autoritaria, contraria a los principios con los que nos identificamos. La Unión Europea debe tomar acciones decididas: insto, como ya lo hemos hecho en otras ocasiones, a activar la cláusula democrática del Acuerdo de Asociación, así como a la imposición de sanciones contra todos los que violan los derechos humanos en Nicaragua.

Alicia Homs Ginel (S&D). – Señor presidente, señor alto representante, lo sabemos todos: las elecciones, ya se ha dicho, del pasado 7 de noviembre en Nicaragua fueron una farsa, una pantomima que pretendía humillar a la oposición democrática nicaragüense y también a su pueblo. Pero ese día la oposición se hizo notar con un silencio que retumbó en todo el país. La dictadura de Ortega, Murillo y los suyos son una élite que parasita las instituciones de un país que antaño ya levantó el puño y se alzó para poner fin a una dictadura decrepita.

Por eso, yo no pierdo ni perderé nunca la esperanza de que Nicaragua se vuelva a levantar. Y no la pierdo porque son los ciudadanos y ciudadanas del país los primeros que están convencidos de que más pronto que tarde van a conseguirlo. Van a recuperar la democracia, pero de forma pacífica. Por esto, desde Europa no podemos perder nunca esa esperanza.

Contribuyamos a visibilizar esa gran mayoría demócrata de la población. Sigamos en el país para ayudarles y ayudemos también a todas y todos los exiliados, porque todos ellos y ellas son indispensables para corregir la situación a través de unas elecciones verdaderamente libres y justas; para liberar a los presos políticos, para conseguir que los partidos, las organizaciones internacionales y las ONG vuelvan a cooperar en el país.

Para lograr el cambio, contemos con todas y todos los demócratas nicaragüenses y sigamos trabajando para conseguir la democracia en el país.

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señor presidente, señor Borrell, mis peores temores —de los que llevo más de dos años advirtiendo en esta misma Cámara— se han cumplido: Ortega ha logrado sumir a Nicaragua en una represión que no se conocía desde los peores tiempos de Somoza, pero ahora la pregunta es cómo ayudamos a los nicaragüenses a recuperar la democracia, y la respuesta también es muy sencilla: simplemente devolviéndoles todo aquello que Ortega les ha robado, que no es más, entre otras muchas cosas, que el derecho de expresarse libremente en unas elecciones transparentes y justas, y para lograrlo no podemos seguir cometiendo los mismos errores.

Ortega es un criminal y como tal debe ser tratado, y debemos darle a Ortega donde más le duele, que no es más que en el bolsillo, en su bolsillo y en el de todos sus testaferros que también están aquí en Europa. Sancionemos, también, de una vez a Ortega como vengo reclamando desde hace casi dos años, pero pongamos también el foco en la financiación internacional del régimen: debemos congelar los desembolsos que llegan al régimen hasta que nos aseguremos de que la democracia ya ha vuelto a Nicaragua. Señorías, Ortega debe saber que no nos temblará el pulso a la hora de enfrentarnos a una de las peores dictaduras del mundo.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señor presidente, señor Borrell, Ortega parece haber seguido todos los pasos del manual para dismantlar una democracia e imponer una dictadura. Primero, pretendiendo guardar las apariencias, comenzó a comprar lealtades y a subvencionar los estómagos hambrientos de los más desfavorecidos. Cuando vio que la dignidad del pueblo nicaragüense no estaba en venta, el tirano pasó a las amenazas y recurrió a la violencia.

Siguiendo las enseñanzas de Maquiavelo, Ortega prefirió ser temido a ser amado. Promovió ataques a periodistas y a medios de comunicación. Impuso la brutalidad policial, consintió torturas contra numerosos opositores y llegó a ordenar el asesinato de activistas. A pesar de la opresión, todavía quedaron líderes políticos nicaragüenses que decidieron dar un paso adelante y presentarse a las elecciones. Pero ante la mera posibilidad de que emergiera una alternativa, Ortega no dudó en encarcelarlos a todos, sin preocuparse ya de mantener una mínima fachada de democracia.

Y es que hace mucho que Ortega se quitó la careta de demócrata. Cada paso que ha dado ha ahogado un poco más las libertades de los nicaragüenses hasta extinguirlas por completo. Por muchas elecciones que finja celebrar Ortega nada puede ocultar que Nicaragua se ha convertido en una dictadura absoluta. Nada puede ya ocultar el colapso económico y humanitario al que ha condenado a los nicaragüenses.

La Unión Europea y los Estados miembros no podemos seguir permitiéndolo. Es hora de emplear todos los medios a nuestro alcance para combatir la opresión de Ortega.

Josep Borrell Fontelles, vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad. – Se han formulado algunas preguntas que merecen respuesta.

¿Por qué no suspendemos las preferencias comerciales previstas en el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Centroamérica? Porque suspender estas preferencias comerciales no significa más que tratar las exportaciones de Nicaragua como si fuesen de cualquier otro país miembro de la Organización Mundial de Comercio que no tenga ningún trato especial con nosotros. Y la mitad de las exportaciones de Nicaragua son materias primas que están entrando hoy, actualmente, con un arancel cero en la Unión Europea.

Pero nosotros representamos solo el 9 % de las exportaciones de Nicaragua, es decir, el año pasado fueron 300 millones de euros. Vamos a poner las cosas en sus justos términos cuantitativos. Estamos hablando de un problema de 300 millones de euros. El principal socio comercial de Nicaragua son los Estados Unidos. A nosotros nos exporta un número muy limitado de productos, básicamente cafés y plátanos. Y si queremos suspender las preferencias comerciales, tenemos que ser muy cuidadosos con las posibles consecuencias que eso tendría, ya que perjudicaría la situación social de muchos nicaragüenses que trabajan en estos sectores. No creo que el régimen de Nicaragua se inmutara por 300 millones de exportación, pero muchos nicaragüenses que trabajan en esos sectores sí se verían negativamente afectados.

¿Por qué no utilizamos las cláusulas políticas de este Acuerdo? Porque este Acuerdo no está todavía ratificado. Porque hay un Estado miembro, uno, que todavía no ha completado el proceso de ratificación. Mis Servicios me informan de que si ese Acuerdo estuviera ratificado entonces sí podríamos utilizar las cláusulas políticas del mismo en materia de derechos humanos. Estos son los inconvenientes de tener que pasar por unos procesos largos y sometidos a la regla de la unanimidad para ratificar nuestros acuerdos.

¿Por qué no suspendemos la cooperación con Nicaragua? Porque creo que la estamos canalizando a través de procedimientos no gubernamentales y estamos seleccionando las actividades de manera que no puedan ser instrumentalizadas para beneficiar al gobierno, pero sí a la población, en particular la parte más vulnerable de la misma. Las prioridades en el Programa indicativo plurianual son básicamente medidas para prever o para mitigar las consecuencias del cambio climático y promover un desarrollo sostenible, y están focalizadas para dirigirse directamente a la población sin, insisto, que puedan ser instrumentalizadas por el gobierno. Más de la mitad de nuestros Fondos van dedicados a mitigar los efectos del cambio climático, a proteger la biodiversidad y a apoyar a la sociedad civil. La otra mitad está dedicada a promover un crecimiento económico sostenible, a hacer frente a las crisis alimentarias o alimenticias y a las consecuencias ya inevitables del cambio climático. Un 10 % va a educación. ¿Qué ganaría el pueblo de Nicaragua si suspendiéramos eso? ¿En qué debilitaríamos la posición del gobierno? Ciertamente, no lo creo. Creo que nuestros recursos, limitados, prestan especial atención a las mujeres y a los jóvenes y a los pueblos indígenas, a los afrodescendientes que viven todavía en comunidades étnicas, y contribuyen a paliar las circunstancias en las que viven y a combatir la desigualdad.

¿Qué hacemos para ayudar a los presos políticos? Porque sí, señor Pineda, son presos políticos. Y, por favor, no me compare usted la situación en Nicaragua con la de Chile o con la del Perú. Usted ha hablado de Chile y del Perú. Usted ha hablado de los candidatos que se presentan a las elecciones o los que ya las han ganado. Yo he estado en el Perú recientemente para manifestar todo mi apoyo al señor Castillo, presidente del Perú, que ha ganado unas elecciones limpias. Es un señor de izquierdas, y eso para mí no importa. Ortega no es un señor de izquierdas. No es una dictadura de izquierdas, es simplemente una dictadura. No tiene ninguna clase de ideología. Lo único que le mueve es mantenerse en el poder. Llamemos a las cosas por su nombre. No la llamemos dictadura de izquierdas, como si por el hecho de ser de izquierdas tuviese que ser más reprochable. Las dictaduras son dictaduras, y algunas no tienen ninguna coloración ideológica. Y ese señor no tiene ninguna. No es una dictadura de izquierdas, es pura y simplemente una dictadura. Por favor, no dejen que su conformación ideológica les enmascare la realidad.

Podemos decir que la situación en Nicaragua mejoró hace unos cuantos años. Sí, es verdad, sin duda, ha habido una mejora en los últimos años, pero sigue siendo uno de los países más terriblemente pobres de América Latina. Y en los últimos años la vulnerabilidad y el deterioro de la democracia y de los derechos humanos se ha agudizado. Entre el 41 % y el 47 % de la población vive en la pobreza y entre el 20 % y el 18 % en extrema pobreza. Estos son los mejores datos que se han conseguido.

No, lo siento, señor Pineda. Usted sabe que le aprecio. Me encanta discutir con usted, pero en este caso lamento que pueda decir que nos va a preocupar mucho que gane el candidato de izquierdas en Chile. A mí personalmente no me va a preocupar nada. Como no me preocupa nada que haya ganado el señor Castillo. Porque tanto en Chile como en el Perú lo han hecho a través de elecciones perfectamente homologables. Han competido en buena ley democrática y tienen y ejercen un poder legítimo. Y por eso tienen, absolutamente, mi respeto y mi voluntad de cooperar con ellos, como le expresé al presidente Castillo y como se lo expresaría a cualquiera que gane las elecciones en Chile a finales de este mes. Por favor, por favor, señor Pineda, esa comparación está completamente fuera de lugar.

En lo que a la situación en Nicaragua se refiere, yo no sé cómo el señor Wallace la puede describir como la ha descrito. Todo el mundo que tiene un mínimo de objetividad conoce cuál es la situación allí.

Desgraciadamente, no tenemos más instrumentos que los que tenemos para combatirlos, para combatirlos, sí, para combatir democráticamente, apoyando a la sociedad civil en lo que podemos, ayudando al pueblo de Nicaragua en lo que podemos. Tratando de conseguir la liberación de los prisioneros políticos en lo que podemos.

Y lo seguiremos haciendo.

Der Präsident. – Gemäß Artikel 132 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurden sechs Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 16. Dezember 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Pedro Marques (S&D), por escrito. – A 7 de novembro a Nicarágua teve eleições. Um simulacro, uma espécie de eleições destinadas a perpetuar no poder Daniel Ortega. Foram presos, intimidados e perseguidos sete pré-candidatos presidenciais. O mesmo aconteceu a cerca de 40 opositores, líderes estudantis, jornalistas, defensores dos direitos humanos e empresários.

Junto-me a todos os deputados que apelaram à libertação imediata e incondicional de todos os presos políticos detidos arbitrariamente. E junto «a minha voz» a todos os que exigem a realização de eleições livres e justas, o restabelecimento do Estado de Direito e o fim da repressão na Nicarágua. Termino com a convicção que mais tarde que cedo o regime autocrático de Daniel Ortega será derrotado.

12. Die Lage an der ukrainischen Grenze und in den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage an der ukrainischen Grenze und in den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine (2021/3010(RSP)).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, we change the geographical situation, we change the latitude and longitude of the coordinates, but the problem is still very worrying.

Now we are talking about the situation on the Ukrainian border and in the Russian-occupied territories of Ukraine. I've been talking a lot about it during this weekend in Liverpool, together with my fellow colleagues of the G7 – as you know the most important, the biggest, democracies in the world. I've been talking a lot with Secretary of State Blinken and we will talk a lot about it at the next European Union Council. We talked yesterday about it also, with my fellow Ministers of Foreign Affairs. So I think I have all the information I could have in order to come here to discuss with you the Russian military build-up around Ukraine.

First, facts. Since November, Russia has been massing troops and weapons in an unusual manner around Ukraine's borders. You know that Ukraine is our close strategic partner, so it's normal that we are worried about this movement of Russian troops. I had the opportunity also to talk about this with the Russian Foreign Affairs Minister, Sergei Lavrov, during the OSCE meeting in Stockholm, and with the Foreign Affairs Minister of Ukraine. At the OSCE meeting in Stockholm I witnessed a lively exchange of views between Minister Lavrov and Secretary of State Blinken about this issue.

We, the European Union, maintain regular contact with President Zelensky, with Prime Minister Shmyhal, with Foreign Minister Kuleba. We express at all levels our political support to Ukraine. We publicly recall our unwavering support to Ukraine's sovereignty and territorial integrity within its internationally-recognised border.

According to Russian sources, nothing is happening. They are only moving their troops inside their territory; they are not violating any international law, nor any constitutional internal rule. Certainly they are moving troops inside their borders, but with the precedents, with what has happened between Ukraine and Russia, it is quite justified that the Ukrainians are worried and that we have to express our political support.

But today we are in prevention mode. Today, we are trying to avoid further escalations and to work on all avenues that we can in order to deter further Russian actions. Today we are in deterring mode, prevention mode, dissuasion mode, in order to avoid the crisis escalating and reaching the level of military conflict. We are doing what we can on that.

Yesterday at our Foreign Affairs Council, all members reiterated their support for Ukraine, as I said, and also we have recently adopted a set of assistance measures under the European Peace Facility, a new financial tool which is under my policy implementation authority, in supporting Ukrainian armed forces in areas including the provision of military, medical and engineering equipment, and mobility, logistic and cyberdefence support – not providing lethal arms, but in all the fields that an army requires in order to be operational.

These are tangible ways of showing our support to strengthening Ukrainian resilience, and also our support for the Ukrainian reform agenda since 2014. Because the reforms inside Ukraine are also an important component of Ukrainians' overall resilience to external challenges. The better the functioning of Ukrainian democracy, the highest quality we have in fighting against internal problems, the stronger they will be to face external challenges.

But today we have to talk about an attempt to undermine further Ukrainian territorial integrity which was jeopardised when Russia took over Crimea. This would come, if it happens again, with severe political consequences and with a high political and economic cost for Russia, if this was the case.

We have to act in unity. We are coordinating closely with our transatlantic and like-minded partners. We did that on Sunday, and our G7 statement was clear on this position. We called on Russia to de-escalate, to pursue diplomatic channels, and to abide by its international commitments on transparency of military activities, as President Biden also did in his call with President Putin on 7 December.

In the meantime, as I said, we are in deterrent, dissuasive, prevention mode, and we will continue to do full diplomatic outreach. We reconfirm our support to France and Germany, in the Normandy format, to achieve full implementation of the Minsk Agreements in order to resolve the conflict in Eastern Ukraine. We are studying the different scenarios that one could imagine could happen in the following days or weeks. We recall Russia's responsibility in implementing the Minsk Agreements. It remains a key issue, and we will continue demonstrating that we will not hesitate to take actions when needed, as by imposing restrictive measures against the Russia-based Wagner Group.

I want to bring to your attention to the fact that these restrictive measures have already been taken, and the Council approved them yesterday. I know that for the Russian authorities, the Wagner Group is a private company, as private as one that could produce sweets, but in any case we consider that we have to show our strong determination to stand up for our interests and values in our neighbourhood and beyond.

Ukraine has the right to make its own foreign and security policy choices. It is an independent and sovereign country, and it has the right to make its own foreign and security policy choices, and we respect fully these choices. Since the starting point of the conflict almost eight years ago, we have been steadfast, at the Ukrainian side. Furthermore, the Ukrainians' diplomatic efforts to keep the illegal annexation of Crimea high on the international agenda, including through the launch of this international Crimea platform, are welcome and will be supported.

Tomorrow, at the meeting with the Eastern Partnership Summit, we will have another occasion to stress that there is room for enhanced cooperation between the EU and these countries, as well as for gradual convergence in the area of foreign and security policy, in line with partners' commitments with the EU. I think that strengthening our partners strategic communication capabilities will also be an important element of building resilience, including the fight against disinformation and information manipulation – and there is a lot of it as you very well know.

So for the time being, once again we are expecting the best and preparing for the worst. Should the situation in Ukraine deteriorate, there should be no doubt that we will be ready to respond. But for the time being, we don't want to contribute to any kind of escalation. We want to be in this prevention mode – that is in the end the role of diplomacy, the work of diplomacy – to try to study the different scenarios, to have an answer prepared for each one of them, and making clear what our answer will be if any one of them happen. Allow me to finish with these words: expect the best, and be prepared for the worst.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hoher Vertreter, ich bin Ihnen dankbar für Ihre Ausführungen und möchte den Ernst der Lage betonen.

Ja, wir sind jetzt im Abschreckungsmodus. Dieser erneute russische Truppenaufmarsch geschieht unprovokiert, es sei denn, man betrachtet die schlichte Existenz einer unabhängigen Ukraine als Provokation – eines Landes, das sich demokratisch, wirtschaftlich und sozial um Stabilisierung und Entwicklung bemüht.

Putins Mythos der Bedrohung durch die NATO ist hingegen lächerlich. Er weiß das, schon Breschnew wusste das. Die NATO als Bündnis saturierter Demokratien greift niemanden an. Es sind nicht die Waffen der NATO, sondern die Art, wie man sich in Freiheit organisiert, was dann zu einer Provokation wird, wenn das sogar in der Ukraine erfolgreich sein könnte.

Die fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine seit 2014 hat die Entschlossenheit der Ukraine, einen funktionierenden demokratischen Staat zu etablieren, nicht beeinträchtigt. Weil hier so eindeutig ist, wer der Aggressor ist, sind Gleichsetzungen von Opfer und Täter auch nicht angezeigt. Deeskalieren muss der Aggressor durch Truppenabzug. Die Ukraine hat alles Recht, sich nach Artikel 51 der UNO-Charta zu verteidigen, und ich bin allen dankbar, die ihr hierbei auch mit Waffen helfen.

Wir werden als EU – koordiniert hoffentlich mit unseren transatlantischen Partnern – zivil auf militärische Aggressionen reagieren, aber effektiv. Und wir sollten die Instrumente dafür schon mal hochhalten. Es wird wehtun, wenn SWIFT abgestellt wird. Den Systemprofiteuren wird es auch wehtun, wenn alle Langzeitvisa abgestellt werden.

Und eins dürfte auch klar sein: Eine Nord-Stream-Pipeline wird nichts liefern, wenn gleichzeitig Krieg geführt wird, denn wir werden nicht den Krieg mit den Einnahmen aus dieser Pipeline finanzieren.

(Der Redner spricht einige Worte auf Ukrainisch.)

Pedro Marques, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, just a few years ago, Russia illegally annexed Crimea and backed violent separatists that control parts of eastern Ukraine. These were concrete actions against an independent country, a partner, violating its sovereignty and international law.

Once again, now, Russia is sending strong signals that it may commit yet another violation with a largescale military build-up along the border with Ukraine. Deploying, for the second time this year, about 100 000 soldiers and military equipment at that border, which makes it clear as a threat to Ukraine and a threat to the stability of the region. Whether the intention is a full-scale military invasion or some kind of hybrid attack, or to intimidate and destabilise Ukraine even further, we must not tolerate it.

The European Union, let us be clear, together with its transatlantic partners, must be ready to make full use of severe sanctions that will tell the Russian autocratic regime the price they must pay if they proceed with this line of behaviour.

We therefore call on the European Summit, this Thursday, to prepare a strong package of sanctions, including at least instruments such as the freezing of the European assets of people associated with the Kremlin – and I said, at least.

If Putin and the Russian oligarchy only know the language of power and money, they must know how much they will lose if they do not behave differently from what we have seen these last few weeks and months.

We would like to establish a normal cooperation with Russia. We have sent all the signs in the past, but it would be beneficial for everyone if that could be done with Russia engaging in a completely different path that respects international law and the stability of our neighbourhood. That's certainly the only condition in which we could establish such a normal cooperation, but we are really far from that at this moment.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, the Russian bear angrily roaring on the European borders, tries to scare and impose on us the rules of the jungle. On the other hand, the Russian-speaking bear keeps the permanent member seat at the Security Council of the United Nations, the global forum of international cooperation. Compatible? Shocking? Acceptable?

Continuous Russian Federation actions by the threatening and destabilising situation in Ukraine must be regarded as a threat to overall European stability and security. By violating international laws and bilateral treaties, Russia proves itself to be unpredictable and an untrustworthy member of the international community. Instead of following rules based on good neighbourly relations, it tries to force others with red lines and ultimatum rhetoric.

Russia's military build-up on Ukraine's borders comes at a time of unsettled, assertive and globally growing authoritarianism, which disregards sovereignty and the democratic choices of others. Creeping hybrid strategy, intimidation and military pressure used by Russia, presents a real threat to Ukraine's sovereignty. Today, as never before, Ukraine needs not only the EU's understanding and solidarity, but a joint and resolute deterrence and support action.

I call on the European Union to come up with a timely decision on the Common Security and Defence Policy mission to Ukraine. We have to use to a full extent the Civilian CSDP Compact tools to translate our partnership into something more tangible everybody understands.

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, we have seen this before. A bully blackmails its weaker neighbours while the rest of the world watches. We have seen this in April, we have seen this countless times in the history of mankind, and history teaches us that appeasing a bully is a very dangerous strategy. It is immoral and counterproductive.

As we speak, 100 000 Russian troops are mobilised on the Ukrainian border. Their number is expected to rise dramatically. Those who know Mr Putin know that the run-up to Christmas is a particularly dangerous period. That's why we need to remain vigilant and resolute. Ukraine is not targeted because it is a danger, but because its people stand up for European values, because they dare to be free and because they want to decide their own fate. Nothing terrifies the Kremlin more than a free, democratic nation on its own borders.

Meanwhile, how do we react? Some still suggest that Nord Stream 2 should continue. The main export of the Kremlin is not gas, oil or arms, but chaos, as one Russian ideologue has openly stated. By increasing our dependency on Russia, we betray our allies and endanger the future of this continent. It is time for our foreign policy to show teeth and speak with bullies in a language they understand, the language of tough sanctions. Punishment of Russia must be unprecedented if it dares to start another war against Ukraine. Cut off Russia from the SWIFT system, scrap Nord Stream 2 and sanction Putin and his entourage. More importantly, show the Kremlin that bullying is counterproductive by advancing partnership with Ukraine every time the Kremlin tries to intimidate it.

Dear colleagues, let's practice what we preach and show Russia that, in the world of international law, might does not make right. Stand up for Ukraine.

Jaak Madison, *fraktsiooni ID nimel*. – Austatud istungi juhataja, lugupeetud kõrge välisesindaja, head kolleegid! Kindlasti paljudel on küsimus, et mis võiks praegune Venemaa eesmärk olla ja kas nende mittesaavutamisel oldaks valmis ka uuesti sõjaliselt nende nimel tegutsema nagu hiljuti Gruusias, Krimmis või Ida-Ukrainas?

Eesmärkide osas on üpris lihtne: Venemaa on selgelt öelnud, et soovib saada juriidilist garantiid, et NATO ei võta vastu uusi liikmesriike Venemaa naabrusest, ning ei soovita näha enda piiridele liiga lähedal NATO sõjaväelisi üksusi või relvastust. Sellised nõudmised on saanud võimalikuks eelkõige seetõttu, et Venemaa tunnetab nii USA kui Euroopa Liidu nõrkust.

Olgu öeldud, et senini on pea kõik Venemaa etteheited olnud valed ja tegelikkust moonutavad. NATO sõjalised üksused Ida-Euroopas on vaid kaitseks, mitte Venemaa ähvardamiseks. Ainult hull võiks arvata, et Euroopa riikidel või USA-l oleks motivatsiooni sõjaliselt ähvardada Venemaad. Samuti on täiesti absurdsed Venemaa nõuded, et temaga piirnevates riikides ei tohi olla NATO sõjalisi üksusi kaitse eesmärgil või et mõned riigid ei tohiks kunagi saada NATO liikmeks. Kui küsimuse all on Venemaa vägede koondumine Ukraina piiri äärde või agressiivsed sõjaväeõppused Eesti piiri ääres, siis väidab Venemaa, et Venemaa teeb omal territooriumil, mida vaid soovib. Kuid täpselt sama õigus kehtib ka teistele riikidele: kui Ukraina soovib liituda NATO-ga, siis see on tema õigus, kui ka NATO teised liikmed sellega nõus on. Kui Eesti või Poola soovivad oma territooriumil näha liitlasvägesid, siis on see nende õigus ja Venemaal puudub igasugune alus pretensioonideks. Eriti arvestades Venemaa ajaloolist käitumist ja viimase 15 aasta jooksul algatatud sõdu.

Venemaa võiks olla majanduslikult meile väga hea partner ja ka mõnes mõttes liitlane, kui arvestada suhteid Hiinaga. Kuid headeks suheteks peab olema valmidus mõlemal poolel. Venemaa kui kõige suurema territooriumiga riik maailmas peab aru saama, et möödas on eelmine sajand, kui veel kommunistliku terroriga oli võimalik korda saata okupatsioone, massimõrvu või küüditamisi. Venemaa peaks aru saama, et headest suhetest oma naabritega on neil väga palju võita. Kuid selleks, et nad sellest heast võimalusest ka hästi aru saaksid, peaksime meie, see tähendab Euroopa riigid, olema valmis ennast kaitsma ükskõik milliste vahenditega ja praegusel hetkel osutama igakülgset abi Ukrainale. Võtkem siin eeskujuks Soome – riik, mis omab majanduslikult stabiilseid suhteid Venemaaga, kuid samal ajal omab üht parimat armeed Euroopas ja seda kindlasti mitte Rootsi või Norra pärast.

Anna Fotyga, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Czterdzieści lat temu z okładem 10 milionów Polaków tak jak ja zakochanych w Solidarności zadawało sobie pytanie: wejdą, nie wejdą? To było o ówczesnym Kremlu w systemie komunistycznym. Od ośmiu lat, od czasów Majdanu, robią to Ukraińcy. Co chwila muszą się uporać z zagrożeniem, z wzrastającym niebezpieczeństwem – od 2014 roku z aneksją znacznej części swojego terytorium, okupacją wschodu Ukrainy, presją gospodarczą, cybernetyczną, dezinformacyjną, zabronieniem im jakiegokolwiek międzynarodowego wyboru.

Czym się różni tamten świat sprzed 40 lat od tego, z czym mamy do czynienia w tej chwili? Wówczas kolektywny Zachód był w stanie przekazać jasną i jednoznaczną, wyraźną odpowiedź Kremlowi, komunistycznemu Kremlowi Związku Sowieckiego. O tym, że aneksja Polski spotka się z bardzo istotnymi konsekwencjami. Nie było wówczas mowy o artykule piątym. Byliśmy częścią bloku sowieckiego, a jednak ta groźba była na tyle wyraźna i ta niepewność strategiczna, którą narzucano Związkowi Sowieckiemu, na tyle skuteczna, że my byliśmy pewni, że oni nie wejdą. Ta odpowiedź Zachodu wobec Ukraińców, Ukrainy i adresowana do Federacji Rosyjskiej, do dzisiejszego Kremla powinna być równie jasna: wara od Ukrainy.

Mick Wallace, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, Zelensky came to power on a landslide with a mandate to end the war against the secessionists in the east, which has claimed thousands of lives and has had dire economic repercussions for millions of Ukrainians.

There is, in the form of the 2015 Minsk II agreement, a framework, a pathway to achieve a lasting peace. This solution has been endorsed by the US and the UN and was negotiated between France, Germany, Ukraine and Russia, providing for autonomy for a demilitarised Donbas within Ukraine but guaranteed by international treaty.

This joint motion lays the blame for the lack of progress on Minsk exclusively at Russia's feet. But this is a fantasy. Russia has engaged seriously with the process, only to have Zelensky's side repeatedly add extra conditions at the last minute or watch on as ultranationalist militias, who always seem to have a fresh stash of US-made weaponry, repeatedly and blatantly refuse to obey the orders coming from Kiev.

There are serious internal problems in Ukraine, between Ukrainians, about what kind of country they want to build. We cannot simply project all this conflict as somewhat a Russian problem. If we do, we will never understand the dynamics well enough in order to be of any help to the Ukrainian people. In fact, we are more likely to introduce more violence into the region.

If we want peace, we need to support a framework where Russia is part of the solution and not always treated as an enemy. We need to open our minds and open our eyes.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι εξελίξεις είναι «κίνδυνος-θάνατος» για τους λαούς: Συγκέντρωση στρατιωτικών δυνάμεων του NATO, των ΗΠΑ και της ΕΕ σε διάταξη σύγκρουσης και περικύκλωσης της ανταγωνίστριας τους Ρωσίας. Πολεμικές απειλές και προειδοποιήσεις με επιδίωξη την ένταξη της Ουκρανίας στο NATO, και κλιμάκωση της κούρσας των εξοπλισμών. Ένταση στα σύνορα Λευκορωσίας-Πολωνίας με χιλιάδες εγκλωβισμένους πρόσφυγες, θύματα των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων. Στρατιωτικές ασκήσεις, όπως η Atlantic Resolve, κυριολεκτικά πρόβες πολέμου. Νέα αμερικάνικη βάση στην Αλεξανδρούπολη στρατηγικός κόμβος για την υλοποίηση των επικίνδυνων ιμπεριαλιστικών σχεδίων στην ευρύτερη περιοχή. Συνέχιση της στρατηγικής σχέσης της ΕΕ και των ΗΠΑ με την αστική τάξη της Τουρκίας και υποκριτικές κυρώσεις της ΕΕ για το προκλητικό άνοιγμα των Βαρώνων στη γραμμή διαιώνισης της κατοχής στην Κύπρο.

Απαιτούμε να σταματήσουν οι ευρωατλαντικές ασκήσεις που στρέφονται κατά της Ρωσίας και άλλων κρατών, να τερματιστεί η κατοχή στην Κύπρο, να εξασφαλιστούν τα δικαιώματα των προσφύγων, να κλείσουν οι αμερικανονατοϊκές βάσεις από την Ελλάδα, που έσπειραν οι κυβερνήσεις της ΝΔ, του ΣΥΡΙΖΑ και του ΠΑΣΟΚ. Καμία αποστολή ελληνικών στρατιωτικών δυνάμεων εκτός συνόρων.

Andrius Kubilius (PPE). – Mr President, what we are discussing today is not just one more instance of the aggressive behaviour of the Kremlin. It is possible that, in the future, this day will be shown as the day when the geopolitical future of the European Union in the 21st century started to be designed.

Putin, who started the war against Georgia in 2008 and against Ukraine in 2014, is now demanding that those countries should not take care of their security, and that the West should abandon them.

Here is the most important question to us, not to Georgians or Ukrainians: are we ready to succumb to the Kremlin's brutal threats and blackmail on the future of Georgia and Ukraine? Are we ready to take big new steps in the 'appeasement of Putin strategy'? We know where the appeasement of Hitler brought not only Europe, but the whole world. The appeasement of Hitler came to a culmination when Hitler blackmailed the West on the future of Czechoslovakia and the West succumbed. Now Putin is blackmailing the West on the future of Ukraine. Are we ready to succumb again?

If not, then it is not enough just to say that NATO and the EU will not listen to the Kremlin's demands. It's time to move forward with the real Euro-Atlantic integration of Ukraine, Georgia and Moldova, starting from the Eastern Partnership Summit, which will start tomorrow, and moving forward with the MAP for NATO membership.

If that is not done, then it will become clear that the future of those countries is being sacrificed for the appeasement of Putin. For the sake of appeasement, there were no decisions made to invite Georgia and Ukraine for the NATO Bucharest Summit in 2008. Because of that, Putin decided that he could start his wars against Georgia and Ukraine. Now we see that the continuation of that appeasement brings only new threats and blackmail and, if we succumb now, we shall be responsible for the recreation of real aggressive Fascism in the 21st century and for all the future tragedies of the European continent.

(The speaker spoke in Ukrainian)

IN THE CHAIR: KATARINA BARLEY

Vice-President

Sven Mikser (S&D). – Madam President, the current massing of Russian troops and military equipment on Ukraine's borders is extremely dangerous and provocative. The situation must be de-escalated quickly in order to avoid catastrophic consequences. I believe that the political solution to this situation is not yet impossible and must be pursued, but the fact that Russia continues to renege on its previous commitments obviously makes it more difficult.

It is clear from the steps of the Russian leaders that they see the aggression they launched in 2014 as an unfinished business. What the EU can and must do is to be firm and consistent in our support for Ukraine's sovereignty and territorial integrity. We must also be strong and consistent in helping Ukraine to boost its resilience against external pressure and provocations.

On sanctions, I sincerely believe that Russia's current leaders are ultimately rational players on the international scene. They have shown they will not shy away from using military means to achieve their goals if, but only if, they believe that the benefits are greater than the costs.

So the task of the international community is to tell them very unequivocally that in case of any military adventure, the price Russia will have to pay is going to be far greater than any possible gain. So yes, the threat of new effective countermeasures, including well-targeted sanctions, can change the Kremlin's calculus and help avert a military escalation.

And finally, we must also be consistent and resolute in reminding Russia's president that Ukraine's geostrategic choices are for the Ukrainians to make, and no third party will ever have a veto in this.

Nathalie Loiseau (Renew). – Madame la Présidente, cela m'attriste de l'entendre et cela m'attriste de le dire, mais en Europe, dans la vie politique française et même dans cet hémicycle, il y a encore, il y a toujours des idiots utiles. Cette expression inventée par Lénine et qui lui a visiblement survécu.

En France, Jean-Luc Mélenchon, comme Éric Zemmour, l'extrême gauche comme l'extrême droite, tous deux candidats à l'élection présidentielle, répètent sur l'Ukraine les éléments de langage du Kremlin. Pour eux, il n'y a pas de troupes russes qui se massent à la frontière. Pour eux, la Russie est en droit d'en vouloir à l'OTAN, qui n'aurait pas tenu ses promesses. Pas un mot sur l'annexion de la Crimée, rien sur le Donbass, silence sur les exactions des mercenaires, sur la désinformation massive, aucun respect des aspirations du peuple ukrainien, rien.

Dans cet hémicycle, le Rassemblement national nous a habitués à débiter les arguments de Vladimir Poutine avec autant d'empressement que d'enthousiasme. La Crimée? Aucun problème pour Thierry Mariani et ses amis, elle est russe, d'ailleurs ils s'y rendent souvent.

Je voudrais donner un conseil à Russia Today: vous pouvez faire des économies et fermer vos bureaux en Europe. Certains politiques européens font parfaitement votre travail à votre place. Un travail de propagande systématique du Kremlin.

Et je voudrais dire à l'Ukraine de ne pas s'inquiéter, en tout cas, tant que ces idiots utiles resteront minoritaires en Europe, et ils doivent absolument rester minoritaires. Car nous, la majorité digne de ce Parlement européen, sommes résolument au côté de Kiev, de son aspiration à la démocratie, à l'indépendance, à l'intégrité territoriale. Le temps des impérialismes et des régimes soumis est révolu.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama Pirmininke, gerbiamas Komisijos nary, kolegos, Putinas kviečia galingiausias pasaulio šalis dalintis įtakos zonomis. Jis inicijuoja naują Molotovo-Ribentropo paktą ir sako, kad Ukraina priklauso jam.

Tai nėra netikėtas manevras. Prie to buvo palaipsniui einama. Kremlius propaganda referendumo Nyderlanduose metu siekė užverti kelius Ukrainai artėti prie Europos Sąjungos. Dabartinis tikslas – neleisti Ukrainai tapti NATO nare.

Nepaisant Putino virazų, mes iki šiol nesugebėjome susitelkti ir jo sustabdyti. Pavyzdžiui, 2020 metais iš Rusijos Europos Sąjungos šalys importavo prekių beveik už 108 milijardus eurų. Tapome dar viena nuo Rusijos žaliavų priklausoma šalimi.

Kviečiu ne kalbomis, o darbais parodyti, kad Ukraina turi teisę pati rinktis savo kelią.

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, j'ai cherché en vain quel territoire ukrainien était aujourd'hui occupé par la Russie, Madame Loiseau. Oui, il y a un territoire, la Crimée, où les habitants ont fait le choix en 2014 de rejoindre la Russie à travers un référendum gagné avec une écrasante majorité. D'ailleurs, avez-vous vu, Madame Loiseau, une vague migratoire massive en provenance de la Crimée déferler sur l'Europe? Non. Et pourquoi? Vous le savez très bien, parce que ce référendum reflétait la volonté de la majorité de la population.

Dans l'est de l'Ukraine, où la population s'est soulevée contre le gouvernement de Kiev, les habitants attendent que les accords de Minsk leur accordant un statut spécial au sein de l'Ukraine soient enfin respectés. Oui, nous savons tous qu'il y avait une solution pour désamorcer ce conflit ukrainien. Cette solution était l'application pure et simple des accords de Minsk négociés par M^{me} Merkel et M. Hollande. Malheureusement, ils sont toujours restés lettre morte. Chacun sait que le gouvernement ukrainien et la Rada n'avaient pas l'intention de les appliquer et logiquement, la Russie n'a pas montré plus d'empressement, elle aussi, à les appliquer.

Par exemple, le gouvernement ukrainien n'a toujours pas fait le moindre geste pour tenir ses promesses dans le Donbass, à savoir la mise en place d'un statut garantissant plus d'autonomie. Aujourd'hui, pire, l'Ukraine reprend les accents les plus belliqueux contre les Russes. Faut-il vous rappeler que certains soutiens du gouvernement ukrainien ont les mains pleines de sang? Le sang des dizaines de victimes de l'incendie de la Maison des syndicats d'Odessa, en mai 2014, passé sous silence. Le sang des personnes battues à mort par les milices nostalgiques de M. Bandera, sympathisant nazi notoire. Faut-il rappeler que la crise du Donbass doit son déclenchement à la décision du gouvernement de M. - Porochenko de supprimer les langues régionales en 2014, le russe, mais aussi le hongrois, le roumain et même le tatar criméen? Aujourd'hui, 13 000 Ukrainiens, quelles que soient leurs idées, ont perdu la vie dans ce conflit.

L'Union européenne doit cesser de se voiler la face en Ukraine. Le dernier rapport de la Cour des comptes de l'Union européenne commence en ces termes, je cite: «L'Ukraine est minée par la grande corruption». Le président Zelensky, qui enchaîne les échecs, joue d'ailleurs sur la montée des tensions pour sauver le peu de popularité qui lui reste. Censure de la presse, dénonciation de faux coups d'État: visiblement, on est prêt à tout pour garantir sa situation.

La seule voie pacifique aujourd'hui, c'est le respect des accords de Minsk. C'est le respect que l'Union européenne devrait exiger de toutes les parties pour éviter une nouvelle guerre. Et c'est ce respect dont vous vous moquez, quels que soient vos propos.

Witold Jan Waszczykowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Señor Borrell i wszyscy pożyteczni idioci! Kolejny raz debatujemy o rosyjskim imperializmie, a konflikt trwa osiem lat. Na każdą rosyjską eskalację odpowiadamy apelem o dialog, zapominając jednocześnie, iż to Rosja tworzy problemy, a nie rozwiązania. Rosja tworzy te problemy i oczekuje właśnie na dialog, aby uzyskać od nas dalsze koncesje, a nie dojść do kompromisowej sytuacji między nami. Blokuje wszystkie inicjatywy pokojowe Ukrainy. Czy i kiedy zaczniemy rozliczać Rosję, a nie ją wynagradzać?

Chciałbym zwrócić się do naszych niemieckich kolegów i nowego rządu w Berlinie: czy nadal będą brane pod uwagę tylko interesy rosyjskie, jak wspomniał o tym kiedyś pan Heugen, doradca pani Merkel? Czy nadal będzie stosowane embargo na dostawy broni, nawet defensywnej, dla Ukrainy? Czy nadal będzie blokowany proces szybkiego zbliżenia relacji Unii z Ukrainą aż po członkostwo Unii? Czy i kiedy Niemcy zajmą twarde stanowisko w formacie normandzkim i mińskim?

Czy Francja, która zaraz przejmie przewodnictwo, wykorzysta prezydenturę również do tego, aby format normandzki i format miński zaczęły działać? Czy będzie to w dalszym ciągu polityka resetu? Nie ma definicji kar i sankcji. Wymieniono dziś tutaj, na tej sali, całą listę tych kar i sankcji. Mamy deficyt woli zastosowania tych kar i sankcji, więc działajmy, apeluję, abyśmy nie spotkali się za miesiąc czy dwa na kolejnej bezradnej debacie.

Chciałbym życzyć przede wszystkim wszystkim Ukraińcom żyjącym na okupowanych i zaanektowanych terytoriach: *Merry Christmas and Happy New Year!*

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, signor Alto rappresentante, onorevoli colleghi, i movimenti di truppe orchestrati da Mosca sono sempre più preoccupanti.

Vorrei ricordare a tutti, cari colleghi, che la minaccia, al pari dell'uso della forza, è una chiara violazione dei principi fondanti delle Nazioni Unite. Sì, ancora è poco probabile un'invasione diretta, ma vedere pressioni militari di questo tipo verso un paese democratico, unite a minacce cibernetiche costanti e disinformazione di massa è inaccettabile e deve indurci ad agire.

Sarà necessario adottare sanzioni economiche pesanti in caso di aggressione. Ma queste inquietudini rispetto alla possibilità di un'escalation devono farci comprendere i limiti delle nostre attuali capacità di risposta e l'importanza di procedere speditamente verso l'Unione della difesa, poiché solo con essa potremo sfruttare appieno le nostre capacità di mediazione e di *peacemaking*, solo con essa saremmo credibili se decidessimo di dispiegare, anche lì, una missione CSDP sul terreno.

Non è il momento di farci trovare indecisi, divisi o ancora impreparati. I decisori politici a Mosca devono sapere che un'aggressione militare avrebbe durissime conseguenze e altissimi costi. Solo in questo modo avremo quella credibilità ai tavoli negoziali che talvolta ci è mancata. Solo in questo modo la nostra voce sarà veramente ascoltata per proteggere un'Ucraina democratica.

Andrzej Halicki (PPE). – Szanowni Państwo! Wysoka Izbo! Putin zaatakował Ukrainę w ostatnich dwóch latach już dwa razy. Szykuje się do trzeciego ataku i to naprawdę realna groźba. To szantaż wobec Ukrainy, ale także szantaż wobec Europy. Chce być ważny, chce żeby do niego dzwonić, chce żeby rozmawiać. Nie tędy droga, Panie Putin. Europa musi być silna i solidarna, musi działać razem i aktywnie od razu reagować sankcjami, pakietem sankcji, który będzie bolesny gospodarczo. Musimy również aktywnie pomagać Ukrainie, bo Ukraina wymaga gospodarczej pomocy, a także nowoczesnej armii. Powinniśmy jej to gwarantować.

Partnerstwo Wschodnie, Mołdawia, Gruzja także wymagają naszego natychmiastowego wsparcia. Musimy być solidarni i wszyscy, którzy temu zaprzeczają i przeciwdziałają, są pomagierami Putina. I na takie kłamstwa, jak słyszeliśmy przed chwilą, musimy reagować stanowczo. Wszyscy przyjaciele Putina są agentami Kremla. Trzeba to sobie jasno powiedzieć i musimy ich marginalizować, jeżeli chodzi o naszą wspólnotę. Nie macie prawa nazywać siebie patriotami. Działacie przeciwko interesowi narodowemu własnych społeczeństw, bo wasze społeczeństwa chcą być bezpieczne, chcą bezpieczeństwa energetycznego, chcą bezpieczeństwa finansowego.

I na koniec niech Pan posłucha: jeżeli Pan jest przyjacielem Putina, to jest Pan przeciwnikiem Europy, przeciwnikiem także swoich obywateli.

Tonino Picula (S&D). – Madam President, it's with great concern that we follow the increased military presence of Russia at the Ukrainian border. We can speculate about its reasons, whether they are economic, political or both.

Possible interpretations that link Russia's actions with the Nord Stream 2 approval reflect how complex the relation we, as the EU, have with Russia since the interests of our Member States are not always aligned. We need to work together to coordinate our efforts concerning the Normandy Format cooperation with NATO in defence-related aspects. We have to address the economic dimension of our cooperation and foreign interference into our democratic processes, and lend once more our univocal support and commitment to Ukraine's independence, sovereignty and territorial integrity within its internationally recognised borders. Ukraine has sovereign right to make its own foreign and security policy choices.

As the Council will discuss this topic next week, we expect a swift agreement on further joint action, namely severe economic and financial sanctions that should be closely coordinated with our transatlantic partners. From Belarus and Ukraine to Republika Srpska, many of the challenges at our external borders have a common denominator in Moscow. This is why the Council meeting next week will be a good opportunity to discuss a long called for and much-needed comprehensive EU strategy towards Russia.

Michal Šimečka (Renew). – Madam President, Ukraine is once again threatened by Russian aggression and renewed war and the reason is still the same. The simple reason is that Ukrainians dared to choose a path of democracy and association with Europe. Therefore, the situation is no longer just about Ukraine – it is about Europe as a whole. Because if Mr Putin is allowed to dictate the choices of democratic and sovereign European nations or to hold a veto over what alliances they may or may not form, then really, our continent's security order is not worth much.

And if Mr Putin is allowed to blackmail NATO and the EU into some sort of a bargain that would compromise the sovereignty of Ukraine or the security of some Member States, then our principles and commitments are not worth much either.

We have talked a lot in the past months about strategic autonomy, about the EU's role in the world and its security policy and now this is the moment for the EU to prove that it can back up its ambitions in cooperation with NATO. That is with a united message, with practical and economic support to Ukraine, and of course with a credible threat of further and massive sanctions against Russia, including the suspension of Nord Stream 2.

So, this is indeed a moment for the EU to step up for the sake of Ukraine but also for the sake of our own security.

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Madam President, unfortunately we are sitting here again while sensing another war in Europe. The Russian unprecedented military activities and build-up in the proximity of the Ukrainian borders are clear evidence that Russia is willing to escalate the crisis.

The US promised unprecedented sanctions in case of Moscow's escalation. What will the EU promise – a direct neighbour and partner of Ukraine? They got away with it in Georgia. They got away with it in Crimea. Has the time when we leave the ambiguity and be clear that we won't stand idly by finally come? Will we impose strong, targeted sanctions, notably in the bank, gas and oil sectors, and make sure that the price for a war is not one that Russia wants to pay?

It is up to you, Mr Borrell, it is up to you, Council. Set the price really high, otherwise the one who will have to pay will be Ukraine, closely followed by us.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Wenn wir über das Problem der Ostukraine reden, sollten wir nicht verschweigen, dass es eine Regelung gibt, nämlich das Minsker Abkommen, Minsk II genannt. Und die Frage, die sich diejenigen gefallen lassen müssen, die hier nach neuen Sanktionen gegen Russland rufen, ist: Akzeptieren Sie dieses Abkommen oder akzeptieren Sie es nicht?

Selbst die neue deutsche Außenministerin, deren Kurs ich für falsch halte, erklärt, sie steht zu Minsk II. Minsk II hat 13 Punkte, die kann man nachlesen. Und es sind derzeit die Regierung und das Parlament in Kiew, die allein mindestens vier dieser Punkte sabotieren, und zwar seit 2015. Machen Sie Druck auf Kiew, das von uns wirtschaftlich abhängig ist, ein Abkommen so umzusetzen, das Frankreich, Deutschland, die Vereinigten Staaten gemeinsam vermittelt haben und unterstützen? Habe ich noch nie gehört von Ihnen. Sie geben lieber Militärhilfe.

Insofern: Sie wollen Frieden? Sehr wohl. Setzen Sie sich für das Minsker Abkommen ein. Das ist regelbasierte Außenpolitik, aber nicht dieses Sanktions- und Kriegsgeschrei, das wir hier teilweise zu hören haben.

Und das Zweite, worum es geht, ist, dass man sich natürlich überlegen muss: Wie denkt mein Gegenüber? Man nennt das Empathie. Russland hat historische Erfahrungen gemacht, die anders sind als unsere. Hätten Hitler und Napoleon ihre Feldzüge an der heutigen ukrainisch-russischen Grenze begonnen, hätten sie gewonnen. Und genau deshalb wird Russland es nie erlauben, dass ein ihm gegenüber skeptisches, gar feindliches Militärbündnis an dieser Grenze steht.

Wer also die Ukraine in die NATO aufnimmt, der provoziert, ob uns das gefällt oder nicht – mir gefällt es auch nicht –, den russischen Angriff. Und jetzt stellen Sie sich die Frage, ob Sie bereit sind, für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine Krieg in Kauf zu nehmen. Wenn Sie es wollen, dann führen Sie den Krieg. Ich werde Wahlwerbung dafür machen, dass es keinen Krieg gibt. Und ich bin bereit, in Kauf zu nehmen, dass die Ukraine nicht Mitglied der NATO wird.

Alexandr Vondra (ECR). – Madam President, Theodore Roosevelt once famously said you speak softly but keep a hammer in your hand, and our problem is that occasionally we are behaving otherwise. We have nice speeches, yes, we should support Ukraine independence, we should support their right to decide about their future. We also rightly criticise Putin and his aggressive behaviour, but we do nothing to deter him from action.

This is our problem. We should be able to deploy strategic weapons in the Eastern theatre. We should be able to declare sanctions that would hurt him, not sanctions which produce just his laugh. But our problem is that occasionally we are rather putting our heads right into Putin's throat, with our increasing dependence on Russian gas, with our inability to support nuclear energy. This is our problem and until we change that, nothing will happen.

Milan Uhrík (NI). – Vážená pani predsedajúca, z toho, čo tu počúvam, má vyslovene až mrazí. Vy fakt chcete vojnu s Ruskom? Pretože presne k tomu táto konfliktná politika smeruje. Žiadate od Ruskej federácie, aby stiahla svoju vlastnú armádu zo svojich vlastných hraníc. Povedzte mi, kam majú ísť. Veď oni sú na svojom vlastnom území. Americká armáda je osemtisíc kilometrov ďaleko od Washingtonu, tak mi, prosím vás, povedzte, kto tu provokuje koho, kto tu provokuje koho? Američania tvrdia, že Rusov treba nejakým spôsobom zatlačiť, pretože sú hrozbou, že pripravujú inváziu. To počúvame posledných sedem rokov. To sme počúvali pri Iraku, že Saddám má zbrane hromadného ničenia. A kde boli? Nakoniec sa ukázalo, že to bolo obyčajné klamstvo, obyčajná lož na ďalší americký útok. Tieto provokácie, ktoré sa tu predvážajú, sú naozaj čisté bláznovstvo. Veď vy si neuvedomujete, že toto všetko môže reálne viesť k vojne? K reálnej vojne, kde budú zomierať ľudia aj na území strednej Európy a kde sa aj my Slováci budeme musieť starať o obete pokryté krvou? To je na hlavu, prepáčte.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, começemos pelo princípio: a Rússia, liderada por Putin, começou por pôr em causa a integridade territorial da Geórgia, depois da Ucrânia, designadamente com a anexação ilegal e não reconhecida da Crimeia e depois avançando para a guerra na Ucrânia no leste da Ucrânia. Neste momento Putin tem vindo a concentrar dezenas de milhares de soldados, dezenas de milhares de efetivos, na fronteira entre a Rússia e a Ucrânia, justamente criando uma ameaça efetiva, uma ameaça real sobre a integridade da Ucrânia e sobre uma escalada do conflito que persiste.

Por isso mesmo, nós, países ocidentais, nós União Europeia, em conjunto com os Estados Unidos e com o Reino Unido não podemos, em caso nenhum, tolerar que a Rússia possa criar mais uma situação de guerra e de violação da ordem internacional na Ucrânia. Claro que é fundamental manter o diálogo dos acordos de Minsk e manter o diálogo através da Alemanha e da França naquela estrutura de quadrilátero com a Rússia e com a Ucrânia, mas sendo isso muito importante para o diálogo é fundamental manter firme a posição face à Rússia.

Isso significa, desde logo, que sejam claras as sanções aplicadas ao regime russo e, em particular, as sanções que podem vir a ser aplicadas no caso de haver algum desenvolvimento negativo nas relações entre a Rússia e a Ucrânia.

Aqui, a União Europeia, os Estados Unidos e o Reino Unido têm de estar em total sintonia, de uma forma firme, dura e clara, que mostre também solidariedade para com a Parceria Oriental e para com os Estados do Leste Europeu que integram a União Europeia.

Sem essa garantia a paz na Europa e a paz no mundo está em perigo. Putin tem de ser travado, Putin tem de ser detido.

Isabel Santos (S&D). – Senhora Presidente, a crescente pressão provocada pelo aumento da presença militar russa na fronteira com a Ucrânia às portas da União Europeia desafia todos os limites. O respeito pela integridade territorial e a inviolabilidade das fronteiras são princípios inscritos na Ata Final de Helsínquia que a Rússia violou clamorosamente quando anexou a Crimeia.

Não podemos admitir mais provocações. A Ucrânia tem o direito soberano de tomar as suas decisões em matéria de defesa e relações externas sem temer que as suas escolhas possam colocar em causa a sua autonomia.

Para que haja diálogo são necessários sempre dois e o senhor Putin tem vindo a destruir todas as hipóteses de diálogo. Chegou o tempo de encararmos a aplicação de medidas sancionatórias mais duras, em conjunto com os Estados Unidos e o Reino Unido, e de passarmos a uma reflexão profunda sobre a instituição de uma efetiva política de defesa comum.

Bernard Guetta (Renew). – Madame la Présidente, chers collègues, je ne vais pas revenir sur ce que tant d'entre vous ont déjà dit, bien dit et légitimement dit sur les gesticulations militaires russes à la frontière de l'Ukraine.

Je voudrais attirer plutôt votre attention sur la négociation qui se cherche entre l'Alliance atlantique et la Russie. Il se cherche une négociation entre l'Alliance et la Russie. Alors si cette négociation s'ouvre, ou même ces discussions, qu'aurions-nous à dire à M. Poutine? Eh bien, nous aurions à lui dire: vous avez des préoccupations de sécurité? Oui, peut-être, très bien, mais nous aussi et nous en avons parce que c'est vous qui avez annexé la Crimée. Parce que c'est vous qui avez porté la guerre en Ukraine orientale. Parce que c'est vous qui avez de facto annexé deux parties de la Géorgie. Parce que c'est vous qui semez l'instabilité sur le continent Europe.

Alors Monsieur Poutine, vous voulez parler de garanties de sécurité? Très bien, parlons-en. Mais quelles garanties de non-agression et de non-ingérence dans leurs affaires intérieures offrez-vous à vos voisins immédiats comme l'Ukraine, la Géorgie, la Moldavie, le Bélarus, Monsieur Poutine, le Bélarus? Alors oui, ces négociations vont s'ouvrir. Tant mieux, nous devons nous en féliciter. Mais rappelons-en les termes et rappelons-les à M. Poutine.

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ich habe eine Rede vorbereitet, aber die werde ich jetzt gar nicht benutzen, ich werde reagieren auf den Zirkus, der hier stattgefunden hat.

Es wurde jongliert, es wurde mit Fake-Facts jongliert. Der große Demokratieverteidiger Mariani von unserer „lieben“ Fraktion spricht über Referenda auf der Krim. Wie demokratisch waren denn die grünen Männchen und die russischen Söldner in der Ukraine? Der große Friedensstifter Mariani spricht von der Minsker Vereinbarung. Entschuldigung, aber in der Minsker Vereinbarung steht: Das schwere Waffengerät muss zurückgezogen werden. Das hat Russland nicht gemacht. Da steht, dass die OSZE-Beobachter rein sollen. Das hat Russland nicht zugelassen.

Also bitte nicht mit Fake-Facts hier jonglieren. Der große Internationalist Mariani spricht über die Sprache, die ukrainische Sprache, die verfolgt wird. Aber was passiert jetzt auf der Krim mit den Krimtataren unter der russischen Herrschaft? Und der Korruptionsbekämpfer Mariani spricht über die Korruption in Kiew. Er soll lieber nach Putins Russland schauen und darüber sprechen.

Über die Empathie von Herrn Krah will ich gar nicht reden. Wo ist Ihre Empathie gegenüber dem ukrainischen Volk? Die sehe ich nicht.

Alessandro Panza (ID). – Signora Presidente, signor Alto rappresentante, onorevoli colleghi, condividiamo le preoccupazioni per quanto sta accadendo tra Ucraina e Russia e serve il massimo impegno di tutti per scongiurare qualsiasi tipo di escalation che possa sfociare in un conflitto armato, minaccia che per ora sembra solo tale ma che, se disgraziatamente dovesse concretizzarsi, porterebbe a conseguenze drammatiche per un'Europa già duramente provata dalla pandemia.

Ampliando però un po' il campo visivo sullo scacchiere internazionale non possiamo fingere che non ci sia un invitato di pietra in tutta questa situazione, che nessuno ha citato. Desta infatti particolare preoccupazione la notizia secondo cui il Presidente della Turchia Erdoğan si sia proposto come mediatore nella disputa tra Ucraina e Russia.

Caro Alto rappresentante, qual è la posizione dell'Europa su questo tema? Ma soprattutto, quando usciremo da questa situazione di imbarazzo? Dico imbarazzo perché siamo in una situazione in cui sembra si continui a ignorare i fatti. Vogliamo continuare a ignorare che la Turchia acquisti sistemi antimissilistici dalla Russia pur essendo membro della NATO? Vogliamo continuare a ignorare il fatto che la Turchia vende droni all'Ucraina?

Vogliamo continuare a fingere che il comportamento della Turchia non abbia come scopo quello di impedire un conflitto, ma solo quello di consolidare la propria egemonia geopolitica su tutto il confine orientale e meridionale dell'Europa, partendo proprio dall'Ucraina e arrivando fino alla Libia? Vogliamo continuare a sottostare al ricatto dei migranti portato avanti dal regime turco, che poi abbiamo visto trovare anche degli emulatori come accaduto sul confine polacco-bielorusso solo poche settimane fa?

Solo perché l'Europa non è in grado di fare una seria politica di frontiera lasciandola solo agli Stati membri. Se la politica estera europea vuole finalmente battere un colpo e smettere di essere in balia degli eventi, oltre ad annunciare le solite sanzioni, inizi a prendere delle decisioni serie e smetta di finanziare il dittatore turco.

Smettiamo di raccontarci la favola che i miliardi di euro che l'Europa dà alla Turchia servono per le minoranze e per favorire un processo di democratizzazione, mentre sappiamo benissimo che sono solo soldi dei cittadini europei che vengono usati da Erdoğan per consolidare il proprio potere geopolitico.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Nieustanna presja polityczna i militarna, jakiej poddawana jest Ukraina w ostatnich miesiącach, to także sprawdzian dla Unii Europejskiej i test wiarygodności naszej rzekomo stanowczej polityki wobec Moskwy. Ale jak się bronić bez broni? Niestety, decyzja o blokowaniu zakupów uzbrojenia dla ukraińskiej armii przez Niemcy i Niderlandy to dowód na to, że już sama groźba gazowego szantażu wystarcza, by paraliżować jakiegokolwiek skuteczne działania. A co będzie, gdy Nord Stream 2 będzie gotowy, pompując miliony euro do kieszeni rosyjskich oligarchów?

Prorosyjskości nie mierzy się słowami, ale działaniami! Lekceważenie zagrożenia, jakie dla bezpieczeństwa Europy, a zwłaszcza Polski i państw bałtyckich, stanowi agresywna polityka Rosji, to ten sam, powtarzany od lat, błąd Zachodu, o którym już w 2008 r. w Tbilisi mówił prezydent Lech Kaczyński.

Andrea Bocskor (NI). – Elnök Asszony! Aggodalommal figyelem a történeteket az ukrán-orosz határon. Borellel egyetértve, mindent meg kell tenni a helyzet deeszkálálódása érdekében, a válság elmélyülése ellen. Ezért minden olyan kezdeményezést támogatnunk kell, amely a konfliktus békés megoldásának irányába, a minszki megállapodások teljesítése felé halad. Remélem, hogy a normandiai formáció is feléleszthető még. Magyarország – ahogy eddig is – határozottan kiáll Ukrajna területi integritása és szuverenitása mellett. Ukrajna lakossága évek óta nehéz helyzetben van, ezért fontos lenne számukra a béke és a stabilitás, hiszen több ezer ember vesztette már életét, köztük kárpátaljai magyarok is, a haza védelmében.

Magyarország számtalanszor bizonyította, hogy Ukrajna számíthat a támogatására. Ugyanakkor elfogadhatatlan a nemzeti kisebbségek, köztük az országban élő magyar közösség szerzett jogainak szűkítése. Hiszen a kisebbségi jogok emberi jogok. Az alapvető emberi jogok nem lehetnek a kelet-ukrajnai konfliktus járulékos veszteségei. Remélem, hogy mielőbb helyreáll a béke és a biztonság a térségben, hiszen ez mindannyiunk érdeke.

Sandra Kalniete (PPE). – Madam President, Vladimir Putin is deliberately escalating his aggression against Ukraine, amassing 175 000 troops near Ukraine's borders. Yet, this is a war he is bound to lose. He will lose this war because today's Ukraine is not the Ukraine of 2014, which was weakened and unprepared under the corrupt Yanukovich regime. Today, the Ukrainian army is battle-tested, reformed, and equipped for modern warfare. It has benefitted from training by the Western partners and it has high morale and readiness to defend the homeland.

Putin will also lose the war because more than 56% of Ukrainians now support closer integration with NATO and the EU. He has failed to win over the hearts and minds of Ukrainians.

Finally, Putin will lose the war because further aggression will be met with powerful Western retaliation – severe restrictions of imports of Russian gas, freezing of the bank accounts of Putin's cronies, the permanent halt of certification of Nord Stream 2, and disconnecting Russia from the SWIFT system.

All of these measures should also be applicable in the case of unconventional aggression – the use by the Kremlin of hybrid warfare instruments, including cyberattacks and artificial mass migration.

The EU and NATO Member States must support reinforcing Ukraine's military capabilities through arms and technology transfers. It is completely unacceptable for any single Member State to prop up Moscow's interests by blocking such support.

In the end, we must finally discard any ideas of appeasing Putin. Ukraine is not Chamberlain's 'far away land' – it is our neighbour, close partner and friend. The EU and Ukraine must stand united against Putin's blackmail.

Juozas Olekas (S&D). – Madam President, it seems that history tends to repeat itself. Unfortunately, the current situation on the border with Ukraine for me looks very similar to the situation on the borders with Georgia in 2007, when Europe tried to appease Russia's regime.

Let us not fool ourselves. It did not happen then, and it will not happen now. A glass bullet will never stop his actions just because everyone around him is acting nicely. Well, unfortunately, a bully stops misbehaving only if he has the appropriate response. Yes, the EU and our transatlantic partners have to declare that the first thing we want is a real de-escalation of the situation. But we also have to make clear that the EU will swiftly act against any violation to the sovereignty of the borders of Ukraine and this reaction will include, but not necessarily be limited to, the usual financial and economic response.

Dacian Cioloș (Renew). – Doamna președintă, este sfârșitul unui an complicat. Suntem cu toții uzați de măsurile luate pentru combaterea pandemiei de Covid, de lungul proces de aprobare a planurilor de redresare și reziliență sau de problemele referitoare la nerespectarea unor libertăți fundamentale în unele părți ale Europei.

Cu toate acestea, evoluțiile de la granița Ucrainei cu Rusia nu trebuie ignorate, pentru că acea problemă nu e doar o problemă a Ucrainei, ci una care privește întreaga Europă. Faptul că Federația Rusă și-a sporit substanțial prezența militară în ultimele luni la granița de est și de nord cu Ucraina, în Crimeea ocupată și în regiunea Mării Negre, unde Rusia este foarte activă în ultima perioadă, la care se adaugă și declarațiile belicoase ale liderilor ruși, este o provocare și pentru securitatea Uniunii Europene și cu siguranță a statelor de la vecinătatea estică și sud-estică a Uniunii Europene, printre care și România.

Comparații cu 1939 au devenit în ultima vreme banale însă nu trebuie să uităm principala lecție a acelei perioade: că nu trebuie să abdicăm de la solidaritate. Singura modalitate prin care putem să convingem Rusia lui Putin că trebuie să dea înapoi este solidaritatea Uniunii Europene în fața acestui fenomen.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Fru talman! De senaste veckorna har hundratusentals ryska soldater mobiliserats vid Ukrainas östra gräns. Detta är inte den första provokationen, utan den väcker oroande minnen. För snart åtta år sedan slutade en liknande upptrappning med den illegala och folkrättsvidriga annekteringen av Krimhalvön. Enligt Helsingforsavtalet har länder rätt till självbestämmande, och konflikter kring gränser ska lösas med diplomati. Trots det har Ryssland tidigare inte tvekat att kränka andra länders suveränitet och ändra gränser med militärmakt, och de verkar nu vara villiga att göra det igen. Agerandet är ett angrepp på Helsingforsavtalet, och det är i strid med den europeiska säkerhetsordningen.

Det ukrainska folket ska veta att vi i Europa står på deras sida, att vi står upp för deras rätt till självbestämmande och för de avtal och principer på vilka vi har byggt ett fredligt och demokratiskt Europa.

Adam Bielan (ECR). – Pani Przewodnicząca! W czasie olbrzymiego kryzysu granicznego Unii Europejskiej z Białorusią, za który z całą pewnością współodpowiedzialność ponosi również Putin, Rosja zgromadziła na granicy z Ukrainą ponad 100 tysięcy żołnierzy, najwięcej od czasów inwazji ZSRR na Afganistan, nasilając jednocześnie taktykę wojny hybrydowej oraz kampanii desinformacyjnej. Dlatego obawy przed potencjalną drugą inwazją na Ukrainę wydają się więcej niż uzasadnione. Nikt nie może mieć już wątpliwości, iż obecny reżim rosyjski zagraża pokojowi i bezpieczeństwu w całej Europie, dążąc po raz kolejny do zmiany granic i odebrania suwerenności kolejnym państwom.

W tym kontekście widać, jak wielkim błędem było przyjęcie przez niektóre państwa europejskie – z Niemcami na czele – polityki *apeasmentu* i pozwolenie Putinowi na budowę gazociągu Nord Stream 2, znacznie zwiększając zależność Europy od rosyjskiego gazu. Uważam, że żądania Rosji dotyczące euroatlantyckiej przyszłości Ukrainy oraz szantaż energetyczny wobec Unii Europejskiej i krajów partnerskich są niedopuszczalne. Ukraina nie może być traktowana jako karta przetargowa w grze politycznej Putina. Dlatego domagam się rozważenia znacznego zaostrzenia sankcji łącznie z proponowanym już tutaj wcześniej wykluczeniem Rosji z systemu SWIFT.

Radosław Sikorski (PPE). – Madam President, President Putin is promising not to invade Ukraine if we promise that Ukraine will never be admitted to NATO. But President Putin, we were at the same NATO summit in Bucharest in 2008 at which we, NATO, did not grant Ukraine a membership action plan, and we have actually stuck to our decision. Whereas you, President Putin, have since then, invaded Georgia, invaded Crimea, invaded Donbas, shot down MH17 and deployed Iskandar missiles into the Kaliningrad Oblast. Before that, you broke the Budapest Memorandum of 1994, which promised Ukraine independence and inviolability of borders in return for Ukraine's nuclear arsenal.

Mr Putin, your invasion manifesto of July this year is based on a lie. Russian speakers in Ukraine are not Russian, and if you don't believe me, ask Irish Members of this House whether they want to be ruled from London again just because they speak English. If you invade again, your kleptocratic regime might come unstuck, and I know for sure if you invade again, the solidarity of this House should not be with the invaders, but with the invaded, with the victims, and that victims of aggression deserve our help in defending themselves.

Leszek Miller (S&D). – Pani Przewodnicząca! Unia Europejska stoi na wspólnym stanowisku (i jest ono niepodważalne), że suwerenność państwowa, nienaruszalność granic i brak zgody na zmianę granic siłą jest podstawą bezpieczeństwa w Europie i na świecie. Stąd też jasne stanowisko dotyczące suwerenności Ukrainy i jej terytorium.

Z prawdziwym zaniepokojeniem odnotowujemy wzrost napięcia w relacjach Ukrainy i Rosji oraz budowę potencjału wojennego na granicy. Jesteśmy zwolennikami założenia, że dialog polityczny stanowi jedyny sposób trwałego rozwiązania aktualnego kryzysu. Wszelkie pomysły ze strony Rosji dotyczące rozwiązania obecnego kryzysu metodami siłowymi powinny spotkać się z naszym zdecydowanym sprzeciwem.

Gdyby atak jednak nastąpił, Rosja musi spotkać się z niespotykaną dotąd odpowiedzią w postaci sankcji ekonomicznych i politycznych. Ewentualna agresja nie może przynieść żadnych korzyści agresorowi.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Madam President, we have imposed a series of sanctions, but the truth is that those measures have failed to deliver results, and the current situation shows that we have failed to learn the lessons.

We cannot underestimate this threat, because the number of Russian troops and equipment being brought to the border is huge. Six years after the Minsk II Peace Plan was signed to stop the fighting in Ukraine's Donbas region, it is clear that the Minsk Protocol has reached a dead end.

Yes, words do not have much meaning unless followed by actions. The European Union and the United States must agree on further joint actions and be ready for all possible scenarios. This is the only way to prevent the worst case scenario. Changing European borders by force would have political and economic consequences. Therefore, I call for a peaceful solution and Russian re-engagement in the Normandy format.

Cristian Terheş (ECR). – Madam President, in 1991, when the Soviet Union collapsed, Ukraine ended up having, at that time, over 3000 atomic bombs, making Ukraine the third nuclear power in the world. In 1994, Ukraine trusted the guarantees received from Russia, as well as the West, and agreed to denuclearise so it signed the so-called Budapest Memorandum. In exchange for denuclearisation, Russia affirmed in that memorandum its obligation to refrain from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of Ukraine. Ukraine and the West has kept their end of the bargain, but Russia has not.

In 2014, Russia illegally occupied Crimea and then occupied parts of eastern Ukraine. Now, Russia under Vladimir Putin is threatening to invade Ukraine and start a war unseen in Europe since the Second World War, which is unacceptable. Ukraine is a sovereign country and it has every right to pursue its desired direction. I call on you, therefore, to support the national sovereignty, independence and internationally recognised borders of Ukraine and use all the necessary means to help Ukraine defend itself.

Traian Băsescu (PPE). – Doamna preşedintă, Moscova solicită garanţii de securitate din partea SUA şi a NATO, precum că alianţa nord-atlantică nu se va extinde spre est, în condiţiile în care state independente şi suverane, Ucraina şi Georgia, doresc acest lucru. Declaraţia ministrului adjunct de externe, Serghei Riabkov, este edificatoare, citez: „Lipsa de progrese în soluţionarea politico-diplomatică a acestei probleme va face ca răspunsul nostru să fie militar şi tehnico-militar”, am încheiat citatul.

Trupele armatei ruse mobilizate la frontiera estică a Ucrainei au semnificaţia unei pregătiri pentru invazie, ca răspuns militar al Rusiei. Obiectivul este ocuparea estului şi sudului Ucrainei, până la gurile Dunării, realizându-se astfel legătura teritorială cu Crimeea ocupată, dar şi accesul direct la Dunăre. Uniunea ameninţă Rusia cu sancţiuni, iar Putin ar putea închide robinetul Gazprom. În loc să căutăm surse alternative de aprovizionare cu energie, am cumpărat cantităţi de gaze tot mai mari de la Gazprom, bani cu care Putin a modernizat armata care astăzi se află la frontierele Ucrainei.

Trebuie să trimitem Ucrainei echipamente militare defensive. Trebuie să consolidăm militar flancul estic al Uniunii Europene şi al NATO. Trebuie să găsim treptat alternative la Gazprom. Trebuie să nu punem în funcţiune *Nord Stream 2*.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, j'avais prévu un discours, mais il ne sert plus à rien parce qu'après avoir entendu M. Mariani et M. Krah, l'extrême droite française et l'extrême droite allemande, il est temps de venir dire ici à quel point on en a marre.

On en a marre de voir ces idiots utiles du Kremlin venir débiter les éléments de propagande de la Russie à chaque fois. Poutine envahit la Géorgie, c'est de la faute des Géorgiens. Poutine annexe la Crimée, c'est de la faute des Ukrainiens. Poutine menace à nouveau l'Ukraine, c'est encore de la faute des Ukrainiens. Ce n'est jamais de la faute de Vladimir Poutine.

En fait, l'extrême droite européenne n'en a strictement rien à faire du droit des nations. Elle se prétend souverainiste et nationaliste, mais cette extrême droite, elle n'est en fait qu'au service de l'internationale financée et parrainée par Vladimir Poutine. Vous n'avez plus le droit de vous définir comme des patriotes: même lorsque Poutine s'ingère dans nos affaires, menace nos démocraties, attaque nos hôpitaux, vous le défendez.

Vous préférez finalement les intérêts de la Russie à ceux de l'Europe. Un jour, les électeurs comprendront et vous le feront payer.

Bart Groothuis (Renew). – Madam President, whether the aggression in Ukraine remains below the threshold of military violence is all up to Vladimir Putin and his cronies. But if he decides to use military force, I say he has to know the cost will be sky-high. Now, the added value of our European Union is that we are extremely well positioned to communicate credibly such sky-high costs, also up front and as a deterrent, and I therefore call for the setting up of a ready-to-impose interdisciplinary set of countermeasures, economic sanctions, use agricultural certificates, but also migration visa. Show Russia's elite what freezing assets would actually mean, blocking access to the European market, financial banking limitations, energy and trade instruments and so forth. *Si vis pacem, para bellum*. He wants peace, prepare for battle, and for the European Union in this moment means prepare to impose maximal costs in order to deter any stupid move towards new military escalation by Russia.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Możemy jeszcze wygłosić tysiąc przemówień, które będą słusznie krytykować pana Putina, ale zastanówmy się nad naszą reakcją nie tyle werbalną (ona jest potrzebna), ale polityczną. Otóż myślę, że powinniśmy wyciągnąć wnioski z przeszłości, z tego co stało się na szczycie NATO w Bukareszcie w 2008 roku, kiedy to brak jedności Zachodu i zablokowanie przez trzy państwa mapy drogowej dla Gruzji spowodowały parę miesięcy później interwencję Rosji w tym kraju.

Powinniśmy dzisiaj za wszelką cenę zachować jedność. Dobrze, że przegłosowujemy co pół roku sankcje wobec Federacji Rosyjskiej. Trzeba jednak wyraźnie powiedzieć, że wszelkie próby dogadywania się niektórych państw z Rosją szkodzą całej Unii Europejskiej, a nie tylko krajom, które tak jak mój kraj, Polska, z Rosją graniczą. Uważam, że trzeba być solidarnym, bo to jest dzisiaj podstawowa europejska wartość. Solidarność w kontekście Nord Streamu brzmi może dziwnie, ale musimy być solidarni.

Miriam Lexmann (PPE). – Madam President, the escalation at the Ukrainian border and in Russian-occupied territories of Ukraine is but the latest of a series of actions undertaken by the Kremlin which seriously undermine peace and democracy in Europe. It is indeed the biggest challenge to European security since the end of the Cold War.

Dear colleagues, we can no longer afford to stand by and watch this crisis unfold. In doing so, we may sleepwalk into a potential conflict over which we will have no control.

I welcome the current resolution of this House, and its consistent position. But what we need now is unity among the EU leaders as a cornerstone of any meaningful response. It is time for EU leaders to use the upcoming Council meeting to set aside narrow interests and work, united with our allies, to address the current crisis. Because united we have the leverage and the right tools to deter the Kremlin from any further deterioration and destabilisation.

Dear colleagues, the current crisis is serious, but it is still not beyond our control. Only united and resolute will we be able to send a clear message to the Kremlin that we will use all our means to protect peace and security, and that we reject a return to spheres of influence and any attempts to undermine our democracies.

Engin Eroglu (Renew). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir derzeit an der ukrainischen Grenze erleben, ist eine aktive Kriegsdrohung von der russischen Regierung.

Weit über 100 000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine, schweres Kriegswaffengerät, und auch die medizinische Infrastruktur zur Behandlung von Soldaten wird auf russischer Seite aufgebaut. Es kann jederzeit passieren, dass die Ukraine erneut angegriffen wird. Schon 2014 gab es eine Grenzverschiebung auf dem europäischen Kontinent. Das gefährdet schon jetzt unseren Frieden und unsere Sicherheitsinfrastruktur auf dem europäischen Kontinent.

Daher müssen wir schnellstmöglich mit aller Kraft, mit entschlossenem Willen, gemeinsam mit unseren NATO-Partnern eine diplomatische Lösung finden. Wir müssen jetzt – so schnell es geht – diplomatische Beziehungen und Gesprächskanäle aufbauen, um dieses Problem zu lösen.

Es scheint, dass die russische Regierung verhindern will, dass die Ukraine ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben kann, vielleicht in der NATO Mitglied zu werden oder auch nicht. Wir brauchen keine weitere Spirale der Sanktionen, sondern jetzt – ganz schnell – das größtmögliche Abschreckungspotenzial mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln gegenüber der russischen Regierung.

Anna Zalewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Następne tygodnie i miesiące to wielki sprawdzian dla dwóch wielkich światowych projektów: dla tego, czym jest Unia Europejska i czym jest NATO. Czy jest to siła, gracz na globalnym rynku, w międzynarodowej polityce, czy też zbiór – nie chcę mówić zlepek – różnych interesów, które rozgrywane są przez szantażystę?

Agresja na Ukrainę to również agresja na granicy polsko-białoruskiej, to wspólne projekty Putina, po to by dokończyć budowę Nord Stream 2 i zasilac się miliardami euro, by prowadzić swoją imperialistyczną politykę, jak również to polityka Putina, która ma prowadzić do destabilizacji Unii Europejskiej i NATO.

Jedność, siła, konsekwencje, a nie indywidualne interesy. To daje nam szansę na to, by powiedzieć „nie”.

Riho Terras (PPE). – Madam President, the tensions around Ukraine are escalating day by day. In addition to the build-up of a large military presence on the borders of Ukraine, Russia has switched into full information warfare mode. This is meant to target the home audience, ordinary Russian people, and to create a symbol of the enemy. This is meant to establish *casus belli*, so to speak.

Following the Biden-Putin meeting last week, Russia has increased demands and repeated ultimatums. According to these claims, the West is to blame, Ukraine is guilty of genocide in the Donetsk region, Russia is being encircled by hostile countries, and the list goes on. Altogether, this is extremely dangerous and requires the strongest possible response from the European Union.

Ukraine is part of Europe. The EU must stay united and resolute behind Ukraine. The upcoming European Council must address the crisis with the full seriousness that it deserves. The sanctions that Russia will get if it attacks Ukraine must be clearly articulated, effective immediately upon military aggression and cut deeply.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Ukraina är en nära granne, en handelspartner, en viktig aktör för Europas säkerhet. Ukrainas medborgare har modigt visat att de vill vara en del av det europeiska samarbetet. Just nu, när omvärldens ögon riktas mot Lukasjenkas humanitära haveri i Belarus och vid landets gräns mot EU, passar Putin på att skramla vaper, mobilisera, hota Ukraina igen.

Låt oss dock slå fast en gång för alla: Det är inte Putin som ska diktera Ukrainas framtid. Ukraina har rätt till sin fulla politiska och territoriella integritet. Vi accepterar inga ryska hot, varken i ord eller i handling. På den punkten måste ett enat EU vara kristallklart. Ryssland måste acceptera andra länders integritet och politiska vägval. Hot och aggression måste mötas med sanktioner. EU måste göra sig av med beroendet av rysk gas, och Nord Stream 2 måste stoppas.

Vladimír Bilčík (PPE). – Vážená pani predsedajúca, v roku 2013 si len málokto vedel predstaviť vojnu na území Ukrajiny. Prišla však rýchla anexia Krymu a dodnes trvajúci horúci konflikt na východe Ukrajiny. Dnes napriek posledným rozhovorom Bidena s Putinom pokračuje koncentrácia ruských jednotiek pri hraniciach. Musíme sa preto pripraviť na každý scenár konfliktu s Ruskom. Bezpečnosť a územná celistvosť Ukrajiny sú v životnom záujme Európskej únie. Sú v životnom záujme bezprostredných susedov Ukrajiny vrátane Slovenska. Ukrajina musí rozhodovať o svojej budúcnosti slobodne, bez hrozby útoku a invázie z Moskvy. V posledných rokoch sme, dámy a páni, reaktívni a defenzívni voči jednostranným vojenským aktivitám z Ruska. Je najvyšší čas to zmeniť. Inak bude Rusko naďalej dávať najavo, že panuje v priestore bývalých sovietskych republík a nedá dýchať proeurópskym a demokratickým silám v regióne. Ani tridsať rokov po rozpade Sovietskeho zväzu Moskva nemení svoje správanie na európskom kontinente. V Bielorusku, okupáciou Krymu, Gruzínska či Podnesterska, ale aj hybridnými aktivitami priamo v Európskej únii, v muničných skladoch v Českej republike. Európska únia musí byť jednotná a rozhodná, kolegyne, kolegovia. Putin rozumie sile a musí mu byť jasné, že útok na Ukrajinu či prekreslenie hraníc by Moskve priniesli obrovské hospodárske a finančné škody. Európska únia má páky na zmrazenie účtov ruských oligarchov. Môže zastaviť projekt Nord Stream 2 a uvaliť dlhodobé sankcie na predstaviteľov ruskej moci. Je najvyšší čas plne využiť európsku silu, aby sme spoločne predišli veľkej vojne v Európe.

Liudas Mažylis (PPE). – Gerbiama Pirmininke, gerbiemieji, Rusija vis labiau eskaluoja situaciją: jos karinių pajėgų telkimas prie Ukrainos sienų yra tiesioginis konvencinio karo provokavimas.

Po Krymo aneksijos, separatizmo eskalavimo, o ir taip jau seniai vykstančio tikro karo suverenios valstybės teritorijoje, Rusija pakartotinai sutelkė didžiules pajėgas prie Šiaurės Rytų Ukrainos sienos. Tai – ir ES, ir NATO budrumo testavimas. Bet ne tik.

Narystės ES ir NATO perspektyva turi būti įvardinta kaip natūralūs eventualūs procesai. Ukraina nėra objektas – ji yra subjektas ir turi elementarią teisę į teritorinį vientisumą, demokratinį pasirinkimą, taip pat teisę gravituoti link Vakarų.

Rusija gi vis grubiau kišasi į tos valstybės vidaus reikalus, vykdo šantažą, naudoja ne tik hibridinio, bet ir konvencinio karo elementus.

O aš galvoju ne tik apie šiandieninį Rusijos režimą. Režimai keičiasi, o ką apie tai manys Rusijos tauta? Manau, kad sukelti naują karą Europoje Rusijos tautai turėtų būti istorinė gėda.

O mes turime pasiųsti aiškų atgrasymo signalą dabartinei Rusijos valdžiai. Palaikau siūlymus stabdyti naftos ir dujų importą iš Rusijos į ES, pašalinimą iš SWIFT mokėjimo sistemos bei valdžios institucijoms artimų oligarchų ir jų šeimų turto išaldymą bei jų vizų panaikinimą, jeigu Rusija išdrįstų imtis tiesioginių karinių veiksmų.

Aš matau tik vieną deeskalacijos galimybę – sutelkti, konkretūs ir griežti Europos Sąjungos šalių ir jos Vakarų partnerių veiksmai.

Eugen Tomac (PPE). – Doamna președintă, domnule Înalț Reprezentant, ceea ce se întâmplă acum la frontiera de est a Ucrainei, prin comasarea celor peste 100 000 de militari de către Rusia, reprezintă una dintre cele mai mari provocări la adresa Uniunii Europene.

Să nu uităm că după ce Ucraina a decis politic apropierea de Uniunea Europeană, răspunsul lui Putin a fost anexarea Crimeii. Kremlinul privește cu multă ostilitate orice stat din imediata noastră vecinătate, care dorește să împărtășească același atașament, împreună cu noi, față de democrație, drepturile omului și libertatea de exprimare, valori care îi sunt străine lui Putin. El astăzi întruchipează omul perfect, cu un profil al dictatorului care sfidează pe oricine și este dispus să-și trimită armata pentru a crea un conflict fără precedent în Europa. Rusia nu mai are de ce să fie membru în Consiliul de Securitate al ONU, membru permanent, deoarece a devenit o țară care pune în pericol pacea și stabilitatea în Europa.

Eventuala invadare a Ucrainei va deschide un nou capitol, plin de evenimente cu deznodământ tragic. Tocmai de aceea Rusia trebuie să știe că va fi complet izolată și va plăti un preț scump pentru această ambiție stalinistă. Putin trebuie oprit. Nimic nu justifică declanșarea unui conflict militar, decât dorința unui om ce pare tot mai ridicol în ambițiile sale geostrategice.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, collega's, mijnheer de hoge vertegenwoordiger, de ontwikkelingen aan de grens tussen Rusland en Oekraïne bevestigen eigenlijk wat we allang weten: we hebben nood aan een eendrachtig en effectief optreden in ons buitenlands beleid en ons veiligheids- en defensiebeleid gaat over veel meer dan het militaire aspect alleen. Hoe verontrustend deze ontwikkelingen ook zijn, we mogen nooit toegeven aan hen die geen respect hebben voor de soevereiniteit van een soeverein land.

Oekraïne is een belangrijke partner van de EU en van de NAVO en het is ondenkbaar dat de EU of de NAVO een latere toetreding van Oekraïne a priori afwijst, omdat Rusland de soevereiniteit van dit land niet wil respecteren. Met deze houding zijn we aan onszelf verplicht om effectieve sancties in stelling te brengen en bijzondere zorg daarbij te besteden aan de vertrouwde trans-Atlantische samenwerking in de aanpak van deze crisis.

Maar deze crisis is ook een crisis die zich kenmerkt door een totaal gebrek aan vertrouwen tussen rivalen. Zolang wederzijds begrip en vertrouwen enige relevantie hebben in onze relatie met Rusland, moeten we daarin blijven investeren en blijven inzetten op een of andere vorm van dialoog die we kunnen hebben. Praten met elkaar kan – zonder dat we onze principes verloochenen – hopelijk bijdragen tot de-escalatie en wie weet tot wat nog meer. Maar dat is alleen zinvol als Poetin in onze kracht gelooft en als wij geloofwaardig zijn. Daar moeten we echter zelf voor zorgen.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, povjereniče, kolegice i kolege, i nakon više od deset godina izvršno partnerstvo ostalo je bitna sastavnica europske vanjske politike.

U kontekstu tog partnerstva Ukrajina je naš važan gospodarski, sigurnosni i energetski partner. Sigurnost istočnog dijela Europske unije izravno ovisi o sigurnosti i stabilnosti Ukrajine i zato moramo aktivno raditi na njenom jačanju. Kulturološki Ukrajina je oduvijek bila dio Europe, stoga je važno da Europska unija uz podupiranje njezine teritorijalne cjelovitosti i suvereniteta, nastavi i gospodarski pomagati Ukrajini, pogotovo u vidu investicija koje će omogućiti građanima Ukrajine da žive kvalitetnijim životom. Ta pomoć je danas, ako uzmemo u obzir veličinu ove zemlje i njene potrebe, apsolutno premala.

Europska unija mora aktivnije početi pomagati Ukrajini u gospodarskom, socijalnom, vojnom i kulturnom smislu ukoliko je želi očuvati dijelom zapadnog kulturnog kruga. Vi ste povjereniče najavili određene mjere koje pozdravljam ali potrebno je poduzeti puno, puno više od toga. Hrvatska možda najbolje od svih država članica može razumijeti zbivanja u Ukrajini jer smo sami, ne tako davno, bili žrtvama agresije te smo morali reintegrirati dio svojeg teritorija. Tada smo se osjećali ostavljenima od svih a tako nešto ne smije se ponoviti u Ukrajini. Ne možemo očekivati od Ukrajine da bude nekakav europski graničar a pogotovo ne bez da joj damo nešto zauzvrat.

Ukrajini ne trebaju riječi, rezolucije već konkretna djela a tu je Europska unija nažalost previše puta podbacila u prošlosti. Zato ne smije podbaciti i sada.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I'm sorry for having been unable to follow the whole debate, as I had to attend to Ghana's President. But my friend and colleague Janez Lenarčič has been representing the Commission and attending as you participate in this debate.

From what I heard, it's enough for me to take stock of this discussion, and I can tell you that, based on this discussion, we will continue taking steps to increase our deterrence, as I said at the beginning of my intervention, and avoid any kind of military action starting to happen: to be prepared for the worst and to expect the best, as I said in my previous intervention.

Well, what does it mean, after listening to all of you? It means first that we – Parliament, the Commission, the High Representative, the European Union Council, the European Council and the governments of all the Member States – will send a united and strong message to the Russian leadership, indicating that we are ready to respond decidedly to any kind of military action against Ukraine, should it happen. And we will send an equally clear message of commitment to Ukraine's sovereignty and territorial integrity. We should also reconfirm our support to achieve full implementation of the Minsk agreements in order to resolve the conflict in Eastern Ukraine. Third, we will continue working in close coordination and cooperation with our transatlantic and like-minded partners, as we did in Liverpool at the G7 meeting.

Allow me to stress the fact that the challenges that Ukraine is facing go well beyond the military dimension, not least the classical military dimension. They are part of a wider hybrid concerted aggression, which involves also energy, disinformation and cyberattacks – to mention just some of the new characteristics of these new challenges. Therefore, we will not spare efforts to help to further strengthen the resilience of Ukrainians, of Ukraine, its people and government, across all sectors such as democracy, human rights, rule of law, people to people contact, trade, energy, cybersecurity, environment, public health and countering disinformation.

This is our commitment, and I am very happy to see that, in this Parliament, everybody – or almost everybody, with very few exceptions – is closely supporting this approach.

Die Präsidentin. – Gemäß Artikel 132 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurden sechs Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 16. Dezember 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Robert Hajšel (S&D), *písomne*. – Pravdepodobne čelíme najväčšej hrozbe rozpútania ničivej vojny len pár stoviek kilometrov od východnej hranice Slovenska a celej Európskej únie a musíme urobiť všetko pre to, aby sme jej zabránili. Absolútnou prioritou musí byť deeskalácia napätia nielen na ukrajinsko-ruských hraniciach, ale aj v oblasti medzinárodnej diplomacie. Stále je čas na to, aby sme predišli eventuálnemu ničivému ozbrojenému konfliktu na východných hraniciach susedného štátu, a máme na to všetky politické a diplomatické prostriedky, len ich treba využiť. Európska únia plne podporuje územnú integritu Ukrajiny, ale na druhej strane musí pri riešení tohto problému považovať aj Moskvu za partnera, a nie za nepriateľa, ak chceme naozaj nájsť úspešné politické riešenie. Je poľutovaniahodné, že už sa vôbec nehovorí o potrebe plniť Minské dohody, ktoré boli základom férovejšieho riešenia situácie v odštiepených separatistických republikách na východe Ukrajiny. Znepokojivým je aj fakt, že už sa prestalo rokovať aj v rámci tzv. normandského formátu, čím aj EÚ stráca schopnosť ovplyvňovať pozitívne vývoj napätia situácie vo svojom východnom susedstve. Akokoľvek sa nám nepáčia ultimáta, ktoré najnovšie predložila Moskva, musíme rokovať a musíme sa snažiť chápať aj bezpečnostné obavy druhej strany, a to bez toho, aby sme nejakým spôsobom zradili naše demokratické princípy.

Sandra Pereira (The Left), *por escrito*. – Não podemos, nem devemos, acompanhar uma resolução que escamoteia: a existência do golpe de Estado na Ucrânia (2014), apoiado pelos EUA, NATO e UE, que instaurou um poder xenófobo, fascizante e impôs profundas fraturas no país; uma brutal guerra contra o povo ucraniano, que perdura há 7 anos; os pontos do acordo de Minsk que o regime ucraniano deliberadamente não cumpre, como a aprovação de: uma lei de descentralização do poder; uma lei de amnistia que proíba perseguições em Donetsk/Luhansk; uma nova constituição, a entrar em vigor final 2015, focada na descentralização, atendendo às particularidades dos distritos de Donetsk/Luhansk e acordada com os seus representantes; ou uma lei permanente sobre o estatuto especial desses distritos, até final 2015; outras medidas, incluindo o cessar-fogo, nunca respeitado pelo regime ucraniano, responsável pela morte de inúmeros civis.

A escalada de confrontação da NATO contra a Rússia e a instrumentalização da Ucrânia nessa estratégia agressiva atentam contra a paz. Apelamos ao fim: da escalada de agressão do regime ucraniano no Donbass, encetando-se o diálogo para a resolução pacífica do conflito, respeitando os acordos e compromissos assumidos; da escalada de confrontação da NATO contra a Rússia; dos planos de instalação na Europa de sistemas de mísseis e de outros armamentos dos EUA; do alargamento da NATO.

13. Neue Leitlinien für die humanitären Maßnahmen der EU (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Norbert Neuser im Namen des Entwicklungsausschusses über neue Leitlinien für die humanitären Maßnahmen der EU (2021/2163(INI)) (A9-0328/2021).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Norbert Neuser, rapporteur. – Madam President, the world does not come to rest: Afghanistan, civil war in Ethiopia, hunger as a result of climate change in Madagascar, hunger and violent conflicts in the Sahel, military escalations in Yemen, displacement in the midst of a pandemic, to name just a few.

The report on new orientation for the EU's humanitarian action comes at a time when crises are being exacerbated, and when the number of people suffering from humanitarian crises has increased from around 90 million in 2015 to nearly 240 million this year. Its aim is not to suggest tailor-made solutions to the crises we face to date, but to provide policy recommendations that mitigate the crises in general.

Following the communication the Commission published in March this year, the EU's humanitarian action, the report underlines the four fundamental principles of humanitarian action: that is humanity, impartiality, neutrality and independence. They are the core of humanitarian action and must not be compromised. Some challenges: we are alarmed at the number of serious violations of international humanitarian law. We therefore need close monitoring of violations. Responsible individuals or entities have to be listed in relevant EU sanction regimes.

Gender-based violence is another serious aspect: 70% of women become victims of gender-based violence and conflicts and disasters. Given the number of people in need is rising, the humanitarian budget needs to rise as well. The European Member States should spend a fixed share of their GNI on humanitarian aid, and we call on the Commission to report on the disbursement. The humanitarian-development-peace nexus should become the general approach of programming in order to bridge the gaps between the policy areas, while the distinct character and principles of humanitarian aid have to be respected.

So far, a few words on the report. I feel honoured and I'm thankful that I was the standing rapporteur for humanitarian aid and had the opportunity to be the rapporteur on this important fight. This is my last report and my last speech in the European Parliament. I would like to use my speech today in the plenary to say goodbye and farewell to all of you.

I was always fascinated by development cooperation. I started in the 80s in Nicaragua with the Solidarity Group when this country was on a really good path. When I became a Member in 2009, from the beginning I was in the Committee on Development (DEVE) and committed to the values. And I was on the delegation to the ACP and for me it was my environment that allows me to work on policies that construct a better future for the people in partner countries. During my mandate, the contact with people in partner countries remained very important to me. What I learned from them inspired me and gave me strength for the work in Parliament.

This is why I want to thank you for all your cooperation and support during the last years. I thank you, Commissioner Janez Lenarčič, for the close and trustful cooperation directly between us two, even last year and the one before at Christmas. I want to thank Commissioner Jutta Urpilainen for a fantastic input from the development side. I thank you, colleagues, for the balanced and good cooperation that we generally have in the Committee on Development, but also in the delegation to the ACP. I thank my colleagues from the S&D family, from the German SPD delegation, and especially I would like to mention my coordinator, Udo Bullmann, and thank him and his prudent management of our working group and, Udo, the continuous support you gave. A big thank you goes to the DEVE Secretariat and I would like to mention, because he was very much involved in this report, Manuel Manrique Gil, who also supported me in a number of other important files. Thanks to the S&D team and the longstanding support I had and to my own team.

My work in the European Parliament comes to an end, and it was a good time. I have heard that there is a life outside Parliament and I will work more actively for my Foundation, Kick for Help, with sports and especially football projects. In developing countries, the Foundation helps youth, girls and women to develop team spirit, fair play and self-determination. It was Nelson Mandela who said – and this is how I want to conclude – that sport has the power to change the world. Let's use this wonderful opportunity more in our developing cooperation. Let's just do it! Thank you very much.

Die Präsidentin. – Vielen herzlichen Dank, lieber Norbert Neuser, auch für diese vielen Jahre im Europäischen Parlament und alle Leistungen, die damit zusammenhängen.

Janez Lenarčič, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, I want to thank the European Parliament, the Committee on Development, and in particular, the rapporteur, Honourable Norbert Neuser, for putting this topic on today's agenda. The report highlights key priorities for EU humanitarian action going forward. The text recognises our ambitions for the European Union as a global power in aid delivery. In short, it shares our common vision for the future.

In view of recent worrying trends, this is also a very timely report. According to the latest global humanitarian overview, nearly 274 million people are now in urgent need of humanitarian aid. At the beginning of this year, the number was 235 million. Meanwhile, the donor base remains far too narrow. A small number of donors provide the overwhelming bulk of humanitarian aid. That is the case globally, but also within the European Union, and the gap between existing needs and the available resources is growing ever further.

More needs to be done to address this funding gap and to support those in need. This is why the European Commission adopted a communication on EU humanitarian action earlier this year. That communication is there to keep adapting, rethinking and improving our approach for the EU to stay at the forefront of global humanitarian action in the interest of the most vulnerable people that we want to help.

Honourable Members, I am pleased to confirm that we are already taking concrete steps to address many of the priorities that feature in this report. First, the Commission is pushing to expand the resource base both within and outside the European Union. Of course this requires a sustained effort over time within Europe and internationally, and it goes without saying that this House, this Parliament, can be of great help. We are currently engaging within the European Union with like-minded and non-traditional humanitarian donors, to grow the overall pool of humanitarian resources available. In the meantime, we will continue working to enhance the effectiveness and efficiency of humanitarian aid by embracing innovative digital tools and by resorting more to anticipatory funds.

In line with the grand bargain commitments, the Commission is also focusing on the quality of funding. We know that it must be more predictable. We know that it must be more flexible and better suited to local needs so as to provide the greatest possible impact for people in need. We are working on this. We have just launched new multiannual pilot programmatic partnerships with the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, with UNICEF and with the FAO. These come next to the full programmatic partnerships that we already have in place with NGOs since last year. Second, to ensure that our aid is delivered swiftly the Commission is developing a new European humanitarian response capacity. This will address potential gaps whenever traditional channels are unavailable, and it will be built on the example of the EU humanitarian airbridge by embracing a Team Europe approach.

The report also emphasises the importance of international humanitarian law, and this brings me to my third point. We are putting compliance with international humanitarian law at the heart of the EU's external action. For example, the Commission is setting up a new EU-level coordination mechanism. Our goal is to improve reporting on possible violations around the world and strengthen compliance. We are also advocating for the consistent inclusion of humanitarian exceptions in EU sanctions regimes. The EU is committed to avoiding any negative impact of restrictive measures on vulnerable people. In parallel, the European Union is calling for unrestricted and unimpeded humanitarian access to people in need. We have done so, for example in the cases of Afghanistan, Ethiopia and Myanmar.

The Commission is also pressing forward with the fourth strand of work – the localisation of humanitarian aid. We plan to engage even more with local actors, including women-led groups, to improve their own-preparedness, response and resilience. In the face of climate change, resilience more than ever needs to be at the heart of our work in the regions systematically impacted by disasters and emergencies.

And lastly, we will continue to address the drivers of the humanitarian needs by linking short-term assistance with long term solutions. We all agree that humanitarian aid alone cannot put an end to conflicts or crises and this is why we remain focused on putting the humanitarian-development-peace nexus approach into practice, and we are expanding on the work already in place.

Honourable Members, let me take this opportunity to reaffirm my commitment to engage with all of you as we pursue our common goal of providing relief to those in need. I would like to most warmly thank honourable Norbert Neuser for his work not only on this report, but as the standing rapporteur for humanitarian aid. I have greatly appreciated your strong commitment to EU humanitarian action. Thank you once again for your very good and timely report, and I look forward to our discussion.

Janina Ochojska, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Zajmuję się pomocą humanitarną od 26 lat. Każdego roku obserwuję z zaniepokojeniem gwałtowny wzrost liczby osób potrzebujących pomocy humanitarnej. Obecnie kryzysy humanitarne trwają średnio ponad 9 lat. Pomoc jest często niewystarczająca, a prawo humanitarne częściej naruszane.

W sprawozdaniu, które wspólnie przygotowaliśmy, skupiliśmy się na kilku obszarach. Uważamy, że kluczowy z nich to obszar dotyczący włączenia edukacji w pomoc humanitarną. Edukacja jest zaliczana do pomocy rozwojowej, ale to nie wystarczy. Dzieci i młodzież na terenach ogarniętych konfliktem, przebywające w obozach dla uchodźców powinny mieć bezwzględny dostęp do edukacji, co nie zawsze ma miejsce. Inaczej będziemy mieć do czynienia ze straconymi pokoleniami, jak już dzisiaj mówi się o pokoleniu wojny w Syrii.

W tej kwestii polityka Unii Europejskiej powinna opierać się na powiązaniu działań humanitarnych, rozwojowych i pokojowych. W dokumencie wzywamy do zwiększenia środków finansowych wypełniających luki w finansowaniu globalnej pomocy humanitarnej. Jednym ze sposobów jest zobowiązanie krajów członkowskich do przeznaczania stałej części dochodów narodowych brutto na pomoc humanitarną, tak jak ma to miejsce w przypadku pomocy rozwojowej. Zależy nam także na zagwarantowaniu elastyczności w finansowaniu pomocy humanitarnej w trakcie rosnących potrzeb. Chcielibyśmy, aby działania zewnętrzne Unii Europejskiej w większym stopniu koncentrowały się na przestrzeganiu międzynarodowego prawa humanitarnego, w tym na ochronie pracowników humanitarnych, co można osiągnąć przez unijny mechanizm monitorowania tych naruszeń, ustrukturyzowane dialogi i umowy handlowe oraz – w razie potrzeby – poprzez nakładanie sankcji na kraje, które go nie przestrzegają.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Pierfrancesco Majorino, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i conflitti, le calamità ambientali, l'insicurezza alimentare, i cambiamenti climatici sono solo alcune delle cause che portano oggi almeno 238 milioni di persone nel mondo ad aver bisogno di assistenza umanitaria. 238 milioni.

L'Unione europea è il primo donatore mondiale, ma la nostra azione può e deve essere migliorata per essere ancora più efficace, come ha detto giustamente l'onorevole Neuser. Abbiamo bisogno di aiuti meno frammentati, di un meccanismo di coordinamento e di una solida dotazione finanziaria e dobbiamo guardare ai gruppi più vulnerabili, a partire dalle donne e dai bambini, perché non possiamo permetterci di lasciare nessuno indietro. Ancora di più oggi, con la pandemia in corso.

Come Unione europea abbiamo un dovere ancora maggiore, prima di tutto morale: aiutare i paesi in via di sviluppo a fornire una risposta sanitaria adeguata, sia lavorando sulle cause profonde di povertà e disuguaglianza, ma pure attraverso un sostegno più concreto e massiccio nell'immediato per forniture adeguate di vaccini.

La comunità internazionale, su tutti questi punti, io credo non abbia la coscienza pulita.

Barry Andrews, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, first of all I'd like to acknowledge the work of Mr Neuser, not just in this report, but in his contribution to this House over the last decade.

His report, I think, is part of an appropriate period of reflection and response, which follows each successive humanitarian crisis. It's happened over the last 15 years, whether it is the cluster system and the CERF that followed the situation of the tsunami, whether it was the transformative agenda that followed on from Haiti, or the Grand Bargain referred to earlier by the Commissioner that followed both Syria and Ebola.

Now we're in another period where it's appropriate to have response and reflection. But the one thing I would encourage the Commissioner not to do is to merely respond to the last crisis, and that is what we've done in the past. This is evidenced by the fact that our instrument, the Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument (NDICI) – Global Europe, is inappropriate for the Afghanistan response, and that's why we have Humanitarian Plus. So I would encourage a strategic approach and an approach based on foresight, not hindsight.

I'd like to say a few words in my native language, if I may.

An féidir leis an Aontas Eorpach difríocht a dhéanamh? Sílim gur féidir leis ach tá dhá leasú mhóra ag teastáil. Ar an gcéad dul síos, ní mór don Aontas agus do na Ballstáit airgead a chur ar an mbord. Is mór-dheontóir daonnúil an tAontas Eorpach agus a Bhallstáit, ach sa bhliain 2021, ní dhearnadh ach leath de na geallúintí daonnúla domhanda a íoc amach. Is maith an rud é gur mhéadaigh an Coimisiún Eorpach a bhuiséad cabhrach daonnúla ó €900 milliún go €1.4 billiún sa bhliain 2020.

Ar an dara dul síos, ní mór córas daonnúil an Aontais a bheith oiriúnach dá fheidhm agus tá riachtanais dhaonnúla oiriúnaithe dá réir.

Caroline Roose, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, tout d'abord, merci aux rapporteurs.

Le rapport que nous adoptons aujourd'hui arrive à un moment crucial. L'aide humanitaire fait face à de nombreux défis. En plus des conflits dont le nombre ne cesse d'augmenter, le dérèglement climatique va accroître le besoin en aide humanitaire. La sécheresse et la famine en cours à Madagascar en est un exemple saisissant. Et ce n'est que le début.

Le monde d'aujourd'hui est fragile et les besoins sont énormes. Que faire face à cela? Il faut autant que possible prévenir, via notre politique d'aide au développement. Nous devons travailler avec les populations vulnérables et les communautés autochtones pour les aider à renforcer leur résilience face au changement climatique.

L'Union européenne et ses États membres sont les premiers contributeurs à l'aide humanitaire, mais le manque de financement se fait de plus en plus sentir. Il faut augmenter notre contribution et prévoir un budget annuel solide pour l'aide humanitaire. Nous devons renforcer notre coordination avec les autres donateurs et garantir un financement à la fois prévisible et flexible de l'aide humanitaire.

Les femmes et les jeunes filles sont souvent les plus durement touchées dans les crises. Il faut que des actions spécifiques leur soient destinées, car elles ont aussi un rôle central à jouer dans la résolution des crises humanitaires.

Enfin, il faut que l'aide humanitaire demeure ferme sur ses principes d'humanité, de neutralité, d'impartialité et d'indépendance. C'est vrai pour l'action de l'Union européenne, mais il faudra être vigilant vis-à-vis d'une instrumentalisation lorsque des acteurs privés financent l'aide humanitaire. Agissons maintenant.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, la question du montant d'une aide humanitaire portée à bout de bras par les pays occidentaux doit avoir pour corollaire celle de son efficacité et de son bien-fondé.

Tout d'abord, elle ne saurait pallier indéfiniment les défaillances d'autorités nationales. Les quelque 32 millions d'Africains déplacés ou réfugiés, par exemple, doivent se voir proposer des solutions pérennes dans leur propre pays au lieu de nos seuls subsides.

À cela s'ajoutent les très nombreux scandales qui ont émaillé la gestion de ces fonds, de l'inflation artificielle des listes de bénéficiaires à l'extorsion des travailleurs humanitaires, notamment par les terroristes islamistes d'Al-Shabab en Somalie, d'où certaines ONG se sont vu retirer. Le fait que le Niger ou le Nigeria aient un temps déclaré persona non grata des organisations reconnues illustre les risques tangibles de détournement au profit de belligérants ou de terroristes. Pour ma part, j'ai demandé aussi instamment que vainement des éclaircissements s'agissant des camps de Tindouf, de facto sous la houlette du Front Polisario.

Il est également illusoire de prétendre que l'aide humanitaire européenne à l'Afghanistan, censée être quadruplée, ne transitera aucunement par les talibans, puisque ces derniers interviendront nécessairement dans sa distribution. Ils entraveront d'ailleurs l'exercice des femmes travailleuses humanitaires, affectant par ricochet les Afghanes et leurs enfants.

L'Union européenne, première donatrice mondiale, ne saurait se compromettre au profit de régimes ou d'entités que nous réprouvons et que nous avons parfois combattus au prix du sang de nos propres soldats.

Beata Kempa, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Biorąc pod uwagę obecną sytuację na świecie i rosnące potrzeby humanitarne, musimy znaleźć sposób, aby różnice, jeżeli chodzi o jakość życia, pomiędzy naszą częścią świata a krajami rozwijającymi się nie pogłębiały się.

Zgadzam się, że Komisja Europejska i Europejska Służba Działań Zewnętrznych powinny opracować strategię połączenia pomocy humanitarnej z rozwojową i z działaniami na rzecz budowania pokoju. Pomoc humanitarna, programy rozwojowe i budowanie pokoju nie są procesami od siebie niezależnymi. Wszystkie są potrzebne jednocześnie.

Sprawozdanie słusznie podkreśla również alarmującą sytuację, jeżeli chodzi o naruszanie międzynarodowego prawa humanitarnego. Unia Europejska powinna nie tylko monitorować takie przypadki, ale też wykorzystać wszystkie możliwe narzędzia, aby temu zapobiec. W sprawozdaniu trafnie zauważono korzyści płynące z uruchomienia mostu powietrznego. Tego typu rozwiązania powinny być stosowane nie tylko w czasie pandemii.

Uważam jednak, że zabrakło w tym sprawozdaniu odpowiedniego podkreślenia roli społeczeństwa obywatelskiego, a zwłaszcza podmiotów religijnych, z którymi współpraca jest niezwykle potrzebna, jeżeli chcemy dotrzeć z pomocą do tych najbardziej potrzebujących. To właśnie działacze Kościoła, misjonarze – jako pierwsi, od dawna działający w terenie – zapewniają podstawowe usługi społeczne i pozostają w terenie, gdy wiele innych podmiotów często odchodzi. Komisja Europejska zatem powinna przyjąć strategię na rzecz partnerstwa z Kościołami i organizacjami wyznaniowymi w zakresie współpracy rozwojowej i humanitarnej.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, la acción humanitaria se enfrenta a tres grandes peligros.

En primer lugar, la amenaza constante de la privatización de la ayuda. No pararemos de decirlo: ni la acción humanitaria puede ser una oportunidad de negocio ni la crisis convertirse en pretexto para profundizar en doctrinas del *shock*. Si crisis como la pandemia que vivimos actualmente aumentan las necesidades humanitarias, la solución pasa por liberar patentes y no por sentar a las multinacionales farmacéuticas a la mesa de la gobernanza mundial.

Segunda amenaza: la permanente instrumentalización geopolítica de las crisis humanitarias según intereses que nada tienen que ver con objetivos humanitarios. Buen ejemplo de ello es el silencio impune ante crisis humanitarias como las del Sáhara ocupado o las de Palestina, o llamamientos hipócritas a aumentar la ayuda humanitaria en el Mediterráneo mientras al mismo tiempo se refuerzan los mecanismos de la Fortaleza Europa, que, a la postre, generan nuevas crisis humanitarias como las que se están viendo en Libia.

La tercera amenaza tiene que ver con la criminalización de los actores humanitarios, algo que vemos a diario en el Mediterráneo. Salvar vidas no es un delito. Practicar políticas racistas y comprarle la agenda xenófoba a la extrema derecha sí debería serlo.

Ojalá este buen Informe contribuya a combatir estas tres lacras de privatización, instrumentalización y criminalización de la ayuda humanitaria europea.

Ernő Schaller-Baross (NI). – Elnök Úr! Örvendetes, hogy az Európai Unió és tagállamai együtt, a Globális humanitárius segítségnyújtás 36 százalékát adják. Ezt a vezető szerepet meg kell tartani, és a jövőben még hatékonyabbá tenni, hogy a segítség valóban eljusson a rászorulókhoz. A humanitárius veszélyhelyzetek összefüggnek a migrációval, mert az éghajlattal összefüggő katasztrófák nagyobb gyakorisága és intenzitása konfliktusokat szít, és egyre több embert kényszerít lakóhelyének hosszú távú elhagyására.

A jelentéstevő azonban nagyon helyesen nem esett bele abba a hibába, hogy ennek okán a migránsok számára folyosók létesítését sürgetné. Így a jelentés a valódi problémákra, és a tényleges szükségletekre koncentrál. Határozott és következetes alapelvünk az, hogy a segítséget oda kell vinni, ahol baj van. Az eredmények visszaigazolják ezt a megközelítést. A Hungary Helps programon keresztül nyújtott humanitárius támogatásainkkal félmillió ember szülőföldön való megmaradását, vagy otthonába való visszatérését tettük lehetővé.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, više ljudi nego ikada prije nalazi se u situaciji potrebe za humanitarnom pomoći.

Kolegice i kolege, prema izvješću, vjerujem da ste to vidjeli, radi se o dvjesto trideset i osam milijuna ljudi a pomoć im je potrebna zbog sukoba, brojnih faktora poput prirodnih katastrofa, ograničenih resursa. Činjenice da je Europska unija pogođena pandemijom te da smo u krizi pristupa energentima ne smiju rezultirati zapostavljanjem područja humanitarnog djelovanja. Komunikacija Europske komisije naziva „Humanitarno djelovanje Europske unije: novi izazovi, ista načela“, ključna je za definiranje novih smjerova humanitarnog djelovanja Unije.

Stoga podržavam u njoj navedene mjere poput veće potpore Europske unije lokalnim pružateljima pomoći ili proširenja mehanizma financiranja s humanitarnim partnerima. Humanitarna pomoć neodvojiva je komponenta europske politike i na njoj gradimo našu prepoznatljivost te distinkciju našeg pristupa državama u potrebi bez kalkuliranja ili uvjetovanja pomoći gospodarskom ovisnosti.

Ono što i dalje ostaje kao trajni izazov je kako osigurati da humanitarna pomoć zaista dopre do onih kojima je ona najpotrebnija. To je posebno važno u državama kojima upravljaju autoritarni nedemokratski režimi i državama koje se suočavaju s unutarnjim nemirima i sukobima. Moramo biti spremni i na to da će humanitarne potrebe dodatno rasti te da će predstavljati i sigurnosni izazov na koji ćemo morati pronaći zajednički odgovor.

Kolegice i kolege, humanost je civilizacijski doseg. Njezin koncept nije se promijenio. Moramo stoga usmjeriti sve svoje snage na dostojanstvo svakog čovjeka a humanost je proteklih godinu i nešto pokazala da je nešto što nema cijenu i nema alternativu.

Mónica Silvana González (S&D). – Señor presidente, comisario Lenarčič, como usted bien sabe la pandemia paralizó casi todo, excepto el cambio climático y sus efectos, que ocasionan terribles crisis humanitarias en los países más empobrecidos —muchos de ellos considerados como renta media, pero hay que continuar trabajando con ellos—.

En este informe subrayamos la cooperación entre acción humanitaria, desarrollo, reducción del riesgo de desastres y actores climáticos para reducir desplazamientos. Señor Neuser, muchísimas gracias, hizo un gran trabajo en el que se pide, concretamente en este informe, la consolidación del triple nexo entre acción humanitaria, desarrollo y paz, debido a que las crisis cada vez son más duraderas y más intensas.

Aún no contamos con una estrategia sobre discapacidad en cooperación internacional y acción humanitaria; por ello, es importante que este informe incluya expresamente a las personas con discapacidad, especialmente a las mujeres con discapacidad, las más vulnerables y con más necesidades específicas, como la creación, por ejemplo, de un mecanismo de coordinación para desarrollar un enfoque de Derecho internacional humanitario.

Está claro que necesitamos más financiación y no podemos depender de un número limitado de donantes: por eso, desde este Parlamento, ayudaremos para que tenga más recursos.

Charles Goerens (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, que des besoins grandissants se manifestent dans le financement de l'aide humanitaire, tout le monde en convient. Pour ce qui est de la réduction du déficit de financement, arrêtons de faire l'hypocrite. L'insuffisance des moyens financiers porte un nom, voire plusieurs noms. Le nom de chaque État membre ayant promis depuis la nuit des temps de vouloir consacrer au moins 0,7 % de son revenu national brut à l'aide publique au développement.

À la conférence d'Addis Abeba, il y a six ans, la Commission était autorisée à renouveler, au nom de tous les États membres de l'Union européenne, la volonté de consacrer 0,7 % de leur revenu national brut à l'aide publique au développement. À peine rentrés de cette conférence, deux États membres ont eu le culot d'annoncer une réduction substantielle de leur aide publique au développement. Est-ce que c'est ça la cohérence des politiques?

Je m'adresse à vous — Commission — pour vous implorer de confronter chaque État membre à ses engagements. L'occasion pour ce faire se présentera déjà en 2022, lors du premier Forum sur l'aide humanitaire. Il ne sert à rien de se lamenter sur le triste sort des victimes des crises humanitaires si on n'est pas prêt à y consacrer des moyens requis et maintes fois promis depuis lors.

Je ne voudrais pas terminer sans remercier notre collègue Norbert Neuser. Avec son départ, la commission du développement de notre Parlement perd l'un de ses meilleurs talents. Nous perdons un pilier. Je souhaite à Norbert Neuser qu'il garde de bons souvenirs de nous, et il peut compter sur notre sincère réciprocité.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Goerens. Ich habe Sie jetzt nicht unterbrochen, weil Sie Ihre Redezeit nicht wirklich überschritten haben. Dem Dank an den Kollegen Neuser kann ich mich nämlich anschließen, auch wenn ich nicht seinem Ausschuss angehöre.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, nog nooit in de geschiedenis verkeerden zo veel bewoners uit de derde wereld in uiterste nood, namelijk een kwart miljard. Oorzaken zijn oorlogen, corrupte regimes, voedsel- en watertekorten en natuurlijk de bevolkingsexplosie. Elk jaar stijgt de bevolking in de onderontwikkelde landen met 80 miljoen. Dat is een onhoudbare situatie.

En wat doen wij eraan? We importeren hun bevolkingsoverschotten, met alle problemen van dien voor onze bevolking, en we storten miljarden in bodemloze putten. De EU is nu al de grootste donor ter wereld, maar volgens alle andere fracties is dat blijkbaar nog niet genoeg. Natuurlijk moeten we mensen helpen bij plotse natuur- en andere rampen. Maar de oorzaken van de chronische problemen moeten aangepakt worden. Steeds meer miljarden schenken en miljoenen vluchtelingen hierheen halen is geen oplossing. Uiteindelijk kapseist ook onze sociale zekerheid. Om het met een metafoor te zeggen: ook onze reddingsboot zal zinken als ze meer en meer en meer volk aan boord hijsen.

Het kan en moet dus anders: doorgedreven toezicht op de besteding van onze belastinggelden, alleen recurrente hulp onder strikte voorwaarden, zoals het in toom houden van migratie en nataliteit. De wereldbevolking dreigt deze eeuw te stijgen van 7,5 naar 11 miljard mensen. Het is krankzinnig te denken dat wij Europeanen kunnen instaan voor die miljarden extra hongerigen in de wereld.

Vincenzo Sofo (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Commissione europea vuole potenziare la sua azione umanitaria, considerando che già oggi, con il 36 per cento dell'assistenza globale, è il principale donatore di aiuto umanitario al mondo.

Che fine hanno fatto però queste decine di miliardi di euro sulle quali l'UE ha sempre rispedito al mittente ogni richiesta di maggiore trasparenza? Quel che sappiamo è che fiumi di denaro li dirottiamo ad esempio nelle tasche di paesi come la Turchia, che lo usano per aumentare il loro potere di ricatto nei nostri confronti o nelle tasche di ONG, che lo usano per favorire la tratta di esseri umani verso l'Europa, senza che in tutto ciò si vedano risultati concreti né in termini di sviluppo di paesi terzi, né di benefici geopolitici per l'Europa.

Ora l'UE vuole potenziare questa sua azione umanitaria senza però preoccuparsi di fare *mea culpa* su una strategia totalmente fallimentare, preoccupandosi invece di trovare nuovi modi per favorire l'immigrazione, ad esempio usando il cambiamento climatico come ennesima scusa per far scattare il meccanismo dell'accoglienza.

Voi questa la chiamate azione umanitaria europea? Io la chiamerei piuttosto suicidio umanitario dell'Europa, finanziato, per giunta, con i soldi degli europei.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! To bardzo dobrze, że rozmawiamy o przyszłości Unii Europejskiej. Nie możemy jednak zapominać, że to teraźniejszość kreuje przyszłość. Niestety, nawet na tej sali znajdują się tacy, którzy nie chcą pomóc zrozpaczonemu ludzkości uciekającym przed przemocą, którzy tolerują wywożenie migrantów do lasu na mróz, którzy boją się zdecydowanych działań w obronie klimatu albo wprost te zmiany negują.

Nasze podejście jest nie tylko niehumanitarne, ale także bardzo krótkowzroczne, bo migracje, których tak się boicie, osiągną znacznie większą skalę, jeżeli nie powstrzymamy zmian klimatu. I ci sami ludzie, którzy teraz palą plastikiem w swoich piecach, wywołując smog, będą krzyczeć „Nie dla imigrantów!”. Możemy i musimy temu zapobiec. Kluczem jest edukacja, edukacja i jeszcze raz edukacja. I środki na sprawiedliwą transformację. Zjednoczona, wyposażona w kompetencje i środki – taka musi być Unia Europejska w obliczu nowych wyzwań humanitarnych.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident! Die EU ist der größte Geldgeber für die humanitäre Hilfe, das ist schon verschiedentlich gesagt worden.

Ich möchte hier einmal betonen, dass humanitäre Hilfe der Ausdruck europäischer Werte ist. Es ist der Ausdruck europäischer Werte, weil wir mit den Menschen Solidarität zeigen, die per Zufall nicht wie wir in einer Wohlstandsgesellschaft geboren wurden, sondern auf einem Kontinent, wo es schwieriger ist. Es ist Ausdruck unserer Solidarität mit Menschen, die eben auch eine Menschenwürde haben, die wir versuchen, zu unterstützen.

Es ist deswegen wichtig, dass wir bei der steigenden Zahl – und es ist gerade schon gesagt worden, wir haben mittlerweile 274 Millionen Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen –, dass wir angesichts dieser steigenden Zahlen die finanziellen Ressourcen, die wir als Europäische Union zur Verfügung stellen, dauerhaft bedarfsgerecht erhöhen. Denn nur so können wir den Menschen, die unsere Hilfe und unsere Solidarität brauchen, tatsächlich auch helfen.

Markus Buchheit (ID). – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Es mag Sie erstaunen, aber sowohl meine Partei als auch meine Fraktion sprechen sich grundsätzlich für humanitäre wie auch für Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe aus. Wir unterscheiden uns also eher im „wie“ denn im „ob“ in dieser konkreten Frage.

Entwicklungshilfe, das kann nie ein Vehikel für Klientelpolitik sein. Doch der vorliegende Bericht ist ein Trommelfeuer auch des Zeitgeistvokabulars und ein kreatives „mehr“ im „weiter wie bisher“. Eigentlich wäre es doch einmal angebracht zu hinterfragen, ob Geld in afghanischen Genderprojekten wirklich sinnvoll angelegt ist, statt nur stumpf eine Mittelerhöhung für Entwicklungshilfe zu fordern. Statt zu hinterfragen, ob Entwicklungshilfe nicht auch auf wechselseitigem Vertrauen zwischen Geber- und Empfängerstaaten beruht und ob es deswegen nicht eigentlich angebracht wäre, auf Kooperationen im Bereich der Rückführung z. B. illegaler oder straffällig gewordener Migrantinnen zu setzen, wird nun vielmehr pauschal die Umsetzung der genannten Initiative gefordert.

Das bedeutet langfristig die Einführung von Katastrophen und Klimaursachen als zusätzlichem schwammigem Asylgrund. Meine Damen und Herren, der vorliegende Bericht ist ein Wohlfühl-Zeitgeistgewäsch. Die eigentlichen Probleme humanitärer Hilfe, nämlich Hilfsgelder, die die Katastrophenopfer gar nicht erreichen, überbordende Bürokratie und im Sumpf von Hilfsorganisationen versickerte Gelder, geht er jedenfalls nicht an.

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Kolleger! Det humanitära biståndet räddar liv. Det bidrar till att lindra nöd och upprätthålla det mänskliga värdet för de människor som förlorat allt: i krig, i naturkatastrofer, i spåren av de globala klimatförändringarna. I dessa situationer förstärks existerande ojämlikheter, särskilt för kvinnor och flickor. Mer än 70 procent av dem som drabbas av kronisk hunger är kvinnor och flickor.

Det humanitära biståndet är emellertid inte bara en tillfällig undsättning för de mest drabbade. Det är också en förutsättning för den globala utvecklingen och välbefindandet. Bristen på framsteg för Agenda 2030 är därför oroande. Vårt humanitära arbete och de globala målen är tätt sammankopplade. Behovet av bistånd har nog aldrig varit så här stort, och vi måste agera nu. Det gäller i EU, men det gäller också att varje medlemsstat i vår union tar sitt ansvar genom att börja respektera FN:s 0,7-procentsmål som vi gemensamt har lovat ska avsättas till biståndet. Det är oacceptabelt att det bara är sex medlemsstater som i dag lever upp till det.

Stéphane Bijoux (Renew). – Monsieur le Président, cher Commissaire, en ce moment même à l'est de l'Afrique, dans l'océan Indien, dans le sud de Madagascar, près d'un million d'hommes, de femmes et d'enfants sont dévastés par une famine épouvantable: il n'y a plus d'eau, la sécheresse brûle les sols, plus rien ne pousse et il n'y a plus rien à manger. Plus de 70 000 enfants ont faim et on leur donne un mélange de cactus et de cendre pour essayer de les maintenir en vie.

L'Europe intervient déjà, mais à Madagascar comme partout, il faut traiter les urgences. Il faut aussi s'attaquer aux causes. Et même quand il n'est pas le déclencheur direct des catastrophes humanitaires, le dérèglement climatique vient aggraver systématiquement des défaillances déjà existantes.

Nous avons beaucoup parlé de solidarité, mais j'insiste sur notre responsabilité. Nos partenaires sont nos voisins, ils sont aussi nos frères, alors leurs souffrances sont aussi nos souffrances.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, os fatores de risco e disrupção assolam cada vez mais territórios e populações num cenário de desigualdades e vulnerabilidades inaceitáveis.

A pandemia fez realçar ainda mais a diferença entre a ambição das metas e a sustentabilidade de desenvolvimento que perseguimos e aquilo que, de facto, conseguimos concretizar no terreno. Mais 200 milhões de pessoas estão neste momento em necessidade extrema de apoio humanitário.

O sentido humanista e o compromisso com a solidariedade e a cooperação são marcas de água do projeto europeu, mas temos que ser capazes de ir mais longe, de mobilizar mais recursos e parcerias e pôr em prática soluções de desenvolvimento usando o conhecimento e a tecnologia para furarmos os bloqueios logísticos e ajudar melhor e mais depressa quem mais precisa.

Este relatório é um roteiro de esperança e de boas práticas. Resulta de um trabalho de equipa, mas é também o reflexo de um parlamentar de exceção, Norbert Neuser, com o qual eu muito aprendi e muito aprendemos todos. Um deputado que vai deixar este Parlamento, mas não as causas porque sempre se bateu, em particular a Fundação *Kick for Help*. A bola fica connosco, Norbert. Sei que por ti não nos deixarás falhar com quem tanto precisa.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il mondo non è certo migliorato in questi anni e il nostro intervento umanitario ha bisogno di essere riorganizzato e ricentrato in questo contesto globale, che è diventato più incerto e preoccupante per via del Covid, dei conflitti irrisolti, di nuove dispute territoriali, del cambiamento climatico e dei disastri naturali.

L'importante è che la nostra politica sia sempre *people-centred* e che si cerchi sempre di partire dai bisogni primari nel nostro intervento umanitario. Il focus è ancora lì: malnutrizione, problemi di salute, cibo e acqua che mancano, eppure sono un diritto primario, da garantire specialmente nei contesti umanitari più critici, penso allo Yemen, all'Africa orientale, all'Afghanistan, ad Haiti.

Io penso che in questo disastro umanitario noi dobbiamo partire da questi bisogni primari, avendo attenzione – l'ha detto il collega Neuser introducendo questo tema – alla realtà delle donne, dei bambini e in particolare delle bambine, perché sappiamo che la violenza di genere diventa ancora più terribile e aumenta nei momenti di conflitto.

Infine, il rapporto con le ONG. Non riusciremo in questo gigantesco compito se non valorizzeremo le ONG.

Janez Lenarčič, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this discussion and for their views and comments.

As mentioned, the European Commission is committed to strengthening EU humanitarian action and we are committed to do this together with you. That's why we will address the issues that you raised in the report and in the discussions, for instance on the importance of education. I agree that children cannot wait for conflict to be over or for the crisis to dissipate before they can go to school again. That's why we will continue to keep at least 10% of EU humanitarian aid for education in emergencies.

Our humanitarian aid needs to remain principled, and it shall remain principled. It will remain people-centred, in accordance with the principle of humanity. It will remain impartial and neutral, based solely on needs. It will remain independent from any political, economic or other consideration, and it is not going to be delivered through any government. It will be delivered as it is now. It will continue to be delivered through our trusted humanitarian partners, United Nations agencies, the International Red Cross and Red Crescent family and international NGOs, including faith-based ones.

We will also discuss all this and other issues at the upcoming European Humanitarian Forum, the first of its kind, which will take place in January. In particular, at the forum, we will look into issues like broadening the resource base, both within the European Union and globally. We will invite those who could, and should, contribute more to do their part. We will look into strengthening compliance with international humanitarian law, into creating more predictable and flexible humanitarian funding, into enhancing disaster preparedness and anticipatory action, most notably in view of climate change. We will also look into addressing our aid through a gender-sensitive lens, also preventing and mitigating gender-based violence.

I count on the strong participation of honourable Members of this House in these discussions, in the run-up to the forum, during the European Humanitarian Forum, and beyond and in general.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 15. Dezember 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az elmúlt öt évben a humanitárius válságok időtartama megduplázódott, mára átlépte a kilenc évet. Világszerte 132 millióan szorulnak humanitárius segítségnyújtásra. Az egyre gyakoribb és egyre hosszabb válságok jelzik: szemléletváltásra van szükség az uniós humanitárius politikában. Világos, ellenőrizhető, számon kérhető célkitűzésekre van szükség a hatékonyabb uniós fellépéshez. Az uniónak fel kell mérnie, hogy mi áll képességében és e szerint kell cselekednie. Ez hitelességi kérdés. Célzottabb, a helyi viszonyokhoz igazodó válságkezelésre van szükség! A helyi közösségekkel való együttműködés, a fellépésünk tervezése és végrehajtása során nélkülözhetetlen elem kell, hogy legyen. Be kell látnunk, hogy saját erőforrásaink rendkívül végesek, azonban azokat megsokszorozhatja a helyi, nagy társadalmi beágyazottsággal rendelkező szervezetekkel való együttműködés. A helyi egyházak és hitelví szervezetek tapasztalatai e téren felbecsülhetetlen, mindmáig kihasználatlan erőforrást jelentenek! A humanitárius válságok alakulását világszerte döntően határozza meg a biztonság kérdése. Az UNHCR adatai szerint 79,5 millióra tehető azoknak a száma, akik valamilyen fegyveres konfliktus miatt kényszerült lakóhelyük elhagyására. Az uniós feladata, hogy hitelesen tegyen a fegyveres konfliktusok felszámolásáért, figyelembe véve azok finanszírozási hátterét is! Hatékonyabb, a valós igényeknek megfelelő, reális célok mentén kialakított humanitárius fellépésre van szükség, mert nem az az érdekes, amit elkezdünk, hanem amit befejeztünk.

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – Vajadus humanitaarabi järele on kõigi aegade suurim – 2021. aastal on humanitaarabi vajavate inimeste arv 238 miljonit. Abivajamine on tingitud peamiselt konfliktidest, aga ka muudest teguritest, milleks on kliimamuutused, loodusõnnetused, rahvastiku arvu kasv, toidukindlustatuse puudumine, piiratud veevarud jm. Resolutsioon tervitab komisjoni ettepanekuid ELi humanitaartegevuse kohta ning kutsub üles seadma humanitaartegevuse uue lähenemisviisi keskmise põhimõtte, et kedagi ei jäeta kõrvale. Veel on tervitatav, et erilist tähelepanu saavad haavatavad rühmad, näiteks puuetega inimesed, vähemused ja muud väga tõrjutud inimesed ning nende probleemid; samuti on rõhk haridusel ning laste koolist välja langemise vältimisel.

14. Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Westlichen Balkan (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Lukas Mandl im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Westlichen Balkan (2021/2002(INI)) (A9-0298/2021).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Michael Gahler, stellvertretender Berichterstatter. – Herr Präsident! Der Bericht über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Westlichen Balkan weist auf bestehende Probleme in diesem Bereich hin, betont aber auch Erfolge bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität dort hat auch für uns in der EU hohe Priorität, da wir sehr eng mit der Region verflochten sind. Die dortigen Strukturen betreffen uns in der EU. Es stellt aber in erster Linie ein Problem für die Menschen in der Region dar, da es ihr Recht auf Sicherheit und sozialen Zusammenhalt sowie ihr Vertrauen in das demokratische System untergräbt.

Organisierte Kriminalität schafft auch Hindernisse für demokratische Reformen und behindert den Beitrittsprozess, da die Bedrohung durch Kriminelle aus dem Westbalkan in einigen EU-Mitgliedstaaten als Argument gegen den EU-Beitritt verwendet wurde. Der Bericht betont, dass sich die Situation in Bezug auf die organisierte Kriminalität verschlechtert, wenn den Ländern des westlichen Balkans eine europäische Perspektive vorenthalten wird, und dass sich die Lage nur durch Beschleunigung des EU-Integrationsprozesses und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten verbessern kann.

Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sind die wichtigsten Bereiche, in denen die Länder des Westlichen Balkans Ergebnisse erzielen müssen, um auf ihrem Weg in die EU voranzuschreiten. Daher fordert der Bericht die Regierungen der Westbalkanstaaten auf, ihre Anstrengungen zur Förderung der notwendigen Reformen zu intensivieren. Die EU sollte sie dabei durch finanzielle Hilfe und praktische Zusammenarbeit weiter unterstützen.

Der Bericht weist darauf hin, dass die organisierte Kriminalität ein strukturelles Problem ist. Verbindungen zwischen organisierter Kriminalität, Politik und Unternehmen bestanden bereits vor dem Zerfall Jugoslawiens und bestehen weiter fort. Im Bericht fordern wir daher, die Archive des ehemaligen Jugoslawien zu öffnen und insbesondere Zugang zu den Akten des ehemaligen jugoslawischen Geheimdienstes (UDBA) und des Geheimdienstes der jugoslawischen Volksarmee (KOS) zu gewähren und die Akten auf Antrag an die jeweiligen Regierungen zurückzugeben.

Auch die Zusammenarbeit und der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse mit internationalen Partnern wie den USA, dem Vereinigten Königreich und internationalen Organisationen wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNODC) sind entscheidend, um kriminelle Netzwerke aufzudecken und zu zerschlagen.

Der Bericht widmet sich neben den Problemen auch den Erfolgen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und hebt die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Eurojust, Europol und Frontex hervor. Gleichzeitig verlangt der Bericht, dass auch mit den Ländern, die noch keine Kooperationsabkommen mit Eurojust, Europol bzw. Frontex haben, derartige Abkommen geschlossen werden sollen. Politische Erwägungen sollten einer erfolgreichen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die allen unseren Bürgern zugutekommt, nicht im Wege stehen.

Abschließend unterstreicht der Bericht die entscheidende Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen und unabhängigen Medien bei der Überwachung der Arbeit der Regierungen und der Aufdeckung von Korruption und fordert die zuständigen Behörden auf, den Schutz von Informanten zu verstärken, um die Kapazitäten zur Zerschlagung organisierter krimineller Gruppen zu erhöhen.

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, yes, the fight against organised crime in the Western Balkans is a priority, also in the context of the EU enlargement policy. The Commission regularly assesses the progress achieved by the Western Balkans partners in advancing on EU reforms, including in this area, in our annual enlargement package. We provide also recommendations on what needs to be done for the upcoming period.

In the latest 2021 enlargement package, we report in detail how organised crime continues to be a threat in the region. It affects people, businesses, state institutions and the economy as a whole, but the Commission also notes that this is an area where results have been achieved, in particular in the fight against drug production and trafficking, smuggling of migrants, trafficking in human beings, organised property crime, smuggling of excise goods, notably cigarettes and firearms. These results have been made possible because Western Balkans law enforcement agencies are increasingly working with our EU counterparts to tackle organised crime, concretely, by stepping up operational police cooperation, especially through the European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats, known as EMPACT, and with EU Justice and Home Affairs agencies.

The new EU strategy to tackle organised crime and the new EU strategy on combating trafficking in human beings, aim at supporting operational cooperation and helping to equip partners, including in the Western Balkans, with the tools they need to root out complex criminal structures. The EU Drugs Strategy and its action plan have also a strong international cooperation component. This confirms the EU's commitment to help our Western Balkans partners.

As you remember, in 2020 we had already integrated the regional road map against the proliferation of small arms and light weapons into the EU action plan on foreign firearms trafficking. The strategy will offer more opportunities to intensify operational law enforcement cooperation in a number of priority areas, such as all those mentioned in the report of honourable Mandl, and these are equally relevant for the Western Balkan region as they are for our own European Union.

A lot more still needs to be done. That's why the Commission fully supports the need to step up cooperation with the region in the fight against organised crime, and this was most recently reaffirmed as one of our core priorities in the engagement with the Western Balkans in the EU Western Balkans Justice and Home Affairs Ministerial earlier this month. As noted in the report, there are clear links between the security of the region and that of the European Union. Our approach to supporting the region in the fight against organised crime addresses these links. It focuses on building a criminal justice system capacity in line with EU *acquis* and increased strategic and operational cooperation with the EU.

We concur with your assessment that criminal justice systems remain to be strengthened and that their independence and professionalism must be enhanced. We are working closely with local judicial authorities to support a robust criminal justice chain and provide hands-on mentoring and advice, as well as judicial training for staff. We are also supporting the implementation of comprehensive performance measurement tools of the justice systems.

We note that your report documents many instances of successful cooperation, which is supported by the instrument for pre-accession funding, such as the secondment to Western Balkans liaison prosecutors to Eurojust and that has led to a significant increase of judicial cooperation, and we plan to boost this cooperation with Eurojust even further.

We will continue to accompany and support in the engagement in the fight against organised crime by mobilising the instrument for pre-accession assistance to priority areas. This includes the integration of the region into the work of EU Justice and Home Affairs agencies such as Europol, CEPOL, Eurojust, Frontex and the EU's Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction.

Finally, I wish to underline the importance of wider international cooperation and coordination in the fight against organised crime. We strongly believe that work with our key international partners such as the United States, the United Kingdom and the international organisations such as OSCE, NATO and UNODC, is a prerequisite to successfully address common security challenges. I thank you and I look forward to the discussion.

Željana Zovko, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, organised crime remains a major obstacle for the countries in the Western Balkans to create economic growth and to provide a safe environment for its citizens. Criminal organisations abuse the region's vulnerabilities, political instability and the lack of employment opportunities. Even the pandemic has been exploited through misuse of public procurement for medical equipment.

As these criminal activities affect the security of the European Union, it's in our own interests, and for the safety of our partners in the Western Balkans, that the EU should continue its financial and technical support to fight these crimes. I strongly support the call to open the former Yugoslav archives – so-called UDBA archives – as this can shed light on deeply rooted criminal organisations that have been operating under the radar for decades.

With the EU integration process, we try to overcome the structural problems that give criminals the space to cooperate. The countries in the region should further harmonise their legislation with the Union's *acquis* on anti-corruption and the rule of law. Fighting criminal organisations requires political strength. It is only by concrete actions that one can obtain results. And these actions have to be taken now because, as has rightly been said, drug trafficking, arms smuggling and above all, the smuggling of people that we are seeing now with this migration is a very lucrative business. I think the Western Balkans is a breeding ground for crime.

Andreas Schieder, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens einmal meine besten Grüße an Lukas Mandl, der sich sicherlich auch die Debatte anschaut. Und auch Gratulation zu diesem Bericht, bei dem es gelungen ist, dass hier das Europäische Parlament – eigentlich weit über die Fraktionsgrenzen hinaus – einen einheitlichen Standpunkt zur Frage des Kampfes gegen organisierte Kriminalität am Balkan präsentiert.

Die Menschen am Balkan haben sich auch eine positive Zukunftsperspektive verdient. Organisierte Kriminalität ist ja nicht nur eine Gefahr für den Staat, sondern auch für die Gesellschaft und den Lebensalltag der Menschen am Balkan. Aber Kriminalität ist auch das Resultat von gesellschaftlichen Zuständen, von einem schwachen Zentralstaat, von nicht funktionierenden Strukturen. Daher ist die Unterstützung genau dieser Reformen zur Schaffung von Zukunftsperspektiven für die Menschen am Balkan extrem wichtig.

Effektives und entschiedenes Vorgehen gegen organisierte Kriminalität ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die EU, aber auch umgekehrt. Der Beitrittsprozess selbst ist die notwendige Unterstützung für die Reformen, die zum Kampf gegen Kriminalität am Balkan auch führen. Daher darf es auch keine weiteren Vorwände zur Verzögerung der Beitrittsperspektive für einzelne Länder, wie zum Beispiel Nordmazedonien und Albanien, geben.

Ganz ehrlich, hierfür tragen die Regierungschefs auch die Verantwortung, beim kommenden Gipfel grünes Licht zu geben. Es geht nicht mehr, dass diese zwei Länder über Jahrzehnte in der Wartehalle Europas stehen, obwohl sie einen Reformschritt nach dem anderen ganz brav, sauber und mutig umsetzen. Das muss auch endlich belohnt werden. Daher ist es höchste Zeit, dass die Blockadepolitik von einzelnen Mitgliedstaaten beendet wird und hier Zukunftsperspektiven für die Menschen am Balkan geschaffen werden.

Nicolae Ștefănuță, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, these are not ‘far away places about which we know nothing’, as Chamberlain once said. They are family; they are part of our destiny; their security is our security.

Look at what is happening near Ukraine's border. A build-up of fighting vehicles and armoured units is taking place as we speak. So by bringing the Western Balkans – our nearest and most diverse neighbour – closer, we actually protect the EU against the very cold winds coming from the East. We have Albania sliding towards conflict and now the repercussions could be more far-reaching even than the state collapse we witnessed 20 years ago. Kosovo is struggling too to gain international recognition.

We cannot leave these countries behind. We need to show them that the EU offers its neighbours a privileged relationship, and we need to prove to them that we are reliable, we are committed and a forward-looking partner.

Secondly, let's admit that the lack of cooperation and data sharing does generate trans-border organised crime activities. We know it's joint work and we are here to help, but the Western Balkan countries need to play their part too by keeping a solid track of corruption and money laundering, as well as weapons and human trafficking, and by working closely with the EU so that together we can monitor and counter any existing links between terrorism and illicit finance.

Thirdly, there is no vacuum in international relations. One wrong move and Russia will exploit it. One misstep and China will give billions away and seek influence in the region, and demand it too. Let's unblock the Western Balkans' path towards EU accession and not let others open a new front right here in our wing. Let's not give the green light to criminal groups to benefit from emergency situations such as COVID and not let them counterfeit vaccines and vaccination cards. Let's establish stronger links with civil society.

I started with Chamberlain, but I will finish with Churchill: ‘One always measures friends by how they show up in bad weather.’ So let's show up for our friends!

Viola Von Cramon-Taubadel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Zunächst einmal alles Gute nach Österreich an unseren Berichterstatter Lukas Mandl.

When we want peace and security in our House, we have to make sure that our doorstep and our inner yard are safe and secured. The Western Balkans is precisely that doorstep for many EU Member States and the inner yard for the whole Union.

These six countries are the major transit route for money laundering, trafficking for drugs, firearms as well as human beings, which mostly involves girls that are trafficked for sexual exploitation. This has to stop, and we need a fundamentally different EU approach regarding organised crime.

Firstly, we need to be credible. The EU has to offer a significant increase in the capacities of the European Border and Coast Guard Agency (Frontex) and enhance cooperation between the Western Balkan countries and the EU Agency for Law Enforcement Training (CEPOL), Eurojust and the Group of States against Corruption (GRECO) to target transnational crime more effectively.

The EU must lead and not only follow others in their actions. Therefore, we need to make sure that those individuals who are on the US sanctions list will face sanctions in the EU, too. Kosovo should become a fully-fledged member of Interpol. Without the Crime and Corruption Reporting Network (KRIK) investigative journalist in Belgrade, we would not have known all links between the ruling elites in Serbia and Montenegro and the criminal gangs, drug lords and armed traffickers. Robust support for organisations, such as KRIK, will play an essential role in preventive and monitoring work and help to face an increasing number of strategic litigation against public participation (SLAPPs) cases, which is of utmost importance.

The region is a geopolitical relevant player for Europe. It represents a crucial element in securing EU borders management, but also the fight against transnational crime and corruption. Given the lack of clarity on Frontex engagement, the Greens will abstain on this report. Nevertheless, our commitment and our determination to reinforce the EU's pivotal role in the Western Balkans through the common fight against organised crime remain undisputed.

IN THE CHAIR: MARCEL KOLAJA

Vice-President

(The debate was suspended)

15. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

16. Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Westlichen Balkan (Fortsetzung der Aussprache)

President. – We now continue with the debate on the report by Lukas Mandl on cooperation on the fight against organised crime in the Western Balkans (A9-0298/2021).

Thierry Mariani, au nom du groupe ID. – Monsieur le Président, bien sûr que je partage les préoccupations des orateurs précédents: la lutte contre la criminalité dans les Balkans est une priorité.

Mais là où je ne peux les suivre, c'est le raisonnement qui consiste à dire que sans perspective européenne, on ne pourrait pas lutter efficacement et durablement contre les mafias dans cette région.

Premièrement, parce que cet argument est la porte ouverte à une extension sans limites de l'Union européenne. Demain, qui empêchera les habitants du Caucase ou de l'Anatolie d'affirmer «si nous n'entrons pas dans l'Union européenne, la criminalité va exploser dans notre pays».

Deuxièmement, parce que ce rapport qui traite d'un sujet bien concret, la criminalité organisée dans les Balkans qui pourrait la vie de tant de nos compatriotes, a été traité — comme c'est souvent le cas dans ce Parlement — sous un angle idéologique.

Cette déconnexion du réel n'est pas la seule faiblesse du rapport. En effet, on essaie d'utiliser la lutte contre le crime pour obtenir la reconnaissance internationale du Kosovo, alors que la volonté d'États membres de l'Union européenne, contre la réalité historique, s'oppose à cette reconnaissance.

Je pose une question simple: est-ce que la reconnaissance du Monténégro a permis de lutter contre la criminalité organisée et ses liens avec le pouvoir en place? Je pose une autre question: est-ce que l'entrée dans l'Union européenne a permis de stopper les mafias roms originaires d'un certain nombre de nos pays?

Il ne s'agit donc pas, bien évidemment, de combattre le crime, mais de faire avancer à travers ce rapport un agenda idéologique.

Et puis, il y a un grand absent dans ce texte, la route migratoire des Balkans: comment pouvons-nous aborder le sujet de la lutte contre le crime dans cette région sans évoquer la route migratoire des Balkans et les influences turques qui y règnent? Comment pouvons-nous abandonner les frontières extérieures de l'Union européenne en Croatie, alors qu'on les évoque si régulièrement? Les vendettas et les réseaux kosovars et albanais prennent les Européens en otage — cela a été dit: règlement de comptes, flux continu de drogue, esclavage moderne, exploitation des femmes, trafic d'organes sont un fléau pour nos nations. Ces drames méritent mieux qu'une pétition de principe idéologique. Oui à la lutte contre les mafias, mais non à leur instrumentalisation pour faire entrer certains pays dans l'Union européenne.

Ангел Джамбазки, от илето на групата ECR. – Г-н Председател, сравнително сносен доклад. Доста разумни предложения бяха приети, с една голяма слабост, разбира се. Бяха изтрити имената на всички организации и на всички държави, в които има корупция на Западните Балкани.

Защо това е така? Защото, разбира се, тази корупция охранява политически проекти. Защото, разбира се, тази корупция, която е основана на аспирациите, на политическите виждания на Белград, на Кремъл, на Москва, влияе пряко върху всички процеси в Западните Балкани. И вие би трябвало да ги знаете. Само че тук вие, политиците от всички групи, се постаряхте да изтриете имената на корумпираните и да ги скриете. Какво означава това? Че ви е страх, че ви е срам? Може би, че някой тук е зависим от тази работа? Може би, че някой тук получава някакви бонуси под някаква форма за това, че крие тези имена?

Да, господа и дами, да не се обиди някой. Ясно е, че от корупцията на Западните Балкани се финансират политици, дори в тази зала. Може би непристъпващи сега в момента, но със сигурност се финансират. Там се финансира и се организира антиевропейската, антибългарската пропаганда – и в Македония, и в Косово, и в Албания, и в Сърбия, ако искате. Ако искате дори в Босна и Херцеговина. Защото това се случва от тези мрежи, които са финансирани и организирани под покровителството на Белград, на Кремъл, на Москва. И вие би трябвало това да го чувствате, да го знаете.

Аз мисля обаче, че го знаете. А това, че не го казвате, и го триете от доклада, ясно показва какви са тези връзки, от които много хора в тази зала трябва да се срамуват. Този път ще завърша, без да благодаря за вниманието, по обясними причини.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la criminalità organizzata non conosce barriere e confini e solo se saremo in grado di trovare soluzioni concrete ai problemi che affliggono i Balcani occidentali, potremo garantire anche la nostra stessa sicurezza.

Per farlo occorrerà innanzitutto rafforzare e favorire la cooperazione transnazionale, sia su base regionale che con gli Stati membri dell'Unione europea, questo anche attraverso il rilancio delle varie iniziative intergovernative che sono attualmente esistenti.

Sarà poi necessario procedere speditamente verso una piena partecipazione del Kosovo alle attività di Europol e di Frontex, trasformando i *working arrangement* esistenti attualmente in veri e propri *framework agreement*.

Allo stesso modo dovremo continuare a facilitare il dialogo tra Belgrado e Pristina per permettere l'ingresso del Kosovo in Interpol, stimolando così uno scambio di informazioni e di *best practice*, che è necessario per apportare soluzioni tanto nel breve quanto nel lungo periodo.

Supportare e guidare gli sforzi dei paesi dei Balcani occidentali nel contrasto a problemi endemici che ne ostacolano l'inclusione nella grande famiglia europea non è solo un atto dovuto verso una regione nel cuore dell'Europa, ma rappresenta anche e soprattutto una priorità strategica per plasmare insieme il nostro futuro comune.

Vladimír Bilčík (PPE). – Mr President, first of all I would like to take this opportunity to welcome today's good news: the opening of Cluster 4 with Serbia. It is an important political signal towards all partners in the Western Balkans that EU enlargement is making progress. I'm hoping for some good news for the region, notably when it comes to opening accession talks with North Macedonia and Albania before the end of this year.

I would also like to reiterate the particular importance of Cluster 4 in light of the recent political developments in Serbia, as this cluster deals with the *acquis* chapters related to the green agenda, including environmental issues. Today's decision is timely as the demands for a greener and cleaner Serbia are being voiced throughout that country.

We all know that organised crime is the best example of regional and European cooperation. Criminal enterprises don't know borders, they don't dwell on recent history or historical grievances, and they are united in their understanding that money talks. I would therefore like to congratulate our rapporteur, Lukas Mandl, on his timely report. The best answer to fighting organised crime in the Western Balkans is a more tangible and more decisive Europe in the region.

We must reinforce our political commitment to enlargement and our practical work on European institutions and practices in the Western Balkans. Cooperation with Eurojust, Europol, Frontex and the EPPO are fine moves but, honestly, we must work on the transformation of the domestic institutions of the candidate countries. Societies in the Western Balkans must become more resilient from within in order to tackle corruption, organised crime and trafficking more effectively. This is a long-term goal tied to the European perspective, and the frontrunners in this process, namely Montenegro and Serbia, could lead by example.

Meanwhile, it is important that across the Western Balkans we safeguard those who report on criminal activities and who pursue them publicly. Investigative journalists, whistleblowers and vibrant civil society deserve our European support as much as police officers, judges and prosecutors committed to justice, as well as officials who work diligently on EU-related reforms. We can never get rid of all organised crime, but we can diminish space for the operations of criminals by working together with our partners in the Western Balkans and by turning this region into well-functioning European states.

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedavajući, gospodine povjereniče, pozdravljam ovo izvješće jer obrađuje jedan od ključnih i najozbiljnijih problema s kojima se suočavaju zemlje zapadnog Balkana na svom putu prema Europskoj uniji.

U nedavno predstavljenim izvješćima Europske komisije posebno se obrazlaže važnost ostvarivanja opipljivih rezultata u reformama pravosuđa i borbi protiv organiziranog kriminala, osobito u slučajevima onih država gdje nema osobitog pomaka. Zaustavljanje organiziranog kriminala i korupcije ključno je za ulazak u Europsku uniju.

Nažalost, ni pandemija nije usporila organizirani kriminal. Dapače, imamo drske primjere koruptivnih radnji u javnim nabavama za medicinsku opremu, poput afere s respiratorima u Bosni i Hercegovini. Puno je dokaza da virus organiziranog kriminala ne poznaje granice. Uparen s korupcijom organizirani kriminal predstavlja ogromnu prijetnju u ionako problematičnoj regiji. Ugrožava sigurnost, društvenu koheziju, tjera mlade ljude na odlazak iz tih država. Dobro je da novi instrument pretpristupne pomoći IPA III, za koji sam bio suizvjestitelj Europskog parlamenta, sadrži smjernice jačanja pravosuđa i razvoja efikasnijih alata u službi suprotstavljanja organiziranom kriminalu. Naglašavam kako mi iz Europskog parlamenta moramo stalno slati snažne poruke podrške organizacijama civilnog društva, istraživačkom novinarstvu, svim vrijednim i hrabrim ljudima koji predano rade i riskiraju da njihove države budu bolje.

Stanimo uz njih dok se bore protiv organiziranog kriminala. Ohrabrujmo jaču suradnju policije i pravosudnih tijela među državama zapadnog Balkana a članstvo Kosova u Interpolu bio bi recimo dobar korak u tom smjeru.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Mr President, I would like to congratulate Lukas Mandl for his timely and accurate support. The fight against crime has been on the top of the agenda of the Western Balkan governments for almost a decade now. Organised crime is a problem of such magnitude that it could limit the democratisation and development of the Western Balkans as a whole and could undermine the European integration of every country in the region.

However, most of the Western Balkan countries have recognised the dangers to their peoples constituted by organised crime, and have already implemented a number of required legal, institutional and political measures in order to be able to successfully combat it. But no question, more has to be done. In order to meet EU membership criteria, the Western Balkan countries need to deliver concrete results, in judicial reforms and the fight against corruption and organised crime. The EU must stand alongside the people of the Western Balkans in their fight against organised crime and provide further assistance as part of the EU accession process.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Mr President, unfortunately, in the Balkans, organised crime sometimes, or often, happens close to political leaders or sometimes even under the control of political leaders. In this context, we, as the European Union, should foremost take care that our IPA III funds are first of all – and most of all – used to strengthen the rule of law, to strengthen the institutions and the justice in the region, and also to strengthen the proper election processes that would actually make sure that some of the political leaders may become the history of the region.

We need to make sure that our IPA III funds, whenever they go into investments in the regions, especially when it comes to a lot of concrete, no matter if it's motorways, hydropower plants or windmills, that we really make sure that our controlling system ensures that no part of this money is going into black channels of corruption and of bribes. Also what we very much can do within our very own European Union Member States is make sure that this money that is earned by bribery, corruption or organised crime does not end up in real-estate investments and other investments in our very own countries. That's where we have control. That's what we should take care of.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, poštovane dame i gospodo, organizirani kriminal cvate u kaosu, a državne institucije na tzv. zapadnom Balkanu nisu dovoljno ojačale da ga spriječe.

Kriminal je rastao za vrijeme kaosa u ratu, a raste i danas, kad nezakonite migracije predstavljaju gorivo za organizirani kriminal. Krijumčarenje ljudi, trgovina organima, terorističke aktivnosti, jačanje lanca prostitucije i ropstva; sve su to neželjene posljedice migracijske stihije, a ta je stihija u velikoj mjeri posljedica neodgovornih izjava europskih političara o dobrodošlici ilegalnih migranata.

Podržavam mjere protiv organiziranog kriminala u ovom izvješću, a posebno poziv na pojačanu zaštitu vanjskih granica Europske unije jer je to podrška važnom i odgovornom poslu koji čini hrvatska granična policija.

Svi koji kritiziraju Hrvatsku zato što brani svoju granicu i vanjsku granicu Europske unije, neka imaju na umu da se na taj način barem donekle sprječava kriminalne lance da pojačaju svoje aktivnosti na tlu Europske unije.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani predsjedavajući, poštovane kolege, poštovani građani, krijumčarenje ekonomskim i svim ostalim vrstama imigranata je najzloćudniji i najopasniji dio organiziranog kriminala na zapadnom Balkanu.

Izravna je odgovornost europskih čelnika koji su poticali stanovnike Afrike i Azije da masovno ilegalno dolaze u Europu i Europsku uniju kao dio ekonomske i osvajačke imigracije u posljednjem desetljeću. Oni su, poput bivše njemačke kancelarke Angele Merkel, potpuno neodgovorno, izravno kršeći pravne propise i europske dogovore pozvali milijune migranata da krenu put Europe, čime su stvorili migrantske rute koje do danas nisu zatvorene.

Upravo i zbog toga, zbog takvih neodgovornih političkih čelnika pojedinih europskih država, danas pate prvenstveno građani zapadnog Balkana a potom i svi građani Europske unije koji ne žele ilegalne imigracije.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule președinte, stimați colegi, cred că toți cetățenii statelor din Balcanii de Vest își doresc în mod solemn și asumat să facă parte din proiectul european. Ce ne rămâne de făcut însă nouă este să avansăm și să cerem, prin Comisia Europeană, reforme ferme pentru a combate cel mai mare flagel care pătrunde și bântuie aceste state din Balcanii de Vest. Corupția, criminalitatea, traficul de ființe umane sunt adevărate obstacole în procesul de integrare europeană a acestor state. Dar nu doar criminalitatea organizată reprezintă o amenințare pentru procesul democratic și de integrare europeană a acestor state, ci și influența unor state precum Federația Rusă, care au tot interesul pentru a menține o stare de neliniște în această regiune.

Eu sunt absolut convins că dacă va exista voință, eficiență și seriozitate în a cere ferm statelor din Balcanii de Vest să renunțe la această stare de neputință și să își asume reforme ferme, prin care să creeze instituții puternice, o justiție independentă, poliști bine pregătiți, procurori capabili să instrumenteze dosare prin care să oprească criminalitatea organizată, traficul de ființe umane și corupția, vom avea o perspectivă solidă, proeuropeană, pentru aceste state. Altfel, vom rămâne în situația în care vom constata permanent că nu există soluții pentru ca aceste state să evolueze. Ori, atât timp cât există o deschidere largă pentru ca Balcanii de Vest să facă parte din Uniunea Europeană, avem și obligația de a-i asista, susține financiar, în aceste procese esențiale pentru salvarea acestor state și integrarea lor mai rapidă.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, gostaria de começar por felicitar o relator deste importante relatório sobre a criminalidade organizada e o combate a essa criminalidade nos Balcãs Ocidentais, algo que deve ser encarado por todos nós com grande responsabilidade e forte sentido de cooperação. O problema do crime organizado e da corrupção não representa uma ameaça só para os Balcãs Ocidentais: também atinge os nossos países, a qualidade de vida das nossas populações e a segurança nos nossos países.

Mas quero aqui deixar bem claro que, se devemos discutir claramente a necessidade de reforçar os mecanismos de intervenção e a cooperação no combate a este tipo de criminalidade, também não a podemos utilizar para lançar um anátema sobre os Balcãs Ocidentais. Isso é algo que não pode, de todo, ser aceite por ninguém aqui nesta sala como uma forma de combater a questão da integração europeia destes países, e até por vezes com alguns discursos que acabam por confinar discursos xenófobos e racistas que não podem, de forma nenhuma, ser tolerados nesta Câmara.

Os Balcãs Ocidentais têm feito um esforço sério no combate à criminalidade organizada e devem ver esse esforço reconhecido precisamente através de avanços nos processos de adesão. Exemplos como a abertura do Gabinete de Ligação da Europol em Tirana, ou os acordos de cooperação entre o Eurojust e a Frontex com diversos países da região, são importantes de realçar. A segurança e bem-estar das populações dependem em muito deste trabalho, ao qual devemos dedicar uma atenção e esforço continuados na melhoria dos resultados.

Klemen Grošelj (Renew). – Gospod predsednik, kolegice, kolegi. Vprašanje boja proti organiziranemu kriminalu je vprašanje, tesno povezano s korupcijo. Oboje na Zahodnem Balkanu pa z vprašanjem vladavine prava. Boj proti korupciji in organiziranemu kriminalu na Zahodnem Balkanu bo uspešnejši le in samo tedaj, ko bomo imeli tam neodvisno sodstvo in tožilstva.

In reforma obojega mora postati osrednja točka evropske politike do regije. Neodvisno pravosodje bo podlaga, ne samo za uspešen boj proti korupciji in organiziranemu kriminalu, ampak tudi branik pred demokratičnim nazadovanjem regije, in tako temelj njenega uspešnega vstopa v Evropsko unijo.

Zato rabimo v širitvenem procesu konkreten projekt, tudi konkreten napor in reformo pravosodja v regiji, ne samo v besedah, ampak tudi v konkretnih dejanjih.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Mr President, the Western Balkan countries must be able to rely on the EU as a partner, and in this case a partner in combating crime. If the judicial system is not resilient enough, organised crime affects all parts of society, including the state itself. This is also why we should be much tougher if it comes to corruption.

Our EU agencies like CEPOL, GRECO and OLAF should give all possible support to strengthen the capacity to combat organised crime. But we must be cautious if it comes to close cooperation and data exchange on criminal and police matters, as this requires mutual trust in the judicial systems, which is at the moment still lacking.

And this also applies to asylum. We must help and step up improving the asylum systems in the Western Balkan countries. But support in controlling borders right now may prevent refugees from leaving the country, even if there's no asylum procedure for them available. That would be dangerous and seriously undermine the right to asylum. So we need to do things in the right order. Secure, effective judicial systems in the Western Balkan countries, including an asylum system, and only then can we start with mutual trust.

Dorien Rookmaker (ECR). – Mr President, before the EU imposes new requirements, it needs to deliver, too. That is how relations work. They require mutual understanding and respect.

Kosovo has been an independent country since 2008. It has since then been recognised by the United States. However, in the EU, certain Member States have still not recognised Kosovo for petty, nationalistic reasons. I fully agree with the rapporteur. Depriving Western Balkan countries of an EU perspective will worsen the situation concerning organised crime. It gives Russia and China the opportunity to further destabilise the region.

The situation in the Western Balkan poses a big and urgent threat to the stability of Europe. It can cause a new refugee crisis and even war. I therefore call on the European Commission and European Council to act responsibly and decisively, and take action now and start with the EU accession of Western Balkan states.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, poštovani povjereniče, kolegice i kolege, Europska unija procjenjuje da su prihodi od kriminala na glavnim tržištima u 2019. godini iznosili 1 % posto BDP-a a u Europskoj uniji odnosno 139 milijardi eura.

Borba protiv organiziranog kriminala dio je procesa pristupanja Europskoj uniji zemalja zapadnog Balkana. Ono što bih istaknula kao veliki problem jest sprega političkih instanci krim miljea, dezinformacija na platformama i zato moramo pomoći neovisnim medijima i istraživačkim novinarima.

Želimo stvarnu i predanu operativnu suradnju s europskim agencijama koje mogu podržati njihova nastojanja u borbi protiv organiziranog kriminala. Sa strane Europske unije, važno je i financijski nastaviti poticati te države na njihovu europskom putu kako bi se suočile s problemom organiziranog kriminala. Ne zaboravimo, organizirani kriminal svoj profit ne pronalazi samo u putevima droge, oružja već trguje i ljudskim životima. To je činjenica koju uvijek moramo imati na umu.

Organizirani kriminal, s druge strane, opasan je i za demokratski napredak zemalja zapadnog Balkana. S druge strane, to je i prvorazredno sigurnosno pitanje. O njemu moramo posebno voditi računa. Što se tiče moje zemlje, Hrvatske, kao kontaktne zemlje s državama koje nisu članice Europske unije, mogućnost prekograničnog kriminala u posebnom je fokusu hrvatskih policijskih i pravosudnih institucija. Stoga moramo, kolegice i kolege, zemljama zapadnog Balkana osim onog financijskog, financijske potpore, financijskog smisla dati potporu u provođenju reformi.

Hrvatska je to učinila, međutim, moramo jasnije dati potporu građanima Europske unije od kojih su hrvatski građani konstitutivni narod u Bosni i Hercegovini, primjerice, i oni su građani Europske unije.

Thijs Reuten (S&D). – Mr President, organised crime and corruption are everywhere most harmful for the vast majority of ordinary citizens and most profitable for those elites who refuse to take action.

Projects like the recent Citizens' Assembly on corruption in Montenegro, upon the initiative of this House, are good, but also the efforts of leaders who took responsibility instead of refusing to take action, like in Kosovo, Albania and North Macedonia, should be recognised with steps forward. Backsliding on media freedom and the rule of law, which are so crucial to fight organised crime and corruption, like in Serbia, raises concern. Organised crime does not know borders. Any delay or backsliding on necessary reforms is also our problem.

I welcome the work of the rapporteur, Mr Mandl, and the shadows. It should serve as a signal to our fellow Europeans to show where we stand: on their side. Impunity must end and citizens should be assured that they can trust their institutions.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! To jest sytuacja zerojedynekowa. Jeżeli chcemy, aby na Bałkanach Zachodnich – jak pisał jeden z polskich poetów – „byli czynni inni szatani”, jeżeli chcemy, aby Bałkany Zachodnie służyły takim satrapom jak Putin, jak niedemokratyczne Chiny, również niestety jak Turcja, do tego, aby destabilizować sytuację w naszych państwach, to zostawmy państwa Bałkanów Zachodnich samym sobie.

Taki proceder jak handel ludźmi, nielegalna migracja, handel bronią, handel organami, pranie brudnych pieniędzy, korupcja to nie jest problem tylko państw Bałkanów Zachodnich. My również dostajemy rykoszetem jako dzisiaj państwa członkowskie. Jeżeli zostawimy Bałkany Zachodnie samym sobie, to ci „inni szatani” będą wykorzystywali ten region naszego kontynentu, aby – tak jak swego czasu mawiał Churchill – dalej były „miękkim podbrzuszem Europy”, aby destabilizować sytuację w naszych państwach. Dlatego musimy uczynić wszystko, aby walka z przestępczością zorganizowaną na Bałkanach Zachodnich była walką również ze strony naszych demokracji, naszych państw i naszych służb.

Jako były minister spraw wewnętrznych i administracji w rządzie Rzeczypospolitej Polskiej za dumę poczytuję sobie fakt, że to polska straż graniczna, polska policja wspierają dzisiaj walkę z przestępczością na Bałkanach Zachodnich.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, organizirane kriminalne skupine tradicionalno su prisutne i na zapadnom Balkanu.

Orijentirane na nezakonito stjecanje profita gdje zajedno s korupcijom predstavljaju jednu od najvećih prijetnji vladavini prava i prosperitetu za građane. Istodobno, organizirani kriminal u državama jugoistoka Europe često je i izvor ili barem tranzitna zona i za kriminal u Europskoj uniji. Budući da organizirani kriminal ne poznaje granice i ova je debata i rasprava o sigurnosti cijele Europske unije. Ilegalna tržišta, krijumčarenje droga i oružja, korupcija na svim nivoima i u svim sektorima kao i pranje novca glavne su manifestacije problema.

Međutim, ne smije se zaboraviti najciničniji i najcrnji oblik organiziranog kriminala koji proteklih godina cvate na jugoistoku Europe: krijumčarenje i trgovanje ljudima. To je nažalost postala jedna od najprofitabilnijih kriminalnih aktivnosti ali isto tako i sredstvo pritiska na europske granice. Povijesne veze između organiziranog kriminala i jugoslavenskog režima su također dobro poznate ali još uvijek je puno toga i skriveno. Zato pozdravljam poziv da se otvore svi arhivi bivše Jugoslavije a naročito da se omogući pristup dosjeima bivših jugoslavenskih tajnih službi.

U svim tim područjima države zapadnog Balkana moraju pokazati više, konkretne rezultate kako bi postigle napredak na putu prema Europskoj uniji. Treba nam bolja sigurnosna suradnja, razmjena sigurnosnih i obavještajnih podataka i snažnije uzimanje u obzir rezultata država u ovom području u kontekstu prioriteta politike proširenja. Ne smije se više događati da transnacionalne kriminalne organizacije surađuju bolje nego države članice.

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Kolleger! Vi måste vända på varje sten för att komma åt den organiserade brottsligheten, som förpestar vanligt folks liv. Det inkluderar även på västra Balkan. Vi måste bekämpa brottens orsaker, likväl som roten till dem, för annars riskerar konsekvenserna att bli ännu värre. Människor betalar i dag med det yttersta priset – sitt liv – när den organiserade brottsligheten får verka.

Samarbete är grunden för utveckling. Det gäller likaledes i kampen mot den organiserade brottsligheten. I dag har EU, dess medlemsstater och länderna på västra Balkan samverkan inom områden för gemensamma intressen. Men detta samarbete kan och bör därför fördjupas i arbetet mot korruption och organiserad brottslighet.

Västra Balkan är en mycket viktig region för EU, och vårt gemensamma ansvar för säkerhet och trygghet måste fortsätta att förbättras. EU:s krav på reformer inom ramen för associationsavtalen är viktiga verktyg. Det är genom fortsatta kunskapsutbyten och dialog som en tryggare framtid säkras. Brottsligheten och dess orsaker måste bekämpas gemensamt och med full kraft.

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, it's been said many times in this discussion, and it's true: fighting organised crime is high on our agenda with the Western Balkans. Earlier this month my colleague, Commissioner Johansson, discussed the topics with the Ministers for the Interior of the region at the annual Justice and Home Affairs Ministerial. Cooperation was considered crucial when it comes to dismantling organised crime groups and combating the trafficking of illicit weapons and drugs, as well as trafficking in human beings.

All Western Balkan partners have shown commitment in this area, and this is fundamental on the EU path. It's also important that they participate in the activities of the European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats (EMPACT), and their participation should be further strengthened in the EMPACT cycle that is foreseen for 2022 to 2025.

The EU Justice and Home Affairs agencies as well are committed to work with the region. The new cycle of EMPACT will also facilitate joint operations with the Western Balkan partners.

So the elements are all there to improve our joint fight against organised crime in that region, and also it needs corresponding commitments from the region itself. We agree with the assessment that criminal justice systems need to be strengthened in the Western Balkans, that their independence and their professionalism should be enhanced, and we are working closely with all Western Balkan partners to ensure this.

I wish to conclude by thanking again the rapporteur for his report and all the Members for the discussion today.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 15 December 2021.

17. Umsetzung des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission by Bernd Lange, on behalf of the Committee on International Trade, on implementation of the Kimberley Process Certification Scheme (O-000073/2021 – B9-0044/21).

I should like to remind Members that for all debates of this part-session, there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted. Furthermore, remote interventions from Parliament's Liaison Offices in the Member States are foreseen.

I would also like to remind you that interventions in the Chamber will continue to be made from the central rostrum. I therefore kindly invite you to keep an eye on the speakers' list and to approach the rostrum when your speaking time is imminent.

Bernd Lange, *Verfasser*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diamanten haben ja etwas Besonderes, manchmal etwas Mystisches. Und Diamanten haben es ja auch schon zu Filmruhm gebracht. Ich erinnere an James Bond, *Diamonds Are Forever*, oder auch an den berühmten Film mit Leonardo DiCaprio, *Blood Diamond*. Und ich glaube, das spiegelt auch genau das wider, worum es hier in dieser Diskussion geht: die beiden Seiten dieser Edelsteine, der Diamanten. Auf der einen Seite begehrt und auf der anderen Seite verbunden mit Ausbeutung, Zwang und Umweltzerstörung.

Und ich glaube, es lohnt auch noch einmal zu reflektieren, dass diese Diamanten ja was mit der kolonialen Geschichte Europas zu tun haben. Bis 1880 gab es ein paar Diamanten, aber das war keine große Geschichte. Und dann mit der industriellen Ausbeutung in den 1880er-Jahren gerade durch die Firma De Beers ist genau dieser Run auf die Diamanten entstanden, die hemmungslose Ausbeutung gerade in afrikanischen Ländern.

Zwei Drittel aller Diamanten kommen aus den afrikanischen Ländern Angola, Elfenbeinküste, Simbabwe und natürlich auch aus Südafrika. Und diese Firma De Beers hat es ja ganz gut hingekriegt, Nachfrage und Angebot gut zu steuern, damit der Preis auch ordentlich hoch geblieben ist. Insofern haben wir da als Europäerinnen und Europäer eine besondere Verantwortung in der Betrachtung dieses Gewinnungsprozesses von Diamanten.

2003 ist dann der Kimberley-Prozess gestartet worden mit einer Definition von Blutdiamanten, also Diamanten, die gewalttätige Konflikte, Rebellion, Umsturzversuche unterstützen, und diese Diamanten sind dann auch vom Markt zu entfernen. Das ist mal mit der Zentralafrikanischen Republik gemacht worden, aber mit einem sehr löchrigen Verfahren. Auch während des Embargos sind Diamanten aus der Zentralafrikanischen Republik exportiert worden.

Das heißt aber, in diesem Kimberley-Prozess sind die Fragen von Ausbeutung, von Umweltzerstörung nicht berücksichtigt. Und wenn Sie jetzt zum Weihnachtsfest Diamanten kaufen und verschenken, wissen Sie eben nicht, ob da Kinderarbeit drinsteckt, ob da Umweltzerstörung enthalten ist. Und deswegen, glaube ich, reicht das nicht, was wir mit dem Kimberley-Prozess angefangen haben.

Und deswegen, Frau Kommissarin, fragen wir Sie, wir fragen Sie fünf Dinge im Wesentlichen: Erstens, wie sehen Sie eigentlich den Zertifizierungsprozess – Dokumente, die von den Partnern selbst ausgestellt werden? Ist das hinreichend, um sicherzustellen, dass hier ein vernünftiger Prozess überwacht wird? Es gibt kaum Inspektionen, und schon gar nicht von unabhängigen Institutionen.

Zweitens, wie ist das eigentlich mit der Zusammenarbeit mit den Partnerländern, wenn wir wissen, im Kimberley-Prozess gibt es nur eine einstimmige Entscheidung und viele inakzeptable Verhaltensweisen werden überhaupt nicht sanktioniert? Wenn man sich Simbabwe oder Venezuela anguckt? Sind Sie eigentlich zufrieden mit dem Verhalten der Partner in diesem Kimberley-Prozess?

Drittens, ist es nicht auch Zeit, die Definition jetzt einmal anzupassen, dass nicht nur Rebellion eine Rolle spielt, sondern eben auch Menschenrechte insgesamt und Umweltschutz?

Viertens, wie verhält sich eigentlich der Kimberley-Prozess zu unseren Gesetzgebungen? Wäre doch eigentlich schön, wenn das in den Konfliktmineralien mit enthalten wäre – war ja auch in der Diskussion. Aber vor allen Dingen muss das in die Due-Diligence-Rechtsvorschriften hinein, damit wir auch hier eine Sorgfaltspflicht in der ganzen Lieferkette haben.

Und fünftens sollten wir auch neue Technologien wie Blockchain nutzen, um einen wirklich digitalen Abdruck für die Diamanten zu haben und nicht nur ein Papier, das man leicht fälschen kann. Wir brauchen ein digitales Transaktionsdokument, damit wir am Ende des Tages auch wirklich sagen können: *Diamonds should be human rights' best friend*.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, thank you for the opportunity to have this important debate as we are taking stock of the Kimberley Process, a plenary meeting that took place in November, and looking ahead to the year 2022.

The EU has played a very active role in the past years to ensure the Kimberley process remains fit for purpose. We will, of course, continue to do so next year when Botswana will hold the chairmanship of the Kimberley Process. The EU's persistent efforts aim to ensure that the Kimberley Process continues to play an important role in stemming the flow of conflict diamonds and in contributing positively to the lives of the communities that depend on the trade in diamonds.

The definition of conflict diamonds has been one of the most sensitive aspects of the reform cycle since 2017. The EU has led efforts in the past years to broaden the definition to ensure that the Kimberley Process remains relevant for the future. Despite the urgency to reform and the active engagement from many Kimberley Process participants, civil society and industry, unfortunately the necessary consensus on a new definition could not be found at the last plenary held on 8-12 November this year.

The Kimberley Process plenary, however, welcomed the extensive work undertaken and also led by the EU as regards the definition of conflict diamonds and invited the incoming and future Kimberley Process chairs, all Kimberley Process participants and observers, to take these efforts forward.

The Kimberley Process plenary also welcomed a non-binding declaration for a responsible diamond sourcing framework intended to promote key principles in the area of human rights, labour rights, anti-corruption, anti-money laundering, countering the financing of terrorism and responsible diamond mining as best practices for the global diamond industry. Furthermore, the Commission may also explore complementary avenues to enhance responsible diamond sourcing in the context of its upcoming initiatives.

In support of its work in the Kimberley Process, the Commission has been funding, through the former instrument contributing to stability and peace, a number of projects aimed at ensuring better governance in the diamond sector, the development of alternative livelihoods and addressing unemployment and poverty. Building on this work, the Commission intends to explore under Global Europe, relevant thematic programme options to continue EU support to regional approaches through the Mano River Union and to the Central African Republic, and in parallel as indicated in the Commission Work Programme, the Commission has launched the preparation of an initiative on sustainable corporate governance to foster long-term, sustainable and responsible corporate behaviour.

Iuliu Winkler, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the Kimberley Process Certification Scheme (KPCS) is a stakeholder-driven process based on consensus, intended to effect positive change in third countries. The KPCS needs to be adapted to the evolving nature of conflicts that affect the trade in diamonds. The reform process should tackle three key elements: first, the scope and definition of conflict diamonds; second, the strength and effectiveness of implementation and enforcement with a view to differentiating between small-scale and large-scale operations; third, the streamlining of the tripartite nature of the KPCS with better coordination and information-sharing between governments, industry and civil society.

For the EPP Group, feasibility is key. We want to have a rules-based interaction at the global level with norms that are properly implementable and enforceable. Following the experience of the Conflict Minerals Due Diligence Regulation, we have to uphold and enhance the cross-stakeholder approach. Both industry and civil society need to be our allies in improving the effectiveness of the KPCS, effecting real positive change on the ground. And we, as the EPP Group, are of course particularly attentive to the specific needs of SMEs, because small and medium-sized enterprises are bearing the regulatory costs and burden of new regulations.

Finally, as rapporteur on the recast file concerning the Kimberley Process implementing regulation, I take this opportunity to call on the Commission to consider the European Parliament's proposed solution to the legal deadlock of the dossier on the recast of the Kimberley Process.

Kathleen Van Brempt, *namens de S&D-Fractie*. – Voorzitter, mevrouw de commissaris, niemand wil een diamant aan zijn of haar vinger waar bloed aan hangt. De ontginning van diamanten wordt vandaag de dag nog al te vaak gelinkt aan de financiering van rebellengroepen en burgeroorlogen in Afrika. Het Kimberley Process Certification Scheme werd in 2003 opgericht om die handel in conflictdiamanten te stoppen. En met succes, want vandaag wordt minder dan 1 % van de handel in ruwe diamanten als een conflictdiamant beschouwd. Dat is – dat moeten we echt wel zeggen – een belangrijke verdienste.

Echter, de resolutie spreekt ook zeer terecht, zoals vermeld, over de tekortkomingen van het Kimberley-proces en de absolute verbeteringen die nodig zijn. Het probleem van de diamanten is dan wel sterk verminderd, het is zeker en vast nog helemaal niet opgelost.

Eerst en vooral, en het is genoemd, moet het toepassingsgebied vergroot worden. De huidige definitie is te eng. Enkel ruwe diamanten die door rebellen gebruikt worden om hun strijd tegen legitieme overheden te financieren, worden beschouwd als conflictdiamant. Alle schendingen van mensenrechten, ongeacht of ze begaan zijn door rebellen, door het leger, door toezichthouders in de mijnen of door overheden, zouden gevat moeten worden. Dus ook dwangarbeid en kinderarbeid.

Ten tweede, op het vlak van onafhankelijke monitoring en afdwingbaarheid zijn verbeteringen nodig. Inzetten op digitalisering kan en zal een oplossing bieden. En ngo's zijn een essentiële partner in het Kimberleyproces. Ze moeten beter ondersteund worden.

Verder is er een reëel gevaar van het verschuiven van de handel in diamanten naar een hub zoals Dubai, die het toch niet zo nauw neemt met de voorschriften. Dit zorgt voor een groot gat, een *loophole*, in het internationale systeem en moet gecounterd worden.

Echter, en dat is natuurlijk het hele probleem in het multilaterale systeem, er moet bij consensus gewerkt worden en die 56 leden zien helemaal niet allemaal dezelfde noodzaak in van grondige hervormingen. De druk om te hervormen, ontbreekt vandaag de dag en daardoor ook het gebrek aan het grote succesverhaal dat het proces zou kunnen zijn. Hervormingen zijn dus niet eenvoudig en ik reken op de Commissie om zich te blijven inzetten om verbeteringen mogelijk te maken.

Dit brengt me bij wat de EU zelf zou kunnen doen, want we mogen ons toch niet verschuilen achter die unanimititeit. Er zijn dingen die we zelf in gang kunnen zetten en dat is de essentie van het *due diligence*-verhaal, van verantwoordelijkheid nemen in de aanvoerketen van diamanten en onze ogen niet sluiten voor de schendingen van de mensenrechten. Consumenten eisen dat ook vandaag de dag. Ze willen weten dat er aan een diamant geen bloed kleeft, dat die een ethische oorsprong heeft, dat die niet gelinkt is aan milieurampen en dat die dus niet gemaakt is met dwangarbeid of kinderarbeid. Los van wie dat deed, rebellen of anderen, in dit hele productieproces van ontginnen tot polijsten, slijpen en zetten, moeten die rechten gegarandeerd worden.

Een zorgvuldigheidsplicht in die hele aanvoerketen moet ervoor zorgen dat schendingen van mensenrechten tot het verleden behoren. Ik kan niet genoeg benadrukken dat dus een breed voorstel van *due diligence* er moet komen, en snel. Het is echt onaanvaardbaar dat het opnieuw is uitgesteld, mevrouw de commissaris, en ik vraag u echt met aandring om daarnaar te kijken. Naar het schijnt bestaat er zoiets als een Regular Scrutiny Board die dat heeft tegengehouden. Ik vraag me eigenlijk persoonlijk af waar de democratie in dit verhaal nog zit. Dus ik verwacht openheid van de Europese Commissie en ik verwacht heel snel een voorstel. Hetzelfde geldt, want dat is ook aan elkaar gelinkt, voor een voorstel rond "forced labour". Vanuit de Commissie internationale handel kunnen we niet genoeg benadrukken dat er ook een systeem moet komen van een ban van producten op onze markt rond "forced labour". Hiermee kunnen het Kimberley-proces en het bannen van conflictdiamanten worden versterkt.

Svenja Hahn, im Namen der Renew-Fraktion. – Herr Präsident! Bernd Lange hat uns ja eben an diesen musikalischen Klassiker erinnert mit „*Diamonds are a girl's best friend*“, wie einst Marilyn Monroe sang, und er kam zu der Schlussfolgerung: „*Diamonds should be human rights' best friend*“. Aktuell gilt aber leider: „*Diamonds are a criminal's best friend*“.

Der Kimberley-Prozess war zwar ein wichtiger Erfolg, um den Handel mit Blutdiamanten einzudämmen. Der Handel mit illegal geschürften Diamanten, die Konflikte oder Kriege finanziert haben, wurde signifikant eingeschränkt. Allerdings fallen auch nur eben diese Diamanten, diese Konfliktdiamanten unter die Definition des Kimberley-Prozesses. Gravierende Menschenrechtsverletzungen wie Gewalt, Vergewaltigung oder Kinderarbeit können immer noch in diesen Diamanten stecken, in diesen Diamanten, die wir an unseren Händen oder um unsere Hälse tragen.

Deshalb erwarten Verbraucherinnen und Verbraucher zu Recht, dass ihre Schmuckstücke frei von Kinderarbeit oder Ausbeutung sind. Dafür braucht es aber Transparenz in der Lieferkette und Nachvollziehbarkeit von der Mine bis in den Markt – vom einzelnen Rohdiamanten bis hin zum fertigen Schmuckstück. Dafür gibt es bereits wichtige Initiativen und Zertifikate von verantwortungsvollen Playern in der Branche.

Wir brauchen aber insgesamt einen klareren gesetzlichen Rahmen. Deshalb erwarte ich auch von der Kommission konkrete Vorschläge, wie sie den Kimberley-Prozess weiter entwickeln will und wie sie ihn konkret umsetzen will – gerade auch im Einklang mit dem geplanten Lieferkettengesetz. Wir müssen auch darüber diskutieren, Diamanten in die Regulierung zu Konfliktmineralien aufzunehmen. Die Überprüfung steht bereits 2023 an. Eine Aufnahme ist nahelegend.

Der Kimberley-Prozess war ein großer Erfolg. Es ist an der Zeit, ihn auszuweiten, damit wir sicher sein können, dass der Verlobungsring als Zeichen unserer Liebe oder die Ohringe, die wir jeden Tag tragen und einmal an unsere Töchter weitergeben wollen, ein Zeichen von Verbundenheit ist und kein Mahnmal für Ausbeutung.

Anna Cavazzini, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, the holiday season is just around the corner, and many of you are probably thinking about what to give to your loved ones as presents. And you might think about shiny diamonds, but some of those shimmery diamonds bear a dirty secret. They are blood diamonds, and they are extracted under unbearable conditions.

The good news is, with the Kimberley Process, the international community has created a tool to fight blood diamonds. The bad news is that the system is far from perfect. First of all – and many colleagues have mentioned this today – it does not guarantee that the diamonds sold in the EU are fully ethical because they might still be linked to human rights violations or environmental damage. The diamond mining sector often displaces communities. It often pollutes the rivers people use for their livelihoods.

Secondly, the Kimberley Process only applies to rough diamonds, which leaves cut and polished diamonds completely unaddressed. We need to make sure that the Kimberley Process applies to all diamonds and that it acts against all human rights risks, not just those which are related to conflict and rebel movements.

As you said, the EU cannot of course change the Kimberley Process on its own. It requires consensus amongst all participating states. But what the EU can do is act alone whenever the Kimberley Process leaves gaps. As a major centre for diamond trade, we can introduce laws or amend existing laws such as the Kimberley Regulation or the Conflict Minerals Regulation, to make sure that diamond sourcing is in line with the UN Guiding Principles on Business and Human Rights. This is exactly what this strong resolution is asking, and I sincerely hope that the Commission will listen to our demands and finally make diamonds ethical.

Markus Buchheit, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Der Kimberley-Prozess ist sicherlich ein Prozess des Erfolges, das kann man soweit schon feststellen. Wir haben mittlerweile 85 Staaten, die sich hier engagieren und die dazu beitragen wollen, dass Diamanten eben künftig frei von Blut sind und unter menschenwürdigen Bedingungen auch abgebaut werden. Insofern ist es natürlich ein Prozess, den wir sorgsam beobachten müssen, den die Kommission auch sorgsam im Blick haben muss, um ihm auch zu Effektivität und Effizienz zu verhelfen und hier eben dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Vorgaben auch eingehalten werden.

Nun hatten wir ja bereits gerade andere Punkte, wie der entsprechende Prozess auch erweitert werden kann. Und ich möchte nur dafür plädieren, dass wir uns auch andere Produkte, andere Rohstoffe anschauen. Wenn das Forbes-Magazin 2018 über *Blood Batteries – Cobalt And The Congo* schreibt, dann haben wir dort eine ähnliche Problematik. Wir haben natürlich im Kobaltbereich eine Finanzierung, zum einen auch von lokalen Warlords, wir haben eine Kinderarbeitsproblematik, und wir haben auch Zwangsarbeit. Das heißt also, wir haben regional einen eingrenzbbaren Rohstoff, der eben auch zum Großteil aus dem Kongo stammt. Der Kimberley-Prozess begann ja eigentlich im Kongo, so ging es ja ursprünglich los.

Wir haben eine ähnliche Problematik, und wir haben einen eingrenzbbaren Rohstoff. Insofern möchte ich schon dafür plädieren, dass wir, wenn wir uns jetzt um den Kimberley-Prozess kümmern und dafür sorgen, dass der Kimberley-Prozess auch wirklich funktionieren wird, dass wir dann auch schauen, wo wir dieses Erfolgsrezept auch auf andere Rohstoffe umsetzen können.

Michiel Hoogeveen, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as European Conservatives, we believe national sovereignty resides in the people. In that respect, we believe the natural resources of a country are the sovereign property of its people, and they are not for others to exploit. In the past, this has led to the disruption of the African continent through the rough diamond market. The trade in these conflict diamonds, or 'blood diamonds', has funded civil war, illegitimate political aims, and forced labour, also among children.

Since the beginning of the 2000s, an international cooperation of over 80 countries called the 'Kimberley Process Certification Scheme' has been in place to keep the global market free from these blood diamonds. However, we are not there yet. The Kimberley Process is narrow, with only one country under embargo. But even this embargo does not stop these blood diamonds from illegally crossing the borders and being sold in European stores.

Therefore, we support a revision of the current definition of conflict diamonds in order to include the social and environmental conflict-related dimensions of diamond production. We underline the positive role for the private sector in cooperation with the public one. Hence, we welcome the commitment by the World Diamond Council to the Kimberley Process. Job creation and income from mining communities is dependent on a stable, transparent and responsible supply chain.

Helmut Scholz, *im Namen der Fraktion The Left*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Wir reden über Rohdiamanten, besser und präziser über Blutdiamanten.

Der Handel mit geschmuggelten, nicht lizenzierten Rohdiamanten ist bis heute ein zentraler Antrieb für Mörderbanden in der Zentralafrikanischen Republik, in Kamerun und Nordnigeria, unter anderem Boko Haram. Wie viel Blut klebt an diesen Diamanten, die auch in diesem Jahr in Europa und aller Welt an Weihnachten verschenkt werden?

Wir müssen es uns eingestehen: Der Kimberley-Prozess, der das verhindern sollte, funktioniert nicht gut. Außerhalb Südafrikas wird nur ein Bruchteil der Diamanten erfasst, die in Umlauf gebracht werden.

Als Handelsausschuss fordern wir einstimmig, endlich wirklich Druck zu machen, um den Kimberley-Prozess zu reformieren. Wenn die Kommission aussagt, dass das nicht möglich sei, weil bestimmte Regierungen sich sperren, dann fordere ich eine eigene Einfuhrgesetzgebung der EU. Fügen Sie die Diamanten der Verordnung gegen Konfliktminerale hinzu! Wir müssen den Kauf von diesen durch brutalste Ausbeutung geförderten Diamanten endlich unterbinden. Ob roh oder geschliffen: Kein Stein ohne geprüfte Ursprungskennzeichnung darf künftig in europäischen Schmuck gelangen.

Tiziana Beghin (NI). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, per quanto ancora vogliamo tollerare il commercio di diamanti insanguinati?

Tutti i cittadini conoscono gli orrori che si nascondono dietro l'estrazione dei diamanti e tutti sanno che questo ricchissimo commercio ha finanziato soprusi e conflitti. Forse qualcuno sa anche che vent'anni fa la comunità internazionale si è impegnata a fermare il commercio di diamanti insanguinati con iniziative come il processo di Kimberley, eppure quasi nessuno sa che ad oggi la definizione internazionale di diamanti insanguinati copre solo le pietre preziose che finanziano direttamente le guerre, ma non si applica invece alle violazioni dei diritti umani, agli ingenti danni ambientali, allo sfruttamento del lavoro e soprattutto al lavoro minorile, che è tanto comune nelle miniere di certi paesi.

A distanza di quasi vent'anni noi crediamo che questa definizione debba essere estesa e che la Commissione debba impegnarsi a livello internazionale per farlo. Le nuove tecnologie, soprattutto la *blockchain*, permettono di migliorare enormemente la tracciabilità e di combattere questi abusi. È il momento di ripulire una volta per tutte il commercio di diamanti.

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! Diamanter finns i oroliga områden, men systemet för att klassificera diamanter är inriktat på och utgår traditionellt sett från fyra c:n: *clarity, colour, carat and cut*, men det femte och kanske viktigaste c:et, *conflicts*, är vad Kimberleyprocessen handlar om. Kimberleyprocessen är ett briljant exempel på att samverkan mellan civilsamhälle, stater och industri kan göra skillnad.

Att få bort blodsdiamanter, diamanter som finansierar rebellgrupper som hotar liv och mänskliga rättigheter, har varit extremt viktigt. Nu behöver reglerna uppdateras. Det är dags att ställa krav på att diamanterna ska vara tillverkade på ett hållbart sätt med respekt för mänskliga rättigheter, utan barnarbete, i hela kedjan – och självklart också med respekt för den lokala miljön. Reglerna måste sedan efterlevas, följas upp och resultaten måste vara transparenta. EU har och ska spela en viktig roll för att sätta ett stopp för blodsdiamanterna.

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this debate. I would like to underline our strong commitment to engage in the Kimberley Process by leading the debate on crucial topics such as the definition of conflict diamonds, and many of you actually referred to that.

The EU remains fully engaged in efforts to enhance the effectiveness of the Kimberley Process and also to continue the debate, launched in 2017, to keep pace with, and aim to address, the challenges in the global diamond supply chains and provide assurance that diamonds are not tainted by violence or abuses.

We remain committed to an inclusive and constructive approach with all participants – so also civil society and industry – and we are looking for win-win solutions that strengthen and further enhance the Kimberley Process. We look forward to continue discussing with this House on this topic in the future as well.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 16 December 2021.

18. Ergebnisse des globalen Gipfeltreffens „Ernährung für Wachstum“ (Japan, 7./8. Dezember) und Verbesserung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the outcome of the Global Summit Nutrition for Growth (Japan, 7-8 December) and increased food insecurity in developing countries (2021/2997(RSP)).

I should like to remind Members that for all debates of this part-session, there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted. Furthermore, remote interventions from Parliament's liaison offices in the Member States are foreseen.

I would also like to remind you that interventions in the Chamber will continue to be made from the central rostrum. I therefore kindly invite you to keep an eye on the speakers' list and to approach the rostrum when your speaking time is imminent.

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Mr President, the Nutrition for Growth Summit in Japan was the culmination of the Nutrition for Growth Year of Action. Earlier this year, the Commission took part in the Food Systems Pre-Summit in Rome, and also in the Food Systems Summit in New York. On these occasions, the EU showed leadership and commitment to pave the way for a future where there is no place for hunger or malnutrition.

We have called for an ambitious transformation of food systems worldwide, and we are leading the way with the Green Deal's farm to fork strategy. At the Nutrition for Growth Summit last week, I highlighted the essential role of nutrition in a healthy and productive life, especially for women and children. The first 1 000 days of a person's life are very critical. They can unlock the potential of individuals and, in turn, of entire societies. The summit addressed the three drivers of malnutrition: poor health systems, poor food systems and fragility. The summit allowed the international community to come together to take action on nutrition, and I am happy to say that we delivered. 'Team Europe' – so, the European Union together with our Member States – pledged more than EUR 4.3 billion. I announced the EU pledge of at least EUR 2.5 billion to support nutrition efforts until 2024.

We intend to address malnutrition holistically, including by supporting sustainable and resilient food systems, and by addressing the needs of the most vulnerable people, particularly in humanitarian crises. This is crucial; 45% of deaths among children under five result from malnutrition, and malnutrition costs the global economy EUR 3.1 trillion every year. Between 2014 and 2020, the EU spent EUR 4.3 billion on nutrition-related action. This was actually EUR 800 million more than we pledged in 2013.

Today, our nutrition initiatives support 42 countries around the world. Our approach is multisectoral and we definitely see the results. We estimate that from 2014 until 2025, EU efforts will have helped avoid stunting in 4.2 million children. However, child stunting remains a real challenge. It goes without saying that COVID-19 has increased hunger and malnutrition all around the world. We need to act now to ensure that everyone can put adequate food on the table. I look forward to hearing your insights and recommendations on this topic.

Marlene Mortler, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Gesundheit, Ernährung und Resilienz – diese drei Verpflichtungen waren Herzstück des globalen Gipfels „Ernährung für Wachstum“ am 7. und 8. Dezember in Japan. Volltreffer! Denn diese stehen im Mittelpunkt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in jedem Staat. Sie sind Schlüssel für die Beseitigung von Armut, Hunger und Fehlernährung. Mehr als 140 - Millionen Kinder leiden an Unterentwicklung und Mangelernährung. Unterernährung ist die Ursache für fast die Hälfte der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren. Diese Zahlen sind verheerend.

Auch COVID-19 hat uns fest im Griff. Unsere Ernährungssicherheit ist weltweit bedroht. Das sogenannte Jahr des Handelns („Year of Action“) setzte auch in Tokio wichtige Impulse für die abschließende Dekade von Nachhaltigkeitszielen: mehr Investitionen in Ernährungsdienste, im Gesundheitsbereich, Sicherung des Lebensunterhalts der Erzeuger, Bekämpfung der Unterernährung in fragilen und von Konflikten betroffenen Gebieten. Es ist unsere Chance für ein stärkeres Engagement und eine gemeinsame Vision für 2030. Niemand darf zurückgelassen werden. Vor allem Frauen und Kinder brauchen den sicheren Zugang zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung. Nur so können sie ihr volles Potenzial im Leben ausschöpfen.

Jetzt ist es an der Zeit zu handeln, sagte Japans Premierminister Fumio Kishida. Zu Recht, denn Japan geht mit gutem Beispiel voran. Die gesündesten Kinder der Welt leben in Japan. In der Schule wird auf ausgewogenes Essen geachtet. Japanische Schüler entwickeln Wertschätzung, pflücken und ernten selbst, ob Feldfrüchte aus der Region oder im Schulunterricht. Wichtig ist, dass das Selbstgeerntete immer auf den Teller oder den Tisch der Schule kommt. So schaut Zukunft aus oder so kann Zukunft aussehen.

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, wert Kolleginnen und Kollegen! Millionen und Abermillionen Menschen auf dieser Welt sind von akuter Hungersnot bedroht. Wir wissen genau, dass Hunderttausende von Kindern zusätzlich sterben werden, weil COVID-19 die Hungerkrise verschärft. Das, wert Kolleginnen und Kollegen, ist eine Situation, in der eines völlig unzulässig ist: wegschauen, wegdrehen und nicht handeln.

Frau Kommissarin, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie eine starke Stimme sind, eine starke Initiative unterstützen, dass wir endlich an die Arbeit gehen und endlich dagegen ankämpfen. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit. Aber es ist auch ein Gebot unseres gemeinsamen Überlebensinteresses, weil man nur in Gesellschaften, wo man Hunger bekämpft, nur in Gesellschaften, wo Ungleichheiten bekämpft werden, das volle Potenzial entwickeln kann, eine gute Zeit miteinander zu haben, eine gute Zukunft aufzubauen.

Die Vereinbarungen müssen zügig umgesetzt werden, mit dem Schutz für die Ärmsten, mit dem Kampf gegen die Kindersterblichkeit und mit Hilfen für die Landwirte im Globalen Süden, die ihren Beitrag leisten wollen und ihren Beitrag leisten können, die Katastrophe zu überwinden. Deswegen, wert Kolleginnen und Kollegen, wollen und müssen wir nichts weniger erreichen, als den Hunger auszurotten auf dieser Welt – ein für alle Mal.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Barry Andrews, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, nutrition is the basis of life and a precondition for the development of societies. Good nutrition, as we know, is an accelerator of all the Sustainable Development Goals and determines an individual's health, the effectiveness of education, a person's ability to find decent work, to innovate and to take care of one's environment. Malnutrition is not only the opposite of development, it is the opposite of living.

Nowadays, in the development sphere, we talk a lot about how to propel the digital and green transitions in developing countries. But I wonder, is it worth talking about such lofty ambitions when 800 million people in the world are hungry and 45 million people are on the brink of famine, and, as was mentioned earlier, 150 million children in the world are stunted?

EUR 27 billion was committed by donors at last week's Nutrition for Growth Summit. The EU really led that, and it was a tremendous achievement. It was morally commendable, and it was smart. For every dollar invested in nutrition, USD 16 is returned to the local economy, and investing could increase African GDP by 15%. If we want to achieve the Sustainable Development Goals by 2030, or even to make a difference in the world, nutrition is clearly a good place to start.

It's easy to make commitments, however. It is less easy to honour them. It's deeply disappointing that just 42% of the financial commitments made at the last summit were actually honoured. Of course, the pandemic redirected global resources, but this lack of follow through is also down to the absence of political will and proper implementation. The international architecture for channelling donations is simply dysfunctional. The last time the EU designed a strategy for nutrition and food security was in 2014 with the EU's action plan on nutrition, and it is high time for a new targeted EU strategy with concrete measures for achieving SDG 2, zero hunger by 2030.

Benoît Biteau, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, quels sont les réels enjeux d'un sommet mondial pour la sécurité alimentaire? Enrayer la dynamique précarisant toujours plus l'accès à la nourriture de toujours plus de citoyens. Ils sont 770 millions, dont les principales victimes sont les enfants et les paysans.

Alors que nous constatons toujours plus d'obésité au Nord, toujours plus de famine au Sud, n'y a-t-il pas urgence à sortir des froides approches arithmétiques qui montrent leurs limites et démontrent combien la notion de partage est bien trop négligée depuis bien trop longtemps?

Les politiques publiques européennes encourageant une agriculture exportatrice et favorisant des situations de dumping ne font qu'amplifier ces constats dramatiques. Les valeurs de l'Union européenne, basées sur la solidarité et la fraternité, doivent s'inviter dans ce débat pour que le besoin primaire de pouvoir se nourrir tous, juste et sain, soit au cœur de nos stratégies de développement agricole et de coopération avec les pays du Sud.

Seule la notion de souveraineté alimentaire, telle que définie par la Via Campesina, propose cette approche vertueuse, mais exige que soient associés à sa construction les grands oubliés de ce sommet: les citoyennes et les citoyens, les paysannes et les paysans. L'Europe doit donc bâtir l'espoir de cette nécessaire souveraineté alimentaire en osant revoir le système de commerce international imposé par l'OMC, en osant soutenir efficacement l'émergence de cultures vivrières, en osant redonner le poids politique et les moyens aux différentes instances des Nations unies, au Programme alimentaire mondial, pour disposer de stocks de sécurité. Alors, au-delà de la dimension alimentaire, la paix, volonté à l'origine de la construction européenne, ne se fera qu'à ce prix.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, chers collègues, le sommet de Tokyo sur la nutrition, qui s'est tenu début décembre, dresse un constat alarmant de la malnutrition dans le monde: 800 millions de personnes souffrent de la faim, plus de 140 millions d'enfants souffrent d'un retard de croissance, 20 millions de bébés ont une insuffisance pondérale à la naissance et la malnutrition est la cause sous-jacente de près de la moitié des décès d'enfants dans le monde. Ces chiffres sont d'autant plus alarmants que la pandémie de COVID-19 va les aggraver.

L'Union européenne doit donc intensifier son aide aux États en difficulté afin de vaincre la famine. Elle doit le faire pour deux raisons.

La première est évidemment une raison humanitaire. Nous ne pouvons pas rester indifférents à ces drames humains, mais notre intervention doit être planifiée pour être efficace. L'aide d'urgence est indispensable, mais elle ne suffit pas. Il faut aussi et surtout aider ces États à assurer à moyen et long terme leur sécurité alimentaire. Un document, rédigé en commun par la FAO, l'Unicef et l'OMS sur l'état de la sécurité alimentaire dans le monde, vient à cet égard de proposer six solutions qui méritent d'être prises en considération.

La seconde raison pour intervenir est la défense des intérêts européens. La submersion migratoire est un phénomène préoccupant. Or, l'Afrique va multiplier sa population par quatre d'ici la fin du siècle. Si nous n'assurons pas la sécurité alimentaire des États les plus pauvres, la faim poussera des centaines de millions d'hommes et de femmes à venir en Europe.

Nous devons donc intervenir, car j'ai la conviction que deux procédés sont nécessaires pour nous préserver d'une immigration excessive. Le premier consiste à protéger nos frontières extérieures, au besoin par des murs. Le second consiste à faire preuve de solidarité avec les peuples qui souffrent de la faim, afin de leur permettre de vivre chez eux dans des conditions dignes.

Beata Kempa, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Plaga głodu stała się we współczesnym świecie faktem. Aktualnie głód cierpi blisko 6 mln dzieci poniżej 5 roku życia. To ponad 50% więcej niż w 2019 r. Co trzecie dziecko na świecie jest niedożywione. Co roku 2 miliony z nich umiera z powodu braku żywienia. Plaga głodu obejmuje wciąż nowe regiony świata. Szacuje się, że brak bezpieczeństwa żywnościowego dotyka dziś 40 mln osób.

Darczyńcy z sektora rządowego i prywatnego zobowiązali się na szczycie „Odżywianie na rzecz rozwoju” w Tokio do przekazania ponad 27 mld dolarów, aby zaradzić globalnemu kryzysowi związanemu z niedożywieniem i głodem. To bardzo cenna inicjatywa. To bardzo cenne deklaracje. Ale musimy pamiętać o tym, że osobnym problemem jest marnowanie żywności. Niedopuszczalne jest to, że w praktyce produkujemy wystarczającą ilość żywności, aby wyżywić całą populację świata, a miliony ludzi cierpią głód lub niedożywienie. Unia Europejska posiada odpowiednie środki i możliwości, aby temu zaradzić. Musimy je odpowiednio wykorzystać, żeby zakończyć plagę głodu, która jest wstydem XXI wieku.

Younous Omarjee, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, jamais dans l'histoire le monde n'a été aussi riche et je pense que nous pouvons dire aussi que nous sommes arrivés à un degré très élevé de notre civilisation humaine. Et pourtant, nous parlons encore dans ce XXI^e siècle de famines, de ces millions de personnes qui, à travers le monde, ont faim et meurent de faim ou de malnutrition.

C'est une honte pour l'humanité: cette situation dit l'accommodation de la civilisation avec une forme de barbarie et elle dit aussi l'accommodation de notre prospérité avec le sous-développement dans d'autres parties du monde, comme à Madagascar, où il y a urgence aujourd'hui à actionner la solidarité internationale, car la situation y est tragique. Dans le sud du pays, plus d'un million de personnes, dont 70 000 enfants, souffrent aujourd'hui de malnutrition aiguë.

Ces famines à Madagascar ou ailleurs sont aujourd'hui aggravées par le réchauffement climatique. Mais elles n'ont pas attendu le réchauffement climatique pour exister. Et si l'on souhaite vraiment résoudre le défi alimentaire à l'échelle globale, il faut avoir aussi le courage de combattre l'ordre inégalitaire du monde qui, loin de chez nous, crée beaucoup de malheurs.

Dino Giarrusso (NI). – Mr President, the Nutrition World Summit held in Japan last week was a crucial moment to discuss the future of food and nutrition at a global level. We all know nowadays how important nutrition is, but also how present is the malnutrition issue. For this reason we, as the EU, must commit on a three-strategy focus: health, food and resilience. 149 million children under five are stunted, 49 million are under weight, but another 40 million suffer obesity.

The EU must stand as leader for nutrition in all terms – know-how, sustainable and healthy consumption of resources, promotion of European diets such as the Mediterranean one – the Italian one – as good practices, and also an efficient programme directed at those areas where children don't have access to food.

We have an ambitious goal now. No more children dead. No more disease by malnutrition. No more waste of food. In 2021 it's time to act, and not to talk anymore.

Maria Noichl (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine traurige Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit, dass die ganze Welt drastisch vom Kurs „Zero Hunger“ abgekommen ist.

Der Kurs ist momentan nicht zu halten. Unsere Fortschritte, die wir gemacht haben, Hunger zu bekämpfen, unsere Fortschritte sind rückläufig, und in fünfzig Ländern ist Hunger ein ernstes, ein sehr ernstes oder sogar ein gravierendes Problem. Es wurde schon angesprochen: Es geht um Konflikte, das ist oftmals der Grund. Es geht um COVID-19, auch das sind Gründe. Und ich möchte Ihnen, Frau Kommissarin, danken, denn Sie haben ganz deutlich gemacht, an welchen Stellen sich die EU dagegenstemmt. *Green Deal* haben Sie angeführt, *Farm to fork* haben Sie angeführt. Sie haben die Tausend-Tage-Debatte angeführt und über robuste Ernährungssysteme gesprochen.

Sie haben einen Punkt nicht genannt, und es war richtig, dass Sie ihn nicht genannt haben, umso schmerzhafter ist es aber – nämlich unsere Agrarpolitik. Bei unserer Agrarpolitik machen wir keinen Schritt auf die Länder zu, die Hunger haben, sondern unsere Agrarpolitik ist Treiber und Treiberin des Hungers weltweit. Ich glaube, das muss deutlicher benannt werden. Und es wäre so schön, wenn wir in Zukunft auch unsere Agrarpolitik als eine gute Situation in Sachen Hungerbekämpfung nennen könnten. Aber noch können wir es nicht.

Noch glauben wir, dass der Weltmarkt das Geile ist. Noch glauben wir, dass wir den Weltmarkt bedienen wollen, und noch glauben wir, dass wir die Welt ernähren wollen. Ich glaube es nicht. Leider glaubt es eine Mehrheit hier im Parlament. Deswegen ist die Agrarpolitik, über die wir da abgestimmt haben, für die nächsten sieben Jahre ein Treiber für Hunger und kein Dämpfer. Das ist bitter.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señor presidente, más de ochocientos millones de personas pasaron hambre el año pasado, pero aproximadamente tres mil millones de personas no pueden permitirse una dieta saludable, el 40 % de la población.

Esta cifra no hace más que aumentar. Un aumento en más de 161 millones el año pasado. ¿Por qué es así? Porque el hambre no es un problema de falta de alimentos sino un problema de falta de derechos, de derechos fundamentales de casi la mitad de la población, que se ven pisoteados.

Por eso, necesitamos políticas transversales. Porque el hambre se alimenta de la pobreza y la pobreza extrema ha aumentado por primera vez en veinte años. Por eso, tenemos que estar a la altura de las promesas realizadas en la Cumbre de Kioto, en la Cumbre de Nueva York sobre los Sistemas Alimentarios y con nuestros compromisos de la Agenda 2030.

El año 2021 ha sido el año de las promesas. La Unión Europea debe liderar para que 2022 sea el año de las acciones concretas.

Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE). – Monsieur le Président, lors du sommet du Japon, les gouvernements se sont engagés à mettre fin à l'insécurité alimentaire et à la famine d'ici 2030.

L'Union européenne s'est positionnée de façon positive en faveur d'un tel objectif. Nous espérons que son engagement sera suivi d'un engagement financier pour 2024-2027 et que le plan d'action européen, qui s'achève en 2025, sera revu dans cette optique.

Le nombre de personnes qui souffrent quotidiennement de la faim est alarmant: il est passé en 2020 à 822 millions, en majorité des enfants, sans compter ceux qui souffrent des effets de la pandémie.

Lors de son allocution de ce jour au Parlement, le président du Ghana a souligné, je le cite, «qu'au lieu d'investir de l'argent pour empêcher les migrants de venir d'Afrique en Europe, ces ressources seraient mieux utilisées pour soutenir l'économie africaine afin d'offrir des opportunités économiques». Il est temps d'aborder ce problème-là de façon approfondie lors du sommet Europe-Afrique, en février 2022, surtout que l'Union africaine dédie l'année 2022 au thème de la nutrition.

Idoia Villanueva Ruiz (The Left). – Señor presidente, en los Objetivos de Desarrollo Sostenible de 2015 pusimos como meta el año 2030 para acabar con el hambre en el mundo. ¿Y que nos encontramos en 2021? Ciento treinta y cinco millones de personas padecen hambre severa, y la desnutrición mata a tres millones de niños de menos de cinco años cada año. Lo que esconden estos números son las realidades de millones de personas que sufren no solo malnutrición, sino también desigualdad por falta de justicia agrícola, por el expolio de recursos, por conflictos, desplazamientos forzados y violencia. La desnutrición y la malnutrición son amenazas globales de la talla de la crisis climática y la pandemia, y la respuesta que demos debe tratarlas como tales.

El anuncio de la Unión Europea de destinar 2 800 millones de euros es bienvenido, pero no va a servir para erradicar el hambre si no se sigue la recomendación principal de las Naciones Unidas, que es cambiar radicalmente nuestro modelo extractivista de producción y de consumo: necesitamos un enfoque integral que ataje las causas y acabe con el hambre. Por delante, ¿cooperación o barbarie?

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, a cimeira «Nutrição para o crescimento», cujos resultados aqui analisamos, não pode ser dissociada de muitas outras cimeiras e encontros de alto nível para criar condições para que os Objetivos do Milénio sejam atingidos. Mas os factos não resistiram à prova da pandemia e os dados mostram que, mais uma vez, foram os mais vulneráveis que pagaram mais pela catástrofe global que ela induziu.

Os principais indicadores do aumento sustentável sofreram retrocessos no último ano. Aumentou o trabalho infantil, a fome, a má nutrição, o abandono escolar, a violência e o desrespeito pelos direitos humanos. Alguns dos países que figuram na lista daqueles em que a fome grassa com mais intensidade são países com recursos naturais de enorme valia e com elites que vivem numa bolha de ostentação. Outros, são países dilacerados pela guerra e pelos conflitos internos, uma coisa não pode ser separada da outra.

A fome e a desesperança são, muitas vezes, fruto da guerra, das catástrofes naturais, mas também são as sementes de onde elas nascem. A ambição de um futuro com mais pessoas com acesso a uma alimentação saudável e acessível exige uma ação concertada. Matar a fome é evitar também a morte dos sonhos e dos direitos de dignidade e realização de muitos milhões de seres humanos. Sem isso não há sustentabilidade possível. Talvez não haja mesmo humanidade possível.

Claude Gruffat (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, 800 millions de personnes dans le monde ne mangent pas à leur faim et deux milliards sont malnutris. L'agriculture du monde, c'est 30 milliards de paysans avec le tracteur et la chimie, c'est 300 milliards de paysans avec le cheval et le fumier et c'est 1,2 milliard avec la houe. Il y a 1,4 milliard d'hectares cultivables sur la planète, dont 12 % dans l'Union européenne. Qui peut croire, sous prétexte de mécanisation et de chimie, que seuls ces 12 % peuvent faire face aux besoins alimentaires de la planète?

Regardons les choses différemment: avec un peu de savoir sur la gestion de la matière organique, les 1,2 milliard de petits producteurs pourraient doubler leur rendement et passer de 3 à 6 quintaux à l'hectare avec simplement un peu de connaissances sur la gestion de la matière organique. De nombreuses expériences l'ont démontré de partout dans le monde. 3 milliards de quintaux supplémentaires, c'est plus que les besoins de la faim dans le monde. La souveraineté alimentaire des peuples ne trouve pas sa solution dans le productivisme et la domination de l'Occident, mais dans cette augmentation des rendements, dans les autres 88 % de surface de la planète. C'est le chemin que je vous propose pour traiter de la souveraineté alimentaire des peuples.

Mónica Silvana González (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, no estamos cumpliendo la Agenda 2030 ni las grandes Cumbres de las que tanto hablamos, y menos el Objetivo 2.

La desnutrición mata de hambre a millones de niños mientras que en algunos países ricos gastamos más dinero en dietas y tratamientos para adelgazar. Esa es la contradicción ante la que este Parlamento no puede permanecer indiferente.

Es positivo que la pasada Cumbre estuviera liderada por algunos de los países más afectados, como Bangladés o Indonesia. Puede ser un buen comienzo, pero solo encontraremos soluciones para ello con asociaciones fuertes.

El informe de la Comisión de Desarrollo ubicará el tema en la agenda y me gustaría poner el foco en la financiación de los programas de nutrición en los países de renta media. Sabemos que ahí se concentra la mitad de las personas hambrientas en el mundo. El pico más pronunciado es América Latina y el Caribe, con ollas populares en ciudades de países ricos marcados por la desigualdad.

Una solución podría ser avanzar hacia una transformación profunda de los sistemas agroalimentarios, con una condición: la voluntad e innovación política que consideren el empoderamiento de la mujer y a los más vulnerables como parte de la solución.

Somos el mayor financiador global contra el hambre, pero debemos escuchar más a las organizaciones internacionales y a los países que más la padecen.

Caroline Roose (Verts/ALE). – Monsieur le Président, la semaine dernière, au sommet Nutrition pour la croissance, l'Union européenne s'est engagée à fournir au moins 2,5 milliards d'euros pour la nutrition d'ici 2024.

C'est un engagement qu'il faut saluer face aux nombreuses urgences, mais si nous voulons mettre fin à la famine et à la malnutrition d'ici à 2030, l'aide au développement et humanitaire ne suffiront pas.

Il faut une refonte complète de nos systèmes alimentaires, comme nous l'avons demandé avec la stratégie «De la ferme à la table». Accords commerciaux, politiques agricoles, de pêche, industries extractives, il faut tout repenser!

Par exemple, un milliard de personnes dépendent des ressources des océans. Selon une étude parue dans *Nature*, si on arrive à protéger nos océans pour fournir suffisamment de produits de la mer aux populations en développement, on éviterait à 166 millions de personnes d'être directement en situation de malnutrition.

J'ai deux questions, Madame la Commissaire: comment les services de la DG INTPA entendent-ils collaborer avec la DG MARE pour aligner les objectifs en matière de nutrition et de gestion des ressources halieutiques? Et, suite au sommet, l'Union européenne prévoit-elle des engagements politiques sur la transformation des systèmes alimentaires?

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Kolleger! Världsbanken varnar för att antalet människor i extrem fattigdom förväntas öka för första gången på decennier. Covid-19 och de snabbt eskalerande klimatförändringarna bidrar till ökad hunger och matosäkerhet runtom i hela världen.

Konferensen *Tokyo Nutrition for Growth* har varit viktig för hur det internationella samfundet tillsammans bäst arbetar mot matosäkerhet. Bland annat har konferensen mobiliserat 27 miljarder dollar för att möta den ökande hungers- och matkrisen i världen.

De gemensamma resurser som mänskligheten sitter på räcker till var och en av oss på denna planet, men hittills har vi en fördelningspolitik på det globala planet som gör maten till ett privilegium för få, när mat egentligen ska vara en rättighet för alla.

Verktögen för en jämlik värld, där inte ett enda barn ska behöva mista sitt liv på grund av hungersnöd, har vi redan skapat. Bland dessa finns Agenda 2030 och FN-målet om 0,7 procent av BNI till bistånd. Vi vet alla vad som kan göras för att rädda liv. Låt oss nu också vara modiga nog att göra det.

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this, I would say, rich debate. I think many of you actually highlighted the fact that nutrition is essential, it's a cross-cutting issue and we must continue to put it in the spotlight.

As I already said in my introduction, the EU is committed to ensuring that some of the most vulnerable groups – children, girls and women – receive the food they need to thrive. So we are committed to ensuring that food is produced sustainably, while also addressing the root causes of food insecurity and malnutrition, like climate change and conflict.

Our action plan on nutrition contains the roadmap to make a difference. It will continue to guide our work, taking into account the international dimension of the farm to fork strategy, for policy coherent development and the Humanitarian-Development-Peace Nexus. I can assure you that, from the Commission perspective, we really have this holistic approach, and we also work very closely together between the DGs so I can assure you that all my colleagues and the whole Commission is committed to this objective.

Looking ahead, we will continue to incorporate nutrition into our objectives for the next seven years. As I said at the beginning, the Commission plans to invest at least – at least! – EUR 2.5 billion until 2024, and, as Team Europe, along with our Member States, this amount reaches EUR 4.3 billion. We have exceeded our own expectations in the past with EUR 800 million so I personally think that we must do it again in the future. But I think this is an area where we definitely also need your support. So thank you for the discussion and I'm looking forward to our cooperation in the future.

Presidente. – La discussione è chiusa.

19. Europäischer Rahmen für die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern und Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Gabriele Bischoff, a nome della commissione per l'occupazione e gli affari sociali, sulla democrazia sul luogo di lavoro: quadro europeo per i diritti di partecipazione dei lavoratori e revisione della direttiva sui comitati aziendali europei (2021/2005(INI)) (A9-0331/2021).

Ricordo agli onorevoli deputati che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, come nelle recenti tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento europeo negli Stati membri.

Vi ricordo inoltre che gli interventi in Aula continueranno ad effettuarsi dal podio centrale. Vi invito quindi a consultare l'elenco degli oratori e ad avvicinarvi al podio quando il vostro tempo di parola è imminente.

Gabriele Bischoff, *Berichterstatterin*. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Ich freue mich, hier in diesem Haus heute über ein Thema zu sprechen, das mir – und ich glaube doch, denen, die hier im Raum sind, den meisten – sehr, sehr am Herzen liegt. Und ich freue mich auch, lieber Nicolas, dass du heute bei unserer Debatte dabei bist, weil das ein wichtiges Signal vonseiten der Kommission ist.

Wir alle wissen, dass wir wirklich gerade in Zeiten eines ziemlichen Umbruchs leben. Und wir sehen, dass in vielen Arbeitsbereichen die Digitalisierung voranschreitet, dass durch Automatisierung Arbeitsschritte und Arbeitsplätze ersetzt werden, dass die Rolle künstlicher Intelligenz zunimmt, auch bei der Vergabe oder Bewertung von Arbeit. Die Liste ließe sich hier noch stark erweitern.

Gleichzeitig haben wir uns auf einen Grünen Deal verständigt, mit dem Pariser Abkommen uns wirklich auch große Ziele gesetzt. Und damit sind genauso wie mit der Digitalisierung enorme Transformationen verbunden. Und es ist auch so, dass sie in bestimmten Regionen und auch in bestimmten Sektoren Sorgen und Ängste auslösen, weil wir wissen, dass von diesen Transformationen Millionen Menschen betroffen sind.

Wir haben auch in den vergangenen Monaten, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Zukunftskonferenz, viel über Demokratie gesprochen – wie wichtig es ist, dass wir die Menschen einbeziehen und daran beteiligen, wirklich Lösungen zu gestalten und ihre eigene Zukunft mitzugestalten. Und das gilt natürlich auch für die Arbeitswelt. Und deshalb ist es so wichtig wie in dem Bericht, dass wir den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen eine Stimme geben, sie an Entscheidungen beteiligen, und das gehört – ich will das noch einmal unterstreichen – zur DNA der sozialen Marktwirtschaft und damit auch zur DNA des sozialen Europas.

Und es gibt gute Beispiele in Europa dafür, dass beide Seiten, Kapital und Arbeit, davon profitieren, dass Unternehmen besser dastehen, wenn sie frühzeitig und angemessen die Beschäftigten beteiligen. Ich hatte zum Beispiel letzte Woche Gelegenheit, mit dem europäischen Betriebsrat von Unilever zu sprechen. Das Unternehmen hat kürzlich mit dem Eurobetriebsrat ein europäisches Rahmenabkommen zur Zukunft der Arbeit unterzeichnet. Und bemerkenswert sind zwei Sachen, die ich hier hervorheben möchte: Das eine ist, dass in dieser Vereinbarung noch einmal unterstrichen wird, dass das Streben nach reinem Profit, ohne Rücksicht auf die Beschäftigten, Unternehmen eben schafft, die nicht nachhaltig sind. Und was dieses Abkommen weiter macht, ist, dass es wirklich konkrete Weiterbildungspläne für die Beschäftigten vorsieht mit Umschulungen, mit Weiterbildungen, mit individuellem Anspruch auch auf Beratung, und zwar da, wo wir digitale Disruptionen haben, wo neue Technologien zum Einsatz kommen. Und das gibt den Beschäftigten eine Sicherheit im Wandel und die Möglichkeit, sich an dem Wandel zu beteiligen.

Und deshalb lohnt es sich zu gucken – und das zeigen auch viele Studien –, dass Unternehmen nachhaltiger sind und besser durch Krisen kommen, wenn sie die Beschäftigten einbeziehen. Sie bilden auch mehr aus. Auch bei Frauenbeschäftigung kann man sehen, dass es hier mehr gleichen Lohn gibt für gleiche oder gleichwertige Arbeit als in anderen Unternehmen. Und deshalb ist es wichtig, dass wir diese Stimme stärken, und da setzt der Bericht an.

Deshalb fordern wir von der Kommission angesichts dieser wirklich massiven Herausforderungen, einen horizontalen Ansatz zu fahren und eine europäische Rahmenrichtlinie für die Partizipation, für die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen vorzulegen, aber auch die Eurobetriebsrats-Richtlinie zu überarbeiten und die Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Aktiengesellschaft.

Wir brauchen in allen Bereichen Mindeststandards, die nicht unterlaufen werden können, und zwar egal, ob man das Unternehmen restrukturiert, ob man seine Unternehmensform ändert oder ob man seinen Unternehmenssitz in ein anderes Land verlegt. Wir wollen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in die Lage versetzen, diese Übergänge aktiv mitzugestalten und nicht nur Objekt dieser Veränderungen zu sein. Wir wollen damit Unternehmen auch nachhaltiger machen. Und ich bitte deshalb um eine breite Unterstützung dieses Berichts, um wirklich ein starkes Signal an die Kommission zu geben, hier Vorschläge noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen.

Und ich möchte von ganzem Herzen auch den Schattenberichterstatlern und Schattenberichterstatlerinnen danken für die konstruktive Arbeit. Wir haben wirklich hart verhandelt in der Sache, aber wir haben zu allem Kompromisse gefunden, und deshalb ist es gut, dass auch der Ausschuss diesen Bericht wirklich mit breiter Mehrheit unterstützt hat.

Und ich glaube, die Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die wir hier in Europa haben, die warten auf ein Signal, dass wir sagen: Ja, wir werden Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechte, wir werden Partizipation stärken. Und wir werden so gemeinsam diesen Wandel, diese Transformation gut durchstehen und sicherstellen, dass am Ende wirklich niemand zurückgelassen wird und dass das nicht einfach nur eine hohle Phrase bleibt, sondern dass wir dafür die Instrumente und die Verfahren schaffen, und da, wo sie sind, stärken und verbessern wir sie. In diesem Sinne danke ich Ihnen sehr.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Mr President, today's discussion is a topic which is at the heart of the European Union's values. It comes at a time of enormous challenges, as the rapporteur has just said. The challenges of green and digital transformations while dealing with the aftermath of the COVID-19 pandemic. Therefore, I would like to thank the rapporteur, Ms Gabriele Bischoff, the shadows and the Committee on Employment and Social Affairs for this report, which provides a valuable contribution to our work and reflections on the role of social dialogue in the context of company governance.

Our policy responses will have to address major labour market and social challenges, especially when it comes to ensuring access to the labour market and fair working conditions for future generations. There are many elements contributing to enhanced democracy at the workplace. Information and consultation, direct participation, indirect participation to workers' representatives, board-level representation, financial participation and collective bargaining. They are all aspects that belong to what we consider to be the social market economy.

The report touches on many of these topics, because democracy at work cannot be achieved through one tool or legal instrument only. It requires a combination of legal provisions on how companies are governed, a functioning and well-developed social dialogue, but also good faith and trust.

Social dialogue is one of the cornerstones of democracy at work, and the COVID-19 crisis showed that social dialogue is an essential tool, also for crisis management and for finding effective mitigation and recovery policies. We need a strong involvement of social partners to make sure that the transitions to a climate-neutral and digital economy will be successful.

This means that their impact on jobs and on the organisation and strategies of companies affects all the stakeholders. At the same time, the implementation of the European Pillar of Social Rights Action Plan and the Achievement of the EU 2030 targets on employment skills and poverty reduction also needs a strong involvement of social partners.

To support social dialogue at European and national level, the Commission will present a new social dialogue initiative in autumn 2022, and we will of course ensure close involvement of social partners in the preparations.

We all know about the challenges national social dialogue is facing. To address these challenges, the Commission is also planning to propose a Council recommendation on the role of social partners accompanying the Social Dialogue Initiative.

There are obviously limits for any EU action targeting national social dialogue given the autonomy of social partners, but the EU has several instruments at its disposal to support Member States, such as our funding instruments for supporting capacity-building. There is no effective social dialogue without representative social partners' organisations on the workers' side, as well as on the employers' side.

An extensive legal framework is in place at the EU level and the workers' involvement in companies. It continues to apply when companies undergo restructurings or adaptations, whether it is in reaction to the pandemic, to globalisation, digitalisation and greening of the economy, or any other change in a company's market or strategy.

I wrote a letter to all Member States at the end of last year to stress these precise points. When facing an emergency such as the pandemic and the huge changes in working conditions that it has caused, it is all the more important that workers' rights to information and consultation are respected, even if the form may have to be adapted, for instance with virtual instead of physical meetings.

The first 2013 fitness check of the three directives on worker information and consultation at national level led to an overall positive assessment, and this general conclusion was shared by the European social partners, as well as by the Member States.

But what concerns representation of workers on companies' boards? Harmonisation in this area was attempted in the past without success. Now we have 27 different systems, and it is quite difficult to come to a solution given that this requires unanimous adoption in Council. There will be perhaps one day an intergovernmental conference to change this because unanimity here is obviously blocking any progress.

I also want to say what you have noticed in your report is that it has to be guaranteed that if companies transform or become more European because they may change the place they operate from, the *acquis* in terms of co-determination existing in one Member State should not be lost or diluted. The Commission will assess the need for more harmonised EU rules on employee participation in the context of the evaluation of the 2019 Directive on cross-border convergence, mergers and divisions.

One of the key topics of the report is, of course, the European Works Council Directive. The Commission reviewed its implementation in 2018 and concluded not to launch a further revision of the 2009 recast directive, which was a result of delicate compromise, but to rather support the implementation of the existing rules and pursue in compliance on a case-by-case basis.

I fully concur with the importance of awareness-raising in this area. The Commission already funds an annual European works council conference organised by the European Trade Union Confederation. We stand ready to discuss with social partners how to improve the uptake of the European works councils, as around half of the eligible multinationals currently have one, and how to maximise their potential for workers and employers.

Apart from already mentioned planned and ongoing initiatives, I would like to recall that the proposal for a directive for adequate minimum wages in the European Union includes provisions requiring all Member States to make efforts to improve the coverage of collective bargaining and strengthen social dialogue.

The proposal for a directive on improving working conditions in platform work, adopted last week, introduces an obligation on digital labour platforms to inform and consult their workers and workers' representatives of substantial changes to automated monitoring and decision-making systems, thus enabling platform workers to negotiate the algorithm. Also, digital labour platforms will have to create digital communication channels to which platform workers and their representatives will have the possibility to exchange information and organise themselves.

Another element of the platform work package is the draft guidelines on the application of EU competition law to collective agreements, which aim to make it easier for self-employed people to engage in collective bargaining. I am aware that the European Parliament will soon start to prepare a legislative own-initiative report on the revision of the European Works Council Directive.

For the Sustainable Corporate Governance Initiative envisaged in the first quarter of 2022, we are looking into effective, efficient, proportionate and feasible solutions on possible EU-wide rules on corporate due diligence to address adverse impacts in the company's own operations and its value chains.

The economy is changing fast and steadily, and we need more innovation and investments in people skills, and therefore there is a real need for rethinking companies' governance and purpose, and your report surely contributes to this reflection.

Eugen Tomac, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, domnule comisar, felicitări doamnă raportor, cred că este un demers important, pentru că traversăm o perioadă de criză, o perioadă plină de provocări și suntem invitați să răspundem unei necesități.

Este evident că cea mai importantă resursă a Uniunii Europene o reprezintă forța de muncă și este esențial să avem grijă pentru ca forța de muncă să fie bine pregătită, concurențială, performantă și, în mod evident, avem nevoie de un cadru juridic extrem de riguros și predictibil pentru a avea grijă, astfel încât muncitorii europeni să se simtă în siguranță în fața tuturor vulnerabilităților care pot apărea în această tranziție către o economie ecologică și digitală. Avem obligația să ne asigurăm că schimbările care rezultă din noile tehnologii, modificările condițiilor de muncă și intervențiile în gradul de ocupare a locurilor de muncă sunt luate prin colaborarea tuturor părților. Este esențial să înțelegem că dreptul la participare reprezintă un drept fundamental pentru orice om care își desfășoară activitatea pe piața forței de muncă din Uniunea Europeană.

De aceea, trebuie să ne asigurăm că valorile democratice pe care le promovăm în toată lumea trebuie să fie respectate și la locul de muncă, prin asigurarea de măsuri reale privind drepturile de informare, consultare și participare ale lucrătorilor în întreprinderile europene. Luna trecută am votat în acest plen cu privire la directiva salariilor minime și consider că este esențial ca lucrătorii să aibă dreptul de a fi consultați și informați cu privire la remunerația pentru munca pe care o depun. Încă o dată felicit raportorul pentru munca depusă.

Milan Brglez, *v imenu skupine S&D*. – Spoštovana poročevalka, spoštovani komisar, spoštovane kolegice in kolegi. Izzivi pandemije ter nujnost prehoda v zeleno, digitalno in bolj socialno unijo so pravi test odpornosti naše demokracije. Zato tokrat ne želim govoriti toliko o nespoštovanju vladavine prava – kot njenemu omejevanju – ali o pritiskih na združevanje delavcev in sindikalno delovanje, temveč pozvati k spremenjenemu pogledu na demokracijo kot temeljno vrednoto Evropske unije, na kateri ta pade ali pa stoji.

Socialni dialog je namreč bistvo evropskega socialnega modela. Predstavlja jedro naše demokracije ter pravzaprav naš način življenja. Lahko prispeva k izboljšanju delovnih pogojev, k dostojnejšemu in pravičnejšemu plačilu ter tudi k zmanjševanju neenakosti, vključno z diskriminacijo na osnovi spola.

Demokracija na delovnem mestu je namreč ključna za socialno Evropo. Lahko jo utrdi. Zato je potrebno jo utrditi in tudi razširiti na druga vprašanja, kot je vprašanje okoljske in socialne trajnosti ter družbene odgovornosti podjetij. Za družbeno preobrazbo, boljše življenje ljudi ter uspešnost podjetij je potrebno bolj vključiti delavce in njihove predstavnike v upravljanje podjetij. To ni ne utopično, ampak tudi ne novo.

Zaradi tega, ker poznamo različne modele v državah članicah. Tako tudi različne pravne okvire in tudi tradicije udeležbe delavcev. Tudi tiste, zanemarjene na prehodu iz enega v drugi gospodarski oziroma politični sistem. Skupen evropski okvir soodločanja delavcev pa naj bi vse to povezal in določil skupna osnovna pravila, standarde in postopke.

Demokracija, kot jo poznamo, ni doma zgolj v političnih institucijah, kot je ta hiša, ampak jo je treba živeti vsak dan, tudi na delovnem mestu. Zato se zahvaljujem poročevalki, ki to razume in udejanja. Tako s tem pomembnim poročilom kot tudi s povezovanjem te teme s temo prihodnosti dela z razpravo državljanek in državljanov Evropske unije na konferenci o prihodnosti Evrope. Hvala.

Samira Rafaela, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, today's world of work coincides with new transitions, and the European Green Deal and digitalisation provide excellent chances for businesses to expand their borders and to explore new opportunities. It is our duty, however, to ensure that workers are not the victims of these transitions, because these changes also pose a great risk of leaving some behind, especially the most vulnerable workers.

Our European Union must be more than a common market: workers must be protected in the same way that we protect our economic prosperity. European workers must have a voice and be able to shape and influence the decisions of today, instead of just being subjected to these transformative processes. The countless benefits of employee participation are clear and well proven. Companies that make full use of employee participation are more sustainable, more efficient and more gender equal. The current legal framework creates uncertainty for many workers across Europe and especially for those working in transnational companies. It is therefore high time that we fix what is broken and come up with a more comprehensive approach to improving worker participation and better enforce the European Works Council Directive.

When we call for an increase in worker participation, we should not forget that workers continue to be represented unequally throughout the European Union. Women still only account for 29.5% of the board positions of the largest companies in Europe, and the numbers speak for themselves. Countries with binding quotas have female representation that is almost 25 percentage points higher than countries that have taken no action.

The answer, therefore, is simple: we need European legislation to fill the gaps that Member States have not yet filled. We need the European Council to immediately unblock the Women On Boards Directive. Equal representation in decision-making is the key democratic principle with positive economic side effects, and we simply cannot afford to wait any longer to unlock the full potential of our societies.

Terry Reintke, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechte Parteien stellen sich gerne als die Stimme der kleinen Leute dar: gegen die abgehobenen Bürokraten in Brüssel und die hippe Großstadtschickeria.

Aber wenn die kleinen Leute selber eine Stimme haben sollen, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den riesigen Transformationsentscheidungen der Wirtschaft, die jetzt gerade vor uns stehen, beteiligt werden sollen, dann hören wir plötzlich ganz andere Töne. Immer noch haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine oder nur beschränkte Möglichkeit, wirklich Einfluss auf Unternehmensentscheidungen zu nehmen.

Dabei müssen wir gerade in Umbruchphasen wie jetzt alle mitnehmen. Dafür ist es zentral, Demokratie am Arbeitsplatz EU-weit zu stärken. Anstatt Menschen das Märchen zu erzählen, dass einfach alles so bleibt, wie es gerade ist, müssen sie besser eingebunden werden. Über umfassende Informations-, Konsultations- und Mitentscheidungsrechte – in Betriebsräten und in Führungsgremien.

Wir stehen vor massiven Umbrüchen in der Art, wie wir arbeiten und produzieren. Digitalisierungsprozesse, aber auch der Klimawandel werden unsere Gesellschaft und Arbeitswelt einschneidend verändern. Und: Nein, Klimaschutz und gute, verlässliche Arbeitsplätze sind natürlich nicht unvereinbar, ganz im Gegenteil. Die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft schafft neue Arbeitsplätze, gerade im Industriesektor. Aber: Ja, das geht nur mit Veränderung und Umstrukturierung. Und genau daran müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfassend beteiligt werden. Und dabei kann und muss die Europäische Union eine Rolle spielen und Rahmen schaffen, gerade wenn es um grenzüberschreitende Mitbestimmung geht.

Und last, but not least: Dabei sollten natürlich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einbezogen werden, und nicht nur die Hälfte von ihnen. Genau deshalb haben wir uns in diesem Bericht für Geschlechterparität eingesetzt, weil Frauen in der Politik, aber natürlich genauso in der Arbeitswelt, die Hälfte der Macht verdienen.

Ich danke der Berichterstatterin für die gute Zusammenarbeit. Herr Kommissar, wir können viel tun für ein sozialeres Europa, für Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz: „let's do this“.

Guido Reil, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrte Frau Berichterstatterin Gabriele Bishoff! Es geht heute um mehr Demokratie am Arbeitsplatz – ein Thema, wo mir das Herz aufgeht.

Also, ich war über 30 Jahre lang – mein ganzes Arbeitsleben seit dem ersten Lehrjahr – Teil der Mitbestimmung in meinem Unternehmen. Und, Frau Schmit, ich muss Ihre Rede ausgesprochen loben, denn alles, was Sie über Mitbestimmung gesagt haben, kann ich eins zu eins unterschreiben. Ich muss in meiner Rede auf die Vorzüge der Mitbestimmung überhaupt nicht mehr eingehen. Vielen Dank für jedes Ihrer Worte.

Was Sie vergessen haben: Die Mitbestimmung pfundet auf dem Betriebsverfassungsgesetz – ein sehr, sehr gutes Gesetz. Ich würde mir wünschen, und zwar schon seit vielen Jahren, dass einige oder eigentlich alle europäischen Länder dieses deutsche Modell der Mitbestimmung übernommen hätten. Leider haben die meisten es nicht getan, sonst gäbe es viele Probleme jetzt hier nicht.

Sie sprechen mit vielen Betriebsräten – ich auch, in der letzten Zeit mit Betriebsräten von Krupp, dem RWE, Continental und ganz aktuell der Krombacher Brauerei. Und die haben Sorgen. Die machen sich Sorgen um elf Millionen Arbeitsplätze, die durch den *Green Deal* bald verloren sind. Wenn die über Nachhaltigkeit reden, dann meinen die die Nachhaltigkeit ihrer Arbeitsplätze.

Worum geht es in Ihrem Bericht jetzt wirklich? Geht es da tatsächlich um mehr Mitbestimmung? Also, gelesen habe ich da etwas Anderes. Da steht: „Durch die Arbeitnehmerbeteiligung“ werden unter anderem „der Übergang zu einer CO₂-neutralen, klimaneutralen, ressourceneffizienten [...] Wirtschaft sowie die Gleichstellung der Geschlechter unterstützt“. Außerdem geht es natürlich um eine Quote in Führungspositionen für Frauen.

Das ist ja alles ganz normal. Aber das hat nichts mit Mitbestimmung zu tun. Das ist Politik und das ist Ideologie. Und Politik hat im Unternehmen nichts zu suchen. Wir sind hier nicht in Kuba, und das wird auch so bleiben. Wir sind hier in Europa, wir sind hier frei und wir lassen uns nicht beeinflussen. Ich möchte nicht, dass die Arbeitnehmer Europas durch ideologische Thesen beeinflusst werden. Freiheit muss im Vordergrund stehen. Wir brauchen eine Politik für Wohlstand, für Nachhaltigkeit. Das brauchen wir tatsächlich. Aber wir brauchen sichere Arbeitsplätze. Ich will nicht, dass ein einziger von diesen elf Millionen Arbeitsplätzen verloren geht. Und nochmal: Wir sind hier nicht in Kuba, und das wird so bleiben.

Elżbieta Rafalska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! W sprawozdaniu poruszono istotny temat demokracji w miejscu pracy, który pozwala pracownikom zabrać głos, wpływać na kształt zmian zachodzących w Unii Europejskiej dotyczących transformacji cyfrowej i zielonej.

Grupa ECR zdecydowanie popiera dyrektywę w sprawie europejskiej rady zakładowej, czyli wzmocnienia prawa pracowników do organizowania się, zawierania układów zbiorowych, wolności gromadzenia się i stowarzyszenia. Dlatego zgadzamy się z wieloma aspektami sprawozdania, a jego pierwszy projekt był bardzo dobrym tekstem, który mogliśmy w całości poprzeć.

Niestety z czasem tekst stopniowo się pogarszał, a wiele kompromisów wzbudzało wątpliwości. Udało się pozbyć niekorzystnych zapisów, np. wezwania do wprowadzenia sankcji w celu przestrzegania dyrektywy czy rozszerzonego mandatu Europejskiego Urzędu ds. Pracy.

Niestety dalej pozostało wiele elementów, których nie jesteśmy w stanie przyjąć. Najbardziej skrajnym postulatem jest wezwanie do wprowadzenia parytetu w radach nadzorczych wszystkich firm prywatnych i publicznych. Jest też sporo rozwiązań inwazyjnych, jak wezwanie państw członkowskich do usunięcia wszelkich legislacji krajowych związanych z rokowaniami zbiorowymi czy zapis o wprowadzeniu minimalnych unijnych reguł uczestnictwa i reprezentacji w radach nadzorczych.

Dlatego grupa ECR wstrzyma się od głosu.

Sandra Pereira, em nome do Grupo The Left. – Senhor Presidente, nas relações de trabalho há uma parte, a do patrão, que detém à partida quase todo o poder, e outra, a do trabalhador, que se limita a vender a sua força. Não se pode falar em democracia no trabalho sem abordar esta relação que é intrinsecamente desigual para os trabalhadores com vínculos laborais precários e desregulados, instabilidade, baixos salários, ausência de condições de segurança, que sofrem assédio e repressão patronal no local de trabalho.

A democracia é mesmo uma miragem. A realidade mostra também que as orientações e as políticas que emanam das instituições europeias não só não têm resolvido estas questões como, em muitos casos, as têm agravado e aprofundado.

A promoção da democracia no trabalho pressupõe a valorização do trabalho e dos trabalhadores, dos seus salários e direitos, o respeito e a promoção do direito à organização e à ação e contratação coletivas, os direitos sindicais, o direito à greve, o princípio da proibição do despedimento sem justa causa, a conciliação da vida familiar e pessoal com o trabalho mediante horários de trabalho adequados, a redução dos tempos de trabalho, com a finalidade de permitir que o trabalhador possa participar na vida política, cultural, sindical e social. O respeito e a valorização dos trabalhadores, das suas estruturas sindicais, da negociação e contratação coletivas devem refletir-se não apenas em palavras, mas em ações concretas e sempre que esses direitos forem violados será pela luta e pela organização dos trabalhadores que serão conquistados. E é com eles que estaremos.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani predsjedavajući, poštovani kolege, dragi građani Europske unije, bez poslodavaca nema zaposlenika, bez zaposlenika nema poslodavaca, bez njih oboje nema kapitalizma. Kapitalizam u modernom društvu, u društvu u kojem se poštuju ljudska prava, međusobna prava, zahtijeva poštovanje zaposlenika i poslodavaca.

Odnos poslodavca prema zaposleniku obuhvaća i plaću, poštnu plaću za obavljene rad. Međutim, što su učinili Frau Merkel i monsieur Macron radnicima Europske unije? Dovedi su im milijune migranata koji sada rade za neusporedivo manju plaću.

Mnogi radnici su ostali bez posla i ostatak će i dalje bez posla ukoliko se ne zaustavi migrantski val. Nastat će nemiri diljem Europe.

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, commissaris, collega's, morgen stemmen we over het verslag over meer democratie op het werk. Als we een belangrijke les mogen trekken uit de pandemie, is het over de toekomst van onze jobs. We moeten inzetten op kwaliteitsvolle jobs met waardige arbeidsomstandigheden, en daarvoor hebben we nood aan een sterke betrokkenheid van de sociale partners.

We hebben in dit huis de voorbije maanden al heel wat initiatieven genomen, en de commissaris heeft er ook al naar verwezen: minimumlonen, platformwerkers of ons verslag over de aanpak van armoede onder werkenden. Maar bij de uitwerking van al deze initiatieven is de sterke betrokkenheid van de sociale partners op de werkvloer een absolute voorwaarde. Daar waar de Europese integratie de voorbije decennia zich steeds verder verdiept heeft, zijn de Europese werknemersrechten niet gevolgd.

Zo is de kracht van de werknemersparticipatie de voorbije tien jaar zelfs afgenomen. Uit een studie van Eurofound blijkt dat amper 30 % van de Europese bedrijven voorziet in participatie van werknemers. Een sterke betrokkenheid van de werknemers leidt nochtans tot betere lonen en een hogere tevredenheid op de werkvloer. Het helpt eveneens om sociale dumping en oneerlijke concurrentie een halt toe te roepen. Het is duidelijk dat de sterke participatie van de werknemersorganisaties cruciaal zal zijn om van het herstel na de pandemie en van de digitale en groene transitie een succes te maken.

Marc Angel (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, face à la transition environnementale et numérique à laquelle nos entreprises et nos travailleurs sont confrontés, une nouvelle voie doit s'ouvrir pour rendre cette transition inclusive. Cela passe notamment par plus de démocratie et de transparence au travail. En effet, donner de la voix aux salariés garantira un meilleur accompagnement vers une transition juste qui ne laissera personne de côté.

C'est pourquoi nous, socialistes et démocrates, exigeons une réforme qui garantira sous forme de quotas une juste représentation des travailleuses et travailleurs dans toute leur diversité dans les conseils d'administration des entreprises.

Dans une Europe sociale, de la convergence vers le haut, la responsabilisation des entreprises face au dumping social et fiscal est également un sujet crucial. Une révision de la directive relative à l'information et à la consultation des travailleurs doit être initiée, afin de renforcer les droits des travailleurs face à des sujets qui touchent à la situation économique et de l'emploi de l'entreprise.

Promouvoir des pratiques de gouvernance durable est à juste titre mentionné dans le rapport. Un exemple concret serait la fixation d'un ratio maximum de rémunération PDG-employés.

Enfin, notre Europe s'inscrit dans un monde globalisé et elle doit jouer un rôle important. Nous sommes convaincus que l'Europe doit se faire entendre comme un partenaire responsable quant au respect des valeurs fondamentales qu'elle défend en son sein. Voilà pourquoi nous, socialistes et démocrates, appelons à l'adoption rapide de nouvelles mesures contraignantes en matière de devoir de vigilance et de responsabilité des entreprises.

Liebe Gaby Bischoff, vielen Dank für Deinen exzellenten Bericht über Demokratie am Arbeitsplatz! Dieser Bericht ist kein «L'art pour l'art» oder Beschäftigungstherapie für dieses Parlament! Nein, er ist eine klare Antwort auf das Begehren unserer Bürgerinnen und Bürger.

Genau vor einem Jahr haben in einer Eurobarometer-Umfrage 88 % der Befragten bestätigt, dass für sie ein soziales Europa persönlich wichtig ist. Das heißt, ein Europa, das für Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen und Sozialschutz sowie Inklusion sorgt. Wir wissen alle: Faire Arbeitsbedingungen gibt es nicht ohne Mitbestimmung und Partizipation.

Katrin Langensiepen (Verts/ALE). – Herr Präsident! Lieber Herr Kommissar! Liebe Gabriele Bischoff und lieber Herr Schmit – um noch mal eben klarzustellen, um welche Personen es hier geht. Soziale Gerechtigkeit, das ist der Kitt, der eine Gesellschaft, ein Unternehmen, eine Europäische Union zusammenhält. Und wenn dies nicht besteht, dieser Kitt zerläuft, dann haben wir ein Demokratieproblem.

Demokratie heißt Teilhabe, Demokratie ist Mitbestimmung. Dann begreife ich Abläufe, Prozesse, Entscheidungen, also was machen die da oben in Brüssel oder in meinem Kommunalparlament? Wenn Abläufe verständlich sind, wenn ich von Anfang an beteiligt werde, sei es als Azubi, sei es als langjähriger Mitarbeiter, Mitarbeiterin, dann kann ich für mein Unternehmen, für die Gesellschaft von Nutzen sein. Teilhabe ist integraler Bestandteil.

Wenn wir vielfältige Unternehmen haben, Menschen mit vielfältigen Geschichten und Biografien, dann kann eine Gesellschaft nicht nur stark werden, stark sein, sondern auch gesund. Denn das Leben endet ja nicht damit, dass man das Büro verlässt, sondern es gibt ja auch noch ein Leben nach der Bürozeit oder der Betriebszeit. Ich freue mich daher sehr – ich komme zum Schluss – über diesen Bericht. Danke, liebe Gabriele und liebe Schattenberichterstatter, für diesen wichtigen Aufschlag, und wir hoffen, dass darüber morgen mit großer Mehrheit positiv abgestimmt wird.

Leila Chaïbi (The Left). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, à propos de démocratie au travail, la démocratie au travail chez Amazon, c'est comme le père Noël, ça n'existe pas!

En Pologne, Magda, qui est membre du comité de santé et sécurité au travail, n'a pas été autorisée à rejoindre le comité d'enquête d'accident du travail alors qu'un de ses collègues venait de mourir sur son lieu de travail. Pire encore, elle a été licenciée pour des motifs fallacieux, sans doute après avoir dénoncé les mauvaises conditions de travail dans un entrepôt qui ont entraîné la mort.

Aux États-Unis, nous venons de l'apprendre, six travailleurs sont morts dans l'effondrement de leur entrepôt parce qu'Amazon a refusé de suspendre les activités, malgré des alertes de tornade. Les travailleurs des entrepôts ont interdiction d'accès à leurs téléphones portables durant leurs heures de travail, ils n'ont donc pas pu recevoir les alertes. Jeff Bezos piétine la loi face à des travailleurs impuissants en les empêchant de s'organiser parce qu'Amazon, c'est toujours le profit qui prime par-dessus tout.

Alors, chers collègues, même si c'est bientôt Noël, nous ne devons pas faire de cadeaux à Amazon. Au contraire, pour reprendre le slogan d'une campagne mondiale, «Faisons payer Amazon», «Make Amazon pay».

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, collega Bishop, bedankt voor het mooie verslag, commissaris, het is heel belangrijk om inspraak te hebben op het werk. Het is namelijk een gezonde omstandigheid voor werknemers en werkgevers die van wezenlijk belang is voor onze economie. Europa is een gemeenschap met kernwaarden en daarin moeten we werknemers op de juiste manier behandelen. Inspraak is heel belangrijk op de werkvloer, waardoor een werknemer gemotiveerd is om zijn werk naar juiste behoren te verrichten. Veiligheid is superbelangrijk voor een werknemer op de werkvloer, maar ook gezondheid. En dat is in ieders belang.

De Europese bevolking bestaat voor 50 % uit vijftigplussers, en het is van belang om Europeanen langer gezond te houden, waardoor ze langer in de maatschappij kunnen participeren. Het is ook belangrijk om gezonde werknemers te hebben die, als ze dat willen, flexibel langer kunnen doorwerken. Ik ben zelf bijna 66, zou gepensioneerd kunnen zijn, maar werken kan ook heel erg leuk zijn als daarvoor de juiste omstandigheden zijn. Dus ik stimuleer zoveel mogelijk mensen, als ze het leuk vinden, om langer door te werken.

Ik bepleit daarom, ook bij u commissaris, om meer aandacht te geven aan preventieve gezondheid, aan actief beleid om mensen te stimuleren zich een gezonde levensstijl aan te meten, want gezonde mensen kunnen langer participeren in onze maatschappij, kunnen langer doorwerken als ze dat willen, en kunnen langer zelfstandig wonen. Dat is goed voor de economie van Europa. Die waarden en normen die wij in Europa kennen, zijn zo belangrijk. Dus commissaris, ik roep u op om beleid te maken van een preventieve gezondheidszorg en om in het beleid een gezonde leefstijl te stimuleren.

Manuel Pizarro (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, quero saudar em especial a relatora, a minha colega Bischoff. A luta histórica dos socialistas é a luta pelos direitos dos trabalhadores. O direito à greve, ao descanso ou à proteção social obscureceram outros direitos, menos revolucionários, mas que não devemos secundarizar e que adquirem hoje um novo relevo.

Os trabalhadores são parte interessada e empenhada no bem-estar e na produtividade da força laboral que integram e na sustentabilidade das empresas. Conhecem melhor do que ninguém a empresa e podem promover reformas positivas. Mas, para que isso aconteça, é necessário que sejam devidamente informados e consultados, como dispõe a legislação europeia.

Na União Europeia há, a este nível, uma enorme fragmentação de critérios e práticas. É por isso que devemos saudar este relatório, em especial o apelo à revisão da Diretiva Conselho de Empresa Europeu e ao estabelecimento de um novo quadro para a informação, consulta e participação dos trabalhadores nas empresas europeias.

É um caminho de futuro que devemos percorrer sem hesitações.

Özlem Demirel (The Left). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Guido Reil von der AfD, also Rechtsaußen aus Deutschland, inszeniert sich in Deutschland immer sehr gern als Arbeiterführer. Aber gerade hier, wo es um Mitbestimmungsrechte und die Stärkung der Gewerkschaften geht, stellt er sich dagegen. Ich finde, es ist ein Hohn, und das muss man deutlich herausarbeiten.

Zumal ja auch die deutsche Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung die Bewegung war, die zum Beispiel eine starke Mitbestimmung in Deutschland ermöglicht hat. Doch diese starke Mitbestimmung in Deutschland, Herr Kommissar Schmit, kann zum Beispiel mit europäischem Recht umgangen werden, und das ist tatsächlich ein Problem. Der EU-Binnenmarkt garantiert nämlich Unternehmen, dem Kapital, Freiheiten. Er garantiert Kapitalinteressen, während die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zweitrangig behandelt werden. Das muss sich ändern, und dafür ist dieser Bericht sehr wichtig.

Es ist klar, dass das EU-Unternehmensrecht missbraucht wird, um die Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretungen zu umgehen. Wie geht das? Ganz einfach. Unternehmen werden in europäische Gesellschaften umgewandelt und – zack: Die Arbeitnehmervertretungen in Aufsichtsräten sind geschrumpft oder verschwunden. Es gibt unzählige Unternehmen, die das in Deutschland praktizieren. Deutsche Wohnen, ADAC, Tom Tailor, Zalando, LEG oder Rentag sind nur einige Beispiele von 58 europäischen Gesellschaften, die genau das praktizieren und 236 000 Beschäftigten in Deutschland die Mitbestimmung unmöglich machen. Nein, Demokratie gehört auch an den Arbeitsplatz!

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, rafforzare gli strumenti di democrazia sul posto di lavoro è oggi una necessità per governare l'impatto della transizione ecologica digitale sulla società e sull'occupazione.

Troppo spesso decisioni strategiche delle imprese, che riguardano l'organizzazione del lavoro, investimenti, fusioni, acquisizioni o anche licenziamenti di massa avvengono senza coinvolgimento alcuno dei rappresentanti dei lavoratori o senza nemmeno informarli.

Bisogna cambiare direzione. In questi anni ho preso parte a un progetto europeo, insieme ai colleghi di Fisac CGIL e UNI Europa, che ha analizzato l'efficacia delle attuali direttive europee in materia di coinvolgimento dei lavoratori e sono lieto di registrare che molte delle conclusioni da noi elaborate sono anche parte integrante della relazione della collega Bischoff, che ringrazio.

È giunto il momento di una revisione della direttiva sui comitati aziendali europei per potenziare e rendere veramente effettivo il diritto all'informazione e alla consultazione. Questi CAE sono uno strumento essenziale, ma imperfetto e troppo poco utilizzato. A breve inizieremo il lavoro sulla relazione di iniziativa legislativa proprio sulla riforma dei comitati aziendali e sono convinto che sapremo trovare la necessaria ambizione per aggiungere un nuovo tassello alla costruzione dell'Europa sociale di domani.

Chris MacManus (The Left). – Mr President, Irish trade unionists have raised with me their concern, which I know they've communicated to the Commission, that post-Brexit the strategic use of Ireland as headquarters for European works councils has increased.

And why is this a concern? Because Ireland's implementation of the Works Council Directive is haphazard. I am pleased the Commission has confirmed to me in writing that it is in dialogue with Ireland to ensure the law is fully applied, so that workers here can enjoy full works councils rights.

Moreover, we must make sure that the right to works council representation is guaranteed throughout the EU, that the Irish Government implement the outstanding aspects immediately and that workplace democracy is prioritised in the EU. Workers' rights and representations are not optional extras. They are hard-won rights and must be protected even at billion-dollar multinationals.

Leszek Miller (S&D). – Panie Przewodniczący! Przysłuchując się dzisiejszej debacie, możemy z całą pewnością wysnuć wniosek, że zarówno dla lewicy, jak i dla prawicy reprezentowanych tu, w Parlamencie Europejskim, praca człowieka jest nie tylko dobrem szczególnym, ale też pełni doniosłą rolę społeczną.

Unia Europejska powinna zdecydowanie wspierać wysiłki państw członkowskich na rzecz zapewnienia pracownikom informacji o procesach decyzyjnych zachodzących w miejscu pracy, a także możliwości brania w nich udziału. Konieczne jest zatem wzmocnienie zestawu narzędzi Unii, zwłaszcza poprzez przyjęcie ambitnej dyrektywy ramowej, która uporządkuje obowiązujące przepisy i wzmocni pozycję pracowników w zakresie ich prawa do informacji, konsultacji i partycypacji w przedsiębiorstwach. Uważam, że w rezolucji, którą dziś przyjmujemy, w sposób jasny i wyczerpujący zidentyfikowano kluczowe potrzeby i sformułowano wnioski dotyczące demokratyzacji stosunku pracy. Dlatego chciałbym podziękować mojej koleżance, sprawozdawczyni projektu, posłance Gabi Bischoff za przygotowanie tego ważnego dokumentu. Oczekujemy, że Komisja Europejska podejmie teraz stosowne działania i przedłoży parlamentowi właściwe wnioski legislacyjne.

Estrella Durá Ferrandis (S&D). – Señor presidente, mucho se ha hablado, en estos últimos años, de la necesidad de avanzar hacia una transición sostenible e inclusiva en Europa, pero seguimos viendo multinacionales que deslocalizan y desindustrializan, empobreciendo regiones enteras después de haberse aprovechado durante años de las ayudas públicas: esto no es sostenibilidad justa. Para luchar contra las desigualdades y hacer frente a un modelo económico injusto, debemos asegurar una mayor participación de los trabajadores y trabajadoras en sus organizaciones y reforzar la democracia en el trabajo: esto asegurará empresas rentables y un retorno de la inversión y ayudas públicas en forma de salarios más altos y mejores condiciones de trabajo.

Este informe es, por tanto, clave para asegurar que se respetan los derechos de los trabajadores en los procesos de reestructuración, para combatir la inestabilidad en el mercado laboral y para acabar con los casos de explotación y abuso existentes. Necesitamos un marco legislativo sobre información, consulta y participación en el lugar de trabajo que refuerce el diálogo social y nos acerque al objetivo de una cobertura de la negociación colectiva de hasta un 90 % para el año 2030; que garantice la participación de los trabajadores en los consejos de administración respetando, además, la paridad, y que asegure que el uso de la inteligencia artificial en los lugares de trabajo se haga de manera pactada con los sindicatos y asegurando que los beneficios del incremento de productividad se reparten de manera justa.

Para alcanzar un desarrollo verdaderamente sostenible y de progreso social, agentes sociales, partidos políticos y sociedad civil tenemos que estar unidos y defender una solidaridad en el trabajo: garantizar el derecho de información y consulta de los empleados, darles voz, es imprescindible para construir un modelo económico equitativo, igualitario y justo. Los derechos de los trabajadores y las trabajadoras a organizarse, a ser representados, a la libertad de reunión y asociación y a pedir colectivamente reformas en sus lugares de trabajo son aspectos fundamentales del proyecto europeo y principios básicos de un modelo social que debemos defender y reforzar ahora y en el futuro.

Nicolas Schmit, Member of the Commission. – Mr President, first, I want to thank the Rapporteur for this very important report because it really goes to the core of the future of our economy. The debate that our economy – which we like to call the social market economy – should also have a strong dimension of democratisation, I think many, many speakers have shared this view.

Now, I have already referred to the different instruments that exist at the European level. I think this is very important to guarantee that these instruments function, that they are applied. Therefore, a proper transposition of EU rules needs to be absolutely ensured. This also applies to the functioning of workers' councils and we have seen in the last months, especially in the context of restructuring, that they have not always been as involved as they should have been.

For the Commission, it is very important now to make sure that what exists is applied – proper application of the existing rules. But that's not only for the Commission, it is also Member States who have to make sure that the EU rules – which have been transposed in national law – are applied, and they have to guarantee an effective and efficient enforcement of the different procedures. If this does not happen, then the Commission has to step in where it has evidence that the national rules of a particular Member State do not comply with EU rules or do not allow the rules to be effectively enforced and I have listened to some comments, especially on workers' councils.

We very much like to talk about the advantage of an integrated internal market. This is one of Europe's strengths: an integrated European internal market and also the free movement of workers and of capital. If this is the case, we should not just accept fragmentation in the field of social rights, of workers' rights, of rights at the workplace, but also at the level of enterprises. This kind of fragmentation is also some kind of a distortion; when companies can choose where they can least involve workers. This should not be the case in an integrated European economy. Therefore, I think we have to have democracy at work in our focus and we have to reflect what has to be improved, what has to be added. I think it was mentioned by several speakers that in those systems where there is a real involvement of workers, where there is a real social dialogue at the level of companies, well, in general terms, these companies work better, better respect social rights, and normally have better levels of collective bargaining.

I think your report opens this debate and I think this Parliament wants this debate. So we have to have it. I also repeat what I said in my in my first intervention: it is unacceptable that existing rights in Member States are diluted or abandoned when companies suddenly change the strategy or the model or the legal form. This is not the purpose of European legal forms. This was, at least I suppose, never the intention of that. This is an issue where once you have rights, they cannot be diluted because you have a certain European evolution. This has to be looked at very seriously.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà mercoledì 15 dicembre 2021.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Miroslav Číž (S&D), písomne. – Pandémia COVID-19 ovplyvnila životy každého z nás, či už priamo alebo nepriamo. Nepochybne so sebou priniesla nie len nové problémy a výzvy, no zároveň odhalila a prehĺbila tie, ktoré sme tu už mali. Celé toto obdobie je poznačené veľkou neistotou, ktorá sa prejavila aj v oblasti zamestnanosti a pracovných miest. Aktuálne môžeme pozorovať množstvo procesov reštrukturalizácie, ktoré boli spôsobené pandémiou, a v kontexte oživenia a obnovy, ako aj digitálnej a zelenej transformácie náš ešte čaká množstvo ďalších zmien, ktoré môžu v pracovníkoch vzbudzovať pocit neistoty. No proces zeleného a digitálneho prechodu by mal byť zároveň aj sociálne spravodlivý. Nesmieme zabúdať na práva pracovníkov, ktoré by sme sa mali snažiť posilňovať. Nie je to len cieľ pre cieľ, výskumy ukazujú, že zapojenie pracovníkov prospieva tak spoločnostiam, ako aj pracovníkom. Robí spoločnosti výkonnejšími, udržateľnejšími a odolnejšími pri krízach a zároveň zlepšuje pracovné podmienky pracovníkov. Preto by demokracia na pracovisku by mala byť samozrejmosťou a pracovníci alebo ich zástupcovia či odbory by mali byť včasne a zmysluplne informovaní a konzultovaní pred prijatím dôležitých manažérskych rozhodnutí, ktoré môžu mať vplyv na zamestnancov či ich pracovné podmienky. Je žiaduce, aby boli do týchto procesov reálne zapojení a nie len postavení pred hotovú vec.

Ádám Kósa (NI), írásban. – A kollektív munkaviszonyokat és a munkahelyi demokráciát szabályozó rendszerek és jogszabályok tagállamonként eltérőek és nem kívánatos egy univerzális megoldást előírni. A tagállamok feladata, hogy sajátos nemzeti helyzetüknek megfelelően finomítsák és javítsák a munkaviszonyok irányítását a munkavállalói autonómia, képviselet, részvétel és befolyás tekintetében. A jelentésben számos olyan téma van, ami aggályos, ki merem mondani, hogy ez egy baloldali ideológiák által fűtött szöveg. Nem fogadható el a társasági jogi csomag által lefedett elemekről szóló tárgyalások újbóli megnyitása, sem pedig a fenntartható vállalatirányításról szóló, hamarosan induló bizottsági kezdeményezés hatályának kiterjesztése a munkavállalók részvételi jogaira vonatkozó intézkedésekre is. Nem fogadhatóak el a jelentésnek – az új keretirányelv hatályáról, – a nemzeti kollektív tárgyalások lefedettség arányáról, – a munkaerő-kölcsönzésről szóló irányelv kiterjesztett hatályáról szóló rendelkezései sem. Továbbá hangsúlyozni szeretném, hogy a vállalatok igazgatótanácsi tagjait szakmai kompetenciájuk és nem kvóták alapján kell kiválasztani és kinevezni.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – šiandien diskutuojame apie vieną svarbiausių kiekvienam darbuotojui klausimų – apie teisinę apsaugą, kuri kiekvienam darbuotojui turėtų užtikrinti tikrą saugumo jausmą ir sąžiningą darbdavių elgesį su darbuotojais. Be jokios abejonės, darbo vietas ir darbuotojus reikia geriau apsaugoti. Europos darbuotojų teisių sistema turi parodyti valstybėms narėms aukštus darbdavio ir darbuotojo santykių standartus. Jie taip pat turi užkirsti kelią nesąžiningai ir neteisėtai veiklai darbuotojų atžvilgiu.

Ekonominė ir pandeminė krizė atskleidė daug teisinės darbuotojų apsaugos trūkumų. Vyko didžiuliai atleidimai iš darbo. Todėl, siekiant išvengti nedarbo didėjimo, būtina sparčiai kurti naujoviškas darbo vietų išsaugojimo priemones. Pagrindinis tokios strategijos elementas turi būti bendradarbiavimas ir supratimas darbo vietoje, kad darbuotojai galėtų kalbėti apie jiems rūpimus reikalus. Jie privalo turėti teisę laisvai jungtis, įskaitant privačias bendroves, grupes, sąjungas ar darbo tarybas. Tai taps būtina formuojant geresnius santykius darbo vietoje ir pagerins įmonių bei firmų funkcionavimą.

Jau yra Europos Komisijos pateiktų pavyzdžių. Įmonėse, kuriose visapusiškai taikomas darbuotojų dalyvavimas, valdymas yra beveik dvigubai geresnis nei įmonėse, kuriose darbuotojų dalyvavimas neegzistuoja. Naujoji direktyva turi visiškai užtikrinti darbuotojų teises į organizacijų, susirinkimų ir asociacijų laisvę, nepriklausomai nuo įdarbinimo formos.

20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Presidente. – La seduta è tolta e riprenderà domani, mercoledì 15 dicembre 2021, alle ore 9.00 con la dichiarazione congiunta sulla preparazione del Consiglio europeo e risposta dell'UE alla recrudescenza della COVID a livello globale.

L'ordine del giorno è stato pubblicato ed è disponibile sul sito web del Parlamento europeo.

23. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 22.00)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5541

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. DEZEMBER 2021

(C/2024/5541)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 13. bis 16. Dezember 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Mitteilung des Präsidenten	4
3. Änderung der Tagesordnung	5
4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	5
5. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2021 — Reaktion der EU auf die erneute weltweite Ausbreitung von COVID-19 und neu auftretende Virusvarianten (Aussprache)	5
6. Wiederaufnahme der Sitzung	40
7. Verleihung des Sacharow-Preises (feierliche Sitzung)	40
8. Wiederaufnahme der Sitzung	43
9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	44
10. Abstimmungsrunde	44

Inhalt	Seite
11. Wiederaufnahme der Sitzung	44
12. Leitlinien der Kommission für diskriminierungsfreie Sprache (Aussprache über ein aktuelles Thema)	44
13. Aktueller Stand in Bezug auf die ARF (Aufbau- und Resilienzfähigkeit) (Aussprache)	59
14. Pläne zur weiteren Aushöhlung der Grundrechte in Polen, insbesondere in Bezug auf die Normen der Europäischen Menschenrechtskonvention und die sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte (Aussprache)	79
15. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	88
16. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über vorläufige Sofortmaßnahmen bezüglich der Außengrenze mit Belarus gemäß Artikel 78 Absatz 3 AEUV (Aussprache)	89
17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	91
18. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über vorläufige Sofortmaßnahmen bezüglich der Außengrenze mit Belarus gemäß Artikel 78 Absatz 3 AEUV (Fortsetzung der Aussprache)	91
19. Zusammensetzung des Parlaments	104
20. Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2020 (Aussprache)	104
21. Reaktion der EU auf die Mobilitätsarmut (Aussprache)	110
22. Bestandsaufnahme zum Europäischen Jahr der Schiene (Aussprache)	119
23. Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll	124
24. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	124
25. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	124
26. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	124
27. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	124
28. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	124
29. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	124

Inhalt	Seite
30. Tagesordnung der nächsten Sitzung	124
31. Schluss der Sitzung	124

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. DEZEMBER 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.01)

2. Mitteilung des Präsidenten

Presidente. – In apertura devo segnalarvi delle sanzioni che purtroppo abbiamo dovuto comminare ad alcuni colleghi. Violare le regole del COVID Pass per entrare in Parlamento è un gesto grave, non solo perché viola regole che ci siamo dati e poi perché mette a rischio la propria salute e la salute degli altri.

A norma dell'articolo 10, paragrafo 2, e dell'articolo 176 del regolamento, ho deciso di comminare delle sanzioni agli onorevoli:

Christine Anderson, Clare Daly, Stasys Jakeliūnas, Mislav Kolakušić, Cristian Terheş e Mick Wallace per essere entrati negli edifici del Parlamento senza esibire il certificato COVID digitale dell'Unione europea, in violazione della decisione dell'Ufficio di presidenza del 27 ottobre 2021 sulle norme eccezionali in materia di salute e sicurezza che disciplinano l'accesso agli edifici del Parlamento europeo nei suoi tre luoghi di lavoro.

Tenuto conto del carattere puntuale, ricorrente o permanente della condotta dei suddetti deputati nonché del grado di gravità e dell'eventuale danno arrecato alla dignità e alla reputazione del Parlamento e avendo preso nota delle osservazioni dei deputati interessati, le sanzioni consistono:

— per l'on. Christine Anderson, nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di 2 giorni;

— per l'on. Clare Daly, in un'ammonizione;

— per l'on. Stasys Jakeliūnas, nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di 2 giorni;

— per l'on. Mislav Kolakušić, nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di 2 giorni;

— per l'on. Cristian Terheş, nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di 7 giorni;

— per l'on. Mick Wallace, in un'ammonizione.

Le decisioni sono state notificate in data 14 dicembre 2021 ai deputati interessati, che possono presentare un ricorso interno contro tale decisione all'Ufficio di presidenza conformemente all'articolo 177 del regolamento. Tale ricorso sospende l'applicazione della sanzione.

3. Änderung der Tagesordnung

Presidente. – Come annunciato in apertura di questa tornata, le votazioni sono state distribuite in diversi turni di voto, tenendo conto del numero di emendamenti presentati e del numero di richieste di votazioni per parti separate. Tenuto conto di ciò, il secondo turno di voto di oggi è soppresso e le votazioni inizialmente previste per questo turno di voto sono ridistribuite. Le informazioni relative alla distribuzione delle votazioni saranno disponibili sul nostro sito web del Parlamento.

4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

Presidente. – In relazione alle decisioni di diverse commissioni di avviare negoziati interistituzionali a norma dell'articolo 71, paragrafo 1, del regolamento, così come abbiamo annunciato in apertura della sessione lunedì scorso, non ho ricevuto alcuna richiesta di votazione in Parlamento da parte di un numero di deputati o gruppi politici pari alla soglia media e quindi le commissioni interessate possono iniziare i negoziati.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señor presidente, es una cuestión de orden muy rápida. Solamente quiero recordar a sus señorías que hoy, 15 de diciembre, se cumplen veinte años de la Declaración de Laeken. Fue una declaración muy importante que quiero brevemente recordar porque abrió el camino, como recordarán, a la Convención sobre el Futuro de Europa, a la Constitución y al Tratado de Lisboa. Tuvo un protagonismo especial su señoría, que hoy no puede estar presente, Guy Verhofstadt, copresidente de la actual Conferencia sobre el Futuro de Europa, y querría señalar que seguramente la vía que abrió la Declaración de Laeken no la hemos terminado de recorrer. En la Declaración de Laeken se hablaba ya de la Constitución europea y también de la circunscripción electoral paneuropea. Animo a todos los colegas —y el Parlamento, el primero— a seguir transitando por la vía de la Declaración de Laeken.

Presidente. – Grazie onorevole Domènec.

5. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2021 — Reaktion der EU auf die erneute weltweite Ausbreitung von COVID-19 und neu auftretende Virusvarianten (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta, le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione su

— Preparazione della riunione del Consiglio europeo del 16 e 17 dicembre (2021/2966(RSP)), e

— Risposta dell'UE alla recrudescenza della COVID-19 a livello globale e all'emergere di nuove varianti COVID (2021/3012(RSP)).

Anže Logar, President-in-Office of the Council. – Mr President, this week, leaders will meet in Brussels for the December European Council, where they will discuss the ongoing COVID-19 crisis and recent developments in Belarus and Ukraine. Leaders will also touch on energy prices, security and defence, the external dimension of migration, and other foreign policy issues. Due to the serious epidemiological situation, this European Council will last only one day. It will take place tomorrow, on Thursday, and be preceded by the Eastern Partnership Summit (which takes place today) and followed by the Euro Summit (also on Thursday). The European Council meeting will start with the usual exchange with President Sassoli.

First, let me focus on the recent resurgence of the COVID-19 pandemic. Leaders will have a working session in which they will discuss the ongoing fight against the COVID-19 pandemic in response to rising numbers and the emergence of the new variant, Omicron. As Member States step up their measures, continued coordination remains vital to ensure that new restrictions are targeted and proportionate, and neither undermine the functioning of the single market, nor unnecessarily hamper free movement. Our best tool in fighting this pandemic is our vaccines, including booster shots. If our efforts are to be successful, we need to overcome vaccine hesitancy and fight disinformation. Leaders will also discuss global vaccine sharing efforts, where the EU plays a major role, having donated 118 million vaccine doses to 60 countries so far. The EU and its Member States will step up vaccine-sharing through COVAX and bilateral donation by committing to reach 700 million doses by mid-2022. Efforts are being made to help develop local manufacturing capacity. This pandemic has also taught us that we need to be better prepared for future crises. Leaders are expected to discuss crisis management and resilience on the basis of the Council conclusions agreed in November on this subject.

Now turning to the other subjects of tomorrow's meeting. Following on from the October European Council, leaders will return to the topic of high and volatile energy prices. Following the publication of the preliminary report by the European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER) and the European Securities and Markets Authority (ESMA), they are expected to invite the Commission to further examine the functioning of the electricity market and trading on the EU ETS market, and to follow up appropriately. Leaders are also expected to call for the swift examination of the proposals to revise the third energy package.

During their working lunch, leaders will discuss both the deteriorating fundamental rights situation in Belarus and the humanitarian crisis at its borders caused by the Belarusian regime's ongoing instrumentalisation of immigration. They will also exchange views on the worrying security threat at Ukraine's border and see how to react to this.

In the afternoon working session, leaders will assess the implementation of the June and October European Council conclusions on the external dimension of migration. Recent action plans for countries of origin and transit should be made operational and implemented without further delay, in cooperation with partner countries, and adequate financing must be mobilised for migration-related action on all routes. In the area of security and defence, leaders are expected to give guidance on an ambitious Strategic Compass and to call for a strengthened strategic partnership with NATO through a new joint declaration. Leaders are expected to come back to security and defence again in March 2022, when they will endorse the Strategic Compass. Relations between the European Union and the African Union are on the agenda, as leaders will discuss preparations for the new EU-African Union summit, scheduled for February next year.

At the end of their meeting on Thursday, in the margins of the European Council, leaders will be joined by the President of the ECB and the Eurogroup for a Euro Summit in an inclusive format.

Thank you very much for your attention.

Ursula von der Leyen, *Präsidentin der Kommission*. – Herr Präsident Sassoli, Herr Minister Logar, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir treten heute zum letzten Mal in diesem Jahr im Plenum zusammen, und ich muss sagen, ich spreche zu Ihnen in einer Mischung aus Besorgnis einerseits, aber auch Zuversicht andererseits.

Diese gemischten Gefühle sind natürlich in allererster Linie der Pandemie geschuldet. Wie viele unter Ihnen macht es mich traurig, dass wir dieses Weihnachten wieder von der Pandemie überschattet sehen. Aber andererseits bin ich auch voller Zuversicht, weil wir inzwischen über die Kraft und vor allen Dingen über die Mittel verfügen, dieser Pandemie auf die Dauer ein Ende zu setzen und sie zu überwinden. Wir haben in diesem Jahr sehr hart daran gearbeitet, genau diese Mittel zur Verfügung zu stellen und vor allen Dingen bessere und neue Strukturen aufzubauen, um der Pandemie zu begegnen.

Wie ist die Lage? Wir stehen heute vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen sehen wir, dass die COVID-19-Fälle in Europa rasant zugenommen haben. Es gibt einige Mitgliedstaaten, die die höchsten Neuinfektionsraten verzeichnen, die sie jemals hatten, und damit natürlich auch verbunden eine zunehmende Zahl von Krankheitsfällen, eine wachsende Belastung der Krankenhäuser. Wir beklagen eine Zunahme der Todesfälle.

Ganz wichtig ist es, immer in Betracht zu ziehen, dass dieser hohe Anstieg der Neuinfektionen fast ausschließlich noch der Delta-Variante geschuldet ist. Das, was mich besorgt, ist, dass wir jetzt zusätzlich am Horizont Omikron sehen, die neue Variante, die offensichtlich noch ansteckender ist. Wenn man sich die Zeit der Verdopplung der Fälle der Neuinfektionen anschaut, dann sind das gerade zwei bis drei Tage. Das ist rasant. Die Wissenschaft sagt uns, dass wir damit rechnen müssen, dass Mitte Januar bereits Omikron die neue dominante Variante in Europa sein wird.

Wir haben aber hart gearbeitet im vergangenen Jahr, und wir haben eine Menge erreicht. Deshalb ist Europa heute besser vorbereitet, dieses Virus zu bekämpfen, und das aus zwei wesentlichen Gründen. Erstens: Wir haben in diesem Jahr ausreichend Impfstoff für jeden Europäer und jede Europäerin gehabt, nämlich insgesamt über eine Milliarde Impfdosen. Stand heute sind mehr als 66 % der europäischen Bevölkerung doppelt geimpft, also vollständig geimpft. Das sind mehr als 300 Millionen Menschen. Zusätzlich haben inzwischen 62 Millionen Menschen die Booster-Impfung bekommen.

Wir wissen, dass die Wissenschaft uns sagt, dass die ersten Daten mit Omikron zeigen, dass diese Dreifachimpfung der beste weltweit zurzeit verfügbare Schutz gegen Omikron ist. Natürlich müssen wir noch sehr viel mehr über Omikron erforschen. Aber dank der Arbeit unserer Gesundheitsbehörde HERA haben wir jetzt ein breites Netzwerk von Wissenschaft und Laboren, mit dem wir jeden Tag neue Erkenntnisse gewinnen, was die neue Variante betrifft und vor allen Dingen die Gefahr, die von ihr ausgeht.

Zweitens ist unsere Ausgangslage auch besser, weil wir inzwischen in der Lage sind, hier in Europa in jedem Monat 300 - Millionen Impfdosen zu produzieren. Wir verfügen inzwischen über belastbare Lieferketten. Wir haben Verträge, die sicherstellen, dass wir auch Impfstoffe, die an neue Varianten angepasst sind, sofort bekommen. Uns sagen die Unternehmen – mit dem Blick jetzt auf Omikron –, dass sie für die Anpassung des Impfstoffs ungefähr 100 Tage brauchen. Und wir arbeiten eng mit der europäischen Arzneimittelbehörde EMA zusammen, sodass parallel zur Entwicklung des Omikron-adaptierten Impfstoffs sozusagen das Zulassungsverfahren läuft, damit der angepasste Impfstoff dann auch schnellstmöglich zugelassen werden kann. Das heißt, wir bleiben wachsam. Wir haben mit Umsicht geplant, und beides zahlt sich jetzt aus.

Am allerwichtigsten ist es jetzt, die Impfquoten in Europa so schnell wie möglich weiter hoch zu bringen, und zwar in allen Altersgruppen, auch Kinder eingeschlossen. Zu diesem Zweck müssen wir besser an die Menschen herankommen. Wir müssen mehr Impftermine vergeben, wir müssen mehr spontane Möglichkeiten schaffen, und insbesondere müssen wir in den Mitgliedstaaten helfen, die beim Impftempo noch hinterherhinken.

In einigen Mitgliedstaaten hat die Kommission inzwischen damit begonnen, auch in den sozialen Medien gezielte Kampagnen zu starten, um einfach die Informationen in den Mitgliedstaaten über die Wirksamkeit der Impfstoffe zu verbessern. Das heißt, wir werden auch von unserer Seite alle Anstrengungen unternehmen, um dazu beizutragen, die Impfskepsis zu überwinden.

Denn, meine Damen und Herren Abgeordnete, der Preis, den wir alle inzwischen für zu niedrige Impfquoten zahlen, wird ja immer höher. Den zahlen die Menschen, den zahlt die Gesellschaft, den zahlt unser Gesundheitssystem, diesen Preis zahlt unsere Wirtschaft. Das gilt aber auch für die vielen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die dieses Weihnachten wieder ihre Enkel und Enkelinnen nicht sehen können. Das gilt vor allem für die Kinder, die jetzt wieder nicht zur Schule gehen können. Mein Gott, was ist das für Lebens-, Freundes- und Lernzeit, die wir ihnen dadurch nehmen? Das heißt, ihnen allen sind wir es schuldig, dass sich alle impfen lassen und dass wir mit aller Kraft diese Pandemie bekämpfen.

Darüber hinaus hat Europa in einem beispiellosen Umfang Impfstoff an den Rest der Welt geliefert. Wenn man sich die Zahlen global anschaut, dann sind inzwischen 44 % der Weltbevölkerung vollständig geimpft, und daran hat Europa einen überragenden Anteil. Wir haben mehr als 1,4 Milliarden Impfdosen an 150 Länder geliefert. Inzwischen sind wir auch weltweit der größte Impfstoffgeber. Wir haben bis heute 377 Millionen Impfdosen aus Europa weitergegeben, und zwar hauptsächlich an COVAX, und darunter sind auch 50 Millionen Impfdosen, die wir bilateral an die Länder des westlichen Balkans und der östlichen Partnerschaft gegeben haben.

Dennoch haben Milliarden Menschen auf diesem Globus noch nicht einmal ihre erste Impfdosis erhalten. Der Kontinent, der am meisten unsere Unterstützung braucht, ist Afrika. Dort sind gerade mal 7 % der Bevölkerung geimpft. Aus diesem Grund arbeiten wir mit Hochdruck an einem Paket für Afrika, auch mit Blick auf den EU-Afrika-Gipfel, den wir im Frühjahr haben werden.

Wir wollen nicht nur mehr Impfstoffe zur Verfügung stellen, sondern – und das ist oft auch ein Hinderungsgrund – mehr an der Infrastruktur arbeiten, mehr an der medizinischen Ausbildung arbeiten, mehr Spritzen zur Verfügung stellen, mehr Infrastruktur, die für die Impfmöglichkeiten notwendig ist. Die gesamte medizinische Ausrüstung, all das muss intensiviert werden. Zusätzlich arbeiten wir als Team Europe daran, mit unseren Partnern in Senegal, Ruanda und Südafrika und gemeinsam mit dem privaten Sektor den Aufbau von mRNA-Produktionskapazitäten zu ermöglichen.

Ja, meine Damen und Herren Abgeordnete, diese Pandemie ist beispiellos in unserer Geschichte, aber unsere Antwort ist es auch.

Besides the pandemic, we will also discuss other important issues at the European Council, from energy prices and the overall economic situation, indeed to the Belarussian regime's hybrid attack against our Member States, Lithuania, Poland and Latvia. The autocratic regime's attempt to destabilise our Member States has completely failed because our Union reacted robustly and with great solidarity and unity. We mobilised humanitarian assistance, we introduced a tailored sharp set of sanctions, we supported voluntary returns, and, as a result, within just a month now, more than 3 500 migrants have been returned safely from Belarus to Iraq.

However, the situation at our border with Belarus should be seen in a wider context, mainly the deliberate attempt to destabilise the security of our democracies and those of our neighbours, and I want to focus on that now. We have all seen the reports of Russia's massive build-up of military along Ukraine's eastern border and also the attempt to destabilise Ukraine from within. I want to reaffirm our unwavering commitment to Ukraine's sovereignty and territorial integrity, as well as the right of any sovereign state to determine its own future.

We also see the blatant attempt to intimidate Moldova's reformist government by squeezing them on gas supplies at a time of high energy prices. We must protect our societies and our democracies from this kind of cynical geopolitical play.

Of course, we want good relations with Russia, but whether this is possible depends, first and foremost, on Russia's behaviour. At this point in time, Russia is choosing an aggressive posture vis-à-vis its neighbours, and, as the European Union and its G7 partners have made very clear, further aggressive acts against Ukraine will have massive costs for Russia.

In June, the European Council tasked us to come up with options. Since then, we have been working on this in close cooperation with the United States and other partners. We are prepared. There's a whole set of economic sanctions in place, targeting the financial and energy sector, dual-use goods and defence. Our response to any further aggression may take the form of a robust scaling up and expansion of these existing sanctions, and, of course, we are ready to take additional, unprecedented measures with serious consequences for Russia. But above all, I call on Russia to de-escalate, to pursue diplomatic channels and to abide by its international commitments. Conflicts must be solved peacefully.

Mesdames et Messieurs les députés, de notre réponse unie face à des menaces extérieures à notre campagne de vaccination européenne, nous le démontrons chaque jour: notre Union et notre démocratie tiennent leurs promesses.

Aujourd'hui, je tiens tout particulièrement à remercier la présidence slovène. Elle a tant fait pour faire avancer nos travaux, de la coordination sur la COVID-19 à des dossiers importants pour nos transitions durable et numérique.

La présidence française se profile maintenant à l'horizon. Elle affiche de grandes ambitions: de la lutte contre le bouleversement climatique et la révolution numérique jusqu'à la lutte contre les inégalités mondiales et le renforcement de nos démocraties. Je me réjouis de notre coopération et compte sur elle pour continuer à faire avancer nos grands chantiers.

Mesdames et messieurs les députés, nous avons vécu une année mouvementée. Merci beaucoup pour votre soutien sans faille. Je sais que, comme moi, vous vous réjouissez de passer un peu de temps avec votre famille et vos amis, c'est pourquoi je vous souhaite un joyeux Noël, *frohe Weihnachten, Merry Christmas*.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, Minister Logar, President von der Leyen, I also want to thank first of all the Slovenian Presidency for their service for the European Union, a great story and a lot of success stories behind, so thank you for all your efforts.

This week, dear colleagues, we have to speak about war. War against, first of all, a virus that is killing people: 1 500 - Europeans every day. Every day. A war against a health crisis which is forcing us to give up our lives – we cannot go to the Christmas market like we used to, and a war against a pandemic which is dividing our societies, which is creating hatred and also bringing violence to our streets and our cities. The first message, with this in mind, is again a big thank you. We say it often but it's probably not often enough, that doctors, nurses and health workers are doing an incredible job. They go to their breaking point every single day. Thank you for this.

The second message is that Europe is delivering, as President von der Leyen also expressed. We are world leaders on vaccinating people. We have a COVID certificate guaranteeing the freedom of movement inside the European Union, a huge success story, and we are global champion in solidarity, and it is about delivering vaccines to the rest of the world.

The third message is vaccination is the strongest weapon we have to fight against the pandemic. That's why we must promote again the booster campaign. We have to persuade our citizens, and as politicians we have to be very careful that we are not party politically misusing the concerns of some people when it is about vaccination for party political issues. We have to be united, to convince people to be vaccinated.

And finally, we have to fight against disinformation. That's probably the biggest worry I have currently. When I see that facts are no more the main argument in a democratic debate then we are lost as a democracy. That's why we have to intensify our work to ask all social media providers to respect fundamental principles, fight against disinformation. If the social media providers are not doing this voluntarily, then we have to do it via legislation.

Herr Präsident! Der zweite Krieg, den wir erleben, ist der stille Krieg in der Ostukraine, und vielleicht droht sogar ein heißer Krieg. Die Situation in Belarus, in der Ukraine, in Russland: Hunderttausend schwerbewaffnete Soldaten, strategisch positioniert, es stehen Grundsatzfragen im Raum: Woran glauben wir?

Die erste Grundsatzfrage, die Souveränität von Staaten in der Europäischen Union, in Europa, ist für uns unantastbar. Es ist der freie Wille der Ukraine, demokratisch zu entscheiden, wie sie leben wollen und mit wem sie leben wollen. Nicht Moskau, nicht Brüssel, nicht Paris, nicht Berlin, niemand entscheidet, nur die Ukraine entscheidet. Und allen Versuchen der Geschichtsfälschung müssen wir entgegenreten.

Die zweite Grundsatzfrage ist: Wir haben über schwere Krisen und Kriege auf diesem Kontinent das Prinzip erdacht und erarbeitet, dass Krieg kein legitimes Mittel der Politik ist. Leider Gottes hat Putin, hat Russland dieses Prinzip bereits gebrochen mit der Krim, mit der Intervention in Syrien und auch mit den steigenden Spannungen im Westbalkan. Wir dürfen beide Brüche nicht dulden.

Vor 30 Jahren ist der Kommunismus zusammengebrochen, 1991. Ich habe die Bilder selbst im Kopf, als die russische Fahne dann über dem Kreml aufgezogen worden ist. Wir hatten damals die Hoffnung, dass es demokratisch weitergeht. Wir hatten das Angebot eines Miteinanders auf diesem Kontinent. Ich erinnere mich selbst noch an Jean-Claude Juncker, der ein Angebot gemacht hat, eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok aufzubauen, wirtschaftlich zu kooperieren und miteinander in die Zukunft zu gehen. Wir bekamen darauf leider Gottes keine Antworten.

Mir ist es wichtig, das zu unterstreichen, weil ja heute immer wieder gesagt wird, dass wir schuld sind an der Eskalation. Nein, wir wollen das Miteinander. Was ist jetzt nötig? Einheit und Stärke. Wir müssen Putin eine klare Rechnung präsentieren, was es bedeutet, wenn er seine Eskalation weiter fortsetzt. Dieses Haus wird heute übrigens eine Entschließung verabschieden, die das geschlossen zwischen den Parteien zum Ausdruck bringen wird. Ich bedanke mich dafür.

Und jetzt steht die Frage des Rates im Raum, was am Donnerstag passiert. Technisch, Frau Kommissionspräsident, ist die Sanktionsliste vorbereitet, die Toolbox liegt auf dem Tisch. Aber es ist keine technische Frage, die jetzt im Raum steht, es ist eine politische Frage, ob unsere Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union diese Woche glaubhaft die Entschlossenheit Europas vermitteln. Diese Entschlossenheit ist dringender notwendig als jemals zuvor.

Und ein letzter Gedanke: Für uns ist letzte Woche der Gipfel zwischen Joe Biden und Wladimir Putin ein guter Zwischenschritt gewesen, dass geredet wird und dass die Rechnung auch von amerikanischer Seite präsentiert wird. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss doch für uns alle ein Armutszeugnis sein, wenn über die Zukunft Europas verhandelt wird und kein Europäer am Tisch sitzt. Deshalb ist es ein Weckruf, dass wir endlich in der Außenpolitik und bei dem Aufbau von militärischen Kapazitäten vorankommen, dass Europa bei solchen Gesprächen mit am Tisch sitzt. Wir sind herausgefordert, und in dieser wichtigen Woche können wir Frieden nur gemeinsam sichern.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señorías, presidenta, presidente, llegamos al ecuador de la legislatura marcada por la pandemia y aún no podemos decir que haya terminado.

Ya vemos que con la COVID no se puede bajar la guardia, pero tampoco podemos distraernos de las reformas necesarias para la transformación de nuestro proyecto europeo. En los próximos dos años y medio debemos sentar las bases para una Europa más resiliente ante futuras crisis y reducir la inestabilidad en áreas como el suministro energético o la gestión migratoria de nuestras fronteras.

Esta crisis nos interpela porque es, precisamente, en las dificultades cuando se demuestran las convicciones, y yo espero que podamos resolver todas estas cuestiones respetando nuestros valores. La Unión ha sabido reaccionar con celeridad ante la nueva ola de la COVID y, afortunadamente, los contratos de vacunas firmados por la Comisión incluyen actualizaciones para las nuevas variantes. Vemos que la tasa de vacunación en los Estados miembros varía mucho. La vacuna es la mejor arma que tenemos para afrontar el virus; pero, a falta de competencias, solo podemos pedir a la Comisión que informe con transparencia a la ciudadanía y a los gobiernos y que potencien las campañas de comunicación y de vacunación. En mi país la tasa de vacunación es del 96 % de la población diana, mientras que en otros países no llega al 40 %. La discusión sobre la obligatoriedad de la vacuna es necesaria, pero no hay una solución única que valga para todos los casos.

Presidenta Von der Leyen, usted dijo que esta sería una Comisión geopolítica y este es el momento de demostrar al mundo que somos socios leales, solidarios y eficaces. Hoy por hoy, la única manera de garantizar que todo el mundo tenga acceso a una vacuna eficaz es con la excepción en el marco de los derechos de propiedad intelectual relacionados con el comercio (TRIPS). Si nos limitamos a COVAX, no podremos superar los límites en la producción impuestas para las farmacéuticas. Todavía se desconoce mucho sobre ómicron, pero lo que sí que ha demostrado la alerta global que ha provocado es el enorme peligro de la actual desigualdad en el acceso a las vacunas. En cualquier momento puede aparecer otra variante más mortífera o resistente a las vacunas y esto tiene más probabilidades de ocurrir en lugares con alta circulación del virus y con baja tasa de vacunación. Pese a contar con el apoyo de más de cien de los ciento sesenta y cuatro países de la Organización Mundial del Comercio y también con el de este Parlamento, es intolerable que la propuesta esté bloqueada por la Comisión Europea y algunos países. Después de un año, es hora de que la Comisión reconozca que la actual regulación sobre licencias voluntarias no ha sido una alternativa real. El altruismo tampoco. El programa COVAX apenas ha distribuido 550 millones de dosis de las 2 000 que deberían entregarse antes de acabar este año. Una cifra insuficiente.

La realidad es un fracaso. Los países del G-20 acaparan el 80 % de las vacunas producidas ahora. Mientras que Europa tiene un 70 % de la población vacunada, África apenas un 7 %. ¿Cuál es la solución? ¿Queremos que África se convierta en el continente de la COVID? ¿También están dispuestos a levantar muros ante los países que estamos vacunados? Si seguimos acumulando vacunas y priorizando los intereses de las farmacéuticas, seguirán muriendo personas en los países más pobres. Situemos los derechos humanos en el centro de nuestra respuesta a la pandemia garantizando el acceso universal a las vacunas, los medicamentos y las tecnologías.

Les decía que el mundo necesita unión, una unión más fuerte, más autónoma; no para aislarnos, sino para liderar unas relaciones internacionales más justas, que busquen la dignidad de todas las personas. Y para eso tenemos que mejorar nuestra autonomía estratégica, reducir nuestra dependencia no solo de gobiernos autocráticos que no dudan en utilizar a los refugiados como arma política, sino también de los mercados y de la especulación, que sólo buscan el beneficio económico.

Esto no se puede conseguir de un día para otro, pero en los dos años y medio que quedan de legislatura tenemos la obligación de invertir en nuevas estructuras, tanto en materia de industria estratégica como en la producción de vacunas. La propuesta para poner en marcha una plataforma centralizada de compra de gas natural, por ejemplo, que facilite la creación de reservas estratégicas sería un paso en la buena dirección. Sabemos que Putin concibe sus relaciones con Europa como una partida de ajedrez geopolítico para recuperar las casillas perdidas con el fin de la Unión Soviética. Ni la OTAN, ni la Unión Europea pueden permitir que Moscú imponga su ley, destruya la incipiente democracia en Ucrania e intimide a los países vecinos. Las pretensiones de Putin de lograr una garantía formal para que jamás se produzca una nueva ampliación de la OTAN, no puede ser aceptable; no está en juego solo la soberanía de Ucrania, sino también el proyecto de integración europea.

Quería terminar asegurando la voluntad de mi Grupo de seguir trabajando con lealtad en la segunda mitad de la legislatura para que la Comisión, el Consejo y el Parlamento avancemos en esta Europa que queremos y necesitamos. Pero les pido una cosa: que actúen con la misma diligencia.

Señora Von der Leyen, en el discurso del debate del Estado de la Unión prometió una directiva contra la violencia de género antes de que acabe el año. Quedan dos semanas. Espero que no fuera solo un anuncio, sino que fuera una realidad. Y les deseo a todos ustedes unas felices y solidarias fiestas.

Stéphane Séjourné, au nom du groupe Renew. – Monsieur le Président, Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, permettez-moi tout d'abord d'exprimer mes regrets que cette assemblée ne soit pas en mesure de vous proposer une résolution avec des propositions sur la COVID-19. À l'exception des socialistes, les autres groupes n'ont pas soutenu notre proposition de vous fournir une liste de solutions dans une résolution. Apparemment, certains préfèrent débattre de la manière dont les Européens doivent se souhaiter ou fêter Noël, plutôt que de s'assurer que nous passions tous un joyeux Noël. Pour notre part, notre groupe a fait ses devoirs: notre proposition de résolution contient un certain nombre de pistes qui vous ont été envoyées.

Comme vous l'avez justement rappelé, Madame la Présidente, nous vivons une épidémie des non vaccinés, rongés notamment par les éléments de désinformation que nous pouvons trouver un peu partout en Europe. Contre ce virus et la désinformation, il faut des gestes barrières. L'initiative de la Commission est bienvenue, mais j'en appelle à la responsabilité collective. Responsables politiques, journalistes, commentateurs, autorités religieuses, acteurs de la vie sociale et culturelle, si vous n'avez aucune connaissance scientifique de ce virus, ne partagez pas de fausses informations. Nous devons dénoncer sans relâche tous ceux qui sèment le doute dans nos populations et tous ceux qui donnent une tribune au conspirationnisme.

D'ailleurs, je tiens à rappeler à l'extrême droite de cet hémicycle, qui est majoritairement vaccino-sceptique, une triste réalité: les gens meurent, certains soignants craquent et d'autres encore craqueront avec l'augmentation du nombre de malades hospitalisés qui ne sont pas vaccinés. Les libertés sont restreintes et un certain nombre de vos délégations et de vos parlementaires continuent, pour des calculs électoralistes, à refuser d'appeler à la vaccination. Franchement, avec cette crise, vous avez vraiment perdu le droit de vous appeler parti de la liberté, pour certains, parti du peuple, pour d'autres. Vous sacrifiez nos libertés et nos droits à la santé pour tous et pour ce qui est du peuple, vous le sacrifiez aussi puisque vous renforcez l'idée que ce vaccin n'est pas efficace alors que tous nos scientifiques aujourd'hui pensent que ce vaccin est efficace et qu'il est la solution à notre problème.

En dehors du sujet des vaccins, la principale crainte pour notre groupe — et nous en avons débattu — est de revivre le chaos, Madame la Présidente, de la crise précédente. Nous devons anticiper au maximum les divergences entre les États membres sur la réponse à cette crise.

Le certificat COVID est un succès indéniable. Dans l'urgence, nous trouvons excellentes les recommandations que vous allez discuter au Conseil avec les chefs d'État et de gouvernement, mais il faut que nous reprenions la main sur le règlement. Ce Parlement a fait un travail extraordinaire sur ce projet, et les citoyens européens, via les parlementaires, doivent continuer à être associés et avoir un droit de regard sur cette réforme.

Il ne s'agit pas que de défendre simplement la liberté d'expression. Je prends l'exemple aujourd'hui en parlant depuis Strasbourg l'européenne, car je sais très bien le soulagement que fut le certificat pour nos transfrontaliers, pour nos familles, pour nos professionnels du tourisme, le soulagement d'une normalité retrouvée ici, par exemple, à Strasbourg. Nous avons tant demandé à nos populations que nous leur devons de l'efficacité et de la coordination.

Enfin, Madame la Présidente, mon groupe attend des réponses très concrètes sur les propositions, notamment sur l'accélération des mesures en soutien à l'économie et le calendrier de Covax: nous devons urgemment vacciner le monde. L'Europe est moteur dans ce domaine-là et doit le rester.

Ce n'est qu'en anticipant et en organisant les choses que nous arriverons à convaincre l'ensemble des réticents à la vaccination et que nous arriverons à faire face à cette pandémie. J'espère que tout le monde passera évidemment de bonnes fêtes et pour certains collègues, un joyeux Noël, également.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente, chers collègues, mes collègues auront le loisir de vous entretenir des sujets qui figurent à l'ordre du jour du Conseil européen, mais je voudrais quant à moi vous parler d'un sujet qui, s'il ne figure pas à l'agenda officiel du Conseil, fera sans aucun doute l'objet de nombreux conciliabules dans les couloirs: la taxonomie.

La taxonomie verte devrait être à la finance ce que le label bio est à l'alimentation. Car sous ce terme un peu technocratique se cache en réalité la nomenclature de ce qui pourra être considéré ou non comme un investissement vert.

Et il y a urgence parce qu'aujourd'hui, le secteur financier fait passer pour durables des investissements dans le tabac, les armes, les prisons privées, les pesticides et j'en passe. De qui se moque-t-on? Il est plus que temps de mettre de l'ordre là-dedans.

Avec son règlement sur la taxonomie, l'Union européenne se veut pionnière d'une finance plus durable. Mais tout le monde sait que les lobbies de tout bord et certains États membres, la France en tête, exercent d'intenses pressions pour que les investissements dans le gaz et le nucléaire soient reconnus comme verts. On croirait rêver, on nage en plein délire! Madame la Présidente, je vous en conjure, résistez, car c'est la crédibilité même du pacte vert pour l'Europe qui est en jeu.

Le cas du gaz devrait être le plus évident à régler. Même la très conservatrice Agence internationale de l'énergie, créée en 1974 pour assurer la sécurité de nos approvisionnements en pétrole, le dit clairement: si nous voulons tenir nos engagements climatiques, plus aucun — je dis bien aucun — investissement ne devrait être fait dans les énergies fossiles.

Quant à l'énergie nucléaire, oui, elle émet peu de CO₂, mais elle pose d'autres problèmes majeurs, notamment des déchets hautement radioactifs sur des dizaines de milliers d'années, dont on ne sait que faire, et une sécurité toujours plus difficile et coûteuse à assurer, face aux risques climatiques, géologiques ou encore terroristes. Et même si ces problèmes étaient miraculeusement résolus, les coûts astronomiques et les délais interminables du pari nucléaire ne nous permettraient tout simplement pas de gagner la bataille du climat. La construction de quelques nouvelles centrales nucléaires en France ou en Finlande a déjà pris plus de dix ans et a explosé tous les budgets. Or, nous devons drastiquement réduire nos émissions d'ici 2030, dans huit ans. Ça commence dès aujourd'hui et le temps presse.

Alors certes, il est des endroits où le recours au gaz ou la prolongation de quelques réacteurs nucléaires sont considérés comme nécessaires pour assurer la soudure avec un monde du renouvelable et de la sobriété énergétique. Certains voudraient nous faire croire qu'en les excluant de la taxonomie verte, cette soudure serait impossible: c'est une imposture intellectuelle. Ces investissements restent possibles, mais ils devront tout simplement être payés au prix du marché. Et ils ne pourront pas, bien sûr, bénéficier de fonds publics labellisés comme «verts».

Madame la Présidente, chers collègues, frelater le label bio signifierait son arrêt de mort. Inclure le gaz et le nucléaire dans la taxonomie en ferait un projet mort-né. Résistez, Madame la Présidente! Résistez aux fétichistes du XXI^e siècle, tournez-vous vers l'avenir.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ID.* – Signor Presidente, signora Presidente von der Leyen, signor Ministro, onorevoli colleghi, innanzitutto un ringraziamento alla Presidenza slovena, perché non è stato un periodo facile e credo che la struttura slovena abbia svolto un compito eccellente in una situazione davvero complessa.

Siamo al giro di boa di questa legislatura, una prima parte molto difficile sia per le modalità in cui questo Parlamento ha dovuto lavorare sia per le crisi che abbiamo dovuto affrontare, crisi straordinarie che hanno ovviamente pressato in maniera importante le istituzioni europee e questo Parlamento.

Ovviamente la prima e più importante è stata la crisi del Covid e ancora, per il secondo Natale consecutivo, vivremo il dramma di restrizioni, il dramma di morti, il dramma di non avere ancora una risposta definitiva a questa crisi e credo che ormai sia chiaro che l'unica soluzione a lungo termine sia trovare un modo di convivere con questo virus, che purtroppo ci accompagnerà ancora per del tempo.

Quindi, la campagna vaccinale non è abbastanza, non è più una soluzione che ci può portare fuori pienamente da questa crisi e, su questo tema, credo che l'Europa debba fare di più, sulle cure, su come trovare una soluzione che sia complementare a quella dei vaccini per permettere di normalizzare la situazione e per permettere anche di fronte all'emergere di nuove varianti di avere più armi di contrasto a questo virus.

E l'Europa credo debba migliorare la sua capacità di individuare e di targetizzare le nuove varianti, perché su questo ancora siamo molto indietro, ancora una volta il Regno Unito ha dimostrato capacità maggiori di analisi sugli sviluppi di questo virus.

Sul tema dell'energia – ne ha parlato molto il presidente Lamberts, che ha dato il punto di vista dei Verdi – io credo che siamo di fronte a un'emergenza drammatica e questa emergenza drammatica non arriva con sorpresa, ma è il risultato di anni di inazione e di scelte sbagliate sul tema dell'autonomia. Da tempo sappiamo qual è la situazione europea in termini di forniture energetiche e da tempo sappiamo che siamo troppo dipendenti da paesi di cui subiamo i ricatti e con cui abbiamo profonde divergenze geopolitiche. Noi possiamo mettere in piedi e tamponare in maniera temporanea qualsiasi situazione, ma senza una soluzione a lungo termine saremo sempre dipendenti dal regime antidemocratico di turno e quindi ricattabili.

È vero, sono d'accordo con il presidente Weber sul tema Russia e Bielorussia: l'Europa deve stare a quel tavolo, ma deve stare a quel tavolo guadagnandosi un posto. Oggi purtroppo i paesi europei non sono dei partner affidabili su questo tema del nostro alleato atlantico. Su questo dobbiamo fare di più e dobbiamo far sì che sia chiaro che l'Alleanza atlantica è il perno della nostra risposta ai regimi antidemocratici che minacciano la nostra stabilità.

Chiudo con il tema immigrazione, che rimane un tema fondamentale. Mi spiace che il Consiglio riparta dalle conclusioni di giugno. Non serve ripartire da queste conclusioni, ma serve un cambio di marcia. I dati di Frontex sono drammatici e la situazione nel Mediterraneo centrale è drammatica.

Chiudo con un augurio di buon Natale a tutti voi, sperando che i prossimi due anni e mezzo siano migliori di quelli che abbiamo vissuto.

Raffaele Fitto, *a nome del gruppo ECR.* – Signor Presidente, signora Presidente della Commissione, onorevoli colleghi, anch'io voglio associarmi al ringraziamento per il lavoro svolto dalla Presidenza slovena e penso che oggi sia importante, rispetto al Consiglio di domani, aprire una riflessione rispetto non solamente al ruolo di europarlamentare, ma anche da cittadini.

Leggendo l'ordine del giorno del Consiglio europeo si ha l'impressione, da qualche mese, che sia lo stesso e che le conclusioni non avanzino sui temi principali ma si fermino, e questo penso che sia un dato sul quale riflettere, anche per provare a dare delle risposte e individuare delle soluzioni concrete. Tutto questo mentre – come è stato ricordato anche da Lei, Presidente – la situazione epidemiologica resta difficile e minaccia fortemente la ripresa.

Occorre evitare allarmismi, ma bisogna lavorare per rafforzare il contrasto alla pandemia, tutelando la salute ma evitando al tempo stesso, per quanto possibile, nuove restrizioni che possano comportare problemi di carattere economico. Bisogna migliorare il sostegno agli Stati membri, non da ultimo attraverso una comunicazione efficace e coerente sulla scienza e la tecnologia alla base delle vaccinazioni.

Inoltre, come ha giustamente sottolineato in quest'Aula ieri il Presidente del Ghana, finché tutti non saranno al sicuro dal Covid nessuno sarà al sicuro. Quindi è importante vincere e affrontare la sfida immediata sulla distribuzione dei vaccini e sulla capacità di produzione, anche e soprattutto in Africa, alla luce di quello che Lei ha richiamato come un vertice molto importante tra l'Unione europea e l'Africa.

Ma, al tempo stesso, la crescita rischia di essere minacciata da altri fattori, sui quali, anche qui, la risposta non è stata fino ad oggi adeguata, a partire dalla crisi dei prezzi energetici, che continuerà per lungo tempo se non si superano le divisioni e non si fanno scelte chiare in termini di approvvigionamento e utilizzo delle risorse. Gas e nucleare sono fondamentali per raggiungere gli obiettivi della transizione, così come sarà fondamentale sostenere una vera politica di investimenti da parte degli Stati membri realizzabile riformando – questo è un punto fondamentale – il patto di stabilità e crescita e le norme in materia di aiuti di Stato. Temi questi che, ancora una volta, non sono presenti nell'agenda del Consiglio europeo.

Occorrono realismo e pragmatismo per evitare che queste iniziative verdi, anche alla luce dei risultati della COP26, si trasformino in un grave problema economico e sociale piuttosto che risolvere una questione ambientale.

Decisioni che auspichiamo anche in materia di immigrazione. Dopo marzo, giugno e ottobre evitiamo che anche questo Consiglio sia un Consiglio degli intenti e non dei progressi. Le proposte della Commissione sul nuovo patto per l'immigrazione e l'asilo rischiano di non risolvere i problemi e soprattutto rischiano di non mettere in campo una vera politica riguardo alla dimensione esterna, mettendo in campo senza ulteriori rinvii e ritardi una visione e una strategia completa sulle tre diverse rotte che riguardano i temi dell'immigrazione nel contesto europeo, ma anche di contrastare i tentativi dei paesi terzi di strumentalizzare i migranti per destabilizzare e ricattare il nostro continente.

Tutto questo deve essere accompagnato da un'azione politica e diplomatica forte e chiara tesa, da un lato, a rafforzare la cooperazione con i paesi del vicinato meridionale e, dall'altro, mettendo fine alla destabilizzazione in atto sul fronte orientale da parte della Bielorussia e al tentativo della Russia di mettere in discussione la sovranità e l'integrità territoriale dell'Ucraina.

Con la crescente minaccia della Russia e l'aumento delle ostilità dalla Cina e il Medio Oriente, costantemente instabile, la cooperazione fra l'Unione europea e la NATO è più che mai necessaria e fondamentale. Pertanto, è essenziale evitare duplicazioni e garantire la complementarità, la condivisione degli oneri e una stretta cooperazione transatlantica.

Su questi punti, l'augurio e l'auspicio è che il Consiglio sia nelle condizioni di poter dare delle risposte e degli avanzamenti concreti e anche io voglio associarmi, senza ironia ma con convinzione, in un augurio, come Lei ha fatto, in tutte le lingue a tutti di buon Natale. Sarò un inguaribile tradizionalista ma penso che questo sia una radice profonda che in Europa ha rappresentato e rappresenterà per il futuro ancora tanto.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, je vous propose de faire défiler un chronomètre pendant mon intervention. Chaque seconde, les laboratoires pharmaceutiques vont engranger mille dollars de profit. C'est le jackpot.

En refusant la levée des brevets, Madame von der Leyen, voilà ce que vous avez voulu protéger à tout prix: le fric des Big Pharma plutôt que nos vies. Car le cercle infernal est le même depuis deux ans, quand la COVID-19 est entrée dans nos vies. Deux ans que cette épidémie sévit et qu'elle a déjà emporté plus de 5 millions de vies. Deux ans que le virus se développe, se répand, mute et nous revient comme un boomerang, variant après variant, vague après vague, submergeant nos services de santé.

Deux ans, Madame von der Leyen, que vous nous interdisez l'accès complet aux contrats passés avec les laboratoires, alors qu'ils ont été financés par de l'argent public. Deux ans que vous — la Commission européenne — ignorez les appels de l'OMS, de l'ONU, d'une centaine d'États et même à trois reprises de notre propre Parlement pour sortir les vaccins du marché.

Deux ans, Madame von der Leyen, que vous protégez le monopole de production d'une poignée de multinationales, plutôt que de réquisitionner leurs usines et leurs compétences et de partager ces dernières avec le monde entier. Deux ans que vous prétendez que ça ne sert à rien parce qu'il faudrait des mois pour ouvrir des usines, mais deux ans que vous repoussez le problème et perdez du temps. Deux ans que vous faites preuve d'égoïsme en vous accaparant le peu de doses disponibles alors que seulement 7 % de la population a reçu une dose dans les pays pauvres. Deux ans, Madame von der Leyen, que vous vous vantez de votre charité, ce matin encore, alors que les pays riches n'ont toujours pas donné plus des deux tiers des doses qui ont été promises. Deux ans que vous continuez de nourrir les requins qui surfent sur cette cinquième vague et qui en ont profité, comme Pfizer, pour augmenter leurs prix, faisant de la COVID-19 une opportunité comme une autre d'accumuler du cash. Deux ans que vous avez mis entre parenthèses nos vies, nos sorties, nos petits bonheurs, nos liens avec nos anciens pour servir les Big Pharma. Bref, deux ans que vous protégez à tout prix leurs profits plutôt que nos vies.

En conclusion: les laboratoires ont engrangé depuis le début de mon intervention plus de 120 000 dollars de profits et dans le même temps, la COVID-19 a emporté une dizaine de vies. Alors, on arrête quand cette folie?

Francesca Donato (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Europa e nel mondo non è una rinascita globale del Covid, ma è il semplice passaggio del SARS-CoV-2 dalla fase pandemica a quella endemica. Il virus sta cioè diventando sempre meno aggressivo. La variante Omicron, ad oggi, non ha provocato nessun decesso e produce soltanto una sintomatologia molto lieve.

Se la politica seguisse la scienza, questo sarebbe il momento di rimuovere ogni restrizione, concentrandosi sulle cure dei sintomatici per consentire a tutti i cittadini di immunizzarsi naturalmente, mettendo fine all'era Covid. Invece oggi il sapere scientifico acquisito in oltre un secolo viene rinnegato e strumentalmente piegato a fini politici di controllo e dominio antidemocratico, oltre che di bieco profitto. I cittadini sono ostaggio di logiche perverse che calpestano i diritti umani e i principi fondanti l'Unione europea.

Questo Parlamento sinora ha ingrassato con soldi pubblici i bilanci delle multinazionali seguendo le tesi di scienziati vicini ai governi. Là fuori c'è il popolo europeo che grida e chiede libertà e uguaglianza. Per quanto tempo ancora, colleghi, volete fingere di non sentire?

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

Siegfried Mureșan (PPE). – Mr President, President von der Leyen, Minister, people in the European Union are concerned. People are watching and are feeling the increase in energy prices. People are seeing the pressure on the external border of the European Union to Belarus. They are following the developments in Ukraine. And they see the emergence of a new COVID-19 variant.

In this situation, we as the European Union, need to clearly tell people that the European Union helps, the European Union has solutions and the European Union offers solutions to the problems that the people are facing. The European Union has always helped during crises in recent years. During the economic crisis, no country in difficulty 10 years ago was left alone. When Brexit occurred, we were united and we protected the rights of every single EU citizen in the United Kingdom. And during the COVID-19 crisis, many forms of support occurred, vaccines is just one of them. With the vaccine, it is like with the safety belt in a car: for sure, you are better protected with the vaccine than without it.

The European Union has always helped. It helps now, and it will also help in the future. The actions which we are undertaking now, for example, in the field of energy, will make sure that people are better protected. The reform of the EU gas market rules will prevent such developments in the future. Joint procurement and joint gas reserves will allow us to use gas when it is needed and where it is needed. In the transition from coal to renewable green sources of energy, we need to recognise that for some countries, gas is the only solution. I call on the Commission, when it will put forward its proposals on taxonomy, to recognise that gas based on new and modern technologies, of course.

And as today – just to conclude – the Eastern Partnership summit takes place, we also need to say that helping countries in the Eastern Partnership means helping ourselves. We can only live in safety within the borders of the EU if we are surrounded by countries which also are safe and secure.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono tanti i temi all'ordine del giorno del Consiglio di domani e ci sono due punti che voglio sottolineare su tutti.

Primo: Covid. Siamo nel pieno della quarta ondata e purtroppo non siamo ancora fuori da questa pandemia come avremmo voluto. Non siamo nella situazione di un anno fa, grazie anche al lavoro di tutti, ma non dobbiamo abbassare la guardia e dobbiamo mettere in atto tutte le azioni utili a contrastare questa pandemia, a partire dalle vaccinazioni.

La decisione della Commissione di centralizzare gli acquisti ha permesso a tutti gli Stati alle stesse condizioni di avere i vaccini necessari per le dosi, ma non in tutti gli Stati abbiamo le stesse percentuali di persone vaccinate. Pur nel rispetto dell'autonomia degli Stati, dobbiamo però creare le condizioni per una maggiore armonizzazione in Europa, procedere velocemente con le terze dosi e con campagne di informazione basate sui dati per convincere le persone ancora reticenti.

Arrivo al secondo punto. Se riusciremo a contenere l'epidemia senza nuove chiusure e *lockdown*, anche aiutati dall'uso estensivo del Covid Pass, come avviene in molti paesi europei, riusciremo allora a far ripartire non solo le nostre vite normali, ma anche le nostre economie.

C'è però un dato che rischia di penalizzare la ripresa, si chiama aumento dei prezzi dell'energia. Agire sulle imposte che gravano sulle bollette e calmierare i prezzi sono sicuramente strade valide che i singoli Stati stanno attuando per dare ossigeno alle famiglie e alle piccole imprese, ma serve un'azione coordinata a livello europeo, a partire dalla possibilità di acquisto e stoccaggio comune del gas, mentre portiamo avanti con determinazione l'attuazione del Green Deal con l'aumento delle rinnovabili e l'efficienza energetica, per ridurre la nostra dipendenza dall'estero e dalle fonti fossili.

Ci aspettiamo segnali decisi in questo senso dalla prossima riunione del Consiglio, che diano un senso e per iniziare il 2022 con un ulteriore cambio di passo.

Luis Garicano (Renew). – Señor presidente, señorías, tras casi dos años de pandemia, me gustaría hacer dos cosas: en primer lugar, dar las gracias a nuestros ciudadanos que tanto han tenido que soportar y aguantar y, en segundo lugar, prometerles que haremos lo necesario para acabar con esta pesadilla. Gracias a todos los que habéis cumplido con las interminables restricciones; gracias a los que os habéis quedado en casa para cuidar de vuestras familias; gracias a los trabajadores que habéis evitado que nuestras vidas se paren, particularmente los médicos, los enfermeros y el personal sanitario; gracias a los empresarios y autónomos que también han sacado adelante sus negocios a pesar de todos los obstáculos, y gracias a quienes os habéis vacunado, especialmente; gracias si no habéis caído en las mentiras de los antivacunas.

Pero, señorías, señora presidenta de la Comisión, señor ministro, todo eso no es suficiente: nuestros ciudadanos están cansados y no solo quieren vivir, quieren poder volver a disfrutar de sus vidas, y nuestro trabajo es darles las herramientas para ello, y creo que hacen falta dos cosas, fundamentalmente. La primera, se han nombrado muchas veces, son las vacunas, las vacunas paran la infección, pero sobre todo disminuyen la gravedad de la enfermedad: tenemos que vacunar a todo el mundo con la tercera dosis, tenemos que seguir luchando contra los antivacunas y tenemos que vacunar al mundo. Señorías, no estaremos seguros hasta que todos no lo estemos, pero, en segundo lugar, esto es muy importante, tenemos que tener la suficiente capacidad médica, hospitalaria, de enfermeros, de situación general del sector sanitario para no tener que volver a confinar, tenemos que poder soportar ola tras ola, si desgraciadamente vienen más, sin volver a restringir las libertades de nuestros ciudadanos. En definitiva, más vacunas y más inversión en sanidad.

En este momento del año es importante que recuperemos la ilusión por disfrutar la vida, y, en ese sentido, ¡feliz Navidad a todos y feliz año 2022!

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, we were already warned of the dangers of vaccine inequality. We already knew that in a highly interconnected world like ours, no one would be truly safe until everyone is safe. The longer it takes to achieve high rates of vaccination on a global scale, the greater the likelihood the new variants emerge that this become more resistant to existing vaccines. When you look at real numbers, the comparison between vaccination rates with high-income countries and low-income ones, particularly Africa, is frightening.

They tell us about a moral failure. While many people here are getting their third jab, around 90% in Africa haven't even got one dose yet. Meanwhile, COVAX, the global mechanism that was supposed to facilitate equal sharing of vaccines, is failing to meet its goals, despite the EU being at the forefront of global efforts. This is not enough.

Lack of real solidarity will only make this pandemic last longer. We need to send a supply of vaccines faster, overcome bottlenecks in deliveries and open up production to developing countries while also fighting against the other pandemic, the disinformation pandemic.

A temporary lifting of intellectual property rights on COVID-19 vaccines, as this Parliament has called for, would make vaccine protection more global, faster and cheaper, thus giving the virus fewer chances and less time to mutate into new variants. Unfortunately, this waiver is still being blocked, amongst others, by the EU.

We are now entering the third year of our lives with COVID. It is about time to look at the pandemic as a global reality, and to vaccines as a global public good. It is time to learn the right lessons from this pandemic and to be better prepared when others come.

Nicolas Bay (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, avec la hausse des prix de l'énergie, de nombreux Européens auront du mal à se chauffer cet hiver. La folie verte qui s'est emparée de Bruxelles et qui risque de s'aggraver avec le nouveau gouvernement allemand veut exclure le nucléaire des énergies permettant de lutter contre les émissions de carbone, alors que c'est pourtant la grille de lecture unique – et d'ailleurs un brin réductrice – de la Commission en matière d'écologie.

Il est vrai que les énergies dites renouvelables, éoliennes notamment, à la fois coûteuses, intermittentes et plus polluantes qu'on ne le dit, sont souvent de juteux marchés dont certains profitent en prétendant sauver la planète. Le nucléaire est pourtant une énergie propre, décarbonée et la moins chère. Elle est maîtrisée par une ingénierie de pointe, filière d'excellence européenne et notamment française. Emmanuel Macron prétend aujourd'hui s'en rendre compte, enfin, après avoir cependant pris la décision totalement irresponsable de fermer la centrale voisine de Fessenheim. Ôtez donc vos œillères, cessez de refuser dogmatiquement le nucléaire, une énergie d'avenir pour assurer l'indépendance et le pouvoir d'achat des Européens.

Mais produire de l'électricité à coût raisonnable ne suffit pas. Il nous faut aussi des partenaires pour un approvisionnement abondant en gaz naturel pas cher. Et ne vous en déplaise, le principal de ces partenaires – car il n'est évidemment pas question d'être dépendant de quiconque et donc à la merci d'une source unique – est la Russie.

Il est indispensable, pour notre sécurité énergétique et le portefeuille de nos citoyens, que nous sortions de la spirale infernale des sanctions, générant elles-mêmes des embargos, de cette folle et absurde politique de nouvelle guerre froide que Bruxelles mène depuis des années.

Malgré ses agressions et injures permanentes, vous commercez avec la Turquie. Malgré la duplicité dont ils savent souvent faire preuve, vous échangez avec la Chine et les États-Unis, qui défendent d'ailleurs leurs propres intérêts, ce qui n'est d'ailleurs pas en soi critiquable.

Mais vous refusez de façon irrationnelle toute relation apaisée avec la Russie. Bien sûr, la souveraineté de nos nations, l'intégrité territoriale des pays européens ne sont pas négociables. Mais une fois ces limites posées, il faut savoir dialoguer afin de trouver des accords politiques, économiques, commerciaux mutuellement bénéfiques.

Si vous voulez que la Russie nous laisse tranquille, laissez-la tranquille en retour et commerçons avec elle: notre proximité civilisationnelle et nos intérêts communs, énergétiques notamment, devraient nous y inciter.

Beata Szydło (ECR). – Panie Przewodniczący! Już za kilka dni będziemy cieszyć się Bożym Narodzeniem, będziemy świętować narodzenie Chrystusa, ale dla wielu Europejczyków te święta są pełne obaw. Chcą się cieszyć, chcą się radować, spędzić je razem ze swoimi rodzinami, ale jednocześnie martwią się, ponieważ Europa przeżywa w tej chwili bardzo wiele kryzysów. Ten, o którym tutaj tak dużo mówiono, związany z pandemią, ten, który związany jest z zagrożeniem naszej granicy ze strony reżimu białoruskiego i Putina, i też wreszcie to, że Europa bardzo ubożeje, ubożeją Europejczycy. Europejska gospodarka zaczyna mieć poważne problemy. I na tym chciałabym się przede wszystkim skoncentrować.

Przede wszystkim należy zastanowić się, dlaczego tak się dzieje. Państwo mówicie o tym, że potrzebne jest przyspieszenie tych ambitnych celów energetycznych, klimatycznych. Tak, wielokrotnie to podkreślamy: klimatu trzeba bronić, trzeba go ratować, trzeba wprowadzać takie zmiany, które dadzą przyszłym pokoleniom lepsze życie. Ale nie może odbywać się to kosztem Europejczyków. Nie może to odbywać się na zasadzie romantycznych wyobrażeń, że pakiet „Fit for 55” zmieni wszystko na lepsze.

Nie, on nie zmieni tego na lepsze. On doprowadzi do jeszcze większych problemów i zubożenia Europejczyków. Dlatego przede wszystkim musimy skoncentrować się na rewizji tego pomysłu. Musimy zastanowić się, czy te pomysły, które tam zostały zawarte, służą Europejczykom, czy są przeciwko nim. Dziękuję bardzo. Wszystkiego dobrego z okazji świąt Bożego Narodzenia.

Δημήτριος Παπαδημούλης (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, Κύριοι του Συμβουλίου και της Κομισιόν, η αναζωπύρωση της πανδημίας αποδεικνύει ότι είναι πιο ανθεκτική από ό,τι υπολογίζεται και, γι' αυτό, η επιτάχυνση του εμβολιασμού, όχι μόνο στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αλλά στον παγκόσμιο πληθυσμό, είναι πρώτη προτεραιότητα. Είναι μονόδρομος, γιατί, όσο η Αφρική έχει ποσοστά εμβολιασμού 7 %, γίνεται εργαστήριο μεταλλάξεων, όπως η Όμικρον που ξεκίνησε από την Μποτσουάνα και απειλεί την παγκόσμια υγεία αλλά και την οικονομία.

Γι' αυτό πρέπει να προχωρήσει επιτέλους η άρση της πατέντας για τα εμβόλια και το εμβόλιο να γίνει πανηθικό δημόσιο αγαθό. Το ζητά η πλειοψηφία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Το ζητούν περισσότερα από 100 κράτη μέλη του Παγκόσμιου Οργανισμού Εμπορίου. Το ζητούν 60 νομπελίστες. Πρέπει η Κομισιόν και το Συμβούλιο να βάλουν πάνω από τα συμφέροντα των Big Pharma την αξία της ζωής και της δημόσιας υγείας, με τη ζωή και τη δημόσια υγεία κόντρα στα συμφέροντα των πολυεθνικών. Αυτό που πρέπει να κάνετε στη σύνοδο κορυφής.

Tamás Deutsch (NI). – Elnök Úr! Európa évek óta háborúban áll az illegális migráció áradatával, és az illegális migrációt támogató, bevándorláspárti erőkkal. Európát ebben a harcban kizárólag a tagállamok védik. A brüsszeli bürokrácia kedvezőbb esetben csupán tehetetlenkedik és akadékoskodik, rosszabb esetben viszont hátba támadja az Unió külső határait, az európai emberek millióit megvédő tagállamokat. Mindeközben napnál világosabb, hogy az európai menekültügyi és migrációs rendszer működésképtelen. Sürgősen olyan uniós szabályozás kell, amelyik gátat vet végre az illegális határátlépéseknek és a menedékjoggal való tömeges visszaélésnek.

A Bizottságnak pedig segítenie kell a határokat erejük megfeszítésével védő tagállamoknak, mégpedig úgy, ahogyan azok szeretnék. A Bizottság eddigi javaslatai ugyanis pont az ellenkező irányba mennek: minden bennük van, ami nem kell, de semmi nincs bennük, ami viszont kell a határvédelemhez. Európa csak úgy maradhat a béke és a biztonság kontinense, ha megvédi polgárait az illegális migráció fenyegetésétől.

Dolors Montserrat (PPE). – Señor presidente, el año 2021 llega a su fin y es hora de hacer balance. Desde el Parlamento Europeo hemos defendido el Estado de Derecho y la democracia dentro y fuera de la Unión. A través de los Fondos Europeos hemos defendido la recuperación económica y la solidaridad. Y luchando contra la pandemia hemos dado un paso decisivo hacia la Europa de la Salud.

Sin embargo, no son pocos los retos que aún tenemos por delante. Debemos ganar la batalla contra el virus luchando contra la desinformación y las fake news, que son terribles aliados de la COVID, y debemos redoblar los esfuerzos para ayudar a vacunar al resto del mundo. Solo así conseguiremos alcanzar la vacunación tan necesaria.

Por otra parte, los Fondos de Recuperación son una gran responsabilidad. La gestión de ingentes recursos debe ir acompañada de transparencia y control en la ejecución de los Fondos en cada Estado miembro. Solo así evitaremos ineficiencias, clientelismos o corruptelas y, solo así, conseguiremos modernizar nuestras economías y crear empleo. No se puede derrochar un euro público en un momento en que la vida se encarece para millones de familias. Ha aumentado el precio de la cesta de la compra y la factura de la energía.

Y defender el bienestar de los europeos supone también defender nuestras fronteras en Ceuta, Polonia o Grecia frente a las amenazas y ataques híbridos de aquellos que quieren desestabilizar nuestra Unión utilizando el drama humano de la migración. Por ello, más que nunca, también debemos trabajar todos juntos por un pacto común de migración.

Señores del Consejo, están en juego nuestros valores y nuestras libertades. Trabajemos unidos y con firmeza. Y les deseo una Feliz Navidad a todos.

Marek Belka (S&D). – Panie Przewodniczący! Odpowiedzią na globalne wyzwania, które tworzy covid, mogą być jedynie solidarność oraz odpowiedzialność. Jest dla mnie oczywiste, że powinniśmy przekazywać więcej szczepionek dla krajów rozwijających się. Tego samego oczekujemy od innych światowych liderów. Jeśli nie zaszczepimy większości światowej populacji, nigdy nie uwolnimy się od strachu.

Walka z pandemią wymaga od nas również większej odpowiedzialności. Gdy w całej Unii 77% obywateli jest już w pełni zaszczepionych, w Polsce ten odsetek wynosi niewiele ponad 50%. Odmowa szczepień zwiększa ryzyko hospitalizacji i ciężkiego przebiegu choroby. Przeciążone szpitale i przeciążeni lekarze nie mogą nieść pomocy innym potrzebującym. Apeluję do polskich władz o podjęcie zdecydowanych działań w dziedzinie promocji szczepień oraz wprowadzenia ograniczeń dla niezaszczepionych. Ratowanie życia ludzkiego, a nie polityczna kalkulacja, muszą stać na pierwszym miejscu działania każdej władzy. Dość waszej gry na zwłokę i waszego programu 500 plus... zgonów dziennie. Tylko odpowiedzialna współpraca rządu i obywateli może pokonać pandemię. Tylko tak udowodnicie, że każde życie jest dla was naprawdę cudem.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, signor Vicepresidente della Commissione, il Covid non è ancora battuto, ma dobbiamo riconoscere che su questa grave crisi sanitaria l'Europa ha mostrato uno dei suoi lati migliori.

L'acquisto comune di vaccini, il Green Pass, NextGeneration EU rappresentano tre esempi virtuosi di un'Europa reattiva che affronta e risolve i problemi. Dobbiamo continuare su questa strada, stimolando la vaccinazione, lavorando su un quadro giuridico che garantisca la libertà di circolazione delle persone, evitando scelte nazionali che possano minare questo principio cardine, distinguendo infine i diritti di chi ha scelto responsabilmente di vaccinarsi e quindi di tutelare se stesso e la collettività da chi sceglie di non farlo.

Ci aspettiamo, signor Ministro, che i governi europei diano risposte chiare su questo, così come ci aspettiamo impegni precisi per rispondere alla crisi dei prezzi dell'energia, da un lato portando avanti gli impegni sulle energie rinnovabili e l'efficienza energetica con il pacchetto «Fit for 55» e dall'altro procedendo ad acquisti congiunti per incrementare lo stoccaggio di energia e ridurre la dipendenza da paesi terzi.

Le buone notizie e le buone intenzioni finiscono qui. La questione migratoria continua a rimanere la più grande vergogna che pesa sulle nostre spalle. Cosa stiamo aspettando? Il Parlamento negli ultimi anni ha fatto la propria proposta. Cosa stanno aspettando i capi di Stato e di governo? Ai confini di Polonia e Bielorussia, nei campi di Lesbo, sulle navi del Mediterraneo, da salvare non ci sono solo le vite umane, ma anche l'anima dell'Europa, senza quella verrà meno il nostro futuro. Buon Natale e buon anno a tutti.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Mr President, in the light of tomorrow's European Council, I have two major request. Firstly, we need to urgently support the TRIPS waiver, a TRIPS waiver on all COVID-19 medical tools, not only vaccines. I am very disappointed about the cancellation of the last WTO ministerial conference and dissatisfied with the EU's counterproposal, a counterproposal which is a diversion manoeuvre and which by no means addresses inequality.

I am calling on all Member States to finally make the choice in favour of solidarity, public health and equality. Secondly, we have to tackle vaccine hesitancy and disinformation. Life expectancy in the EU overall decreased by more than eight months between 2019 and 2020. Some countries have not seen such a big decrease since World War II.

Let's be clear: vaccines prevent deaths. We need more effective vaccine campaigns and information actions. Vaccine campaigns which target the right person and that establish a community dialogue to generate better understanding about COVID-19 vaccines.

Jörg Meuthen (ID). – Herr Präsident, werte Kollegen! Wir sprechen heute über die Antwort der EU auf das Wiederaufflammen der COVID-19-Pandemie. Wie das Europäische Parlament auf die grassierende vierte Welle und die neuen Varianten des Virus antwortet, erleben wir, verehrte Kollegen, gerade am eigenen Leib. Rekordinzidenzen und teilweise Notstand auf den Intensivstationen schrecken hier offenbar niemanden.

Wie üblich ist das Parlament mit tausenden Abgeordneten und Mitarbeitern auch diesen Monat für vier Tage von Brüssel nach Straßburg gezogen. Dieses zutiefst fragwürdige Ritual ist in diesen schweren Zeiten nicht mehr allein eine empörende Verschwendung von Steuergeld, sondern in diesen Zeiten ist es überdies ein Angriff auf die Volksgesundheit. Während überall in Europa die Maßnahmen wieder verschärft und Grundrechte von Menschen erneut eingeschränkt werden, tourt das EU-Parlament fröhlich durch die Lande und veranstaltet somit sein ganz eigenes *Superspreader-Event*. Das ist der blanke Hohn.

Noch viel mehr verhöhnt müssen sich die Bürger allerdings vorkommen, wenn Kommissionspräsidentin von der Leyen nun eine EU-weite Impfpflicht fordert. Hat nicht vor wenigen Monaten erst das Versagen der Kommission bei der Impfstoffbeschaffung den Beweis dafür geliefert, dass eine Delegation von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren des Virus auf der Ebene der EU alles andere als ein Erfolgsmodell ist? Ist dieses Versagen bereits vergessen? Soll jetzt durch die nächste grundfalsche Übertragung der Kompetenzen an die Kommission der nächste Beweis dafür geliefert werden? Vor allem aber: Eine allgemeine Impfpflicht ist ganz sicherlich nicht die Lösung – nicht national und schon gar nicht europaweit.

Die Einführung einer Impfpflicht gegen dieses Virus ist medizinisch nicht zielführend, rechtlich ein unzulässiger Eingriff in die Grundrechte und ethisch schlicht indiskutabel. Die Politik muss Vertrauen schaffen, nicht zerstören. Drohungen, Ausgrenzung und Zwang, wie wir es alle derzeit erleben, sind gänzlich kontraproduktiv. Wer eine Impfpflicht fordert, hilft nicht bei der Pandemiebekämpfung, sondern spaltet unsere Gesellschaft weiter und tritt die Freiheitsrechte der Bürger mit Füßen.

Ich sage es deutlich: Wer sich impfen lassen möchte, muss jederzeit und überall die Möglichkeit dazu haben. Wer sich dagegen entscheidet, hat das unveräußerliche Recht dazu. Deshalb sagen wir: Ja zur Eigenverantwortung, ja zur Freiheit!

Robert Roos (ECR). – Mr President, 'democracies give people the freedom to say, to do and to choose'. President von der Leyen, those are the words you spoke at the Summit for Democracy on 8 December. But, on 1 December, you said: 'the EU must consider mandatory COVID jabs'.

If the freedom to choose is taken away, you take away democracy. Vaccination is unfortunately not the solution we hoped for. After six months, two shots of Pfizer give exactly zero protection against Omicron, scientists say. Scientists also disagree on vaccination for young and healthy people. It is insane to make this mandatory. And how about transparency? Why are the vaccine contracts between the European Commission and the vaccine manufacturers so secret? This is a matter of public interest, so release this information, President von der Leyen!

Dear colleagues, we are the representatives of the people, and I will defend democracy and the rights of all citizens, vaccinated and unvaccinated. It's our duty to defend this and I count on you to do the same. I wish you all Merry Christmas.

Marisa Matias (The Left). – Senhor Presidente, as novas variantes de COVID-19 não pararão de surgir a não a ser que se tomem as medidas necessárias para vacinar o mundo. O egoísmo dos países ricos está a fazer-nos recuar a todos. É, por isso, urgente que se libertem as patentes e que se deixe mesmo vacinar o mundo.

Internamente é preciso que se permitam investimentos a sério nos serviços e sistemas de saúde. Os profissionais de saúde têm sido incansáveis e continuam a trabalhar sem meios nem recursos. Fazemos estes pedidos desde o dia 1 e não vamos parar de os fazer.

Quanto aos preços da energia é urgente rever as regras do mercado da eletricidade. Não podem ser as grandes companhias a autorregular os preços. Nas últimas décadas as empresas de eletricidade tiveram total impunidade para fixar os preços e também para comprar boas vontades políticas. A situação do poder oligárquico em que operam as grandes produtoras de eletricidade leva a que 34 milhões de famílias da União Europeia não consigam aquecer as suas casas.

A questão fundamental é: a União Europeia quer efetivamente agir ou prefere continuar a fingir?

Milan Uhrík (NI). – Vážený pán predsedajúci, po dvoch rokoch lockdownov, zákazov, rúšok, Covid pasov a vakcín je situácia v celej Európe horšia ako kedykoľvek predtým. Myslím si, že je úplne evidentné, že pri týchto obmedzeniach a opatreniach už nejde o vírus a že z epidémie nás nevytiahnu. Možno 20 % tých obmedzení je naozaj zameraných na boj proti epidémii, ale zvyšných 80 % je politika, zavádzanie cenzúry a kontroly nad občanmi a nehorázny farmaceutický biznis. Všetci hovoria, treba sa očkovať, očkovať, očkovať. Kto sa nedá zaočkovať, je pomaly ako zločinec. Ja sa však pýtam, kam zmizla prirodzená imunita? Tá už neexistuje? Či z nej nie sú nejaké provízie? Prečo Európska únia neuznáva certifikáty o protilátkach, ako ich napríklad uznávajú vo Švajčiarsku? Prečo sa povinne nezverejňuje priemerný vek obetí Covid-u, aby bolo jasné, že to násilné očkovanie najmä mladších a detí je absolútne nezmyselné? Vážení páni z Európy, pán Šefčovič, chcete bojovať proti epidémii? Tak, prosím vás, prestaňte slúžiť farmaceutickým korporáciám, začnite bojovať proti vírusu, začnite liečiť chorých a prestaňte šikanovať zdravých.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente Šefčovič, a reunião do Conselho de amanhã começa por tratar temas fundamentais para a estabilidade, a segurança e a paz na Europa. A questão do ataque híbrido na Bielorrússia com a instrumentalização dos migrantes é uma questão fundamental em que a Europa, juntamente com o Reino Unido e com os Estados Unidos, não pode, em caso nenhum, fazer cedências. O mesmo vale para a questão ucraniana e para a ameaça de Putin à paz e à estabilidade na Europa que é hoje posta em causa pelo governo russo e pela liderança de Putin.

Também aqui quando olhamos para a defesa no Conselho de amanhã temos de coordenar melhor os esforços da União Europeia com a NATO e fazer da União Europeia naturalmente uma potência de defesa, mas sempre coordenada e no interior da NATO. Falando da Rússia isso tem impacto claro sobre os preços da energia. Sabemos que eles não param de aumentar, que hoje estrangulam as famílias e posso dar o caso de Portugal onde o governo continua, na área dos combustíveis, na área do gás, a dar aos portugueses um inverno que será um inverno insustentável sob o ponto de vista dos preços.

Uma palavra final para a África, para a cimeira com a União Africana que finalmente terá lugar a 17 e 18 de fevereiro, onde a questão do desenvolvimento, a questão da segurança e do terrorismo, das alterações climáticas, das migrações, estará naturalmente em causa, mas onde tem também de estar em causa a solidariedade com o continente africano na vacinação e nomeadamente o combate à pandemia. Sem a terceira dose na Europa, mas sem a primeira na África, não haverá resolução da pandemia. Um Feliz Natal e um Próspero Ano Novo a todos é o meu desejo.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Den globala smittspridningen fortsätter att vara mycket allvarlig, och vaccinationsgraden är långt ifrån tillfredsställande. Tillgången till vaccin i delar av världen är oacceptabel. I Afrika är den 4 procent.

EU måste fortsätta att ta ett starkt ledarskap som präglas av koordinerade insatser. När nya varianter av viruset dyker upp måste vi agera. Vi måste öka ansträngningarna för att garantera tillgången till vaccin för alla, både inom unionen och globalt. Vi vet att vaccinering är helt avgörande för att få stopp på pandemin. Därför är det viktigt att alla invånare får korrekt information och tar sitt fulla ansvar.

Hanteringen av pandemin måste präglas av solidaritet och samarbete. Det är bara så vi kan lösa det tillsammans. Nu måste vi ha tålamod, ta vara på våra lärdomar och fortsätta arbetet med full kraft för att bekämpa pandemin.

Samira Rafaela (Renew). – Voorzitter, de wereldwijde vaccinatiegraad is en blijft te laag en de EU blijft concrete oplossingen die aangedragen worden, blokkeren, zoals het tijdelijk opheffen van patenten op vaccins. En wat doen we dan wel? Op papier deelt de EU 350 miljoen vaccins met de wereld. Het echte, eerlijke verhaal is dat er slechts 118 miljoen vaccins gedeeld zijn, en dat is veel te weinig in een pandemie.

Dit is niet het eerste debat over hoe de EU bijdraagt aan de uitbanning van corona wereldwijd, en zeker niet het laatste. Maar het is tijd voor meer transparantie in de discussie. Transparantie is essentieel voor democratische controle, maar ook voor de mensen wereldwijd die zich afvragen of ze op de EU kunnen rekenen.

Ik roep de Commissie en lidstaten op om volledige openheid te geven over waar we nu staan, openheid over donaties, levering en de distributieproblemen in de derde landen en eventuele handelsbarrières, maar vooral ook openheid over de contracten met de farmaceutische bedrijven. Democratische controle is essentieel, zeker in een crisis. Het is tijd voor verantwoordelijkheid en openheid.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Mr President, while the tension at Ukraine's border is, for very good reasons, on the agenda tomorrow, there's another crisis with the potential to destabilise our neighbourhood, but we appear to be asleep. For months now, the Bosnian Serb leader, Milorad Dodik, has been violating the Dayton Agreement and the constitutional order of Bosnia. Last Friday, he took the latest concrete step towards secession.

The EU policy of appeasement does not work and even seems to legitimise his demands and undermine legitimate institutions. This is a direct slap in the face for all Bosnian people fighting for their country's democratic future. We need an urgent shift of our Bosnian policy with our common values at its absolute core, and this starts by sanctioning those responsible for the current crisis.

I urge the Council, therefore, to add the crisis in Bosnia to its agenda and take the EU responsibility to bring Bosnia and Herzegovina closer to our Union.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, l'hystérie au sein de cette Union européenne continue. Depuis près d'un mois, on ne parle plus avec horreur que du variant Omicron, qui est pourtant moins dangereux que la grippe et n'a provoqué à ce jour aucun décès dans l'Union européenne.

C'est en manquant par la peur et en multipliant les mesures liberticides que l'on veut aujourd'hui vacciner nos enfants. À l'instar de notre premier ministre français, Jean Castex, qui n'hésite pas à accuser ignoblement sa propre fille de 11 ans de l'avoir contaminé. Car même si elle avait été vaccinée, tout le monde sait bien qu'elle aurait pu tout de même le contaminer.

Pour nous, c'est définitivement un non à la vaccination obligatoire pour nos enfants. Je vous entends sans cesse parler du risque de la prétendue extrême droite, mais c'est pourtant bien dans nos démocraties qu'il faut un document d'État pour aller au cinéma ou boire un café. Alors, quel scandale! Arrêtez de perdre la raison, s'il vous plaît! Stop à la ségrégation et stop à la stigmatisation des non vaccinés. Comme le propose Marine Le Pen, faisons le choix de convaincre plutôt que de contraindre. Appelons-en à la responsabilité et concentrons-nous sur la pédagogie et sur les traitements. Il est temps de retrouver la raison et nos libertés.

Assita Kanko (ECR). – Voorzitter, "Being powerful is like being a lady. If you have to tell people you are, then you aren't", zei Thatcher. Het probleem met de EU is dat ze veel te vaak moet benadrukken dat ze macht heeft. Is het u ook opgevallen dat dit steeds minder indruk maakt? Het ruikt vooral naar vergane glorie. Een beetje deprimerend toch? Zal deze laatste Europese Raad van het jaar de eerste worden voor hoop en daadkracht? Of komt er niets anders onder de kerstboom dan holle woorden en symboolpolitiek?

Dames en heren, deze Commissie is ambitieus. Gelukkig maar, maar niet daadkrachtig. Jammer genoeg. Hoe zal de Raad bijdragen om de lang verwachte vooruitgang te boeken inzake migratiedossiers, vrouwenrechten, energie of onze positie in de wereld? China palmt Afrika in. De EU voelt de hete adem van Poetin in haar nek. De vernedering door Erdoğan gaat door. En het is niet de arrogantie van de Amerikanen die ons voor schut zet, maar de naïviteit van de hoge vertegenwoordiger, de interne verdeling binnen de EU en de koehandel in dit huis.

Zal Frankrijk hier verandering in brengen en de burger weer vertrouwen geven? “Relance, puissance, appartenance”, kondigde president Macron aan over de prioriteiten van het komende voorzitterschap. Puissance? Zal Macro dan zijn beloftes van de vrouwenrechten versus religieus extremisme waarmaken op EU-niveau? Dat moet het nieuwjaarsvoornemen zijn en liefst eentje waar men zich wel aan houdt. Anders zijn wij de kalkoen op kerstavond. “But don’t mention Christmas they say ...”

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhor Presidente, depois de ter empurrado os Estados para a liberalização e privatização do sector energético retirando-lhes este importante instrumento de soberania e de intervenção em favor das famílias, das empresas e da economia, a UE vem dizer-lhes que devem ser elas a pagar a fatura dessa opção, o que só vem confirmar a necessidade de recuperação do controlo público deste setor.

De resto, a persistência intransigente da UE na salvaguarda dos interesses das multinacionais bloqueando a suspensão das patentes, contribuindo para o atraso global na vacinação com as consequências daí decorrentes. A resposta à crise através de planos de recuperação definidos sobre o espalhamento da condicionalidade política sem responder a muitos dos problemas estruturais com que países como Portugal se confrontam.

A insistência na natureza militarista e agressiva da UE e a obstinação numa política de ingerência e afronta a países soberanos, ao arrepio do direito internacional.

É este o curso da UE. Um rumo desligado da realidade, do progresso social, do desenvolvimento soberano e da paz.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Monsieur le Président, la réponse à la résurgence mondiale de la pandémie et le sommet avec l’Union africaine au début de 2021 sont des enjeux intimement liés du prochain Conseil européen. En effet, la pandémie réapparaît en grande partie à cause du variant Omicron, qui a commencé en Afrique, où le taux de vaccination est de 7 %. Et nous savons que la probabilité que de nouveaux variants du virus apparaissent là où le taux de vaccination est si faible, est immense.

L’Afrique, et surtout l’Afrique du Sud, exhorte l’Union européenne à lever temporairement les brevets sur les vaccins et les technologies connexes. Mais l’Union européenne dit non. C’est ça notre proposition de partenariat avec l’Union africaine? L’argument selon lequel la levée n’accélèrera pas les processus de vaccination du continent est faux. L’Afrique compte au moins six usines prêtes à produire des vaccins à ARN messager en quelques mois et cela permettrait d’accéder en masse aux vaccins à prix coûtant et consacrer les ressources du continent à améliorer ses réseaux logistiques. Mais si cet argument était vrai, ce serait une raison de plus pour suspendre les brevets. Parce que dans ce cas, l’industrie pharmaceutique n’a rien à craindre, car personne ne pourra la concurrencer. Le variant Omicron a forcé la suspension de la réunion de l’OMC, où l’Union européenne allait violer le mandat de ce Parlement. Nous avons encore le temps de rectifier et de faire ce que les intérêts globaux de la planète, les intérêts de l’Afrique et les intérêts de l’Union elle-même exigent de nous.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, the emergence of new variants has caused much worry. Yes, it has been almost two years since COVID-19 emerged, but it has also been two years of experience and lessons learned. President Ursula von der Leyen has said that we need to be prepared to act quickly and that we need to have the right tools in place for the public. This could not be more true. More than ever, we need a strong EU response to address new variants.

To do this, we must address the elephant in the room: increasing vaccine deployment in the developing world. While we have done a lot, we need to urgently remove bottlenecks in the sharing and administration of vaccines, but not just this – the sharing of information and know-how also. Without redoubling our efforts in this area, we risk seeing emerging variants with every letter of the Greek alphabet, with all the devastation that comes with them.

I was happy to see that our President mentioned the need to spare no effort to overcome vaccine hesitancy and fight disinformation. It fills me with immense pride at how much Irish people have accepted their social responsibility in taking the vaccines. However, disinformation on vaccines will have long-term implications in society, eroding public trust in governments and creating a conspiracy-theory infrastructure that has successfully consumed individuals who would otherwise never have gone down this dangerous path.

Mohammed Chahim (S&D). – Voorzitter, we blijven maar weerkijken van een wereldwijde aanpak, met steeds het risico dat er straks een mutatie komt waar we niet meer tegen beschermd zijn. En zo zijn we terug bij af.

De enige weg uit deze crisis is iedereen de kans te geven om zich te laten vaccineren. En daarbij speelt het delen van kennis en licenties een belangrijke rol. Maar we horen steeds dezelfde argumenten: producenten die zeggen dat het onmogelijk is om de productie op korte termijn op te schalen, en producenten die stellen dat het niet mogelijk is aan andere producenten hun recept uit te besteden, omdat het maken van het medicijn zo nauw luistert.

Het probleem zit nu niet alleen bij vaccins, maar ook bij medicijnen die helpen tegen ontstekingen bij COVID – medicijnen die nu door reumapatiënten worden gebruikt. Er dreigt een wereldwijd tekort. Dit tekort werd in september al voorspeld en de levering voor januari is niet gegarandeerd. En dit heeft zowel gevolgen voor reumapatiënten als voor COVID-patiënten. Voor de laatste groep is er gewoon geen alternatief.

Keer op keer hebben we in het Parlement gesproken over het vrijgeven van patenten en keer op keer wordt deze steeds luider wordende roep genegeerd. We leveren niet eens onze beloofde vaccins. Wanneer wordt er ingegrepen? Wanneer gaan we kiezen voor een einde van deze crisis in plaats van de eigendomsrechten van producenten? Laat ik eindigen met een citaat van Winston Churchill: “It is not enough that we do our best; sometimes we must do what is required.”

Véronique Trillet-Lenoir (Renew). – Monsieur le Président, je ne vais pas lire ce que j'avais prévu de dire sur la crise sanitaire. De nombreux appels ont été lancés ce matin pour que notre société s'organise pour lutter contre les fausses informations.

Commençons ici, où il faut invariablement dénoncer la désinformation permanente venant de l'extrême droite de cet hémicycle.

Non, Monsieur Fitto, il ne vaut pas mieux guérir que prévenir. La prévention par la vaccination est médicalement, socialement, éthiquement et économiquement le meilleur moyen de lutter contre une pandémie.

Non, Madame Donato, ce n'est pas parce que les variants sont probablement moins agressifs qu'il faut lever les mesures barrières. C'est l'inverse, c'est parce qu'ils sont plus contagieux.

Et Monsieur Lacapelle, que de telles fausses informations soient diffusées au nom de la liberté du peuple est odieux. Parce que ce que vous défendez, c'est la liberté du virus de se propager.

Joyeux Noël!

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Mr President, dear Minister, dear colleagues, I think there's one country that was extremely successful when it comes to addressing some of the challenges related to Corona, and that is South Africa, where the scientists made a great job in sequencing the new variant, Omicron. And there's one country that was extremely transparent in this pandemic. That is South Africa, because it let the world know immediately about the new variant. And now the economies of South African countries are down again, after a careful recovery because the travel bans that have been introduced have hit the countries hard.

Yes, we need to fight the spread of the new variant. Yes, we need to make sure that EU citizens are protected from a new wave. But the EU needs to put in place proportionate measures instead of punishing the most transparent and co-operative countries. The EU needs to consult before we take decisions like travel bans, and also apply no stricter measures to certain countries just because they lie on the African continent. And last but not least, we finally need global vaccination justice and therefore finally an EU position in favour of the TRIPS waiver.

Joachim Kuhs (ID). – Herr Präsident! Vor dem Weihnachtsfest bekommen meine Frau und ich umfangreiche Wunschzettel von unseren Kindern. Dieses Jahr stehen allerdings ganz andere Sachen drauf als sonst, nicht die Puppenküche, nicht das Taschenmesser, nicht die Kletterausrüstung. Nein, die Kinder wünschen sich, dass sie wieder ohne Maske in die Schule gehen dürfen, dass sie sich nicht impfen lassen müssen, dass sie wieder mit Oma und Opa Weihnachten feiern dürfen. Es zerreißt mir das Herz, dass ich meinen Kindern diese Wünsche nicht erfüllen kann.

Wir aber könnten das, wenn wir endlich umkehren von diesem verrückten Krisenmodell, der Angst- und Panikmache. Ich wünsche mir, dass wir aus den Zahlen und Fakten wieder plausible und tragfähige Schlüsse ziehen. So können wir aus dem Vergleich der Mortalität von 0,23 % bei Covid-19 mit der Mortalität von 30 % bei Pocken erkennen, dass eine Impfpflicht bei Corona völlig unverhältnismäßig ist, zumal die Impfstoffe keine sterile Immunität bewirken können.

Liebe Kollegen, erfüllen wir unseren Kindern ihre Wünsche und beenden wir schleunigst die Spaltung der Gesellschaft! Uns allen wünsche ich gerade in diesen Zeiten ein gesegnetes und fröhliches Geburtsfest unseres Erlösers Jesus Christus.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, este documento me acredita a mí como español, y como español me otorga unos derechos que tiene reconocidos la Constitución de España: la libertad de movimientos o la libertad de trabajar.

Se dijo en esta sede que recuperaríamos la normalidad con la vacunación, y se compraron millones de dosis; que el certificado COVID digital de la UE era para facilitar desplazamientos, viajes y turismo entre Estados miembros, pero ¿dónde estamos ahora? El 80 % de la población adulta de la Unión Europea está vacunada, pero siguen criminalizando a familias, niños y jóvenes; el certificado COVID digital de la UE se utiliza para restringir libertades y para crear ciudadanos de primera y segunda categoría: aquí no puedes entrar, aquí no puedes comer, aquí no puedes ir a trabajar.

Están ustedes dinamitando la comunidad; ahora ya hablan de vacunación obligatoria, de multas y demás restricciones, pero seguimos sin conocer los contratos con las farmacéuticas ni el origen del virus y sin exigir responsabilidades a los verdaderos culpables de haber destrozado la vida de millones de europeos: es la nueva forma de hacer política, silenciar e imponer en lugar de informar y convencer, pero, miren, gobernar con el miedo es cosa de déspotas. Lo único que nos queda a los europeos es que no nos van a poder quitar la Navidad. ¡Feliz Navidad a todos!

Özlem Demirel (The Left). – Herr Präsident! Frau von der Leyen stellt sich hier hin und spricht über scheinbare hybride Bedrohungen, meint dabei aber Menschen auf der Flucht.

Sie schweigt aber über die wahren Gefahren, mit denen sich die Bevölkerung in der Europäischen Union herumschlagen muss. Mit der mangelhaften Gesundheitspolitik, mit sozialen Verwerfungen und der immer weiter auseinanderdriftenden Schere zwischen Arm und Reich. Sie spricht Tacheles gegen vermeintliche geopolitische Konkurrenten, schweigt aber, wenn es um *Big Pharma* und ihre grenzenlosen Profitinteressen geht. Nein, im Gegenteil, sie schützt sie sogar, indem sie eben nicht die Patentfreigabe fordert und sich dafür stark macht.

Wir reden immer wieder über die Pandemie, über neue Virusvarianten. Hier reden wir über die Booster-Impfung. In Afrika sind gerade einmal 7 % der Bevölkerung geimpft. Wir wissen doch alle: Wenn wir eine globale Pandemie bekämpfen wollen, dann müssen wir sie global angehen. Und dann reicht es nicht, ein paar Impfdosen nach Afrika zu spenden. Nein, wir müssen die Patente endlich freigeben, damit die Sicherheit und die Freiheit der Menschen geschützt sind und nicht immer nur die Sicherheit und die Freiheit des großen Kapitals.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážený pán predsedajúci, boj proti pandémie dnes pochopiteľne dominuje všetkým iným témam. Dnes viac ako inokedy si uvedomujeme, aká je dôležitá európska solidarita, spolupatričnosť a spolupráca. Preto veľká vďaka patrí všetkým, ktorí denne bojujú proti pandémie, najmä zdravotníkom v prvej línii, ale aj občanom, ktorí sa očkujú a poctivo dodržiavajú opatrenia. Chcem sa poďakovať aj vedcom a lídrom, ktorí sa neboja potrebných a často nepopulárnych opatrení. Nevieme, aké mutácie a vírusy nás budú ohrozovať, ale vieme, že vyhráme len rešpektovaním vedeckých poznatkov, vakcináciou a dodržiavaním pravidiel. Ako vieme, na začiatku pandémie pristúpili mnohé krajiny aj k obmedzeniu pohybu v rámci Únie. Majme preto na pamäti, že fungovanie nášho spoločného trhu je srdcom nášho ekonomického fungovania, ale aj ekonomického oživenia. Majme na pamäti aj situáciu najmä malých podnikateľov, ktorí kvôli opatreniam chrániacim verejné zdravie nemôžu často vykonávať svoju činnosť, a to platí najmä o situácii v cestovnom ruchu a osobitne v gastrosektore, ktorý patrí medzi najpostihnutejšie sektory. Majme na pamäti aj dôsledné využitie spoločných európskych prostriedkov vo фонде obnovy ako kľúčovom nástroji pre našu ekonomickú obnovu. Oceňujem tiež, že naša európska pomoc už smerovala do stopäťdesiatich krajín sveta. Chcem ale osobitne zdôrazniť pomoc pre našich demokratických spojencov, ako napríklad Taiwan. Táto krajina nám na začiatku pandémie dodala milióny ochranných masiek a dnes má nedostatok vakcín. Som si preto istý, že práve naša recipročná pomoc prostredníctvom vakcín je dnes tou najsprávnejšou a najužitočnejšou aktivitou. Demokracie musia držať spolu. Želám Vám spokojné, požehnané vianočné sviatky vo vašich rodinách.

Pedro Marques (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente, Senhor Ministro, num tempo de tantas preocupações este Parlamento deve unir-se e mandar uma mensagem clara daqui para o Conselho. Temos que nos unir contra as agressões externas, como a de Vladimir Putin ou Lukashenko, mas também unirmo-nos no combate a esta que é a verdadeira guerra mundial da crise de COVID.

Unirmo-nos para dizer aos cidadãos europeus que, apesar de vozes isoladas que aqui vieram falar, as vacinas funcionam mesmo e trago aqui o exemplo do meu país, o país líder a nível europeu na vacinação não ficou imune a esta nova vaga de COVID. Temos o mesmo número de casos que tínhamos há um ano atrás, mas um quarto dos casos críticos, um quarto das mortes que tínhamos há um ano atrás no mesmo período. Sim, as vacinas funcionam e, por isso, a Europa tem que se unir e o Conselho devia lançar um debate e uma partilha de boas práticas entre os Estados-Membros na resposta em termos de vacinação.

Mas também unir-se na ajuda à resposta global, à crise, levando mais vacinas a todo o mundo, exportando mais vacinas para os países em desenvolvimento. É a nossa segurança, é a segurança de todos que está em causa, mas é também o nosso dever moral.

Valérie Hayer (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, ce sommet aura pour mission de nous coordonner face à nos ennemis, Omicron en tête. Il aura aussi pour tâche d'avancer sur notre défense commune au travers de la boussole stratégique.

Alors, rappelez-vous. Rappelez-vous, le 5 mars 1953, Staline meurt. Et dans la foulée, la pression soviétique partie le temps d'un instant, l'idée de la Communauté européenne de défense s'en est allée pour des décennies.

Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, nous sommes le 15 décembre 2021, 67 ans après la mise en bière d'une véritable force commune, la Russie vient de déployer 100 000 hommes à la frontière ukrainienne. Sept ans après avoir annexé illégalement la Crimée, et ce, dans l'impunité, ou presque.

L'histoire nous le montre: ne pas avoir d'autonomie stratégique commune, de défense commune, ne nous a pas rendus plus forts. Elle ne nous a pas moins menacés, bien au contraire. Alors allons-y, car l'urgence est bel et bien là.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, July 2021: at the G7, Germany, France, Italy and the Commission agreed to commit to achieve an overwhelmingly decarbonised power system in the 2030s. November 2021: the entire world in Glasgow agrees to phase out inefficient fossil fuel subsidies, and the Commission is saying: 'well, we would have liked to go further than that'.

So big words, big statements. And then we are in December 2021. Is the Commission now going to call investments in fossils 'green'? Are you going to facilitate investments in fossils with state aid guidelines? That is what is on the table and what you're considering. This is why people get cynical: big words and statements. But then when it comes to the policy-making, you're not doing what the statements are predicting.

This is the loss of credibility, but this is also about the credibility and the legacy of this Commission on the Green Deal. Make it count.

Harald Vilimsky (ID). – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im deutschsprachigen Raum gibt es das Sprichwort: Am Abend wird der Faule fleißig. Und das könnte etwa das Motto der dieswöchigen Ratssitzung sein. Denn angesichts der Flut von Themen, die hier auf der einen Seite zur Behandlung stehen, und auf der anderen Seite dem Unvermögen, in den zentralen Bereichen entsprechende Erfolge zu erzielen, scheint das der richtige Spruch zu sein.

Ich möchte aus diesen vielen Themen zwei Themen hervorgeifen, die besondere Wichtigkeit haben. Das erste ist die sogenannte Coronakrise – die Sache mit Impfung oder Nichtimpfung. Hier hat die Europäische Union vom ersten Tag an versagt. Man hat zu spät bestellt, man hat quasi auf das falsche Impfstoffpferd gesetzt, man hat die Verträge geheim gehalten. Jetzt sind immer noch viele Dinge unter Verschluss, und jetzt geht man über zu einer Sache, die aus meiner Sicht wirklich katastrophal ist, nämlich europaweit einen Impfwang zu verordnen.

Österreich, das Land aus dem ich komme, ist da leider noch weiter, wo die österreichische Bundesregierung einen Impfwang für alle Menschen in Österreich verhängen will. Das ist für mich etwas, für das eine europäische Gemeinschaft nicht stehen darf. Und nachdem die EU schon so gerne Artikel-7-Verfahren wegen ihrer Grundwerte gegen die Ungarn oder die Polen hier in Stellung bringt, wäre es doch eine Idee, dass die Europäische Union und die Frau von der Leyen gegen sich selbst ein Artikel-7-Verfahren in Gang setzen, denn das entspricht mit Sicherheit nicht den Grundwerten einer europäischen Gemeinschaft.

Zweites Thema: die steigenden Energiepreise. Jetzt, im Winter, ist Handlungsbedarf da. Das einzige, was ich von der Europäischen Union vernehme, sind Diskussionen. Man ist sich nicht einig. Es geschieht nichts. Die Treibstoffpreise schnellen nach oben, Preise für Strom und Gas schnellen nach oben. Ich will hier Lösungen sehen. Das kann von einer gemeinsamen Beschaffung, langfristigen Verträgen, einem maximalen Steuersatz bis dahin gehen, dass man ein Maßnahmenpaket sicherstellt, damit die Menschen in Europa nicht Opfer dieser enorm steigenden Energiepreise werden.

Anna Zalewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Nieobecna Pani Komisarz! Koleżanki i Koledzy! Dzisiaj bardzo często padają słowa: wojna, walka – tak rzeczywiście jest. Słusznie wskazywane są pola, gdzie toczy się ta walka: pandemia, sytuacja na granicy polsko-białoruskiej. Padają nawet zapowiedzi sankcji. Szkoda, że padają z ust tych, którzy nie chcą zablokowania budowy Nord Stream 2, jak przewodniczący PPE między innymi.

Ale zapominamy o jeszcze jednej walce, o jeszcze jednej wojnie. Wojnie, którą prowadzi Komisja Europejska z Europejczykami. To jest, Proszę Państwa, pozwalanie na to, żeby ETS, czyli europejski system opłat za uprawnienia do emisji dwutlenku węgla, drenował kieszenie obywateli. Tak, są zapisy w dyrektywie, które pozwalają nie tylko na to, żeby powołać odpowiednie służby, ale również przeprowadzić śledztwo. Nie możemy być zakładnikami spekulacji i złodziejstwa. Pakiet „Fit for 55” to tylko wariacje na temat tego ETS-u. Apeluję do Komisji Europejskiej, żeby zakończyła wojnę z Europejczykami.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, koronatilanne on taas ottanut käänteen huonompaan suuntaan uuden variantin myötä. Samaan aikaan, kun meillä Euroopassa rokotetaan kolmatta kierrosta, on kehittyvien maiden rokote-kattavuuden keskiarvo noin kuusi prosenttia. Tämän pandemian luonne vain on sellainen, että kukaan ei ole turvassa ennen kuin kaikki ovat turvassa.

Meidän on varmistettava, että kaikki mahdollinen osaaminen ja tuotantokapasiteetti saadaan käyttöön myös kehittyvissä maissa. Yksi olennainen osa tätä on patenttisuojan väliaikainen nostaminen. Se tarvitaan ehdottomasti, mutta se ei yksinään ole riittävä ratkaisu, vaan tarvitaan käytännön konkreettisia toimia, joilla rokotukset saadaan suoritettua.

Vaikka lahjoitukset Covax-ohjelman kautta ovat lisääntyneet, ei kaikkia sen rokoteannoksia ole kuitenkaan saatu rokotettua. Tarvitaan osaamista, infraa, tarvikkeita ja osaavia käsipareja. Jos emme saa rokotteita kaikkien maailman ihmisten saataville, ei omikron tule jäämään viimeiseksi variantiksi. On aika myöntää, että nykyiset keinot eivät riitä eivätkä takaa globaalia oikeudenmukaisuutta.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Κύριε Αντιπρόεδρε της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, από τούτο εδώ το βήμα, από το βήμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, το βήμα των 450 εκατομμυρίων Ευρωπαίων πολιτών, θέλω να τονίσω για πολλοστή φορά στον υπερθετικό βαθμό ότι ανήκω σε όλους αυτούς οι οποίοι οραματίζονται μια ισχυρή, αξιόπιστη, κυρίαρχη, αλληλέγγυα, ανθρώπινη και κοινωνική Ευρωπαϊκή Ένωση που θα είναι σε θέση να προασπίζεται την κυριαρχία των χωρών μελών της και να διασφαλίζει την ειρήνη, την υγεία και την ευημερία όλων των Ευρωπαίων πολιτών και της ευρωπαϊκής ηπείρου.

Αυτό που θέλουμε, διεκδικούμε και απαιτούμε είναι μια Ευρωπαϊκή Ένωση που θα παραμένει ανυποχώρητη σε θέματα αρχών και αξιών. Μια Ευρωπαϊκή Ένωση που θα είναι πραγματικά ισχυρή και αξιόπιστη και που θα διαδραματίζει κυρίαρχο και πρωταγωνιστικό ρόλο στη διεθνή σκηνή και δεν θα αποτελεί τον αδύναμο κρίκο. Μια Ευρωπαϊκή Ένωση που δεν θα εφαρμόζει δύο μέτρα και δύο σταθμά. Μια Ευρωπαϊκή Ένωση που δεν θα εκβιάζεται και δεν θα απειλείται από καμία Τουρκία, από κανέναν Ερντογάν, από κανέναν Λουκασένκο, από καμία χώρα.

Όμως, πόσο αξιόπιστη μπορούμε να καταστήσουμε την Ευρωπαϊκή Ένωση στα μάτια των Ευρωπαίων πολιτών, όταν επιδεικνύει, κύριε Αντιπρόεδρε της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, μια άνευ προηγουμένου ανοχή, αναποφασιστικότητα και αναβλητικότητα για να επιβάλει εδώ και καιρό κυρώσεις σε μια χώρα που επιδεικνύει εγκληματική και απαράδεκτη συμπεριφορά, όπως είναι η Τουρκία, η οποία παραβιάζει το ευρωπαϊκό και διεθνές δίκαιο, παραβιάζει το κράτος δικαίου και τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Αναμφισβήτητα, αυτό που ζητούμε σήμερα από την Ευρωπαϊκή Ένωση είναι το αυτονόητο: Να υπερασπιστεί τις ίδιες τις αρχές και τις αξίες της. Να υπερασπιστεί την ιστορία της, τους θεμελιωτές της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Να υπερασπιστεί τις ίδιες τις συνθήκες, τη ρήτρα αλληλεγγύης. Είναι γι' αυτό σήμερα που λέμε μετ' επιτάσεως ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να φανεί αντάξια των προσδοκιών, αντάξια των προσδοκιών των Ευρωπαίων πολιτών και ειδικά των Κυπρίων πολιτών.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, geachte commissaris, we zitten vandaag in de vierde golf – de vierde coronagolf – en met omikron op ons pad kunnen we uitkijken, en dat zeg ik eerlijk gezegd een beetje cynisch, naar een vijfde, naar een zesde golf. En de Commissie klopt zich graag op de borst dat ze goed bezig is, ook internationaal, met alle export en de donaties, maar de echte waarheid is dat driekwart van de vaccins die geproduceerd zijn naar de rijke landen gaat en dat 1 % naar de allerarmste landen gaat. Dat is niet alleen ethisch onverantwoord en onrechtvaardig, het is ook gewoon oliedom van Europa. Want als je niet vaccineert, dan verhoog je de kans op allerhande varianten. Het vaccin maakt geen onderscheid tussen rijk en arm. Zo dom is die variant helemaal niet.

En dus moeten Europa en de Europese Commissie aan de juiste kant van de geschiedenis gaan staan. Ze moeten de *waiver* steunen in de Wereldhandelsorganisatie. Maar ze moeten ook de Wereldgezondheidsorganisatie veel beter steunen. Met andere woorden, in plaats van onze eigen industrie te beschermen en onze eigen vaccins te beschermen, moeten we de arme landen veel beter beschermen. Dat is de uitdaging en de opdracht.

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, I would like to start with a sort of procedural remark. I find it rather disturbing that the leaders of the three institutions are not present for the full debate until the end. I feel the leaders of the House, the Commission and the Council should be present for such a debate.

Then I would like to call on, in particular the Council, but also the Commission, to do something very original, almost two years into the pandemic, and that is to actually coordinate their actions. It's rather incredible that we are now in the umpteenth wave and we still see national governments taking unilateral, uncoordinated action, creating a patchwork for the citizens that is impossible to tackle. I'm glad that the European Commission at least tried to create some more coordination and unity and, who knows, harmonisation, but I think that the Commission cannot work with non-binding recommendations – which are not followed by the Member States anyway – but with legislation. We have legislation for the COVID-19 certificate. If you want to modify it, it should go through a proper legislative procedure in this House. We should insist, colleagues, that we get a legislative proposal. We can work quickly. We have done it before. So we call on the Commission to put a legislative proposal on the table.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiami kolegos, pandemija jau tęsiasi du metus ir ji greitai laiku tikrai nesibaigs. Šiandien mums reikia aiškesnės, paprastesnės ir vienos tvarkos.

Skirtingos taisyklės Europos Sąjungos šalyse įneša sumaištį, nepasitenkinimą ir kainuoja daug laiko. Įvairios formos, skirtingos priesaikų deklaracijos, skirtingas šalių skirstymas pagal spalvas – ar tai geriausia, ką mes šiandien galime sukurti? Kviečiu Tarybą, Komisiją sutarti dėl vieningo COVID sertifikato pripažinimo, vieningos keleivių registracijos sistemos.

Dar daugiau – mums reikia vieningo Europos Sąjungos traktavimo dėl kelionių į trečiąsias šalis. Taip pat turime dirbti su partneriais trečiojoje šalyje, kad šios šalys taikytų vienodas taisykles atvykstantiems iš Europos Sąjungos.

Užbaikime šią sumaištį.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Wszelkobeckiej polityce walki ze zmianami klimatu towarzyszy bardzo konkretne zagrożenie: rosnące ceny energii i niestabilność dostaw. To jest haniebnie wręcz, że tej zimy, jak sugeruje serwis Politico, Europejczycy zostaną zmuszeni do przykrycia ciepła i założenia swetra.

Obecnie jedna MWh w Austrii kosztuje 3 razy więcej niż rok wcześniej, w Polsce 2,7 razy więcej, we Francji 3,5 razy więcej. A przecież dostępność i przystępność cenowa prądu to było dotychczas nasze wielkie osiągnięcie cywilizacyjne. Z badań Eurostatu z 2020 r. już wynikało, że aż 8% ludności Unii Europejskiej obawia się, iż nie będzie w stanie ogrzać swego domu. Jednak Komisja Europejska nie słyszy, przyspiesza i nie widzi problemu w tym, że to najbogatsi będą się bogacili, a pozostali poniosą realne koszty zielonej rewolucji. Dlatego też przywódcy państw członkowskich powinni wreszcie rozpocząć odważną i szczerą dyskusję na temat polityki reprezentowanej przez Fransa Timmermansa. Ktoś musi w końcu nacisnąć na hamulce, bo na końcu tej drogi jest niestety tylko inflacja, wzrost bezrobocia i ubóstwa. We are not fit for poverty.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Wochenende habe ich erneut in meiner Heimat bei der Impfkampagne geholfen, und es war sehr erfreulich, dass viele Menschen sich erstimpfen lassen haben. Und auf die Frage, warum sie jetzt erst zur Erstimpfung kommen, haben einige gesagt: Ja, man kommt ja sonst nirgendwo mehr rein. Das heißt, medizinisch gerechtfertigte Vorteile für Geimpfte helfen auch, die Impfquote zu steigern. Es waren aber auch einige dabei, die gesagt haben: Ich hatte vorher keine Gelegenheit, ich wusste nicht, wo ich mich impfen lassen sollte. Und da müssen wir besser werden. Niederschwellige Impfangebote für alle, das ist auch das Gebot der Stunde.

Aber vor allen Dingen habe ich natürlich viele Menschen geboostert, und ich bedanke mich bei Ursula von der Leyen, dass Sie auf die Notwendigkeit dieser Booster-Impfung noch einmal hingewiesen hat. Es gibt ganz klare Erkenntnisse, dass Geboosterte auch gegen Omikron besser geschützt sind. Und da habe ich mich doch sehr geärgert über die Äußerung des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation, Herrn Dr. Tedros, der gestern gesagt hat: Es gibt keine Beweise, dass Boostern auch gegen Omikron hilft. Das ist nicht die erste Äußerung von Tedros, die mich etwas befremdet. Ich habe manchmal Zweifel, ob der wirklich für den Job geeignet ist.

Natürlich müssen wir unser Augenmerk auf Afrika richten und dort besser helfen. Und ich habe die große Hoffnung, dass der Impfstoff von Novavax, der hoffentlich in den nächsten Tagen auch in der EU zugelassen wird, hier helfen kann, weil er leichter zu handhaben ist und nicht so anspruchsvoll, etwa was Lagerung und Kühlung angeht. Aber wir sind doch in Europa gewählt, und wenn wir sehen, dass der Booster einen Schutz bringt, dann müssen wir unsere Menschen schützen. Mit Boostern wird es ein besseres Weihnachtsfest. Und deswegen heißt das Gebot der Stunde Boostern. Ich wünsche allen frohe Weihnachten!

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, Comisión, se cumplen ahora seis meses desde que este Parlamento Europeo aprobó el Certificado COVID digital por el procedimiento de urgencia, del que tuve el honor de ser ponente, con limitación de propósito y servir al restablecimiento de la libre circulación en la Unión Europea, y por el que la Comisión adquirió el compromiso de revisar su rendimiento cuando se cumplan nueve meses.

Un escenario verosímil es un nuevo rompecabezas de medidas de emergencia adoptadas unilateralmente por los Estados miembros en grave perjuicio de la igualdad ante la ley y la seguridad jurídica, obligando a la Comisión, de nuevo, a intentar establecer un equilibrio entre la salud pública y los derechos y libertades, entre los cuales apreciamos tanto la libertad de circulación.

El escenario inevitable, la única salida hacia adelante, es que la Unión Europea cambie su posición y apueste decididamente por la liberación obligatoria de las patentes de propiedad intelectual que permita multiplicar el ritmo de producción y distribución de vacunas a escala global y lo haga ante los órganos de la Organización Mundial de la Salud. La fuerza ética de este argumento se recrece cuando vemos la evidencia de que la variante delta surgió en la India y la variante ómicron, dicen, surgió en Sudáfrica; dos países que pidieron desde el primer minuto la exención obligatoria de las patentes en beneficio de una respuesta de escala global, que es la única salida.

Porque si nos encontramos ante una pandemia global, no hay ninguna posibilidad de que tengamos seguridad hasta que lo estemos todos a escala, asimismo, global. Es la única forma de asegurar, no solamente un mensaje de solidaridad, sino también de protección del auto-interés de la Unión Europea. Liberación obligatoria de patentes de propiedad intelectual de las grandes industrias farmacéuticas.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, 2021 a été l'année de l'accès aux vaccins pour l'Europe et pour tout le monde. Aujourd'hui, les vaccins arrivent massivement dans les pays vulnérables, grâce à Covax. Plus de 300 millions de doses ont été promises et données par nos États membres. Il faut s'en féliciter, mais en 2022, il y a un nouvel enjeu: le déploiement des vaccins. Car vacciner les populations ne se résume pas à livrer des doses sur le tarmac. Il faut des seringues, des frigos, du personnel formé sur le terrain. Le risque est que nos vaccins achetés avec l'argent des contribuables européens soient refusés par les pays ou pire, jetés.

Si nous voulons vraiment vacciner le monde et sortir de cette pandémie, l'Europe doit maintenant apporter un véritable soutien logistique sur le terrain. Alors tenons nos promesses jusqu'au bout: du don de vaccins jusqu'à leur injection dans le bras des citoyens.

Eleonora Evi (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, cari leader europei che domani vi troverete per discutere ancora del caro bollette, c'è un detto in Italia che dice: «non si può avere la botte piena e la moglie ubriaca». Non potete finanziare altri gasdotti con soldi pubblici europei e poi lamentarvi che continuiamo a dipendere dalle importazioni di energia fossile dall'estero.

E non lamentatevi quindi se i prezzi dell'energia vanno alle stelle, però i vostri ministri dell'energia criticano i nuovi target sulle rinnovabili e sull'efficienza energetica, perché dicono che sono troppo impegnativi e quindi invocano la solita flessibilità. Delle due l'una e alcuni di voi stanno inquinando il dibattito sulla tassonomia facendo carte false pur di avere nucleare e gas classificati come investimenti verdi con la compiacenza della Commissione europea.

Siate coerenti: ammettete che state facendo di tutto per rallentarla questa transizione ecologica.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle stehen auf dem Prüfstand, aber besonders die zweite Kammer, der Rat, an den ich mich heute wende.

Machen Sie sich doch bewusst, dass wir das Jahr 2022 zum Jahr der Jugend ausgerufen haben, die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas vorstellen werden und in diesem Jahr so viele Euro wie noch nie in NextGenerationEU investieren werden. Wir geben damit gemeinsam ein Versprechen ab gegenüber allen Menschen, die in Europa leben, und unserer gemeinsamen Zukunft. Und dies in einer Zeit, in der die Spaltung in unseren Gesellschaften, Familien, Parteien dramatisch zunimmt. Aggressivität, Polarisierung, Fake News, Gewalt nehmen, befeuert durch Corona, zu und die Vertrauenskrise in die Politik auch.

Wir wissen, dass die Zusammenarbeit in Europa unser erfolgreiches Versprechen an die Menschen und die Zukunft ist, und danach müssen wir handeln. Dank verstärkter Zusammenarbeit hatten wir in weniger als einem Jahr einen Impfstoff für alle Bürgerinnen und Bürger. Dank unbürokratischer Reaktion der EU konnten Nationalstaaten rasch Milliarden an Hilfen freigeben. Dank Kooperation gibt es ein europaweit gültiges EU-Zertifikat.

Ich appelliere daher an den Rat: Alle Ihre Tagesordnungspunkte können Sie durch die Stärkung des Gemeinsamen und Verbindenden, durch Aufrichtigkeit und Zusammenarbeit lösen. Nehmen Sie Ihre Verantwortung für Europa und damit auch für die Menschen in Ihrem Land wahr. Blockieren Sie nicht, verzichten Sie auf Eitelkeiten und nationalpopulistische Egoismen. Denken Sie an die Jugend und unsere gemeinsame Zukunft!

Bernd Lange (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Heute Morgen hat Ursula von der Leyen eine sehr europazentrierte Rede gehalten. Ich glaube, wir sollten mal wirklich unsere Europabrille absetzen und die globale Situation betrachten. 7 % Impfquote in Afrika ist nicht akzeptabel, und auch nicht, dass die Trennung zwischen Arm und Reich immer weiter zunimmt.

Der Präsident von Ghana – gestern hier an dieser Stelle – hat ja nun eine deutliche Sprache gesprochen. Deswegen brauchen wir zum einen, Herr Kommissar, stärkeren Druck auf die Impfstoffhersteller, dass mehr Impfstoff in Entwicklungsländern produziert wird, notfalls auch mit dem Druckmittel, zeitweise Patente auszusetzen.

Aber ich appelliere auch an den Rat, dass endlich das Projekt *Global Gateway* angepackt wird, Geld zur Verfügung gestellt wird, damit die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern vorangehen kann, dass es eine Schuldenerleichterung für Entwicklungsländer gibt, dass die Möglichkeiten des Handels gegenüber der Europäischen Union intensiviert werden. Wir müssen eine globale Gerechtigkeit schaffen, denn wir sind die Welt – gemeinsam und nicht alleine in Europa.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Mr President, thank you and greetings from Dublin to all of you. As you know, in countries around the EU many people face the inconvenience of queuing for hours to avail of COVID-19 booster shots. However, in other parts of the world citizens have been waiting far, far longer, but not for boosters, but for their first dose of COVID-19 vaccines.

We face this pandemic from a very privileged position. It's a position of inequality when vaccines are not reaching enough people in parts of the globe already pressurised by poverty, conflict and crippling challenges. When I recently wrote to the European Commission, I criticised the EU for neglecting low-income countries. We really must behave with decency by offering fulsome support for a waiver from certain provisions of the TRIPS agreement for the prevention, containment and treatment of COVID-19. It's time for fair and equal distribution of vaccines globally. It's about doing what's right, but also about doing what's sensible. Higher levels of vaccine distribution globally saves lives and raises safety levels for all.

Željana Zovko (PPE). – Mr President, personal histories have been rewritten by the consequences of this disease. We still don't know how and when this terrible episode will be over. I had my speech prepared, but listening to this intervention, I just wanted to say one thing on Bosnia and Herzegovina. In 2002, on Christmas night, a Croatian family in Herzegovina – because it's not just Bosnia – was slaughtered by a Muslim radical who said he had been inspired by the killing by Serbs of a Muslim family. A few days ago, in Sarajevo, another Catholic Croat family was attacked. A note was left on the door to stop putting up Christmas decorations or they would be slaughtered. There was no condemnation by the mayor of Sarajevo, just a remark: it's because somebody from the other side is fighting for your rights. So, I don't know how this personal history will end, but I just call on you, on Christmas night, to think about Croat Catholics who are fearing for their lives because somebody here, 50 years after the fall of Yugoslavia and the bloody war that we had, still hasn't learned the lesson that you cannot kill Christmas. You cannot kill the people. We just have to start listening. As with this pandemic. You have to listen to all sides of the story.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! Redan före larmen om omikron fanns uppskattningar om att 700 000 européer kan mista livet i covid-19 före sommaren. EU måste därför koordinera bättre och se till att vaccintäckningen inte varierar som i dag mellan 92 och 29 procent. Det är inte hållbart. Det märks ju att vaccinerna både skyddar mot smittspridning och räddar liv.

Samtidigt måste vi ha proportionella åtgärder, inte kontraproduktiva vaccinkrav. Det är avgörande att inkluderingen nu av tredje doser i de digitala covidintygen snabbt kommer på plats. Det är också avgörande att vi snabbt får fram nya vaccin anpassade efter de muterade varianterna. Men viktigast av allt i kampen mot omikron är att vi så snart som möjligt går och tar den där tredje dosen.

Dita Charanzová (Renew). – Mr President, when you look at a map of Europe, you see an East-West vaccination divide with central and eastern Member States far behind. While Denmark has an 82% vaccination rate, Bulgaria is at 26%. While you talk of booster shots in some parts of Europe, other parts of Europe are still working on their first shots. One of the causes of this is clearly disinformation. However, disinformation is not an East-West problem, but an EU-wide problem, which we need to address at EU level. This is just another example of the need to do more against disinformation campaigns. The Digital Services Act will only do so much; we need to find other additional measures to counter this: tools to help our citizens know what is real and what is not. This European summit should address this.

Bartosz Arłukowicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Wczoraj w moim kraju, w Polsce, co dwie minuty dusił się człowiek. I się udusił. Wczoraj w Polsce zmarło ponad 660 osób. Wirus nie zna granic. Wirus nie zna się na strefie Schengen. Co z tego, że Peter Liese mówi, że w Niemczech dzisiaj *de facto* bez szczepionki nie można wejść nigdzie. Panie pośle, wystarczy przejść przez most i można wejść wszędzie.

Jeśli nie skoordynujemy europejskich działań w walce z wirusem, przegramy. Na nic zdadzą się wysiłki i trudy zakupu szczepionek, paszportów covidowych, skoro nie wszędzie one obowiązują. Nie jest winą ludzi, którzy chorują na raka, umierają na raka, bo nie mogą dostać się do szpitala, bo tam z kolei leżą ludzie z COVID i umierają ludzie na COVID, że mają rząd, który klęka przed wirusem. Nie jest winą lekarzy i ratowników, że nie mogą sobie poradzić z ludźmi chorymi na COVID tylko dlatego, że mają rząd, który klęka przed wirusem.

To jest nasza odpowiedzialność. Wysłali nas ludzie tutaj, do polityki, do Parlamentu Europejskiego, żebyśmy chronili ich zdrowie i życie. I paszport covidowy musi stać się dokumentem obowiązującym, bo nie jest winą ludzi to, że mają nieodpowiedzialnych rządzących. I to jest nasza odpowiedzialność. Paszport covidowy dzisiaj w Europie jest, a w części Europy po prostu go nie ma. I ten jeden most, o którym mówiłem do Petera Liese, to jest ten most, za którym umierają ludzie.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, señor vicepresidente de la Comisión, señor presidente en ejercicio del Consejo, señorías, el frío ha llegado y muchas familias y pymes siguen sufriendo las consecuencias de la subida del precio de la electricidad y del gas cuando apenas están recuperándose de la pandemia. Es importante que el Consejo Europeo haga suyas las propuestas de la Comisión —compras conjuntas, almacenamiento energético estratégico y fomento de las energías renovables—, pero, además, es necesario adoptar urgentemente una reforma del mercado mayorista de la electricidad.

Por otra parte, los Estados miembros deben afrontar sin más dilaciones el desafío migratorio con un planteamiento basado en la solidaridad y en el respeto de la dignidad humana; es inadmisibles que en el Consejo no se llegue a un acuerdo mientras migrantes siguen muriendo en las fronteras o en el mar: con o sin pacto, los Estados miembros que estén dispuestos a avanzar juntos deben hacerlo ya, hay que actuar ya.

Andreas Glück (Renew). – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nicht alles war perfekt, was die EU in Bezug auf die COVID-19-Krise gemacht hat. Das weiß ich auch durch meinen Beruf als Arzt, wo ich auch vorgestern oder Montag noch zuletzt als Impfarzt unterwegs war.

Ich kritisiere die EU hier nicht, weil ich keine gemeinsame Beschaffung möchte, sondern ganz im Gegenteil: Hier müssen wir besser werden. Wir brauchen zukünftig mehr gemeinsame Beschaffungen. Trotz der Kritik war der Ansatz der gemeinsamen Impfstoffbeschaffung richtig. Wir haben übrigens kein Problem mit den Patenten. Wir haben das Problem, dass mRNA-Impfstoffe nicht in der Garage hergestellt werden können, und deshalb hilft eben auch die Freigabe von Patenten nicht.

Wir haben mehrere Impfstoffhersteller, unterschiedliche Wirkmechanismen, und das kommt uns jetzt zugute. Denn die Dreifachimpfung mit mRNA-Impfstoffen scheint ja auch zumindest einen vollständigen *immune escape* bei Omikron zu verhindern. Dafür müssen wir dankbar sein.

Insgesamt hat Europa an Vertrauen gewonnen. Besonders die ECDC und EMA haben gezeigt, dass sie es können. Übrigens ganz im Gegensatz zu manchen Playern der Nationalstaaten, die verunsichert haben. Und an manchen Stellen ist es sicher, dass die EU im Gesundheitsbereich mehr Kompetenzen bekommt. Nicht überall ein bisschen Europa, sondern ein starkes Europa an den richtigen Stellen!

Liudas Mažylis (PPE). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiami kolegos, džiaugdamiesi glaudesniu Europos valstybių bendradarbiavimu sveikatos srityje, turime konstatuoti, kad COVID-19 virusas vis dar sugeba pirmauti. Europą užvaldė agresyvesnė Delta atmaina, o šiandien jau su nerimu stebime situaciją ir gaunamus duomenis apie sparčiai plintančią Omikron atmainą.

Tad turime išlikti budrūs ir toliau laikytis nusibrėžto kelio. O jis, manau, yra aiškus jau seniai. Buvo aišku, kad virusas mutuos, ypač ten, kur maži skiepijimo tempai. Tad būtina sparčiau dalintis vakcinomis su trečiosiomis valstybėmis. Negalim pamiršti nuolatinio ir tęstinio viruso mutacijų sekimo, užtikrinant vienodas galimybes visoms valstybėms narėms. Antra, reikia ir toliau susitelkti į mokslo ir technologijų siūlomus sprendimus. Šiuo atveju, ne tik orientuotis į vakcinacijos procesus bei vakcinų atnaujinimą prieš naujas viruso atmainas (jei prireiktų), bet ir į naujų vaistų, gydymo būdų bei efektyvesnio diagnozavimo paieškas. Trečia, ir toliau turime pasitikėti europinėmis institucijomis ir suteikti joms pagrįstus įgaliojimus. Galų gale, skleidžiama visuomenei informacija turi būti tiksli, kryptinga ir subalansuota. Ji turi paskatinti vakcinuotis tuos, kurie to nepadarė, ir, jei reikia, trečiąją dozę, o naujų viruso atmainų akivaizdoje priimti racionalius sprendimus.

Gerų Šventų Kalėdų!

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, poche settimane fa ho visitato il territorio di confine tra Polonia e Bielorussia, una situazione intollerabile in un clima di terrore per i migranti e per chi cerca di aiutarli, ecco cosa ho trovato.

La vita di migliaia di persone, tra cui molte donne e bambini, schiacciata tra la morsa del gelo e quella della politica a causa dell'azione vergognosa di Lukashenko, ma anche a causa della risposta inadeguata dell'Unione europea, che ha il dovere legale e morale di aiutare quelle persone.

Vengono innalzati muri invece che garantire protezione a famiglie in difficoltà, vengono proposte deroghe al diritto d'asilo, come fatto recentemente dalla Commissione, per velocizzare le procedure di rimpatrio invece che quelle di accoglienza e di solidarietà. Non va bene così.

Dinanzi alle necessità portate dalla pandemia l'Unione invece ha dimostrato di essere in grado di fare scelte giuste e coraggiose, impensabili solo qualche mese prima. I leader europei riuniti nel Consiglio trovano dunque una soluzione alla crisi dei rifugiati superando il sistema di Dublino, creando un nuovo modello basato sulla solidarietà e l'equa ripartizione delle responsabilità. Ritroviamo, come europei, la nostra umanità oggi abbandonata ai confini dell'Europa.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Domnule președinte, COVID-19 ne-a arătat tuturor că avem vulnerabilități, dar ne-a arătat că împreună putem găsi răspunsuri și soluții și că solidaritatea de care am dat dovadă la nivel european a fost un ajutor pentru multe state membre, dar și pentru țări din afara Uniunii Europene.

Sunt aproape doi ani de când învățăm lecții și ne coordonăm pentru un răspuns adecvat, însă în continuare ne lovim de lipsa de prevenție, de dezinformare, care pun presiune pe sistemele de sănătate care fac față cu greu în fața acestui val 4 și în fața noii variante Omicron. Nu există sisteme medicale în lume care să fi fost concepute pentru a face față fără niciun efort acestei crize însă dezbaterile asupra capacității și eficacității sistemelor noastre de sănătate de a face față și mai buna pregătire pentru viitor, această dezbatere nu este de ajuns, ci trebuie să ne concentrăm pe campanii globale de informare, de luptă împotriva dezinformării și pe creșterea vaccinării, pe prevenție înainte de toate și o bună coordonare la nivel european și mondial pentru creșterea ratei de vaccinare și promovarea *booster*-ului, care sunt extrem de necesare.

Trebuie însă să acceptăm și că o parte din cetățeni decid să nu se vaccineze sau chiar dintre cei vaccinați pot fi infectați cu noile tulpini și am văzut știri încurajatoare în ultimele săptămâni despre noile antivirale orale, care pot evita ca pacienții să ajungă în spital sau în secțiile de terapie intensivă. Aducerea acestor medicamente către pacienți va fi cu siguranță o provocare pe care trebuie să o facem împreună și cred că prin campanii de informare care să ajungă la cetățeni, prin lupta împotriva dezinformărilor, vom reuși să învingem această pandemie.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Det er dybt bekymrende, at vi bliver ved med at se nye Coronavarianter skabe problemer for vores sundhed overalt i verden. Ingen er sikre, før alle er sikre. Derfor skal vi også i EU gøre meget mere, end vi gør i dag. I forhold til EU skal vi gøre en kæmpe indsats. Her mangler vi ikke vacciner, men vi skal gøre en stor indsats for at komme misinformation og skepsis imod vaccinerne til livs, for det er det, der er problemet i forhold til at komme op og sikre en ordentlig, god og bred dækning. Det handler om at gøre en indsats på de sociale medier. Det handler om at skabe mere oplysning.

I forhold til det globale perspektiv mangler man både vacciner og hjælp til at komme misinformationen til livs, og her mener jeg, at EU skal spille en endnu større rolle, end vi gør i dag. Vi skal skaffe flere vacciner til verden, og vi skal hjælpe dem med at blive rullet ud. Vi skal også gøre en indsats sammen med dem for at bekæmpe misinformation og vaccineskepsis, som er global. Ingen er sikre, før alle er sikre!

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Αντιπρόεδρε Σέφοκιτς, κύριε Υπουργέ, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, το πρόβλημα των υψηλών τιμών ενέργειας δεν μπορεί παρά να αντιμετωπιστεί ξεκινώντας αύριο από το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, συλλογικά, ευρωπαϊκά και δυναμικά και παρά το γεγονός ότι το ενεργειακό μίγμα είναι αρμοδιότητα των κρατών μελών.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να επιστρέφει στα διδάγματα της πανδημίας και να προχωρήσει χωρίς άλλη καθυστέρηση σε εθελοντικές κοινές παραγγελίες φυσικού αερίου, ώστε να μπορέσουμε οι χώρες που κυρίως αντιμετωπίζουμε το πρόβλημα στον Νότο, όπως είναι η πατρίδα μου η Ελλάδα, να ενισχύσουμε τη διαπραγματευτική μας ικανότητα έναντι των προμηθευτών ως μέρος της ενιαίας αγοράς. Είναι απαραίτητο επίσης η Ευρωπαϊκή Ένωση να υποστηρίξει τις υποδομές που αυξάνουν τη στρατηγική ενεργειακή μας αυτονομία. Σταθερότητα και ενεργειακή ασφάλεια στη Νοτιοανατολική Ευρώπη πάνε μαζί με υποδομές μετάβασης και αποθήκευσης πράσινης ενέργειας για το μέλλον που ήρθε.

Από τα χείλη της Προέδρου της Επιτροπής ακούσαμε, κύριε Σέφοκιτς – και είναι κρίμα που η κυρία Φον ντερ Λάιεν συστηματικά δεν παραμένει στην αίθουσα μέχρι να ολοκληρωθούν οι ομιλίες των ευρωβουλευτών- ότι υπάρχει το ενδεχόμενο decoupling (της αποσύνδεσης) των τιμών του φυσικού αερίου από το ηλεκτρικό ρεύμα, επιλογή που συνεπάγεται καταρχήν υψηλά στρατηγικά αποθέματα κοινής χρήσης. Η συζήτηση αυτή οφείλει να εξελιχθεί άμεσα στην απαραίτητη αλλαγή του νομοθετικού πλαισίου για τον προσδιορισμό των τιμών του ηλεκτρισμού.

Οι υψηλές τιμές ενέργειας, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, ο πληθωρισμός, η ακρίβεια στα αγαθά πλήττουν κυρίως τους πιο αδύναμους. Είναι ευθύνη μας να αντιμετωπίσουμε ριζικά την ενεργειακή φτώχεια. Το μεγάλο κοινωνικό ταμείο θα είναι έτοιμο το 2026. Ως τότε, οι παρεμβάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης οφείλουν να μην αφήσουν κανέναν συμπολίτη μας στο κρύο. Στη Μενεμένη, στη Μάνδρα, στο Νευροκόπι μας βλέπουν και περιμένουν την παρέμβαση μας.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, wer te Kolleginnen und Kollegen! Der EUCO steht vor einem ganzen Paket von Problemen. Viele von ihnen sind ernst und dringlich gleichzeitig. Zeit, dass die neue deutsche Regierung einen neuen Impuls setzt.

Eines dieser Themen sind die weiterhin hohen und volatilen Energiepreise. Von den europäischen Agenturen wissen wir inzwischen, dass es Marktmanipulationen offenbar nicht gegeben hat. Aber das erhöht doch eigentlich den Handlungsdruck bei Rat und Kommission. Mir fehlt nach wie vor eine Initiative für eine neue Klima- und Energieaußenpolitik. Weiterhin fehlt die notwendige Strategie – über den Einsatz von Übergangstechnologien hin zum breiten Einsatz von nachhaltig produziertem Strom und CO₂-freiem Wasserstoff.

Wenn die Kommission heute das neue Gasmarktpaket vorstellt, dann kann das ein neuer Mosaikstein sein. Dieses Paket muss den Anfang vom Ausstieg aus fossilem Erdgas organisieren, auch wenn wir dies noch für eine Übergangszeit brauchen werden. Es muss gleichzeitig den Rahmen dafür setzen, die Infrastruktur für erneuerbare Gase, zum Beispiel Wasserstoff, aufzubauen. Dabei wollen wir Greenwashing verhindern, aber das Hochfahren der Wasserstoffproduktion sicherstellen.

Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und Sozialverträglichkeit müssen gewährleistet sein. Das wird die Sozialdemokratische Fraktion ins Zentrum stellen.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, a imprevisibilidade com que irrompeu a pandemia obrigou-nos a aprender com a própria experiência. Aprendemos a ser mais solidários, aprendemos que cada um por si, ninguém tem respostas eficazes, mas permanece uma dúvida. Foi uma aprendizagem pontual face às circunstâncias ou passamos para um novo patamar no nosso relacionamento coletivo?

O Conselho Europeu de amanhã dará sinais determinantes para esclarecer essa dúvida. Se prepararmos em conjunto a plataforma de resposta às próximas crises, se capacitarmos os países mais vulneráveis para também poderem responder às ameaças e, ao mesmo tempo, desenvolverem a sua base de competências, conhecimentos e capacidade de produção e distribuição de bens essenciais, se alterarmos em conjunto o quadro regulatório que permite a especulação nos preços da energia, se criarmos mais autonomia para nos defendermos tendo uma voz mais forte no seio da NATO, se aplicarmos um quadro humanista e eficiente na gestão dos fluxos migratórios, então podemos dizer: a mudança foi estrutural.

Os cidadãos europeus terão mais razões para se orgulharem de pertencer a uma parceria humanista e solidária.

Petar Vitanov (S&D). – Mr President, it's been two years since COVID-19 was discovered and if there is one single lesson that we should all have learned, it is that coordination is everything. We need coordination among us, as no country can handle this pandemic alone. Some countries were hit at the beginning and others later on, but we all faced it.

When we hear that healthcare is strictly a national competence, let us not forget how we transferred patients across borders when hospitals were overwhelmed. The joint procurement for vaccines proved to be a huge success, but the closing of internal borders proved to be a huge failure. The COVID Green Pass was also an effective tool, as it gave additional motivation to people to get vaccinated and it was a prerequisite for the partial recovery of tourism and the economy. I hope that national authorities will not undermine it by putting additional restrictions on vaccinated people. This will only bring problems, especially on a long-term basis.

Finally, let us not forget that, while we are lucky to have vaccines and even boosters here, big developing countries have barely begun vaccinating their populations.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, this morning we have been speaking about the battle we are waging against COVID-19.

Mr Weber described it as a war, and indeed it's a battle for human lives, it's a battle for a return to life as we knew it before pandemia, and it's a battle for minimising the consequences of COVID-19 on jobs and the economy.

Mr Mureşan and Mr Séjourné told us that the best response to these unprecedented challenges was European unity. I agree with them because, thanks to this European unity, we secured enough vaccines for Europeans to already have managed to fully vaccinate 66% of our fellow citizens and we became, in a short period of time, the biggest manufacturer of vaccines.

I would underline – which we never should forget – that we are also the biggest exporter of vaccines in the world. We have exported more than 1.4 billion doses so far, and this is more than anybody else. We know that other major economies have simply been closed for exporting to anyone with the exception of their own citizens. I think that we should be really proud of that because we supply to the world more than we supply to ourselves.

The same goes for EU donations. We have donated so far 377 million doses through COVAX and 50 million additional doses bilaterally through the Team Europe effort, especially to countries of the Western Balkans and the Eastern Partnership. So I would say that it's again the European Union which delivers when others, very often with huge public relations noises, are just promising.

I recognise that for many Members of the European Parliament, as was very well presented by Ms Iratxe García Pérez, the issue of patents and the negotiations in the WTO is very important. So here let me underline that it's actually the Commission which is engaging the most in these discussions. What we are trying to do is to find a solution which waives certain obligations in the TRIPS Agreement without the consent of the patent owners and that will have an effect on the ground. We advocate a solution that would clarify or waive certain obligations on compulsory licensing, to allow WTO members to authorise a company to manufacture and export COVID-19 pharmaceutical products in a fast and simplified manner.

This would also ensure that countries with no, or insufficient, manufacturing capacity do not face any obstacles or legal uncertainty when they import these products. The details are part of the negotiating process, but the main principles are maximum simplification, speed and no red tape. In addition, a number of clarifications, including on supporting manufacturers that supply low and medium-income countries at affordable prices, would provide the needed legal certainty because the full waiving of patent and other rights under the TRIPS Agreement would not in itself help reach the objective of the widest and most timely distribution of COVID-19 vaccines. On the contrary, we need measures that preserve the ongoing, unprecedented collaborations between pharmaceutical companies that yield record supplies of vaccines, as well as incentives to innovate and invest in research on COVID-19 and its variants.

All these elements must go hand in hand if we are to support the increase in production facilities in regions such as Africa. Production will not increase if there is no transfer of know-how and investment. For that to happen, we need the intellectual property framework which secures the rights of innovators.

Furthermore, we promote a comprehensive approach where intellectual property is just part of the solution. As the President has already outlined, we are also preparing, ahead of the EU-Africa Summit, the special support package to Africa, not just doses of vaccines but also medical equipment and know-how. We also work, as Team Europe, with our partners in Senegal, Rwanda, South Africa and the private sector to construct mRNA vaccine production sites.

Many honourable Members want us to help Africa as much as we can, and we acknowledge this. We said from the beginning that we will not be safe until the whole world is properly vaccinated. Therefore you will see that there will be lots of preparation invested in the EU-Africa Summit, which we want to have as a big success and a milestone in our mutual relations and collaboration.

Ms Cavazzini referred to the excellent work of the scientists from South Africa. I really want to officially appreciate their work, thank them for their transparency and thank them for their openness. You will agree with me that, at the moment when the news about this new variant first broke, we needed to act very quickly to assess the risk. But we are also acting very quickly now because what we are now proposing is that non-essential travel from this country could resume with vaccinations and a negative PCR certificate. So we want to make sure that this issue will be settled as quickly as possible. Once again, huge appreciation to South African scientists for the work and openness.

Mr Buşoi referred to the fact that vaccines are our main preventive tool to fight the pandemic but, even with vaccines and with this new variant, Omicron, what we also need is good cooperation and progress in therapeutics. I think this is becoming even more important and urgent right now, because if people fall ill they need to be properly treated. We presented our strategy on COVID therapeutics last May, but what is very important for you to know is that we should have six therapeutics authorised by the end of the year. Four are authorised already and we expect that two will come through the approval process before the end of the year.

What we are doing right now is supporting our Member States to have access to these therapeutics, and we have already concluded two joint procurement contracts for the purchase of monoclonal antibodies. On 13 December, we launched the joint procurement for two more to be concluded early in 2022.

If you allow, I will conclude with a couple of words on Russia, Ukraine, energy and the Green Deal because many honourable Members referred to their concerns over the massive build-up of a military presence along the eastern Ukrainian border. I would like to reaffirm once again our unwavering commitment to Ukraine's sovereignty and territorial integrity. On top of our close political cooperation, we have so far supported Ukraine, as you know, with more than EUR 40 billion since 2014.

We are also working in other sectors, and I would say that we are collaborating very closely in all areas, from energy to critical raw materials. We are supporting Ukraine with structural reforms, with modernising the administration, and we have also been faithful to the task given to us by the European Council when they asked us to come forward with options if the situation were to become more dramatic and if there were to be a danger of further escalation or further aggression against Ukraine. We have the options ready, we are prepared to act and we will present the options to the European Council tomorrow. But we do of course, also this time, appeal for peaceful resolution, for de-escalation and for using diplomatic channels to work on a solution.

If you allow me, I will close on the issue of energy and our green policies because this was very much present in the interventions by Mr Lamberts, Mr Eickhout, Mr Geier and Ms Spyra.

I think that we demonstrated very clearly throughout this year, with our Green Deal package, with Fit for 55, with our clear leadership in COP 26 in Glasgow, but also in our package which we adopted just yesterday, that we are very clearly the global leader when it comes to tackling climate change. We are the only major economy which translates our political aspirations into law and concrete measures. Once we come and present to you in greater detail the package of further measures which we adopted yesterday and which tackles the issues of the hydrogen industry, energy security, and the modernisation of our transport, getting TEN-T infrastructure ready for smart mobility, that will be further testimony in that regard.

The issue of energy prices is, of course, very high on our agenda and we are working with our Member States to make sure that they will deploy fully the toolbox which we offered to them to tackle energy poverty, help the most vulnerable and make sure that all these opportunities are used to the maximum.

To conclude, I would like to thank my colleague, Mr Logar, for the excellent work of the Slovenian Presidency, and I think we can all symbolically welcome the new Presidency of France here in the city of Strasbourg.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, to conclude, I would like to make some brief remarks on issues that were raised during today's discussion.

There was a question about what the Council was doing with regard to booster shots. Well, while deciding on vaccination and boosters is a national competence, the Council provides a forum for Member States to discuss, collaborate and exchange best practices and experience, including on bottlenecks, and I expect it will do so at this summit too. The Council has been working on the update of the Council recommendation on travel within the EU, including as regards the validity of vaccination certificates.

There was the question regarding the role of gas and nuclear in taxonomy. I inform you that the Council has been vigorously asking the Commission to swiftly provide clarity on the pending taxonomy delegated act, in order to facilitate the planning of future energy investments. The Commission has announced that it will adopt a complementary climate delegated act before the end of this year, covering certain activities not yet covered in the first climate delegated act. This complementary delegated act is expected to cover nuclear energy, subject to and consistent with the result of the specific review process in accordance with the EU Taxonomy Regulation, as well as natural gas and related technology as transitional activities.

To those who expressed doubts about the sincere will to foster a green transition, yesterday the Council (i.e. the presidency) and the European Parliament negotiators reached a provisional political agreement on the TEN-E Regulation. Among others, we therefore jointly agreed to end support for new natural gas and oil projects and to introduce mandatory sustainability criteria for all projects.

Spoštovane poslanke in poslanci, najlepša hvala za današnjo razpravo za vaše pripombe, s katerimi bomo seznanili predsednika Evropskega sveta.

Naj povzamem: to zasedanje Evropskega sveta ima obsežen dnevni red. Voditelji in voditeljice se bodo posvetili trenutni krizi zaradi pandemije COVID-19, kar je bila tudi ključna tema današnje razprave.

Hkrati pa bodo voditelji in voditeljice nadaljevali že opravljene razprave o cenah energije, o migracijah ter pripravili prihodnje ukrepe v zvezi z obrambo in odnosi z Afriško unijo.

To so vprašanja, ki so ključnega pomena za zdravje, za varnost in za zaščito državljanek in državljanov Evropske unije in kljub težkim okoliščinam, ki smo jim priča zaradi covida, bo tudi ta vrh potekal v fizični obliki.

Dovolite mi še besedo dve ob sklepnem dejanju slovenskega predsedstva tu v Evropskem parlamentu. Danes zadnjič nastopam v vlogi visokega predstavnika Sveta EU za sodelovanje z Evropskim parlamentom in lahko rečem, da je bilo v veliko zadovoljstvo tu pred vami predstavljati sedemindvajseterico v hiši evropske demokracije.

V zadnjega pol leta je bilo slovensko predsedstvo prisotno na petintridesetih razpravah. Skupaj smo debatirali približno 70 ur o najrazličnejših temah. Hkrati si je slovensko predsedstvo aktivno prizadevalo za dialog tudi na strokovni ravni v procesu soodločanja, kjer smo skupaj izpeljali veliko dialogov. Kot zanimivost najkrajši je trajal zgolj pet minut in smo se uskladili, najdaljši 9 ur.

Spoštovane poslanke poslanci, Evropski parlament in slovensko predsedstvo smo skupaj dosegli dogovor na pogajanjih in uspešno zaključili 18 dosjejev v okviru dialoga. Dva sta na sporedu še danes zvečer in jutri dopoldne. Naše skupno sodelovanje in dialog lahko rezultira v zaključenih dvajsetih dialogih, s čimer lahko rečemo, da smo naredili pomemben korak naprej za dobrobit državljanek in državljanov Evropske unije.

Včeraj smo v okviru Sveta za splošne zadeve na maratonski seji uspeli uskladiti tudi sklepe Sveta Evropske unije o širitvi Evropske unije med drugim tudi za Zahodni Balkan. Gre za še en pomemben uspeh slovenskega predsedstva, za katerega se zahvaljujem svoji ekipi in še posebej tudi državnemu sekretarju za evropske zadeve.

Na tem mestu pa se zahvaljujem tudi Evropskemu parlamentu, tej instituciji, predsedniku Sassoliju in vsem evropskim poslancem za tvorno sodelovanje v zadnjega pol leta, pa tudi za precej razgreto in moram priznati zanimivo razpravo. Zagotovo nam ni bilo dolgčas.

Zdaj je tudi čas, da se zahvalim svoji ekipi, ki mi je pri tem delu in zastopanju sveta pred Evropskim parlamentom nudila vso podporo, zato vsakemu posebej iskrena hvala.

Naj na tem mestu zaželim še srečo in veliko uspeha ter podporo Franciji kot naslednji predsedujoči z željo po uspešnem nadaljevanju tega dela.

Vsem skupaj pa zaželim še vesel in blagoslovljen božič ter vse lepo v letu 2022. Hvala.

President. – Thank you very much, Minister, and let me thank you in particular for the cooperation of the Slovenian Presidency with this European Parliament.

The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Marc Botenga (The Left), *schrijftelijk.* – De nieuwste COVID-variant omikron stuwde de beurskoersen van Pfizer en Moderna flink de hoogte in. Pfizer zag zijn aandeel 6,1 procent hoger afsluiten, ongeveer 17,5 miljard dollar extra marktwarde. Concurrent Moderna zag haar aandelen zelfs met 21 procent stijgen. Een virusvariant als *business opportunity*. Dat is bijzonder cynisch. Het zijn immers precies de patenten van Big Pharma die nieuwe varianten waarschijnlijk maken. Patenten schermen de vaccintechnologie af voor andere landen en bedrijven. Dat beperkt de vaccinproductie en vergroot wereldwijde tekorten ten koste van de wereldgezondheid.

In arme landen is nauwelijks drie procent van de bevolking volledig gevaccineerd. Die vaccintekorten faciliteren de viruscirculatie en broeihaarden voor nieuwe virusvarianten. De omikronvariant toont hoe dringend dit moet veranderen. Een *open source*-aanpak kan onderzoekers overal ter wereld toelaten te werken aan de aanpassing van het vaccin aan nieuwe varianten. Dat zou toelaten binnen enkele maanden ongebruikte productiecapaciteit te activeren en nieuwe productie-eenheden te creëren. Nooit was het opheffen van patenten dringender. Dit Parlement stemde er reeds driemaal voor. Waar wacht u op? Zijn de winsten van Big Pharma echt zoveel belangrijker voor u dan mensenlevens? Basta lockdowns. Basta pandemie. Deel de technologie. Red levens.

Nicolás González Casares (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos defendido la suspensión de licencias de vacunas para atajar la pandemia de la COVID-19 porque es intolerable que mientras Europa tiene más del 70 % de la población vacunada, África apenas el 7 %. Es necesario que la UE promueva el acceso universal a las vacunas, los medicamentos y las tecnologías.

Además, hemos pedido que cuanto antes se ponga en marcha una plataforma europea centralizada de compra de gas natural que facilite la creación de reservas estratégicas y el fomento de las energías renovable para evitar el riesgo de muertes por frío, los apagones de electricidad y los cierres de fábricas y comercios.

Por último, los socialistas hemos exigido al Consejo que afronte cuanto antes el desafío migratorio con un planteamiento basado en la solidaridad y el respeto de la dignidad humana.

Y a la Comisión que cumpla con su promesa de presentar una Directiva contra la violencia de género antes de que acabe el año.

César Luena (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos defendido la suspensión de licencias de vacunas para atajar la pandemia de la COVID-19 porque es intolerable que mientras Europa tiene más del 70 % de la población vacunada, África apenas el 7 %. Es necesario que la UE promueva el acceso universal a las vacunas, los medicamentos y las tecnologías.

Además, hemos pedido que cuanto antes se ponga en marcha una plataforma europea centralizada de compra de gas natural que facilite la creación de reservas estratégicas y el fomento de las energías renovable para evitar el riesgo de muertes por frío, los apagones de electricidad y los cierres de fábricas y comercios.

Por último, los socialistas hemos exigido al Consejo que afronte cuanto antes el desafío migratorio con un planteamiento basado en la solidaridad y el respeto de la dignidad humana.

Y a la Comisión que cumpla con su promesa de presentar una Directiva contra la violencia de género antes de que acabe el año.

Christine Schneider (PPE), *schriftlich*. – Ich teile die Position unserer Kommissionspräsidentin von der Leyen, dass die Impfung die stärkste und vielversprechendste Waffe gegen die Pandemie bleibt. Darüber hinaus sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um die Impfskepsis zu überwinden und die Zahl der geimpften Menschen in Europa und der Welt zu erhöhen. Eine wichtige Maßnahme ist, der zunehmenden Desinformation in Europa durch mehr Transparenz und wissenschaftlich fundierte Kommunikation entgegenzuwirken.

Edina Tóth (NI), *írásban*. – A koronavírus omikron variánsának európai berobbanása és a még mindig jelenlévő delta variáns bizonytalanságban tartja a lakosságot, leterheli a kórházakat és a szakértők szerint hamarosan egy újabb járványhullámot indíthat el Európában. Ezt megelőzendő, fontos kiemelni, hogy mindenkinek a lehető leggyorsabban fel kell vennie a harmadik oltást, mert jelenleg nincs más gyógymód! Magyarországon eddig több mint 3 millió honfitársam már megkapta a harmadik oltást, amelynek köszönhetően már a 4. hullám lefelé menő szakaszáról beszélhetünk. Az adatok pedig azt jelzik, hogy a járvány lecsengése sokkal gyorsabb ütemben halad.

Ezen tények fényében arra szeretném felhívni az Európai Bizottság és az Európai Gyógyszerügynökség figyelmét, hogy az emberéletek megmentése érdekében ideológiai viták helyett tanúsítson racionális, emberközpontú hozzáállást és a jelenleg engedélyeztetésre váró vakcinákat mihamarabb fogadják el! A vakcina nem lehet ideológiai kérdés, mivel minden vakcina életet ment!

(The sitting was suspended at 12.10)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI*Presidente***6. Wiederaufnahme der Sitzung***(La seduta è ripresa alle 12.13)***7. Verleihung des Sacharow-Preises (feierliche Sitzung)**

Presidente. – Signore e signori, onorevoli colleghi, oggi siamo qui riuniti per conferire il premio Sacharov per la libertà di pensiero ad Aleksej Naval'nyj. La sedia vuota in questo emiciclo sta a simboleggiare, ancora una volta purtroppo, che un vincitore del nostro premio è privato della libertà. Con nostro profondo rammarico, Aleksej Naval'nyj non può essere qui con noi oggi, perché è ingiustamente detenuto in un carcere della Federazione Russa.

Sono però onoratissimo di avere con noi Daria Naval'naja, figlia di Aleksej Naval'nyj, che oggi è qui per rappresentarlo, e il suo capo di Gabinetto, Leonid Volkov. È con noi anche Kira Yarmysh, addetta al suo ufficio stampa. A nome del Parlamento europeo, vorrei esprimere a tutti voi il nostro benvenuto e ringraziarvi di essere qui.

Vi invito ora a guardare insieme un video dedicato al vincitore di quest'anno del premio Sacharov.

Signore e Signori, onorevoli colleghi, il 2021 è l'anno in cui ricorre il centenario di Andrej Sacharov. La sua lotta pacifica per promuovere i diritti umani e il suo coraggio nell'affrontare il regime sovietico repressivo e brutale hanno ispirato il premio che oggi stiamo per attribuire.

Andrej Sacharov sarebbe forse triste e al tempo stesso orgoglioso di sapere che, a più di trent'anni dalla caduta del Comunismo, il premio che porta il suo nome è conferito ad Alexei Naval'nyj, suo compatriota.

Se la tristezza può essere motivata dal fatto che oggi il regime politico russo è colpevole di reprimere le organizzazioni della società civile, limitare la libertà dei media e di mettere in prigione gli oppositori politici, senza alcun dubbio Sacharov sarebbe orgoglioso della determinazione con cui Aleksej Naval'nyj sta lottando per i diritti umani e le libertà fondamentali.

Il coraggio dimostrato da Aleksej Naval'nyj desta stupore e ammirazione. Lo hanno minacciato, maltrattato, avvelenato, arrestato, incarcerato, ma non sono riusciti a metterlo a tacere. Ha lottato instancabilmente per il popolo russo, in veste di attivista contro la corruzione, è stato candidato politico ed è blogger e avvocato. In altre parole: la sua azione per la libertà di pensiero e di espressione è qui oggi da noi riconosciuta come un valore assoluto.

Come una volta lui stesso ha affermato, la corruzione prospera quando manca il rispetto dei diritti umani. E io credo che abbia ragione. La lotta alla corruzione è una lotta per il rispetto dei diritti umani universali ed è certamente anche una lotta per la dignità umana, per il buon governo e per lo Stato di diritto.

È per difendere questi principi che Aleksej Naval'nyj è stato privato della libertà e ha quasi perso la vita. È un prigioniero politico. E a nome del Parlamento europeo chiedo il suo rilascio immediato e incondizionato.

Come ogni anno, chiedo anche con urgenza il rilascio di tutti gli altri vincitori del premio Sacharov – non li dimentichiamo, non li dimenticheremo – che sono ancora in carcere: Ilham Tohti, Nasrin Sotoudeh, Aymara Nieto e Raif Badawi.

Sergei Tsikanousky e Mikalai Statkevich, due dei vincitori del 2020, sono stati ingiustamente condannati ieri dal regime illegittimo bielorusso a 18 e a 15 anni di carcere, è una vergogna. Tra le centinaia di prigionieri politici in Bielorussia ci sono anche quattro vincitori, tra cui Maria Kolesnikova e Ales Bialiatski.

Altri vincitori del premio Sacharov stanno subendo vessazioni. È il caso del dottor Mukwege, che si trova a far fronte a un allarmante aumento delle intimidazioni e delle minacce di morte. È anche il caso di Memorial, l'organizzazione vincitrice del premio nel 2009 nonché una delle voci più antiche e importanti a difesa delle libertà fondamentali in Russia, che è attualmente sottoposta a un processo di liquidazione.

In un mondo in cui i regimi autoritari e le forze populiste attaccano i diritti umani e compromettono le libertà fondamentali, tutti questi vincitori del premio Sacharov, e fra loro Aleksej Naval'nyj, stanno dimostrando a tutti noi, con il loro esempio, cosa significa lottare per la libertà. Sono una fonte di ispirazione per tutti coloro che sognano una società migliore e più giusta, in Russia ma non solo. Il Parlamento europeo non risparmierà gli sforzi per sostenere le loro battaglie e per proteggerli.

Io e tutto il Parlamento europeo attendiamo con impazienza il giorno in cui Aleksej Naval'nyj potrà tornare al Parlamento europeo a ritirare di persona il premio Sacharov.

Adesso do la parola alla signora Naval'naja, e i deputati al Parlamento europeo di tutti gli Stati membri che sono presenti o collegati a distanza sono ansiosi di ascoltarla.

Daria Navalnaya, *on behalf of Aleksei Navalny, Winner of the 2021 Sakharov Prize*. – Hi, thank you so much, this is truly incredible!

Mr President, before I start my speech, I want to tell everyone how incredibly grateful I am to be here accepting this award for my father and, at the same time, absolutely terrified. This is a big honour for me to be able to stand here in front of all of you and, as a 20-year-old college student who doesn't know much about politics, I'm very much afraid and anxious about messing this up!

When I first heard that my dad, Aleksei Navalny, was being given the Sakharov Prize, I was extremely happy for two reasons. The first one: this is a tremendous honour, recognition of his merits, and high praise of the work that has been done and is continuing to be done by him and his co-workers. And most importantly, it's a signal to those tens of millions of citizens in my country who are continuing to fight for the better fate for Russia.

I will also name the second reason, although it is a little frank and awkward. My father is receiving this award from the European Parliament and when you receive such an award, you get to come and speak in front of the European Parliament. Unfortunately, for obvious reasons, he wasn't able to be here today, and I thought to myself: well, I guess someone better run and get that ticket to Strasbourg and seize the opportunity to come and see this wonderful thing for myself.

And over some time, I realised that this might actually be what the nightmare of myself and my family looks like. Me travelling to different conferences and summits, giving speeches in my dad's name. Sometimes he's even awarded something but I'm the one travelling, I'm the one writing the speech, and starting it with a joke, while he's in jail. And I will continue travelling, meanwhile reading articles about the horrible conditions my dad is being held in. It's not like there's much to do about it, so I travel and speak, and he continues to be held in confinement.

And this doesn't only concern Aleksei Navalny. Where are last year's laureates – the Belarusian opposition – now? Mostly in prison. Where is the 2010 Nobel Peace Prize Laureate Liu Xiaobo? He died in prison.

And here, I ask myself today: why is it so hard to free from captivity those who are fighting for human rights? Why are they still thrown in jail, not only all over the world, but in European – geographically European – countries in the 21st century?

Europe is great and almighty. The will of the European citizens is expressed by the resolutions of the Members of the European Parliament, and those are precise, correct and fair resolutions. They are supported by the United Kingdom, the United States, Australia, New Zealand and the whole free world. But those who are like my father continue sitting in prison watching more and more of their allies being thrown behind bars.

You know, I've heard this many times and am sure I will again, maybe even in the corridors after this ceremony. 'You know, Dasha,' they will say to me, 'I understand why you're feeling this way because it concerns your family and close ones. But in the real world, however, we have to be more pragmatic.' And, in those hallways, I'll nod my head and say, 'Yes, of course.' What else can I say? I'm a 20-year-old college student and I don't feel very comfortable arguing with experienced and responsible pragmatics.

However, here today, taking advantage of the fact that I have the microphone – no one will take it away from me, and I don't have to argue with anyone personally, feeling impolite – I would like to oppose that pragmatism.

This is the Sakharov Prize and Andrei Sakharov was probably one of the most non-pragmatic people on the planet. I don't understand why those who advocate for pragmatic relations with dictators can't simply open the history books. It would be a very pragmatic act and having done it, it's very easy to understand the inescapable political law: the pacification of dictators and tyrants never works.

No matter how many people try to deceive themselves, hoping that another madman who clings to power will behave decently in response to concessions and flirtations, it will never happen. The very essence of authoritarian power involves a constant increase in bets, an increase in aggression, and the search for new enemies. And those who once said 'Let's not push Lukashenko and continue the dialogue' when he was beating people up and throwing them behind bars, achieved only that now, in order to sentence someone, Lukashenko has to stop a whole passenger plane.

Another thing that pragmatists don't want to do for some reason, which urges them to remember about the expenses and economic losses, is simply to pick up a calculator and see how much their pragmatism costs, in particular to the European taxpayers.

Years of flirting with Putin made it clear to him that to increase his ratings, he can start a war. How much will the war with Ukraine cost Europe? Even now, with so much news on Russian troops coming to the Ukrainian border, no one's really talking about it. No pragmatic trade cooperation will recoup the share of the direct loss that will have to be incurred. Not to mention the cost of the time that Western politicians like yourselves have already spent on solving the problem instead of dealing with their own affairs in their own countries.

One of the opposition leaders, Boris Nemtsov, is killed with shots in the back, right by the Kremlin. And then comes the pragmatist who says: 'well, we can't do much about it. Let's limit ourselves to a tough statement and then continue the conversation.' And then they'll kill the second and the third, and the fourth will be killed in the centre of Berlin, and the fifth in the UK. And then they also blow up some warehouses in Europe, and then they start killing with chemical weapons. And what we know is just about unsuccessful assassination attempts. How many were successful?

We already know that a real terrorist group has been created inside Putin's special services, killing citizens of my country without a hearing or trial. Without justice. They were close to killing my mother. They nearly killed my father, and no one will guarantee that tomorrow European politicians won't start falling dead by simply touching a doorknob.

And now, you're already increasing the police budget, you give a lot of money to special services, spend billions on new ways to detect those toxic substances, and these are the consequences of pragmatism. 'Don't push it, we need to act carefully and not anger them', says the pragmatist. And tomorrow, dictators inspired by half measures of the West will transport thousands of people to the border of the European Union, forcing women and children to storm the fences, and secretly dreaming of someone being shot or trampled in the crowd.

Let pragmatists answer how much will it cost Poland or Lithuania or the entire European Union?

They will answer me: 'What do you want? These are sovereign states, they have their own governments. Our capabilities are very limited. Are you proposing a nuclear war to free the political prisoners?'

Of course, I don't propose starting a war. However, I will note that although it's not successful, it has started and there are real victims, and they're using both cyber and chemical weapons.

The fact that European banks freely launder corrupted billions of Putin and his friends, that the yachts of Putin's oligarchs continue being sensations on the European Mediterranean, that 99% of top officials of Russia and Belarus directly involved in crimes are all still freely allowed to travel in Europe, just like their families, are all sure signs that many of those who make decisions don't even try to win at least the small wars in this battle. They talk too much and think about the realm of politics, considering actions based on ideas and principles which, frankly, are naive and stupid.

And you know what. It seems to me that the problem is that the desire to appeal to the dictators again and again, not to anger him, to ignore his crimes as long as it's possible, is not a pragmatic approach at all. It's time to say it straight. Under the sign of pragmatism there is cynicism, hypocrisy and corruption. There is a constant war between idealism and pragmatism. There are fierce battles in European politics. But even choosing the side of pragmatism shouldn't mean betraying your ideas.

When I wrote to my dad and asked: what exactly do you want me to say in the speech from your point, he answered: say that no one can dare to equate Russia to Putin's regime. Russia is a part of Europe, and we strive to become a part of it. But we also want Europe to strive for itself. To those amazing principles, which are at its core. We strive for a Europe of ideas. The celebration of human rights, democracy and integrity. And we don't want Europe of chancellors and ministers who dream of getting a job on the board of Putin's state-owned companies or sailing on oligarchs' yachts.

Today, on this stage, receiving this high amazing award for my father, Aleksei Navalny, I thank you and through all of you I welcome the Europe of ideas and principles. The European Union is an incredible miracle created by nations whose whole history is an endless war with each other. Despite all the difficulties and problems, however, the EU has encountered and will encounter, I believe that in its future one day my country will become a part of it.

To finish this speech, I want to quote a great compatriot of mine, in whose honour this award was named: 'My destiny was in some sense exceptional. Not because of false modesty but because of a wish to be accurate I note that my destiny has turned out to be larger than my personality. I've simply tried to live up to my own destiny.'

I hope we all have the strength to live up to our destinies.

Freedom for Aleksei Navalny!

(La seduta è sospesa alle 12.39)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(A sessão é reiniciada às 12h40)

9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Presidente. – Gostaria de começar com um anúncio para informar que o PPE comunicou ao Presidente algumas decisões de alteração das nomeações feitas para comissões. Essas decisões constarão da ata da sessão de hoje e produzirão efeitos a partir da data do presente anúncio.

10. Abstimmungsrunde

Presidente. – Antes de iniciar o período de votação de hoje gostaria de dar a palavra, nos termos do artigo 59.º, n.º 4, ao Deputado Andreas Schwab sobre a devolução do seu relatório sobre o Regulamento Mercados Digitais devolução à comissão para as negociações interinstitucionais. Tem a palavra o Deputado Schwab.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemäß Artikel 59 Absatz 4 der Geschäftsordnung möchte ich gerne darum bitten, das Gesetz über digitale Märkte nach Abstimmung in den Ausschuss zurückzuverweisen, um interinstitutionelle Verhandlungen beginnen zu können.

Presidente. – Este pedido será submetido a votação após a votação da proposta da Comissão.

E passamos agora ao período de votação de hoje. Os dossiês serão votados conforme indicado na ordem do dia. O período de votação decorrerá entre as 12h40 e as 13h45. A votação é feita segundo o mesmo procedimento utilizado no período de votação anterior e todas as votações serão realizadas por votação nominal.

Declaro aberto o período de votação. Os colegas podem votar até às 13h45. Os resultados das votações serão comunicados às 19 horas, como previsto. Os debates serão retomados às 15 horas com o debate sobre assuntos de atualidade, ao abrigo do artigo 162.º, do Regimento, em particular as orientações da Comissão Europeia relativas à utilização de linguagem inclusiva.

(A sessão é suspensa às 12h44)

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(Posiedzenie zostało wznowione o godz. 15.01)

12. Leitlinien der Kommission für diskriminierungsfreie Sprache (Aussprache über ein aktuelles Thema)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata na aktualny temat (art. 162 Regulaminu) dotycząca wytycznych Komisji Europejskiej w sprawie języka niewykluczającego (2021/3021(RSP)).

Podobnie jak podczas niedawnych sesji miesięcznych przewidziano możliwość zabierania głosu zdalnie z biur kontaktowych Parlamentu w państwach członkowskich.

Pragnę również przypomnieć, że w sali posiedzeń plenarnych mówcy nadal zabierają głos z głównej mównicy. W związku z tym proszę uprzejmie sprawdzać listę mówców i podejść do mównicy, gdy nadejdzie czas Państwa wystąpienia.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst der Kommission danken, weil Sie die ersten Texte dieser *guidelines*, als sie politisch relevant wurden, gestoppt haben. Deswegen danke an Margaritas Schinas, der sich ja nachher noch für die Kommission äußern wird, und auch an Ursula von der Leyen. Es ist nicht die Position der Kommission, und es ist gut, dass das klargestellt worden ist. Trotzdem hat meine Fraktion die heutige Debatte beantragt, weil es ein Unwohlsein gibt, weil Menschen draußen sich die Frage gestellt haben: Was ist da passiert? Was gibt es da für einen Grund, solche *guidelines* zu formulieren?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist das Gefühl da, dass man über diese tragenden Themen unserer Gesellschaft, nämlich über Glauben und über Weihnachten feiern, nicht mehr reden soll. Glauben zu leben, Weihnachten zu feiern, einen Glauben zu haben, ist für uns als Christdemokraten etwas Gutes, etwas Richtiges. Natürlich gilt das für alle Glaubensrichtungen, das steht außer Frage. Die Freiheit des Glaubens und auch die Freiheit, nicht zu glauben, gehören zum zentralen Bestandteil des *European way of life*. Und deswegen, Herr Vizepräsident, sind wir auch der Meinung, dass wir einen *special envoy for religious freedom on a globale level* brauchen, dass wir Europäer hinausgehen in die Welt und auch für diese Glaubensfreiheit werben.

Aber Glaubensfreiheit darf nicht als eine Toleranz falsch verstanden werden, die dazu führt, dass Glaubenszeichen ins Private abgedrängt werden, dass wir Glauben nicht leben dürfen. Ich bin Katholik. Ich glaube an Gott. Ich glaube an die Tatsache, dass zu Weihnachten jetzt Gott in unsere Welt kommt, uns zeigt, wie ein Leben, ein gelingendes Leben funktioniert, dann stirbt und auch zeigt, dass es nach dem Tod eine Perspektive gibt. Ich glaube daran, es ist meine Überzeugung, das ist mein Glaubensbekenntnis, und ich finde, das gehört in die Öffentlichkeit. Es gehört auch in das Plenum dieses Parlaments, dass wir das sagen, wofür wir stehen, ohne jemand anderen zu irgendetwas zu zwingen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gefühl, dass Glauben Privatsache ist und abgedrängt wird aus der Öffentlichkeit, das ist das eigentliche Problem dahinter. Europa ist ein christlicher Kontinent. Europa hat christliche Wurzeln. Europas DNA ist christlich. Das heutige Europa wäre ohne Christentum nicht denkbar. Und über 300 Millionen Menschen auf diesem Kontinent bezeichnen sich als Christen – 300 Millionen, zwei Drittel der Bürger der Europäischen Union. Insofern lassen Sie uns dafür sorgen, dass diese Grundbekenntnisse, diese Grundüberzeugungen nicht ins Private abgedrängt werden.

Ich möchte Sie einladen, über Europa zu fliegen, in Dublin zu starten und nach Athen zu fliegen, in Riga zu starten und bis nach Lissabon zu fliegen. Und Sie werden Vielfalt feststellen: Sprachen, das Essen, das Trinken, die Art, wie wir tanzen. Viel Vielfalt gibt es auf dem Kontinent, und ich bin froh, Europäer zu sein, weil es so vielfältig ist. Aber es gibt eine Gemeinsamkeit, nämlich in dem Dorf, über das man fliegt, und in vielen Städten, über die man fliegt, steht in der Mitte eine christliche Kirche. Und deswegen ist dieses Bekenntnis zu diesen christlichen Wurzeln für uns so wichtig. Und als Christdemokrat möchte ich noch dazu sagen, wir wollen diese christliche Prägung des Kontinents nicht nur aus der Geschichte heraus beschreiben, sondern wir wollen sie auch für die Zukunft erhalten.

Die heutigen Errungenschaften, auf denen wir unser *European way of life* aufbauen, die soziale Marktwirtschaft, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Glaubensfreiheit, die Abschaffung der Todesstrafe – wir sind der einzige Kontinent, der komplett die Todesstrafe verboten hat –, und über allem die Freiheit wären ohne das christliche Menschenbild nicht denkbar. Und einen letzten Gedanken lassen Sie mich noch einbringen, nämlich auch an diejenigen, die sich nicht zum christlichen Glauben bekennen oder zu anderen Glaubensrichtungen: Alle Staaten der Europäischen Union schreiben Weihnachten als einen staatlichen Feiertag vor, an dem wir gezwungen sind, nicht zur Arbeit zu gehen, oder eingeladen sind, nicht zur Arbeit zu gehen. Warum ist deswegen auch Weihnachten und jeder christliche Feiertag für alle von uns ein Vorteil? Weil ganz Europa zur Ruhe kommt. Weil unsere Gesellschaften Orte haben, wo wir zur Ruhe kommen, wo keine E-Mail geschickt wird, kein Anruf stattfindet. Also auch für die nicht christlichen Teile ist die Jahresstruktur, die wir haben, durch das Christentum geprägt – eine Errungenschaft und ein Vorteil.

Draußen haben sich Tausende, Hunderttausende, vielleicht Millionen etwas gefragt, lieber Margaritis Schinas: Was ist da los in der Kommission? Was ist da passiert? Es ist ein Fehler passiert. Der wurde klargestellt. Die Menschen wollen sehen, dass wir nachdenklich auch mit den Themen umgehen, was wir als Christdemokraten machen. Und wir wollen deutlich machen, wofür wir stehen. Glauben zu leben, ist positiv. Die Glaubensfreiheit ist zentral. Europa ist ein christlicher Kontinent, und er soll es auch für die Zukunft bleiben. Frohe Weihnachten. *Merry Christmas!*

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, 'Europe is an aspiration of living in a society where you can be who you are, live where you like, love who you want and aim as high as you want. It is an aspiration of a world full of new technologies and age-old values, of a Europe that takes the global lead on the major challenges of our times'.

These are the words that you can read on the first page of President von der Leyen's political guidelines, the guidelines she presented to this House in July 2019 before you elected her as President of the European Commission.

These same words and this same spirit are the ones that guide the work of this Commission, of a Europe that works for the benefit of all, of a Europe faithful to its motto: 'United in diversity'. As European institutions, it is our duty to respect the diversity that constitutes our Union because this topic is so important and so sensitive that we have to get it right.

At times, it is easy to get it wrong, as we can see from the topic of this debate on an internal staff document never seen by the College of Commissioners, and long withdrawn because it did not serve its intended purpose, nor did it meet all Commission quality standards.

I'm certain you will agree with me that, as EU institutions, we must take care, both in our work and in our communication, to address all sectors and segments of European society.

La diversité remarquable de notre tissu social, de nos langues, de nos cultures et de nos traditions rend l'enjeu d'autant plus intéressant et notre communication doit relever cet enjeu afin que chacun puisse être inclus avec la reconnaissance et le respect de cette diversité tangible. La coexistence pacifique, évidente et hétérogène de tous nos citoyens, de nos cultures et de nos religions en Europe est admirée par le monde entier. Nous devons la célébrer avec fierté et en même temps, nous devons la protéger. Et c'est précisément ceci qui nous distingue des régimes et des idéologies autoritaires et intolérants. C'est pour cela que nous sommes des Européens. L'Europe doit être l'endroit où le respect d'autrui s'épanouit, où la tolérance règne. Des millions d'Européens sont impatients de célébrer Noël et je suis sûr que c'est aussi le cas pour nombre d'entre vous présents dans cet hémicycle, comme c'est le cas pour moi. Les citoyens juifs célèbrent Hanouka, les citoyens musulmans célèbrent la fin du ramadan. Cela va de soi, c'est la réalité de vivre en Europe. C'est la réalité du modèle de société que nous présentons, et nous pouvons tous en être fiers.

We are indeed proud of 2000 years of Judeo-Christian culture and traditions in Europe. It is what has made the European Union what it is today, and we are all proud today because we live in a Europe that values and protects all religions equally, as well as the right not to believe in any religion.

Last Friday, as Vice-President in charge of dialogue with religious and non-confessional organisations, I had the pleasure to exchange with religious leaders, in the framework of Article 17 dialogue, with Catholics, Protestants, Orthodox, Muslim, Jewish, Hindu and Buddhists. In Europe, different religions coexist and thrive. Different traditions are proudly celebrated. Europe's common values are based on the recognition of the different identities, including religious ones, which constitute the pillars of our Union.

It is inscribed in the preamble of the Treaty of the European Union, when it refers to the inspiration drawn from the cultural, religious and humanist inheritance of Europe, from which we have developed the universal human rights, democracy, equality and the rule of law, as it is the desire to deepen the solidarity between their peoples while respecting their history, their culture and their traditions.

Κυρίες και κύριοι βουλευτές, ως Ευρωπαϊκή Ένωση έχουμε μπροστά μας σήμερα πολλές, δύσκολες, σημαντικές και πολύπλοκες προκλήσεις. Πρέπει να παλέψουμε ως ενωμένη Ευρώπη πολλά δύσκολα θέματα: την πανδημία, την ασφάλεια την εργαλειοποίηση των μεταναστευτικών ροών, την ανάκαμψη που θα είναι δίκαιη για όλους.

Είμαι πεπεισμένος ότι μπορούμε και πρέπει να αφοσιωθούμε ακριβώς σε αυτά τα μεγάλα, σε αυτά που μας ενώνουν, να επικεντρώσουμε το ενδιαφέρον μας και τη δυναμική μας στην οριστική καταπολέμηση όλων αυτών που ενώνουν, όχι όλων αυτών που χωρίζουν και διακρίνουν τους Ευρωπαίους.

Nothing can, or should, distract us from what unites us and what Europeans expect from us.

Antonio Tajani, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, voglio innanzitutto augurare a tutti voi e alle vostre famiglie un buon Natale.

Le linee guida preparate dalla Commissaria Dalli sull'uso di un linguaggio inclusivo, prontamente ritirate poi dalla Commissione, hanno offeso profondamente la sensibilità di milioni di cittadini e di migliaia di funzionari comunitari. Se l'intento era quello di tutelare la diversità culturale ed evidenziare la natura inclusiva dell'UE, è stato fatto in maniera assolutamente sbagliata. Favorire l'integrazione non significa offendere i sentimenti della maggioranza della popolazione europea e direi anche della maggioranza dei dipendenti della Commissione europea. Una società aperta non nega mai la propria cultura maggioritaria, le proprie radici, i propri valori.

In questi due anni di pandemia abbiamo recuperato lo spirito di solidarietà fra cittadini, quella solidarietà che ha origini proprio nel cristianesimo, come nel cristianesimo hanno origine la separazione tra Stato e Chiesa, il rispetto della donna e anche questa nostra bandiera rappresenta le nostre radici cristiane: quelle dodici stelle sono le dodici tribù di Israele che cingono il capo della Vergine Maria e la bandiera è blu perché il manto della Vergine è di colore azzurro.

Ecco, questo assurdo linguaggio proposto dalla Commissione non tiene conto che la lingua è legata a un luogo, a un tempo e a una comunità, è il nostro patrimonio culturale. La realtà non si modifica abbattendo statue e cancellando parole. Come amava ripetere lo scrittore Primo Levi, non c'è futuro senza memoria.

Voglio qui, in conclusione, rendere omaggio a Patrick Zaki, un ragazzo egiziano che è stato detenuto per mesi e mesi in carcere per aver difeso il diritto dei cristiani copti in Egitto a professare la loro religione. Grazie e di nuovo buon Natale a tutti.

Heléne Fritzon, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Kommissionär! På begäran av vissa grupper diskuterar vi i dag ett inkluderande språk. Men det är inte för att man vill belysa vikten av ett inkluderande språk eller arbetet för jämlikhet och jämställdhet och antidiskriminering, utan precis tvärtom. Vi socialdemokrater vägrar dock att acceptera de påhopp som utan grund nu florerar.

Vi står upp för våra grundläggande värden för ett EU som främjar jämlikhet och jämställdhet. Språket beskriver ju vår värld, men språket kan också påverka vår värld. Att använda ett språk som är jämlikt och inkluderande handlar om att kommunicera med alla samhällets invånare på lika villkor.

För oss socialdemokrater är det självklart att alla EU:s institutioner måste kommunicera jämlikt och inkluderande. Det handlar om att ta ansvar, motarbeta stereotyper och fördomar, och säkerställa att alla invånare känner sig inkluderade och respekterade. Det är en självklarhet om vi ska leva upp till våra grundläggande värden. Vi accepterar inte bakåtsträvande krafter som vill kränka mänskliga rättigheter och begränsa rätten till sin egen kropp och motverka demokrati, jämställdhet och jämlikhet. Vi är stolta över det arbete som görs. Vi kommer att fortsätta och ta kampen för att vi uttrycker oss på det sätt som representerar våra värderingar.

Dacian Ciolos, *în numele grupului Renew*. – Doamna președintă, domnule vicepreședinte, doamna președintă a Comisiei Europene, Ursula von der Leyen, ne-a asigurat la începutul mandatului său că va conduce o comisie politică. Dacă sunteți o comisie politică, vă rog ascultați cu mai multă atenție vocea cetățenilor și haideți să nu adâncim falii care riscă să-i îndepărteze pe aceștia și mai mult de proiectul european!

Eu sunt sigur că orientările Comisiei Europene privind limbajul inclusiv au fost scrise cu cele mai bune intenții posibile. Rezultatul însă a fost contrar așteptărilor, după cum vedeți și din reacțiile de aici. Trecem printr-o pandemie, a crescut prețul la energie, crește inflația, un război mocnește la granița Ucrainei. Acestea sunt problemele care îi preocupă acum pe oameni și care așteaptă răspunsuri. Într-o perioadă în care anxietatea și furia ating cote maxime, haideți să nu dăm prilej extremiștilor să le alimenteze și mai mult cu genul acesta de subiecte artificiale!

Chiar dacă e vorba de un document intern, abordarea a fost una care a ignorat sensibilitățile religioase și politice și e păcat că din această neglijență să ajungem ca acest subiect să țină agenda europeană în majoritatea statelor membre. Părinții fondatori ai Uniunii susțineau nevoia unui sentiment de apartenență la un spirit comun european, necesitatea de a consolida un sentiment al identității europene, iar creștinismul face parte din moștenirea noastră culturală comună. Nu e o religie împotriva alteia, e pur și simplu parte a patrimoniului nostru. Este o parte integrantă a acestei identități și asta e nevoie să scoatem la lumină, ce ne unește ca europeni, rămânând fideli specificului nostru local și național și nu să stabilim reguli care să ne amputeze valorile!

Evident că ne dorim integrarea minorităților în Europa și evident că vrem să respectăm drepturile tuturor cetățenilor noștri, indiferent de religie și de credințele pe care le au, dar eu nu am nevoie să îmi spună Comisia Europeană ce să urez eu de Crăciun apropiatilor mei. Cu astfel de abordări riscăm să îndepărtăm și mai mult cetățenii de Europa și de valorile ei fondatoare.

Ca liberal, nu voi putea niciodată să fiu de acord cu a impune oamenilor un mod de a gândi sau a vorbi prin reguli sau prin norme. Eu prefer o Europă a dezbaterii, mai degrabă decât o Europă a unei gândiri comune, o Europă a diversității, înțelegând ca suma identității noastre comune și nu ca o poziție temătoare, în care ne e frică să ne afirmăm ca indivizi, o Europă a deschiderii de spirit și a curiozității de a descoperi mereu culturi noi. Europa unită în diversitate nu înseamnă nivelarea limbajului și reducerea la cel mai mic numitor comun a formelor de adresare. Europa asta unită în diversitate înseamnă diversitate de credințe și diversitate în manifestarea tradițiilor.

Sărbătoarea de Crăciun care se apropie mi-a marcat copilăria, e parte a identității mele, și ca român, și ca european. Este o parte pe care o prețuiesc și de care sunt mândru și nu cred că cineva poate fi deranjat de faptul că eu cred în Dumnezeu, că cred în Crăciun și că trăiesc acest sentiment și-l exprim în felul acesta și mă bucur că am avut ocazia să avem această discuție care sper eu că clarifică lucrurile și nu le inflamează mai mult.

Alice Kuhnke, för Verts/ALE-gruppen. – Fru talman ! Vi har många problem i EU. Vi står inför enorma utmaningar. Då väljer ni att göra en höna av en fjäder, när ni i stället borde tala klarspråk om den växande ojämlikheten i EU, om fattigdomen i EU, om rasismen och diskrimineringen i EU, om jämställdheten som gång på gång hotas. Ni borde lägga er tid på att belysa hur högerpopulismen systematiskt arbetar mot kvinnors och flickors rättigheter och friheter. Ni borde tala om klimatkrisen, om hur vi ska rädda vår planet och om att EU måste stå längst fram i ledet för omställning. Det borde ni prata om.

Att vi i stället debatterar ett internt arbetsdokument, vars syfte är att få alla EU-medborgare att känna sig inkluderade i EU:s arbete är under all kritik. Ni borde skämmas.

Ert sätt att vilseleda och missbruka ert mandat visar med tydlighet varför vi behöver en EU-kommissionär som kämpar för allas fri- och rättigheter, för kvinnor och för hbtqi- personer.

Jordan Bardella, au nom du groupe ID. – Madame la Présidente, bannir les expressions «genrées» comme «Monsieur», «Madame» ou «Mademoiselle», et interdire désormais la simple référence à Noël, voilà ce qu'exige la Commission européenne de ses salariés dans une note interne qui leur a été adressée. Ce chef d'œuvre de bêtise bureaucratique n'est pas une simple anecdote, mais une nouvelle marche vers l'installation progressive et minutieuse d'un nouveau totalitarisme.

Votre projet, à l'égard de cette civilisation millénaire que vous détestez tant, n'est pas seulement de la remplacer par les voies migratoires, mais de l'annuler. De l'annuler purement et simplement en déconstruisant méthodiquement son âme et ses fondations. Ce projet militant est celui de l'idéologie woke, importée de l'autre côté de l'Atlantique. Une *cancel culture* qui voudrait faire table rase du passé, effacer nos mythes et nos héros, déboulonner nos statues, réécrire l'histoire, culpabiliser les majorités pour mieux imposer les communautés.

L'effacement de nos références culturelles et civilisationnelles n'est qu'une étape. Pendant que vous vous pensez légitime à réviser nos traditions millénaires ou notre vocabulaire, la commissaire européenne à l'égalité, Helena Dalli, assure en parallèle activement la promotion de l'association Femysso, une officine islamiste proche des Frères musulmans, connue pour son prosélytisme en faveur du voile et ses attaques envers la conception française de la laïcité. Sans parler de la campagne du Conseil de l'Europe, financée par notre argent, assurant la promotion du voile islamique, pourtant si étranger à l'idée que la civilisation européenne se fait de la femme.

Devant votre volonté d'éjecter purement et simplement l'Europe de l'Union européenne, nous continuerons à défendre une France française dans une Europe européenne. Qu'il me soit permis, Mesdames et Messieurs, au risque de m'attirer les foudres des déconstructeurs haineux que vous êtes, de vous souhaiter à toutes et à tous un très joyeux Noël.

Nicola Procaccini, *a nome del gruppo ECR*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi scuserà se non la chiamo «sedia», come vorrebbero le linee guida per un linguaggio inclusivo, ma mi sentirei a disagio con la traduzione italiana di «chair» al posto di «chairman». Così come spero non si offenderà, Commissario Schinas, se Le faccio gli auguri di buon Natale anziché gli auguri di stagione, che non significano nulla ma che sono sugli schermi di tutti i computer del Parlamento europeo.

Questo dibattito è un'opportunità, perché le parole che usiamo qui dentro definiscono chi siamo, da dove veniamo e verso dove stiamo andando. Difendere l'uso della parola «Natale» o dei pronomi di genere maschile e femminile, oppure posizionare un piccolo presepe in ufficio significa difendere la cultura d'Europa. Siamo popoli diversi, ma siamo uniti dalla stessa radice cristiana, arricchita dalle esperienze e dai pensieri che hanno attraversato il nostro continente nel corso degli ultimi duemila anni. Quella radice determina le nostre convinzioni sulla laicità dello Stato, sul rispetto delle religioni altrui, su ciò che è giusto o sbagliato, persino su ciò che è bello o brutto.

È il cosiddetto stile di vita europeo, che Lei e noi dovremmo promuovere, ma che per qualcuno è un ostacolo al progresso. Non per noi conservatori. Per noi un albero senza radici è solo un pezzo di legno.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, no sé si muchos de ustedes se habrán fijado en el mensaje que aparece en la primera página de todos los informes que aprobamos en el Parlamento Europeo: «Unida en la diversidad». Cada vez que me tropiezo con esta frase es, sobre todo cuando estamos trabajando en algún informe sobre el retroceso de los derechos de las mujeres o sobre la persecución por parte de algunos gobiernos a las personas LGTBIQ, me digo a mí misma que quizá deberíamos grabarla en piedra por toda la Unión como los hitos romanos que marcaban los caminos.

La Guía del lenguaje inclusivo de la Comisión simplemente trasladaba al lenguaje oficial una diversidad que ya existe en la Unión Europea. Que no siempre hayamos tenido palabras para describirla no quiere decir que no haya sido desde el inicio de los tiempos así. Quienes han pedido la retirada de esta Guía con la burda excusa de que cancelaba la Navidad, no están librando una guerra contra el lenguaje inclusivo: están librando una guerra contra la realidad y contra la vida.

Solo pedirle a la comisaria, que por desgracia hoy no está en este debate, que sea más ambiciosa en las medidas que propone para luchar por la igualdad. Pero hoy quiero mandarle mi apoyo y decirle que no se deje amedrentar por la extrema derecha y sus fabricantes de bulos.

Desde aquí recomiendo la Guía a todas las personas que se dediquen a la comunicación, la educación y la política, y a cualquiera que quiera sencillamente emplear las palabras más adecuadas para describir y entender el mundo en el que vive.

Felices fiestas.

Enikő Győri (NI). – Elnök Asszony! Tudják, én gyerekkoromban egy olyan rendszerben éltem, amely előírta a magyaroknak, hogy mit gondolhatnak, mondhatnak és cselekedhetnek. Ugy véltem, ezt a világot egyszer s mindenkorra magunk mögött hagytuk 1990-ben. Erre most a Bizottság egy általunk elcsípett dokumentumban tiltólistára teszi a „karácsonyt”, a „keresztnevet”, a „polgár” és a „Tisztelt Hölgyeim és Uraim” fordulatokat. Brüsszel tehát a politikai korrektség nevében kulturális harcot indított. A Szentatya ezt ideológiai gyarmatosításnak nevezi, én pedig azt mondom: elég volt! Elegendő volt abból, hogy egyesek feljogosítva érzik magukat arra, hogy diktátumokat fogalmazzanak meg. Dalli asszony felfogja vajon egyáltalán, hogy belegázol a hagyományainkba, a kulturális örökségünkbe, és nyelvészprofesszorok munkájába rondít bele? Dalli asszony ráadásul hazudott is, hiszen nem félkész munkáról van szó, ezt már színes-szagos formába öntötték.

Nem elég visszavonni ezt az anyagot, Képviselőtársaim! Az ötlet, hogy nyelvőrséget működtessen a Bizottság, önmagában felháborító. Nem kijavítani kell az anyagot, hanem a kukába dobni, és Dalli asszonyt a Bizottság elnökének sürgősen el kellene bocsátania.

Egyben áldott karácsonyi ünnepeket kívánok mindannyiuknak!

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, «on peut se demander», écrivait Bernanos, «s'il y aura encore longtemps des nuits de Noël avec leurs anges et leurs bergers pour ce monde si étranger à l'esprit d'enfance». Incroyable, mais vrai, le jour est arrivé: il faut maintenant tenter de sauver Noël, que la Commission européenne semblait avoir prévu de condamner. La commissaire Dalli considère que le terme n'est pas assez inclusif. Folie! D'atteindre ainsi la haine des racines qui ont fait l'Europe. M^{me} Dalli l'a peut-être oublié: Noël n'est pas que le prétexte des vacances d'hiver, comme elle dit, c'est le jour où est né le monde dont nous héritons, le début de notre ère, la référence à partir de laquelle nous comptons nos années. Madame Dalli, prétendez-vous nous retirer jusqu'à ce repère commun? Folie! Parce que nier ce qui nous relie, c'est détruire toute possibilité d'appartenir à une culture commune, tout espoir d'assimilation et ouvrir ainsi la voie à l'éclatement de nos sociétés, aux revendications communautaristes qui préparent les affrontements à venir.

Le même mois, la Commission européenne condamne Noël, parce qu'il faut être inclusif et finance une campagne proclamant que la joie est dans le hidjab, parce qu'il faut être inclusif. Vous croyez que nous ne comprenons pas? Quand vous nous appelez à éviter les prénoms chrétiens, à privilégier, je cite, «Malika» plutôt que «Maria». Vous n'attaquez pas des symboles superflus et je le dis ici à tous nos collègues qui seraient tentés de ne pas prendre ce problème au sérieux: vous attaquez ce qui unit l'Europe et vous ouvrez la voie à toutes les fractures de demain.

Jean-Paul Sartre, écrivait — Jean-Paul Sartre! -: «vous avez le droit d'exiger qu'on vous montre la crèche» et vous avez voulu nous retirer ce droit. Et vous n'êtes pas la première, Madame Dalli. Mais il faut assumer votre responsabilité, même si vous n'avez pas eu le courage de venir répondre ici, je sais que vous nous entendez. Vous avez tout fait pour nier l'Europe et vous aviez pour mission de la servir. Mais c'est en vain. Folie, en effet, de croire que vous pouvez détruire cela. Toutes les Madame Dalli de Bruxelles n'empêcheront jamais que le jour de Noël, les bureaux de la Commission seront vides à cause de l'infinie espérance, dont parlait Hannah Arendt, preuve que Noël est inclusif, à travers ce qu'elle décrivait comme la plus grande des bonnes nouvelles, la bonne nouvelle des Évangiles: un enfant nous est né. Madame Dalli, nous parlons ici, mais en vérité, nous n'avons pas besoin de sauver Noël. C'est Noël, cette année encore, qui nous sauvera autant que durera l'Europe. Joyeux Noël!

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, vicepresidente Schinas, Pleno del Parlamento Europeo en Estrasburgo, con tantos asuntos legislativos que tratar y aquí tenemos un ejemplo supremo de un asunto que no debió haber llegado a esta tribuna porque no se trata de un acto legislativo, ni siquiera de un documento oficial de la Comisión, de una comunicación oficial de la Comisión, sino de un documento interno de trabajo que recomienda la utilización de un lenguaje inclusivo para prevenir la reproducción mecánica o, aún peor, inconsciente, de clichés y estereotipos desde la experiencia contrastada de que los estereotipos conducen a la reproducción de prejuicios.

Los prejuicios son la simiente del odio, y el odio conduce a la violencia y al crimen del odio, y a la exclusión, por supuesto; por eso, está completamente fuera de lugar la exhibición desde esta tribuna de las creencias religiosas personales bajo la hipócrita invocación de la libertad religiosa —que nadie ha cuestionado y que, en todo caso, estaría incluida en el lema de la Unión Europea, «Unida en la diversidad»— y confunde a la ciudadanía sobre un falso debate y un objeto todavía más trucado.

La única explicación es una concesión de la derecha *mainstream* de esta Cámara, del Partido Popular, a lo que la ciencia política llama «guerra cultural», que es una confrontación forzada y artificiosa entre valores, símbolos y el significado que damos a las palabras, y lo único que puedo decir es que con ello la derecha de esta Cámara, el Partido Popular, está haciendo el juego a la extrema derecha.

Por tanto, este es un asunto que no debió haber llegado nunca a la tribuna del Parlamento Europeo: no venimos aquí a exhibir nuestras creencias religiosas personales, sino a respetarnos en nuestra diversidad.

Mara Bizzotto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, viva il Natale e viva le tradizioni cristiane. Un'Europa che vuole vietare la parola «Natale» e i nomi cristiani di «Giuseppe» e «Maria» non è e non sarà mai la nostra Europa. Perché l'Europa o è cristiana o non è Europa. Questo è il grande insegnamento di Schuman e di Papa Giovanni Paolo II, il Papa santo, che ha sconfitto l'impero del male incarnato dal Comunismo sovietico.

Dobbiamo essere orgogliosi della nostra identità e dei nostri valori e l'Europa dovrebbe rivendicare con orgoglio le proprie radici giudaico-cristiane. Invece assistiamo alle continue follie di un'Europa che vuole rinnegare se stessa e cancellare la propria storia con la scusa ridicola di non discriminare qualche immigrato islamico.

Cari burocrati europei, basta con questi deliri, basta con il vostro fanatismo ideologico. Cosa sarebbe l'Europa senza i simboli della cristianità? Senza le chiese, i campanili, le opere d'arte? L'Europa è cristiana, non musulmana. L'Europa non è l'Eurabia. Chi entra a casa nostra, chi arriva nei nostri paesi deve adeguarsi e deve rispettare le nostre tradizioni, la nostra storia, le nostre regole. Sono gli immigrati che devono integrarsi, non il contrario.

Gli italiani sono il popolo più solidale del mondo, ma niente e nessuno potrà mai cancellare la nostra identità e le nostre radici cristiane. Buon Natale a tutti voi e alle vostre famiglie.

Assita Kanko (ECR). – Voorzitter, ik ben blij dat u hier bent, meneer Schinas. Maar is de Commissie van mening dat vrouwen grote problemen niet kunnen aanpakken, en dat ze een man moet sturen? Kan de Commissie uitleggen waarom mevrouw Dalli hier niet is? Dit voelt aan alsof een man haar nu moet redden. Als ik mevrouw Dalli was geweest, dan had ik het zelf willen uitleggen. Ik vind dat vicevoorzitter Schinas eigenlijk slachtoffer is van seksisme en mevrouw Dalli ook, tenzij we nu ook al over geslacht willen zwijgen.

Mijnheer de eurocommissaris en vicevoorzitter, ik waardeer het in ieder geval dat u hier bent om te praten over inclusief taalgebruik en onze Europese waarden, die ik deel. Ik ben blij dat de *woke* aanbeveling van de Commissie weer ingetrokken is, want dat leek me niet de juiste weg.

Commissaris, u bent verantwoordelijk voor de Europese manier van leven. Daarbij hoort wat mij betreft een gezonde verhouding tot ons verleden en onze taal, die ook in het verleden geworteld is. We moeten niet bang zijn voor de cancelcultuurleiders die dit gesprek niet aan willen gaan en geen ruimte laten voor inclusie, voor acceptatie, voor nuchterheid. Inclusief taalgebruik maakt daadwerkelijk ruimte door te verbreden, niet door te wissen.

Sira Rego (The Left). – Señora presidenta, señor comisario, permítanme que empiece con una evidencia: les parecerá increíble, pero las personas que creemos que el lenguaje inclusivo es importante porque lo que no se nombra no existe, o porque la diversidad se construye también a través de lo que se visibiliza, no pretendemos acabar con las ideas de los otros; más bien, al contrario.

Que las instituciones europeas tengan una Guía sugiriendo un lenguaje inclusivo, es simplemente un ejercicio para democratizar los espacios de convivencia, no un dogma. De hecho, pueden estar tranquilos: sus privilegios de señores siguen intactos y la Navidad no está en riesgo.

De hecho, esta Guía no cancelaba a nadie, solo igualaba algunas cosas.

En estas batallas, que a menudo llaman «frívolas» aquellos que hablan desde el privilegio de ser nombrados en exclusividad o de haber ocupado nuestros espacios, nos jugamos también el significado de la igualdad y la visibilidad de quienes siempre somos invisibles.

Por desgracia, la Comisión, haciendo el juego a los varones blancos, conservadores y con determinados valores religiosos, nos deja fuera a todas las demás. Mientras, nosotras, nos seguiremos nombrando.

Edina Tóth (NI). – Elnök Asszony! Ha az Európai Bizottság belső kommunikációs útmutatóját nem vonják vissza, akkor ma többen ferde szemmel tekintenének rám e megszólításért. Úgy gondolom, hogy egészen elképesztő és döbbenetes, hogy a 21. században az Európai Parlamentben erről kell plenáris vitát tartani. Úgy vélem, hogy a Bizottság ezúttal nemcsak káros, de egyben egy borzasztóan veszélyes útra tévedt. A javaslat ugyanis nagyon sokakat megbotránkoztatott. A karácsony szó tiltásával hadat üzentek kultúránknak, hagyományainknak, és megpróbálták hitelteleníteni keresztény identitásunkat.

Mi, magyarok, már megtapasztaltuk, hogy milyen az a fenyőünnap, jól emlékszünk a kommunista diktatúrabeli karácsonyokra. Ha megtagadjuk keresztény gyökereinket, nincs jövője az Európai Uniónak, nincs jövője Európának. Történelmünket és keresztény hagyományainkat nem engedjük eltörölni!

Áldott karácsonyt kívánok mindenkinek!

Michaela Šojdrová (PPE). – Madam President, Ladies and Gentlemen, dear colleagues, each Member of the European Parliament must know his rights and obligations, like every other citizen. I believe you can agree with this, despite the fact I have just broken three rules given by the Commission's guidelines.

Byla jsem v šoku, když jsem se dozvěděla o těchto pokynech. Pane místopředsedo Komise, chci Vám poděkovat, že tyto pokyny jsou již minulostí, ale přesto i tato diskuze ukazuje, že je tato debata důležitá pro budoucnost, aby se to neopakovalo. Mottem Evropské unie nadále zůstává 'Jednotná v rozmanitosti' a tím by se měly řídit všechny instituce při komunikaci. Ale ony pokyny Evropské komise tuto diverzitu naopak potíraly pod záminkou jednoty.

Ve jménu korektnosti nesmíme pošlapávat naše křesťanské kořeny a stydět se za to, že slavíme Vánoce. Anebo nesmíme si zakazovat zobrazování žen jako maminek, které se starají o děti. Korektní vyjadřování by mělo odpovídat naším společným hodnotám. Podobné byrokratické iniciativy, jako je tato poslední, ničí práci Komise a prohlubují nedůvěru v Evropskou unii jako celek.

Některým to možná připadá směšné, urážlivé, ale já to považuji za velmi nebezpečné. Proto bych chtěla vyzvat, aby v komunikaci byla využívána hlavně slušnost, citlivost a zdravý rozum. Očekávám, že se Komise poučí a chyby se už nebudou opakovat. Přeji všem požehnané Vánoce a hodně zdraví do nového roku.

I wish you a Merry Christmas and a Happy New Year!

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Panie Przewodniczący Weber, mam nadzieję, że wstydzi się Pan dzisiaj tego, co Pan sprowokował. To żenujący spektakl oparty na fake newsach. I dobrze Pan to wie. Dobrze Pan też wie, że dzisiaj o tej porze miała się odbyć inna debata, dużo ważniejsza dla przeciętnego Europejczyka czy Europejki: debata dotycząca rosnących cen energii, inflacji i biedy. O tej porze. Teraz. Tymczasem my odbywamy ten żenujący spektakl, polowanie na czarownice, które Pan, Pana grupa razem z tymi populistami – bo oni wam dzisiaj klaszczą – urządza przeciwko Europejkom i Europejczykom. To jest naprawdę żenujące. Dzisiaj stoi Pan w jednym rzędzie z Kaczyńskim, z Orbánem, którzy właśnie podnoszą rękę na kobiety, na mniejszości i boją się języka pełnego szacunku i tolerancji. I wy razem dzisiaj stanęliście w tym samym rzędzie. I to jest najbardziej kłopotliwe.

Dzisiaj Europa potrzebuje spokoju. Dzisiaj Europa potrzebuje odpowiedzialnych polityków, bo ten dokument Komisji Europejskiej nie zlikwiduje świąt. Zlikwidują święta nieodpowiedzialni politycy, którzy nie robią nic, żeby zatrzymać inflację, rosnące ceny, coraz mniejszą wartość zarobków. Tacy politycy zlikwidują święta, bo ludzie nie będą mieli co do garnka włożyć, co na stole położyć na święta. A was oczywiście to nie interesuje, bo wolicie straszyć ludzi.

Przewodnicząca. – Dziękuję bardzo, Panie Pośle. Polecam art. 171 i 172 naszego Regulaminu oraz art. 10 ust. 1. Bardzo proszę w spokoju przeczytać te zapisy Regulaminu.

Peter Kofod (ID). – Hr. formand! Når jeg kommer hjem til Danmark her senere på ugen, og folk spørger mig: »Nå, Peter, hvad har du så fået tiden til at gå med i denne uge nede i Strasbourg eller i Bruxelles?«, og jeg fortæller folk: »Jamen, i denne uge har vi diskuteret et internt forslag fra Kommissionen om, om vi må sige »glædelig jul«, eller om man må sige »hr.« eller »fru« og alt muligt andet« - for at skabe et mere inkluderende sprog. Men altså ... folk vil jo ikke tro på mig! Folk vil simpelthen ikke tro på, at dette hus eller dette system er blevet så skørt, at man i den grad angriber fuldstændig fundamentale virkeligheder, ja normaliteten - »hr. og fru«, »glædelig jul« - det er den virkelighed, de fleste af os, og gudskelov de fleste europæere, lever i. Det er skræmmende, at man som system kan angribe det så meget. Jeg må også sige, at der simpelthen må være for mange pengeovre i Europa-Kommissionen. Tænk, at vi har bureaukratiske fedtlag, der kan spille tiden på at diskutere, om vi må sige »glædelig jul«, »hr.« eller »fru« eller »man made« eller alt muligt

andet. Det er for åndssvagt. Vi skal simpelthen have sparet og skåret til, for det her er grinagtigt.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, tengo una pregunta: ¿en qué momento decidieron dinamitarlo todo?, ¿en qué momento enloquecieron y se pusieron al servicio del mal y decidieron convertir la Unión en el brazo ejecutor de cualquier cosa que destruya lo que es valioso?

Hoy toca hablar de esta propuesta de la Comisión Europea por la cual ya no podemos hablar de «feliz Navidad» sino «felices fiestas»: poco importa que la comisaria encargada haya dado un paso atrás al ver el escándalo que ha montado, porque en realidad sabemos que volverán a la carga, y estas guías delirantes sobre el lenguaje inclusivo y progre ya existen en este Parlamento y demás instituciones de la Unión. Durante un cuarto de siglo, el Partido Popular Europeo ha sido el grupo mayoritario en esta Cámara: algún día le tendrán que explicar a sus votantes por qué han dejado todo el poder en manos de la izquierda y de la extrema izquierda.

¿A fuerza de ser inclusivos van a excluir a los cristianos de Europa, reemplazarnos por pacíficos yihadistas? Sí, en Belén nació Jesucristo, de María y José; también las élites de aquel tiempo querían asesinarlo, pero cambió el mundo para mejor. Europa se hizo cristiana y desde entonces, y para siempre, vamos a decir «feliz Navidad».

Balázs Hidvéghi (NI). – Madam President, political correctness and gender madness have hit Europe once again, hard. The Commission apparently wants a Europe where women cannot be called women anymore and men shouldn't be called men, where we are advised not to use names like Mary and John, and where we are supposed to say winter holidays instead of Christmas holidays.

Well, we in Central Europe have a strange feeling that we've been here before – this feeling of déjà vu, when we were supposed to say Pine Holiday instead of Christmas; when we were supposed to say Uncle Winter instead of Santa Claus. But that was during totalitarian Communism – and in 2021, here we are in the European Union back there. Well, George Orwell must be turning in his grave, I'm sure.

Let me say a word to my former political family, the EPP Group, and especially the EPP leadership. Well, this is exactly where your ill-conceived policy or politics of appeasement has led. This is what happens when you give in to every single crazy idea of the Left. It's a shame that this could have happened under an EPP-led European Commission, don't you think?

And finally, just a word to our Commissioner Dalli, who didn't have the courage to come here today. The belated withdrawal of these absurd guidelines is not enough. She should resign immediately.

Isabel Benjumea Benjumea (PPE). – Señora presidenta, la Comisión Europea recomienda no felicitar la Navidad. Lo hace en aras del llamado lenguaje inclusivo. Tuvieron que rectificar, es cierto. Y puede parecer una broma, una anécdota sin mayor trascendencia, pero no lo es.

El año pasado quise donar un nacimiento para que pudiera ser expuesto en un lugar principal del Parlamento Europeo. Con este pequeño gesto pretendía que nuestra institución pudiera demostrar que reconoce la historia cultural y religiosa de raíces cristianas de los ciudadanos europeos. Para mi sorpresa, mi propuesta ha sido reiteradamente rechazada bajo el pretexto de que puede resultar ofensivo. Y hoy, a día de hoy, sigo esperando la respuesta del presidente Sassoli a mi nuevo requerimiento para este año poder tener un nacimiento en el Parlamento Europeo.

¿Qué está ocurriendo realmente? ¿Qué disparate es este? ¿Por qué las instituciones europeas, tan proclives a celebrar efemérides de todo tipo, son reacias a celebrar las celebraciones cristianas? ¿Acaso pretenden borrar nuestras raíces cristianas?

Querer borrar toda huella del cristianismo es querer borrar nuestra identidad. A nadie se le exige ser cristiano para ser ciudadano europeo, faltaría más. Todos caben en Europa, pero es una realidad que la mayoría de los ciudadanos europeos nos consideramos cristianos. Sin el cristianismo no se podría entender la cultura, arte, historia de cada uno de nuestros Estados miembros. ¿Acaso el proyecto europeo no hunde sus raíces en el cristianismo?

Señorías, felicitar la Navidad, en definitiva, es felicitarnos por nuestra herencia común. No hay mayor ofensa que querer negarnos nuestra identidad. No caigamos en ese error.

Muy Feliz Navidad a todos y que la llegada del Niño Dios les traiga todo lo mejor para el 2022.

Evin Incir (S&D). – Madam President, the EU is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. No matter how much I would like to be the author of this sentence, I am not. But the people of our Union are because it is how we have formulated the EU values enriched in Article 2 in our Treaty on the European Union.

I do not seriously understand the controversy of the Commission guidelines that ensure that we fully live up to our own EU slogan: 'United in diversity'. Today's debate is an echo from another time. Lies do not become true just because they are repeated. No one wants to cancel Christmas – that I can assure you – in here, but one thing is clear. The right and the far-right part of the political spectrum in here once again is showing their real face.

It is scary for me to see how far we are from even starting our struggle to ensure all people in our Union are seen as full citizens. No other quote than the one from George Orwell's novel *Animal Farm* can summarise today's discussion: 'All people are equal, but some are more equal than others', and I am ashamed.

Joachim Kuhs (ID). – Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Machen wir uns ehrlich. Mit diesen Leitlinien zur inklusiven Sprache haben wir uns zum Gespött der ganzen Welt gemacht. Die Kommission betreibt offensichtlich eine unnatürliche und uneuropäische Politik, wenn sie alle Bezüge zu unserem christlich-jüdischen Erbe ächten will.

Dieser Wahn zur inklusiven Sprache greift jeden Aspekt unserer nationalen Kultur und unserer Gesellschaft an. Merken Sie es nicht? Hier tobt offensichtlich ein Krieg gegen unsere christlich-jüdische Identität, nicht nur gegen unsere christlichen Wurzeln – und ich bin dem Kollegen Weber sehr dankbar für sein Bekenntnis zum christlichen Glauben –, sondern vor allem gegen traditionelle Familienwerte und die freien Entscheidungen in der Familie.

Frauen werden genötigt, Karriere zu machen, anstatt eine Familie zu gründen. Was ist falsch daran, wenn sich eine Frau dafür entscheidet, mehrere Kinder zu bekommen und sich um ihre Familie zu kümmern? Ist das nicht der wichtigste und der verantwortungsvollste Job, den man haben kann?

Die europäischen Verträge sprechen übrigens hier laut und deutlich: Die EU basiert auf den Traditionen der Mitgliedstaaten. Wir sollten daher unsere hergebrachte Identität in Wort und Tat respektieren. Die Kommission gefährdet mit den – Gott sei Dank – zurückgezogenen Leitlinien dieses grundlegende Prinzip. Nicht Polen und Ungarn, sondern die Europäische Union mit ihrem Kreuzzug gegen unsere Traditionen, unsere Kultur und das Christentum verletzt am stärksten unsere fundamentalen Rechte, auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes und fröhliches Geburtsfest.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Komisarz Dalli przygotowała podręcznik, który zawiera wskazania, jak się komunikować, by nikt nie czuł się wykluczony, jednocześnie wykluczając z komunikacji chrześcijańskie dziedzictwo Europy. Przeszkadza Boże Narodzenie. Przeszkadza Jezus. Przeszkadza Maryja. W imię równości ruguje się chrześcijaństwo. Tym samym pani komisarz Dalli powinna być komisarzem do spraw tworzenia nierówności i wykluczenia. De facto stała się przedstawicielką ideologii unieważniania. To dewastacja humanizmu. Do tego dąży europejska lewica. To jest ich marzenie i to jest ich cel. I musimy być w pełni świadomi, że w Komisji wiadomo o tym, że taki podręcznik jest tworzony.

Odcinając się od chrześcijańskich korzeni Europy, negujecie nie tylko naszą wspólną europejską przeszłość, ale i stawiacie pod znakiem zapytania przyszłość. Europa bez chrześcijańskich wartości przestanie po prostu istnieć. Życzę wszystkim zdrowych, błogosławionych świąt Bożego Narodzenia.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, dame i gospodo, Božić je neizbrisivi dio europske baštine i kulture. Tradicijom obilježavanja od dvije milenija Božić je na našem kontinentu postao i daleko više od vjerskog blagdana.

Stoljeća i stoljeća kršćanske kulture oblikovala su Europu kršćanskim idejama i vrijednostima koje su u temeljima europske civilizacije, čak i kada toga nismo sami svjesni. Takvoga identiteta i bogate tradicije ne smijemo se sramiti već upravo suprotno, na nju moramo biti ponosni. Apsurdni su zato prijedlozi da se izbjegava i sam spomen Božića, da ga se izbriše ili da ga se na neki način preimenuje u nekakvo blagdansko razdoblje.

Božić se ugradio u srce našeg kontinenta podsjećajući nas da zastanemo, otvorimo svoje srce prema bližnjima, osobito danas u vrijeme velike društvene krize.

Čestitati Božić u 2021. znači osobi nasuprot nama bezrezervno poželjeti sve najbolje i zato bi brisanje, izbjegavanje čestitanja Božića radi blijedih i prolaznih društvenih pokusa bilo odricanje od Europe kakvu znamo i kakvu volimo, kao i odricanje od sebe samih.

Želim vam zato sretan i blagoslovljen Božić i svako dobro.

Cyrus Engerer (S&D). – Madam President, a Member said earlier on that women should only be carers. What are they saying? Can't they see all these women working here and being the representatives of a lot of European citizens?

Madam President, Mr Commissioner, growing up as a queer person in a conservative society, I was always told that if I were to succeed in life I should not flaunt who I am and should keep my identity hidden, because society was not ready to include people like me. I fought that because I believe in equality. I wholeheartedly campaigned for my country to join the European Union because that is what our European project stands for: a union of equality where we are all united notwithstanding our diversity.

But two weeks ago, Mr Commissioner, with your opening remarks at the Commission's press conference, you showed that the European Commission believes in unity and diversity only on paper, but not in practice; that the European way of life is not one of equality and inclusion, but one of 'straight' privilege where we should all fit in only two boxes.

You killed the European dream of equality so many Europeans aspire to; and to sensationalise and stop the momentum for equality, the conservative forces embarked on this disinformation campaign on Christmas when there's nothing regarding Christmas, as they are saying, in the document the Commission presented.

Let's remember that in 2019 this House adopted guidelines which are very similar to the ones issued by the Commission, and they were voted for also by the EPP. What is different today?

Susanna Ceccardi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, probabilmente Dante Alighieri, Alessandro Manzoni, i grandi della letteratura italiana riderebbero delle linee guida sul linguaggio inclusivo che poi giustamente sono state ritirate.

In italiano ci sono molte parole di genere femminile che indicano concetti universali: libertà, ragione, fede, umanità. Persino come forma di rispetto si dà del Lei. Solo il fascismo cercò di cambiare il Lei con il voi. Di solito quelli che vogliono cambiare, imporre un determinato linguaggio alla gente sono dei regimi. Ma quel che è più grave in quelle linee guida – che sono state ritirate – è che, con il pretesto di combattere le diseguaglianze, si prende di mira il Natale, Giuseppe e Maria, le nostre tradizioni.

L'Europa deve smetterla di rendersi ridicola agli occhi del mondo rinnegando se stessa. Tutto il mondo ha preso spunto ed esempio dalla civiltà europea, che affonda la propria storia e le proprie radici nelle radici giudaico-cristiane. Non ci deve essere nessuna vergogna nell'identità. Chi non rispetta la propria cultura non avrà rispetto nemmeno per quella degli altri.

E se non sono troppo politicamente scorretta, concludo augurando a tutti buon Santo Natale.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Комисар, не знам дали няма да ми се разсърдите, ако Ви нарека „господин“. Според Вашите правила мога да Ви нарека „госпожо“, да Ви питам „госпожице“, то „ние“, „вие“, няколко рода. Дано не ми се сърдите. Вие днес сте жертва на домашно насилие вътре в Европейската комисия, вие сте бития и изпратен тук, за да бере срама за останалите. Срамът на тези в лявата част на залата, които измислиха тази политически коректна безумица.

Г-н Вебер, съжалявам и Вас, защото това е част и от Вашето наследство, и то погрешно наследство. Да, уважаеми господа и дами, Европа има своите християнски корени. Нашият континент има своето християнско наследство. Никой не може да го отрече. Никой не ви пречи, уважаеми колеги, отляво комунисти, левица, всякакви, да вярвате в каквото си искате. В Мики Маус вярвайте, няма проблем, но не ни казвайте на нас какво да казваме и какво да не казваме.

Ние знаем кои сме, ние имаме своите корени, ние знаем и се самоопределяме от частното към общото. Аз мога да кажа за себе си: аз съм българин, аз съм източно православен, аз съм гражданин на най-старата европейска държава. А вие, ако искате, вярвайте в Мики Маус, само не ни казвайте какво да казваме и какво да не казваме. Затова, уважаеми, поздравявам всички вас с Рождество Христово. Бъдете живи и здрави и *на многая лета*.

Loránt Vincze (PPE). – Elnök Asszony! Azt hallottuk az Európai Bizottságtól, hogy a nyilvánosságra került dokumentumot visszavonja átdolgozásra, és nem erre a válaszra vártunk, mert ez azt jelenti, hogy ez a törekvés a nyelvi cenzúra megmarad, és új javaslat formájában, de még visszatér. Én éltem a kommunista rendszer alatt, és el kell mondanom, hogy a Bizottság mostani szövege az akkori pártbürokrácia tiszteletére is válhatott volna. A karácsony vagy Jézus nevét nem volt szabad kiejteni, de legalább a János vagy a Mária nevet akkor még nem bántották.

Európában több vallás él egymás mellett. Meggyőződésem, hogy egyiknek a hívei sem szeretnék, ha az esélyegyenlőség kedvéért ezentúl nem köszöntenénk sem karácsonyt, sem hanukát, sem eid mubarakot. Az ateisták pedig legyenek toleránsak, hogy egy évben néhány napig vallási köszöntéseket hallanak. A keresztény kultúrát, a vallási hagyományokat kísérli meg eltörölni Dalli biztos asszony, és erre nincsen felhatalmazása. Erre nincsen mentsége, ezt le kellene állítani, Alelnök Ur. Ezt az irományt nem átvitani kellene, hanem a brüsszeli Bizottság brüsszeli épülete előtt ünnepélyesen elégetni, és a hamvait az északi tengerbe szórní, hogy többet semmilyen formában elő ne jöjjön.

Áldott karácsonyt tisztelt Bizottság, kedves Kollégák!

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señora presidenta, señor vicepresidente de la Comisión, que el debate de actualidad de este último Pleno del Parlamento Europeo gire en torno a un documento interno de la Comisión que ya no existe muestra que, con todos mis respetos, la propuesta del Partido Popular Europeo en este caso ha sido poco seria.

Les puedo asegurar que la derecha europea, especialmente viniendo de una española, siempre nos ha parecido demócrata y centrada, pero también que con este rumbo puede sin duda estar emprendiendo el camino del populismo más característico de la extrema derecha, lejos, sin duda, del proyecto común europeo.

El Partido Popular Europeo viene señalando a la comisaria de Igualdad, creo que innecesariamente, y cabe preguntarse si lo hace para desviar la atención de los graves ataques al Estado de Derecho y a los derechos de las mujeres y de las personas LGTBI que están teniendo lugar en algunos Estados miembros liderados por Gobiernos de su familia política.

Seamos serios: avanzar en inclusión, en igualdad y en igualdad de trato debe ser una cuestión muy seria para este Parlamento, y sin duda lo es para los socialistas y demócratas, que creemos en una Unión Europea inclusiva y progresista, independientemente de la religión, el género, la orientación sexual, la edad y la etnia de las personas: sin duda, contamos con su partido, y también con la Comisión, para construir esa Europa de todas y de todos.

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, Mesdames, Messieurs, Madame Dalli n'ose même pas comparaître devant nous pour s'expliquer, mais aucune explication ne peut justifier la gravité de l'atteinte qu'elle a portée aux valeurs européennes.

Dans son guide sur la communication inclusive, elle a osé recommander de s'abstenir de faire référence à Noël. Elle a aussi demandé d'arrêter de citer les prénoms qui font trop penser à la religion chrétienne, comme Marie ou Jean.

Madame Dalli cède ainsi à la philosophie de l'inclusion selon laquelle c'est aux Européens de s'adapter à la culture des migrants. Moi, je pense que nous n'avons pas à renier nos croyances et nos traditions. Nous devons au contraire les défendre avec fierté. Les migrants n'ont pas à nous dicter notre conduite. C'est à eux de faire les efforts nécessaires pour s'assimiler, si nous acceptons de les accueillir.

La philosophie de l'inclusion est une culture de la soumission que je refuse totalement: soumission à la submersion migratoire, soumission à des mœurs étrangères, soumission à l'islam politique. M^{me} Dalli a d'ailleurs revendiqué sa proximité avec Femysy, que la France considère officiellement comme le faux nez de l'islamisme.

Madame Dalli, vous devez tirer les conséquences de votre trahison et vous en aller. Vous êtes indigne de représenter les Européens.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, meneer de commissaris, over twee weken is het kerst. We staan dan stil bij Gods ingrijpen in de geschiedenis. Hij zond Zijn Zoon naar deze donkere wereld – deze donkere wereld in nood – om te zorgen voor licht en voor redding.

Terwijl de kerken in heel Europa zich hierop weer voorbereiden, waren commissaris Dalli en haar ambtenaren bezig om kerst uit het vocabulaire te schrappen. Het inclusief taalgebruik dat ze voorstaan, sluit God kennelijk uit. Met inclusiviteit heeft het helemaal niets te maken. Het neigt eerder naar censuur, waarbij christelijke ambtenaren wordt geadviseerd maar niet meer te spreken over het diepste wat hen drijft.

Door alle terechte ophef heeft uw collega het betreffende richtsnoer inmiddels ingetrokken. Laat het een belangrijke les zijn. Europa is gevormd door het christendom. Wie die erfenis verkwaanselt, zaagt de tak door waarop hij zelf zit. Daarom mijn oproep: keer terug naar de christelijke wortels van Europa. Dan heeft Europa pas echt toekomst. Ik wens u gezegende kerstdagen toe.

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, commissaris, collega's, ik ben een christen-democrate en, nog meer, ik ben een ideologische erfgename van de christelijke arbeidersbeweging, en ik ben daar fier op. Het zijn encyclieken zoals Rerum Novarum die mij de moed geven om regelmatig tegen de stroom in te gaan, en mijn fractieleider soms zelfs wat grijs haar bezorgen. Dat is ook de reden waarom ik hier het woord vraag, omdat het een historische fout zou zijn om de verdediging van het christendom enkel aan extreemrechts over te laten.

Ik ondersteun de intentie van de Commissie om deze Unie inclusiever te maken, zodat iedereen wordt gewaardeerd en erkend, ook ongeacht godsdienst en overtuiging. En de kritiek op de interne gids was deels terecht, het is goed dat die werd ingetrokken, maar het toont ook leiderschap dat men dit durft te doen. De weg naar inclusie loopt immers niet via verplicht taalgebruik, maar via verbindend taalgebruik, waar er ruimte is voor verschillen, waar ieder zichzelf kan zijn, dus ook christenen. Dit is exact wat onze *founding fathers* voor ogen hadden met ons Europees project: verbonden in verscheidenheid. En we zijn voor godsdienstvrijheid. Laten we de feestdagen van de geloofsgemeenschappen niet doodswijgen, maar laat mensen hun tradities in ere houden en laat ons vooral vooruitblikken.

Ik rond af, voorzitster, met wat onze samenleving echt inclusiever maakt, want nog te veel mensen worden uitgesloten of structureel gediscrimineerd. We zullen hier samen verder aan werken. Laten we vooral de vrede, de verdraagzaamheid en de verbondenheid uitdragen waar Kerstmis voor staat.

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, εξομολογούμαι ότι, όταν εξελέγην ευρωβουλευτής, αγωνιούσα να υπερασπιστώ τις κοινές μας αρχές και αξίες, αλλά και τις πολιτικές ισότητας και καταπολέμησης των διακρίσεων εδώ στο Ευρωκοινοβούλιο. Δεν είχα βέβαια φανταστεί ότι θα γινόταν μια τέτοια συζήτηση όπως αυτή σήμερα στην Ολομέλεια, πολλώ δε μάλλον ότι μπορεί να χρειαστεί να υπερασπιστώ το δικαίωμά μου να λέω «Καλά Χριστούγεννα». Δεν χρειάζεται να αρνηθούμε την ιστορία μας, τις παραδόσεις μας και τη χριστιανική κληρονομιά της Ευρώπης για να καταπολεμήσουμε τις διακρίσεις.

Και δυστυχώς, το θεσμικό και πολιτικό ατόπημα της αρμόδιας Επιτροπής της κας Ντάλι διχάζει το Κοινοβούλιο, αλλά και την κοινή γνώμη σε ένα θέμα στο οποίο θα έπρεπε να είμαστε όλοι ενωμένοι. Τέτοια ατοπήματα, αντί να μας βοηθούν να κάνουμε βήματα εμπρός, αντί να ενθαρρύνουν την πραγματικά προοδευτική αντιμετώπιση θεμάτων ισότητας και διαφορετικότητας, αποδυναμώνουν τον κοινό μας αγώνα, οδηγούν σε πόλωση και εντέλει σε οπισθοδρόμηση στην πορεία μας προς την «Ένωση Ισότητας».

Κυρίες και Κύριοι, καλὰ Χριστούγεννα!

Maria Walsh (PPE). – Madam President, this week we debated how powerful words can be if used and targeted in a hateful way. Yesterday, we voted overwhelmingly to ensure our online platforms protect citizens against the ignorance of some who try to alienate and target people because of their gender, their orientation or the colour of their skin. Inclusive language and our journey with it is not to be feared. We are living in a time where our young citizens demand an EU that is ambitious, that is all-inclusive. They see culture. They see heritage. They celebrate differences.

We are committed to mainstreaming equality in our communities. This must also be translated to our institutions. Instead of discussing our differences, we must be respectful of one another, of course, if we are to ensure inclusion and that non-discrimination ends in our EU.

As a digital pioneer, a Navy Officer, Grace Hopper, said: “The most damaging phrase in the language is: “It’s always been done that way.””. As a Christian Democrat, may I wish you a very happy Christmas and may you celebrate the traditions that bring you to our European Union and make it a better place.

Ioan-Rareș Bogdan (PPE). – *This debate is very important, Manfred, congratulations.* Doamna președintă, excelențele voastre, de 500 de ani, în fiecare zi, la ora 12, în toate bisericile catolice din lume bat clopotele în cinstea principelui român Iancu de Hunedoara. Și asta în urma unei bule papale, prin care a fost elogiată strategia de geniu, care a asigurat victoria creștinătății împotriva lui Mehmed al II-lea, cuceritorul Constantinopolului.

În istoria Europei, poporul român a fost de nenumărate ori apărătorul creștinismului și sunt mândru că sunt român. Venind din România, poarta creștinătății, iubesc Europa și Uniunea Europeană, care stă ca o cupolă pe turlele tuturor bisericilor creștine de pe continent. Sunt dator să o apăr în continuare, iar Europa va sărbători acum și peste veacuri nașterea Mântuitorului.

Cineva se joacă periculos cu focul. Că sunt neomarxiștii sau doar niște indivizi incapabili să înțeleagă istoria devenirii acestei lumi europene, nu are cea mai mare importanță. Este însă esențial ca președintele Comisiei Europene și președintele Consiliului European să spună public dacă își însușesc aceste concepte și atitudini. Noi, cei ce sărbătorim nașterea Domnului, nu vom renunța la libertatea de a ne manifesta convingerile, public, cu curaj, cu iubire, cu multă iubire.

Crăciun fericit, dragi europeni!

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Madam President, Europe’s rich and diverse cultural and religious heritage is a source of strength. It must be protected and it must be cherished. Diversity is our strength and uniformity is our enemy. Our identities are not a zero-sum game. No one should feel less at the expense of someone else. At the heart of the world’s view of what the European Union represents is our values: democracy, the rule of law, fairness, inclusion, equality and, above all, human dignity.

We would all do well to remember that the crux of the notion of human dignity is the concept of respect. There are many pressing challenges that we face today as a union. It is our duty to chart the way forward together, whilst championing a model of society and the European way of life that does not leave anyone behind, but gives them all equal opportunity and, above all, respect for our diversity.

Kala Christouena, Merry Christmas, Joyeux Noël, Feliz Navidad and Buon Natale!

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Guido Reil (ID), schriftlich. – Ich bin ja so einiges von Ihnen gewöhnt, aber Sie schaffen es trotzdem immer wieder, mich zu überraschen. Wenn man Ihren Titel liest „Richtschnur für diskriminierungsfreie Sprache“, denkt man sich noch nichts Böses. Wir haben uns ja bereits an viel zu viel gewöhnt: Politische Korrektheit, Gendern, Cancel Culture – alles unerfreulich, aber nicht wirklich überraschend. Aber dann: Weihnachten sei zu christlich und es zu erwähnen würde den nichtchristlichen Teil der Bevölkerung traumatisieren. Feiertage – sei gerade noch akzeptabel. Bitte? Maria und Josef gingen auch nicht. Zu biblisch. Stattdessen Malika und Julio. Hallo? Das ist keine Richtschnur, wie Sie behaupten, und auch keine Regulierungswut, wie wir sie sonst immer erleben, sondern das hat eine neue Qualität. Das ist ein Angriff auf unsere kulturelle Identität. Sie wollen unsere kulturelle Identität auslöschen. Es geht Ihnen kein bisschen um Vielfalt. Was Sie wollen ist grauer Einheitsmatsch. Wir sollen geschlechtslose, familienlose und identitätslose Masse-Menschen werden, die gar nicht mehr wissen, was Heimat, Verwurzelung, Identität und Gemeinschaft sind. Austauschbare, gesicht-

slose Wesen, die vergessen haben, wie Menschsein überhaupt geht. Das ist perfide. Das ist böse. Das ist kommunistisch. Nicht mit mir!

Mihai Tudose (S&D), *în scris*. – Spre deosebire de unii colegi, eu nu consider că această dezbatere este lipsită de obiect, chiar dacă punctul de pornire a fost un document de uz intern al Comisiei Europene, retras în urma scandalului european pe care l-a declanșat apariția sa în presă. Recomandările, fie și de uz intern, erau efectiv stupide și neavenite.

Problema majoră e că derapajul unor funcționari europeni din subordinea comisarului pentru egalitate se înscrie într-o tendință periculoasă. Iar reacția vehementă a cetățenilor, presei și politicienilor din toată Uniunea Europeană arată clar că nu acceptăm ca identitatea creștină a Europei să fie ascunsă ori negată! Dimpotrivă, consider că este nevoie de o afirmare mai puternică și deschisă a apartenenței noastre creștine, a tradițiilor care ne leagă și a credinței care ne călăuzește.

Suntem toleranți, dar asta nu înseamnă că ne punem între paranteze propriul specific. Europa e un continent creștin și oricine trăiește aici trebuie să respecte istoria, credința și cultura pe care popoarele europene le-au construit de două mii de ani. Și încă un lucru: nu asta e treaba Comisiei Europene, să-i dea bilet de voie lui Moș Crăciun! Ocupați-vă la modul serios de mandatul ce v-a fost încredințat! Crăciun fericit!

Marco Zanni (ID), *per iscritto*. – Le linee guida presentate dalla Commissaria Dalli nel documento «Union of Equality» rappresentano l'ennesima mancanza di rispetto verso milioni di cittadini europei. In nome dell'inclusività, la Commissione europea arriva a cancellare il termine «Natale», invitando i cittadini europei ad adottare un linguaggio «non discriminatorio». Linguaggio che tuttavia, a forza di voler includere, rischia di avere l'effetto opposto. La Cristianità, ossia l'Europa, non è solo il titolo del saggio che Novalis scrisse nel 1799, ma è una frase che riassume perfettamente le nostre origini. L'Unione europea affonda nelle tradizioni e nei valori giudaico-cristiani, le proprie radici, la bandiera stessa è ispirata all'icona della Vergine Maria. Negare tutto questo significherebbe negare la propria identità. A mio avviso un governo o un'istituzione che impone il modo di parlare ai propri cittadini, non può allo stesso tempo definirsi democratico.

Infine, ritengo che questioni come questa, rischino di diminuire oltremodo la scarsa fiducia che i cittadini ripongono nell'Unione europea, soprattutto nel contesto odierno, con sfide ben più importanti da affrontare.

13. Aktueller Stand in Bezug auf die ARF (Aufbau- und Resilienzfähigkeit) (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego są oświadczenia Rady i Komisji w sprawie Instrumentu na rzecz Odbudowy i Zwiększania Odporności – aktualna sytuacja (2021/2996(RSP)).

Chciałabym przypomnieć również, że w żadnej debacie na tej sesji miesięcznej nie przewidziano procedury pytań z sali i nie będą przyjmowane niebieskie kartki.

Podobnie jak podczas niedawnych sesji miesięcznych, przewidziano możliwość zabierania głosu zdalnie z biur kontaktowych Parlamentu w państwach członkowskich.

Pragnę również przypomnieć, że w sali posiedzeń plenarnych mówcy nadal zabierają głos z mównicy głównej. W związku z tym proszę uprzejmie sprawdzać listę mówców i podejść do mównicy, gdy nadejdzie czas Państwa wystąpienia.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, Commissioner, honourable Members, the Recovery and Resilience Facility is at the heart of the EU response to the coronavirus virus crisis. It will play a central role in mitigating the economic and social impact of the pandemic and delivering a more sustainable and resilient European Union, better prepared for the challenges and opportunities of the Green and Digital Transition.

Beyond its economic impact, the Facility is a strong sign of European unity and ambition. The unprecedented solidarity shown through the RRF requires everyone to use its funds responsibly and efficiently. The Facility also offers a unique opportunity to enhance investment coordination across the EU, and joint coordinated action at European level is more effective and benefits Member States more than uncoordinated individual national efforts, not least due to a significant spillover effect across countries.

The RRF, embedded in the European Semester of economic and employment policy coordination, will also become a key tool to implement the policy reform agenda in the years ahead. The reforms included in the National Recovery and Resilience Plan will be instrumental in effectively addressing the country-specific recommendations identified in the context of the European Semester. Hence, national parliaments will play a key role in the timely adoption of the legislative reforms to allow the full implementation of the plans.

A successful RRF requires not only the effective use of its funds, but also a sound and credible financial structure. I very much welcome the fact that the Commission has already raised over EUR 70 billion of Next Generation EU funds, and that it has attracted great interest among international investors. We have come a long way since the adoption of the Facility in February. All Member States, but one, have submitted their RRP. The Commission has assessed 22 plans and the Council has acted swiftly on the related Commission proposals and adopted all 22 plans, with the tight timeline set out in the regulation.

The RRF has featured on the agendas of all the ECOFIN Councils during this presidency and three extraordinary informal Council meetings. They were also there to accelerate the adoption of the process.

The Council stands ready to examine, without delay, the proposals that the Commission will make for the pending RRP and to ensure that they all meet the requirements for a positive assessment.

Overall, the plans approved by the Council so far represent EUR 291 billion in non-repayable financing and EUR 154 billion in loans. Member States have allocated almost 40% of spending in their plans to climate measures and more than 26% to the Digital Transition, exceeding the agreed targets of 37% and 20% respectively.

The adoption of the Council implementing decisions has allowed the disbursement since August 2021 of more than EUR 50 billion in pre-financing to 18 Member States, boosting recovery efforts across the Union.

With the approval of the Recovery and Resilience Plans and the first funds distributed to Member States, the focus now crucially turns to the implementation phase. Throughout this phase, checking and monitoring will be vital if the RRF, as a whole, is to be a lasting success. Member States have started to submit their payment requests for the implementation of their plans. Each request will require verification that the relevant milestones and targets are properly met. We, as the co-legislators, have no formal role in the assessment of these requests, which are carried out by the Commission in compliance with the regulation. For its part, the Council will continue to monitor the implementation of the Facility and, as appropriate, provide political impetus and guidance to unroll its full potential.

As I said, the implementation of the Recovery and Resilience Plans will be a key element of the economic surveillance and policy coordination in the context of the European Semester. The Council remains committed to continuing its close engagement with all interested parties at every step of the way to make the RRF a success.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, it is a pleasure to be back in this House. I would like to update you on where we stand on economic recovery and in particular on the Recovery and Resilience Facility (RRF). We are well on track and looking forward to next year as a year of implementation. We are now emerging from the crisis and the Recovery and Resilience Facility will help us to prepare also for the future.

To date, the Council has adopted implementing decisions for 22 national recovery and resilience plans. The financing is starting to flow. The Commission is still assessing plans from four countries: Bulgaria, Hungary, Poland and Sweden. On Bulgaria, we are making good progress. For Sweden, the next steps will depend on the orientations that the new government will take. Discussions continue with both Hungary and Poland. Our aim is to arrive at a positive assessment in due course, once the conditions and criteria set out in the RRF Regulation are met.

The Netherlands has not yet presented a plan. We are continuing to work constructively with the Dutch authorities, which have indicated that they expect the plan to be submitted in spring 2022.

On pre-financing: so far, we have provided EUR 54.2 billion to 18 Member States. The last disbursement was to Romania and we expect to make disbursements to Estonia and Malta shortly.

Earlier today we launched the online scoreboard for tracking progress on the Facility overall and each recovery and resilience plan, together with specific reporting on social expenditure. We are advancing with operational arrangements, which will detail further technical conditions for monitoring the implementation.

Last month, the Commission signed arrangements with the first two Member States: Spain and France. Both have submitted their first payment requests. For France, the payment request is under evaluation. For Spain, the Commission has approved its request for EUR 10 billion in grants. Before any disbursement, however, the Economic and Financial Committee must give its opinion.

We expect the next requests to be submitted early next year and will thoroughly assess each one in full respect of the RRF Regulation. Parliament will continue to receive all due information as required.

I am confident that Parliament will be an important ally throughout the implementation phase. We also understand that Parliament will prepare its own review report on the RRF, which should feed into the Commission's review report due in July 2022. We very much welcome this step. Thank you, and Commissioner Gentiloni will now have further points to add.

Paolo Gentiloni, *Member of the Commission*. – Madam President, as Valdis Dombrovskis has just said, we have 22 plans adopted by the Council, and in these plans we see a well-balanced representation of the six pillars. The total estimated cost of the 22 plans amounts to EUR 450 billion.

Let me give you a first survey of the measures put forward by Member States in their plans, measures that, of course, can contribute to more than one of the pillars with their primary and secondary assignment, so the total adds up to more than 100%. The first results: 50% of measures will support the green transition; 29% will support the digital transition; 50% will support smart, sustainable and inclusive growth; 43% will support social and territorial cohesion; 17% health, economic and social resilience; and 11% of measures will support policies for the next generation, including education and skills. All this data will be available in the scoreboard that has been launched today.

Now, as we have received the first payment requests, I would like to assure you that the Commission remains committed to being thorough and acting as quickly as possible. For Spain, we will now await the Economic and Financial Committee opinion and then proceed with the first disbursement. We are committed to making the process as transparent as possible. We have published the operational arrangements signed with Spain and France, and we will encourage each Member State to agree to this publication.

We will also publish our preliminary assessment of the milestones and targets to ensure that the broader public can follow how the facility continues to deliver at EU level and in their own country. Exactly for this reason, the Recovery and Resilience Scoreboard has been launched today. Not all data is available yet, so the information provided on the scoreboard will continue to grow in the coming months. For example, we are still waiting for the first input by Member States on the agreed common indicators, which will be available in spring 2022.

The support from the Facility can reach the entire society in the Union, and this is strongly needed now, when we are still fighting the pandemic but with the recovery underway. Visibility will be crucial for the success. We will step up our efforts to communicate the role and the impact of Next Generation EU. Together, the Parliament and the Commission, we can make the difference. Together, we can fulfill this extraordinary mission for the next generation of Europeans.

IN THE CHAIR: DITA CHARANZOVÁ*Vice-President*

Siegfried Mureşan, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, Commissioners, Minister, welcome to the European Parliament. Almost exactly one year ago in December 2020, we managed to agree between the European Parliament, the Council and the Commission on the largest package of economic support ever created by the European Union: the Recovery and Resilience Facility. Much was achieved in this one year, since, with 22 plans already approved by the Commission and the Council, and with the countries having received their pre-financing, we are now moving from the assessment to the implementation phase. The scope is clear – recovery and resilience.

We have to use the funds to help people, enterprises and regions affected by the virus in the process of recovery, but resilience is also important. We have to use the money to strengthen our public systems, healthcare, education, the economy, the public systems and the private sector, so that if ever in the future such a crisis hits us, we will not be hit in the same way. We are going to spend more money than ever. This is why control is important.

The European Public Prosecutor, the European Court of Auditors and the European Anti-Fraud Office need to have a strong role. We made sure that there are clear rules at European level, but that there is also flexibility. Countries can use the money where they need it, but one thing cannot be negotiated, and that is values and that is the rule of law. If money flows, European values should be respected. Furthermore, the money should also be used to reform; it should not be seen only as a source of investment. Investments and reforms go hand in hand.

I expect the Commission to observe the implementation of all the country-specific recommendations, and some are very important. Fiscal sustainability is essential. It is very important because we could only create this Recovery and Resilience Facility now because our Member States are still credible enough in the eyes of the financial markets so that the guarantee that we gave to the Commission enabled the Commission to access funds. We need to ensure fiscal sustainability again in the future. We, as Parliament, are going to monitor the work of the Commission and the implementation of this plan.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor ministro, señor vicepresidente, señor comisario, aprovechamos este último Pleno para hacer un poco repaso de cómo va el Plan de Recuperación.

Como se ha dicho aquí, hasta ahora se han presentado la mayoría de los planes nacionales y se han aprobado la mayoría de los programas nacionales. Llegó la prefinanciación en el verano y ahora toca firmar los acuerdos de operaciones y, sobre todo, presentar los primeros informes con los hitos y objetivos cumplidos.

De momento, sólo lo ha hecho España, pero espero, de verdad, que el resto de países aceleren y los presenten cuanto antes porque eso significará que toda la fase de preparación ya habrá terminado y entraremos de lleno en la ejecución. Y para eso 2022 va a ser clave.

Y también será clave porque tendremos muchos datos para poder hacer una valoración del Plan. En febrero tienen que presentar también su Informe anual y, entre otras cosas, van a tener que evaluar y cuantificar el gasto que se ha realizado por cada uno de los seis pilares y el gasto social, con un desglose relativo en materia de infancia y juventud.

Saben que mi Grupo ha sido muy crítico con la selección de indicadores sociales y de género, y queremos que se mejore. Queremos ser rigurosos, necesitamos contar con las mejores herramientas y, además, si queremos ser rigurosos —y esta es mi última frase—, tenemos que respetar el Estado de Derecho. Sin respeto al Estado de Derecho no puede haber financiación ni del Plan de Recuperación ni de los presupuestos europeos.

Luis Garicano, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, los datos de la Comisión muestran que diferentes países combinan el dinero de fondos de cooperación europeos con dinero nacional de maneras muy diferentes; países como Francia e Italia complementan el dinero europeo con una inversión nacional muy importante: en el caso de Italia, cuatro puntos del PIB nacionales por cada punto del PIB de dinero europeo. En otros países, como en el caso de España, hacen lo contrario: fian la recuperación entera a los fondos europeos y no la complementan con fondos nacionales.

De hecho, en España solo se añade 0,15 puntos del PIB a cada punto de dinero europeo invertido; esto puede parecer responsable, pero no lo es: mientras dure la pandemia, lo responsable es gastar todo lo que haga falta para mantener la actividad económica, proteger a las familias y mantener la inversión, y a la vez, y esto es clave para evitar una crisis de deuda, es importante tener unas cuentas sostenibles a medio plazo que nos permitan asegurar a los mercados que cualquier deuda en que incurramos será solo temporal.

Eso es lo que está tratando de hacer Mario Draghi en Italia, con una importante reforma de las pensiones que elimina la llamada «Quota 100» y, a la vez, un enorme estímulo fiscal en 2022. Y es lo contrario a lo que está haciendo España, donde el impulso fiscal propio es mínimo y, a la vez, se hace una reforma de las pensiones que aumenta el déficit estructural en cuatro puntos del PIB; es decir, la mezcla de políticas fiscales es completamente absurda, más deuda y menos impulso: lo peor de los dos mundos.

Señor comisario, señor vicepresidente ejecutivo de la Comisión, Europa debe asegurar que el dinero europeo se gasta bien y no nos encamina a una nueva crisis del euro: asegúrense, por favor, de que esto es así.

Damian Boeselager, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I also want to start on a positive note because I think we have achieved a lot when we look at this year. I think there was a lot of work done, both at Member State level and by the Commission, but also obviously within this Parliament, trying to hold you all accountable in this work. If we think about the adoption of the RRF Regulation, the preparation and also approval of some of the plans, at least the payment requests, the scrutiny that has been done, a lot of work was done. So congratulations on that.

But, obviously, now we are entering the next year and so the question is what kind of ambition and what kind of control is necessary for the next phase of the RRF? And here I want to ask us to really try to stay on top of this ambition because we still need to stay strong when it comes to Hungary and Poland and some of the other elements in the plans – we need to ensure that they are corrected. We need to ensure that the operational arrangements are of high quality and fair to all Member States and ensure especially that we have agreed on spending and where it is supposed to go.

I would also say that some of the Member States, like Germany, can be ambitious in re-routing some of the money. I mean, there are still EUR four billion, under the new German government, going to hybrid cars, so I think if we have a change of government, this can also be reflected. And this is true for Bulgaria as well.

And then we come to control, and here I think we have a couple of elements, which really mean that we need to step-up our game. The first one is we promised to green bond holders that the money will really be spent on green spending. So we need to keep this promise by actually sample-sizing, by testing, by scrutinising in detail the projects that are supposed to be green. And we need to keep the promise to EU citizens that we will use this money to really build solidarity and a strong Union when it comes to economic governance.

So I wish us all a restful and great break to be able to do that well.

Antonio Maria Rinaldi, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, signori Commissari, onorevoli colleghi, nella tabella 2 a pagina 7 del «Recovery and Resilience Dialogue with the European Commission» è prevista la crescita del PIL paese per paese dovuta a NGEU, passando dallo 0,4/0,7 % fino al 2026 per la Germania e l'Austria e all'1,5/2,5 % per l'Italia fino al 2026 e per la Spagna fino al 2024. Questo significa che nella migliore delle ipotesi la crescita generata è stimata mediamente dello 0,14% annuo per i primi paesi citati e dello 0,52 % per i secondi.

Sulla base di queste considerazioni, ne deriva che la tipologia degli investimenti rigidamente schematizzati nell'agenda NGEU produrrà un basso moltiplicatore, notevolmente inferiore a quello prodotto dalle rispettive spese in deficit di bilancio.

Inoltre, nelle previsioni non sono stati calcolati gli effetti prodotti dalle condizionalità dei Country Report che impongono misure di immediato consolidamento fiscale e da quelli necessari agli Stati per dare copertura alla riattivazione prossima del patto di stabilità e crescita, che riprende il percorso verso il pareggio strutturale di bilancio oltre a quelli attesi dal 2027 quando sarà necessaria una contribuzione aggiuntiva al bilancio UE dovuta a NGEU (0,6 % del PIL) per l'inizio della restituzione dei bond.

Pertanto, solo dopo aver stimato i moltiplicatori di queste misure di consolidamento potremmo essere in grado di prevedere con più ragionevole certezza se e in quale misura NGEU porterà a crescita netta positiva, in attesa di una rapida e costruttiva revisione dell'intera *governance* economica dell'Unione.

Bogdan Rzońca, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca, panie przewodniczący, panie komisarzu! Pandemia dotknęła całą Europę i dlatego powstały plany odbudowy. Polska zachowała się solidarnie, bo poręczyła pożyczkę, a Parlament Europejski oczekuje, że Polska wyrzeknie się własnej konstytucji.

Otóż nie, nie wyrzekniemy się suwerenności, bo nie chcemy jednego państwa europejskiego. Polska nigdy nie defraudowała środków unijnych. Przyznał to niedawno bardzo wysoki urzędnik Unii Europejskiej, sam o to zresztą pytałem. Ale to przeciw Polsce przyjmowane są rezolucje, choć przeciętny Europejczyk dużo więcej słyszy o korupcji w Bułgarii, na Malcie czy o liście 2500 prawników hiszpańskich do pani Jourovej, bo hiszpański system prawny jest po prostu niedobry.

Wychodzi więc na to, że na razie Fundusz Odbudowy to instrument polityczny dla tak zwanych „naszych”. Najważniejsze decyzje w Polsce i na Węgrzech zapadają w parlamencie, nie na polowaniach i nie na zamkach. Dziś Polska broni Europy przed Łukaszenką i Putinem, a wasi socjalistyczni i liberalni koledzy budują z Putinem Nord Stream 2, a wasi socjalistyczni koledzy są na liście płac Putina i pływają na jachtach z Putinem.

Zbliżają się święta Bożego Narodzenia, życzę więc Komisji Europejskiej, by powróciła do wartości chrześcijańskich i równo potraktowała pracowników, państwa, narody i ich gospodarki.

I na koniec mam pytanie, bo otóż mamy do czynienia z ogromną inflacją. Czy dzisiaj nie powinniśmy już rozpocząć dyskusji o rewizji wszystkich grantów, ponieważ przy 10-procentowej inflacji ta pomoc dla państw dotkniętych pandemią po prostu będzie dużo, dużo mniej warta?

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της Ομάδας The Left*. – Κυρία Πρόεδρε, το Ταμείο Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας είναι ένα σημαντικό θετικό βήμα και πρέπει να πετύχει. Αυτά τα χρήματα πρέπει να πιάσουν τόπο, να μην πάνε στις τσέπες λίγων και ισχυρών. Γι' αυτό χρειαζόμαστε ισχυρούς θεσμούς διαφάνειας και ελέγχου που να εξασφαλίζουν υλοποίηση των σχεδίων, έντιμη διαχείριση και ισχυρή κοινωνική ατζέντα, γιατί η πανδημία έχει αυξήσει πολύ και τις κοινωνικές και περιφερειακές ανισότητες.

Στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχουμε δημιουργήσει μια ισχυρή επιτροπή η οποία ασκεί τον αναγκαίο έλεγχο για να πιάσουν τα χρήματα τόπο και να μην πάνε στις τσέπες λίγων διεφθαρμένων ολιγαρχών, πολιτικών και οικονομικών ολιγαρχών. Και αυτός ο έλεγχος πρέπει να επεκταθεί σε όλες τις χώρες. Και το Κοινοβούλιο, και το εθνικό, πρέπει να παίξει τέτοιο ρόλο. Λυπάμαι, γιατί αυτό που έχει γίνει στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, στην πατρίδα μου την Ελλάδα ακόμη δεν έχει γίνει πράξη, γιατί η κυβέρνηση το αρνείται. Αυτά τα χρήματα δεν ανήκουν στα κόμματα, δεν ανήκουν στις κυβερνήσεις. Ανήκουν στους ευρωπαϊκούς λαούς και πρέπει να πάνε εκεί που έχουμε σχεδιάσει.

Tamás Deutsch (NI). – Elnök Asszony! Amit az Európai Bizottság a magyar helyreállítási és ellenállóképességi terv jóváhagyásának halogatása kapcsán mond, az szemenszedett hazugság. A valótlan állításokkal szemben szó sincs arról, hogy szakmai vita lenne a Bizottság és a magyar kormány között, és ezért húzódna a megállapodás aláírása. A magyar terv minden részletét illetően ugyanis már hónapokkal ezelőtt teljes körű egyetértés jött létre a Bizottság és a magyar kormány között. Az egyetértés megszületése okán pedig már a Bizottság elnökének a megállapodás aláírását célzó budapesti látogatásának a szervezése zajlott.

A magyar tervet érintő egyetértést követően kezdődött a gyermekvédelmi törvénnyel kapcsolatos politikai hisztériakeltés, és a gyermekvédelmi törvényt érő ideológiai és politikai támadások miatt húzta be a Bizottság a kéziféket, és visszaélve a hatalmával, a helyreállítási források visszatartásával zsarolja Magyarországot. Ami tehát az Európai Bizottság állít, az nettó hazugság, amit csinál, az pedig nyílt zsarolás, nettó politikai banditizmus.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Senhores Comissários, caras e caros Colegas, os planos de recuperação e resiliência têm de servir para modernizar as economias, para as tornar mais sustentáveis e resilientes, para tornar as economias dos Estados-Membros mais produtivas para conseguirmos mais competitividade e, em simultâneo, mais coesão territorial, económica e social.

Mas para modernizarmos as economias precisamos de verdadeiras reformas. Não basta mudar o nome de um decreto-lei, não basta fazer de conta. Para além disso é necessário também transparência para que este mecanismo possa ser repetido no futuro se tal for necessário. E para isso nós temos de saber onde é que o dinheiro está a cair, e para isso é necessário saber que projetos é que estão a ser aprovados, a sua localização, os seus montantes, os beneficiários finais.

Eu espero, Senhores Comissários, que a Comissão Europeia faça uma plataforma *online* onde constem os projetos de forma a que sejam acessíveis pelo público, os montantes desses projetos que são aprovados, a sua tipologia, assim como os beneficiários finais. É uma forma de termos monitorização e de reforçarmos também a transparência. Isto é dinheiro dos cidadãos europeus, e os cidadãos europeus também eles devem ser implicados e devem também procurar saber onde é que os seus impostos caem, em projetos que ajudam a União Europeia, ajudam a nossa economia e a vencer os desafios globais que todos enfrentamos.

Irene Tinagli (S&D). – Madam President, we are really at a crucial stage in the Recovery and Resilience Facility as we are moving from the planning to the implementation. And this is an unprecedented challenge, which will have important consequences for the future.

First, a successful implementation will mark another leap forward in the integration process of the European Union, and will show even to the most sceptical ones, what it means a united and strong Europe.

Second, the national plans will help not only to support the recovery, but also to accelerate the green transition, the digital transition and the competitiveness of our Union.

And third, let's not forget that it will help us building a better and fair Europe. Commissioner Gentiloni, yesterday in the RRF dialogue, reminded us and today as well that of all the plans that have been approved, EUR 127 billion are dedicated to social policies. This is a huge chunk of the financial envelope, and it's crucial to improve the lives of the European citizens, to build the kind of Europe – closer to the citizens – that we are here for.

Valérie Hayer (Renew). – Madame la Présidente, chers collègues, l'Europe investit comme jamais auparavant, et ces investissements sont les garants de notre redressement économique, mais aussi de notre avenir. Et c'est cet avenir que les investisseurs voient avec optimisme lorsqu'ils sur-souscrivent sept fois – sept fois – la quantité d'obligations européennes prévues.

Cela signifie que les investisseurs – qui sentent la situation économique – donnent sans hésitation leur argent à l'Union. Déjà 80 milliards cette année, bien plus encore dans les années à venir. Parce qu'ils savent que l'Europe les remboursera, parce qu'ils savent que l'Europe les remboursera par les ressources propres, comme nous nous y sommes collectivement engagés et qui doivent être présentées ce 22 décembre, Monsieur le Commissaire, je vous le rappelle. Parce que les investisseurs savent que dans 40 ans, l'Union sera encore et toujours là. Encore et toujours plus forte. Parce qu'ils ont confiance, comme nous avons confiance en l'Europe et en son avenir.

Chers collègues, la réussite de ce grand emprunt est un échec pour les souverainistes et les eurosceptiques de tout poil. Elle marque la défaite de leurs idées qui veulent que l'Europe ne se mêle pas de redressement économique, qui veulent que l'Europe, demain, cesse d'exister et donc ne puisse pas rembourser. Eh bien à ceux-là, je dis: vous vous trompez. Et l'attractivité de ce grand emprunt vient de le prouver de nouveau.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Madam President, I think that the Recovery and Resilience Facility (RRF) process is being developed at a very good rhythm, democratically. It is being deployed extremely efficiently, and we all have to congratulate ourselves on how things are moving forward.

I have a couple of things to mention. I think probably the most immediate challenge is going to be absorption and execution in order for the instrument to have a real macroeconomic impact. I think this is one of the things we should focus on at the moment, and also be sure that all the climate goals that we enshrined in the regulation are well respected. But not only that, also to ask Member States in their recovery plans to update their climate and energy plans as they will need to do towards the 2030 goals. I think this is something that is going to be very important.

Thinking of the future, Commissioner and Vice-President, I think that with the RRF we have learned a better way of organising our economic governance – greater ownership, having specific policies for every Member State, not having one rule and one-size-fits-all for everybody – and I think this is an extremely good lesson for the discussions ahead in the reform of the Semester and also our fiscal rules.

Hélène Laporte (ID). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, l'Union européenne – nous – ne sortira pas grandie du bras de fer avec la Pologne et la Hongrie, que l'Union européenne humilie en leur refusant le versement d'un acompte pour leur plan de relance. D'autant que nous venons d'apprendre que la Commission souhaitait attendre les élections législatives du mois d'avril prochain en Hongrie avant de se prononcer.

Bruxelles installe une ligne dure et inadmissible avec ces deux pays sous prétexte de réformes nécessaires, alors que le contentieux porté devant la Cour de justice de l'Union européenne est toujours pendant. En réalité, la Pologne a ouvert une brèche au sein de l'Union européenne en remettant en cause la suprématie du droit communautaire sur le droit national. En l'absence de Constitution européenne, rejetée par référendum en 2005, la primauté du droit européen demeure fragile. En la remettant en cause, la Pologne crée un précédent. Si ces plans avaient été approuvés par la Commission, la Pologne et la Hongrie auraient eu droit respectivement à un premier versement de 13 %, sur le total de 23,9 milliards, et 7,2 milliards d'euros de subventions, que ces pays doivent recevoir au cours des cinq prochaines années.

Outre le fait que le nouveau mécanisme de l'état de droit se situe en dehors des traités, le règlement exige un lien suffisamment direct entre la violation de l'état de droit et l'exécution budgétaire, de sorte qu'il ne s'applique pas à toutes les violations de l'état de droit, mais uniquement à celles qui ont un lien direct avec l'exécution budgétaire. Il appartient donc à l'Union européenne d'apporter la preuve de ce lien, dont les considérants sur le lien de causalité devront être étayés.

Mais dans l'intervalle, j'ai surtout une question: à quel moment pensez-vous aux citoyens hongrois et polonais qui attendent ces subventions?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panowie komisarze! Panie ministrze! Otóż podczas ostatniej wizyty w Polsce komisarz Thierry Breton sformułował polityczne warunki zatwierdzenia polskiego planu odbudowy. Powiedział o konieczności likwidacji Izby Dyscyplinarnej, a także o konieczności przywrócenia do orzekania sędziów, odsuniętych od tego orzekania przecież wyrokami sądów. A więc oprócz stosowania podwójnej miary do Polski od 2016 r., kiedy w Polsce zmienił się rząd na rząd Prawa i Sprawiedliwości, Komisja formułuje wobec mojego kraju kolejne żądania polityczne, które nie mają nic wspólnego z rozporządzeniem regulującym przecież funkcjonowanie tego funduszu.

Chciałem zapytać panów komisarzy: czy zdajecie sobie sprawę, że domagacie się od polskiego rządu ingerencji w funkcjonowanie polskiego sądownictwa, w wyroki sądów? Sugerujecie, aby te wyroki przestały obowiązywać (mam na myśli wyroki w stosunku do sędziów)? To jest namawianie władzy wykonawczej do łamania konstytucji i do ingerencji w trójpodział władzy! To jest podobna propozycja, jak gdyby tutaj na tej sali premier mojego kraju Mateusz Morawiecki zażądał od szefowej Komisji von der Leyen zawieszenia sędziów Trybunału Sprawiedliwości Unii Europejskiej, którzy uczestniczyli w polowaniach organizowanych przez różnego rodzaju organizacje we francuskim zamku Chambord.

José Gusmão (The Left). – Senhora Presidente, parece-me que é muito importante que, na implementação do Mecanismo de Recuperação e Resiliência, a Comissão e o Conselho aprendam com os erros do passado, nomeadamente os erros que presidiram aos programas da troika, e que aos Estados-Membros seja permitido desenvolver as suas próprias estratégias de desenvolvimento e acompanhá-las das reformas estruturais que os Estados-Membros e a sua vida democrática determinarem.

Penso que este mecanismo terá as maiores probabilidades de sucesso se se permitir que sejam as instituições democráticas de cada país a decidir sobre o seu rumo e não a tecnocracia de Bruxelas. Se vierem a ser cometidos erros como no meu país já parecem estar a ser cometidos, erros nomeadamente ao nível da concentração destes apoios nas grandes empresas do costume e não nas pequenas e médias empresas como foi prometido, caberá aos sistemas democráticos corrigir esses erros e encaminhar a política económica para prioridades mais produtivas. À Comissão Europeia cabe, pelo menos, não regressar aos erros e as ingerências do passado que produziram resultados tão desastrosos.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, a few days ago, while Mrs von der Leyen was congratulating Spain upon receiving a first tranche of the EU recovery funds, Catalan SMEs were announcing that small businesses are *de facto* being excluded from the funds. There is much uncertainty on whether small firms will manage to access the funds through the maze of red tape. Hence, their investments are on hold.

Spanish mismanagement not only works as a mis-investment. It is also the ideal channel to pump EU funds to Spanish crony capitalism. Remember React-EU? That was supposed to offer emergency relief from the pandemic, right? Well, the government of Andalusia used EUR 78 million to buy Abengoa's headquarters with that money. Abengoa, yes – the bankrupt Spanish corporation that just last week was fined for oligopolistic practices. They needed help, and they got it with EU funds. The complacency of the European bubble contradicts the reality on the ground.

Today I celebrate that I agreed with my colleague and great economist in Renew.

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident, meine lieben Kolleginnen und lieben Kollegen! Die Idee der Aufbau- und Resilienzfazilität war es ja, den Mitgliedstaaten einen Ausweg aus der Covid-19-Krise zu ermöglichen. Dabei sollten sowohl Weichen für langfristiges Wachstum für die kommende Generation gestellt werden als auch ein echter europäischer Mehrwert entstehen.

Die Kommissionspräsidentin hat uns zugesichert, dass das Europäische Parlament in diesem Prozess eine entscheidende Rolle spielen wird, und zwar nicht nur bei der Gesetzgebung, sondern auch bei der Umsetzung. Die Realität sieht leider etwas anders aus. Die Kommission arbeitet doch mehr im stillen Kämmerlein an den nationalen Plänen und zeigt sich vor allem dann, wenn die Präsidentin einen Scheck überreichen kann. Wenn man sich im Detail anschaut, wofür diese Schecks ausgestellt werden, dann hat man ja fast schon Verständnis für diese Intransparenz.

Spanien ist der erste Mitgliedstaat, der nach der Vorabfinanzierung eine echte erste Auszahlung aus dem Aufbaufonds erhält. Dafür hat Spanien 52 Etappenziele abarbeiten müssen und bekommt jetzt dafür 10 Milliarden Euro. Schaut man sich die Etappenziele aber genauer an, dann wird klar, dass die meisten Ziele schon erreicht wurden, bevor Spanien überhaupt seinen Antrag gestellt hat. Was ist hier also passiert? Offensichtlich wurden schlichtweg Projekte, die ohnehin geplant und schon in der Umsetzung waren, noch einmal umdeklariert und quasi dem europäischen Steuerzahler in Rechnung gestellt. Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein.

Die Idee des Aufbaufonds war es ja, einen zusätzlichen Impuls zu setzen und nicht nur einfach nationale Programme zu ersetzen. Bitte ändern Sie Ihre Zusammenarbeit mit uns, liebe Kommission, sonst wird es noch kläglich scheitern.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, αρκετοί ήταν εκείνοι που αμφισβητούσαν την ανάγκη για μια ευρωπαϊκή απάντηση στην πανδημία ή επεδίωκαν τον περιορισμό μιας τέτοιας ευρωπαϊκής παρέμβασης. Σήμερα, η σημαντικότητα του μηχανισμού με χρηματοδότησή του με κοινό χρέος είναι αποδεκτή σχεδόν από όλους και ελάχιστοι την αμφισβητούν.

Επαναλαμβάνω μερικές παρατηρήσεις για βελτίωση. Πρώτον, η χρηματοδότηση θα πρέπει να διοχετευτεί έγκαιρα για υλοποίηση των μεταρρυθμίσεων και επενδύσεων, αλλά με τρόπο ώστε να διασφαλίζεται η ισότιμη πρόσβαση σε όλους και όχι μόνο σε μεγάλους οργανισμούς ή ισχυρούς που έχουν πλεονέκτημα. Δεύτερον, όπως υπάρχουν ποσοτικοί οικονομικοί δείκτες και τα εθνικά σχέδια, θα πρέπει να υπάρχουν και κοινωνικοί ποσοτικοί δείκτες. Και τρίτον, το νέο κύμα της πανδημίας με τον οικονομικό και κοινωνικό του αντίκτυπο δημιουργεί νέα δεδομένα στις οικονομίες μας.

Η Επιτροπή και το Συμβούλιο οφείλουν να συνυπολογίσουν την κατάσταση τόσο στην εφαρμογή του μηχανισμού ανάκαμψης και ανθεκτικότητας όσο και στις συζητήσεις που γίνονται για την αναθεώρηση του δημοσιονομικού πλαισίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τέλος, χρειαζόμαστε κανόνες για δημοσιονομική βιωσιμότητα που να ανταποκρίνονται στην πραγματικότητα, με επίκεντρο όμως τον πολίτη.

Dragoș Pîslaru (Renew). – Doamna președintă, mecanismul de redresare și reziliență a fost creat de Uniunea Europeană pentru cetățenii săi. De aceea, planurile naționale de redresare și rezidență nu sunt ale unui guvern, sunt ale cetățenilor. Ele sunt necesare pentru a remedia și moderniza sistemele noastre de sănătate, pentru a susține antreprenorii, pentru a îndrepta inechitățile sociale, pentru a înova industria și a crea locuri de muncă, pentru a oferi acces și oportunitate pentru copii și tineri, acces la educație.

22 de state membre au planurile aprobate. Doresc să le transmit statelor membre că, odată cu planurile, v-ați asumat o responsabilitate față de cetățenii voștri, de a implementa aceste planuri într-un mod transparent, echitabil și democratic. Planul nu e o hârtie care poate fi modificată, nu e un meniu din care doar să alegem ce ne place, iar țintele și jaloanele nu sunt un simplu tabel. Dragi guvernanți, nu politizați această foaie de parcurs atât de necesară, nu irosiți o șansă istorică pentru cetățenii voștri! Aveți ocazia de a arăta maturitate și de a nu cheltui în mod populist resurse care aparțin cetățenilor. În calitate de coraportor al Parlamentului European pe acest mecanism și pe implementarea sa, voi monitoriza modul în care vă faceți datoria față de cetățeni și mă voi asigura că orice derapaj de la interesul cetățenilor europeni va fi aflat și sancționat.

Închei prin a felicita Comisia Europeană pentru lansarea instrumentului de monitorizare *Scoreboard*. Iată încă o prevedere a regulamentului îndeplinită! Sunt convins, domnule vicepreședinte, domnule comisar, că vom avea în Comisia Europeană un partener excelent pentru a asigura o implementare de succes. Crăciun Fericit și la mulți ani!

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, an illegitimate constitutional tribunal that undermines fundamental rights, that attacks the primacy of EU law, and that now declared that the right to a fair trial, as laid out in the European Convention on Human Rights, does not apply to Polish citizens. Judges being suspended for applying EU law. Prosecutors moved to the other end of the country simply for doing their job.

I mean, it is pretty obvious by now that Poland does not have a functional independent judiciary any more, and the Commission obviously knows all this. It must, because otherwise it would already have greenlighted the RRF funds going to Poland.

The big question remains. If an independent judiciary is a precondition for receiving RRF funding, why does this not apply to all EU funding? Why has the European Commission not yet triggered the rule of law conditionality? I guess that it is because the European Council a while ago wrote something into some document.

Let me remind you of this, Commissioner. Not the European Council, it's the EU institutions supervising the Commission. It is this House, the European Parliament.

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! In diesem Jahr erhielten die EU-Regierungen die ersten Zahlungen aus dem EU-Aufbaufonds. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt erhielt Kroatien fast 1,6 %, Deutschland – mit 40 Milliarden Euro pro Jahr der größte Beitragszahler zum EU-Haushalt – erhielt nur 0,06 %. Zusätzlich zu den 0,00 %, die wir aus dem SURE-Arbeitslosenprogramm erhalten.

Der EU ist also ein Kroatie gemessen am Bruttoinlandsprodukt scheinbar mehr als 26 Deutsche wert. Pro Kopf liegen die Auszahlungen zwischen 420 Euro pro Italiener und 27 Euro pro Bundesbürger, obwohl Deutschland den Löwenanteil des schuldenfinanzierten Aufbaufonds zurückzahlt. Mit anderen Worten: Ein Italiener ist 15,5 Deutsche wert. Die Deutschen haben das niedrigste Median-Vermögen in der EU, die niedrigste Wohneigentumsquote. Sie zahlen die höchsten Lohnabgaben der EU und werden durch die EZB um jährlich mindestens 5 % ihres Ersparnis enteignet.

Die Kommission betont, alles sei bestens, denn die deutsche Regierung habe schließlich zugestimmt. Leider hat die Kommission recht. Die Bundesregierung hat zugestimmt, Deutschland wie eine Weihnachtsgans ausnehmen zu lassen. In diesem Sinne: Frohe Weihnachten, vor allem den vielen Opfern der Lohnknechtschaft in Deutschland.

Patryk Jaki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panowie komisarze! Otóż blokujecie środki dla Polski, bo nie podoba wam się polski system sprawiedliwości. A ja wiem, jak rozwiązać ten problem. Nawiążę do tekstów „Libération”: a gdyby Polska zorganizowała swój system sprawiedliwości tak samo, jak wy organizujecie swój system sprawiedliwości w sądach TSUE i Trybunale Obrachunkowym? Czyli tak: polityczna rekomendacja dla sędziów przez rząd – sędziów wpłacających na wasze partie polityczne – a potem zabawy polityków, sędziów i lobbystów na polowaniach, w zamkach i w innych miejscach, często na koszt podatnika.

Komisarz od budżetu na kolacyjkach z sędzią, która ma go kontrolować, a potem w tym Parlamencie Europejskim – cisza. Tak jak zwyczajnie potraficie gardłować od rana do wieczora na temat niezawisłości sędziowskiej, na temat praworządności, na ten temat – cisza, cenzura. Nie można o tym mówić.

Dlatego ja mam dla państwa taki pomysł: a może Polska wdroży ten wasz europejski, nowoczesny system i wtedy odblokujecie środki? No bo przecież jak się uczyć, to od najlepszych.

Sabrina Pignedoli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il dispositivo per la ripresa e la resilienza rappresenta per gli Stati un'opportunità irripetibile per il rilancio dell'economia e per una svolta ambientalista, ma i fondi devono essere utilizzati al meglio.

Non possiamo permetterci che organizzazioni criminali e comitati d'affari se ne impadroniscano e li utilizzino per il proprio arricchimento. Servono controlli da parte delle istituzioni europee, ma soprattutto da parte degli Stati membri. Serve uno sforzo comune per raggiungere un'omogeneità nell'azione di prevenzione e contrasto.

Per questo ritengo essenziale fornire le risorse adeguate sia all'OLAF sia alla nuova Procura europea, in modo da garantire controlli e indagini per evitare frodi, frazionamento fittizio di appalti e spreco di risorse.

Plaudo inoltre a iniziative importanti come il NextGenerationEU law enforcement Forum promosso da Europol e dal Centro anticrimine italiano, con in testa il direttore Vittorio Rizzi. Un forum a cui hanno già aderito molti Stati membri con l'obiettivo di monitorare l'uso dei fondi.

Andrzej Halicki (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panowie komisarze! Panie ministrze! Zgodnie z rozporządzeniem o europejskim funduszu odbudowy jest wymóg konsultacji z samorządami, z władzami regionalnymi, władzami lokalnymi. Komisja Europejska zresztą też podkreśla, że będzie współpracować z władzami regionalnymi, jeżeli chodzi o wymianę informacji. To oczywiste, dlatego że transparentność, monitoring jest niezbędny. Trudno oczekiwać przeprowadzenia skutecznych reform modernizujących gospodarkę, środowiskowych czy cyfryzacyjnych bez udziału właśnie władz lokalnych.

Ale sytuacja, w której rząd polski w tym wypadku nie spełnia wymogu semestru europejskiego, nie może zatrzymać implementacji tych reform, bo po pierwsze na nie czeka społeczeństwo, a po drugie one są naszym wspólnym celem. Dlatego chciałem na tym przykładzie zadać dwa pytania. Po pierwsze, czy to nie jest dobry moment do tego, żeby się zastanowić nad rewizją podstaw prawnych i jednak na przyszłość nie wprowadzić elementu możliwości współpracy bezpośredniej z władzami regionalnymi w sytuacji, gdy jakiś rząd jest powolny w implementacji wymogów, warunków? A po drugie, czy polska sytuacja, dzisiaj szczególnie, bo naprawdę polskie społeczeństwo czeka na te środki – one są niezbędne i potrzebne, i oczekiwane... Czy umowa pomiędzy Komisją a rządem polskim nie mogłaby uwzględnić takiego mechanizmu?

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Ministro, Senhores Comissários, a criação do Mecanismo de Recuperação e Resiliência foi um feito. Que não podemos desperdiçar.

Agora, assegurando que é um sucesso. Ou seja, que os planos nacionais contribuem de facto para relançar a economia europeia. Abrem caminho ao investimento. São instrumentais para fazer as duas transições, a climática e a digital, para uma Europa mais verde, mais digital, mais coesa, mais feminista. Fortalecem os serviços públicos de saúde, de educação, de justiça para melhor servirem os cidadãos e as empresas. Geram dimensão europeia. Reforçam as cadeias de valor e a autonomia estratégica da União Europeia.

E por isso o Parlamento Europeu está tão empenhado neste acompanhamento exigente. E contamos seguramente, e temos contado, com idêntica ambição do lado da Comissão.

E é este sucesso, agora, que nos permitirá definir o futuro da governação económica e do *Next Generation EU*.

Piernicola Pedicini (Verts/ALE). – Signora Presidente, signor Commissario Dombrovskis, signor Commissario Gentiloni, onorevoli colleghi, oggi 22 Stati membri hanno ricevuto una valutazione positiva del piano per la ripresa e la resilienza e tra questi c'è anche l'Italia, che è il paese maggiormente attenzionato dalla Commissione europea.

Eppure noi abbiamo segnalato, in tutti i modi possibili, che il piano italiano non rispetta la priorità di riduzione delle disuguaglianze di genere, generazionali e soprattutto territoriali.

Questo perché il governo italiano è ostaggio di un partito unico del Nord che non permette di assorbire le risorse che sono state destinate principalmente al Sud con l'obiettivo di appropriarsene successivamente. Al Sud mancano gli asili nido, ma il governo italiano li costruisce al Nord. Al Sud mancano le infrastrutture, ma il governo italiano le costruisce al Nord. Al Sud manca il personale, ma il governo italiano lo sta assumendo al Nord.

Ora, io credo che in questa stanza tutti si rendano conto che se fallisce l'Italia fallirà l'intera Unione europea. Perciò io dico, a questo punto, che se fallisce l'Europa la colpa è vostra perché noi vi abbiamo avvertito e voi avete il compito di vigilare.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, hoe meer de voortgang van de herstel- en veerkrachtfaciliteit hier te zien is, des te meer wordt duidelijk met welk een bedenkelijk cynisme deze Europese Unie de toch vrij dramatische omstandigheden van de coronapandemie heeft misbruikt voor het doordrukken van de eigen politieke agenda.

De meeste overheden hebben het coronavirus gretig aangegrepen om hun macht uit te breiden, ook de Europese Unie dus. Plots is de Europese Unie nu actief op domeinen die voorheen exclusieve lidstaatbevoegdheden waren. Plots mag de Europese Unie nu eigen schuldpapier gaan uitgeven op de financiële markten en eigen belastingen gaan heffen voor de eigen middelen. Aloude debatten hierover werden tersluiks in een vlag van verstandsverbijstering beëindigd in het voordeel van de gecentraliseerde eenheidsstaat die de Europese Unie ten nadele van de lidstaten aan het worden is. Het fictieve geld dat de ECB uit het niets – uit het niets, meer dan dunne lucht – plukt in een oneindige spiraal van schuldcreatie, wordt door de Europese Unie schaamteloos gebruikt als politiek wapen waarmee zij geld ontzegt aan lidstaten die niet voldoende onderdanig zijn aan die gecentraliseerde staat.

Lidstaten die wel in de pas lopen – zoals de lidstaat België, waar ik vandaan kom – en die blindelings alle manoeuvres van de Europese Commissie mee goedkeuren, worden integendeel beloond met dit coronageld en krijgen het coronageld voor gelijk wat toegestoken. Zo ontdekten wij recent tot onze verbazing dat België coronageld krijgt voor nieuwe afliesterapparatuur voor haar staatsveiligheid- en inlichtingendiensten. Zoals ik al zei, de Europese Unie en corona, het is een verhaal van brutaal cynisme.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la buona notizia è che la Corte europea di giustizia ha confermato il legame tra il rispetto dello Stato di diritto e i fondi NextGenerationEU. Infatti, ha respinto i ricorsi della Polonia e dell'Ungheria contro il regolamento che stabilisce tale legame.

Tuttavia, questo regolamento si limita a richiedere il rispetto dello Stato di diritto per quanto riguarda esclusivamente la gestione dei fondi. Cosa succede quando uno Stato aggira lo Stato di diritto in altri settori? In questo caso non c'è automatismo derivato da un regolamento, in questo caso c'è la discrezionalità della decisione politica, che può anche bloccare i fondi, ad esempio non approvando il piano di riforme da cui dipende la richiesta di fondi presentata da ogni Stato alla Commissione e il Consiglio europeo lo ha usato, perché il piano polacco non è stato ancora approvato.

Cosa accadrà se uno Stato membro viola in futuro le disposizioni della Corte di giustizia europea per quanto riguarda lo Stato di diritto, ma ha già approvato il suo piano in NextGenerationEU? Ad esempio, la Corte suprema spagnola ha fatto trapelare che, per quanto riguarda la nostra immunità, ritiene che il diritto spagnolo sia superiore al diritto europeo. Dunque, cosa farà la Commissione in tal caso per non incorrere in uno scandaloso doppio standard con la Polonia e l'Ungheria? È tabù per la Commissione sanzionare un paese occidentale dell'Unione?

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Viele gute Botschaften zum Corona-Wiederaufbaufonds heute. Gestatten Sie mir aber, dass ich aus Sicht der Haushaltskontrolle ein ganz anderes Bild habe.

Wie kann es sein, dass es in Italien, Spanien, Frankreich zu derart großen Problemen kommt? Ich nenne diese Länder nur deshalb, weil es aktuell in der Zeitung steht, und zwar häufig. Warum gibt es zu wenig Projekte? Warum sind viele Verwaltungen nicht vorbereitet, so wenig vorbereitet, dass die Projekte erst 2022 oder später kommen und nicht heute, nicht in der Krise, wo das Geld dringend benötigt wird? So wenig vorbereitet, dass in regionalen Zeitungen die Rede davon ist, dass die Gelder über korrupte Kanäle abgefangen werden könnten?

Viele haben gewarnt. Wir haben diese Probleme der fehlenden Absorptionskapazität auch in der Strukturpolitik. Jetzt lasst uns hier nicht die Fehler wiederholen und immer mehr Zeit einräumen und immer laschere Regeln zulassen. Wir bestehen in der Haushaltskontrolle auf einer echten Krisenhilfe und nicht auf einer endlosen N+X- Regel mit Krisenhilfe dann, wenn die Krise vorbei ist. Wir bestehen auf der Veröffentlichung der Förderempfänger. Wir bestehen auf einer digitalen Transparenz der Projektabläufe.

Das Board heute, was vorgestellt wurde, ist ein Anfang. Wenn die Mitgliedstaaten hier nicht umfassend liefern, darf kein weiteres Geld ausgezahlt werden. Wir werden das bei der Haushaltsentlastung der Kommission klar adressieren.

Marek Belka (S&D). – Pani Przewodnicząca! Panie Wiceprzewodniczący Komisji! Panie Komisarzu! Czechy otrzymały już prawie miliard euro, Słowacja ponad 800 milionów, Chorwacja podobnie. Zamiast tych 13 % alokacji z KPO Polacy na święta otrzymają szybką inflację, słabego złotego i niepewność.

Cele Instrumentu na rzecz Odbudowy i Zwiększania Odporności, czyli zielona i cyfrowa transformacja, to coś, w co Polska musi inwestować. Niestety, przez partyjne potyczki w grupie trzymającej władzę w tym roku dla Polski świąt nie będzie. Polski rząd ma dziś twarz Grincha, bo choć premier rozdał już tyle czeków bez pokrycia propisowskim regionom podczas kampanii, teraz zabiera Polakom możliwości rozwoju. Wspomniany RRF to dziejowa szansa także dla Polski. Trzeba tylko przestrzegać zasad praworządności.

Szanowni Państwo, w kontekście stopniowego odchodzenia Polski od Europy jako Polak i Europejczyk powiem coś, co zrozumie każdy na tej sali: „All I want for Christmas for Poland is the EU”.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Madam President, the Recovery Fund has so much potential. We're jointly fighting climate change and investing in our digital future, investing all across the European Union. Well, almost, because Viktor Orbán's government, for example, has prevented the European Union from paying out any money in Hungary. He's keeping over EUR 6 billion from Hungarian citizens and businesses. And what's even more upsetting is that Orbán is lying about the reason why the money isn't coming. He says, and I quote: 'The subsidies are being held up because of Hungary's anti-LGBTIQ legislation'. What utter nonsense – that we have heard here in the Chamber today as well. The money is being held back – and rightfully so – because Orbán is corrupt and because the funds are meant for European citizens and businesses and not to add another wing to one of the Orbán family palaces.

Commissioners, we must stand firm. No money for the corrupt. No money for those that undermine the rule of law. Only then can the Recovery Fund be a real success story.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panowie komisarze! Instrument na rzecz Odbudowy i Zwiększania Odporności to jest nadzwyczajne świadectwo europejskiej solidarności na miarę nadzwyczajnych wyzwań. Komisja Europejska pożycza po to, żeby możliwie szybko wprowadzić te pieniądze do gospodarki. Dlatego cieszy, że te pieniądze płyną do większości krajów europejskich, także takich jak Hiszpania, które zostały dotknięte przez kryzys pandemiczny, ale wcześniej przez kryzys finansowy.

Bardzo bym chciał, żeby te pieniądze popłynęły do Polski. Ale rozumiem powody, dla których nie płyną. Istnieje obawa, że pieniądź inwestycyjny może zamienić się w fundusz wyborczy albo też wzbogacać oligarchów z kręgów władzy. W Unii Europejskiej wszystkie pieniądze są warunkowe. Warunki zgody Komisji Europejskiej są zrozumiałe. Są tożsame z tymi zasadami, na które zgodziła się Polska i które wprowadziły nas do Unii Europejskiej, bo niezawisłe sądownictwo to jest przyjazny klimat inwestycyjny. To jest także gwarancja, że fundusze będą służyły dobrej sprawie. Zatem spełnienie tych warunków jest rzeczwiście w interesie obywateli, bo chroni ich przed nadużyciami władzy. Jest w interesie gospodarki, bo gospodarka pilnie potrzebuje inwestycji. I to są moje życzenia na przyszły rok 2022. Żeby tak się stało.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umsetzung des Wiederaufbaufonds läuft planmäßig. In der ersten Zwischenbilanz können wir feststellen, dass die gemeinsam vereinbarten Kriterien zur Ausgabe der Gelder eingehalten werden. Bisher ist die Umsetzung des Wiederaufbaufonds damit ein gelungenes Beispiel für europäische Solidarität und eine effektive europäische Koordinierung der Investitionspolitik. Und damit hebt sich der Wiederaufbaufonds positiv von der bisher wenig effektiven Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU ab.

In Verbindung mit der Verstärkung eines europäischen Investitionsfonds ab 2026 kann dies ein Modell für die zukünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU werden. Das ist aber nur realistisch, wenn der Wiederaufbaufonds weiter konsequent umgesetzt wird und keine faulen Kompromisse mit Mitgliedstaaten gemacht werden. Das heißt, alle vereinbarten Kriterien müssen eingehalten werden. Und solange Polen und Ungarn wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit nicht darlegen können, wie sie das Kriterium 10 umsetzen wollen, nämlich Korruption, Betrug, Interessenkonflikte bei der Verwendung der Mittel zu verhindern, aufzudecken und zu beheben, solange dürfen beide Länder auch keine Mittel aus dem Wiederaufbaufonds erhalten.

Rosa D'Amato (Verts/ALE). – Signor Presidente, signori Commissari, onorevoli colleghi, *no reforms, no money*. Senza riforme, i fondi saranno bloccati.

È giusto: i nostri paesi devono potenziare equità ed efficienza amministrativa tutelando l'ambiente e mitigando il cambiamento climatico. Ma se l'ONU denuncia che la riforma della giustizia in Italia lascia impuniti i crimini ambientali a causa di tempi di prescrizione troppo brevi, portando ad una sostanziale impunità gli ecoreati, che invece richiedono accertamenti complessi al pari dei reati della criminalità organizzata?

Se «simplification» diventa «deregulation», promuovendo tecnologie inaffidabili e inefficaci come la cattura e lo stoccaggio della CO₂, inceneritori, infrastrutture per il gas, metano, producendo più emissioni inquinanti e climalteranti?

Se la coesione economica, sociale e territoriale non viene promossa, come vuole l'articolo 4 del regolamento, ma anzi un sistema competitivo di bandi fra Comuni amplifica l'impatto sociale ed economico della crisi, in particolare sulle donne delle Regioni svantaggiate?

La Commissione intervenga a tutela dei cittadini più deboli, altrimenti l'RRF non solo sarà la pietra tombale delle speranze di invertire la rotta del Mezzogiorno e delle regioni svantaggiate, ma condannerà ad un debito insostenibile le prossime generazioni.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, pozitivni učinci Mehanizma za oporavak i otpornost se polako, ali sigurno već vide na gospodarstvu Europske unije i država članica.

Hrvatska je primjerice primila prvu uplatu od 818 milijuna eura kao dio rekordne alokacije usmjerene na oporavak te digitalnu i zelenu tranziciju. Nacionalni plan za oporavak i otpornost podupire reforme koje su Hrvatskoj potrebne, a i podržava pripreme za uvođenje eura kao službene valute.

Jedan od pokazatelja pozitivnih gospodarskih kretanja je i činjenica da se predviđa da ćemo biti kao jedna od tri najbrže rastuće europske ekonomije u sljedeće dvije godine, kao i povijesno najpovoljniji kreditni rejting koji je nedavno dodijeljen najmlađoj državi članici Europske unije.

Pred Hrvatskom je godina pozitivnih promjena, priprema za uvođenje eura i ulazak u Schengen. To je velikim dijelom moguće upravo zbog Mehanizma za oporavak i otpornost.

Ovdje u Parlamentu trebamo podržati takve primjere uspjeha, ali ujedno i osigurati odgovornost, nadzor i smislenost potrošnje sredstava poreznih obveznika. Parlament mora u potpunosti ispuniti svoju proračunsku ulogu, nadzornu ulogu, zaštititi vladavinu prava i osigurati da sredstva dođu tamo gdje su najpotrebnija i gdje će napraviti najveću razliku u smanjivanju gospodarskih razlika između država članica.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, Comisión, Consejo, estamos ya en ese momento en el que podemos ir evaluando el funcionamiento y la implementación de este nuevo Instrumento, un instrumento que se tuvo que negociar muy rápidamente en el otoño del año pasado, y que, sin duda, está dando frutos oportunos y frutos necesarios para ayudar en el proceso de recuperación.

Hoy conocíamos el *scoreboard*. Hace unas pocas horas, antes de iniciar este debate ya podíamos entrar en esa página web. Y los planes de los países que están bien orientados y bien diseñados se están aprobando y están recibiendo financiación.

Yo creo que es un éxito. Un éxito que tenemos que cuidar, que tenemos que proteger, porque la Comisión abría, también hace unas semanas, el debate sobre el futuro de las reglas fiscales.

Sin duda, ese debate sobre las reglas fiscales está directamente relacionado con la posibilidad de mantener esta emisión de deuda de manera estructural en la Unión Europea, un instrumento absolutamente central para esta crisis y para crisis futuras, que esperemos tarden mucho en venir.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren Kommissare, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Europa beruht auf Werten und Rechten, und deshalb darf weiterhin kein Euro aus dem Wiederaufbauprogramm in Länder fließen, die sich von der Rechtsstaatlichkeit verabschieden.

Wie sollen finanzielle Interessen der Union geschützt werden, wenn unabhängige Gerichte vor Ort nicht über den rechtmäßigen Einsatz dieser Gelder wachen können? Aber zu den Werten und Rechten der EU gehört auch die Geschlechtergerechtigkeit, und zwar überall. Artikel 23 der Grundrechtecharta besagt: Die Gleichheit von Männern und Frauen ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, sicherzustellen.

Wie steht es denn damit im Wiederaufbaufonds? Das italienische Wirtschaftsministerium, Herr Kommissar, hat berechnet, dass 80 % der RRF-Mittel in Männerbranchen gehen werden. 80 %, das ist kein Konjunkturprogramm, das ist Männerförderung auf Kosten des Wachstums. Wirtschafts- und Haushaltspolitik ist kein grundrechtsfreier Raum.

Ich fordere die Kommission daher auf, dafür zu sorgen, dass Grundrechte und Geschlechtergerechtigkeit in der Zukunft die Leitschnur auch von Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sind.

Lídia Pereira (PPE). – Senhora Presidente, 60% dos europeus acreditam que os planos nacionais de recuperação e resiliência vão ajudar os seus países a ultrapassar a crise. Mas estamos atrasados.

A Comissão ainda está a avaliar alguns desses planos e espero que, nessa avaliação, o respeito pelo Estado de Direito não seja apenas um pormenor, mas um fator decisivo para a aprovação, ou não, das propostas.

Por outro lado, há planos aprovados há meses e que ainda não estão a ser plenamente executados. Os PRR não servem para engordar o Estado, mas para alimentar a economia e os seus motores: as famílias e as empresas. Por isso, os fundos têm de chegar aos europeus, e cada dia que passa é uma oportunidade perdida.

A pandemia paralisou as nossas economias de um momento para o outro. A nossa resposta não se pode fazer esperar. Ainda que haja eleições em alguns Estados-Membros, este não é certamente o tempo da propaganda. É, sim, o tempo da responsabilidade.

Mikuláš Peksa (Verts/ALE). – Paní předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, je na čase změnit kurz. Naprosto rozumím tomu, že RRF bylo zamýšleno jako takový *hotfix* pro covidovou situaci. Prostě rychlý lék pro zajištění důvěry v naši evropskou budoucnost.

Ted' bychom se ale měli zamyslet také nad tím, jak budou ty peníze použity. Protože některé z těch národních plánů, které předložily členské státy a které jsou stále ještě přezkoumávány, jsou přezkoumávány kvůli otázkám právního státu. Jiné sice byly schváleny, ale když se podívám např. na český plán, tak musím podotknout, že jde víceméně o kombinaci starých projektů, aniž by tam byl znát nějaký dostatek ambicí nebo dlouhodobého plánování. A tady si myslím, že by Komise měla být přísnější.

Jednoznačně musíme zvýšit naše ambice v rámci RRF, potřebujeme prostě plány, které vyřeší skutečné problémy lidí a které nám umožní provádět opravdu udržitelné investice. Potřebujeme lepší digitalizaci, lepší transparentnost a konzistentní rozpočtovou kontrolu, protože špatné investice nás připraví o velmi potřebné finance, ale taky hlavně naruší tržní podmínky a zvýší korupci a obecně prostě poškodí právní prostředí v Evropě, a to nechceme.

Andrey Novakov (PPE). – Madam President, at the beginning, the RRF was presented as an equal partner of the cohesion policy. We were told that they would both live alongside each other in harmony and a balanced relationship. What is the current status quo, though? We have 26 national plans submitted, 22 approved. We have three partnership agreements submitted, one approved. We have EUR 56 billion disbursed out of the RRF, we have zero from the cohesion policy. So something went wrong.

I don't like this to be the last programming period of the cohesion policy. I don't like to participate in a Parliament that killed our policy. So what we need now from the Commission is a flight plan for each Member State of where to land in order not to lose precious European funding. Not a single euro should be lost. I think it is possible because these are the same governments that have to conclude the last programming period, the same governments that have to start the new one and to deal with the RRF, so they need some help. Please help them not to lose our European funding.

Othmar Karas (PPE). – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können nicht oft genug über den EU-Aufbauplan sprechen. Er ist das Kernstück, das Herzstück von NextGenerationEU, und es kommen mir manche Dinge noch zu wenig klar durch.

Auf der einen Seite wollten wir, dass die Sozialpartner, dass die Zivilgesellschaft, dass die Bürgerinnen und Bürger in allen Mitgliedstaaten mitgenommen und eingebunden werden, in welche Projekte der Zukunft wir investieren. Auf der anderen Seite war ja völlig klar, mit diesen Geldern wird nicht in die Vergangenheit investiert, es werden keine Budgetlöcher gestopft, sondern in neue Initiativen in die Zukunft investiert. Auch das ist mir noch nicht überall deutlich genug gemacht worden.

Die Wiederaufbaumilliarden müssen nicht nur in Zukunftsprojekte investiert werden, sondern auch in Menschen. Die Aufbaugelder dürfen nur bei strikter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit vergeben werden und keine nationalen Budgetlöcher stopfen und rückwärtsgewandt ausgegeben werden. Dafür müssen wir sorgen, Kommission und Europäisches Parlament, das werden wir tun. Das ist Teil unserer Kontrolle, damit in die Zukunft investiert wird und nicht in die Vergangenheit.

Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the Commission. – Madam President, first of all, thank you for your constructive feedback. The Recovery and Resilience Facility (RRF) is a new and unique instrument. It comes with great expectations but also with its challenges. The Commission will continue to do its best to make sure it will bring benefits to all Europeans with tangible results on the ground, with assistance also available from the Technical Support Instrument.

Never in the history of the European Union have we seen such a strong impetus and commitment to reforms as with the RRF. It allows Member States to address reforms that have long been needed but were difficult to tackle. It will have a lasting impact on each of our countries and on the European Union as a whole. While some assessments take longer than others, I can assure you that the Commission applies the same standards to all Member States. At the same time, we will be protecting the EU's financial instruments and its founding principles and values.

The Recovery and Resilience Facility is firmly on track. In general, we see good progress across Member States even if we will only reach cruising speed in 2022. Together, we have achieved a great deal in this first year of implementation. Next year, with your continued support, we will progress further as we look forward to securing economic growth, job creation and increasing the resilience of the European Union as a whole.

Paolo Gentiloni, *Member of the Commission*. – Madam President, I have three remarks in my intervention. First, I feel a prevailing atmosphere of pride in this House, and I think we should not be reluctant about this pride because indeed the achievement is a common achievement and it is a big one. Of course, we did not solve all the problems of our institutional architecture, but the Commission, Parliament, the Member States all played a significant and important role in reaching this big achievement. Also for our citizens, I think we have to keep this clearly in mind as it is important.

The second point: of course, the pandemic is not over, and we are all worried about the possibility that new variants are again pushing in the wrong direction. But this is a reason to further underline the importance of this common recovery strategy because we know that the impact of the pandemic and of these variants is quite dangerous, but at the same time, we know that the economy is in recovery. In a certain sense, the economy has adapted to the pandemic despite the new infections and the new risks, and this is the reason why it is now important to steer this recovery in the right direction with our priorities and with our targets.

The third point: in many interventions, it was very clearly requested that there is close monitoring on the ground of the implementation of the Recovery and Resilience Facility, and this is the commitment of the Commission, as my colleague Valdis just said.

So rest assured that first we will negotiate the remaining plans without double standards, but with full respect for the country-specific recommendations, including those connected to the rule of law, and for the protection of the financial interests of the Union, and second, that we will closely monitor the implementation from Member States of these plans because we need success. So we need these plans to give an added value connected to our priorities and we need to implement the targets and milestones that are in our plans.

So I think we had a very good start this year, but we have a lot of work to do beginning from next year.

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Spoštovana predsedujoča, spoštovana komisarja, spoštovane poslanke in poslanci. Usklajeno odzivanje na pandemijo COVID-19 na ravni Evropske unije in na nacionalni ravni nam je omogočilo, da zdaj lahko preidemo od obvladovanja krize v obdobje okrevanja.

Ambiciozna agenda na ravni politik in financiranja, sprejeta na ravni Evropske unije in na nacionalnih ravneh, nam bo pomagala zagotoviti trajno in vključujoče okrevanje, tako da bo Evropa lahko po krizi uspešno izvedla zeleni in digitalni prehod in postala odpornejša tudi na morebitne prihodnje krize.

Koristi ukrepov in politik se po državah članicah že kažejo, saj je gospodarstvo doseglo predkrizno raven prej, kot je bilo prvotno pričakovano.

Mehanizem za okrevanje in odpornost, ki je del evropskega semestra, bo v prihodnjih letih ključni instrument za doseganje zelenega digitalnega prehoda, za katerega se zavzemamo vse države članice in Unija kot skupnost.

Preglednost in redni dialog med institucijami se morata nadaljevati tudi v fazi izvajanja programa. Za uspešno izvajanje mehanizma bo Svet še naprej računal na podporo Evropskega parlamenta ter tvorno sodelovanje vseh evropskih poslancev. Hvala lepa.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Estrella Durá Ferrandis (S&D), *por escrito*. – Hace un año que se aprobó el Mecanismo de Recuperación y Resiliencia (MRR). Hasta ahora, se han adoptado los planes nacionales de recuperación y resiliencia (PNRR) para 22 Estados miembros. El único país que no lo ha presentado todavía ha sido Países Bajos.

La Comisión está evaluando los planes nacionales de Polonia, Hungría, Suecia y Bulgaria. Hasta ahora ha desembolsado la prefinanciación de 17 PNRR. Cuatro Estados miembros deberían recibir pronto su prefinanciación. España es el único país de la Unión Europea que ha firmado el acuerdo de operaciones con la Comisión Europea para el desembolso de los fondos de recuperación. Se espera al resto de países, para terminar la fase de preparación y entrar en la de ejecución, siendo 2022 un año clave.

En febrero, la Comisión presentará su informe anual, en el que cuantificará, entre otras cosas, el gasto realizado en cada uno de los seis pilares del plan de recuperación, y el gasto social, con un desglose relativo a infancia y juventud.

Desde el Grupo de los Socialistas y Demócratas hemos sido muy críticos con los indicadores propuestos por la Comisión para hacer el seguimiento al gasto social y al género y seguiremos insistiendo para que se mejore.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Още с представянето на Механизма за възстановяване и устойчивост бе ясно, че този инструмент ще бъде проблематичен и ще бъде използван за налагане на дневния ред на брюкселските чиновници, без мерките да бъдат съобразени със спецификите на държавите членки. Нахвърляте някакви числа, печатате милиарди евро, обещаваме светло бъдеще. А в същото време имаме енергийна криза и икономическа криза, която се задълбочава, а хиляди бизнеси затварят под натиска на трупашите се отрицателни фактори. На всичко отгоре вие се опитвате да ни убедите, че актуалната ситуация във връзка с механизма е цветя и рози. Не само не е така, ами и анализът на политиките показва, че харчовите по „Next Generation EU“ няма да подпомогнат икономиките толкова бързо и ефективно.

Виждаме, че много от държавите не успяха да внесат плановете си навреме. А българският план беше върнат за преработка и се използва за извиване на ръце и за намеса във вътрешните ни работи, което е нещо напълно недопустимо. Този механизъм е поредният колосален провал на европейските институции. За съжаление, сметката на този провал ще трябва да я платим всички ние, европейските граждани, които участваме в този безумен експеримент.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), por escrito. – Hace un año que se aprobó el Mecanismo de Recuperación y Resiliencia (MRR). Hasta ahora, se han adoptado los planes nacionales de recuperación y resiliencia (PNRR) para 22 Estados miembros. El único país que no lo ha presentado todavía ha sido Países Bajos.

La Comisión está evaluando los planes nacionales de Polonia, Hungría, Suecia y Bulgaria. Hasta ahora ha desembolsado la prefinanciación de 17 PNRR. Cuatro Estados miembros deberían recibir pronto su prefinanciación. España es el único país de la Unión Europea que ha firmado el acuerdo de operaciones con la Comisión Europea para el desembolso de los fondos de recuperación. Se espera al resto de países, para terminar la fase de preparación y entrar en la de ejecución, siendo 2022 un año clave.

En febrero, la Comisión presentará su informe anual, en el que cuantificará, entre otras cosas, el gasto realizado en cada uno de los seis pilares del plan de recuperación, y el gasto social, con un desglose relativo a infancia y juventud.

Desde el Grupo de los Socialistas y Demócratas hemos sido muy críticos con los indicadores propuestos por la Comisión para hacer el seguimiento al gasto social y al género y seguiremos insistiendo para que se mejore.

Isabel García Muñoz (S&D), por escrito. – Hace un año que se aprobó el Mecanismo de Recuperación y Resiliencia (MRR). Hasta ahora, se han adoptado los planes nacionales de recuperación y resiliencia (PNRR) para 22 Estados miembros. El único país que no lo ha presentado todavía ha sido Países Bajos.

La Comisión está evaluando los planes nacionales de Polonia, Hungría, Suecia y Bulgaria. Hasta ahora ha desembolsado la prefinanciación de 17 PNRR. Cuatro Estados miembros deberían recibir pronto su prefinanciación. España es el único país de la Unión Europea que ha firmado el acuerdo de operaciones con la Comisión Europea para el desembolso de los fondos de recuperación. Se espera al resto de países, para terminar la fase de preparación y entrar en la de ejecución, siendo 2022 un año clave.

En febrero, la Comisión presentará su informe anual, en el que cuantificará, entre otras cosas, el gasto realizado en cada uno de los seis pilares del plan de recuperación, y el gasto social, con un desglose relativo a infancia y juventud.

Desde el Grupo de los Socialistas y Demócratas hemos sido muy críticos con los indicadores propuestos por la Comisión para hacer el seguimiento al gasto social y al género y seguiremos insistiendo para que se mejore.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Pandemia COVID-19 była i jest niezwykle trudnym i bolesnym doświadczeniem dla Europejczyków, dlatego też jestem dumny, że udało się nam wspólnie wypracować narzędzie, które pozwoli w skuteczny sposób przeciwdziałać negatywnym konsekwencjom gospodarczym tego kryzysu. Cieszę się zatem, że już 22 plany odbudowy zostały zaakceptowane przez Komisję, zaś blisko 55 miliardów euro w formie zaliczek trafiło do państw członkowskich.

Tym bardziej jednak boleję nad faktem, że wśród tych krajów w dalszym ciągu nie ma Polski. Polskie samorządy i firmy czekają na te środki równie niecierpliwie jak ich odpowiednicy z innych krajów unijnych. Są też w wyjątkowo trudnej sytuacji, bo polski rząd *de facto* trzyma je w szachu, nie pozwalając w sposób odpowiedzialny i przemyślany planować wydatków na przyszły rok, gdyż cały czas nie wiedzą, czy i kiedy otrzymają obiecane środki z funduszu odbudowy.

W pełni zgadzam się, że Polska musi wypełnić wszystkie zobowiązania, które nakłada na nią semestr europejski, w szczególności w zakresie praworządności. Ofiarą nieodpowiedzialności rządu nie mogą być jednak Polacy, dlatego apeluję do Komisji o zastosowanie się do apelu Parlamentu Europejskiego z października tego roku i wykorzystanie wszystkich dostępnych narzędzi, aby polscy obywatele nie zostali pozbawieni funduszy unijnych i aby znaleźć sposoby na bezpośrednie przekazywanie funduszy beneficjentom końcowym.

Alicia Homs Ginel (S&D), por escrito. – Hace un año que se aprobó el Mecanismo de Recuperación y Resiliencia (MRR). Hasta ahora, se han adoptado los planes nacionales de recuperación y resiliencia (PNRR) para 22 Estados miembros. El único país que no lo ha presentado todavía ha sido Países Bajos.

La Comisión está evaluando los planes nacionales de Polonia, Hungría, Suecia y Bulgaria. Hasta ahora ha desembolsado la prefinanciación de 17 PNRR. Cuatro Estados miembros deberían recibir pronto su prefinanciación. España es el único país de la Unión Europea que ha firmado el acuerdo de operaciones con la Comisión Europea para el desembolso de los fondos de recuperación. Se espera al resto de países, para terminar la fase de preparación y entrar en la de ejecución, siendo 2022 un año clave.

En febrero, la Comisión presentará su informe anual, en el que cuantificará, entre otras cosas, el gasto realizado en cada uno de los seis pilares del plan de recuperación, y el gasto social, con un desglose relativo a infancia y juventud.

Desde el Grupo de los Socialistas y Demócratas hemos sido muy críticos con los indicadores propuestos por la Comisión para hacer el seguimiento al gasto social y al género y seguiremos insistiendo para que se mejore.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), por escrito. – Hace un año que se aprobó el Mecanismo de Recuperación y Resiliencia (MRR). Hasta ahora, se han adoptado los planes nacionales de recuperación y resiliencia (PNRR) para 22 - Estados miembros. El único país que no lo ha presentado todavía ha sido Países Bajos.

La Comisión está evaluando los planes nacionales de Polonia, Hungría, Suecia y Bulgaria. Hasta ahora ha desembolsado la prefinanciación de 17 PNRR. Cuatro Estados miembros deberían recibir pronto su prefinanciación. España es el único país de la Unión Europea que ha firmado el acuerdo de operaciones con la Comisión Europea para el desembolso de los fondos de recuperación. Se espera al resto de países, para terminar la fase de preparación y entrar en la de ejecución, siendo 2022 un año clave.

En febrero, la Comisión presentará su informe anual, en el que cuantificará, entre otras cosas, el gasto realizado en cada uno de los seis pilares del plan de recuperación, y el gasto social, con un desglose relativo a infancia y juventud.

Desde el Grupo de los Socialistas y Demócratas hemos sido muy críticos con los indicadores propuestos por la Comisión para hacer el seguimiento al gasto social y al género y seguiremos insistiendo para que se mejore.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – Hace un año que se aprobó el Mecanismo de Recuperación y Resiliencia (MRR). Hasta ahora, se han adoptado los planes nacionales de recuperación y resiliencia (PNRR) para 22 - Estados miembros. El único país que no lo ha presentado todavía ha sido Países Bajos.

La Comisión está evaluando los planes nacionales de Polonia, Hungría, Suecia y Bulgaria. Hasta ahora ha desembolsado la prefinanciación de 17 PNRR. Cuatro Estados miembros deberían recibir pronto su prefinanciación. España es el único país de la Unión Europea que ha firmado el acuerdo de operaciones con la Comisión Europea para el desembolso de los fondos de recuperación. Se espera al resto de países, para terminar la fase de preparación y entrar en la de ejecución, siendo 2022 un año clave.

En febrero, la Comisión presentará su informe anual, en el que cuantificará, entre otras cosas, el gasto realizado en cada uno de los seis pilares del plan de recuperación, y el gasto social, con un desglose relativo a infancia y juventud.

Desde el Grupo de los Socialistas y Demócratas hemos sido muy críticos con los indicadores propuestos por la Comisión para hacer el seguimiento al gasto social y al género y seguiremos insistiendo para que se mejore.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Mecanismul de redresare și reziliență reprezintă o bună oportunitate pentru statele membre de a-și redresa economiile și realiza investiții, care să remedieze dezechilibrele economice și sociale provocate de pandemie. Implementarea planurilor naționale constituie în mare parte o responsabilitate a statelor membre, iar succesul acestora este determinat de modul în care au fost redactate planurile și eforturile decidenților politici în a realiza reformele propuse.

Parlamentul European și Comisia Europeană au responsabilitatea monitorizării procesului de implementare în baza unor indicatori de performanță și a unui nou sistem de evaluare continuă ce permite instituțiilor europene să analizeze în detaliu activitatea din fiecare stat membru. În cazul României, actualul guvern a reparat greșelile precedentului executiv și a adoptat un mecanism de implementare al PNRR ce ar fi trebuit să fie realizat cu mult timp în urmă, țara noastră aflându-se în situația de a accesa avansul fără să poată folosi resursele disponibile.

De aceea, este nevoie în România, dar și în alte state europene, de un dialog continuu între toate forțele politice și actorii sociali și neguvernamentali în încercarea de a clădi un pact privind implementarea planurilor în fiecare stat membru. Reușita mecanismului poate permite Uniunii Europene să instituționalizeze acest sistem de finanțare pe termen lung.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The objectives behind the creation of the EU Recovery and Resilience package should not be fudged by considerations which are extraneous to the urgent need to relaunch the European economy and staunch the outflow of government funds that is increasing massively the public debt of all Member States. The preparation period for most national programmes is over and the disbursement of financing has begun taking place. A major dispute however remains: the conditionality to access RRF funding. This is especially contentious when it comes to economic country specific recommendations aimed at pressurising Member States over policy objectives where it has previously been impossible to do so. The Commission here retains broad discretion in assessing whether a national plan contributes to addressing effectively all – or a significant subset of – challenges identified in the relevant country-specific recommendations. Yet such discretion should be law-based, and not based on the policy approach of the Commission office in charge. Finally, from a planning aspect, policymakers must at this point also redefine the Facility in view of what could clearly become a prolonged pandemic. Consequences remain difficult to foresee but one can already conclude that in size and format, the Recovery Fund is likely not to be enough to contain the unforeseeable impacts of the pandemic.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – EU:n elvytyspaketti etenee hitaasti mutta varmasti. Joulukuun puoliväliin mennessä 27 jäsenmaasta 26 on jättänyt komissiolle suunnitelman elvytyspaketin käytöstä, ja näistä 22 on hyväksytty. Tähän mennessä jäsenmaille on maksettu 54,2 miljardin euron arvosta tukia. Murheenkryyninä ovat kuitenkin taas Puola ja Unkari. Komissio on edellyttänyt mailta tiettyjä muutoksia oikeusvaltion turvaamiseksi ja korruption torjumiseksi, mutta maat eivät ole nähin suostuneet. Puola on jopa uhanut käyttää veto-oikeuttaan EU:n ilmastopakettin pysäyttämiseen, jos tuet jäävät saamatta. Komissio on onneksi pysynyt lujana. EU ei ole pankkiautomaatti, josta yhteisiä perusarvoja rikkovat maat voivat vain nostaa rahaa. Elvytyspakettiin sidotun oikeusvaltioperiaatteen noudattamisesta on

syttä pitää kiinni jatkossakin, vaikka se herättäisikin kränää näitä periaatteita polkevien maiden keskuudessa.

14. Pläne zur weiteren Aushöhlung der Grundrechte in Polen, insbesondere in Bezug auf die Normen der Europäischen Menschenrechtskonvention und die sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on plans to undermine further fundamental rights in Poland, in particular regarding the standards of the European Convention of Human Rights and Sexual and Reproductive Health and Rights (2021/3014(RSP)).

Anže Logar, President-in-Office of the Council. – Madam President, thank you for inviting the Presidency of the Council to intervene on this topic.

The Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms represents an unprecedented historic achievement. It has been ratified by all EU Member States and sets common rules and standards on human rights, democracy and the rule of law for 830 million people across the continent. The European Court of Human Rights is in charge of implementing and interpreting the Convention and ensures that fundamental rights are fully respected in each and every Member State.

The Convention and the court jurisprudence play a fundamental role in EU law, as confirmed by the Charter of Fundamental Rights and the jurisprudence of the Court of Justice of the European Union. The accession of the Union itself to the Convention, which is currently being negotiated, is a priority of the Council, as was already presented here during the presentation of the Presidency Programme. This is indicative of the key role that the Convention plays in the protection and promotion of the fundamental rights in the EU acquis.

With regard to Poland, the Council remains seized of the Article 7(1) procedure and continues to closely monitor the recent legal developments and other evolving issues in the country. A state of play on the situation in Poland was discussed at the General Affairs Council yesterday, with the Commission giving a thorough update on all relevant issues.

With regard to sexual and reproductive rights, the issue of abortion in particular is highly sensitive and complex from both an ethical and legal perspective. It touches upon some of the most fundamental questions. The European Court of Human Rights has consistently ruled that the Member States of the Council of Europe enjoy a wide margin of appreciation as to whether, and under what circumstances, abortion is permitted under the national law. As far as the European Union is concerned, primary law confirms that Union law does not interfere with constitutional provisions and other national legislation of the EU Member States relating to abortion.

In accordance with Article 168(7) of the Treaty of the Functioning of the European Union, Union action in the field of public health should respect the responsibilities of the Member States for the definition of their health policy and for the organisation and delivery of health services and medical care.

In this context, the European Pillar of Social Rights states that everyone has the right to timely access to affordable preventive and corrective health care of good quality. In addition, in its February 2021 conclusion on human-rights based recovery, the Council stressed the need for universal access to quality and affordable reproductive health information, education and health care services.

Thank you very much for your attention, and I look forward to your interventions.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Madam President, Minister, honourable Members, thank you for putting this point on the agenda of the plenary. President von der Leyen in this House already explained, on 19 October, the deep concerns that the Commission has with regard to the rule of law in Poland. At the time, she also offered the cancellation of all EU actions that we are deploying to change the things we need to change in this context.

The Commission considers that there is a clear risk of a serious breach of the rule of law in Poland. It's for this reason that it adopted the recent proposal in accordance with Article 71 of the Treaty. This procedure is still ongoing, and just as the Minister mentioned yesterday, we provided at the General Affairs Council an update on the state of play.

The Commission has also undertaken other steps to protect the rule of law in Poland. In particular, it launched a number of specific infringement procedures and successfully requested interim measures from the Court of Justice to protect the independence of Polish judges. The Commission is also very concerned about the recent rulings of the Constitutional Tribunal and will not hesitate to make use of its powers under the Treaties to safeguard the uniform application and integrity of Union law.

Honourable Members, on 15 July the Commission also launched an infringement procedure against Poland in relation to the so-called LGBT ideology-free zones resolutions adopted by several Polish regions, counties and municipalities on the basis of a lack of sincere cooperation on this topic. Let me be very clear. LGBTQI-free zones have no place in our Union. This is not our model of society. This is not our Europe. The Commission services also engaged in a dialogue with the Polish authorities concerning the amendments of the 2014-2020 Polish regional programmes, to which, as you know, REACT-EU funds are being added.

As a result of this dialogue, all regions which had adopted such problematic resolutions, namely the regions of Lubelskie, Małopolskie, Łódzkie, Podkarpackie and Świętokrzyskie, have now replaced them or amended them. They also committed to ensure non-discrimination on grounds of sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation. The Commission services have resumed the negotiations on this basis of the REACT-EU programme amendments in relation to those five regions.

As always, the Commission will continue to monitor the compliance with the principle of non-discrimination. My colleague, Commissioner Dalli, also addressed this House on 20 October on the occasion of the first anniversary of the de facto abortion ban in Poland. As you know, legislative powers in this area lie with the Member States. Moreover, in the area of public health, Member States are responsible for the definition of their health policy, and the Union's competence is in general limited to encouraging cooperation between Member States and, if necessary, to lend support to their action. Nevertheless, the Commission reminds that, even when exercising their exclusive competences, Member States must respect fundamental rights, which bind them by virtue of their national constitutions and their commitments under international law.

All women across the European Union should have access to good-quality healthcare and treatment. Sexual and reproductive health is integral to our general health. Women's rights are a gauge for the overall situation of fundamental rights. We at the Commission will continue to monitor the developments in all Member States concerning, in particular, gender equality, and just like the European Parliament, we are following the developments in Poland particularly closely in that regard.

Danuta Maria Hübner, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, last month, the Polish Constitutional Tribunal deemed unconstitutional Article 6 of the European Convention on Human Rights, which says that everyone is entitled to a fair and public hearing within a reasonable time by an independent and impartial tribunal.

This is the latest assault on the integrity of European and Polish rule of law. Today, there might be another one. Undermining the standards introduced by the Convention on Human Rights (ECHR) is one of the battlegrounds in the total war against the rights of the citizens. It is a dangerous path to be taken by any democratic state. The European Convention on Human Rights is not just some document. All 27 Member States are parties to the Convention, and the EU itself is currently negotiating its accession.

It is a cornerstone of what a democratic political reality should look like, and it is so happening now that when the norms of democratic politics give way to authoritarianism, it is usually women who are first to suffer. Their reproductive rights are questioned and their health is threatened. By issuing its anti-abortion ruling of 2020, the Polish tribunal violated the private space protected by Article 8 of the ECHR.

The new government proposal to register all pregnancies and miscarriages in a medical information system is straight from Orwell. Two women are known to have already died in my country as a result of fear induced in doctors by that inhumane ruling. This week, the Committee of Ministers of the Council of Europe called on Poland to execute the judgments of the Strasbourg Tribunal on abortions and to ensure effective access to legal abortions and prenatal examinations. In a letter to the Polish Foreign Minister, the Secretary-General asked Poland to explain how it ensures the effective implementation of its obligations under the Convention. We shall call the Polish Government on that thousands of times, if needed, until it returns to the democratic path.

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Vice President

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, vicepresidente Schinas, otra vez Polonia: debate sobre el Estado de Derecho, la democracia y los derechos fundamentales en un Estado miembro de la Unión Europea. El 7 de octubre de este año 2021, el Tribunal Constitucional polaco, masivamente intervenido por el partido del Gobierno en Polonia, declaró a requerimiento del ministro de Justicia y fiscal general —que son la misma persona— que el Tratado de la Unión Europea —nada menos— es incompatible con la Constitución polaca, lo que significa que Polonia y su Gobierno ya no se sienten vinculados por la primacía del Derecho de la Unión sobre el Derecho de Polonia, ni se sienten vinculados tampoco por los valores comunes del artículo 2, ni por los principios proclamados en el artículo 3 y los objetivos contenidos en el Tratado de la Unión Europea, que incluyen el espacio de libertad, seguridad y justicia, vinculados por la confianza mutua y el reconocimiento mutuo, que es la única forma de funcionar de la cooperación judicial entre Estados miembros de la Unión Europea.

Pues bien, nueva vuelta de tuerca: el 24 de noviembre el Tribunal Constitucional polaco —reitero, masivamente intervenido por el Gobierno— declara que también el Convenio Europeo de Derechos Humanos de 1950, que integra cuarenta y siete Estados miembros, incluidos todos los Estados miembros de la Unión Europea, es incompatible con la Constitución polaca; y la pregunta es qué más podemos esperar.

La Conferencia sobre el Futuro de Europa escucha, procedente de gente joven de toda Europa, una pregunta cada vez con mayor insistencia: «¿Hasta cuándo —*quousque tandem*— vamos a tolerar a Polonia este desafío que le cuesta un millón de euros de multa diaria como consecuencia de su contumaz incumplimiento de las sentencias de los tribunales de justicia, tanto del Tribunal Europeo de Derechos Humanos como del Tribunal de Justicia de la Unión Europea?». Y se preguntan cuándo sobrevendrá el *Polexit* teniendo en cuenta que la Unión Europea no contempla ningún artículo que permita la expulsión de un Gobierno que manifiestamente desafíe los valores de la Unión. Y yo les respondo: ese no es un buen panorama, no es una buena noticia, nadie desea el *Polexit*. Este Parlamento Europeo expresa la ciudadanía europea de los cuarenta millones de polacos y la defiende frente a su Gobierno, en contumaz desafío al Derecho de la Unión. ¿Hasta cuándo, Polonia?

Samira Rafaela, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, just when you think that the situation of women's rights in Poland couldn't get any worse, the Polish Government will find a way to reach an all-time low. We now witness the introduction of a new national pregnancy database and an Institute for Family and Demography. It is a new attempt to gain control of women's bodies, to reduce their autonomy and to interfere in personal family life.

The Commission has been silent for too long. We can no longer hide behind a false argument of Member States' competence. Women's lives are at stake here and that is no longer a figure of speech. Women have actually died. The protection of women's rights is a core value of our Union and we should live up to it.

What we need is progressive European leadership, including in this Parliament. We need European leaders that dare to speak out and lead by example. A nuanced or neutral position on women's rights will not do European women justice. Women's rights are non-negotiable and we have had enough of that. European leadership means living up to expectations and sanctioning Member States when fundamental rights are violated.

European funds are tied to European values and rules. Cherry-picking is not an option. As long as Poland continues to undermine women's rights, it should not receive a single euro from European funds. We in this Parliament have called numerous times on Member States and our institutions to support civil society and to allocate funding to NGOs on the ground. The Netherlands and Belgium have answered this call, so I'm asking: which Member States will follow?

Let me end by expressing my gratitude to the brave and courageous activists in Poland. Their fight against injustice has been remarkable, tireless and admirable. You are a true example of what actual dedication to women's rights means.

Sylvia Spurek, w imieniu grupy Verts/ALE. – Pani Przewodnicząca! Polki żyją w strachu. W strachu, że zostaną zmuszone do urodzenia niezdolnego do przeżycia płodu. W strachu, że opresyjne państwo wpisze je do rejestru ciąży, a następnie będzie ścigać karnie za poronienie. W strachu, że przedstawiciel władzy przystąpi do ich sprawy rozwodowej, żeby bronić świętej instytucji rodziny. To słuszne obawy oparte na kolejnych działaniach i pomysłach władzy, która nienawidzi kobiet, osób LGBTIQ, uchodźców i uchodźczyń, i po kolei narusza ich prawa. Nie wiemy, kto i kiedy będzie następny.

Często słyszę pytanie: jak do tego doszło? Odpowiedź jest prosta: przez beczynność, przez kompromisy, przez odkładanie spraw praw człowieka na później. Ale te pomysły nie są nowe. Czy poprzednie polskie rządy zrobiły rachunek sumienia? Czy rachunek sumienia zrobiła Komisja Europejska? Komisja, która powinna stać na straży traktatów, bronić praworządności i praw człowieka.

Panie komisarzu, kiedy konkretnie Komisja w końcu zacznie stosować rozporządzenie w sprawie warunkowości? Kiedy konkretnie skorzysta z innych dostępnych uprawnień, aby zapobiec kolejnym naruszeniom dokonywanym przez polski rząd?

Thierry Mariani, au nom du groupe ID. – Madame la Présidente, après les débats réguliers sur la Hongrie, désormais, ce sont les débats réguliers sur la Pologne. Les Polonais ont le droit de choisir souverainement leur définition de la famille, leur conception de la vie à naître, leur système d'éducation et la place qu'ils sont prêts à donner à l'État dans la direction de leurs vies. Ces domaines, cela a été dit, ne sont pas de la compétence de l'Union européenne. Et la défense de l'état de droit – l'état de droit, une notion qui ne figure pas dans les traités et qui n'est pas définie avec précision – ne peut pas être un prétexte pour s'arroger, au niveau européen, des prérogatives qui n'appartiennent qu'à la Constitution des différents pays.

Nous discutons lundi de la chute de l'URSS: c'est Soljenitsyne qui nous prévenait qu'il y aurait des germes de totalitarisme dans les pouvoirs qui dirigeraient le monde après la guerre froide. L'Union européenne n'a pas à déterminer ce qu'est un homme, une femme, une famille. L'Union européenne n'a pas à se comporter comme une divinité qui obligerait ses disciples à suivre un nouvel évangile. C'est la Constitution d'un pays qui doit le définir, et cette Constitution aujourd'hui n'a pas à se plier à un état de droit qui n'a jamais été clairement défini dans les traités.

Jadwiga Wiśniewska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu, ze smutkiem wysłuchałam pana wystąpienia pełnego półprawd, kłamstw i manipulacji i chcę stanowczo zaprotestować. Brak mi słów, kiedy komisarz, przedstawiciel Komisji Europejskiej, powtarza fake newsy i nieprawdy. Pan powiedział, że trzy województwa utworzyły w Polsce strefy wolne od LGBT. Proszę, żeby pan podał, pod jakim adresem w Polsce są strefy, do których nie mają wstępu osoby LGBT. I proszę przeprosić te samorządy, które pan wymienił. To jest daleko nie w porządku.

Komisja Europejska powinna być strażniczką traktatów, czyli pilnować, by kompetencje nie były przekroczone. A to państwo wykraczacie poza kompetencje, które zostały w traktatach powierzone i określone. Polityka zdrowotna, jak i wymiar sprawiedliwości, to powinien pan wiedzieć, są wyłączną kompetencją państwa członkowskiego. I to Komisja Europejska, która winna być strażniczką traktatów, sobie beczelnie lekceważy. Niechże Komisja Europejska zajmie się panią komisarz Dalli, komisarz do spraw nierówności i wykluczenia. Jest tyle realnych problemów w Unii Europejskich. Proszę przestać poniżać Polskę i Polaków i zająć się sprawami, które leżą w państwa kompetencjach, takimi jak na przykład handel spekulacyjny emisjami. A panią proszę, żeby mi nie przeszkadzała.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, parece que el Parlamento Europeo está en Varsovia, porque ya hemos perdido la cuenta de los debates que se han producido en esta Cámara sobre Polonia.

Hace unas semanas, el Tribunal Constitucional polaco declaró que parte del Convenio Europeo de Derechos Humanos era incompatible con la Constitución polaca. Parece que esta era su respuesta a la sentencia del Tribunal Europeo de Derechos Humanos que cuestionaba la legalidad de su nombramiento.

Señores togados de supuesta alta alcurnia, embarrados en el juego infantil «donde las dan las toman». Jugando con los derechos que fundamentan la cultura política de la Unión Europea: la cultura de los derechos, no la de la cristiandad.

Ahora, el Gobierno polaco, tras prohibir de facto el aborto, nos sorprende con un ejercicio jurídico propio de la Santa Inquisición: un registro obligatorio de embarazos y abortos para vigilar a las mujeres. ¿Qué será lo siguiente? ¿Legislar sobre el derecho de pernada?

Está claro que unos y otros están determinados a boicotear el Derecho de la Unión y a usar a sus ciudadanos como escudos humanos para mantener su particular pulso contra el siglo XXI.

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la crisi dello Stato di diritto in Polonia e gli attacchi ai diritti civili, che colpiscono particolarmente le donne e le comunità LGBTQ, allontanano ulteriormente il paese dai valori comuni europei.

L'erosione dell'indipendenza del potere giudiziario e il suo uso strumentale per il raggiungimento di obiettivi politici ha raggiunto livelli tali, soprattutto con le recenti decisioni del Tribunale costituzionale polacco, da mettere in discussione il primato del diritto dell'Unione europea e la Convenzione europea dei diritti dell'uomo.

Continuano peraltro le proteste relative alle gravi restrizioni riguardanti l'aborto e i rischi per la salute delle donne, ma nonostante ciò arrivano nuove proposte da parte del governo come quella diretta a introdurre un registro centralizzato delle gravidanze e degli aborti spontanei. Per controllare e colpire chi si pone fuori dagli standard imposti nel campo dei diritti sessuali e riproduttivi è evidente un aberrante piano contro cui l'Unione europea deve reagire con forza.

Il rispetto della dignità umana e dei diritti fondamentali non può avere zone franche, in nessuno Stato membro.

Janina Ochojska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Komisja Europejska przedstawiła projekt zmian przepisów migracyjnych i azylowych dla Polski, Łotwy i Litwy. Jest on w takiej formie nie do przyjęcia. Na wschodniej granicy Unii mamy do czynienia z zaledwie kilkoma tysiącami osób ubiegających się o ochronę międzynarodową. Nie ma powodu do stosowania jakichkolwiek środków wyjątkowych, należy jedynie przestrzegać prawa. Wprowadzony 2 września stan wyjątkowy, który przedłużono bezprawnie 1 grudnia, łamanie prawa setek tysięcy osób mieszkających na terenach przygranicznych, katastrofa humanitarna spowodowana wykluczeniem organizacji humanitarnych ze strefy przyczyniły się do śmierci kilkunastu osób. Proponowane przez Komisję przepisy obniżą standardy gwarantowane osobom ubiegającym się o ochronę międzynarodową, o której funkcjonariusz Straży Granicznej będzie decydował arbitralnie.

Dlatego sprzeciwiam się przepisom uchylającym stosowanie dyrektywy powrotowej wobec osób, którym odmówiono prawa do złożenia wniosków. Oznacza to, że osoby te mogą być wydalone na Białoruś, co jest próbą legalizacji praktyk wywózek. Poparcie działań polskiego rządu przez Komisję oznacza akceptację łamania przez rząd praw człowieka, a tym samym podważa podstawowe wartości Unii. Sugeruję, żeby Komisja realnie oceniła sytuację na granicy polsko-białoruskiej i zapraszam na granicę.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! No nie da się ukryć, niestety, że dzięki rządowi Prawa i Sprawiedliwości piekło kobiet w Polsce trwa. I mamy dzisiaj kolejną debatę na ten temat.

Przypomnijmy: na początku grudnia polski parlament pracował nad projektem ustawy, która za aborcję, pomoc w aborcji, poronienie karałaby dwudziestoma pięcioma latami więzienia. Niedawno politycy Prawa i Sprawiedliwości wymyślili Instytut Rodziny i Demografii. Po co? Oczywiście, żeby *de facto* kontrolować, monitorować ciążę i odbierać ewentualnie kolejne prawa. Równolegle w Ministerstwie Zdrowia konsultowany jest projekt rejestru ciąż rodem przypominający te rejestry, które znamy z katastroficznych, dystopijnych seriali typu „Opowieść podręcznej”. To wszystko dzieje się w 2021 roku w sercu Unii Europejskiej.

Jaki jest tego efekt? Efekt jest mroźący, mroźący wobec milionów kobiet, dziewcząt, matek, które po prostu będą bały się zachodzić w ciążę. Znamy już te przykłady. Pamiętamy te przykłady. Znamy imiona i nazwiska kobiet, które są także ofiarami polityki Prawa i Sprawiedliwości, jeśli chodzi o łamanie praw kobiet. Apeluję więc do Komisji Europejskiej: to jest kolejna debata, w której dyskutujemy o regresji praw kobiet. Dzisiaj kobiety w Polsce mają mniej praw, niż kiedy Polska wstępowała w 2004 roku do Unii Europejskiej. Najwyższy czas, żeby podjąć zdecydowane działania.

Karen Melchior (Renew). – Madam President, I would like to thank the Council for being here.

I don't actually want to be here. I think we've had this conversation over and over and over again during the last year and a bit, and the situation for Polish women is only getting worse. But imagine being a Polish doctor in a hospital with a woman between your hands knowing that you would be able to save her life, but that you dare not, that you dare not give her the health treatment that she needs because you're afraid of the legal consequences, and you're afraid of the legislation and the punishments that your government is trying to inflict on you.

That is why we need to keep having this conversation here in the European Parliament – because we must defend the fundamental rights of all European citizens. This is not a question of women's health. This is not a question of women. This is a question of the rule of law and of fundamental rights. The Polish Government is, for political, ideological reasons, attacking women first. We must, as the European Parliament, stand up for Polish women – because we cannot have our full rights and be free in all of Europe unless all women in Europe are free.

Finally, where has the Commission been? Where have the Member States been? Why have we not been able to provide Polish women with the health care that they need in other European countries so that we can ensure their fundamental rights?

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, patriarchy has always hated women. That is why we had to fight for every single millimetre to have control over our own bodies. That is why we still have to waste so much energy just to get what should actually be obvious: our body, our rights. Let us be clear: this whole debate has nothing to do with avoiding abortions. It is all about controlling women's bodies. It is about the exercise of power.

The latest proposals in Poland again speak volumes about this. The battle over our bodies and our lives is on again, unfortunately, and we can already see the consequences. Two women died in Poland just this year. We can already see the chilling effect it has on doctors who did not perform abortions despite the fact that the foetuses were dying, posing a threat to the women's lives. We will never be silent about tragedies like this, no matter how long it takes. We stand with everyone who defends freedom and fundamental rights.

Joachim Kuhs (ID). – Frau Präsidentin! Werte Kollegen, Woche für Woche versuchen Sie, neue Gründe und rechtliche Instrumente zu finden, um Polen und seine Bevölkerung zu zwingen, Ihre globalistische Agenda zu akzeptieren.

Dabei verteidigt ja Polen anders als viele westliche Mitgliedstaaten seine Grenzen, seine Bürger und seine Kultur mit Stolz und Würde. Polen will keine Migranten, die barbarische Grausamkeiten unterstützen wie Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung. Polen will auch keine radikalislamischen Migranten haben, die gefühlt nahezu täglich Juden und Christen angreifen, wie wir es letzten Sonntag in Frankreich bei einem katholischen Gottesdienst gesehen haben. Polen will auch keine lilahaarigen Woke-Krieger haben, die sich für Geburtsscham und Abtreibung einsetzen.

Wir sollten anerkennen, dass das Herz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in unserer christlich-jüdischen Identität wurzelt und dass Polen diese Identität sehr wohl verteidigt. Die EU sollte daher stolz und dankbar sein, dass die polnische Regierung die nationalen und kulturellen Identitäten der Mitgliedstaaten aufrechterhält. Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes und fröhliches Geburtsfest unseres Erlösers!

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidente, señora comisaria, yo me pregunto: ¿realmente les importa la unidad? Entonces, ¿por qué atacar a un Estado miembro? Polonia es quien está protegiendo los derechos humanos tal y como fueron consagrados en 1948; agradecemos que lo haga. El aborto no es un derecho humano: esta perversa interpretación acaba con la protección que deberían proporcionarnos. Polonia es soberana para regular conforme a sus leyes, y lo hace siendo fiel a su fe, cultura, y tradiciones, y también a su propia jurisprudencia; es una injerencia que la Unión cuestione el cumplimiento del Estado de Derecho.

Polonia ha sufrido ya la opresión de las ideologías. No solo se protege a sí misma, nos protege a todos de la degeneración que conlleva la cultura de la muerte que desde aquí, desde el Parlamento Europeo, se está promoviendo. La vida tiene un valor absoluto. Querida Polonia, no cedas; señores, recapaciten: imponer ideologías nos lleva a la desunión europea. Termino deseándoles a todos una feliz Navidad con sus familias.

Sira Rego (The Left). – Señora presidenta, señor comisario, estas cosas suelen darse de forma gradual. Empiezan con un señor furibundo señalando a gays, lesbianas, mujeres, migrantes y pobres como enemigos, obviamente imaginarios. Continúa con la normalización de esa narrativa en las instituciones (yo creo que les suena). Y termina con discusiones como esta, en la que estamos debatiendo sobre el plan del Gobierno polaco de convertir su país en el Cuento de la criada.

Precisamente eso es el registro centralizado de embarazos para evitar posibles abortos, clandestinos o fuera del país. Un salto más en el uso de violencia contra las mujeres, una medida que, además de eliminar el derecho a decidir sobre sus cuerpos, convierte a las mujeres en seres tutelados. Sus úteros serán propiedad del gobierno. Una mujer embarazada dejará de ser un ser humano y pasará a ser un objeto.

Señor Schinas, necesitamos firmeza y medidas concretas para defender los derechos humanos en Polonia. La Comisión debe comprometerse y poner en marcha un plan para garantizar que los derechos sexuales y reproductivos de las mujeres polacas son respetados habilitando recursos europeos para ello.

Balázs Hidvéghi (NI). – Madam President, it is ridiculous that almost no plenary session has passed here lately without a debate on Poland. Well, perhaps it is frustrating to some of you how our central and eastern European Member States, like Poland, are confident, successful and stable, and they know what they want, and they are not afraid to make decisions based upon their own competences. They do not need tutoring from the West anymore. Maybe that is what you take so badly.

You constantly abuse the concept of the rule of law, of democracy, of respect for each other when you attack these governments solely because you have an ideological difference, but that is not the same as a rule of law problem. You have to understand that Member States created and maintained a European Union and not the other way around. Even if some of you dream of a federal Europe, well, that is not going to happen if Member States do not want it.

Member States retain the right to organise their educational system, to defend their borders, to organise their judiciary, to decide about family matters, health care issues, etc. These are national competences. So I demand more respect for Poland and the Polish people.

Evin Incir (S&D). – Fru talman! Kolleger! Vi står inför ett vägval: ett Europa som står upp för EU:s grundläggande värden eller ett Europa som drömmer sig tillbaka till en tid som vi lovade varandra att aldrig gå tillbaka till.

Vi står här i dag i en union som inte har sett krig och elände på över 70 år, tack vare ett handslag om att skydda vanligt folk från att historien ska kunna upprepa sig. Medan EU-samarbetet förkroppsligar kampen för frihet, jämlikhet och jämställdhet i generationer före oss, förkroppsligar det regeringsbärande partiet Lag och rättvisa i Polen det exakt motsatta.

I dagens Polen, styrt av Lag och rättvisa, tystas frihetssökande kvinnor och flickor. Bland annat har de tagit ifrån kvinnor rätten till sin egen kropp och förbjudit abort i praktiken. Nu ligger det till och med förslag om att övervaka kvinnor som är gravida och som har fått missfall. Dessa fascistiska fenomen har ingen plats i vårt moderna Europa. Förföljelsen av kvinnor i Polen är vidrig och den är skrämmande.

I skuggan av detta väljer Sloveniens ordförandeskap att inte hålla någon utfrågning under artikel 7, utan kommer med ett fjuttigt *state of play*. Det slovenska ordförandeskapet har sedan de tillträtt helt ignorerat sitt uppdrag att representera vanligt folk. Kvinnors och flickors frihet har fått stå åt sidan.

Jag är dock inte förvånad. Högerkonservativa har alltid och kommer alltid att begränsa vår frihet när de får chansen. Kvinnors och flickors rättigheter är mänskliga rättigheter. I vår union dör nu kvinnor och flickor för att de inte får tillgång till det mest basala, såsom rätten till sin egen kropp.

Róża Thun und Hohenstein (Renew). – Pani Przewodnicząca! Kiedy zapadał ten nieludzki wyrok, o którym tu mówimy, jeden z sędziów Trybunału Konstytucyjnego, prof. Leon Kieres, wygłosił zdanie odrębne. Chciałabym przytoczyć kilka jego zasadniczych myśli, żeby pokazać raz jeszcze, że ten pseudowyrok tego pseudotrybunału jest niezgodny z polską konstytucją.

Bo konstytucja nie przewiduje prawa do życia. To jest prawo przyrodzone, naturalne, którego państwo ani nie może dać, ani nie może odebrać. Prawo, w przeciwieństwie do moralności czy religii, nie powinno zobowiązywać do heroizmu i formułować wymagań przekraczających zwykłą miarę, tzn. wymagań niemożliwych do spełnienia przez przeciętnego adresata tych przepisów.

Konstytucja wymaga i docenia bohaterstwo jedynie w wymiarze publicznym, w warunkach wojny, nawet kosztem poświęcenia życia. Ale tutaj przecież nie chodzi o wojnę, bo w wymiarze prywatnym konstytucja polska zapewnia wolność sumienia, zapewnia wolność religii oraz prawo do decydowania o życiu osobistym. A rolą państwa jest pozostawienie decyzji osobom, których te decyzje bezpośrednio dotyczą. Osobom, które przez całe życie doświadczają będą skutków tych decyzji.

Dziękując koleżankom i kolegom za solidarność, chcę jeszcze raz podkreślić: nie ma konfliktu między prawem europejskim a polską konstytucją. To jest konflikt, w którym po jednej stronie stoi prawo europejskie oraz polska konstytucja, a po drugiej stronie stoi polski rząd, który łamie prawo i łamie polską konstytucję.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Fru talman! I Polen gäller sedan ett år tillbaka totalförbud mot aborter. Stora delar av landet täcks av så kallade hbtqi-fria zoner, och nu driver den polska regeringen på för att införa ett nationellt register där kvinnor, gravida kvinnor, ska registreras och övervakas. Det låter som en scen från en dystopisk tv-serie, men det är verkligheten för Polens kvinnor.

De polska makt-havarna arbetar systematiskt tillsammans med den katolska kyrkan och ultrakonservativa organisationer mot kvinnors fri- och rättigheter, och de möjliggör förtryck, diskriminering och hat mot hbtqi-personer. Så här är det. Förtroendet för den polska regeringen är förbrukat, och EU har demokratiska verktyg som kan användas för att sätta stopp för deras idéer. Det finns inget försvar till varför vi inte använder dem. Människorna i Polen att precis lika mycket EU-medborgare som du och jag.

Vera Tax (S&D). – Voorzitter, hoe lang kan een land in onze Unie doorgaan met het ondermijnen van fundamentele rechten? Een jaar geleden werd in Polen abortus bijna volledig verboden. Een regering die grotendeels uit mannen bestaat, besluit over de individuele rechten en de lichamen van Poolse vrouwen. Het gevolg: vrouwen in Polen – Europese vrouwen – sterven hierdoor, zoals de jonge vrouw van 30 jaar oud. Ze was 22 weken zwanger, ze stierf omdat haar foetus in haar baarmoeder was overleden en haar artsen niet durfden in te grijpen uit angst voor vervolging door de Poolse autoriteiten.

Dus om te overleven of in de toekomst hoge gevangenisstraffen te ontlopen, kiezen sommige Poolse vrouwen ervoor om naar het buitenland te gaan. En dus wil het kabinet in Polen nu dokters verplichten tot zwangerschapsregistratie. Elke zwangerschap en elke miskraam moeten gemeld worden in een register dat gecontroleerd wordt door de overheid. Vrouwen in onze Unie worden hiermee gereduceerd tot kraamlichamen en gecontroleerd door de overheid als een zwangerschap niet in een baby eindigt.

Wij, leden van het Europees Parlement, hebben het keer op keer veroordeeld. Alleen solidariteit is niet genoeg. Daarom vraag ik aan de Commissie en aan de Raad: wat gaat u doen om de Poolse vrouwen te helpen?

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! Nie ma większej wartości niż życie ludzkie. My w Polsce doskonale sobie zdajemy z tego sprawę i walczymy o każde życie ludzkie, w szczególnej ochronie i pieczy mając to, które samo nie może o siebie się upomnieć – życie nienarodzone.

Instytucje Unii Europejskiej nie mają żadnych praw do tego, aby w jakikolwiek sposób oceniać albo instruować państwa członkowskie co do tego, jak prawnie organizują one ochronę życia nienarodzonego. Unijne prawo jest w tej kwestii jasne i przejrzyste. Wyroki Trybunału wprost mówią o primacie prawa krajowego. Zamiast zajmować się kwestiami istotnymi dla mieszkańców Europy, trwonimy czas na debaty, które w mojej ocenie nie mają większego sensu. Uciekamy od kwestii cen energii, bo dla instytucji Unii Europejskiej to wprost przyznanie się do błędów w prowadzonej polityce energetyczno-klimatycznej. Milczeniem zbywamy problemy z integracją uchodźców z Afryki i Bliskiego Wschodu. Mimo to, że w tej debacie nie ma żadnej logiki, że sam pan komisarz mówi o tym, że traktat unijny nie przewiduje, aby państwa członkowskie za to łajać, to dyskutujecie.

Zatem na sam koniec, jednak, po chrześcijańsku, z okazji zbliżających się świąt Bożego Narodzenia życzę wszystkim państwu radości i pogody ducha. Niech nowo narodzony Jezus Chrystus doda wam odwagi i wam wszystkim błogosław!

Leszek Miller (S&D). – *(początek wystąpienia poza mikrofonem)*... w Parlamencie Europejskim już od paru lat. Dzisiejsza debata powinna być naprawdę alarmująca, bo polski rząd wykorzystuje instytucje państwa do ograniczania praw człowieka, w tym tak istotnych praw, jak pozbawienie kobiet możliwości decydowania o tym, czy, kiedy i ile chcą urodzić dzieci. Tak właśnie wygląda codzienne życie Polek, Europejsek.

Codziennosc to również łamanie sędziowskiej niezależności i podporządkowanie Trybunału Konstytucyjnego woli władzy. To właśnie polityczny Trybunał wydaje wyroki, które ograniczają prawa człowieka wynikające z europejskich konwencji i unijnych wartości. Oczywiście jest, że beczynność i kompromisy stosowane przez Komisję Europejską powinny zostać wyczerpane. Pora na czyny i pryncypialną politykę. Jeśli to nie jest możliwe, to coraz częściej będzie zadawane pytanie: po co Polsce Unia?

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! Wielokrotnie tutaj w Parlamencie Europejskim pytałem, jak to możliwe, że polskie społeczeństwo, które w ponad 80 % jest proeuropejskie, pozwala na rządy bezprawia i niesprawiedliwości. A to naprawdę bardzo proste. W Polsce przez 30 lat nie było rzetelnej edukacji obywatelskiej, za to w mediach rządowych od 6 lat króluje propaganda i dezinformacja. I rząd PiS kawałek po kawałku ogranicza wolność mieszkańców i mieszkanki Polski. Niczym buldożer spycha kraj na wschód w ręce Putina. PiS Europy nie rozumie. Nie lubi jej. Ma wobec niej kompleksy. W Polsce PiS nie mówi się „my, Unia” mówi się „my i oni”. To jest bardzo groźne zjawisko. Znamy je z Wielkiej Brytanii.

Ostatnia decyzja pseudotrybunału jest fundamentem w budowaniu wschodniego porządku w Polsce. Odcina się kompetencje europejskiego sądu, a to w nim polscy obywatele mogą dochodzić sprawiedliwości. Bo zamiast obywateli, PiS chce mieć ludność. Ludnością łatwiej jest rządzić. Ale to nie przejdzie. Silne społeczeństwo obywatelskie jest w Polsce faktem. Tego boi się Kaczyński. I właśnie tam, do obywateli i do samorządów, blisko ludzi, bezpośrednio, powinny płynąć pieniądze europejskie.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Madam President, I would like to thank honourable Members for their contribution to this rich debate and for their views.

It's a pity that Ms Wiśniewska, who accused me of lying, has just left and did not honour me with her presence so that I could explain to her that actually she managed to attack me on probably the only positive thing I had to say about the five regions which I mentioned specifically, which had problematic resolutions in terms of LGBTIQ rights, but then, following the discussion with the Commission services, provided satisfactory engagements on the basis of which we re-engaged the discussions and the spending on REACT-EU. So it's a pity that she got angry for the wrong reasons, and it's also a pity that she couldn't listen to my explanation.

The Commission continues to be determined to use all our instruments – all the instruments at our disposal – and uphold the rule of law in Poland, as we have demonstrated recently, and, of course, this includes the need for respect of the independent judiciary and the primacy of EU law, and also payments and spending. Let me also stress that equality and non-discrimination are core values and fundamental rights in our Union. They are enshrined in our Treaties and in the Charter of Fundamental Rights. They form an integral part of the model of society we represent in the world and of our way of life, and the Commission will always continue to stand for them. Today's debate, I am very pleased to note, has shown that this House is an equally strong supporter of these same values and priorities.

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Spoštovana predsedujoča, spoštovani komisar, spoštovane poslanke in poslanci. Pravna država ostaja osnova za delovanje Evropske unije in je bistvena za varstvo temeljnih pravic in za samo delovanje naše skupne demokracije.

To še posebej velja za zadeve, ki se dotikajo nekaterih najbolj občutljivih področij našega zasebnega življenja.

Izkušnje iz obdobja pandemije COVID-19 nam kažejo, da mora biti Unija kot celota v tem obdobju še posebej pozorna na spoštovanje vrednot iz člena 2 Pogodbe o Evropski uniji. Obenem pa, kot sem že povedal v uvodu, moram poudariti, da pravo Evropske unije v zvezi s splavom načeloma ne posega v ustavne določbe in drugo nacionalno zakonodajo držav članic Evropske unije.

Naj ponovno zagotovim, da predsedstvo varstvu temeljnih pravic, pravic žensk in zaščiti žensk, ki so v ranljivem položaju, pripisuje poseben pomen. Hvala za vašo pozornost.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – Jesteśmy świadkami tego, jak podczas tej sesji plenarnej największe frakcje Parlamentu Europejskiego forsują kolejny raz debatę – której sam tytuł przejawia agresję i nie ma nic wspólnego z obiektywną oceną faktów – by ponownie na tym forum powielać pomówienia wobec Polski, by atakować suwerenny kraj i jego rząd tylko dlatego, że stoi w obronie niezbywalnych praw i wartości, na straży których przecież powinien stać tak PE, jak i KE.

Oskarża się mój kraj o „plany dalszego podważania praw podstawowych”, co w tytule już ociera się o absurd, w dobie takich realnych zagrożeń jak chociażby rozwój pandemii Covid-19 czy fizyczny atak na zewnętrzne granice UE – realny, nie wymaginowany.

Dlatego należy tę debatę interpretować jako celowe unikanie tematów istotnych i wymagających działania. Łatwiej bowiem atakować Polskę i jej rząd, niż zapobiegać kryzysowi energetycznemu w Europie, bo trzeba by przyznać się do błędnej polityki spekulacyjnego handlu emisjami CO₂. Łatwiej stawiać suwerenne państwo pod ideologicznym pręgiem, niż zastanowić się, do czego prowadzą tezy piewców cywilizacji śmierci na tej sali, którzy np. nazywają dostęp do aborcji podstawowym prawem człowieka.

Polska broniła i broni praw podstawowych i niezmiennie dba o zdrowie swoich obywateli niezależnie od ich płci, wyznania czy poglądów i proszę o tym pamiętać.

15. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Il-President. – Il-Grupp tas-Socjalisti demokratiċi nnotifika lill-President bid-deċiżjonijiet dwar bidliet rigward hatriet fi hdan il-Kumitati. Dawk id-deċiżjonijiet se jiġu inkluzi fil-minuti tas-seduta tal-lum u għandhom jidhlu fis-sehh fid-data ta' din it-thabbira.

16. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über vorläufige Sofortmaßnahmen bezüglich der Außengrenze mit Belarus gemäß Artikel 78 Absatz 3 AEUV (Aussprache)

Il-President. – Il-punt li jmiss fuq l-agenda huwa d-dibattitu dwar id-dikjarazzjonijiet tal-Kunsill u tal-Kummissjoni dwar id-deċijżjoni proposta tal-Kunsill dwar miżuri ta' emerġenza provviżorji għall-fruntiera esterna mal-Belarusja abbażi tal-Artikolu 78(3) tat-TFUE (2021/3017(RSP)).

Nixtieq infakkar lill-onorevoli Membri li, għad-dibattiti kollha ta' din is-sessjoni parzjali, mhux se jkun hemm proċedura "catch-the-eye" u mhux se jiġu aċċettati karti blu.

Barra minn hekk, bħal fis-sessjonijiet parzjali reċenti, huma previsti interventi mill-bogħod mill-Uffiċċji ta' Kollegament tal-Parlament fl-Istati Membri.

Nixtieq infakkar ukoll lill-onorevoli Membri li l-interventi fil-Kamra se jkomplu jsiru mill-podju ċentrali. Għalhekk nis-tidinkom ġentilment iżżommu għajnejkom fuq il-lista tal-kelliema u tersqu lejn il-podju meta joqrob il-hin għad-diskors tagħkom.

Ninfurmakom ukoll li fis-19.00 se nwaqqaf din is-sessjoni biex inkun nista' nhabbar ir-riżultati tal-voti li ttiehdu iżjed kmieni illum.

Nistieden lill-Ministru għall-Affarijiet Barranin, Anže Logar, biex, fisem il-Kunsill, jintroduċi d-dibattitu.

Anže Logar, President-in-Office of the Council. – Madam President, we are facing a cruel form of hybrid threat: the instrumentalisation of people for political ends sponsored by an authoritarian regime. Such abhorrent practices run counter to EU and universal values. Combating hybrid threats is a complex challenge the European Union and its Member States face, and they require a coordinated and joint response.

The three Member States under immediate pressure – Lithuania, Latvia and Poland – need to know they can count on the support of the entire European Union, and that is the message we want to send, a message of solidarity and support. Recent action by the Belarus regime aimed to undermine the entire EU, and our response must continue to be as swift, effective and united as it has been so far.

These Member States are managing the EU's external border on behalf of all of us. We must acknowledge their tremendous efforts in dealing with this extremely difficult situation. The support provided to them encompasses operational and financial help to strengthen border management, as well as to cover urgent humanitarian needs. At the same time, major diplomatic outreach towards third countries and other stakeholders such as air carriers, has been undertaken. They have been warned against becoming partners in Lukashenko's sinister strategy, unwittingly or not.

In addition, direct pressure is being exerted on Belarus itself. Since October 2020, the EU has gradually expanded its restrictive measures in the light of the situation in Belarus. The Council will further amend its sanctions regime as appropriate and will respond strongly to this hybrid attack. We must be able to target individuals and entities organising or contributing to activities by Lukashenko's regime that facilitate the illegal crossing of the EU's external border.

In addition, further work is needed in order to disrupt and dismantle human-smuggling networks, as well as to foster information campaigns in third countries to fight disinformation, including through increased engagement with social media platforms. We acknowledge the work done by the Commission in drafting a proposal for a Council decision on provisional emergency measures for Latvia, Lithuania and Poland.

The proposal follows the invitation by the European Council in October 2021 for the Commission to propose any necessary changes to the EU's legal framework and concrete measures to ensure an immediate and appropriate response in line with EU law and international obligations, including respect for fundamental rights.

These provisional measures, based on Article 78(3) of the Treaty of the Functioning of the European Union, should be designated to give these Member States immediate support and relief, as well as some flexibility and leeway, and help them to address the emergency situation. In its intervention, the Commission will provide more information about the proposed measures and their objective. These measures need to be adapted to the realities these Member States are facing and correspond to their actual needs. In the Council, Member States now need to study the proposal, which was presented last week at expert level, including its interplay with existing and possible future EU legal rules. The European Parliament will be consulted.

Honourable Members, it is important to bear in mind that this proposal is not – and cannot be – an isolated tool which will magically solve the crisis. It is only a part of a wider toolbox of measures necessary to counter this type of threat and make the EU more resilient. In this respect, the proposal must be regarded in a much wider context, together with the revised proposal of the Schengen Borders Code, in order to find a more permanent solution. It is important to stress that joint work on the reform of the common European asylum system also needs to continue in parallel because only a reformed system will help us to be better prepared for future attempts at destabilising the European Union.

The new system needs to be efficient and just, offering protection to persons who deserve it, but also protecting the external border and national systems in times of crisis. Apart from the measures proposed by the Commission to address an emergency situation, we obviously need to work with Parliament to establish a more resilient system to better equip us against future crises. Only by working on this problem as a whole can we show our true strength and solidarity, abiding by the core values of the EU, both on borders and on migration management, and fully respecting human rights. We all need to come together in opposition to those who manipulate people and take advantage of their suffering. Thank you very much for your attention.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Madam President, we are here for a reason. We're here because Poland, Lithuania and Latvia are experiencing the brunt of the crisis, and we want to make sure that, when one of us is attacked, we are all attacked at the same time.

By now, we all agree that what has been happening on our eastern external border is not a migration crisis. It is a particularly cruel and shameless hybrid threat. It's a state-sponsored instrumentalisation of thousands of migrants by the last dictator of Europe for political purposes. It's unacceptable, and we must put an end to it. This is indeed a dramatic change of circumstances, taking into account that, until last year, irregular crossings from Belarus barely numbered a few hundred. It points to an orchestrated, deliberate attempt to use people as pawns to destabilise the European Union.

Our response has been immediate and continues to be unrelenting. First and foremost, we emphasised the dramatic humanitarian crisis. We have mobilised over EUR 700 000 in humanitarian funding to support partners in providing assistance to vulnerable people. We responded to Belarus flouting international norms with a harsh set of sanctions that we continue to escalate. We have suspended the Belarus visa facilitation agreement. We have proposed a new legal framework that will also be put to your House for approval and that will enable us to adopt targeted measures against transport operators of any mode of transport that engage in or facilitate smuggling or trafficking of people into the European Union.

We are stepping up returns. Nine flights to Iraq have already taken place since mid-October, with over 3 500 people now having being repatriated through Iraqi Airways flights, and we have allocated further EU funding to the International Organization for Migration (IOM) for that purpose. In parallel, we are successfully building a global coalition to oppose the instrumentalisation of people. Transit routes being used by smugglers to bring migrants to the Belarusian border are being shut down one by one. We are providing immediate support to the most affected Member States, also providing support through the Civil Protection Mechanism, deploying our agencies and mobilising additional funds.

As part of this response, following the request of the European Council to proceed with the necessary changes to the EU legal framework, we are proposing, under Article 78(3) of the Treaty, the latest tool from our toolbox of measures to the instrumentalisation of people by Belarus. Article 78(3) of the Treaty is the relevant legal basis to address such an emergency situation characterised by a sudden inflow of nationals of third countries as defined by the Treaty. Our proposal includes exceptional measures applicable only for a limited period of six months. These measures will ensure that Latvia, Lithuania and Poland have the necessary flexibility in terms of the procedures applied at the external borders in full compliance with the Treaties and the respect of fundamental rights.

The first leg of the proposals gives our three Member States a proper legal framework for dealing with the asylum and return processes at the border, accompanied by necessary safeguards to respect fundamental rights.

I want here to stress, in the clearest terms, that under no circumstances and in no way are we derogating from the right to asylum, but we are giving Member States and asylum seekers alike a framework that allows for legal certainty, providing the procedural flexibilities that are necessary to deal with these extraordinary circumstances, which will ensure that applications will be registered and processed in accordance with fundamental rights and international obligations. We do that on the basis of EU law and of the Treaties.

The authorities would always need to respect core principles and rights, such as the principle of non-refoulement, and the best interests of the child, or the postponement or removal for health reasons. Finally, the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) and the Organization for Migration must have access to the Belarus side of the border to provide assistance to applicants and help with voluntary returns. Our three Member States should also ensure close cooperation with the UNHCR and relevant partner organisations.

The second leg of this proposal puts in place a solidarity framework for our Member States, and this consists mainly of assistance provided by our agencies, the European Asylum Support Office (EASO), Frontex and Europol. The support that our agencies can provide will help the authorities to handle the situation on the ground, and we hope that all Member States request such help. It will range from assistance with the registration and initial processing of asylum applications, screening of vulnerable applicants, to setting up reception facilities or specific border control measures. This proposal is another element, another piece of the puzzle, that responds to the European Council's call to ensure an immediate and appropriate response to the situation.

But this is not the last one. Yesterday, we presented to the Commission the revision of the Schengen Borders Code and the proposal for a regulation on addressing instrumentalisation in the field of migration and asylum. Our objective is to ensure a stable framework that preserves the right to asylum and ensures the necessary safeguards, as well as the necessary flexibility to support a Member State facing such a situation. For the first time, we are clearly defining the term 'instrumentalisation' in law, not politically, and this will allow us to trigger a specific emergency migration and asylum management procedure.

What is happening now on our eastern external border could happen everywhere and we need to be prepared to react swiftly in a systematic and systemic way. Let me also say, knowing the sensitivity of this House about the role of Parliament, that, of course, what is only a consultation procedure under Article 78(3) would be a full legislative procedure with a very important role for this House in the Schengen Border Code so that the views of your Assembly will accurately reflect it.

Let me finish by saying that I firmly believe that we should not only act as firefighters in managing migration, but now it is high time to start and conclude the work as architects – as architects of a new, holistic, cohesive pact for migration and asylum that connects all the dots of the different situations that we are facing, that provides for the necessary guarantees of responsibility and solidarity, and that would allow us to turn the page on European migration policy. With the support of this House, I'm very confident and optimistic that we will get there.

(Id-dibattitu ġie sospiż)

17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

18. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über vorläufige Sofortmaßnahmen bezüglich der Außengrenze mit Belarus gemäß Artikel 78 Absatz 3 AEUV (Fortsetzung der Aussprache)

Il-President. – Issa nkompli d-dibattitu taghna dwar id-dikjarazzjonijiet tal-Kunsill u tal-Kummissjoni dwar id-deċizzjoni proposta tal-Kunsill dwar miżuri ta' emerġenza provviżorji għall-fruntiera esterna mal-Belarużsja abbażi tal-Artikolu 78-(3) tat-TFUE (2021/3017(RSP)).

Jeroen Lenaers, on behalf of the PPE Group. – Madam President, in recent months, the EU has been confronted with an unprecedented situation at our external border, confronted with a hybrid attack from a wicked dictator instrumentalising migrants in an attempt to blackmail our European Union.

Even though his actions are directed against the whole of the European Union, the consequences are most severely felt in our Member States at the eastern border. They have been confronted with an exceptionally high influx of migrants, with enormous pressure on their border management organisation and a heavy burden on the capacity of their asylum systems. Yes, this is an emergency situation, and it is important that those countries do not stand alone in the face of this emergency.

Europe needs to show solidarity, and we have. Emergency, financial and operational support has been delivered swiftly and effectively, thanks to the diplomatic Team Europe efforts of Vice-President Schinas with countries of departure, we managed to prevent more migrants from falling victim to Lukashenko, and we showed the Belarusian regime that attempts to divide and destabilise Europe will fail, that we will not be blackmailed into recognising an illegal regime and that, in contrast, the only thing he can expect from Europe is tough and new sanctions until he stops repressing his own people.

Our response has been timely and effective, but more is needed. The unprecedented nature of this hybrid attack calls for extraordinary measures, and our legislation was simply not designed to deal with situations where our integrity and our security is under attack as a result of the instrumentalisation of migrants. And while the proposals on the Pact and the Schengen Borders Code offer the opportunity to legislate for emergency situations in the future, we cannot wait for their adoption to respond to a crisis that is happening now.

So, yes, let us use Article 78(3) of the Treaty. Let us use this article that was put in the Treaty for this very specific purpose. It is there to allow us to help Member States when they need help and if the project of Europe is about one thing, it is about helping each other when it is needed. So let us put that into practice right now.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! „Was tun angesichts der Instrumentalisierung von Menschen durch Lukaschenka? Unsere Antwort auf das skrupellose Vorgehen des belarussischen Regimes wird unerbitlich sein.“

Mit dieser Einleitung hat Margaritis Schinas, Vizepräsident für die Förderung unserer europäischen Lebensweise, Notfallmaßnahmen vorgestellt. Und ja, den Missbrauch von Menschen durch das belarussische Regime verurteile ich und unterstütze die Ausweitung von Sanktionen. Die Notfallmaßnahmen nach Artikel 78 Absatz 3, die der Vizepräsident vorgelegt hat, sind jedoch nicht unerbittlich gegenüber Belarus. Der Vorschlag zielt gar nicht auf Belarus ab und bietet auch betroffenen Mitgliedstaaten tatsächlich keine Hilfe.

Die Vorschläge sind vor allem eins: unerbittlich gegenüber schutzbedürftigen Menschen, die nun unter anderem willkürlich für maximal 16 Wochen an der Grenze inhaftiert werden oder deren Rechte bei Abschiebungen ausgesetzt werden sollen. Dabei besteht angesichts sinkender Zahlen von Asylsuchenden an der EU-Grenze zu Belarus keine Notwendigkeit für solche Notfallmaßnahmen, für einen derart restriktiven Umgang mit europäischen und internationalen Verpflichtungen zum Asylrecht.

Stattdessen bräuchte es Notfallmaßnahmen, um der humanitären Krise zu begegnen, Pressefreiheit in den Grenzregionen zu garantieren, Menschenleben zu retten. Insgesamt sind diese Kommissionsvorschläge weder angemessen noch verhältnismäßig und in Teilen noch nicht einmal eindeutig zeitlich begrenzt.

Aus dem Rat hören wir, dass einige Mitgliedstaaten das Asylsystem aussetzen wollen, weil es ihnen lästig geworden ist, Menschen in Not zu helfen. Und deshalb ganz deutlich: Asyl zu beantragen ist ein Grundrecht und Teil unserer europäischen Lebensweise, und dieses Recht werden wir verteidigen.

Fabienne Keller, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, cher Margaritis Schinas, en orchestrant l'instrumentalisation de migrants pour faire pression sur les frontières de l'Union, le leader biélorusse Loukachenko a agi en bandit, envers l'Union européenne et ses États membres, mais surtout envers les hommes, les femmes et les enfants victimes de ce trafic inadmissible. Je salue la forte mobilisation de la Commission – et tout particulièrement la vôtre, Monsieur le Commissaire –, la mobilisation de la diplomatie européenne et des États pour négocier avec les pays tiers d'origine, organiser les retours, sanctionner les responsables biélorusses et les compagnies aériennes complices.

Face à ces nouvelles menaces hybrides, l'Europe est attendue sur sa capacité à maîtriser ses frontières et à protéger ses citoyens européens. L'Europe est aussi attendue sur le plan migratoire et surtout humanitaire.

Je reconnais par cette proposition de dérogation temporaire la volonté de la Commission de formuler des solutions immédiates, mais avec mes collègues de Renew Europe nous soulignons que ce régime ne saurait affaiblir les principes fondamentaux du droit d'asile, inventé sur le continent européen, comme l'a rappelé notre président Emmanuel Macron.

Plusieurs conditions sont essentielles et doivent être ajoutées: il faut permettre l'entrée sur le territoire des personnes bloquées entre les deux frontières, notamment polonaise et biélorusse, et qui meurent de froid aujourd'hui. Il faut assurer des conditions d'accueil dignes, conformes à la directive européenne, garantir la prise en charge adéquate des familles, des mineurs, des vulnérables, instaurer un contrôle par la Commission sur le terrain pour assurer le respect des procédures et des droits individuels et demander aux États d'accepter l'aide des agences, notamment Frontex et EASO. Tout régime dérogatoire ne saurait être mis en place sans l'engagement ferme des États concernés en faveur du respect de la Convention de Genève sur le droit des réfugiés.

Enfin, ces événements rappellent combien nous avons besoin d'une réforme du pacte sur la migration et l'asile pour assurer un juste équilibre entre responsabilité et solidarité européenne. J'appelle les États membres à afficher un volontarisme plus résolu pour y parvenir sans délai.

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, since Lukashenko started to abuse migrants in its conflict with the EU, the EU itself has been framing migration and asylum only as a security threat. This narrow view comes at the cost of fundamental rights, of complying with EU asylum rules, and now also with democracy.

This summer, the Polish and Lithuanian governments changed their laws to allow border guards to push people back. The Commission stayed completely silent on the structural violation of the right to apply for asylum, and instead of forcing the countries to reverse their legislation, the Commission is now proposing to legalise these pushbacks.

Also, the need to derogate from very vital standards in the asylum procedure and the reception of asylum seekers is very questionable. Commissioner Johansson proudly announced that she had reduced the number of flights. Merkel had stopped the instrumentalisation. So what is the emergency? Geopolitical conflicts can only be solved on a geopolitical level, not by undermining the right to asylum.

The Commission is not defending EU rules. It accommodates all wishes and interests of the Member States, and yesterday's Schengen proposal affirms this attitude. All violations by the Member States, be it pushbacks, be it ethnic profiling or indefinite internal border controls, are being legalised on the proposal of the Commission. So I urge the Commission: return to your role as guardian of the Treaties. Give the right example and respect the rule of law.

Peter Kofod, *for ID-Gruppen*. – Hr. formand! En nation, der ikke længere kan kontrollere sine egne grænser, er ikke længere en nation. Det sagde den tidligere amerikanske præsident, Ronald Reagan, og han har fuldstændig ret. Det er på tide, at dette system lytter til sund fornuft. Luk de ydre grænser med hegn og mure. Indfør en europæisk version af den australske model. Stop migrationen og beskyt vores nationer og vores borgere. For de er meget bekymrede over migrationen, og det er jeg også. Sidst vi havde denne debat, kommissær, havde du den frækhed at sige, at jeg og mine kolleger frigav en tsunami af had. Det er forkert. Vi frigav en tsunami af kærlighed til vores nationer og vores befolkninger. Den eneste tsunami, som EU har frigivet ved vores ydre grænser, er kaos og lovløshed. Jeg vil give min fulde støtte til de nationer i Europa, der beskytter os imod masseindvandring, multikultur og kaos.

Joachim Stanisław Brudziński, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! W tym roku na granicy polsko-białoruskiej odnotowano ponad 38 tys. prób jej nielegalnego przekroczenia. W grudniu takich prób było 838. Minionej doby grupa 40 agresywnych młodych mężczyzn, głównie obywateli Iraku i Syrii, przy wsparciu służb białoruskich, próbowała sforsować naszą granicę.

Chcę po raz kolejny podkreślić: to nie jest żaden kryzys humanitarny, to jest wojna hybrydowa, którą Białoruś przy wsparciu Rosji prowadzi wobec Polski, Litwy i Łotwy. Najlepszym tego przykładem jest fakt, iż działania służb białoruskich, które pomagały tym nielegalnym migrantom siłowo sforsować granicę polsko-białoruską, nadzorował osobiście gen. Roman Podliniew, zastępca szefa białoruskich pograniczników.

Przechodząc do decyzji Rady w sprawie tymczasowych środków nadzwyczajnych na granicy zewnętrznej z Białorusią, chciałbym zauważyć, iż rozumiejąc oczywiście obowiązki i uprawnienia Komisji do wychodzenia z inicjatywą ustawodawczą, jednak należy wyrazić rozczarowanie, że na etapie opracowywania dokumentu nie mogła się do niego odnieść strona polska. To tylko potwierdza obawy mojego kraju, że niedostatecznie brane jest pod uwagę zdanie państwa członkowskiego, którego propozycja Komisji Europejskiej bezpośrednio dotyczy, także w kontekście prac nad paktem o migracji i azylu.

W mojej ocenie taki sposób procedowania nie jest zgodny z duchem art. 4 Traktatu o Funkcjonowaniu Unii Europejskiej oraz utrudnia przyjęcie takich środków, które mogłyby uzyskać pełną akceptację Rady. Obawiam się, iż pomimo intencji samej propozycji mającej na celu powstrzymanie dalszego napływu na terytorium Unii Europejskiej kolejnych fal migrantów ze strony Białorusi, finalnie inicjatywa ta okaże się przeciwnie skuteczna i ostatecznie potwierdzi utworzenie nowego szlaku migracyjnego.

Zasadne również wydają się obawy, czy aby publikacja decyzji w takim kształcie nie stanie się bodźcem do podejmowania dalszych nielegalnych prób przekraczania granic Unii Europejskiej.

Cornelia Ernst, im Namen der Fraktion The Left. – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, Herr Minister! Sie sollten wirklich aufhören, uns die Taschen voll zu lügen! Es gibt keine durch Migration hervorgerufene Notlage und schon gar keinen Krieg an den Grenzen zu Polen, Lettland und Litauen. Was es allerdings gibt, das ist eine humanitäre Katastrophe, die Sie mit Ihren Maßnahmen vergrößern!

Wir fordern Sie auf, unverzüglich diesen skandalösen Vorschlag zurückzunehmen! Statt mit Vertragsverletzungsverfahren entschlossen gegen *Push-Backs* vorzugehen, die allesamt, wie Sie wissen, illegal sind, macht sich die Kommission zum Sekundanten der europäischen Rechten für den Abschuss des Asylrechts. Hätten Sie auch nur einen Funken Respekt vor dem Leben Geflüchteter, würden Sie alles tun, dass die geschlossene Zone an der polnisch-belarussischen Grenze geöffnet wird, um Menschen vor Kälte und Hunger zu schützen und den vielen, die dort sterben mussten, wenigstens die letzte Ehre zu erweisen. Empathie und Humanität sind die Schwestern der Freiheit. Das haben Sie vergessen. Sie tun mir wirklich leid.

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, it appears that the EU learned from the mistakes of the previous migration crisis, which not only had a disastrous direct impact on Europe but also boosted the illiberal regime of Viktor Orbán in Hungary. Just another disease that seems to be contagious.

He used this opportunity to undermine the last vestiges of democracy and rule of law, just the same way as Lukashenko uses migration today to divert attention from a stolen election, the plight of political prisoners, Tikhonovskaya's sham trial and the freedom struggle of an entire nation. Strengthening and protecting our borders against illegal migration and defending our values simultaneously: this is our task – and, of course, never giving in to the blackmail of authoritarian regimes, either within or outside the EU.

Ewa Kopacz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Rzadko stoimy wobec decyzji, które można określić mianem diabelskiej alternatywy. Mówiąc o rozwiązaniu sytuacji na granicy Białorusi i Unii Europejskiej, mamy świadomość, że nie chodzi tu tylko i wyłącznie o problem uchodźców. Mówimy o aktach państwowego terroryzmu w wykonaniu reżimu białoruskiego – terroryzmu, w którym oszukani i pokrzywdzeni ludzie szukają lepszego życia w Europie i są używani jako broń.

Nie możemy pozwolić na to, by granica naszej Wspólnoty została naruszona. Nie możemy zgodzić się na to, by nieuznawany przez nas reżim białoruski, niestety przy wsparciu swoich sojuszników z Moskwy, kpił z naszych praw. W związku z tym specjalne regulacje są konieczne. Zarazem jednak nie możemy zapomnieć o naszych zasadach, o tym, że Europa wspierała i wspiera ludzi pokrzywdzonych i prześladowanych.

Kilka godzin temu wręczaliśmy Nagrodę im. Sacharowa. Szczególnie w takiej chwili musimy pamiętać o prawach człowieka. Specjalne regulacje nie mogą stać się normą. Musimy wypracować taki mechanizm sankcji, który sprawi, że przepychanie ludzi przez granice dla nikogo nie będzie politycznym złotem. Stanie się działaniem pod każdym względem nieopłacalnym i amoralnym.

Bardzo niedaleko od granic Białorusi i Unii w Królewcu Kant powiedział: „Niebo gwiazdzone nade mną, prawo moralne we mnie”. Jakiegokolwiek specjalne regulacje nie mogą tego prawa moralnego unieważnić, gdyż jest to fundament Unii, naszej Wspólnoty.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, vicepresidente Schinas, vuelve al Parlamento Europeo un debate sobre el desafío planteado por lo que hemos dado en llamar un «ataque híbrido» perpetrado por el régimen canalla de Lukashenka —último dictador de Europa, treinta años ya en el poder— y que afecta directamente a sus vecinos de la Unión Europea, Lituania, Letonia y Polonia.

La ocasión hubiera sido propicia para que Polonia, tan renuente al cumplimiento del Derecho europeo, reflexionase sobre el valor de la solidaridad porque, efectivamente, un ataque híbrido a cualquier Estado miembro de la Unión Europea es un ataque al conjunto de la Unión Europea, pero sucede que la respuesta adoptada por la Comisión no hace ningún daño a Lukashenka; de hecho, no marca ninguna diferencia y, sin embargo, sí puede marcarla para los seres humanos desesperados a los que Lukashenka está instrumentalizando, aquellos que efectivamente encaran ya el crudo invierno; y marca una diferencia porque se proponen suspender nada menos que la Directiva sobre las condiciones de acogida y la Directiva sobre procedimientos de asilo sin que quede acreditada la proporcionalidad. Hay dudas que deberían ser despejadas en el curso de este debate porque los números no justifican una suspensión de las reglas del Derecho europeo, y además se hace dejando al Parlamento Europeo fuera de su papel de legislador en pie de igualdad —es el papel que le da el Tratado de Lisboa en materia de migraciones y en materia de asilo—, reduciéndolo por tanto a un procedimiento de mera consulta.

Comprenderá que la preocupación del Parlamento Europeo con respecto a estas medidas está justificada, y exigimos que se garantice la protección humanitaria de las personas sin fronteras; que se garantice la asistencia de las organizaciones humanitarias, que no pueden ser criminalizadas por prestar atención a esas personas desesperadas, y que se garantice en todo caso el cumplimiento del Derecho europeo, que importa; importa sobre todo en las situaciones de crisis, y un ataque híbrido es una situación de crisis, porque el Derecho europeo importa en las situaciones más duras y más difíciles, y, sin duda ninguna, la que está planteada en las fronteras exteriores de la Unión Europea importa no solo a Polonia, importa no solo a Lituania, importa no solo a Letonia; importa al conjunto de la ciudadanía europea, que espera que el Derecho europeo sea cumplido en las situaciones más crudas y difíciles.

Róža Thun und Hohenstein (Renew). – Madam President, I have the impression that you cannot imagine the situation at the border when you speak about it, when you speak about the ambitions, etc. I never thought that it is our ambition to let people die of cold, hunger or anxiety in a cold forest. I never thought that we could just watch and wish each other a merry Christmas when people who come to our borders for help are sent back, hunted by dogs, beaten by people in uniform. These people are being used as a missile by this dictator of Europe, Lukashenko, who, Commissioner, is not the last dictator, because there are new emerging dictators who are very eager to develop, unfortunately.

We received an appeal from 60 professors from many world universities. I quote a bit of this appeal: ‘The decision of the Council is a threat to all European citizens. Supporting the illegal measures of authoritarian governments gives them a free hand to establish lawless zones on their territory. The European Union, founded on the law and the defence of fundamental rights, cannot trample on their respect and risk denying itself. The future of the EU is being played out today in the Białowieża Forest. We ask the Council of the European Union to renounce the legalisation of these derogations from Treaties protecting human rights.’

To finish, Madam President, there are NGOs in this forest who struggle to deliver help to those people who are dying there, and they are appealing to us. Security does not exclude humanity, and a safe European border is one where nobody has to die.

Erik Marquardt (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ohne Zweifel, das Vorgehen von Diktator Lukaschenka ist menschenverachtend. Er instrumentalisiert Menschen, um seine politischen Ziele zu erreichen. Er missachtet die Menschenwürde und das Völkerrecht. Er behindert humanitäre Hilfe und freie Berichterstattung.

All das ist verwerflich. Und weil das verwerflich ist, ist es eine äußerst schwache und auch falsche Antwort, wenn wir selbst an unseren Grenzen humanitäre Hilfe kriminalisieren, wenn wir Berichterstattung verhindern, wenn wir selbst die Menschenwürde missachten und erfrierenden Menschen mit Asylrechtsverschärfung statt mit Empathie und Hilfe begegnen.

Wir können doch nicht so tun, als sei es schon ein Pull-Faktor, wenn wir unsere eigenen demokratischen Gesetze achten. Es hat ja Gründe, warum wir nicht mehr wie im Mittelalter mit Knüppeln entscheiden, wer welche Burg besitzt und wer welche Rechte hat. Das hat Gründe – und wichtige Gründe. Und ich glaube, wenn wir nicht mehr erpressbar sein wollen, dann müssen wir im nächsten Jahr alles daransetzen, dass die Stärke des Rechts sich an europäischen Grenzen wieder gegen das Recht des Stärkeren durchsetzt.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Silvia Sardone (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, controllare le frontiere e mantenere l'ordine non sono violazioni dei diritti umani. È bene dirlo e allo stesso tempo ribadire che l'immigrazione clandestina è reato e non è un diritto.

Troppo spesso invece la Commissione e la sinistra portano avanti politiche con una propaganda che, francamente, è patetica e che favoriscono la migrazione illegale, i cui profitti finiscono nelle tasche dei criminali del traffico di esseri umani.

L'Europa, sia al confine con la Bielorussia che con le coste dell'Italia, dovrebbe portare un messaggio di serietà e rigore a difesa dei confini della sovranità degli Stati e contro l'immigrazione clandestina. Dovrebbe seguire l'esempio di Matteo Salvini, che aveva bloccato gli sbarchi e per questo ha ricevuto insulti, minacce e assurdi processi. Invece troppo spesso avete lanciato slogan sull'accoglienza, slogan che hanno solo alimentato false speranze degli immigrati e tragedie, come spesso succede ai migranti che provano ad attraversare il mare.

I ricatti dei dittatori attraverso gli immigrati non possono più essere consentiti. Allo stesso tempo, basta con l'ideologia sull'immigrazione, non fate un favore né agli immigrati né ai cittadini europei.

Charlie Weimers (ECR). – Herr talman! Det är ingen som har ställt sig frågan här varför Aleksandr Lukasjenko bedriver hybridkrigsföring mot EU, varför han använder migranter som vapen mot oss. Är det för att han är skrupelfri? Ja. Är det för att människors liv inte betyder någonting för honom? Absolut.

Men han har naturligtvis även gjort en grundlig analys av motparten, av EU. I Minsk har det säkerligen målats upp olika scenarier, där man har grundat analysen på tidigare ageranden av EU, uttalanden från kommissionen och från Europaparlamentets vänsterliberala majoritet.

Lukasjenko har sett hur kommissionär Ylva Johansson exempelvis fördömde den grekiska regeringen när den försökte värja sig mot den turkiska hybridkrigsföringen mot landet genom att inte acceptera asylansökningar. Hon såg hur kommissionärerna sedan åkte till Ankara för att komma överens om ytterligare miljarder av europeiska skattebetalarnas pengar till Erdoğan.

Man har sett EU:s prioriteringar, hur EU hellre lägger tiotals miljoner på *Clowner utan gränser* som ska uppträda för nyanlända afghaner och syrier i Sverige än på gränsbarriärer vid den yttre gränsen. Man har sett hur EU kallar illegal migration för irreguljär, och man har dragit sina slutsatser. Det är dags för en helomvändning i den europeiska migrationspolitiken. Det är dags att stödja Polen helhjärtat, och ett tydligt nej till illegal migration.

Clare Daly (The Left). – Mr President, I have to say, I find it outrageous that we are having this discussion.

Instead of the Commission demanding that Latvia, Lithuania and Poland should face infringement proceedings for their gross violations of international and EU law, including the right to asylum, what you're doing is organising so that these crimes can be retrospectively legitimised, covered up and even extended, and all done in a manner in which the European Parliament is being muscled out of any meaningful say.

Let's be clear about this: this isn't about an emergency on the Belarus border. The disgusting instrumentalisation of migrants by Lukashenko, so dehumanisingly characterised as a hybrid threat – vulnerable, cold hungry, tired women and children a hybrid threat? Seriously, would you listen to yourselves?

Rather than confronting this, what's been done here is another step on the road to legitimising pushbacks, as requested by 12 Member States. It's a disgrace. Allowing the delay in the processing of asylum, poor reception conditions, facilitating returns – this proposal should be rejected in its entirety. If the EU wants any credibility, we have to uphold international law.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono diversi gli interrogativi che sorgono con le misure temporanee di emergenza a beneficio di Polonia, Lettonia e Lituania. Nel contesto della proposta, infatti, non si menzionano problemi concreti relativi ai sistemi di asilo di questi paesi, pur evidenziando però l'aumento della pressione migratoria e la crisi umanitaria causata dalle azioni del regime bielorusso.

Si afferma di voler rendere operativa la solidarietà, però non si accenna a nessuna forma di ricollocazione. La possibilità di estendere la registrazione delle domande di asilo fino a quattro settimane e soltanto in punti specifici vicino al confine, così come l'applicazione delle procedure di frontiera, che potranno durare 16 settimane, consente la *fictio iuris* di non ingresso per un periodo più lungo.

Viene da chiedersi allora se questo si tradurrà nell'avere più campi di detenzione de facto per chi chiede protezione internazionale ed è vittima di strumentalizzazione politica. Ecco, più che ripartire equamente tra Stati membri le responsabilità nel campo dell'asilo, le misure sembrano dirette principalmente a rafforzare la sicurezza delle frontiere agevolando detenzione e strumenti di deterrenza.

Inese Vaidere (PPE). – Godātais sēdes vadītāj! Dārgie kolēģi! Joprojām ik dienu Lukašenko sūtītie nelegālie migranti cenšas šķērsot Baltkrievijas robežu ar Latviju, Lietuvu un Poliju. Tā ir bezprecedenta agresija pret Eiropas Savienību, kad kaimiņvalsts izmanto cilvēkus kā ieroci. Nebūsim naīvi – šī nav bēgļu krīze, bet gan hibrīdkarš. Mēs rīkojamies pareizi, nelegālajiem migrantiem nelaujot iekļūt Eiropas Savienībā! Katras valsts pienākums ir aizsargāt savu robežu!

Ir jau viegli kritizēt robežvalstis tām valstīm, kas atrodas Eiropas vidū un kurām par robežu aizsardzību nav jāsaņemas. Tomēr visām dalībvalstīm ir aktīvi jāpalīdz stiprināt robežu ar Baltkrieviju, jo tā ir arī Eiropas Savienības ārējā robeža. Eiropas finansējums jāizmanto arī žoga celtniecībai, jo fiziska barjera ir aizsardzības pamatā.

Eiropas Komisijas piedāvātie pagaidu pasākumi, ļaujot vieglāk deportēt atraidītos migrantus, ir pareizs, bet nepietiekams solis. Likumos jāparedz daudz plašākas iespējas stingri atbildēt uz šādiem hibrīduzbrukumiem arī ilgtermiņā.

Tāpat stingri jāiestājas pret Krieviju, kas gan atbalsta Lukašenko, gan apdraud mūsu sabiedroto Ukrainu. Kremļa ciena tikai spēcīgos – tādēļ pozitīvi, ka Rietumu demokrātijas ir nepiekāpīgas un vienoti brīdinājušas par ļoti sāpīgām ekonomiskām sankcijām turpmākas agresijas gadījumā. Jācer, ka tas agresoru vedīs pie prāta un apstādinās.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Dwa tygodnie temu wraz z czterema europosłankami byłem na granicy polsko-białoruskiej. Widzieliśmy tam ludzi pozostawionych samych sobie – bezradnych, zmarzniętych, przerażonych, błakających się po lesie.

To jest nie do opisania. I nie do pokazania, dlatego że media nie mogą swobodnie informować o ich losie. Nie mają też do nich swobodnego dostępu organizacje humanitarne. Na szczęście są mieszkańcy i aktywiści zrzeszeni w inicjatywach, takich jak Grupa Granica. Im nie jest wszystko jedno. Z serca im za to dziękuję. I za to, że pokazują inną, przyzwoitą twarz społeczeństwa.

Z drugiej strony są ci, którzy Boga i rodzinę mają na ustach, ale gdy przychodzi dać świadectwo tym wartościom, to pozwalają, by bliźni spali w lesie na mrozie. Nie godzę się na to. Nie godzę się i apeluję do Was, rządzący w Polsce: zabierzcie się do roboty, zacznijcie traktować ludzi po ludzku.

Unia Wam w tym pomoże. W diskutowanym projekcie wskazano możliwości wsparcia. Po pierwsze – Frontex, wsparcie w kontroli granicznej. Po drugie – EASO, pomoc w rejestracji i rozpatrywaniu wniosków. Po trzecie – uruchomienie mechanizmów ochrony ludności: namioty, łóżka, grzejniki dla migrantów. Unia daje możliwości, trzeba z nich tylko korzystać.

Petras Auštrevičius (Renew). – Mr President, the state-sponsored instrumentalisation of migrants against the EU Member States and its partners has some history, as Russia used it some years against Finland and Norway, and recently, Lukashenko's Belarus against Lithuania, Latvia and Poland.

Weaponisation of desperate migrants and organising human trafficking becomes a political tool of non-democratic countries to influence democracies through increasing domestic political tensions, heating public debate and imposing additional financial burdens. The EU response in practical measures definitely must be proportional, timely and effective. Above all, it must be adequate to the state of emergency activated by some of these Member States.

Again, Commissioner, I am absolutely convinced that instrumentalisation of migrants is a crime which qualifies to be punished under the Magnitsky human rights sanctions regime. I call on the European Commission to come up with the needed proposal with no delay.

Viola Von Cramon-Taubadel (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier schon oft zum Thema Belarus und Außengrenzen gesprochen. Für das, was Geflüchtete dort seit Monaten erleben müssen, gibt es kaum Worte.

Lukaschenka überzieht sein Land mit einer Repressionswelle. Der Terror gegen die eigene Bevölkerung ist längst schrankenlos. Indem er nun die Schwächen des Asylsystems ausnutzt, hat er den Terror auch über die Grenzen getragen.

Daher liegt es an uns, einen menschenrechtlichen Gegenpol zu diesem Elend zu setzen, das Lukaschenka nicht nur in Belarus verursacht, sondern weit über die eigenen Grenzen hinaus. Auch wenn die EU mit den Herkunftsländern der Geflüchteten teilweise akzeptable Lösungen gefunden hat, müssen sich jetzt alle EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten um die Menschen kümmern, die immer noch zwischen den Grenzen in der Winterkälte unter absolut unmenschlichen Bedingungen ausharren.

Humanität muss oberstes Gebot sein, während wir hier weiter um politische Lösungen ringen. Diese Tragödien und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen an der EU-Grenze müssen endlich ein Ende haben. Wir alle stehen hier in der Verantwortung als Menschen. Vor allem möchte ich aber so kurz vor Weihnachten an alle Christen appellieren, das zentrale Gebot der Menschen- und der Nächstenliebe zu achten und Menschen draußen nicht erfrieren zu lassen.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! To nie Polska, to Unia Europejska została zaatakowana, ale to nie kto inny, tylko Polska znów sama obroniła granice Europy. A wy ciągle coś Polsce wypominacie: a że nie potrafi dbać o drugiego człowieka, a że ciągle Polsce brakuje solidarności. Nie wiem zresztą, czy wiecie, że niedawno w Polsce obchodziliśmy rocznicę wybuchu powstania listopadowego, które wybuchło między innymi dlatego, że młodzi Polacy nie chcieli wykonać rosyjskich rozkazów i tłumić powstania Belgów walczących o wolność. Ilu z was w ogóle o tym wie, ilu z was o tym pamięta, skoro ciągle wypominacie Polakom brak walki o wartości?

Ktoś z was powiedział dzisiaj, że Polakom brakuje solidarności. To polska „Solidarność” w 1989 roku obaliła, zniszczyła komunizm. A wy wielu emigrantów niemających nic wspólnego z Europą, gardzących naszymi wartościami przyjmujecie z otwartymi ramionami, a polską „Solidarność”, która niedawno przyjechała do Luksemburga, witaliście jak? Witaliście drutem kolczastym. I to jest taki moment, gdy naprawdę czas na refleksję. Bo Europa ma do czego się odwołać, a wy próbujecie tę całą cywilizację, te wszystkie wartości zniszczyć i budować coś zupełnie nowego, coś obcego Europie.

Liudas Mažylis (PPE). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiamas Komisijos nary, gerbiamas ministre, kolegos, hibridinė Baltarusijos režimo ataka vis dar tęsiasi. Todėl Tarybos ir Komisijos naujas žingsnis dėl nelegalios migracijos valdymo procedūrų supaprastinimo, gerbiant visas pagrindines teises ir tarptautinius įsipareigojimus, yra sveikintinas.

Galimas taikymas supaprastintų ir greitesnių nacionalinių procedūrų, įskaitant asmenų, kurių tarptautinės apsaugos prašymai buvo atmesti, deportavimą, irgi palengvins Lenkijai, Lietuvai ir Latvijai tenkančią naštą.

Pasisakau, kad kovai su migracijos krize, sukelta Lukašenkos režimo, turi būti pasitelktos ir kitos prieinamos priemonės: didesnis Europos Sąjungos agentūrų dėmesys, Frontex parama, fizinio barjero statyba, kuri finansuotina, mano nuomone, Europos Komisijos, sankcijų griežtinimas. Ir visa tai turėtų padėti suvaldyti šią ir panašias galimas krizes efektyviau.

Pietro Bartolo (S&D). – Signor Presidente, signor Vicepresidente Schinas, onorevoli colleghi, la disperazione di queste persone intrappolate come animali al confine con la Bielorussia l'ho vista con i miei occhi, poche settimane fa assieme ai miei colleghi Benifei e Majorino siamo stati là. Così come abbiamo assistito a episodi di violenza ad opera delle autorità polacche.

Mi aspettavo parole di condanna nei confronti di Stati membri che respingono, maltrattano e negano i diritti a queste persone. Invece, solo parole di sostegno incondizionato verso questi Stati che, di fronte alla minaccia bielorussa, stanno deplorvolmente usando le persone come strumenti del loro gioco politico.

L'attivazione dell'articolo 78.3 e misure che danneggiano ulteriormente persone inermi mettono a rischio l'accesso alla protezione internazionale e appalesano le nostre debolezze e la nostra paura nei confronti dei migranti e richiedenti asilo.

La Commissione prenda coraggio e assuma davvero il ruolo di difensore dei trattati a favore della solidarietà. Agisca in difesa della Carta dei diritti che oggi viene costantemente calpestata. Agisca finalmente in difesa delle persone, carissimo Presidente, persone, non nemici. Non sono dei nemici, sono delle persone, i nemici sono altri.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Lukaschenka hat Menschen missbraucht – menschenverachtend.

Ja, es war richtig, dass die Kommission sofort Unterstützung angeboten hat durch das EASO und Frontex. Und ja, es war auch richtig, dass Sie sich gleich darum gekümmert haben, dass die Flüge eingestellt werden und keine weiteren Migranten an die Grenze gebracht werden. Ich gratuliere Ihnen dazu, das war nämlich sehr erfolgreich. Es hat gut geklappt. Es kommen keine mehr.

Aber deswegen ist Ihre Feststellung auch genauso richtig: Wir haben keine Migrationskrise. Wir haben keine Migrationsskrise an der Grenze zwischen Polen und Belarus, sondern wir haben eine Rechtsstaatskrise an dieser Stelle.

Und ich möchte hier klar sagen, dass wir, weil wir eben keine Migrationskrise haben, auch Ihren Vorschlag nicht brauchen. Weil dieser Vorschlag nämlich für Situationen gedacht ist, wie wir sie 2015 und 2016 hatten, aber nicht für eine Situation, wo 10 000 Leute betroffen sind. 10 000 Migranten – mit Verlaub –, das werden wir doch wohl stemmen können in der Europäischen Union! Das werden wir doch wohl abarbeiten können! Das kann doch nicht das Problem sein!

Deswegen brauchen wir Ihren Vorschlag nicht. Das, was wir brauchen, ist, dass sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union an die rechtsstaatlichen Regeln halten, die wir in unserer Europäischen Union vereinbart haben. Und dazu gehört eben auch, dass Menschen, die an eine Grenze kommen, ein Anrecht darauf haben, dass ihr Asylantrag geprüft wird.

Das heißt nicht, dass alle Asyl bekommen, sondern das heißt erst einmal, dass man sich um die Menschen kümmert, dass man ihnen ein Dach über dem Kopf gibt, etwas zu essen und dass ein Asylantrag aufgenommen wird. Und dann kann man entscheiden, wie es weitergeht. Aber jetzt einfach die Leute im Wald verrecken zu lassen, ist unanständig.

Damien Carême (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, pendant qu'à la frontière des innocents meurent, vous déclenchez un mécanisme d'urgence, mais pas pour organiser la solidarité, non! Un mécanisme d'urgence pour légaliser, quoi que vous en disiez, la violation des droits humains et du droit d'asile. C'est une honte!

«Détention arbitraire et prolongée», «procédures accélérées», «retour»: ces mots n'ont aucun sens. À quoi sert de condamner l'instrumentalisation de ces chercheurs de refuge par Loukachenko, quand vous la pratiquez de manière éhontée?

Oui, il y a urgence. Une urgence humanitaire. 4 000 enfants, femmes et hommes agonisent et se terrent dans la forêt et le froid à cause de votre manque d'humanité qui entache toute l'Europe. 4 000. Une goutte d'eau dans l'océan des 450 millions d'Européens et en aucun cas une menace. Il y a urgence à sortir par le haut de cette situation en accueillant ces êtres humains. Ce n'est pas céder au chantage de Loukachenko que de faire cela. Au contraire, c'est se prémunir contre de futurs chantages de ce type en démontrant que l'arrivée de quelques milliers de migrants ne peut déstabiliser un continent.

Construire un mur, par contre, revient bien à céder. C'est l'aveu de faiblesse que la Biélorussie espérait obtenir. L'urgence est enfin de rester sans trembler sur nos valeurs européennes, sur l'immutabilité des droits humains et des conventions internationales.

Isabel Santos (S&D). – Caro Comissário Schinas, esta é verdadeiramente uma daquelas intervenções que eu gostaria de não ter que fazer, mas a realidade obriga-me a isso. O ditador Lukashenko instrumentaliza migrantes e refugiados, e como é que a Comissão Europeia responde? Alinha pelo mesmo diapasão, responde com o encerramento de fronteiras, suspende a diretiva relativa ao asilo e atropela os poderes do Parlamento Europeu consignados nos tratados. Belo exemplo de democracia, de respeito pelo direito internacional, de respeito pelos direitos humanos!

Esta, de facto, não é a minha Europa.

Protegemos os que criminalizam as organizações não governamentais que procuram ajudar gente com fome, com frio e que só pede uma oportunidade de vida, uma oportunidade para sobreviver em segurança e com o mínimo de dignidade, e desprotegemos as vítimas deste jogo político, retiramos-lhes o direito à proteção internacional, expomo-las à detenção arbitrária, não lhes garantimos condições mínimas de proteção dos direitos humanos, não garantimos uma resposta humanizada.

Esta não é a minha Europa, Senhor Comissário. A minha Europa seria uma Europa capaz de mobilizar uma resposta de emergência para aqueles que estão a morrer de frio e de fome nas nossas fronteiras. Isto não é aceitável, isto não respeita os valores que subjazem à formação da União Europeia.

Katalin Cseh (Renew). – Mr President, two weeks ago we travelled to the Polish-Belarus border with a group of MEP colleagues. We spent a day there talking to local communities to get first-hand information about the effects of this hybrid war, where innocent people are being used as weapons. The Belarusian dictator, Lukashenko, manufactured this crisis for his own sinister goals and, as a result, people are freezing to death on the EU's doorstep; teenage children, pregnant women and so many more.

The situation on the ground is dramatic. I was moved deeply by the kindness of the local residents in the small towns in the border area. They are collecting warm blankets and food and doing anything they can to help. It is a shame that they have to do it secretly and at night because their own government cordoned off the border area and does not let anyone in. These people understand that shoving problems under the rug and blocking journalists, blocking MEPs' access, does not make the problems go away. Looking the other way might be more comfortable, sure, but it is inhumane and it is not a solution.

This is a humanitarian emergency. This is an EU crisis, and we need a common EU response. This is not the time to turn down EU help for political reasons. We need forceful Frontex engagement. We need humanitarian help and solidarity, and we need to continue putting pressure on the Lukashenko regime because a democratic Belarus is the long-term guarantee of the EU's safety.

Thijs Reuten (S&D). – Mr President, as we speak, an unknown number of people is stuck in the Polish-Belarusian border zone. But that's all we know. The Polish Government still denies any access or help to the victims of Lukashenko's depraved political games. Suspension of asylum rules, though, is not the answer. Poland should accept EASO and Frontex assistance instead. Did you get guarantees, Commissioner, that in return for the extra funding you propose they will start processing asylum requests of people that have reached, or will reach, Polish soil, as they are obliged to?

I have been a staunch supporter of reinforced sanctions against Lukashenko since the summer. You'll find me on your side. But regarding what we do on our side of the border, I hope to hear a few reflections of humanity, compassion and real solidarity. Is that too much to ask?

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! Det humanitära haveriet vid gränsen är ett medvetet drag. Lukasjenka vill skapa en kris för EU och leda bort omvärldens blickar från det förtryck han utsätter Belarus befolkning för.

I går dömdes oppositionsledaren Sergej Tichanovskij till 18 års fängelse. Han greps förra året för att hindras från att ställa upp i presidentvalet. Han är nu en av de i dag 929 personer som sitter inlåsta av regimen i Belarus för att de har sagt vad de tycker.

Till alla er 929 vill jag säga: Vi ser och vi vet vad som sker. Vi är oändligt många som är med er. Det är inte Sergej Tichanovskij, inte 20-årige Artsjom, inte småbarnsmamman Palina, inte svårt sjuka Andrej, som ska sitta bakom lås och bom. Det är Lukasjenka och hans underhuggare som ska sanktioneras, åtalas och dömas för de brott de begår.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Mr President, since this will be the last engagement under the Slovenian Presidency, let me thank the Minister for his work, and Minister, please transmit to all your colleagues in my areas of competence – home affairs, skills, culture, education, sport, youth – my thanks for the great work done by the Slovenian Presidency.

Honourable Members, I have listened to your views very carefully. Thank you for that, I appreciate your input, and I would like also to start by saying that I find some part of the criticism that we received totally unjustified, and if I may say so, contradictory. Mr Kofod and his friends accused us of basically letting everybody in, and from the other side of the spectrum, we are accused of legalising pushbacks and keeping everybody out. Obviously, these two things cannot happen at the same time, and none of these things happened at the same time actually, because none of this happened at all.

What we are trying to do, and I think it was very clear in my opening statement, is, with this Article 78(3) procedure, respond to a specific request that the Commission got from the heads of state or government to do something under the exceptional circumstances of a major hybrid threat and attack that concerns three of our Member States that were in urgent need of solidarity. Article 78(3) is not an arbitrary procedure. It is grounded in EU law. It's part of our constitution, of our primary law. It's in the Treaty. So there is nothing arbitrary by someone who discovers or wakes up in the morning and tries to set up an ad hoc exceptional procedure. It is in the Treaty. It is grounded in EU law, and I feel very comfortable when I base action on the basis of the Treaties. It would have been the contrary that would worry me in particular.

Having said that, I am the first to admit, and I said it, that this is an exceptional situation, an exceptional procedure. Under no circumstances should this be seen as the new normal. It will not be the new normal for the very simple reason that we do not do migration policy through exceptional measures. We want to do migration policy with a major European agreement under the new EU pact for migration and asylum. That's what we need. We don't have it yet. I'm confident we will get it. Also, with the support of this House.

In between, because the term 'instrumentalisation' is not only a term that we discovered just like that: it's happening. And the term does not concern, of course, the poor people who are freezing in the forest. The term concerns the collusion of international smuggling networks with a regime that is using them to attack the European Union. I was there. I knew, I saw in Iraq that the Council of Belarus was actually the central point that was marketing the whole visa regime.

So this has nothing to do with the people. It has to do with those who want to attack us, and it has to do with what we will do to prevent other people attacking us in the future. Precisely because this House has a role to play on migration policy, and to move beyond the exceptionality of Article 78(3), we have proposed yesterday in the Schengen Border Code, a new system that would allow for a more orderly management of accelerated procedures in terms of instrumentalisation.

Parallel to that, it is the European Union that is leading any effort to organise humanitarian assistance on the ground. It is the European Union that finances the IOM and the UNHCR to provide shelter to the most vulnerable. It is the European Union that finances the return flights of the most vulnerable so that they can start their lives back in their countries of origin, and it is the European Union that is already helping with readmission help to those who want to start a new life.

I would like again to stress that this procedure, Article 78(3), is not a normal migratory procedure. This is an emergency situation, and this is something that we are called to counter. It will not stop. We will face it in the future, too, and it is in a situation where the European Union should also be seen able to counter these attacks, to have something to say to those who want to attack us. And we will do that with the force of EU law, with the force of this Parliament, of the Council, of primary law. We will not do it under any sort of arbitrary procedures, and we should not forget that since we are discussing Article 78(3), that this is also a time-limited period of six months that only affects three Member States.

So with this proposal, we're showing in practice that those Member States which feel they need the help, the solidarity of the European Union, will get it. We have done so in the past, and we will do so whenever challenged again in the future.

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Spoštovani predsedujoči, spoštovani komisar, spoštovane poslanke in poslanci. Kot smo videli v zadnjih tednih, odločno in celovito ukrepanje proti beloruskemu režimu, ki izkorišča migrante v politične namene, začenja prinašati rezultate. S skupnimi diplomatskimi prizadevanji smo uspeli razbiti tudi del mreže za tiho-tapljenje migrantov, ki so vodile le te v Belorusijo.

Državam članicam, ki so jih ti hibridni napadi najbolj prizadeli, moramo še naprej zagotavljati odločno podporo. Hkrati moramo zaščititi naše evropske vrednote in se odzvati na humanitarne potrebe ljudi, ki jih beloruski režim grdo izkorišča, ter si med drugim prizadevati, da se jim omogoči vrnitev domov.

EU mora še naprej podpirati svoje države članice. V nobenem primeru ne smemo dopustiti spodkopavanja demokratičnih vrednot. Odločno moramo ukrepati, da bi ublažili razmere na mejah z Belorusijo, hkrati pa zagotoviti, da tretji akterji ne bodo ponovili takšnih ali podobnih brezvestnih dejanj.

Jasno je, da moramo k boju proti hibridnim grožnjam ter blažitvi njihovega morebitnega vpliva na varnost Evropske unije in njenih državljanov pristopiti celostno.

V tem postopku iskanja dolgoročne rešitve potrebujemo tudi intenzivno medinstitucionalno sodelovanje. Svet bo še naprej deloval v smeri konstruktivnega dialoga.

Naj se ob tem, glede na to, da gre za moje zadnje javljanje pred Evropskim parlamentom, še enkrat zahvalim vsem poslankam in poslancem in tudi Evropski komisiji za dobro sodelovanje v času slovenskega predsedstva.

Glede na to, da smo v času slovenskega predsedstva vse, kar smo nameravali, spravili pod streho, pričakujem, da ne bo izrednega zasedanja Evropskega parlamenta, zato še enkrat, zadnje javljanje. To je bilo to. Vesel božič in obilo uspeha pri nadaljnjem delu. Hvala.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 171 του Κανονισμού)

Robert Biedroń (S&D), *na piśmie*. – Kwestia instrumentalizacji uchodźców na wschodniej granicy UE to problem, którego od wielu miesięcy nie udało nam się rozwiązać. Polska, Litwa i Łotwa potrzebują wsparcia Unii, jednak dyskutowana dziś propozycja środków nadzwyczajnych może mieć bardzo niehumanitarne konsekwencje. Według prawa europejskiego uchodźcy mogą zgłaszać wnioski o ochronę międzynarodową u napotkanych strażników. Jednak propozycja Komisji ma to zmienić.

Trudno sobie nawet wyobrazić, w jaki sposób możemy oczekiwać, że osoba, która chce złożyć wniosek, osoba, która od miesięcy mieszka w lesie, jest wygłodzona i wymrożona, na skraju wyczerpania, będzie w stanie dotrzeć do najbliższego punktu przyjmowania wniosków, który może być oddalony o 20 czy 30 kilometrów? To, co Komisja nazywa „bardziej uporządkowaną obsługą zgłoszeń”, w praktyce będzie oznaczać mniej zgłoszeń i jeszcze większe cmentarzysko w przygranicznych lasach.

Poważne kontrowersje budzi również możliwość przyspieszenia granicznej procedury, która tak naprawdę jest aprobatą np. dla polskiej „ustawy wywózkowej”, dzięki której rząd polski – wbrew międzynarodowym standardom – pozbywa się imigrantów, uniemożliwiając im ponowny wjazd na terytorium.

Omawianym tu projektem UE w białych rękawiczkach próbuje się pozbyć problemu, nie zważając na nasze fundamentalne wartości, do których należy poszanowanie godności ludzkiej i praw człowieka.

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – La crise migratoire avec le Belarus est donc à nouveau au programme de cette session plénière. J'avais déjà alerté sur l'arrivée de migrants par cette route dès 2019. Il est regrettable que des mesures de bon sens, à l'instar de l'édification de barrières physiques, soient rejetées par la Commission européenne. Celles qui nous sont proposées aujourd'hui concernent le rallongement des délais d'enregistrement des demandes d'asile ou encore l'accélération des procédures de retour. Tout ceci est louable, mais hélas, bien insuffisant.

Cet attentisme face au désastre migratoire est d'autant plus préjudiciable que le navire européen prend désormais l'eau de toute part. En son flanc sud, c'est la Bosnie-Herzégovine qui fait face à une crise interminable, avec à la clef les mêmes tragédies humaines d'hiver en hiver. Et ce, alors que l'on sait que plus de 80 % des arrivants dans ce pays sont des migrants économiques qui n'obtiendront jamais le statut de réfugié.

Dernièrement, une nouvelle enveloppe d'aide, de 2,5 millions d'euros, a été annoncée. En outre, en 2012, une étude commandée par le Parlement européen avertissait déjà de l'infiltration d'islamistes via cet itinéraire. Pour nos concitoyens, la crise migratoire se double donc d'un risque sécuritaire majeur.

Kinga Gál (NI), *írásban*. – Lengyelország és a balti államok, amikor saját határait védik, védik az Unió külső határait is, teljesítve tagállami kötelezettségeiket. Mi, magyarok, ahogy eddig is tettük, ezután is segíteni fogjuk lengyel barátainkat, hogy meg tudják állítani a tömeges illegális migrációt a külső határokon. Az Európai Bizottság ezúttal sem a hatékony külső határvédelmet segítené intézkedésével, hanem továbbra is a migrációt menedzselné. Pedig 2015-ben a magyar határkerítés megmutatta, hogy a tömeges illegális migrációt meg lehet állítani. Európa csak erős külső határokkal lehet biztonságban, ezért az Uniónak végre meg kell változtatnia megengedő migrációs politikáját, amelyről évek látjuk, hogy nem hatékony, és helyette finanszíroznia kellene a fizikai akadályok létesítését. Hiszen azok hatékonysága egyértelmű. Magyarország mindeddig több mint 590 millió forintot költött el, hogy az Unió déli határszakaszán megállítsa a migránsokat. Itt az ideje, hogy Brüsszel is hozzájáruljon erőfeszítéseinkhez és költségeinkhez.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Komisja Europejska przedstawiła projekt zmiany przepisów migracyjnych i azylowych dla Polski, Litwy i Łotwy. Jest on w takiej formie nie do przyjęcia. Na wschodniej granicy Unii mamy do czynienia z zaledwie kilkoma tysiącami osób ubiegających się o ochronę międzynarodową. Nie ma powodu do stosowania jakichkolwiek środków wyjątkowych, należy jedynie respektować prawo.

Wprowadzony 2 września stan wyjątkowy, przedłużony bezprawnie 1 grudnia, łamie prawa setek tysięcy osób mieszkających na terenach przygranicznych. Katastrofa humanitarna spowodowana wykluczeniem organizacji humanitarnych ze strefy przyczyniła się do śmierci kilkunastu osób. Proponowane przez Komisję przepisy obniżą standardy gwarantowane osobom ubiegającym się o ochronę międzynarodową, o której będzie arbitralnie decydował funkcjonariusz Straży Granicznej.

Dlatego sprzeciwiam się przepisom uchylającym stosowanie dyrektywy powrotowej wobec osób, którym odmówiono prawa do złożenia wniosku, oraz tych z decyzją negatywną. Oznacza to, że osoby te mogą być wydalone do Białorusi, co jest próbą legalizacji praktyk wywózek.

Poparcie działań polskiego rządu przez Komisję oznacza akceptację łamania przez rząd praw człowieka i podważa podstawowe wartości Unii. ETPC wskazywał, że Białoruś nie jest bezpiecznym krajem trzecim, do którego można odsyłać obywateli innych państw ubiegających się o ochronę międzynarodową. Komisja i Rada nie mogą ignorować tych faktów przy dalszej pracy nad projektem. Niech Komisja dokona realnej oceny sytuacji na granicy polsko-białoruskiej.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – El debate ha versado sobre la propuesta de Decisión del Consejo sobre medidas provisionales de emergencia para la frontera exterior con Bielorrusia como respuesta al ataque híbrido contra la UE, especialmente Lituania, Polonia y Letonia, en forma de instrumentalización de personas, que lleva teniendo lugar desde el verano por parte del régimen de Lukashenko.

Durante el debate, el Grupo S&D ha expresado su gran descontento hacia las medidas propuestas que derogan el Derecho Europeo en materia de asilo.

El grupo considera que la mencionada propuesta sería una medida desproporcionada puesto que no existe una afluencia masiva de migrantes a Lituania, Polonia o Letonia en comparación con el número de personas que llegan cada semana a través de las distintas rutas del Mediterráneo o a Canarias.

Además, el Grupo S&D considera que el artículo 78, apartado 3, del TFUE no es la base legal apropiada, ya que solo contempla la posibilidad de adoptar medidas en materia de asilo, mientras que la propuesta de Decisión también regula medidas de retorno.

Por último, el grupo ha mostrado su preocupación dado que el Parlamento Europeo será sometido exclusivamente al procedimiento de consulta y, por tanto, su papel y derecho de escrutinio se verá muy limitado.

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich*. – Und wieder müssen wir zuschauen, wie unschuldige Menschen zum Spielball von Interessen werden! Herr Kommissar, Artikel 73 Absatz 8 AEUV ist ein Notfallmechanismus für einen plötzlichen Zustrom von Drittstaatsangehörigen: Die Anzahl von Menschen an unserer östliche Außengrenze ist jedoch eine überschaubare und das eigentliche Problem ist ein geopolitisches: die Instrumentalisierung dieser Menschen durch Lukaschenko, der dadurch Druck auf unsere Gemeinschaft ausüben will. Wir müssen Lukaschenko direkt antworten und nicht denselben inhumanen Weg wie der Autokrat selbst gehen und unschuldige Menschen miteinbeziehen. Sie sagten selbst, Herr Kommissar, dass es sich bei dem aktuellen Fall nicht um eine Migrationskrise, sondern um eine „grausame Art der hybriden Bedrohung“ handle. Deswegen fordere ich Sie auf, die angekündigten Maßnahmen der Kommission zurückzuziehen. Unsere Union hat sich den Menschenrechten verpflichtet und diese müssen wir auch an unseren Außengrenzen wahren: Das Recht, um internationalen Schutz anzusuchen, ist ein universelles und darf nicht durch irgendwelche Regeln – auch nicht, wenn sie von der Kommission erlassen werden – eingeschränkt werden.

19. Zusammensetzung des Parlaments

Πρόεδρος. – Πριν περάσουμε στο επόμενο θέμα της ημερήσιας διάταξης, έχω να κάνω μια ανακοίνωση. Σε συνέχεια της παραίτησης του συναδέλφου, Sven Giegold, ο οποίος ανέλαβε ρόλο στο πλαίσιο της νέας γερμανικής κυβέρνησης, το Κοινοβούλιο διαπιστώνει τη χρεία της θέσης του από αύριο 16 Δεκεμβρίου, σύμφωνα με τον Κανονισμό, και ενημερώνει σχετικά τη δημόσια αρχή.

20. Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2020 (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί:

της έκθεσης του κ. Gheorghe Falcă, εξ ονόματος της Επιτροπής Αναφορών, σχετικά με τις διαβουλεύσεις της Επιτροπής Αναφορών το 2020 (2021/2019(INI)) (A9-0323/2021).

Gheorghe Falcă, Raportor. – Domnule președinte, domnule comisar, dragi colegi, anul 2020 a fost un an dificil pentru toți, din cauza pandemiei de COVID-19. În acest an cetățenii au trimis către Parlamentul European 1 573 de petiții, o creștere semnificativă față de anul 2018 și 2019. Această creștere din 2020 se datorează îngrijorării cetățenilor legate de, evident, domeniul sănătății.

Principalele subiecte de interes ale petițiilor adresate din 2020 se referă la drepturile fundamentale, și acolo vorbim de impactul măsurilor de urgență luate de statele membre, dreptul la muncă, dreptul la informare, vorbim de domeniul sănătății, unde protecția sănătății cetățenilor, achiziția și distribuția de vaccinuri și calitatea echipamentelor de protecție sunt lucrurile îngrijorătoare adresate de către cetățeni. La domeniul mediului vorbim mai ales de minerit, securitatea nucleară și poluarea aerului. În domeniul justiției vorbim de îngrijorări legate de statul de drept și de independența sistemului judiciar. Când vorbim despre educație, vorbim de accesul discriminatoriu la educație sau reforme naționale contestate, iar atunci când vorbim de piața internă, în special vorbim de restricțiile naționale de călătorie și efectul lor asupra liberei circulații în Uniunea Europeană.

Dragi colegi, comisia noastră este unica ce își formează agenda în funcție de solicitările cetățenilor, iar petițiile sunt o poartă de intrare a cetățenilor în instituțiile europene, o ocazie unică pentru Parlamentul European și alte instituții de a stabili o legătură directă cu cetățenii și rezidenții din Uniunea Europeană. Mai mult, petițiile admisibile aduc contribuții valoroase și la activitatea altor comisii parlamentare, care acordă avize sau care primesc petițiile spre informare. În 2020, s-au transmis 56 de petiții pentru avizare și 385 de petiții pentru informare. Deși timpul alocat comisiilor în 2020 a fost mai mic, noi ne-am exprimat opinii cu privire la problemele importante ridicate în petiții și am contribuit la elaborarea mai multor rapoarte parlamentare. Aduc aminte acordul privind retragerea Regatului Unit din Uniunea Europeană, rezoluția referitoare la răpirea internațională a copiilor din Uniunea Europeană în Japonia și rezoluția referitoare la alocarea de fonduri suplimentare pentru cercetarea biomedicală. În raportul nostru apreciem și activitatea Ombudsmanului European și buna colaborare cu acesta. În 2020, portalul web pentru petiții a fost dezvoltat, devenind mai sigur și mai ușor de utilizat.

În final, aș vrea să menționez că ne pare rău că în 2020 nu a fost posibil ca petiționarii să vină fizic în comisia noastră, dar trebuie ca cetățenii să se bazeze pe noi, pe cei care le acceptăm și le discutăm petițiile. De aceea, vă mulțumesc și vă urez un Crăciun fericit.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, first and foremost I would like to thank Mr Falcă for his comprehensive report, which will further contribute to strengthening cooperation between our institutions. As he said today, more than ever, petitions are an effective channel for direct contact and open dialogue on problems affecting the daily lives of Europeans. Your committee has swiftly adapted to the challenges of the current pandemic, playing a key role in ensuring Parliament's continued engagement with citizens.

Our rapporteur already made a reference to the increase in the number of petitions, and I can say that it was an almost 16% increase, and indeed, as Mr Falcă has said, the increase was quite significant and the overall number is now 1 573, which is pretty impressive. Many of these were to do with the health concerns related to the COVID-19 pandemic, as well as fundamental rights linked to the extraordinary measures taken by the Member States during this time. In addition, environmental issues remained an area of serious concerns for petitioners in 2020. I also take note that your committee has devoted much effort to the protection and promotion of the rights of people with disabilities and children's rights.

I would like to congratulate you on the improvements to your petitions web portal. This is an essential tool for ensuring a smooth, efficient and transparent petitions process and is fully in line with our collective efforts for a digital union.

The issues raised by petitioners largely align with the Commission's priorities under President von der Leyen's political guidelines, especially the transition towards a greener, more digital, fairer and more resilient society. And as I said during our structured dialogue two weeks ago, I fully agree that providing timely and substantive answers to petitioners contributes to strengthening the credibility of all EU institutions. Therefore, I am working very hard together with the Commission services to make sure that the Commission plays an active role in your committee to ensure citizens receive detailed and understandable responses.

The Commission has been well represented at your committee meetings, including by my fellow Commissioners, Vice-President Jourová, Commissioner Dalli, our services and also myself, and I am glad to say that we further rationalised the process of replying to your requests to achieve a more transparent and streamlined way of working.

We also remain committed to fruitful cooperation in addressing infringement-related petitions. The proper application of EU law is a collective responsibility shared between the Commission, as the guardian of the Treaties, and national authorities. Therefore I welcome your call on national authorities to be proactive in taking the necessary measures to respond to citizens' petitions in cases of systemic failure to comply with EU law.

As I explained during our structured dialogue, the aim of the formal infringement procedure is to help Member States to correct the laws or practices. It is not designed to offer concrete solutions for individuals or ensure individual redress, not least because the process can take years. Rather, infringements contribute to addressing systemic problems affecting a large amount of people, often across Member States. To put it simply, our enforcement work focuses on the root causes of the problem rather than the symptoms. One such example was the Commission's intervention in the early stages of the pandemic against the practice of issuing travel vouchers for holidays cancelled because of COVID-19, even to those who wanted refunds. In its recommendation of 13 May 2020, the Commission recalled the obligations stemming from the Package Travel Directive and then opened infringement proceedings against 11 Member States. In most cases, the national measures were amended or expired or were not renewed. Only in one case did the Commission have to take the Member States to the European Court of Justice.

I also appreciate this committee's fruitful cooperation during the reporting period regarding the withdrawal of the UK from the EU and the negotiations on our future relationship with the United Kingdom. In particular your work helped to ensure that citizens can have their concerns around Brexit heard.

To conclude, I want to reassure you that the Commission remains committed to maintaining close and fruitful cooperation with your committee.

Peter Jahr, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mein erstes Dankeschön geht an meinen Kollegen Gheorghe Falcă. Er hat es geschafft, einen Bericht vorzulegen mit einer großen fraktionsübergreifenden Mehrheit. Das ist gut und wichtig, weil erstens ist es ja unsere eigene Arbeit, die wir hier repräsentieren, und zweitens sind wir der einzige Ausschuss im Europäischen Parlament, wo die Tagesordnung *de facto* von den Menschen gemacht und bestimmt wird.

Petitionen, die eingereicht werden, bestimmen unsere eigene Agenda. Näher an den Menschen geht ganz einfach nicht. Und es ist auch eine große Verantwortung. Dieser Verantwortung sollten und müssen wir auch gerecht werden. Und deshalb ist es gut, dass wir nicht den Jahresbericht für ein politisches *Battlefield* ausgestaltet haben, sondern dass wir hier auch im Petitionsausschuss diesen Bericht mit einer supergroßen Mehrheit annehmen konnten.

Nun die zweite Geschichte – womöglich typisch deutsches Denken. Was können wir eigentlich in Zukunft besser machen? Auch darüber sollten wir reden. Das erste ist: Wir sollten im Interesse der Petenten auch schneller antworten. Hier haben mich die Ausführungen des Kommissars sehr ermutigt. Da machen wir weiter. Das nehmen wir auf. Und im ordentlichen Pingpong-Spiel kommen wir dazu, dass die Petenten auch schnell eine ordentliche Antwort bekommen.

Zweiter Punkt: Das Problem sind die Zuständigkeiten. Ich denke, ehrlich über Zuständigkeiten oder Nichtzuständigkeiten zu entscheiden, ist manchmal besser, als eine Petition dann in der Warteschleife warten zu lassen. Es ist einfach nicht fair, den Petenten gegenüber Dinge zu diskutieren, wo wir gar nicht zuständig sind, wo man ihnen letztendlich auch nicht helfen kann.

Drittens: Bei gemischten Zuständigkeiten wird es dann natürlich schwierig. Aber auch da sollte man den Mut haben zu sagen: Gut, wir greifen uns das raus, wo wir zuständig sind, und wo wir nicht zuständig sind, da müssen wir halt noch ein bisschen warten. Und viertens sind viele Petitionen für uns fachlich geprägt. Wir sollten wieder unser Netzwerk aktivieren, was wir gemacht haben.

Und zum Schluss noch ein Dankeschön an die Mitglieder und das Sekretariat des Petitionsausschusses. Und zum allerletzten Schluss wünsche ich allen noch ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest 2021.

Cristina Maestre Martín De Almagro, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, siempre que hacemos balance de la Comisión de Peticiones solemos decir que esta es una comisión muy, muy importante porque es la herramienta que tienen los ciudadanos para hacer valer sus derechos europeos. Sería bueno que nos lo creyéramos todos, porque lo mismo algunos piensan que, al no ser una comisión legislativa, es una comisión de segunda.

En mi opinión, esta es una comisión de primera categoría. Ninguna otra tiene la capacidad de dar audiencia a los ciudadanos como lo hace la Comisión de Peticiones. Ninguna otra tiene la capacidad de exigir informes o de hacer comparecer a la Comisión Europea o a los Estados miembros o a sus regiones, o incluso a las entidades locales, como lo hace la Comisión de Peticiones.

Eso sí, en numerosas ocasiones reprochamos a la Comisión Europea que no se implique más en su papel de «guardiana de los Tratados» a la hora de posicionarse sobre denuncias concretas donde es muy fácil hacerlo. Por eso, por enésima vez, pedimos una mayor implicación a la Comisión para dar respuesta y, también, por parte de todos los estamentos europeos.

Y, mirando a los diputados al Parlamento Europeo, pido a los grupos de la derecha de esta Cámara que dejen de amparar la instrumentalización de la Comisión de Peticiones como herramienta de ataque y oposición a gobiernos democráticamente elegidos. Esto está ocurriendo con diputados españoles del PP, de Vox y de Ciudadanos, que confunden la Comisión de Peticiones con un Parlamento nacional o con un plató de televisión. Son diputados que plantean cuestiones sin competencia ni justificación alguna, con la intención de generar titulares sobre ficticias investigaciones de Europa contra el Gobierno de España. Y lo hacen en ocasiones utilizando a militantes o incluso a cargos públicos de sus partidos camuflados de peticionarios para simular vulneraciones inventadas.

Por favor, dejen de usurpar el derecho de los ciudadanos que realmente nos necesitan, pero que no consiguen presentar sus reivindicaciones porque se admiten otros asuntos solo porque algunos no saben perder las elecciones.

Sé que no son todos, señorías, aquí se hace un magnífico trabajo. Se trata de una minoría de diputados, pero, por desgracia, hasta la fecha, tienen el apoyo de sus grupos para plantear estas cuestiones, lo que es sencillamente inadmisiblemente y genera un grave daño a la Institución.

Ulrike Müller, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Bericht spiegelt im Detail die Arbeit des Petitionsausschusses im letzten Jahr wider.

Die Petition ist neben der Stimmabgabe bei Wahlen die beliebteste Form demokratischen Handelns der Bürger. Wir unterstreichen die große Verantwortung unseres Ausschusses, insbesondere in solchen schwierigen Zeiten wie während der Pandemie. Wir haben zahlreiche Petitionen zu COVID-19 und zum Schutz der Rechte und Freiheiten unserer Bürger erhalten und haben diese dringlich behandelt. Jede Petition wurde ernst genommen.

Insgesamt wurden von unseren Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2020 mehr Petitionen eingebracht als in den Jahren zuvor, und die meisten kamen aus Spanien und Deutschland. Leider konnten die Petenten nur per Video zugeschaltet werden. Dies war eine Herausforderung für uns, denn das Petitionsrecht lebt nun einmal von der Präsenz der Petenten im Ausschuss.

Petitionen sind also ein wirkungsvolles Instrument für alle, die aktiv Politik mitgestalten wollen. Sie verschaffen uns den besten Überblick, wie Gesetze wirken und was geändert werden muss. Trotzdem ist es wichtig, dass man mit realistischen Erwartungen an seine Petitionen und Beschwerden herangeht. Leider können wir nicht jedes Mal helfen, und es bleibt die Frage, was wir besser machen können. Für mich heißt das vor allem, dass es am Ende ein konkretes Ergebnis geben muss und nicht nur Diskussionen. Deswegen müssen wir auch weiterhin an der Transparenz und Durchlässigkeit des gesamten Verfahrens arbeiten.

Ich bedanke mich ganz herzlich beim Berichtersteller und den Kollegen für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen frohe Weihnachten.

Tatjana Ždanoka, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I quote from this deliberations report, 'Calls on the Commission to play a more active role in the Committee on Petitions to ensure the citizens receive a detailed and understandable response'. But has this call appeared in the deliberations report for the first time? Not at all. It is becoming a bad tradition just to mention in the annual report of the Committee on Petitions (PETI) the need for better cooperation between the Committee on Petitions and the Commission.

In order to get rid of this tradition, we have to elaborate clear rules on the handling of petitions by the Commission, and now the current Interinstitutional Agreement does not cover petitions. Therefore, our proposal is to have a more binding agreement. We regret that this suggestion was rejected during the vote in the committee, and we also did not receive approval from the Vice-President's side, when we spoke beforehand on this.

But we are sure that, without such a binding agreement, in future deliberations reports we will just copy and paste the very same problem for many years. Such a binding agreement would improve the transparency of the system and its effectiveness towards resolving the issues raised by European citizens in their petitions. The price of ineffectiveness is very big, as we know from Brexit, and using this opportunity, I also want to repeat that in this report we speak about the famous Article 51, and ask the Commission to accept it as broadly as possible.

Stefania Zambelli, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, nell'anno 2020 il Parlamento europeo ha ricevuto oltre 1 500 petizioni, un numero in netta crescita rispetto agli anni precedenti.

La pandemia di COVID-19 ha contribuito a questo aumento: sono infatti 209 le petizioni riguardanti i ricoveri che la commissione ha esaminato.

Questo è sicuramente un segno che c'è preoccupazione da parte dei cittadini europei in materia di salute pubblica, in un periodo storico difficile come quello che abbiamo vissuto e stiamo purtroppo ancora vivendo.

Un altro tema di cui la commissione per le petizioni si è occupata riguarda la disabilità. Sono tantissimi i cittadini con disabilità che si rivolgono al Parlamento europeo per chiedere maggiori tutele, soprattutto in materia di lavoro. È nostro dovere ascoltare tutte le istanze che ci vengono rivolte e dare risposte immediate a tutte le problematiche.

Dobbiamo per questo impegnarci perché le petizioni siano di facile accesso a tutti i cittadini europei. Buon Santo Natale a tutti.

Pernando Barrena Arza, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, señor vicepresidente de la Comisión, quisiera comenzar mi intervención al hilo de lo manifestado por una de sus señorías y, una vez más, denunciar la excesiva mano política de la presidencia de la Comisión de Peticiones, que actúa reiteradamente al margen de la imparcialidad que se le supone, tal y como venimos denunciando diferentes diputados al Parlamento.

El texto acordado refleja la labor realizada por la Comisión de Peticiones en el año 2020, pero a la vez es notorio el desconocimiento público sobre el alcance del derecho de petición; por ello, la Comisión de Peticiones debe adoptar un enfoque más proactivo y una estrategia de comunicación más potente.

Quiero expresar mi inquietud, como miembro de la Conferencia sobre el Futuro de Europa, ante la versión diluida de la participación ciudadana que se está ofreciendo: se está perdiendo una oportunidad de oro para poner en marcha un verdadero proceso de abajo arriba para dotar de mayor adhesión ciudadana al proyecto europeo.

Y finalmente, quiero decir que celebramos que en el texto se recoja la necesidad de que la iniciativa ciudadana europea sea un mecanismo mucho más dinámico y atractivo para los colectivos y la ciudadanía en general. Las naciones sin Estado de Europa también tienen la necesidad de que se establezca un marco europeo para el ejercicio libre y con garantías del derecho a decidir, la necesidad de un mecanismo de claridad a nivel europeo, tal y como presentamos una serie de diputados y diputadas en octubre pasado.

Alex Agius Saliba (S&D). – Mr President, the Committee on Petitions plays a crucial role as a bridge between EU citizens, Parliament and the EU institutions, and the right to petition is one of the fundamental rights of all EU citizens and also residents.

I would like, first of all, to thank my colleague Cristina Maestre for her excellent work on this important report, which outlines the increased number of petitions in 2020, with a large number of petitions voicing citizens' concerns over public health issues, socio-economic emergencies resulting directly from the COVID pandemic.

This increased number clearly shows that, in times of crisis, our citizens rely on us and put their trust in us by directly addressing concerns and complaints. That is why it is extremely important to treat each and every petition that falls within the Union's fields of activity in the most open, democratic and transparent way.

Moreover, we need to increase citizens' awareness on the right to petition in our Member States and encourage them to exercise this fundamental right of tabling a petition by addressing their concerns directly to elected representatives at EU level.

Yana Toom (Renew). – Mr President, many things have already been said, so I have to admit that the Committee on Petitions is my favourite committee, despite the fact that this is non-legislative. It is direct too and speaks to our citizens. It's absolutely great.

In some countries, this is very popular, like in Spain, for instance. In some countries, like my home country, it's still not that popular, but still every year we receive almost 2 000 petitions. However, only a few hundred of them are declared admissible, and only a few end up with an infringement procedure, despite the fact that Europeans are quite well aware of their rights.

For instance, they refer quite often to the European Charter of Fundamental Rights and to the European Pillar of Social Rights. What they are not aware of are the limits that are imposed on us by the Treaties. As Tatjana Ždanoka has already mentioned, Article 51, for instance, states that the European Charter of Fundamental Rights is mandatory to follow only if Member States apply European, not national law. This is a problem, and the idea behind the Committee on Petitions is pretty much the same as that behind the Conference the Future of Europe. Our committee is looking forward to efficient and clear results from the Conference on the Future of Europe.

This is absolutely a clear signal from European citizens. We need better cooperation with the Commission. We need the involvement of NGOs and we need to use the Citizens' Initiative tool in the proper way. It's absolutely unacceptable when the European Commission just sends the European Citizens' Initiative to the bin. In other words, we need more Europe.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank all the honourable Members, not only for their interventions in this plenary debate, but also for their very dedicated work throughout the year on petitions and in the Committee on Petitions. I would also like once again to thank our rapporteur, Mr Falcă.

I would like to underline once again that we take the work of this committee very seriously. I totally agree with the speakers, Mr Jahr and Ms Maestre Martín De Almagro, that you are indeed the committee in which the agenda is set directly by the citizens. I would like to assure you that, for the Commission and for myself, you are definitely a first-class committee, because you have a direct link with the citizens.

I would also like to underline that it's extremely impressive, as Ms Ulrike Müller said, that despite the difficult circumstances of operating in this online world, you have managed to communicate with the citizens through this new means – through video calls – and you have demonstrated care for the concerns of our citizens, which is reflected in a quite impressive increase of almost 16% in petitions. I totally agree with you that there is nothing that can replace physical meetings, but in these very difficult COVID times, the fact that you switched to video calls and maintained links in that way is extremely impressive and very much appreciated.

If you allow me to reflect on the issues raised by Ms Ždanoka, I have to say that I very much appreciate her contributions. At the same time, I have to say that I very much agree with a vote of the committee on the interinstitutional arrangements, because I am deeply convinced that the current legal interinstitutional context is sufficient and appropriate to ensure that the Commission will do what it would ask us to do: to perform a deep analysis of the problems that petitioners bring to the attention of the European Parliament, to keep your committee informed of conclusions and developments, and to provide adequate explanations about how it intends to deal with a given issue.

I also agree with Mr Jahr that we can always – and we should – look at how we can improve things and how we can make sure that we provide a better service to our citizens. We have a few such ideas, and we will be very happy to share them with you. Establishing a direct link between your web portal and the Commission link which covers infringements would already provide better information and more clarity to citizens. I believe that it would improve the overall impression that citizens get from our cooperation.

On Article 51, which is an issue raised by Ms Ždanoka and also Ms Toom, I would like to reassure honourable Members that the Commission does not hesitate to take appropriate steps to address the infringement of rights as protected under the Charter. However, the Charter doesn't extend the existing competences of the EU. This is not a matter of interpretation, but a matter of subsidiarity. However, we do our best to encourage close cooperation with NGOs and with the human rights bodies, and to contribute in this way to the protection of the human rights of European citizens.

Mr Barrena Arza referred to the European Citizens' Initiative (ECI), and this was also the point of reference of Madam Toom. I would like to inform you that, every time the organisers of the ECI initiatives file applications, we have political deliberations on these applications in our College. We always inform the Commissioner so it's not done by services. We just wanted to make sure that every Commissioner is aware of what is proposed. Until now, if my memory serves me well, we have approved 15 or 16 of the ECIs and rejected only one. How did we achieve that improvement compared to the previous mandate? Because we are working actively with the organisers, providing them with advice and telling them how the questions should be formulated so they fall within the remit of our competences and within the limits of what the ECI was intended for.

But clearly, there is a lot to do, as Mr Agius Saliba underlined, to make sure that we continue next year to improve our service to the citizens and our response to the petitioners. We will do our utmost to stay within three months, which, as you know, was the time within which we are trying to respond to your petitions. In the overwhelming majority of cases, we achieve that result, but we will always be very willing to listen to your suggestions and your proposals about how to make things better.

Once again, thank you very much for the excellent cooperation throughout the year. I am looking forward to 2022, and because this is also my last intervention in the plenary this year, I would also like to wish everyone a Merry Christmas and Happy New Year.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί αύριο Πέμπτη 16 Δεκεμβρίου 2021.

21. Reaktion der EU auf die Mobilitätsarmut (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί:

της δήλωσης της Επιτροπής με θέμα «Η απάντηση της ΕΕ στη φτώχεια στον τομέα των μεταφορών» (2021/3015(RSP)).

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, the concept of transport poverty, or mobility poverty, is attracting increasing attention.

Despite the lack of an exact definition, transport poverty generally refers to the inability of accessing mobility services either due to the cost, or because the services do not exist. It is not necessarily referring exclusively to those who cannot afford the access to transportation. We should also read it in a larger perspective, including those households where transport represents an important share of the family budget, and they are very sensitive to increase in prices of transport and mobility in general.

Indeed, whereas the single market in transport has increased connectivity, mobility remains expensive for people with lower incomes and is not sufficiently accessible for people with disabilities or reduced mobility. In rural, peripheral, remote areas, including the outermost regions and islands, improved public transport links and access to affordable connectivity in general is essential to guarantee lean mobility for all.

Mobility poverty can jeopardise access to products and services at a competitive price, as well as to social and cultural activities. But, more importantly, it can be an obstacle to access medical care, education and employment for citizens. In this context, mobility poverty is increasingly a concern, in particular for vulnerable groups.

In our sustainable and smart mobility strategy, we are very clear on the importance of transport being available and affordable for all. Our attention shall be focused on making sure it remains available for vulnerable groups.

The European Pillar of Social Rights is the European compass to make sure that a green and digital transition is socially fair and just. The pillar lists transport among the essential services that everyone shall have access to, and underscores the necessity to support people in need to access them. As announced in the European Pillar of Social Rights Action Plan, the Commission will present next year a report on access to essential services. It will also include a mapping of existing national and EU measures, supporting access for people at risk of poverty and social exclusion.

In the context of the Fit for 55 package the Commission has proposed a new social climate fund to address specifically the social impact of the green transition on vulnerable households, micro-enterprises and transport users, arising from the introduction of emission trading in the buildings and road transport sectors. This is of particular importance to ensure that the transition to a climate-neutral economy is just and leaves no one behind, and to ensure its social acceptance.

Once adopted by the legislator, it will provide funding to Member States to grant temporary income support and allow for subsidising to support investments intended to reduce vulnerable groups' reliance on fossil fuels. It should offer the possibility of facilitating the purchase of zero and low-emission vehicles, or strengthening other sustainable modes of transport, including public transport, active modes of transport or shared mobility solutions, particularly in rural and remote areas.

Investment in zero and low-emission mobility and transport also features in Member States' resilience and recovery plans, and various other EU funds provide ample possibilities to support the transformation driven by the European Green Deal from different angles: regional funds, the Just Transition Fund, the Modernisation Fund for Lower Income Member States and the Innovation Fund. The Connecting Europe Facility (CEF) will contribute equally with EUR 1.5 billion in the next three years to help roll out the necessary infrastructure for citizens to be able to charge their electric cars.

Yesterday, the Commission adopted a proposal on a Council recommendation to address the social and labour aspects of the climate transition. The recommendation aims at a fair transition towards climate neutrality to ensure positive employment outcomes and benefits of the green transition, as well as for garnering public support.

Regarding transport poverty, we want to better understand and map those in difficulty as a result of increasing costs in transport. We are looking for further research and evidence, better monitoring and assessment of adequate access to essential services, including transport. Transport poverty due to the lack of transport services can also be linked to poor connectivity for remote or rural areas.

Yesterday, the Commission also adopted a legislative proposal revising the current TEN-T Regulation that sets the foundation of a European transport infrastructure. Our network should allow seamless mobility and accessibility for all users, in particular people in situations of vulnerability. And, while a local and regional connectivity is certainly a competence of national authorities and administrations that are closer on the ground, we want to improve the accessibility of passengers where local and regional public transport connects with long-distance transport in train stations, ports and airports, with particular attention for vulnerable groups of transport users, including persons with disabilities, with reduced mobility, and people living in remote regions.

In the revision of TEN-T we have paid attention to areas in Europe where maritime and air connections play an essential role to ensure connectivity, outermost regions in particular, but not only. The revision ensures a better representation of ports and airports in those regions, and the CEF allows for more favourable conditions for projects, with cofinancing rates up to 70% in outermost regions.

Member States also have a tailor-made tool at hand to combat transport poverty granting and, if need be, compensating public-service obligations under non-discriminatory and transparent conditions for the public transport operators. This enables them to provide public transport services essential for connectivity where there is a demand but no supply.

It is also important that transport services are not only affordable and available, but also accessible to everyone. For persons with disabilities or with reduced mobility, the main problem in accessing transport services is the lack of accessible vehicles, barriers in transport stations and inadequate transport information systems.

I want to thank Parliament again for its support earlier this year when adopting the Regulation for Rail Passengers' Rights, which gives extended rights to persons with disabilities and reduced mobility. They will now have better access to information. The rules on liability of railway companies have been further reinforced when they take care of the mobility equipment of persons with reduced mobility when travelling, which is critical in their daily life.

Now when assessing the current legal framework on passenger rights and TRMs earlier this year, we have found that there are still gaps. While some rules would need clarification, in the coming weeks we will also launch an impact assessment to review the legislative framework on passenger rights and TRMs when using air, water, boat and bus and coach transport, and in addition, will propose legislation by 2022 on the provision and use of commercially sensitive data for multimodal digital mobility services, which will also improve journey planning for persons with reduced mobility.

I rest here and I am looking forward to listening to your opinion. I trust that working together we can address this issue which is becoming more and more worrying.

Marian-Jean Marinescu, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, doamna comisar, mobilitatea este o necesitate, nu este un lux. Mobilitatea până la urmă este un drept. Libertatea de circulație a persoanelor, a bunurilor, a serviciilor în Uniune nu se poate implementa fără mobilitate. Reducerea emisiilor este o necesitate, de asemenea, deci până la urmă trebuie să găsim un echilibru între aceste lucruri pe care trebuie să le aplicăm în același timp și cu eficiență.

Pachetul propus de Comisie, pachetul *Fit for 55*, va crea mari probleme în transport. După opinia mea, va accelera această sărăcie a transportului, pentru că va crea posibilitatea de ridicare a costurilor; și în transportul maritim, și în rutier, și în aviație sunt mai multe taxe, până la urmă, introduse, taxă pentru combustibil, taxă pentru emisiile create, plus creșterea prețurilor la combustibil sau la combustibili alternativi.

Eu cred că măsurile pe care le luăm nu trebuie să creeze o problemă pe care apoi să încercăm să o rezolvăm prin ajutor, bineînțeles, din bugetul statului sau statelor sau al Uniunii. Eu cred că măsurile trebuie să asigure mobilitatea și în același timp să asigure și micșorarea emisiilor. Cred că ETS fără o alternativă este doar o simplă taxă. Cred că ETS trebuie să se aplice acolo unde o alternativă este disponibilă și este abordabilă și cred că atunci când aplicăm ETS, banii pe care îi colectăm din ETS, fondurile trebuie să se întoarcă în industrie pentru a crea acea alternativă. Sper ca împreună, în Parlament și în Consiliu, să rezolvăm această problemă extrem de importantă, atât pentru cetățeni, cât și pentru economie.

Isabel García Muñoz, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, señora comisaria, no hay duda de que una mayor ambición climática es necesaria para luchar contra el cambio climático y que la contribución del sector del transporte a la reducción de emisiones es ineludible.

Pero no hay que olvidar que esa transición debe ser justa y, algo muy importante: debe ser percibida por la ciudadanía europea como una oportunidad. Y eso pasa porque la descarbonización del transporte vaya acompañada de un aumento de su competitividad y de la conectividad de todos los territorios.

El transporte es un sector internacional y el compromiso climático debe ser global. Por eso, la Unión Europea debe de ser líder en de la OMI y la OACI. Hay que evitar que se creen paraísos fiscales de CO₂ en terceros países donde seguir contaminando sin ninguna consecuencia y en detrimento de muchos puestos de trabajo y empresas europeas. Necesitamos acompañar esta transición con recursos económicos suficientes para mitigar los posibles impactos adversos, sobre todo entre los colectivos más vulnerables y las regiones más afectadas.

Un fondo social para el clima sin condicionamientos va a ser indispensable para garantizar la asequibilidad y la accesibilidad del transporte, para impulsar el transporte público, también en el medio rural, y para incentivar la compra de vehículos de cero emisiones.

Nuestra apuesta: un sector verde responsable social y territorialmente en línea con el Pacto Verde con corazón rojo que defendemos.

José Ramón Bauzá Díaz, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, estimada comisaria, el precio de la luz en España alcanza hoy su máximo histórico, 291 euros por megavatio día; la gasolina alcanzó en noviembre cifras que no se veían desde el año 2012: actualmente llenar un depósito medio en España cuesta setenta y cinco euros, quince euros más que al inicio de este año 2021, y, tan solo como consecuencia de la subida del combustible, los costes de un transportista en España este mes son ochocientos euros más que el mes pasado; y cerramos este año 2021 con una inflación inédita durante décadas, y eso significa que los ciudadanos tienen menor poder adquisitivo, y obviamente hay una mayor pobreza en Europa, y nuestros ciudadanos deben pagar mucho más por el transporte y por moverse y deben pagar también mucho más por todo aquello que están utilizando, aquellos bienes y productos que utilizan cada día.

Precisamente por eso, desde Europa tenemos el deber de actuar para frenar esa escalada que empobrece a nuestros ciudadanos, y una forma de hacerlo es no agravar la situación desde las instituciones europeas, asegurándonos de que medidas legislativas, como es el caso del régimen de comercio de derechos de emisión, no redundan en costes adicionales para el sector energético y el del transporte, que en definitiva pagamos y pagan todos nuestros ciudadanos: por lo tanto, no podemos cargar a nuestros ciudadanos con el coste de políticas verdes que finalmente lo que hacen es redundar, en el peor de los momentos, en el bolsillo de los ciudadanos; por tanto, señorías, seamos responsables, no solo no nos peguemos un tiro nosotros mismos en la competitividad de nuestras empresas, sino que no le peguemos un tiro al bolsillo de nuestros ciudadanos.

Ciarán Cuffe, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, transport poverty is a widespread phenomenon in the European Union, and yet it scarcely features in our discussions on transport. There are varying definitions, but being transport poor is generally accepted to be someone who has little or no transport options for their daily needs, or transport spending pushes them below the poverty line or is excessively dangerous or time consuming. You could also add that exposure to things like air and noise pollution is higher amongst the most marginalised in society – think of the housing estates beside motorways versus the leafy suburbs. Many people in the European Union can be described as transport poor.

However, I would warn that some are trying to weaponise this issue to fight against crucial environmental measures, and these issues are not mutually exclusive. More public transport, more cycling, more shared mobility, more rail, means less transport poverty in rural and urban areas, as well as less of an impact on our environment.

I don't believe that everyone needs an SUV or has a right to fly across Europe for a stag party. These acts are fuelling climate breakdown.

In the last couple of days we've heard about the accelerating collapse of the west Antarctic glacier, which could see sea levels rise by 65 centimetres. This is doomsday stuff, so I would ask the Commission not to succumb to those who portray the environmental discussion as meaning less mobility for people. In fact, it means more, safer and greener mobility for all, and we need to marry environmental and social justice.

VORSITZ: OTHMAR KARAS*Vizepräsident*

Philippe Olivier, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, en posant la question de la précarité énergétique, vous mettez en discussion un problème réel: l'explosion actuelle du coût de l'énergie – gaz, électricité, carburants – suscite dans mon pays un légitime climat de révolte.

Mais il ne suffit pas d'évoquer des problèmes quand des présupposés idéologiques, au mieux vous interdisent d'y apporter des réponses, au pire contribuent à les aggraver. Force est de constater que les politiques de persécution fiscale des automobilistes ou d'inflation normative pour l'utilisation des énergies fossiles vont être particulièrement préjudiciables à deux catégories de personnes: les plus pauvres, qui ne peuvent pas changer de voiture, et les ruraux, qui ne bénéficient pas d'une offre de transports publics.

Sous couvert d'écologie, votre politique ne contribue qu'à aggraver les inégalités sociales ou territoriales, à renforcer de fait la métropolisation. Nous pensons qu'il faut aller dans un sens inverse qui est la dé-métropolisation, c'est à dire le rééquilibrage entre les zones urbaines et les zones rurales.

Cela passe évidemment par la nécessité de repenser le développement économique, les infrastructures, mais aussi une offre de transports publics et privés qui ne soit plus pénalisante.

Έλενα Κουντουρά, *εξ ονόματος της Ομάδας The Left.* – Κύριε Πρόεδρε, οι φιλόδοξες πολιτικές για το κλίμα απαιτούν εξίσου φιλόδοξες πολιτικές στήριξης των μεταφορικών αναγκών των πολιτών.

Οι τιμές των καυσίμων έχουν εκτοξευθεί στην Ελλάδα, η βενζίνη έχει φτάσει τα 1,74 ευρώ το λίτρο, από τις υψηλότερες στην Ευρώπη. Στα υπέροχα ελληνικά νησιά που απολαμβάνετε τις διακοπές σας, τα καύσιμα κοστίζουν ακόμα πιο ακριβά και, σε συνδυασμό με το δυσβάστακτο μεταφορικό κόστος και το υψηλό κόστος διαβίωσης, δημιουργούνται συνθήκες δημογραφικής παρακμής, μεγαλύτερης απομόνωσης και αποκλεισμού. Σταδιακά, τα παλαιότερα μοντέλα αυτοκινήτων αποσύρονται υποχρεωτικά, χωρίς όμως επαρκή πρόβλεψη για την οικονομική δυνατότητα των πιο αδύναμων πολιτών να τα αντικαταστήσουν.

Διεκδικούμε: Αξιόπιστα και ασφαλή μέσα μαζικής μεταφοράς, δωρεάν ή τουλάχιστον με προσιτό κόστος για όλους στις αστικές μετακινήσεις, αξιοποιώντας νέα χρηματοδοτικά εργαλεία. Μείωση του κόστους σιδηροδρομικών εισιτηρίων. Κίνητρα για την απόσυρση ρυπογόνων αυτοκινήτων και αντικατάστασή τους με καθαρά αυτοκίνητα, κυρίως γι' αυτούς που τα χρησιμοποιούν για βιοποριστικούς λόγους. Και τέλος, γενναία στήριξη των νησιωτών, ώστε να μην παρακμάσουν τα νησιά μας υπό το βάρος του μεταφορικού κόστους. Χρόνια πολλά, καλές γιορτές!

Jens Gieseke (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin Vălean, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber reden wir heute eigentlich? Über Transportarmut. Mobilität wird unerschwinglich, für viele Menschen schlicht nicht bezahlbar.

Es gibt in Europa 18 Millionen Berufspendler – über die Hälfte von ihnen nutzt das Auto für den täglichen Weg zur Arbeit. Besonders betroffen sind Menschen in der ländlichen Region, im ländlichen Raum.

Was sind die Ursachen für diese Entwicklung? Der Preis natürlich. Aber die entscheidenden Treiber sind vor allem Steuern und Abgaben. Beispiele für einen Liter Benzin: 65 Cent in Deutschland, 71 Cent in Griechenland und 72 Cent in Italien.

Ja, wir wollen den Wandel. Wir wollen CO₂-Neutralität bis 2050. Das wollen wir aber nicht auf dem Rücken der Menschen, die ihr Auto brauchen, um ihr Einkommen zu sichern. Mobilität muss bezahlbar bleiben.

Hier im Parlament sind es vor allem die Grünen und die Sozialisten, die immer neue Steuern und Gebühren und einen möglichst hohen CO₂-Preis fordern. Hinterher rufen sie dann nach einem sozialen Ausgleich und Umverteilung.

Ich bin dafür, dass wir dieses Problem endlich an der Wurzel packen. Das heißt: Zurückhaltung bei der dauernden Einführung neuer Abgaben, Steuern und Belastungen; maßvolle, pragmatische Regulierungen, die soziale Auswirkungen berücksichtigen.

Wenn wir das beherzigen, müssen wir nicht im Nachhinein wieder kostspielig über den Umweg sozialer Fonds die von uns geschaffenen Nachteile wieder ausgleichen. Individuelle Mobilität muss für alle bezahlbar bleiben. Vielen Dank und frohe Weihnachten!

Vera Tax (S&D). – Voorzitter, wat fijn dat de heer Gieseke al weet wat wij gaan doen als sociaaldemocraten. Het is altijd prettig om te weten dat u daar ook heel erg in geïnteresseerd bent.

Mobilité is belangrijk voor ons allemaal. Zo kunnen we naar het werk, naar onze familie en naar onze vrienden, naar alles wat belangrijk is in ons leven. Maar veel mensen kunnen niet volledig deelnemen aan de samenleving. Belangrijk is het structurele gebrek aan vervoersmiddelen, maar ook de beperkte toegankelijkheid van het openbaar vervoer voor mindervaliden, oudere mensen. En inderdaad, tel daarbij op de hoge kosten van het vervoer: 13 % van het huishouden gaat er gemiddeld naar de kosten van vervoer. Voor COVID was dat nog meer dan wat we in de EU gemiddeld uitgaven aan eten en drinken.

Dit is dus een probleem waar we goed op moeten letten. Nu we beginnen met de Green Deal, met daarin een grote rol voor het vergroenen van de vervoersector, is het dus belangrijk dat we de mens centraal stellen. Niet de auto, maar de mensen die in die auto rijden. Alle mensen in de EU hebben recht op toegankelijk en betaalbaar vervoer.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señor presidente, señora comisaria, la libre circulación de personas y mercancías es una de las claves que anima el proyecto europeo.

Es clave para la construcción de la ciudadanía europea, porque propicia la convivencia de la diversidad, y para el mercado único, porque acaba con las barreras que permitían a muchos agentes económicos vivir en sus zonas de confort. Es, además, una herramienta fundamental para la integración.

Por eso, impulsar un sistema integrado, inteligente y accesible de movilidad es también una parte sustancial del modelo social europeo. Animemos, en consecuencia, un debate holístico sobre el papel de la movilidad y el transporte desde la perspectiva de la integración. Asumamos que las redes de transporte público son vitales para que muchas personas dispongan de las oportunidades que favorece la movilidad. Reconozcamos que combatir la pobreza en el transporte debe incorporarse a la agenda pública con la misma energía con que hablamos de la pobreza energética, y trabajemos para que este sea un empeño prioritario de nuestro modelo social.

Leila Chaïbi (The Left). – . Monsieur le Président, Madame la Commissaire, il n'y a pas de meilleur endroit qu'une station-service pour comprendre l'augmentation du prix de l'essence. C'est pourquoi je me suis rendue à la station de Champigny-sur-Marne, en région parisienne. Pourquoi cette station, me direz-vous ? Parce que c'était ce matin-là la moins chère de tout l'Est parisien. Certains des automobilistes que j'ai rencontrés avaient conduit 20 km afin d'économiser entre 3 et 5 euros sur leur plein de gazole. Ils m'ont fait part de leur difficulté à faire le plein et du manque de transports en commun en banlieue. Ils m'ont aussi dit qu'ils rognent sur d'autres dépenses pour continuer à utiliser la voiture.

Madame la Commissaire, les gens souffrent de l'augmentation des prix du carburant, du gaz et de l'électricité, surtout quand les salaires, eux, n'augmentent pas. Pour faire face à cette situation, l'Europe va se doter d'un instrument, le Fonds social pour le climat. Un fonds qui ne sera utile que s'il permet aux gens de la station de Champigny de se déplacer sans saigner leur porte-monnaie.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Osoby dotknięte ubóstwem transportowym mają ograniczony dostęp do dóbr, usług czy kapitału społecznego, a to z kolei ogranicza ich życiowe szanse. A przecież praca, dom, edukacja, zakupy czy ochrona zdrowia to niezbędne mobilności w naszym życiu.

Ubóstwo transportowe dotyka zazwyczaj osoby starsze, niepełnosprawne, kobiety, dzieci, ludzi biednych czy żyjących na terenach oddalonych, z ograniczoną dostępnością transportu zbiorowego. Dlatego likwidacja wszelkich barier transportowych, a tym samym ubóstwa i wykluczenia, powinna stanowić priorytet polityki społecznej Unii Europejskiej.

Przygotowywane zmiany i propozycje powinny brać pod uwagę pogarszającą się niestety sytuację ekonomiczną znacznej części mieszkańców Unii Europejskiej, wywołaną kolejnymi falami COVID oraz rosnącymi cenami paliw, towarów czy usług, o czym tu moi przedmówcy już mówili.

Powinniśmy także uwzględniać społeczny odbiór proponowanych rozwiązań i procesu transformacji energetycznej, które mogą ograniczać albo już ograniczają zaufanie do tych regulacji, bo ich konsekwencją mogą być dodatkowe obciążenia finansowe gospodarstw domowych.

Musimy też pamiętać, pani komisarz, że nawet najlepsze propozycje, takie jak na przykład samochody niskoemisyjne, są cały czas zbyt drogie dla dużej części społeczeństwa i nawet specjalne zachęty tego nie zmieniają. Jeżeli chcemy przejść na gospodarkę niskoemisyjną, osiągnąć neutralność klimatyczną, to musimy pamiętać, że nie może się to odbywać tylko i wyłącznie kosztem mieszkańców Unii Europejskiej.

Josianne Cutajar (S&D). – Sur President, il-faqar fit-trasport hu realtà fl-Unjoni Ewropea. Jeżisti fiż-żoni urbani, fl-irhula tagħna, ir-reġjuni kostali u l-gżejjer. Il-problema għandha impatt fuq familji bi dħul baxx madwar l-Ewropa, u wkoll fuq persuni b'diżabilità li m'għandhomx biżżejjed aċċess. Għal din ir-raġuni rridu nfasslu pjanijiet ta' mobbiltà u investimenti b'mod mahsub u speċifiku, anki għal reġjuni differenti. Irridu nkunu realistiċi, irridu nassiguraw li l-foqra u l-vulnerabbli ma jkunux dawk li jhallu l-ogħla prezz fit-tranżizzjoni ambjentali. X'jiġri meta l-karozzi l-qodma jit-waqqfu? Il-prezzijiet jiżdiedu. Din hija r-raġuni għaliex ahna rridu naraw li nfasslu mekkaniżmi ta' kumpens u niżguraw li politiki ta' tranżizzjoni għusta jikkumpanjaw il-patt ekoloġiku. Iżda mhux biss. L-użu aħjar tad-data, it-trasport pubbliku b'xejn, kif qed jiġi implimentat f'pajjiżi, Malta, u l-promozzjonijiet ta' soluzzjonijiet alternattivi bħall-car pooling iridu jsiru realtà. Ejjew inhaddnu l-valuri tagħna ta' inkluzività u moviment hieles billi nindirizzaw il-faqar fit-trasport bil-fatti.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, a subida do preço dos combustíveis tem sido uma constante ao longo deste último ano. Poderíamos elencar inúmeros fatores, internos e externos, que originaram esta subida galopante, mas julgo que o mais importante é garantir que todos os cidadãos europeus, independentemente de onde vivam, da existência ou não da oferta de serviços públicos, não sejam privados da utilização de carro, de avião ou de comboio por não conseguirem comportar os custos associados aos combustíveis ou a novas taxas.

A solução para países como Portugal não é o comboio em detrimento do avião ou vice-versa. A solução passa por criar uma mobilidade sustentável de todos os modos de transporte, de acordo com as características de cada território.

A transição energética e a aposta na mobilidade sustentável vão penalizar os veículos mais poluentes para desincentivar a sua utilização. Precisamos, pois, de garantir aos cidadãos europeus que terão medidas de apoio, evitando a exclusão social de quem vive em regiões de baixa densidade populacional, regiões insulares e também nas regiões ultraperiféricas.

Há muito que apelamos à Comissão a aprovação de um POSEI em transporte e energia, fulcral para regiões do meu país como a Madeira e os Açores, apoiando os sobrecustos dos transportes para pessoas e mercadorias e servindo igualmente para os territórios do interior de Portugal privados de outro meio de transporte que não o rodoviário.

O custo desta transição irá recair sobretudo nos cidadãos, na classe média. É, por isso, urgente que trabalhemos juntos para garantir a implementação de medidas temporárias, de apoio e delegações, para que não se atinjam níveis de pobreza em matéria de transportes.

Milan Brglez (S&D). – Predsedujoči, hvala za besedo. Spoštovana komisarka, spoštovane kolegice in kolegi. Dejstvo je, da je gospodarski napredek, pa tudi socialni napredek, ključno povezan z razvojem prevozne infrastrukture in povezljivosti in da revščina na področju prevoza ogroža uresničevanje človekovih pravic, saj nedostopnost blaga, javnih storitev in socialnega kapitala pomeni družbeno izključenost predvsem za starejše osebe, osebe z gibalno oviranostjo ter prebivalce na podeželju.

Zato potrebujemo vključujoče politike predvsem javnega prevoza, ki bodo dostopnost fizično in cenovno zagotovili, in prav tako tudi časovno učinkovitost. Na področju okoljskega napredka pa potrebujemo okoljsko vzdržen in trajnosten transportni sistem, kar bo pravzaprav lažje na področju letalstva kot v primeru določanja cen za izpuste motornih vozil.

Zaradi vsega tega je potrebno, da evropska politika zagotovi učinkovite varnostne mreže, ki bodo preprečile, da bi socialna dobrobit ljudi postala kolateralna škoda skupnih okoljskih ambicij, predvsem pa gospodarskih interesov.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la transizione sulla quale stiamo lavorando da tempo può essere ingiusta, cioè può generare costi sociali superiori al valore che produce. Noi dobbiamo evitare che si verifichi questa contraddizione.

Come è possibile evitarlo? Abbiamo scoperto che esistono tentativi da parte della Commissione, apprezzabili, ad esempio quello dell'istituzione di un fondo sociale per il clima per compensare i costi aumentati, ma il rischio di quello strumento, come qualcuno ha detto prima di me, è quello di essere piuttosto contraddittorio. Perché? Perché le risorse che lo alimentano sono determinate da strumenti che molto spesso sono gli stessi strumenti che hanno determinato l'aumento dei costi. Una certa modalità di riconcepire l'ETS, ad esempio, questione molto tecnica ma non priva di significato.

Allora, il mix energetico del quale spesso parliamo, il mix tecnologico del quale spesso parliamo è l'unica soluzione, affinché l'impatto sociale di questa ambiziosa transizione non diventi tale da trasformare il Green Deal, di cui stiamo parlando, in un esperimento sulla pelle delle famiglie, sulla pelle dei soggetti più deboli della società.

Il mix tecnologico, la neutralità tecnologica è la soluzione perché il costo della transizione sia sostenibile, come le nostre ambizioni ambientali.

Андрей Новаков (PPE). – Г-н Председател, ако направим цената на бензина две евро, няма да спасим околната среда. Ако обложим с въглероден данък самолетните билети, няма да качим качеството на въздуха, а ще свалим хората от самолетите.

Много е лесно да се говори за енергията на слънцето, за енергията на вятъра, ама през лятото. Сега през зимата всички се греем на въглища и газ, включително тази зала в момента.

Въобще виждам зараждането на един нов тип политики – наричам ги вертолети, защото витаят в облаците, от време на време кацат на Земята, за да вдигнат малко шум и прах в очите на хората, и след това отлитат отново.

Те трябва да знаят, че ще срещнат разумния отпор на всички нас, които все още ходим по земята и си говорим с хората.

Аз вярвам в пазара. И когато електроавтомобилите станат достатъчно добри, и по-добри от обикновените автомобили, хората ще започнат сами да ги купуват и без да ги задължаваме с гласуване в тази зала.

Когато благодарение на технологията можем да ползваме енергията от слънцето и вятъра почти безплатно, уверявам ви, никой няма да слезе да копае под земята каквото и да било.

Това е. Всичко друго са илюзии. И високи сметки. Често в комбинация.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, vážený pane komisaři, mobilita je nezbytná pro každodenní život evropských občanů, samozřejmě pro zaměstnance, dodavatele služeb, pro běžné občany. V roce 2016 průměrný občan v Evropě ujel 36 km za den, což je poměrně významná vzdálenost. Stále více se však ukazuje, že dnešní dopravní systém není udržitelný. Z různých důvodů: emise, dopad na životní prostředí, samozřejmě na zdraví lidí. Alarmující je, že více než 80 % této dopravy probíhá autem, což samozřejmě implikuje zásadní sociální a ekonomické dopady.

Chtěl bych v této souvislosti zmínit několik dimenzí dopravní chudoby. Zaprvé, lidé nemají dostatek prostředků na použití této dopravy. Státy či regiony nedostatečně investují do alternativních způsobů dopravy, které jsou cenově dostupnější a samozřejmě také ekologičtější. A reálně nedochází k dobré dostupnosti těch cílových destinací pro nákupy, pro lékařskou péči, samozřejmě pro práci. Co potřebujeme? Samozřejmě shromažďovat údaje o tom, kde a v jakém rozsahu problém existuje. Chci zdůraznit například, že doprava ve městech je asi šestkrát dostupnější než na venkově. Tuto diskriminaci si nemůžeme dovolit nadále tolerovat. A samozřejmě je zde prostor pro Evropskou komisi. Ta by v tomto smyslu mohla napomoci usnadnit přenos dobrých politických řešení mezi členskými státy, regiony a místními orgány.

Merry Christmas for everyone from Prague.

Adina-Ioana Vălean, *Member of the Commission*. – Mr President, it is, as usual, a pleasure to listen to colleagues here in the House and you are all very much up with the times with your debates, and I can see what is worrying you. It is worrying what is going on right now in Europe with energy prices but we have to be aware and differentiate a bit between what is actually transport policy and what is the global market and other global effects on the issue.

What is interesting, and was raised by you, is to discuss the cumulative effects of various measures in the Fit for 55 package, which are beyond transport policies directly. The truth is that the Commission's modelling estimates the cumulative effects of the different policy proposals over time. This is true not only for cost but also for benefits, such as important air quality or reduced fossil fuel import bills. Importantly, as the modelling has shown, the proposed measures interact and stress on each other. So the right mix of policies lessens the possible negative impacts and enables greater ambition.

Road transport provides an example of this dynamic at work. Improving CO₂ standards for cars and vans will ensure the supply of low emission vehicles. A mix of taxation and carbon pricing provides incentives for the purchase of low emission vehicles, ensuring demand. And finally, providing support for installing charging infrastructure will ensure that the transition is feasible. So this would be the plan that explains the package. Let's hope that the market also will kick in somewhere in all this story, and then we will have a more natural and solid transition.

What are we doing in transport to address the complexity of the issues brought about by the transition? This is highlighted in the smart and sustainable mobility strategy. You discussed it and you looked at the basket of measures I was proposing and you said it was OK, because it is for the transition, it is for each mode, it is for multimodality. We are adding brick by brick to this construction of the sustainable future of transport, the last one being yesterday with the TEN-T Regulation. So I trust that if we are discussing and approaching it from all angles, looking at the threats but also the benefits, looking at the costs but also at where we can reduce the costs in other parts, it might in the end come to a positive result.

The emissions trading system (ETS) was discussed in particular. It's true that the ETS is proposed for roads and buildings and this is something new. And of course, we don't want to create an effect which would lead to poverty in transport for people because of the increase in prices. The measure envisaged by the Commission was the creation of the social climate fund, which will channel around 25% of auction revenues from the new ETS to counter energy and transport poverty. The fund will support measures and investments intended to grant improved access to zero- and low-emission mobility and transport. Member States are also able to give temporary direct support to vulnerable households to absorb the ETS immediate price impact – indeed, from their budgets, in answer to Mr Marinescu, where else from?

The Commission, also proposes that the Member States dedicate all revenues from the existing and the new ETS to these climate-related purposes. And I know very well that in this House, each time we agree on taxes or put a price on the externalities, we ask that the money collected will go towards innovation and green policies so that the cost of these externalities will be reduced over time.

Apart from the social climate fund, all the others, as I said in my initial speech – the Social Fund, the Just Transition Fund, the Cohesion Fund – are all envisaged to support this transition and the eventual impact of the ETS on buildings and roads.

But the ball is in your court and I'm looking forward to your debate in the European Parliament on this topic. We are here as a Commission to support this debate and look forward to a good outcome from it.

In transport policy, in particular, if you look at all the measures, a basket of measures we are proposing in our strategy, you will see that it all makes sense for a solid transition towards more sustainable and smart transport.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – Povertà e disuguaglianza nell'ambito dei trasporti, sollevano una questione centrale nella pianificazione della transizione verde, la quale deve essere equa ed inclusiva per tutti. Le complesse sfide ambientali si intrecciano inevitabilmente con quelle di natura sociale nel contesto delle problematiche legate alla disponibilità ed accessibilità dei trasporti, riduzione delle emissioni e dipendenza dai combustibili fossili. L'aumento dei costi dei trasporti così come la scarsità o inesistenza dei servizi pubblici per favorire la mobilità, incide notevolmente nella vita quotidiana dei cittadini che ne dipendono maggiormente, potendo rappresentare un ostacolo per l'accesso a cure mediche, istruzione e occupazione. L'esigenza di agevolare mobilità e migliorare collegamenti è avvertita soprattutto nelle aree rurali, periferiche ed insulari. Occorreranno notevoli risorse per affrontare l'impatto sociale del Green Deal sulle famiglie a basso reddito, sulle microimprese e sugli utenti dei trasporti. Inoltre, atteso che la rete TEN-T dovrebbe garantire la coesione economica, sociale e territoriale, nonché accessibilità e connettività di tutte le aree dell'UE, comprese quelle più remote, stimolando in tal modo il loro sviluppo e la riduzione delle disuguaglianze, è necessario che venga aggiornata adeguatamente la metodologia usata per conseguire tali obiettivi.

22. Bestandsaufnahme zum Europäischen Jahr der Schiene (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Bestandsaufnahme zum Europäischen Jahr der Schiene (2021/3016(RSP)).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Adina-Ioana Vălean, *Member of the Commission*. – Mr President, one year ago I addressed this European Parliament plenary to thank you for your support to adoption of the decision to declare 2021 the European Year of Rail. One year later, I'm very happy to be with you again to take stock of what we have achieved and to outline what the year has delivered.

As the end of the European Year of Rail is approaching, I can confidently say that there is a strong appetite for rail in Europe. Despite the COVID-19 pandemic, the European Year of Rail has been welcomed with great enthusiasm by the sector and beyond. So far, we have received more than 350 proposals for events and activities.

The Connecting Europe Express, a dedicated train that travelled across Europe in September and October, visiting 26 countries in 36 days, has been one of the main highlights of the year. It truly lived up to its name, as it brought together national, regional and local authorities, society at large and the rail sector. It encouraged more than 40 partners from the sector to join forces to set up an unprecedented pan-European rail service, clearly showing that Europe is stronger together.

At every one of the more than 200 stops along the journey, we were welcomed with great enthusiasm by national, regional, local authorities, stakeholders and citizens, including some of you. We also collected one or more flags at each of these stops, which means that by the moment we reached our end destination in Paris, we had gathered more than 200 flags. So what a beautiful way to symbolise the unifying power of railways in Europe.

However, the Connecting Europe Express also illustrated very well the many obstacles rail still faces and needs to overcome to become the preferred mode of transport. Ideally, the Connecting Europe Express should have been one single train, but the lack of interoperability between some parts of the European network meant that we had to have three different trains to fit the different gauges used in Europe. And this is only one part of the story, as our journey across Europe highlighted many other issues that we still need to address to fully benefit from rail's sustainability potential.

So, my takeaway from the Year of Rail is that we need more and better rail. As to make rail more attractive, we need to make rail more reliable, flexible and cost-effective, which is not possible without further innovation and digitalisation. I'm happy, therefore, that in November, the Council adopted the regulation establishing Europe's Rail Joint Undertaking, the successor of Shift2Rail.

At EU level, the lessons learned from the Connecting Europe Express have already fed into our proposals to boost the rail sector. Yesterday, we presented the action plan to boost passenger rail services. This plan builds on efforts by Member States to make key connections between cities faster, through better managing infrastructure capacity, coordinating timetables, pooling locomotives, coaches and wagons, and improving infrastructure to make new train services possible. Yesterday, in the same package, we also adopted a proposal for the revision of the TEN-T guidelines and the Rail Freight Corridors Regulation.

Our proposal aims to ensure a stronger link between good infrastructure and good capacity, creating true European transport corridors for rail. In the TEN-T revision, we also build in stronger coordination of investments and the removal of operational obstacles for both rail freight and passengers. And we will continue focusing on rail in our future works, as we will be preparing the Green Freight package for the end of 2022, in which rail will also play a prominent role. It will be our contribution to make sure that the momentum continues beyond the European Year of Rail.

So thank you very much for your attention and your support during this year full of events.

Barbara Thaler, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I fully agree. I think the European Year of Rail was a success. The flagship project, the Connecting Europe Express, was a good showcase and I took the good opportunity and joined the ride.

The Commission, together with the partners from CEF, did an amazing job to make it happen and how they made it happen. But the Connecting Europe Express also showed that you cannot simply cross a border if you are on a train. So instead of sending one train, and the same train through Europe, we had to use three, and the coaches had to be pulled by different locomotives depending on the country the train was driving through.

But dear colleagues, I do not want to touch the topic of artificial burden and sky high hurdles for rail, I will not touch upon tail plates versus tail lights, because today we should acknowledge and celebrate what we achieved during the European Year of Rail, especially if you factor in that COVID-19 is not particularly a friend of cross-border journeys.

However, I am really glad that you, dear Commissioner, together with Christian Schmidt and Herald Ruijters, know anyhow what needs to be done, and I know that you are working very hard to make this single European railway a reality.

And you can count on Parliament on this, you can count on this House, that the objective which unites us across groups is to finally break the chains of national rules in order to fully unleash the potential of rail. So that in 2030, maybe, the next connecting Europe Express Train can freely criss-cross the continent with the same locomotive and the same driver and the same staff in the same coaches.

I truly believe in that, and I want to thank everyone who contributed to the European Year of Rail. The next station is called TEN-T legislation. Let's do it together!

Isabel García Muñoz, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señora comisaria, la verdad es que coincido con gran parte de su intervención. Hace justo un año celebrábamos un debate sobre nuestras expectativas para el Año Europeo del Ferrocarril y hoy tenemos la oportunidad de hacer balance de esta iniciativa europea y podemos decir que ha servido para trasladar a la ciudadanía las ventajas del ferrocarril, pero también para poner en evidencia los retos que se han de superar para alcanzar ese ansiado espacio ferroviario europeo único.

La iniciativa más tangible de este año europeo ha sido Connecting Europe Express, un tren que recorrió veintiséis países, cruzó treinta y tres fronteras y nos deja muchas lecciones aprendidas, pero también una lista de deberes por hacer para superar la actual falta de interoperabilidad de la red transeuropea de ferrocarril: en su recorrido, este tren tuvo que hacer frente a tres anchos de vía diferentes, usar cincuenta y cinco locomotoras por los distintos sistemas de señalización y tipos de tensión eléctrica e incluso cambiar varias veces de maquinista. Hacer patentes estos desafíos solo pretende servir para que renovemos nuestro compromiso con el ferrocarril europeo, un compromiso que llega en un momento oportuno para incluir muchas de estas enseñanzas en la revisión del Reglamento de la red transeuropea de transporte, cuya propuesta presentó ayer la Comisión.

Pero necesitamos su ayuda, señora comisaria, y el compromiso de los Estados miembros: hace falta aumentar la colaboración público-privada para invertir en infraestructuras, avanzar en proyectos y cumplir con los plazos; hay que crear incentivos al ferrocarril para hacerlo más competitivo, más atractivo y más asequible; se debe hacer un eficaz uso de los fondos europeos, de Next Generation EU, de forma complementaria a otros Fondos europeos, como el FED o el FEDER, y se debe apostar por una visión europea. Hace falta voluntad política —y la cooperación transfronteriza en proyectos de alto valor añadido europeo— para impulsar y para continuar la implementación del Sistema de Gestión del Tráfico Ferroviario Europeo, del ancho de vía europeo y de la electrificación de la red. El Año Europeo del Ferrocarril se acaba, pero nuestro empeño ha de seguir intacto para que el próximo Connecting Europe Express sirva, como su nombre indica, para conectar a los europeos y europeas de una forma eficaz y rápida.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señora comisaria, el Año Europeo del Ferrocarril ha sido más que una buena idea. El gran público ha descubierto el tren como agente clave contra el cambio climático. Ha unido a operadores y agentes decisivos para que el transporte de pasajeros en alta velocidad se triplique de aquí a 2050 y el de mercancías se duplique para esa fecha.

Dar continuidad a esta iniciativa implica que los Fondos Next Generation apoyen innovación y digitalización en el sector; obliga a Estados y autoridades comunitarias a cumplir sus compromisos y concluir dentro del plazo establecido las obras que deben convertir en una realidad interoperable y libre de cuellos de botella las redes transeuropeas de transporte; y anima a desplegar con rapidez el sistema de control ERTMS, clave para la interoperabilidad tecnológica y la gestión de redes y tráfico.

Hay que implementar el Cuarto paquete ferroviario, acabar con la reglamentación que fragmenta el mercado europeo del sector y apoyar al tren con la misma energía con que se ha socorrido a las líneas aéreas. Porque el sector del transporte ferroviario, a causa de la pandemia, ha perdido 50 000 millones de euros en dos años.

Este programa de trabajo permitirá a los usuarios, que este año han ganado derechos de la mano de la Unión, que disfruten de trenes cada día más cómodos, puntuales, rápidos, económicos, accesibles y con la etiqueta verde que convierte elegir el tren en un acto de militancia para el futuro del planeta.

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, l'année du train est sur le point de s'achever et il est l'heure de parler résultats.

Résultats non seulement de l'opération de communication du mécanisme pour l'interconnexion en Europe, mais aussi de la relance du ferroviaire en Europe. Et c'est là qu'on peut dire que les résultats se font attendre! Nous ne pouvons plus nous contenter de petits pas.

S'il est encore utile de le rappeler, nous faisons face à une urgence climatique qui nous terrassera si nous ne faisons rien ou pas assez. Oui, le train est à la croisée des enjeux climatiques, sociaux, d'emploi et d'intégration européenne. Il mérite une action ambitieuse de la part de la Commission comme des États membres.

Le train, c'est quinze fois moins d'émissions que l'avion pour le transport des voyageurs comme des marchandises. Le train, c'est le levier de la réindustrialisation européenne de demain. En clair, c'est un moyen qui est bon pour le climat et pour l'emploi. Il nous faudra bien plus qu'une année pour mettre en place la stratégie industrielle et les financements qu'elle mérite.

Mais je le dis ce soir, c'est maintenant que tout commence. Plus de trains de nuit partout en Europe, plus de fret ferroviaire, c'est maintenant! Nous avons posé les premiers rails; il faut une réelle politique industrielle du matériel roulant, une politique du train qui soit moins chère, qui soit accessible pour tous les citoyens européens et toutes les citoyennes européennes, mais surtout la réconciliation de nos territoires et une politique environnementale qui soit digne de ce nom.

Alors, mes chers collègues, le train, c'est le moyen de transport du futur. Ne restons pas à quai, attrapons le bon train, pour l'avenir.

Maximilian Krah, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Jetzt muss ich doch etwas Wasser in den Wein schütten, denn das, was wir hier mit einer zweiten Debatte feiern, ist eine PR-Kampagne.

Durch das Jahr der Schiene ist keine einzige neue Strecke gebaut worden, kein einziger neuer Zug fährt. Genau das ist das Problem: Wir sind zwar begeistert von der Bahn, aber nach wie vor kostet eben der Bau einer einfachen neuen Strecke mehrere Jahrzehnte. Selbst eine Straßenbahnlinie in meiner Heimatstadt Dresden hat längere Planungs- und Bauzeiten als eine U-Bahnstrecke in Asien. Da kann man noch viele Jahre der Schiene machen – es wird sich trotzdem nichts verändern.

Genau deshalb sind wir skeptisch gegenüber solchen PR-Aktionen. Was wir brauchen, ist die tatsächliche Verbesserung der Bahnstrecken, und das nicht nur zwischen den großen Städten, sondern auch im ländlichen Raum. Wo bleibt denn mal ein Programm der Kommission, Nebenstrecken so zu verbinden, dass sie wieder grenzüberschreitend sind? Da höre ich nichts, da sehe ich nichts. Drei verschiedene Züge im Jahr der Schiene durch Europa zu senden und ein bisschen PR für sich selbst zu machen: Das ist die EU, aber das ist keine Politik für die Schiene.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, no Ano Europeu da Ferrovia aceitei o vosso desafio: deslocar-me de comboio de Lisboa a Estrasburgo. Em três dias de viagem seis comboios, 57 horas. Esta viagem demonstra que a vossa propaganda não tem adesão à realidade.

A supressão das ligações internacionais desde Portugal representando um inaceitável retrocesso de 130 anos são um sinal do processo de liberalização e de harmonização imposto desde a União Europeia para a ferrovia que serve o caminho da concentração da operação à medida das grandes multinacionais e contribui para a degradação das ligações internacionais, regionais e locais, que o desinvestimento de sucessivos governos efetivou.

A aposta na ferrovia, como um elemento estruturante da coesão territorial e da promoção da mobilidade, exige uma resposta pública nacional que responda, em primeiro lugar, às necessidades das populações e de desenvolvimento de cada país, prevendo investimentos a longo prazo na renovação da frota com a incorporação nacional na vertente tecnológica e produtiva, o reforço ou a reposição de ligações, o aumento da oferta, a redução de tarifas.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Kończący się 2021 r. to Europejski Rok Kolei, inicjatywa, która promuje właśnie ten środek transportu. Ale są takie miejsca w Europie, w których do kolei nie trzeba nikogo przekonywać, jak śląska metropolia. Dojazd pociągiem, cugiem (to w języku śląskim) do pracy to codzienność dla tysięcy pracowników. I ja jestem z tego dumny.

Niestety wciąż za mało jako Unia wydajemy na infrastrukturę kolejową. Wciąż mamy pociągi bez klimatyzacji, a zamiast dworców – pasek betonu w szczerym polu. I mówię tutaj o całej Europie.

Bezpieczeństwo. Często słyszymy, że najbardziej niebezpieczne okolice w miastach to te wokół dworca. Katowice, miasto na Górnym Śląsku, w którym się urodziłem, wybitnie pokazało, że z mało przyjaznego miejsca można zrobić jeden z najładniejszych i najbezpieczniejszych dworców kolejowych. Bierzmy przykład ze śląskiej stolicy w całej Unii. I na koniec: nie trzeba promować kolei, by zachęcić do niej Europejki i Europejczyków. Ale trzeba w kolej inwestować konkretne pieniądze na tory, pociągi i dworce. To sedno Europejskiego Roku Kolei, roku, który powinien trwać cały rok.

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señor presidente, estimada comisaria, paradójicamente el Año Europeo del Ferrocarril ha sido para algunos ciudadanos y territorios de la Unión Europea el año del desmantelamiento del ferrocarril, y es que algunos ciudadanos de algún Estado miembro, en concreto de España, y en concreto de Cuenca, llevan prácticamente todo este año 2021 con un cartel como el que les voy a enseñar en las estaciones de tren que dice lo siguiente, y leo textualmente: «Hasta nuevo aviso, y debido al deficiente estado de infraestructuras derivado de los temporales Filomena y Hortense, se encuentra suspendido el servicio para la media distancia entre Cuenca y Utiel».

Pues bien, señorías, aprovechando esta situación, el Gobierno de España ha anunciado recientemente el cierre definitivo del servicio ferroviario cuando solamente se necesitan dos cosas: mantenimiento y, lo más importante, voluntad política. Por lo tanto, señorías, aprovecho este debate sobre el Año Europeo del Ferrocarril para instar a las autoridades españolas a rectificar y a proponer un plan de movilidad específico y alternativo para la provincia de Cuenca que no pase por el desmantelamiento del tren convencional, algo que es todo lo contrario, lo opuesto, a lo que ha defendido nuestra comisaria, que dice que este año, el Año Europeo del Ferrocarril, debería ser el año para tener más y mejores trenes.

Manuel Pizarro (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, quero começar por destacar o valor simbólico do Ano Europeu do Transporte Ferroviário que agora termina. Durante anos vivemos na ilusão de que as redes de auto-estradas e as viagens de avião tinham tornado a ferrovia obsoleta. Verificou-se desinvestimento e desinteresse. Foi um erro profundo.

As alterações climáticas e os problemas de mobilidade demonstram que o comboio é um transporte de futuro. É o mais eficiente do ponto de vista energético e o mais próximo da neutralidade carbónica inscrita no Pacto Ecológico Europeu. O comboio é um elemento essencial para a descarbonização do setor europeu dos transportes.

Reconhecemos o apoio dado ao setor da ferrovia ao abrigo dos mecanismos extraordinários da União no contexto da pandemia. Mas precisamos de muito mais. O apoio tem de ir muito além da resposta circunstancial às consequências da pandemia: tem de tornar-se um apoio estrutural, continuado e consequente. É imperioso e urgente um verdadeiro plano europeu de valorização da ferrovia.

Viva o comboio!

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank honourable Members for all their comments. I'm pleased to note their enthusiasm and support for the European Year of Rail, not just as a showcase for what rail means and will be in our lives in Europe, but as an essential part of our transport system.

Regarding the next steps, when we talk about the passengers, night trains included, you have seen in the action plan we launched yesterday that we have identified a series of actions on which we are going to act in the coming years in order to boost long-distance rail for passengers. That includes, of course, the night train, as long as the project promoters would like it and public service obligations kick in as is intended and has been announced in some Member States.

Regarding concrete action for what's going to happen next year, we will have a revised regulatory framework for train drivers, regulatory action to improve the capacity allocation and the traffic management process, guidelines for setting truck access charges that support long-distance and cross-border passenger services, a new regulation on multimodal digital mobility services for ticketing, assessment of the need for an EU-wide VAT exemption for international trade services, and so on and so forth, together with the ESO Regulation and interpretive guidelines. So we have a wealth of action identified and ready to discuss for the future of rail.

Coming back with a word on the last finale of the European Year of Rail, we are working on the last event. It will most likely take place in the context of the European Rail Summit, organised by CNSE on 21 February under the umbrella of the French Presidency. In addition, as announced in the European Year of Rail Decision, we will work on its evaluation and report back to the other European institutions. I think that this evaluation report will again be an opportunity for you – and for us actually – to reflect on the feedback received in the various events and activities organised during this year.

Just a word on the fact that next year is the European Year of Youth. The link between young people and rail is very important, on one hand because they are huge supporters of this more sustainable mode of transportation, but, on the other hand, because the transport sector needs more young people to join its workforce. Our rail companies are world champions and a valuable source of jobs and growth in the EU, but rail is currently facing an ageing challenge with a large share of its employees expected to retire. So I hope that the European Year of Youth next year will also be used by transport people as a great opportunity to talk about the opportunities and attract young people to professions in this sector.

Thank you very much. I wish you a Merry Christmas and a Happy New Year.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kommissarin! Auch wir wünschen Ihnen und ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen ein gesegnetes, frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr der Jugend, mit der Schiene.

Die Aussprache ist geschlossen.

23. **Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll**
24. **Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll**
25. **Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll**
26. **Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll**
27. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
28. **Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll**
29. **Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**
30. **Tagesordnung der nächsten Sitzung**

Der Präsident. – Die Sitzung ist geschlossen und wird morgen, Donnerstag, den 16. Dezember 2021, um 9.00 Uhr mit der Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission zum Thema „MeToo und Belästigung – Auswirkungen in den EU-Organen“ wieder aufgenommen.

Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

31. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 21.53 Uhr geschlossen)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5542

12.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. DEZEMBER 2021

(C/2024/5542)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 13. bis 16. Dezember 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. MeToo und Belästigung – Auswirkungen in den EU-Organen (Aussprache)	4
3. Erste Abstimmungsrunde	12
4. MeToo und Belästigung – Auswirkungen in den EU-Organen (Fortsetzung der Aussprache)	12
5. EU-weites Verbot des Einsatzes von Wildtieren in Zirkussen (Aussprache)	15
6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	24
6.1. Anhaltendes massives Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger in Russland: der Fall der Menschenrechtsorganisation Memorial	24
6.2. Die Lage in Kuba, insbesondere die Fälle von José Daniel Ferrer, der „Dame in Weiß“ Aymara Nieto sowie von Maykel Castillo, Luis Robles, Félix Navarro, Luis Manuel Otero, Pastor Lorenzo Rosales Fajardo, Andy Dunier García und Yunior García Aguilera	32
6.3. Zwangsarbeit in der Fabrik von Linglong und Umweltproteste in Serbien	38
7. Wiederaufnahme der Sitzung	45

Inhalt	Seite
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	45
9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	45
10. Wiederaufnahme der Sitzung	45
11. Zweite Abstimmungsrunde	45
12. Wiederaufnahme der Sitzung	46
13. Hindernisse für den freien Warenverkehr (Aussprache)	46
14. Wiederaufnahme der Sitzung	54
15. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	54
16. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	54
17. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	55
18. Petitionen: siehe Protokoll	55
19. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	55
20. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	55
21. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	55
22. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll	55
23. Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll	55
24. Rückzug von Verfahren auf der Grundlage eines Initiativberichts: siehe Protokoll	55
25. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll	55
26. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	55

Inhalt	Seite
27. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	55
28. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	55
29. Schluss der Sitzung	55
30. Unterbrechung der Sitzungsperiode	56

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. DEZEMBER 2021

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 9.00)

2. MeToo und Belästigung – Auswirkungen in den EU-Organen (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το πρώτο σημείο της ημερήσιας διάταξης είναι η συζήτηση επί της προφορικής ερώτησης της κ. Evelyn Regner, εξ ονόματος της Επιτροπής Δικαιωμάτων των Γυναικών και Ισότητας των Φύλων, με θέμα «MeToo και παρενόχληση – οι συνέπειες για τα θεσμικά όργανα της ΕΕ» (O-000074/2021 - B9-0045/21) (2021/2986(RSP)).

Θα ήθελα να σας ενημερώσω ότι για όλες τις συζητήσεις αυτής της περιόδου συνόδου δεν θα υπάρξει διαδικασία catch-the-eye και ότι δεν θα γίνουν δεκτές ερωτήσεις με γαλάζια κάρτα.

Επίσης, όπως και σε πρόσφατες περιόδους συνόδου, προβλέπονται εξ αποστάσεως παρεμβάσεις από τα Γραφεία Συνδέσμου του Κοινοβουλίου στα κράτη μέλη.

Θα ήθελα επίσης να σας υπενθυμίσω ότι οι παρεμβάσεις στο Ημικύκλιο θα συνεχιστούν από το κεντρικό βήμα. Θα σας παρακαλέσω λοιπόν να παρακολουθείτε τον κατάλογο των ομιλητών και να έρχεστε στο βήμα όταν πλησιάζει η σειρά σας να μιλήσετε.

Evelyn Regner, author. – Mr President, gender equality is a core value of the European Union, yet the many debates in this plenary week and around it have made it clear we are still far from achieving it.

We are indeed in a crisis, not only a sanitary one, a crisis of women and their rights. Women's rights have to be a priority on everyone's political agenda, also within the European Parliament and the other European institutions. We are not only an important political institution, we are also a workplace for thousands of people. And as a workplace, one thing is essential: respect. Respect between all of us, no matter the function or hierarchy. And this is why the Committee on Women's Rights and Gender Equality has tabled this oral question and drafted the resolution on MeToo and harassment in general.

It is not the first resolution on the topic. We already had two previous ones in 2017 and 2019. Harassment is still widespread in the European Union. We know that 90% of victims of sexual harassment are women and that sexual harassment is affecting 55% of all women in the European Union. This is more than a quarter of the population, and this number is higher when you ask women in the services sector, namely 61%, and rises to 75% of women working in top management or high-qualification jobs.

In addition, we also know that harassment is significantly under-reported, meaning numbers could be even worse than this. So this is why in the resolution we call on the Council to finally unblock the Istanbul Convention.

The Court of Justice recently confirmed that there is no legal obligation to wait on such an important topic like gender-based violence. The Council finally has to move; a workplace has to be safe, and harassment is a matter of health and safety, of workplace culture and of human rights.

We need to ensure that in the European Parliament we have zero tolerance towards any form of harassment, that victims are supported and know where to go and that perpetrators face consequences. In two previous resolutions, we had already called for mandatory anti-harassment trainings, but so far they were only voluntary and, shamefully, only a quarter of all Members have participated in one of these basic trainings. We can and we will have to do better than this.

The first step? More languages so our Members can participate in their native language and targeted outreach and in addition, a public list on the European Parliament's website of those Members who are a positive example since they already did the training and, crucially, finally making these trainings mandatory for Members, because apparently voluntary measures are not enough.

This does not interfere with our free mandate. On the contrary, we ask to be decent human beings towards our employees, so who would oppose that? The details of possible legally sound consequences will have to be discussed in detail and one might be to limit the recruitment of staff because it's not assured that the staff would be safe. Furthermore, we need to run an awareness-raising campaign and prevent any kind of retaliations against complaints, victims, witnesses and whistle-blowers. And in this regard, the resolution also calls for training for all levels of staff and an independent evaluation on the existing mechanisms and bodies. This includes an external audit, as already foreseen in the budget 2021, and, key here is also often transparency.

We know that the European Commission is reviewing its anti-harassment policy and in view of this, the three following questions are included in today's oral question to the Commission. What are the main elements of the anti-harassment strategies of the Commission and other European Union institutions and agencies? Are there any best practices on preventing conflict and harassment in the workplace and on good office management that could be applied throughout all institutions? And, is training on the prevention of sexual harassment mandatory at the Commission and other European Union institutions and agencies?

Let me conclude with the following statement. Anyone can be affected by harassment –Members, the political staff, the administrative staff. It happened to me, it happened to some assistants and it happened to staff members I know. So we all should be protected in case of harassment, but even more so, we should be allowed to work without such a violation of our human rights.

We all have the right to a safe and healthy workplace. We, as the European Parliament, could become a good example for other institutions and support them with creating and implementing anti-harassment measures, as well as gender action plans. It's high time we treat each other respectfully. It's high time we eradicate any form of harassment.

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Mr President, today's debate touches upon a topic that is of the utmost political importance for the Commission. The debate is also very timely because, as Ms Regner said, as we continue to review the Commission's internal rules and policy on the prevention and fight against harassment, this review is an opportunity to reflect back on the experience gained since the prohibition of harassment was introduced in the Staff Regulations back in 2004.

The MeToo movement has provided further impetus for change in the workplace, as have the new ways of working that we have all witnessed since the start of the pandemic. We will listen and learn from today's debate. Staff serving in any of our institutions expect and deserve to be treated with respect. Commission staff can access redress mechanisms, which comprise informal, as well as formal, processes: informal with the support of a network of confidential counselors and the Commission mediator, and also the formal complaints procedure.

The Commission also organises training courses on recognising and addressing harassment. These courses are open to all staff, including from other institutions and agencies. These courses provide staff with a better understanding of the dynamics of harassment, both sexual and psychological, both online and offline, as well as with practical guidance on how, and to whom, to report such behaviour.

The Commission is currently reviewing its decision from 2006 so as to take account of the experience gained since then in the management of the policy developments in the case law, the MeToo movement, best practices across institutions, and the particularities of the post-pandemic working environment. The Commission expects to adopt a new decision on the prevention and fight against harassment in 2022, so next year.

In line with the principle of institutional autonomy, the different institutions and agencies adopt their own policies and processes to combat harassment. With full respect for this principle, it is also important that we continue to exchange our experiences across the institutions about the different ways of tackling this phenomenon.

In this context, the workshop organised by the European Parliament's Committee on Women's Rights and Gender Equality, on 21 May 2021, entitled, 'Three years after #Metoo – what needs to be done?' was an excellent opportunity for staff involved in policies to combat harassment in the institutions, including from the Commission, to come together to hear how others are tackling this type of behaviour. The Commission welcomes and encourages further exchanges of this type, and we thank Parliament for such initiatives.

Frances Fitzgerald, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, well done to Evelyn on her report.

Me Too. As we in the European Parliament gather here today to discuss MeToo in the European Institutions, as a woman in politics I raise my hand and I say, Me Too. None of us are free from the scourge of harassment, including sexual or other forms of harassment.

In a world where women everywhere – movie stars, high ranking people in business, and indeed politicians – have been steadily coming forward to tell their stories of sexual harassment in recent years, it is clear that none of us are immune. The reality is that sexual harassment can happen to any of us, and anyone can be a perpetrator. Anyone at all, in the safety of their home, in the streets, in the workplace, can be sexually harassed. It can happen to any of us but none of us should stand for it. And women are becoming increasingly confident in terms of challenging it.

I know that this debate will resonate with colleagues here in the Chamber today and with my own constituents in Dublin, because MeToo has created an earthquake around the world. Now, as public representatives, it is our job not only to stand up and implement legislation to curb this horrendous phenomenon, but to set an example, best practice, here in our Institutions and show that we will not tolerate, as Evelyn said, zero tolerance, for anyone. It can happen to our colleagues, our staff, our Commissioners and ourselves.

Of course, education and information and awareness-raising programmes are critical and procedures that make a difference where people have the confidence to report. Educating ourselves, our children, is the only way to change what has been assumed to be understandable behaviour. Extraordinarily, it's not, and we need to say no, now.

So let's move forward, educate our children, educate ourselves, educate our Institutions and continue to call out inappropriate behaviour when we see it and experience it, and always let our aim be that Europe will be the first continent to proudly say that we eradicated sexual harassment and violence against women – soon.

Robert Biedroń, *w imieniu grupy S&D*. – Panie Przewodniczący! Z tego miejsca musi dzisiaj iść jasny sygnał: zero tolerancji dla molestowania i przemocy seksualnej, gdziekolwiek ona ma miejsce: na ulicy, w pracy, w szkole czy w tej Izbie. Bo tajemnicą poliszynela jest, że w korytarzach tej Izby nie wszyscy pracownicy i pracownice mogą czuć się bezpiecznie, że molestowanie i przemoc seksualna może spotkać nas wszędzie, także w świątyni europejskiej demokracji.

Niestety dzisiaj, podczas tej debaty, mamy kolejny przykład tego, że o molestowaniu seksualnym, o przemocy, o dyskryminacji mówią głównie kobiety. Na 21 osób dzisiaj przemawiających tylko cztery to mężczyźni, z czego dwóch prawdopodobnie znów będzie opowiadało starą śpiewkę o tym, że przemocy nie ma, że molestowanie i przemoc seksualna, gdzie 90 % ofiar to są kobiety i która dotyka 30 % kobiet, że to są wszystko wymysły.

Niestety rzeczywistość jest taka, jaka jest – jedna na trzy kobiety doświadczyła w Unii Europejskiej pewnej napaści fizycznej lub napaści na tle seksualnym od czasu ukończenia 15 roku życia. Wielu chłopców i wielu mężczyzn niestety nadal nie rozumie, że „nie” znaczy „nie”. Jesteśmy jednak nie tylko sprawcami, ale także ofiarami. Dlatego w całej tej dyskusji potrzebna jest szczególnie edukacja chłopców i mężczyzn, żebyśmy w końcu zrozumieli, że „nie” znaczy naprawdę „nie”.

Dzisiaj z tego miejsca chciałbym zaapelować o to szczególnie do moich kolegów, żebyśmy skorzystali z ważnego instrumentu. Ja sam skończyłem takie szkolenie w Parlamencie Europejskim dotyczące przeciwdziałania przemocy, przeciwko molestowaniu w miejscu pracy. Niestety niewielu z nas skończyło ten kurs.

Chciałbym także zaapelować do moich kolegów i koleżanek w Komisji Europejskiej. Dzisiaj edukacja, warsztaty, które organizuje Komisja, to za mało. Dzisiaj potrzebne są realne działania. Chciałbym w końcu pracować w miejscu pracy, w którym nie będę się bał o to, jak traktowani są moi współpracownicy, moi koledzy i koleżanki. Dzisiaj nie mam pewności, że są w tym miejscu bezpieczni.

Samira Rafaela, *namens de Renew-Fractie*. – Voorzitter, jong, ambitieus en overtuigd Europeaan. Veel medewerkers en leden van onze Europese instellingen komen zo aan in Brussel. Zo ook Jeanne Ponté. Zij werkte twee weken in het Europees Parlement toen zij in de lift slachtoffer werd van seksuele intimidatie door een politicus.

Dit wangedrag bleek geen incident te zijn. Toen in 2018 de #MeToo-golf in Brussel aankwam, deelden steeds meer slachtoffers anoniem hun ervaring met seksuele intimidatie. De resolutie waar we vandaag over stemmen, is dan ook het resultaat van hun lef, inzet en geloof dat een veilige werkomgeving voor iedereen mogelijk is, waarvoor veel dank! Tegen politici die hun macht misbruiken, zeg ik: “Jullie tijd is echt op.” In dit tijdperk geloven we slachtoffers, steunen we slachtoffers en staan we naast slachtoffers, en de tijd van een oogje dichtknipen voor seksuele intimidatie en machtsmisbruik is voorbij.

Dit Parlement heeft een voorbeeldfunctie. We kunnen niet enerzijds pleiten voor gendergelijkheid en het tegengaan van geweld tegen vrouwen in heel Europa, en anderzijds zelf geen veilige werkplek garanderen in ons eigen Parlement. Dus tegen de politici vandaag die de resolutie niet steunen, zeg ik: “Je hebt een politieke, maatschappelijke en menselijke verantwoordelijkheid om een veilige werkplek te garanderen. Wees onderdeel van de oplossing en niet van het probleem.”

Als deze resolutie aangenomen wordt, is het dankzij de onvermoeibare inzet van slachtoffers die solidair zijn, en van journalisten die hun verhalen vertellen. De angst en vrees voor *victim blaming* staat slachtoffers soms in de weg om zich uit te spreken tegen seksuele intimidatie. Voor iedereen die luistert en twijfelt om zijn of haar verhaal te vertellen, wil ik zeggen: “We luisteren naar je, we horen je en we staan naast je.” De strijd voor een betere tijd waar niemand ooit nog hoeft te zeggen: “Me Too”, is nog niet voorbij, maar we zijn op weg.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, ‘Me Too, yes, also I have been sexually harassed’. These were the words I started my speech with four years ago. When reports of sexual harassment also from inside of this house came to the surface, when millions broke the silence of what had been considered something you just have to be able to deal with beforehand. And yes, Me Too did change a lot.

We now have a completely different conversation from what we had four years ago, but it did not change enough. Still, cases of sexual harassment and sexual assault and not taken seriously. Still, conviction rates, even of rape, are ridiculously low.

And we have a backlash against women’s rights in full swing. And also here in this Parliament, our common House of European Democracy, issues have been talked down and urgently needed measures have still not been implemented. Like, for example, mandatory trainings or a fully independent audit of the situation.

The European Parliament indeed stands for more than just itself. The fact that the Presidents of this House have still not managed to implement all of these reforms is simply a shame. I was told back then that I would damage the reputation of the European Parliament if I spoke up too loud and too clear about the problems with sexual harassment and the necessary reforms in this Parliament.

Well, here's the thing: neither I nor the many women who raised their voices about sexual harassment or were damaging this House; quite the opposite. It is the people who have covered this up. The people who slowed down the process of changing things who are damaging this Parliament. But here's to you. Time's up.

Annika Bruna, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, la peur doit changer de camp, mais la lutte contre le harcèlement sexuel ne doit virer ni à l'obsession ni à la suspicion généralisée. Le tabou du signalement du harcèlement sexuel, notamment dans le cadre professionnel, doit être brisé, les coupables doivent être sanctionnés, mais cessons de considérer la gent masculine comme une menace globale.

Votre texte affirme que la violence fondée sur le genre trouve son origine dans le sexisme, les stéréotypes liés au genre et la domination et la discrimination exercées sur les femmes par les hommes. Je trouve inquiétant et infondé ce discours qui considère qu'il y a en Europe une opposition permanente entre hommes et femmes et même une oppression généralisée des femmes par les hommes.

Il y a des cas de harcèlement ou d'abus sexuels. C'est grave et il faut y apporter une réponse forte. Mais ces cas ne représentent fort heureusement qu'une infime minorité d'hommes. Considérer les hommes comme étant tous des coupables en puissance amène à votre proposition de formation obligatoire pour rééduquer tous les hommes qui seraient tous déviants. Ce n'est pas notre conception. La quasi-totalité des hommes que nous côtoyons ne sont ni des oppresseurs ni des dangers pour nous, les femmes.

Mais tout ne doit pas non plus devenir la nouvelle inquisition. Les victimes doivent avoir le droit à la parole, et les accusés le droit à la défense. Le tribunal médiatique ne doit pas remplacer le tribunal populaire et remettre en cause la présomption d'innocence.

Si ce texte évoque les problématiques certes réelles de harcèlement au sein même des institutions européennes, ne perdons pas non plus de vue le quotidien de milliers d'Européennes. À trop traquer les harceleurs potentiels qui seraient dans ses murs, il ne faudrait pas que l'Union européenne ferme les yeux sur les harceleurs qui sont dans ses rues: dans mon pays, huit Françaises sur dix ont déjà été harcelées dans l'espace public, en particulier dans la rue ou dans les transports en commun.

Où les femmes sont-elles le plus en danger? Dans les couloirs du Parlement européen ou dans les quartiers ou des villes entières d'Europe, où leur place recule de par la submersion migratoire organisée par l'Union européenne et de par le laxisme du système judiciaire national? Le premier lieu à risque pour les femmes, c'est avant tout l'espace public. Par ailleurs, si les problématiques de harcèlement au travail sont aujourd'hui largement connues, dénoncées et combattues, le harcèlement de rue est en augmentation exponentielle et reste totalement impuni.

Combattons le harcèlement au sein des institutions européennes sans tomber dans la caricature et demandons aux États membres de prendre des mesures fermes pour assurer la sécurité et la liberté des femmes partout en Europe.

Assita Kanko, *namens de ECR-Fractie.* – Voorzitter, ik wil iedereen bedanken voor dit initiatief. Ik heb hier een klein verhaal: In 2013 werd ik als jonge politica voor het eerst geïnterviewd voor de Vlaamse krant *De Standaard*. Op de voorpagina stond een kleine foto van mij. "Assita, wie heb jij hiervoor gepijpt?", vroeg een jongeman me op een feestje in Brussel. Ik heb niets geantwoord, zozeer was ik met stomheid geslagen. Het ergste was echter niet wat hij zei, maar zij die meelachten, namelijk andere vrouwen. Jaren later kreeg ik een telefoontje met excuses: "Assita, het spijt me. Ik was bevooroordeeld, maar je hebt bewezen wie je bent en ik heb nu veel respect voor je." Moeten vrouwen zich dan bewijzen om respect te krijgen?

Ik ben blij dat deze tekst hier op tafel ligt. Deze tekst beschouwt Parlementsleden echter voornamelijk als daders en medewerkers voornamelijk als slachtoffers. Maar laat mij iets zeggen: dit klopt niet altijd. Overal vind je daders en overal vind je slachtoffers. Parlementsleden tegen Parlementsleden, medewerkers tegen medewerkers, invloedrijke medewerkers tegen jonge Parlementsleden. Dit moet voor iedereen zijn; stereotypen bestaan op alle niveaus. Het gaat om macht, maar ook om gepercipieerde macht, zoals mevrouw Regner hier ook tegen mij zei.

Dit moet dus een opleiding voor iedereen zijn. Het doet u geen pijn om geïnformeerd te worden, maar het doet pijn om seksisme mee te maken. Dit Parlement mag dit ook niet gebruiken of misbruiken om de rechterlijke macht te vervangen.

Ik zal voor de tekst stemmen. Uit principe stem ik ervoor, maar ik denk dat de uitvoering moet worden verduidelijkt. Ik lanceer hier ook een oproep aan alle vrouwen: Wat er ook gebeurt, blijf ambitieus, toon ambitie!

You will always be over-scrutinised, but don't give up.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, una de cada tres mujeres adultas europeas ha sufrido violencia física o sexual y un 55 % ha sido víctima de alguna forma de acoso. No solo las mujeres y las niñas lo sufren, pero representan el 90 % de las víctimas de acoso sexual y esta forma de violencia machista limita la vida y vulnera los derechos de las mujeres. Que el 75 % de las mujeres que desempeñan profesiones cualificadas hayan sido acosadas sexualmente, explica, entre otras cosas, los techos de cristal y las brechas de género en los puestos de poder y toma de decisiones.

El primer paso para combatir el acoso es visibilizarlo, como nos mostraron las miles de mujeres que se sumaron al «Me Too». Y, después, hay que actuar, sin victimizar, ofreciendo protección y apoyo a quienes lo sufren. Es importante recordar que en las violencias machistas no existe un perfil de víctima ni de victimario, y que sucede en todos los lugares, incluido en el contexto parlamentario: el sexismo, el acoso y la violencia contra las mujeres que trabajan en los Parlamentos de toda Europa están muy extendidos y las que adoptan posturas sobre igualdad y violencia de género lo sufren particularmente. Muy pocas víctimas lo denuncian. Aunque algunos parlamentos cuentan con procedimientos de queja o han realizado investigaciones internas a raíz del «Me Too», la mayoría son manifiestamente insuficientes.

El Parlamento Europeo no es la excepción. La Resolución que votamos hoy es la tercera desde 2017, cuando las víctimas empezaron a contar sus historias. Se han adoptado algunas medidas insuficientes y, por ello, pedimos intensificar los esfuerzos para prevenir el acoso sexual, por ejemplo, con formaciones obligatorias, protección a las denunciantes, las víctimas y los testigos frente a la victimización o las represalias, mecanismos profesionales destinados a apoyar y ayudar a las víctimas de acoso sexual, mejoras en la composición de los comités encargados de gestionar las denuncias de acoso o una evaluación independiente de las medidas actuales.

Nos preocupa especialmente que las víctimas de acoso sexual son a menudo personas que ocupan los puestos más vulnerables en el Parlamento, incluidos jóvenes profesionales, becarios, asistentes parlamentarios y agentes contractuales. No pedimos otra cosa que tolerancia cero frente al acoso y el máximo compromiso tanto del Parlamento como del resto de instituciones de la Unión Europea.

Y, sin embargo, no quiero dejar pasar por alto el hecho de que el Partido Popular Europeo haya presentado una enmienda para tratar de aplazar una solicitud tan simple como efectiva: la naturaleza obligatoria de la formación contra el acoso. Demuestra lo poco que le importan los derechos de las mujeres que trabajamos en este Parlamento, sus propias compañeras. No quiero ni imaginar lo poco que les importan las que están fuera.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor presidente, lo hemos dicho en el hemiciclo: la violencia de género es una de las más graves violaciones de los derechos humanos. Impacta en los derechos fundamentales y destroza la dignidad de las mujeres.

Hace cuatro años, con «Me Too», alzaron la voz unas mujeres muy valientes para romper el silencio en todo el planeta y poder ponernos todos manos a la obra para acabar con esta lacra social.

La defensora del pueblo anunció hace unos meses que ha recibido treinta y ocho denuncias entre los años 2010 y 2018 en relación con acoso sexual en las instituciones europeas. La credibilidad de las instituciones europeas exige, pues, una posición firme contra toda forma de discriminación de género.

Yo soy del Grupo Popular. Yo he hecho el curso. Por lo tanto, las críticas al Grupo Popular no tienen sentido en este momento. Juntas y juntos somos más fuertes.

Es necesario, en esta posición firme, apostar por la prevención y es necesario apostar por la formación. Yo hice ese curso y lo recomiendo a todo el mundo, porque crea un espacio de seguridad y un espacio de tolerancia cero contra la violencia y el acoso contra las mujeres.

Tenemos que dar ejemplo. Cada día estamos aquí solicitando que los ciudadanos hagan esfuerzos, que los ciudadanos paguen sus impuestos, que los ciudadanos, de alguna manera, por ejemplo, con la pandemia, de un ejemplo tras otro de austeridad y un ejemplo tras otro de seguridad. Es el momento de que nosotros demos ejemplo.

Por eso, hay que proteger a las víctimas. Hay que hacer los cursos de formación. Hay que trabajar para que las denuncias sean sencillas, para que se proteja a las víctimas, para que no haya estigmatización.

Es el momento en que este Parlamento unido y todas las instituciones unidas aprobemos esta Resolución y estemos a la altura del movimiento «Me Too», que significa que en todo el planeta se rompa el silencio. Y gracias especialmente a Evelyn por haberla presentado.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señor presidente, el acoso sexual sabemos que es como un iceberg del que se ve solamente la puntita y todo o la mayor parte queda escondido; sabemos también después de la primera encuesta de la Agencia de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea que, en un solo año, uno de cada cuatro ciudadanos ha sido víctima de acoso sexual, aunque habría que decir ciudadanas, porque el 90 % somos mujeres. Al igual que con la violencia de género, sabemos cuáles son las dificultades que tienen las personas que han sido víctima para hacer valer sus derechos y para verbalizar, para contar su problema; por eso sale a la luz solamente una pequeña parte, y, frente a esa invisibilidad del acoso sexual, las instituciones de la Unión deben adoptar una postura firme y manifiesta contra este problema y hacerlo visible.

De ahí la importancia de esta Resolución, que agradezco también a la señora Regner y a todo mi Grupo, el Grupo socialista, que hayan promovido, porque se busca precisamente facilitar esas denuncias y obtener justicia, obviamente dando apoyo a las personas que han sido víctimas; Resolución que sabemos que se une ya a la de 2017, pero que tras el movimiento «Me Too» coge muchísima más fuerza, en parte porque no se ha hecho lo suficiente.

Sabemos que en este movimiento «Me Too» logró crear un conocimiento común sobre la conducta inapropiada de los hombres poderosos, pero tenemos que ir más allá, tanto en el Parlamento como en el resto de las instituciones europeas, y luchar contra el abuso sexual y el acoso que perpetran muchas veces hombres que no son ni tan famosos ni tan poderosos, pero que siguen teniendo esa sensación de impunidad. Todas las mujeres lo sabemos, todas tenemos nuestro «Me Too» más o menos, por eso el mensaje tiene que ser claro: no impunidad y tolerancia cero; tenemos que crear los cauces institucionales que nos permitan decir lo que ellos son capaces de hacer.

Irène Tollaret (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, j'ai plus de 50 ans, alors moi aussi, du harcèlement moral, du harcèlement sexuel, dans ma vie professionnelle, j'en ai subi – et pas qu'un peu. J'étais une femme, c'étaient des hommes. Ce n'était pas lié au fait que c'étaient des hommes. C'était lié au fait qu'ils avaient le pouvoir. Et aujourd'hui, dans cet hémicycle, nous avons le pouvoir. Une formation obligatoire des députés est donc un moyen extrêmement simple et efficace pour expliquer à des gens qui ont le pouvoir que le pouvoir n'autorise pas tout.

J'ai été victime de harcèlement, mais j'ai aussi été témoin de harcèlement et je ne savais pas quoi faire. Cette formation, nous devons la rendre obligatoire pour que toutes les personnes dans cette assemblée sachent quoi faire et que l'ensemble des politiques européennes que nous mettrons en place ne soient pas entachées par des scandales dont nous n'avons pas besoin et reflètent la société, sa richesse et toute sa diversité, comme nous devons le faire en tant que députés européens exemplaires.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, el acoso laboral sexual es un fenómeno extremadamente extendido, pero que también afecta a esta Casa. Yo quiero recordar que hace cuatro años las mujeres de este Parlamento salieron al grito de «Me Too» para denunciar también que habían sido víctimas del acoso sexual y laboral en esta Casa. ¿Y qué hemos hecho cuatro años después?

Les debemos aún una respuesta comprensiva y fuerte para protegerlas. Aún no tenemos cursos obligatorios para todos los diputados, Evelyn Regner lo ha recordado. Tan solo un cuarto de los diputados de esta Casa ha hecho el curso, porque ahora simplemente es obligatorio. Todavía no tenemos un mecanismo profesionalizado e independiente para lidiar con los casos de acoso ni tenemos una auditoría externa para ver si estamos haciendo bien o no las cosas. Eso se lo debemos a las mujeres de esta Casa, que hoy todavía siguen desprotegidas porque no hemos tomado las decisiones que debíamos.

Y finalmente, quiero terminar con otra cosa.: esta es una pelea que también nos atañe a los hombres de esta Casa. Otra vez más, en el debate de hoy tan solo hemos intervenido cuatro hombres y ha habido más de veinte intervenciones. Dos de ellos, además, intervendrán para decir que la violencia de género no existe. Por favor, compañeros, un paso adelante. Esta también es nuestra pelea.

(Aplausos)

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Natürlich, Gewalt gegen Frauen ist ein Problem, das man angehen sollte. Allerdings möchte ich hier auf eine Studie des Bayerischen Landeskriminalamtes hinweisen, die mal geprüft haben, was es eigentlich mit der sexuellen Gewalt gegen Frauen – zumindest in Bayern – auf sich hat.

Die Ergebnisse dieser Studie waren, erstens: Anzeigen von Frauen wegen sexueller Übergriffe werden außerordentlich ernst genommen, und die Ermittlungen liegen immer in den Händen von Frauen.

Zweites Ergebnis: Tatsächlich kam es, obwohl Frauen die Ermittlungen führten, in einem Großteil der Fälle zu keiner Verurteilung. Warum? Hauptsächlich wegen Beweisproblemen – Aussage stand gegen Aussage. Dann gab es aber auch zahlreiche Aussageverweigerungen der Opfer, und zahlreiche Fälle fanden auch im Trinker- und Drogenmilieu statt.

Und dann – und das finde ich ein erstaunliches Ergebnis: In ungefähr 15 % der Fälle handelte es sich um falsche Verdächtigung. Und jetzt kommt etwas wirklich Wichtiges: Anklageerhebung in diesen Fällen gegen die Frauen: Null. Wenn man weiß, welche Folgen eine Anschuldigung wegen sexueller Nötigung haben kann, ist das ein ganz eigener Skandal.

Aber: Niemand verschließt die Augen vor sexueller Gewalt gegen Frauen. Aber man sollte ebenso die Männer vor falschen Anschuldigungen schützen. In Deutschland hat gerade der Chefredakteur der Bild-Zeitung seinen Job verloren. Und warum? Wegen angeblicher sexueller Gewalt gegen Frauen. Worum handelte es sich da? Es handelte sich um einvernehmlichen Sex mit erwachsenen Frauen, die davon auch noch profitierten: Sie wurden nämlich befördert.

Also ganz ehrlich: MeToo stellt man sich ein bisschen anders vor. Deshalb: Ich habe jedes Verständnis, wenn wir gegen sexuelle Gewalt gegenüber Frauen vorgehen. Aber wir sollten aufpassen, dass es hier nicht zu einer grundsätzlichen Viktimisierung der Frauen kommt. Wir sollten auch mal anfangen, die Männer gegen falsche Verdächtigungen und falsche Anschuldigungen zu schützen.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, cada vez es más difícil tomarse en serio este Pleno, cada tema que tomamos, no importa lo grave que sea, siempre viene la izquierda y el consenso progresa y lo acaba convirtiendo en un meme, siempre el mismo patrón: localizan un problema —o se lo inventan—, lo envuelven de ideología, lo convierten en un arma de enfrentamiento, se olvidan de la realidad del problema y acaban llevándolo todo al absurdo; pero, como a ustedes el problema les importa un bledo, en realidad acaba haciéndose más grave.

Hoy nos hablan de acoso y vuelven a decirnos que todos los hombres son acosadores; bueno, todos menos los de las *no-go zones* que acosan a las mujeres europeas: esos para ustedes no existen. Nada nuevo hasta aquí, la misma inventada guerra de sexos, pero ahora nos dicen que los eurodiputados tenemos que someternos a un curso obligatorio de reeducación feminista para ejercer nuestras funciones, es decir, que el acta ya no nos la van a dar nuestros votantes y ciudadanos, sino una comisaria de género: ustedes en realidad son un enemigo de la democracia y son un enemigo de la unidad de la comunidad. Olvídense de mí en sus cursos de reeducación: ya vine educado de casa, a mí me educó mi madre.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Kolejny raz w Parlamencie Europejskim dyskutujemy o problemach i tragediach, które dotyczą kobiety. To bardzo smutne, bo pokazuje, jak trudno zmienić społeczne postawy i społeczne przyzwolenia i jaką trzeba mieć odwagę, aby powiedzieć „me too”. Odwaga jednych daje odwagę innym. Myślę, że obywatelski ruch MeToo oraz globalna kampania, które pokazały skalę zjawiska i powszechność molestowania seksualnego kobiet, odwaga kobiet z pierwszych stron gazet, które powiedziały „me too”, dały odwagę innym kobietom, także tutaj w Parlamencie Europejskim i w instytucjach unijnych.

Mogłoby się wydawać, że każda osoba publiczna, polityk, pracodawca czy przełożony powinien wiedzieć, gdzie kończy się żart, a zaczyna molestowanie, gdzie jest ta cienka linia. Ale badania i dane pokazują smutny obraz. Pokazują, że sprawca zawsze broni innego sprawcy i chroni go, że często wini się ofiarę i że posiadanie władzy i brak konsekwencji ośmiela sprawców.

Zgodzę się z tymi, którzy w tej Izbie mówią, że nie może być przyzwolenia ani tu w Parlamencie, ani w instytucjach, ani w drodze, ani w pracy, ani w żadnym innym miejscu na to, aby kobieta czuła się niekomfortowo i aby ktoś miał przyzwolenie na molestowanie. Ja poprę obowiązkowe szkolenia, bo uważam, że jest to nasz obowiązek, aby zrobić wszystko, aby przeciwdziałać takim sytuacjom. Ale też musimy mieć świadomość, że same szkolenia to za mało, jeżeli nie będzie właśnie społecznej krytyki takiej osoby i jeżeli nie będzie konsekwencji, i tych zawodowych, i społecznych, które poniosą sprawcy.

A korzystając z tego, że to ostatni dzień obrad Parlamentu przed świętami, chciałabym złożyć wszystkim mieszkańcom mojego Podkarpacia, trudnego regionu, mojego kraju – Polski – i wszystkim mieszkańcom Europy zdrowych spokojnych świąt oraz radości i nadziei w nowym roku.

(Η συζήτηση διακόπτεται)

3. Erste Abstimmungsrunde

Πρόεδρος. – Προτού συνεχίσουμε με τις συζητήσεις, θα προχωρήσω στην έναρξη της σημερινής πρώτης ψηφοφορίας. Θα ψηφίσουμε επί των φακέλων όπως αναφέρονται στην ημερήσια διάταξη. Η ψηφοφορία θα διαρκέσει από τις 09.45 έως τις 11.00. Θα χρησιμοποιηθεί η ίδια μέθοδος ψηφοφορίας που χρησιμοποιήθηκε και στις προηγούμενες ψηφοφορίες. Όλες οι ψηφοφορίες θα πραγματοποιηθούν με ονομαστική κλήση. Κηρύσσω την έναρξη της πρώτης ψηφοφορίας. Μπορείτε να ψηφίσετε έως τις 11.00. Τα αποτελέσματα της πρώτης ψηφοφορίας θα ανακοινωθούν στις 13.00.

4. MeToo und Belästigung – Auswirkungen in den EU-Organen (Fortsetzung der Aussprache)

Πρόεδρος. – Επαναλαμβάνεται τώρα η συζήτηση επί της προφορικής ερώτησης της κ. Evelyn Regner, εξ ονόματος της Επιτροπής Δικαιωμάτων των Γυναικών και Ισότητας των Φύλων, με θέμα «MeToo και παρενόχληση – οι συνέπειες για τα θεσμικά όργανα της ΕΕ» (O-000074/2021 - B9-0045/21) (2021/2986(RSP)).

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ormai quattro anni fa il movimento MeToo si diffondeva in tutto il mondo grazie alla forza, grazie alla determinazione di alcune donne che decisero di denunciare molestie e abusi ricevuti da uomini di potere.

Allora, io lo voglio dire chiaramente, ancora una volta, in quest'Aula, ancora una volta ai colleghi che lo negano: è vero, non tutti gli uomini sono molestatori, ovviamente, ma tutte le molestie che le donne ricevono sono causate da uomini. Questa è la verità e da questa verità dobbiamo partire.

Poi è arrivato il tempo in cui si è provato a sminuire il valore di questa denuncia collettiva al grido di «se la sono cercata», «non esagerate con le denunce, non esagerate con il MeToo», «se hanno ricevuto molestie alcune donne è perché hanno dato l'idea di essere disponibili».

Ancora abbiamo dovuto ascoltare discussioni sul perché, addirittura, si era trovato il coraggio di denunciare, magari dopo qualche anno, e anche questo, care colleghe e cari colleghi, evidenzia, per l'ennesima volta, quanto le donne siano ancora tragicamente due volte vittime. Vittime la prima volta, quando vengono abusate, quando vengono molestate, quando vengono annichilite, quando vengono violentate e vittime anche una seconda volta, quando vengono giudicate per come si vestono, per quello che dicono, per come si divertono e perfino se non hanno trovato la forza di denunciare un trauma immediatamente.

Ma qui, nella casa della democrazia, abbiamo voluto aggiungere la nostra voce a quella delle migliaia di donne che hanno denunciato casi di violenza e abusi. È importante, colleghi, far sentire la voce forte e chiara delle istituzioni europee a sostegno di tutte coloro che, con le loro denunce, hanno aperto un dibattito che è assolutamente necessario.

Allora diciamolo insieme, forte e chiaro, MeToo!

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Panie Przewodniczący! Parlament Europejski powinien być wzorem, jeśli chodzi o ochronę swoich pracowników i pracowniczek przed molestowaniem. Niestety tak nie jest. Nadal, po trzech latach od MeToo, ofiary nie zgłaszają się po pomoc. Nie wierzą w skuteczność procedur. Boją się wtórnej wiktyimizacji, boją się utraty pracy.

Od ponad 20 lat, jako prawniczka w NGO-ach, legislatorka w administracji publicznej, jako zastępczyni rzecznika praw obywatelskich trzymam stronę ofiar dyskryminacji, przemocy, molestowania. Wiem, że nie jestem tu jedyna i wiele moich koleżanek z prawie wszystkich frakcji politycznych domaga się koniecznych zmian, żeby skutecznie chronić pracowników i pracowniczki.

Ale jeśli wszyscy nie potraktujecie molestowania poważnie, nie jako drugorzędnego problemu, jako sprawy prywatnej, ofiary będą pozostawiane same sobie. Jeśli nie potraktujecie molestowania poważnie, będziecie trzymać stronę sprawców.

Maria Walsh (PPE). – Mr President, the #MeToo movement isn't just for the celebrity circles of Hollywood. Unfortunately, most of us know a victim of sexual harassment; perhaps some of us are a victim of sexual harassment. While this is the broader societal issue both found online and offline, the discussion today has highlighted how we, as political leaders, want and need to break the trauma of the unspoken word and the secret of harassment.

To eliminate the barriers that facilitate or shield sexual harassment, we must establish a basic understanding of such a thing. Too often, we focus on resolving individual allegations without tracing the root of the problem: the workplace environment in which it arose. The importance of educating ourselves to be the best ally to ourselves, to our teams, to our younger citizens who will join and work in this institution has evolved, and we cannot afford to sit on the sidelines knowing there are issues, knowing there is opportunity to change, and then do nothing.

As I prepared this speech, I thought of someone in their first job as a trainee, who has worked tirelessly for years studying and working to be successful in achieving a permanent job within this institution. And then I thought of the moment or moments they felt their career could be in serious jeopardy if they report their harassment, their achievement taken away. And can we really say this isn't the reality? We cannot.

The signposting and what we do when sexual harassment happens in our workplace needs to be clear for victims, for employees, for our co-workers. We all need to know how we should support and be the very best ally. Our collective goal here needs to be eliminating the harm and trauma caused.

I'm grateful that we were able to use this resolution to better ourselves and that, although we usually focus on sending strong messages as a Parliament externally, today we can send one internally. I will vote 'yes' to this resolution, to eradicate #MeToo from this institution.

Josianne Cutajar (S&D). – Mr President, sexual harassment exists, as colleagues have stated, everywhere. When I came to this Parliament, the MeToo movement had already named the elephant in the room. Yes, harassment is also present in this house. It's present on the streets, at workplaces, on public transportation, day and night alike, everywhere, and everyone could be affected, including politicians and workers across the board.

Why is it present? Because some abuse their position of power and feel entitled to, because they have not been punished for their acts, or have not been addressed in a way that helps them, via training, to avoid this in the future. Victims are often too afraid and uncomfortable to speak up and proceed. Yes, even in this house to this day. Thank you to the Socialists, Evelyn Regner and the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) for promoting this. It's not enough to raise awareness; we need concrete measures and actions. Compulsory training for MEPs is not a violation of their freedom, as some have claimed. Being abused and made to fear for one's integrity or job security, and having one's mental health at stake is.

I do welcome the progress made thanks to the MeToo movement advocacy. However, there are institutional changes which need to be effected: an independent, timely and fair process to ensure victims of harassment will be given adequate and effective protection, uprooting sexism and gender stereotypes. We need a radical change of mentality to confine sexual harassment to the pages of history books, pages that we do not want to open again. Here we need education.

As the European Parliament, we should lead by example, raising awareness and promoting a truly zero-harassment policy to make sure victims are protected, not victimised. Let us effectively unite and act against any form of harassment and discrimination.

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Mr President, turning to my dear colleagues, especially those to my right, let me say I know it's hard to be a man these days with all this uncertainty about what you can do, what you can say, where old school manners stop and harassment starts – but no need to panic; I'm going to womensplain a few things to you.

One. Welcome to the club! Women have grown up policing their own behaviour for centuries – can I sit like this? Is my skirt too short? So what may feel like discrimination to you is actually just losing some privilege. Two. Sexual harassment, even if done unintentionally, is an abuse of power, so the powerful that we clearly are, we have to ask ourselves the question: do we want to use the power to intimidate and degrade, or to encourage and uplift those who do not have the privilege that we do? And three, as with all things in life, non-offensive behaviour can be learned. This is why this House offers anti-harassment training courses. This is why we should all do them mandatorily, including us as MEPs. I hope this was of some help.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Κύριε Επίτροπε, μιλώ τελευταίος και θα είμαι πάρα πολύ σύντομος. Κάποτε, μια κοπέλα, θύμα συστηματικής παρενόχλησης από τον προϊστάμενό της, τον ρώτησε: «Γιατί το κάνεις αυτό;». Η απάντησή του ήταν πάρα πολύ απλή. Της απάντησε: «Επειδή μπορώ». Ποιός δίνει το δικαίωμα σε έναν άνθρωπο να επιτίθεται λεκτικά ή σωματικά σε κάποιον άλλον άνθρωπο επειδή τον θεωρεί ευάλωτο; Ποιός δίνει το δικαίωμα σε κάποιον άνθρωπο να θεωρεί έναν άλλο συνάνθρωπό του αντικείμενο του σεξ χωρίς βούληση; Επειδή απλά θεωρεί ότι μπορεί να το κάνει;

Αγαπητοί συνάδελφοι, ο δικός μας ρόλος είναι να τον σταματήσουμε, να τον κάνουμε να μην μπορεί, να του κάνουμε τις επιπτώσεις τόσο σκληρές για να σταματήσει να μπορεί να το κάνει. Με too! Και εγώ λοιπόν και ο καθένας από εμάς ας ενώσουμε φωνές και δυνάμεις και ας προστατεύσουμε με τον πιο δραστικό τρόπο όσους αγαπάμε και όσους φαντάζουν ευάλωτοι στα μάτια κάποιων ανθρώπων. Με too θα πει νοιάζομαι, θα πει αντιδρώ, θα πει προστατεύω τα θύματα. Θα πει ότι δεν ανέχομαι καμία μορφή παρενόχλησης. Όλοι οι άντρες δεν είμαστε το ίδιο. Όμως, αν ξέρουμε και δεν αντιδρούμε, είμαστε συνένοχοι.

(χειροκροτήματα)

Janez Lenarčič, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this debate and for the opportunity to listen to various viewpoints and perspectives because preventing and fighting harassment is a very serious and very important aspect for us as employers.

We also need to adapt constantly. Especially during the pandemic, we realised how the ways in which we work change, and this is why we have to adapt our toolbox that we have in place to tackle the phenomenon of harassment.

The Commission has the Staff Regulations that clearly prohibit harassment, but that's not enough. On this basis, we need to build, develop and adapt our policy on how to deal with this phenomenon. As you know, we're engaged in the review, and that's why this discussion is especially timely for us because the Commission will review its policy and its toolbox in this area. We will take the views expressed in this debate well into account when we proceed with this review. We look forward to working with the European Parliament further on this issue.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί σήμερα, Πέμπτη 16 Δεκεμβρίου 2021.

5. EU-weites Verbot des Einsatzes von Wildtieren in Zirkussen (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της δήλωσης της Επιτροπής σχετικά με την απαγόρευση σε επίπεδο ΕΕ της χρήσης άγριων ζώων σε τσίρκα (2021/2999(RSP)).

Θα ήθελα να σας ενημερώσω ότι για όλες τις συζητήσεις αυτής της περιόδου συνόδου δεν θα υπάρξει διαδικασία catch-the-eye και ότι δεν θα γίνουν δεκτές ερωτήσεις με γαλάζια κάρτα.

Επίσης, όπως και σε πρόσφατες περιόδους συνόδου, προβλέπονται εξ αποστάσεως παρεμβάσεις από τα Γραφεία Συνδέσμου του Κοινοβουλίου στα κράτη μέλη.

Θα ήθελα επίσης να σας υπενθυμίσω ότι οι παρεμβάσεις στο Ημικόκλιο θα συνεχιστούν από το κεντρικό βήμα. Θα σας παρακαλέσω λοιπόν να παρακολουθείτε τον κατάλογο των ομιλητών και να έρχεστε στο βήμα όταν πλησιάζει η σειρά σας να μιλήσετε.

Janez Lenarčič, Member of the Commission. – Mr President, I have read the oral question from Members across this House seeking a ban on the use of wild animals in circuses, and I appreciate your efforts in this regard. Because the use of wild animals in circuses raises many issues of concern. While there are obvious concerns around animal welfare, this is principally an ethical question.

On issues of ethics and where legislation is not harmonised at EU level, it is the Member States that have the expertise, the understanding, and indeed the obligation, to take the necessary steps. And as a matter of fact, this is exactly what Member States have been doing. Indeed, as you point out in your question, the vast majority of them have already introduced a total or partial ban on the use of wild animals in circuses on their territory, and this reflects the public's position on ethical and animal welfare grounds. Animal and veterinary experts and bodies have supported these decisions.

We welcome these measures and we invite those Member States that do not yet have a ban in place to follow suit. To reiterate my point, we are of the opinion that any question on the banning of wild animals kept in circuses should not be decided at EU level but rather should be left to the Member States concerned to regulate as a matter of conscience. This is in line with the principles of subsidiarity and proportionality, and the 23 national bans that are in place show us that these principles are being implemented in practice.

That said, we do have rules at EU level that govern the movement of these animals between Member States. To start with, movement of circus animals within the EU is implemented through the Wildlife Trade Regulations. While our rules are based on the provisions of the Convention on International Trade in Endangered Species, in some respects in the EU we go further than the Convention. Generally speaking, wild animals may not be used for commercial purposes. Moreover, importing them into and moving them around the EU is strictly regulated. In the case of circuses, the relevant certificates can only be issued to animals that have been legally acquired and have been born and bred in captivity. This makes it possible to carry out checks in the few remaining Member States that still allow the use of wild animals in circuses and clearly limits the risk of illegal wildlife trade.

Secondly, the animal health legislation lays down rules for record keeping and movement for circus animals that move between the Member States, and these rules are based on scientific risk assessments and conform to international standards. As such, they limit the risk of such movements on the animal's health.

Honourable Members, to wrap up, bans are a step for Member States alone to take, and the vast majority of them have chosen to do so. On top of this, there is EU legislation to support Member States as regards the movement of circus animals between them. We will continue to monitor the situation in this area, and I look forward to hearing your views on this important matter.

Michaela Šojdrová, za skupinu PPE. – Pane předsedající, dámy a pánové, pane komisaři, více než jeden milion občanů Evropské unie podepsal petici žádající zákaz využívání divokých zvířat v cirkusech. Proti tomu stojí určitá tradice zábavy, návštěvy cirkusů.

Pokládám si však otázku, zdali je vhodné našim dětem ukazovat příklady tygrů, lvů nebo slonů, jak provádějí různé akrobatické kousky, které pro ně nejsou přirozené. Vy jste to, pane komisaři, řekl. Je to právě ta otázka etická. Jsem ráda, že většina členských států – 23 – to vyřešila za nás. 23 členských států přijalo zákaz využívání volně žijících, tedy divokých, zvířat v cirkusech.

Ráda bych podotkla, že na evropské úrovni máme nyní na stole jiná velmi palčivá témata. Občany zajímá, jak jim pomůžeme řešit zdražení energií, jak se dostaneme z covidové krize. V zemědělství očekáváme strategické plány pro novou zemědělskou politiku. Musíme řešit dopady klimatických změn, konkurenceschopnost evropských zemědělců. Věřím, že právě nyní není nezbytné pouštět se do přípravy legislativy pro celounijní zákaz využívání divokých zvířat v cirkusech. Přesto bereme tento hlas milionu občanů vážně.

Evropská unie by měla striktně dbát na to, aby zvířata měla dobré podmínky pro život. K tomu směřujeme v rámci nové společné zemědělské politiky. Všechna zvířata – domácí, hospodářská i ta volně žijící – si zaslouží naši pozornost, ochranu a měli bychom respektovat jejich přirozené potřeby. Evropská unie má nařízení z roku 2019, které ukládá povinnost provádět veterinární kontroly zaměřené na přemísťování zvířat mezi členskými státy. V praxi ale není dostatečně vymáháno a jsou s tím problémy. Domnívám se, že je třeba zlepšit uplatňování již existujících norem, a to je úkol pro členské státy i Evropskou unii.

Zároveň bych chtěla položit otázku: Jak bude probíhat kontrola dobrých podmínek zvířat v případě vystoupení cirkusů ze třetích zemí? Domnívám se, že není možné vydat zákaz pro evropské cirkusy, ale nadále umožnit cirkusům ze třetích zemí pořádat u nás představení, aniž by chov zvířat podléhal stejně přísným pravidlům. Prosím tedy Komisi, aby těmto otázkám věnovala pozornost.

Jytte Guteland, för S&D-gruppen. – Herr talman! Vilda djur på cirkus hör inte hemma i detta sekel. Det är dags att EU lyssnar på den dryga miljonen medborgare vars underskrifter har överlämnats till kommissionen i syfte att förbjuda detta utnyttjande av djuren.

Vilda djur hör hemma i naturen, inte på cirkus för vår underhållnings skull. Fångenskap begränsar vilda djurs beteenden och innebär också risker för deras fysiologiska och psykiska välbefinnande. Djuren tränas oftast hårt, redan då de är mycket små, i syfte att radera ut alla deras naturliga instinkter och beteenden. Med hjälp av bestraffningar och belöningar lär de sig att utföra onaturliga konster som också är skadliga för djuren. Ett konkret exempel är bakbenstående för elefanter, något som väldigt sällan utförs i frihet och som kan medföra leddskador.

Cirkusverksamhet bygger på att verksamheten befinner sig på resande fot. Resandet innebär att djuren stressas och att deras utevistelse ofta begränsas till små tillfälliga inhägnader under kort tid. Kan ni tänka er vilken fasa för djur att resa på det sättet?

Av EU:s medlemsstater har 24 redan antagit någon form av begränsande åtgärder mot användningen av vilda djur på cirkus. En harmoniserad lagsättning i EU som förbjuder transport av vilda djur på cirkus skulle undvika att djurtransporter genomförs mellan olika medlemsstater med olika nivå av djurskydd. Ett flertal länder i världen har faktiskt redan infört förbud mot vilda djur på cirkus. Helt djurfri cirkus finns på Malta, och även Cypern har gått före. Vidare har Bolivia och Mexiko infört ett förbud. Andra länder, till exempel Belgien, Österrike och Iran, har infört förbud mot vilda djur på cirkus.

Den traditionella cirkusen är faktiskt omodern. Allt färre människor roas av att djuren fraktas runt. Det finns i stället ett nyväckt intresse för så kallade nycirkusar, där människor uppträder i djurens ställe. Dessa fantastiska konstnärer förvaltar cirkusarnas kulturarv utan att djuren råkar illa ut.

Martin Hojsík, za skupinu Renew. – Vážený pán predsedajúci, raz mi jeden známy povedal: „Veď vidieť zvieratá v cirkuse, to predsa patrí k detstvu.“ Ale deti nie sú hlúpe. Prečo si budeme navrávať, že si budú myslieť, že tiger má skákať v klietke, že slon má skákať medzi rôznymi vecami v aréne, že šimpanz má jazdiť na bicykli? Deti naozaj nie sú hlúpe. A hlúpa nie je ani väčšina Európanov, pretože je jasné, že väčšina Európanov si myslí, že divoké zvieratá do cirkusu nepatria. Že nepatria na zábavu, že nemajú trpieť pri výcviku a potom desať mesiacov v roku jazdiť zavreté v malých maringotkách alebo klietkach a prežívať ďalšie utrpenie pri vystúpeniach. Je načase, aby sme prestali hovoriť, že vystúpenia slonov, tigrov a ďalších divých zvierat patria k zábave. Zábava nemôže byť postavená na utrpení a krutosti. Som rád, že veľa krajín vrátane Slovenska sa k tomuto problému postavilo čelom. A je načase, aby sme sa k nemu postavili čelom ako Európa. Riešime komplikované veci, dokážme vyriešiť aj tieto jednoduché. Dôležité je aj to, že to nie je len o utrpení zvierat. Cirkusy sú, žiaľ, aj zdrojom ohrozených zvierat pre nelegálny obchod s nimi. Nielenže je legislatíva nevymáhaná a plná dier, ale práve aj to, že môžu byť ďalej divé zvieratá v cirkusoch, prispieva k obchodu, napríklad s tigrami. Je to niečo, čo je načase zastaviť. Nielen kvôli tomu, že to ohrozuje divožijúce zvieratá, ale aj kvôli zoonickým

chorobám, ako nám teraz kruto pripomína korona. Preto očakávam od Komisie, že nájde legislatívne spôsoby, nie je to ťažké, ako konečne zakázať divoké zvieratá v cirkusoch v celej Európe. Pretože ľudskosť ku zvieratám je európskou hodnotou.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo Verts/ALE*. – Signor Presidente, signori Commissari, onorevoli colleghi, permettetemi di ricordarvi che siamo nel ventunesimo secolo, nel bel mezzo di una vera e propria crisi di biodiversità, con intere popolazioni di animali selvatici che stanno letteralmente scomparendo.

Leoni, tigri, elefanti, zebre, rettili, la lista è lunghissima. Davvero crediamo che questi animali possano ancora appartenere a un circo, trasportati da una parte all'altra del nostro continente in camion e in gabbie anguste, addestrati tramite punizioni fisiche al solo fine di esibirsi per il nostro divertimento? Magari il tutto sovvenzionato da finanziamenti pubblici, provenienti dai ministri della cultura nazionali in quanto attività culturali e di spettacolo.

È forse intrattenimento questo? È cultura? È questo il messaggio educativo che vogliamo dare e trasmettere ai più piccoli? Che gli animali selvatici appartengono a un tendone in un centro urbano e non alla natura indisturbata? No signori, questo non è spettacolo, è barbarie e non deve avere posto nell'Unione europea. Serve un divieto europeo all'uso di animali nei circhi, come chiedono oltre un milione di cittadini europei che hanno sottoscritto una petizione per dire basta con questa inutile sofferenza.

I divieti introdotti a livello nazionale da alcuni Stati membri non bastano finché ci saranno ancora Stati come il mio, l'Italia, dove non esiste alcun tipo di restrizione all'uso di animali selvatici nei circhi, che permetteranno a questo business di continuare e sopravvivere.

La Commissione però non si deve nascondere dietro a una fantomatica mancanza di competenza in materia. L'Unione europea può agire e quindi ha l'obbligo morale di farlo.

Annika Bruna, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il est plus que temps d'interdire les animaux sauvages dans les cirques. D'abord parce que l'utilisation dans les cirques d'espèces menacées saborde la lutte contre le commerce illégal et le braconnage. On ne peut contrôler réellement la provenance des animaux, ni contrôler les naissances et les décès de ces animaux.

Il y a aussi la question des accidents impliquant régulièrement les dompteurs, les employés, voire le public. Mais il y a surtout la question de la souffrance mentale et sanitaire de ces animaux, car ils sont maltraités: maltraités par des transports réguliers et des conditions de captivité qui ne leur permettent pas de satisfaire leur comportement naturel; maltraités aussi par un dressage souvent réalisé par la force ou la privation de nourriture; maltraités par leurs conditions de détention. Il suffit pour comprendre de voir les animaux tourner en rond dans leur cage trop exigüe, quand ils ne sont pas tout simplement enchaînés.

En France, l'exemple de l'hippopotame Jumbo est emblématique. Les hippopotames, par nature aquatiques, ont besoin d'un bassin suffisamment grand et chauffé: l'eau leur permet de réguler leur température, mais aussi de soulager leurs articulations, leur corps étant très massif. Pourtant, une décision judiciaire a choisi de maintenir Jumbo dans le cirque qui le détenait.

L'éléphante Maya a subi 40 ans de captivité dans un cirque qui la forçait encore, malgré son âge et son état de santé, à adopter des postures douloureuses pour elle lors des spectacles. Son état physique, de plus en plus épouvantable, l'a conduite au bord de l'euthanasie.

Comment peut-on rester insensible? Ces conditions de détention sont parfois si mauvaises que les animaux sont souvent médicamentés, voire sédatisés. Ajoutons à cela des interactions sociales limitées ou au contraire trop nombreuses selon les espèces et des spectacles qui leur infligent des conditions sonores et lumineuses traumatisantes.

Pour toutes ces raisons, il faut mettre un terme à cette captivité d'animaux sauvages. Ces représentations doivent être interdites à l'échelle européenne, comme l'ont déjà fait de nombreux États membres. En France, le cirque André Joseph Bouglione, après avoir pris conscience de cette terrible maltraitance animale, a mis en œuvre un magnifique spectacle à partir d'animaux en hologramme. C'est ce chemin que nous devons désormais suivre.

Jadwiga Wiśniewska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! Ponad milion obywateli podpisało się pod zakazem wykorzystywania dzikich zwierząt w cyrkach. Dzikie zwierzęta w cyrkach są zmuszane do wykonywania różnych tzw. cyrkowych sztuczek, których wytrenowanie, wytresowanie jest dla nich bardzo bolesne, a sposoby, w jakie się tego dokonuje, absolutnie nie uzasadniają tego, żeby dzikie zwierzęta były w cyrkach wykorzystywane. Z całą pewnością dobrostan dzikich zwierząt nie jest zachowany w cyrkach. Zdecydowanie trzeba podkreślić, że wykorzystywanie dzikich zwierząt w cyrkach nie ma żadnej wartości: ani edukacyjnej, ani kulturowej. Tresowanie zwierząt w XXI wieku po to, by słonie, zebry, tygrysy wykonywały jakieś sztuczki, jest po prostu nieetyczne. Wymuszanie zachowań nienaturalnych dla tych zwierząt jest po prostu barbarzyństwem.

Anja Hazekamp, namens de Fractie The Left. – Voorzitter, leeuwen die door hoepels springen, olifanten die op hun achterpoten staan en nijlpaarden die op een krukje zitten. Dat is het onnatuurlijke gedrag dat wij wilde dieren aanleren met uiterst gewelddadige trainingsmethoden onder het mom van entertainment. En als de dieren hun kunstjes niet moeten vertonen, worden ze opgesloten in veel te kleine kooien of worden ze in hun trailers vastgeketend en geïsoleerd. Ze krijgen geen beweging, er is geen enkele mogelijkheid om hun natuurlijk gedrag uit te oefenen en, sterker nog, de dieren zijn gestrest en stuk voor stuk vertonen ze afwijkend of zelfs gevaarlijk gedrag. Daar komen dan nog de vele en lange transporten bovenop. Dit is puur dierenleed.

We hebben het over dieren, levende wezens met bewustzijn en gevoel, geen accessoires, speelgoed of producten om mensen mee te vermaken. Ik ben daarom blij dat 1 miljoen burgers hebben opgeroepen tot een Europees verbod op het gebruik van wilde dieren in circussen. 23 lidstaten hebben het gebruik van wilde dieren in circussen al verboden vanwege het dierenwelzijn, maar ook vanwege de openbare veiligheid. Het is niet alleen een ethisch probleem, commissaris. Honderden incidenten, zoals ontsnappingen, aanvallen en ongelukken, hebben dat de laatste twee decennia bewezen.

Laten we Duitsland, Frankrijk, Italië en Spanje een handje helpen. Kom met een Europees verbod op het gebruik van wilde dieren in circussen. En laten we samen de laatste wilde dieren bevrijden en opvangen op een plek ver weg van het circus.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I'm always sceptical about the introduction of bans, especially by politicians who aren't directly affected by them. I had the same idea about this, but then I looked at the situation in reality. I found out, for instance, that Fossett's, a great Irish circus that has been touring for over 130 years, did not oppose a ban on wild animals being introduced in 2018 in Ireland as they had voluntarily stopped performing with wild animals in 2005.

We have, of course, a full or partial ban in 23 Member States, and it actually makes sense at this time to move to a full EU-wide ban because, while some have expressed concern that a ban of this sort will damage the circus industry, I think the example of Fossett's says otherwise. The public at large is no longer comfortable supporting the use of wild animals in circuses and high animal welfare standards, in fact, attract customers.

This year, I worked, as the PPE shadow rapporteur, on two files in the Committee on Constitutional Affairs (AFCO) regarding citizens' participation in EU decision-making. Particularly now, during the Conference on the Future of Europe, it is vital that the voices of EU citizens are heard. The Stop Circus Suffering campaign has collected over a million signatures on their petition to date, exceeding the threshold required for a European Citizens' Initiative (ECI).

We must ask ourselves, why didn't the organisers of this petition create an ECI? Perhaps it is because, while we have had six successful ECIs to date, including most recently on the use of cages for farmed animals, unfortunately you have to ask the question, how much of an impact have they had? To encourage citizens' engagement and prevent disillusionment, the Commission must do better in engaging genuinely with valid ECIs. It's clear that animal welfare is a priority of many EU citizens and we have a duty to express their will.

Leszek Miller (S&D). – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Choć całkowity lub częściowy zakaz wykorzystywania zwierząt w cyrkach wprowadzono już w 23 państwach członkowskich, powinniśmy dążyć do wprowadzenia pełnego zakazu w całej Unii. Dzięki zwierzęta w cyrkach są zmuszane do zachowywania się w sposób, jakiego nie spotykamy w ich środowisku. Poważnie zagrożony jest także ich dobrostanu. Wykorzystywanie zagrożonych gatunków podważa ponadto międzynarodowe wysiłki na rzecz walki z nielegalnym handlem i kłusownictwem.

W 2019 roku opinię publiczną w Polsce zbulwersowały informacje na temat transportu tygrysów bengalskich przewożonych w skandalicznych warunkach z Włoch do cyrku w Rosji. Wskutek wybrakowanej dokumentacji weterynaryjnej transport nie został wpuszczony na terytorium Białorusi i stał na granicy. Tygrysy przewożono słoczone w ciasnych klatkach i karmiono w nieodpowiedni sposób. Spośród 10 zwierząt jedno było w agonii. Stan pozostałych był zaś dramatyczny. Tygrysy udało się uratować jedynie dzięki błyskawicznej i profesjonalnej akcji pracowników poznańskiego zoo.

Żadne zwierzę nie może być traktowane w ten sposób. Zdecydowane przeciwdziałanie takim praktykom jest naszym obowiązkiem. Wszystkie dotychczasowe pytania do Komisji Europejskiej dotyczące zakazu wykorzystywania dzikich zwierząt w cyrkach były zbywane informacją, że zakaz nie wchodzi w zakres kompetencji Komisji, lecz należy do państw członkowskich. Jeśli tak jest, to Komisja powinna rozważyć objęcie działalności cyrkowej przepisami tzw. dyrektywy, która precyzyjnie określa zasady trzymania dzikich zwierząt w ogrodach zoologicznych, licencjonuje taką działalność i wyznacza ściśle rygory dotyczące warunków transportu i przechowywania dzikich zwierząt.

Uważam, że to minimum, jakie powinniśmy zapewnić, zanim wykorzystywanie dzikich zwierząt w cyrkach zostanie zupełnie zakazane w Unii Europejskiej. Niech stanie się to jak najszybciej.

Pascal Durand (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, quelle déception d'entendre encore et encore la Commission nous expliquer qu'il n'y a pas de problème, que tout cela relève de la décision des États membres, et que, finalement, l'Europe n'a pas à se préoccuper de la torture que subissent ces animaux dans les transports, dans des conditions d'exploitation purement commerciales et purement ludiques, des animaux sauvages dans des cirques, déplacés, entraînés pour le plaisir de quelques-uns ou de quelques-unes, et d'entendre la Commission nous dire que tout cela relève des États membres!

Vingt-trois États membres légifèrent; l'harmonisation n'intéresse plus la Commission; le fait qu'on ait une législation partagée commune n'intéresse pas la Commission; le fait qu'il y ait des transports interfrontaliers n'intéresse pas la Commission; le fait que l'article 13 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne impose de prendre en compte le bien-être des animaux – qui sont des êtres sensibles – n'intéresse pas la Commission.

Alors je vous le dis, Monsieur le Commissaire: un million de citoyens et un Parlement européen vous demandent d'agir sur cette question, et d'agir avec efficacité.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Herr Präsident! Stell dir vor, du lebst den größten Teil deines Lebens in einem Käfig. Wahrscheinlich wurdest du in Gefangenschaft geboren, aber du spürst noch immer die Wildnis in dir. Du sehnst dich danach, frei zu laufen, zu schwimmen und unter freiem Himmel zu schlafen.

Aber so sieht dein Alltag nicht aus. Dein Tagesablauf ist den Menschen ausgeliefert, die dich in Gefangenschaft halten. Du wurdest in der Angst vor Bestrafung erzogen. Du musstest lernen, was du tun musst, um Schmerzen zu vermeiden. Abends, im grellen Scheinwerferlicht, wirst du gezwungen, aufzutreten, unter dem Geschrei, unter dem Gelächter der Menschenmenge um dich herum.

Wie kann das im Jahr 2021 noch immer passieren? Es hat nichts Kulturelles, es hat nichts Pädagogisches, Wildtiere quer über den Kontinent zu schleppen und sie zur Unterhaltung zu missbrauchen. Diese Praxis sollte in allen Ländern der Vergangenheit angehören.

Younous Omarjee (The Left). – Monsieur le Président, quand on prive les animaux dits sauvages de liberté, c'est l'homme qui s'ensauvage. Les animaux n'ont qu'une raison d'être: celle de vivre, de vivre libres, et s'ils ont une raison d'exister, ce n'est ni derrière les barreaux ni dans des cirques pour satisfaire nos petits divertissements et nos grandes démissions devant la condition et la souffrance animales.

Cela a été dit: beaucoup de pays européens, sous pression des citoyens – car les citoyens ont un temps d'avance –, ont déjà interdit les animaux sauvages dans les cirques. Mais il est temps maintenant d'une interdiction à l'échelle européenne pour une harmonisation des réglementations et pour bannir définitivement ces pratiques d'un autre temps.

Je pense que l'heure est venue, dans cette Europe des droits humains, de fonder maintenant, aussi, l'Europe des droits des animaux.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, jak už bylo řečeno, více než milion Evropanů podepsal tuto občanskou iniciativu. Velmi mě mrzí, že jste ve svém vystoupení v zásadě alibisticky prohlásil, že stačí zákazy užívání zvířat v cirkusech u jednotlivých členských států. S tímto nesouhlasím a nesouhlasí s tím i ti občané, kteří toto podepsali.

Pro vaši informaci: podle aktivistů v Evropě dále působí přes 250 cirkusů, které užívají, tedy týrají z mého pohledu, volně žijící zvířata. Volám zde po celoevropské úpravě, po celoevropském zákazu. Pouze taková úprava může být efektivní. Současný stav není dostatečný, to je třeba říci. Takže, ten kdo tady tvrdí „Nechme to na členských státech, ta situace je v pořádku“, tak víceméně tiše podporuje současné týrání zvířat. Já vás prosím, přehodnoťte situaci!

Občany zajímá to, jak se se zvířaty v Evropě nakládá. Řešíme celou řadu věcí. Byla zde občanská iniciativa, která chce zákaz klecových chovů. Jsou zde aktivisté, kteří bojují proti dálkovým transportům jatečných zvířat. Evropa má opravdu co dohánět. Se zvířaty bohužel v Evropě nenakládáme tak, jak bychom měli. Je to silné etické téma a i zde na půdě Evropského parlamentu o tomto opakovaně hovoříme. Bohužel vnímám u Komise neochotu problémy řešit.

Prosím tedy, řešme tento problém! Je to silný etický problém. Celoevropský zákaz tu situaci vyřeší. Nespoléhejme, že jednotlivé rozdílné národní právní úpravy problém vyřeší. Není to tak. Prosím tedy, přehodnoťte svou pozici a navrhněte celoevropský zákaz!

Niels Fuglsang (S&D). – Hr. formand! Hr. kommissær! Så du også Disneys tegnefilm, Dumbo, da du var barn? Historien om den lille elefantunge med de store ører gør et stort indtryk på mange børn, og særligt scenen, hvor Dumbo bliver adskilt fra sin mor. Desværre er det ikke kun på tegnefilm, at små babyelefanter bliver adskilt fra deres mor. Det er også virkeligheden i mange af Europas cirkusser. De vilde dyr i cirkusserne lever under triste forhold. Små unger bliver fjernet fra deres mor alt for tidligt, og ligesom Dumbo, der blev klædt ud som klovn og tvunget til at optræde, lever mange af dyrene et stresset liv med hård træning og lange optrædender. Mange lever også i alt for små bure og i et miljø, der er meget langt fra deres naturlige habitat.

I de rejsende cirkusser tvinges dyrene ud på alt for lange køreture. Som følge heraf bliver dyrene stressede og syge. Nogle af dyrene reagerer på stressen ved at blive aggressive og altså også farlige over for mennesker – både de ansatte i cirkusset og tilskuerne. Sådan skal det ikke være. Vi har brug for et forbud i EU mod at holde vilde dyr i cirkusser. 18 lande i EU, herunder mit eget land, Danmark, har allerede indført sådan et forbud. Og et flertal af europæerne synes, at det er en god ide med et forbud - 65 % støtter et forbud. Et forbud kan hjælpe mod ulovlig handel med vilde dyr. Derfor opfordrer jeg – og det er vi mange, der gør her i Europa-Parlamentet og i Kommissionen – til at komme med et forslag, der forbyder at holde vilde dyr i cirkusser. Cirkusdyrene, de vilde dyr, fortjener bedre.

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

Vlad Gheorghe (Renew). – Doamna președintă, Uniunea Europeană nu poate fi credibilă ca lider al protecției mediului fără să ofere o viață demnă animalelor sălbatice. Cine ar crede că luptăm pentru drepturile celor mai vulnerabili, dacă nu apărăm chiar ființele ce nu se pot apăra?

În captivitate, animalele sălbatice sunt chinuite exclusiv pentru profit, fără niciun efect educațional sau cultural, iar slabul control asupra sănătății exemplarelor din specii pe cale de dispariție subminează eforturile de conservare. Calitatea vieții animalelor sălbatice în circuri este întotdeauna grav compromisă. Sunt greu de privit imaginile cu urși sau tigri care se învârt în cerc, chiar și după ce sunt salvați din cuștile lor.

Prezența animalelor sălbatice în circuri favorizează infracțiunile de mediu, pe care ne-am angajat să le combatem și prezintă un risc serios pentru sănătatea publică și pentru siguranța angajaților și a publicului. 23 de state membre au interzis deja total sau parțial animalele sălbatice în circuri și sunt mândru că, alături de colegii mei din UR, am contribuit la aceasta în București și în România.

Este timpul ca Uniunea să ia măsurile necesare pentru aplicarea interdicției pe tot teritoriul său.

Francisco Guerreiro (Verts/ALE). – Senhora Presidente, cara Comissária, no circo os animais sofrem de profundos abusos físicos e emocionais. Não são animais felizes e isso vê-se pelo seu olhar. São escravos de um sistema e de uma indústria que lucra com o seu sofrimento. Porém, em muitos Estados-Membros já se adotaram medidas para banir integralmente o uso de animais selvagens em circos. No entanto, há países da União Europeia que ainda o permitem e outros que apenas proibiram o uso de algumas espécies e o que acaba por acontecer é que os circos viajam para os Estados-Membros onde essas restrições não existem.

É, por isso, que necessitamos de uma abordagem coerente e uniformizada dentro do espaço comunitário. É hora de a União Europeia agir. É hora de banirmos o uso de animais selvagens para entretenimento humano e, desta vez, debatemos circos, mas num futuro muito próximo debateremos certamente a proibição de cetáceos e de outros animais aquáticos em delfinários, como é o mau e péssimo exemplo do Zoomarine em Portugal.

Clare Daly (The Left). – Madam President, over 14 years ago I moved a motion on Fingal County Council in Dublin to ban wild animals from circuses, and it was the first local authority in the Irish State to pass such a motion. It passed unanimously and even though I had wanted it to include all animals, it was actually a very good start. It really saddens me that 14 years down the road we're still in a situation where animals are being exploited across the EU, and the Commission sits on its hands and says 'nothing to do with us'.

It's not the first time the Commission is out of touch with European citizens. Claims of any educational value have been well passed in this era of the internet. The idea of exploiting a sentient being for entertainment is absolutely abhorrent to European citizens. I salute the million citizens who supported us to get to this position. We know that under Article 191, the Commission has the competence to coordinate a ban across Europe in terms of cross-border transportation issues. It's about time you started implementing it.

Cyrus Engerer (S&D). – Vážená pani predsedajúca, l-annimali użati fiċ-ċirki huma parteċipanti mhux minn jeddhom fi spettakli li jipperikolaw is-saħħa fiżika u mentali tagħhom. Ir-riċerkaturi sabu li 99% tal-hin tagħhom jitqatta' f'kundizzjonijiet ta' għajxien stressanti u f'gagėg żgħar mingħajr biżżejjed spazju sabiex ikunu jistgħu jikbru u jgħixu l-hajja tagħhom b'mod normali. Fil-ftit hin li jibqa' jiddevertu lin-nies.

Dan kollu l-ewwel u fuq kollox hu krudili għall-annimali. Izda apparti minn hekk hu ta' riskju għall-bniedem ukoll. Fl-Ewropa biss rajna 478 inċident li jinvolvu 889 annimal matul l-aħħar snin. It-tort ta' dan kollu żgur ma nistgħux inpoġġuh fuq l-annimal, għalkemm f'dawn iċ-ċirkostanzi kollha huwa l-annimal li jehilha u jispiċċa jitraqqad u jinqatel.

23 Stat Membru diġà adottaw liġijiet li jirrestringu l-użu tal-annimali fiċ-ċirki. Pajjiż iehor bħalissa għaddej ukoll bil-liġi tiegħu fil-proċess sabiex iwaqqafhom. Però, kuntent hafna li f'pajjiżi, Malta, din diġà hija liġi u għandna l-projbizzjoni tal-użu tal-annimali fiċ-ċirki. Imma, Sur Kummissarju, irridu nisimghu liċ-ċittadini Ewropej. Miljun ċittadin qed jitlob lill-Kummissjoni Ewropea sabiex tiehu azzjoni immedjata u tipprojbixxi l-użu tal-annimali fiċ-ċirki madwar l-Unjoni Ewropea kollha.

Hija biss projbizzjoni shiha li tista' tiggarantixxi soluzzjoni koerenti u effettiva ghas-sofferenza li dawn l-annimali jghaddu minnha ta' kuljum. Din hija materja li toqot kull Stat Membru tal-Unjoni Ewropea, ghalix naraw illi dawn jinjaru minn pajjiż għall-iehor tal-Unjoni Ewropea fejn jintrabtu bi ktajjen go vannijiet żgħar biex għal sigħat twal jiċċaqalqu minn pajjiż għall-iehor sabiex imorru jagħtu dawn ix-shows.

Allura, nitlob lill-Kummissjoni biex twaqqaf darba għal dejjem din il-kwistjoni mill-Ewropa.

Róża Thun und Hohenstein (Renew). – Pani Przewodnicząca! Na razie tylko trzy europejskie kraje całkiem zakazały używania zwierząt w cyrkach: brawa dla Malty, Cypru i Grecji! Ale są też takie dziwne kategorie jak zakaz używania zwierząt niebezpiecznych, który nie odnosi się do tych niebezpiecznych, i w ten sposób wielbłądy i lamy, na przykład, można męczyć, bo nie mają ostrych kłów ani strasznych pazurów.

Panie komisarzu, proszę się nie zasłaniać odpowiedzialnością krajów członkowskich. Ochrona środowiska naturalnego jest naszą wspólną polityką. Za nią jesteśmy odpowiedzialni wspólnie. A te zwierzęta należą do natury. Są częścią środowiska naturalnego i my jesteśmy za nie odpowiedzialni wspólnie. Więc proszę przygotować propozycje prawa zakazującego używania przynajmniej tych dzikich zwierząt w cyrkach, a najlepiej wszystkich. Słyszał pan opinie na tej sali. Słyszymy opinie większości obywateli Unii Europejskiej. Taka propozycja zostanie bardzo szeroko poparta, więc śmiało, Komisjo Europejska!

Manuela Ripa (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! „Tiger im Zirkus – aber das ist doch unnatürlich, die armen Tiere“, das hörte ich ein zehnjähriges Mädchen sagen, das im Zirkus war. Warum ist das Kindern klar und vielen Erwachsenen nicht?

Zeiten ändern sich, denn bereits Kinder stellen Gewohntes immer mehr in Frage. Aber nicht nur sie. Der Kommission wurden eine Million Unterschriften für ein Verbot der Tierhaltung in Zirkussen übergeben. Es gibt keine Gründe mehr, die den Einsatz von wilden Tieren in Zirkussen heute rechtfertigen könnten, und es gibt keine akzeptablen Alternativen zu einem vollständigen Verbot aller Arten.

Wir haben nun die Verantwortung, unseren Kindern zu zeigen, dass solche großartigen Tiere mit Respekt und Empathie behandelt werden müssen, und zwar in einer natürlichen Umgebung, und nicht zu einer unnatürlichen Existenz gezwungen werden sollten, die mit erheblichen körperlichen und seelischen Leiden verbunden ist. Was Kindern klar ist, sollte uns schon lange klar sein.

Sie als Kommission haben jetzt eine Million Gründe in Form von Unterschriften, um ein sofortiges Verbot von Wildtieren in Zirkussen zu erlassen und es nicht den Mitgliedstaaten zu überlassen.

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, suffering on tour, this is what wild animals in circuses experience. Is it a life worth living? Scientists, vets and NGOs don't think so. And, colleagues, I'm on their side.

There is overwhelming evidence that wild animals in circuses are destined to a life of physical abuse and mental torture. Undercover investigations reveal cruel practices, with training often relying on fear, to ensure the attention and compliance of animals in front of an audience.

Many European countries started to implement bans on this cruel practice. However, some Member States have no legislation whatsoever addressing this issue. And, given the cross-border nature of circuses, we call on an EU-wide ban to finally put an end to this suffering and abuse.

And don't get me wrong, I have nothing against circuses. There are amazing animal-free performances out there, bringing fun and excitement without the heart-breaking acts of elephants and bears that have been caged for their entire lives, forced to perform tricks through fear and intimidation and denied the ability to express their natural instinct.

It's time to adopt legislation that addresses these serious ethical concerns and helps the transformation of circuses into magical places using creativity, gymnastics, art and technology, because animals deserve our respect and our protection.

Caroline Roose (Verts/ALE). – Madame la Présidente, tigres, lions, éléphants, girafes ou même otaries: tous ces animaux n'ont pas leur place dans un cirque. Pour eux, être utilisés dans un cirque signifie être privés de leur milieu naturel, subir un dressage violent dès le plus jeune âge, être exhibés dans des numéros stressants contraires à leur nature et être soumis à des transports à répétition lorsque le cirque est itinérant.

L'origine de ces animaux est parfois douteuse, entre trafic et braconnage. La majorité des États membres ont déjà adopté des mesures qui interdisent ou limitent fortement l'utilisation d'animaux sauvages dans des cirques, mais une poignée de pays refusent d'adopter les mesures qui sont pourtant recommandées par les vétérinaires.

Ne croyez pas que nous sommes contre les cirques. Les cirques sont d'autant plus créatifs, leurs spectacles d'autant plus beaux, plus émouvants quand il n'y a pas de souffrance animale.

De plus en plus d'artistes circassiens prouvent qu'un cirque sans animaux est possible et reçoit l'adhésion du public. Les animaux ne sont ni des clowns ni des acrobates.

Je vous ai entendu, Monsieur le Commissaire, tout à l'heure, et j'avoue que je suis déçue. Ma position, aujourd'hui, c'est que la Commission doit agir pour qu'il n'y ait plus d'animaux dans les cirques.

Ivars Ijabs (Renew). – Dārgā priekšsēdētājas kundze, dārgais komisāra kungs, dārgie kolēģi! Tas ir, man liekas, simboliski, ka mēs tagad Adventes laikā runājam par šādu tēmu – par savvaļas dzīvnieku izmantošanu cirkā, jo tas ir patiešām vispārīgs cilvēciņas jautājums par to, ka mums nav morālu tiesību izmantot citu dzīvību būtņu ciešanas savām izpriecām, jo pat pēc vairākām paaudzēm nebrīvē savvaļas dzīvnieki joprojām ir savvaļas dzīvnieki ar tiem raksturīgo uzvedību.

Priecē tas, ka absolūtais vairums dalībvalstu to jau ir atzinušas, bet tam ir jāklūst arī par Eiropas standartu. Bet kamēr Komisija nav nākusi klajā ar šādu priekšlikumu, mēs aicinām tās trīs dalībvalstis, kas vēl nav noteikuši nekādus ierobežojumus dzīvnieku izmantošanai cirkos, to tomēr izdarīt, jo nākamās paaudzes šodienas Eiropas līderus mērīs ne tikai pēc uzceltām ēkām vai izremontētiem ceļiem, bet pēc tā, vai viņi ir spējuši padarīt Eiropu humānāku, un man šķiet, ka šis aizliegums būtu tam lieliska iespēja.

Janez Lenarčič, Member of the Commission. – Madam President, I would like to sincerely thank the honourable Members very much for sharing your views on this important matter. I have listened very carefully to your voice and I hear what you're saying.

I also hear what more than one million EU citizens were saying when they signed the petition and sent it to Brussels, and I understand the legitimate concerns that our citizens have concerning wild animals in general and their use in circuses in particular, and I'm glad that a large majority of Member States have already banned the use of wild animals in circuses.

But we also know what the Treaty says, and we are a Union based on the rule of law. The Treaty says what the EU can do and what Member States should do. And as I said, this is an ethical issue. This doesn't mean it is not important. Of course it is important, but it's an ethical issue, and the Member States are the ones that have the competence and obligation to regulate ethical issues. We do regulate cross-border movement – I mentioned that in my introduction – but the issue as such has to be tackled by Member States. And here I would really like to say the following: you, as elected representatives of European citizens, are well placed to gauge the public mood, especially the public mood in those Member States that have yet to introduce such a ban on using wild animals in circuses. On that basis, I think it would be good if you could work with your national parliamentary colleagues in those Member States that have not yet banned the use of wild animals in circuses and help advocate and deliver change.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – Един милион граждани ни призовават да спрем използването на диви животни в цирковете. Тигри, лъвовете, мечки, маймуни и други диви животни нямат място на манежа. Подобен вид дейност вече не се цени и не се търси. Напротив, зрители има там, където има високи стандарти в грижата за животните и там, където циркът залага на своята образователна и културна страна, а не налага на животни в плен да извършват непривични за тях дейности, които служат само и единствено за забавление на хората.

Нека не забравяме, че дивите животни в цирковете страдат от редица физически и социални лишения, а обучението им често е основано на наказания. Животните, които са принудени да живеят в неестествени условия и затворени в много тесни клетки, могат да реагират по начини, които представляват риск за техните укротители и за самата публика. Допълнителен фактор се явява и стресът, който излизането на манежа предизвиква благодарение на силната музика, крясъците от хиляди хора и ослепителната светлина.

Двадесет и четири държави членки са приели законодателство, забраняващо използването на диви животни в цирковете. За съжаление към момента все още няма общо европейско законодателство, касаещо благосъстоянието на животните в циркове. Време е институциите да се събудят и да отговорят на очакванията на хората.

Sylvia Spurek (Verts/ALE), na piśmie. – Wykorzystywanie zwierząt w cyrkach stanowi zagrożenie dla zdrowia publicznego, osób pracujących w cyrkach, a także, ze względu na wykorzystywanie zagrożonych gatunków, dla bioróżnorodności. Ale jednocześnie, i przede wszystkim, jest źródłem cierpienia dla samych zwierząt, które są torturowane i więzione przez swoich „opiekunów”. Wykorzystywanie zwierząt w cyrkach jest tylko jednym z wielu przejawów wykorzystywania przez człowieka zwierząt pozaludzkich, w tym przypadku dla rozrywki. Od początku mojej kadencji głośno mówię o tym, że konieczne jest odejście od eksploatacji zwierząt przez człowieka w każdej formie.

W ramach mojej „Piątki dla zwierząt” przedstawiłam postulaty dotyczące zakazu wykorzystywania zwierząt zarówno dla rozrywki, np. w cyrkach, delfinariach i papugarniach, jak i w sporcie i rekreacji, do testów i w edukacji, wykorzystywania i zabijania zwierząt tzw. hodowlanych, polowań na zwierzęta przez myśliwych i wędkarzy. Zdecydowana większość państw członkowskich wprowadziła już zakaz lub istotne ograniczenia w zakresie wykorzystywania zwierząt w cyrkach. UE, twierdząc, że jest liderką w ochronie zwierząt, pozostaje daleko w tyle za swoimi członkami i powinna jak najszybciej wprowadzić zakaz wykorzystywania zwierząt w cyrkach. Pod petycją w tej sprawie podpisało się ponad milion obywateli i obywateli. Bo jak mówią aktywiści i aktywistki polskiej Koalicji Cyrk Bez Zwierząt: „cyrk jest śmieszny – nie dla zwierząt”.

6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

6.1. Anhaltendes massives Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger in Russland: der Fall der Menschenrechtsorganisation Memorial

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zum anhaltenden massiven Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger in Russland: der Fall der Menschenrechtsorganisation Memorial (2021/3018(RSP)) (*).

Andrius Kubilius, author. – Madam President, as we know, Putin wants to destroy Memorial. Many human rights organisations were destroyed by the Kremlin up till now. But Memorial is a unique organisation which was created by Andrei Sakharov back in 1989 in order to preserve memories about the atrocities of the gulags and Stalin's crimes.

Andrei Sakharov understood in a very clear way that in order to build a new democratic post-imperial Russia, Russia needed to recognise the tragedies of its past. The largest victim of Stalinist crimes was the Russian nation itself. The nation needs to recognise the crimes and the tragedies of its past, because this is the only way to overcome the nation's post-imperial nostalgia for its imperial past, which is the biggest enemy of a young post-imperial democracy.

After Yeltsin, a young Russian democracy failed to survive. It appeared that in the society of young democracy, nostalgia for the imperial past was stronger than a democratic mentality. And now Putin wants to destroy memories about Stalin's crimes. He wants to destroy an institution which was trying to bring the truth about Stalin's crimes to ordinary Russians.

It is symbolic that Memorial, in its activities, combines its care about the memories of Stalin's crimes in the past and its care about Putin's crimes against human rights today. There is no big difference in the mentality of the Kremlin during Stalin's time and during Putin's time. For both, human life means nothing; for both, human dignity, human rights and the sovereignty of nations means nothing. The only difference is that one was stronger in mass persecution, while the other is stronger in mass kleptocracy.

Putin wants to destroy Memorial because he wants to destroy memories about Stalin's crimes. For Putin, Stalin is an example to follow, not an object to be criticised. The logic of Putin is very simple – there is no need to register or investigate either the crimes of Stalin or the crimes of Putin.

We cannot stop Putin right now in destroying Memorial, in his attempts to destroy memories about gulag crimes and in his attempts to bring Stalin back to glory. The future of democratic Russia will stop him, and history shows that such a future is unavoidable for Russia also, but for the time being Putin can succeed in destroying Memorial. What should be our answer?

First of all, we need to be ready to recreate Memorial inside the European Union, which would take care of the safety of archives and memories which were collected by Memorial in Russia. Second, we need such a Memorial inside the EU to collect all the evidence about Stalinist unsolved crimes not only in Russia, but on the whole continent of Europe.

One last point. Since Putin is finishing destroying the last human rights organisations in Russia, we need to establish a special EU envoy for human rights in Russia, whom we could call the 'Memorial envoy' and who would be responsible for collecting, analysing and publishing all the data about human rights violations in today's Russia.

Mr Putin, you can destroy Memorial, but you will not destroy human memory, including the memory about your crimes.

Raphaël Glucksmann, *auteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, Vladimir Poutine a peur. Certes, son pouvoir n'est pas immédiatement menacé. Certes, il contrôle les armes, l'argent, les médias, les fonctionnaires. Mais il aura peur tant que des consciences libres existeront en Russie. Et là, il a peur de Memorial, peur du droit et de la vérité, peur de chaque lumière qui éclaire la nuit sale des voleurs et des tueurs.

Et lorsque les tyrans ont peur, c'est-à-dire, au fond, chaque jour de leur vie, ils répriment et ils assassinent. Natalia Estemirova, une héroïne de notre temps, enquêtait pour Memorial sur les crimes innombrables commis en Tchétchénie. Elle a été abattue en 2009. Oyoub Titiev et Iouri Dmitriev ont été embastillés, et maintenant Oleg Orlov et Svetlana Gannouchkina risquent la prison ou l'exil. Ce sont mes modèles, comme l'était Anna Politkovskaïa, mon amie, tuée dans son hall d'immeuble le jour de l'anniversaire de Poutine.

Chers collègues, le sens premier de cette résolution de soutien à Memorial, c'est de rappeler à l'Europe et au monde ce qu'est le courage. Défendre à Grozny des adolescents torturés dans les geôles de Kadyrov ou porter plainte à Moscou contre les mercenaires du groupe Wagner, l'armée secrète de Poutine, pour des crimes commis en Syrie: voilà ce qu'est le courage.

Memorial est le nom de la Russie que nous aimons, que nous admirons, un nom qui rappelle que nous ne combattons pas une nation, mais un régime. Alors offrons à la société russe notre aide, offrons aux exilés notre soutien et frappons ce régime de pillards là où bat son cœur, c'est-à-dire au portefeuille.

Ceux qui jettent des héros en prison, pillent leur peuple, persécutent les minorités, foulent au pied nos principes et nos intérêts ne doivent plus pouvoir jouir de leur villa sur la Côte d'Azur ou de leur chalet à Courchevel. C'est aussi simple que cela, parfois, la politique. La solidarité avec les victimes passe par la saisie des yachts et des comptes en banque des bourreaux. Chers collègues, le temps est venu pour nous d'avoir ne serait-ce qu'un centième du courage des membres de Memorial.

Petras Auštrevičius, *author*. – Madam President, when the development of civil society and a democratic state with the rule of law becomes a state-prosecuted crime, organisations such as International Memorial are liquidated. It's a well-known and a very sad fact.

The plain truth is that Putin's regime perceives the dissolution of the former USSR as a tragedy and the collapse of historical Russia. It's all about the empire of evil, which through the Red Terror, great purges, mass arrests and executions, deportation and imposed famine, has killed between 9 and 15 million people. My country, Lithuania, also paid a very high price with massive deportations and the killing of innocent people.

The Kremlin tries to silence the victims of Bolshevik and Communist repressions, who speak with one voice and demand historical justice and acknowledgement, and not to repeat it ever again.

Memorial International stands for historical truth and the prevention of a return to totalitarianism. Putin's policy, which is built on the glorification of Stalinism and the Soviet terror policy, must be condemned in the strongest terms as non-compatible with today's legal norms and European way of life.

Let me wish Memorial International a very Happy New Year and I hope to see their activities continued.

Sergey Lagodinsky, *Verfasser*. – Frau Präsidentin! Ich möchte nicht statt Memorial sprechen, lieber benutze ich die Worte von Memorial-Gründer Andrei Sacharow. Er sagte bei der Gründung: „Das einzige, was unser Volk heilen kann, ist die unverdeckte Wahrheit.“

Es gibt viele Opfer der neuen russischen Regierungspolitik in Russland – einige sind Menschen, andere sind Organisationen. Aber das größte Opfer, die wichtigste Zielscheibe der Angriffe ist sie: die ungeschönte, unverstellte Wahrheit. Wahrheit über Korruption, Wahrheit über die Motive der Strafverfolgung von Aktivistinnen und Aktivisten, Wahrheit über die Ausmaße der Epidemie, Wahrheit über die Nachbarländer und Wahrheit über die Arbeit von Memorial.

Wie in früheren Zeiten legt sich der Mehltau der Lügen über den Alltag der Menschen in Russland – Fake News, alternative Fakten oder einfach die alte gute Propaganda. Memorial war die Therapie für die Folgen der vergangenen Staatsverbrechen und ein Gegengift gegen das Virus der Lügen von heute. Deswegen wird Memorial angegriffen.

Sacharow hatte wie immer recht. Memorial ist Gewähr für Wahrheit, und deswegen werden wir alles tun, damit Memorial das bleibt, was es ist. Wir bleiben an Memorials Seite.

Anna Fotyga, *author*. – Madam President, by this debate, our humble statements, we pay highest tribute to all activists of Memorial. We are extremely grateful for their work in both remits.

First, the historic research exposing crimes of Stalinist regime in the Soviet Union, as well as crimes of Putin's regime in the contemporary Russian Federation. And the second remit, defence of human rights in the Russian Federation and in the broader region. As a Pole, I am really, extremely grateful for their enormous achievements.

There are double-track proceedings before courts in Moscow. One against International Memorial, an umbrella organisation, in the Supreme Court with allegations of violating the 'foreign agent' law, and second one against the Human Rights Centre with even graver allegations of defending terrorists. Do you imagine, those noble peoples defending terrorists while it is the Russian Federation – a country sponsoring terrorism?

Helmut Scholz, *Verfasser*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier in dieser Woche das Verhältnis Europäische Union/Russische Föderation mehrmals diskutiert.

Die für die gesellschaftliche Entwicklung in Russland sicherlich weitreichendste Aussprache ist die heutige Debatte zu Memorial International. Das drohende Aus einer der ältesten und bekanntesten zivilgesellschaftlichen Organisationen ist beunruhigend. Es veranschaulicht die Willkür des Umgangs des russischen Staatsapparates mit zivilgesellschaftlichem Engagement und NGO, die sich in die demokratischen Gestaltungsprozesse der Gesellschaft einbringen. Das „ausländische Agenten“-Gesetz ist fehl am Platz, ebenso wie das fadenscheinige, mutwillig zusammengeschusterte Vorgehen gegen Memorial nicht zu akzeptieren ist.

Wir bestehen auf Wahrung der Menschenrechte, auf Transparenz, Ehrlichkeit und Offenheit jeglichen politischen Handelns als unverzichtbare Voraussetzung für eine breite demokratische, partizipative Beteiligung der Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaft – in der EU, aber auch außerhalb. Das muss insbesondere für Memorial vor dem Hintergrund ihrer sicherlich für viele Menschen auch schmerzhaften Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit wie auch für alle anderen Kräfte einer zunehmend eigene Ansprüche auf Teilhabe anmeldenden Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft gelten.

Wir fordern die russische Regierung auf, das Verfahren gegen Memorial unverzüglich einzustellen. Freie Meinungsäußerung muss gewährleistet sein. Und ja, auch interkultureller Dialog muss ungehindert zu entwickeln sein.

Zugleich wenden wir uns gegen die reflexartige Reaktion seitens der EU, auch hier des Hauses, wiederum eine neue Spirale in der Sanktionspolitik gegen Russland zu ziehen, alle Probleme aus der Vergangenheit und verschiedenste Interessenlagen unentwirrbar zu vermischen, anstatt eine längst überfällige tragfähige neue Strategie für den Dialog zu entwickeln.

Miriam Lexmann, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, let me begin by thanking my colleagues on this important and timely resolution. The crimes of communism continue to reverberate and haunt Europe.

For many of us whose countries were subject to communist rule and whose families have suffered persecution for our belief in freedom and human dignity, the memory of this brutal regime is not only something in the past. It is something we must continue to remember and remind the future generations, so that such crimes are not repeated again. My own members of the family were killed, sent to forced labour camps and prosecuted by the communists.

It is in this context that the work of Memorial has been so important in documenting the crimes of one of the most murderous regimes in history – the crimes it has committed against people in the Soviet Union and beyond.

Dear colleagues, Memorial was established in 1989 by Andrei Sakharov and others – that was still in the days of the Soviet Union. It is ironic that an organisation that was able to exist even in the last years of the Soviet Union, still under the grip of the Communist Party, is being labelled and forced to close down by today's regime in the Kremlin.

The regime of Vladimir Putin is not only trying to whitewash the history of the Soviet Union, but also we can see attempts to rehabilitate Stalin, one of the most brutal murderers in history. These steps tell us a lot about the kind of regime we are dealing with in the Kremlin today: corrupt, oppressive and willing to abuse and manipulate history for its own ends. This tragic history is our shared history. And if we don't stop these attempts, it might have serious consequences for us all.

Włodzimierz Cimoszewicz, *w imieniu grupy S&D*. – Pani Przewodnicząca! Historia Rosji, a szczególnie Związku Radzieckiego pełna jest niebywałych zbrodni i okrucieństw. Zabijano miliony ludzi, miliony zsyłano w nieludzkie warunki na Wschodzie. Miliony umierały z głodu, ginęły i umierały w łagrach. Mimo całej oficjalnej, pseudopatriotycznej propagandy, mimo niezliczonych pomników, państwo to nie traktowało poważnie swojego moralnego obowiązku usunięcia czarnych plam historii, przywrócenia godności ofiarom i nazwania po imieniu znanych sprawców.

Nadzieja na zmianę tej sytuacji pojawiła się wraz z powstaniem organizacji Memoriał. To dzięki ogromnej pracy ludzi Memoriału Rosja i świat wiedzą o wiele więcej, a milionom ofiar przywrócono nazwiska i pamięć. Rosjanie, Ukraińcy, Litwini, Łotysze, Estońscy, Białorusini, Polacy i wiele innych narodów zawdzięczają Memoriałowi także ważną wiedzę.

Dlatego dzisiejsze represje wobec Memoriału to nie tylko walka z niezależnym stowarzyszeniem, to walka z prawdą historyczną, to odebranie milionom ofiar zbrodni ostatniego prawa przywrócenia każdej z tych osób ludzkiej godności. Ile trzeba mieć pogardy wobec ludzi, swojego narodu i kraju, by przy użyciu państwowej przemocy eliminować prawdę historyczną? Ukrywanie zbrodniarzy okazuje się ważniejsze od oddania hołdu ich ofiarom.

Jeśli dojdzie do delegalizacji Memoriału Unia i państwa członkowskie powinny udzielić gościny tej organizacji i jej pracownikom. Należy im stworzyć warunki do kontynuowania ich pracy. Ich ustalenia są ważne dla całej Europy. Prawda nie może być zakazana.

Bernard Guetta, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, ce mouvement que M. Poutine veut bâillonner avait été le premier rayon de soleil de la perestroïka. Jamais je n'oublierai les premières réunions organisées par Memorial avec d'anciens détenus du goulag qui se retrouvaient, qui se regardaient, dont les larmes commençaient à couler et qui disaient d'une voix faible: «C'est toi, c'est vraiment toi». Oui, c'étaient eux, les survivants.

Alors pourquoi M. Poutine veut-il bâillonner ce mouvement qui avait été le symbole même d'un retour à la liberté en Russie? Eh bien, tout simplement pour réhabiliter Staline. Et pourquoi veut-il réhabiliter Staline? Mais tout simplement parce que cet homme, qui s'était présenté au monde et aux Russes il y a 20 ans comme l'héritier de Pierre le Grand, devient l'héritier d'Ivan le Terrible.

Reinhard Bütikofer, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Memorial was founded and began to thrive in the waning days of the Soviet Union. They have valiantly followed their founding spirit with their anti-Stalinist work until this day. All these years, they have been upholding the values that we all hold dear.

In 2009, the European Parliament honoured them by bestowing upon them the prize that carries the name of their co-founder, Sakharov. Now, Vladimir Putin, a late admirer and disciple of Stalin, wants to close down Memorial – to 'liquidate' Memorial, as they say. Even his language gives testimony to what he represents.

We today express our unbreakable solidarity with Memorial. The torch with which the courageous people of Memorial have carried over 30 years will be carried on. Memorial represents the dignity and Europeanness of Russia.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Am 11. November beantragte der russische Generalstaatsanwalt beim Obersten Russischen Gerichtshof die Schließung der Organisation International Memorial. Memorial soll Spenden aus dem Ausland erhalten haben und entgegen dem Gesetz über ausländische Agenten Geldquellen nicht offengelegt und Publikationen nicht mit entsprechenden Hinweisen versehen haben.

Die EU verurteilt das russische Vorgehen. Gleichzeitig erschweren auch Deutschland und die EU gesetzlich Parteien-, Medien- oder NGO-Finanzierungen aus dem Ausland. US-Medienkonzerne beschneiden auch in der EU nach Belieben Meinungsfreiheit. Politisch willfähiger öffentlicher Rundfunk genießt Milliardenförderung. Deutschland verweigert RT Rundfunklizenzen, und private Chats sollen bald legal überwacht werden. Der Westen nennt seine Geldgeber Stakeholder, die Russen Agenten.

Ganz so frei, das beklagte schon der britische Philosoph John Stuart Mill, ist der Wettstreit der Ideen nirgends. Und der Rechtsstaat ist auch in der EU und in Deutschland mitunter nur Schönwetterveranstaltung.

Witold Jan Waszczykowski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Rosja to stały antybohater naszych obrad. Rosyjski imperializm przejawia się nie tylko agresją wobec innych państw, ale i agresją wobec własnego społeczeństwa, zastraszaniem, represjami wobec wszystkich wątpliwych w rządy Putina.

Rozmawialiśmy o Ukrainie. Rozmawialiśmy o Nawalnym. Dziś będziemy rozmawiać o działaniach wobec organizacji pozarządowych, szczególnie tych, które zajmują się obserwacją przestrzegania praw człowieka. Przeciw nim powstało prawo piętnujące je jako zagranicznych agentów. Szczególnie dotkliwe są represje wobec organizacji Memoriał, która badała i ujawniała kryminalne działania, np. w Czeczenii lub w Syrii przez Grupę Wagnera. Memoriał ujawnił też zbrodnie stalinowskie, np. zbrodnie na polskich oficerach w Katyniu i polskich partyzantach w 1945 roku. Brońmy działaczy Memoriału i brońmy dorobku tej organizacji, olbrzymiej bazy danych, kolekcji dokumentów, dowodów zbrodni. Ta kolekcja musi stać się dziedzictwem całej Europy. Stwórzmy możliwość bezpiecznego działania aktywistom Memoriału w naszych krajach, aby otworzyli kolekcję ważnych dokumentów i zachowali je dla prawdy historycznej.

Michaela Šojdřová (PPE). – Paní předsedající, kolegyně a kolegové, o Rusku, o prezidentu Putinovi, o jeho metodách potlačování lidských práv, svobody slova a demokracie jsme tento týden vedli rozpravy vlastně každý den.

Memorial je legendou mezi lidskoprávními organizacemi a Putinův režim už dlouho usiluje o jeho likvidaci. Tato organizace je pro Putina nepohodlná a také asi nebezpečná. Mapuje minulé i současné politické zločiny páchané na lidech v Rusku a na jiných národech. Není to zahraniční agent. Není to extremistická organizace.

Memorial pomáhá zahraničním badatelům hledat stopy v archivech. Posledních pět let – od roku 2016 — má Memorial i českou pobočku. Právě díky Memorialu se podařilo zmapovat i osudy některých z více než tisícovky Čechů, kteří byli popraveni v někdejším Sovětském svazu. Ruská prokuratura českou pobočku naštěstí ohrozit nemůže, ale naše výzva přichází ve chvíli, kdy ruská prokuratura opět činí kroky proti organizaci Memorial právě v Rusku.

Evropská unie a členské státy by měly uvalit a podporovat sankce proti všem ruským představitelům, kteří nezákonně brání v práci a samotné existenci Memorialu a podobných organizací. Členské státy by měly udělat maximum pro záchranu cenných archivů historické pravdy, paměti a podporovat pobočky Memorialu na jejich území. Děkuji všem, kteří podporují tuto výzvu.

Thijs Reuten (S&D). – Madam President, the attempts to intimidate, silence and, ultimately, close Memorial are not only an example of how far Putin is prepared to go, they are an insult to the Russian people, to their history. We have a problem with the Putin kleptocrat autocracy, not with the Russian people. If we let them down, those who fight for the values we hold sacred, we also allow the undermining of these same values.

What do Sakharov and Memorial teach us? We are reminded of Soviet-era intimidation, oppression and atrocities, and we get confronted with the inspiration they still provide to us today. Arguably, the most important instrument we have is to raise our voice and keep telling their stories, the stories of the countless killed in Russia and abroad, those prosecuted and imprisoned, people who simply stood up for their rights, for the environment, for political freedoms or stood as an opposition candidate.

Let me share with you a lesser-known contemporary story to pay tribute to all of them. On 15 July 2021, Andrei Borovikov was convicted to 27 months in prison by the appeals court of Arkhangelsk. Allegedly, he spread pornography by sharing a generally available music clip on his profile on the Russian alternative to Facebook. This, of course, was one of these commonly fabricated charges to be able to convict him. Who was Borovikov? Who is Borovikov? He was allied as a local coordinator to Aleksei Navalny. He has a wife and a newborn son. He's now detained a thousand kilometres from his home, on purpose, moved there after being convicted to make it very difficult for his family to visit him – to break him. Keep telling their stories, past and present.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Aleksej Navalnyj fick årets Sacharovpris. Han är en mycket värdig vinnare, som har fått betala ett högt personligt pris för sin modiga kamp för att avslöja korruption och maktmissbruk i Ryssland. Frihetskampen var nära att kosta honom livet. Han utsattes för mordförsök och sitter ännu i fängelse.

Sacharovpriset, Europaparlamentets pris för yttrandefrihet, är en av de finaste utmärkelserna man kan få. Det retar förstås Putin att det har gått till en person som både utmanat och avslöjat honom. Priset är dock inte bara till Navalnyj, utan det är ett pris till alla dem som säger ifrån, individuellt eller tillsammans, i det civilsamhälle med organisationer som Memorial som Putin är så rädd för. EU kan aldrig vika för Putins hot. Aggressioner ska mötas med sanktioner, minskade gasleveranser och stopp för Nord Stream 2. Ryssland är inte lika med Putin. Europa är med Navalnyj och alla som kämpar för ett demokratiskt Ryssland.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, yrittys lakkauttaa Venäjän kunnianarvoisin ihmisoikeusjärjestö, Memorial, on samalla yrittys kieltää Venäjän kansakunnan muisti. Useissa tapauksissa FSB:n apurina toimii niin sanottu Taloudellinen ja yhteiskunnallinen asiantuntijakomitea. Juuri tämä kvasitieteellinen elin on laatinut lausunnon Memorialin lakkauttamiseksi.

Sama kvasitieteellinen elin toimi asiantuntijana myös niin sanotussa Sandarmohin tapauksessa, kun Karjalan tasavallan Memorialin johtaja Juri Dmitrijev tuomittiin tekaistuin syyttein ankaraan vankeusrangaistukseen. Hän oli nimittäin löytänyt ja tuonut esiin Stalinin vainojen uhrit Karjalan määntymetsien alta.

Kolmas tapaus on Kuolan niemimaalta. Agnes Haikara, suomalaissiirtolaisten jälkeläinen, kirjoitti kirjan norjalaisten ja suomalaisten siirtolaisten traagisista kohtaloista Stalinin vainoissa. Vuosi sitten FSB takavarikoi kirjan tämän kvasitieteellisen komitean lausunnon perusteella.

Tänään Euroopan parlamentti vaatii, että Memorialin lakkauttamistoimiin osallistuneille tahoille tulee asettaa sanktioita. Arvoisat kollegat, Taloudellinen ja yhteiskunnallinen asiantuntijakomitea on sovelias sanktioiden kohde.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin alt genug, um mich noch ein wenig an die Endphase des Kommunismus zu erinnern, und ich kenne auch das gegenwärtige Moskau. Wenn ich also hier im Plenum höre, dass das heutige Russland, die heutige Regierung, dasselbe sei wie Stalins Schreckensherrschaft, dann muss ich mich schon fragen, ob Sie denn selbst glauben, was Sie erzählen. Es ist doch offensichtlich, dass sich das auf völlig anderen Ebenen abspielt.

Und das nächste ist, dass Sie etwas verschweigen, was man in Wikipedia nachlesen kann, nämlich dass Memorial heute eben nicht mehr den Fokus auf der Erforschung der Vergangenheit hat, sondern dass es mittlerweile die zentrale Plattform ist, um gegen die Regierungspolitik in Russland aktiv zu sein.

Das ist das gute Recht von Memorial. Aber tatsächlich ist es eben so, dass – was Memorial auch zugibt – es von ausländischem Geld abhängig ist und dass es diesbezüglich Regulierungen gibt. Wir können diese Regulierungen kritisieren, aber wir können doch nicht kritisieren, dass eine Organisation, die Regulierungen nicht akzeptiert, am Ende auch Ärger mit den Regulierungsbehörden bekommt.

Die Diskussion hier wird auch nicht geleitet von Fakten, sondern sie ist ein weiterer Baustein dieses Russland-Bashings, das wir mittlerweile so weit getrieben haben, dass es in jeder Plenarsitzung nicht nur einmal vorkommt – wie bei Polen, da ist es einmal pro Monat dran; Russland ist jetzt zwei- bis dreimal pro Monat dran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen Sie wirklich Feindbilder, um Ihre Politik zu machen? Oder haben Sie nicht auch mal eine eigene positive Vision?

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Jestem jednym z tych – a na tej sali nie ma nas tak wielu – którzy pamiętają przyznanie Nagrody im. Sacharowa Memoriałowi lat temu dwanaście. Pamiętamy wizytę pani Aleksiejewej, pana Kowaliowa, tę inną twarz Rosji, a także ich czasem gorzkie słowa skierowane wobec Zachodu.

Myślę jednak, że to, co dzieje się w tej chwili z Memoriałem, pokazuje pewien regres, bo jednak ta organizacja mogła funkcjonować paręnaście lat temu, mogła funkcjonować jeszcze kilka lat temu. Była na marginesie, była spychana, takich represji, jakie są dzisiaj, nie było wtedy. Myślę, że to też pokazuje być może strach rosyjskiej elity władzy, ale też jest sygnałem konieczności naszej solidarności.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, a Memorial tem uma longa história na defesa dos direitos humanos e também, infelizmente, de perseguição pelas autoridades russas. Desde muitas de caráter extorsionário, detenções e acusações arbitrárias e até invasões por parte da polícia, a Memorial, e quem com ela trabalha, tem sido vítima de inúmeras tentativas de silenciamento e intimidação também ao abrigo da infame lei dos agentes estrangeiros com o objetivo final de acabar com esta organização.

Criada com o objetivo de investigar e documentar o passado de repressão que se viveu na Rússia, a Memorial acaba agora por ser mais uma vítima das ações do governo de Putin para reescrever a história daquele país e, acima de tudo, silenciar e reprimir todos aqueles que se lhe opõem.

Este é o momento, caros Colegas, de dizermos que não deixaremos que se apague a memória, que apoiaremos os ativistas da Memorial, que pediremos o reforço das sanções contra aqueles que perseguem a Memorial e que ajudaremos a preservar os arquivos da Memorial porque isso representa preservar parte da História da Europa.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Drodzy Państwo! Historia nie tylko jest doskonałą nauczycielką życia, ale także skutecznym sumieniem narodów. Próba likwidacji Memoriału to nic innego jak próba uciszenia sumienia, które przypomina rosyjskim władzom o zbrodniach systemu komunistycznego.

Związek Radziecki był państwem barbarzyńskim, zbudowanym na terrorze, pracy przymusowej i masowych deportacjach. Dotknęły one wielu grup etnicznych i społecznych, które nie chciały pogodzić się z sowiecką niewolą. Jednak pierwszą ofiarą łagrów i zsyłek byli sami Rosjanie. To dla nich powstał Memoriał, by pokazywać prawdę o komunizmie tym, którzy nigdy nie usłyszeli o niej w szkole czy w mediach. Nie da się zbudować partnerskich relacji z Rosją, w której władze są wciąż dumne ze zła, które Związek Radziecki wyrządził państwu bloku wschodniego. Memoriał od 1989 r. broni prawa do prawdy. My powinniśmy bronić Memoriału.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, lo abbiamo detto più volte in quest’Aula e penso sia giusto ribadirlo: il più grande problema di Vladimir Putin è la forza che può avere una società civile libera, informata, attiva. Il suo vero nemico è la democrazia, in ogni sua forma ed espressione, all’interno o all’esterno dei confini russi.

Ora tra gli obiettivi di Putin si aggiunge l’International Memorial Society, non solo un’organizzazione simbolo per la società civile russa, ma anche un riferimento concreto fondamentale nella lotta per i diritti umani e nella difesa attiva dei diritti umani. Le richieste di scioglimento di Memorial sono evidentemente folli e dettate dall’esigenza di mettere a tacere una voce libera e scomoda. La stessa legge sugli agenti stranieri, del resto, che Memorial è accusata di aver violato, rappresenta un attacco alla libertà di associazione, di espressione e di partecipazione.

E oggi qui ribadiamo di essere accanto a Memorial e a tutta la società civile russa libera e democratica. A loro va la nostra solidarietà, il nostro sostegno, perché solo grazie a una società civile libera può aprirsi una prospettiva diversa.

E, in conclusione, da qui fatemi ancora una volta dire che non tutti possiamo parlare dei guasti provocati da Putin allo stesso modo. Tra noi, in quest’Aula, ci sono pure i suoi amici, quelli che hanno negli anni giocato con Putin proprio per attaccare la nostra casa comune. Io credo che questo non lo dobbiamo dimenticare.

Janez Lenarčič, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, the European Union has a long-standing and clear position on Russia’s ‘foreign agents’ law, and we are particularly concerned about the latest case against Memorial International and the Memorial Human Rights Centre.

As many of you have pointed out, Memorial is an internationally respected non-governmental organisation and one of the oldest civil society organisations in Russia. Its activities are central to the defence of human rights, and they serve as a bulwark against attempts to manipulate the historical memory of political repression in the Soviet Union. But Memorial’s work reaches beyond Russia and pays tribute to the victims of authoritarian repression and political persecution, past and present, in other regions in Europe as well. Now the Russian authorities are trying to silence it.

In these challenging circumstances, ambassadors of the European Union Member States in Russia met with the representatives of Memorial to reiterate their solidarity and support. In his statement on 13 November, the High Representative / Vice-President called upon the Russian authorities to reverse legal steps against Memorial and stop the unabated crackdown on civil society and independent media in Russia. On 25 November, many European diplomats were present at the first hearing in the case regarding the liquidation of Memorial International.

The current attempts to silence Memorial follow months of systematic repression in Russia against human rights defenders, against independent media and journalists, against political opposition members and critical voices, as well as religious minority groups. And this move is yet another example of how Russia’s ‘foreign agents’ law is used to shrink the space of fully independent activism, to curtail historical scholarship and to suppress critical debates.

The European Union has repeatedly condemned the Russian legislation on foreign agents, and so did the United Nations, and so did the Council of Europe, and so did the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE). We will continue calling on the Russian authorities to repeal existing legislation on foreign agents, and not to proceed with further legislation that breaches Russia’s international commitments, as well as to stop the crackdown on civil society and independent media.

Understanding the atrocities of the past is a value that must enjoy support and protection. The dismantling of Memorial would therefore be an irreplaceable loss for the Russian people and for Europe as a whole. The people of Russia, like people everywhere, have the right to speak and to associate freely in defence of human rights and fundamental freedoms.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

(¹) Siehe Protokoll.

6.2. Die Lage in Kuba, insbesondere die Fälle von José Daniel Ferrer, der „Dame in Weiß“ Aymara Nieto sowie von Maykel Castillo, Luis Robles, Félix Navarro, Luis Manuel Otero, Pastor Lorenzo Rosales Fajardo, Andy Dunier García und Yunior García Aguilera

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zur Lage in Kuba, insbesondere zu den Fällen von José Daniel Ferrer, der „Dame in Weiß“ Aymara Nieto sowie von Maykel Castillo, Luis Robles, Félix Navarro, Luis Manuel Otero, Pastor Lorenzo Rosales Fajardo, Andy Dunier García und Yunior García Aguilera (2021/3019(RSP)) (¹).

Leopoldo López Gil, autor. – Señora presidenta, señor comisario, desde el Grupo del PPE no nos cansaremos de denunciar la gravedad de la situación en la que se encuentran todos los cubanos, dentro y fuera de la isla. Y lo diremos las veces que sea necesario: una, dos o cientos de veces, hasta que la represión, el maltrato, la tortura, las desapariciones forzadas, los asesinatos contra los miembros de las organizaciones de la sociedad civil, los defensores de los derechos humanos, artistas, periodistas, estudiantes y, simplemente, manifestantes cesen por completo; hasta que también los presos políticos sean liberados y en Cuba finalmente se instaure el camino hacia la democracia y el Estado de Derecho.

Nuestros debates y resoluciones son de extrema necesidad, pues nosotros, como representantes de los ciudadanos europeos, dejamos constancia de su voluntad. Les puedo asegurar que Europa está con todos los demócratas cubanos que sufren la represión de la dictadura y que se quiere su fin.

El régimen cubano no es ponzoñoso solamente para quienes le llevan la contraria dentro de sus fronteras. También lo son en el extranjero. El régimen cubano insiste en exportar su modelo totalitario y de sometimiento al resto de la región. Ya hemos comprobado como aquellos países que no contaban con sistemas democráticos fuertes han caído en sus garras. El régimen cubano recientemente ha auspiciado una cumbre de dictadores y violadores de los derechos humanos en la que se reunieron, entre otros, las peores dictaduras de la región para asentar su hoja de ruta hacia el futuro.

La Unión Europea es un actor internacional muy fuerte, de prestigio, de presente, que no debe temblar atemorizado al pronunciarse ante esta barbaridad. Hoy le pido enfáticamente al alto representante que escuche y ejecute la voluntad del Parlamento.

Tenemos un Acuerdo con la isla que no se respeta. Tenemos principios comunes que no se respetan. Tenemos unos premios Sájarov a los que no se les respeta e incluso se sienten tan abandonados por nuestras instituciones que no han dudado en proponer devolver su distinción como protesta.

Es por ello que hoy le requerimos que se proponga en el próximo Consejo de Asuntos Exteriores activar el artículo 85, apartado 3, del Acuerdo, que puede llevar a la suspensión del mismo, y que proponga finalmente sanciones para aquellos responsables de las violaciones de los derechos humanos.

Dita Charanzová, autora. – Señora presidenta, la Unión Europea está con los cubanos, pero tenemos que hacer más para ayudarles en su camino hacia la democracia. La semana pasada los galardonados con el Premio Sájarov cubanos hicieron lo que nadie había hecho antes: propusieron la retirada de su distinción si la Unión Europea sigue sin tomar medidas concretas ante las violaciones de los derechos humanos en Cuba.

La situación en el país es cada vez peor: más represión, más violaciones de derechos humanos, más presos políticos y ningún avance en sus compromisos en virtud del Acuerdo que firmamos hace ya cinco años, cinco años.

Tengo una pregunta concreta al alto representante: ¿por qué no se pide una reunión «de especial urgencia» con Cuba tal y como pone en el acuerdo? Sería una medida para mostrar claramente que nos tomamos los compromisos del Acuerdo en serio, que realmente queremos ayudar y mejorar la vida del pueblo cubano. Y le pido una respuesta concreta y acción concreta: los cubanos están sufriendo mucho y necesitan nuestro apoyo ahora.

Hermann Tertsch, autor. – Señora presidenta, en una celda tapiada a la que echan agua desde el techo para que esté siempre mojada están matando lentamente al preso político, enfermo y agonizante que es José Daniel Ferrer. En la cárcel de Quivicán está Roberto Pérez Fonseca, de 38 años, condenado a diez años por cargos falsos. En realidad, él, como tantos otros de los 600 cubanos que están presos y que están siendo condenados a largas penas de prisión, lo están porque salieron el día 11 de julio en un clamor de libertad a decir ¡Basta ya!

Y, sin embargo, aquí se interpretó, por parte del Servicio Exterior que dirige el señor Borrell, que salían por la escasez de una serie de artículos que se debía a las sanciones del señor Trump. A ese grado de manipulación hemos llegado aquí con esta obsesión del alto representante y su equipo por defender a las dictaduras narcocomunistas de Iberoamérica y, muy en especial, a la cubana. Tanto que en Iberoamérica ya se considera a la Unión Europea cómplice y blanqueadora de estas dictaduras, y los premios Sájarov cubanos han dicho que prefieren devolver los premios a ver esta pasividad cómplice y este silencio vergonzoso por parte del señor Borrell y de su equipo y de la Comisión.

No está habiendo nada, no están haciendo nada.

Yo voy a felicitar a todos las Navidades.

Espero realmente que muy especialmente los presos políticos sepan que hay una esperanza y que la Unión Europea recupera el músculo moral para luchar por una Cuba libre, por una Bolivia libre, por una Nicaragua libre y por una Venezuela libre.

Maria-Manuel Leitão-Marques, Autora. – Senhora Presidente, quando, a 18 de novembro de 2021, Maykel Castillo recebeu os Grammy Latinos de Melhor Música Urbana e Canção do Ano, fê-lo da prisão 5 y medio, em Cuba, e não de um palco em Las Vegas. A música *Patria y vida*, que o galardoou, jogando com o slogan de Fidel Castro *Patria o muerte* é precisamente uma mensagem de libertação do povo cubano.

Tal como aconteceu com Maykel, a opressão dos movimentos artísticos e cívicos e o garrote de expressão imposto pelo Governo cubano têm sido uma constante nos últimos meses e são inaceitáveis.

Nenhum artista deve ser preso pela sua arte. Esta face negra dos últimos meses de Cuba, de ataque aos direitos humanos, tem de ser invertida e o Acordo de Diálogo Político e de Cooperação com Cuba pode ser utilizado, também, para esse efeito. Por muito que os progressos sejam lentos, ou mais lentos do que gostaríamos, quebrar as vias de diálogo não ajudaria Cuba.

Em Cuba, tal como em outros países da América Latina – e eu tive a oportunidade de o ver na Venezuela recentemente – é pelo diálogo político inclusivo que conseguiremos progredir e não por sanções que pioram o dia a dia de cidadãos e cidadãos. E diria mais, têm muitas vezes como efeito uni-los contra quem os sanciona, em vez de se revoltarem contra quem limita os seus direitos e mina a credibilidade das suas instituições.

Jordi Solé, autor. – Señora presidenta, esta es la tercera Resolución, el tercer debate sobre Cuba que tenemos en este Parlamento este año, y yo no les puedo decir nada diferente de lo que ya dije la última vez que hablamos sobre Cuba en el mes de septiembre. Son tres mensajes muy claros.

El primer mensaje es lamentar, denunciar, criticar, la respuesta autoritaria que sigue dando el Gobierno cubano a cualquier expresión de disidencia, ya sea desde el espacio cívico, ya sea desde el mundo artístico o desde cualquier articulación mínimamente política de la oposición. El Gobierno cubano debe respetar el derecho a la manifestación pacífica, el derecho a la libre expresión, y creo que se equivocaría el Gobierno cubano si pensara que, como no se produjo la marcha del 15M, pues aquí no ha pasado nada. No, sí que pasa: hay una frustración, hay unas penurias económicas y sociales que llevan a esta expresión de malestar.

Segundo mensaje: cuando este Parlamento hace una resolución sobre Cuba, dicha resolución no es equilibrada si no hay una crítica y una condena al bloqueo estadounidense, que sí que tiene repercusiones sobre la situación socioeconómica de los cubanos.

Y tercer mensaje: nosotros también creemos que el Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación entre la Unión Europea y Cuba es el marco, es el espacio, donde seguir intentando ayudar al pueblo cubano hacia la senda de más libertad y democracia.

Manu Pineda, autor. – Señora presidenta, señor diputado impulsor de esta Resolución, como buenos servidores de los Estados Unidos traen esta Resolución por mandato de su jefe y como alumnos aventajados de Goebbels, repiten las mismas mentiras mil veces esperando que se consideren en verdad.

En Cuba no hay detenciones arbitrarias, ni torturas, ni desaparecidos. Quienes están en la cárcel lo están por haber delinquido, como en cualquier Estado de Derecho. La única violación de los derechos humanos que sufre Cuba son los más de 60 años de un bloqueo criminal impuesto por los Estados Unidos y que ustedes ni siquiera mencionan en su Resolución.

El Gobierno cubano, fruto de la heroica Revolución, pone al ser humano en el centro de la acción política, social y económica. No mercantiliza con los derechos, como sí se hace desde este lado del mundo, en especial durante la pandemia. Esto hace de Cuba un ejemplo de respeto de los derechos humanos, aunque a sus señorías no les permitan admitirlo. Cuba tiene la menor tasa de mortalidad infantil de América. No hay niños durmiendo en la calle ni muriendo de hambre, y con su propia vacuna han protegido al 90 % de su población: la mejor vacunación de América y la segunda del mundo.

Lejos de lo que sus jefes les mandan decir, Cuba es una democracia participativa, con raíces profundas. Los ciudadanos proponen a distintos candidatos y en votación libre y secreta eligen a sus representantes, que cada año rinden cuentas en asambleas de vecinos, que pueden revocarlos si han perdido su confianza. Este pueblo sabe lo que es ser el casino de los *yankies*, y ahora que tienen en sus manos su soberanía e independencia, la seguirán defendiendo al grito de «¡Patria o Muerte! ¡Venceremos!»

Y lo harán hasta la victoria siempre. Cuba vive.

Antonio López-Istúriz White, en nombre del Grupo PPE. – Señora presidenta, tenemos una deuda moral con los que defienden la libertad de su pueblo con su vida y que solo quieren los valores y libertades que nosotros aquí disfrutamos. Dos galardonados con el Premio Sájarov, Berta Ramos y Guillermo Fariñas, se han dirigido a esta Casa, a su presidente y al señor Borrell para pedir amparo de nuestra Unión Europea contra la persecución de un régimen que sigue sin respetar unas mínimas condiciones; en esta Casa, el Parlamento Europeo, se ha reconocido esa lucha y con el voto de todos los Grupos le hemos otorgado el Premio Sájarov. Desilusionados del apoyo de la Unión, los galardonados denuncian el olvido y formulan acusaciones, en especial contra el señor Borrell y el Servicio Europeo de Acción Exterior; su situación de desespero es tal que plantean la devolución de dicho Premio como forma de protesta.

Hago aquí públicamente un llamamiento a Berta Ramos y Guillermo Fariñas para que no renuncien a ese Premio, concedido por los verdaderos representantes elegidos de los ciudadanos europeos en este Parlamento; y ya lo harán, ya hablarán con el señor Borrell y el Servicio Europeo de Acción Exterior. Las dos últimas Resoluciones aprobadas en esta Cámara ponen de manifiesto la cruda realidad a la que se enfrentan los galardonados: desde 2016, que se firmó el Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación, ha empeorado toda la situación: sigue la tortura, la persecución de los ciudadanos, y, es más, se está financiando a organizaciones del régimen desde la Unión Europea; no se ha financiado a ninguna de estas organizaciones que incluso han sido premiadas con el Premio Sájarov. ¿Qué tiene que pasar en Cuba para que el señor Borrell, la Comisión Europea y todos despierten ante la persecución, la tortura, de este régimen sanguinario?

Me pregunto de dónde vamos a sacar la valentía, el carácter, para señalar a una dictadura por no respetar los derechos humanos cuando incluso aquí renunciamos a felicitar la Navidad; cómo se ofende la extrema izquierda, el diputado anterior, ¿no?: defendiendo a un régimen torturador, pero, sin embargo, ofendidos porque se felicitan las Navidades. ¿Cómo podemos sacar la valentía para defender eso? Es la pregunta que queda. Feliz Navidad a todos, y especialmente a los presos cubanos.

Ibán García Del Blanco, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, la mayor parte de los países del mundo no viven en democracia. Se trata de regímenes que oprimen a sus ciudadanos de una manera mayor o menor, que, desde luego, restringen las libertades públicas y los derechos humanos fundamentales.

Si tuviéramos aquí el mismo nivel de debate que tenemos con algunos países, como con Cuba o con Venezuela, muy probablemente no tendríamos fechas en el calendario para poder tenerlos, para poder tener esas resoluciones.

Luego hay, por supuesto, una cuestión política que trasciende la propia defensa de los derechos humanos y que explica que hoy tengamos otra vez este debate aquí y que tiene que ver, efectivamente, con la agenda política de algunos grupos y también con la agenda nacional en algunos de los países que están afectados por esta cuestión de manera más directa.

Eso quiere decir solo eso.

Y también, por supuesto, quiere decir que cada vez que debatamos aquí hay que reiterar que Cuba es un régimen dictatorial que necesita avanzar hacia la democracia, que hay que respetar los derechos humanos. Y, por supuesto, si hablamos de derechos humanos, hay que hablar también del levantamiento del bloqueo, que no ha producido otra cosa que más bloqueo político.

Apostemos por el diálogo. Y algunos, que traen constantemente algunas reflexiones aquí, que reflexionen si esta es la mejor manera de superar estos sesenta años de dictadura.

José Ramón Bauzá Díaz, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, señorías, en estos momentos un buen amigo mío, José Daniel Ferrer, se debate entre la vida y la muerte en una cárcel del régimen cubano, y, como él, cientos de presos políticos a los que la dictadura quiere enterrar en vida.

El señor Borrell hoy no está presente aquí en este debate, pero ayer afirmó, hablando sobre Nicaragua, que no había dictaduras ni de izquierdas ni de derechas, simplemente había dictaduras a las que había que combatir democráticamente, y no puedo estar más de acuerdo; por eso mismo no entiendo por qué en el caso de Cuba le cuesta tanto al señor Borrell entenderlo, y no solo a él, sino también a otros diputados —como hemos escuchado hace unos minutos en esta misma Cámara—.

En las cárceles cubanas se enfrentan a la muerte diariamente cientos de personas valientes por el único hecho criminal de defender la libertad, de defender la democracia, de defender la dignidad humana y los derechos humanos. ¿Es que no se merecen los cubanos disfrutar de los mismos derechos que nos exigimos a nosotros mismos y exigimos a los demás aquí en Europa? Por eso mismo, señorías, les pido a todos ustedes que apoyen esta Resolución, que apoyen a los demócratas como José Daniel Ferrer y que apoyen también a todos aquellos cuya liberación esperamos que se produzca rápido y exigimos hoy.

Susanna Ceccardi, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, «stanotte mi hanno chiamato da Cuba alle tre del mattino, stanno reprimendo la mia famiglia. Ho una cugina che per me è come una sorella. Ad agosto l'avevano tolta dal lavoro, è una radiologa. La banda dei Comitati di difesa della rivoluzione della Federazione delle donne cubane ha compiuto atti di violenza, ha lanciato un sasso contro casa sua, l'ha perseguitata e minacciata. Sono dovuti andare a vivere nella casa di famiglia del marito contagiato dal Covid. Hanno negato a lui cure mediche ed è morto. Ora li stanno minacciando anche di morte. Sono fuggiti e mi hanno chiamato per dirmi che, se gli succede qualcosa, devo raccontare che cosa è successo. Lei teme per la sua sicurezza. Tutto perché io denunciavo la dittatura e con le donne sono molto cattivi. Fino a quando, Dio mio?»

Questo messaggio mi è stato mandato da una cittadina che vive in Italia e teme per i suoi familiari. Autore di tutto questo è quel comunismo che molti in quest'Aula ben conoscono o perché l'hanno subito o perché viceversa rappresenta per tanti un passato scomodo, una storia d'amore tossica, difficile da riconoscere e giustificare, disseminata di plotoni di esecuzione, torture, abusi e maltrattamenti. Il comunismo, nutrito di odio e disprezzo, ha invaso e massacrato l'Europa nel secolo scorso e non smette di reprimere e soffocare, anche attraverso i cosiddetti battaglioni dell'ordine, il popolo cubano oggi.

Appellare il regime comunista come Repubblica di Cuba è una contraddizione in termini. Una repubblica presuppone che ci siano delle libere elezioni, mentre fin dal 1959 a Cuba si tengono delle finte elezioni, nelle quali non sono ammessi altri partiti, come nelle ultime elezioni che si sono tenute nel 2018, in cui tutti i 605 deputati eletti appartenevano ovviamente al Partito comunista cubano.

Cuba protesta contro la fame e la scarsità di alimenti mentre la sete di libertà di elezioni e di diritti ce l'ha il popolo.

Colleghi, non possiamo fingerci ciechi di fronte alle più grandi manifestazioni sull'isola dal 1994. Sia fatta giustizia, si ricorra a tutti gli strumenti in nostro possesso, compresa la clausola sui diritti umani che consente di sospendere l'accordo di partenariato e cooperazione aumentando la pressione internazionale sul regime spietato e sanguinario. Viva Cuba libre!

(¹) Siehe Protokoll.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, for the third time, despite COVID restrictions, we refer to urgent procedures to expose atrocities by the Cuban communist regime against its own people, not to speak about full debates when we discuss all issues.

Yes, we do have agreement with Cuba, but to provide argumentation to one of the authors, there are no common values, no common principles, between us. There are deep systemic differences and we have to act quickly, decisively and resolutely to defend people, to impose sanctions and to prevent spreading of these kinds of policies, a kind of Stalinist policies, to all other parts of the Latin-American region.

Sandra Pereira, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, voltamos hoje a falar sobre Cuba, a terceira vez nas últimas seis sessões plenárias deste Parlamento. Ilustra bem como a instrumentalização das alegadas violações dos direitos humanos pode ser usada como arma de ingerência.

Podem mudar o nome dos debates e os títulos das resoluções, mas os objetivos são os mesmos de sempre. Por um lado, colocar em causa as conquistas, as opções de desenvolvimento, a soberania e a independência de Cuba e interferir no processo de normalização das relações da União Europeia com Cuba no Acordo de diálogo e de Cooperação, por outro lado, pretendem ocultar a existência do bloqueio imposto pelos Estados Unidos da América que, afrontando os princípios da Carta das Nações Unidas, desrespeita e violenta brutalmente os direitos do povo cubano.

Apelamos ao diálogo e à cooperação entre a União Europeia e Cuba em igualdade de direitos sem ingerências e com base no respeito mútuo. Daqui exigimos, uma vez mais, o fim do criminoso bloqueio. Expressamos a nossa solidariedade com Cuba e o seu povo e enaltecemos o seu exemplo de soberania, resistência e luta.

Lefteris Nikolaou-Alavanos (NI). – Señor presidente, el Parlamento y la Comisión Europea hoy dan continuación al plan de intervención imperialista contra Cuba que desarrollaron los Estados Unidos, la mafia cubana y pocas fuerzas en el interior.

La UE, con la herramienta útil de supuestas violaciones de derechos humanos, patrocina abiertamente a conocidos agentes que encabezarón la operación de desestabilización y tienen conexiones con el mecanismo bien remunerado de propaganda y con varias agencias. Demanda así ser partícipe en la intervención imperialista.

La respuesta combativa del pueblo, las manifestaciones multitudinarias en apoyo de la revolución, la solidaridad popular internacionalista en todo el mundo con el pueblo cubano y el Gobierno del Partido Comunista pueden frustrar los planes antirrevolucionarios de los Estados Unidos, la UE y quienes los apoyan.

El crimen más vil contra los derechos del pueblo cubano es el bloqueo, que sigue desde hace casi 60 años, las 245 sanciones que el Gobierno Biden mantiene y refuerza, que privan al pueblo de medios, bienes y servicios imprescindibles.

Que se levante inmediatamente el bloqueo criminal. Solidaridad con la lucha de Cuba y su pueblo por la defensa de las conquistas de su revolución. Cuba vencerá. Los planes de la intervención no pasarán.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, the peaceful demonstrations that took place in Cuba on 15 November were a courageous effort to force the communist government to make a democratic change.

This call for Cuba to transition to a more open civil society has been invigorated recently by a number of factors: namely, the widespread hardship brought about by the pandemic; a surge in the use of social media bringing together different groups such as the opposition group Archipelago; and a new generation that is hungry for change – change that has been far too long in coming.

Around 600 dissidents were already detained in Cuba prior to the demonstration. But this did not deter the group Archipelago from calling for a new protest. I commend the bravery of these groups.

Here in Parliament, not too many years ago, we presented the esteemed Sakharov Prize to the Ladies in White – a brave group of women who carried out peaceful protests in response to the brutal rounding up and imprisonment of 75 dissidents in Cuba in 2005. That day they told us, ‘we believe in ourselves, but we rely on you’. I was saddened to hear that a member of this group, Aymara Nieto, is currently imprisoned.

Indeed, President Sassoli highlighted yesterday – while presenting the Sakharov Prize to Aleksei Navalny – all the previous Sakharov Prize winners still in prison all over the world. Perhaps in 2022, the European Parliament and Commission could organise an event of major proportion to highlight the plight of all Sakharov Prize winners still imprisoned. What do you think, Mr Commissioner?

I call for the immediate, unconditional release of all those detained for the exercise of their rights of freedom and expression and peaceful assembly, and I urge the Council to adopt sanctions against those responsible for human rights violations in Cuba.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señor presidente, Cuba es una de las peores dictaduras que existen hoy en América Latina, y, como decía el alto representante en esta misma tribuna, las dictaduras no tienen ideología: su única ideología es la represión y el terror.

Este mes de noviembre, el Observatorio Cubano de Derechos Humanos ha registrado más de mil ciento treinta acciones represivas contra activistas, periodistas, opositores, artistas y menores; así, llenando las cárceles cubanas de disidentes, de opositores, para los que hoy quiero pedir la libertad, este régimen caduco, de más de sesenta años, pierde legitimidad externa e interna, demuestra su fragilidad, porque, como recuerdan las mujeres cubanas al frente de la lucha por las libertades, la crueldad es la fuerza de los cobardes.

Cuba solo tiene una salida: una transición democrática, una transición política con un diálogo inclusivo; la Unión Europea debe estar ahí, tendiendo la mano no al inmovilismo, sino a la sociedad cubana que avanza en su camino por la libertad mientras grita: «¡Patria y vida!».

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, geachte commissaris, gebrek aan alles. Dat is misschien wel de beste beschrijving van de schrijnende situatie van veel Cubanen vandaag de dag. Hun wanhoop kende slechts één uitweg: vreedzaam protest – een protest dat vervolgens door president Díaz-Canel met geweld de kop werd ingedrukt, die zijn aanhangers daarbij oproep tot een contraprotest en te vechten voor de revolutie. Het is het toppunt van een systeem dat het beschuldigen van anderen als enige script heeft om het eigen falen te verbergen, zoals een Cubaans christen het treffend omschreef.

Over christenen gesproken, ook religieuze vrijheid is niet vanzelfsprekend in Cuba. Vooral ongeregistreerde kerken hebben het moeilijk. Het registratieproces is vaak arbitrair en discriminerend, wat een toename van huiskerken lijkt te stimuleren, met alle gevolgen van dien voor hun leden. Ook nieuwbouw van kerken is een heikel punt, eveneens bij geregistreerde kerken. Ik roep de Europese Dienst voor extern optreden daarom op om geloofsvrijheid nadrukkelijker aan de orde te stellen in de contacten met de Cubaanse autoriteiten.

Billy Kelleher (Renew). – Mr President, I utterly condemn the attacks on freedom of expression, arbitrary imprisonment, detaining political opponents, forced labour camps, censorship and political re-education of minorities by the Cuban regime. Be it a totalitarian regime on the left or on the right, we must condemn in equal measure both, because both are fundamentally anathema to what this House stands for.

I am surprised to listen to some people because of their ideological views on the left that will stand here, in this Parliament that affords us huge luxuries and opportunities in terms of freedom, and defend the Cuban regime, which has persecuted its people for years. It is not so long ago when Cuban people weren't even allowed to leave their country, and they wanted to leave it by the hundreds of thousands.

So let us be very clear. Condemn totalitarian regimes that are corrupt on the right and are corrupt on the left. I stand for the centre. I stand for liberty and freedom and I stand with the Cuban people. Shame on those who support the Cuban regime as it is.

Janez Lenarčič, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, the protests in Cuba on 11 July and 15 November reflected legitimate grievances of the Cuban people about the dire economic situation in the country. But they also had an important political dimension, with citizens demanding freedom of expression and of the press, civil and political rights. In short, democracy.

The European Union unequivocally supports the right of Cuban citizens to express their views peacefully and demand change. We have repeatedly called on the Cuban authorities to respect human rights and fundamental freedoms, including freedom of association and peaceful assembly; to release people arbitrarily detained; and to engage in an inclusive dialogue on the grievances of its citizens.

The cases of Cubans facing repression following the events of 11 July and 15 November are of great concern to us. And, as we have repeatedly declared, the European Union expects Cuba to respect every citizen's fundamental freedoms and human dignity, including access to justice and the right to a fair trial. Already in July this year, the High Representative / Vice-President Borrell urged the Cuban Government to release all arbitrarily detained protesters, and since then the EU has regularly raised the cases of individuals facing repression with the Cuban authorities at all levels, both in Havana and here in Brussels, and will continue to do so.

Human rights are an essential part of the political dialogue and cooperation agreement that we have with Cuba. The EU reiterates its policy of critical engagement with Cuba in the framework of this agreement. We will continue to demand full respect of human rights and fundamental freedoms. We will continue to promote and support reforms, which are more necessary than ever, in order to improve the lives of the Cuban people.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

6.3. Zwangsarbeit in der Fabrik von Linglong und Umweltproteste in Serbien

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zu Zwangsarbeit in der Fabrik von Linglong und Umweltprotesten in Serbien (2021/3020(RSP)) (*).

Miriam Lexmann, author. – Mr President, the Linglong tyre factory construction is emblematic of the current growing impact of China's economic footprint in Serbia and across the Western Balkans. We observe the potentially devastating impact of these projects on the wider environment and on human rights, as well as the surrounding population, all covered under a veil of non-transparency.

This extremely sad situation highlights the consequence of the Chinese investments. Although political leaders may be swayed by grand projects and the promise of jobs and investments, it is impossible to ignore the corrosive impact that Chinese investments have on society, governance and on the environment.

The protests of the Serbian people over the past weeks show that they care about their country and the environment in which they live. After all, we are all home-building creatures, and it is a basic human instinct to care for one's home.

This is why I call on the Serbian Government to provide a clear action plan moving forward on how they are going to address the existing issues, to honour and follow both their own domestic legislation to the full extent of the law, as well as the regulations passed down as part of the EU accession process. This is particularly important in cases of corrosive investments from authoritarian and totalitarian countries.

Also, let me welcome the decision of the Serbian Government to withdraw the law on expropriation and the amendments to the law on referendum, and to investigate and address the conditions at the Linglong factory.

At the same time, let me welcome the opening of cluster 4 of the negotiating chapters with Serbia. I sincerely hope that the opening of the new chapters will provide the Serbian authorities with the impetus to ensure the relevant legislation concerning the mentioned cases. It is very important. In this context, it is also important to ensure that investors – regardless of their origin – are not above the law.

To conclude, let me highlight that it is imperative that the European Union supports the resilience of the neighbourhood and candidate countries.

Tonino Picula, autor. – Poštovani predsjedavajući, nije čest slučaj da kao o hitnom slučaju ugroze ljudskih prava raspravljamo o zemlji kandidatkinji za članstvo u Europskoj uniji. Međutim, trenutna situacija s ljudskim i radničkim pravima u Srbiji u potpunosti opravdava ovakav presedan.

U Srbiji nisu usamljeni slučajevi vanjskih utjecaja kroz sumnjive investicije neusklađene s europskim standardima i vrijednostima. A takve rezultiraju prisilnim radom.

A sve to uz direktnu podršku vladajućih struktura koji prosvjednike za očuvanje okoliša uspoređuju s fašistima, dok huligani uz zaštitu policije brane murale osuđenim ratnim zločincima.

Jučer je održana međuvladina konferencija za otvaranje novog klastera pregovaračkih poglavlja sa Srbijom. Ironično, otvoren je baš klaster za okoliš.

I to nekoliko dana nakon masovnih prosvjeda u Srbiji upravo protiv zakonodavnog prijedloga vlade kojima bi se opasno ugrozio okoliš i narušilo zdravlje građana.

Građanski otpor uspio je dovesti do povlačenja spornog zakona, ali je otpor Bruxellesa prema takvim politikama vlade, nažalost, izostao.

Poruka koju time šaljemo glasi da jedino Srbiju, zemlju koja pokazuje znakove nazadovanje u području vladavine prava, nagrađujemo otvaranjem novih poglavlja. I dok su Albanija i Sjeverna Makedonija, koje su ispunile sve uvjete za početak pregovora i dalje u čekaonici, a građani Kosova i dalje jedini trebaju vizu za Europsku uniju.

Ovakve odluke neće obnoviti kredibilitet politike proširenja.

Klemen Grošelj, Avtor. – *(nerazložno)* ni usmerjena zoper Srbijo, njene državljane, ampak je opozorilo srbskim oblastem, da so kršitve temeljnih pravic, kakršnim smo priča v primeru tovarne Linglong in okoljskih protestov, za državo, ki želi postati članica Evropske unije, popolnoma nesprejemljive.

Oba primera kljub svoji ekstremnosti opozarjata na širši problem Srbije kot države kandidatke. V primeru kršitev temeljnih pravic vietnamskih delavcev je v ozadju tudi vprašanje odnosa srbskih oblasti do kitajskih investicij, še posebej njihovega posebnega položaja glede na srbski pravni red, ki je popolnoma nesprejemljiv za državo, ki se pogaja za članstvo v Evropski uniji in se pripravlja na sprejem evropskega pravnega reda.

Nasilje huliganov nad okoljskimi protestniki ob milo rečeno nenavadni pasivnosti policije pa opozarja, da imajo srbske oblasti velike težave pri implementaciji dogovorjenega v pogajanjih, še posebej pri tako temeljni pravici, kot je pravica do mirnega protesta. Resolucija opozarja, da srbske oblasti kljub zagotovilom ne uresničujejo v praksi, kar je bilo dogovorjeno v pridružitvenih pogajanjih.

Naj poudarim, da je z vsemi odprtimi klasterji, novo metodologijo, usoda pogajanj o pridružitvi Srbije Evropski uniji v rokah srbskih oblasti. Na njih je, da zaveže udejanjijo, ne samo na papirju, ampak skozi konkretna dejanja.

Kot zagovornik širitve Evropske unije na Zahodnem Balkanu ob tem ne morem skriti razočaranja nad dogajanjem v Srbiji.

Viola Von Cramon-Taubadel, *autor*. – Mr President, it is nothing new that Serbia is a captured state with a very weak reform track record. The Serbian regime has widely opened its doors to Chinese investment, but has no respect whatsoever for labour and environmental rights and, above all, human dignity.

What is, however, new is the way Vietnamese workers are treated in Serbia, while working on the Linglong tyre factory construction site. This is what you call modern slavery: no water, food and heating. Is this the picture Europe wants to send as a global leader in fighting for human and labour rights? Other, but related, stories are the ongoing environmental protests. Why do both the Serbian Government and Rio Tinto keep secrecy around the plan of what to do with lithium mining in Loznica? Citizens are rightly worried.

So let me be clear. The environmental protests in Serbia are not just about the environment, nor about laws on the referendum. The protests are equally as much about the widespread corruption, inaction of state institutions, lack of transparency and any progress on Serbia's European path.

It is, therefore, high time for us in the EU to react. We risk our credibility by allowing the practice of slave labour and environmental barbarism to take root in the middle of Europe in an EU candidate country. We risk the democratic transformation of Serbia. Instead of opening the cluster, we have to support democratic pro-European voices in the country and show them that the EU is not ready to compromise on our standards.

Joachim Stanisław Brudziński, *autor*. – Panie Przewodniczący! We wtorek dyskutowaliśmy w tej Izbie na temat współpracy z państwami Bałkanów Zachodnich w walce z przestępczością zorganizowaną. Mówiłem z tego miejsca, że pozostawienie państw tego regionu samym sobie nieuchronnie będzie powodowało, że coraz większą rolę w tych państwach, obok niestety zorganizowanych grup przestępczych, będą odgrywać takie państwa jak Chiny, Rosja czy Turcja. Państwa te będą wykorzystywać Bałkany Zachodnie nie tylko do robienia interesów, ale również będą czynić wszystko, aby destabilizować sytuację polityczną w całej Europie.

W ostatnich latach coraz częściej słyszymy o efektach ubocznych działalności biznesowej prowadzonej w Serbii przez wielkie międzynarodowe koncerny, w tym zwłaszcza koncerny chińskie. Chiny od kilku lat realizują swoją politykę w odniesieniu do regionu Bałkanów Zachodnich w oparciu o inwestycje w projekty infrastrukturalne, ale to tylko jedna strona medalu. O tej drugiej, ciemnej, dzisiaj dyskutujemy. Nieludzkie traktowanie wietnamskich pracowników, zasilanie inwestycji kapitałem korozyjnym, trudnym do rozliczenia, mało przejrzystym, przepływy kapitału z państw autorytarnych – to wszystko musi zostać potępione. Ale nadal otwarte pozostaje pytanie: czy Unia Europejska odda państwa Bałkanów Zachodnich? Czy oddamy naszych przyjaciół w ręce Chin i Rosji?

Miguel Urbán Crespo, *autor*. – Señor presidente, en los últimos años, Serbia ha aplicado reformas neoliberales para atraer la inversión extranjera y como respuesta a las exigencias europeas en el marco del proceso de adhesión.

Reformas que, como denuncia la sociedad civil, han afectado a los derechos laborales de los trabajadores con casos especialmente graves que el Gobierno serbio ha pretendido esconder, como el de la fábrica de Linglong.

Pero reformas que también han devaluado las normativas medioambientales serbias. No podemos olvidar que Serbia es el país de Europa más contaminado. En las últimas semanas se están celebrando movilizaciones masivas contra el expolio de los recursos naturales del país. Una de esas empresas criticadas en estas movilizaciones es la de Rio Tinto y su proyecto Jadar, uno de los mayores proyectos de extracción de litio que abastecerá principalmente al mercado europeo y que devastará el medio ambiente local.

Qué casualidad que la Resolución no lo ha querido mencionar. Los derechos laborales y medioambientales se deben defender independientemente de la nacionalidad de la empresa que los viole. Basta ya de hipocresías y de mirar hacia otro lado cuando se salpica a Europa y se desnudan las vergüenzas de su imposible capitalismo verde. Porque no tenemos planeta B.

Es urgente cambiar el sistema para no cambiar el clima.

Tomislav Sokol, u ime kluba PPE. –Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, posljednjih nekoliko tjedana svjedočimo velikim ekološkim prosvjedima u Srbiji gdje desetine tisuća građana sudjeluju u blokadi cesta te zahtijevaju ukidanje Zakona o eksproprijaciji, izmjene Zakona o referendumu kako bi se spriječila eksploatacija litija u toj zemlji.

Mirne prosvjede prati niz incidenata i provokacija, sporadični sukobi, naguravanja i tučnjave koje izazivaju skupine provokatora i pristaša vlasti, uz upadljivo odsustvo uniformirane policije. Očito je da vladajuća Srpska napredna stranka ugrožava politička prava i građanske slobode u ovoj zemlji. Također, vladajući u Srbiji su pod velikim pritiskom vezano za progon nekoliko stotina radnika iz Vijetnama angažiranih na gradnji kineske tvornice automobilskih guma u toj zemlji. Postoje ozbiljne indicije da radnici iz Vijetnama rade u nehumanim i higijenskim uvjetima ali i da se u Srbiji nalaze protupravno odnosno da postoje elementi kaznenog djela trgovine ljudima što je vrlo zabrinjavajuće.

U širem kontekstu stanja u Srbiji, istaknuo bih činjenicu da pristupni pregovori o ulasku Srbije u Europsku uniju stagniraju. Dva osnovna razloga za manjak napretka u otvaranju novih poglavlja su stanje demokracije, vladavina prava te sporost reformi. Čak je došlo do nazadovanja u pogledu pitanja kao što su ključna za pristupanje EU-u kao što su temeljna ljudska prava, borba s korupcijom, neovisnost medija i razvoj civilnog društva te se ne vide konkretni rezultati i vidljivi naponi u tim područjima. Dapače, ako pogledamo situaciju s medijskim slobodama možemo vidjeti da je situacija u tom segmentu gora nego ikad. Na taj način, Vlada Srbije šalje poruku da nije sigurna želi li uopće nastaviti svoj put prema europskim integracijama a postaje sve jasnije da predsjednik Vučić zapravo nikada istinski nije bio odan europskim idejama i vrijednostima.

Srbija ne može ući u EU dok ne riješi temeljna pitanja vezana uz vladavinu prava, u što spada i procesuiranje ratnih zločina, rasvjetljavanje sudbine nestalih osoba iz agresije na Hrvatsku te zaštita prava manjina. Njeno vodstvo se jednostavno mora suočiti s ovim problemima te djelima a ne riječima pokazati da je osvojilo europske vrijednosti.

Vlad Gheorghe, în numele grupului Renew. – Domnule președinte, am tolerat prea mult amenințările venite din interiorul Uniunii și, mai ales, din afara ei. Nu mai putem ignora încălcările flagrante ale valorilor care ne-au adus împreună de către membri sau de către cei care doresc să devină membri în familia noastră. Timpul discuțiilor a trecut. Este nevoie de acțiuni concrete, cu rezultate reale.

Fake news și propaganda antieuropeană, discursul care incită la ură, discriminare și violență, îngrădirea libertății presei, îngrădirea libertății de mișcare, a dreptului la muncă, sclavie modernă – se întâmplă toate pe teritoriul nostru și la granițele noastre, toate au ca autori și finanțatori entități cu interese clare în destabilizarea Uniunii.

Este cazul să îi tratăm așa cum merită: ca pe amenințări la adresa securității și a prosperității cetățenilor europeni care ne-au trimis aici. Nu putem fi lideri pe continent și în lume prin comunicate date din birouri căldute ca răspuns la atacuri repetate, organizate, nesancționate. Pentru europeni nu suntem diplomați, doar absenți, iar dușmanii își permit să tipe și mai tare.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, tout est bon dans ce Parlement pour attaquer la Serbie. Belgrade, honteusement bombardée par les forces de l'OTAN, est comme une mauvaise conscience permanente à notre porte.

La Serbie refuse de se plier à l'atlantisme forcené de l'Union européenne? Alors la Commission lui en fait une condition pour accéder à l'Union européenne, sans que ces dispositions ne figurent dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. La Serbie refuse de reconnaître le dépeçage de son territoire avec la création du Kosovo? Alors, ce Parlement essaie d'imposer la reconnaissance de Pristina. La Serbie accueille tous les investisseurs internationaux, qu'ils soient chinois, européens ou russes? Alors, Bruxelles voudrait la rendre dépendante de nos seules subventions.

Je suis le premier à défendre le droit à une concurrence loyale sur le continent européen. Toutefois, je souhaite que ces résolutions sur les droits de l'homme soient complètes et transparentes. D'où viennent les informations sur l'usine de Linglong? D'une association financée par l'Open Society de George Soros et dont le représentant est un ancien employé de ce même George Soros en Serbie. Chers collègues, il faut le dire, l'ingérence de M. Soros dans les affaires de ce Parlement est une insulte constante pour nos électeurs.

Les Balkans attirent énormément d'investisseurs et de réseaux divers. La Turquie, les pays du Golfe, la Russie, les États-Unis et la Chine s'y livrent une compétition permanente. Que leur oppose l'Union européenne? Une pluie d'argent arrose les dirigeants les moins vertueux, à l'image de M. Đukanović au Monténégro. Cette attitude se solde inmanquablement par des échecs, car nous passons pour un acteur plus idéologue que réaliste.

Cette résolution, je le crains, restera donc lettre morte. Au lieu d'inciter à une enquête impartiale et complète, cette résolution condamne sans éléments précis. Au lieu de dialoguer avec la Serbie, nous instrumentalisons une enquête partielle contre Belgrade.

Dorien Rookmaker, *namens de ECR-Fractie.* – Voorzitter, Servië is een Chinese kolonie aan het worden met Chinese fabrieken en Chinese arbeidsomstandigheden. Servië beschikt ook over strategische grondstoffen en is daardoor belangrijk voor de EU. Doordat de Nederlandse regering en, belangrijker nog, de Franse regering de toetreding van Servië en de andere staten in de Westelijke Balkan tegenhouden, heeft China alle gelegenheid om zichzelf een strategische positie in Europa te verschaffen.

China is de bron van schendingen van mensenrechten in Europa. Maar we moeten bij ons standpunt over de toelating van de Westelijke Balkanstaten de strategische en economische aspecten ook meenemen. De situatie in de Westelijke Balkan vormt door de veronachtzaming door de EU een grote en urgente bedreiging voor de economie en de politieke stabiliteit van Europa. Dit kan zelfs leiden tot oorlog en grote vluchtelingenstromen. Daarom roep ik de Europese Commissie en de Europese Raad bij dezen op om in actie te komen en zo snel mogelijk met het toetredingsproces van de Westelijke Balkanstaten te beginnen.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, rudnici litija predviđeni su na 20 lokacija u Srbiji a ključna je dolina Jabra koja ima 18 tisuća stanovnika s istaknutom poljoprivredom i potvrđuje tužnu neokolonijalnu stvarnost Europe i Kine.

Kod nedavne posjete Angele Merkel svom stranačkom kolegi iz EPP-a Vučiću, on je bio konobar a Srbija švedski stol. Merkel izjavljuje kako je Europa jako zainteresirana za srpski litij. Zašto Europa nije zainteresirana za svoj litij, pošto su najveće rezerve u Njemačkoj i Češkoj? Zato što se slijedi neokolonijalni koncept gdje dobit i ono što valja ide u središte a zagađenje ide na periferiju. Zamislite da je ispod plantaža vina oko Bordeauxa nađen litij, bi li Francuzi razgovarali o raseljavanju naroda koji tamo živi? Da je nađen u Toskani, da je nađen u dolini Rajne, naravno da ne bi. Nije prihvatljivo da zemlje periferije, bile članice Europe ili ne, budu deponij da bi se netko vozio električnim automobilima.

Također, za Srbiju je planirano čak šest novih termoelektrana dok se svuda po Europi gasi. To što je u Europi zabranjeno, kada je u pitanju životna sredina i okoliš, ne može biti dozvoljeno u Srbiji i Bosni ili pak Albaniji, koja isto ima nalazišta litija, i koju je Merkel posjetila odmah nakon posjeta Beogradu.

Katalin Cseh (Renew). – Mr President, Serbia is a country that wants to join the EU, and that's great – as long as they fulfil the accession criteria. And the last time I checked, letting China export their harrowing labour standards to Europe was not among them. What's happening at the Linglong tyre factory in Serbia is basically institutionalised human trafficking and organised slavery, with a front seat view for us to witness how China treats its so-called economic partners.

The Serbian authorities must step up and ensure that the rights of all factory employees are respected. The only question is: why haven't they done this already? And the answer is obvious: China's creeping influence prevents them from doing so.

This is what happens, dear colleagues, when we allow Beijing to dictate the terms of cooperation. And let this be a lesson for the Commission before negotiating another investment agreement with China. Let this be a lesson for all Member States who think that Chinese investment comes without any strings attached. And let this be a lesson for the EU as a whole. If we do not step up our efforts in our neighbourhood policy, other global powers will, with Europe picking up the pieces.

Elżbieta Kruk (ECR). – Panie Przewodniczący! W ostatnich latach Chiny rozwinęły współpracę z kandydującymi do Unii państwami bałkańskimi, wykorzystując ich potrzeby inwestycyjne. Na chińskie propozycje pozytywnie zareagowała w szczególności Serbia. Wydaje się z kolei, że Pekin traktuje Serbię jako część globalnej inicjatywy „Pasa i Szlaku”, projektu logistycznego mającego doprowadzić do powstania współczesnego odpowiednika Jedwabnego Szlaku i zwiększenia chińskiej strefy wpływów gospodarczych. Wobec rosnącego zainteresowania Chin Bałkanami Unia Europejska winna dążyć do zwiększenia tam swojej obecności. Wymaga to przyspieszenia negocjacji członkowskich i ułatwienia dostępu do funduszy przedakcesyjnych.

Istotną kwestią są rażące nadużycia wobec pracowników zatrudnionych przy chińskich inwestycjach w Serbii. Organizacje pozarządowe informują, że zatrudnieni tam wietnamscy robotnicy żyją i pracują w nieludzkich warunkach. Chcą wracać do Wietnamu, ale są pozbawieni paszportów i pieniędzy. Organizacje broniące praw człowieka donoszą, że pracownicy ci zostali przemyceni do Serbii i prawdopodobnie pracują jak niewolnicy. Serbski rząd przymyka na to oko. Konieczna jest więc pilna i konsekwentna interwencja w obronie praw tych ludzi.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono 750, per lo più vietnamiti e lavorano alla costruzione di una fabbrica di pneumatici e vivono in condizioni da incubo. L'inverno è alle porte e non ci sono né riscaldamento né vestiti pesanti. Tanti vorrebbero tornare a casa loro in Vietnam ma non possono perché gli sono stati ritirati persino i documenti.

Si tratta di quella che viene definita schiavitù moderna. Non stiamo parlando di qualche situazione drammatica dall'altra parte del mondo, ma della Serbia nel cuore dell'Europa. La partnership sino-serba è fiorita negli ultimi anni, ma nasconde un lato oscuro nella forma di vistose violazioni ambientali e dei diritti dei lavoratori.

Gentile Commissario, sottoscrivendo il processo di adesione – processo che io sostengo pienamente peraltro – la Serbia ha accolto specifici obblighi ambientali e sociali che devono essere rispettati, dobbiamo ricordarlo con fermezza. Dobbiamo essere in grado però di fornire anche un'alternativa concreta ai soldi cinesi sia con il piano economico di investimenti dei Balcani occidentali sia con il prossimo Global gateway.

Dobbiamo fare sì che il messaggio che esiste un'altra strada arrivi forte e chiaro ai nostri partner di Belgrado affinché non si ripetano situazioni come quella di cui oggi stiamo discutendo.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, à Bor, en Serbie, les routes de la soie sont devenues les routes de la honte. La Chine n'y exploite pas seulement le cuivre au mépris de l'environnement, elle y exploite aussi les hommes au mépris de leur dignité. Un nuage rouge de pollution flotte sur la ville. Un nuage d'opacité aussi, car ceux qui enquêtent sur les investissements chinois en Serbie sont accusés d'aller à l'encontre des intérêts du pays.

Mais de quels intérêts s'agit-il lorsque des ouvriers asiatiques viennent à bas coût et dans des conditions déplorables travailler au profit d'une entreprise chinoise qui se comporte en terrain conquis? De quels intérêts s'agit-il lorsque Pékin obtient sans appel d'offres les contrats de construction d'autoroutes, de ponts ou de chemins de fer, lorsque Huawei déploie un millier de caméras à reconnaissance faciale dans les rues de Belgrade?

Pouvons-nous rester indifférents alors que la Serbie est au cœur de l'Europe et candidate à l'adhésion à l'Union européenne? Il ne fait aucun doute que nous devons être plus présents dans les Balkans. À ce titre, je me félicite du sommet annoncé pour juin par le président français Emmanuel Macron.

Mais il ne fait pas de doute non plus que ce n'est pas en s'alignant sur Pékin et Moscou, contre les intérêts de sa propre population, en méprisant la protection des travailleurs et celle de l'environnement, que le gouvernement serbe fait avancer l'adhésion de la Serbie à l'Union européenne. Ce message-là, il doit l'entendre...

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, let me start by reiterating our commitment to Serbia and to its European integration. Let me also recognise the important role of this Parliament in this respect, and this includes the work of the Delegation for Relations with Serbia and the engagement of Members of Parliament in improving the electoral conditions in Serbia through the Parliament-facilitated inter-party dialogue.

I would also like to welcome the recent opening of accession negotiations in the chapters under Cluster 4. This sends a strong signal and one very relevant for this debate: namely that the EU and Serbia are stepping up their engagement on the Green Agenda. We look forward to the implementation of the EU standards in this area by Serbia as soon as possible.

Obviously, a lot of work is ahead of us, including on environmental issues, but also on the rule of law and fundamental rights. In this context, we have seen the recent reports about the working and living conditions of Vietnamese workers in a Chinese-owned factory in Zrenjanin in northern Serbia. Let me underline that the EU expects domestic legislation and relevant international and European conventions on labour and other human rights to be fully enforced for the benefit of all workers in Serbia. We understand that the relevant authorities of Serbia have started to investigate this case, and we will continue to monitor these developments closely.

We have also been closely following the recent protests in Serbia over the last two weekends. Freedom of assembly is a fundamental right. It needs to be exercised peacefully and in full respect of the rule of law and public order. The police has the duty to protect the exercise of this right while maintaining law and order, and the police are the only ones with legitimacy to use proportionate force for that purpose, if justified. Violence against peaceful protesters is completely unacceptable. We expect that any instances of violence are swiftly and thoroughly investigated by the competent Serbian authorities.

We take note of the recent decision by the government to withdraw the law on expropriation from the National Assembly and of the adoption of the amendments to the law on referendum by the National Assembly on 10 December.

More broadly, on environment, let me recall that the EU attaches great importance to, and advocates for, the highest sustainability requirements for all activities related to raw materials, from exploration, through mining, processing and trading, to post closure.

In view of minimising the environmental and social footprints of raw materials projects, the Commission published, in September this year, the EU's principles for sustainable raw materials. The EU remains also the biggest donor and investor in environmental protection and addressing climate change in Serbia. In the past 15 years, the EU donated more than EUR 435 million in grant funding to Serbia for environmental protection. This demonstrates the EU's commitment to continue supporting Serbia on its European path.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

Die Sitzung ist unterbrochen. Sie wird um 13.00 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde des heutigen Tages wieder aufgenommen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

João Pimenta Lopes (The Left), *por escrito*. – Condenamos qualquer forma de trabalho forçado ou outro qualquer violento desrespeito dos direitos laborais, em qualquer país do mundo. No entanto, basta ler o conteúdo desta resolução do Parlamento Europeu para constatar que o que a motiva não é o trabalho forçado, nem o direito a realizar protestos, mas tão somente pressionar a Sérvia para subordinar a sua política à União Europeia e aos interesses das suas grandes potências e grupos económicos e financeiros. Independentemente da solidariedade que nos possam merecer as lutas daqueles trabalhadores ou das populações pelos seus direitos ambientais, não é possível apoiar uma resolução que as instrumentaliza para escamotear um autêntico tratado de ingerência, incluindo através do financiamento de entidades que promovem os interesses da UE. Aliás a UE é pródiga no desrespeito da democracia e dos direitos humanos, que tão hipocritamente proclama, e na sistemática promoção do retrocesso social, incluindo dos direitos dos trabalhadores. Todos os povos são soberanos para decidir sobre o seu caminho. Se é legítimo a Sérvia propor a sua adesão à UE, isso não pode significar a abdicação da sua soberania e subordinação a interesses, a condicionais e chantagens da UE. É o que defendemos para a Sérvia como para Portugal. Algo que a UE não admite.

(Die Sitzung wird um 12.38 Uhr unterbrochen.)

(^(*)) Siehe Protokoll.

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 13.01 Uhr wieder aufgenommen.)

8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Der Präsident. – Die ECR-Fraktion hat dem Präsidenten Beschlüsse über die Änderung von Ernennungen in Ausschüsse übermittelt.

Diese Beschlüsse werden im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und treten am Tag dieser Ankündigung in Kraft.

9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Der Präsident. – Wir kommen nun zu den Ergebnissen der ersten Abstimmungsrunde des heutigen Tages.

(Die Sitzung wird um 13.06 Uhr unterbrochen.)

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 13.45 Uhr wieder aufgenommen.)

11. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Wir kommen nun zur zweiten Abstimmungsrunde des heutigen Tages.

Die Dossiers, über die wir abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen.

Die Abstimmungsrunde ist von 13.45 bis 15.00 Uhr geöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vorangegangenen Abstimmungsunden.

Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 15.00 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde werden um 16.00 Uhr bekannt gegeben.

Die Aussprachen werden um 15.00 Uhr mit der Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission zu Hindernissen für den freien Warenverkehr wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 13.46 Uhr unterbrochen.)

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

13. Hindernisse für den freien Warenverkehr (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über Hindernisse für den freien Warenverkehr von Anna Cavazzini im Namen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (O-000072/2021 – B9-0043/21) (2021/2908(RSP)).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Andrus Ansip, author. – Mr President, this oral question aims to address the barriers to the free movement of goods introduced by Member States at national level. The Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) has stressed on several occasions that a well-functioning, strong, fair, inclusive and resilient internal market was also an essential component of the EU's response to the socio-economic crisis generated by the COVID-19 pandemic and of its recovery efforts.

The barriers between intra-EU border crossings hinder the integrity of the Union's internal market. This is not in our common interest since the fragmentations reduce choices for consumers and the opportunities for companies, bearing a negative impact on our citizens and our economy.

On the other hand, Member States could indeed introduce measures to restrict the free movement of goods where such restrictions are justified by overriding reasons of public interest. Among the national measures, the IMCO Committee would like to draw the attention of the European Commission to traffic restrictions that may affect major EU green-lane border crossings.

Those measures should be taken in a coordinated way, with the involvement of the European Commission and Member States, to avoid environment problems being translated from one Member State to another and to avoid creating unnecessary delays and deviations in the supply chain.

We fully support policies aimed at improving the sustainability of our economy and preserving the environment. A balance should therefore be found between the free movement of goods and environmental and health protection. Furthermore, it is important to have an update on how the European Commission intends to act to overcome such restrictions or to find alternative solutions agreed at EU level to safeguard the free movement of goods and the proper functioning of the internal market.

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, since the beginning of the COVID-19 crisis, the Commission has emphasised the importance of the green lanes, as they are vital in order to preserve the EU-wide operation of supply chains and the functioning of the single market for goods during these difficult times.

The free movement of goods is a key principle of European law. Traffic restrictions can be qualified as measures with an effect equivalent to import and export restrictions. However, in specific cases such restrictions may be justified under the Treaty. The Court of Justice confirmed that requirements in the public interest, such as the protection of the environment or health reasons, may justify a restriction if the measure is appropriate to achieving these goals, and does not go beyond what is necessary to achieving them.

I stress here that proportionality is key for any legislative or regulatory measure doomed to balance different public interests, while remaining within the boundaries of the EU Treaties. Besides proportionality, there is another pillar on which all EU legislation is based: non-discrimination. Therefore, any restriction on the freedom of movement cannot be based on a discriminatory treatment based on the origin of the persons, companies or vehicles to which it applies. These three major boundaries – EU Treaties, proportionality and non-discrimination – create a logic and legal framework under which EU law is applied, and should also be taken at all times into consideration when adopting measures restricting the freedom of movement.

Of course, we all know that there are cases where traffic restrictions are needed and are being used. As in any area of EU legislation, the Commission has and will stand ready to help find solutions that take into account all relevant aspects, and find the correct balance between the different public interests such as the freedom of movement and the protection of environmental health, in order to ensure full respect of all EU law requirements.

As guardian of the Treaty, the Commission retains its right to launch infringement procedures if it considers that EU law is not respected, especially in those cases where the stakeholders involved in applying restrictions do not advance towards complying with their Treaty obligations.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt ist ein Kernprinzip des Wirtschaftens und des Lebens der Menschen. Deswegen hat der Kollege Ansip zu Recht darauf hingewiesen, dass es dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz an dieser Stelle um Grundwerte in der Europäischen Union geht.

Einschränkungen der Binnenmarktfreizügigkeit, der Dienstleistungsfreizügigkeit können im Einzelfall berechtigt sein, aber nur unter strengen Voraussetzungen. Eine Verlagerung von Problemen von einem Land in ein anderes macht nun wirklich keinen Sinn. Frau Kommissarin, kilometerlange Staus von über 70 Kilometern sind nicht nur gefährlich, was Unfälle angeht, sondern sie sind natürlich auch umweltrechtlich – unter Umweltsichtspunkten – ein erhebliches Problem.

Ich glaube nicht, dass irgendjemand sinnvollerweise ein Interesse daran haben kann, dass Umweltprobleme aus einem Mitgliedstaat in einen anderen exportiert werden sollten. Deswegen bitte ich Sie, Frau Kommissarin, das Grundprinzip der Verhältnismäßigkeit und das Grundprinzip der Nichtdiskriminierung, das Sie angesprochen haben, wirklich hier zur Geltung zu bringen und sicherzustellen, dass die Verbindung von Italien nach Deutschland auch ohne derartige Aufenthalte möglich ist.

Ich denke, dass es auch dringend notwendig wäre, die Probleme, über die wir hier sprechen, im kommenden Vorschlag zum *Single Market Emergency Instrument* aufzunehmen, um sicherzustellen, dass an allen Grenzen innerhalb der Europäischen Union die Menschen unkompliziert von der einen auf die andere Seite kommen, und zwar nicht nur im Krisenfall, sondern auch außerhalb der Krise, weil das das Leben der Menschen erheblich vereinfacht.

Brando Benifei, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dal 1° gennaio 2021 il governo federale austriaco del Tirolo ha unilateralmente vietato il passaggio durante la notte agli automezzi pesanti in transito attraverso il valico del Brennero, eccetto a quelli elettrici o a idrogeno. Divieto che però non è attuato se gli automezzi sono austriaci.

Come delegazione italiana del Partito Democratico, nei Socialisti e Democratici siamo fermamente convinti che le politiche a tutela dell'ambiente siano prioritarie per la legislazione odierna e futura, e saremo sempre in prima linea a difenderle, ma non possono essere attuate in maniera completamente discriminatoria.

Non possiamo perciò non considerare come tali provvedimenti rappresentino un vero e proprio blocco stradale, che danneggia il nostro paese e non solo. Il valico del Brennero è infatti un asse fondamentale per il trasporto di merci su strada per tutta l'Unione europea. Il danno prodotto dal blocco del valico, che vede transitare oltre 40 milioni di tonnellate di merci l'anno, è stimato essere all'incirca di 370 milioni di euro per ogni ora di ritardo nell'attraversamento e in 100 milioni di euro l'anno per i maggiori tempi di percorrenza legati al passaggio alternativo su rotaia.

Riteniamo che queste norme, che interessano una delle principali corsie per i trasporti dell'Unione possano ostacolare la libera circolazione delle merci nel mercato interno e dovrebbero dunque essere vietate.

Con questa interrogazione chiediamo alla Commissione europea se ha valutato come conciliare i diversi interessi in gioco: la libera circolazione delle merci, la protezione della salute e l'ambiente. Inoltre, vorremmo sapere se intende intervenire per superare tali restrizioni unilaterali e discriminatorie o trovare alternative concordate a livello europeo per ristabilire la libera circolazione e il funzionamento corretto del mercato.

L'Italia, come tutti i paesi dell'Unione, sta uscendo da una fase di crisi socioeconomica legata alla pandemia. È fondamentale dunque che, insieme alla tutela dell'ambiente, si consideri sempre anche l'importanza della ripresa per i tessuti economici che maggiormente hanno sofferto in questo difficile periodo.

Vlad-Marius Botoș, în numele grupului Renew. – Domnule președinte, doamna comisar Adina Vălean, stimați colegi, vorbim despre piață comună, despre economie europeană, de necesitatea unor măsuri pentru redresare și creștere economică. Și totuși libera circulație a mărfurilor întâlnește mai multe bariere decât oricând în ultimii doi ani. Sunt state care impun o serie de măsuri la frontiere. Vedem controale la granițele dintre statele membre, chiar și atunci când este vorba despre transportul de marfă.

Am vorbit despre benzile verzi, pentru mărfuri, despre efortul ca economia greu afectată de pandemia de COVID-19 să nu mai aibă de suferit, dar vedem cum camioanele stau ore întregi la granița dintre unele state membre –și aici cunosc foarte bine situația – la granița dintre România și Ungaria, chiar dacă în teorie mărfurile circulă liber, fie că suntem sau nu membri ai zonei Schengen.

O piață unică nu poate funcționa în astfel de condiții. Nu putem vorbi de șanse egale pentru operatorii economici, în condițiile în care mărfurile din România și Bulgaria stau chiar și 24 de ore pentru a intra în Spațiul Schengen. Vorbim aici de bariere artificiale, puse în calea liberei circulații a mărfurilor, care duc la creșterea costurilor produselor, cu impact direct asupra economiei și dezvoltării regiunilor noastre. Aceste dificultăți trebuie abordate și soluționate, doamna comisar, dacă vrem o piață liberă, dacă vrem o economie solidă și rezilientă.

Eleonora Evi, a nome del gruppo Verts/ALE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'inquinamento atmosferico è la principale minaccia ambientale per la salute umana.

Secondo l'Agenzia europea dell'ambiente, i tre quarti della popolazione urbana europea respirano aria nociva. Una condanna ingiusta per tutte quelle persone che compromettono inevitabilmente la loro salute e quella dei loro figli. Secondo il rapporto dell'Agenzia europea dell'ambiente sulla qualità dell'aria in Europa, nel 2021 il 97 % della popolazione urbana dell'UE è esposta a livelli di particolato fine al di sopra delle linee guida dell'OMS, recentemente aggiornate, mentre il 94 % è esposto a livelli di biossido di azoto al di sopra delle linee guida dell'OMS. Inoltre, la quasi totalità degli abitanti delle aree urbane, quindi il 99 %, è esposto a livelli di ozono superiori, appunto, alle linee guida dell'OMS.

Se i paesi dell'Unione europea avessero soddisfatto le linee guida dell'OMS sulla qualità dell'aria per il particolato fine nel 2019, le morti premature dovute all'esposizione all'inquinante sarebbero diminuite del 72 % rispetto al 2005. Quindi i dati parlano chiaro: l'Unione europea non sta facendo abbastanza per tutelare la salute dei suoi cittadini e le misure finora adottate sono insufficienti.

La violazione della direttiva europea sulla qualità dell'aria sta diventando la norma in molte città italiane, ma in particolare è grave la situazione a Bolzano, dove tra il 2003 e il 2019 si sono registrati sistematici superamenti del valore del limite del biossido di azoto.

E proprio su questo aspetto, a una mia interrogazione parlamentare, la Commissione europea da un lato conferma che il regime di monitoraggio della qualità dell'aria a Bolzano indica il persistente superamento dei limiti di biossido di azoto, dall'altro chiama in causa il piano per la qualità dell'aria della provincia di Bolzano, che dovrebbe portare alla piena conformità della situazione solo entro il 2023. Si tratta di una risposta che non tiene conto di violazioni reiterate e documentate da quasi quindici anni, senza che nulla sia stato fatto per risolvere il problema e siamo oltre la metà del periodo di vigenza del piano richiamato dalla Commissione, che è in vigore dal 2018, e quindi non si profila all'orizzonte alcuna prospettiva di miglioramento.

Tra l'altro, il piano per la qualità dell'aria adottato dalla provincia di Bolzano nel 2018 prevedeva, qualora tutte le misure fossero state attuate, una riduzione solo del 10 % delle concentrazioni medie annuali di biossido di azoto entro il 2020 in rapporto ai valori del 2017, quindi una riduzione del tutto insufficiente, che avrebbe sfiorato in ogni caso il limite europeo. Tuttavia, ad ogni modo non si riscontra neanche il calo previsto ad oggi del 10 %.

Quindi il riscontro della Commissione conferma le preoccupazioni delle associazioni ambientaliste, ma è inaccettabile la sua inazione, quindi la sua mancanza di azione nel prendere provvedimenti immediati. Non possiamo sottovalutare l'impatto nocivo degli inquinanti sulla salute umana, in particolare quello degli ossidi di azoto nel provocare diverse patologie respiratorie e non solo.

Il focus quindi oggi non dovrebbe essere se le restrizioni al traffico su strada siano conciliabili con la libera circolazione delle merci, ma come trovare soluzioni urgenti al traffico stradale che provoca emissioni tali da mettere in serio pericolo la salute dei cittadini che vivono in queste zone.

Concludo, la soluzione consiste proprio nello spostamento del traffico dalla strada alla ferrovia e nel mettere fine al minor costo del pedaggio autostradale e del carburante che avvantaggiano il trasporto stradale, in linea proprio con quanto ha proposto qualche giorno fa la Commissione europea nel suo pacchetto mobilità.

Marco Campomenosi, *a nome del gruppo ID.* – Signor Presidente, grazie Commissaria Vălean per essere qui, grazie anche ai colleghi per essere presenti su un tema che è molto delicato e importante, nonostante il fatto che in commissione mercato interno non si abbia avuto il coraggio di lasciare l'espressione diretta del perché siamo qui oggi nel testo che abbiamo approvato, abbiamo dovuto eliminare i riferimenti al Brennero e alle misure austriache.

Io ho tanti amici austriaci, ho un alleato storico per il mio partito nel mio gruppo politico, però, insomma, la Commissione europea qui deve intervenire, gli elementi ci sono tutti. E aggiungo che anche il governo italiano è un po' troppo timido e dovrebbe difendere un po' di più le proprie imprese, perché, ha detto bene la Commissaria Vălean, c'è un tema di proporzionalità e di non discriminazione nelle misure che devono essere poste in atto.

Abbiamo un progetto infrastrutturale alternativo che non richiede ancora molti anni dall'essere realizzato, ma non possiamo permetterci di penalizzare i traffici fra Italia e Germania e non solo, sono coinvolti altri paesi, fra realtà produttive che non sono solo mercati di destinazione, ma che sono anche mercati integrati tra di loro, perché insieme fanno sì che il valore aggiunto del produrre in Europa sia positivo.

Il problema è che, se non troviamo una soluzione per via delle timidezze del governo italiano oppure per via dell'inazione della Commissione europea, ci penserà la Corte di giustizia, come già fatto in passato, a dirvi che queste misure sono illegittime e quindi io consiglierei alla Commissione di avviare una procedura di infrazione, mi sembra più che legittimo. L'Austria darà le proprie ragioni e vedremo.

Ecco, perché vedere una Commissione europea molto attiva, per esempio, sulla Bolkestein nei confronti dell'Italia e inerme su una situazione ancora più grave come quella di cui parliamo oggi mi sembra abbastanza ipocrita.

Geert Bourgeois, *namens de ECR-Fractie.* – Voorzitter, ik herinner me nog heel goed de grote problemen met de van lidstaat tot lidstaat verschillende productnormen. Er was altijd wel een schroefje, een boutje, een moertje dat botste op een andere norm van een andere lidstaat, waardoor producten niet of heel moeilijk de grens over konden. Gelukkig maakte de interne markt hier een einde aan.

De interne markt is een zegen voor onze opwaartse sociale convergentie, voor de interne vrijhandel, voor jobs en voor welvaart. Maar vandaag worden de binnengrenzen de facto opnieuw gesloten voor een aantal goederen. Steeds meer winkels verkopen alleen producten gefabriceerd in eigen land, met grote labels “produit de” of “made in”. Ik ken producenten die verplicht werden om hun productie te verhuizen naar een andere lidstaat, hoewel ze in eigen land voldoende productiecapaciteit hadden. Uiteraard is de korte keten een goede zaak, maar wat ik aan de kaak stel, is puur protectionisme. Dit haalt onze interne markt onderuit.

Ik heb de Commissie al herhaaldelijk gewezen op dit feitelijk protectionisme en ik vraag de Commissie opnieuw om een verslag op te stellen over deze feitelijke belemmeringen, en de verdieping van de interne markt bovenaan haar agenda te plaatsen.

Clare Daly, on behalf of the The Left Group. – Mr President, in talking about the free movement of goods, I think it's very important that the Commission would take into account Ireland's specific situation among the island Member States in order to ensure that we remain effectively connected to continental Europe.

The fact is that Brexit has redirected the entire Irish overland trade flow with the rest of the EU Member States. It's meant the abandonment effectively of the British land bridge and to have that replaced almost entirely via the Ireland-France ferry transport. Now this is the equivalent of a journey of about one to one and a half days between the nearest ports, which has a significant impact on the bulk of Irish trade with the rest of the EU and obviously creates new challenges for Irish road transport, particularly with regard to the application of the Combined Transport Directive and the Mobility Package 1.

I think now we see that all Irish exports and imports carried by truck will automatically be subject to the restrictions and limitations set out in the various transport laws and virtually all Irish exports and imports will be subject to posting. I think it's really important that the interests of island Member States, such as Ireland, would be systematically taken into account when proposing new transport rules. The motion in question is about greater sustainability. I think it's important that the impact of the current distance-based restrictions in island countries would be taken into account, obviously protecting the rights of workers within that.

Thank you, President. Happy Christmas to you, the Commissioner, all colleagues and particularly the staff.

Arba Kokalari (PPE). – Herr talman! Pandemin har visat att handel och samarbete är de viktigaste verktygen för att hantera kriser. Det gäller inte bara coronakrisen, utan också klimatkrisen. Överallt inom EU ser vi nämligen hur forskare, företagare och entreprenörer utvecklar nya lösningar för att minska utsläpp och bidra till den cirkulära ekonomin.

Här måste vi politiker bli bättre på att ge morötter för att *boosta* den gröna omstarten av Europas ekonomi. Vi måste slopa tullar på klimatsmarta varor. Vi måste ta bort handelshinder på hållbara tjänster som reparationer och uthyrning. Vi måste ta bort byråkrati och förbud mot handel med återvunna material. Att vi har tullar på elbilar känns ju otroligt konstigt i dessa tider.

Vår handelspolitik är också nyckeln för att uppnå en grön och hållbar cirkulär ekonomi, och inte bara genom att göra det dyrare att släppa ut, utan också genom att ge fler morötter till företagare.

Valter Flego (Renew). – Poštovani predsjedavajući, poštovana povjerenice, kolegice i kolege, znamo da je, nažalost, COVID kriza narušila europski promet i mobilnost, naročito zbog mnogih ograničenja na našim unutrašnjim granicama.

Naravno da u svemu tome transport i turizam su najugroženije djelatnosti, a s druge pak strane lanci opskrbe ključni su za funkcioniranje unutrašnjeg tržišta u Europskoj uniji, a vidimo na jako, jako puno primjera kako oni danas jako otežano funkcioniraju.

Koje rješenje mislim da ovdje svi zajedno pronalazimo? To je naravno jedan koordinirani nediskriminatorni pristup država članica. Naime, u opskrbnim lancima zelene trake na graničnim prijelazima od presudne su važnosti bez obzira o kojoj se teretnoj robi radi.

Ja jako dobro znam kako izgledaju kilometarske kolone jer dolazim iz Hrvatske, iz turističke Istre, koja nije nažalost još uvijek članica schengenskog prostora. Zato nakon osam godina u čekaonici, da tako kažem, jedva čekam daljnju integraciju Republike Hrvatske u schengenski prostor, odnosno ulazak u njega. To je naravno win-win situacija i za Hrvatsku, ali i za sve države članice, a posebno za mnoge radnike, studente, vozače, turiste ili za svih tri i pol milijuna ljudi koji dnevno cirkuliraju po unutrašnjim granicama.

Zato poštovana povjerenice ja mislim da trebamo se složiti oko dvije točke, odnosno dva zaključka ovdje danas. Trebaju nam jedinstveni kriteriji ulaska u države članice, odnosno jedan europski koordinirani pristup na načelima, naravno, zajedničkog tržišta i bez diskriminacije, a puni smisao schengenskog prostora dobit će naša Europa ukoliko u njega čim prije uđu sve države koje su u čekaonici.

Maxette Pirbakas (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, la question posée est celle de l'équilibre à maintenir entre un approvisionnement durable de nos marchés et le droit absolu qu'ont les États à maîtriser les flux entrant sur leur territoire, tant pour les personnes que pour les biens.

Je le dis tout net: il y a un impératif de protection des populations face à la pandémie qui légitime et justifie ces mesures restrictives prises souverainement par les États. L'absolue fluidité du marché intérieur, qui est déjà un objectif plus que discutable en temps normal, doit s'effacer en ces temps troublés: la santé publique avant l'idéologie.

J'ajoute, en tant que représentante des cinq départements français d'outre-mer, que les restrictions à la circulation des marchandises sont notre réalité quotidienne. Toute l'année, les spécificités de ces territoires, du fait de l'éloignement, de l'insularité et de l'isolement, sont autant de freins à l'accès au marché européen. Or, si l'article 349 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne prévoit pour toutes les régions ultrapériphériques des régimes dérogatoires à l'application des politiques douanières et commerciales en vigueur, c'est bien que l'Union a conscience de devoir s'adapter aux réalités.

À mon tour de poser une question complémentaire, Monsieur le Président: la Commission va-t-elle accepter de s'effacer devant les États qui, bien mieux qu'elle en temps de pandémie, savent quels sont les intérêts réels de leurs populations?

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Drodzy Państwo! Wszystkie państwa członkowskie mierzą się dzisiaj z rekordowym poziomem inflacji, której przyczyną są także rosnące koszty transportu. Tworzenie ograniczeń dla handlu wewnątrz Unii uderza więc przede wszystkim w konsumentów. Dzisiaj wiemy już, że jedyną skuteczną metodą walki z pandemią są szczepienia, a odtwarzanie granic między państwami członkowskimi nie tylko nie pomaga ograniczyć liczby zakażeń, ale jest przyczyną pogłębiania kryzysu gospodarczego.

Skandalem jest brak reakcji Komisji na decyzje rządu Austrii, które coraz bardziej utrudniają świadczenie usług transportowych w regionie Tyrolu i negatywnie wpływają na łańcuchy dostaw i środowisko. Jednocześnie w przyszłym roku wejdzie w życie obowiązek powrotu samochodów ciężarowych do państw rejestracji co 8 tygodni, którego efektem będzie radykalne zwiększenie emisji. Komisja ma tego świadomość, ale nadal nie robi nic, by to zagrożenie dla klimatu powstrzymać. Ten przepis należy jak najszybciej zmienić. Życzę powodzenia, Pani Komisarz!

Mick Wallace (The Left). – Mr President, since January last year, Austria has progressively introduced restrictions on heavy goods vehicles transiting through the Brenner Pass. Italian businesses have been particularly hard hit by these restrictions. Austria's argument that it has introduced a ban to reduce emissions does not really stack up. These restrictions are simply forcing trucks on longer diversions with a higher carbon footprint. But this dispute needs to be seen as part of a wider debate.

The EU needs to rapidly accelerate the shift to zero-emission trucks. The decarbonisation of road freight simply won't happen in the next decade without public support. We need to help hauliers to switch to zero-emission trucks, for example via schemes to buy or lease zero-emission trucks. Small and medium-sized enterprises represent 99% of haulage companies, so they need to be essential to this transition, and we need large public investment to ensure adequate charging infrastructure.

It is good that the new Alternative Fuels Infrastructure Regulation will set out minimum targets for public heavy-duty vehicle-charging infrastructure for the first time ever, but the Commission is severely underestimating the total number of battery electric trucks that will be on the road in 2030, which means that it's also underestimating the future demand for charging infrastructure.

The protection of the single market should never supersede the interests of the environment, but unilateral natural measures, in this instance, will not solve the problem.

I hope everyone here has a really good Christmas as well, and a particular thanks for the year for the wonderful staff in the Parliament.

Barbara Thaler (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es steht überhaupt nicht zur Diskussion, dass unser Binnenmarkt eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union ist, den wir schützen und verbessern wollen.

Selbstverständlich ist freier Warenverkehr wichtig, und wir haben auch alles dafür getan, um die Versorgungswege in der Corona-Krise aufrechtzuerhalten. Aber ich kenne den ursprünglichen Text zu dieser Debatte und ich weiß, aus welcher Ecke die Initiative kam, nämlich von den ID-Kollegen südlich des Brenners.

Deshalb stehe ich heute hier und spreche für die Bevölkerung in meinem Heimatland Tirol. Ich spreche für über 750 000 Europäerinnen und Europäer. Der Transportweg auf der Straße hat einfach Kapazitätsgrenzen – vor allem bei uns im alpinen Raum. Aus diesem Grund sind die Maßnahmen in Tirol Notmaßnahmen für Mensch, Umwelt und Infrastruktur – weil wir am Limit sind.

Die Lösung liegt auch in der Verlagerung auf die Schiene. Da müssen wir alle gemeinsam anpacken: für einen funktionierenden Binnenmarkt, für ein wettbewerbsfähiges Europa und vor allem für lebenswerte Regionen.

Marc Angel (S&D). – Mr President, unilateral national measures taken in response to the COVID-19 pandemic often hindered the free movement of goods and seriously affected especially small Member States, relying more on a proper functioning internal market. This is especially when we are talking about medicines and medical devices, for instance.

But I also want to profit from this debate to recall that we should not forget barriers which already existed before the pandemic, such as the territorial supply constraints (TSCs), which can materialise through different practices, such as refusing to supply, or threatening to stop supplying, a particular distributor, limiting the quantities available for sale, inexplicable differences in product ranges and prices between Member States, or limiting language options for product packaging.

Territorial supply constraints are hampering the development of the single market and its potential benefits also for consumers. Therefore, the Commission must come forward with adequate measures to eliminate them and, thereby, reduce barriers to cross-border trade in view to achieving a fully functioning single market.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, доста забавно върви днешният разговор, днешната сесия. Но темата изобщо не е толкова забавна и толкова смешна. Напълно съгласен съм с колегата Кавацини, че трябва да се борим срещу всички ненужни бариери, засягащи търговията в рамките на Съюза. Свободният вътрешен пазар и безпрепятственото движение на хора, стоки и капитали е най-голямото постижение на този Съюз и тази общност и то трябва да остане такава. За да го постигнем обаче е важно да започнем с прочистване на регулаторната рамка, на празната регулация, на излишната регулация.

Не можем да говорим как искаме да премахнем вътрешните пречки пред търговията и в същото време да имаме законодателство като позорния пакет „Мобилност“, който – да напомним – повечето от нас гласуваха. Законодателен пакет, който поставя на колене превозвачите от периферията на Европейския съюз – това е саботиране на вътрешния пазар. Законодателен пакет, който е безумен, безсмислен и антипазарен по своята същност. Пакет „Мобилност“ фаворизира старите, „правилните“ държави членки. Според изчисления на компаниите пакетът „Мобилност“ засяга 17 процента от brutния вътрешен продукт на държави като България. Това е голям проблем и засяга повече от 190 хиляди шофьори. Така че, уважаеми, ако искаме някога да правим вътрешен пазар без пречки, просто спрете да гласувате подобни безумия.

И завършвам с това – честито Рождество Христово, весела Коледа и щастлива Нова година!

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, caros Colegas, foi sobretudo graças aos esforços do Parlamento Europeu que se facilitou a circulação de mercadorias e que se adotaram corredores verdes durante a pandemia. Porém, a mobilidade, os abastecimentos e o fluxo regular de mercadorias continuam a enfrentar obstáculos.

Os Estados-Membros têm de oferecer condições para que o transporte de mercadorias, a livre circulação de trabalhadores deste setor seja uma realidade. No mercado único não há espaço para barreiras artificiais. Estas não servem os interesses, nem da economia, nem das empresas, nem dos consumidores. O instrumento de emergência do mercado único anunciado pela Presidente da Comissão, a Senhora Von der Leyen, vai na direção certa, mas exigem-se agora ações concretas e rápidas que assegurem o bom funcionamento deste mercado no futuro.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, commissaris, collega's, sinds 1993 is de interne markt de hoeksteen van onze Europese samenwerking. En vandaag, bijna Kerstmis 2021, zijn we nog altijd aan het discussiëren over belemmeringen op die interne markt. Het toont aan dat we dag in, dag uit inspanningen moeten leveren om die markten open te houden, én dat we aan elkaar moeten bewijzen dat we het de moeite waard vinden om die markt open te houden.

Corona heeft aangetoond hoe fragiel het kaartenhuisje van de interne markt eigenlijk wel niet is. Als een land zijn grenzen sluit, dan zien we heel snel dat de andere landen volgen, met minimale ingreepmogelijkheden, mevrouw de commissaris, voor de Europese Commissie.

Maar hoe opvallend de impact van de COVID-crisis ook was, nog sluipender komen er steeds nieuwe belemmeringen bij, in het bijzonder in de agrovoedingsketen. Daar valt het me op. Onder het mom van lokale productie of korte keten of dierenwelzijn schermen lidstaten stap voor stap hun markten af, met dramatische gevolgen inderdaad voor de producenten uit kleine landen. De taskforce voor de handhaving van de eengemaakte markt is daarom een belangrijk signaal, maar het moet een daadkrachtig orgaan worden.

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members very much for this debate.

I think we are very much aligned, as we always were, on supporting the internal market and the free movement of goods. I'm saying that we are aligned and you need to recognise that, at the peak of the trouble with the shutting down of frontiers and long queues of trucks because of the COVID restrictions, the Commission acted quickly and convinced Member States to act with the guidelines. We managed to open the frontiers and we have something solid left after that.

The whole principle of green corridors is now embedded, at least in the Schengen area, as a principle with 15 minutes to cross a border for trucks with goods. We have digital documents to be presented at the frontier, and the digitalising of documents and goods, so that the time spent checking and verifying is diminished.

The last discussion I had with transport Ministers, again in anticipation of new restrictions because of Omicron, was to give priority to the transport workers for vaccination, so that we will make sure that they do not fall under possible restrictions imposed for health reasons in the Member States. It's something which we are monitoring at all the frontiers – the passes and the corridors – through our satellite application, so we know the waiting times and it's not such a tough situation as it used to be. But, of course, there are some traditional points in which waiting times are higher and these are at the border of Schengen – this, I totally recognise – but also, for example, at the border between Bulgaria and Romania, and not only Romania and Hungary.

At the time, we discussed various solutions to these queues. For example, I know projects which the Commission is ready to support, to develop smart parking before the frontier so that you don't have a queue of trucks at the frontier with controls for entering the Schengen area, but have them some distance away with a smart indication on when they should go to get their pass. So all this use of new technologies and smart ideas would help ease an unfortunate situation, which is the Schengen frontier inside our internal market.

This week, we have presented the new proposal on the revision of the TEN-T Regulation. It comes, for example for Ireland, with better designed roads towards Europe, which would be of the standard promoted by the European Commission and European Member States as part of our network. They were not very well developed previously because there was no need, but now we are thinking about how to better connect Ireland with the continent.

Many of you discussed Brenner. That's the latest thing that we are working on at the moment. We are permanently working on Brenner. The most important thing here is that what is not acceptable is, as Mr Schwab said, is to transfer problems from one region to another on the corridor. Someone on a corridor cannot say that because they have issues with, for example, congestion or the quality of air, they cannot move the queue of trucks from their region to the neighbouring region. I say that because, whatever solution is found, it has to be agreed by everyone in order not to have bottlenecks along such an important corridor.

As I say, we are working on this again and are in permanent dialogue with the countries involved. We have relaunched it at government level. We have many very good ideas and solutions, which it is possible to be put in place with the support of the Commission as long as they are agreed. But how many ideas and projects will we have and how much willingness will we have to solve them? What we actually need is the political will of the parties involved to agree on a common solution. That being said, we are going to work hard to make sure that any restrictions put on the free flow of goods in the internal market are addressed immediately and we will find solutions for this. I think we are a long way from the beginning of the crisis, so Member States' governments have understood what it would mean for their citizens if they started closing frontiers for one reason or another, and how this would affect people and their economies because of the supply chains.

Thank you very much for this debate. I wish you a Merry Christmas and a Happy New Year.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Wir haben ja nachher noch eine Bekanntgabe der Ergebnisse, deshalb will ich jetzt, solange die Kollegen noch da sind, die Gelegenheit kurz nutzen, Ihnen und sicher auch dem einen oder anderen Vizepräsidenten für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr zu danken, Ihnen einen guten Nachhauseweg zu wünschen, ein frohes Christfest und auch jenen, die mit dem Geschehen in Bethlehem nichts verbinden, eine geruhssame Zeit zur Erholung zwischen den Jahren – zwischen dem christlichen und dem weltlichen Jahr – und eine gute Wiederkehr am Beginn des nächsten Jahres.

In den Dank will ich nicht nur die Kollegen und ihre Mitarbeiter, sondern auch die Dienste hier im Haus sehr gerne einschließen. Kommen Sie im neuen Jahr gut wieder.

Die Sitzung wird für einige Minuten unterbrochen. Sie wird um 16.00 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde des heutigen Tages wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 15.46 Uhr unterbrochen.)

14. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.00 Uhr wieder aufgenommen.)

Wir kommen nun zu den Ergebnissen der zweiten Abstimmungsrunde des heutigen Tages.

15. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

16. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

17. **Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**
18. **Petitionen: siehe Protokoll**
19. **Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll**
20. **Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll**
21. **Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll**
22. **Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll**
23. **Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll**
24. **Rückzug von Verfahren auf der Grundlage eines Initiativberichts: siehe Protokoll**
25. **Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll**
26. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
27. **Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte**

Der Präsident. – Die Protokolle der Sitzungen vom 13. bis 16. Dezember 2021 werden dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

Wenn es keine Einwände gibt, werde ich die in diesen Sitzungen angenommenen Entschlüsse den in diesen Entschlüssen genannten Personen und Gremien übermitteln.

28. **Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**

29. **Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 16.03 Uhr geschlossen.)

Mit meinen nochmaligen guten Wünschen an die noch verbleibenden Dienste und an die Zuhörer zuhause schließe ich die Sitzung.

30. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos